

STATISTISCHES JAHRBUCH

**Deutschland und
Internationales**

2013

Statistisches Bundesamt

Herausgeber | Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktionsleitung | Ilka Willand

Gestaltung | Statistisches Bundesamt

Internet | www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns | www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice | Tel. +49 (0) 611 / 75 24 05

Erschienen im Oktober 2013

Print

Preis | EUR 71,–

Bestellnummer | 1010110-13700-1

ISBN | 978-3-8246-1007-5

Download

Artikelnummer | 1010110-13700-4

Redaktionsschluss | 1. August 2013

Qualität | Sollte dem Statistischen Bundesamt nach Veröffentlichung dieser Ausgabe ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter www.destatis.de/jahrbuch

Archiv | Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch

Technische Herstellung | Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn, www.bonifatius.de

Vertriebspartner | IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
destatis@ibro.de
Telefon | +49 (0) 3 82 04 / 6 65 43
Telefax | +49 (0) 3 82 04 / 6 69 19

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Statistische Jahrbuch ist wie eine Bildungsreise durch Deutschland: Es liefert Informationen zu allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Im letzten Kapitel wird die Perspektive über die Landesgrenzen hinaus erweitert. Hier zeigt sich, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht.

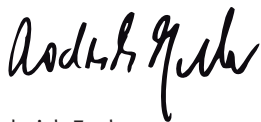
Jeder Fünfte in Deutschland ist heute älter als 65 Jahre, dieser Anteil hat sich seit den 60er Jahren fast verdoppelt. Inzwischen wird jedes dritte Kind außerhalb der Ehe geboren – 1995 waren es 15 %. Von 100 Kindern, die ein Gymnasium besuchen, haben 61 Kinder Eltern, die Abitur oder Fachabitur haben. Von 100 Kindern, die ein Gymnasium besuchen, haben 8 Kinder Eltern mit Volks- oder Hauptschulabschluss.

83 % der deutschen Haushalte verfügen über einen Internetanschluss, dieser Anteil ist in den Niederlanden, Island und Norwegen mit mehr als 90 % deutlich höher. Die Verbraucherpreise sind 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % gestiegen. Besonders hoch waren die Steigerungen bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen. Dies sind nur einige ausgewählte Stationen auf dem Weg durch die deutsche Datenlandschaft.

Mein Dank gilt allen, die das Statistische Jahrbuch möglich gemacht haben, insbesondere danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Statistischen Ämtern der Länder und der Organisationen, die uns ihre Zahlen zur Verfügung stellen.

Am 31. Mai 2013 haben die statistischen Ämter erste Eckzahlen aus dem Zensus 2011 veröffentlicht. Bei Redaktionsschluss stand für das Jahrbuch noch kein Zahlenmaterial in der erforderlichen Tiefe zur Verfügung, daher wurden sie in der vorliegenden Ausgabe nicht berücksichtigt. Wir verzichten allerdings mit Blick auf die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 (die eine deutlich geringere Zahl der Ausländerinnen und Ausländer zeigen als bisher angenommen) in diesem Jahr auf die detaillierten Darstellungen zur Migration. Durch die Zensusergebnisse werden sich die Berechnungsgrundlagen auch in vielen anderen amtlichen Statistiken schrittweise ändern. Auf unseren Webseiten informieren wir Sie laufend über den Stand der Entwicklungen.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Einführung

Statistisches Bundesamt | Informationsdienstleister für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, *Seite 7*

Statistisches Bundesamt | Informationsangebot, *Seite 8*

Statistisches Jahrbuch | Inhalt, Aufbau und Gebrauch, *Seite 9*

Gesellschaft und Staat

- 1  Geografie und Klima, *Seite 11*
- 2  Bevölkerung, Familien, Lebensformen, *Seite 23*
- 3  Bildung, *Seite 73*
- 4  Gesundheit, *Seite 113*
- 5  Wohnen, *Seite 147*
- 6  Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, *Seite 161*
- 7  Kultur, Medien, Freizeit, *Seite 185*
- 8  Soziales, *Seite 217*
- 9  Finanzen und Steuern, *Seite 247*
- 10  Wahlen, *Seite 281*
- 11  Justiz, *Seite 295*

Gesamtwirtschaft und Umwelt

- 12  Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, *Seite 311*
- 13  Arbeitsmarkt, *Seite 337*
- 14  Verdienste und Arbeitskosten, *Seite 365*
- 15  Preise, *Seite 381*
- 16  Außenhandel, *Seite 403*
- 17  Zahlungsbilanz, *Seite 421*
- 18  Umwelt, *Seite 433*

Wirtschaftsbereiche

- 19  Land- und Forstwirtschaft, *Seite 465*
- 20  Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick, *Seite 497*
- 21  Verarbeitendes Gewerbe, *Seite 527*
- 22  Energie, *Seite 545*
- 23  Bauen, *Seite 555*
- 24  Binnenhandel, *Seite 567*
- 25  Transport und Verkehr, *Seite 577*
- 26  Gastgewerbe und Tourismus, *Seite 599*
- 27  Weitere Dienstleistungen, *Seite 611*

Internationales

- A  *Seite 623*

Sachregister, *Seite 679*

Nur wer die Fakten kennt, kann mitreden. Der Weg zu diesen Fakten ist kurz. Er führt zum **Statistischen Bundesamt**.

Das Statistische Bundesamt stellt als zentraler Informationsdienstleister das umfangreichste Angebot an statistischen Daten für Deutschland bereit. Hauptverbreitungskanal ist das Internet. Unter www.destatis.de finden Sie das gesamte Veröffentlichungsprogramm einschließlich des Zugangs zu den statistischen Datenbanken. Neben elektronischen Veröffentlichungen gibt es auch noch ausgewählte gedruckte Veröffentlichungen zu übergreifenden oder spezifischen Themen. Auf der folgenden Seite beschreiben wir Ihnen das Informationsangebot detailliert. In einem Informationsservice stehen Fachleute Auskunftssuchenden beratend zur Seite. Eine umfassende Statistik-Spezialbibliothek ist für Interessierte geöffnet.

Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik sind die breite Öffentlichkeit, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände, die Medien sowie die Wissenschaft. Sie alle brauchen statistische Informationen, um Entscheidungen vorzubereiten und zu bewerten, um aufzuklären, Thesen und Analysen empirisch zu begründen oder zu erläutern. Die **demokratische Willensbildung** lebt von öffentlich zugänglichen, objektiven statistischen Daten über die Lage von Gesellschaft und Staat sowie Wirtschaft und Umwelt.

■ Aufgabe und Stellung

Das Statistische Bundesamt besteht seit 1950. Seine Grundlage ist das **Bundesstatistikgesetz** (BStatG). Danach hat die amtliche Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Die Ergebnisse dieser Statistiken bieten Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge. Sie werden nach den Prinzipien der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erarbeitet.

Bei der fachstatistischen Arbeit, der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung der Statistiken ist das Statistische Bundesamt unabhängig und nicht weisungsgebunden. Als **selbstständige Bundesoberbehörde** im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern untersteht es der **Dienstaufsicht** des **Bundesinnenministeriums**. Deshalb kann das Statistische Bundesamt wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Entscheidungen nur mit Zustimmung des Bundesinnenministeriums treffen. In fachlichen Fragen ist das Statistische Bundesamt der Fachaufsicht der verschiedenen Bundesministerien unterstellt: Für jede der insgesamt rund 390 Einzelstatistiken übt ein Bundesministerium die Fachaufsicht aus. Das heißt, es achtet darauf, dass die von der Europäischen Union oder vom Bund vorgeschriebenen Statistiken so durchgeführt werden, wie es die anordnende Rechtsgrundlage vorsieht.

■ Keine Statistik ohne Gesetz

So lautet vereinfacht das **Prinzip der Gesetzmäßigkeit** – eines von drei Grundprinzipien, die das System der amtlichen Statistik in Deutschland prägen. Für die statistische Praxis bedeutet dies, dass Rechtsnormen der Europäischen Union, des Bundes oder eines Landes alle wesentlichen Parameter einer Erhebung vorschreiben, insbesondere Merkmale,

Berichtskreis und Periodizität. Ob zu einem Thema eine neue Statistik durchgeführt wird, entscheiden in Deutschland also nicht die Statistikerinnen und Statistiker, sondern der demokratisch legitimierte Gesetzgeber. Nur kleinere Erhebungen kann das Statistische Bundesamt aus eigenem Entschluss durchführen, z. B. um neue wissenschaftliche Methoden zu testen. Das Anpassen des statistischen Programms an neue Informationsbedarfe braucht daher immer eine gewisse Zeit. Umgekehrt gilt: Wenn Daten erhoben werden, wurden Nutzen und Aufwand im Vorhinein gründlich abgewogen. Befragte können sicher sein, dass ihre Daten umfassend geschützt sind.

■ Statistik von Spezialistinnen und Spezialisten

Das **Prinzip der fachlichen Konzentration** stellt sicher, dass die statistischen Arbeiten in Deutschland grundsätzlich in Fachbehörden geschehen, nämlich den statistischen Ämtern. Nur in Ausnahmefällen führen andere Stellen Bundesstatistiken durch. So stellt die Deutsche Bundesbank Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken bereit und die Bundesagentur für Arbeit einige Arbeitsmarktstatistiken. Diese Stellen gewinnen die Statistiken in der Regel dadurch, dass sie Datenmaterial auswerten, das als Nebenprodukt ihrer Geschäftstätigkeit anfällt. Alle Tabellen im Statistischen Jahrbuch, deren Material nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder zuliefern, sind mit einer entsprechenden Quellenangabe versehen.

■ Statistik ist ein Gemeinschaftswerk

Das **Prinzip der regionalen Dezentralisierung** folgt aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Danach ist die Bundesstatistik ein Gemeinschaftswerk von Bund und Ländern. Die Statistischen Ämter der Länder sind – von Ausnahmen abgesehen – für die Durchführung der statistischen Erhebungen und die Aufbereitung bis zum Landesergebnis zuständig. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, die einzelnen Statistiken methodisch und technisch vorzubereiten, so dass bundeseinheitliche Ergebnisse entstehen. Darüber hinaus stellt es die Ergebnisse für Deutschland in sachlicher und regionaler Gliederung zusammen und veröffentlicht sie. Etwa 140 Bundesstatistiken bearbeitet das Bundesamt zentral. Das heißt, es erhebt zum Teil auch die Daten, so zum Beispiel zur Außenhandelsstatistik.

■ Web-Angebot

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell.

■ Online-Datenbanken

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem **GENESIS-Online** tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Sie interessieren sich nur für bestimmte Statistiken? Am Ende der einzelnen Jahrbuchkapitel finden Sie unter dem Stichwort „Mehr zum Thema“ genaue Informationen dazu, wie Sie Tabellen zu einem bestimmten Thema aus der Datenbank herausfiltern können.

Regional tiefer gegliederte Daten liefert Ihnen die Datenbank **GENESIS-Online Regional** unter www.regionalstatistik.de

■ Publikationen

Das Statistische Bundesamt bringt eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus. Allesamt stehen sie Ihnen auf unserer Website gebührenfrei als PDF-Datei zur Verfügung. Die Bandbreite reicht von sachlich tiefgehenden Datensammlungen bis zu Broschüren, die wir für die breite Öffentlichkeit aufbereiten.

Unter „Mehr zum Thema“ weisen wir auf bestimmte Produktkategorien unseres Veröffentlichungsprogramms hin. Diese erläutern wir Ihnen hier:

In **Fachserien und Tabellenbänden** präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse einzelner Statistiken in Form sachlich tief gegliederter Tabellen. Die einzelnen Ausgaben stehen nicht nur als PDF-Dateien, sondern in der Regel auch im XLS-Format für Sie in unserem Internetangebot bereit.

Fachberichte enthalten umfassende Ergebnisse aus einer oder mehreren Statistiken. Im Unterschied zu den Fachserien sind die Ergebnisse textlich kommentiert und grafisch veranschaulicht.

Wirtschaft und Statistik ist die Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes. Fachbeiträge interner sowie externer Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Forschung leisten einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion um Methoden, Klassifikationen und andere grundlegende Fragen des statistischen Programms.

Statistik und Wissenschaft ist eine Buchreihe, die die intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik dokumentiert. Sie steht für Themen, die sich aus der Kooperation der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft ergeben. Auch wissenschaftlich herausragende Nachwuchsarbeiten finden in dieser Reihe ihren Platz.

In unseren **Broschüren** bereiten wir ausgewählte Themen für die breite Öffentlichkeit auf. Unter dem Motto „Kennzahlen auf einen Blick“ stellen wir Ihnen Schlüsselindikatoren zu einem Thema in Form von kurzen Texten, kleinen Tabellen und anschaulichen Grafiken zusammen. Zu sogenannten Megathemen erscheint die Reihe „Im Blickpunkt“. Hier berichten wir Ihnen ausführlich, anschaulich und statistikübergreifend über Themen, die unsere Gesellschaft bewegen.

STATmagazin ist das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes. Es liefert Ihnen in kurzer Form statistisches Hintergrundwissen zu Themen von allgemeinem Interesse.

Gemeinschaftsveröffentlichungen sind Veröffentlichungen, die das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder gemeinsam herausgegeben. Sie enthalten regional tiefer aufgefächerte Informationen und können unter www.statistik-portal.de abgerufen werden.

■ Inhalt

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ist das **umfassendste statistische Nachschlagewerk** auf dem deutschen Markt. Es beschreibt sowohl das gesellschaftliche Leben als auch den Zustand von Staat, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland. Es enthält Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik – ergänzt um Statistiken anderer Institutionen – und gibt so einen verlässlichen Überblick über die Lage der Nation.

Neben Statistiken über Deutschland stellt das Jahrbuch im Anhang „Internationales“ wichtige statistische Kennzahlen für Staaten aus allen Teilen der Welt zusammen.

Unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes ist das Statistische Jahrbuch der Klassiker. Es erscheint seit nunmehr über sechs Jahrzehnten. Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe im Jahr 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch. Auch die Statistischen Jahrbücher der Deutschen Demokratischen Republik (1955 bis 1990) und das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (1880 bis 1941/42) sind dort elektronisch archiviert.

Die aktuelle Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs bieten wir Ihnen unter www.destatis.de/jahrbuch komplett und kapitelweise zum Download (PDF) an.

■ Aufbau

Das Jahrbuch ist thematisch aufgebaut und gliedert sich in 27 Kapitel. Die einzelnen Kapitel enthalten Informationen aus diversen Statistiken zum jeweils behandelten Thema sowie ggf. Querverweise auf thematisch benachbarte Kapitel.

Jedes Kapitel ist einheitlich in sechs Teile untergliedert:

1. Eine **erste Seite** führt Sie schlagzeilenartig in das jeweilige Thema ein.
2. Unter dem Titel **„Auf einen Blick“** finden Sie einen grafischen Einstieg in das Thema.
3. Der **Datenteil** ist der umfangreichste. Er entspricht dem klassischen Statistischen Jahrbuch. Neben Tabellen enthält er ergänzende Grafiken und erläuternde Anmerkungen.
4. Im Teil **„Methodik“** erläutern wir die den jeweiligen Statistiken zugrunde liegende Methodik näher.
5. Das **„Glossar“** erklärt die wichtigsten verwendeten Begriffe.
6. Die Rubrik **„Mehr zum Thema“** weist auf tiefer gehende Datenquellen und weitere Veröffentlichungen zur jeweiligen Thematik hin.

Ein Anhang mit dem Titel „Internationales“ rundet das Datenangebot ab. Auch hier bieten wir Ihnen einen schlagzeilenartigen und grafischen Einstieg. Dieser ist um eine Tabelle mit Schlüsselzahlen zu sämtlichen Staaten der Welt ergänzt.

■ Gebrauch

Gebietsstand

Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland beziehen sich die Angaben zu **Deutschland** im Jahrbuch auf den Gebietsstand ab 3.10.1990. Dies gilt auch für den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse für Zeiträume davor.

Aus Vergleichsgründen weisen einige Kapitel Daten für das „frühere Bundesgebiet“ und die „neuen Länder“ getrennt nach. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich Angaben zum **„früheren Bundesgebiet“** auf die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990. Ergebnisse zu den **„neuen Ländern“** beziehen sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Umfasst dies auch Daten für Berlin-Ost, so ist dies mit dem Zusatz „Neue Länder und Berlin-Ost“ gekennzeichnet.

Staaten, Staatsangehörigkeit

Die Gebietsbezeichnungen und Schreibweisen der Staatennamen in den Jahrbuch-Tabellen basieren auf dem „Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses Verzeichnis wird vom Auswärtigen Amt aktualisiert und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Die Form der Darstellung bedeutet keine Anerkennung des politischen Status eines Staates bzw. der Grenzen seines Gebietes.

Auf- und Ausgliederung bei Summen

Die Bezeichnung **„davon“** in einer Tabelle gibt an, dass die vorstehende Summe vollständig in Unterpositionen aufgegliedert ist. Zählt man diese Unterpositionen zusammen, addieren sie sich zu der Summe.

Die Bezeichnung **„darunter“** hingegen gibt an, dass nur Teilpositionen der Summe aufgelistet sind (Ausgliederung). Diese addieren sich nicht vollständig zur Summe.

Werden Merkmale angeführt, die nicht summierbar sind, ist dies durch die Bezeichnung **„und zwar“** gekennzeichnet.

Auf die Bezeichnungen „davon“ und „darunter“ wurde verzichtet, wenn unmissverständlich aus dem Zusammenhang hervorgeht, ob es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Plus- und Minuszeichen

Im Allgemeinen sind Pluszeichen (+) und Minuszeichen (–) in Tabellenvorspalten als Rechenvorschrift anzusehen, im Zahlenfeld hingegen als Vorzeichen. Treffen zwei Minuszeichen als Rechenvorschrift und als Vorzeichen aufeinander, errechnet sich das Ergebnis nach gängigen Rechenregeln durch Addition.

Auf- und Abrundungen

Generell ist in den Tabellen und Grafiken – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- bzw. abgerundet worden. Dadurch können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Erläuterungen und Fußnoten

Zusatzangaben, die sich auf die gesamte Tabelle beziehen, stehen als Anmerkung direkt unter der Tabelle. Angaben, die sich nur auf einzelne Merkmale bzw. Zahlenfelder der Tabelle beziehen, stehen als Fußnoten.

Quellen

Enthält ein Kapitel Ergebnisse aus mehreren internen Erhebungen, so ist die Erhebung in der Regel unter der jeweiligen Tabelle vermerkt. Daten, die nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder erarbeitet haben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Geheimhaltung

Wenn Einzelangaben nicht gemacht werden können, um die statistische Geheimhaltung zu wahren, ist dies ausdrücklich gekennzeichnet. Die Einzelangaben sind aber in den Zwischen- und Endsummen enthalten.

Aktualität

Die aktuellsten Angaben des Statistischen Jahrbuchs 2013 beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2012. Redaktionsschluss ist der 1. August 2013. Folglich ist die Aktualität des Jahrbuchs nicht mit der Aktualität der Tagespresse und der Online-Medien vergleichbar. Vielmehr ermöglicht das Jahrbuch, neues Datenmaterial in größere sachliche und zeitliche Zusammenhänge zu stellen und einen Gesamtüberblick über die Verhältnisse in Deutschland zu geben.

Qualität

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seine Daten in höchst möglicher Qualität. Fehler lassen sich aber nie ganz ausschließen. Sollte uns nach Veröffentlichung des Jahrbuchs ein Fehler bekannt werden, weist die Online-Version des Jahrbuchs explizit auf diesen hin. Er wird in dieser Version umgehend korrigiert.

Vorschläge und Bemerkungen

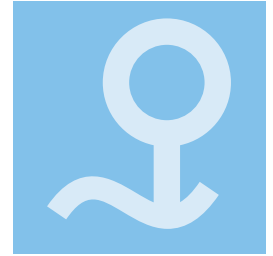
Für zukünftige Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs nimmt das Statistische Bundesamt Vorschläge und Bemerkungen gerne entgegen. Bitte richten Sie diese an das Statistische Bundesamt, Redaktion Jahrbuch, 65180 Wiesbaden. Oder nutzen Sie unser Kontaktformular im Internet unter www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent
‰	=	Promille
St	=	Stück
mm	=	Millimeter
cm	=	Zentimeter
m	=	Meter
m ²	=	Quadratmeter
m ³	=	Kubikmeter
km	=	Kilometer
km ²	=	Quadratkilometer
ha	=	Hektar
l	=	Liter
hl	=	Hektoliter
g	=	Gramm
kg	=	Kilogramm
dt	=	Dezitonne
t	=	Tonne
Pkm	=	Personenkilometer
tkm	=	Tonnenkilometer
MW	=	Megawatt (= 10 ⁶ Watt)
MWh	=	Megawattstunde (= 10 ⁶ Wattstunden)
GWh	=	Gigawattstunde (= 10 ⁹ Wattstunden)
TWh	=	Terawattstunde (= 10 ¹² Wattstunden)
TJ	=	Terajoule (= 10 ¹² Joule)
PJ	=	Petajoule (= 10 ¹⁵ Joule)
NN	=	Normalnull
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
cif	=	Kosten, Versicherungen und Fracht inbegriffen
fob	=	frei an Bord

Zeichenerklärung

0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
–	=	nichts vorhanden
...	=	Angabe fällt später an
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

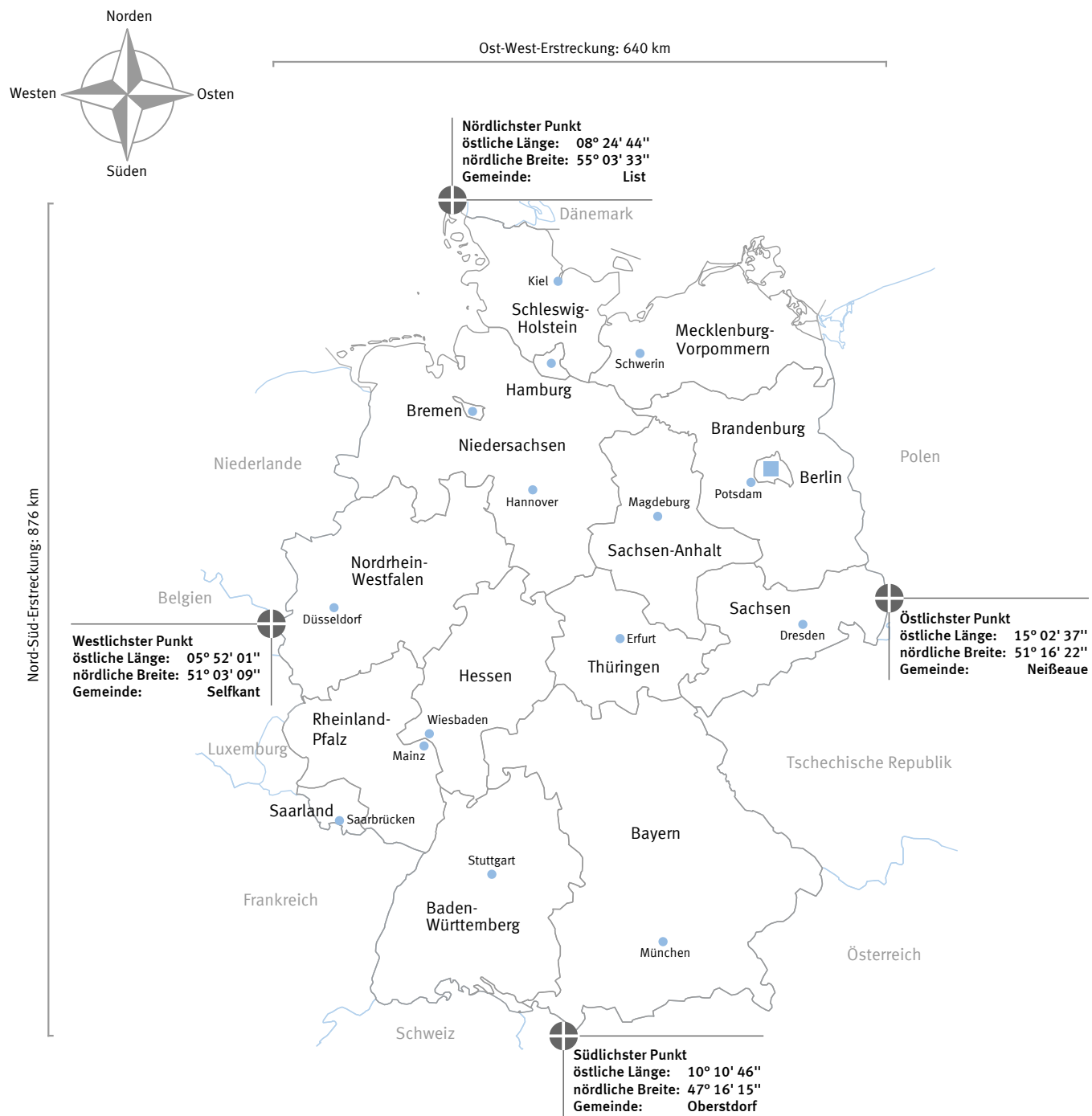


1 Geografie und Klima

Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund **357 000 km²** | **876 km** sind der **nördlichste** (List) und der **südlichste** (Oberstdorf) **Punkt** voneinander **entfernt** | **Zugspitze** ist mit **2 962 m** **höchste Erhebung** und hat die **meisten Sonnenstunden** | **Mittellandkanal** mit **325 km** Deutschlands **längster Schifffahrtskanal** | über **230 000 km Straßen** für den überörtlichen Verkehr | über **ein Fünftel** davon sind **Ortsdurchfahrten**

<i>Seite</i>	
13	Auf einen Blick
	Tabellen
14	Geografische Übersicht Länge der Grenzen Fläche
14	Ausgewählte Bodenerhebungen Berge Höchste natürliche Erhebungen der Länder Ausgewählte Ortshöhenlagen
15	Wasserwege Schiffbare Flüsse Schifffahrtskanäle
16	Infrastruktur Straßen des überörtlichen Verkehrs Flugplätze Schienennetz
16	Seen Natürliche Seen Stauseen
17	Ausgewählte Inseln Größte Inseln Touristisch bekannte, kleinere Inseln
18	Naturschutz und Erholungsfläche Nationalparke Naturschutzgebiete Naturparke
18	Klimatische Verhältnisse Sonnenscheindauer Temperaturen und Niederschläge
20	Methodik
21	Glossar
22	Mehr zum Thema

1.0 Auf einen Blick



1 Geografie und Klima

1.1 Geografische Übersicht

1.1.1 Länge der Grenzen

Grenze zu ...	Länge in km	Grenze zu ...	Länge in km
Insgesamt	3786	Polen	449
Österreich	817	Schweiz	316
Tschechische Republik ...	812	Belgien	157
Niederlande	576	Luxemburg	136
Frankreich	455	Dänemark	68

Stand: 2012. – Aktuellere Angaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die **Grenzlänge zu Dänemark** berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die **Niederlande** beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die **Grenzlänge zur Schweiz** berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich zur Konstanzener Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die **Grenzlänge zu Österreich** wurde der Bodensee nicht berücksichtigt. Die Berechnung der Grenzlängen basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer). Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von Angaben der Nachbarstaaten abweichen.

1.1.2 Fläche und Bevölkerung 2011

Weitere Informationen zu Flächen siehe Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Bevölkerung ¹		
	km ²		km ²	% der Bodenfläche	1 000	je km ² der Bodenfläche	je km ² der SuV
Deutschland	357 138	47 971	13,4		81 844	229	1 706
Baden-Württemberg	35 751	5 077	14,2		10 786	302	2 124
Bayern	70 550	8 060	11,4		12 596	179	1 563
Berlin	892	627	70,4		3 502	3 926	5 585
Brandenburg	29 484	2 728	9,3		2 496	85	915
Bremen	419	233	55,6		661	1 578	2 837
Hamburg	755	451	59,7		1 799	2 383	3 989
Hessen	21 115	3 280	15,5		6 092	289	1 857
Mecklenburg-Vorpommern ...	23 193	1 857	8,0		1 635	70	880
Niedersachsen	47 614	6 518	13,7		7 914	166	1 214
Nordrhein-Westfalen	34 098	7 689	22,6		17 842	523	2 320
Rheinland-Pfalz	19 854	2 827	14,2		3 999	201	1 415
Saarland	2 570	533	20,8		1 013	394	1 901
Sachsen	18 420	2 326	12,6		4 137	225	1 779
Sachsen-Anhalt	20 450	2 241	11,0		2 313	113	1 032
Schleswig-Holstein	15 800	2 003	12,7		2 838	180	1 417
Thüringen	16 172	1 520	9,4		2 221	137	1 461

Ergebnisse der Flächenerhebung sowie der Bevölkerungsstatistik.

1 Stand: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.1 Berge

	Höhe in m über NN	Gebirge bzw. Landschaft	Land
Hochgebirge (ab 1 500 m)			
Zugspitze	2 962	Wettersteingebirge	Bayern
Mittlere Höllentalspitze ...	2 743	Wettersteingebirge	Bayern
Watzmann	2 713	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochblassen	2 707	Wettersteingebirge	Bayern
Wetterwanddeck	2 698	Wettersteingebirge	Bayern
Mädelegabel	2 645	Allgäuer Alpen	Bayern
Hochkalter	2 607	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochvogel	2 592	Allgäuer Alpen	Bayern
Östliche Karwendelspitze ...	2 537	Karwendelgebirge	Bayern
Hoher Göll	2 522	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Mittelgebirge (bis 1 499 m)			
Feldberg	1 493	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Großer Arber	1 456	Bayerischer Wald	Bayern
Großer Rachel	1 452	Bayerischer Wald	Bayern
Belchen	1 414	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Dreisesselberg	1 332	Bayerischer Wald	Bayern
Schauinsland	1 284	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Fichtelberg	1 214	Westerzgebirge	Sachsen
Hornisgrinde	1 163	Schwarzwald	Baden-Württemberg
Brocken	1 141	Oberharz	Sachsen-Anhalt
Einöddriegel	1 121	Bayerischer Wald	Bayern

Auswahl an Bodenerhebungen der Bundesrepublik Deutschland. – Stand: 31.12.2011.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.2.2 Höchste natürliche Erhebungen der Länder

	Höhe in m über NN	Bezeichnung
Baden-Württemberg	1 493	Feldberg
Bayern	2 962	Zugspitze
Berlin	115	Müggelberge
Brandenburg	201	Heidehöhe
Bremen ¹	33	Erhebung am Friedehorstpark
Hamburg ¹²	116	Hasselbrack
Hessen	950	Wasserkuppe
Mecklenburg-Vorpommern	179	Helpter Berge
Niedersachsen	971	Wurmberg
Nordrhein-Westfalen	843	Langenberg
Rheinland-Pfalz	816	Erbeskopf
Saarland	695	Dollberg
Sachsen	1 214	Fichtelberg
Sachsen-Anhalt	1 141	Brocken
Schleswig-Holstein	168	Bungsberg
Thüringen	983	Großer Beerberg

Stand: 31.12.2011.

1 Quelle: GeoInformation Bremen.

2 Quelle: Landesbetrieb GeoInformation und Vermessung – Stadt Hamburg.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie



1 Geografie und Klima

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.3 Ausgewählte Ortshöhenlagen

	m		m
Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz	
Freiburg im Breisgau	278	Kaiserslautern	233
Heilbronn	157	Koblenz	65
Heidelberg	116	Ludwigshafen am Rhein	96
Karlsruhe	115	Mainz	86
Mannheim	95	Trier	136
Stuttgart	245	Worms	97
Bayern		Saarland	
Augsburg	489	Saarbrücken	230
Bad Tölz	670	St. Wendel	300
München	519	Merzig	175
Nürnberg	298	Neunkirchen	252
Regensburg	337	Homburg	231
Würzburg	177	Saarlouis	181
Berlin	35	Sachsen	
Brandenburg		Chemnitz	297
Cottbus	75	Dresden	113
Frankfurt/Oder	27	Görlitz	201
Neuruppin	44	Leipzig	113
Potsdam	34	Plauen	412
Brandenburg/Havel	35	Zwickau	262
Oranienburg	36	Sachsen-Anhalt	
Bremen	11	Dessau-Roßlau	63
Bremerhaven	2	Halberstadt	125
Hamburg	6	Halle/Saale	87
Hessen		Magdeburg	56
Darmstadt	144	Merseburg	88
Frankfurt am Main	100	Wittenberg, Lutherstadt	70
Hanau	106	Schleswig-Holstein	
Kassel	163	Elmshorn	3
Offenbach am Main	100	Flensburg	12
Wiesbaden	115	Kiel	3
Mecklenburg-Vorpommern		Lübeck	11
Greifswald	7	Neumünster	22
Güstrow	14	Norderstedt	35
Neubrandenburg	18	Thüringen	
Neustrelitz	75	Eisenach	215
Schwerin	45	Erfurt	194
Stralsund	9	Gera	205
Niedersachsen		Jena	155
Göttingen	149	Nordhausen	206
Hannover	55	Weimar	209
Oldenburg (Oldenburg)	5		
Osnabrück	64		
Salzgitter	92		
Wolfsburg	64		
Nordrhein-Westfalen			
Bochum	95		
Dortmund	76		
Düsseldorf	38		
Essen	67		
Köln	55		
Wuppertal	155		

Mittlere Höhenlage des Ortskerns über Normal-Null. – Stand: 31.12.2011.
Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.3 Wasserwege

1.3.1 Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands

	Insgesamt	Darunter schiffbar ¹
	Länge in km	
Rhein	865	695
Elbe	727 ²	727 ²
Donau	647	203
Main	527	387
Weser	452	430
Saale	413	124
Spree	382	.
Ems	371 ³	145
Neckar	367	203
Havel	334	. ⁴
Werra	292	83 ⁵
Leine	281	94 ⁵
Aller	260	112
Lahn	246	146 ⁵
Mosel	242	242
Fulda	218	109 ⁵
Ruhr	219	12 ⁵
Elde	208	180 ⁶

Flüsse ab 200 km Länge. – Stand: 2013.

- 1 Bundeswasserstraßen.
2 Bis Cuxhaven-Leuchtturm 725 km.
3 Bis zum Eintritt in den Dollart.
4 Aufgrund vielfacher schiffbarer Verzweigungen keine Angabe möglich.
5 Teilstrecken ohne gewerblichen Schiffsverkehr.
6 Elde-Müritz-Wasserweg.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,
Wasser- und Schifffahrtsdirektionen

1.3.2 Schifffahrtskanäle

	Gesamt- länge in km	Eröffnung im Jahr	Verbindung
Mittellandkanal	325,3	1938	Bergeshövede – Anschluss EHK (Schleuse Hohenwarthe)
Dortmund-Ems-Kanal (benutzt streckenweise die Ems)	225,8	1899	Hafen Dortmund – Anschluss Unterems (bei Papenburg)
Main-Donau-Kanal	170,7	1992	Bamberg – Kelheim
Elbeseitenkanal (Nord-Süd-Kanal)	115,2	1976	Anschluss MLK – Anschluss Elbe, Artlenburg – Edesbüttel
Nord-Ostsee-Kanal	98,3	1895	Brunsbüttel – Kiel – Holtenau
Küstenkanal	69,5	1935	Dörpen (Ems) – Oldenburg (Oldenburg)
Oder-Spree-Kanal	64,7	1935	Westlicher Abschnitt rd. 24 km, östlicher Abschnitt rd. 41 km; Dahme – Eisenhüttenstadt
Elbe-Lübeck-Kanal	61,6	1900	Lauenburg/Elbe – Lübeck
Wesel-Datteln-Kanal	60,0	1929	Wesel – Datteln
Elbe-Havel-Kanal	55,2	1936	Niegripp (Elbe) – Anschluss UHW
Oder-Havel-Kanal	53,5	1914	Oranienburger Havel Schiffs- hebewerk Niederfinow
Datteln-Hamm-Kanal	47,1	1915	Datteln – Schmehausen, östlich Hamm
Rhein-Herne-Kanal	45,4	1914	Duisburg – Ruhrort – Henrichenburg
Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße	42,5	1926	Hohensaaten – Westoder bei km 2,75
Teltow-Kanal	38,4	1906	Abzweig Potsdam Havel – Ein- mündung SOW; Potsdam – Babelsberg – Berlin-Grünau
Havelkanal	34,1	1952	Anschluss HOW – Anschluss UHW ; Paretz (Havel) – Nieder Neudendorf

Schifffahrtskanäle ab 30 km Länge. – Stand: 2013.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1 Geografie und Klima

1.4 Infrastruktur

Weitere Informationen zur Infrastruktur siehe Kapitel „Transport und Verkehr“

1.4.1 Straßen des überörtlichen Verkehrs 2012

Deutschland ist auf **insgesamt 230 702 km** Straßen des sogenannten überörtlichen Verkehrs befahrbar.

Von diesen stehen dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung

- 12 845 km Bundesautobahnen,
- 39 673 km Bundesstraßen,
- 86 474 km Land(es)-, Staatsstraßen und
- 91 710 km Kreisstraßen.

51 009 km dieser Straßen führen als **Ortsdurchfahrten** durch bewohnte Regionen.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1.4.2 Flugplätze 2012

Auf den **27 Flugplätzen** in Deutschland starteten rund **1,2 Millionen Flugzeuge**, einschl. Segel- und Ultraleichtflugzeugen.

Insgesamt wurden **179,5 Millionen Passagiere** und **4,3 Millionen Tonnen an Gütern** befördert.

Zu den **größten Flughäfen** zählen

- Frankfurt am Main mit 238 000 Starts,
- München mit 199 000 Starts,
- Düsseldorf mit 109 000 Starts,
- Berlin-Tegel mit 85 000 Starts und
- Hamburg mit 76 000 Starts.

1.4.3 Schienennetz 2011

Für den Schienenverkehr stehen **insgesamt 41 294 km** ein- und mehrgleisige Schienen zur Verfügung.

Das Schienennetz teilt sich wie folgt auf:

- 37 846 km für den Eisenbahnverkehr,
- 2 412 km für Straßenbahnen und
- 1 036 km für Industrieanschlussbahnen.

1.5 Seen

1.5.1 Natürliche Seen

	Wasserober- fläche in km ²	Tiefste Stelle in m	Seespiegel- höhe in m über NN	Lage
Bodensee	535,9 ¹	254	395	Baden-Württemberg/Bayern
Müritz	109,8	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Chiemsee	79,9	73	518	Bayern
Schweriner See	61,5	52	38	Mecklenburg-Vorpommern
Starnberger See	56,4	128	584	Bayern
Ammersee	46,6	81	533	Bayern
Plauer See	38,4	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Kummerower See	32,5	23	0,2	Mecklenburg-Vorpommern
Steinhuder Meer	29,1	3	37	Niedersachsen
Großer Plöner See	29,1	56	21	Schleswig-Holstein
Schaalsee	22,9	72	35	Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein
Selenter See	21,4	36	37	Schleswig-Holstein
Kölpinsee	20,3	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Tollensesee	17,9	31	15	Mecklenburg-Vorpommern
Walchensee	16,1	190	801	Bayern
Krakower See	15,1	28	48	Mecklenburg-Vorpommern
Malchiner See	14,0	10	0,6	Mecklenburg-Vorpommern
Großer Ratzeburger See	12,6	24	3	Schleswig-Holstein
Dümmer	12,4	2	37	Niedersachsen
Scharmützelsee	12,1	29	38	Brandenburg
Schwiebichsee	11,5	8	41	Brandenburg
Parsteiner See	11,0	30	44	Brandenburg
Fleesensee	10,8	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Unterueckersee	10,4	19	18	Brandenburg
Wittensee	9,9	21	4	Schleswig-Holstein
Tegernsee	8,9	72	726	Bayern
Staffelsee	7,6	39	649	Bayern
Simssee	6,5	22	470	Bayern
Waginger See	6,5	27	442	Bayern

Alle natürlichen Seen mit einer Spiegelfläche von über 6 km². – Stand: 30.4.2013.

1 Gesamtfläche einschl. 5,1 km² Inseln.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1 Geografie und Klima

1.5 Seen

1.5.2 Stauseen

	Stauraum bei Vollstau in Mill. m³	Wasserfläche bei Vollstau in km²	Gespeist von	Primäre Nutzung	Lage
Bleiloch	212,9	9,2	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saale-Orla-Kreis
Schwammenauel	202,6	7,8	Rur/Maas	Trinkwasserversorgung, Industriewasserentnahme	Nordrhein-Westfalen, Aachen und Düren
Edersee	199,3	11,1	Eder-Fulda/Weser	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Hessen, Waldeck-Frankenberg
Hohenwarte	181,0	7,3	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saalfeld-Rudolstadt
Bigge	171,8	7,1	Bigge-Lenne-Ruhr/Rhein	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Nordrhein-Westfalen, Olpe
Forgensee ¹	158,0	15,2	Lech/Donau	Energiegewinnung, Hochwasserschutz	Bayern, Ostallgäu
Großer Brombachsee . . .	144,0	8,6	Brombach-Rednitz- Regnitz-Main/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Bayern, Weißenburg-Gunzenhausen
Möhne	134,5	10,4	Möhne-Ruhr/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Soest
Rappbode	109,1	3,9	Rappbode-Bode-Saale/ Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen-Anhalt, Wernigerode
Schluchsee	108,0	5,1	Schwarza-Wutach/Rhein	Energiegewinnung, Erholung	Baden-Württemberg, Breisgau-Hochschwarzwald
Sylvensteinsee	92,6	5,9	Isar/Donau	Hochwasserschutz, Niedrigwasseraufhöhung	Bayern, Bad Tölz-Wolfratshausen
Große Dhünn	81,0	4,6	Dhünn/Rhein	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Rheinisch-Bergischer Kreis
Eibenstock	74,7	3,7	Zwickauer Mulde- Mulde/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen, Erzgebirgskreis

Talsperren mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Mill. m³ aufwärts, ohne Hochwasserrückhaltebecken und Speicherwerke. –
Stand: 30.4.2013.

1 Der Forgensee hat nur zeitweise (sommerlicher Vollstau) Seencharakter.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1.6 Ausgewählte Inseln

1.6.1 Größte Inseln

	Fläche in km²	Lage	Kreis
Rügen	930	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Usedom	373 ¹	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Greifswald
Fehmarn	185	Ostsee	Ostholstein
Sylt	102	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Föhr	82	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Nordstrand	48	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Pellworm	37	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Poel	34	Ostsee	Nordwestmecklenburg
Borkum	31	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Leer
Norderney	26	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Amrum	20	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Langeoog	20	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Ummanz	20	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Spiekeroog	18	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Hiddensee	17	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Juist	16	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich

Inseln ab einer Größe von über 15 km². – Stand: 31.12.2011.

1 Anteil der Bundesrepublik Deutschland; Gesamtfläche 445 km².

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.6.2 Touristisch bekannte, kleinere Inseln

	Fläche in km²	Lage	Kreis
Baltrum	6,5	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Wangerooge	8,0	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Friesland
Reichenau (Bodensee)	4,4	Binnenlandgewässer/ Bodanrück	Konstanz
Herreninsel (Chiemsee)	3,3	Binnenlandgewässer/ Chiemgau	Rosenheim
Helgoland (mit Düne)	2,1	Nordsee	Pinneberg
Lindau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Lindau/Bodensee
Mainau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Konstanz
Fraueninsel (Chiemsee)	0,2	Binnenlandgewässer/ Chiemgau	Rosenheim

Stand: 31.12.2011.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.7 Naturschutz und Erholungsfläche

Weitere Informationen zu Umweltschutz siehe Kapitel „Umwelt“

1.7.1 Nationalparke

	Fläche in km²	Gründung	Bundesland
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer . .	4 415	1985	Schleswig-Holstein
Niedersächsisches Wattenmeer	3 450	1986	Niedersachsen
Harz	2 47	2006	Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Vorpommersche Boddenlandschaft	805	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Müritz-Nationalpark	322	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Bayerischer Wald	242	1970	Bayern
Berchtesgaden	208	1978	Bayern

Nationalparke mit einer Fläche von mindestens 200 km². – Stand: 1.4.2013.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

1.7.2 Naturschutzgebiete

	Anzahl der Natur- schutzgebiete	Gesamtfläche	
		km²	% der Landesfläche
Nordrhein-Westfalen . . .	3 044	2 615	7,7
Brandenburg	462	2 231	7,6
Niedersachsen	772	1 988	4,2
Bayern	589	1 606	2,3

Länder mit einer Gesamtfläche für Naturschutzgebiete von mindestens 1 000 km². – Stand: 31.12.2011.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

1.7.3 Naturparke

	Fläche in km²	Gründung	Land
Schwarzwald Mitte/Nord . . .	3 740	2003	Baden-Württemberg
Südschwarzwald	3 700	2001	Baden-Württemberg
Altmühltal	2 966	1969	Bayern
Teutoburger Wald/ Eggegebirge	2 711	1965	Nordrhein-Westfalen
Fränkische Schweiz- Veldensteiner Forst	2 335	1968	Bayern
Bergstraße-Odenwald	2 238	1960	Hessen/Bayern
Bergisches Land	2 115	1973	Nordrhein-Westfalen
Thüringer Wald	2 082	2001	Thüringen
Bayerischer Wald	2 783	1967	Bayern
Hohes Venn (Nordeifel)	1 979	1960	Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz
Saar-Hunsrück	1 956	1980	Rheinland-Pfalz/Saarland

Naturparke mit einer Größe von mindestens 1 900 km². – Stand: 1.4.2013.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

1.8 Klimatische Verhältnisse

	Land	Sonnenstunden 2012
Stationen mit den meisten Sonnenstunden		
Zugspitze	Bayern	2 067
Balingen-Bronnhaupten	Baden-Württemberg	1 996
Renningen-Ihinger Hof	Baden-Württemberg	1 953
Arkona	Mecklenburg-Vorpommern	1 921
Lenzkirch-Ruhbühl	Baden-Württemberg	1 918
Hohenpeißenberg	Bayern	1 916
Neubulach-Oberhaugstett	Baden-Württemberg	1 914
Stuttgart-Echterdingen	Baden-Württemberg	1 911
Fürstenzell	Bayern	1 910
Amerang-Pfaffing	Bayern	1 906

Summe der Sonnenscheinstunden im gesamten Jahr.

Quelle: Deutscher Wetterdienst

Die einzelnen Schutzflächen in den Tabellen 1.7.1 bis 1.7.3 können nicht summiert werden, da sie sich zum Teil überschneiden.

Nationalparke sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands. In Deutschland gibt es 14 Nationalparke. Ihre Fläche beträgt insgesamt 10 295 km².

Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

In Deutschland gibt es 8 530 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 13 340 km². Das sind 3,7 % der Landesfläche.

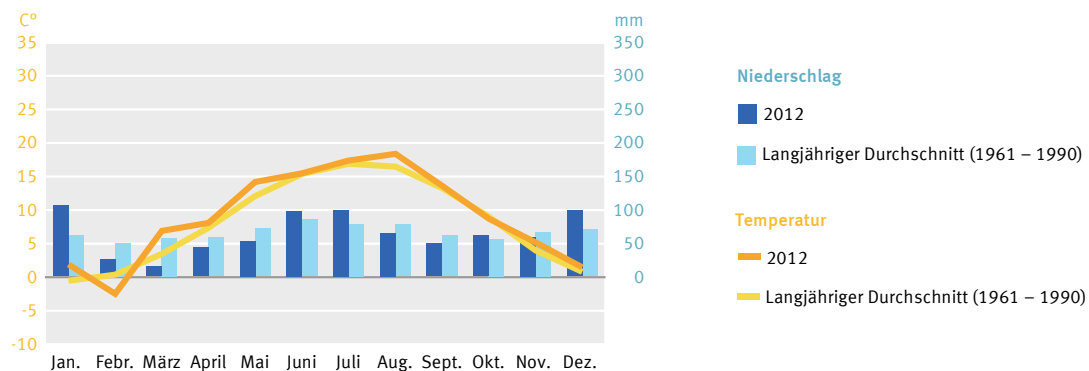
Naturparke sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

In Deutschland sind insgesamt 97 936 km² zur Erholung und für den Fremdenverkehr als Naturpark ausgewiesen. Davon stellen Bayern mit 22 445 km² und Nordrhein-Westfalen mit 12 967 km² flächenmäßig den größten Anteil.

	Land	Sonnenstunden 2012
Stationen mit den wenigsten Sonnenstunden		
Bremervörde	Niedersachsen	1 424
SoItau	Niedersachsen	1 420
Belm	Niedersachsen	1 420
Rahden-Varl	Nordrhein-Westfalen	1 411
Lennestadt-Theten	Nordrhein-Westfalen	1 404
Reichshof-Eckenhagen	Nordrhein-Westfalen	1 402
Lüdenscheid	Nordrhein-Westfalen	1 401
Arnsberg-Neheim	Nordrhein-Westfalen	1 380
Braunlage	Niedersachsen	1 377
Kahler Asten	Nordrhein-Westfalen	1 339

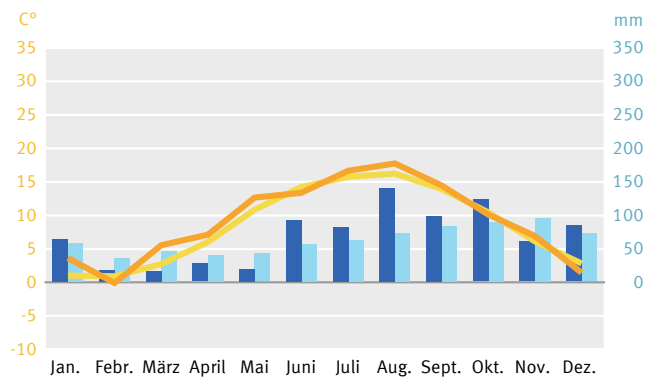
Temperaturen und Niederschläge 2012

Deutschland



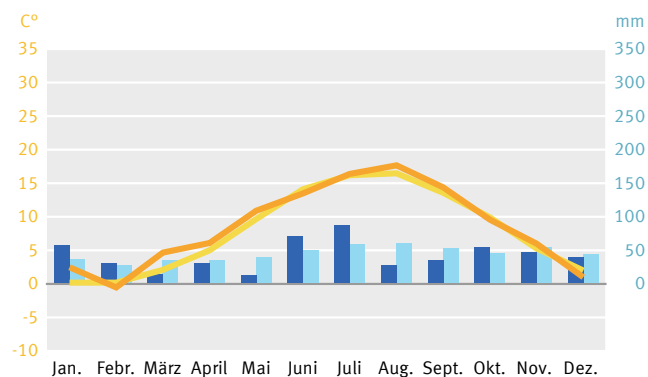
List auf Sylt

Lage 26 m ü. NN; N 55°00', O 08°24'



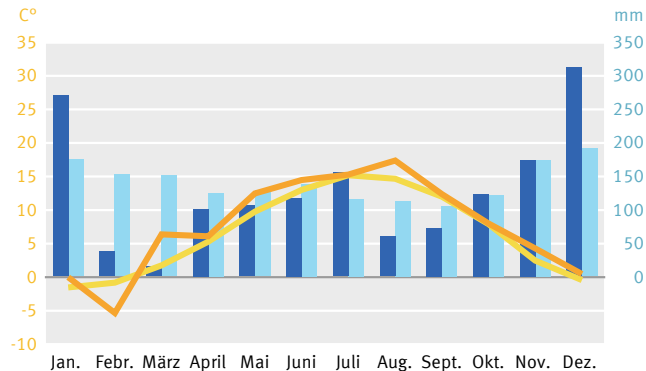
Kap Arkona (Rügen)

Lage 42 m ü. NN; N 54°40', O 13°26'



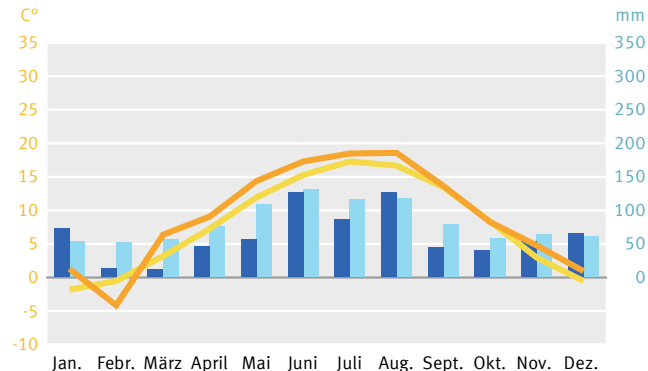
Freudenstadt

Lage 797 m ü. NN; N 48°27', O 08°24'



München Flughafen

Lage 529 m ü. NN; N 48°08', O 11°42'



Quelle: Deutscher Wetterdienst

2013 - 01 - 0205

Methodik

Das Kapitel „Geografie und Klima“ präsentiert die wichtigsten Informationen rund um Deutschland als Land, geografisch und klimatisch. Ergänzt werden die Daten durch kleine Exkurse zur Infrastruktur. Verweise auf Kapitel mit detaillierten Informationen schaffen die Verbindung zu Statistiken im eigentlichen Sinne. Alle Daten basieren auf Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

■ Geografische Übersicht

Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Die **Gesamtfläche** Deutschlands beträgt rund 357 000 km². Wer die Bundesrepublik von Nord nach Süd durchqueren will, muss eine Distanz von 876 km überwinden, von Ost nach West dagegen 640 km.

Deutschland liegt im Herzen Europas und ist von neun **Nachbarstaaten** umgeben: Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik. Der Grenzverlauf umfasst insgesamt 3 786 km. Mit 817 km teilen sich Österreich und die Bundesrepublik Deutschland das längste Teilstück des Grenzverlaufs.

Die Berechnung der **Grenzlängen** basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Länder). Das Basis-DLM beschreibt die topografischen Objekte der Landschaft und das Relief der Erdoberfläche im Vektorformat. Der Erfassungsmaßstab beträgt 1:25 000 und enthält u. a. eine Objektart „Grenze“. Anhand dieser Informationen wird die Staatsgrenze Deutschlands vermessen. Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von den Angaben der Nachbarstaaten abweichen. Die Berechnung der Grenzlänge zu Dänemark berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die Niederlande beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die Grenzlänge zur Schweiz berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich der Konstanzer Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die Grenzlänge zu Österreich wurde der Bodensee nicht berücksichtigt.

Die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** hat in den Jahren 2008 bis 2011 um durchschnittlich 81 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 18 „Umwelt“ (Tabelle 18.8.3) sowie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

■ Bodenerhebungen

Die Angaben basieren auf dem Datensatz „Geographische Namen GN250“. Dieser orientiert sich am Kartenmaßstab 1:250 000 und benutzt unter anderem das „Digitale Landschaftsmodell 1:250 000 (DLM 250)“ als grundlegende Quelle. Enthalten geographische Namen sind z. B. Namen von Gemeinden, Gemeindeteilen, Landschaften, Verwaltungseinheiten und Bergen. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie erhebt die Daten.

■ Flüsse

Hydrografisch gehört der Süden der Bundesrepublik teilweise zum Einzugsgebiet der Donau, die in das Schwarze Meer mündet. Größere Teile des Ostholsteinischen Hügel- und Seenlandes sowie der Gebiete nördlich und nordöstlich der Mecklenburgischen Seenplatte zählen zum Wassereinzugsbereich der Ostsee. Alle übrigen Landschaften werden durch Rhein, Ems, Weser und Elbe zur Nordsee entwässert. Mit 865 km ist der Rhein Deutschlands längster Fluss und zugleich eine der am stärksten befahrenen Wasserstraßen Europas. Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands ab einer Länge von 200 km enthält Tabelle 1.3.1. Die Angaben basieren auf Daten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

■ Seen

Der flächengrößte und zugleich tiefste See Deutschlands ist der Bodensee, obgleich Teile davon in Österreich und in der Schweiz liegen. Die Müritz ist ein See innerhalb der Mecklenburgischen Seenplatte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist der größte See, der vollständig innerhalb Deutschlands liegt. Alle natürlichen Seen ab einer Spiegelfläche von über 6 km² zeigt Tabelle 1.5.1, alle Stauseen mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Millionen m³ enthält Tabelle 1.5.2. Die Daten stammen von der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

■ Inseln

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der Nordfriesischen Inseln und die Inselkette der Ostfriesischen Inseln. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die Brandungsdynamik aus Sandbänken entstanden. Rügen, Usedom, Fehmarn, Poel und Hiddensee zählen zu den größten Inseln in der Ostsee. Sylt, Föhr und Nordstrand sind die größten deutschen Inseln in der Nordsee. Alle Inseln ab einer Spiegelfläche über 15 km² zeigt Tabelle 1.6.1.

Die „Klosterinsel“ Reichenau – seit 2000 Welterbestätte –, die „Blumeninsel“ Mainau und Lindau sind die größten und touristisch bekanntesten Inseln im Bodensee. Informationen über touristisch bekannte, kleinere Inseln enthält Tabelle 1.6.2. Die Daten erhebt das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Das deutsche Naturschutzgesetz (BNatSchG) unterscheidet zwischen **Schutzgebieten** unterschiedlicher Zielstellung und Schutzzwecken (z. B. Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparke, Naturparke). Darüber hinaus regeln EG-Richtlinien und internationale Verträge die Unterschutzstellung von ökologisch wertvollen Gebieten. Die für die verschiedenen Schutzgebiet-Kategorien gemeldeten Gebiete überschneiden sich daher in erheblichem Maße oder sind sogar deckungsgleich. Eine Addition der Flächen ist daher nicht sinnvoll. Eine Auswahl der Nationalparke, Naturschutzgebiete und Naturparke in Deutschland enthält Tabelle 1.7. Die Daten werden vom Bundesamt für Naturschutz erhoben.

■ Klimatische Verhältnisse

Für das Klima in Deutschland ist die Lage in der gemäßigten Zone mit häufigem Wetterwechsel bestimmend. Charakteristisch sind Winde aus vorwiegend westlichen Richtungen, die das ganze Jahr über feuchte Luftmassen vom Atlantik heranführen. Die Folge sind Niederschläge zu allen Jahreszeiten. Die jährlichen Niederschlagsmengen betragen im Norddeutschen Tiefland unter 500 bis 700 mm, in den Mittelgebirgen um 700 bis über 1 500 mm und in den Alpen bis über 2 000 mm. Vom Nordwesten nach Osten und Südosten fortschreitend, macht sich ein allmählicher Übergang vom mehr ozeanischen zum kontinentalen Klima bemerkbar. Dies sorgt für relativ milde Winter und nicht zu heiße Sommer. Gelegentlich wird die Westströmung jedoch durch zum Teil recht langbleibige Hochdruckgebiete blockiert. Dann kann es zu sehr kalten Wintern kommen. Aber auch die Sommer können dann heiß und trocken werden.

Die Tagesschwankungen wie auch die jahreszeitlichen Temperaturunterschiede sind jedoch nirgendwo extrem. Die Durchschnittstemperaturen des Januar, des kältesten Monats im Jahr, liegen im Tiefland um + 1,5°C bis – 0,5°C. In den Gebirgen erreichen sie je nach Höhenlage bis unter – 6°C. Die mittleren Julitemperaturen betragen im Norddeutschen Tiefland + 17°C bis + 18°C, im Oberrheintalgraben bis zu + 20°C. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei + 9°C. Die Daten stellt der Deutsche Wetterdienst bereit.

Glossar

Insel | Sie ist eine in einem Meer oder Binnengewässer liegende, auch bei Flut über den Wasserspiegel hinausragende Landmasse, die vollständig von Wasser umgeben ist, aber nicht als Kontinent gilt.

Klima | Das Klima ist definiert als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren. Es wird repräsentiert durch die statistischen Gesamteigenschaften (Mittelwerte, Extremwerte, Häufigkeiten, Andauerwerte u. a.) über einen genügend langen Zeitraum. Im Allgemeinen wird ein Zeitraum von 30 Jahren zugrunde gelegt, die sogenannte Normalperiode. Es sind jedoch auch kürze Zeitabschnitte üblich.

Nationalparke | Das sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands.

Naturparke | Das sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

Naturschutzgebiete | Dies sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

Niederschlag | Unter dem Begriff „Niederschlag“ versteht man in der Meteorologie die Ausscheidung von Wasser aus der Atmosphäre im flüssigen und/oder festen Aggregatzustand, die man am Erdboden messen oder beobachten kann. Dabei wird unterschieden zwischen fallenden Niederschlägen (z. B. Regen), aufgewirbelten Niederschlägen (z. B. Schneetreiben), abgelagerten Niederschlägen (z. B. Schneedecke) und abgesetzten Niederschlägen (z. B. Reif). Fallende Niederschläge sind definiert als das Ausscheiden von Wasser aus Wolken, das den Erdboden in flüssiger (z. B. Regen) und/oder fester Form (z. B. Hagel) erreicht.

Schiffbarkeit | Sie ist dann gegeben, wenn auf einem Gewässer Schifffahrt betrieben werden kann, und zwar Güterschifffahrt, Personenschifffahrt und/oder Sportschifffahrt. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit, dort kleinere Sportboote gebrauchen zu können.

Schiffahrtskanal | Hierunter versteht man eine künstlich angelegte Wasserstraße als Verbindungsweg zwischen zwei natürlichen Gewässern.

Seen, natürliche | Ein See ist ein Stillgewässer mit oder ohne Zu- und Abfluss durch Fließgewässer. Er ist vollständig von einer Landfläche umgeben. Natürliche Seen entstehen auf natürliche Weise.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sonnenscheindauer | Als Sonnenscheindauer bezeichnet man die tatsächliche Dauer der direkten Sonneneinstrahlung an einem bestimmten Ort innerhalb eines definierten Zeitraums (Tag, Woche, Monat, Jahr). Die Sonnenscheindauer wird allgemein täglich gemessen und in zehntel Stunden angegeben. Die täglich festgestellte Sonnenscheindauer wird dann für größere Zeiträume aufsummiert.

Stauseen | Sie bilden sich durch künstlich aufgestautes Wasser. Stauseen werden aus zahlreichen Gründen errichtet, so z. B. als Trinkwasser- und Wasservorrat, zum Hochwasserschutz sowie zur Stromerzeugung.

Temperatur | Die Temperatur bezeichnet den messbaren Wärmezustand von Materie, eines Stoffes oder eines Stoffsystems. Der Wärmezustand wird durch die mittlere kinetische Energie der ungeordneten Bewegung der Teilchen bestimmt. Für die Temperatur werden meist folgende Einheiten verwendet: Kelvin, Grad Celsius oder Grad Fahrenheit. In der Meteorologie spielt die Lufttemperatur eine große Rolle. Sie wird daher weltweit regelmäßig unter genau definierten Bedingungen gemessen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, die Internet-adressen der jeweiligen Institutionen, die uns Daten zur Verfügung stellen. Ausführliche Informationen zu dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Geografie und Klima* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben auf Daten verschiedener Institutionen basieren.

Weitere Veröffentlichungen/Informationen zu den Themen

■ Ausgewählte Bodenerhebungen/Inseln

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie › www.bkg.bund.de

■ Wasserwege/Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung › www.bmvbs.de

■ Seen

Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) › www.lawa.de

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Bundesamt für Naturschutz › www.bfn.de

■ Klimatische Verhältnisse

Deutscher Wetterdienst, Monatlicher Witterungsbericht › www.dwd.de

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 48 65 (Bevölkerung, Fläche),
+49 (0)6 11 / 75 86 60 (Flächenstatistik),
+49 (0)6 11 / 75 48 52 (Verkehr).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

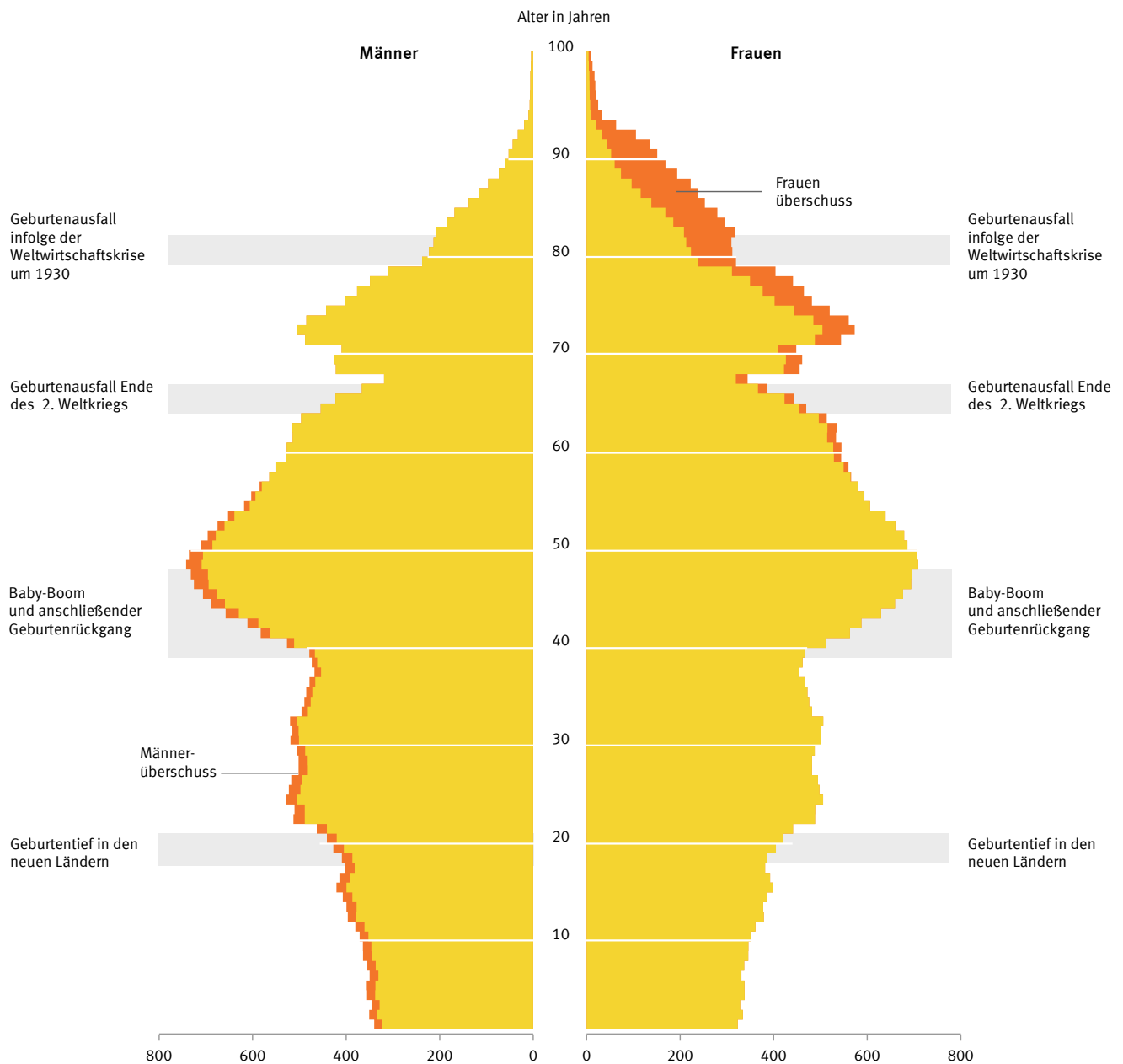
81,8 Millionen Menschen lebten Ende 2011 in Deutschland, die Hälfte davon in **städtischem** Gebiet | **Frauen** bekamen ihr **erstes Kind** im Schnitt mit **29 Jahren** | **1,4 Kinder** brachte eine **Frau** durchschnittlich zur Welt | **4 060 Kinder** wurden 2011 **adoptiert** | 2011 war jede **vierte** verstorbene Frau **90 Jahre** oder älter | **Zwei von fünf** Haushalten sind **Einpersonenhaushalte** | **Polen** war **Top-Herkunftsland** der Zugewanderten



Vorläufige Ergebnisse des Zensus 2011 zum Thema Bevölkerung finden Sie in der Zensusdatenbank unter www.zensus2011.de

Seite	
25	Auf einen Blick
	Tabellen
26	Bevölkerung Bevölkerungsstand und -entwicklung Verwaltungsgliederung Kreise und Gemeinden Stadt- und Landgliederung Die größten Städte Deutschlands Bevölkerung nach Altersgruppen, Ländern und Familienstand
33	Geborene und Gestorbene Entwicklung Nach Ländern Geburtenziffern Häufigste Vornamen Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern Gestorbene Säuglinge Sterbetafeln Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand Sterbeziffern
40	Migration Ausländische Bevölkerung Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft Asylbewerberinnen und Asylbewerber
43	Wanderungen Nach Bundesländern Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern Zwischen Deutschland und dem Ausland Top 10-Zielländer der Deutschen Top 10-Herkunftsländer der Ausländerinnen und Ausländer
48	Bevölkerungsvorausberechnung Entwicklung der Bevölkerung bis 2060 und der Privathaushalte bis 2030 Alten- und Jugendquotient
49	Familien, Kinder und Lebensformen Privathaushalte Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende Eheschließungen Durchschnittliches Heiratsalter Gerichtliche Ehelösungen Geschiedene Ehen Scheidungsziffer Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften Minderjährige Kinder Kindertageseinrichtungen Kinder- und Elterngeld Adoptionen
63	Kirchen und Jüdische Gemeinden Evangelische und Katholische Kirche Kirchensteuer Jüdische Gemeinden
64	Methodik
67	Glossar
71	Mehr zum Thema

Altersaufbau der Bevölkerung 2011 in 1 000 je Altersjahr



Stichtag: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

2013 - 01 - 0209

2.1 Bevölkerung
2.1.1 Bevölkerungsstand

	Fläche	Bevölkerung ^{1 2}			Einwohner/-innen je km² ¹	Ausländische Bevölkerung ¹²		
		insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	31.12.2011							
	km²	1 000	%		Anzahl	1 000	%	
Deutschland	357 137	81 844	49,1	50,9	229	7 410	51,2	48,8
Baden-Württemberg	35 751	10 786	49,3	50,7	302	1 307	51,2	48,8
Bayern	70 550	12 596	49,2	50,8	179	1 246	51,0	49,0
Berlin	892	3 502	49,0	51,0	3 927	494	51,4	48,6
Brandenburg	29 484	2 496	49,6	50,4	85	69	56,9	43,1
Bremen	419	661	48,8	51,2	1 577	84	50,7	49,3
Hamburg	755	1 799	49,0	51,0	2 382	247	52,6	47,4
Hessen	21 115	6 092	49,1	50,9	289	700	49,5	50,5
Mecklenburg-Vorpommern	23 194	1 635	49,5	50,5	70	41	57,6	42,4
Niedersachsen	47 614	7 914	49,2	50,8	166	544	51,6	48,4
Nordrhein-Westfalen	34 098	17 842	48,9	51,1	523	1 908	50,7	49,3
Rheinland-Pfalz	19 854	3 999	49,2	50,8	201	315	52,3	47,7
Saarland	2 569	1 013	48,7	51,3	394	88	50,5	49,5
Sachsen	18 420	4 137	49,0	51,0	225	119	55,2	44,8
Sachsen-Anhalt	20 450	2 313	49,0	51,0	113	45	56,6	43,4
Schleswig-Holstein	15 800	2 838	49,0	51,0	180	150	49,4	50,6
Thüringen	16 173	2 221	49,4	50,6	137	51	58,3	41,7

1 Früheres Bundesgebiet: Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987; neue Länder und Berlin-Ost: Die Ergebnisse basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990.

2 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

	Bevölkerung	
	1 000	je km²
1871 ¹	41 059	76
1880 ¹	45 234	84
1890 ¹	49 428	91
1900 ¹	56 367	104
1910 ¹	64 926	120
1925 ¹	62 411	133
1933 ¹	65 218	139
1939 ^{1 2}	69 314	147
1950 ¹³	69 346	–
1960	73 147	–
1970	78 069	–
1980	78 397	–
1990	79 753	223
1995	81 817	229
2000	82 260	230
2002	82 537	231
2003	82 532	231
2004	82 501	231
2005	82 438	231
2006	82 315	231
2007	82 218	230
2008	82 002	230
2009	81 802	229
2010	81 752	229
2011	81 844	229

1871 bis 1939 Reichsgebiet, ab 1950 Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 1871 bis 1910 im Dezember, 1925 und 1933 im Juni, 1939 im Mai, 1946 im Oktober, 1950 im September, 1926 bis 1932 und 1934 bis 1938 Jahresmitte; 1947 bis 1949 Jahresdurchschnitte, ab 1950 Jahresende. – Aus methodischen Gründen können für 1950 bis 1988 keine Angaben „zur Bevölkerung je km²“ nachgewiesen werden.

1 Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung.

2 Gebietsstand: 31.12.1937.

3 Ab 1950 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2.1.3 Bevölkerungsentwicklung nach Gebieten

	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder ¹²	
	1 000	je km²	1 000	je km²
1950	50 958	202	18 388	171
1960	55 958	227	17 188	159
1970	61 001	245	17 068	158
1980	61 658	248	16 740	155
1990	63 726	256	16 028	148
1995	66 342	266	15 476	143
2000	67 140	270	15 119	140
2005	65 698	264	16 740	154
2006	65 667	264	16 648	153
2007	65 664	264	16 554	152
2008	65 541	264	16 461	152
2009	65 422	263	16 380	151
2010	65 426	263	16 326	150
2011	65 540	264	16 304	150

1 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, für 1970 bis 1986 auf der Basis der Volkszählung vom 27.5.1970 und ab 1987 auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987. Bis 2000 einschl. Berlin-West.

2 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, ab 1970 Ergebnisse der Volkszählung vom 1.1.1971 und ab 1980 auf der Basis der Volkszählung vom 31.12.1981. Die Ergebnisse ab 1990 basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990. Bis 2000 einschl. Berlin-Ost, ab 2001 einschl. Gesamtberlin.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

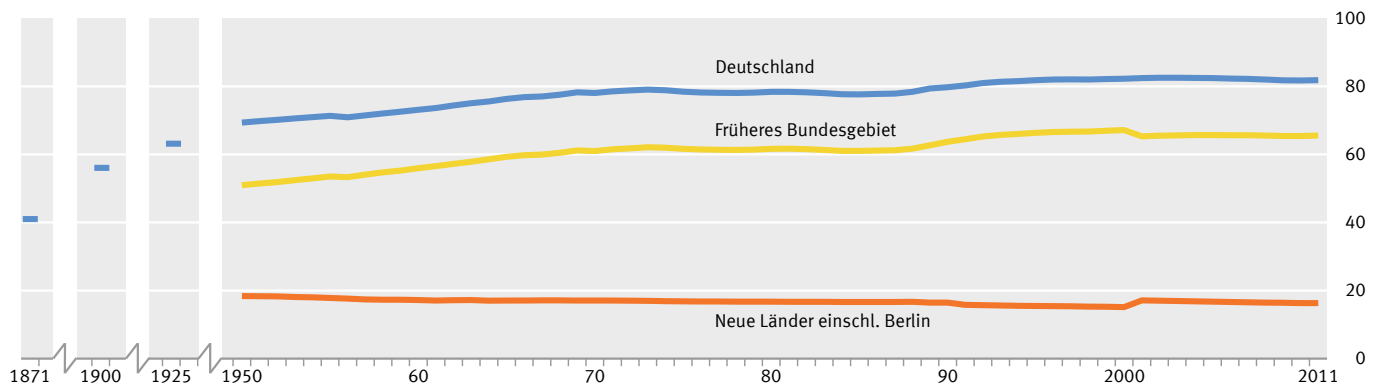
2.1.4 Bevölkerungsentwicklung nach Ländern

	1960	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2010	2011
1 000									
Deutschland	73 147	78 069	78 397	79 753	82 260	82 438	82 002	81 752	81 844
Baden-Württemberg	7 727	8 954	9 259	9 822	10 524	10 736	10 750	10 754	10 786
Bayern	9 495	10 561	10 928	11 449	12 230	12 469	12 520	12 539	12 596
Berlin	–	3 201	3 049	3 434	3 382	3 395	3 432	3 461	3 502
Brandenburg	–	2 657	2 660	2 578	2 602	2 559	2 522	2 503	2 496
Bremen	704	735	694	682	660	663	662	661	661
Hamburg	1 837	1 794	1 645	1 652	1 715	1 744	1 772	1 786	1 799
Hessen	4 783	5 425	5 601	5 763	6 068	6 092	6 065	6 067	6 092
Mecklenburg-Vorpommern	–	1 928	1 944	1 924	1 776	1 707	1 664	1 642	1 635
Niedersachsen	6 576	7 122	7 256	7 387	7 926	7 994	7 947	7 918	7 914
Nordrhein-Westfalen	15 852	17 005	17 058	17 350	18 010	18 058	17 933	17 845	17 842
Rheinland-Pfalz	3 411	3 659	3 642	3 764	4 035	4 059	4 028	4 004	3 999
Saarland	1 060	1 121	1 066	1 073	1 069	1 050	1 030	1 018	1 013
Sachsen	–	5 419	5 174	4 764	4 426	4 274	4 193	4 149	4 137
Sachsen-Anhalt	–	3 218	3 078	2 874	2 615	2 470	2 382	2 335	2 313
Schleswig-Holstein	2 309	2 511	2 611	2 626	2 790	2 833	2 834	2 834	2 838
Thüringen	–	2 759	2 730	2 611	2 431	2 335	2 268	2 235	2 221
%									
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Baden-Württemberg	10,6	11,5	11,8	12,3	12,8	13,0	13,1	13,2	13,2
Bayern	13,0	13,5	13,9	14,4	14,9	15,1	15,3	15,3	15,4
Berlin	–	4,1	3,9	4,3	4,1	4,1	4,2	4,2	4,3
Brandenburg	–	3,4	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3,0
Bremen	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Hamburg	2,5	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
Hessen	6,5	6,9	7,1	7,2	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	–	2,5	2,5	2,4	2,2	2,1	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,0	9,1	9,3	9,3	9,6	9,7	9,7	9,7	9,7
Nordrhein-Westfalen	21,7	21,8	21,8	21,8	21,9	21,9	21,9	21,8	21,8
Rheinland-Pfalz	4,7	4,7	4,6	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2
Sachsen	–	6,9	6,6	6,0	5,4	5,2	5,1	5,1	5,1
Sachsen-Anhalt	–	4,1	3,9	3,6	3,2	3,0	2,9	2,9	2,8
Schleswig-Holstein	3,2	3,2	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5
Thüringen	–	3,5	3,5	3,3	3,0	2,8	2,8	2,7	2,7

Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

Bevölkerungsentwicklung

in Mill.



1871 bis 1939: Reichsgebiet. – Bevölkerung zur Jahresmitte.

1950 bis 2000: Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin-Ost. – Bevölkerung zum Jahresende.

Seit 2001: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin. – Bevölkerung zum Jahresende (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

2013 - 01 - 0210

2.1 Bevölkerung

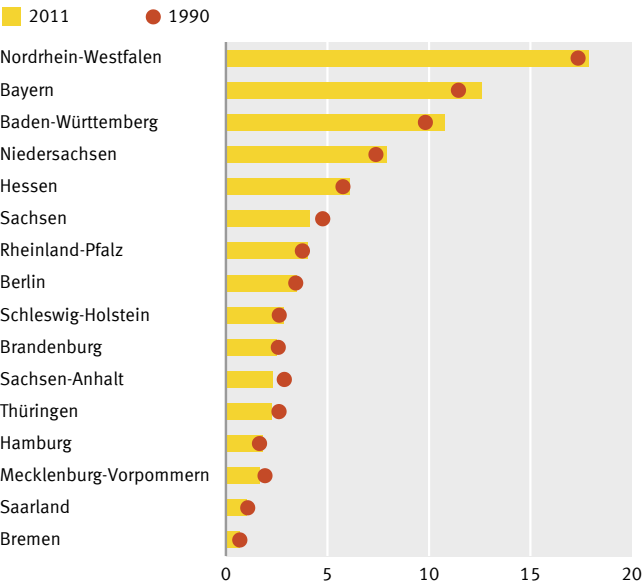
2.1.5 Bevölkerungsstand und -veränderung nach Ländern

	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuss der		Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ¹		Bevölkerung am Jahresende		
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)			insgesamt	männlich	weiblich
	1 000			je 1 000 Ein- wohner/-innen		1 000	%	
2007	82 314,9	- 142,3	+ 43,9	- 97,1	- 1	82 217,8	49,0	51,0
2008	82 217,8	- 161,9	- 55,7 ¹²	- 215,5	- 3	82 002,4	49,0	51,0
2009	82 002,4	- 189,4	- 12,7 ¹²	- 200,1	- 2	81 802,3	49,0	51,0
2010	81 802,3	- 180,8	+127,9 ¹²	- 50,7	- 1	81 751,6	49,1	50,9
2011	81 751,6	- 189,6	279,3	92,1	1	81 843,7	49,1	50,9
2011 nach Ländern								
Baden-Württemberg	10 753,9	- 8,9	41,5	32,3	3	10 786,2	49,3	50,7
Bayern	12 538,7	- 19,3	76,1	57,2	5	12 595,9	49,2	50,8
Berlin	3 460,7	1,7	39,4	41,1	12	3 501,9	49,0	51,0
Brandenburg	2 503,3	- 9,6	1,8	- 7,6	- 3	2 495,6	49,6	50,4
Bremen	660,7	- 2,0	2,7	0,6	1	661,3	48,8	51,2
Hamburg	1 786,4	0,1	12,2	12,4	7	1 798,8	49,0	51,0
Hessen	6 067,0	- 9,0	32,5	25,1	4	6 092,1	49,1	50,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 642,3	- 5,9	- 1,7	- 7,6	- 5	1 634,7	49,5	50,5
Niedersachsen	7 918,3	- 24,2	19,2	- 4,8	- 1	7 913,5	49,2	50,8
Nordrhein-Westfalen	17 845,2	- 45,8	42,6	- 3,2	0	17 842,0	48,9	51,1
Rheinland-Pfalz	4 003,7	- 12,6	7,8	- 4,6	- 1	3 999,1	49,2	50,8
Saarland	1 017,6	- 5,2	1,0	- 4,2	- 4	1 013,4	48,7	51,3
Sachsen	4 149,5	- 16,2	3,7	- 12,4	- 3	4 137,1	49,0	51,0
Sachsen-Anhalt	2 335,0	- 13,3	- 8,4	- 21,7	- 9	2 313,3	49,0	51,0
Schleswig-Holstein	2 834,3	- 9,7	13,0	3,4	1	2 837,6	49,0	51,0
Thüringen	2 235,0	- 9,6	- 4,2	- 13,8	- 6	2 221,2	49,4	50,6

Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

- 1 Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme ergibt sich aus dem Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen, dem Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge und aus bestandsrelevanten Korrekturen.
- 2 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Bevölkerung nach Ländern
in Mill.



Stichtag: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung). 2013 - 01 - 0211

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.6 Verwaltungsgliederung Deutschlands 2012

	Regierungs- bezirke	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden ¹	Darunter Städte ²
			kreisfreie Städte	Landkreise		
Deutschland	19	402	107	295	11 220	2 064
Baden-Württemberg	4	44	9	35	1 101	312
Bayern	7	96	25	71	2 056	317
Berlin	–	1	1	–	1	1
Brandenburg	–	18	4	14	419	112
Bremen	–	2	2	–	2	2
Hamburg	–	1	1	–	1	1
Hessen	3	26	5	21	426	190
Mecklenburg-Vorpommern	–	8	2	6	783	84
Niedersachsen	–	46	8	38	1 010	163
Nordrhein-Westfalen	5	53	22	31	396	271
Rheinland-Pfalz	–	36	12	24	2 306	128
Saarland	–	6	–	6	52	17
Sachsen	–	13	3	10	454	173
Sachsen-Anhalt	–	14	3	11	219	104
Schleswig-Holstein	–	15	4	11	1 116	63
Thüringen	–	23	6	17	878	126
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	19	325	88	237	8 466	1 464
Neue Länder (ohne Berlin-Ost) ...	–	76	18	58	2 753	599
Berlin	–	1	1	–	1	1

Stand: 31.12.

1 Einschl. der bewohnten gemeindefreien Gebiete.

2 Einschl. kreisfreie Städte.

2.1.7 Kreise und Gemeinden

	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden
		kreisfreie Städte	Landkreise	
1990	543	117	426	16 128
1994	444	115	329	14 805
1998	440	117	323	14 197
2002	439	116	323	13 148
2006	439	116	323	12 312
2011	402	107	295	11 292
2012	402	107	295	11 220

Stand: jeweils 31.12.

2.1.8 Stadt- und Landgliederung

	Bevölkerung		
	2000	2005	2011
Anzahl			
Insgesamt	82 259 530	82 437 995	81 843 743
Städtisch	40 088 229	40 357 967	28 932 890
Halbstädtisch	29 381 482	29 470 645	34 009 378
Ländlich	12 789 819	12 609 383	18 901 475
%			
Insgesamt	100	100	100
Städtisch	48,7	49,0	35,4
Halbstädtisch	35,7	35,8	41,6
Ländlich	15,6	15,3	23,1

Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2000): Für die Jahre 2000 und 2005 Stand: jeweils 31.12. – Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2011): Ab dem Jahr 2011 Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

Städtische (oder dicht besiedelte) Gebiete sind im Wesentlichen Gemeinden, die eine Bevölkerungsdichte von mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² aufweisen und die einzeln – oder als zusammenhängendes Gebiet benachbarter Gemeinden derselben Dichtekategorie – mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben.

Halbstädtische (oder mittelstark besiedelte) Gebiete sind Gemeinden, die jeweils eine Einwohnerdichte von 100 bis 500 Einwohnerinnen und Einwohner je km² aufweisen, und die – wiederum ggf. im Zusammenhang mit benachbarten Gemeinden der gleichen Dichtekategorie – auf eine Einwohnerzahl von mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen.

Ländliche (oder dünn besiedelte) Gebiete sind Gemeinden, die eine Bevölkerungsdichte von weniger als 100 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² aufweisen.

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2011

		Bevölkerung ¹				Fläche in km²	Land
		insgesamt	männlich	weiblich	je km²		
			%				
1	Berlin, Stadt	3 501 872	49,0	51,0	3 927	891,75	Berlin
2	Hamburg, Freie und Hansestadt	1 798 836	49,0	51,0	2 382	755,30	Hamburg
3	München, Landeshauptstadt	1 378 176	48,7	51,3	4 436	310,70	Bayern
4	Köln, Stadt	1 017 155	48,4	51,6	2 510	405,17	Nordrhein-Westfalen
5	Frankfurt am Main, Stadt	691 518	49,1	50,9	2 785	248,31	Hessen
6	Stuttgart, Landeshauptstadt	613 392	49,8	50,2	2 958	207,35	Baden-Württemberg
7	Düsseldorf, Stadt	592 393	47,7	52,3	2 725	217,41	Nordrhein-Westfalen
8	Dortmund, Stadt	580 956	49,1	50,9	2 070	280,71	Nordrhein-Westfalen
9	Essen, Stadt	573 468	48,1	51,9	2 726	210,34	Nordrhein-Westfalen
10	Bremen, Stadt	548 319	48,6	51,4	1 685	325,42	Bremen
11	Leipzig, Stadt	531 809	48,6	51,4	1 788	297,37	Sachsen
12	Dresden, Stadt	529 781	49,3	50,7	1 614	328,31	Sachsen
13	Hannover, Landeshauptstadt	525 875	48,5	51,5	2 576	204,14	Niedersachsen
14	Nürnberg	510 602	48,6	51,4	2 740	186,37	Bayern
15	Duisburg, Stadt	488 005	49,1	50,9	2 096	232,83	Nordrhein-Westfalen
16	Bochum, Stadt	373 976	48,8	51,2	2 567	145,66	Nordrhein-Westfalen
17	Wuppertal, Stadt	349 470	48,4	51,6	2 075	168,39	Nordrhein-Westfalen
18	Bonn, Stadt	327 913	48,0	52,0	2 322	141,22	Nordrhein-Westfalen
19	Bielefeld, Stadt	323 395	47,9	52,1	1 254	257,93	Nordrhein-Westfalen
20	Mannheim, Universitätsstadt	314 931	49,8	50,2	2 173	144,96	Baden-Württemberg
21	Karlsruhe, Stadt	297 488	50,3	49,7	1 715	173,46	Baden-Württemberg
22	Münster, Stadt	291 754	46,9	53,1	963	302,95	Nordrhein-Westfalen
23	Wiesbaden, Landeshauptstadt	278 919	48,2	51,8	1 368	203,93	Hessen
24	Augsburg	266 647	48,7	51,3	1 816	146,84	Bayern
25	Aachen, Stadt	260 454	51,8	48,2	1 619	160,87	Nordrhein-Westfalen
26	Mönchengladbach, Stadt	257 208	48,6	51,4	1 509	170,45	Nordrhein-Westfalen
27	Gelsenkirchen, Stadt	256 652	48,7	51,3	2 446	104,94	Nordrhein-Westfalen
28	Braunschweig, Stadt	250 556	49,5	50,5	1 304	192,16	Niedersachsen
29	Chemnitz, Stadt	243 173	48,3	51,7	1 101	220,84	Sachsen
30	Kiel, Landeshauptstadt	242 041	49,1	50,9	2 040	118,65	Schleswig-Holstein
31	Krefeld, Stadt	234 396	48,7	51,3	1 702	137,75	Nordrhein-Westfalen
32	Halle (Saale), Stadt	233 705	47,6	52,4	1 731	135,03	Sachsen-Anhalt
33	Magdeburg, Landeshauptstadt	232 364	48,7	51,3	1 156	200,99	Sachsen-Anhalt
34	Freiburg im Breisgau, Stadt	229 144	47,7	52,3	1 497	153,06	Baden-Württemberg
35	Oberhausen, Stadt	212 568	48,7	51,3	2 757	77,10	Nordrhein-Westfalen
36	Lübeck, Hansestadt	210 577	47,7	52,3	983	214,21	Schleswig-Holstein
37	Erfurt, Stadt	206 384	48,5	51,5	767	269,14	Thüringen
38	Rostock, Hansestadt	204 260	49,2	50,8	1 127	181,26	Mecklenburg-Vorpommern
39	Mainz, Stadt	200 957	48,2	51,8	2 056	97,74	Rheinland-Pfalz
40	Kassel, documenta-Stadt	196 526	48,2	51,8	1 841	106,78	Hessen
41	Hagen, Stadt	187 447	48,3	51,7	1 169	160,35	Nordrhein-Westfalen
42	Hamm, Stadt	182 112	49,9	50,1	805	226,26	Nordrhein-Westfalen
43	Saarbrücken, Landeshauptstadt	176 135	48,3	51,7	1 054	167,09	Saarland
44	Mülheim an der Ruhr, Stadt	167 156	48,0	52,0	1 831	91,28	Nordrhein-Westfalen
45	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	165 560	50,0	50,0	2 135	77,55	Rheinland-Pfalz
46	Osnabrück, Stadt	165 021	48,0	52,0	1 377	119,80	Niedersachsen
47	Herne, Stadt	164 244	49,3	50,7	3 195	51,41	Nordrhein-Westfalen
48	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	162 481	48,3	51,7	1 578	102,98	Niedersachsen
49	Leverkusen, Stadt	161 195	48,5	51,5	2 044	78,87	Nordrhein-Westfalen
50	Solingen, Stadt	159 699	48,5	51,5	1 784	89,54	Nordrhein-Westfalen
51	Potsdam, Stadt	158 902	48,5	51,5	847	187,52	Brandenburg
52	Neuss, Stadt	152 010	48,4	51,6	1 527	99,53	Nordrhein-Westfalen
53	Heidelberg, Stadt	149 633	47,4	52,6	1 375	108,83	Baden-Württemberg
54	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	149 052	50,5	49,5	1 221	122,09	Hessen
55	Paderborn, Stadt	147 688	49,3	50,7	822	179,60	Nordrhein-Westfalen
56	Regensburg	136 577	48,1	51,9	1 692	80,70	Bayern
57	Würzburg	133 808	46,7	53,3	1 527	87,63	Bayern
58	Ingolstadt	126 732	50,1	49,9	950	133,37	Bayern
59	Heilbronn, Stadt	124 257	49,7	50,3	1 244	99,88	Baden-Württemberg
60	Ulm, Universitätsstadt	123 672	49,3	50,7	1 042	118,69	Baden-Württemberg

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung
2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2011

		Bevölkerung ¹				Fläche in km²	Land
		insgesamt	männlich	weiblich	je km²		
			%				
61	Offenbach am Main, Stadt	122 705	50,4	49,6	2 733	44,89	Hessen
62	Wolfsburg, Stadt	122 583	49,2	50,8	601	204,05	Niedersachsen
63	Göttingen, Stadt	121 364	48,5	51,5	1 038	116,89	Niedersachsen
64	Pforzheim, Stadt	120 709	48,6	51,4	1 232	98,00	Baden-Württemberg
65	Recklinghausen, Stadt	117 672	48,4	51,6	1 771	66,43	Nordrhein-Westfalen
66	Bottrop, Stadt	116 361	48,3	51,7	1 156	100,62	Nordrhein-Westfalen
67	Fürth	116 317	48,6	51,4	1 836	63,35	Bayern
68	Bremerhaven, Stadt	112 982	49,8	50,2	1 204	93,82	Bremen
69	Reutlingen, Stadt	112 735	48,8	51,2	1 295	87,06	Baden-Württemberg
70	Remscheid, Stadt	109 596	48,7	51,3	1 469	74,60	Nordrhein-Westfalen
71	Koblenz, Stadt	106 677	48,1	51,9	1 015	105,08	Rheinland-Pfalz
72	Erlangen	106 326	49,1	50,9	1 382	76,95	Bayern
73	Bergisch Gladbach, Stadt	105 836	48,1	51,9	1 274	83,09	Nordrhein-Westfalen
74	Trier, Stadt	105 675	47,6	52,4	902	117,13	Rheinland-Pfalz
75	Jena, Stadt	105 463	49,5	50,5	921	114,48	Thüringen
76	Moers, Stadt	105 102	48,2	51,8	1 553	67,69	Nordrhein-Westfalen
77	Siegen, Stadt	103 370	49,4	50,6	901	114,69	Nordrhein-Westfalen
78	Hildesheim, Stadt	102 584	47,3	52,7	1 113	92,18	Niedersachsen
79	Cottbus, Stadt	102 129	49,3	50,7	622	164,29	Brandenburg
80	Salzgitter, Stadt	101 750	49,1	50,9	454	223,91	Niedersachsen

Städte mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr am 31.12. – Die Städtebezeichnungen richten sich nach der amtlichen Schreibweise der Gemeinden, wie sie die Statistischen Ämter der Länder vorgeben.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2.1.10 Bevölkerung nach Altersgruppen

	1960	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2010	2011
Anzahl										
Insgesamt	73 146 809	78 069 471	78 397 483	79 753 227	81 817 499	82 259 540	82 437 995	82 002 356	81 751 602	81 843 743
Alter von ... bis unter ... Jahren										
unter 1	1 226 255	1 015 658	859 531	911 442	766 004	766 554	685 987	683 350	678 233	663 026
1 – 6	5 614 730	6 089 568	3 974 333	4 432 548	4 219 148	3 951 030	3 660 158	3 470 783	3 421 388	3 426 656
6 – 15	8 903 050	10 968 346	9 439 911	7 593 513	8 253 333	8 059 658	7 303 727	6 984 973	6 841 580	6 742 406
15 – 18	2 752 605	3 205 352	4 057 829	2 406 208	2 664 020	2 722 944	2 907 532	2 544 451	2 399 688	2 387 183
18 – 21	3 614 380	3 211 025	3 925 930	3 066 450	2 575 222	2 852 894	2 867 917	2 937 568	2 727 805	2 597 360
21 – 25	4 955 972	3 833 050	4 801 025	5 214 968	3 917 576	3 680 851	3 914 148	3 897 450	4 008 892	4 055 839
25 – 40	14 536 724	16 655 053	15 836 647	18 905 576	20 378 855	18 855 926	16 546 395	15 300 405	14 759 996	14 718 687
40 – 60	18 811 081	17 523 879	20 328 474	20 959 571	21 833 979	21 957 504	24 012 033	25 225 632	25 420 290	25 473 795
60 – 65	4 261 871	4 787 899	3 009 768	4 350 811	4 476 912	5 718 165	4 670 024	4 228 731	4 649 437	4 898 241
65 und mehr	8 470 141	10 779 641	12 164 035	11 912 140	12 732 450	13 694 014	15 870 074	16 729 013	16 844 293	16 880 550
%										
unter 1	1,7	1,3	1,1	1,1	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
1 – 6	7,7	7,8	5,1	5,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,2	4,2
6 – 15	12,2	14,0	12,0	9,5	10,1	9,8	8,9	8,5	8,4	8,2
15 – 18	3,8	4,1	5,2	3,0	3,3	3,3	3,5	3,1	2,9	2,9
18 – 21	4,9	4,1	5,0	3,8	3,1	3,5	3,5	3,6	3,3	3,2
21 – 25	6,8	4,9	6,1	6,5	4,8	4,5	4,7	4,8	4,9	5,0
25 – 40	19,9	21,3	20,2	23,7	24,9	22,9	20,1	18,7	18,1	18,0
40 – 60	25,7	22,4	25,9	26,3	26,7	26,7	29,1	30,8	31,1	31,1
60 – 65	5,8	6,1	3,8	5,5	5,5	7,0	5,7	5,2	5,7	6,0
65 und mehr	11,6	13,8	15,5	14,9	15,6	16,6	19,3	20,4	20,6	20,6

Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

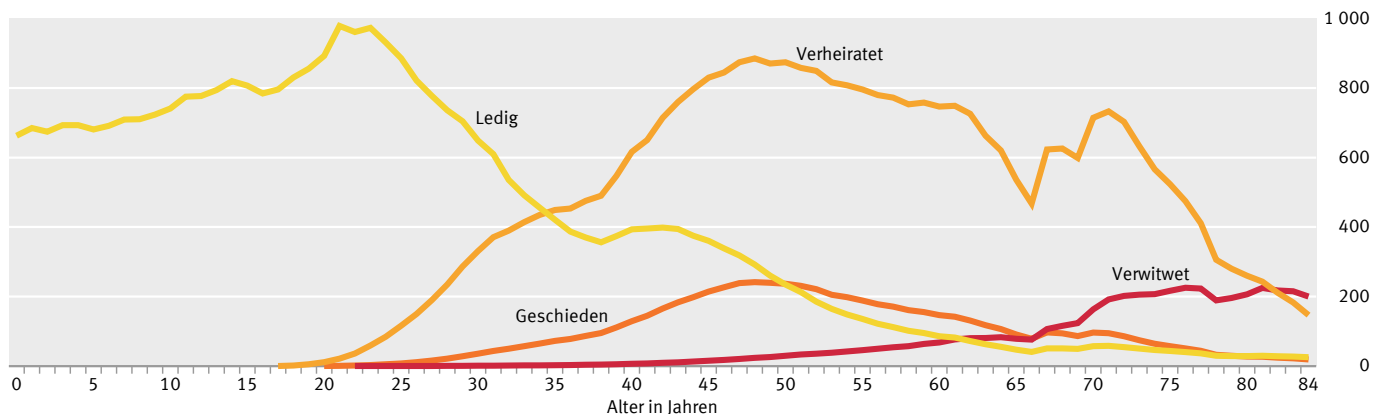
2.1.11 Bevölkerung nach Altersgruppen und Ländern 2011

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 6	6 – 15	15 – 18	18 – 25	25 – 40	40 – 60	60 – 65	65 und mehr
1 000									
Deutschland	81 844	4 090	6 742	2 387	6 653	14 719	25 474	4 898	16 881
Baden-Württemberg	10 786	553	950	349	916	1 966	3 336	614	2 102
Bayern	12 596	643	1 077	394	1 058	2 332	3 889	734	2 468
Berlin	3 502	190	243	77	288	794	1 046	200	663
Brandenburg	2 496	117	177	50	166	410	860	157	558
Bremen	661	32	50	18	59	128	193	40	142
Hamburg	1 799	97	133	45	147	421	525	93	337
Hessen	6 092	313	513	184	488	1 110	1 895	372	1 218
Mecklenburg-Vorpommern	1 635	78	111	30	120	280	550	106	359
Niedersachsen	7 914	389	707	262	644	1 330	2 450	478	1 654
Nordrhein-Westfalen	17 842	893	1 541	572	1 507	3 134	5 533	1 039	3 624
Rheinland-Pfalz	3 999	193	338	127	336	673	1 262	246	823
Saarland	1 013	43	76	30	82	167	325	67	222
Sachsen	4 137	205	279	73	295	742	1 257	272	1 014
Sachsen-Anhalt	2 313	103	151	43	166	381	753	156	561
Schleswig-Holstein	2 838	139	249	91	224	462	880	173	619
Thüringen	2 221	103	149	41	158	388	720	150	514
%									
Deutschland	100	5,0	8,2	2,9	8,1	18,0	31,1	6,0	20,6
Baden-Württemberg	100	5,1	8,8	3,2	8,5	18,2	30,9	5,7	19,5
Bayern	100	5,1	8,5	3,1	8,4	18,5	30,9	5,8	19,6
Berlin	100	5,4	6,9	2,2	8,2	22,7	29,9	5,7	18,9
Brandenburg	100	4,7	7,1	2,0	6,6	16,4	34,5	6,3	22,4
Bremen	100	4,9	7,5	2,7	8,9	19,4	29,1	6,0	21,5
Hamburg	100	5,4	7,4	2,5	8,2	23,4	29,2	5,2	18,8
Hessen	100	5,1	8,4	3,0	8,0	18,2	31,1	6,1	20,0
Mecklenburg-Vorpommern	100	4,8	6,8	1,9	7,4	17,1	33,6	6,5	22,0
Niedersachsen	100	4,9	8,9	3,3	8,1	16,8	31,0	6,0	20,9
Nordrhein-Westfalen	100	5,0	8,6	3,2	8,4	17,6	31,0	5,8	20,3
Rheinland-Pfalz	100	4,8	8,5	3,2	8,4	16,8	31,6	6,2	20,6
Saarland	100	4,2	7,5	3,0	8,1	16,4	32,1	6,7	21,9
Sachsen	100	4,9	6,8	1,8	7,1	18,0	30,4	6,6	24,5
Sachsen-Anhalt	100	4,4	6,5	1,8	7,2	16,5	32,6	6,7	24,3
Schleswig-Holstein	100	4,9	8,8	3,2	7,9	16,3	31,0	6,1	21,8
Thüringen	100	4,6	6,7	1,8	7,1	17,5	32,4	6,8	23,1

Stand: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

Bevölkerung nach Familienstand 2011

in 1 000



Stichtag: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

2013 - 01 - 0212

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.12 Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand 2011

	Ledig				Verheiratet				Verwitwet				Geschieden			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	18 699,7	46,5	15 919,7	38,2	17 266,3	42,9	17 440,6	41,9	1 174,6	2,9	4 672,1	11,2	3 066,1	7,6	3 604,7	8,7
Alter von . . . bis unter . . . Jahren																
unter 15	5 555,6	100	5 276,5	100	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15 – 20	2 093,9	100	1 979,4	99,7	0,9	0,0	6,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
20 – 25	2 477,6	97,6	2 258,2	93,2	57,7	2,3	155,1	6,4	0,1	0,0	0,3	0,0	2,6	0,1	8,3	0,3
25 – 30	2 162,1	85,0	1 763,5	72,1	353,3	13,9	624,4	25,5	0,4	0,0	2,0	0,1	27,7	1,1	57,2	2,3
30 – 35	1 579,2	63,0	1 163,7	47,7	824,6	32,9	1 114,9	45,7	1,7	0,1	7,0	0,3	99,6	4,0	152,2	6,2
35 – 40	1 111,5	45,8	795,4	33,7	1 114,2	45,9	1 300,7	55,1	4,1	0,2	15,4	0,7	195,4	8,1	248,4	10,5
40 – 45	1 165,5	35,9	790,3	25,4	1 690,7	52,1	1 847,1	59,3	11,4	0,3	36,6	1,2	379,5	11,7	442,1	14,2
45 – 50	962,4	26,4	606,4	17,4	2 105,8	57,7	2 198,9	63,0	24,3	0,7	79,3	2,3	554,3	15,2	606,2	17,4
50 – 55	589,9	18,2	356,0	11,2	2 071,3	63,8	2 133,7	67,1	39,9	1,2	140,0	4,4	543,7	16,8	548,5	17,3
55 – 60	346,9	12,6	219,4	7,9	1 925,7	69,9	1 933,5	69,2	58,1	2,1	213,1	7,6	424,1	15,4	429,3	15,4
60 – 65	217,9	9,1	141,6	5,7	1 793,5	74,6	1 712,3	68,6	81,3	3,4	307,9	12,3	310,7	12,9	333,1	13,3
65 – 70	141,7	7,3	98,0	4,7	1 488,9	76,6	1 362,7	65,0	107,9	5,5	393,0	18,8	205,4	10,6	242,1	11,6
70 – 75	143,1	6,2	124,3	4,6	1 803,6	77,7	1 545,2	57,7	200,0	8,6	769,0	28,7	175,4	7,6	240,6	9,0
75 – 80	76,1	5,1	103,3	5,3	1 132,9	75,7	861,7	44,4	206,0	13,8	843,8	43,5	82,4	5,5	132,2	6,8
80 und mehr . .	76,4	5,1	243,7	8,4	903,1	60,8	644,1	22,1	439,4	29,6	1 864,8	63,9	65,4	4,4	164,4	5,6

Stand: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.1 Geborene und Gestorbene insgesamt

	Lebendgeborene		Totgeborene ¹²	Gestorbene ¹³			Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (–)
	insgesamt	darunter nicht- ehelich ¹¹		insgesamt	und zwar		
					im 1. Lebensjahr	in den ersten 7 Lebenstagen	
1950	1 116 701	117 934	24 857	748 329	67 175	.	+ 368 372
1960	1 261 614	95 321	19 814	876 721	44 105	24 900	+ 384 893
1970	1 047 737	75 802	10 853	975 664	23 547	15 958	+ 72 073
1980	865 789	102 921	4 954	952 371	10 779	5 582	– 86 582
1990	905 675	138 755	3 202	921 445	6 385	2 488	– 15 770
2000	766 999	179 574	3 084	838 797	3 362	1 594	– 71 798
2010	677 947	225 472	2 466	858 768	2 322	1 175	– 180 821
2011	662 685	224 744	2 387	852 328	2 408	1 250	– 189 643
2011 nach Ländern							
Baden-Württemberg	88 823	20 424	308	97 732	289	158	– 8 909
Bayern	103 668	27 349	317	122 955	325	177	– 19 287
Berlin	33 075	16 637	145	31 380	107	51	+ 1 695
Brandenburg	18 279	11 513	80	27 851	67	36	– 9 572
Bremen	5 388	2 027	29	7 411	35	19	– 2 023
Hamburg	17 125	6 341	50	17 060	69	39	+ 65
Hessen	51 479	13 545	179	60 446	189	99	– 8 967
Mecklenburg-Vorpommern	12 638	8 187	56	18 572	32	9	– 5 934
Niedersachsen	61 280	19 241	233	85 489	309	169	– 24 209
Nordrhein-Westfalen	143 097	39 562	557	188 944	611	317	– 45 847
Rheinland-Pfalz	31 081	8 414	95	43 645	107	52	– 12 564
Saarland	7 088	2 175	21	12 331	30	16	– 5 243
Sachsen	34 423	20 475	132	50 628	78	39	– 16 205
Sachsen-Anhalt	16 837	10 882	69	30 183	51	10	– 13 346
Schleswig-Holstein	21 331	7 755	67	30 981	69	39	– 9 650
Thüringen	17 073	10 217	49	26 720	40	20	– 9 647

1 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

2 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

3 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.2 Geborene und Gestorbene – Verhältniszahlen

	Lebendgeborene	Gestorbene ¹	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Nichtehelich Lebendgeborene ²	Gestorbene Säuglinge		Totgeborene ⁵
	je 1 000 Einwohner/-innen			je 1 000 Lebendgeborene	im 1. Lebensjahr ³	in den ersten 7 Lebenstagen ⁴	je 1 000 Lebend- und Totgeborene
1950	16,3	10,9	+ 5,4	105,6	60,2	.	21,8
1960	17,3	12,0	+ 5,3	75,6	35,0	19,7	15,5
1970	13,5	12,6	+ 0,9	72,3	22,5	15,2	10,3
1980	11,0	12,1	- 1,1	118,9	12,4	6,4	5,7
1990	11,4	11,6	- 0,2	153,2	7,1	2,7	3,5
2000	9,3	10,2	- 0,9	234,1	4,4	2,1	4,0
2010	8,3	10,5	- 2,2	332,6	3,4	1,7	3,6
2011	8,1	10,4	- 2,3	339,1	3,6	1,9	3,6
2011 nach Ländern							
Baden-Württemberg	8,2	9,1	- 0,8	229,9	3,2	1,8	3,5
Bayern	8,3	9,8	- 1,5	263,8	3,1	1,7	3,0
Berlin	9,5	9,0	+ 0,5	503,0	3,3	1,5	4,4
Brandenburg	7,3	11,1	- 3,8	629,8	3,6	2,0	4,4
Bremen	8,2	11,2	- 3,1	376,2	6,5	3,5	5,4
Hamburg	9,6	9,5	+ 0,0	370,3	4,0	2,3	2,9
Hessen	8,5	9,9	- 1,5	263,1	3,7	1,9	3,5
Mecklenburg-Vorpommern	7,7	11,3	- 3,6	647,8	2,5	0,7	4,4
Niedersachsen	7,7	10,8	- 3,1	314,0	5,0	2,8	3,8
Nordrhein-Westfalen	8,0	10,6	- 2,6	276,5	4,3	2,2	3,9
Rheinland-Pfalz	7,8	10,9	- 3,1	270,7	3,4	1,7	3,0
Saarland	7,0	12,1	- 5,2	306,9	4,2	2,3	3,0
Sachsen	8,3	12,2	- 3,9	594,8	2,3	1,1	3,8
Sachsen-Anhalt	7,2	13,0	- 5,7	646,3	3,0	0,6	4,1
Schleswig-Holstein	7,5	10,9	- 3,4	363,6	3,2	1,8	3,1
Thüringen	7,7	12,0	- 4,3	598,4	2,3	1,2	2,9

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

3 Ab 1960 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten.

4 Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.

5 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Lebendgeborene und Gestorbene

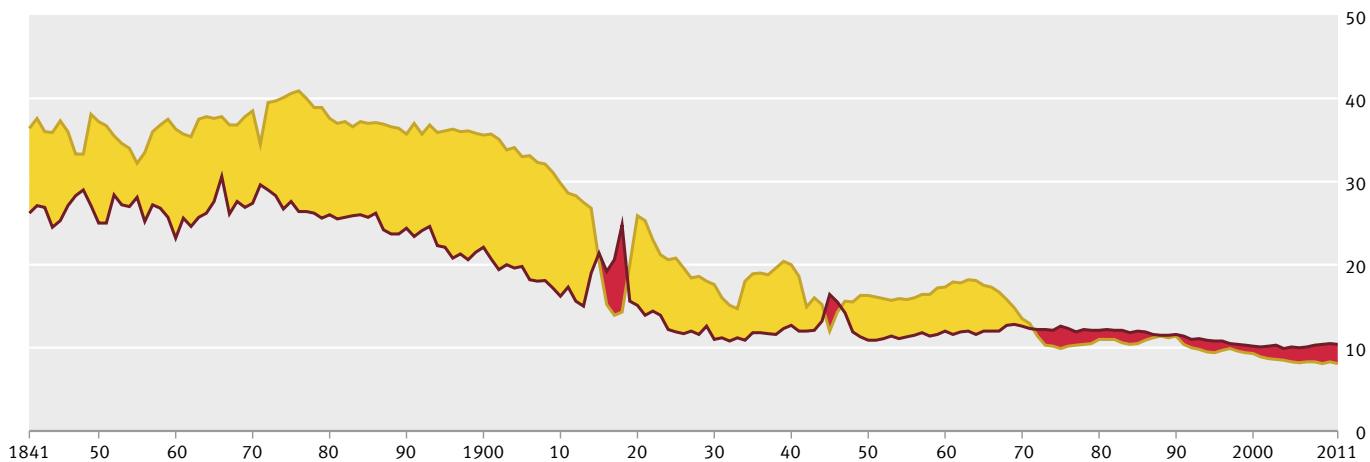
je 1 000 Einwohner/-innen

■ Überschuss der Lebendgeborenen

■ Überschuss der Gestorbene

— Lebendgeborene

— Gestorbene



2013 - 01 - 0213

2.2 Geborene und Gestorbene
2.2.3 Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter sowie Geburtenziffern

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene 2011				Geburtenziffern	
	insgesamt	dar. mit ausländischer Staatsangehörigkeit	ehelich ²	nichtehelich ³	2011	2010
	Anzahl				Lebendgeborene je 1 000 Frauen	
Insgesamt	662 685	31 940	437 941	224 744	45,0 ⁴	45,3 ⁴
unter 15	52	5	–	52	.	.
15	267	37	5	262	0,7	0,6
16	794	94	10	784	2,1	2,3
17	1 823	211	37	1 786	4,7	5,1
18	3 447	385	266	3 181	8,6	9,3
19	6 382	577	1 118	5 264	15,3	16,2
20	9 290	807	2 301	6 989	21,2	22,4
21	13 225	1 027	4 079	9 146	27,3	28,9
22	15 729	1 157	5 855	9 874	32,4	35,3
23	19 480	1 403	8 736	10 744	38,8	42,0
24	23 117	1 534	11 721	11 396	46,7	50,0
25	27 805	1 687	15 522	12 283	56,6	59,9
26	31 660	1 776	19 120	12 540	66,1	69,5
27	35 822	1 926	22 923	12 899	74,7	77,9
28	40 703	1 846	27 180	13 523	83,8	86,5
29	45 359	2 153	31 654	13 705	90,9	93,2
30	47 953	2 066	34 330	13 623	95,9	97,7
31	49 576	2 124	36 142	13 434	98,3	100,0
32	46 594	1 911	34 665	11 929	96,9	97,3
33	43 114	1 682	32 434	10 680	90,8	92,5
34	39 792	1 542	30 044	9 748	84,5	84,7
35	35 251	1 334	26 734	8 517	75,8	75,9
36	29 771	1 117	22 488	7 283	65,8	64,9
37	24 930	1 020	18 877	6 053	54,1	53,0
38	19 512	723	14 695	4 817	41,9	40,7
39	16 314	599	12 113	4 201	32,0	30,9
40	13 049	406	9 531	3 518	23,2	22,6
41	8 998	325	6 446	2 552	15,3	14,8
42	5 702	178	3 964	1 738	9,1	8,9
43	3 452	116	2 417	1 035	5,2	5,0
44	1 840	75	1 226	614	2,7	2,6
unter 45	660 803	31 843	436 633	224 170	1361,1 ⁵	1 390,7 ⁵
45 und mehr	1 882	97	1 308	574	0,5	0,5

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z.B. 2011: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1996, 16 = 1995 usw.

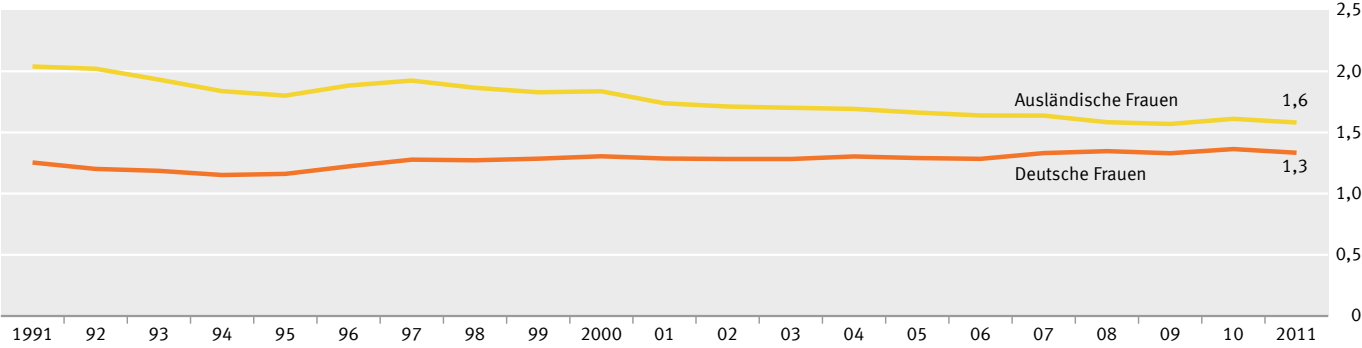
2 Seit 1.7.1998 von miteinander verheirateten Eltern.

3 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

4 Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer.

5 Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (= Zusammengefasste Geburtenziffer. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels).

Zusammengefasste Geburtenziffer
Kinder je Frau



2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.4 Lebendgeborene nach der Geburtenfolge 2011

Alter der Mutter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene				
	insgesamt	davon als ... Kind geboren			
		1.	2.	3.	4. oder weiteres
	Anzahl				
Insgesamt	662 685	329 952	225 398	74 005	33 330
dar. Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit	31 940	13 994	10 087	4 685	3 174
unter 15	52	51	–	1	–
15	267	264	3	–	–
16	794	781	13	–	–
17	1 823	1 754	68	1	–
18	3 447	3 169	259	17	2
19	6 382	5 651	670	56	5
20	9 290	7 736	1 361	173	20
21	13 225	10 292	2 556	324	53
22	15 729	11 414	3 602	602	111
23	19 480	13 218	5 026	996	240
24	23 117	15 036	6 210	1 439	432
25	27 805	17 544	7 750	1 921	590
26	31 660	19 202	9 159	2 492	807
27	35 822	21 018	10 903	2 845	1 056
28	40 703	22 998	13 009	3 398	1 298
29	45 359	24 268	15 378	4 105	1 608
30	47 953	24 870	16 670	4 610	1 803
31	49 576	24 086	18 014	5 339	2 137
32	46 594	21 099	17 802	5 494	2 199
33	43 114	17 737	17 540	5 550	2 287
34	39 792	15 413	16 443	5 561	2 375
35	35 251	12 858	14 538	5 405	2 450
36	29 771	10 264	12 077	5 074	2 356
37	24 930	8 032	10 002	4 610	2 286
38	19 512	5 999	7 703	3 750	2 060
39	16 314	4 945	6 261	3 270	1 838
40	13 049	3 958	4 960	2 516	1 615
41	8 998	2 637	3 221	1 815	1 325
42	5 702	1 638	1 978	1 176	910
43	3 452	970	1 147	709	626
44	1 840	505	577	386	372
unter 45	660 803	329 407	224 900	73 635	32 861
45 und mehr	1 882	545	498	370	469

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2011: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1996, 16 = 1995 usw.

2.2.5 Die 10 häufigsten Vornamen Neugeborener

Diese Aufstellung zeigt die „Spitzenreiter“ der im jeweiligen Jahr am häufigsten vergebenen **Mädchen- und Jungennamen**. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) veröffentlicht diese jährlich. Weitere Informationen finden Sie unter www.gfds.de

	2012		2011	
	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen
1.	Sophie/Sofie	Luca/Luka	Sophie/Sofie	Maximilian
2.	Marie	Maximilian	Marie	Alexander
3.	Maria	Alexander	Maria	Paul
4.	Sophia/Sofia	Paul	Mia	Leon
5.	Mia	Ben	Sophia/Sofia	Ben
6.	Emma	Leon/Léon	Emma	Lukas/Lucas
7.	Hannah/Hanna	Lukas/Lucas	Anna	Luka/Luca
8.	Anna	Elias	Hannah/Hanna	Louis/Luis
9.	Johanna	Luis/Louis	Johanna	Elias
10.	Luisa/Louisa	Jonas	Leonie	Jonas

Quelle: Gesellschaft für deutsche Sprache

2.2.6 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihrer lebend geborenen Kinder

	Durchschnittsalter in Jahren bei der Geburt des ... Kindes				
	insgesamt	1.	2.	3.	4. oder weiteren
2009	30,4	28,8	31,3	32,8	34,2
2010	30,5	28,9	31,4	32,8	34,2
2011	30,6	29,1	31,5	33,0	34,2

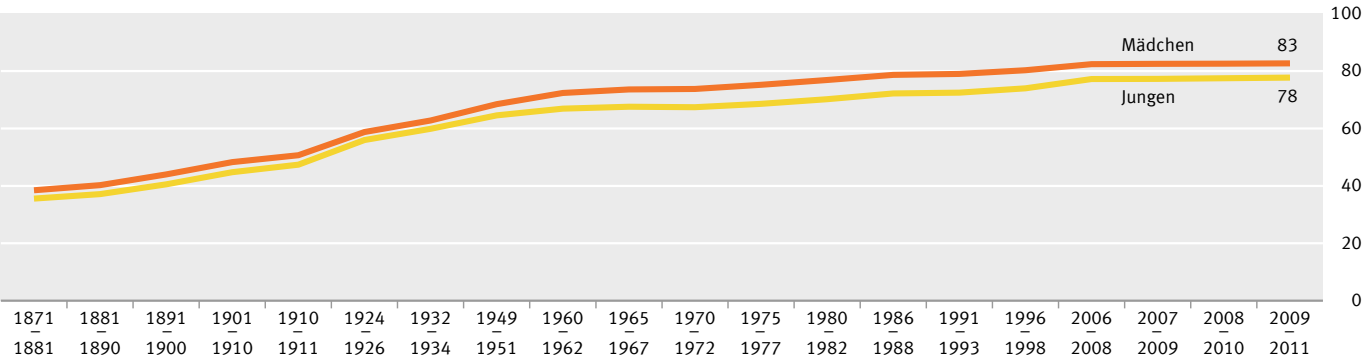
Alter der Mutter nach der Geburtsjahrmethode – biologische Geburtenfolge.

2.2 Geborene und Gestorbene
2.2.7 Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern

	Lebendgeborene							
	insgesamt	mit deutscher Staatsangehörigkeit					mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
		zusammen	und zwar					
			beide Eltern deutsch ¹	beide Eltern ausländisch ²	Vater deutsch/ Mutter ausländisch oder Mutter deutsch/Vater ausländisch			
	Anzahl	%	% der Lebendgeborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit			Anzahl	%	
1995	765 221	665 507	87,0	92,9	X	7,1	99 714	13,0
2000	766 999	717 223	93,5	83,7	5,8	10,5	49 776	6,5
2005	685 795	655 534	95,6	79,5	6,1	14,4	30 261	4,4
2010	677 947	644 463	95,1	80,8	4,6	14,6	33 484	4,9
2011	662 685	630 745	95,2	80,6	4,9	14,5	31 940	4,8

1 Einschl. nicht verheirateter deutscher Mutter ohne Angabe zum Vater.
2 Kind hat die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz – Geburtsortprinzip (ius soli) – erworben, einschl. nicht verheirateter ausländischer Mutter ohne Angabe zum Vater („Optionskinder“).

Lebenserwartung bei Geburt
in Altersjahren



2013 - 01 - 0215

2.2.8 Gestorbene Säuglinge nach dem Alter

	2011			2001		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
nach dem Alter ¹						
0 Tage ²	754	404	350	791	447	344
1 Tag	203	132	71	297	173	124
2 Tage	103	54	49	136	83	53
3 Tage	65	43	22	98	57	41
4 Tage	56	31	25	75	47	28
5 Tage	40	19	21	56	27	29
6 Tage	29	19	10	45	27	18
In den ersten 7 Lebenstagen	1 250	702	548	1 498	861	637
7 bis unter 28 Tage	354	194	160	476	280	196
0 bis unter 1 Monat	1 619	905	714	1 999	1 154	845
1 bis unter 12 Monate	789	442	347	1 164	661	503
Im 1. Lebensjahr	2 408	1 347	1 061	3 163	1 815	1 348
Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene ³						
Insgesamt	3,6	3,9	3,3	4,3	4,8	3,7

1 Differenz zwischen Sterbetag und Geburtstag; z. B. 1 Tag = am Tag nach der Geburt gestorben.
2 Am Tag der Geburt gestorben.
3 Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vergangenen 12 Monaten.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.9 Sterbetafeln

Vollendetes Altersjahr ¹⁾	Männlich						Weiblich					
	Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder		Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder	
	1910/11	2009/11	1949/51	2009/11	1952/53	2009/11	1910/11	2009/11	1949/51	2009/11	1952/53	2009/11
Von 100 000 Lebendgeborenen erreichen das Alter x (Absterbeordnung)												
0	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	81 855	99 613	93 823	99 600	94 018	99 691	84 695	99 685	95 091	99 667	95 383	99 762
2	79 211	99 581	93 433	99 567	93 529	99 657	82 070	99 658	94 749	99 642	94 965	99 731
5	77 213	99 535	92 880	99 522	93 066	99 606	80 077	99 621	94 270	99 604	94 573	99 692
10	75 984	99 489	92 444	99 476	92 693	99 567	78 816	99 579	93 937	99 562	94 259	99 656
15	75 189	99 435	92 097	99 423	92 368	99 508	77 930	99 536	93 701	99 519	94 067	99 605
20	73 832	99 261	91 466	99 250	91 779	99 319	76 659	99 449	93 295	99 434	93 657	99 503
25	72 130	98 994	90 531	98 995	90 913	98 995	75 043	99 341	92 711	99 326	93 108	99 388
30	70 425	98 695	89 518	98 704	90 133	98 656	73 115	99 216	92 039	99 204	92 484	99 246
35	68 545	98 336	88 428	98 348	89 299	98 274	71 020	99 044	91 221	99 033	91 691	99 069
40	66 227	97 854	87 102	97 880	88 130	97 716	68 659	98 784	90 225	98 778	90 636	98 792
45	63 238	97 078	85 342	97 156	86 511	96 677	66 187	98 336	88 901	98 337	89 310	98 309
50	59 349	95 691	82 648	95 872	84 065	94 853	63 231	97 538	86 991	97 549	87 380	97 455
55	54 290	93 280	78 562	93 594	80 012	91 893	59 350	96 220	84 225	96 224	84 674	96 184
60	47 736	89 568	72 852	90 042	74 222	87 621	54 016	94 268	80 166	94 241	80 818	94 389
65	39 527	84 297	64 999	84 851	66 146	82 018	46 484	91 333	73 875	91 270	75 032	91 702
70	29 905	77 011	54 394	77 610	55 013	74 644	36 448	87 223	63 994	87 137	65 615	87 788
75	19 328	66 916	40 700	67 603	41 107	64 205	24 517	80 970	49 605	80 950	51 639	81 350
80	9 711	52 456	25 106	53 238	24 748	49 237	12 981	70 098	31 787	70 258	33 234	69 768
85	3 297	34 397	11 321	35 051	10 592	31 441	4 794	52 558	15 225	52 872	15 750	51 394
90	679	16 530	3 175	16 985	2 781	14 174	1 126	29 340	4 815	29 634	4 796	27 796
Lebenserwartung in Jahren im Alter x												
0	47,41	77,72	64,56	77,97	65,06	76,64	50,68	82,73	68,48	82,77	69,07	82,58
1	56,86	77,02	67,80	77,28	68,18	75,88	58,78	81,99	71,01	82,04	71,40	81,78
2	57,74	76,04	67,08	76,31	67,54	74,90	59,64	81,01	70,26	81,06	70,71	80,80
5	56,21	73,08	64,47	73,34	64,87	71,94	58,10	78,04	67,61	78,09	68,00	77,84
10	52,08	68,11	59,76	68,38	60,12	66,97	53,99	73,07	62,84	73,13	63,22	72,86
15	47,60	63,15	54,98	63,41	55,32	62,00	49,58	68,10	57,99	68,16	58,34	67,90
20	43,43	58,25	50,34	58,52	50,66	57,12	45,35	63,16	53,24	63,21	53,59	62,97
25	39,39	53,40	45,83	53,66	46,12	52,29	41,28	58,22	48,55	58,28	48,89	58,04
30	35,29	48,56	41,32	48,81	41,50	47,47	37,30	53,29	43,89	53,35	44,20	53,11
35	31,18	43,72	36,80	43,98	36,86	42,64	33,32	48,38	39,26	48,43	39,56	48,20
40	27,18	38,93	32,32	39,18	32,31	37,87	29,38	43,50	34,67	43,55	34,99	43,33
45	23,35	34,22	27,93	34,45	27,87	33,25	25,39	38,69	30,14	38,74	30,47	38,53
50	19,71	29,67	23,75	29,87	23,60	28,83	21,45	33,98	25,75	34,03	26,09	33,85
55	16,30	25,37	19,85	25,53	19,66	24,68	17,68	29,41	21,50	29,46	21,84	29,26
60	13,18	21,31	16,20	21,44	15,99	20,75	14,17	24,96	17,46	25,02	17,75	24,76
65	10,38	17,48	12,84	17,59	12,62	16,99	11,03	20,68	13,72	20,75	13,91	20,41
70	7,90	13,89	9,84	13,98	9,65	13,41	8,35	16,53	10,42	16,61	10,52	16,20
75	5,84	10,58	7,28	10,66	7,04	10,16	6,19	12,60	7,68	12,67	7,65	12,27
80	4,25	7,77	5,24	7,82	5,03	7,44	4,52	9,13	5,57	9,19	5,48	8,86
85	3,13	5,52	3,72	5,56	3,58	5,22	3,36	6,29	4,02	6,33	3,90	6,08
90	2,30	3,84	2,66	3,89	2,60	3,61	2,49	4,25	2,89	4,29	2,74	4,08

Abgekürzte Form. – 1910/11 Reichsgebiet, jeweiliger Gebietsstand; 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Berlin (West) und das Saarland; 1952/53 Gebiet der ehem. DDR ohne Berlin (Ost); bis 1949/51 allgemeine Sterbetafeln; 2009/11 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Länder ohne Berlin-Ost.

1 Das Alter 0 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Geburt. Die anderen Altersangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt, an dem jemand genau x Jahre alt geworden ist.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.10 Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand sowie Sterbeziffern

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene 2011 ¹						Sterbeziffern	
	insgesamt	dar. Ausländer/ -innen	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	2011	2010
	Anzahl						Gestorbene je 1 000 Personen neben- stehenden Alters und Geschlechts	
Männlich								
Insgesamt	407 628	12 496	45 189	240 882	83 539	38 018	10,2	10,2
dar. Ausländer	12 496	X	1 828	7 849	1 459	1 360	X	X
0 – 1	1 347	119	1 347	–	–	–	3,9	3,8
1 – 5	256	19	256	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	163	8	163	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	229	26	229	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	718	66	718	–	–	–	0,3	0,4
20 – 25	1 432	119	1 402	30	–	–	0,6	0,5
25 – 30	1 425	116	1 266	137	2	20	0,6	0,6
30 – 35	1 776	186	1 328	354	–	94	0,7	0,7
35 – 40	2 314	284	1 332	720	6	256	0,9	1,0
40 – 45	5 108	389	2 514	1 760	27	807	1,5	1,6
45 – 50	9 852	512	3 657	3 964	101	2 130	2,7	2,9
50 – 55	15 659	690	4 341	7 113	296	3 909	4,9	5,1
55 – 60	21 709	896	4 491	11 673	628	4 917	8,0	8,1
60 – 65	27 808	1 499	4 223	16 864	1 350	5 371	11,9	12,0
65 – 70	36 276	1 771	4 166	23 542	2 972	5 596	17,9	18,4
70 – 75	61 233	2 086	5 620	41 877	7 485	6 251	26,6	27,9
75 – 80	66 131	1 709	3 791	45 827	12 286	4 227	45,6	47,8
80 – 85	71 698	990	2 535	46 283	20 291	2 589	79,6	82,3
85 – 90	52 570	665	1 230	28 915	21 167	1 258	135,6	140,6
90 und mehr	29 924	346	580	11 823	16 928	593	247,5	250,3
Standardisierte Sterbeziffern ¹² ..	X	X	X	X	X	X	7,0	7,2
Weiblich								
Insgesamt	444 700	7 877	39 474	103 063	266 364	35 799	10,7	10,8
dar. Ausländerinnen	7 877	X	866	3 101	3 108	802	X	X
0 – 1	1 061	88	1 061	–	–	–	3,2	3,1
1 – 5	207	15	207	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	148	12	148	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	166	18	166	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	316	21	314	2	–	–	0,2	0,2
20 – 25	492	42	461	26	–	5	0,2	0,2
25 – 30	607	56	469	112	3	23	0,2	0,3
30 – 35	832	91	446	318	3	65	0,3	0,3
35 – 40	1 250	156	474	575	13	188	0,5	0,5
40 – 45	2 840	220	818	1 470	40	512	0,9	0,9
45 – 50	5 530	247	1 153	2 974	195	1 208	1,6	1,6
50 – 55	8 353	368	1 257	4 666	533	1 897	2,7	2,7
55 – 60	11 427	540	1 296	6 595	1 297	2 239	4,1	4,0
60 – 65	15 394	854	1 323	8 744	2 642	2 685	6,3	6,2
65 – 70	20 300	801	1 405	10 593	5 263	3 039	9,3	9,3
70 – 75	38 154	899	2 473	17 522	13 799	4 360	14,3	14,7
75 – 80	51 002	886	3 279	17 351	26 231	4 141	27,0	28,7
80 – 85	79 771	893	5 883	17 282	51 786	4 820	54,6	56,8
85 – 90	106 056	972	9 115	11 279	79 986	5 676	108,6	113,0
90 und mehr	100 794	698	7 726	3 554	84 573	4 941	228,8	234,3
Standardisierte Sterbeziffern ¹² ..	X	X	X	X	X	X	8,5	8,8

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todes-
erklärungen.

2 Unter Zugrundelegung des Altersaufbaus der männlichen bzw. der weiblichen Bevölkerung
von 1995.

2.3 Migration

2.3.1 Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2012

Die Zahl der im Ausländerzentralregister (AZR) geführten **Ausländerinnen und Ausländer** lag zum Zensusstichtag am 31. Mai 2013 deutlich höher als das Zensusergebnis. An dieser Abweichung wird sich kurzfristig nichts ändern, weil die Registrierung einer ausländischen Person im AZR in keinem Zusammenhang mit der Ausländerzahl im Zensus steht. Das Statistische Bundesamt und die Registerbehörde des AZR – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – werden die Abweichungen zwischen beiden Datenquellen jedoch sorgfältig analysieren und, abhängig vom Analyseergebnis, weitere Schritte einleiten.

	Insgesamt		Männlich		Weiblich		Durchschnitts-		Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	alter	aufenthaltsdauer	
							Jahre		%
Insgesamt	7 213 708	100	3 711 325	100	3 502 383	100	39,6	18,8	4,1
Europa	5 726 902	79,4	2 958 320	79,7	2 768 582	79,0	40,7	20,7	4,0
davon:									
EU-Länder	2 825 440	39,2	1 518 048	40,9	1 307 392	37,3	41,1	18,6	8,7
Bulgarien	118 759	1,6	63 507	1,7	55 252	1,6	33,1	5,3	26,5
Frankreich	113 885	1,6	54 014	1,5	59 871	1,7	41,9	18,9	2,7
Griechenland	298 254	4,1	162 715	4,4	135 539	3,9	43,6	26,4	5,1
Italien	529 417	7,3	312 159	8,4	217 258	6,2	43,2	28,6	1,8
Niederlande	139 271	1,9	77 200	2,1	62 071	1,8	47,3	23,3	1,2
Österreich	176 314	2,4	92 392	2,5	83 922	2,4	49,8	28,3	0,2
Polen	532 375	7,4	275 523	7,4	256 852	7,3	37,6	9,3	13,6
Portugal	120 560	1,7	66 539	1,8	54 021	1,5	41,4	22,5	4,4
Rumänien	205 026	2,8	108 534	2,9	96 492	2,8	33,3	5,5	28,8
Slowakei	35 372	0,5	16 506	0,4	18 866	0,5	33,4	7,3	17,0
Slowenien	21 819	0,3	11 173	0,3	10 646	0,3	48,7	28,9	4,7
Spanien	120 231	1,7	60 820	1,6	59 411	1,7	43,2	24,9	9,1
Tschechische Republik	41 865	0,6	15 819	0,4	26 046	0,7	36,8	10,9	10,0
Ungarn	107 398	1,5	66 424	1,8	40 974	1,2	37,8	8,2	29,8
Vereinigtes Königreich	100 385	1,4	61 313	1,7	39 072	1,1	46,3	20,7	2,0
EU-Kandidatenländer	2 169 974	30,1	1 117 989	30,1	1 051 985	30,0	40,8	25,5	- 1,8
Kroatien	224 971	3,1	109 739	3,0	115 232	3,3	47,2	29,7	0,9
Mazedonien	72 922	1,0	38 175	1,0	34 747	1,0	37,3	19,7	8,6
Serbien ¹	202 521	2,8	101 893	2,7	100 628	2,9	38,0	21,2	2,3
Ehem. Serbien und Montenegro ¹	39 958	0,6	21 005	0,6	18 953	0,5	41,5	24,0	- 26,8
Türkei	1 575 717	21,8	819 096	22,1	756 621	21,6	40,3	25,7	- 2,0
EWR-Staaten ²/Schweiz	46 302	0,6	20 491	0,6	25 811	0,7	48,2	23,0	2,1
Schweiz	38 497	0,5	16 860	0,5	21 637	0,6	49,3	24,0	2,1
Sonstiges Europa	685 186	9,5	301 792	8,1	383 394	10,9	38,5	13,9	4,6
Bosnien und Herzegowina	155 308	2,2	80 420	2,2	74 888	2,1	42,0	22,5	1,2
Kosovo ³	157 051	2,2	81 047	2,2	76 004	2,2	31,3	14,7	14,7
Russische Föderation	202 090	2,8	75 876	2,0	126 214	3,6	38,9	9,6	3,5
Ukraine	123 341	1,7	45 698	1,2	77 643	2,2	42,8	10,3	0,0
Afrika	287 954	4,0	162 607	4,4	125 347	3,6	34,3	11,9	4,5
Marokko	63 584	0,9	34 381	0,9	29 203	0,8	38,7	16,8	0,9
Tunesien	24 453	0,3	16 165	0,4	8 288	0,2	36,7	14,0	3,6
Amerika	232 148	3,2	107 790	2,9	124 358	3,6	39,8	13,2	3,8
Brasilien	34 945	0,5	10 514	0,3	24 431	0,7	35,3	9,7	3,2
Vereinigte Staaten	105 068	1,5	59 023	1,6	46 045	1,3	44,0	16,7	3,4
Asien	896 931	12,4	441 896	11,9	455 035	13,0	34,1	10,4	5,2
Afghanistan	61 763	0,9	35 399	1,0	26 364	0,8	30,7	9,0	9,2
China	99 151	1,4	47 149	1,3	52 002	1,5	31,3	6,9	8,3
Irak	84 082	1,2	49 153	1,3	34 929	1,0	27,7	7,4	2,0
Iran	57 275	0,8	32 272	0,9	25 003	0,7	39,6	12,7	6,2
Kasachstan	48 133	0,7	21 971	0,6	26 162	0,7	40,2	10,5	- 2,8
Thailand	58 055	0,8	7 694	0,2	50 361	1,4	39,7	13,0	1,7
Vietnam	82 923	1,1	38 930	1,0	43 993	1,3	35,7	14,9	- 1,1
Australien und Ozeanien	13 825	0,2	7 528	0,2	6 297	0,2	38,9	11,2	5,8
Staatenlos	13 413	0,2	7 893	0,2	5 520	0,2	40,2	23,2	- 0,2
Ungeklärt und ohne Angabe	42 535	0,6	25 291	0,7	17 244	0,5	30,5	15,7	- 2,5

Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. – Stand 31.12.

1 Ab 1.8.2006 werden neben der Staatsangehörigkeit des ehem. „Serbien und Montenegro“ auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten „Serbien“ und „Montenegro“ nachgewiesen.

2 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums.

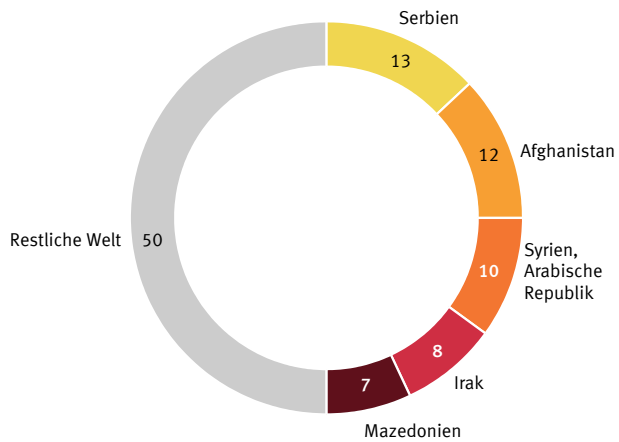
3 Ab 1.5.2008 wird der Kosovo getrennt nachgewiesen. – Bürger/-innen des Kosovo können auch als „Altfälle“ in Serbien enthalten sein.

2.3 Migration

Asylbewerberinnen und -bewerber 2012

nach Haupt-Herkunftsländern, in %

Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Soziales“

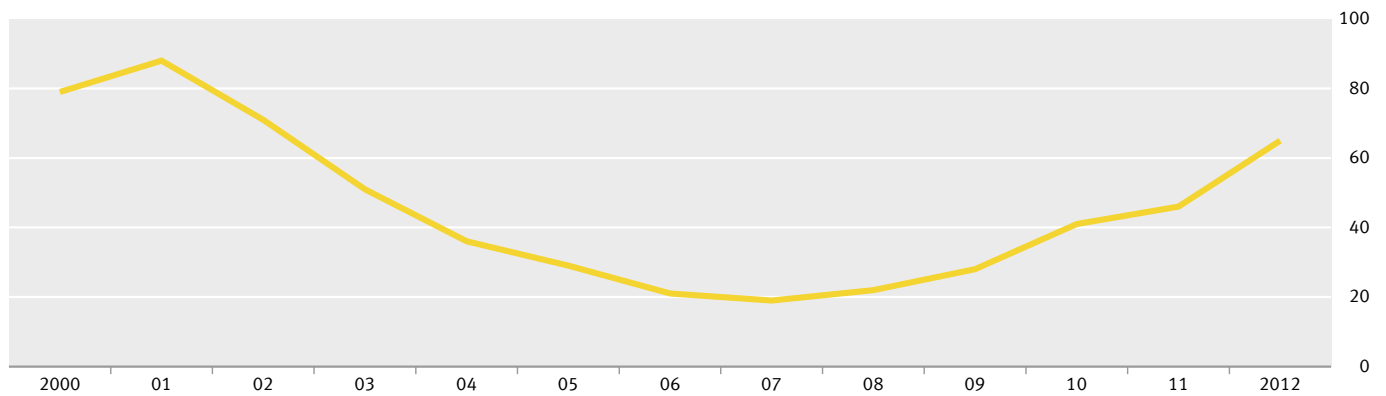


Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2013 - 01 - 0216

Asyl-Erstanträge

in 1 000



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2013 - 01 - 0217

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.2 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 2011

	Insgesamt	Davon		
		durch Einbürgerung	durch Adoption	Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Kinder
Anzahl				
Insgesamt	109 572	106 897	869	1 806
Männer	53 351	52 082	467	802
Frauen	56 221	54 815	402	1 004
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 5	2 315	1 779	397	139
5 – 15	14 411	13 834	308	269
15 – 25	28 326	27 903	164	259
25 – 45	50 476	49 947	0	529
45 – 65	12 009	11 556	0	453
65 und mehr	2 035	1 878	0	157
nach Herkunftsgebiet bzw. ehemaliger Staatsangehörigkeit				
Afghanistan	2 717	2 711	6	0
Irak	4 790	4 790	0	0
Iran	2 730	2 728	2	0
Kasachstan	2 459	1 923	24	512
Marokko	3 018	3 011	7	0
Polen	4 344	4 281	30	33
Rumänien	2 433	2 399	13	21
Russische Föderation	4 197	2 965	159	1 073
Serbien, Montenegro, Kosovo	6 322	6 309	13	0
Türkei	28 125	28 103	22	0
Ukraine	4 375	4 264	38	73

2.4 Wanderungen

2.4.1 Wanderungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen 2011

	Über die Grenzen der Bundesländer								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	aus einem anderen Bundesland	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	in ein anderes Bundesland	insgesamt	aus den Wanderungen	
								über die Grenzen Deutschlands ¹	zwischen den Bundesländern
Deutschland	2 071 469	958 299	1 113 170	1 792 139	678 969	1 113 170	279 330	279 330	X
Deutsche	1 091 625	116 604	975 021	1 115 153	140 132	975 021	- 23 528	- 23 528	X
Ausländer/-innen	979 844	841 695	138 149	676 986	538 837	138 149	302 858	302 858	X
Baden-Württemberg	285 443	161 647	123 796	243 985	121 243	122 742	41 458	40 404	1 054
Deutsche	124 121	19 645	104 476	129 118	25 858	103 260	- 4 997	- 6 213	1 216
Ausländer/-innen	161 322	142 002	19 320	114 867	95 385	19 482	46 455	46 617	- 162
Bayern	309 070	181 035	128 035	233 005	120 333	112 672	76 065	60 702	15 363
Deutsche	130 778	22 194	108 584	122 277	26 173	96 104	8 501	- 3 979	12 480
Ausländer/-innen	178 292	158 841	19 451	110 728	94 160	16 568	67 564	64 681	2 883
Berlin	158 864	69 936	88 928	119 443	45 856	73 587	39 421	24 080	15 341
Deutsche	87 300	8 490	78 810	74 366	9 350	65 016	12 934	- 860	13 794
Ausländer/-innen	71 564	61 446	10 118	45 077	36 506	8 571	26 487	24 940	1 547
Brandenburg	63 387	12 684	50 703	61 540	9 241	52 299	1 847	3 443	- 1 596
Deutsche	50 279	2 338	47 941	51 290	2 615	48 675	- 1 011	- 277	- 734
Ausländer/-innen	13 108	10 346	2 762	10 250	6 626	3 624	2 858	3 720	- 862
Bremen	32 626	9 927	22 699	29 918	6 655	23 263	2 708	3 272	- 564
Deutsche	20 873	1 010	19 863	21 416	1 052	20 364	- 543	- 42	- 501
Ausländer/-innen	11 753	8 917	2 836	8 502	5 603	2 899	3 251	3 314	- 63
Hamburg	93 466	31 048	62 418	81 231	22 674	58 557	12 235	8 374	3 861
Deutsche	58 464	3 592	54 872	56 323	4 264	52 059	2 141	- 672	2 813
Ausländer/-innen	35 002	27 456	7 546	24 908	18 410	6 498	10 094	9 046	1 048
Hessen	190 264	93 247	97 017	157 809	63 751	94 058	32 455	29 496	2 959
Deutsche	90 394	9 736	80 658	91 365	11 510	79 855	- 971	- 1 774	803
Ausländer/-innen	99 870	83 511	16 359	66 444	52 241	14 203	33 426	31 270	2 156
Mecklenburg-Vorpommern	34 107	8 129	25 978	35 801	5 473	30 328	- 1 694	2 656	- 4 350
Deutsche	25 812	1 119	24 693	29 470	1 550	27 920	- 3 658	- 431	- 3 227
Ausländer/-innen	8 295	7 010	1 285	6 331	3 923	2 408	1 964	3 087	- 1 123
Niedersachsen ¹²	210 891	91 507	119 384	191 655	67 837	123 818	19 236	23 670	- 4 434
Deutsche	117 568	10 169	107 399	120 020	9 965	110 055	- 2 452	204	- 2 656
Ausländer/-innen	93 323	81 338	11 985	71 635	57 872	13 763	21 688	23 466	- 1 778
Nordrhein-Westfalen	333 727	188 711	145 016	291 084	136 136	154 948	42 643	52 575	- 9 932
Deutsche	143 752	21 799	121 953	158 775	25 666	133 109	- 15 023	- 3 867	- 11 156
Ausländer/-innen	189 975	166 912	23 063	132 309	110 470	21 839	57 666	56 442	1 224
Rheinland-Pfalz	105 680	39 682	65 998	97 833	27 903	69 930	7 847	11 779	- 3 932
Deutsche	62 545	5 537	57 008	67 199	6 788	60 411	- 4 654	- 1 251	- 3 403
Ausländer/-innen	43 135	34 145	8 990	30 634	21 115	9 519	12 501	13 030	- 529
Saarland	20 695	9 112	11 583	19 672	6 072	13 600	1 023	3 040	- 2 017
Deutsche	11 612	1 792	9 820	13 470	2 003	11 467	- 1 858	- 211	- 1 647
Ausländer/-innen	9 083	7 320	1 763	6 202	4 069	2 133	2 881	3 251	- 370
Sachsen	74 188	22 863	51 325	70 536	17 622	52 914	3 652	5 241	- 1 589
Deutsche	50 898	3 192	47 706	52 314	4 792	47 522	- 1 416	- 1 600	184
Ausländer/-innen	23 290	19 671	3 619	18 222	12 830	5 392	5 068	6 841	- 1 773
Sachsen-Anhalt	39 647	9 714	29 933	48 017	8 329	39 688	- 8 370	1 385	- 9 755
Deutsche	29 122	1 288	27 834	38 409	2 100	36 309	- 9 287	- 812	- 8 475
Ausländer/-innen	10 525	8 426	2 099	9 608	6 229	3 379	917	2 197	- 1 280
Schleswig-Holstein	80 446	18 887	61 559	67 433	12 401	55 032	13 013	6 486	6 527
Deutsche	59 862	3 291	56 571	54 231	3 967	50 264	5 631	- 676	6 307
Ausländer/-innen	20 584	15 596	4 988	13 202	8 434	4 768	7 382	7 162	220
Thüringen	38 968	10 170	28 798	43 177	7 443	35 734	- 4 209	2 727	- 6 936
Deutsche	28 245	1 412	26 833	35 110	2 479	32 631	- 6 865	- 1 067	- 5 798
Ausländer/-innen	10 723	8 758	1 965	8 067	4 964	3 103	2 656	3 794	- 1 138

1 Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

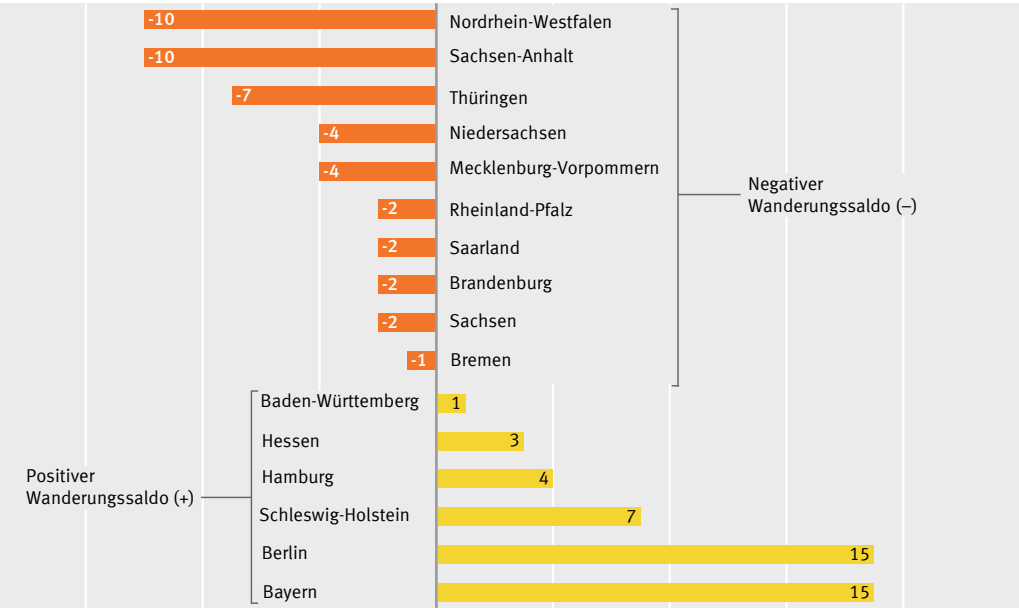
2 Einschl. der Wanderungsbewegung von Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen der Gemeinde Friedland (Sekundärwanderungen).

2.4 Wanderungen

2.4.2 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern sowie von und nach Berlin

	Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet			Fortzüge in das frühere Bundesgebiet			Wanderungssaldo gegenüber dem früheren Bundesgebiet		
	zusammen	nach Berlin	in die neuen Länder	zusammen	aus Berlin	aus den neuen Ländern	zusammen	für Berlin	für die neuen Länder
1991 – 2011	2 738 206	849 842	1 888 364	3 850 662	776 289	3 074 373	– 1 112 456	73 553	– 1 186 009
1991 – 1999	1 127 008	319 171	807 837	1 667 007	323 948	1 343 059	– 539 999	– 4 777	– 535 222
2000	135 517	43 301	92 216	204 283	36 116	168 167	– 68 766	7 185	– 75 951
2002	139 412	43 536	95 876	216 168	39 465	176 703	– 76 756	4 071	– 80 827
2003	137 517	40 482	97 035	195 216	39 829	155 387	– 57 699	653	– 58 352
2004	133 349	38 672	94 677	185 878	39 526	146 352	– 52 529	– 854	– 51 675
2005	127 996	39 784	88 212	175 088	37 900	137 188	– 47 092	1 884	– 48 976
2006	122 918	41 083	81 835	173 602	37 623	135 979	– 50 684	3 460	– 54 144
2007	127 336	44 008	83 328	176 116	37 983	138 133	– 48 780	6 025	– 54 805
2008	132 577	47 041	85 536	173 998	37 454	136 544	– 41 421	9 587	– 51 008
2009	137 908	49 766	88 142	156 416	35 955	120 461	– 18 508	13 811	– 32 319
2010	136 188	48 811	87 377	146 071	35 115	110 956	– 9 883	13 696	– 23 579
2011	141 732	49 853	91 879	150 617	37 152	113 465	– 8 885	12 701	– 21 586

Wanderungssaldo der Bundesländer 2011
in 1 000



2013 - 01 - 0219

2.4 Wanderungen

2.4.3 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

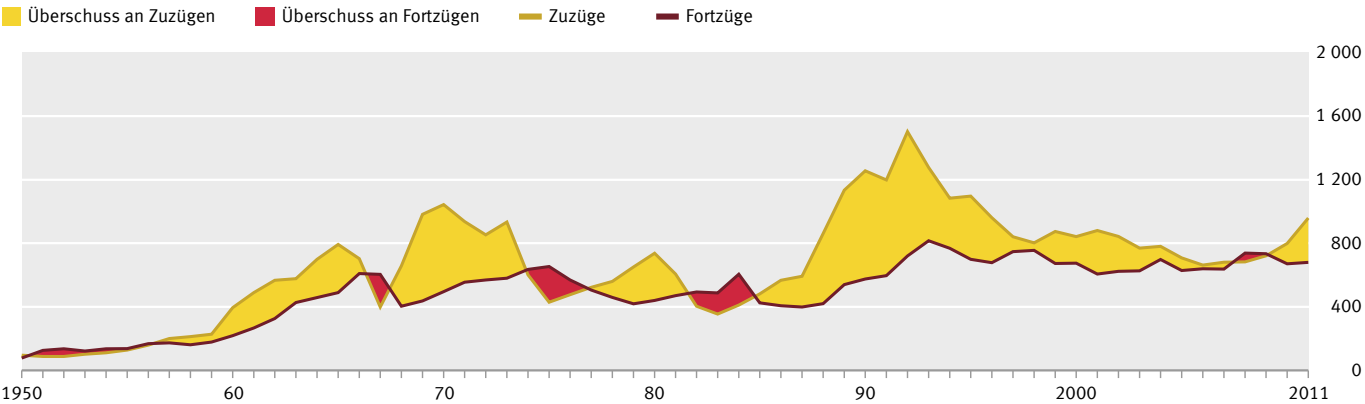
	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt ¹	davon aus		insgesamt ¹	davon in	
		europäischen Ländern	außereuropäischen Ländern		europäische Länder	außereuropäische Länder
1 000						
2000	841,2	566,4	258,6	674,0	496,9	143,9
2002	842,5	567,0	260,8	623,3	454,1	139,8
2003	769,0	520,3	225,6	626,3	434,9	143,6
2004 ¹² ...	780,2	530,0	199,1	697,6	479,5	155,3
2005	707,4	510,4	175,6	628,4	437,4	147,0
2006	661,9	479,8	163,3	639,1	439,6	148,9
2007	680,8	501,4	167,0	636,9	458,9	150,6
2008 ¹³ ...	682,1	495,0	178,9	737,9	547,5	181,5
2009 ¹³ ...	721,0	515,9	196,2	733,8	541,2	182,8
2010 ¹³ ...	798,3	585,1	205,8	670,6	493,3	169,5
2011	958,3	726,4	223,9	679,0	512,8	159,1
je 1 000 Einwohner/-innen						
2000	10,2	6,9	3,1	8,2	6,0	1,7
2002	10,2	6,9	3,2	7,6	5,5	1,7
2003	9,3	6,3	2,7	7,6	5,3	1,7
2004 ¹² ...	9,5	6,4	2,4	8,5	5,8	1,9
2005	8,6	6,2	2,1	7,6	5,3	1,8
2006	8,0	5,8	2,0	7,8	5,3	1,8
2007	8,3	6,1	2,0	7,7	5,6	1,8
2008 ¹³ ...	8,3	6,0	2,2	9,0	6,7	2,2
2009 ¹³ ...	8,8	6,3	2,4	9,0	6,6	2,2
2010 ¹³ ...	9,8	7,2	2,5	8,2	6,0	2,1
2011	11,7	8,9	2,7	8,3	6,3	1,9

1 Einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

2 Überhöhte Außenwanderungsdaten deutscher Personen aufgrund von Korrekturen im Land Hessen.

3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland
in 1 000



1950 bis 1956: Ohne Saarland.

Ab 1991: Deutschland. Zuvor früheres Bundesgebiet, einschl. Berlin-West sowie einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

Ab 2008: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

2013 - 01 - 0220

2.4 Wanderungen

2.4.4 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern 2011

	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
Insgesamt	958 299	116 604	841 695	678 969	140 132	538 837	279 330	- 23 528	302 858
Europa	726 389	73 015	653 374	512 757	92 537	420 220	213 632	- 19 522	233 154
EU-Länder	595 490	53 304	542 186	385 529	59 068	326 461	209 961	- 5 764	215 725
darunter:									
Belgien	5 219	1 973	3 246	4 405	2 138	2 267	814	- 165	979
Bulgarien	51 612	293	51 319	29 422	262	29 160	22 190	31	22 159
Dänemark	3 440	894	2 546	3 075	1 201	1 874	365	- 307	672
Finnland	2 430	263	2 167	2 025	313	1 712	405	- 50	455
Frankreich	20 911	6 128	14 783	17 281	6 638	10 643	3 630	- 510	4 140
Griechenland	25 264	1 485	23 779	11 259	953	10 306	14 005	532	13 473
Irland	2 794	830	1 964	1 872	831	1 041	922	- 1	923
Italien	32 870	2 716	30 154	23 164	2 789	20 375	9 706	- 73	9 779
Lettland	10 177	102	10 075	5 170	75	5 095	5 007	27	4 980
Litauen	9 975	158	9 817	4 786	84	4 702	5 189	74	5 115
Luxemburg	3 039	627	2 412	2 598	990	1 608	441	- 363	804
Niederlande	12 810	3 027	9 783	10 375	3 404	6 971	2 435	- 377	2 812
Österreich	18 590	6 879	11 711	19 776	11 073	8 703	- 1 186	- 4 194	3 008
Polen	172 676	9 262	163 414	106 495	7 602	98 893	66 181	1 660	64 521
Portugal	9 038	825	8 213	6 137	694	5 443	2 901	131	2 770
Rumänien	95 479	773	94 706	59 330	652	58 678	36 149	121	36 028
Schweden	3 829	983	2 846	4 088	1 848	2 240	- 259	- 865	606
Slowakei	12 040	147	11 893	7 782	184	7 598	4 258	- 37	4 295
Spanien	28 140	7 468	20 672	16 007	6 685	9 322	12 133	783	11 350
Tschechische Republik	9 728	697	9 031	5 889	864	5 025	3 839	- 167	4 006
Ungarn	41 982	846	41 136	25 000	894	24 106	16 982	- 48	17 030
Vereinigtes Königreich	17 735	6 487	11 248	16 191	8 385	7 806	1 544	- 1 898	3 442
Bosnien und Herzegowina	9 123	115	9 008	8 462	123	8 339	661	- 8	669
Kosovo	6 694	128	6 566	3 070	142	2 928	3 624	- 14	3 638
Kroatien	11 487	290	11 197	11 979	409	11 570	- 492	- 119	- 373
Mazedonien	5 578	87	5 491	5 228	61	5 167	350	26	324
Russische Föderation	19 696	3 114	16 582	12 272	2 404	9 868	7 424	710	6 714
Schweiz	16 172	10 869	5 303	27 561	22 540	5 021	- 11 389	- 11 671	282
Serbien	17 266	233	17 033	16 726	266	16 460	540	- 33	573
Türkei	31 021	3 166	27 855	32 756	5 285	27 471	- 1 735	- 2 119	384
Ukraine	7 213	529	6 684	3 804	355	3 449	3 409	174	3 235
Übriges Europa	12 361	1 621	10 740	8 772	2 393	6 379	3 589	- 772	4 361
Außereuropa	223 904	42 435	181 469	159 051	46 840	112 211	64 853	- 4 405	69 258
Afrika	31 220	5 553	25 667	20 617	5 088	15 529	10 603	465	10 138
Amerika	62 761	18 975	43 786	55 272	21 780	33 492	7 489	- 2 805	10 294
Brasilien	8 512	1 435	7 077	6 793	1 587	5 206	1 719	- 152	1 871
Kanada	5 362	2 090	3 272	5 603	2 923	2 680	- 241	- 833	592
Vereinigte Staaten	32 089	10 777	21 312	30 743	13 053	17 690	1 346	- 2 276	3 622
Übriges Amerika	16 798	4 673	12 125	12 133	4 217	7 916	4 665	456	4 209
Asien	123 008	14 536	108 472	76 205	15 469	60 736	46 803	- 933	47 736
Afghanistan	9 291	210	9 081	1 509	228	1 281	7 782	- 18	7 800
China ¹⁾	19 926	2 276	17 650	15 477	2 910	12 567	4 449	- 634	5 083
Indien	14 895	789	14 106	9 996	853	9 143	4 899	- 64	4 963
Irak	7 576	535	7 041	3 812	1 024	2 788	3 764	- 489	4 253
Übriges Asien	71 320	10 726	60 594	45 411	10 454	34 957	25 909	272	25 637
Australien und Ozeanien	6 915	3 371	3 544	6 957	4 503	2 454	- 42	- 1 132	1 090
Übrige ohne Angabe	8 006	1 154	6 852	7 161	755	6 406	845	399	446

1 Ohne Taiwan.

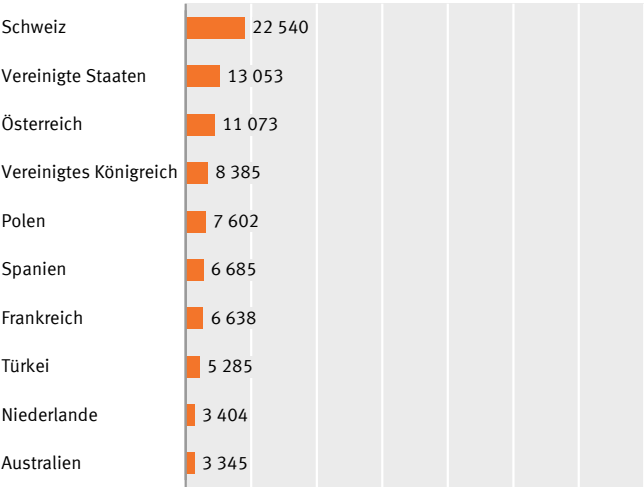
2.4 Wanderungen

2.4.5 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen und Geschlecht 2011

	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
Anzahl									
Insgesamt	958 299	116 604	841 695	678 969	140 132	538 837	279 330	- 23 528	302 858
Männlich	578 353	64 585	513 768	417 879	74 310	343 569	160 474	- 9 725	170 199
Weiblich	379 946	52 019	327 927	261 090	65 822	195 268	118 856	- 13 803	132 659
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	107 917	26 900	81 017	62 570	28 079	34 491	45 347	- 1 179	46 526
18 - 25	208 566	14 654	193 912	118 508	14 497	104 011	90 058	157	89 901
25 - 30	163 926	14 205	149 721	109 875	21 216	88 659	54 051	- 7 011	61 062
30 - 50	372 420	41 171	331 249	284 209	53 345	230 864	88 211	- 12 174	100 385
50 - 65	88 097	14 230	73 867	77 904	15 635	62 269	10 193	- 1 405	11 598
65 und mehr	17 373	5 444	11 929	25 903	7 360	18 543	- 8 530	- 1 916	- 6 614
je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁾									
Insgesamt	11,7	1,6	113,6	8,3	1,9	72,7	3,4	- 0,3	40,9
Männlich	14,4	1,8	135,5	10,4	2,0	90,6	4,0	- 0,3	44,9
Weiblich	9,1	1,4	90,7	6,3	1,7	54,0	2,9	- 0,4	36,7
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	8,2	2,2	86,9	4,7	2,3	37,0	3,4	- 0,1	49,9
18 - 25	31,3	2,5	250,5	17,8	2,5	134,4	13,5	0,0	116,1
25 - 30	32,8	3,3	207,7	22,0	5,0	123,0	10,8	- 1,6	84,7
30 - 50	16,0	2,0	112,3	12,2	2,6	78,3	3,8	- 0,6	34,0
50 - 65	5,2	0,9	57,6	4,6	1,0	48,6	0,6	- 0,1	9,0
65 und mehr	1,0	0,3	15,9	1,5	0,5	24,7	- 0,5	- 0,1	- 8,8

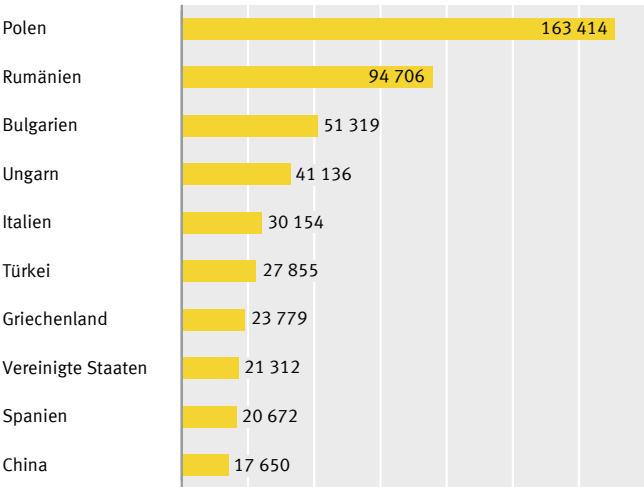
1 Bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner/-innen der gleichen Altersgruppe bzw. des gleichen Geschlechts.

Top 10-Zielländer der ausgewanderten Deutschen 2011



2013 - 01 - 0221

Top 10-Herkunftsländer der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer 2011



2013 - 01 - 0222

2.5 Bevölkerungsvorausberechnung

2.5.1 Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060

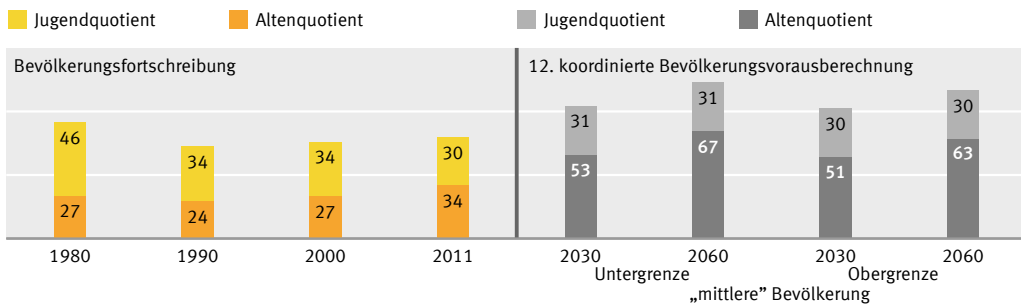
	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 15	15 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 65	65 – 80	80 und mehr	
Variante 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) ¹⁾											
1 000											
2020	79 914	10 010	3 614	8 549	10 114	9 728	13 352	5 893	12 646	6 008	
2030	77 350	9 554	3 372	7 473	8 818	10 115	9 549	6 194	15 857	6 417	
2040	73 829	8 508	3 283	7 188	7 751	8 840	9 967	4 583	15 600	8 109	
2050	69 412	7 817	2 884	6 784	7 471	7 789	8 743	4 935	12 766	10 223	
2060	64 651	7 430	2 655	6 059	7 070	7 518	7 731	4 213	12 925	9 050	
2008 = 100											
2020	97,5	89,9	80,7	86,5	98,0	69,7	118,4	139,4	99,8	147,9	
2030	94,3	85,8	75,3	75,6	85,5	72,5	84,7	146,5	125,2	158,0	
2040	90,0	76,4	73,3	72,7	75,1	63,4	88,4	108,4	123,1	199,7	
2050	84,6	70,2	64,4	68,6	72,4	55,8	77,5	116,7	100,8	251,7	
2060	78,8	66,7	59,3	61,3	68,5	53,9	68,5	99,6	102,0	222,8	
Variante 1-W2 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) ¹⁾											
1 000											
2020	80 437	10 073	3 635	8 699	10 253	9 813	13 397	5 901	12 656	6 012	
2030	79 025	9 808	3 421	7 776	9 281	10 433	9 734	6 241	15 902	6 429	
2040	76 757	8 977	3 398	7 559	8 367	9 482	10 381	4 706	15 754	8 133	
2050	73 608	8 403	3 077	7 306	8 154	8 583	9 475	5 185	13 134	10 291	
2060	70 120	8 133	2 882	6 711	7 905	8 380	8 615	4 619	13 651	9 225	
2008 = 100											
2020	98,1	90,4	81,1	88,0	99,4	70,4	118,8	139,5	99,9	148,0	
2030	96,4	88,0	76,4	78,7	90,0	74,8	86,3	147,6	125,5	158,3	
2040	93,6	80,6	75,9	76,5	81,1	68,0	92,0	111,3	124,4	200,3	
2050	89,8	75,4	68,7	73,9	79,0	61,5	84,0	122,6	103,7	253,4	
2060	85,5	73,0	64,3	67,9	76,6	60,1	76,4	109,2	107,8	227,1	

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) annähernd konstant bei 1,4 (Kinder je Frau); Lebenserwartung im Jahr 2060 für neugeborene Jungen 85,0 Jahre bzw. für neugeborene Mädchen 89,2 Jahre; jährlicher Wanderungssaldo 100 000 ab 2014 (für Variante 1-W1,

Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) bzw. 200 000 ab 2020 (für Variante 1-W2, Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Der **Jugendquotient** gibt die unter 20-jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an. Der **Altenquotient** drückt das Verhältnis der 65-jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Die Annahmen der Varianten Untergrenze bzw. Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung beschreibt die Fußnote 1 der Tabelle 2.5.1.

2013 - 01 - 00223

2.5.2 Entwicklung der Privathaushalte bis 2030

	Insgesamt	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen			Durchschnittliche Haushaltsgröße
			2	3	4 und mehr	
	1 000					Anzahl
2015	40 700	16 687	14 419	4 765	4 828	1,99
2020	41 044	17 118	14 991	4 468	4 467	1,95
2025	41 144	17 486	15 337	4 143	4 177	1,91
2030	41 020	17 799	15 487	3 827	3 907	1,88
	%					
2015	100	41,0	35,4	11,7	11,9	X
2020	100	41,7	36,5	10,9	10,9	X
2025	100	42,5	37,3	10,1	10,2	X
2030	100	43,4	37,8	9,3	9,5	X

Trendvariante. – Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.1 Privathaushalte nach Zahl der Personen, Ländern und Gemeindegrößenklassen

	Privathaushalte insgesamt		Einpersonenhaushalte		Mehrpersonen- haushalte	Haushaltsmitglieder	
	1 000	Veränderung gegen- über 1991 in %	% der Privathaushalte insgesamt			insgesamt	je Haushalt
						1 000	Anzahl
April 1991	35 256	X	33,6	66,4		80 152	2,27
April 2001	38 456	9,1	36,6	63,4		82 575	2,15
2007 ¹	39 722	12,7	38,7	61,3		82 375	2,07
2008	40 076	13,7	39,4	60,6		82 334	2,05
2010	40 301	14,3	40,2	59,8		81 779	2,03
2011	40 439	14,7	40,4	59,6		81 721	2,02
2012	40 656	15,3	40,5	59,5		81 872	2,01
2012 nach Ländern							
Deutschland	40 656	15,3	40,5	59,5		81 872	2,01
Baden-Württemberg	5 106	16,5	38,2	61,8		10 815	2,12
Bayern	6 161	23,3	40,3	59,7		12 712	2,06
Berlin	2 032	15,8	54,4	45,6		3 519	1,73
Brandenburg	1 262	21,5	37,4	62,6		2 488	1,97
Bremen	363	6,8	48,9	51,1		660	1,82
Hamburg	1 002	15,5	50,4	49,6		1 809	1,81
Hessen	2 998	16,8	39,7	60,3		6 134	2,05
Mecklenburg-Vorpommern	856	15,2	41,0	59,0		1 628	1,90
Niedersachsen	3 876	19,6	40,3	59,7		7 898	2,04
Nordrhein-Westfalen	8 672	12,2	39,1	60,9		17 771	2,05
Rheinland-Pfalz	1 894	16,9	35,7	64,3		3 996	2,11
Saarland	494	0,5	38,5	61,5		1 010	2,04
Sachsen	2 218	8,3	43,4	56,6		4 116	1,86
Sachsen-Anhalt	1 182	- 1,1	39,2	60,8		2 265	1,92
Schleswig-Holstein	1 414	19,4	39,0	61,0		2 855	2,02
Thüringen	1 127	6,9	39,0	61,0		2 196	1,95
2012 nach Gemeindegrößenklassen							
von ... bis unter ... Einwohner/-innen							
unter 5 000	5 402	- 5,5	30,9	69,1		12 042	2,23
5 000 – 20 000	9 987	28,4	34,6	65,4		21 332	2,14
20 000 – 100 000	11 050	23,4	39,0	61,0		22 504	2,04
100 000 und mehr	14 217	11,0	49,4	50,6		25 995	1,83

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

1 Die mit der Einführung der gleitenden Berichtswoche verbundenen methodischen Änderungen ab 2005 haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien/Lebensformen geführt. Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Privathaushalte nach Haushaltsgröße in %



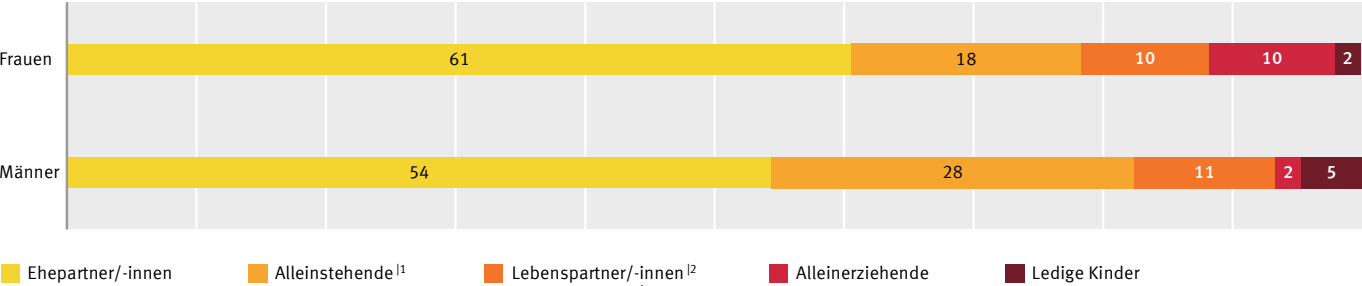
2013 - 01 - 0224

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
2.6.2 Privathaushalte nach Altersgruppen und Familienstand 2012

Alter von ... bis unter ... Jahren	Privathaushalte nach Familienstand						Darunter Einpersonenhaushalte nach Familienstand				
	insgesamt	ledig	verheiratet		geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet	geschieden	verwitwet
			zusammen- lebend	getrennt lebend					getrennt lebend		
	1 000	% der Privathaushalte					1 000	% der Einpersonenhaushalte			
Insgesamt											
Insgesamt	40 656	29,3	43,5	3,5	11,5	12,2	16 472	49,3	5,9	18,1	26,7
unter 25	2 042	95,4	3,6	0,7	0,3	–	1 385	99,2	0,6	–	–
25 – 45	12 640	53,0	34,9	3,9	7,8	0,4	4 895	86,0	5,5	8,2	0,3
45 – 65	14 668	17,5	54,2	4,6	18,6	5,1	4 645	41,0	10,4	37,5	11,1
65 und mehr	11 306	6,1	46,5	2,1	8,3	36,9	5 547	11,2	3,9	15,2	69,7
Haupteinkommensperson männlich											
unter 25	1 074	94,6	4,7	0,5	–	–	701	99,2	–	–	–
25 – 45	8 594	48,8	43,2	2,8	5,0	0,2	3 126	85,2	6,2	8,4	–
45 – 65	10 217	16,3	65,6	3,7	12,9	1,5	2 539	49,2	11,6	35,4	3,7
65 und mehr	6 626	4,7	75,3	2,0	5,3	12,7	1 405	19,1	8,1	20,4	52,4
Zusammen	26 511	27,1	58,3	2,9	7,9	3,8	7 771	62,8	7,8	18,6	10,8
Haupteinkommensperson weiblich											
unter 25	968	96,3	2,4	0,9	–	–	684	99,2	–	–	–
25 – 45	4 046	61,8	17,3	6,1	13,9	1,0	1 769	87,3	4,2	8,0	0,5
45 – 65	4 451	20,3	28,2	6,7	31,6	13,2	2 106	31,1	8,9	40,0	20,0
65 und mehr	4 680	8,1	5,8	2,3	12,6	71,2	4 142	8,6	2,5	13,4	75,5
Zusammen	14 145	33,3	15,9	4,7	18,1	28,0	8 701	37,2	4,2	17,7	40,9

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Frauen und Männer nach Lebensformen 2012
27- bis 59-jährige, in %



1 In Einpersonens- und Mehrpersonenhaushalten.

2 In nichtehelichen (gemischtgeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
2.6.3 Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende

Der Begriff der **Familie** umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein-erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesem Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.

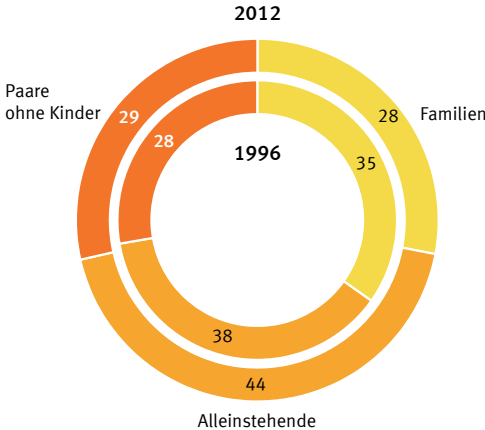
	Familien insgesamt	Davon				Paare ohne Kinder insgesamt	Davon			Alleinstehende	
		Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerzie- hende		Ehepaare	Lebensgemeinschaften		insgesamt	darunter Frauen
			gleichge- schlechtliche Lebensge- meinschaften	nichteheli- che Lebens- gemein- schaften				gleichge- schlechtliche Lebensge- meinschaften	nichteheli- che Lebens- gemein- schaften		
	1 000	% der Familien insgesamt				1 000	% der Paare ohne Kinder insgesamt			1 000	%
Deutschland											
April 1996	13 155	79,1	/	3,8	17,0	10 510	87,4	0,3	12,3	14 219	60,6
April 2001	12 672	76,2	/	5,2	18,6	11 244	86,3	0,4	13,3	14 995	58,1
2007 ¹²	12 283	72,3	/	6,2	21,4	11 516	85,2	0,6	14,3	16 470	54,5
2008	12 115	71,4	/	6,5	22,0	11 592	84,6	0,6	14,8	16 920	54,1
2010	11 774	70,6	/	6,8	22,5	11 698	84,2	0,5	15,3	17 442	53,4
2011	11 710	69,8	/	7,2	22,9	11 783	83,5	0,5	16,0	17 607	53,2
2012	11 617	69,4	0,1	7,4	23,2	11 840	83,9	0,6	15,5	18 032	52,9
Früheres Bundesgebiet ¹¹											
April 1996	10 156	81,2	/	2,6	16,1	8 266	87,2	0,4	12,4	11 327	75,9
April 2001	9 953	78,8	/	3,7	17,4	8 855	86,3	0,3	13,4	11 679	60,3
2007 ¹²	9 902	75,3	/	4,7	20,0	9 003	84,8	0,6	14,6	12 643	55,1
2008	9 789	74,3	/	4,9	20,7	9 046	84,3	0,6	15,1	13 045	54,6
2010	9 583	73,5	/	5,2	21,3	9 077	84,1	0,5	15,4	13 486	53,9
2011	9 560	72,7	/	5,5	21,8	9 151	83,4	0,6	16,0	13 598	53,6
2012	9 500	72,4	/	5,6	22,0	9 187	83,9	0,6	15,5	13 960	53,3
Neue Länder und Berlin											
April 1996	2 999	72,1	/	8,0	19,9	2 244	87,9	0,2	11,9	2 891	61,7
April 2001	2 719	66,6	/	10,4	23,0	2 388	86,4	0,4	13,2	3 316	57,4
2007 ¹²	2 381	60,1	/	12,5	27,3	2 513	86,3	0,6	13,2	3 827	52,5
2008	2 326	59,4	/	13,2	27,4	2 546	85,7	0,5	13,7	3 875	52,3
2010	2 191	58,0	/	13,7	28,2	2 621	84,8	0,4	14,8	3 956	51,8
2011	2 150	57,0	/	15,1	27,9	2 632	83,7	0,5	15,8	4 009	52,0
2012	2 116	55,9	/	15,1	28,9	2 653	83,8	0,5	15,6	4 073	51,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

1 Ohne Angaben für Berlin-West.

2 Die mit der Einführung der gleitenden Berichtswche verbundenen methodischen Änderungen ab 2005 haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien/Lebensformen geführt.

Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende
in %



2013 - 01 - 0225

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.4 Eheschließungen

	Eheschließungen	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen
1950	750 452	11,0
1960	689 028	9,5
1970	575 233	7,4
1980	496 603	6,3
1990	516 388	6,5
2000	418 550	5,1
2005	388 451	4,7
2011	377 816	4,6
2011 nach Ländern		
Baden-Württemberg	48 991	4,5
Bayern	59 274	4,7
Berlin	12 544	3,6
Brandenburg	12 115	4,8
Bremen	2 837	4,3
Hamburg	7 022	3,9
Hessen	27 468	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	10 400	6,3
Niedersachsen	37 645	4,8
Nordrhein-Westfalen	80 829	4,5
Rheinland-Pfalz	20 212	5,1
Saarland	4 866	4,8
Sachsen	17 580	4,2
Sachsen-Anhalt	10 264	4,4
Schleswig-Holstein	16 019	5,6
Thüringen	9 750	4,4

2.6.5 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand sowie Heiratsziffern Lediger

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließende 2011					Heiratsziffern Lediger		
	insgesamt	darunter Ausländer/-innen	Familienstand vor der Eheschließung			2000	2010	2011
			ledig	verwitwet ¹	geschieden ²			
	Anzahl						Eheschließende Ledige je 1 000 Ledige gleichen Alters	
Männer								
Insgesamt	377 816	26 532	278 954	6 234	92 628	X	X	X
dar. Ausländer	26 532	X	20 832	240	5 460	X	X	X
unter 20	898	209	897	–	1	1	0	0
20 – 25	24 392	4 053	24 227	–	165	19	10	10
25 – 30	81 500	7 208	79 658	11	1 831	50	39	37
30 – 35	89 269	6 303	83 111	46	6 112	57	55	54
35 – 40	54 393	3 772	43 941	112	10 340	38	39	39
40 – 45	41 621	1 992	25 145	285	16 191	22	22	21
45 – 50	32 146	1 185	12 100	476	19 570	14	13	13
50 – 55	22 591	770	5 468	681	16 442	10	10	10
55 – 60	14 048	440	2 506	923	10 619	6	7	8
60 und mehr	16 958	600	1 901	3 700	11 357	0	0	0
Frauen								
Insgesamt	377 816	32 627	280 366	4 091	93 359	X	X	X
dar. Ausländerinnen ..	32 627	X	23 868	583	8 176	X	X	X
unter 20	4 661	1 030	4 648	–	13	7	3	2
20 – 25	50 314	6 540	49 597	9	708	40	23	22
25 – 30	106 664	8 683	101 775	72	4 817	76	60	58
30 – 35	81 147	6 806	70 472	168	10 507	64	63	62
35 – 40	40 697	4 018	27 718	273	12 706	36	35	35
40 – 45	30 234	2 317	13 126	474	16 634	21	17	17
45 – 50	27 214	1 423	7 046	648	19 520	13	12	12
50 – 55	18 903	914	3 549	783	14 571	9	10	10
55 – 60	9 747	492	1 488	611	7 648	5	7	7
60 und mehr	8 235	404	947	1 053	6 235	0	0	0

1 Einschl. Personen, deren frühere(r) Ehegatte/-gattin für tot erklärt worden ist.

2 Einschl. „Frühere Ehe aufgehoben“.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.6 Durchschnittliches Heiratsalter

	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	Männer				Frauen			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
1985	29,8	26,6	56,9	38,9	26,7	24,1	48,3	35,6
1990	31,1	27,9	56,9	40,5	28,2	25,5	47,3	37,0
1995	33,2	29,7	59,3	43,0	30,3	27,3	48,9	39,3
2000	35,0	31,2	60,8	44,4	31,9	28,4	50,2	40,8
2005	36,5	32,6	61,3	45,8	33,3	29,6	50,9	42,4
2011	37,5	33,3	63,0	48,4	34,4	30,5	53,2	45,1

2.6.7 Gerichtliche Ehelösungen

Gerichtliche Ehelösungen umfassen Ehescheidungen und Fälle, bei denen die Ehe aufgehoben wurde.
Die **Nichtigkeit der Ehe** bezeichnet die Ungültigkeit einer Eheschließung. Wird eine Ehe für nichtig erklärt, ist in der Folge so zu verfahren, als ob diese Ehe niemals bestanden hätte.
Die **Aufhebung der Ehe** bezeichnet die gerichtlich verfügte Beendigung einer Ehe aufgrund fehlerhafter Eheschließung.

	Rechtskräftige Urteile auf Ehelösungen										
	insgesamt	Ehescheidungen							Nichtigkeit der Ehe ¹⁶	Aufhebung der Ehe	Abweisung der Klage
		zusammen	je 1 000		davon Entscheidung in der Ehesache						
					nach BGB: Scheidung . . .			aufgrund anderer Vor- schriften ¹⁵			
			Einwohner/ -innen	bestehende Ehen ¹	vor einjähriger Trennung ¹²	nach einjähriger Trennung ¹³	nach dreijähriger Trennung ¹⁴				
1996	176 203	175 550	2,1	9,0	3 227	157 107	14 395	821	39	614	283
1997	188 483	187 802	2,3	9,9	2 931	167 782	16 284	805	54	627	309
1998	192 954	192 416	2,4	10,2	2 976	171 133	17 358	949	50	488	289
1999	190 760	190 590	2,3	9,9	2 916	168 641	18 112	921	X	170	267
2000	194 630	194 408	2,4	10,1	3 527	171 668	18 316	897	X	222	254
2002	204 606	204 214	2,5	10,8	3 072	182 225	17 889	1 028	X	392	286
2003	214 274	213 975	2,6	11,4	3 950	186 618	22 169	1 238	X	299	322
2004	214 062	213 691	2,6	11,5	4 260	184 004	24 402	1 025	X	371	309
2005	202 072	201 693	2,5	10,9	4 013	172 308	24 320	1 052	X	379	323
2006	191 209	190 928	2,3	10,4	3 311	161 543	25 055	1 019	X	281	393
2007	187 321	187 072	2,3	10,3	2 971	157 537	25 556	1 008	X	249	350
2008	192 148	191 948	2,3	10,6	3 054	162 450	25 160	1 284	X	200	393
2009 ¹⁷	186 039	185 817	2,3	10,4	3 265	153 830	27 536	1 186	X	222	307
2010	187 248	187 027	2,3	10,6	3 093	151 108	31 589	1 237	X	221	338
2011	187 900	187 640	2,3	10,7	2 600	153 688	29 922	1 430	X	260	315

1 Jeweils bezogen auf die verheirateten Frauen am Jahresanfang.

2 § 1565 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit § 1565 Abs. 2 BGB.

3 § 1565 Abs. 1 BGB.

4 § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB.

5 U. a. ausländische Vorschriften.

6 War bis 30.6.1998 im deutschen Rechtsbereich durch gerichtlichen Entscheid möglich, der vorherige Familienstand lebte wieder auf.

7 Bei einer Untererfassung in Bayern von schätzungsweise 1 900 Fällen.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.8 Geschiedene Ehen nach Ehedauer, Antragstellung und Kinderzahl 2011

Ehedauer in Jahren ¹	Geschiedene Ehen					Davon			
	insgesamt	davon Antragsteller/-in			je 1 000 geschlossene Ehen	ohne	mit		
		Mann	Frau	beide			1	2	3 und mehr
						minderjährige(n) Kind(er/n) ²			
Insgesamt	187 640	73 902	99 125	14 613	391,0 ³	94 748	49 194	34 688	9 010
0	42	10	26	6	0,1	34	5	3	0
1	1 271	456	714	101	3,3	1 050	180	36	5
2	5 726	2 129	3 219	378	15,1	4 208	1 220	254	44
3	7 808	2 895	4 376	537	20,7	5 214	2 033	484	77
4	7 834	2 918	4 272	644	21,2	4 872	2 269	591	102
5	9 936	3 608	5 564	764	26,6	5 785	3 008	983	160
6	10 243	3 873	5 622	748	26,4	5 589	3 152	1 282	220
7	10 072	3 821	5 513	738	25,4	5 131	3 091	1 577	273
8	9 244	3 472	5 102	670	24,1	4 518	2 717	1 645	364
9	8 741	3 269	4 769	703	22,3	3 829	2 611	1 868	433
10	7 973	3 042	4 327	604	20,5	3 193	2 433	1 917	430
11	7 897	3 029	4 283	585	18,9	2 926	2 349	2 128	494
12	7 211	2 805	3 779	627	16,7	2 515	2 090	2 118	488
13	6 656	2 605	3 491	560	15,9	2 104	1 939	2 064	549
14	6 336	2 445	3 374	517	15,0	1 726	1 821	2 198	591
15	5 965	2 383	3 086	496	14,0	1 591	1 646	2 113	615
16 bis 20	26 998	11 036	13 669	2 293	60,9	7 101	7 656	9 353	2 888
21 bis 25	22 942	9 450	11 718	1 774	43,9	12 067	6 555	3 295	1 025
26 und mehr	24 745	10 656	12 221	1 868	48,6	21 295	2 419	779	252
nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ⁴ ..	162 738	64 317	85 313	13 108	400,8	80 870	42 396	31 200	8 272
Neue Länder	24 902	9 585	13 812	1 505	337,3	13 878	6 798	3 488	738

1 Ermittelt als Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2011: Ehedauer 0 = Eheschließung 2011, Ehedauer 1 = Eheschließung 2010 usw.

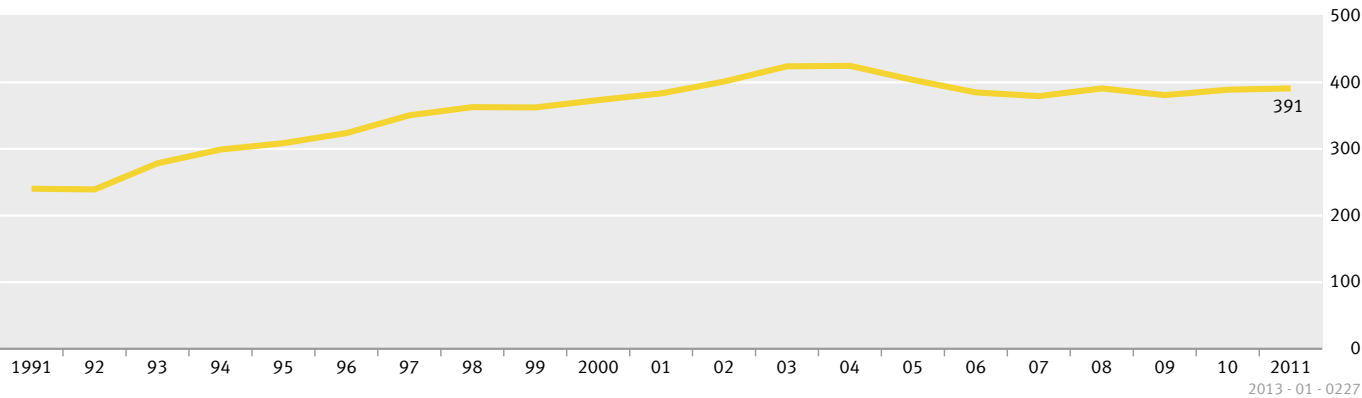
2 Im Zeitpunkt der Urteilsverkündung.

3 Summe der 2011 geschiedenen Ehen, die eine Ehedauer von 0 bis 25 Jahren verzeichneten, bezogen auf jeweils 1 000 geschlossene Ehen gleicher Ehedauer.

4 Einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2011 einen Wert von 391 bzw. 39 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2011 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde.



2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.9 Ehescheidungen im Zeitvergleich

	Ehescheidungen		Durchschnittliches Alter Geschiedener ¹⁾		Durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung	Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer
	je 1 000 Einwohner/-innen	je 1 000 bestehende Ehen ²⁾	Männer	Frauen		
Deutschland						
1991	1,7	7,1	39,1	36,2	11,7	240,1
1993	1,9	8,0	39,2	36,3	11,6	278,4
1995	2,1	8,7	39,5	36,8	12,1	308,6
1997	2,3	9,9	40,1	37,4	12,4	350,4
1999	2,3	9,9	40,9	38,2	12,8	362,1
2001	2,4	10,3	41,4	38,7	12,9	383,6
2003	2,6	11,4	42,0	39,3	13,1	424,1
2005	2,5	10,9	43,0	40,3	13,6	403,7
2007	2,3	10,3	43,7	40,9	13,9	379,4
2009 ³⁾	2,3	10,4	44,5	41,7	14,3	380,9
2011	2,3	10,7	45,1	42,2	14,5	391,0
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾						
1991	2,0	8,3	39,3	36,4	11,9	302,3
1993	2,1	8,8	39,6	36,7	11,9	325,3
1995	2,2	9,2	39,8	37,0	12,2	340,5
1997	2,4	10,4	40,3	37,5	12,3	373,2
1999	2,4	10,2	41,0	38,2	12,5	375,6
2001	2,5	10,7	41,4	38,7	12,6	395,1
2003	2,7	11,8	41,9	39,2	12,8	436,1
2005	2,5	11,2	42,9	40,2	13,2	413,7
2007	2,3	10,6	43,6	40,8	13,6	389,5
2009 ³⁾	2,3	10,7	44,4	41,6	14,0	389,9
2011	2,4	11,1	45,0	42,1	14,2	400,8
Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁾						
1991	0,6	2,3	36,1	33,6	9,5	63,9
1993	1,2	4,8	36,1	33,5	9,9	140,7
1995	1,5	6,2	37,7	35,0	11,6	193,0
1997	1,9	7,8	39,2	36,6	13,0	257,1
1999	2,1	8,6	40,5	38,0	14,0	303,6
2001	2,1	8,9	41,5	39,0	14,7	331,8
2003	2,2	9,5	42,3	39,8	14,9	370,9
2005	2,1	9,1	43,4	40,9	15,6	355,8
2007	1,9	8,4	44,3	41,8	16,0	327,0
2009	2,0	8,6	45,1	42,5	16,1	334,8
2011	1,9	8,7	45,5	42,8	16,0	337,3

1 Bis 1981 nach Geburts-, ab 1982 nach Altersjahren.

2 Jeweils bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen (am Jahresanfang).

3 Im Zusammenhang mit der vollständigen Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen zum 1.9.2009 im Zuge des FGG-Reformgesetzes und der Umstellung des Geschäftsstellenautomationssystems bei den meldenden Berichtsstellen ist in der Ehelösungsstatistik für das Jahr 2009 in Bayern von einer Untererfassung von schätzungsweise 1 900 Fällen auszugehen.

4 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

5 Ab 1995 ohne Berlin-Ost.

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2011 einen Wert von 391 bzw. 39 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2011 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

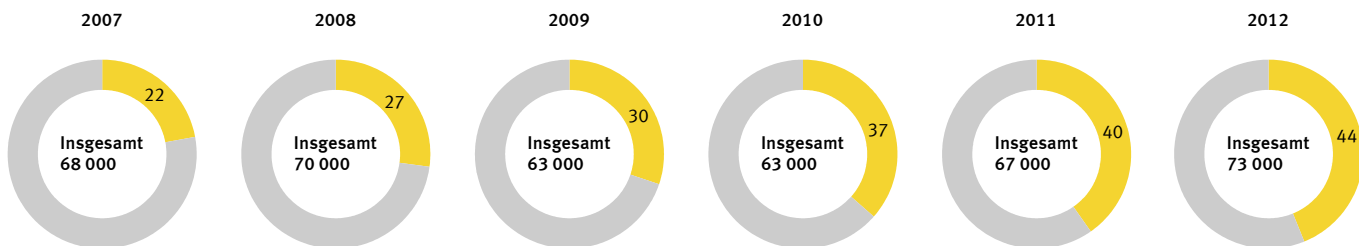
2.6.10 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften			Darunter eingetragene Lebenspartnerschaften		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	1 000	%		1 000	%	
April 1996 ...	38	60,5	39,5	–	–	–
April 1998 ...	44	56,8	43,2	–	–	–
Mai 2000	47	57,4	42,6	–	–	–
April 2002 ...	53	58,5	41,5	–	–	–
März 2004 ...	56	53,6	46,4	–	–	–
2006	62	62,9	37,1	12	66,7	33,3
2008	70	65,7	33,3	19	73,7	26,3
2009	63	58,7	34,3	19	63,2	36,8
2010	63	57,1	42,9	23	56,5	43,5
2011	67	59,7	40,3	27	59,3	40,7
2012	73	57,4	42,6	32	56,1	43,9

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Beantwortung der Frage nach einem Lebenspartner/einer Lebenspartnerin im Haushalt ist freiwillig. Die Angaben dürften daher als untere Grenze interpretiert werden.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

Anteil an allen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, in %

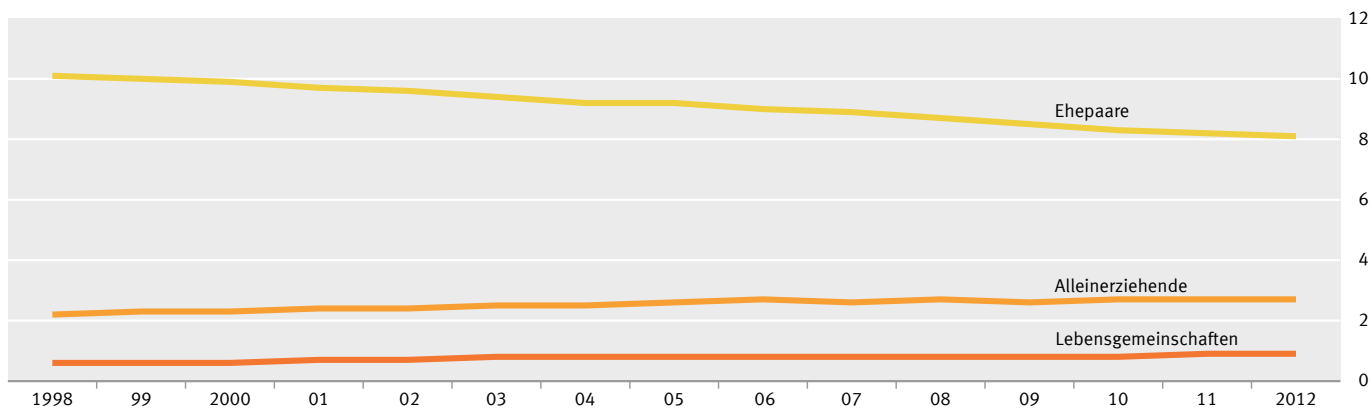


Ergebnisse des Mikrozensus.

2013 - 01 - 0228

Familienformen

in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2013 - 01 - 0229

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.11 Familien nach Familienform und Zahl der Kinder in der Familie

	Familien mit ... Kind(ern) ohne Altersbegrenzung						Darunter Familien mit ... Kind(ern) unter 18 Jahren					Minderjährige Kinder	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	1	2	3	4 und mehr	zusammen	1	2	3	4 und mehr		
	1 000	%	% der Familien insgesamt				1 000	% der Familien mit minderjährigen Kindern				1 000	je Familie
April 1996													
Insgesamt	13 155	–	50,6	37,1	9,4	2,9	9 429	40,0	44,0	12,2	3,8	15 604	1,65
davon:													
Ehepaare	10 408	–	45,8	40,5	10,6	3,2	7 673	35,4	47,0	13,4	4,2	13 096	1,71
Lebensgemeinschaften ..	511	–	65,8	26,0	6,1	2,2	452	63,3	27,7	6,6	2,4	650	1,44
Alleinerziehende	2 236	–	69,6	23,9	5,0	1,5	1 304	58,5	31,6	7,4	2,4	1 859	1,43
2012													
Insgesamt	11 617	– 11,7	52,6	35,9	8,9	2,5	8 061	53,5	36,0	8,4	2,1	12 896	1,60
davon:													
Ehepaare	8 058	– 22,6	45,7	40,6	10,6	3,0	5 699	47,2	40,5	9,8	2,5	9 607	1,69
Lebensgemeinschaften ..	861	68,5	65,6	27,4	5,6	1,5	755	67,6	26,3	5,0	1,2	1 058	1,40
Alleinerziehende	2 698	20,7	69,1	24,5	5,0	1,4	1 607	69,0	24,7	4,9	1,3	2 231	1,39

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.6.12 Minderjährige Kinder nach Familienform

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder einschl. Berlin	
	2012	2001	2012	2001	2012	2001
1 000						
Insgesamt	12 896	15 090	10 727	12 271	2 169	2 819
davon:						
Ehepaare	9 607	12 153	8 372	10 258	1 235	1 895
Lebensgemeinschaften ..	1 058	821	660	468	398	352
Alleinerziehende	2 231	2 116	1 695	1 544	536	572
%						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon:						
Ehepaare	74,5	80,5	78,0	83,6	56,9	67,2
Lebensgemeinschaften ..	8,2	5,4	6,2	3,8	18,3	12,5
Alleinerziehende	17,3	14,0	15,8	12,6	24,7	20,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

2.6.13 Familien mit minderjährigen Kindern 2011

	Familien mit minderjährigen Kindern					
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
	1 000			%		
Insgesamt	8 080	5 718	2 362	100	100	100
1 Kind	3 368	2 497	871	41,7	43,7	36,9
2 Kinder	3 446	2 456	990	42,7	43,0	41,9
3 Kinder und mehr	1 265	765	501	15,7	13,4	21,2

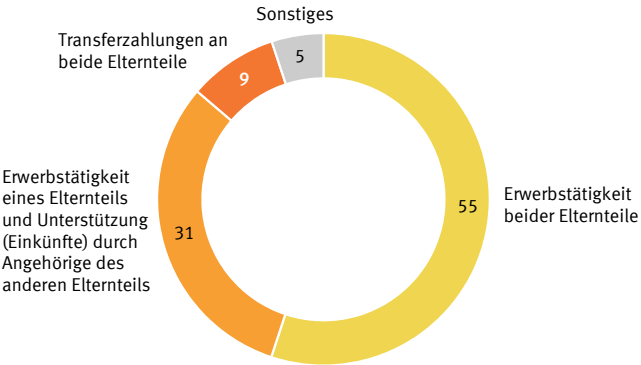
Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen
2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
2.6.14 Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach
Erwerbsbeteiligung der Eltern

	2012		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
	%		
Insgesamt	100	100	100
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	52,2	51,6	55,8
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	36,6	37,6	31,0
Kein Elternteil aktiv erwerbstätig	11,2	10,8	13,2
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	100	100	100
1 Elternteil vollzeittätig und 1 Elternteil teilzeittätig	74,2	79,7	45,8
Beide Elternteile vollzeittätig	22,7	17,1	50,9
Beide Elternteile teilzeittätig	3,2	3,1	3,3
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	100	100	100
Elternteil vollzeittätig	85,3	86,1	79,5
Elternteil teilzeittätig	14,7	13,9	20,5

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Minderjährige Kinder in Paarfamilien
nach überwiegendem Lebensunterhalt der Eltern 2012
in %



2013 - 01 - 0231

2.6.15 Kindertageseinrichtungen am 1.3.2012

	Tageseinrichtungen		Davon		Kinder in Tageseinrichtungen		Davon		Pädagogisches Personal (ohne Leitung und Verwaltung)		Davon	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger
	Anzahl	%			Anzahl	%			Anzahl	%		
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren												
0 – 3	1 631	104,4	16,2	83,8	29 875	104,3	19,7	80,3	8 305	136,4	19,2	80,8
2 – 8 (ohne Schulkinder)	21 422	– 15,4	31,8	68,2	1 081 746	– 21,4	32,8	67,2	151 911	– 4,1	31,9	68,1
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 636	17,3	46,5	53,5	254 547	41,1	54,6	45,4	20 558	35,1	49,5	50,5
mit Kindern aller Altersgruppen	25 255	30,1	33,4	66,6	1 797 431	27,3	35,5	64,5	262 869	52,4	34,1	65,9
davon Tageseinrichtungen mit:												
Alterseinheitlichen Gruppen	9 005	68,3	38,8	61,2	726 466	55,8	38,9	61,1	97 670	88,3	38,0	62,0
Altersgemischten Gruppen	5 957	14,2	27,3	72,7	303 757	14,5	34,0	66,0	49 309	32,5	31,2	68,8
Alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	10 293	16,3	32,2	67,8	767 208	12,8	32,8	67,2	115 890	39,0	32,0	68,0
Insgesamt	51 944	6,8	33,1	66,9	3 163 599	6,1	35,9	64,1	443 643	26,9	33,8	66,2
darunter:												
Tageseinrichtungen mit integrativer Betreuung	17 048	27,1	32,0	68,0	1 249 281	27,5	34,0	66,0	187 656	50,8	32,8	67,2
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	318	– 8,1	9,1	90,9	9 753	– 28,0	7,9	92,1	4 082	5,9	6,0	94,0
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	586	75,4	9,7	90,3	26 476	64,0	12,7	87,3	5 582	101,4	10,4	89,6
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 272	5,8	–	100	134 402	9,3	–	100	23 815	20,9	–	100

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

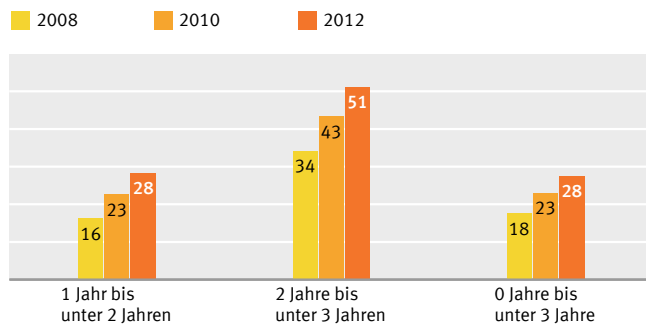
2.6.16 Kinder unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1.3.2012

	Kinder unter 6 Jahren		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	0 – 3			3 – 6		
			zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹	zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
Deutschland	2 490 013	10,3	558 208	27,6	14,6	1 931 805	93,4	37,1
Baden-Württemberg	330 630	4,9	62 732	23,1	7,4	267 898	95,2	16,1
Bayern	369 022	9,1	73 003	23,0	7,7	296 019	91,0	27,0
Berlin	128 080	16,7	41 820	42,6	28,7	86 260	93,9	58,7
Brandenburg	87 779	12,7	30 708	53,4	37,7	57 071	96,3	59,1
Bremen	17 800	15,6	3 432	21,2	11,2	14 368	89,1	26,6
Hamburg	59 143	27,0	17 738	35,8	21,0	41 405	87,4	38,4
Hessen	183 878	8,0	36 729	23,7	13,5	147 149	93,4	41,4
Mecklenburg-Vorpommern	58 086	11,4	21 025	53,6	37,5	37 061	95,9	62,6
Niedersachsen	226 628	12,3	41 772	22,1	7,2	184 856	92,6	19,0
Nordrhein-Westfalen	501 917	10,3	79 118	18,1	8,9	422 799	92,9	37,9
Rheinland-Pfalz	121 498	7,0	25 589	27,0	12,4	95 909	97,4	44,7
Saarland	25 218	0,2	4 670	22,1	14,1	20 548	94,6	34,8
Sachsen	144 988	17,4	48 244	46,4	36,9	96 744	96,0	76,5
Sachsen-Anhalt	78 828	5,9	29 559	57,5	37,6	49 269	95,6	63,5
Schleswig-Holstein	81 404	15,4	16 295	24,2	8,9	65 109	90,7	21,6
Thüringen	75 114	11,1	25 774	49,8	42,9	49 340	96,9	87,4

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

1 Anteil der durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreuten Kinder je 100 Kinder derselben Altersgruppe.

Betreuungsquoten von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung, in %



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

2013 - 01 - 0232

2.6.17 Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Betreuungsumfang am 1.3.2012

	Kinder in Tagesbetreuung		Davon mit einer vertraglich vereinbarten Betreuungszeit in Stunden pro Woche von					Durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	bis zu 25 Stunden	mehr als 25 bis 35 Stunden	mehr als 36 bis unter 40 Stunden	mehr als 40 bis unter 45 Stunden	45 und mehr Stunden	
	Anzahl	%						
Insgesamt	3 276 464	7,7	24,6	37,6	2,4	9,3	26,0	37,1
und zwar:								
Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils ...	828 265	19,7	19,8	42,7	2,5	9,1	25,9	36,3
In der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen.	502 370	11,3	19,0	44,6	2,2	8,8	25,5	35,2
	nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	18 614	6,7	29,2	22,0	2,4	14,0	32,4	53,6
1 – 2	194 791	108,9	21,9	23,2	2,6	14,8	37,5	58,6
2 – 3	344 803	64,6	21,3	29,6	2,8	12,3	33,9	49,8
3 – 6	1 931 805	– 0,3	17,4	41,5	2,7	9,9	28,5	39,7
6 – 11	765 503	– 0,1	43,6	35,9	1,6	5,1	13,8	20,1
11 – 14	20 948	3,9	70,2	24,6	0,6	1,4	3,2	6,2

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

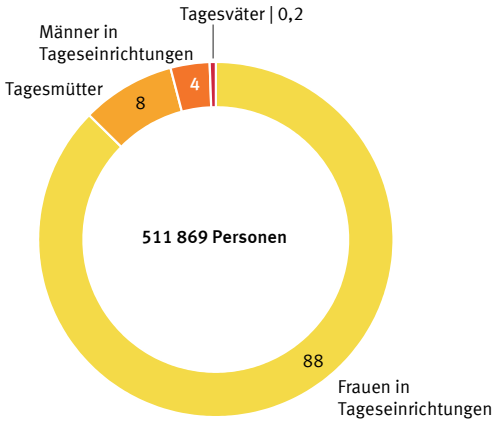
2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.18 Pädagogisch tätige Personen in der Kindertagesbetreuung am 1.3. 2012

	Pädagogisch tätige Personen			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	insgesamt	Männer	Frauen	unter 25	25 – 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr
	Anzahl	%						
In Kindertageseinrichtungen ...	468 434	4,2	95,8	12,5	33,7	27,3	24,0	2,5
darunter :								
Erzieher/-innen	323 635	3,0	97,0	7,8	34,3	29,8	25,7	2,4
Kinderpfleger/-innen	55 536	1,5	98,5	14,7	36,4	22,2	24,1	2,7
In öffentlich geförderter Kindertagespflege	43 435	2,7	97,3	2,0	32,9	33,4	24,3	7,4
darunter :								
Erzieher/-innen	5 785	1,3	98,7	1,9	39,9	29,5	24,1	4,6
Kinderpfleger/-innen	2 193	0,7	99,3	7,3	44,9	22,0	19,5	6,2

Stand: 1.3.

Pädagogisch tätige Personen in Kindertagesbetreuung 2012 in %

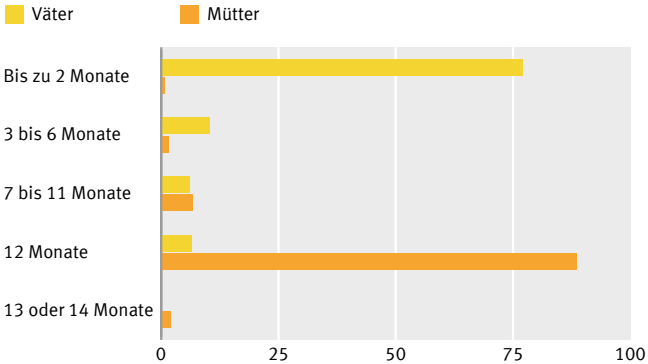


Stichtag: 1.3. – Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege.

2013 - 01 - 0232

Elterngeld nach Bezugsdauer 2011 in %

Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten in Anspruch genommen werden. Ein Elternteil kann höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Anspruch auf 2 weitere Monatsbeträge ergeben sich über die Partnermonate. Alleinerziehende können allein bis zu 14 Monate Elterngeld erhalten.



Gemeldete beendete Elterngeldbezüge für Geburten 2011.

2013 - 01 - 0234

2.6.19 Kindergeld

	Empfangsberechtigte ¹			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹						Ausge- zahlte Beträge
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insge- samt ²	davon waren . . . Kind(er)					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
	1 000	%		1 000	%					
2011	8 761	87,61	12,39	14 387	60,57	29,28	7,56	1,83	0,77	33 213
2012	8 802	87,30	12,70	14 503	60,34	29,40	7,63	1,85	0,78	33 373

Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.

1 Stand: Dezember.

2 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.20 Elterngeld

	Im selben Jahr geborene Kinder				
	insgesamt		deren ... Elterngeld bezogen hat ¹		
			Mutter		Vater
	Anzahl	%	Anzahl	%	
2009	665 126	640 214	96,3	156 810	23,6
2010	677 947	652 003	96,2	171 736	25,3
2011	662 685	632 317	95,4	180 967	27,3
2011 nach Ländern					
Baden-Württemberg	88 823	85 854	96,7	26 475	29,8
Bayern	103 668	100 330	96,8	37 093	35,8
Berlin	33 075	30 554	92,4	10 649	32,2
Brandenburg	18 279	17 609	96,3	5 410	29,6
Bremen	5 388	4 980	92,4	1 124	20,9
Hamburg	17 125	16 121	94,1	5 118	29,9
Hessen	51 479	49 209	95,6	13 595	26,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	12 638	12 210	96,6	2 822	22,3
Niedersachsen	61 280	58 586	95,6	15 142	24,7
Nordrhein-Westfalen	143 097	134 439	93,9	28 909	20,2
Rheinland-Pfalz	31 081	29 548	95,1	7 080	22,8
Saarland	7 088	6 459	91,1	1 240	17,5
Sachsen	34 423	33 473	97,2	12 259	35,6
Sachsen-Anhalt	16 837	15 873	94,3	3 618	21,5
Schleswig-Holstein	21 331	20 349	95,4	4 997	23,4
Thüringen	17 073	16 723	97,9	5 436	31,8

Gemeldete beendete Elterngeldbezüge.

1 Einschl. Mehrlinge.

Das **Elterngeld** soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Die Väter der im Jahr 2011 geborenen Kinder erhielten im ersten Monat der Bezugsdauer durchschnittlich 1 108 Euro Elterngeld, die Mütter 683 Euro.

2.6.21 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2011

Am Jahresende 2011 waren 859 Kinder und Jugendliche zur **Adoption** vorgemerkt. Dem gegenüber standen 5 957 Adoptionsbewerbungen.

	Adoptierte Kinder und Jugendliche							
	insgesamt		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
			verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ¹	Deutsche/ Nichtdeutsche ¹
	Anzahl	%						
Insgesamt	4 060	100	2,6	55,8	41,6	89,2	2,6	8,2
	im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	118	2,9	0,1	1,6	1,2	2,8	0,0	0,1
1 – 3	1 224	30,1	0,3	4,4	25,4	28,3	0,4	1,4
3 – 6	596	14,7	0,3	6,0	8,4	13,3	0,3	1,0
6 –12	1 158	28,5	1,0	22,6	4,9	25,4	0,8	2,4
12 und mehr	964	23,7	0,8	21,1	1,8	19,4	1,0	3,3
	nach Staatsangehörigkeit							
Deutsche	3 126	77,0	1,1	47,2	28,7	73,5	1,0	2,5
Nichtdeutsche ¹	934	23,0	1,4	8,6	12,9	15,7	1,6	5,7
	nach Geschlecht							
Männlich	2 046	50,4	1,2	26,5	22,7	45,1	1,4	3,9
Weiblich	2 014	49,6	1,4	29,3	19,0	44,1	1,3	4,2

1 Einschl. Staatenloser.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.22 Adoptierte Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit 2011

	Adoptierte Kinder und Jugendliche			Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Darunter mit den Adoptiv- eltern nicht verwandt
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	
Insgesamt	4 060	2 046	2 014	1 342	596	1 158	964	1 690
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	448	252	196	187	135	81	45	386
Europa	3 549	1 779	1 770	1 213	480	1 033	823	1 381
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	144	90	54	79	35	11	19	121
EU-Länder	3 269	1 621	1 648	1 107	446	987	729	1 235
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt . . .	19	10	9	5	10	3	1	18
Deutschland	3 126	1 545	1 581	1 065	417	953	691	1 165
Bulgarien	34	15	19	17	13	3	1	31
Italien	8	3	5	1	1	3	3	1
Polen	32	20	12	6	4	9	13	10
Rumänien	14	7	7	4	2	1	7	5
Sonstige EU-Länder	55	31	24	14	9	18	14	23
Bosnien und Herzegowina	4	3	1	1	–	–	3	1
Russische Föderation	165	97	68	81	20	22	42	105
Serbien	9	2	7	2	–	5	2	2
Türkei	31	19	12	14	7	5	5	20
Ukraine	41	19	22	2	3	7	29	6
Sonstige europäische Länder	30	18	12	6	4	7	13	12
Afrika	163	99	64	66	37	27	33	124
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	119	74	45	64	32	13	10	114
Äthiopien	64	42	22	28	25	10	1	63
Kamerun	10	4	6	–	–	5	5	.
Marokko	7	3	4	1	2	3	1	5
Sonstige afrikanische Länder	82	50	32	37	10	9	26	56
Amerika	142	71	71	37	36	42	27	99
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	92	44	48	31	29	30	2	84
Brasilien	17	6	11	2	1	9	5	1
Chile	.	.	.	.	.	.	.	.
Kolumbien	53	27	26	19	16	17	1	52
Peru	6	4	2	1	1	1	3	2
Vereinigte Staaten	5	4	1	4	1	–	–	4
Sonstige amerikanische Länder	61	30	31	11	17	15	18	40
Asien	196	87	109	19	43	54	80	79
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	93	44	49	13	39	27	14	67
Armenien	2	1	1	–	–	–	2	1
Indien	13	3	10	2	6	4	1	11
Philippinen	13	5	8	–	3	6	4	1
Sri Lanka	7	5	2	2	3	2	–	5
Thailand	67	33	34	3	18	19	27	28
Vietnam	10	6	4	2	2	3	3	2
Sonstige asiatische Länder	84	34	50	10	11	20	43	31
Sonstige	10	10	–	7	–	2	1	7
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	–	–	–	–	–	–	–	–

2.7 Kirchen und Jüdische Gemeinden

2.7.1 Evangelische Kirche

	Kirchen- gemeinden	Theologen/ Theologinnen im aktiven Dienst	Kirchen- mitglieder	Äußerungen des kirchlichen Lebens						Gottesdienst- teilnehmende ¹³
				Taufen ¹¹	Konfirmierte	Trauerungen	Bestattungen	Aufnahmen ¹²	Austritte	
	Anzahl		1 000	Anzahl						1 000
2008	15 471	21 904	24 515	184 584	241 963	53 318	299 127	56 506	169 728	912
2009	15 281	21 509	24 195	178 801	231 841	50 402	298 822	56 325	148 450	910
2010	15 129	.	23 896	174 164	231 891	51 882	292 602	56 905	145 250	841
2011	15 007	.	23 620	174 196	238 487	48 398	283 101	53 303	141 497	852

1 Kindertaufen ohne Taufen von Erwachsenen (Taufen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr).

2 Einschl. Übertritten, Wiederaufnahmen und Taufen von Erwachsenen.

3 Gottesdienste am Sonntag Invokavit einschl. Kindergottesdienste.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland

2.7.2 Katholische Kirche

	Pfarreien und sonstige Seel- sorgestellen	Katholiken ¹¹	Äußerungen des kirchlichen Lebens							
			Taufen	Erst- kommunionen	Trauerungen	Bestattungen	Eintritte	Wiederauf- nahmen	Austritte	Teilnehmer/ -innen am sonntäglichen Gottesdienst
	Anzahl	1 000	Anzahl							1 000 ¹²
2008	12 080	25 177	185 589	245 317	48 841	256 735	4 388	9 546	121 155	3 371
2009	12 000	24 909	178 953	234 881	48 714	255 825	3 997	8 636	123 571	3 249
2010	11 524	24 651	170 339	224 932	48 524	252 965	3 576	7 403	181 193	3 103
2011	11 398	24 473	169 599	210 608	46 021	247 762	3 217	7 163	126 488	3 011

1 Katholikenzahl nach Angaben der Pfarreien und Bistümer.

2 Durchschnittszahlen.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.3 Kirchensteuer und Kirchgeld

	Evangelische Kirche			Katholische Kirche		
	insgesamt	Kirchensteuern		insgesamt	Kirchensteuern	
		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld
	1 000 EUR					
2008	4 585 500	4 555 875	29 624	5 071 189	5 065 219	5 970
2009	4 359 942	4 330 502	29 439	4 909 842	4 903 081	6 761
2010	4 255 540	4 226 245	29 295	4 802 718	4 794 017	8 701
2011	4 379 657	4 350 281	29 376	4 924 611	4 917 887	6 724
2012	4 624 472	4 595 335	29 137	5 197 801	5 188 199	9 602

1 Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter.

Quellen: Evangelische Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.4 Jüdische Gemeinden

	Mitglieder	Gemeinden	Rabbiner/ -innen	Synagogen	Betsäle	Ritualbäder	Gemeinde- bibliotheken
2008	106 435	107	46	92	33	35	86
2009	104 241	108	50	95	33	34	92
2010	104 024	108	56	96	34	37	92
2011	102 797	108	67	98	32	36	99
2012	102 135	108	69	99	31	37	100

Quellen: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Zentralrat der Juden in Deutschland

Methodik

■ Bevölkerung

Zum ständigen Arbeitsprogramm der **Bevölkerungsstatistik** gehören die Bevölkerungsfortschreibung sowie die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Scheidungen) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge innerhalb und über die Grenzen Deutschlands). Des Weiteren umfasst die Bevölkerungsstatistik auch analytische Berechnungen, z. B. über Sterblichkeit, Ehedauer, Heirats- und Geburtenhäufigkeit sowie Bevölkerungsvorausberechnungen.

Bevölkerungsstand und -entwicklung

Die Ergebnisse von Volkszählungen dienen u. a. als Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen. Insbesondere gilt dies für den Mikrozensus, einer jährlichen Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlatz von 1 %.

Die Ergebnisse dieser Zählungen dienen ebenfalls als Ausgangsbasis für die Berechnung der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen. Diese **Bevölkerungsfortschreibung** weist die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ihre Veränderungen nach. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG §5 Abs. 1). Die Bevölkerungsfortschreibung wird auf Gemeindeebene geführt. Sie basiert auf den Statistiken der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik. Ferner berücksichtigt sie Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen, Gebietsänderungen und – zum Nachweis des Familienstandes – die Ergebnisse der Statistiken der Eheschließungen und Ehescheidungen. Die nachgewiesenen Bevölkerungszahlen gehen von den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aus. **Die Ergebnisse des Zensus vom 9.5.2011 sind in den Fortschreibungszahlen vom 31.12.2011 noch nicht berücksichtigt. Eine Revision dieser Zahlen erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.**

Volkszählungen wurden im früheren Bundesgebiet 1950, 1956 (Gebäude- und Wohnungszählung), 1961, 1970 und 1987 durchgeführt. Auch in der ehemaligen DDR dienten die Ergebnisse von Volkszählungen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Diese Zählungen fanden hier 1950, 1964, 1970 und 1981 statt. Seit dem 3.10.1990 beruht die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf einem Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters Berlin-Biesdorf zum gleichen Stichtag.

Erfasst wird die Bevölkerung am Ort der alleinigen Wohnung bzw. – bei mehreren Wohnungen in Deutschland – am Ort der *Hauptwohnung*. Bis 1983 – vor Einführung neuer Meldegesetze in den Ländern – basierte die Bevölkerungsfortschreibung auf dem Konzept der *Wohnbevölkerung*. Die Wohnbevölkerung wurde berechnet, indem Personen mit mehreren Wohnungen der Gemeinde zugeordnet wurden, von der sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Seit 1984 zählen diese Personen zur Gemeinde der Hauptwohnung (siehe auch „Glossar“).

Fläche

Die Flächenangaben beziehen sich auf die Landfläche Deutschlands bis zur sogenannten Küstenlinie – der Grenze zwischen Meer und Festland bei einem mittleren Wasserstand – einschließlich der Binnengewässer, ohne den Bodensee. Die Angaben beruhen auf Unterlagen der Vermessungs- bzw. Katasterämter. Flächenänderungen ohne Grenzänderungen gehen auf Neuvermessungen zurück. Die Gebietsänderungen werden von den Statistischen Ämtern der Länder monatlich zu einem Stichtag im Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys) eingepflegt. Danach werden die entsprechenden Ergebnisse für die Regionaleinheiten (Land, Regierungsbezirk, Region (nur in Baden-Württemberg), Kreis, Gemeindeverband, Gemeinde) der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung gestellt (www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung > Gemeindeverzeichnis (GV-ISys)).

Verwaltungsgliederung

Deutschland ist in 16 Länder, 19 Regierungsbezirke, 402 Kreise (davon 107 kreisfreie Städte und 295 Landkreise) und 11 220 Gemeinden regional gegliedert (Stand: 31.12.2012). Als Gemeinden zählen auch die Stadtstaaten Berlin, Bremen (2 Gemeinden) und Hamburg sowie alle Städte (einschl. kreisfreie Städte) und bewohnten gemeindefreien Gebiete. Baden-Württemberg weist unterhalb der Regierungsbezirksebene die Ebene der „Regionen“ aus. So bezeichnet man dort die Gebiete der 12 Regionalverbände, die nach dem Regionalverbandsgesetz vom 26.7.1971 als Körperschaften des öffentlichen Rechts Träger der Regionalplanung sind und bei der Landesplanung mitwirken. Die Tabellen in diesem Kapitel weisen diese landesinterne Besonderheit nicht nach.

■ Geborene und Gestorbene

Die **Statistiken der Geburten und Sterbefälle** beruhen – ebenso wie die Statistik der Eheschließungen – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Geburten und Sterbefälle von Personen, die nicht zur Bevölkerung Deutschlands gehören, werden hier nicht nachgewiesen.

■ Migration

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ermöglicht durch einen erweiterten Fragenkatalog seit 2005 Angaben zu **Personen mit Migrationshintergrund**. Hierbei handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können – sei es als Kinder von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, als Kinder ausländischer Elternpaare (sogenannte „ius soli-Kinder“) oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen „vererben“. Bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern ist dies hingegen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der ersten bis dritten Migrantengeneration.

Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist zu unterscheiden zwischen Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne und im weiteren Sinne. Personen mit *Migrationshintergrund im engeren Sinne* sind Zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer sowie in Deutschland geborene Deutsche, die im selben Haushalt mit einem Elternteil leben, der zugewandert ist oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde. Personen mit *Migrationshintergrund im weiteren Sinne* umfassen auch in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht mehr mit ihren Eltern im selben Haushalt leben. Diese Unterscheidung ist erforderlich, da nur für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne für jedes Berichtsjahr Daten vorliegen. Bei der anderen Personengruppe ist ein Nachweis nur im Vierjahresrhythmus möglich. Dies hängt damit zusammen, dass nur alle vier Jahre Angaben zum Migrationsstatus der Eltern erhoben werden, die nicht im selben Haushalt leben. Für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne werden in jedem Jahr vergleichbare Daten vorliegen. Dies ermöglicht eine verzerrungsfreie Analyse der Änderungen im Zeitablauf. Die zweite Abgrenzung (Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne) schließt zusätzlich die „Menschen mit nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus“ ein. Deren Migrationshintergrund wird nur mit den Daten von 2005 und 2009 definierbar.

Der Migrationsstatus einer Person wird aus seinen persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen seiner Eltern. Beim Nachweis des Migrationsstatus wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden.

Ausländische Bevölkerung

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31.12. eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Daten melden die einzelnen Ausländerbehörden an das AZR. Ausgewiesen werden die Ausländerinnen und Ausländer, die am Ende des Berichtsjahres in Deutschland ansässig sind, und zwar nach den Merkmalen Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Familienstand, Alter und Geschlecht. Die Zugänge in das Register schließen die in Deutschland geborenen ausländischen Kinder mit ein. Die Abgänge aus dem Register enthalten u. a. die Sterbefälle ausländischer Personen.

Einbürgerungen

Rechtsgrundlage für die jährlichen Erhebungen einer **Bundesstatistik über die Einbürgerungen** ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) vom 15.7.1999, das am 1.1.2000 in Kraft getreten ist. Diese Bundesstatistik bezieht sich auf eingebürgerte ausländische Personen. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort gemäß § 4 Abs. 3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin bzw. eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Wanderungen

Die **Wanderungstatistik** (räumliche Bevölkerungsbewegung) ermittelt die Zu- und Fortzüge bei einem Wechsel der alleinigen Wohnung bzw. der Hauptwohnung über Gemeindegrenzen. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (§ 4 BevStAG). Erhebungseinheit ist der Wanderungsfall, d. h. der Zu- oder Fortzug über die Gemeindegrenzen. Als Zu- bzw. Fortzug gilt der Bezug bzw. die Aufgabe der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung sowie die Änderung des Wohnungsstatus von Nebenwohnung in Hauptwohnung und umgekehrt. Grundlage der Wanderungstatistik sind die An- und Abmeldescheine, die nach dem Melderecht bei einem Wohnungswechsel in der Meldebehörde auszufüllen sind. Anschließend übermitteln die Meldebehörden diese an die Statistischen Ämter der Länder (Sekundärstatistik). Statistisch nicht erfasst werden Umzüge innerhalb der Gemeinden, An- und Abmeldungen von Nebenwohnungen sowie Umzüge von Personen, die der Meldepflicht nicht unterliegen (Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und diplomatischen Vertretungen sowie deren Familienangehörige).

Die Wanderungstatistik weist die *Wanderungsfälle*, nicht die wandernden Personen nach. Damit kann die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr etwas größer sein als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals umziehen kann.

Die *Wanderungen mit dem Ausland* beziehen sich bis 1990 auf die Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebiets – ohne die Wanderungen mit der ehemaligen DDR. Ab 1991 beziehen sie sich auf die Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Das *Herkunfts- bzw. Zielgebiet* bezeichnet das Gebiet, in dem eine Person unmittelbar vor ihrem Zuzug nach Deutschland gewohnt hat bzw. wo sie von Deutschland aus fortgezogen ist.

Bevölkerungsvorausberechnung

Die 12. koordinierte **Bevölkerungsvorausberechnung** basiert auf der fortgeschriebenen Bevölkerung zum 31.12.2008. Sie stellt Ergebnisse bis zum Jahr 2060 zur Verfügung. In dieser Berechnung wurden unterschiedliche Annahmen vorgenommen: zur künftigen Entwicklung der Geburten (Fertilität), der Lebenserwartung (Mortalität) sowie des Wanderungssaldos über die Grenze Deutschlands (Migration). Tabelle 2.5.1 zeigt wesentliche Ergebnisse zweier Varianten dieser Berechnung („mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze bzw. „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze). Die ausführlichen Ergebnisse dieser Varianten und auch der weiteren gerechneten Varianten finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung. Auf Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung sowie der Ergebnisse des Mikrozensus zu Haushalten wird des Weiteren eine **Haushaltsvorausberechnung** durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Vorausberechnung der Zahl und Struktur der privaten Haushalte. Dazu werden Annahmen über die künftige Verteilung der Bevölkerung nach Privathaushalten unterschiedlicher Größe getroffen.

Familien, Kinder und Lebensformen

Die Angaben über **Haushalte und Familien** basieren auf den Ergebnissen des Mikrozensus. Das Mikrozensusgesetz 2005 stellte den Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche (bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche um. Die Ergebnisse ab 2005 liefern somit nicht mehr eine „Momentaufnahme“ einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben Aufschluss über die gesamte Entwicklung im Durchschnitt des Erhebungsjahres. Die methodischen Änderungen, die durch die gleitende Berichtswoche entstanden sind, haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte geführt, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien bzw. Lebensformen.

Die Statistik der **Eheschließungen** beruht – wie die Statistiken der Geburten und Sterbefälle – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Rechtliche Grundlage ist auch hier § 2 des Bevölkerungsstatistikgesetzes. Für die Angaben zu den **gerichtlichen Ehelösungen**, vor allem Ehescheidungen, werden die Meldungen zu rechtskräftigen Beschlüssen in Eheauflösungssachen ausgewertet, die die Familiengerichte seit In-Kraft-Treten des neuen Ehe- und Familienrechts am 1.7.1977 bei den Amtsgerichten abgeben müssen. Außerdem gilt die Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) vom 1.9.2009.

Kindertagesbetreuung

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie die Zahl der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe gilt in allen Erhebungen eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht (§ 102 SGB VIII). Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Methodik

Folgende Erhebungen werden in den amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken durchgeführt. Sie unterscheiden sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle vier Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Alleinerziehende | Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Elternteile mit Lebenspartnerin bzw. -partner im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Alleinstehende | Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne ledige Kinder in einem Haushalt leben. Unbedeutsam ist hierbei der Familienstand der alleinstehenden Person, die als ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Person in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten wohnen kann. Alleinstehende können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen teilen, z. B. in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig beziehungsweise seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, z. B. Onkel, Tante, Bruder, Schwester. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Altenquotient | Er drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Ausländische Bevölkerung | Dazu zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländerinnen und Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes. Sie werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Asylsuchende | Ausländerinnen und Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG beantragt haben und über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

Bevölkerung | Dazu zählen alle gemeldeten Personen einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung.

Bevölkerungsentwicklung | Sie beschreibt die Entwicklung der Zahl der Personen für ein bestimmtes Gebiet und ihre Veränderung.

Bevölkerungsstand | Dieser umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Gebiet leben. Der Bevölkerungsstand wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt (siehe auch „Methodik“). Ferner wird die Zusammensetzung der Bevölkerung statistisch dargelegt.

Bevölkerungsveränderung | Sie stellt die Differenz zwischen dem Bevölkerungsstand am Ende und am Anfang eines Betrachtungszeitraums dar. Sie ergibt sich zum einen aus der Differenz zwischen Geburt und Sterbefällen und zum anderen aus der Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen über die Gebietsgrenze hinweg (siehe auch „Methodik“).

Bevölkerungsvorausberechnung | Diese liefert Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl und deren alters- und geschlechtsspezifische Struktur entwickeln würden, wenn die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Wanderungen eintreffen.

Ehelösungen (Scheidungen) | Hierzu zählt die Lösung der Ehe durch gerichtliches Urteil, also durch Ehescheidung oder Aufhebung der Ehe bzw. bis 30.6.1998 auch Nichtigkeit der Ehe (siehe Tabelle 2.6.7). Des Weiteren zählt dazu die Beendigung der Ehe durch Tod der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners (siehe Tabelle 2.2.10, Spalte „verheiratet“).

Eheschließungen | Hier werden die standesamtlichen Trauungen gezählt, auch die von Ausländerinnen und Ausländern. Eine Ausnahme bilden die Fälle, in denen beide Ehegatten zu den ausländischen Streitkräften gehören, die im früheren Bundesgebiet stationiert sind, bzw. zu den ausländischen diplomatischen und

konsularischen Vertretungen und ihren Familienangehörigen. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. So wurden dort alle standesamtlichen Trauungen gezählt, bei denen mindestens ein Ehepartner seinen ständigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR hatte.

Eingetragene Lebenspartnerschaften | Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) vom 16.2.2001 ermöglicht zwei Menschen gleichen Geschlechts ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Die Lebenspartner sind einander zur Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet.

Elterngeld | Es soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf zwei weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag angerechnet. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro beträgt die Ersatzrate seit diesem Zeitpunkt 65 % statt bisher 67 %.

Familie | Abweichend von früheren Veröffentlichungen umfasst diese im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern bzw. Elternteile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben. Nicht zu den Familien zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende.

Familienstand | Die Bevölkerungsfortschreibung weist als Familienstand ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet nach. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden derzeit in der Bevölkerungsfortschreibung unter dem Familienstand ledig dargestellt, bis die Ergebnisse des Zensus 2011 verfügbar sind. Der Mikrozensus unterscheidet darüber hinaus zwischen verheiratet zusammenlebend (Ehepaare) und verheiratet getrennt lebend. Verheiratet getrennt lebende sind solche Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner sich zum Berichtszeitpunkt zeitweilig oder

dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten hat und für den die befragte Ehepartnerin bzw. der befragte Ehepartner keine Auskünfte erteilt hat. Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner vermisst wird, gelten als verheiratet. Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner für tot erklärt worden ist, gelten als verwitwet.

Geborene | Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen bzw. – seit 1.7.1998 – zwischen Kind miteinander verheirateter Eltern und Kind nicht miteinander verheirateter Eltern richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Kind miteinander verheirateter Eltern gilt ein Kind dann, wenn es nach Eingehen einer Ehe oder bis zu 300 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod geboren wurde. Zuvor hatten Kinder auch dann als ehelich gegolten, wenn sie bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod oder gerichtliches Urteil geboren worden waren.

Geburtenhäufigkeit | Die allgemeine Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Die altersspezifische Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen der Mütter bestimmten Alters je 1 000 Frauen gleichen Alters. Tabelle 2.2.3 gibt die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, d. h. die zusammengefasste Geburtenziffer, an. Änderungen im Altersaufbau beeinflussen die zusammengefasste Geburtenziffer nicht. **Die für das Jahr 2011 zur Berechnung verwendeten Einwohnerzahlen berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9. Mai noch nicht.**

Geburtenziffern | siehe Geburtenhäufigkeit.

Gestorbene | Nicht berücksichtigt werden Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Hauptwohnung | Gemäß § 12 Abs. 2 des am 12.3.1994 in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 11.3.1994 (BGBl. S. 529) ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Einwohnerin bzw. des Einwohners. Hauptwohnung einer verheirateten Einwohnerin bzw. eines verheirateten Einwohners, die oder der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung einer minderjährigen Einwohnerin bzw. eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. Hauptwohnung einer behinderten Person, die in einer Behinderteneinrichtung untergebracht ist, bleibt auf Antrag dieser Person bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ebenfalls die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Einwohnerin bzw. des Einwohners liegt.

Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts | Ab 2005 ermittelt der Mikrozensus eine Haupteinkommensbezieherin bzw. einen Haupteinkommensbezieher im Haushalt. Dies ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt. Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, ist gleichzeitig Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts, wenn sie sich als selbstständige Landwirtin bzw. als selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit (Vollzeit) eingestuft hat oder wenn kein Haushaltsmitglied Angaben zum persönlichen monatlichen Nettoeinkommen gemacht hat.

Haushalt | Als (Privat-)Haushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammenwohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet (Mehrpersonenhaushalte). Des Weiteren umfasst der Begriff Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieterin bzw. -mieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt der Anstaltsleiterin bzw. des -leiters). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Familien bzw. Lebensformen leben (z. B. ein Ehepaar

ohne Kinder sowie eine alleinerziehende Mutter mit Kindern). Mehrfach gezählt werden Haushalte mit mehreren Wohnsitzten (Wohnungen am Hauptsitz und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen). Haushalte werden üblicherweise nicht nach Haupt- und Nebenwohnsitz unterschieden, da sie an jedem Wohnsitz Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen. Stehen ökonomische Fragestellungen im Vordergrund (Einkommen und Verbrauch), betrachtet der Mikrozensus ausschließlich Haushalte am Hauptwohnsitz, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Die Zuordnung der Haushalte nach Haupt- und Nebenwohnsitz erfolgte im Mikrozensus bis einschließlich 2004 über den Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson. Ab 2005 ist die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher des Haushalts ausschlaggebend. Zu den Personen, die in Privathaushalten am Hauptwohnsitz (Nebenwohnsitz) leben, zählen entsprechend alle Haushaltsmitglieder mit Bezugsperson bzw. Haupteinkommensbezieherin oder Haupteinkommensbezieher des Haushalts am Ort der Hauptwohnung (Nebenwohnung). Insofern kann der persönliche Wohnsitz einzelner Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten vom Wohnsitz der Einheit „Haushalt“ abweichen.

Haushaltsnettoeinkommen | Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, z. B. Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützung, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, muss das Haushaltsnettoeinkommen in ein Raster vorgegebener Einkommensklassen einstufen. Ist die Haushaltsbezugsperson selbstständige Landwirtin bzw. selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit, sind keine Angaben zur Höhe des Haushaltseinkommens erforderlich.

Heiratshäufigkeit | Die Heiratsziffer der Ledigen drückt die eheschließenden Ledigen bestimmten Alters je 1 000 Ledige gleichen Alters aus. **Die für das Jahr 2011 zur Berechnung verwendeten Ledigenzahlen berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9. Mai noch nicht.**

Heiratsziffer | siehe Heiratshäufigkeit.

Jugendquotient | Er gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an.

Kinder | Das sind ledige Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt. Sie leben mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammen. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Kindergeld | Darunter fallen die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den – ab 1996 wirksamen – Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 betrug es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kinder- und Jugendhilfe | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aachtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen

und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie für junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um beurteilen zu können, wie sich die Bestimmungen des SGB VIII auswirken, werden mehrere Bundesstatistiken durchgeführt (§§ 98ff. SGB VIII). Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dieses Kapitel bildet die Angaben zur Kindertagesbetreuung ab. Bisher wurden in diesem Bereich vierjährlich Statistiken zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze erhoben. An ihre Stelle traten neue Erhebungen: Zum 15.3.2006 wurden erstmals Daten ermittelt zu den Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und – ab 2009 – „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken finden seitdem jährlich statt.

Kirchensteuer | Das Besteuerungsrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Weimarer Reichsverfassung). Die Religionsgesellschaften, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, sind danach berechtigt, nach landesrechtlichen Bestimmungen (Kirchensteuergesetze, Steuerordnungen) Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Die Kirchensteuer wird als Zuschlagsteuer in unterschiedlicher Höhe und nach unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen erhoben. Die finanziell größte Bedeutung hat die Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer. Sie beträgt 9 % bzw. 8 % der Einkommen- bzw. Lohnsteuerschuld. Alternativ oder ergänzend kann die Kirchensteuer als Zuschlag zur Vermögensteuer und zu den Grundsteuer-Messbeträgen erhoben werden sowie als Kirchgeld nach besonderen Tarifen. Die Kircheneinkommen- und Kirchenlohnsteuer wird nach einheitlichem Verfahren als Diözesan- oder Landeskirchensteuer erhoben. Für die übrigen Zuschlagsteuern und für das Kirchgeld gelten unterschiedliche landesrechtliche Regelungen. Die Finanzämter führen die Kirchenlohnsteuer und die Kircheneinkommensteuer gegen Erstattung der Verwaltungskosten an die zuständigen Kirchensteuergläubiger ab. Steuerpflichtig sind grundsätzlich alle getauften Kirchenmitglieder, die im Bereich einer steuerberechtigten Kirche oder Religionsgesellschaft ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Im Kirchenlohnsteuerabzugsverfahren wird die von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber einbehaltene Kirchenlohnsteuer unmittelbar zusammen mit der Lohnsteuer an das Betriebsstätten-Finanzamt der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers abgeführt.

Lebendgeborene | Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Die übrigen Kinder gelten als Totgeborene oder Fehlgeburten. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. Als Lebendgeborene wurden alle Kinder gezählt, bei denen nach dem vollständigen Verlassen des Mutterleibes – unabhängig von der Durchtrennung der Nabelschnur oder von der Ausstoßung der Plazenta – Herz-tätigkeit und Lungenatmung vorhanden waren.

Lebensformenkonzept | Seit 1996 stellt der Mikrozensus die Frage nach einer Lebenspartnerin bzw. einem Lebenspartner im Haushalt. Die Beantwortung ist freiwillig. Bis 2004 richtete sich die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in der ersten Person?“ an alle Haushaltsmitglieder, die nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandt oder verschwägert waren. Der Mikrozensus 2005 stellte die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in einer Person dieses Haushalts?“ erstmals allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartnerin bzw. Ehepartner im Haushalt. Damit können ab 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden. Bis 2004 konnte jeder Haushalt höchstens eine Lebensgemeinschaft angeben, da die Frage ausschließlich auf eine Lebenspartnerschaft mit der Bezugsperson des Haushalts abzielte. Die Frage nach der Lebenspartnerschaft im Haushalt ist bewusst neutral formuliert und lässt das Geschlecht der Befragten außer Betracht. Somit können auch gleichgeschlechtliche Paare ihre

Lebensgemeinschaft angeben. Dabei ist unerheblich, ob die Partnerschaft – nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 – als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde. Die seit 1996 erhobenen Informationen ermöglichen das sogenannte Lebensformenkonzept. Inhaltlich berücksichtigt es die traditionellen Lebensformen (Ehepaare) wie auch die „alternativen“ Lebensgemeinschaften. Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen nach dem Lebensformenkonzept ist die Bevölkerung in Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Lebensgemeinschaften | Zu den nichtehelichen (gemischt-geschlechtlichen) oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zählt im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft, bei der zwei gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebenspartner ohne Trauschein bzw. zwei gleichgeschlechtliche Partner mit Trauschein oder notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften. Bis einschließlich 2005 war es unerheblich, ob die Partnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 als eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft registriert wurde. Ab 2006 erhebt der Mikrozensus auch eingetragene Lebenspartnerschaften (siehe hierzu auch „Lebensformenkonzept“).

Migrationshintergrund | Bei Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften | siehe Lebensgemeinschaften.

Paare | Hierzu zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Dazu gehören Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paare ohne Kinder | Hierzu zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im befragten Haushalt. Neben noch kinderlosen und dauerhaft kinderlosen Paaren fallen darunter auch Paare, deren Kinder die Herkunftsfamilie bereits verlassen haben, etwa um einen eigenen Hausstand zu gründen. Ferner zählen zu den Paaren ohne Kinder auch solche Paare, deren Kinder noch im gemeinsamen Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Religionszugehörigkeit | Die Angaben beziehen sich nicht auf die religiöse Überzeugung, sondern auf die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Säuglingssterblichkeit | Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf die Lebendgeborenen eines gleich langen Berichtszeitraums, soweit möglich unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den Monaten, in denen die gestorbenen Säuglinge geboren sind.

Scheidungen | siehe Ehelösungen.

Scheidungshäufigkeit | Anzahl der Ehescheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. je 10 000 bestehende Ehen im Berichtsjahr. Die ehedauerspezifische Scheidungsziffer wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehe-dauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer. Diese erreichte 2011 einen Wert von 391 bzw. 39 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2011 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde.

Scheidungsziffer | siehe Scheidungshäufigkeit.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | Deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige sowie deren Familienangehörige, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen ihre angestammte Heimat in den Staaten Ost- und Südosteuropas aufgegeben und ihren neuen Wohnsitz in Deutschland begründet haben.

Sterbetafel | Sie stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die nachgewiesene Lebenserwartung würde sich ergeben, wenn sich die Sterblichkeit in Zukunft nicht verändern würde. Die in der Tabelle nachgewiesenen Altersangaben beziehen sich auf Personen, die das angegebene Lebensjahr gerade vollendet haben. **Die für die Tafel 2009/2011 zur Berechnung verwendeten Angaben zum Bevölkerungsstand berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9. Mai 2011 noch nicht.**

Sterblichkeit | Die Sterbeziffern nach Alter und Geschlecht beschreiben die Gestorbenen bestimmten Alters und Geschlechts je 1 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts. Bei der „Standardisierten Sterbeziffer“ sind die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ausgeschaltet, da eine einheitliche Alters- und Geschlechtsgliederung zugrunde gelegt ist (hier von 1995). **Die für das Jahr 2011 zur Berechnung verwendeten Lebendenzahlen berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9. Mai 2011 noch nicht.**

Sterbeziffern | siehe Sterblichkeit.

Totgeborene | Hierzu zählen seit 1. 4. 1994 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 500 g beträgt. Zuvor waren seit 1.7.1979 ein Mindestgewicht von 1 000 g erforderlich und davor mindestens 35 cm Körperlänge. Von der Standesbeamtin bzw. dem -beamten nicht registriert werden Fehlgeburten (seit 1.4.1994 weniger als 500 g Geburtsgewicht). Sie bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung unberücksichtigt.

Wanderungen | Die Wanderungen ergeben sich aus der Gesamtheit der Wanderungsfälle, d.h. der Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen. Als Wanderungsfall im vorstehenden Sinne gilt also jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer alleinigen oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall (Änderung des Wohnungsstatus). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge).

Wohnbevölkerung | Sie bildete bis Frühjahr 1983 die Basis für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft im früheren Bundesgebiet wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Bei Personen, die weder berufstätig noch in der Ausbildung waren, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Bevölkerung, Familien, Lebensformen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 12, Daten zu *Familien, Kinder* unter Code 22521, 22541, 22911 und 22922

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bevölkerung

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.3 Bevölkerungsfortschreibung

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10 Aufnahme des Merkmals „Geburtsstaat“ in die Daten der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik 2008
Heft 5/11 Bevölkerungsentwicklung 2009

Broschüren

Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU (2011)

■ Geborene und Gestorbene

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/11 Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit
Heft 2/12 Geburtenfolge und Geburtenabstand – neue Daten und Befunde
Heft 9/12 Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen
Heft 12/12 Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen 2011
Heft 3/13 Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus

Broschüren

Geburten in Deutschland (2012)

STATmagazin

Von niedrigen Geburtenzahlen und fehlenden Müttern

■ Migration

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 2 Ausländische Bevölkerung
Reihe 2.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund
Reihe 2.2 Einbürgerungen

■ Wanderungen

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.2 Wanderungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 Bevölkerungsentwicklung 2009

Mehr zum Thema

■ Bevölkerungsvorausberechnung

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/10	Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
Heft 3/11	Entwicklung der Privathaushalte bis 2030: Ende des ansteigenden Trends

■ Broschüren

	Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2009)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Heft 1	Demografischer Wandel in Deutschland
Heft 2	Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern (2011)
Heft 3	Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
Heft 4	Auswirkungen auf Schülerzahlen und Kindertagesbetreuung (2009)
Heft 4	Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl (2009)

■ Familien, Kinder und Lebensformen

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.1	Natürliche Bevölkerungsbewegung
Reihe 1.4	Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen 2010 (Scheidungsstatistik)
Reihe 3	Haushalte und Familien

Fachberichte

	Alleinerziehende in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2011
	Wie leben Kinder in Deutschland?, Ergebnisse des Mikrozensus 2010
	Elterngeld regional: Geburten 2011
	Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2012

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/11	Ehescheidungen 2009
Heft 11/12	Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung
Heft 12/12	Vereinbarkeit von Familie und Beruf

STATmagazin

	Alles beim Alten: Mütter stellen Erwerbstätigkeit hinten an (2010)
	Paare in Deutschland: Gleich und gleich gesellt sich gern (2010)
	Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen 2012
	Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides (2013)

■ Themenübergreifend

Broschüren

	Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen (2010)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 66 (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen), +49 (0)6 11 / 75 48 65 (Gemeindeverzeichnis, Fortschreibung, Wanderungen, Migration, Wohnsituation), +49 (0)6 11 / 75 81 67 (Kinder- und Jugendhilfe, Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

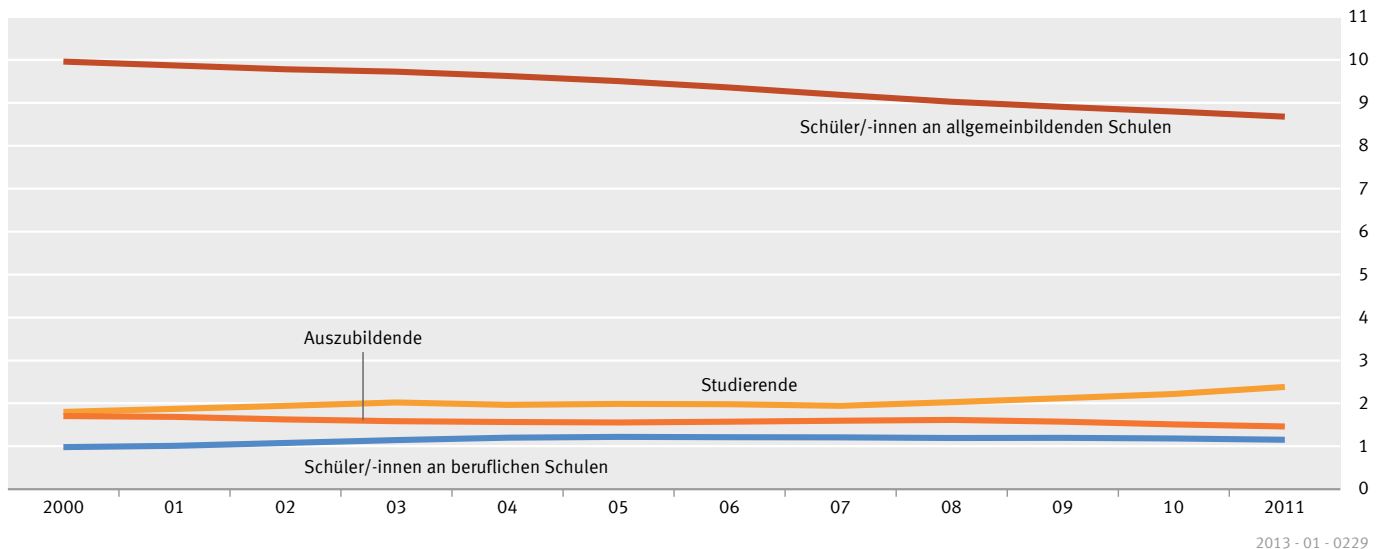
3 Bildung



Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen in letzten zehn Jahren um **12 %** zurückgegangen | **Zwei von fünf** jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** haben **Abitur** | **Platz eins** der **Ausbildungsberufe** bei Männern belegte 2011 **Kfz-Mechatroniker**, bei Frauen **Medizinische Fachangestellte** | **Studienberechtigtenquote** lag bei über **50 %** | Knapp **jede fünfte Professur** übte eine **Frau** aus, bei **C4-Professuren** war es jede **zehnte** | Rund **7 %** des Bruttoinlandsproduktes waren **Bildungsausgaben**

<i>Seite</i>	
75	Auf einen Blick
	Tabellen
76	Bildungsstand der Bevölkerung Allgemeiner Schulabschluss Beruflicher Bildungsabschluss Nach Migrationshintergrund Schulbesuch nach Bildungsabschluss der Eltern
80	Integrierte Ausbildungsberichterstattung Nach ausbildungsrelevanten Sektoren und Ländern
81	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Schularten Nach Ländern Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler Abschlüsse
86	Auszubildende Nach Berufsgruppen Nach Ländern
88	Hochschulen Hochschularten Nach Ländern Studierende Studienanfängerinnen und -anfänger Fächergruppen Prüfungen Personal
93	Weiterbildung Weiterbildungsangebot und Teilnahmequoten Berufliche Weiterbildung Teilnehmerinnen und Teilnehmer Prüfungen Volkshochschulen
96	Ausbildungsförderung Geförderte nach BAföG und AFBG Förderungsleistungen
96	Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ausgaben der Hochschulen Monetäre Kennzahlen
101	Forschungsausgaben und Forschungspersonal Nach durchführenden Bereichen Nach Sektoren Nach Ländern
104	Finanzen der Kindertageseinrichtungen Nach Einrichtungsart Nach Altersklassen Nach Verwendung
105	Methodik
107	Glossar
110	Mehr zum Thema

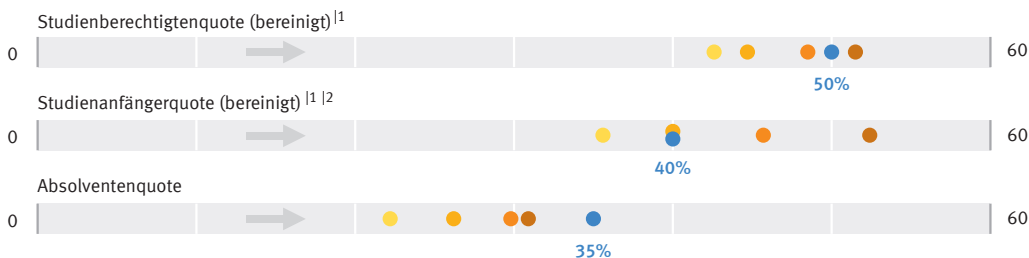
Bildungsbeteiligung in Mill.



Nationale Benchmarks 2006

in %

● 2006 ● 2008 ● 2010 ● 2011 ● Benchmark



Benchmarks sind festgelegte Zielwerte, die in der Regel bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen.

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt also den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung.

Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs Studienanfängerin bzw. -anfänger ist, also im ersten Hochschulsemester steht. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen.

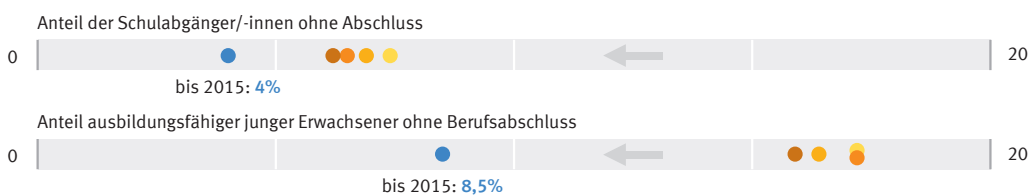
Bedingt durch die Umstellung der gymnasialen Schulausbildung von 13 auf 12 Jahre in vielen Bundesländern kommt es – zeitlich versetzt – zu sogenannten Doppelabiturientenjahrgängen. Dies bedeutet, es gibt Abiturientenjahrgänge mit Absolventinnen und Absolventen aus Klassenstufe 12 und 13 gleichzeitig (G8-Effekt).

Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

Nationale Benchmarks 2008

in %

● 2008 ● 2009 ● 2010 ● 2011 ● Benchmark



2013 - 01 - 0240

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.1 Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluss 2012

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon										ohne allgemeinen Schulabschluss ^{1,2}	
		noch in schulischer Ausbildung	mit allgemeinem Schulabschluss										
			zusammen	davon									
				Hauptschul- abschluss	Abschluss der poly- technischen Oberschule	Realschul- abschluss	Fachhoch- schul-/ Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses					
	1 000	%	1 000	%							1 000	%	
Insgesamt	71 421	2 657	3,7	65 799	92,1	38,6	7,5	24,0	29,6	0,2	2 700	3,8	
15 – 25	9 012	2 615	29,0	6 062	67,3	21,8	–	37,9	40,1	0,2	323	3,6	
25 – 35	9 992	38	0,4	9 599	96,1	20,5	–	33,1	46,2	0,2	338	3,4	
35 – 45	11 014	/	/	10 549	95,8	24,7	9,4	28,9	36,8	0,2	445	4,0	
45 – 55	13 432	/	/	12 896	96,0	31,0	14,5	24,7	29,6	0,2	506	3,8	
55 – 65	10 704	/	/	10 267	95,9	42,8	14,6	18,0	24,4	0,2	412	3,8	
65 und mehr	17 267	/	/	16 426	95,1	67,6	3,7	13,7	14,7	0,3	676	3,9	
Männlich													
15 – 25	4 648	1 321	28,4	3 136	67,5	26,3	–	37,8	35,7	0,2	183	3,9	
25 – 35	5 066	21	0,4	4 857	95,9	24,4	–	31,6	43,8	0,2	177	3,5	
35 – 45	5 585	/	/	5 366	96,1	27,9	9,5	24,9	37,5	0,2	207	3,7	
45 – 55	6 798	/	/	6 529	96,1	34,1	14,4	20,3	31,0	0,2	252	3,7	
55 – 65	5 246	/	/	5 047	96,2	41,7	14,1	15,0	29,0	0,2	185	3,5	
65 und mehr	7 507	/	/	7 191	95,8	62,8	3,8	11,6	21,5	0,2	269	3,6	
Zusammen	34 849	1 343	3,9	32 127	92,2	38,5	7,6	21,7	32,0	0,2	1 273	3,7	
Weiblich													
15 – 25	4 364	1 294	29,7	2 926	67,0	16,9	–	38,1	44,8	0,2	140	3,2	
25 – 35	4 926	18	0,4	4 742	96,3	16,5	–	34,7	48,6	0,1	161	3,3	
35 – 45	5 429	/	/	5 183	95,5	21,4	9,4	33,0	36,1	0,2	237	4,4	
45 – 55	6 635	/	/	6 367	96,0	27,7	14,5	29,3	28,2	0,2	254	3,8	
55 – 65	5 459	–	–	5 220	95,6	43,8	15,1	20,9	20,0	0,2	227	4,2	
65 und mehr	9 760	/	/	9 235	94,6	71,4	3,6	15,4	9,4	0,3	407	4,2	
Zusammen	36 572	1 314	3,6	33 672	92,1	38,7	7,5	26,3	27,3	0,2	1 426	3,9	
darunter Bevölkerung mit Migrationshintergrund													
Insgesamt	12 871	771	6,0	10 383	80,7	38,3	0,8	25,3	35,1	0,3	1 670	13,0	
15 – 25	2 270	759	33,4	1 374	60,5	29,8	–	34,1	35,9	/	128	5,6	
25 – 35	2 526	11	0,4	2 305	91,2	29,5	–	26,3	44,0	0,3	199	7,9	
35 – 45	2 588	/	/	2 262	87,4	36,3	0,8	27,5	35,1	0,3	315	12,2	
45 – 55	2 219	/	/	1 901	85,7	39,0	1,8	25,6	33,1	0,5	311	14,0	
55 – 65	1 680	/	/	1 380	82,1	46,9	1,6	20,8	30,4	/	296	17,6	
65 und mehr	1 588	–	–	1 160	73,0	58,8	1,2	13,8	25,8	/	420	26,5	
Männlich													
15 – 25	1 195	393	32,8	726	60,8	34,7	–	33,5	31,5	/	70	5,9	
25 – 35	1 256	6	0,5	1 148	91,4	33,5	–	24,6	41,6	/	94	7,5	
35 – 45	1 283	/	/	1 139	88,8	41,0	0,8	25,5	32,4	/	137	10,7	
45 – 55	1 138	–	–	990	87,0	42,2	2,0	23,9	31,4	/	144	12,7	
55 – 65	808	/	/	686	84,9	48,2	1,6	19,8	30,1	/	121	15,0	
65 und mehr	763	–	–	573	75,0	57,6	1,2	12,2	28,6	/	188	24,6	
Zusammen	6 443	399	6,2	5 262	81,7	41,5	0,9	23,9	33,4	0,4	755	11,7	
Weiblich													
15 – 25	1 074	366	34,1	648	60,3	24,2	–	34,8	40,8	/	58	5,4	
25 – 35	1 271	5	0,4	1 156	91,0	25,5	–	27,9	46,3	/	105	8,3	
35 – 45	1 305	/	/	1 123	86,1	31,5	0,8	29,6	37,7	/	177	13,6	
45 – 55	1 081	/	/	912	84,3	35,5	1,6	27,5	35,0	/	167	15,4	
55 – 65	872	–	–	695	79,6	45,6	1,6	21,7	30,7	/	175	20,1	
65 und mehr	825	–	–	587	71,2	60,0	1,2	15,4	23,0	/	233	28,2	
Zusammen	6 428	373	5,8	5 121	79,7	35,1	0,8	26,8	36,9	0,3	915	14,2	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

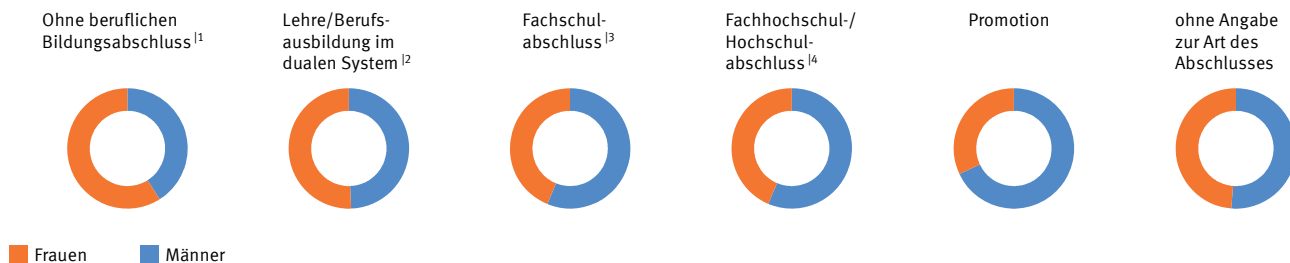
1 Einschl. 265 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Berufliche Bildungsabschlüsse nach Geschlecht 2012

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

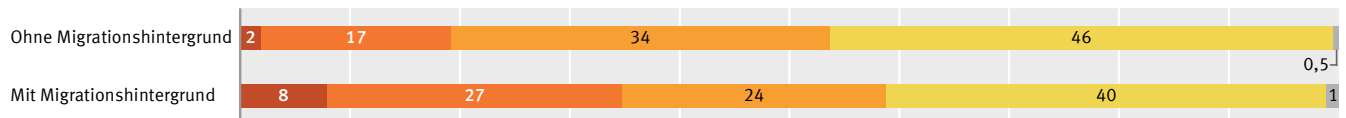
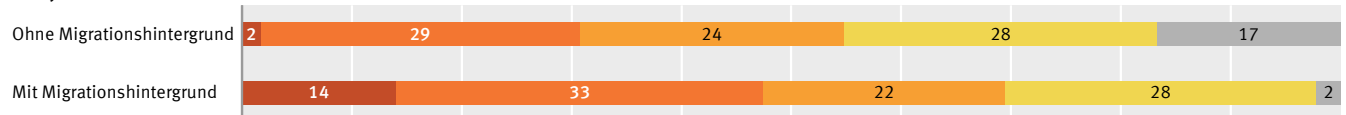
2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie 0,6 % mit Anlembildung.

3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.

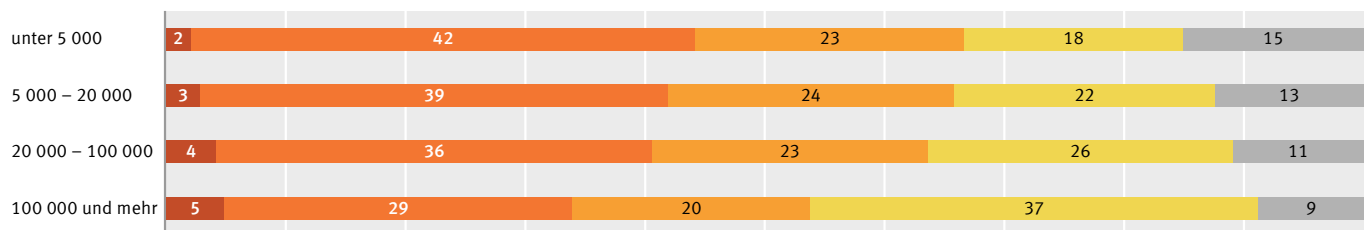
4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund und allgemeinen Schulabschlüssen 2012

in %

25 – 35 Jahre**45 – 55 Jahre****Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen und allgemeinen Schulabschlüssen 2012**

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



■ Ohne allgemeinen Schulabschluss¹ ■ Hauptschulabschluss ■ Realschulabschluss ■ Fachhochschul-/Hochschulreife ■ Übrige²

Ergebnisse des Mikrozensus. Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

2 Einschl. Personen, die noch in schulischer Ausbildung sind, Personen mit Abschluss der polytechnischen Oberschule, Personen, die keine Angabe zur Art des allgemeinen Schulabschlusses gemacht haben sowie Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2013 - 01 - 0225

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.2 Bevölkerung nach beruflichem Bildungsabschluss 2012

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon									ohne beruflichen Bildungsabschluss ¹⁵	
		mit beruflichem Bildungsabschluss										
		zusammen	davon							ohne Angabe zur Art des Abschlusses		
			Lehre/ Berufs- ausbildung im dualen System ¹²	Fachschul- abschluss ¹³	Fachschul- abschluss in der ehe- maligen DDR	Fachhoch- schul- abschluss ¹⁴	Hochschul- abschluss	Promotion				
	1 000	%									1 000	%
Insgesamt	71 421	51 931	72,7	68,7	10,3	1,6	7,1	10,7	1,5	0,2	19 082	26,7
15 – 25	9 012	2 210	24,5	84,5	8,0	–	3,0	4,1	/	0,3	6 784	75,3
25 – 35	9 992	7 918	79,2	63,3	10,8	–	8,8	15,7	1,1	0,3	2 049	20,5
35 – 45	11 014	9 259	84,1	64,8	11,0	0,8	8,3	13,0	1,9	0,2	1 724	15,7
45 – 55	13 432	11 424	85,0	67,4	11,5	1,8	7,4	10,0	1,6	0,3	1 961	14,6
55 – 65	10 704	8 941	83,5	68,3	9,9	2,4	7,0	10,7	1,6	0,2	1 719	16,1
65 und mehr	17 267	12 178	70,5	73,6	9,2	2,6	5,5	7,4	1,5	0,2	4 843	28,0
Männlich												
15 – 25	4 648	1 137	24,5	89,7	4,4	–	2,5	3,0	/	/	3 500	75,3
25 – 35	5 066	3 970	78,4	65,8	9,9	–	9,4	13,5	1,1	0,3	1 081	21,3
35 – 45	5 585	4 757	85,2	62,8	12,0	0,4	9,8	12,5	2,3	0,3	811	14,5
45 – 55	6 798	5 922	87,1	64,4	13,4	0,8	9,0	10,1	2,1	0,2	851	12,5
55 – 65	5 246	4 634	88,3	63,6	12,1	1,4	9,0	11,3	2,2	0,2	588	11,2
65 und mehr	7 507	6 449	85,9	65,7	12,8	2,1	8,1	8,8	2,2	0,2	989	13,2
Zusammen	34 849	26 869	77,1	65,6	11,9	1,0	8,7	10,6	2,0	0,2	7 819	22,4
Weiblich												
15 – 25	4 364	1 073	24,6	79,0	11,8	–	3,5	5,3	/	/	3 285	75,3
25 – 35	4 926	3 948	80,2	60,9	11,7	–	8,2	17,9	1,1	0,2	969	19,7
35 – 45	5 429	4 502	82,9	66,9	9,9	1,2	6,7	13,7	1,5	0,2	914	16,8
45 – 55	6 635	5 502	82,9	70,5	9,5	2,9	5,7	9,9	1,2	0,3	1 110	16,7
55 – 65	5 459	4 307	78,9	73,4	7,4	3,4	4,7	10,0	0,8	0,2	1 131	20,7
65 und mehr	9 760	5 729	58,7	82,5	5,0	3,1	2,6	5,8	0,7	0,3	3 854	39,5
Zusammen	36 572	25 062	68,5	72,0	8,6	2,2	5,3	10,7	1,0	0,2	11 263	30,8
dar. Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Insgesamt	12 871	6 653	51,7	65,1	9,1	0,2	6,8	16,7	1,7	0,4	6 141	47,7
15 – 25	2 270	369	16,3	83,0	5,8	–	3,0	7,5	/	/	1 890	83,2
25 – 35	2 526	1 580	62,6	61,7	8,2	–	6,9	21,6	1,2	0,4	930	36,8
35 – 45	2 588	1 585	61,2	64,4	9,1	/	6,4	17,7	2,0	0,3	987	38,1
45 – 55	2 219	1 344	60,6	65,7	10,1	/	6,8	15,3	1,6	0,4	863	38,9
55 – 65	1 680	988	58,8	64,6	10,5	/	8,1	14,1	2,0	/	684	40,7
65 und mehr	1 588	787	49,6	64,8	9,4	/	7,7	14,6	2,5	/	787	49,5
Männlich												
15 – 25	1 195	190	15,9	87,2	3,7	–	2,9	5,4	/	/	998	83,5
25 – 35	1 256	792	63,1	65,2	7,4	–	7,3	18,2	1,5	/	453	36,1
35 – 45	1 283	817	63,7	67,5	8,3	/	6,7	14,7	2,3	/	456	35,5
45 – 55	1 138	722	63,5	67,3	9,7	/	7,1	13,6	1,9	/	409	35,9
55 – 65	808	532	65,8	64,9	10,4	/	8,6	12,9	2,5	/	273	33,8
65 und mehr	763	458	60,0	63,7	10,0	/	8,8	13,5	3,1	/	299	39,2
Zusammen	6 443	3 512	54,5	67,1	8,7	0,2	7,3	14,3	2,1	0,4	2 887	44,8
Weiblich												
15 – 25	1 074	179	16,6	78,4	8,1	–	3,0	9,8	–	/	892	83,0
25 – 35	1 271	788	62,0	58,1	9,0	–	6,6	25,0	0,9	/	477	37,6
35 – 45	1 305	767	58,8	61,0	9,9	/	6,2	20,9	1,6	/	531	40,7
45 – 55	1 081	622	57,5	63,8	10,7	/	6,5	17,2	1,2	/	454	42,0
55 – 65	872	456	52,2	64,3	10,5	/	7,5	15,5	1,4	/	412	47,2
65 und mehr	825	329	39,9	66,4	8,5	/	6,3	16,0	1,7	/	487	59,1
Zusammen	6 428	3 141	48,9	62,9	9,7	0,2	6,4	19,3	1,3	0,4	3 253	50,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. 409 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie 440 000 Personen mit Anlernausbildung.

3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens.

4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

5 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

3.2 Schulbesuch nach allgemeinem Schulabschluss der Eltern 2012

	Insgesamt ¹	Davon nach höchstem allgemeinem Schulabschluss der Eltern ¹²					
		mit allgemeinem Schulabschluss					ohne allgemeinen Schulabschluss ¹³
		Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	1 000	%					
Insgesamt	10 743	20,7	6,8	30,1	38,3	0,1	3,9
Grundschule	2 809	18,1	5,6	29,6	42,7	/	3,8
Hauptschule	561	44,5	2,8	28,2	13,0	/	11,2
Realschule	1 525	23,7	8,2	38,6	26,0	/	3,3
Gymnasium	2 651	7,8	5,1	24,1	61,3	/	1,4
Sonstige allgemeinbildende Schulen ¹⁴	1 280	24,0	9,5	29,6	30,3	/	6,2
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	70	37,2	/	31,1	15,9	/	9,8
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/ Hochschulreife führt	286	23,1	5,3	34,1	32,9	/	4,2
Berufsschule	1 254	32,0	9,7	33,6	20,6	/	3,9
Sonstige berufliche Schulen ¹⁵	308	31,7	10,1	29,7	23,0	/	5,3

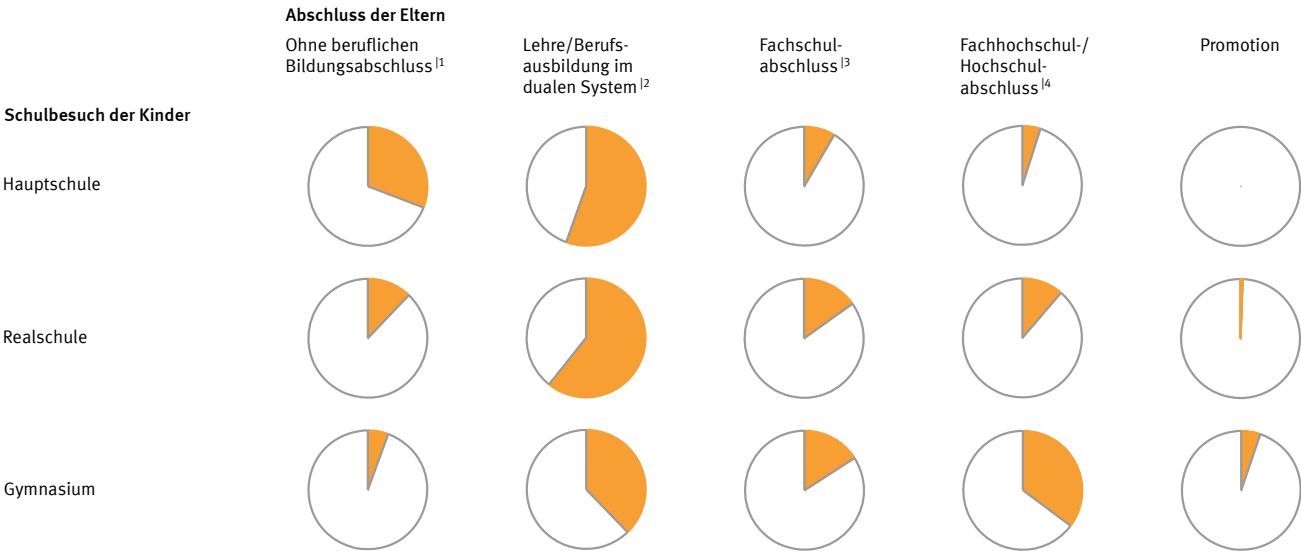
Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen.

- 1 Einschl. 12 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben.
- 2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.
- 3 Einschl. Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch bzw. einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.

- 4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.
- 5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, einjährige Schule des Gesundheitswesens.

Schulbesuch nach höchstem beruflichem Bildungsabschluss der Eltern 2012

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

3.3 Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2011

	Insgesamt		Ausbildungsrelevante Sektoren							
			Berufsausbildung		Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)		Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Sekundarstufe II)		Studium	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Anfänger/-innen										
Deutschland	2 040 947	741 023	36,3	284 922	14,0	492 696	24,1	522 306	25,6	
Baden-Württemberg	315 890	98 463	31,2	62 693	19,8	76 708	24,3	78 026	24,7	
Bayern	277 986	110 251	39,7	20 507	7,4	61 361	22,1	85 867	30,9	
Berlin	86 416	30 694	35,5	7 088	8,2	17 400	20,1	31 234	36,1	
Brandenburg	38 088	15 105	39,7	2 990	7,9	10 463	27,5	9 530	25,0	
Bremen	22 675	8 105	35,7	3 271	14,4	4 362	19,2	6 937	30,6	
Hamburg	52 514	19 086	36,3	5 008	9,5	10 876	20,7	17 544	33,4	
Hessen	158 852	52 854	33,3	18 236	11,5	46 698	29,4	41 064	25,9	
Mecklenburg-Vorpommern	26 650	11 667	43,8	2 221	8,3	5 280	19,8	7 482	28,1	
Niedersachsen	215 091	81 332	37,8	43 354	20,2	52 625	24,5	37 780	17,6	
Nordrhein-Westfalen	495 852	169 666	34,2	69 502	14,0	136 379	27,5	120 305	24,3	
Rheinland-Pfalz	101 166	40 374	39,9	16 031	15,8	20 581	20,3	24 180	23,9	
Saarland	25 936	8 471	32,7	4 077	15,7	7 488	28,9	5 900	22,7	
Sachsen	74 841	32 265	43,1	5 744	7,7	13 554	18,1	23 278	31,1	
Sachsen-Anhalt	40 600	18 496	45,6	4 602	11,3	6 606	16,3	10 896	26,8	
Schleswig-Holstein	68 412	27 293	39,9	15 882	23,2	14 571	21,3	10 666	15,6	
Thüringen	39 980	16 903	42,3	3 716	9,3	7 744	19,4	11 617	29,1	
Bildungsteilnehmer/-innen										
Deutschland	6 092 569	2 008 588	33,0	326 719	5,4	1 366 652	22,4	2 390 610	39,2	
Baden-Württemberg	862 587	262 582	30,4	77 098	8,9	214 568	24,9	308 339	35,7	
Bayern	829 384	320 073	38,6	25 416	3,1	163 577	19,7	320 318	38,6	
Berlin	295 468	79 932	27,1	7 305	2,5	54 537	18,5	153 694	52,0	
Brandenburg	132 163	46 682	35,3	3 001	2,3	30 804	23,3	51 676	39,1	
Bremen	72 118	21 680	30,1	3 844	5,3	13 257	18,4	33 337	46,2	
Hamburg	172 353	48 933	28,4	7 174	4,2	31 003	18,0	85 243	49,5	
Hessen	493 753	137 877	27,9	25 528	5,2	120 177	24,3	210 171	42,6	
Mecklenburg-Vorpommern	91 421	34 151	37,4	2 684	2,9	14 115	15,4	40 471	44,3	
Niedersachsen	549 188	204 725	37,3	44 801	8,2	137 230	25,0	162 432	29,6	
Nordrhein-Westfalen	1 529 351	456 803	29,9	76 132	5,0	398 464	26,1	597 952	39,1	
Rheinland-Pfalz	295 506	103 797	35,1	16 447	5,6	58 157	19,7	117 105	39,6	
Saarland	78 001	25 521	32,7	5 850	7,5	19 300	24,7	27 330	35,0	
Sachsen	249 300	92 235	37,0	5 989	2,4	34 488	13,8	116 588	46,8	
Sachsen-Anhalt	186 043	74 713	40,2	15 916	8,6	40 255	21,6	55 159	29,6	
Schleswig-Holstein	127 904	50 265	39,3	4 688	3,7	17 190	13,4	55 761	43,6	
Thüringen	128 029	48 619	38,0	4 846	3,8	19 530	15,3	55 034	43,0	
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen										
Deutschland	1 780 126	733 959	41,2	251 737	14,1	487 159	27,4	307 271	17,3	
Baden-Württemberg	283 249	103 865	36,7	59 695	21,1	72 129	25,5	47 560	16,8	
Bayern	289 312	131 109	45,3	19 911	6,9	92 360	31,9	45 932	15,9	
Berlin	61 301	24 165	39,4	4 856	7,9	13 555	22,1	18 725	30,5	
Brandenburg	37 463	18 768	50,1	2 829	7,6	9 343	24,9	6 523	17,4	
Bremen	20 483	6 857	33,5	1 937	9,5	7 350	35,9	4 339	21,2	
Hamburg	40 507	16 215	40,0	4 582	11,3	9 196	22,7	10 514	26,0	
Hessen	114 528	41 953	36,6	13 861	12,1	34 298	29,9	24 416	21,3	
Mecklenburg-Vorpommern	25 021	13 550	54,2	2 432	9,7	4 293	17,2	4 746	19,0	
Niedersachsen	182 262	64 860	35,6	33 930	18,6	60 790	33,4	22 682	12,4	
Nordrhein-Westfalen	424 626	168 530	39,7	67 623	15,9	123 842	29,2	64 631	15,2	
Rheinland-Pfalz	79 097	34 726	43,9	12 374	15,6	17 573	22,2	14 425	18,2	
Saarland	20 187	7 869	39,0	3 208	15,9	6 545	32,4	2 565	12,7	
Sachsen	67 617	34 180	50,5	4 928	7,3	11 073	16,4	17 436	25,8	
Sachsen-Anhalt	34 473	19 191	55,7	2 435	7,1	5 482	15,9	7 365	21,4	
Schleswig-Holstein	63 951	29 706	46,5	13 955	21,8	12 775	20,0	7 515	11,8	
Thüringen	36 049	18 416	51,1	3 181	8,8	6 555	18,2	7 897	21,9	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Nach dem Verlassen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen wählen Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland unterschiedliche Wege, um den Einstieg ins Erwerbsleben zu finden.

Ein Weg ist die **Berufsausbildung** im dualen System oder in vollzeitschulischer Form.

Eine weitere Möglichkeit ist der Besuch von Bildungsangeboten, die die Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern (**Integration in Ausbildung**, z.B. Nachholen des Haupt- oder Realschulabschlusses, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen etc.).

Der **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** ist eine Fortsetzung der Schullaufbahn, um an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen das Abitur oder die Fachhochschulreife zu erlangen.

Für das **Studium** ist die Hochschulzugangsberechtigung Voraussetzung. Da es einen weiteren Weg der beruflichen Qualifizierung darstellt und viele Studienberechtigte sich zwischen Berufsausbildung und Studium entscheiden, wird das Studium zum Ausbildungs-geschehen gerechnet.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.1 Allgemeinbildende Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2011/12

	Insgesamt	Schulkindergärten und Vorklassen	Grundschulen	Hauptschulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen	Abendschulen und Kollegs
Schulen										
Deutschland	34 528	1 400	16 103	4 679	1 756	3 282	2 530	3 124	1 329	325
Baden-Württemberg	5 558	433	2 529	939	–	582	494	451	60	70
Bayern	4 712	–	2 412	1 045	–	356	446	415	23	15
Berlin	1 383	–	422	453	–	89	63	116	214	26
Brandenburg	1 438	–	507	496	151	116	–	99	37	32
Bremen	312	1	100	1	26	19	–	67	89	9
Hamburg	708	219	217	22	49	43	–	70	80	8
Hessen	2 907	353	1 175	401	18	246	276	286	117	35
Mecklenburg-Vorpommern	711	–	323	–	189	99	–	73	23	4
Niedersachsen	3 965	305	1 796	498	133	336	503	295	90	9
Nordrhein-Westfalen	5 999	27	3 087	609	12	716	564	627	272	85
Rheinland-Pfalz	1 631	42	974	45	194	138	24	147	63	4
Saarland	335	20	161	1	51	38	3	35	22	4
Sachsen	1 491	–	831	–	335	158	–	152	5	10
Sachsen-Anhalt	950	–	549	–	177	119	–	85	11	9
Schleswig-Holstein	1 513	–	553	169	185	142	157	107	197	3
Thüringen	915	–	467	–	236	85	–	99	26	2
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte										
Deutschland	669 802	2 500	196 057	51 878	36 925	72 346	70 270	179 116	56 905	3 805
Baden-Württemberg	95 304	1 146	37 794 ²	39	–	13 133	15 435	25 435	2 210	112
Bayern	94 264	–	26 046	17 597	–	8 398	15 978	25 250	803	192
Berlin	26 307	–	6 728	4 285	–	2 033	877	6 112	5 890	382
Brandenburg	17 664	–	4 713	2 999	2 686	1 882	–	3 972	1 332	80
Bremen	5 462	1	1 579	4	505	391	–	1 592	1 304	86
Hamburg	14 448	475	3 816	71	583	1 164	–	3 955	4 292	92
Hessen	51 335	423 ³	14 981	3 072	32	5 656	5 903	14 990	5 884	394
Mecklenburg-Vorpommern	10 419	–	2 929	–	3 346	1 254	–	2 247	613	30
Niedersachsen	68 920	270	19 134	7 160	663	6 932	11 416	19 166	4 023	156
Nordrhein-Westfalen	156 992	179	40 447	15 332	110	19 322	18 199	41 609	19 954	1 840
Rheinland-Pfalz	36 174	6	10 834	576	7 771	2 973	714	10 016	3 205	79
Saarland	7 172	– ⁴	1 856	28	1 424	708	76	1 976	1 075	29
Sachsen	27 107	–	7 918	–	8 192	3 069	–	7 600	123	205
Sachsen-Anhalt	17 072	–	5 159	–	5 046	2 197	–	4 278	324	68
Schleswig-Holstein	23 462	–	7 214	715	982	1 513	1 672	6 138	5 199	29
Thüringen	17 700	–	4 909	–	5 585	1 721	–	4 780	674	31

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

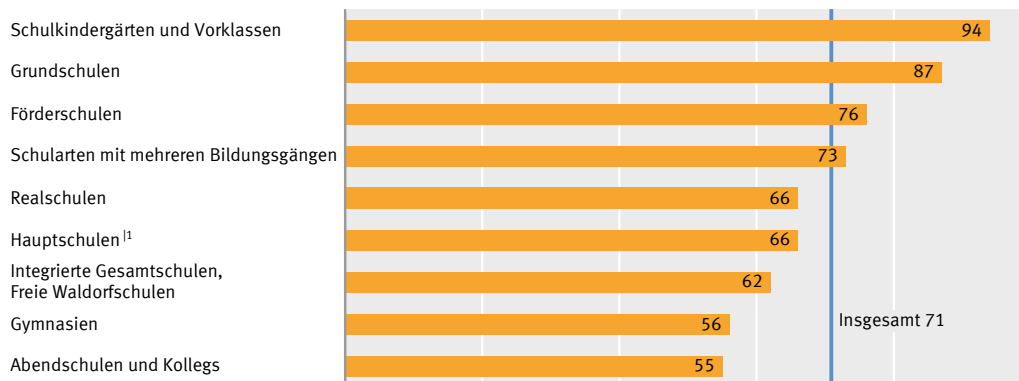
2 Einschl. Hauptschulen.

3 Vorklassen werden bei Grundschulen nachgewiesen.

4 Für Lehrkräfte kein Nachweis vorhanden.

Weibliche Lehrkräfte nach Schularten 2011/12

in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2013 - 01 - 0231

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12

	Insgesamt	Schulkinder- gärten und Vorklassen	Grundschulen	Haupt- schulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungs- gängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamt- schulen, Freie Waldorf- schulen	Abend- schulen und Kollegs
Insgesamt										
Deutschland	8 678 196	28 237	2 790 138	757 889	399 899	365 715	1 130 004	2 433 128	714 250	58 936
Baden-Württemberg	1 208 556	8 557	377 492	147 031	–	52 822	245 006	344 002	27 891	5 755
Bayern	1 337 301	–	431 497	214 575	–	55 973	266 140	355 552	10 142	3 422
Berlin	325 986	–	101 128	50 556	–	10 883	10 536	80 774	67 713	4 396
Brandenburg	220 260	–	76 253	36 498	28 969	9 633	–	51 482	15 142	2 283
Bremen	67 351	4	20 602	26	6 298	1 541	–	22 131	15 564	1 185
Hamburg	181 400	7 498	51 540	945	5 778	6 152	–	53 027	54 719	1 741
Hessen	657 691	6 175	207 624	42 546	1 140	24 912	84 055	208 416	77 741	5 082
Mecklenburg-Vorpommern	132 677	–	49 107	–	38 557	9 065	–	28 354	7 101	493
Niedersachsen	899 056	3 336	293 000	75 019	8 236	34 416	177 310	253 495	52 426	1 818
Nordrhein-Westfalen	2 117 832	1 878	652 553	175 349	1 154	94 805	308 860	598 762	256 890	27 581
Rheinland-Pfalz	442 320	485	141 410	5 210	93 036	14 823	10 350	138 070	38 209	727
Saarland	96 577	304	30 925	255	18 668	3 738	1 317	26 919	13 881	570
Sachsen	321 544	–	123 033	–	89 968	18 938	–	85 585	1 426	2 594
Sachsen-Anhalt	177 800	–	65 724	–	47 104	12 111	–	48 459	3 683	719
Schleswig-Holstein	315 109	–	103 087	9 879	14 149	7 522	26 430	88 528	65 162	352
Thüringen	176 736	–	65 163	–	46 842	8 381	–	49 572	6 560	218
und zwar:										
Schülerinnen in %										
Deutschland	49,0	40,1	49,1	44,4	46,6	36,2	49,3	52,6	49,7	48,4
Baden-Württemberg	48,8	34,0	49,0	44,4	–	36,2	49,5	52,0	51,0	48,7
Bayern	48,9	–	49,4	45,0	–	37,3	50,6	51,2	50,3	51,4
Berlin	49,4	–	49,0	48,1	–	36,8	46,4	53,4	48,5	50,4
Brandenburg	49,1	–	49,2	49,1	44,5	37,6	–	54,1	49,2	43,1
Bremen	48,8	75,0	48,4	26,9	47,1	41,3	–	51,5	47,0	46,2
Hamburg	49,3	48,9	49,1	48,0	46,7	35,8	–	51,5	49,1	48,5
Hessen	49,1	40,2	49,0	44,0	46,6	36,1	48,4	52,7	48,8	45,1
Mecklenburg-Vorpommern	48,9	–	49,4	–	47,8	36,8	–	53,5	49,3	45,4
Niedersachsen	48,9	35,8	49,1	42,6	44,2	35,7	47,7	53,2	50,7	50,8
Nordrhein-Westfalen	49,2	42,2	49,2	42,6	46,3	34,8	48,9	53,1	50,6	48,9
Rheinland-Pfalz	49,1	33,4	48,4	43,5	45,4	36,6	60,4	53,3	48,3	45,0
Saarland	49,2	38,2	48,5	46,3	47,9	37,0	58,1	52,3	49,1	49,8
Sachsen	49,0	–	49,5	–	47,7	37,8	–	52,3	52,5	45,3
Sachsen-Anhalt	48,5	–	48,9	–	46,4	36,8	–	52,9	51,0	48,4
Schleswig-Holstein	49,0	–	48,4	42,2	45,6	37,1	49,0	52,3	48,5	53,4
Thüringen	49,1	–	49,1	–	47,3	36,9	–	52,8	49,8	47,2
Ausländer/-innen in %										
Deutschland	7,7	11,8	6,6	17,4	4,9	12,1	8,0	4,3	10,8	15,4
Baden-Württemberg	10,1	14,5	9,5	24,3	–	18,4	8,7	4,5	4,8	24,5
Bayern	6,9	–	6,0	14,9	–	9,8	5,0	4,0	3,8	18,2
Berlin	13,2	–	11,4	14,6	–	15,2	18,4	10,7	16,6	13,5
Brandenburg	1,4	–	1,3	1,5	2,0	0,4	–	1,4	1,7	1,8
Bremen	11,7	–	8,8	15,4	21,0	22,1	–	8,5	14,8	17,2
Hamburg	11,9	8,9	8,8	31,3	25,4	21,2	–	8,1	16,0	16,4
Hessen	10,5	11,5	7,3	22,2	11,1	17,3	15,2	7,1	13,6	21,2
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	–	1,4	–	1,8	1,3	–	2,3	3,2	0,6
Niedersachsen	5,6	13,3	6,0	11,4	4,1	10,5	5,5	2,9	4,7	5,2
Nordrhein-Westfalen	9,4	9,6	8,1	20,9	5,5	15,7	9,5	4,4	13,2	16,1
Rheinland-Pfalz	5,6	6,2	5,2	9,5	9,6	8,2	2,8	3,2	5,6	4,3
Saarland	8,2	17,8	9,6	5,1	10,3	10,3	3,3	4,2	9,5	10,5
Sachsen	2,1	–	1,9	–	2,1	2,1	–	2,2	2,7	6,5
Sachsen-Anhalt	1,9	–	2,3	–	1,8	1,4	–	1,6	3,7	2,2
Schleswig-Holstein	3,4	–	3,2	9,5	5,4	5,3	4,3	2,1	3,7	2,6
Thüringen	1,4	–	1,3	–	1,4	0,8	–	1,6	2,2	–

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

3 Bildung

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

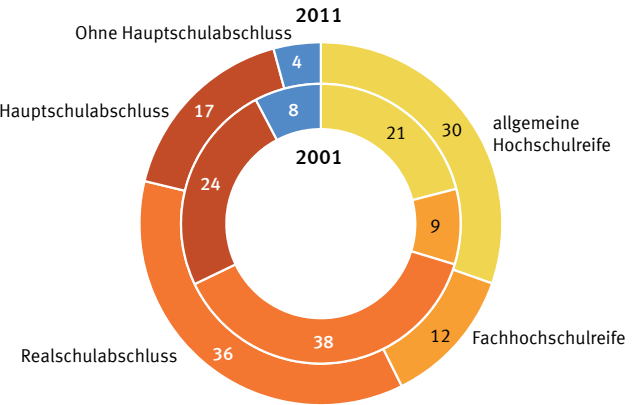
3.4.3 Erwerb von allgemeinbildenden Abschlüssen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

	2011		2010	
	Insgesamt	Weiblich	Insgesamt	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss	49 560	39,7	53 058	39,0
Förderschulen	28 719	39,4	30 302	38,9
Hauptschulen	11 533	39,4	13 374	38,2
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	9 308	41,1	9 382	40,5
Mit Hauptschulabschluss	201 916	41,4	214 305	41,5
Hauptschulen	103 373	42,6	116 356	42,5
Integrierte Gesamtschulen	18 112	44,3	17 940	44,4
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	47 175	40,4	45 457	40,5
Berufliche Schulen	33 256	37,7	34 552	37,7
Mit Realschulabschluss	429 376	49,4	446 071	49,9
Hauptschulen	41 235	46,9	42 153	47,1
Realschulen	190 053	50,4	201 242	50,5
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	108 470	48,6	107 461	49,3
Berufliche Schulen	89 618	49,8	95 215	50,5
Mit Fachhochschulreife	146 581	47,3	142 633	47,9
Allgemeinbildende Schulen	13 769	52,6	13 455	52,4
Berufliche Schulen	132 812	46,8	129 178	47,4
Mit allgemeiner Hochschulreife ¹ ..	360 371	54,9	316 223	55,0
Allgemeinbildende Schulen	311 166	55,3	268 194	55,6
Berufliche Schulen	49 205	52,3	48 029	51,9

Ergebnisse der Statistiken der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. – Allgemeinbildende Schulen einschl. Externe.

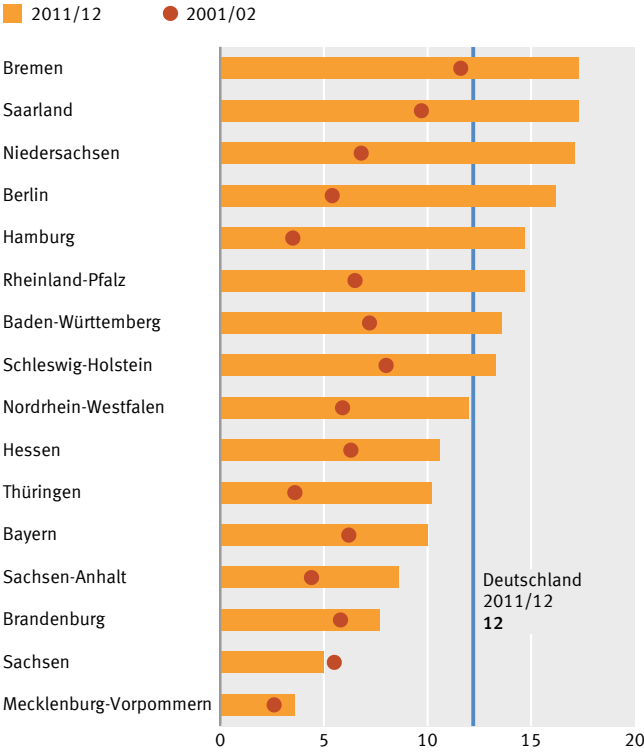
1 Einschl. fachgebundener Hochschulreife.

Absolventinnen und Absolventen sowie Abgängerinnen und Abgänger an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in %



2013 - 01 - 0238

Lehrkräfte ab 60 Jahren an allgemeinbildenden Schulen, in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

2013 - 01 - 0230

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.4 Berufliche Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2011/12

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Schulen								
Deutschland	8 831	2 857	2 516	874	839	268	1 477	1 651
Baden-Württemberg	1 554	460	573	–	252	37	232	151
Bayern	1 006	227	325	92	–	70	292	461
Berlin	322	90	87	49	20	27	49	67
Brandenburg	166	38	47	29	17	–	35	32
Bremen	69	21	18	14	9	3	4	6
Hamburg	171	77	46	17	12	–	19	39
Hessen	590	208	124	92	50	–	116	– ⁴
Mecklenburg-Vorpommern ..	158	50	44	21	19	–	24	– ⁵
Niedersachsen	949	341	243	131	97	17	120	189 ⁶
Nordrhein-Westfalen	1 646	647	317	205	209	–	268	416
Rheinland-Pfalz	424	126	84	12	37	95	70	127
Saarland	183	86	40	35	9	–	13	33
Sachsen	715	280	208	73	49	–	105	– ⁵
Sachsen-Anhalt	268	66	118	41	8	–	35	51 ⁶
Schleswig-Holstein	309	34	148	27	29	19	52	79
Thüringen	301	106	94	36	22	–	43	– ⁵
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Deutschland	124 498	55 304	35 091	7 915	13 816	1 517	10 855	8 135
Baden-Württemberg	22 320	6 797	9 630	–	4 466	177	1 250	1 188
Bayern	15 509	8 020	2 060	2 592	–	931	1 906	2 047
Berlin	4 579	2 051	1 293	377	269	78	511	454
Brandenburg	2 372	2 372 ⁷	–	–	–	–	–	316
Bremen	1 181	679	282	67	95	4	54	–
Hamburg	2 728	1 313	701	115	251	–	348	–
Hessen	9 445	4 131	1 747	1 386	1 211	–	970	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 857	1 022	436	49	203	–	147	–
Niedersachsen	13 281	5 501	4 187	912	1 833	33	815	–
Nordrhein-Westfalen ⁸	26 556	11 928	8 101	1 252	2 729	–	2 546	2 838
Rheinland-Pfalz ⁸	5 900	2 454	1 875	–	734	251	586	816
Saarland	1 431	672	251	314	140	–	54	182
Sachsen	6 338	2 932	1 547	441	743	–	675	–
Sachsen-Anhalt	2 710	1 468	770	141	141	–	190	294
Schleswig-Holstein	4 243	2 179	986	59	651	43	325	–
Thüringen	4 048	1 785	1 225	210	350	–	478	–

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

1 Teilzeit-Berufsschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.

3 Einschl. Fachakademien in Bayern.

4 Erhebung wurde eingestellt.

5 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen und Fachschulen.

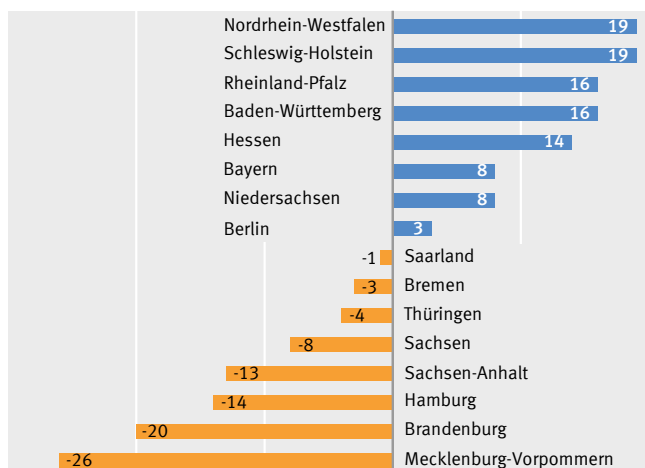
6 Ohne die Schüler/Schülerinnen der Gesundheitsdienstberufe, die den Berufsfachschulen und Fachschulen zugeordnet wurden.

7 Einschl. Berufsfach-, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Fachschulen.

8 Die Verteilung der Lehrkräfte nach Schularten wurde geschätzt.

Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Veränderungsrate 2011 gegenüber 2001, in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

2013 - 01 - 0232

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.5 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2011/12

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ^{1,2}	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ^{1,3}	Schulen des Gesundheitswesens
Insgesamt								
Deutschland	2 612 483	1 637 527	455 693	137 447	168 359	24 768	188 689	134 828
Baden-Württemberg	409 021	204 587	124 310	–	56 780	2 435	20 909	16 914
Bayern	381 081	277 932	23 303	41 107	–	14 802	23 937	28 887
Berlin	90 968	54 731	17 399	5 586	2 755	1 349	9 148	5 954
Brandenburg	49 846	35 046	3 697	2 378	2 454	–	6 271	4 629
Bremen	26 843	19 508	3 757	1 447	1 188	90	853	824
Hamburg	58 226	41 668	7 939	1 279	2 755	–	4 585	3 749
Hessen	191 081	117 771	22 064	22 196	14 695	–	14 355	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	39 509	27 430	6 936	570	2 050	–	2 523	–
Niedersachsen	280 678	169 738	52 682	19 647	24 003	419	14 189	11 307
Nordrhein-Westfalen	599 414	388 525	104 056	24 809	32 065	–	49 959	43 864
Rheinland-Pfalz	127 094	79 066	21 530	463	9 106	4 915	12 014	7 529
Saarland	36 588	22 517	3 496	6 554	1 577	–	2 444	2 906
Sachsen	112 666	63 358	24 977	6 038	6 059	–	12 234	–
Sachsen-Anhalt	54 371	36 519	10 900	2 009	1 276	–	3 667	2 492
Schleswig-Holstein	96 657	65 471	14 751	1 368	9 106	758	5 203	5 773
Thüringen	58 440	33 660	13 896	1 996	2 490	–	6 398	–
und zwar:								
Schülerinnen in %								
Deutschland	44,9	39,4	57,4	51,9	51,5	41,0	52,3	77,4
Baden-Württemberg	45,3	39,2	53,5	–	54,0	42,0	33,6	80,5
Bayern	43,7	39,5	74,9	53,6	–	39,8	46,5	79,8
Berlin	48,1	44,8	49,4	51,1	45,5	46,0	64,8	70,9
Brandenburg	45,2	37,4	63,3	47,7	53,1	–	73,8	74,4
Bremen	45,5	43,5	46,6	52,7	52,2	44,4	66,8	81,2
Hamburg	45,9	43,8	54,6	41,9	42,0	–	53,7	74,2
Hessen	44,1	40,3	56,0	45,7	45,2	–	52,5	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	46,8	38,9	74,6	37,7	47,3	–	58,0	–
Niedersachsen	45,2	39,2	59,5	48,9	50,8	58,5	48,8	76,8
Nordrhein-Westfalen	43,8	38,9	50,9	62,0	52,0	–	52,2	76,5
Rheinland-Pfalz	42,6	37,5	51,5	51,0	46,0	39,8	58,8	77,5
Saarland	44,6	39,7	55,1	48,1	62,2	–	54,0	80,8
Sachsen	50,3	37,9	76,5	47,9	51,3	–	61,7	–
Sachsen-Anhalt	47,4	35,9	78,4	48,3	58,2	–	66,2	71,9
Schleswig-Holstein	44,9	41,0	54,2	33,1	54,4	49,7	53,4	75,0
Thüringen	47,8	35,5	71,6	48,9	53,1	–	58,9	–
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen in %								
Deutschland	43,8	41,3	57,5	52,2	29,8	62,2	36,1	33,7
Baden-Württemberg	49,0	40,7	71,6	–	30,4	46,7	46,5	32,0
Bayern	46,2	43,6	55,6	48,6	–	63,9	51,5	41,1
Berlin	34,5	35,7	31,8	51,3	21,3	47,7	24,4	33,9
Brandenburg	45,4	46,2	62,8	67,4	33,4	–	27,0	31,4
Bremen	35,7	32,6	47,5	44,7	26,0	75,6	48,1	27,5
Hamburg	38,8	36,9	47,8	89,4	31,6	–	31,1	35,3
Hessen	35,4	34,0	44,1	45,5	25,0	–	29,0	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	43,7	46,1	35,1	89,6	34,6	–	37,9	–
Niedersachsen	41,0	33,6	66,2	53,0	28,2	89,5	40,3	32,6
Nordrhein-Westfalen	46,1	46,5	52,3	57,2	31,2	–	34,4	30,7
Rheinland-Pfalz	40,0	35,1	67,2	–	21,3	63,0	29,8	31,9
Saarland	38,2	37,6	46,3	47,4	23,1	–	17,3	24,4
Sachsen	40,9	43,2	39,7	56,9	36,2	–	25,8	–
Sachsen-Anhalt	42,2	42,2	41,0	67,3	44,9	–	31,2	36,2
Schleswig-Holstein	49,3	48,1	60,3	84,7	36,1	82,3	41,5	35,1
Thüringen	41,4	42,8	41,3	62,8	34,8	–	30,1	–

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

1 Teilzeit-Berufsschulen (einschl. Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form sowie Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form).

2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.

3 Einschl. Fachakademien in Bayern.

3.5 Auszubildende

3.5.1 Auszubildende nach ausgewählten Berufsgruppen 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Berufsgruppe	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
		insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
		Anzahl	%		Anzahl	%
	Insgesamt	1 460 658	60,7	39,3	565 824	1,2
	darunter:					
01	Landwirtschaftliche Berufe	10 416	88,9	11,1	4 359	- 2,6
02	Tierwirtschaftliche Berufe	4 953	31,7	68,2	2 010	2,5
05	Gartenbauberufe	23 661	67,0	33,0	8 136	- 10,3
14	Chemieberufe	7 221	80,6	19,4	2 463	9,3
15	Kunststoffberufe	6 597	93,2	6,8	2 739	13,3
17	Druck- und Druckweiterverarbeitungsberufe	13 857	55,4	44,6	5 580	3,1
22	Berufe in der spanenden Metallverformung	21 975	95,7	4,3	6 972	22,5
25	Metall- und Anlagenbauberufe	40 275	98,6	1,4	12 048	1,7
26	Blechkonstruktions- und Installationsberufe	36 702	99,1	0,9	11 691	- 1,3
27	Maschinenbau- und -wartungsberufe	53 967	94,8	5,2	16 362	5,6
28	Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe	83 313	96,9	3,1	27 804	6,3
29	Werkzeug- und Formenbauberufe	12 576	94,2	5,8	3 651	11,8
30	Feinwerktechnische und verwandte Berufe	25 869	59,5	40,5	8 496	6,2
31	Elektroberufe	111 570	94,5	5,5	34 893	7,6
39	Berufe in der Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	15 387	63,6	36,4	5 961	- 10,3
40	Fleischer/-innen	5 298	96,1	3,9	1 956	- 16,9
41	Köche/Köchinnen	33 474	74,0	26,0	13 803	- 15,7
44	Hochbauberufe	15 204	99,3	0,6	6 762	- 0,5
46	Tiefbauberufe	8 775	99,4	0,6	3 915	- 1,5
48	Ausbauberufe	24 570	98,5	1,5	11 013	0,7
49	Raumausstatter/-innen, Polsterer/Polsterinnen	4 155	64,3	35,7	1 662	0,5
50	Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung	26 652	91,4	8,6	11 040	- 1,8
51	Maler/-innen, Lackierer/-innen u. verwandte Berufe	33 675	87,5	12,5	13 785	- 10,2
52	Warenprüfer/-innen, Versandfertigmacher/-innen	12 012	90,8	9,3	6 531	- 3,4
54	Maschinen-, Anlagenführer/-innen, a.n.g.	7 314	95,1	4,9	4 071	15,4
63	Technische Sonderfachkräfte	10 476	47,4	52,6	3 414	6,2
64	Technische Zeichner/-innen und verwandte Berufe	14 784	56,6	43,4	5 478	20,0
66	Verkaufspersonal	76 902	28,1	71,9	38 535	- 2,2
67	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- u. Verkaufsfachleute ..	120 555	48,6	51,4	55 224	3,7
68	Warenkaufleute, a.n.g., Vertreter/-innen	7 398	16,1	83,9	2 604	- 2,5
69	Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute	55 056	45,5	54,5	20 982	2,5
70	Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	42 408	40,5	59,5	17 943	6,5
71	Berufe des Landverkehrs	10 626	93,9	6,1	4 947	18,2
74	Lagerverwalter/-innen, Lager-, Transportarbeiter/-innen	23 913	89,1	10,9	10 749	8,0
75	Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung ..	17 187	26,7	73,3	6 492	4,1
77	Rechnungskaufleute, Informatiker/-innen	32 682	90,8	9,3	13 014	9,5
78	Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, a.n.g.	189 657	27,8	72,2	72 384	0,7
79	Dienst-, Wachberufe	4 143	73,4	26,6	1 752	- 3,4
83	Künstlerische und zugeordnete Berufe	10 398	57,7	42,3	3 804	- 8,1
85	Übrige Gesundheitsdienstberufe	73 710	1,2	98,8	27 258	1,6
90	Berufe in der Körperpflege	31 050	10,0	90,0	12 816	- 14,0
91	Hotel- und Gaststättenberufe	47 895	30,7	69,3	21 174	- 10,5
92	Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe	11 070	7,7	92,3	3 936	- 9,7
93	Reinigungs- und Entsorgungsberufe	6 120	83,4	16,6	2 367	- 5,8

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3 Bildung

3.5 Auszubildende

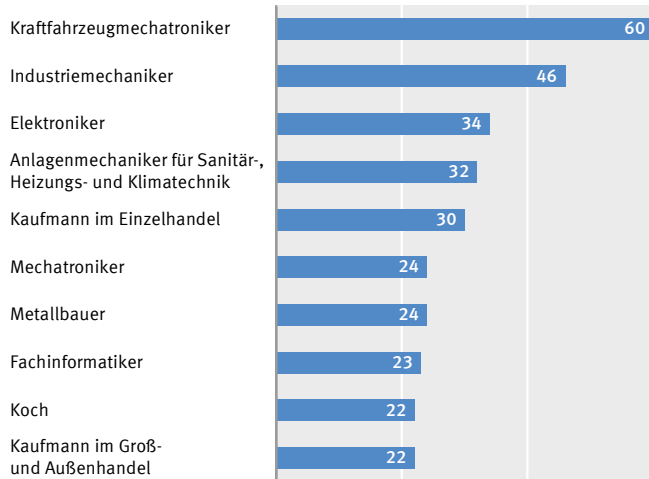
3.5.2 Auszubildende nach Ländern 2012

	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Anzahl	%		Anzahl	%
Deutschland	1 432 939	61,0	39,0	548 104	- 3,1
Baden-Württemberg	198 937	60,3	39,7	77 464	- 1,9
Bayern	249 703	60,4	39,6	95 362	- 3,1
Berlin	44 682	55,7	44,3	17 852	- 0,4
Brandenburg	30 045	63,9	36,1	11 340	- 6,5
Bremen	15 344	57,0	43,0	5 968	- 1,7
Hamburg	33 829	56,6	43,4	13 343	- 2,7
Hessen	104 198	60,8	39,2	39 727	- 2,2
Mecklenburg-Vorpommern	21 724	62,0	38,0	8 288	- 6,7
Niedersachsen	152 746	61,0	39,0	58 390	- 4,6
Nordrhein-Westfalen	325 713	61,9	38,1	123 407	- 2,4
Rheinland-Pfalz	72 563	62,5	37,5	27 984	- 2,9
Saarland	19 423	61,7	38,3	7 566	- 1,6
Sachsen	50 856	62,6	37,4	18 515	- 8,0
Sachsen-Anhalt	32 029	64,1	35,9	11 535	- 7,1
Schleswig-Holstein	52 403	60,3	39,7	20 426	- 2,2
Thüringen	28 744	64,6	35,4	10 937	- 5,5

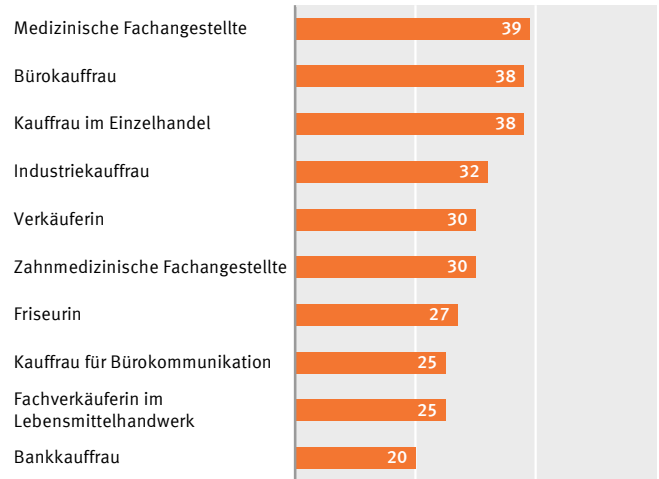
Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2011 in 1 000

Männer



Frauen



2013 - 01 - 0233

3.6 Hochschulen

3.6.1 Hochschulen, Studierende und Studienanfänger/-innen im Wintersemester 2012/13

	Insgesamt		Davon			
			Universitäten	Pädagogische, Theologische und Kunsthochschulen	Fachhochschulen	Verwaltungsfachhochschulen ¹
	Anzahl	%	Anzahl			
Hochschulen						
Deutschland	427	100	108	75	215	29
Baden-Württemberg	71	16,6	14	14	39	4
Bayern	49	11,5	12	11	25	1
Berlin	42	9,8	12	5	25	–
Brandenburg	13	3,0	3	1	7	2
Bremen	8	1,9	2	1	4	1
Hamburg	20	4,7	6	2	10	2
Hessen	32	7,5	7	9	13	3
Mecklenburg-Vorpommern	8	1,9	2	1	4	1
Niedersachsen	29	6,8	11	2	14	2
Nordrhein-Westfalen	69	16,2	16	13	36	4
Rheinland-Pfalz	19	4,4	6	2	8	3
Saarland	6	1,4	1	2	2	1
Sachsen	25	5,9	7	6	10	2
Sachsen-Anhalt	10	2,3	2	3	4	1
Schleswig-Holstein	13	3,0	3	2	7	1
Thüringen	13	3,0	4	1	7	1
Studierende						
Deutschland	2 497 819	100	1 607 544	61 961	796 075	32 239
Baden-Württemberg	333 408	13,3	170 596	29 245	128 687	4 880
Bayern	332 766	13,3	216 045	4 077	108 820	3 824
Berlin	160 145	6,4	107 895	5 115	46 676	459
Brandenburg	51 857	2,1	34 603	566	15 840	848
Bremen	34 383	1,4	20 089	900	13 025	369
Hamburg	91 546	3,7	52 860	2 136	35 898	652
Hessen	215 520	8,6	139 800	2 397	69 863	3 460
Mecklenburg-Vorpommern	39 827	1,6	26 779	591	11 994	463
Niedersachsen	170 164	6,8	114 856	2 370	51 875	1 063
Nordrhein-Westfalen	644 320	25,8	445 892	7 222	181 151	10 055
Rheinland-Pfalz	119 857	4,8	79 687	603	37 089	2 478
Saarland	28 415	1,1	17 957	839	9 163	456
Sachsen	112 191	4,5	78 376	2 861	29 927	1 027
Sachsen-Anhalt	55 251	2,2	33 514	1 274	20 144	319
Schleswig-Holstein	54 935	2,2	32 209	937	20 299	1 490
Thüringen	53 234	2,1	36 386	828	15 624	396
darunter Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester²						
Deutschland	426 206	100	248 679	9 307	159 269	8 951
Baden-Württemberg	68 180	16,0	33 037	4 408	29 726	1 009
Bayern	64 027	15,0	37 825	557	24 555	1 090
Berlin	24 436	5,7	15 312	843	8 124	157
Brandenburg	8 943	2,1	5 907	60	2 706	270
Bremen	6 805	1,6	3 749	136	2 856	64
Hamburg	13 879	3,3	7 964	314	5 402	199
Hessen	32 576	7,6	20 567	280	10 982	747
Mecklenburg-Vorpommern	6 141	1,4	3 630	102	2 266	143
Niedersachsen	31 321	7,3	19 969	351	10 652	349
Nordrhein-Westfalen	101 960	23,9	59 204	1 117	38 068	3 571
Rheinland-Pfalz	17 032	4,0	10 252	52	6 163	565
Saarland	5 047	1,2	2 832	118	1 956	141
Sachsen	18 580	4,4	12 037	500	5 772	271
Sachsen-Anhalt	8 957	2,1	5 323	204	3 372	58
Schleswig-Holstein	8 763	2,1	4 907	136	3 510	210
Thüringen	9 559	2,2	6 164	129	3 159	107

Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

1 Die FH Bund wird nur einmal gezählt und zwar für das Land Nordrhein-Westfalen.

2 Studierende, die zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Nähere Informationen hierzu siehe Erläuterungen bei Tabelle 3.6.2.

3.6 Hochschulen

3.6.2 Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Fachsemester des Wintersemesters 2012/13

	Insgesamt	Darunter weiblich	Deutsche	Darunter weiblich	Ausländer/-innen	Darunter weiblich	Studienanfänger/-innen im ersten Fachsemester	Darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	2 497 819	47,4	2 216 743	47,2	281 076	49,7	622 073	48,8
Sprach- und Kulturwissenschaften	474 590	70,2	425 703	69,9	48 887	73,1	117 611	72,1
Sport, Sportwissenschaft	27 374	38,0	26 254	38,2	1 120	33,0	5 972	42,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	760 261	51,2	684 946	50,5	75 315	58,4	189 128	53,4
Mathematik, Naturwissenschaften	447 607	36,8	398 685	36,3	48 922	40,4	119 083	38,6
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	140 883	64,6	127 325	65,6	13 558	55,0	24 950	67,5
Veterinärmedizin	8 188	84,3	7 636	85,6	552	67,6	1 261	85,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	47 186	54,2	42 916	54,3	4 270	52,7	13 490	53,8
Ingenieurwissenschaften	499 087	21,3	427 525	20,3	71 562	26,7	128 944	23,4
Kunst, Kunstwissenschaft	88 312	62,8	73 074	62,5	15 238	63,8	20 319	64,0
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	4 331	53,8	2 679	55,1	1 652	51,7	1 315	55,5

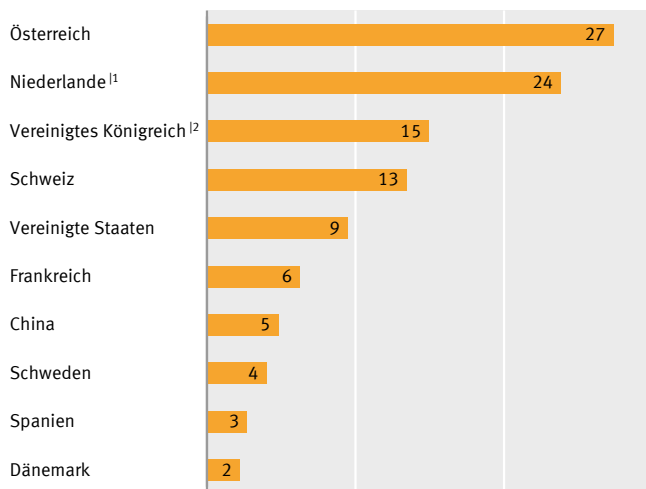
Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

Bei **Studienanfängerinnen** und **Studienanfängern** wird zwischen Studierenden im ersten Hochschulsemester und Studierenden im ersten Fachsemester unterschieden.

Studierende im **ersten Hochschulsemester** sind zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Studierende, die bereits im Ausland studiert haben und sich zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden im ersten Hochschulsemester nachgewiesen und – falls ihre Fachsemester im Ausland angerechnet werden – in einem höheren Fachsemester.

Studierende im **ersten Fachsemester** belegen zum ersten Mal ein Studienfach. Studierende, die das Studienfach gewechselt haben, sind z. B. im ersten Fachsemester des neuen Studienfachs, aber in einem höheren Hochschulsemester.

Deutsche Studierende im Ausland 2010 in 1 000

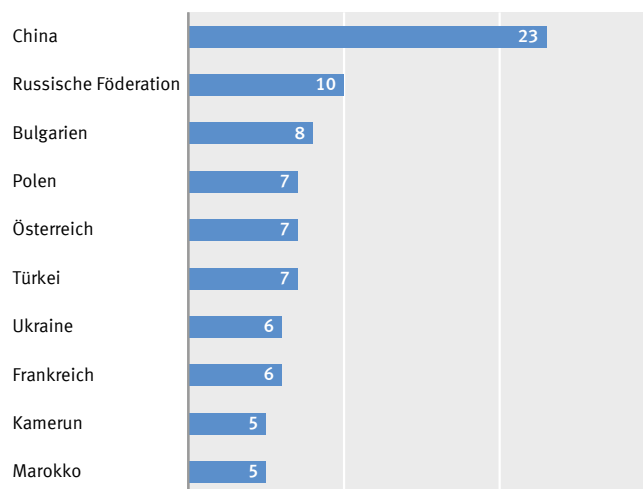


1 Einschl. der den deutschen Fachhochschulen vergleichbaren Einrichtungen.

2 Großbritannien und Nordirland.

2013 - 01 - 0234

Ausländische Studierende in Deutschland 2010/11 in 1 000



2013 - 01 - 0235

3.6 Hochschulen

3.6.3 Prüfungen an Hochschulen 2011

	Erworbene Abschlüsse		Davon					
	insgesamt	darunter von Frauen	universitärer Abschluss (ohne Lehramtsprüfungen) ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen ²	Fachhochschulabschluss ³	Bachelorabschluss	Masterabschluss
	Anzahl	%						
Insgesamt	392 171	50,7	24,0	6,9	9,9	9,9	38,9	10,5
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	70 092	75,8	24,8	3,9	34,2	0,6	29,6	6,8
Sport, Sportwissenschaft	5 402	45,6	32,5	2,6	38,6	–	22,7	3,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	127 853	52,8	20,6	2,9	1,5	15,6	47,8	11,4
Mathematik, Naturwissenschaften ..	67 656	40,3	24,1	12,5	11,6	3,6	37,3	10,9
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	24 829	62,7	47,0	31,3	0,8	3,3	13,0	4,6
Veterinärmedizin	1 466	85,7	66,1	33,3	–	–	–	0,6
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9 073	57,7	11,0	5,9	1,8	11,0	49,9	20,4
Ingenieurwissenschaften	69 737	22,5	18,0	4,1	0,7	18,0	44,8	14,5
Kunst, Kunstwissenschaft	16 030	66,1	37,7	1,5	12,4	8,8	31,6	7,9
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	33	18,2	–	97,0	3,0	–	–	–

Ergebnisse der Prüfungsstatistik. – Bezogen auf die erworbenen Abschlüsse im Wintersemester 2011/12 und im Sommersemester 2012.

1 Einschl. der Prüfungsgruppen „Künstlerischer Abschluss“ und „Sonstiger Abschluss“. Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Einschl. Lehramts-Bachelor und Lehramts-Master.

3 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

3.6.4 Nichtmonetäre Kennzahlen für Hochschulen 2011

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung. Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs sich im ersten Hochschulsesemester befindet. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen. Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

	Studienberechtigte		Studienanfänger/-innen		Absolventen/Absolventinnen (Erststudium)		Studierende	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal ²	Betreuerrelation ³
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl		Beziehungszahl
Deutschland	506 467	57,0	518 748	55,6	307 271	30,9	2 380 974	149 652	15,9
Baden-Württemberg	72 432	57,0	67 931	52,6	47 560	36,3	308 339	23 894	12,9
Bayern	94 541	65,7	77 156	52,8	45 932	30,0	320 318	23 763	13,5
Berlin	16 355	49,9	18 318	48,4	18 725	35,6	153 694	9 376	16,4
Brandenburg	9 076	46,6	9 446	40,6	6 523	22,6	51 676	2 467	20,9
Bremen	3 894	54,1	3 834	49,1	4 339	47,7	33 337	1 598	20,9
Hamburg	10 217	58,8	10 836	55,2	10 514	39,6	85 243	5 326	16,0
Hessen	36 589	55,4	35 026	51,5	24 416	34,0	208 887	11 461	18,2
Mecklenburg-Vorpommern ..	4 752	38,3	5 419	35,1	4 746	22,5	40 471	3 295	12,3
Niedersachsen	63 519	68,9	43 937	47,5	22 682	25,4	161 417	11 010	14,7
Nordrhein-Westfalen	124 458	59,1	104 943	49,2	64 631	30,4	597 952	29 252	20,4
Rheinland-Pfalz	23 488	49,8	20 949	43,9	14 425	30,9	117 105	6 246	18,7
Saarland	6 213	55,8	5 465	47,5	2 565	21,9	26 864	2 488	10,8
Sachsen	12 056	40,7	12 858	36,2	17 436	32,7	111 635	7 545	14,8
Sachsen-Anhalt	6 289	36,8	7 149	33,8	7 365	25,7	55 761	4 081	13,7
Schleswig-Holstein	15 178	47,4	12 520	38,9	7 515	24,7	54 607	3 818	14,3
Thüringen	7 410	43,7	7 790	39,2	7 897	27,8	53 668	4 031	13,3

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.1 „Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung berechnet nach dem Quotensummenverfahren.

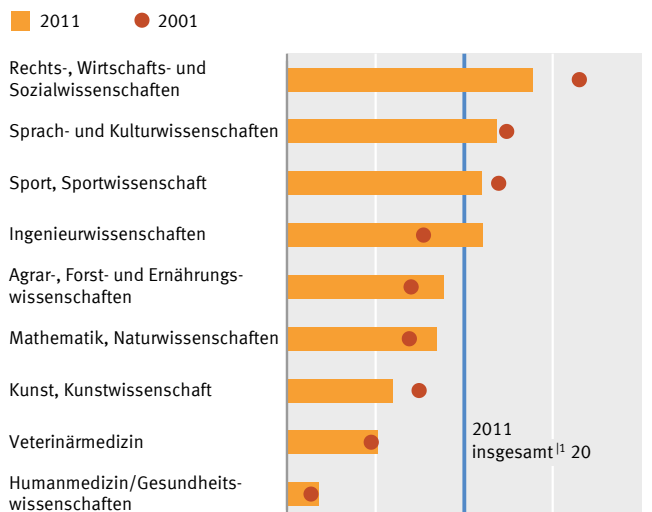
2 Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal). – Ein Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einer Vollzeitanstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

Bei den Vollzeitäquivalenten wird die geleistete Arbeitszeit/Ausbildungszeit in Beziehung

gesetzt zur Arbeitszeit/Ausbildungszeit, die einer Vollzeitanstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

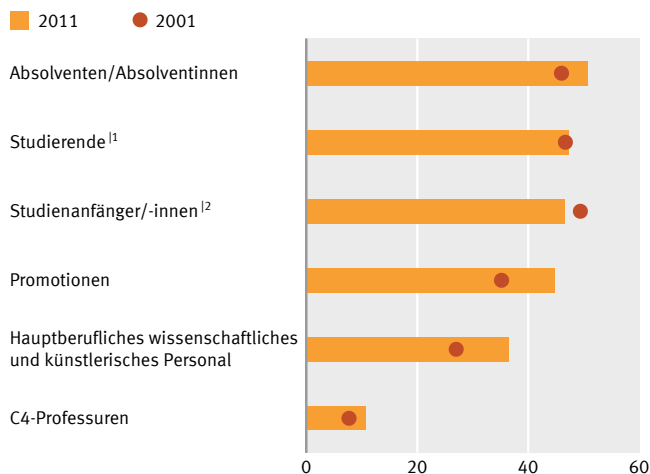
3 Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal.

3.6 Hochschulen

Betreuungsrelation der Studierenden nach Fächergruppen
 Verhältnis der Studierenden zum Personal in Vollzeitäquivalenten


Studierende im Wintersemester.

1 Ohne Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken. Einschl. sonstige Fächer. 2013 - 01 - 0236

Frauenanteile
 in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn, in %


1 Studierende insgesamt im Wintersemester.

2 Studienanfänger/-innen (1. Hochschulse semester) im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester.

2013 - 01 - 0239

3.6.5 Personal an Hochschulen 2011

	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal ¹					Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal				
		zusammen		davon an			zusammen		davon an		
				Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³			Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³
	Anzahl	%					Anzahl	%			
Deutschland	619 233	337 102	54,4	39,9	1,7	12,8	282 131	45,6	40,5	0,5	4,6
dar. hauptberuflich Tätige											
Baden-Württemberg ..	76 485	32 451	42,4	34,9	0,9	6,7	44 034	57,6	51,8	0,4	5,4
Bayern	73 600	32 750	44,5	39,0	0,7	4,8	40 850	55,5	49,6	0,4	5,6
Berlin	30 785	14 342	46,6	40,1	2,1	4,4	16 443	53,4	47,2	1,4	4,8
Brandenburg ⁴	6 530	3 786	58,0	41,7	1,4	14,9	2 744	42,0	25,8	1,6	14,7
Bremen	4 774	2 906	60,9	51,7	1,8	7,4	1 868	39,1	28,9	1,6	8,7
Hamburg	16 110	7 109	44,1	38,9	0,8	4,4	9 001	55,9	51,7	0,8	3,4
Hessen	38 235	16 259	42,5	36,4	0,3	5,8	21 976	57,5	50,4	0,3	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	11 958	4 561	38,1	33,3	0,3	4,5	7 397	61,9	56,2	0,2	5,5
Niedersachsen	40 754	17 403	42,7	36,9	0,6	5,2	23 351	57,3	51,6	0,4	5,3
Nordrhein-Westfalen ..	98 479	44 433	45,1	37,5	0,7	7,0	54 046	54,9	49,2	0,7	5,1
Rheinland-Pfalz	19 563	8 484	43,4	35,0	–	8,3	11 079	56,6	49,9	–	6,8
Saarland	8 800	2 910	33,1	29,1	0,8	3,2	5 890	66,9	63,8	0,5	2,6
Sachsen	29 012	13 588	46,8	41,0	1,2	4,6	15 424	53,2	46,7	0,7	5,7
Sachsen-Anhalt	14 240	5 251	36,9	31,1	0,7	5,1	8 989	63,1	55,5	0,8	6,8
Schleswig-Holstein ...	13 814	5 384	39,0	34,1	0,5	4,4	8 430	61,0	55,2	0,5	5,3
Thüringen	12 955	5 921	45,7	39,1	0,9	5,7	7 034	54,3	48,5	0,6	5,2

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen.

1 Ohne studentische Hilfskräfte.

2 Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

4 Einschl. Personal für die Aus- und Fortbildung für den mittleren, gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes Brandenburg.

3.6 Hochschulen

3.6.6 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen 2011

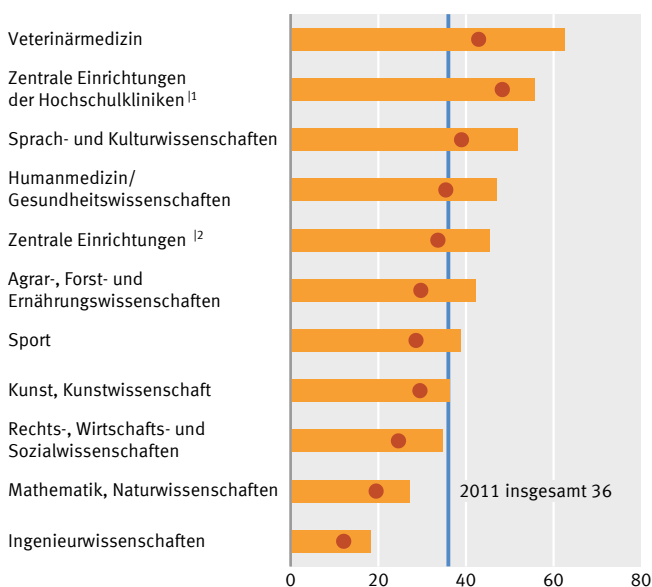
	Personal		Davon							
			Professoren/Professorinnen		Dozenten/Dozentinnen und Assistenten/Assistentinnen		wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen		Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	217 538	36,5	42 924	19,9	3 899	34,4	162 091	40,2	8 624	49,7
Sprach- und Kulturwissenschaften	25 535	51,9	6 090	35,0	565	43,5	15 867	56,8	3 013	61,5
Sport, Sportwissenschaft ..	1 645	38,8	237	19,8	16	18,8	1 029	43,1	363	39,9
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ...	27 951	34,8	10 197	22,7	1 153	29,4	15 073	42,9	1 528	39,7
Mathematik, Naturwissenschaften	50 176	27,1	8 712	13,8	701	24,4	40 026	30,0	737	34,5
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften ...	53 139	47,1	3 569	16,0	840	45,2	48 653	49,4	77	67,5
Veterinärmedizin	1 265	62,6	175	20,6	49	67,3	1 040	69,4	1	100
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften ...	4 388	42,2	1 020	20,9	16	43,8	3 248	48,6	104	51,0
Ingenieurwissenschaften ..	34 544	18,3	8 733	9,4	376	15,7	24 916	21,2	519	28,9
Kunst, Kunstwissenschaft ..	6 650	36,3	3 575	29,2	107	53,3	1 997	48,1	971	36,6
Zentrale Einrichtungen (ohne klinikspezifische Einrichtungen)	11 189	45,4	602	23,3	54	48,1	9 303	44,7	1 230	60,9
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin) ...	1 056	55,8	14	28,6	22	86,4	939	52,6	81	88,9

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen. – Zuordnung des Personals nach fachlicher Zugehörigkeit.

Weibliches Personal nach Fächergruppen

Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, in %

■ 2011 ● 2001



1 Nur Humanmedizin.

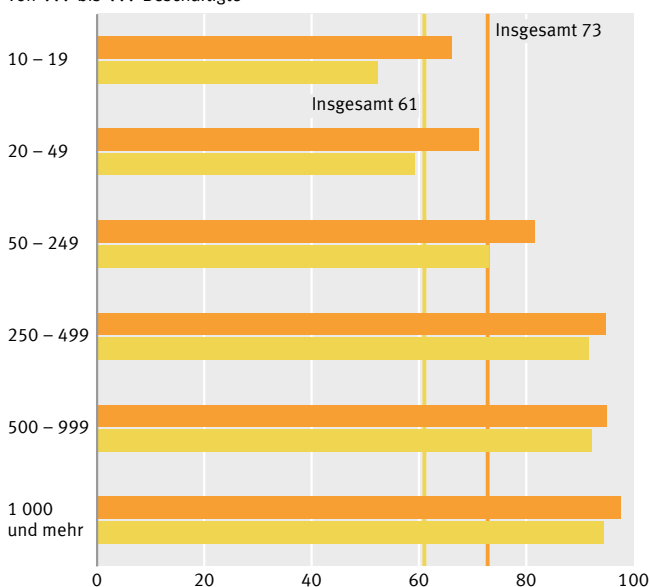
2 Ohne klinikspezifische Einrichtungen.

Unternehmen mit Weiterbildungsaktivitäten nach Beschäftigungsgrößenklassen 2010

Anteile an den Unternehmen insgesamt in %

■ Weiterbildung (Lehrveranstaltungen und/oder andere Formen) ■ Lehrveranstaltungen

von ... bis ... Beschäftigte



2013 - 01 - 0241

3.7 Weiterbildung

3.7.1 Weiterbildungsangebot und Teilnahmequoten in Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen 2010

Wirtschaftsbereich (H. v. = Herstellung von)/ Größenklasse	Weiter- bildende Unter- nehmen	Angebotene Formen der Weiterbildung						Teilnahmequote in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen		
		Lehrver- anstaltungen	Weiterbildung am Arbeits- platz	Job-Rotation, Austausch- programme, Abordnungen, Studien- besuche	Informations- veranstal- tungen	Lern- und Qualitätszirkel	Selbst- gesteuertes Lernen	insgesamt	männlich	weiblich
		% aller Unternehmen						%		
Insgesamt	72,8	61,3	45,4	7,0	55,9	11,8	14,8	47,0	49,0	43,2
nach Wirtschaftsbereichen										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	61,0	50,8	37,1	5,7	47,4	7,5	4,1	52,0	53,3	46,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	63,2	42,8	34,6	5,5	47,2	10,2	5,8	45,7	46,8	44,4
Textil- und Bekleidungs- gewerbe; Ledergewerbe	53,4	41,7	34,6	10,0	39,8	8,2	6,9	45,7	49,2	41,4
Papier- und Druckgewerbe, Vervielfältigung	67,5	55,8	53,3	12,7	50,4	13,2	9,2	45,9	49,6	35,9
Kokerei u. Mineralölverar- beitung, H. v. chem. u. pharmazeut. Erzeugn., Gummi- u. Kunststoffwa- ren; Glasgewerbe, Keramik; Verarbeitung von Steinen und Erden	69,7	62,4	57,1	6,6	57,5	15,1	9,3	48,2	48,5	47,5
Metallerzeugung u. -bear- beitung, H. v. von Metall- erzeugnissen	74,0	60,9	57,0	9,5	52,5	9,3	4,1	38,8	39,3	36,4
H. v. von DV-Geräten, elektron. u. opt. Erzeugn., elektr. Ausrüstg., Maschi- nenbau; Rep. u. Inst. von Maschinen und Ausrüs- tungen	83,3	67,1	56,1	8,4	65,0	15,3	8,9	58,6	60,1	52,7
Fahrzeugbau	82,1	70,0	61,2	10,2	61,2	15,3	15,6	45,2	44,9	46,8
Holzgewerbe, H. v. von Möbeln, sonst. Waren	59,1	50,0	40,0	7,2	46,0	8,9	8,1	37,4	35,8	41,2
Energieversorgung, Wasser- versorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umwelt- verschmutzungen	86,5	81,8	56,7	10,0	77,5	9,3	12,4	56,6	58,5	50,6
Baugewerbe	65,0	54,4	29,9	1,1	51,6	6,9	6,1	42,7	44,2	30,3
Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	89,1	80,8	54,9	6,8	74,9	17,0	52,5	56,4	58,2	49,5
Großhandel (ohne Kfz- Handel)	72,6	63,2	45,5	9,2	52,4	10,5	16,1	39,9	43,7	33,8
Einzelhandel (ohne Kfz- Handel)	67,8	53,9	54,2	4,7	53,3	15,5	22,7	45,5	57,1	39,5
Verkehr und Lagerei	68,3	59,4	38,3	5,1	35,1	13,0	6,7	49,3	51,8	41,3
Gastgewerbe	70,0	52,4	43,8	10,1	49,3	17,2	9,3	42,3	43,6	41,5
Information und Kommu- nikation	77,8	72,2	48,3	8,6	61,7	8,0	29,5	57,1	58,5	53,8
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	95,8	91,4	64,7	16,3	88,3	16,8	62,3	55,8	55,0	56,4
Mit Finanz- und Versiche- rungsdiensten verbun- dene Tätigkeiten	71,2	61,0	51,6	9,3	59,1	19,3	18,2	26,1	22,6	29,9
Grundstücks- u. Wohnungs- wesen, freiberufliche, wiss. u. techn. Dienst- leistungen	76,4	64,9	43,2	8,5	61,6	11,2	16,6	39,8	39,4	40,3
Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten										
10 – 19	66,0	52,3	48,9	5,9	56,8	10,5	14,8	53,1	53,3	52,7
20 – 49	71,2	59,1	37,2	4,5	49,6	9,9	11,0	47,2	48,9	44,3
50 – 249	81,6	73,0	46,8	8,6	59,8	13,1	17,0	46,7	47,5	45,2
50 – 499	94,8	91,6	79,9	23,0	83,3	29,7	28,6	45,9	46,4	45,1
500 – 999	95,0	92,2	79,6	28,1	85,9	28,2	35,4	46,4	48,5	42,8
1 000 und mehr	97,4	94,4	67,1	37,4	69,2	32,9	48,7	46,9	50,0	41,2

Ergebnisse der Vierten Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS). – Nähere Informationen siehe Tabellenband „Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS)“.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.2 Berufliche Weiterbildung von Erwerbspersonen 2012

	Teilnehmer/-innen			
	insgesamt		männlich	weiblich
	1 000	%		
Deutschland	7 497	100	52,2	47,8
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 25	493	6,6	49,3	50,7
25 – 35	1 788	23,9	50,3	49,7
35 – 45	2 000	26,7	53,6	46,4
45 – 55	2 201	29,4	51,7	48,3
55 und mehr	1 015	13,5	55,0	45,0
nach Bildungsabschluss				
Allgemeine Schulausbildung				
Haupt- (Volks-)schulabschluss	973	13,0	67,2	32,8
Abschluss der Polytechnischen Oberschule	508	6,8	47,1	52,8
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	2 065	27,5	47,2	52,8
Fachhochschulreife	892	11,9	57,0	43,0
Hochschulreife	3 001	40,0	50,0	50,0
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	8	0,1	/	/
Ohne allgemeinen Schulabschluss ¹ ²	50	0,7	56,5	43,5
Berufliche Ausbildung				
Lehre/Berufsausbildung im dualen System ³	3 269	43,6	51,9	48,1
Fachschulabschluss ⁴	1 152	15,4	50,9	49,1
Fachschule der ehemaligen DDR	126	1,7	19,1	80,9
Fachhochschulabschluss ⁵	831	11,1	61,0	39,0
Hochschulabschluss	1 366	18,2	48,8	51,2
Promotion	279	3,7	63,5	36,5
Ohne Berufsausbildung ¹ ⁶	474	6,3	53,7	46,3
nach Stellung im Beruf				
Selbstständige	840	11,2	61,4	38,6
Mithelfende Familienangehörige	12	0,2	/	69,8
Beamte/Beamtinnen	773	10,3	54,0	46,0
Angestellte ⁷	4 990	66,6	45,7	54,3
Auszubildende	129	1,7	52,2	47,8
Arbeiter/-innen	739	9,9	84,1	15,9
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	16	0,2	45,9	54,1
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	60	0,8	73,0	27,0
Produzierendes Gewerbe	1 589	21,2	79,4	20,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	782	10,4	55,5	44,5
Sonstige Dienstleistungen	5 050	67,4	42,9	57,1
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	16	0,2	45,9	54,1

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. ohne Angabe.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie einer geringen Anzahl von Personen mit Anlernausbildung.

4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens.

5 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

7 Einschl. geringfügig Beschäftigte.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fortbildungs- und Meisterprüfungen 2011

	Teilnehmer/-innen				Darunter in							
	insgesamt	männlich	weiblich	dar. mit bestanden- ner Prüfung	Industrie und Handel				Handwerk			
					zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestanden- ner Prüfung	zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestanden- ner Prüfung
	Anzahl	%			Anzahl	%			Anzahl	%		
Insgesamt	118 335	65,0	35,0	86,3	60 033	59,0	41,0	77,8	49 029	78,9	21,1	96,9
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen												
Fachkaufmann/-kauffrau	10 659	40,9	59,1	80,6	7 968	29,9	70,1	75,9	2 649	74,4	25,6	95,6
Fachwirt/-in	36 369	57,0	43,0	82,1	23 046	45,8	54,2	73,3	12 249	79,2	20,8	98,5
Fachkraft für Datenverar- beitung	2 166	67,7	32,3	95,3	711	94,5	5,5	89,5	1 455	54,6	45,4	98,4
Fremdsprachliche Fachkraft ..	2 904	18,6	81,4	74,0	2 904	18,6	81,4	74,0	–	–	–	–
Fachkraft für Schreibtechnik ..	624	34,1	65,9	84,1	624	34,1	65,9	84,1	–	–	–	–
Betriebswirt/-in	4 422	77,8	22,2	81,1	4 380	77,9	22,1	81,1	39	61,5	38,5	92,3
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	9 135	43,7	56,3	89,0	2 520	45,7	54,3	82,5	3 546	61,8	38,2	95,5
Zusammen	66 282	52,4	47,6	82,8	42 156	44,9	55,1	75,6	19 941	73,7	26,3	97,5
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen												
Industriemeister/-in	10 914	96,3	3,7	84,7	10 914	96,3	3,7	84,7	–	–	–	–
Fachmeister/-in	2 694	85,9	14,1	77,4	2 694	85,9	14,1	77,4	–	–	–	–
Handwerksmeister/-in	22 887	80,5	19,5	97,2	–	–	–	–	22 887	80,5	19,5	97,2
Sonstige Meisterprüfungen ..	2 253	68,6	31,4	75,0	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	10 050	88,2	11,8	88,8	4 269	85,9	14,1	82,8	5 670	90,3	9,7	93,2
Zusammen	48 798	85,4	14,6	90,5	17 877	92,2	7,8	83,1	28 557	82,5	17,5	96,4
Sonstige Fortbildungsprüfungen												
Zusammen	3 255	15,0	85,0	95,0	–	–	–	–	531	81,4	18,6	98,9

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3.7.4 Volkshochschulen 2011

	Volkshoch- schulen		Kursveranstaltungen				Einzelveranstaltungen			
			insgesamt		Belegungen ¹		insgesamt		Besucher/-innen ¹	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	928	575 812	100		6 388 421	100	88 384	100	2 416 710	100
Baden-Württemberg	172	116 733	20,3		1 259 187	19,7	14 039	15,9	453 736	18,8
Bayern	190	124 755	21,7		1 488 255	23,3	37 256	42,2	983 472	40,7
Berlin	12	18 270	3,2		216 890	3,4	915	1,0	17 102	0,7
Brandenburg	19	6 288	1,1		56 937	0,9	664	0,8	8 921	0,4
Bremen	2	4 456	0,8		55 133	0,9	951	1,1	17 944	0,7
Hamburg	1	6 827	1,2		86 836	1,4	25	0,0	156	0,0
Hessen	32	41 267	7,2		420 977	6,6	3 327	3,8	107 199	4,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	18	4 863	0,8		52 376	0,8	1 147	1,3	21 725	0,9
Niedersachsen	60	61 535	10,7		676 375	10,6	3 886	4,4	125 488	5,2
Nordrhein-Westfalen	134	99 065	17,2		1 125 058	17,6	13 861	15,7	379 017	15,7
Rheinland-Pfalz	70	28 227	4,9		300 650	4,7	4 164	4,7	116 329	4,8
Saarland	16	6 763	1,2		69 140	1,1	1 657	1,9	37 148	1,5
Sachsen	18	14 777	2,6		147 016	2,3	1 543	1,7	24 705	1,0
Sachsen-Anhalt	15	6 330	1,1		68 225	1,1	1 135	1,3	15 686	0,6
Schleswig-Holstein	146	26 431	4,6		272 018	4,3	2 726	3,1	85 405	3,5
Thüringen	23	9 225	1,6		93 348	1,5	1 088	1,2	22 677	0,9
nach Programmbereichen und Fachgebieten										
Politik, Gesellschaft, Umwelt ..	.	43 083	7,5		687 565	10,8	43 764	49,5	1 150 649	47,6
Kultur, Gestalten	.	94 536	16,4		955 243	15,0	21 565	24,4	884 018	36,6
Gesundheit	.	185 832	32,3		2 224 979	34,8	12 309	13,9	247 149	10,2
Arbeit, Beruf	.	67 570	11,7		617 806	9,7	4 595	5,2	55 391	2,3
Grundbildung, Schulab- schlüsse	.	11 669	2,0		130 978	2,1	642	0,7	8 722	0,4
Sprachen	.	173 122	30,1		1 771 850	27,7	5 509	6,2	70 781	2,9

1 Mehrfachzählungen: Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin wird entsprechend der Zahl seiner/ihrer Belegungen gezählt.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

3.8 Ausbildungsförderung
3.8.1 Geförderte nach BAföG 2012

	Insgesamt ¹	Schüler/-innen	Studierende
Anzahl			
Insgesamt	979 347	308 260	671 042
davon:			
Männlich	435 185	119 285	315 880
Weiblich	544 162	188 975	355 162
davon:			
Bei den Eltern wohnend	272 075	134 714	137 344
Nicht bei den Eltern wohnend ..	707 272	173 546	533 698
EUR			
Durchschnittliche monatliche Fördermittel pro Person	433	401	448

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).
1 Einschl. Geförderte an Fernunterrichtsinstituten.

Eine Förderung nach dem **BAföG** (Bundesausbildungsförderungsgesetz) wird für Studierende sowie für Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Klasse unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. auswärtige Unterbringung) sowie für Schülerinnen und Schüler an Abendschulen, Kollegs, Fach(ober-)schulen u. ä. gewährt.

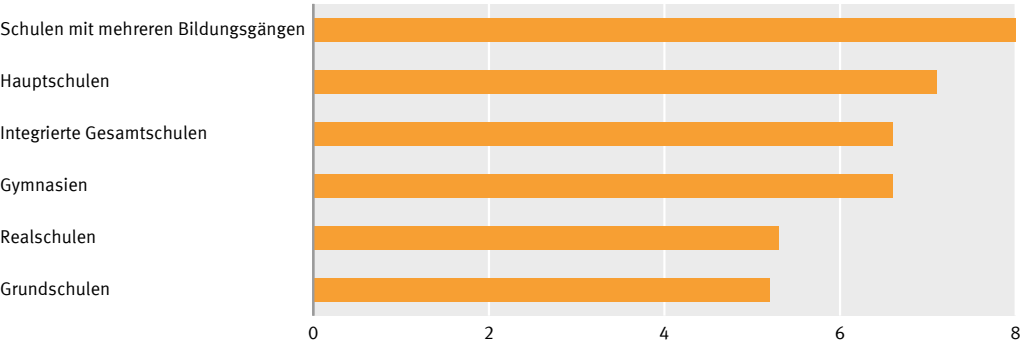
3.8.2 Geförderte nach AFBG

	Insgesamt	Davon	
		Vollzeitfälle	Teilzeitfälle
	Geförderte		
2011	166 467	66 961	99 506
2012	168 284	68 863	99 421
	Finanzieller Aufwand in Mill. EUR		
Bewilligung insgesamt			
2011	539	388	151
2012	546	394	151
davon (2012):			
Darlehen			
Bewilligung	370	265	105
In Anspruch genommen ...	290	209	82
Zuschuss	176	130	46

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).

Förderleistungen nach dem **AFBG** (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) können Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten, die eine Fortbildungsmaßnahme über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-/Hilfenprüfung bzw. eines Berufsfachschulabschlusses anstreben (z. B. Handwerksmeister/-in, Fachwirt/-in). Die Maßnahme muss unterhalb der Hochschulebene durchgeführt werden.

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2010
in 1 000 EUR



Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben.

2013 - 01 - 0237

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.1 Ausgaben je Schülerin und Schüler für öffentliche Schulen nach Ländern

	Ausgaben je Schüler/-in							
	alle Schularten		allgemeinbildende Schulen		berufliche Schulen		dar. Berufsschulen im dualen System ¹	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	EUR							
Deutschland	5 800	5 500	6 400	6 000	4 000	3 800	2 500	2 400
Baden-Württemberg	5 900	5 700	6 300	6 100	4 700	4 500	2 600	2 500
Bayern	6 200	5 800	6 900	6 400	3 800	3 600	2 700	2 500
Berlin	6 900	6 400	7 600	7 100	4 400	4 200	2 800	2 600
Brandenburg	6 000	5 300	6 700	6 000	3 600	3 100	3 000	2 600
Bremen	6 000	5 300	7 000	6 200	3 600	3 400	2 400	2 200
Hamburg	6 800	6 500	7 600	7 300	4 700	4 600	3 200	3 100
Hessen	6 300	5 800	6 800	6 200	4 400	4 300	2 800	2 900
Mecklenburg-Vorpommern	5 800	5 200	6 900	6 300	3 100	2 800	2 200	2 100
Niedersachsen	5 600	5 300	6 100	5 700	3 900	3 800	2 300	2 200
Nordrhein-Westfalen	5 000	4 800	5 500	5 200	3 400	3 300	2 200	2 100
Rheinland-Pfalz	5 500	5 200	6 000	5 600	3 700	3 500	2 300	2 200
Saarland	5 400	5 000	6 200	5 700	3 400	3 200	2 300	2 100
Sachsen	7 000	6 100	7 900	7 000	4 500	3 900	3 000	2 600
Sachsen-Anhalt	7 100	6 300	8 300	7 500	3 700	3 100	2 400	2 000
Schleswig-Holstein	5 200	4 900	5 700	5 400	3 600	3 500	2 500	2 500
Thüringen	7 700	7 000	8 600	7 900	5 300	4 600	3 400	3 000

Einschl. Schulverwaltung. – Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Veröffentlichung „Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in“.

1 Teilzeitunterricht.

3.9.2 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Finanzierungsbetrachtung 2010

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben in Mrd. EUR						
		öffentlicher Bereich				privater Bereich	Ausland	insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	zusammen			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	17,1	88,0	21,6	126,8	24,1	0,6	151,5
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	11,2	81,0	20,3	112,5	18,5	0,6	131,6
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	0,0	5,3	6,3	11,6	3,5	0,0	15,1
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	5,3	52,8	13,6	71,7	9,9	0,0	81,7
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	1,8	47,2	9,2	58,2	2,0	0,0	60,2
	Berufliche Bildungsgänge	1,1	5,3	2,0	8,4	0,2	0,0	8,6
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	2,4	0,3	0,2	2,9	7,7	0,0	10,6
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	5,8	21,0	0,2	27,0	5,0	0,6	32,6
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	2,7	7,5	0,0	10,3	1,8	0,6	12,7
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	0,1	1,9	0,2	2,2	0,0	0,0	2,2
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	5,6	0,0	5,6
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	5,9	7,0	1,3	14,3	0,0	0,0	14,3
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	4,5	2,0	3,8	10,3	10,6	0,0	21,0
A+B	Bildungsbudget insgesamt	21,6	90,0	25,5	137,1	34,7	0,6	172,4
C	Forschung und Entwicklung	10,6	10,3	0,2	21,0	46,2	2,7	69,9
C10	Wirtschaft	1,8	0,3	0,0	2,1	43,2	1,6	46,9
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	0,9	0,4	0,1	1,4	0,1	0,0	1,5
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	5,2	2,0	0,0	7,2	1,1	0,5	8,8
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	2,7	7,5	0,0	10,3	1,8	0,6	12,7
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	2,0	1,3	1,2	4,5	0,4	0,0	5,0
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	31,4	94,1	26,8	152,4	79,5	2,8	234,7
	Nachrichtlich:							
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte/-innen des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	0,0	8,8	0,0	8,8	0,0	0,0	8,8
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte/-innen des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik der Funktionen 118 und 138)	0,0	12,0	0,0	12,0	0,0	0,0	12,0

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2010/11“.

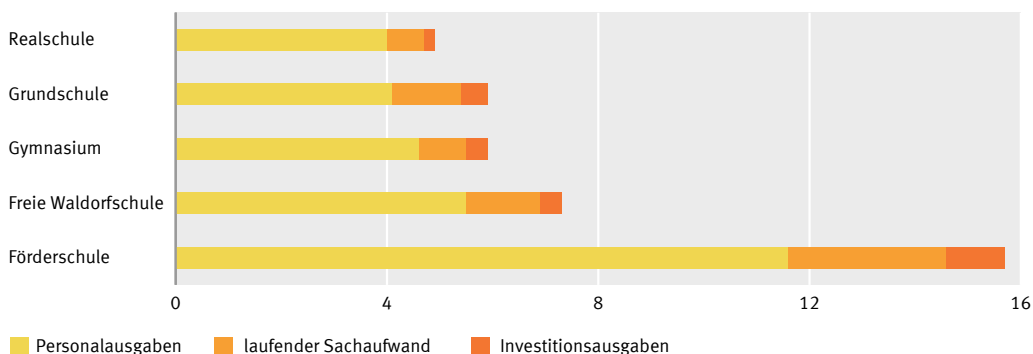
3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.3 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Durchführungsbetrachtung

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben		Anteile am Bruttoinlandsprodukt	
		2011	2010	2011	2010
		Mrd. EUR		%	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	157,1	151,5	6,1	6,1
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	137,0	131,6	5,3	5,3
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	/	15,1	/	0,6
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	/	81,7	/	3,3
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	/	60,2	/	2,4
	Berufliche Bildungsgänge	/	8,6	/	0,3
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	/	10,6	/	0,4
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	/	32,6	/	1,3
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	/	12,7	/	0,5
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	/	2,2	/	0,1
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	5,6	5,6	0,2	0,2
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	14,4	14,3	0,6	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	20,9	21,0	0,8	0,8
A+B	Bildungsbudget insgesamt	178,1	172,4	6,9	6,9
C	Forschung und Entwicklung	75,5	69,9	2,9	2,8
C10	Wirtschaft	51,1	46,9	2,0	1,9
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,5	1,5	0,1	0,1
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	9,5	8,8	0,4	0,4
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	13,4	12,7	0,5	0,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	5,0	5,0	0,2	0,2
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	245,1	234,7	9,5	9,4

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2010/11“.

Ausgaben für allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft je Schüler/-in 2009 nach ausgewählten Schularten und Ausgabearten, in 1 000 EUR



2013 - 01 - 0245

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.4 Ausgaben der Hochschulen

	Insgesamt		Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben	
			zusammen		davon					
					Personalausgaben		übrige laufende Ausgaben			
	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Deutschland	43 755	6,1	38 787	5,2	24 187	5,2	14 600	5,3	4 968	13,3
Baden-Württemberg	6 684	6,8	5 786	5,5	3 709	4,9	2 077	6,7	899	16,2
Bayern	6 556	7,4	5 583	5,8	3 530	5,8	2 053	5,7	973	17,4
Berlin	2 814	4,3	2 579	3,0	1 595	3,2	984	2,8	235	20,3
Brandenburg	500	8,5	410	6,4	310	5,9	100	8,1	90	19,2
Bremen	442	6,1	401	4,6	271	5,0	130	3,9	41	23,5
Hamburg	1 536	5,5	1 416	6,6	832	7,4	584	5,6	120	− 6,1
Hessen	3 620	10,5	2 998	4,0	1 915	5,4	1 084	1,8	622	57,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 011	7,0	858	3,5	556	3,6	302	3,2	154	32,7
Niedersachsen	3 424	4,3	3 156	4,6	1 980	4,1	1 176	5,6	268	0,2
Nordrhein-Westfalen	9 011	4,8	8 256	5,7	4 807	5,7	3 450	5,6	755	− 4,0
Rheinland-Pfalz	1 633	5,0	1 551	5,2	907	5,0	644	5,4	82	1,7
Saarland	710	15,3	644	17,5	429	19,7	214	13,2	66	− 2,5
Sachsen	2 228	3,9	1 897	4,9	1 287	4,7	611	5,4	330	− 1,9
Sachsen-Anhalt	1 149	1,6	1 062	2,7	688	3,6	374	0,9	87	− 9,7
Schleswig-Holstein	1 430	9,2	1 286	5,7	738	4,6	548	7,2	144	54,3
Thüringen	1 008	2,8	904	4,0	634	3,3	271	5,8	104	− 7,0
nach Hochschularten										
Universitäten	38 032	5,9	33 751	5,1	20 649	5,0	13 101	5,3	4 281	12,3
Universitäten, ohne medizinische Einrichtungen	18 132	6,4	15 742	5,1	10 798	5,0	4 944	5,4	2 391	16,0
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	19 899	5,4	18 009	5,1	9 851	5,0	8 158	5,3	1 890	8,0
Pädagogische Hochschulen	125	5,4	116	4,7	95	5,3	21	2,0	9	16,3
Theologische Hochschulen	38	6,8	36	5,1	25	5,5	11	4,2	2	71,2
Kunsthochschulen	594	2,2	541	2,4	394	3,1	147	0,4	53	− 0,3
Fachhochschulen	4 656	8,6	4 047	6,7	2 822	7,5	1 225	5,0	609	22,6
Verwaltungsfachhochschulen	311	6,6	295	7,0	202	7,1	93	6,7	16	− 0,6
nach Fächergruppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 007	5,8	1 943	5,3	1 608	5,0	335	6,9	64	23,2
Sport, Sportwissenschaft	175	1,9	157	1,7	117	0,1	40	6,6	17	3,1
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2 665	6,2	2 538	6,6	1 974	6,4	564	7,4	126	− 1,5
Mathematik, Naturwissenschaften	4 894	6,8	4 230	6,5	3 280	6,8	950	5,3	665	8,9
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften (einschl. zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	19 945	5,4	18 053	5,2	9 880	5,1	8 173	5,3	1 892	8,1
Veterinärmedizin	169	0,7	159	3,6	120	4,1	39	2,2	10	− 29,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	495	− 1,8	451	− 2,6	350	− 1,5	101	− 6,4	44	7,3
Ingenieurwissenschaften	3 947	7,0	3 464	7,4	2 832	7,5	632	7,0	484	4,4
Kunst, Kunstwissenschaft	709	3,3	642	3,3	506	3,8	136	1,3	67	3,9
Hochschule insgesamt, zentrale Einrichtungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	8 749	7,8	7 150	4,0	3 520	3,3	3 630	4,8	1 599	28,7

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.5 Monetäre Kennzahlen für Hochschulen

	Laufende Grundmittel ¹						Drittmittel je Professor/-in ³		Drittmittel je wissenschaftlichem Personal ²	
	je Studierende(n)		je wissenschaftl. Personal ²		je Professor/-in ³		2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr				
	EUR	%	EUR	%	EUR	%				
Deutschland (Hochschulen)	7 200	- 0,4	108 400	- 1,2	413 200	1,8	153 100	7,9	40 200	4,7
Deutschland (Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen)	6 200	0,5	119 200	- 1,1	364 400	2,4	125 000	7,9	40 900	4,1
Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen nach Ländern										
Baden-Württemberg	6 200	- 3,8	94 600	- 6,7	300 600	- 2,4	123 700	8,4	38 900	3,7
Bayern	6 000	- 1,2	101 300	- 0,5	332 200	1,4	127 200	11,9	38 800	9,9
Berlin	5 800	1,8	117 700	6,1	326 800	4,2	152 100	16,4	54 800	18,5
Brandenburg	5 700	12,2	121 600	8,8	367 700	13,4	105 400	- 11,6	34 800	- 15,2
Bremen	7 100	3,3	146 200	- 0,6	377 700	3,8	184 600	7,4	71 400	2,8
Hamburg	5 600	- 3,0	113 100	- 2,1	331 700	1,1	107 900	9,2	36 800	5,7
Hessen	6 200	- 0,5	138 900	1,4	409 900	4,4	112 300	4,1	38 100	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 800	2,7	127 600	0,1	354 600	3,2	134 600	16,1	48 400	12,6
Niedersachsen	8 300	2,0	139 500	3,3	402 500	3,9	116 300	6,3	40 300	5,8
Nordrhein-Westfalen	5 900	0,2	130 600	- 6,3	432 900	1,8	132 600	0,3	40 000	- 7,7
Rheinland-Pfalz	6 100	- 1,7	137 500	- 5,6	383 300	- 4,5	73 700	9,8	26 400	8,6
Saarland	5 000	5,2	82 900	11,6	297 600	13,1	104 100	7,7	29 000	6,2
Sachsen	6 200	6,8	119 800	4,8	339 000	7,9	184 200	26,3	65 100	22,7
Sachsen-Anhalt	7 100	5,7	137 300	7,2	386 100	5,0	87 800	7,4	31 200	9,7
Schleswig-Holstein	5 100	0,2	114 300	1,0	300 400	3,4	92 000	14,5	35 000	11,7
Thüringen	7 200	9,4	123 100	6,4	360 700	9,9	101 000	- 1,8	34 500	- 4,9
Hochschulen nach Hochschularten										
Universitäten, ohne Medizinische Einrichtungen ⁴	7 000	0,3	128 600	- 0,7	520 600	2,5	221 700	8,3	54 800	4,9
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	28 800	- 1,6	78 200	- 2,9	1 087 400	3,0	537 200	13,1	38 600	6,6
Kunsthochschulen	14 100	2,6	104 900	3,0	229 700	4,2	13 400	3,6	6 100	2,4
Fachhochschulen	4 000	2,3	93 700	- 2,1	180 000	4,2	23 400	13,5	12 200	6,6
Hochschulen nach Fächergruppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	3 300	4,8	74 600	5,1	254 000	6,1	64 300	2,4	18 900	1,4
Sport, Sportwissenschaft	4 000	1,9	82 700	- 0,2	491 800	1,6	135 600	11,2	22 800	9,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2 300	7,6	62 500	2,8	173 400	5,7	35 400	3,4	12 800	0,6
Mathematik, Naturwissenschaften	5 900	2,1	93 600	0,6	300 200	4,3	199 600	7,5	62 200	3,7
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften (einschl. zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	23 800	- 2,8	77 400	- 3,1	1 027 800	1,7	507 500	11,7	38 200	6,3
Veterinärmedizin	11 700	- 0,4	122 900	- 0,6	574 000	- 0,4	135 200	20,5	29 000	20,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	6 900	3,3	113 900	1,0	288 200	1,0	130 000	8,4	51 400	8,4
Ingenieurwissenschaften	4 100	- 3,9	82 200	- 4,0	211 300	3,0	153 700	7,9	59 800	0,6
Kunst, Kunstwissenschaft	6 200	5,5	74 100	7,1	168 300	7,2	15 400	- 0,1	6 800	- 0,2
Fächergruppen zusammen	5 000	0,7	78 700	- 0,1	288 900	2,7	135 800	6,9	37 000	4,0
Hochschule insgesamt, zentrale Einrichtungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	2 200	- 2,7	33 600	- 3,6	127 900	- 0,6	19 000	14,1	5 000	10,7

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Laufende Ausgaben abzüglich Drittmittel, Beiträge der Studierenden und andere Verwaltungseinnahmen; ohne Zuschlag für die Altersversorgung der Beamten/Beamtinnen und die Beihilfeaufwendungen.

2 Ohne Drittmittelpersonal.

3 Ohne drittmittelfinanzierte Professoren/Professorinnen.

4 Einschl. Pädagogische und Theologische Hochschulen.

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.1 Nach durchführenden Bereichen

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal			
	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ¹	
			2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	75 500	7,9	574 701	4,8	338 611	3,2
Öffentlicher Bereich und private Institutionen ohne Erwerbszweck	10 974	6,0	93 663	3,5	54 185	4,6
Bundes-, Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ² ³	1 206	2,6	12 293	1,1	5 357	2,6
Überwiegend öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen ³	9 768	6,4	81 370	3,8	48 828	4,9
Hochschulen ³	13 449	6,2	123 910	2,6	93 730	3,7
Unternehmensbereich	51 077	8,8	357 129	5,9	190 696	2,6

1 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

2 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

3 Forschungsanteile.

3.10.2 Im öffentlichen Bereich und privaten Institutionen ohne Erwerbszweck

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal ¹			
	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ²	
			2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	10 974	6,0	93 663	3,5	54 185	4,6
nach Institutionen						
Bundesforschungseinrichtungen ³	969	3,1	9 288	0,7	3 920	1,0
Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ³ ⁴	237	0,3	3 005	2,6	1 437	7,3
Helmholtz-Zentren ⁵	3 524	9,9	27 567	6,5	15 913	8,1
Max-Planck-Institute	1 600	4,1	12 629	-0,3	6 792	0,2
Fraunhofer-Institute	1 833	12,8	14 823	6,2	10 370	5,3
Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“) ⁴ ⁶	1 175	-2,9	10 987	-2,5	6 290	-2,7
Sonstige Forschungseinrichtungen ³ ⁴ ..	1 234	4,0	12 017	4,6	8 241	8,7
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen ³ ⁴	402	-2,3	3 349	7,9	1 223	4,1
nach Wissenschaftszweigen						
Naturwissenschaften	5 257	8,5	43 008	4,1	24 415	5,1
Ingenieurwissenschaften	2 866	4,0	23 341	0,0	15 070	1,7
Medizin	911	8,1	8 001	6,3	4 353	5,5
Agrarwissenschaften	574	-3,4	5 913	0,7	2 446	4,4
Sozial- und Geisteswissenschaften	1 366	4,0	13 400	7,4	7 900	8,8

Ohne Hochschulen.

1 Auf Vollzeitbeschäftigung umgerechnet.

2 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

3 Forschungsanteile.

4 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

5 Die Großforschungseinrichtungen schlossen sich am 12.11.1995 zur „Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF)“ zusammen.

6 Institute, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.3 Unternehmensbereich 2011

Wirtschaftsgliederung ¹⁾ (H. v. = Herstellung von)	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)			Forschungspersonal	
	insgesamt	davon		darunter finanziert von der Wirtschaft	insgesamt
		interne FuE-Aufwendungen	externe FuE-Aufwendungen außerhalb des Wirtschaftssektors		
	Mill. EUR			%	Vollzeitäquivalent
Insgesamt	55 866	51 077	4 789	90,9	357 129
	nach Wirtschaftszweigen				
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	175	126	49	94,3	1 189
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11	10	1	79,8	109
Verarbeitendes Gewerbe	47 793	43 733	4 060	92,8	293 448
H. v. Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken und Tabakerzeugnissen	325	308	17	96,5	2 533
H. v. Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen	126	119	7	91,5	1 334
H. v. Holzwaren, Papier, Pappe und Druckerzeugnissen	198	183	15	97,6	1 670
Kokerei und Mineralölverarbeitung	98	94	4	24,7	390
H. v. chemischen Erzeugnissen	3 590	3 297	293	95,4	22 099
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	4 687	4 070	617	97,5	20 386
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren sowie Glaswaren und Keramik	1 255	1 225	30	93,3	10 377
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metall-erzeugnissen	1 307	1 242	65	80,8	11 403
H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 124	6 563	561	95,0	54 647
H. v. elektrischen Ausrüstungen	1 685	1 602	83	93,8	15 203
Maschinenbau	5 033	4 903	130	94,8	40 463
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	17 625	16 312	1 313	95,1	90 829
Sonstiger Fahrzeugbau	3 383	2 602	781	68,7	13 832
Sonst. H. v. Waren, Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	1 357	1 214	143	93,8	8 282
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall-entsorgung	235	197	38	90,3	1 014
Baugewerbe/Bau	73	66	7	82,7	836
Information und Kommunikation	3 216	2 990	226	81,6	24 810
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	271	261	10	99,7	1536
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	3 613	3 262	351	75,2	29 798
dar. Institutionen für Gemeinschaftsforschung	397	273	124	29,5	3 383
Restliche Abschnitte	479	431	48	74,6	4 388

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2011

	Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen ¹	Wirtschaft		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
	Mill. EUR				% des Bruttoinlandsprodukts ¹²			
Deutschland ¹³	75 500	10 974	13 449	51 077	2,91	0,42	0,52	1,97
Baden-Württemberg	19 462	1633	2 131	15 698	5,08	0,43	0,56	4,10
Bayern	14 403	1374	2 021	11 008	3,16	0,30	0,44	2,41
Berlin	3 606	1257	946	1 402	3,56	1,24	0,94	1,39
Brandenburg	954	439	207	308	1,69	0,78	0,37	0,55
Bremen	751	269	213	269	2,79	1,00	0,79	1,00
Hamburg	2 098	439	477	1 181	2,24	0,47	0,51	1,26
Hessen	6 827	511	997	5 319	3,02	0,23	0,44	2,35
Mecklenburg-Vorpommern	741	260	240	242	2,09	0,73	0,68	0,68
Niedersachsen	6 463	893	1 151	4 420	2,88	0,40	0,51	1,97
Nordrhein-Westfalen	11 543	1 797	2796	6 950	2,02	0,31	0,49	1,21
Rheinland-Pfalz	2 384	207	505	1 673	2,07	0,18	0,44	1,46
Saarland	471	136	166	169	1,49	0,43	0,53	0,54
Sachsen	2 785	842	745	1 198	2,92	0,88	0,78	1,26
Sachsen-Anhalt	769	294	255	220	1,49	0,57	0,50	0,43
Schleswig-Holstein	1 078	273	284	521	1,43	0,36	0,38	0,69
Thüringen	1 081	264	316	500	2,23	0,54	0,65	1,03

1 Interne FuE-Aufwendungen.

2 BIP für Deutschland; Stand Juni 2013.

3 Einschl. nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10.5 Personal für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2011

	Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
Deutschland ¹	574 701	93 663	123 910	357 129
Baden-Württemberg	131 915	14 388	19 980	97 548
Bayern	109 925	12 318	18 563	79 043
Berlin	31 216	10 855	9 021	11 340
Brandenburg	9 293	3 777	2 287	3 229
Bremen	5 956	1 950	1 925	2 082
Hamburg	13 921	2 893	3 899	7 130
Hessen	48 159	4 213	8 172	35 774
Mecklenburg-Vorpommern	6 485	2 097	2 199	2 189
Niedersachsen	45 588	7 761	10 558	27 269
Nordrhein-Westfalen	94 179	15 743	24 984	53 453
Rheinland-Pfalz	18 669	1 979	4 344	12 346
Saarland	3 868	1 017	1 226	1 625
Sachsen	26 358	7 051	7 929	11 378
Sachsen-Anhalt	7 609	2 348	2 606	2 656
Schleswig-Holstein	10 044	2 385	2 926	4 733
Thüringen	11 086	2 461	3 291	5 334

1 Einschl. nicht zuzuordnendem Personal.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.11 Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft

3.11.1 Verteilung der Ausgaben nach Altersklassen und Verwendung 2010

	Personalausgaben	Sachausgaben	Investitionen I ¹	Ausgaben insgesamt
	%			
Kindertageseinrichtungen insgesamt	77	16	6	100
Kinder unter 3 Jahren	75	17	8	100
Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	78	15	6	100
Schulkinder bis unter 14 Jahren	77	21	2	100

Ergebnisse der Erhebung über Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft.

1 Einschl. Investitionen finanziert aus politischen Sonderprogrammen.

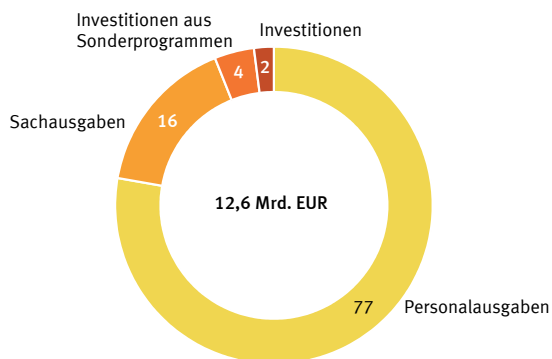
3.11.2 Verteilung der Einnahmen nach Altersklassen und Mittelgebern 2010

	Private Finanzierung	Darunter Elternbeiträge (an privater Finanzierung)	Öffentliche Finanzierung	Darunter Gemeindemittel (an öffentlicher Finanzierung)	Einnahmen insgesamt
	%				
Kindertageseinrichtungen insgesamt	26	70	74	65	100
Kinder unter 3 Jahren	27	71	73	62	100
Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	24	66	76	65	100
Schulkinder bis unter 14 Jahren	47	88	53	72	100

Ergebnisse der Erhebung über Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft.

Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft 2010

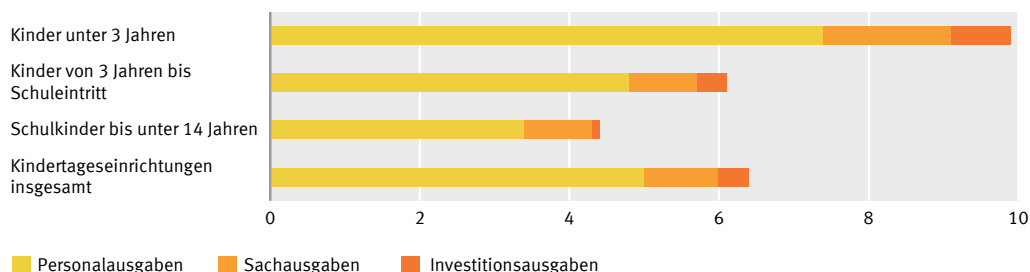
nach Ausgabearten, in %



2013 - 01 - 0246

Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft je Kind nach Ausgabearten 2010

nach Altersklassen, in 1 000 EUR



2013 - 01 - 0242

Methodik

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Die Daten zum Bildungsstand geben wichtige Aufschlüsse über die Qualifikation der Bevölkerung im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit und das Bildungs- bzw. Ausbildungspotenzial unserer Gesellschaft. Sie werden auf der Grundlage des **Mikrozensusgesetzes** 2005 gewonnen. Ca. 1 % der Bevölkerung, die nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren ausgewählt werden, geben Auskunft u. a. über Schulbesuch und Bildungsstand.

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) bildet das berufliche Ausbildungsgeschehen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen vollständig und systematisch ab. Hierzu wird neben der Schulstatistik auch auf die Hochschulstatistik, die Berufsbildungsstatistik, die Personalstatistik und die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) sowie dem Hessischen Statistischen Landesamt bearbeitet.

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die **Bundes-Schulstatistik** veröffentlicht Daten über Lehrende und Lernende an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Aufgrund der im Grundgesetz geregelten Kulturhoheit der Länder wird in jedem Land eine an der jeweiligen Bildungspolitik orientierte und damit länderspezifische Schulstatistik durchgeführt. Für Ländervergleiche sowie für Bundeszwecke hat die Ständige Konferenz der Kultusminister einheitliche Begriffe und Definitionen sowie ein einheitliches Mindesterhebungsprogramm vorgegeben.

■ Auszubildende

Die **Berufsbildungsstatistik** erhebt und analysiert Daten über Jugendliche im dualen System (praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische in Berufsschulen) sowie über das nicht schulische Ausbildungspersonal. Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsgesetz in der Fassung vom 5.2.2009. Die Angaben werden dabei von den zuständigen Stellen, z. B. Industrie- und Handelskammern, gemeldet (Sekundärstatistik). Neben den Berufen, die im dualen System ausgebildet werden, gibt es auch rein schulische Berufsausbildungen, insbesondere die meisten Gesundheitsdienstberufe. Angaben hierüber erhebt die **Schulstatistik**.

■ Hochschulen

Die **Studenten-, Prüfungs-, Personal-, Stellen-, Gasthörer- und Habilitationsstatistik** sind Totalerhebungen, die auf der Grundlage der zum 1.6.1992 in Kraft getretenen Neufassung des Hochschulstatistikgesetzes jährlich bzw. semesterweise durchgeführt werden. Die Daten entstammen den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen und Prüfungsämter (Sekundärstatistik) und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

Die endgültigen Ergebnisse liegen je nach Einzelstatistik etwa drei bis neun Monate nach Ende des Berichtszeitraumes bzw. -punktes vor, vorläufige Daten der Studenten- und Personalstatistik z. T. auch deutlich früher. Hochschulstatistische Informationen stehen seit Mitte der 1970er Jahre für das frühere Bundesgebiet und seit 1992 für Deutschland in differenzierter Form zur Verfügung und sind regional auf den Ebenen Bund, Länder und einzelne Hochschulen vergleichbar.

■ Deutsche Studierende im Ausland

Die Statistik Deutsche Studierende im Ausland stützt sich auf eine Reihe verschiedenartiger Quellen. Hierzu gehören Eurostat, die OECD, das UNESCO Institute for Statistics sowie die jährliche Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den mit der Bildungsstatistik befassten Institutionen ausgewählter Staaten. Diese Statistik dokumentiert die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufenthalten im Ausland.

■ Weiterbildung

Daten zur **betrieblichen Weiterbildung von Beschäftigten** werden im Rahmen der Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS - Continuing Vocational Training Survey) im Auftrag der Europäischen Kommission alle fünf Jahre erhoben.

Angaben zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen erhebt ebenfalls der **Mikrozensus**.

Aus der **Berufsbildungsstatistik** werden auch Zahlen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fortbildungsprüfungen der Wirtschaftsorganisationen übernommen, z. B. der Handwerkskammern.

Die **Volkshochschulstatistik** erhebt und veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung im Auftrag des Verbandes der Volkshochschulen. In der amtlichen Statistik gibt es keine vergleichbare Erhebung. Um das weite Spektrum, insbesondere der Erwachsenenbildung, wenigstens in Auszügen darstellen zu können, greift das Statistische Bundesamt auf die Volkshochschulstatistik zurück.

■ Ausbildungsförderung

Die Statistiken nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage der jeweiligen Leistungsgesetze jährlich durchgeführt werden. Die Angaben zum BAföG und AFBG werden der amtlichen Statistik von den Landesrechenzentren, die mit der Berechnung der Förderbeiträge beauftragt sind, als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt (Sekundärstatistik).

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Die Datenbasis für die **Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler** bilden die Jahresrechnungsstatistik der staatlichen Haushalte und die Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.

Die **Hochschulfinanzstatistik** liefert wichtige Informationen zur allgemeinen Bildungs- und Hochschulplanung in Bund und Ländern. Sie sind die Basis für eine Vielzahl von bildungs- und forschungspolitischen Entscheidungen. Die Statistik ist eine Totalerhebung, die jährlich bzw. vierteljährlich durchgeführt wird. Dabei sind alle Hochschulen und Hochschulkliniken bzw. die Stellen, die für diese Mittel bewirtschaften, auskunftspflichtig. Die Angaben für die Statistik entstammen weitestgehend den vorliegenden Verwaltungsdaten der Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Landesämtern erhoben. Rechtsgrundlagen sind das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) sowie das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG).

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

In der **Statistik über Forschung und Entwicklung (FuE)** werden auf der Grundlage der Verordnung Nr. 753/2004 der Europäischen Kommission die Sektoren Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck (außeruniversitäre Einrichtungen), Hochschulen und Wirtschaft getrennt dargestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt die Daten

für außeruniversitäre Einrichtungen durch eine Erhebung und berechnet die Ausgaben und das Personal für Hochschulen auf Grundlage der Hochschulstatistiken. Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH ermittelt die Daten zu FuE im Wirtschaftssektor durch eine Erhebung bei Unternehmen. Nach der Zusammenführung der Daten ergibt sich das Gesamtergebnis für alle Sektoren. Die jeweiligen Erhebungs- und Berechnungsverfahren entsprechen den methodischen Empfehlungen des Frascati-Handbuchs der OECD.

■ Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft

Die Ausgaben und Einnahmen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft stammen aus der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten und nach § 7 Bundesstatistikgesetz auf freiwilliger Basis einmalig für das Berichtsjahr 2010 durchgeführten Erhebung des Statistischen Bundesamtes.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abendgymnasien | Sie ermöglichen es befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Für die Aufnahme muss eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens zweijährige geregelte Berufstätigkeit nachgewiesen werden. Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll das 19. Lebensjahr im Schuljahr der Anmeldung vollendet haben. Die Schülerinnen und Schüler der Abendgymnasien müssen in der Regel während des Schulbesuchs – mit Ausnahme der Prüfungsphase – berufstätig sein.

Abendhauptschulen | Der Besuch der Abendhauptschule führt in einem einjährigen Ausbildungsgang (zwei Semester) zum Hauptschulabschluss. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen in der Regel die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und dürfen weder eine allgemeinbildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen.

Abendrealschulen | Sie führen Erwachsene in Abendkursen (vier Semester) zum Realschulabschluss.

Ausgaben der Hochschulen | Diese umfassen neben der Lehre und Forschung auch die Krankenbehandlung. Sie sind nach Ländern, Hochschularten und Fächergruppen sowie nach den Ausgabearten Personalausgaben, übrige laufende Ausgaben und Investitionsausgaben dargestellt.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung | Hierbei handelt es sich um Ausgaben für systematische, schöpferische Arbeiten zur Erweiterung des Kenntnisstandes einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Ausgaben je Schülerin bzw. je Schüler | Sie sind ein Maß dafür, wie viel Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung jeder Schülerin bzw. jedes Schülers an öffentlichen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben. Sie sind nach Schularten, Ländern und Ausgabearten dargestellt.

Auszubildende | Hierzu zählen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bzw. in einer Regelung für Menschen mit Behinderungen durchlaufen. Dazu gehören auch Jugendliche, deren Ausbildung voll oder teilweise durch staatliche Programme finanziert wird. Nicht als Auszubildende gelten Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich in beruflichen Schulen erfolgt (z. B. Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen) oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst).

Benchmarks | Die nationalen Benchmarks verfolgen politische Ziele. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in seinen „Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems“ eine Studienberechtigtenquote von 50 %, eine Studienanfängerquote von 40 % und eine Absolventenquote von 35 %, gemessen am jeweiligen Altersjahrgang. Auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern 2008 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss von 8 % auf 4 % und die Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 % auf 8,5 % zu halbieren.

Berufsaufbauschulen | Das sind Schulen, die neben einer Berufsschule oder nach erfüllter Berufsschulpflicht von Jugendlichen besucht werden, die in einer Berufsausbildung stehen oder eine solche abgeschlossen haben. Diese Schulen vermitteln eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende allgemeine fachtheoretische Bildung und führen zu einem dem „Mittleren Schulabschluss“ gleichwertigen Bildungsstand (Fachschulreife). Der Bildungsgang umfasst in Vollzeitform mindestens ein Jahr, in Teilzeitform einen entsprechend längeren Zeitraum.

Berufsfachschulen | Das sind Schulen mit Vollzeitunterricht von mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer für deren Besuch keine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie vermitteln allgemeine und fachliche Lerninhalte

und befähigen die Schülerin bzw. den Schüler den Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (gemäß BBiG bzw. HwO) zu erlangen. Alternativ kann die Schülerin bzw. der Schüler einen Abschluss in einen Berufsausbildungsabschluss absolvieren, der nur in Schulen erworben werden kann (außerhalb BBiG bzw. HwO).

Berufsgrundbildungsjahr | Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form hat die Aufgabe, allgemeine und – auf der Breite eines Berufsfeldes (z. B. Wirtschaft, Metall) – fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres kann auf die Berufsausbildung im dualen System angerechnet werden.

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen | Diese Schulen vermitteln eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie bauen auf einer der jeweiligen Ausbildungsrichtung entsprechenden Berufsausbildung oder Berufsausübung und einem mittleren Schulabschluss auf und verleihen nach bestandener Abschlussprüfung die fachgebundene Hochschulreife. Durch eine Ergänzungsprüfung in einer zweiten Fremdsprache kann die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Die Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen umfassen mindestens zwei Schuljahre und werden als Vollzeitschulen geführt.

Teilzeit-Berufsschulen | Dies sind Einrichtungen im Rahmen der Schulpflichtregelungen, die von Jugendlichen besucht werden, die sich in der beruflichen Ausbildung befinden (Berufsschulen im dualen System), in einem Arbeitsverhältnis stehen oder beschäftigungslos sind. Sie haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen im dualen System werden in der Regel von Jugendlichen nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr oder bis zum Abschluss der praktischen Berufsausbildung besucht. Der Unterricht wird in der Regel als Teilzeitunterricht an zwei Tagen in der Woche oder als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten in Vollzeitform erteilt; er steht in enger Beziehung zur Ausbildung im Betrieb. Die kooperative Form des Berufsgrundbildungsjahres (duales System) wird entweder in Teilzeit- oder in Blockform geführt. Auf Bundesebene werden diese Schulen den Teilzeit-Berufsschulen zugeordnet.

Berufsvorbereitungsjahr | Dies ist ein besonderer einjähriger bzw. zweijähriger Bildungsgang. Hier werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet. Der Unterricht erfolgt in Vollzeit- oder Teilzeitform.

Drittmittel | Zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre werden von öffentlichen und privaten Stellen zusätzlich zum regulären Haushalt (Grundausstattung) sogenannte Drittmittel eingeworben. Die Drittmittel je Professorin bzw. Professor geben an, wie viel Drittmittel je Professorin bzw. Professor eingeworben wurden. Beide Kennzahlen werden nach Ländern, nach Hochschularten und Fächergruppen dargestellt.

Fachakademien | Fachakademien sind berufliche Bildungseinrichtungen in Bayern, die den „Mittleren Schulabschluss“ voraussetzen und in der Regel im Anschluss an eine dem Ausbildungsziel dienende berufliche Ausbildung oder praktische Tätigkeit auf den Eintritt in eine angehobene Berufslaufbahn vorbereiten. Der Ausbildungsgang umfasst bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Jahre.

Fachgymnasien | Das sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch mindestens der „Mittlere Schulabschluss“ vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert in der Regel drei Jahre. Der Abschluss des Fachgymnasiums gilt als Zugangsberechtigung für ein Studium an Hochschulen.

Fachhochschulen | Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) bieten eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung in Studiengängen für Ingenieurinnen und Ingenieure und für andere Berufe, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Gestaltung und Informatik. Das Studium ist in der Regel kürzer als das an wissenschaftlichen Hochschulen.

Fachhochschulreife | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Fachoberschulen.

Fachoberschulen | Aufbauend auf dem „Mittleren Schulabschluss“ vermitteln diese Schulen allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten. Sie führen zur Fachhochschulreife bzw. in drei Jahren auch zur allgemeinen Hochschulreife.

Fachschulen | Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Die Bildungsgänge in den Fachbereichen schließen an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrungen an. Sie führen in unterschiedlichen Organisationsformen des Unterrichts (Vollzeit- oder Teilzeitform) zu einem staatlichen postsekundären Berufsabschluss nach Landesrecht. Sie können darüber hinaus Ergänzungs-/Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. Nach bestandener Prüfung ist mit dem Abschlusszeugnis die Berechtigung verbunden, die Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfter.../Staatlich geprüfte...“ bzw. „Staatlich anerkannter.../Staatlich anerkannte...“ zu führen. Nach Maßgabe der Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen kann zusätzlich die Fachhochschulreife erworben werden.

Förderschulen | Förderschulen haben in der Regel den gleichen Bildungsauftrag wie die übrigen allgemeinbildenden Schulen. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und emotional benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können. Zu den Förderschulen zählen u. a. auch alle übrigen selbstständigen allgemeinbildenden Schularten für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung, wie z. B. Realförderschulen und Gymnasialförderschulen. Gleichfalls werden dieser Schulart alle Zweige und Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zugeordnet, die aus schulorganisatorischen Gründen mit Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen sowie mit Gymnasien verbunden sind.

Forschungspersonal | Dazu zählen alle direkt in Forschung und Entwicklung beschäftigten Arbeitskräfte, ungeachtet ihrer Position.

Freie Waldorfschulen | Dies sind private Ersatzschulen mit besonderer pädagogischer Prägung, die die Klassen 1 bis 12 bzw. 13 von Grund-, Haupt- und teilweise auch Förderschulen sowie Höheren Schulen als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

Grundschulen | Sie vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang in den Klassenstufen 1 bis 4. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe bzw. auf eine weiterführende Schule. In einigen Bundesländern umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. In der bundeseinheitlichen Statistik werden die 5. und 6. Klassenstufen an den Grundschulen der „Schulartunabhängigen Orientierungsstufe“ zugeordnet.

Gymnasien | Gymnasien sind weiterführende Schulen, die üblicherweise unmittelbar an die Grundschule oder die Orientierungsstufe anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen sechs bzw. sieben und neun Jahren. Das Abschlusszeugnis des Gymnasiums gilt als Zugangsberechtigung zum Studium an Hochschulen.

Hauptschulen | Hauptschulen vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereiten in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor.

Hauptschulabschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Hauptschulabschluss sind Schülerinnen und Schüler nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht von derzeit neun bis zehn Schuljahren der Hauptschulen, Förderschulen, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen.

Hochschulen | Dazu zählen alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Das Studium an Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Hochschulreife (Abitur) | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife sind insbesondere Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendgymnasien und Kollegs sowie der Fachgymnasien.

Integrierte Gesamtschulen | Das sind Einrichtungen mit integriertem Stufenaufbau, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer Schuleinheit zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen können organisatorisch mit Grundschulen (Grundstufe = Klassenstufe 1 – 4) und gymnasialen Oberstufen (Oberstufe = Einführungs- und Qualifikationsphasen 1 und 2) verbunden sein. Die Ergebnisse über die additiven und kooperativen Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Kollegs | Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Für den Eintritt muss die Bewerberin bzw. der Bewerber – wie bei den Abendgymnasien – im Schuljahr der Anmeldung mindestens 19 Jahre alt werden. Zudem wird ebenfalls eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein gleichwertiger beruflicher Bildungsgang vorausgesetzt. Die Schulbesuchsdauer beträgt mit einsemestrigem Vorkurs in der Regel sechs Semester. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten dürfen während der Schulbesuchszeit keine beruflichen Tätigkeiten ausüben.

Kunsthochschulen | Dies sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Laufende Grundmittel | Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Die laufenden Grundmittel je Studierende(n) geben an, wie viel der Staat je Studierende(n) an die Hochschulen zahlen muss, damit die Hochschulen ihre Ausgaben decken. Wichtige monetäre Kennzahlen im Hochschulbereich sind die laufenden Grundmittel je Studierende(n) sowie die Drittmittel je Professorin bzw. Professor.

Lehrkräfte | Dazu zählen alle Personen, die ganz oder teilweise eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. eine Schule leiten. Damit Lehrkräfte, die an mehreren Schulen tätig sind, nicht mehrfach als Person gezählt werden, werden sie grundsätzlich an derjenigen Schule bzw. Schulart erfasst, an der sie überwiegend tätig sind. Lässt sich die überwiegende Tätigkeit nicht feststellen, wird ersatzweise der überwiegend erteilte Unterricht zugrunde gelegt. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind mit voller Regelpflichtstundenanzahl beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt sind Lehrkräfte, deren individuelle Pflichtstundenanzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50 % der Regelpflichtstunden ermäßigt worden ist. Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte sind mit weniger als 50 % der Regelpflichtstunden einer vollbeschäftigten Lehrkraft tätig. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Refrendarinnen und Referendare werden den stundenweise Beschäftigten zugeordnet, auch wenn sie mit mehr als 50 % der Regelpflichtstundenanzahl unterrichten.

Pädagogische Hochschulen | Pädagogische Hochschulen sind wissenschaftliche Hochschulen, z. T. mit Promotionsrecht. Sie bestehen nur noch in Baden-Württemberg als selbstständige Einrichtungen.

Personal an Hochschulen | Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen besteht aus den Professorinnen und Professoren, den Dozentinnen und Dozenten, den Assistentinnen und Assistenten, den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben. Zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören u. a. Gastprofessorinnen und -professoren, Emeriti (entpflichtete oder pensionierte Professorinnen und Professoren, die noch in Lehre oder Forschung tätig sind), Lehrbeauftragte und Wissenschaftliche Hilfskräfte.

Prüfungen an Hochschulen | Prüfungen (Abschlussprüfungen) an Hochschulen werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen. Absolventinnen und Absolventen von universitären Studiengängen legen meist Diplom (U)- oder Staatsprüfungen (einschließlich Lehramtsprüfungen) ab. Promotionsprüfungen setzen in der Regel eine andere erste Abschlussprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluss sein.

Realschulen | Diese weiterführenden Schulen (Klassen 5 bzw. 7 bis 10) werden im Anschluss an die Grundschule oder die Orientierungsstufe besucht. Der „Mittlere Schulabschluss“ (Realschulabschluss) eröffnet u. a. den Zugang zu den Fachoberschulen; er wird deshalb auch als Fachoberschulreife bezeichnet. Außerdem besteht für Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit „Mittlerem Schulabschluss“ die Möglichkeit des Übergangs auf Gymnasien in Aufbauform.

Realschul- oder mittlerer Abschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Realschul- oder mittlerem Abschluss sind Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis einer Realschule, der Schularten mit mehreren Bildungsgängen, einer Realschulklasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als mittlerer Abschluss gilt insbesondere das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule sowie das Abschlusszeugnis einer Berufsaufbau- oder zweijährigen Berufsfachschule.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen | Das sind weiterführende Schulen, die eine allgemeine Bildung vermitteln und die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung schaffen. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Die Schüler/-innen erwerben mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den mittleren Schulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen | Hierbei handelt es sich um schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

Schulen des Gesundheitswesens | Sie vermitteln die Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen/Entbindungspfleger, Masseure/Masseurinnen, Ergotherapeuten/-therapeutinnen, medizinische Bademeister/-innen u. a. m.). Die Aufnahmebedingungen sind je nach Berufswahl recht unterschiedlich. In der Regel erfolgt die Aufnahme in diese Einrichtungen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der Schulpflicht. Vorausgesetzt wird deshalb bei nahezu allen Berufen eine einschlägige Berufsausbildung oder der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt. Als Schulen des Gesundheitswesens zählen auch die Pflegevorschulen, die in der Regel als freie Einrichtungen den Krankenanstalten sowie sozialpflegerischen oder sozialpädagogischen Einrichtungen angegliedert sind. Der Abschluss einer Pflegevorschule berechtigt im Allgemeinen zum Eintritt in eine Krankenpflegeschule, teilweise auch zum Eintritt in eine Fachschule für Sozialarbeit. Von ihrem Niveau her sind die zu freien Einrichtungen zählenden

Pflegevorschulen denjenigen Berufsfachschulen gleichzusetzen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln. Die Pflegevorschulen gelten deshalb nicht als Ausbildungsstätten, die einen Ausbildungsabschluss vermitteln, sondern als berufsvorbereitende Einrichtungen.

Schulkindergärten | Diese sind überwiegend den Grund- oder Förderschulen angegliedert. Sie werden in der Regel von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern besucht und bereiten auf den Eintritt in diese Schulen vor.

Schulpflicht | Sie beträgt in nahezu allen Ländern zwölf Jahre. Sie gliedert sich in eine neunjährige, zum Teil auch zehnjährige Vollzeitschulpflicht und in eine dreijährige Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht (siehe Teilzeit-Berufsschulen)). Die Teilzeitschulpflicht kann auch durch den Besuch einer Vollzeitschule erfüllt werden.

Studienanfängerinnen und Studienanfänger | Das sind Studierende im 1. Hochschulsemester (Erstimmatrikulierte, d. h. erstmals an einer Hochschule in Deutschland Immatrikulierte).

Studierende | Das ist die Bezeichnung für in einem Fachstudium immatrikulierte/ eingeschriebene Personen, jedoch ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten sowie Gasthörerinnen und Gasthörer. In den Ergebnissen auch enthalten sind ab Wintersemester 1992/93 die Nebenhörerinnen und Nebenhörer, d. h. Studierende einer Hochschule, die gleichzeitig an einer anderen Hochschule eingeschrieben sind.

Theologische Hochschulen | Theologische Hochschulen sind kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen (ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten).

Universitäten | Dazu zählen die Technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den Pädagogischen, Theologischen Hochschulen).

Verwaltungsfachhochschulen | An diesen verwaltungsinternen Fachhochschulen werden Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet.

Vorklassen | Vorklassen an Grund-, Förder- und Gesamtschulen werden von Kindern besucht, die schulfähig, jedoch noch nicht schulpflichtig sind.

Weiterbildung | Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenendkurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfasst.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Bildung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 21 und 91

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen■ **Bildungsstand der Bevölkerung**

Fachberichte

Bildung in Deutschland
Bildungsstand der Bevölkerung

Wirtschaft und Statistik

Heft 6/10 Auswirkungen des Strukturwandels der Wirtschaft auf den Bildungsstand der Bevölkerung
Heft 11/11 Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Bildungsvorausberechnung – Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des
Personal- und Finanzbedarfs bis 2025 (2010)
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (2013)

■ **Integrierte Ausbildungsberichterstattung**

Fachberichte

Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen
nach Sektoren/Konten und Ländern (2012)
Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungs-
geschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2011)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer (2012)

■ **Allgemeinbildende und berufliche Schulen**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen
Reihe 1.1 Private Schulen
Reihe 2 Berufliche Schulen

Fachberichte

Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden
und beruflichen Schulen (2011)
Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und
beruflichen Schulen (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09 Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern
Heft 5/13 Sonderpädagogische Förderung in Deutschland – eine Analyse der Datenlage in der Schulstatistik

Broschüren

Schulen auf einen Blick (2012)

Mehr zum Thema

■ Auszubildende

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 Berufliche Bildung

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/11 Die neue Berufsbildungsstatistik

Broschüren

Berufsbildung auf einen Blick (2013)

■ Hochschulen

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen

Reihe 4.2 Prüfungen an Hochschulen

Reihe 4.3.1 Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.4 Personal an Hochschulen

Fachberichte

Hochschulstandort Deutschland (2009)

Erfolgsquoten (2011)

Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik (2012)

Personal an Hochschulen (Vorbericht, 2012)

Studierende an Hochschulen (Vorbericht, 2012)

Promovierende in Deutschland (2010)

Deutsche Studierende im Ausland

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/08 Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen seit 2000

Heft 4/09 Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen

Heft 6/10 Einfluss doppelter Abiturjahrgänge auf die Entwicklung der Studienanfängerquote

Statistik und Wissenschaft

Band 11 Amtliche Statistik und Hochschulranking (2007)

Broschüren

Hochschulen auf einen Blick (2013)

STATmagazin

Neue Wege zum Studium (2009)

Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber (2010)

Bildung, Forschung, Innovation: Die Zukunftsfähigkeit der G20-Staaten (2010)

■ Weiterbildung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 Berufliche Bildung

Fachberichte

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (2013)
Weiterbildung

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/13 Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2010

Mehr zum Thema

■ Ausbildungsförderung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

- Reihe 4.6 Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium)
- Reihe 7 Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
- Reihe 8 Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

- Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen
- Reihe 4.5 Finanzen der Hochschulen

Fachberichte

- Bildungsfinanzbericht (2012)
- Bildungsausgaben (2012)
- Bildungsausgaben je Schüler/-in (2012)
- Finanzen der Schulen in freier Trägerschaft und Schulen des Gesundheitswesens (2012)
- Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (2012)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/08 Bildungsausgaben in Deutschland
- Heft 03/10 Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

- Reihe 3.6 Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Fachberichte

- Regionale Wissenschafts- und Technologieindikatoren – Ausgewählte Indikatoren 2005

■ Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

- Heft 7/11 Die Bildungspersonalrechnung

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 28 57

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

4 Gesundheit



Durchschnittlicher Aufenthalt im Krankenhaus wird **immer kürzer** |
Hüft- und Gelenksarthrosen sind **häufigster Behandlungsanlass** in der
Reha | Mehr als **zwei Drittel** aller **Pflegebedürftigen** werden **zu Hause**
versorgt | **Krebs** ist immer häufiger **Todesursache** | Krankenhausentbindung
per **Kaiserschnitt** heute fast **doppelt so häufig** wie vor 20 Jahren | Etwa
jeder neunte Beschäftigte ist im **Gesundheitswesen** tätig |

Gesundheitsausgaben 2011: **3 590 Euro** pro Kopf

<i>Seite</i>	
115	Auf einen Blick
	Tabellen
116	Gesundheitliche Lage Vollstationäre Patientinnen und Patienten Diagnosen und Operationen Schwerbehinderte Menschen Pflegebedürftige Schwangerschaftsabbrüche Sterbefälle
128	Gesundheitsversorgung Krankenhäuser Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Gesundheitspersonal Pflegeeinrichtungen
136	Kosten im Gesundheitswesen Gesundheitsausgaben Kostenstruktur der Krankenhäuser
139	Methodik
142	Glossar
144	Mehr zum Thema

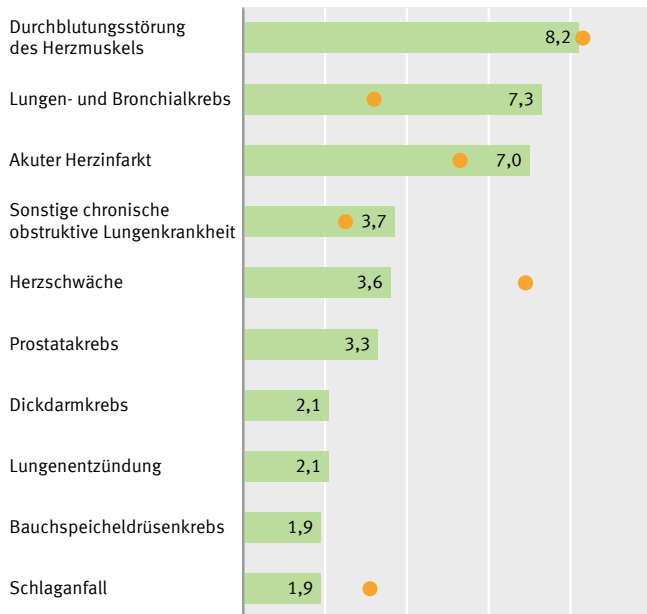
4.0 Auf einen Blick

Häufigste Todesursachen 2011

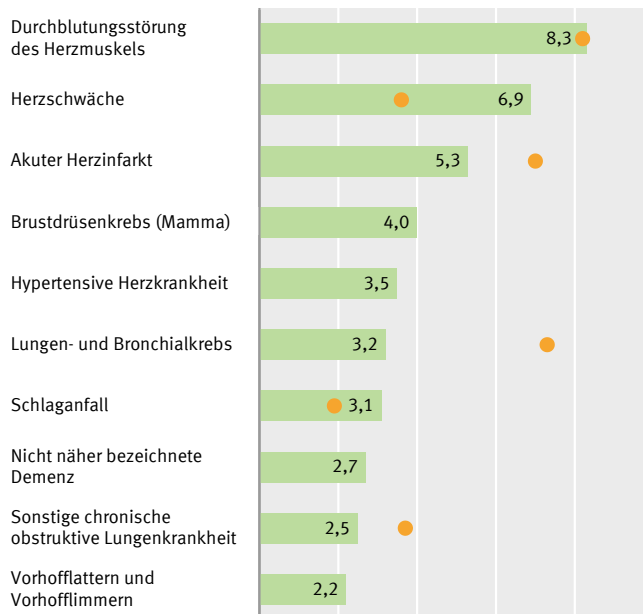
in %

● Vergleichswert des anderen Geschlechts

Männer



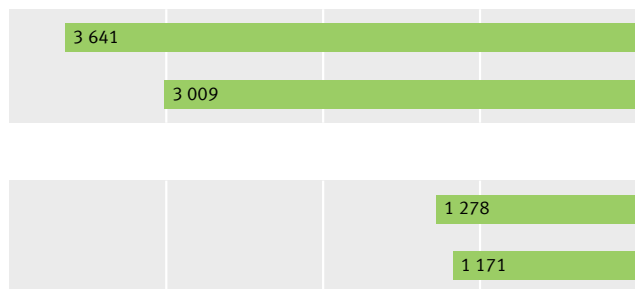
Frauen



2013 - 01 - 0251

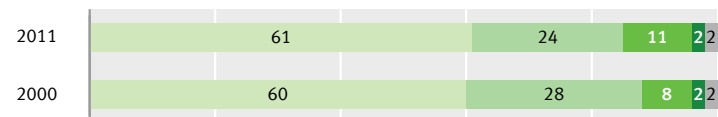
Gesundheitspersonal

in 1 000

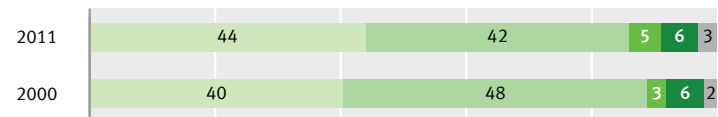


in %

Frauen



Männer



■ Gesundheitsdienstberufe
 ■ Andere Berufe im Gesundheitswesen
 ■ Soziale Berufe
 ■ Gesundheitshandwerker/-innen
 ■ Sonstige Gesundheitsfachberufe

2013 - 01 - 0253

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.1 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2011

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patientinnen gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
		Anzahl	%							Tage	%
	Insgesamt	18 797 989	9,4	22,1	25,7	35,7	7,2	47,3	52,7	7,7	1,7
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	18 196 558	7,0	22,7	26,3	36,6	7,4	47,2	52,8	7,9	1,8
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten ...	559 091	23,0	19,3	17,0	31,4	9,2	48,1	51,9	7,4	5,6
C00-D48	Neubildungen	1 856 272	1,7	9,7	35,0	48,8	4,8	50,5	49,5	8,1	0,5
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	1 491 383	1,4	6,5	34,0	53,0	5,1	54,8	45,1	8,8	0,5
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	56 755	0,2	4,7	56,9	36,1	2,1	74,7	25,3	9,1	2,8
C15	des Ösophagus	27 995	–	2,3	42,8	51,9	3,0	80,5	19,5	9,5	2,9
C16	des Magens	48 442	0,0	4,3	32,1	57,1	6,4	62,6	37,4	10,0	1,2
C18	des Dickdarmes	85 660	0,1	2,7	25,3	63,6	8,3	53,2	46,8	11,7	– 2,1
C19-C21	des Rektums und des Anus	77 546	0,0	3,1	34,9	57,1	5,0	61,2	38,8	10,4	– 3,4
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	26 453	1,0	2,6	30,0	62,6	3,8	70,6	29,4	8,4	– 1,8
C25	des Pankreas	44 081	0,0	2,2	29,7	62,2	5,8	51,4	48,6	10,5	2,2
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	207 015	0,0	1,8	40,8	55,2	2,2	68,0	32,0	7,9	0,9
C43	Bösartiges Melanom der Haut	25 549	0,1	13,1	33,8	48,3	4,7	54,3	45,7	5,1	– 0,9
C50	der Brustdrüse (Mamma)	139 136	0,0	10,7	46,3	39,4	3,7	0,6	99,4	6,6	– 1,5
C53	der Cervix uteri	14 876	–	25,0	49,2	23,2	2,6	–	100	8,4	– 3,1
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	20 115	0,1	3,2	33,0	57,1	6,5	–	100	9,5	– 3,0
C61	der Prostata	84 378	0,0	0,3	25,4	69,7	4,5	100	–	7,7	0,9
C67	der Harnblase	97 591	0,1	1,6	23,7	65,4	9,2	76,8	23,2	6,9	0,9
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	137 113	7,9	11,3	27,2	48,8	4,8	56,2	43,8	10,6	1,3
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	128 755	7,4	11,8	18,8	46,5	15,6	41,9	58,1	7,2	1,9
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	494 089	4,3	13,8	27,2	41,4	13,2	42,0	58,0	8,2	0,0
E10-E14	Diabetes mellitus	214 653	4,4	10,8	26,2	48,8	9,8	55,0	45,0	11,1	0,5
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	1 191 886	4,2	45,2	33,7	14,1	2,8	53,6	46,4	20,2	2,4
F10	durch Alkohol	338 471	1,3	44,3	47,7	6,7	0,1	72,8	27,2	7,5	1,5
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	95 969	0,5	81,0	15,2	3,0	0,4	72,2	27,8	11,7	0,1
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	738 055	6,1	20,1	30,9	36,7	6,1	52,7	47,3	6,8	3,4
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	330 587	3,6	8,1	22,2	57,4	8,6	44,9	55,1	3,4	0,0
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	152 979	11,1	22,1	33,9	30,1	2,8	46,6	53,4	4,6	2,7
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	2 798 015	0,5	5,6	25,2	56,4	12,3	53,2	46,8	8,1	1,5
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	660 047	0,0	3,1	31,6	58,4	6,9	66,8	33,2	6,2	– 0,9
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	844 312	0,4	4,7	18,7	59,3	16,9	51,2	48,8	8,4	3,1
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	358 446	0,2	3,6	20,8	58,6	16,8	50,3	49,7	12,0	0,1
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	1 157 502	19,9	20,1	19,2	32,2	8,5	54,9	45,1	7,2	2,6
J09-J11	Grippe	9 961	45,1	30,9	16,5	6,9	0,6	52,9	47,1	5,4	218,0
J12-J18	Pneumonie	283 358	18,1	8,1	14,7	42,5	16,6	56,5	43,5	9,6	1,3
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	1 824 317	4,8	21,9	30,0	36,1	7,4	50,7	49,3	6,4	2,1
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	267 829	8,9	34,7	26,0	24,7	5,7	53,6	46,4	7,8	3,3
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	1 751 745	1,8	16,5	37,3	40,7	3,7	43,4	56,6	7,9	3,1
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	1 000 550	3,5	24,4	28,5	36,7	6,9	44,4	55,6	5,6	1,7
N00-N29	Krankheiten der Niere	386 369	3,6	23,1	30,8	35,4	7,1	56,1	43,9	6,3	3,0
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	914 928	0,0	99,8	0,2	–	–	–	100	4,3	– 2,0
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	174 966	100	0,0	0,0	0,0	–	54,5	45,5	9,5	– 3,4
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	106 744	62,8	22,9	10,0	4,1	0,2	54,1	45,9	5,9	– 2,1
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	830 221	10,1	23,8	23,9	33,7	8,4	46,1	53,9	4,2	5,1
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	1 918 027	10,9	24,2	22,6	31,4	10,8	48,9	51,1	7,4	1,1
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	595 802	82,1	4,7	5,5	6,6	1,1	50,3	49,7	3,4	– 2,1
Z38	Gesunde Neugeborene	461 427	100	–	–	–	–	50,3	49,7	3,5	– 3,4

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Einschl. Sterbefälle und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.2 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten nach akuter Intoxikation (F10.0 Alkoholrausch)

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 – 80	80 – 90	90 und mehr
Insgesamt											
2000	54 041	62	9 514	6 906	12 220	13 075	6 979	3 939	1 097	221	28
2001	61 295	55	11 466	8 147	12 628	15 060	7 775	4 513	1 331	293	25
2002	63 124	38	12 807	8 316	12 356	15 209	7 995	4 800	1 303	278	20
2003	70 562	33	14 105	9 275	12 880	17 397	9 510	5 435	1 570	330	25
2004	81 212	23	16 423	11 040	13 444	19 991	11 236	6 586	1 991	442	34
2005	88 938	31	19 449	12 231	13 353	21 564	12 410	6 968	2 391	505	36
2006	87 535	18	19 423	12 768	12 283	20 730	12 960	6 447	2 390	478	38
2007	98 562	10	23 165	14 966	12 899	22 457	14 731	6 930	2 841	526	37
2008	109 283	21	25 709	16 976	13 805	24 368	17 097	7 437	3 209	620	41
2009	114 520	24	26 428	18 417	14 011	25 085	18 575	7 709	3 548	696	27
2010	115 436	21	25 995	19 074	13 876	24 742	19 383	7 719	3 857	723	46
2011	116 517	5	26 351	19 784	13 963	23 738	19 798	8 001	4 156	674	47
Männlich											
2000	38 843	39	5 957	5 069	9 231	9 825	4 959	2 904	740	109	10
2001	43 977	36	7 149	5 957	9 515	11 261	5 633	3 349	921	140	14
2002	45 098	25	7 847	6 038	9 328	11 400	5 829	3 576	898	140	15
2003	50 396	25	8 847	6 593	9 681	13 018	6 947	4 016	1 080	174	14
2004	57 572	16	10 178	7 872	10 112	14 834	8 134	4 791	1 394	223	16
2005	62 895	21	12 079	8 601	10 055	16 028	9 133	4 992	1 670	295	21
2006	62 139	12	12 201	9 094	9 141	15 452	9 658	4 620	1 680	265	16
2007	69 171	9	14 356	10 525	9 681	16 486	10 852	4 961	1 988	296	17
2008	76 654	14	15 797	11 902	10 318	17 949	12 759	5 320	2 249	329	17
2009	80 455	17	16 489	12 782	10 435	18 486	13 805	5 573	2 460	395	13
2010	81 175	19	16 163	13 248	10 317	18 307	14 469	5 577	2 632	423	20
2011	81 775	4	16 253	13 747	10 362	17 434	14 928	5 793	2 838	388	28
Weiblich											
2000	15 198	23	3 557	1 837	2 989	3 250	2 020	1 035	357	112	18
2001	17 315	19	4 315	2 189	3 113	3 799	2 142	1 164	410	153	11
2002	18 025	13	4 959	2 278	3 028	3 809	2 166	1 224	405	138	5
2003	20 166	8	5 258	2 682	3 199	4 379	2 563	1 419	490	156	11
2004	23 639	7	6 244	3 168	3 332	5 157	3 102	1 795	597	219	18
2005	26 041	10	7 369	3 630	3 297	5 536	3 277	1 976	721	210	15
2006	25 394	6	7 221	3 674	3 141	5 278	3 302	1 827	710	213	22
2007	29 390	1	8 808	4 441	3 218	5 971	3 879	1 969	853	230	20
2008	32 629	7	9 912	5 074	3 487	6 419	4 338	2 117	960	291	24
2009	34 065	7	9 939	5 635	3 576	6 599	4 770	2 136	1 088	301	14
2010	34 261	2	9 832	5 826	3 559	6 435	4 914	2 142	1 225	300	26
2011	34 742	1	10 098	6 037	3 601	6 304	4 870	2 208	1 318	286	19

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Die akute Intoxikation (Alkoholrausch) entspricht der Pos.-Nr. F10.0 der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.3 Aus der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2011

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
		Anzahl	%							Tage	%
	Insgesamt	1 613 239	5,2	15,1	42,8	34,4	2,5	46,3	53,7	25,1	– 2,8
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	1 495 232	4,5	15,7	44,0	33,4	2,5	46,3	53,7	25,3	– 3,1
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	4 924	7,0	15,3	39,0	34,6	4,1	53,3	46,7	24,5	4,4
C00-D48	Neubildungen	192 873	0,3	7,5	46,5	44,2	1,5	45,1	54,9	22,7	– 3,4
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	180 602	0,2	7,1	46,2	45,0	1,5	46,1	53,9	22,5	– 3,7
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	4 835	–	5,2	65,6	28,6	0,7	70,8	29,2	23,1	0,5
C15	des Ösophagus	1 912	–	4,0	54,4	40,9	0,6	81,3	18,7	22,3	10,8
C16	des Magens	4 836	–	4,7	36,8	55,6	2,9	57,5	42,5	22,1	– 1,4
C18	des Dickdarmes	12 727	–	3,2	31,5	59,5	5,8	48,6	51,4	22,2	– 3,0
C19-C21	des Rektums und des Anus	8 358	–	3,7	44,6	48,3	3,3	57,5	42,5	22,3	– 5,7
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	972	0,6	3,8	41,4	53,4	0,8	66,9	33,1	22,2	4,3
C25	des Pankreas	2 505	–	2,4	35,6	60,8	1,1	47,9	52,1	22,3	5,7
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	11 502	–	2,4	48,0	48,7	0,9	64,5	35,5	22,5	2,1
C43	Bösartiges Melanom der Haut	1 894	–	18,4	53,3	27,3	1,0	42,7	57,3	22,4	– 2,8
C50	der Brustdrüse (Mamma)	49 475	–	9,3	56,6	33,0	1,1	0,4	99,6	22,5	– 8,9
C53	der Cervix uteri	1 940	–	29,5	54,5	15,5	0,5	–	100	22,5	– 8,1
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	3 672	–	3,6	48,9	45,3	2,1	–	100	22,4	– 9,2
C61	der Prostata	31 595	–	0,2	37,6	61,9	0,3	100	–	22,2	– 2,3
C67	der Harnblase	6 060	–	1,8	33,9	62,4	1,9	74,9	25,1	22,2	– 0,5
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	9 838	2,1	17,0	47,4	32,7	0,8	53,4	46,6	23,0	– 4,0
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	6 370	69,4	10,0	14,4	5,4	0,8	49,6	50,4	21,7	– 16,0
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	36 765	18,6	25,4	43,7	11,7	0,5	54,0	46,0	25,1	– 13,5
E10-E14	Diabetes mellitus	16 095	3,9	16,5	61,4	17,7	0,6	61,0	39,0	23,2	– 9,9
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	225 488	6,6	40,6	50,0	2,6	0,1	35,7	64,3	36,2	3,4
F10	durch Alkohol	17 841	–	40,2	56,9	2,9	–	72,5	27,5	79,1	– 6,6
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	2 588	–	81,6	17,5	0,8	–	72,6	27,4	84,4	14,1
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	45 509	4,3	22,8	43,1	28,2	1,6	50,6	49,3	30,2	– 0,6
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	819	13,4	20,8	49,0	14,7	2,2	44,9	55,1	24,1	– 14,4
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	4 083	5,8	19,7	65,2	8,8	0,5	55,4	44,6	27,8	– 12,4
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	237 245	0,1	5,7	39,0	50,8	4,4	63,6	36,3	24,8	– 1,3
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	89 485	–	4,5	44,2	48,7	2,5	73,8	26,2	21,2	– 0,9
I30-I33,I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	12 791	0,4	11,1	47,3	36,3	4,8	63,6	36,4	22,3	3,9
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	89 538	0,1	5,3	32,6	55,6	6,4	56,6	43,4	30,2	– 0,5
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	64 179	37,3	10,9	32,4	18,5	0,9	54,1	45,9	23,4	– 9,4
J09-J11	Grippe	59	5,1	30,5	54,2	10,2	–	52,5	47,5	23,2	– 1,7
J12-J18	Pneumonie	3 226	3,6	11,7	37,7	41,2	5,9	56,6	43,4	21,8	7,1
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	18 161	2,1	21,8	46,1	27,2	2,7	46,9	53,1	22,5	– 2,4
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	16 969	39,0	22,0	33,4	5,3	0,3	46,8	53,2	23,8	– 11,8
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	516 658	0,4	11,8	48,7	37,3	1,8	42,7	57,3	22,2	– 4,8
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	4 177	4,4	20,6	43,6	28,5	2,9	37,4	62,6	22,5	– 9,5
N00-N29	Krankheiten der Niere	2 049	3,0	13,3	46,5	33,7	3,6	53,0	47,0	21,9	– 9,7
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	36	–	91,7	8,3	–	–	–	–	20,4	– 18,2
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	158	77,8	10,8	10,1	1,3	–	55,7	44,3	28,2	– 15,1
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4 130	37,8	30,7	23,9	7,3	0,3	45,2	54,8	25,9	– 2,3
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	15 345	14,1	28,2	27,8	24,1	5,8	36,4	63,6	22,2	– 9,8
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	101 343	0,7	10,0	26,8	51,7	10,8	41,0	59,0	24,0	0,1
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	113 999	13,5	8,5	28,7	46,8	2,6	46,3	53,7	21,6	1,2

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.4 Operationen und Prozeduren bei vollstationären Patientinnen und Patienten 2011

OPS	Prozedur ¹	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Männlich	Weiblich	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
			unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr			
		Anzahl	%								
	Insgesamt	49 349 162	3,3	2,5	16,0	28,6	43,4	6,3	50,5	49,5	4,2
1	Diagnostische Maßnahmen ...	9 769 590	4,3	2,7	13,0	28,7	45,2	6,1	52,5	47,4	3,5
3	Bildgebende Diagnostik	9 125 033	0,3	1,3	12,6	29,2	48,8	7,8	51,7	48,3	8,4
5	Operationen	15 373 497	0,4	3,0	23,3	31,4	37,5	4,4	46,9	53,1	2,9
5-01 – 5-05	Operationen am Nervensystem	702 467	0,6	1,8	19,2	37,3	38,7	2,4	50,5	49,5	3,2
5-06 – 5-07	Operationen an endokrinen Drüsen	191 175	0,1	0,6	25,3	49,5	24,1	0,4	28,7	71,3	– 0,8
5-08 – 5-16	Operationen an den Augen	555 788	0,2	2,5	7,7	23,7	57,4	8,4	48,8	51,2	1,4
5-18 – 5-20	Operationen an den Ohren	152 012	1,2	32,6	22,1	23,7	18,4	2,0	56,7	43,3	1,5
5-21 – 5-22	Operationen an Nase und Nasennebenhöhlen	449 683	0,1	2,4	53,6	31,0	11,9	1,0	60,5	39,5	1,1
5-23 – 5-28	Operationen an Mundhöhle und Gesicht	336 595	1,6	28,7	33,0	18,8	16,0	2,0	53,7	46,2	– 1,0
5-29 – 5-31	Operationen an Pharynx, Larynx und Trachea	118 062	0,3	1,2	12,0	40,9	43,1	2,4	65,9	34,1	0,8
5-32 – 5-34	Operationen an Lunge und Bronchus	153 396	0,7	1,2	13,6	35,5	46,6	2,5	63,7	36,3	4,3
5-35 – 5-37	Operationen am Herzen	373 837	1,6	1,0	3,3	21,9	64,7	7,5	65,3	34,7	3,4
5-38 – 5-39	Operationen an den Blutgefäßen	712 219	0,3	0,6	7,8	33,7	52,3	5,3	54,9	45,1	3,7
5-40 – 5-41	Operationen am hämatopoetischen und Lymphgefäßsystem	176 825	0,1	1,2	13,0	42,7	40,6	2,5	33,1	66,9	1,5
5-42 – 5-54	Operationen am Verdauungstrakt	2 329 341	0,8	1,8	16,7	31,6	43,0	6,2	52,0	48,0	2,5
5-55 – 5-59	Operationen an den Harnorganen	566 999	0,4	1,6	10,8	30,0	51,1	6,1	64,7	35,3	2,0
5-60 – 5-64	Operationen an den männlichen Geschlechtsorganen ..	225 214	1,8	13,4	11,9	22,2	47,3	3,4	99,6	/	– 0,3
5-65 – 5-71	Operationen an den weiblichen Geschlechtsorganen	645 575	0,0	0,4	41,3	36,1	20,9	1,3	–	100	0,4
5-72 – 5-75	Geburtshilfliche Operationen ..	764 113	–	0,0	99,8	0,2	0,0	0,0	–	100	– 1,5
5-76 – 5-77	Operationen an Kiefer- und Gesichtsschädelknochen ...	75 962	0,2	3,3	50,8	25,6	17,8	2,4	60,6	39,4	4,8
5-78 – 5-86	Operationen an den Bewegungsorganen	4 373 112	0,1	2,4	19,4	36,7	37,3	4,1	46,1	53,9	4,3
5-87 – 5-88	Operationen an der Mamma ...	185 674	0,0	0,1	19,1	47,9	30,5	2,3	2,7	97,3	– 2,6
5-89 – 5-92	Operationen an Haut und Unterhaut	1 176 772	0,6	3,7	19,4	26,6	41,1	8,6	55,5	44,5	1,3
5-93 – 5-99	Zusatzinformationen zu Operationen	1 108 676	0,3	2,5	16,3	34,8	42,2	3,9	54,2	45,8	10,4
6	Medikamente	284 483	3,1	2,7	11,3	37,7	43,3	1,9	56,9	43,1	– 0,9
8	Nichtoperative therapeutische Maßnahmen	13 066 784	3,4	2,7	10,1	27,2	48,6	7,9	54,3	45,7	2,9
9	Ergänzende Maßnahmen	1 725 276	37,2	1,9	30,4	8,5	17,3	4,7	35,4	64,6	9,0

Ergebnisse der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik). – Die Erhebung erstreckt sich auf alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG unterliegen.

1 Ohne Duplikate.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.5 Schwerbehinderte Menschen nach Art, Ursache und Grad der schwersten Behinderung am 31.12.2011

	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von						Veränderung gegenüber 2009 insgesamt
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100	
Insgesamt	7 289 173	100	31,4	16,1	11,1	12,0	5,1	24,3	2,6
nach der Art der schwersten Behinderung									
Körperliche Behinderungen									
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	64 332	0,9	18,6	11,7	14,4	15,1	9,2	30,9	- 6,5
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	976 663	13,4	33,6	20,4	14,0	11,5	5,7	14,8	- 2,0
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	867 029	11,9	46,1	20,3	12	8,6	3,9	9,1	- 2,1
Querschnittslähmung	16 911	0,2	1,1	1,1	1,7	4,4	2,4	89,2	0,7
Blindheit und Sehbehinderung	350 655	4,8	14,3	8,2	8,1	8,1	6,7	54,6	- 0,6
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹⁾	283 355	3,9	28,4	17,2	14,9	13,4	6,7	19,5	3,7
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	179 391	2,5	38,7	21,7	8,9	12,8	3,9	14,0	0,3
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 806 355	24,8	32,1	17,1	10,9	13,4	5,3	21,2	3,5
Zusammen	4 544 691	62,3	33,4	17,8	11,7	11,6	5,3	20,1	0,6
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen									
Hirnorganische Anfälle	156 800	2,2	21,7	13,5	10,9	13,5	5,9	34,6	0,7
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen ..	500 000	6,9	13,4	8,9	9,3	13,7	6,8	47,9	5,1
Störungen der geistigen Entwicklung ²⁾	311 948	4,3	11,1	5,5	6,5	15,2	3,2	58,5	4,5
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	440 454	6,0	48,4	17,3	10,5	10,3	2,7	10,7	15,4
Suchtkrankheiten	55 508	0,8	31,0	20,6	15,5	13,9	4,8	14,2	8,2
Zusammen	1 464 710	20,1	25,0	11,6	9,4	13,0	4,6	36,3	7,5
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen									
Zusammen	1 279 772	17,6	31,3	15,1	10,8	12,3	5,2	25,3	4,8
nach der Ursache der schwersten Behinderung									
Angeborene Behinderung	301 368	4,1	12,8	6,5	6,3	12,6	3,3	58,5	- 0,4
Allgemeine Krankheit ³⁾	6 079 359	83,4	32,2	16,5	11,2	12,0	5,2	22,8	4,3
Arbeitsunfall ⁴⁾ , Berufskrankheit	69 069	0,9	36,9	19,6	13,1	10,2	4,7	15,5	- 3,9
Verkehrsunfall	38 925	0,5	28,2	15,5	12,4	12,8	5,0	26,1	- 2,5
Häuslicher Unfall	7 332	0,1	37,6	15,9	10,2	9,8	3,7	22,7	- 3,8
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	25 175	0,3	34,2	15,7	11,8	10,3	4,5	23,4	- 7,2
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung ..	46 357	0,6	20,6	14,3	13,2	13,4	8,5	30,1	- 22,8
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	721 588	9,9	32,3	16,1	11,5	12,2	5,4	22,5	- 5,3

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

- 1 Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.
 2 Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

- 3 Einschl. Impfschäden.
 4 Einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.6 Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht am 31.12.2011

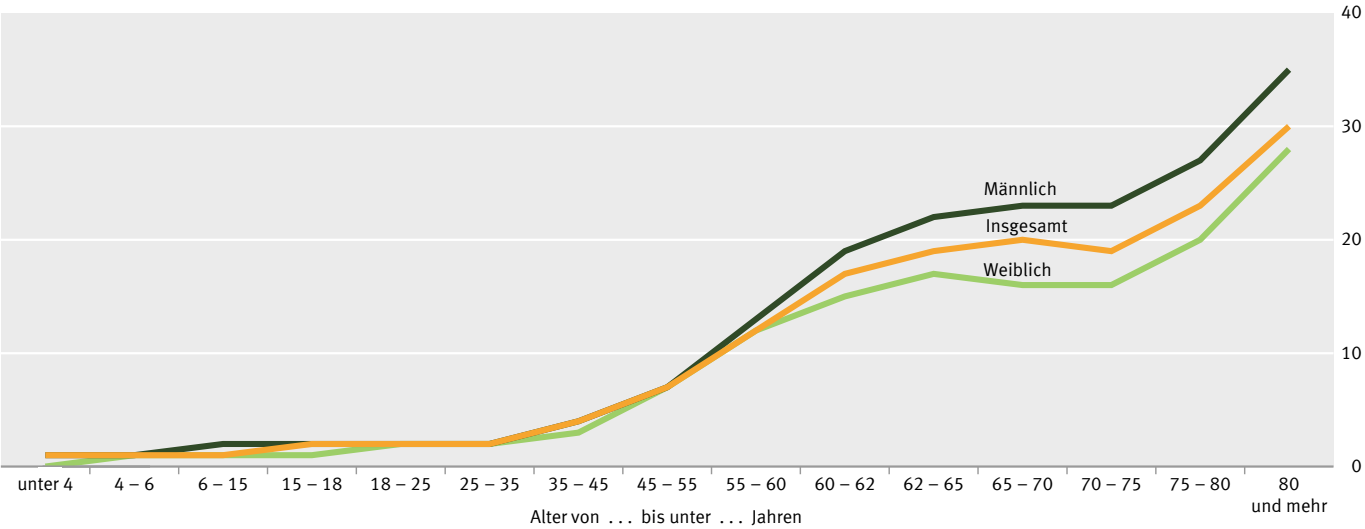
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹
Insgesamt	7 289 173	9	3 733 913	9	3 555 260	9
unter 4	14 194	1	7 937	1	6 257	0
4 – 6	14 376	1	8 334	1	6 042	1
6 – 15	97 988	1	59 208	2	38 780	1
15 – 18	38 696	2	22 833	2	15 863	1
18 – 25	123 983	2	71 949	2	52 034	2
25 – 35	223 679	2	125 244	2	98 435	2
35 – 45	390 234	4	203 633	4	186 601	3
45 – 55	916 329	7	473 124	7	443 205	7
55 – 60	688 194	12	360 297	13	327 897	12
60 – 62	354 317	17	190 880	19	163 437	15
62 – 65	536 489	19	300 923	22	235 566	17
65 – 70	793 048	20	452 191	23	340 857	16
70 – 75	968 104	19	540 139	23	427 965	16
75 – 80	791 280	23	400 949	27	390 331	20
80 und mehr	1 338 262	30	516 272	35	821 990	28

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

1 Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Bevölkerungsstand: 31.12.2011, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung) in %.

Schwerbehindertenquote am 31.12.2011

Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



Bevölkerungsstand: 31.12.2011, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2013 - 01 - 0249

4 Gesundheit
4.1 Gesundheitliche Lage
4.1.7 Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2011

Weitere Informationen zur Pflegeversicherung siehe Kapitel „Soziales“

	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt
	insgesamt	darunter weiblich	I	II	III ¹		
	Anzahl	%					
Insgesamt	2 501 441	65,5	54,8	32,7	12,2	0,3	100
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 758 321	61,9	61,8	29,5	8,7	–	70,3
davon:							
Allein durch Angehörige ²	1 182 057	59,0	64,5	27,9	7,6	–	47,3
Zusammen mit/durch ambulante(n) Pflegedienste(n)	576 264	67,9	56,3	32,8	10,9	–	23,0
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen ..	743 120	74,0	38,1	40,3	20,4	1,1	29,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

1 Einschl. Härtefälle.

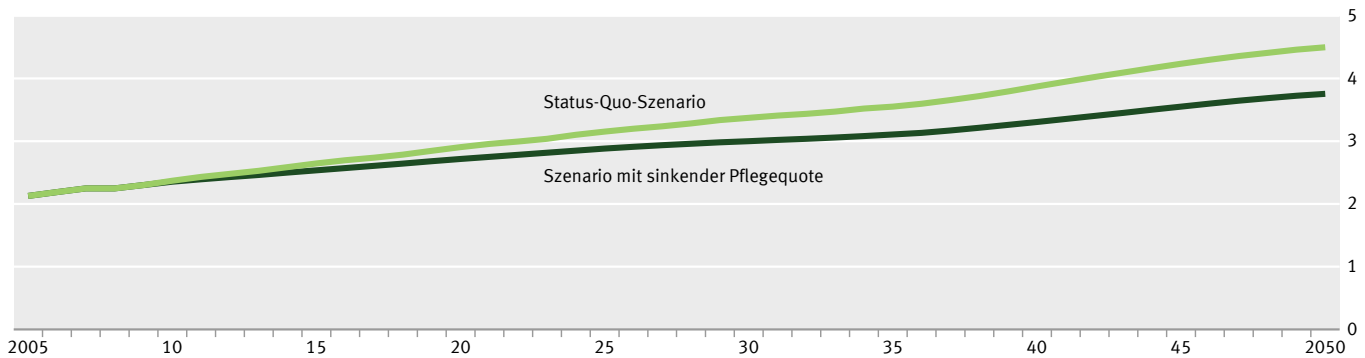
2 Entspricht den Empfängern/Empfängerinnen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfängern/Empfängerinnen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

4.1.8 Pflegebedürftige nach dem Alter 2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	vollstationär in Heimen					
	Anzahl			%			
Insgesamt	1 758 321	743 120	2 501 441	65,5	3,1	2,1	3,9
unter 15	67 594	140	67 734	39,8	0,6	0,7	0,5
15 – 60	234 444	34 228	268 672	46,7	0,5	0,6	0,5
60 – 65	66 984	18 777	85 761	47,7	1,8	1,9	1,6
65 – 70	88 192	26 312	114 504	48,8	2,8	3,0	2,7
70 – 75	180 531	58 451	238 982	52,9	4,8	4,8	4,7
75 – 80	248 762	88 296	337 058	60,5	9,8	8,9	10,5
80 – 85	338 705	146 113	484 818	68,7	20,5	16,6	22,9
85 – 90	326 791	195 210	522 001	78,2	38,0	28,6	41,9
90 und mehr ..	206 318	175 593	381 911	83,3	57,8	36,9	65,2

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

Pflegebedürftige bis 2050
in Mill.



2013 - 01 - 0250

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.9 Schwangerschaftsabbrüche

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	%										
2010	110 431	100	0,4	3,7	6,8	24,6	23,0	19,4	14,5	7,1	0,6	0,0
2011	108 867	100	0,3	3,4	6,3	24,9	23,1	20,1	14,4	6,9	0,6	0,0
2012	106 815	100	0,3	3,2	6,2	24,0	23,3	20,8	14,5	7,0	0,6	0,0
2012												
Begründung des Abbruchs												
Medizinische Indikation	3 326	3,1	0,8	0,8	0,9	1,4	2,8	4,1	5,2	6,2	5,1	5,9
Kriminologische Indikation	27	0,0	0,3	–	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–
Beratungsregelung	103 462	96,9	98,9	99,2	99,1	98,6	97,2	95,9	94,8	93,8	94,9	94,1
Art des Eingriffs												
Curettage	11 442	10,7	12,9	12,7	15,8	11,5	10,0	9,9	9,6	10,0	8,9	5,9
Vakuumaspiration	74 089	69,4	70,0	71,7	70,1	71,1	68,9	68,3	68,5	68,0	69,0	70,6
Hysterotomie/Hysterektomie	23	0,0	–	0,0	–	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	–
Mifegyne	17 252	16,2	13,9	13,1	12,1	15,0	17,8	17,2	16,6	15,5	16,4	17,6
Medikamentös	3 551	3,3	3,2	2,4	1,9	2,2	2,9	3,8	4,6	5,9	5,1	5,9
Fetozid bei Mehrlings- schwangerschaften	95	0,1	–	–	–	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,3	–
Fetozid bei sonstigen Fällen	363	0,3	–	0,0	0,1	0,2	0,3	0,6	0,4	0,5	0,1	–
Vorangegangene Lebendgeborene												
Keine	42 616	39,9	100	99,7	87,6	62,2	36,6	21,5	14,0	11,8	12,5	11,8
1	27 914	26,1	–	0,2	11,1	26,5	32,5	29,1	25,2	24,1	21,1	–
2	24 387	22,8	–	0,0	1,2	9,3	22,0	32,8	38,4	39,8	39,0	35,3
3	8 355	7,8	–	–	0,1	1,7	6,6	11,5	15,2	16,6	18,3	23,5
4 und mehr	3 543	3,3	–	–	–	0,3	2,3	5,0	7,3	7,7	9,2	29,4
Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft von ... bis ... vollendete Wochen												
unter 5	7 970	7,5	6,2	5,1	5,3	6,5	7,6	8,4	8,1	9,0	11,3	11,8
5 – 6	32 094	30,0	27,3	27,3	26,0	28,6	30,3	31,0	31,7	32,5	36,2	47,1
7 – 8	37 872	35,5	34,6	35,4	35,9	36,5	35,7	34,9	35,3	33,1	34,0	11,8
9 – 11	26 133	24,5	31,4	31,4	32,0	27,4	24,2	22,4	20,6	20,0	14,2	23,5
12 – 21	2 299	2,2	0,5	0,7	0,6	0,9	1,8	2,7	3,8	4,9	3,9	5,9
22 und mehr	447	0,4	–	0,0	0,1	0,2	0,4	0,7	0,5	0,5	0,3	–

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

4.1.10 Schwangerschaftsabbrüche nach Land des Wohnsitzes der Frauen 2012

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	je 10 000 Frauen der gleichen Altersgruppe (Quote) ¹										
Insgesamt ohne Ausland	105 727	57	.	30	79	104	101	91	64	23	2	.
Baden-Württemberg	11 809	47	.	23	72	85	78	75	57	20	2	.
Bayern	12 040	41	.	21	53	71	69	66	50	20	2	.
Berlin	9 269	108	.	63	167	187	166	148	116	46	3	.
Brandenburg	3 497	68	.	55	97	118	139	119	73	25	1	.
Bremen	1 578	105	.	56	184	176	157	158	115	35	5	.
Hamburg	3 867	85	.	74	136	146	133	110	81	41	4	.
Hessen	8 745	63	.	31	93	114	110	98	71	26	2	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 970	89	.	52	114	145	184	136	96	32	2	.
Niedersachsen	8 558	49	.	25	67	95	89	78	52	20	2	.
Nordrhein-Westfalen	21 866	54	.	26	72	106	93	86	58	20	2	.
Rheinland-Pfalz	3 933	44	.	20	77	82	76	72	50	14	1	.
Saarland	1 177	54	.	30	68	103	97	90	61	18	2	.
Sachsen	5 594	67	.	41	98	106	113	105	74	30	2	.
Sachsen-Anhalt	3 891	84	.	61	111	145	168	137	84	30	1	.
Schleswig-Holstein	3 487	56	.	35	84	114	99	89	57	23	2	.
Thüringen	3 446	76	.	47	94	117	139	127	97	30	2	.
Ausland	1 088	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

1 Vorläufige Berechnung mit Bevölkerungsangaben von 2011 (Bevölkerungsstand: 31.12.2011, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.11 Gestorbene Säuglinge 2011

Pos.-Nr. der ICD ¹⁾	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Verän- derung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich				
		Anzahl ^{1,2)}											%
A00–R99	Krankheiten insgesamt	2 333	1 302	1 031	397	345	295	198	191	157	419	331	2,8
A00–B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	24	14	10	–	1	–	3	6	2	8	4	– 29,4
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechsel- krankheiten	29	18	11	–	–	1	2	5	1	12	8	7,4
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	63	35	28	2	1	3	–	–	2	30	25	23,5
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben . . . darunter:	1 199	668	531	288	246	193	126	99	85	88	74	4,0
P00–P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	267	149	118	110	85	36	24	1	6	2	3	25,4
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwanger- schaftsdauer u. niedrigem Geburts- gewicht, a.n.k.	438	254	184	140	107	63	39	34	24	17	14	– 15,0
P21	Asphyxie unter der Geburt . .	63	27	36	3	14	15	13	5	4	4	5	3,3
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neu- geborenen	45	24	21	10	12	9	6	1	2	4	1	80,0
P35-P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	59	36	23	3	1	13	7	13	13	7	2	37,2
P50-P61	Hämorrhagische und hämatologische Krank- heiten beim Feten und Neugeborenen	66	34	32	1	5	14	13	13	10	6	4	29,4
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromoso- menanomalien darunter:	655	362	293	89	75	81	50	61	54	131	114	2,0
Q00–Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	58	29	29	10	10	5	8	3	2	11	9	5,5
Q20–Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems . . .	235	134	101	13	9	22	14	41	31	58	47	3,5
Q30–Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	62	37	25	14	17	16	5	2	1	5	2	14,8
Q90–Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	111	56	55	21	17	12	8	8	9	15	21	– 7,5
R95	Plötzlicher Kindstod	147	94	53	1	–	3	2	8	4	82	47	– 10,4
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbi- dität und Mortalität	75	45	30	7	5	3	–	3	3	32	22	41,5

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.12 Gestorbene Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene 2011

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von . . . bis unter . . .								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
je 100 000 Lebendgeborene des jeweiligen Geschlechts ²													%
A00–R99	Krankheiten insgesamt	352,1	383,1	319,4	116,8	106,9	86,8	61,3	56,2	48,6	123,3	102,5	5,2
A00–B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	3,6	4,1	3,1	–	0,3	–	0,9	1,8	0,6	2,4	1,2	– 27,6
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankheiten	4,4	5,3	3,4	–	–	0,3	0,6	1,5	0,3	3,5	2,5	9,4
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	9,5	10,3	8,7	0,6	0,3	0,9	–	–	0,6	8,8	7,7	26,8
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben . . .	180,9	196,5	164,5	84,7	76,2	56,8	39,0	29,1	26,3	25,9	22,9	6,4
	darunter:												
P00–P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	40,3	43,8	36,6	32,4	26,3	10,6	7,4	0,3	1,9	0,6	0,9	28,3
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	66,1	74,7	57,0	41,2	33,1	18,5	12,1	10,0	7,4	5,0	4,3	– 13,0
P21	Asphyxie unter der Geburt	9,5	7,9	11,2	0,9	4,3	4,4	4,0	1,5	1,2	1,2	1,5	5,6
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	6,8	7,1	6,5	2,9	3,7	2,6	1,9	0,3	0,6	1,2	0,3	83,5
P35-P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	8,9	10,6	7,1	0,9	0,3	3,8	2,2	3,8	4,0	2,1	0,6	41,3
P50-P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	10,0	10,0	9,9	0,3	1,5	4,1	4,0	3,8	3,1	1,8	1,2	32,8
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	98,8	106,5	90,8	26,2	23,2	23,8	15,5	17,9	16,7	38,5	35,3	4,4
	darunter:												
Q00–Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	8,8	8,5	9,0	2,9	3,1	1,5	2,5	0,9	0,6	3,2	2,8	8,1
Q20–Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	35,5	39,4	31,3	3,8	2,8	6,5	4,3	12,1	9,6	17,1	14,6	5,9
Q30–Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	9,4	10,9	7,7	4,1	5,3	4,7	1,5	0,6	0,3	1,5	0,6	16,9
Q90–Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	16,8	16,5	17,0	6,2	5,3	3,5	2,5	2,4	2,8	4,4	6,5	– 5,4
R95	Plötzlicher Kindstod	22,2	27,7	16,4	0,3	–	0,9	0,6	2,4	1,2	24,1	14,6	– 8,3
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	11,3	13,2	9,3	2,1	1,5	0,9	–	0,9	0,9	9,4	6,8	45,1

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2011

Pos.-Nr. der ICD ¹⁾	Todesursache	Gestorbene							Veränderung gegenüber Vorjahr
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 und mehr	
		Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl					
Männlich									
A00–T98	Todesursachen insgesamt	407 628	1 015,2	1 347	648	12 773	75 028	317 832	– 0,3
A00–B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	7 550	18,8	14	27	302	1 293	5 914	4,9
	darunter:								
A15–A19	Tuberkulose	164	0,4	–	–	12	43	109	– 14,6
B20–B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	378	0,9	1	–	114	197	66	– 0,5
C00–C97	Bösartige Neubildungen	119 755	298,2	15	135	1 873	27 247	90 485	1,3
	darunter:								
C15–C26	der Verdauungsorgane	38 531	96,0	2	4	519	8 842	29 164	2,7
C30–C39	der Atmungsorgane und sonstiger intrathorakaler Organe	31 293	77,9	1	1	248	8 617	22 426	1,1
C50	der Brustdrüse (Mamma)	159	0,4	1	–	5	35	118	48,6
C60–C63	der männlichen Genitalorgane	13 676	34,1	–	–	74	1 093	12 509	4,9
C81–C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	9 523	23,7	2	42	262	1 678	7 539	2,8
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	12 387	30,8	18	31	323	2 141	9 874	3,3
	darunter:								
E10–E14	Diabetes mellitus	9 915	24,7	–	1	126	1 462	8 326	3,5
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	10 996	27,4	–	–	769	2 567	7 660	6,0
	darunter:								
F10–F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	4 462	11,1	–	–	754	2 415	1 293	– 2,6
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	10 747	26,8	35	81	488	1 637	8 506	2,1
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	145 555	362,5	21	38	1 668	18 670	125 158	– 2,6
	darunter:								
I10–I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	9 979	24,9	–	1	63	958	8 957	5,6
I20–I25	Ischämische Herzkrankheiten	64 811	161,4	1	–	601	9 652	54 557	– 3,8
	darunter:								
I21-I22	Myokardinfarkt	30 730	76,5	1	–	495	6 610	23 624	– 6,8
I30–I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	33 791	84,2	14	24	534	3 710	29 509	– 2,6
I60–I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	23 041	57,4	3	9	228	2 291	20 510	– 2,3
I70–I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	8 478	21,1	1	1	91	995	7 390	– 2,4
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	32 031	79,8	18	27	283	3 369	28 334	0,1
	darunter:								
J09–J18	Grippe und Pneumonie	9 493	23,6	11	15	127	852	8 488	– 0,6
J45–J46	Asthma bronchiale	481	1,2	–	4	38	113	326	– 4,8
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	20 548	51,2	5	9	834	6 407	13 293	– 3,0
	darunter:								
K70–K77	Krankheiten der Leber	9 917	24,7	–	2	577	4 720	4 618	– 1,7
N00–N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	8 408	20,9	–	1	48	535	7 824	– 0,4
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	697	1,7	668	12	9	5	3	3,9
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	859	2,1	362	90	148	177	82	7,5
R00–R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	12 332	30,7	133	33	985	4 397	6 784	– 2,6
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	94	0,2	94	–	–	–	–	– 8,7
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	20 224	50,4	45	146	4 892	5 818	9 323	0,2
	darunter:								
V01–V99	Transportmittelunfälle	3 218	8,0	2	50	1 541	869	756	11,7
W00–W19	Stürze	4 445	11,1	2	9	201	671	3 562	2,3
X60–X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	7 646	19,0	–	12	2 119	2 905	2 610	2,4
X85–Y09	Tätlicher Angriff	232	0,6	14	7	99	70	42	– 2,5

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2011

Pos.-Nr. der ICD ¹⁾	Todesursache	Gestorbene							Veränderung gegenüber Vorjahr
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 und mehr	
		Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen	Anzahl					
Weiblich									
A00–T98	Todesursachen insgesamt	444 700	1 068,3	1 061	521	6 337	40 704	396 077	– 1,1
A00–B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	9 133	21,9	10	17	128	640	8 338	11,4
	darunter:								
A15–A19	Tuberkulose	122	0,3	–	1	9	11	101	13,0
B20–B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	85	0,2	–	–	29	44	12	13,3
C00–C97	Bösartige Neubildungen	101 836	244,6	7	106	2 311	21 133	78 279	1,1
	darunter:								
C15–C26	der Verdauungsorgane	31 694	76,1	–	1	382	4 621	26 690	0,8
C30–C39	der Atmungsorgane u. sonstiger intrathorakaler Organe	14 691	35,3	–	–	214	4 650	9 827	4,9
C50	der Brustdrüse (Mamma)	17 815	42,8	–	–	641	4 739	12 435	2,0
C51–C58	der weiblichen Genitalorgane	11 217	26,9	–	–	330	2 693	8 194	4,0
C81–C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	8 654	20,8	2	39	195	1 079	7 339	4,3
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	17 435	41,9	11	33	215	1 034	16 142	1,1
	darunter:								
E10–E14	Diabetes mellitus	13 637	32,8	–	2	65	600	12 970	0,6
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	16 117	38,7	–	5	198	782	15 132	9,6
	darunter:								
F10–F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	1 315	3,2	–	–	155	675	485	4,0
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	11 959	28,7	28	60	296	1 188	10 387	5,7
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	196 678	472,5	17	32	784	6 589	189 256	– 3,2
	darunter:								
I10–I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	23 596	56,7	2	3	23	342	23 226	3,4
I20–I25	Ischämische Herzkrankheiten	62 290	149,6	1	–	138	2 256	59 895	– 5,2
	darunter:								
I21–I22	Myokardinfarkt	24 556	59,0	–	–	105	1 552	22 899	– 6,0
I30–I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	56 014	134,6	11	17	191	1 487	54 308	– 2,2
I60–I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	36 025	86,5	1	7	219	1 455	34 343	– 5,1
I70–I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	10 384	24,9	1	2	45	374	9 962	– 1,6
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	27 988	67,2	12	29	190	1 991	25 766	– 1,8
	darunter:								
J09–J18	Grippe und Pneumonie	10 069	24,2	6	18	80	380	9 585	– 2,2
J45–J46	Asthma bronchiale	694	1,7	–	–	27	113	554	– 3,5
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	19 959	47,9	2	9	362	2 934	16 652	– 7,2
	darunter:								
K70–K77	Krankheiten der Leber	5 257	12,6	–	3	258	2 035	2 961	– 1,2
N00–N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	11 259	27,0	1	1	32	313	10 912	– 0,6
O00–O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	32	0,1	–	–	32	–	–	– 13,5
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	547	1,3	531	6	6	3	1	5,0
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	760	1,8	293	76	106	165	120	– 1,7
R00–R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	10 218	24,5	114	17	315	1 514	8 258	– 6,8
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	53	0,1	53	–	–	–	–	– 13,1
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	12 764	30,7	30	109	1 256	1 834	9 535	– 2,8
	darunter:								
V01–V99	Transportmittelunfälle	1 118	2,7	2	41	344	268	463	5,5
W00–W19	Stürze	5 277	12,7	3	7	31	195	5 041	2,8
X60–X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	2 498	6,0	–	9	582	859	1 048	– 2,3
X85–Y09	Tätlicher Angriff	199	0,5	8	10	67	49	65	– 17,1

Ergebnisse der Todesursachenstatistik. – Ohne Totgeborene und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.1 Ausgewählte Kennzahlen zu Krankenhäusern

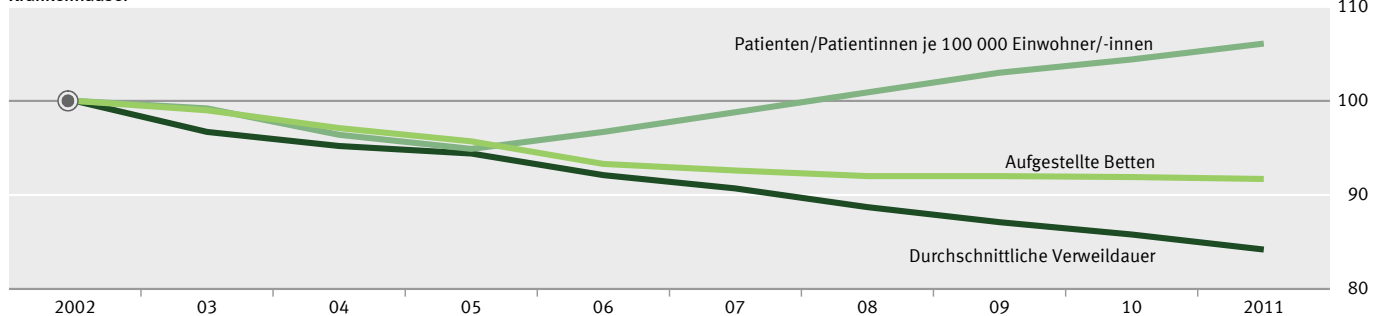
	Krankenhäuser	Aufgestellte Betten		Patienten/Patientinnen		Berechnungstage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen	1 000	Tage	%
2007	2 087	506 954	616	17 178 573	20 883	142 893	8,3	77,2
2008	2 083	503 360	613	17 519 579	21 334	142 535	8,1	77,4
2009	2 084	503 341	615	17 817 180	21 762	142 414	8,0	77,5
2010	2 064	502 749	615	18 032 903	22 057	141 942	7,9	77,4
2011	2 045	502 029	614	18 344 156	22 431	141 676	7,7	77,3
2011 nach Ländern								
Baden-Württemberg	285	56 910	528	2 059 083	19 120	16 013	7,8	77,1
Bayern	370	75 827	604	2 811 503	22 378	21 216	7,5	76,7
Berlin	79	19 905	572	771 418	22 171	5 981	7,8	82,3
Brandenburg	53	15 242	610	544 582	21 793	4 425	8,1	79,5
Bremen	14	5 134	778	200 279	30 334	1 467	7,3	78,3
Hamburg	47	12 071	673	461 221	25 733	3 659	7,9	83,0
Hessen	174	35 941	591	1 299 328	21 379	10 067	7,7	76,7
Mecklenburg-Vorpommern	39	10 375	633	410 150	25 042	2 987	7,3	78,9
Niedersachsen	197	42 204	533	1 615 879	20 407	12 353	7,6	80,2
Nordrhein-Westfalen	401	121 556	681	4 286 435	24 027	33 534	7,8	75,6
Rheinland-Pfalz	95	25 375	634	890 729	22 267	6 752	7,6	72,9
Saarland	23	6 451	636	266 487	26 254	2 045	7,7	86,9
Sachsen	80	26 467	639	986 173	23 818	7 649	7,8	79,2
Sachsen-Anhalt	49	16 388	705	591 354	25 452	4 498	7,6	75,2
Schleswig-Holstein	94	15 990	564	580 808	20 483	4 505	7,8	77,2
Thüringen	45	16 193	727	568 731	25 533	4 526	8,0	76,6

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

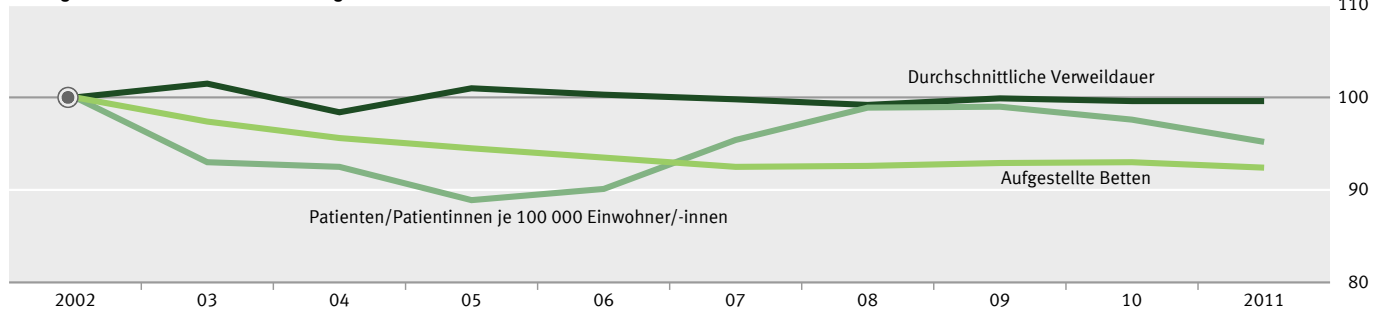
Entwicklung zentraler Indikatoren der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2002 = 100

Krankenhäuser



Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen



Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2013 - 01 - 0252

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.2 Vor-, nach- und teilstationäre Behandlungen in Krankenhäusern 2011

Bezeichnung der Fachabteilung	Kranken- häuser mit entsprechender Fachabteilung	Krankenhäuser mit						
		vorstationären Behandlungen		nachstationären Behandlungen		teilstationären Behandlungen		
		Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Berechnungs- tage
	Anzahl							
Fachabteilungen insgesamt	X	X	3 820 969	X	958 163	X	686 364	6 016 095
davon:								
Allgemeine Fachabteilungen zusammen ..	X	X	3 769 340	X	945 503	X	532 600	2 059 902
davon:								
Augenheilkunde	143	139	74 973	105	31 850	8	1 081	1 084
Chirurgie	1 042	1 041	1 321 438	929	374 789	15	4 388	7 208
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	699	694	385 516	607	81 701	39	12 007	39 180
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	335	327	193 802	179	91 595	22	8 206	22 711
Haut- und Geschlechtskrankheiten	98	89	40 783	83	22 390	47	29 000	148 500
Herzchirurgie	61	58	6 393	48	2 747	5	167	168
Innere Medizin	1 131	1 109	866 550	943	132 947	265	336 660	1 118 445
Geriatrie	178	111	3 002	87	523	133	30 694	372 637
Kinderchirurgie	75	74	25 132	68	14 241	10	2 114	2 440
Kinderheilkunde	339	331	110 344	309	41 612	76	58 084	127 323
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	94	90	20 062	62	23 342	6	716	761
Neurochirurgie	145	142	68 722	121	8 326	6	1 269	4 219
Neurologie	320	311	101 716	269	17 973	37	12 364	45 780
Nuklearmedizin	94	91	22 901	66	2 784	7	3 635	3 659
Orthopädie	258	256	238 648	184	22 579	8	5 525	24 080
Plastische Chirurgie	77	75	26 377	69	20 125	1	49	49
Strahlentherapie	119	110	17 622	92	8 031	14	10 564	58 214
Urologie	388	379	221 122	335	43 183	15	2 384	4 946
Sonstige Fachbereiche/Allgemein- betten	111	83	24 237	50	4 765	31	13 693	78 498
Psychiatrische Fachabteilungen zusammen	X	X	51 629	X	12 660	X	153 764	3 956 193
davon:								
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	148	53	2 274	28	300	145	18 342	630 653
Psychiatrie und Psychotherapie	417	245	30 782	148	9 820	396	123 698	3 066 769
Psychotherapeutische Medizin/ Psychosomatik	123	85	18 573	64	2 540	77	11 724	258 771

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.3 Krankenhausentbindungen

	Entbundene Frauen				Im Krankenhaus geborene Kinder		
	insgesamt	darunter durch			insgesamt	davon	
		Kaiserschnitt	Zangengeburt	Vakuummextraction (Saugglocke)		lebend geboren	tot geboren
	Anzahl	%			Anzahl	%	
2007	664 454	29,3	0,7	4,6	675 892	99,7	0,3
2008	662 783	30,2	0,7	4,8	674 751	99,7	0,3
2009	644 274	31,3	0,7	5,2	656 265	99,7	0,3
2010	656 390	31,9	0,6	5,3	668 950	99,7	0,3
2011	642 197	32,1	0,5	5,5	654 243	99,7	0,3
2011 nach Ländern							
Baden-Württemberg	86 493	33,5	0,3	6,7	88 136	99,7	0,3
Bayern	100 788	33,3	0,4	6,1	102 714	99,7	0,3
Berlin	34 033	27,5	0,2	8,0	34 828	99,5	0,5
Brandenburg	14 463	27,3	0,7	4,0	14 616	99,8	0,2
Bremen	7 777	31,9	0,4	4,6	7 954	99,5	0,5
Hamburg	19 736	29,2	0,2	6,7	20 211	99,8	0,2
Hessen	48 541	34,7	0,6	5,0	49 480	99,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 283	28,7	1,0	3,7	12 506	99,6	0,4
Niedersachsen	56 538	32,9	0,5	5,3	57 618	99,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	139 396	33,1	0,8	5,3	142 035	99,7	0,3
Rheinland-Pfalz	30 056	35,8	0,7	5,0	30 575	99,8	0,2
Saarland	7 441	38,2	1,2	6,0	7 605	99,8	0,2
Sachsen	33 653	23,2	0,6	4,0	34 223	99,6	0,4
Sachsen-Anhalt	16 326	28,7	0,5	3,9	16 566	99,7	0,3
Schleswig-Holstein	18 912	33,7	0,2	5,7	19 173	99,7	0,3
Thüringen	15 761	27,4	0,9	3,1	16 003	99,8	0,2

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4.2.4 Ausgewählte Kennzahlen zu Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Einrichtungen	Aufgestellte Betten		Patienten/ Patientinnen		Pflegetage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenaus- lastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/ -innen	Anzahl	je 100 000 Einwohner/ -innen	1 000	Tage	%
2007	1 239	170 845	208	1 942 566	2 361	49 483	25,5	79,4
2008	1 239	171 060	208	2 009 526	2 447	50 886	25,3	81,3
2009	1 240	171 489	209	2 005 491	2 449	51 126	25,5	81,7
2010	1 237	171 724	210	1 974 731	2 415	50 219	25,4	80,1
2011	1 233	170 544	209	1 926 055	2 355	48 981	25,4	78,7
2011 nach Ländern								
Baden-Württemberg	208	26 567	247	302 055	2 805	7 450	24,7	76,8
Bayern	289	31 365	250	351 784	2 800	8 540	24,3	74,6
Brandenburg	29	5 337	214	65 785	2 633	1 744	26,5	89,5
Hessen	102	16 958	279	180 425	2 969	4 895	27,1	79,1
Mecklenburg-Vorpommern	62	10 479	640	123 460	7 538	2 931	23,7	76,6
Niedersachsen	132	18 017	228	217 261	2 744	5 261	24,2	80,0
Nordrhein-Westfalen	148	20 749	116	229 590	1 287	6 386	27,8	84,3
Rheinland-Pfalz	62	7 926	198	87 178	2 179	2 395	27,5	82,8
Saarland	19	3 068	302	28 562	2 814	825	28,9	73,7
Sachsen	49	8 829	213	97 587	2 357	2 522	25,8	78,2
Sachsen-Anhalt	20	3 575	154	41 773	1 798	1 032	24,7	79,1
Schleswig-Holstein	66	10 514	371	129 407	4 564	3 070	23,7	80,0
Thüringen	36	6 128	275	61 809	2 775	1 651	26,7	73,8
Stadtstaaten zusammen: Berlin, Bremen, Hamburg	11	1 032	17	9 383	158	280	29,9	74,4

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.5 Gesundheitspersonal nach Berufen und Alter

	2000	2005	2011			2000	2005	2011		
	Beschäftigte		Beschäftigte	Männer	Frauen	Vollzeitäquivalente		Vollzeitäquivalente	Männer	Frauen
	1 000		%			1 000		%		
Insgesamt	4 115	4 420	4 920	26,0	74,0	3 290	3 400	3 708	29,7	70,3
Gesundheitsdienstberufe	2 233	2 474	2 793	20,2	79,8	1 780	1 894	2 102	23,3	76,7
Ärzte/Ärztinnen, Apotheker/-innen, psych. Psychotherapeuten/-thera- peutinnen, Zahnärzte/-ärztinnen	413	429	508	51,8	48,2	372	384	446	54,8	45,2
Ärzte/Ärztinnen	295	308	342	56,2	43,8	266	280	304	58,7	41,3
Apotheker/-innen	55	56	61	31,8	68,2	45	43	47	36,8	63,2
Psychologische Psychothera- peuten/-therapeutinnen ¹⁾	–	–	36	31,5	68,5	–	–	32	33,4	66,6
Zahnärzte/-ärztinnen	63	65	69	58,3	41,7	61	61	63	59,8	40,2
Übrige Gesundheitsdienstberufe	1 820	2 045	2 285	13,2	86,8	1 408	1 510	1 657	14,9	85,1
Medizinische/zahnmedizinische Fachangestellte	552	617	647	1,2	98,8	435	456	471	1,1	98,9
Diätassistenten/-assistentinnen	12	14	14	6,7	93,3	9	11	9	5,7	94,3
Heilpraktiker/-innen	13	22	35	21,9	78,1	10	14	21	26,8	73,2
Gesundheits- und Krankenpflege- helfer/-innen, Entbindungspfleger/ Hebammen	718	763	826	14,5	85,5	548	558	590	16,4	83,6
Gesundheits- und Krankenpfleger/ -innen	209	232	275	30,0	70,0	154	171	202	33,8	66,2
Physiotherap., Masseure/Masseu- rinnen, med. Bademeister/-innen ..	125	163	212	26,4	73,6	102	125	156	30,1	69,9
Medizinisch-technische Assistenten/ Assistentinnen	90	93	99	8,3	91,7	71	72	77	9,3	90,7
Pharmazeutisch-technische Assis- tenten/Assistentinnen	47	55	67	3,5	96,5	37	41	51	4,3	95,7
Therapeutische Berufe a.n.g.	55	84	110	15,0	85,0	43	62	80	17,2	82,8
Soziale Berufe	258	332	470	14,6	85,4	226	256	356	16,1	83,9
Altenpfleger/-innen	242	311	444	13,7	86,3	211	239	334	15,2	84,8
Heilerziehungspfleger/-innen	7	10	14	26,9	73,1	6	8	11	28,7	71,3
Heilpädagoginnen/-pädagoginnen	10	11	12	29,3	70,7	8	9	10	32,2	67,8
Gesundheitshandwerker/-innen	139	140	148	49,0	51,0	128	124	130	53,4	46,6
Augenoptiker/-innen	41	42	49	36,6	63,4	37	36	42	40,0	60,0
Orthopädiemechaniker/-innen	11	10	12	77,4	22,6	11	9	11	79,1	20,9
Zahntechniker/-innen	70	71	67	47,1	52,9	64	63	58	52,2	47,8
Sonstige Gesundheitshandwerker/ -innen	16	17	21	68,6	31,4	15	16	19	71,4	28,6
Sonstige Gesundheitsfachberufe	92	96	96	35,5	64,5	71	73	72	36,1	63,9
Gesundheitsingenieure/-inge- neurinnen	15	14	12	27,0	73,0	13	12	11	28,4	71,6
Gesundheitssichernde Berufe	19	20	25	71,7	28,3	13	13	16	68,0	32,0
Gesundheitstechniker/-innen	7	9	9	85,7	14,3	6	8	8	88,2	11,8
Pharmakanten/Pharmakantinnen	5	8	9	49,6	50,4	5	7	8	51,3	48,7
Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	47	46	42	2,8	97,2	33	32	29	2,6	97,4
Andere Berufe im Gesundheitswesen	1 393	1 378	1 412	38,1	61,9	1 086	1 053	1 048	43,7	56,3
im Alter von ... bis unter ... Jahren										
unter 35	1 543	1 450	1 567	22,2	77,8	1 297	1 165	1 236	24,0	76,0
35 – 50	1 789	1 985	1 915	25,5	74,5	1 376	1 485	1 405	30,6	69,4
50 und mehr	783	985	1 437	30,8	69,2	617	750	1 068	35,2	64,8

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung. – Klassifizierung der Berufe 1992.

1 Einschl. Kinder- und Jugendpsychotherapeuten/-therapeutinnen; Daten liegen erst ab Berichtsjahr 2007 vor.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.6 Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

	Insgesamt					Darunter Frauen				
	2000	2005	2009	2010	2011	2000	2005	2009	2010	2011
	1 000					%				
Beschäftigte insgesamt										
Insgesamt	4 115	4 420	4 738	4 833	4 920	71,9	73,0	73,6	73,7	74,0
Gesundheitsschutz	42	41	40	39	41	67,1	66,9	66,3	66,8	67,4
Ambulante Einrichtungen	1 688	1 907	2 074	2 122	2 159	76,9	78,5	78,7	78,7	78,8
Arztpraxen	608	675	686	689	692	81,6	82,6	82,7	82,7	82,7
Zahnarztpraxen	305	340	347	351	355	82,1	83,5	84,1	84,2	84,4
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	226	292	362	381	397	74,9	76,1	76,1	76,4	76,6
Apotheken	164	169	176	178	180	83,2	81,7	79,4	78,6	78,0
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	168	166	162	165	167	38,2	41,4	42,3	42,7	43,2
Ambulante Pflege	187	214	269	282	291	85,1	87,7	87,5	87,5	87,6
Sonstige ambulante Einrichtungen	32	50	73	76	76	73,0	74,7	74,0	74,0	74,0
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	1 729	1 772	1 892	1 927	1 968	77,5	77,9	78,3	78,4	79,0
Krankenhäuser	1 109	1 071	1 104	1 121	1 137	75,1	74,9	75,3	75,4	76,0
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	152	155	167	170	170	74,2	74,0	74,8	74,9	75,7
Stationäre und teilstationäre Pflege	468	546	621	636	661	84,2	85,0	84,6	84,6	85,0
Rettungsdienste	44	47	52	54	55	29,6	26,9	30,0	30,1	31,0
Verwaltung	214	206	198	199	196	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Sonstige Einrichtungen	112	144	175	180	185	57,0	62,4	63,8	63,9	63,9
Vorleistungsindustrien	286	303	308	312	317	45,4	45,5	45,4	45,7	46,0
Pharmazeutische Industrie	113	113	107	106	106	47,0	48,0	50,6	51,4	50,8
Medizintechnische, augenoptische Industrie	102	111	119	123	126	44,4	44,4	42,0	42,2	43,3
Medizinische Laboratorien und Großhandel	71	79	82	84	84	44,2	43,6	43,6	43,6	43,9
darunter Teilzeit										
Gesundheitsschutz	9	10	11	11	11	87,6	87,4	84,9	85,2	85,6
Ambulante Einrichtungen	420	533	633	661	677	93,5	92,9	92,1	91,9	92,1
Arztpraxen	143	176	195	199	201	95,3	94,8	94,0	94,1	94,3
Zahnarztpraxen	68	84	95	99	102	97,4	96,5	96,1	95,7	95,8
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	57	84	112	120	126	89,3	89,2	88,9	88,7	88,8
Apotheken	44	48	52	53	53	96,6	95,4	94,2	93,7	93,5
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	20	22	26	27	28	75,0	73,6	74,2	73,4	73,8
Ambulante Pflege	82	103	130	137	143	93,4	93,3	92,6	92,5	92,5
Sonstige ambulante Einrichtungen	8	14	23	25	24	89,4	90,1	88,6	88,5	89,3
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	534	575	686	712	741	93,2	92,8	91,9	91,9	91,8
Krankenhäuser	320	294	328	337	345	93,3	93,2	92,5	92,6	92,5
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	42	40	50	52	53	90,5	89,8	89,7	89,8	89,7
Stationäre und teilstationäre Pflege	172	241	309	323	343	93,8	92,9	91,7	91,4	91,4
Rettungsdienste	7	8	11	11	12	68,2	58,1	60,1	61,0	62,5
Verwaltung	34	37	40	41	40	75,5	73,1	70,4	69,9	70,2
Sonstige Einrichtungen	22	34	47	49	50	84,0	86,1	85,3	85,1	85,3
Vorleistungsindustrien	45	53	59	62	62	80,4	77,8	75,7	75,2	75,6
Pharmazeutische Industrie	19	21	22	23	22	80,8	79,2	78,3	78,4	78,2
Medizintechnische, augenoptische Industrie	14	18	20	22	23	80,9	77,4	74,6	73,4	74,3
Medizinische Laboratorien und Großhandel	12	14	17	17	17	79,3	76,3	73,6	73,2	73,7
Zusammen	1 071	1 251	1 487	1 548	1 593	91,8	91,2	90,3	90,2	90,3

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.7 Zugelassene Pflegeheime

	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
	Anzahl	%				Anzahl	%	EUR pro Person und Tag			Anzahl	
2001	9 165	90,9	35,9	56,0	8,2	674 292	96,2	39	52	66	19	475 368
2005	10 424	90,3	38,1	55,1	6,7	757 186	95,9	42	56	70	19	546 397
2007	11 029	89,9	39,2	55,1	5,8	799 059	95,8	43	57	71	20	573 545
2009 ¹²	11 634	89,3	39,9	54,8	5,4	845 007	95,6	44,79	58,96	73,97	20,30	621 392
2011	12 354	86,7	40,5	54,4	5,1	875 549	94,9	45,03	59,57	74,92	20,69	661 179

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

1 Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

2 Seit der Erhebung 2009 wird die Vergütung in vollen Cent erfasst und – nicht mehr wie zuvor – in gerundeten Beträgen.

4.2.8 Zugelassene ambulante Pflegedienste

	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten		Und zwar ¹			Personal insgesamt
		private	freigemeinnützige	öffentliche			häusliche Krankenpflege/ Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen	
	Anzahl	%			Anzahl	% der Pflegedienste insgesamt	%		Anzahl	
2001	10 594	51,9	46,2	1,9	10 463	98,8	96,7	68,7	49,8	189 567
2005	10 977	57,6	40,6	1,8	10 866	99,0	97,0	53,2	43,1	214 307
2007	11 529	59,9	38,5	1,7	11 431	99,1	97,2	60,2	44,6	236 162
2009	12 026	61,5	36,9	1,6	11 950	99,4	97,2	60,8	44,9	268 891
2011	12 349	62,9	35,7	1,4	12 238	99,1	97,2	61,6	41,7	290 714

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

1 Mehrfachnennungen möglich.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.9 Personal in Pflegeheimen 2011

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim						
	insgesamt	dar. weiblich	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%							
Insgesamt	661 179	85,0	65,7	4,1	3,7	17,2	2,4	5,4	1,5
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	148 568	83,8	96,0	1,2	0,5	0,2	0,0	1,8	0,2
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	34 622	87,5	96,9	0,9	1,0	0,6	0,0	0,2	0,4
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	55 449	90,1	92,0	1,6	0,6	0,3	0,0	5,0	0,5
Krankenpflegehelfer/-in	17 364	88,9	96,5	1,1	1,2	0,9	0,0	0,2	0,1
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in	3 706	96,6	88,4	2,9	1,1	1,4	0,1	5,3	0,7
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 865	81,6	75,3	17,2	4,5	0,9	0,1	1,6	0,4
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	523	85,1	74,6	15,9	5,7	2,1	0,2	1,0	0,6
Heilpädagogin, Heilpädagoge	393	84,0	32,3	52,7	5,1	0,5	–	8,1	1,3
Ergotherapeut/-in	7 616	89,8	17,8	68,7	10,4	0,4	0,1	0,3	2,2
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	974	83,2	40,5	33,0	5,3	1,1	0,2	2,0	18,0
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 708	87,7	63,8	12,2	5,4	5,1	1,5	10,4	1,5
Sozialpädagogischer/sozialarbeitsr. Berufsabschluss	6 893	80,8	12,4	62,9	4,5	0,9	0,1	17,5	1,8
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 337	95,6	82,9	6,6	3,7	4,6	0,1	1,0	1,1
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	111	96,4	61,3	8,1	6,3	18,9	0,9	2,7	1,8
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	2 870	69,3	32,5	7,8	0,9	0,8	0,2	54,5	3,3
Sonstiger pflegerischer Beruf	52 922	90,9	65,8	4,9	26,7	2,1	0,1	0,2	0,2
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	2 206	91,6	11,6	1,3	0,7	83,8	0,6	1,3	0,7
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	30 682	87,8	8,1	0,7	0,5	87,8	1,3	0,8	0,7
Sonstiger Berufsabschluss	167 442	81,5	36,7	4,0	3,5	29,6	8,2	14,5	3,5
Ohne Berufsabschluss/nach in Ausbildung	120 928	84,1	65,0	2,3	1,0	27,3	1,4	1,4	1,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2011.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.10 Personal in Pflegediensten 2011

Berufsabschluss	Personal			Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	Veränderung 2011 gegenüber 2001	dar. weiblich	Pflegedienst- leitung	Grundpflege	hauswirtschaft- liche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%						
Insgesamt	290 714	53,4	87,6	5,7	70,4	13,1	4,9	5,9
Staatlich anerkannte/-r Alten- pfleger/-in	59 736	112,0	85,4	7,4	86,6	0,9	1,7	3,4
Staatlich anerkannte/-r Altenpflege- helfer/-in	11 895	169,2	89,9	1,3	90,9	5,5	0,5	1,8
Gesundheits- und Kranken- pfleger/-in	80 280	39,7	88,2	13,0	78,7	0,9	2,9	4,6
Krankenpflegehelfer/-in	13 038	36,3	89,1	0,4	89,7	7,8	0,8	1,4
Gesundheits- und Kinderkranken- pfleger/-in	7 685	68,1	97,6	10,9	79,0	1,1	2,4	6,6
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	1 222	119,8	80,9	1,4	78,2	9,0	2,2	9,2
Heilerziehungspflegehelfer/-in	244	- 4,3	80,7	-	81,6	7,4	1,6	9,4
Heilpädagoge, Heilpädagogin	95	- 16,7	85,3	-	73,7	3,2	9,5	13,7
Ergotherapeut/-in	453	135,9	88,1	0,2	57,0	6,6	1,5	34,7
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	236	X ¹	84,3	0,8	61,4	10,6	7,2	19,9
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 909	46,4	94,0	0,8	75,0	11,5	8,1	4,6
Sozialpädagogischer/sozialarbeits- rischer Berufsabschluss	1 447	- 0,3	82,2	2,4	34,6	7,9	26,9	28,2
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 571	- 28,5	97,5	0,6	71,7	21,3	1,1	5,3
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	126	- 16,6	98,4	2,4	45,2	43,7	2,4	6,3
Abschluss einer pflegewissenschaft- lichen Ausbildung an einer Fach- hochschule oder Universität	1 080	110,5	72,5	45,6	17,6	3,1	27,8	5,8
Sonstiger pflegerischer Beruf	23 457	25,0	91,1	0,3	80,1	13,3	0,9	5,4
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	860	- 30,5	98,0	0,3	28,8	66,0	1,4	3,4
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	6 332	53,7	95,8	0,2	23,3	71,8	1,3	3,4
Sonstiger Berufsabschluss	57 485	68,7	87,0	0,2	39,2	35,4	14,9	10,3
Ohne Berufsabschluss/nach in Ausbildung	19 563	3,4	80,3	0,0	60,7	27,3	2,6	9,4

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2011.

1 Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in) wurde bis 2005 unter „sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe“ erhoben.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.1 Gesundheitsausgaben im Zeitvergleich

Weitere Informationen zu Sozialversicherungen siehe Kapitel „Soziales“

	2000	2005	2009	2010	2011	2000	2005	2009	2010	2011
	Mill. EUR					%				
Ausgaben insgesamt	212 841	240 434	279 041	288 299	293 801	100	100	100	100	100
nach Ausgabenträgern										
Öffentliche Haushalte	13 614	13 583	14 318	14 220	14 088	6,4	5,6	5,1	4,9	4,8
Gesetzliche Krankenversicherung	123 914	135 877	160 562	165 835	168 483	58,2	56,5	57,5	57,5	57,3
Soziale Pflegeversicherung	16 706	17 888	20 312	21 535	21 960	7,8	7,4	7,3	7,5	7,5
Gesetzliche Rentenversicherung	3 528	3 598	4 013	4 054	4 122	1,7	1,5	1,4	1,4	1,4
Gesetzliche Unfallversicherung	3 687	3 998	4 459	4 613	4 760	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6
Private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	17 604	22 023	25 957	26 773	27 723	8,3	9,2	9,3	9,3	9,4
Arbeitgeber/-innen	8 688	10 230	11 861	12 263	12 541	4,1	4,3	4,3	4,3	4,3
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	25 099	33 238	37 560	39 004	40 125	11,8	13,8	13,5	13,5	13,7
nach Leistungsarten										
Prävention, Gesundheitsschutz	7 444	8 883	10 987	10 977	11 082	3,5	3,7	3,9	3,8	3,8
Ärztliche Leistungen	57 059	64 105	76 068	78 992	81 616	26,8	26,7	27,3	27,4	27,8
Grundleistungen	19 551	20 291	23 104	23 573	24 067	9,2	8,4	8,3	8,2	8,2
Sonderleistungen	26 790	31 423	38 472	40 338	41 902	12,6	13,1	13,8	14,0	14,3
Laborleistungen	5 348	5 970	6 877	7 130	7 388	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Strahlendiagnostische Leistungen	5 370	6 421	7 615	7 951	8 259	2,5	2,7	2,7	2,8	2,8
Pflegerische und therapeutische Leistungen	52 175	57 591	65 792	68 736	70 857	24,5	24,0	23,6	23,8	24,1
Pflegerische Leistungen	40 928	44 411	50 095	52 256	53 538	19,2	18,5	18,0	18,1	18,2
Therapeutische Leistungen	10 647	12 515	14 887	15 646	16 461	5,0	5,2	5,3	5,4	5,6
Mutterschaftsleistungen	600	665	810	834	858	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unterkunft und Verpflegung	16 400	17 668	20 026	20 216	20 815	7,7	7,3	7,2	7,0	7,1
Waren	56 716	65 976	76 852	79 210	79 280	26,6	27,4	27,5	27,5	27,0
Arzneimittel	31 520	39 327	45 216	46 343	45 320	14,8	16,4	16,2	16,1	15,4
Hilfsmittel	11 614	12 096	13 930	14 237	14 717	5,5	5,0	5,0	4,9	5,0
Zahnersatz	5 401	5 098	6 285	6 531	6 685	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3
Sonstiger medizinischer Bedarf	8 180	9 455	11 420	12 099	12 558	3,8	3,9	4,1	4,2	4,3
Transporte	3 423	3 961	4 838	4 983	5 291	1,6	1,6	1,7	1,7	1,8
Verwaltungsleistungen	11 332	13 095	14 311	15 092	15 152	5,3	5,4	5,1	5,2	5,2
Laufende Gesundheitsausgaben	204 548	231 279	268 872	278 206	284 095	96,1	96,2	96,4	96,5	96,7
Investitionen	8 292	9 155	10 169	10 093	9 706	3,9	3,8	3,6	3,5	3,3
nach Einrichtungen										
Gesundheitsschutz	1 806	1 948	2 042	2 184	2 184	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7
Ambulante Einrichtungen	101 525	116 659	138 165	142 144	144 123	47,7	48,5	49,5	49,3	49,1
Arztpraxen	30 577	34 995	42 564	43 482	44 444	14,4	14,6	15,3	15,1	15,1
Zahnarztpraxen	14 658	15 123	17 315	17 763	18 155	6,9	6,3	6,2	6,2	6,2
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	5 805	7 022	8 651	9 140	9 607	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Apotheken	28 575	35 552	40 130	40 903	39 795	13,4	14,8	14,4	14,2	13,5
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	14 884	15 338	18 458	18 987	19 553	7,0	6,4	6,6	6,6	6,7
Ambulante Pflege	5 788	7 135	9 334	10 041	10 592	2,7	3,0	3,3	3,5	3,6
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 237	1 495	1 714	1 827	1 978	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	78 443	87 326	100 265	104 079	107 405	36,9	36,3	35,9	36,1	36,6
Krankenhäuser	56 080	61 888	71 054	74 377	76 840	26,3	25,7	25,5	25,8	26,2
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	7 512	7 325	8 211	8 184	8 369	3,5	3,0	2,9	2,8	2,8
Stationäre und teilstationäre Pflege	14 851	18 113	20 999	21 519	22 196	7,0	7,5	7,5	7,5	7,6
Rettungsdienste	2 056	2 566	3 047	3 095	3 297	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Verwaltung	12 649	14 597	15 969	16 773	16 892	5,9	6,1	5,7	5,8	5,7
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7 435	7 264	8 123	8 437	8 555	3,5	3,0	2,9	2,9	2,9
Ausland	634	918	1 261	1 494	1 639	0,3	0,4	0,5	0,5	0,6
Laufende Gesundheitsausgaben	204 548	231 279	268 872	278 206	284 095	96,1	96,2	96,4	96,5	96,7
Investitionen	8 292	9 155	10 169	10 093	9 706	3,9	3,8	3,6	3,5	3,3

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.2 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2011

	Insgesamt	Ausgabenträger							
		öffentliche Haushalte	gesetzliche Krankenversicherung	soziale Pflegeversicherung	gesetzliche Rentenversicherung	gesetzliche Unfallversicherung	private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	Arbeitgeber/-innen	private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck
	Mill. EUR	%							
Ausgaben insgesamt	293 801	4,8	57,3	7,5	1,4	1,6	9,4	4,3	13,7
nach Leistungsarten									
Prävention, Gesundheitsschutz	11 082	21,1	43,1	2,9	1,7	9,7	1,5	7,9	12,1
Ärztliche Leistungen	81 616	0,7	67,7	–	0,9	1,3	14,8	6,8	7,9
Grundleistungen	24 067	0,5	74,0	–	0,1	1,3	11,0	6,7	6,5
Sonderleistungen	41 902	0,8	63,6	–	1,5	1,2	16,2	6,6	10,0
Laborleistungen	7 388	0,7	67,0	–	0,9	1,5	17,6	8,0	4,4
Strahlendiagnostische Leistungen	8 259	0,5	70,9	–	0,2	1,4	15,8	7,0	4,3
Pflegerische und therapeutische Leistungen	70 857	5,4	45,6	29,0	1,9	1,3	5,2	3,1	8,5
Pflegerische Leistungen	53 538	5,9	39,9	38,4	0,7	1,0	3,9	2,9	7,3
Therapeutische Leistungen	16 461	3,7	61,6	–	6,2	2,0	9,4	4,0	13,0
Mutterschaftsleistungen	858	0,6	93,7	–	–	–	3,3	1,8	0,8
Unterkunft und Verpflegung	20 815	5,9	46,2	–	5,7	1,1	6,2	4,1	30,8
Waren	79 280	0,5	66,2	0,4	0,2	0,8	7,8	3,7	20,4
Arzneimittel	45 320	0,5	72,2	–	0,2	0,5	7,0	4,0	15,8
Hilfsmittel	14 717	0,5	45,0	2,3	0,1	1,7	6,3	2,9	41,2
Zahnersatz	6 685	0,2	32,6	–	0,0	0,2	20,0	4,7	42,3
Sonstiger medizinischer Bedarf	12 558	0,7	87,2	–	0,6	1,3	5,8	3,1	1,3
Transporte	5 291	1,1	84,4	–	1,9	4,0	5,0	2,1	1,4
Verwaltungsleistungen	15 152	–	62,4	5,0	1,7	4,5	26,4	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	284 095	2,9	59,3	7,7	1,4	1,7	9,7	4,4	12,9
Investitionen	9 706	59,0	1,6	–	1,0	–	1,1	–	37,3
nach Einrichtungen									
Gesundheitsschutz	2 184	100	–	–	–	–	–	–	–
Ambulante Einrichtungen	144 123	1,1	60,6	2,9	0,2	1,0	10,0	5,1	19,1
Arztpraxen	44 444	0,5	68,6	–	0,3	1,7	12,9	7,2	8,8
Zahnarztpraxen	18 155	0,3	56,3	–	0,0	0,2	16,1	7,5	19,6
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	9 607	2,8	57,5	–	1,1	2,5	12,4	2,5	21,2
Apotheken	39 795	0,4	67,8	–	0,0	0,4	7,3	4,1	20,0
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	19 553	0,5	48,9	1,2	0,0	1,3	8,1	3,2	36,8
Ambulante Pflege	10 592	5,9	33,8	36,7	–	0,4	1,4	2,2	19,6
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 978	7,0	51,4	–	0,9	–	–	0,1	40,6
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	107 405	4,0	61,3	10,3	3,1	1,2	7,8	4,0	8,3
Krankenhäuser	76 840	0,5	82,3	–	–	1,3	10,3	3,6	2,0
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	8 369	13,1	30,5	–	39,9	1,6	1,5	11,7	1,7
Stationäre und teilstationäre Pflege	22 196	13,0	0,3	49,7	–	0,5	1,5	2,6	32,4
Rettungsdienste	3 297	1,4	86,8	–	–	4,6	3,9	1,9	1,5
Verwaltung	16 892	–	57,9	6,4	2,0	10,0	23,7	–	–
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	8 555	2,7	14,8	66,9	1,0	2,0	2,7	9,7	0,2
Ausland	1 639	–	71,9	0,2	–	–	27,9	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	284 095	2,9	59,3	7,7	1,4	1,7	9,7	4,4	12,9
Investitionen	9 706	59,0	1,6	–	1,0	–	1,1	–	37,3

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.3 Kostenstruktur der Krankenhäuser

	Brutto- gesamt- kosten ¹¹	Kosten der Ausbildungs- stätten	Aufwendun- gen für den Ausbildungs- fonds ¹¹	Kosten der Kranken- häuser insgesamt	Darunter				Abzüge	Bereinigte Kosten ¹¹	
					Personalkosten			Sachkosten		zusammen	je Fall
					zusammen ¹²	ärztliches Personal	nicht- ärztliches Personal				
	1 000 EUR ¹³										EUR
2007	69 185 009	480 265	629 820	68 074 924	41 929 684	11 400 138	30 529 546	25 720 747	8 744 758	60 440 251	3 518
2008	72 627 009	511 387	966 218	71 149 404	43 365 435	12 117 432	31 248 002	27 328 621	9 393 169	63 233 840	3 609
2009	77 090 332	540 170	1 018 837	75 531 324	45 819 800	13 048 421	32 771 379	29 253 995	9 900 567	67 189 765	3 771
2010	79 911 222	552 005	1 039 109	78 320 108	47 463 378	13 901 239	33 562 139	30 310 976	10 269 243	69 641 979	3 862
2011	83 415 795	581 880	1 076 525	81 757 390	49 485 917	14 729 248	34 756 669	31 647 443	10 774 653	72 641 142	3 960
2011 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 462 693	66 425	165 483	10 230 785	6 450 228	1 855 015	4 595 213	3 696 022	1 778 464	8 684 229	4 218
Bayern	12 756 283	77 546	183 191	12 495 547	7 643 317	2 151 625	5 491 691	4 780 687	1 394 246	11 362 037	4 041
Berlin	3 873 529	27 325	39 334	3 806 870	2 137 817	700 991	1 436 826	1 638 180	575 181	3 298 349	4 276
Brandenburg	2 046 111	16 471	X	2 029 639	1 169 716	383 118	786 599	838 347	102 629	1 943 481	3 569
Bremen	935 471	7 068	8 629	919 774	528 823	167 017	361 806	375 888	49 368	886 104	4 424
Hamburg	2 594 567	21 899	5 787	2 566 881	1 383 746	469 803	913 943	1 136 265	459 819	2 134 748	4 628
Hessen	5 867 105	45 701	74 183	5 747 221	3 345 084	965 240	2 379 844	2 342 194	591 786	5 275 319	4 060
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 661 860	8 052	X	1 653 808	962 588	312 802	649 785	674 509	195 709	1 466 150	3 575
Niedersachsen	7 391 018	51 047	137 390	7 202 582	4 413 907	1 271 523	3 142 384	2 738 473	1 104 479	6 286 539	3 890
Nordrhein-Westfalen	19 513 513	145 467	323 872	19 044 174	11 665 002	3 495 980	8 169 022	7 249 342	2 900 024	16 613 488	3 876
Rheinland-Pfalz	3 815 467	24 284	62 605	3 728 578	2 408 637	681 588	1 727 049	1 298 649	424 096	3 391 371	3 807
Saarland	1 239 818	13 500	22 053	1 204 265	754 341	208 458	545 883	442 742	122 373	1 117 445	4 193
Sachsen	3 904 149	26 441	X	3 877 708	2 220 194	691 759	1 528 435	1 637 693	261 456	3 642 693	3 694
Sachsen-Anhalt	2 365 056	15 448	X	2 349 608	1 438 438	444 450	993 988	896 358	209 845	2 155 211	3 645
Schleswig-Holstein	2 706 199	31 116	34 470	2 640 613	1 561 176	483 903	1 077 273	1 058 138	386 879	2 319 320	3 993
Thüringen	2 282 955	4 090	19 528	2 259 337	1 402 903	445 976	956 927	843 955	218 298	2 064 657	3 630

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Kostennachweis der Krankenhäuser.

1 Werte bereinigt um Fehlkodierungen beim Ausbildungsfonds seit 2007 in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

2 Einschl. der nicht zurechenbaren Personalkosten.

3 Es sind Rundungsdifferenzen in den Summen möglich, da diese auf Basis der absoluten Kostenangaben in EUR berechnet werden.

Methodik

Die gesundheitsbezogenen Statistiken und Rechensysteme sammeln und analysieren Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Deutschland, über Aspekte der gesundheitlichen Lage und der Gesundheitsversorgung sowie über die Ausgaben und Kosten im Gesundheitswesen. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie unter www.gbe-bund.de

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Ergebnisse der **Krankenhausstatistik** bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots sowie über die Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsleistungen. Sie dient damit auch der Wissenschaft und Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

Seit 1991 werden die Daten der Krankenhausstatistik auf einer bundeseinheitlichen **Rechtsgrundlage** erhoben, der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10.4.1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17.3.2009 (BGBl. I S. 534). Auskunftspflichtig sind Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Das Erhebungsprogramm ist in drei Bereiche untergliedert: Die **Grunddaten** der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen liefern Informationen über die sachliche und personelle Ausstattung sowie die Patientenbewegung in den Einrichtungen und ihren organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen). Die **Diagnosedaten** geben Aufschluss u. a. über die Art der Erkrankung und ausgewählte sozio-demografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Wohnort der Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. Die **Kostendaten** der Krankenhäuser stellen im Wesentlichen die Aufwendungen für Personal und Sachmittel dar.

Bei der Erhebung handelt es sich um eine jährliche schriftliche (postalische) Befragung mit Auskunftspflicht. Seit 2003 wird alternativ eine Softwareanwendung bereitgestellt, um Grund- und Kostendaten elektronisch zu erfassen. Diese ermöglicht das Einlesen und die Weiterverarbeitung von statistikrelevanten Daten aus den Datenverarbeitungssystemen der Krankenhäuser.

Die Befragten berichten bis zum 1.4. (Grund- und Diagnosedaten) bzw. 30.6. (Kostendaten) des dem Berichtsjahr folgenden Jahres. Vorläufige Ergebnisse stehen in der Regel Ende August bzw. Anfang November zur Verfügung, endgültige Ergebnisse etwa drei Monate später. Infolge mehrfacher Anpassungen der Rechtsgrundlage ist die zeitliche Vergleichbarkeit einzelner Ergebnisse eingeschränkt, da einzelne Merkmale nicht mehr, verändert oder neu erhoben werden. Ein zeitlicher Vergleich der Kostendaten ist auf die bereinigten Kosten beschränkt, da das Kostenermittlungsprinzip mehrfach wechselte. Die geänderte Erhebung der Ausbildungskosten ab 2007 schränkt die Vergleichbarkeit zusätzlich ein. Die seit 1991 bundeseinheitliche Rechtsgrundlage gewährleistet die räumliche Vergleichbarkeit innerhalb des Erhebungsgebietes. Auf internationaler Ebene gibt es derzeit keine einheitliche Rechtsgrundlage, sodass die Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Merkmalsdefinitionen und Erhebungsabgrenzungen stark eingeschränkt ist.

■ Diagnosen, Operationen und Prozeduren

Seit 2005 ergänzt die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (**DRG-Statistik**) die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Das auf Fallpauschalen basierende DRG-Vergütungssystem wurde bei der Novellierung der

Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 eingeführt (DRG steht für „Diagnosis Related Groups“). Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die ihre Leistungen nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) unterliegen (ohne psychiatrische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist, wie auch die Diagnosestatistik, eine jährliche Vollerhebung. Diese Daten erheben nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sondern das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK). Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken. Das InEK stellt diese Datensätze wiederum dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung (**Sekundärstatistik**).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Diese umfassen auch die im Krankenhaus verstorbenen Patientinnen und Patienten, nicht jedoch vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette), unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Im Vordergrund stehen insbesondere Angaben zu Operationen und Behandlungsmaßnahmen, Art und Höhe der abgerechneten Entgelte sowie Haupt- und Nebendiagnosen. Die Fallpauschalen (DRGs) werden nach Hauptdiagnosegruppen, den sogenannten „Major Diagnostic Categories“ (MDCs), ausgewiesen. Dies sind Kategorien, die grundsätzlich auf einem Körpersystem oder einer Erkrankungsätiologie aufbauen, die mit einem speziellen medizinischen Fachgebiet verbunden sind.

■ Schwerbehinderte Menschen

Zweck der **Statistik der schwerbehinderten Menschen** ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungstichtag ist der 31.12. Die **Rechtsgrundlage** ist § 131 des SGB IX.

Die Versorgungsämter liefern die Daten an die Statistischen Landesämter ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2011 wurden im September 2012 veröffentlicht.

Inhaltliche und formale Prüfungen in der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden insbesondere in den Statistischen Ämtern der Länder statt. Da die Landesämter auf Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter zurückgreifen, ist die Qualität auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob die gemeldete schwerbehinderte Person aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten in der Regel nur alle fünf Jahre, wenn die Person einen neuen Schwerbehindertenausweis beantragt. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen durch, um den Bestand zu aktualisieren.

Die Statistischen Ämter der Länder kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang

von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 90 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003), Hamburg (Rückgang von 4 % bzw. 5 700 Personen von 2009 im Vergleich zu 2007).

■ Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen, Personal

Ziel der **Pflegestatistik** ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen die Pflegestatistik seit Dezember 1999 zweijährlich durch. Die **Rechtsgrundlage** für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistik-Verordnung. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen befragen die Statistischen Landesämter die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger organisatorisch bedingt der 31.12. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2011 wurden im Januar 2013 veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen kann mit Hilfe der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen sowie der Statistik über die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um knapp 2 % über der Zahl der Pflegebedürftigen, die in der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Unterschiede in der Methodik und mögliche Ursachen für die Abweichungen erklärt der Bericht „Pflegestatistik 2011 – Deutschlandergebnisse“. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort „Pflegestatistik“.

Das Statistische Bundesamt verwendet die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

■ Schwangerschaftsabbrüche

Die **Schwangerschaftsabbruchstatistik** gibt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Sie liefert damit wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Die Statistik wird in Deutschland vierteljährlich durchgeführt. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2975). Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber der Arztpraxen und die Leiterinnen und Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen. Ab 2010 ist die Dauer der abgebrochenen Schwangerschaften in vollendeten Wochen anzugeben.

■ Sterbefälle

Die **Todesursachenstatistik** ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.3.1980, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.7.2008 (BGBl. I S. 1290). Diese Statistik ermöglicht eine fundierte Todesursachenforschung, die die Einflussfaktoren der todesursachenspezifischen Sterblichkeit, ihre regionalen Besonderheiten und Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht. Aus den Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen und Strategien abgeleitet, z. B. für die Gesundheitspolitik und die epidemiologische Forschung. Im Kern geht es um die Frage, durch welche präventiven und medizinisch-kurativen Maßnahmen die Lebenserwartung und -qualität der Bevölkerung erhöht werden kann.

Die Todesursachenstatistik ist eine Vollerhebung aller Todesfälle in Deutschland. Grundlage ist die von den Ärztinnen bzw. Ärzten ausgestellte Todesbescheinigung, auf der die Krankheiten aufgelistet sind, die zum Tode geführt haben. Es besteht darüber hinaus noch die Möglichkeit, Begleiterkrankungen zu vermerken, die nicht direkt mit dem Tod in Verbindung stehen. Dabei unterscheidet man zwischen denjenigen Krankheiten, die unmittelbar und mittelbar zum Tode geführt haben, einschließlich derjenigen Krankheit, welche alle anderen bedingt (sogenanntes „Grundleiden“). Nur dieses Grundleiden als Auslöser aller anderen Krankheiten fließt als Todesursache in die Todesursachenstatistik ein (sogenannte „monokausale Aufbereitung“). Ein einheitliches ausführliches Verzeichnis der Todesursachen existiert seit 1905, die ersten vorliegenden Aufzeichnungen stammen aus dem Jahre 1877.

Durch das einheitliche methodische Vorgehen (Vollerhebung, einheitliche Systematik der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision – ICD-10) und die Kontinuität der Erhebung wird sichergestellt, dass diese Daten der wissenschaftlichen Forschung zuverlässig zur Verfügung stehen.

■ Ausgaben und Personal im Gesundheitswesen

Mit der Gesundheitsausgabenrechnung sowie der Gesundheitspersonalrechnung stehen zwei inhaltlich miteinander verzahnte gesundheitsbezogene Rechensysteme bereit, die eine tiefgehende Analyse des Gesundheitswesens aus unterschiedlichen Blickwinkeln ermöglichen. Methodischer Ausgangspunkt der zwei Rechenwerke ist die Abgrenzung des Gesundheitswesens nach dem „System of Health Accounts“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Zum Gesundheitswesen zählen nach dieser Abgrenzung sämtliche Institutionen und Personen, die zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen, sie erhalten, fördern und wiederherstellen. Die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung bilden den Kernbereich des Gesundheitswesens. Tätigkeiten aus den Bereichen Soziales und Umwelt fließen in die Rechensysteme ein, wenn sie primär auf die Bewältigung oder Linderung von Gesundheitsproblemen abzielen. Außen vor bleiben z. B. Altenwohnheime, Fitnessseinrichtungen oder Reformhäuser.

Bei beiden Rechensystemen handelt es sich um reine **Sekundärstatistiken**. Dies bedeutet, dass die im Gesundheitswesen bereits verfügbaren Datenquellen zu jeweils einem Gesamtsystem zusammengeführt werden. Dies beinhaltet keine eigenständigen Erhebungen im Sinne von Primärstatistiken.

Die **Gesundheitsausgabenrechnung** beschäftigt sich mit der Ermittlung der Ausgaben im Gesundheitswesen nach Leistungsarten, Einrichtungen sowie Ausgaben-trägern. Neben den gesamten Gesundheitsausgaben weist sie nachrichtlich einen erweiterten Leistungsbereich aus. Dieser umfasst Ausgaben für Forschung, Ausbildung, Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen und

Methodik

Einkommensleistungen. Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. Auf internationaler Ebene koordiniert die OECD die Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Die **Gesundheitspersonalrechnung** liefert detaillierte Angaben über die Anzahl und die Struktur der Beschäftigten im Gesundheitswesen zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres. Sie weist das Gesundheitspersonal nach Einrichtung, Beruf, Art der Beschäftigung, Geschlecht und Alter aus. Neben den Beschäftigten erfasst sie auch die sogenannten Vollzeitäquivalente. Vergleichbare Daten liegen ab dem Berichtsjahr 2000 vor.

Rechtsgrundlage für die Erfassung der Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie der Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung ist die Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Glossar

Ambulante Pflegedienste | Erfasst werden die ambulanten Pflegedienste, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Art der Behandlung | Niedergelassene Allgemein- oder Gebietsärztinnen bzw. -ärzte sowie das Personal in der Ambulanz eines Krankenhauses (Poliklinik) können eine **ambulante ärztliche Behandlung** vornehmen. Eine **stationäre Behandlung** liegt vor, sofern die Patientin oder der Patient mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus/eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung aufgenommen und dort gepflegt, ärztlich behandelt oder auf sonstige Art medizinisch oder pflegerisch betreut wurde. Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen lediglich eine Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet (z. B. Anstalten zur Unterbringung Gebrechlicher oder Erholungsbedürftiger, Altenheime, Pflegeheime).

Aufwendungen für den Ausbildungsfonds | Die in zahlreichen Bundesländern existierenden Ausbildungsfonds setzen sich zusammen aus Einzahlungen aller Krankenhäuser des jeweiligen Bundeslandes. Die in den Fonds angesammelten Mittel dienen der Finanzierung der Ausbildungsbudgets der Krankenhäuser. Die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds werden seit 2007 erhoben. Sie erhöhen sowohl die Brutto-Gesamtkosten als auch die bereinigten Kosten; deshalb ist ein Vorjahresvergleich nur eingeschränkt möglich.

Ausgabenträger | Sie umfassen sämtliche öffentliche und private Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren (z. B. Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung).

Berechnungs-/Belegungstage, Pflégetage | Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage im Krankenhaus bzw. der Pflégetage in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entspricht der Summe der Patientinnen und Patienten, die an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24 Uhr vollstationär untergebracht sind (Summe der Mitternachtsbestände). Als Berechnungs-/Belegungstag bzw. Pflégetag zählt der Aufnahmetag sowie jeder weitere Tag des Aufenthaltes ohne den Verlegungs- oder Entlassungstag aus der stationären Einrichtung. Wird eine Patientin oder ein Patient am gleichen Tag aufgenommen und entlassen (sogenannter „Stundenfall“), gilt dieser Tag als Aufnahmetag; somit verursacht ein Stundenfall einen Belegungstag.

Beschäftigte | Bei den Angaben handelt es sich um Beschäftigungsfälle, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt.

Einrichtungen, Klassifikation nach | Sie gibt Aufschluss über den Leistungserbringer. Beispielhafte Einrichtungen sind die ambulanten Einrichtungen, die u. a. die Arztpraxen und Apotheken enthalten oder die stationären Einrichtungen, die u. a. die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen gemeinsam umfassen.

Fallzahl | Die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ermitteln diese in ihren Grunddaten anhand des Patientenzu- und -abgangs. Zu unterscheiden ist zwischen einrichtungs- und fachabteilungsbezogener Fallzahl. Letztgenannte berücksichtigt (nur in Krankenhäusern) die internen Verlegungen. Die Ermittlung der Fallzahl beinhaltet auch die Sterbefälle, seit 2002 ebenso die Stundenfälle innerhalb eines Tages. Vergleiche mit früheren Jahren sind auf der Basis neu berechneter Fallzahlen möglich.

Die Formel für die **einrichtungsbezogene Fallzahl** lautet:

$$= \frac{\text{Patientenzugang}}{2} + \frac{\text{Patientenabgang}}{2}$$

$$= \frac{\text{Vollstationäre Aufnahmen}}{2} + \frac{\text{Vollstationäre Entlassungen} + \text{Sterbefälle}}{2}$$

Die Formel für die **fachabteilungsbezogene Fallzahl** berücksichtigt demgegenüber interne Verlegungen:

$$= \frac{\text{Vollst. Aufn. + Verlegungen aus anderen Abteilungen}}{2} + \frac{\text{Vollst. Entl. + Verlegungen in andere Abt. + Sterbefälle}}{2}$$

Grundleiden | In der Todesursachenstatistik ist das Grundleiden diejenige Erkrankung/Diagnose, die ursächlich für den Tod einer Person ist. Eine solche Krankheit kann zwar weitere, ebenfalls auf der Todesbescheinigung vermerkte Erkrankungen auslösen, das Grundleiden ist jedoch die für die Statistik entscheidende Erkrankung. Beispiel: Seit fünf Jahren ist eine Frau an Brustkrebs erkrankt. Aufgrund dieser Erkrankung haben sich Hirnmetastasen gebildet, die am Ende zu einer Hirnblutung geführt haben. Alle diese Diagnosen (Brustkrebs, Hirnmetastasen, Hirnblutung) würden auf einer Todesbescheinigung vermerkt sein. Für die Statistik relevant wäre nur der Brustkrebs, da dieser alle folgenden Erkrankungen ausgelöst hat. Da sie sich bisher nur auf das Grundleiden beschränkt, heißt die Todesursachenstatistik auch „monokausale Statistik“. Im Gegensatz dazu wird zukünftig die elektronische Kodierung der Todesursachen ermöglichen, alle auf der Todesbescheinigung vermerkten Erkrankungen statistisch auszuwerten („multi-kausale Todesursachenstatistik“).

Kosten der Krankenhäuser | Diese werden seit 2002 wieder nach dem Bruttoprinzip ermittelt (wie schon in den Jahren 1991 bis 1995). Dabei werden zunächst die gesamten Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres für Personal und Sachmittel auf Basis der Krankenhaus-Buchführungsverordnung erfasst und später bereinigt um die nichtstationären Kosten, z. B. für Ambulanzen sowie Forschung und Lehre.

Krankenhäuser | Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, in denen das Personal durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden feststellen, heilen oder lindern soll oder Geburtshilfe leistet. In Krankenhäusern erfolgt die Unterbringung und Verpflegung der zu versorgenden Personen.

Krankheiten, Abgrenzung der | Grundlage für die Abgrenzung der Krankheiten in der Krankenhausdiagnosestatistik und der Todesursachenstatistik ist die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD). Sie ist Teil der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Leistungsarten, Klassifikation nach | Sie ermöglicht die Unterteilung der Gesundheitsausgaben nach der Form der von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommenen Leistungen. Als Leistungsarten zählen z. B. die Prävention, ärztliche Leistungen, pflegerische und therapeutische Leistungen und Leistungen für Waren (u. a. Arznei- und Hilfsmittel, Zahnersatz).

Nutzungsgrad der Betten bzw. Bettenauslastung | Sie gibt die durchschnittliche Auslastung der Betten in vom Hundert an. Hierzu wird die tatsächliche mit der maximalen Bettenbelegung in Relation gesetzt. Die maximale Bettenkapazität ergibt sich aus dem Produkt der aufgestellten Betten und der Anzahl der Kalendertage im Berichtsjahr. Die tatsächliche Bettenbelegung entspricht der Summe der Berechnungs- und Belegungstage/der Pflgetage, da jede Patientin bzw. jeder Patient pro vollstationärem Tag in der Einrichtung ein Bett belegt.

$$\text{Durchschnittliche Bettenauslastung} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Aufgestellte Betten x Kalendertage}} \times 100$$

Pflegebedürftige | Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI). Statistisch erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als pflegebedürftige Person ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen).

Pflegeheime | Statistisch erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Schwerbehinderte Menschen | Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem SGB IX, z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

Verweildauer | Sie gibt die Zahl der Tage an, die eine Patientin oder ein Patient durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie ergibt sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen/den Pflgetagen und der Fallzahl der jeweiligen Fachabteilung bzw. der Einrichtung.

$$\text{Durchschnittliche Verweildauer} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Patientinnen und Patienten (Fälle)}}$$

Vollzeitäquivalente (FTE = Full-Time Equivalents) | Sie geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einer vollzeitbeschäftigten Person, in den Grunddaten der Krankenhausstatistik als Vollkräfte bezeichnet.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | In diesen Einrichtungen wird der Gesundheitszustand der dort untergebrachten und gepflegten Patientinnen und Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan verbessert. Dies geschieht vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen. Den Patientinnen und Patienten wird bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte geholfen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Gesundheit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 23, Daten zur *Pflege (Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen)* unter Code 224

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gesundheitliche Lage

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 3 Schwangerschaftsabbrüche
- Reihe 4 Todesursachen in Deutschland
- Reihe 6 Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

- Reihe 5 Schwerbehinderte Menschen

Fachberichte

- Schwerbehinderte Menschen (2013)
- Fragen zur Gesundheit – Körpermaße der Bevölkerung – Mikrozensus 2009
- Fragen zur Gesundheit – Rauchgewohnheiten der Bevölkerung – Mikrozensus 2009
- Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen (2011)
- Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
Deutschlandergebnisse (2013)
- Ländervergleich – Pflegebedürftige (2013)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/09 Morbidität in den Arztpraxen
- Heft 2/10 Schwerbehinderte Menschen 2007
- Heft 3/12 Lebenslagen der behinderten Menschen, Ergebnis des Mikrozensus 2009

STATmagazin

- Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (2008)
- Nichtraucher auf dem Vormarsch – Gesundheitsschutz hat Vorrang (2010)
- Familienzuwachs: Mutter und Kind wohlauf? (2010)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Demografischer Wandel in Deutschland –
Heft 2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Pflegestatistik 2009 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich (2012)

■ Gesundheitsversorgung

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
- Reihe 7.3 Gesundheitspersonal

Fachberichte

- Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
Deutschlandergebnisse (2013)
- Ländervergleich – ambulante Pflegedienste (2013)
- Ländervergleich – Pflegeheime (2013)

Mehr zum Thema

■ Gesundheitsversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10	Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025
Heft 4/11	Krankenhäuser in Deutschland
Heft 2/12	20 Jahre Krankenhausstatistik

STATmagazin

Krankenpflege – Berufsbelastung und Arbeitsbedingungen (2009)
Kaiserschnitt und Co: Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern (2010)

■ Kosten im Gesundheitswesen

Fachserie 12 Gesundheit

Reihe 6	Krankenhäuser
Reihe 7.1	Gesundheitsausgaben
Reihe 7.2	Krankheitskosten

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/11	Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters?

STATmagazin

Männer und Frauen im Gesundheitswesen: Ein Kostenvergleich (2009)

■ Krankenversicherungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 1.1	Angaben zur Krankenversicherung

■ Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/09	Onlinerecherche von Gesundheitsdaten

Broschüren

Gesundheit auf einen Blick (2010)

■ Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes informiert über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden dabei tief gegliederte Datentabellen aus über 100 Datenquellen sowohl der amtlichen Statistik als auch einer Vielzahl anderer Institutionen. Aber auch Berichte und Analysen, insbesondere die Veröffentlichungen des Robert Koch-Instituts, sind dort bequem verfügbar. Weitere Informationen finden Sie unter www.gbe-bund.de

Im Rahmen der GBE des Bundes sind u. a. folgende Berichte erschienen:

Gesundheit und Krankheit im Alter (2009)
Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ (2011)

Themenhefte der Gesundheitsberichterstattung

Heft 49	Entzündlich-rheumatische Erkrankungen
Heft 50	Schizophrenie
Heft 51	Depressive Erkrankungen
Heft 52	Sterblichkeit, Todesursachen und regionale Unterschiede

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 89 51 (Krankenhausstatistik, Todesursachenstatistik),
+49 (0)6 11 / 75 81 54 (Schwangerschaftsabbruchstatistik, Mikrozensus – Fragen zur Gesundheit),
+49 (0)6 11 / 75 82 34 (Gesundheitsbezogene Rechensysteme),
+49 (0)6 11 / 75 81 21 (Gesundheitsberichterstattung),
+49 (0)6 11 / 75 89 56 (Pflege und behinderte Menschen),
+49 (0)6 11 / 75 89 55 (Krankenversicherung).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

5 Wohnen



2010 gab es rund **36 Millionen bewohnte Wohnungen** | Fast die **Hälfte** (46 %) der Wohnungen bewohnen **Eigentümerinnen und Eigentümer** selbst | Haushalte geben knapp **ein Viertel** ihres Nettoeinkommens für **Miete** aus | Durchschnittliche **Miete pro m²** beträgt **6,37 Euro** | Durchschnittliche **Mietwohnung** ist **70 m²** groß, durchschnittliche **Eigentumswohnung 119 m²** | Fast jeder **fünfte Haushalt** finanziell **stark** durch Wohnkosten **belastet** | 2011 bezogen in Deutschland **2,2 %** der Privathaushalte **Wohngeld**



Vorläufige Ergebnisse des Zensus 2011 zum Thema Wohnen finden Sie in der Zensusdatenbank unter www.zensus2011.de

*Seite***149 Auf einen Blick****Tabellen****150 Wohnungen**

Bewohnte Wohnungen | Eigentümerwohnungen | Mietwohnungen | Nach Ländern | Nach Baujahr | Nach Größen | Mietbelastungsquote

151 Wohngeld

Nach Ländern | Nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung | Wohngeldausgaben

153 Belastungen durch die Wohnsituation

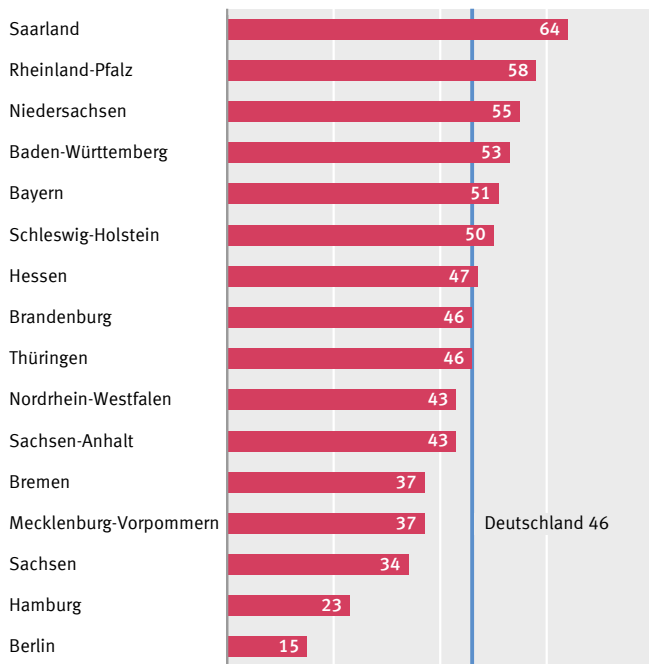
Finanzielle Belastung durch Wohnkosten | Probleme im Wohnumfeld | Mängel in der Wohnung/dem Haus

154 Methodik**156 Glossar****158 Mehr zum Thema**

5.0 Auf einen Blick

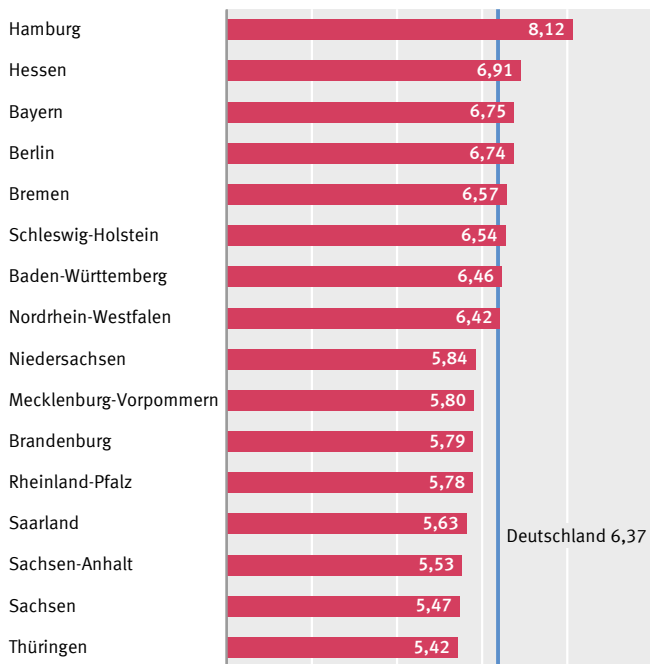
Eigentümerquote 2010

in %



Die Eigentümerquote beschreibt den Anteil der von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnten Wohnungen. – Ohne Wohnheime.

2013 - 01 - 0254

Bruttokaltmiete 2010in EUR je m²

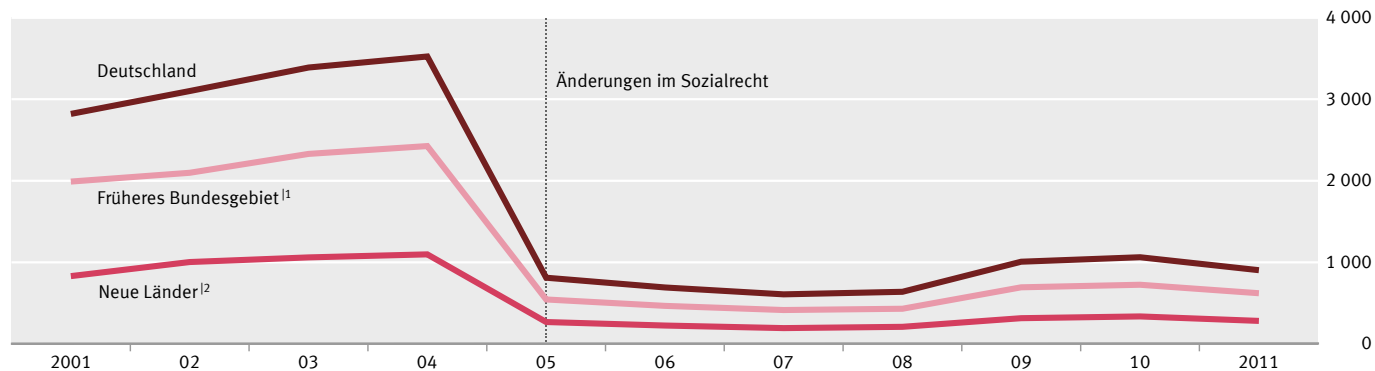
Durchschnittliche Bruttokaltmiete bewohnter Wohnungen. – Ohne Wohnheime.

2013 - 01 - 0255

Haushalte mit Wohngeld

in 1 000

Infolge der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – „Hartz IV“) hat sich der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit der statistisch erfassten **Wohngeldhaushalte** zunächst deutlich reduziert. Für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II) entfiel ab diesem Zeitpunkt der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt. Außerdem entfiel der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.



Am Jahresende.

1 Bis 2001 einschl. Berlin-West, ab 2002 ohne Berlin.

2 Bis 2001 einschl. Berlin-Ost, ab 2002 einschl. Berlin.

2013 - 01 - 0256

5 Wohnen

5.1 Wohnungen

Weitere Informationen zu Wohnungen siehe Kapitel „Bauen“

5.1.1 Bewohnte Wohnungen 2010

	Wohnungen insgesamt	Art der Nutzung		Baujahr		Wohnungsgröße		Gebäudegröße	
		Eigentümer- wohnungen	Miet- wohnungen	bis 1990 errichtet	1991 und später errichtet	„kleine“ (bis 39 m² je Person)	„große“ (ab 40 m² je Person)	Gebäude mit . . . Wohnungen	
								1 oder 2	3 oder mehr
1 000									
Deutschland	36 089	16 494	19 595	31 388	4 701	13 097	22 992	17 254	18 836
Baden-Württemberg	4 483	2 365	2 118	3 832	651	1 596	2 887	2 283	2 200
Bayern	5 433	2 770	2 663	4 518	915	1 896	3 537	2 909	2 524
Berlin	1 737	258	1 479	1 680	57	730	1 007	184	1 553
Brandenburg	1 128	521	607	884	244	455	673	565	563
Bremen	333	124	209	321	12	122	211	115	218
Hamburg	834	188	645	786	48	353	481	177	657
Hessen	2 629	1 243	1 386	2 321	308	894	1 735	1 339	1 290
Mecklenburg-Vorpommern	781	289	492	690	91	340	441	318	463
Niedersachsen	3 487	1 901	1 586	2 941	546	1 011	2 476	2 101	1 385
Nordrhein-Westfalen	7 666	3 294	4 372	6 889	778	2 849	4 817	3 378	4 289
Rheinland-Pfalz	1 748	1 014	734	1 478	270	494	1 254	1 142	606
Saarland	458	292	166	432	26	121	337	326	132
Sachsen	1 971	664	1 308	1 692	279	923	1 048	681	1 290
Sachsen-Anhalt	1 086	463	622	925	160	443	642	510	576
Schleswig-Holstein	1 293	643	650	1 089	204	457	836	719	575
Thüringen	1 022	465	557	910	113	414	608	508	515
Heizungsart									
Sammelheizung	33 488	15 201	18 287	28 904	4 584	12 243	21 245	15 717	17 771
dar.: Fernheizung	4 781	637	4 144	4 299	482	2 395	2 385	384	4 397
Block-/Zentralheizung	25 620	13 686	11 934	21 733	3 887	8 691	16 928	14 513	11 107
Etagenheizung	3 088	878	2 210	2 872	216	1 156	1 932	821	2 267
Einzel- oder Mehrraumöfen	2 601	1 292	1 309	2 484	117	854	1 747	1 536	1 065
Überwiegende Energieart der Beheizung									
Fernwärme	4 740	634	4 107	4 264	477	2 377	2 363	382	4 358
Gas	17 544	7 859	9 684	14 554	2 989	6 430	11 113	8 054	9 490
Elektrizität (Strom)	1 429	719	710	1 351	77	461	967	795	633
Heizöl	10 149	5 924	4 224	9 382	767	3 069	7 080	6 452	3 697
Briketts, Braunkohle	210	109	101	208	/	73	137	136	73
Koks, Steinkohle	72	41	31	70	/	28	45	55	18
Holz, Holzpellets	1 258	899	359	1 105	153	405	852	1 046	212
Biomasse (außer Holz), Biogas	21	12	9	17	/	9	12	13	7
Sonnenenergie	23	14	9	14	9	9	14	15	8
Erd- und andere Umweltwärme, Abluftwärme	269	218	51	105	164	67	202	229	40
Baujahr									
von . . . bis . . . errichtet									
bis 1918	5 154	2 421	2 733	5 154	–	1 662	3 492	2 678	2 475
1919 – 1948	4 647	2 093	2 554	4 647	–	1 644	3 003	2 489	2 158
1949 – 1978	16 793	6 869	9 924	16 793	–	6 324	10 469	6 968	9 825
1979 – 1986	3 775	1 878	1 897	3 775	–	1 284	2 491	1 833	1 943
1987 – 1990	1 017	520	497	1 017	–	386	632	516	502
1991 – 2000	2 955	1 555	1 401	–	2 955	1 147	1 808	1 549	1 406
2001 – 2004	908	628	280	–	908	345	563	640	268
2005 – 2008	706	458	248	–	706	261	445	485	221
2009 und später	132	70	61	–	132	43	89	95	37
Jahre									
Mittleres Alter der Wohnung	52,0	50,7	53,2	58,2	11,1	50,8	52,7	52,0	52,0
1 000									
Wohnfläche									
von . . . bis unter . . . m²									
unter 40	1 618	82	1 536	1 497	121	1 618	–	151	1 467
40 – 60	6 047	565	5 482	5 570	477	1 543	4 504	771	5 275
60 – 80	8 736	1 978	6 758	7 933	804	4 869	3 867	2 087	6 650
80 – 100	6 267	2 918	3 349	5 569	698	1 791	4 475	2 960	3 307
100 – 120	4 457	3 111	1 346	3 807	649	1 532	2 925	3 240	1 216
120 und mehr	8 964	7 840	1 124	7 013	1 952	1 744	7 221	8 045	920
m²									
Durchschnittliche Wohnfläche									
je Wohnung	92,1	118,6	69,9	89,6	109,1	78,4	100,0	116,8	69,6
je Person	45,1	51,1	38,7	45,4	43,9	27,9	62,4	50,2	39,1

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010. – In Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

5 Wohnen

5.1 Wohnungen
5.1.2 Mietwohnungen 2010

Die **Mietbelastungsquote** eines Haushalts bezeichnet den Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht werden muss.

	Mietwohnungen insgesamt	Baujahr				Wohnungsgröße		Gebäudegröße	
		bis 1948 errichtet	1949 bis 1978 errichtet	1979 bis 1990 errichtet	1991 und später errichtet	„kleine“ (bis 39 m² je Person)	„große“ (ab 40 m² je Person)	Gebäude mit ... Wohnungen	
								1 oder 2	3 oder mehr
1 000									
Wohnfläche									
von ... bis unter ... m²									
unter 40	1 536	360	822	238	116	1 536	–	127	1 410
40 – 60	5 482	1 454	2 974	629	425	1 366	4 116	535	4 947
60 – 80	6 758	1 655	3 661	808	635	3 849	2 909	1 027	5 731
80 – 100	3 349	954	1 556	422	417	1 170	2 179	928	2 420
100 – 120	1 346	462	531	158	195	586	760	606	740
120 und mehr	1 124	402	381	139	202	299	825	743	381
m²									
Durchschnittliche Wohnfläche									
je Wohnung	69,9	72,6	67,2	69,6	77,2	66,7	72,6	88,3	65,3
je Person	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7
EUR je m²									
Mietangaben									
Bruttokaltmiete	6,37	6,13	6,39	6,33	6,88	6,52	6,25	5,70	6,56
%									
Mietbelastungsquote ¹⁾	22,8	22,4	23,1	22,8	22,4	21,0	24,6	21,8	23,1

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010. – In Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

1 In die Berechnung gehen ausschließlich Wohnungen ein, in denen nur ein Haushalt wohnt, da dort das Haushaltseinkommen dem Wohnungseinkommen entspricht. Zur Hochrechnung der Mietbelastungsquote wird der Standardhochrechnungsfaktor des Mikrozensus verwendet.

5.2 Wohngeld
5.2.1 Wohngeldhaushalte nach Ländern am 31.12.2011

	Wohngeldhaushalte				Davon reine Wohngeldhaushalte		Davon wohngeldrechtliche Teilhaushalte	
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹⁾	davon		insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹⁾	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹⁾
			Mietzuschuss	Lastenzuschuss				
	1 000	%	1 000		1 000	%	1 000	%
Deutschland	902,9	2,2	832,8	70,1	770,4	1,9	132,5	0,3
Baden-Württemberg	86,2	1,7	81,2	5,0	77,7	1,5	8,5	0,2
Bayern	82,2	1,3	77,2	5,0	71,5	1,2	10,7	0,2
Berlin	36,1	1,8	35,7	0,4	34,7	1,7	1,5	0,1
Brandenburg	36,3	2,9	32,8	3,5	32,7	2,6	3,6	0,3
Bremen	8,1	2,2	7,6	0,6	7,4	2,0	0,8	0,2
Hamburg	16,9	1,7	16,5	0,4	16,1	1,6	0,8	0,1
Hessen	44,1	1,5	41,1	3,0	40,2	1,4	3,9	0,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	43,3	5,1	39,3	3,9	34,0	4,0	9,2	1,1
Niedersachsen	96,5	2,5	84,6	11,9	75,4	2,0	21,1	0,5
Nordrhein-Westfalen	199,2	2,3	185,6	13,7	168,4	1,9	30,9	0,4
Rheinland-Pfalz	39,1	2,1	34,5	4,6	34,3	1,8	4,8	0,3
Saarland	8,3	1,7	7,1	1,2	7,0	1,4	1,3	0,3
Sachsen	84,5	3,8	78,8	5,7	72,1	3,3	12,4	0,6
Sachsen-Anhalt	38,9	3,3	35,8	3,1	31,3	2,6	7,6	0,6
Schleswig-Holstein	40,1	2,9	36,2	4,0	33,0	2,3	7,2	0,5
Thüringen	42,9	3,8	38,8	4,1	34,5	3,1	8,4	0,7
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ...	620,8	2,0	571,4	49,3	530,9	1,7	89,9	0,3
Neue Länder einschl. Berlin	282,1	3,3	261,3	20,8	239,5	2,8	42,6	0,5

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2011.

1 Zahl der Privathaushalte gemäß Mikrozensus 2011 (Jahresdurchschnitt).

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Bezugsberechtigt sind – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächere Haushalte, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter oder als Lastenzuschuss für selbst nutzende Eigentümerinnen und Eigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, deren monatlichem Gesamteinkommen sowie der zu berücksichtigenden Miete bzw. Belastung. Den größeren Teil der Wohnkosten müssen in jedem Fall Mieterinnen und Mieter bzw. Eigentümerinnen und Eigentümer selbst tragen.

Wohngeldhaushalte umfassen reine Wohngeldhaushalte und wohngeldrechtliche Teilhaushalte.

Reine Wohngeldhaushalte sind Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder Wohngeld erhalten.

Der **wohngeldrechtliche Teilhaushalt** besteht aus der Anzahl derjenigen Mitglieder eines Mischhaushaltes, die beim Wohngeld zu berücksichtigen sind. In jedem Mischhaushalt gibt es mindestens eine Empfängerin oder einen Empfänger von Transferleistungen, die oder der nach den §§ 7 und 8 Absatz 1 WoGG vom Wohngeld ausgeschlossen ist und daher bei der Wohngeldermittlung nicht berücksichtigt wird. In jedem Mischhaushalt gibt es genau einen wohngeldrechtlichen Teilhaushalt.

5 Wohnen

5.2 Wohngeld

5.2.2 Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung am 31.12.2011

	Wohngeld- haushalte insgesamt	Davon reine Wohngeldhaushalte							Davon wohn- geldrechtliche Teilhaushalte
		insgesamt	Erwerbstätige		Arbeitslose	Nichterwerbstätige			
			Selbstständige	abhängig Beschäftigte		Pensionäre/ Pensionäri- nen, Rentner/ -innen	Studierende	Sonstige	
	1 000	%							
Insgesamt	902,9	770,4	1,9	34,0	6,0	47,0	4,8	6,3	132,5
davon:									
Zahl der Personen im Haushalt									
1	523,3	431,9	0,5	6,4	2,8	41,8	3,0	1,5	91,4
2	130,1	98,4	0,3	5,6	1,0	3,9	1,1	0,9	31,8
3	68,0	61,3	0,3	4,9	0,6	0,6	0,5	1,0	6,8
4	91,5	89,8	0,4	8,2	0,9	0,4	0,2	1,6	1,6
5 und mehr	89,9	89,0	0,4	8,9	0,7	0,3	0,1	1,3	0,9

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2011.

5.2.3 Wohngeldausgaben nach Ländern 2011

	Wohngeldausgaben			
	insgesamt	Durchschnitt je Ein- wohner/-in	davon	
			Mietzuschuss	Lastenzuschuss
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	
Deutschland	1 502,0	18	1 363,8	138,2
Baden-Württemberg	166,2	15	153,8	12,4
Bayern	137,0	11	127,3	9,6
Berlin	57,1	16	56,6	0,6
Brandenburg	52,0	21	46,2	5,7
Bremen	13,3	20	12,0	1,3
Hamburg	24,9	14	24,0	0,9
Hessen	81,3	13	74,5	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	63,9	39	57,4	6,5
Niedersachsen	164,4	21	139,9	24,6
Nordrhein-Westfalen	359,4	20	328,5	30,9
Rheinland-Pfalz	62,9	16	53,7	9,2
Saarland	14,3	14	12,2	2,1
Sachsen	121,1	29	110,9	10,2
Sachsen-Anhalt	58,4	25	54,2	4,3
Schleswig-Holstein	69,1	24	62,1	7,1
Thüringen	56,4	25	50,6	5,8
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet	1 093,0	17	988,0	105,0
Neue Länder einschl. Berlin	409,0	25	375,8	33,2

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2011. – Die Wohngeldausgaben können nicht nach reinen Wohngeldhaushalten und nach wohngeldrechtlichen Teilhaushalten unterschieden werden. Der Durchschnitt je Einwohner/-in bezieht sich auf die Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 2011 (Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2011, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).

5.3 Belastungen durch die Wohnsituation

5.3.1 Finanzielle Belastung durch Wohnkosten 2011

	Die Wohnkosten sind für den Haushalt ... ¹		
	eine große Belastung	eine gewisse Belastung	keine Belastung
	%		
Haushalte insgesamt	18,4	57,4	24,2
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	18,0	53,7	28,4
Alleinerziehende	33,5	50,7	(15,7)
2 Personen ohne Kind	13,6	60,2	26,2
2 Personen mit Kind(ern) ²	22,9	61,1	16,0
Sonstige Haushalte	21,6	61,2	17,1
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	17,0	59,4	23,6
Mieter/-innen	19,7	55,5	24,7
nach Besiedlungsdichte ³			
Hohe Besiedlungsdichte	17,4	55,4	27,2
Mittlere Besiedlungsdichte	18,5	59,8	21,7
Dünne Besiedlungsdichte	22,4	59,4	18,2

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011.

1 Selbsteinschätzung der Haushalte.

2 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammen leben.

3 Die Besiedlungsdichte nach der Klassifikation DEGURBA („Degree of urbanisation“) ist wie folgt definiert:

Hohe Besiedlungsdichte: mehr als 500 Bewohner/-innen pro Quadratkilometer und mindestens 50 000 Einwohner/-innen.**Mittlere Besiedlungsdichte:** mehr als 100 und weniger als 500 Bewohner/-innen pro Quadratkilometer und entweder mindestens 50 000 Einwohner/-innen oder an ein Gebiet mit hoher Besiedlungsdichte angrenzend.**Dünne Besiedlungsdichte:** weder hohe noch mittlere Besiedlungsdichte.

5.3.2 Probleme im Wohnumfeld 2011

	Es gibt Verschmutzung, Ruß u. a. Umweltbelastungen im Wohnumfeld ¹	Es gibt Kriminalität, Gewalt im Wohnumfeld ¹
	%	
Haushalte insgesamt	23,9	13,7
nach Haushaltstyp		
Einpersonenhaushalte	26,1	16,4
Alleinerziehende	28,6	18,7
2 Personen ohne Kind	21,6	10,9
2 Personen mit Kind(ern) ²	22,9	12,9
Sonstige Haushalte	21,1	(9,8)
nach Wohnsituation		
Eigentümer/-innen	19,0	8,2
Mieter/-innen	28,5	18,8
nach Besiedlungsdichte ³		
Hohe Besiedlungsdichte	29,9	18,8
Mittlere Besiedlungsdichte	17,2	8,2
Dünne Besiedlungsdichte	16,6	7,1

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011.

Fußnoten siehe Tabelle 5.3.1

5.3.3 Mängel in der Wohnung/dem Haus 2011

	Es gibt ... in der Wohnung/dem Haus, in der/dem der Haushalt lebt ¹		
	Feuchtigkeits-schäden	zu wenig Tageslicht	Lärmbelästigung
	%		
Haushalte insgesamt	13,8	4,7	27,2
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	15,2	6,3	29,9
Alleinerziehende	25,4	(8,2)	37,0
2 Personen ohne Kind	10,5	3,3	25,0
2 Personen mit Kind(ern) ²	13,9	(3,1)	24,5
Sonstige Haushalte	12,7	/	21,7
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	8,7	2,1	19,6
Mieter/-innen	18,5	7,1	34,3
nach Besiedlungsdichte ³			
Hohe Besiedlungsdichte	14,5	5,5	31,9
Mittlere Besiedlungsdichte	12,1	3,8	21,7
Dünne Besiedlungsdichte	15,2	(3,6)	22,1

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011.

Fußnoten siehe Tabelle 5.3.1

Methodik

■ Wohnungen

Die Statistiken des Wohnungswesens beschreiben quantitativ und qualitativ den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die **totalen Gebäude- und Wohnungszählungen** liefern hierzu wichtige Strukturdaten in tiefer regionaler Gliederung. Diese totalen Zählungen finden allerdings nur in längerfristigen Zeitabständen statt – vor der deutschen Vereinigung zuletzt am 25.5.1987 zusammen mit der Volkszählung für das frühere Bundesgebiet und am 30.9.1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Für die Zeit zwischen den Zählungen werden die Daten mit Hilfe der **Bautätigkeitsstatistik** fortgeschrieben und in mehrjährigen Abständen durch **Wohnungsstichproben** ergänzt. Über die Aktualisierung der Zählungsergebnisse hinaus dienen die Wohnungsstichproben vor allem zur Ermittlung von Sachverhalten, die eine Totalzählung aus sachlichen und finanziellen Gründen überfordern würden. Wohnungsstichproben für das frühere Bundesgebiet fanden bisher 1957, 1960, 1965, 1972 und 1978 statt. Für Gesamtdeutschland wurde erstmalig am 30.9.1993 eine 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe durchgeführt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete das Gesetz über gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Wohnungsstatistikgesetz – WoStatG) vom 18.3.1993 (BGBl. I S. 337). Damit in noch kürzeren Zeitabständen zuverlässige Daten zur Verfügung stehen – z. B. über das Mietengefüge, die Mietenentwicklung und die Art der Unterbringung, u. a. in Abhängigkeit von der sozialen Struktur der Haushalte – wurden Haushalte in der Regel im Abstand von zwei Jahren im **Mikrozensus** zu ihrer Wohnsituation befragt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete seit 1985 das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 10.6.1985 (BGBl. I S. 955) in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14.6.1985 (BGBl. I S. 967). Die Erhebungen wurden auf der Basis einer 1 %-Repräsentativ-Stichprobe durchgeführt (zuletzt 1985 und 1987). Das neue „Mikrozensusgesetz und das Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes“ vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1350) stellt die Erhebungen zur Wohnsituation der Haushalte auf eine neue Rechtsgrundlage. Seit 1998 fragt der Mikrozensus im Abstand von vier Jahren neben den Merkmalen der Grunderhebung auch nach der Wohnsituation der Haushalte, zuletzt im Jahr 2010. Erhebungsmerkmale sind:

- Art und Größe des Gebäudes mit Wohnraum; Baualtersgruppe; Fläche der gesamten Wohnung; Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter; Eigentumswohnung; Einzugsjahr des Haushalts; Ausstattung der Wohnung mit Heiz- und Warmwasserbereitungsanlagen nach einzelnen Energieträgersystemen
- bei Mietwohnungen: Höhe der monatlichen Miete sowie der anteiligen und sonstigen Betriebs- und Nebenkosten

Im Rahmen des „Zensus2011“ wurden zum ersten Mal nach der deutschen Vereinigung alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Häusern und Wohnungen nach Informationen zur Art, Größe, Ausstattung und Nutzungsart befragt.

Vorläufige Ergebnisse zum Zensus2011 finden Sie in der Zensusdatenbank unter <https://ergebnisse.zensus2011.de>

■ Wohngeld

Um die Auswirkungen und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (WoGG) beurteilen zu können, werden im Rahmen der amtlichen **Wohngeldstatistik** Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Es handelt sich dabei um Vollerhebungen, die Ergebnisse liefern über die Zahl und Struktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistiken sind die §§ 34–36 WoGG. Die Wohngeldbehörden sind in diesen Erhebungen gemäß § 34 Abs. 2 WoGG zur Auskunft verpflichtet.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistiken in der Regel rund neun Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Zum 1.1.2005 trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) in Kraft. Infolge dessen hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt der Wohngeldanspruch für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr in den jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, sodass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Infolge dieser Änderungen entfielen auch die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss: Seit dem 1.1.2005 zählen die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge nicht mehr zu den Wohngeldempfängerinnen und -empfängern.

Am 1.1.2009 sind mit der Wohngeldreform wesentliche Veränderungen in Kraft getreten. Vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise sind erstmals die Heizkosten in das Wohngeld einbezogen. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung wurden auf Neubausniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % erhöht. Außerdem wurden die Tabellenwerte der Wohngeldtabellen um 8 % erhöht. Mit Hilfe dieser Wohngeldtabellen wird der jeweilige Wohngeldanspruch ermittelt. Dieser ist abhängig von den zu berücksichtigenden Haushaltsmitgliedern, deren monatlichen Gesamteinkommen und der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung.

Seit der Wohngeldreform sind wieder deutlich mehr Haushalte wohngeldberechtigt. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen sind daher nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Da die Energiekosten wieder gesunken sind, wurde ab 1. Januar 2011 aufgrund Artikel 22 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (BGBl. I Nr. 63/2010) der zum 1. Januar 2009 eingeführte Betrag für Heizkosten (sogenannte Heizkostenkomponente) bei der Ermittlung der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung im Wohngeld wieder gestrichen.

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Die Belastungen privater Haushalte durch Wohnkosten, Probleme im Wohnumfeld sowie Wohnungsmängel erfragt die europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). In Deutschland heißt die Erhebung **LEBEN IN EUROPA**. Neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen), die sehr differenziert erfasst werden, sind weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen Thema der Befragung, z. B. Angaben zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007). In diesen Jahren wurde ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Baujahr | Als Baujahr des Gebäudes gilt das Jahr der Bezugsfertigstellung. Bei Gebäuden, die nur teilweise unbenutzbar geworden und wieder hergestellt sind, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung. Bei total zerstörten und wieder aufgebauten Gebäuden gilt das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr. Bei Um-, An- und Erweiterungsbauten am Gebäude selbst ist das ursprüngliche Baujahr maßgebend.

Besiedlungsdichte | Diese ist nach der Klassifikation DEGRUBA („Degree of urbanisation“) unterteilt in:

- Hohe Besiedlungsdichte: mehr als 500 Bewohnerinnen und Bewohner pro Quadratkilometer und mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Mittlere Besiedlungsdichte: mehr als 100 und weniger als 500 Bewohnerinnen und Bewohner pro Quadratkilometer und entweder mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner oder an ein Gebiet mit hoher Besiedlungsdichte angrenzend
- Geringe Besiedlungsdichte: weder hohe noch mittlere Besiedlungsdichte

Blockheizung | Sie liegt vor, wenn ein Block ganzer Häuser durch ein zentrales Heizsystem beheizt wird und die Heizquelle sich in bzw. an einem der Gebäude oder in deren unmittelbaren Nähe befindet (sogenannte Nahwärme). Die Blockheizung zählt zur Sammelheizung.

Bruttokaltmiete | siehe Miete.

Durchschnittliche Wohnfläche je Person | Sie ergibt sich als Quotient aus der Wohnfläche und der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnung.

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung | Das ist der Quotient aus der Wohnfläche und der Zahl der Wohnungen.

Eigentümerhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Eigentümerhaushalt auch die Fälle von mietfrei wohnenden Haushalten.

Eigentümerin bzw. Eigentümer | Als Eigentümerin oder Eigentümer eines Gebäudes gilt, wem das Eigentum an einem Gebäude rechtlich ganz oder teilweise (Grundbucheintragung) zusteht. Als Eigentümerin oder Eigentümer einer Wohnung gilt, wem das Eigentum an einer Wohnung rechtlich ganz (Grundbucheintragung) zusteht.

Eigentümerwohnung | Dies ist eine von der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer selbst genutzte Wohnung.

Eigentumswohnungen | Dies umfasst alle Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll. Sie kommen nur in Gebäuden vor, in denen ausschließlich Sondereigentum an Wohnungen (Wohnungseigentum) und – soweit vorhanden – an nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen (Teileigentum) besteht. Eigentumswohnungen können vermietet sein (dann gehören sie zu den Mietwohnungen) oder die Eigentümerin oder der Eigentümer bewohnt die Wohnung selbst (dann sind es Eigentümerwohnungen). Eigentumswohnungen kommen fast ausschließlich in Mehrfamilienhäusern (Geschosswohnungsbau) vor.

Einzel- oder Mehrraumöfen | Einzelöfen (z. B. Kohle-, Nachtspeicheröfen) beheizen jeweils nur den Raum, in dem sie stehen. In der Regel sind sie fest installiert. Ein Mehrraumofen (z. B. Kachelofen) beheizt gleichzeitig mehrere Räume (auch durch Luftkanäle).

Etagenheizung | Unter einer Etagenheizung versteht man eine zentrale Heizanlage für sämtliche Räume einer abgeschlossenen Wohnung, wobei sich die Heizquelle hierfür meist innerhalb dieser Wohnung befindet, z. B. eine Gastherme.

Fernheizung | Hier werden ganze Wohnbezirke von einem zentralen Fernheizwerk aus mit Wärme versorgt (sogenannte Fernwärme). Die Übertragung der Wärme erfolgt durch isolierte Erdleitungen zu den einzelnen Häusern. Fernwärme (auch Industrie-

Abwärme) ist eine Heizenergie, die von einem außerhalb des eigenen Grundstücks liegenden Betriebs-, Block- oder Fernheizwerk geliefert wird.

Haushalt | Gemäß Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC ist ein Haushalt definiert als Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen. Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Nicht befragt werden Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.).

Haushaltstyp | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

Haushalte ohne abhängige Kinder

- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
- Ein Erwachsener unter 65 Jahren
- Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren und mehr
- Zwei Erwachsene, einer 65 Jahre und mehr
- Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
- Andere Haushalte ohne abhängige Kinder

Haushalte mit abhängigen Kindern

- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kindern
- Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
- Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mängel (in der Wohnung/dem Haus) | Diese umfassen ein undichtes Dach, feuchte Wände, Fußböden oder Fundamente, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, zu wenig Tageslicht in den Räumen, Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehr, Geschäfte, Industrie).

Miete | Die Nettokaltmiete (häufig auch Nettomiete, Grundmiete) bezeichnet den monatlichen Betrag, der mit der Vermieterin bzw. dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohnung zum Zeitpunkt der Zahlung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht. Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten (z. B. Beträge für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr) zusammen.

Mieterin bzw. Mieter | Wird einer Person gegen Entgelt mindestens ein Raum zur Nutzung überlassen, so ist sie Mieterin bzw. Mieter.

Mieterhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Mieterhaushalt auch die Fälle von Wohnen mit reduzierter Miete.

Wohnfläche | Hierunter ist die Summe der Grundflächen aller Räume einer Wohnung zu verstehen (einschließlich Flur, Korridor, Diele, Vorplatz, Badezimmer, Duschraum, Toilette, Speisekammer usw.) – unabhängig davon, ob es sich um eine von der Eigentümerin oder dem Eigentümer bzw. der Mieterin oder dem Mieter selbstgenutzte, untervermietete oder gewerblich genutzte Wohnung handelt. Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z. B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebaute Keller- und Bodenräume.

Zur Ermittlung der Wohnfläche ist anzurechnen:

- voll: die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens zwei Metern,
- zur Hälfte: die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens einem Meter, aber weniger als zwei Metern,
- zu einem Viertel: die Flächen von Balkonen, Loggien, Dachgärten.

Wohngeld | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird — gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes — einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Der größere Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Mit der am 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind die Höchstbeträge für Miete und Belastung auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % angehoben worden. Daneben wurden die Tabellenwerte um 8 % erhöht. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen sind durch diese Änderungen wieder wohngeldberechtigt und damit nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 1.1.2009 Personen für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Wohngeldhaushalte | Als Wohngeldhaushalte gelten Haushalte mit Wohngeldbezug, in denen alle Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt sind.

Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten | Seit 2005 gibt es neben den Wohngeldhaushalten die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte in Mischhaushalten. In diesen Haushalten ist lediglich ein Teil der Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt, da mindestens ein Haushaltsmitglied Transferleistungen, etwa Arbeitslosengeld II, bezieht und deshalb nicht selbst wohngeldberechtigt ist.

Wohnkosten | Es handelt sich hierbei um die monatlichen Wohnkosten des Haushalts. Bei Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. mietfrei wohnenden Haushalten zählen hierzu:

- Grundsteuer
- Laufende Kosten (z. B. Ausgaben für Gebäudeversicherung, Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Instandhaltungsrücklagen, Schornsteinfeger, bei Eigentumswohnungen regelmäßige Pauschalzahlungen wie Hausgeld oder Wohngeld, Ausgaben für Hausverwaltung, Aufzug)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl und sonstige Brennstoffe)

Bei Mieterinnen und Mietern zählen hierzu:

- Nettokaltmiete
- Betriebskosten (z. B. Ausgaben für Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Hausmeisterkosten, gemeinschaftliche Umlagen)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl, sonstige Brennstoffe, sofern nicht bereits in den Betriebskosten enthalten)

Der Haushalt beantwortet bei EU-SILC die Frage, wie stark die Belastung durch die monatlichen Wohnkosten für den Haushalt ist, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Wohnen (Gebäude und Wohnungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt »Themen, Code 31, Daten zum *Wohngeld* unter Code 22

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wohnungen

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 3 Bestand an Wohnungen

Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

Heft 1 Bestand und Struktur der Wohneinheiten sowie Wohnsituation der Haushalte

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Heft 2 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte

Sonderheft 1 Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/09 Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008)

Heft 10/09 Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte (EVS 2008)

■ Wohngeld

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 4 Wohngeld

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/13 Wohngeld in Deutschland 2011

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 Wer muss darauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte (LEBEN IN EUROPA 2009)

Heft 2/12 LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Heft 3/12 Wohngeld in Deutschland 2010

Heft 3/13 Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.

■ Themenübergreifend

Fachberichte

Zuhause in Deutschland – Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte (2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/08 Wohnsituation in Deutschland 2006

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 88 80 (EU-SILC, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe),

+49 (0)6 11 / 75 23 36 (Mikrozensus-Zusatzerhebung),

+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Wohngeld).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

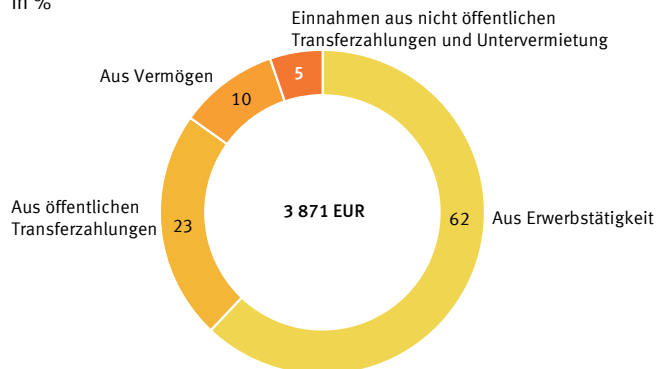
Haushalte verfügten 2011 durchschnittlich über **3 052 Euro** monatlich | **Drei Viertel** (74 %) davon entfallen auf **Konsum** | **Neun von zehn** Haushalten haben ein **Handy** | Pro Kopf werden jährlich **66 kg Kartoffeln** und **55 kg Schweinefleisch** verbraucht | **Urlaubsreisen** 2011 für **ein Viertel** der Haushalte **unerschwinglich** | Fast jeder **vierte Haushalt** kommt **schlecht** mit Einkommen **zurecht** | Knapp jede **sechste Person** 2010 von **Armut** bedroht | 2012 rund **95 600** Verfahren für **Verbraucherinsolvenzen** eröffnet | Hauptauslöser für die **Überschuldung** privater Personen ist **Arbeitslosigkeit**

<i>Seite</i>	
163	Auf einen Blick
	Tabellen
164	Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte Konsumausgaben privater Haushalte
168	Ausstattung Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern
170	Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln Pflanzliche und tierische Erzeugnisse Tiefkühlkost Genussmittel
171	Einschätzung der Lebenssituation Finanzielle Kapazitäten Zurechtkommen mit dem Einkommen Intergenerationale Übertragung von Benachteiligungen
173	Armut Median-Äquivalenzeinkommen Armutsgefährdungsquote nach Ländern
175	Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen Struktur überschuldeter Personen Hauptauslöser der Überschuldung Durchschnittliche Schulden Verbraucherinsolvenzen nach Ländern
178	Methodik
180	Glossar
183	Mehr zum Thema

6.0 Auf einen Blick

Haushaltsbruttoeinkommen 2011

in %

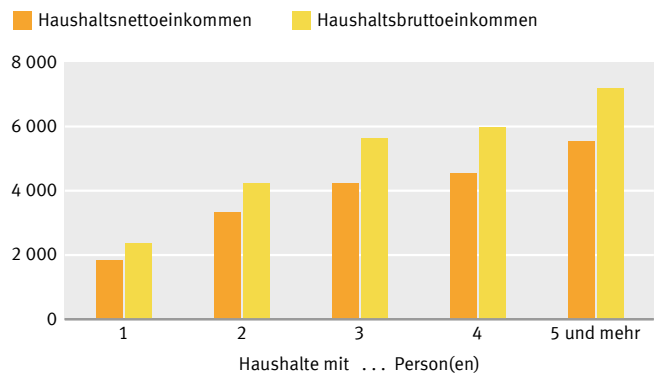


Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2013 - 01 - 0257

Einkommen nach der Haushaltsgröße 2011

in EUR

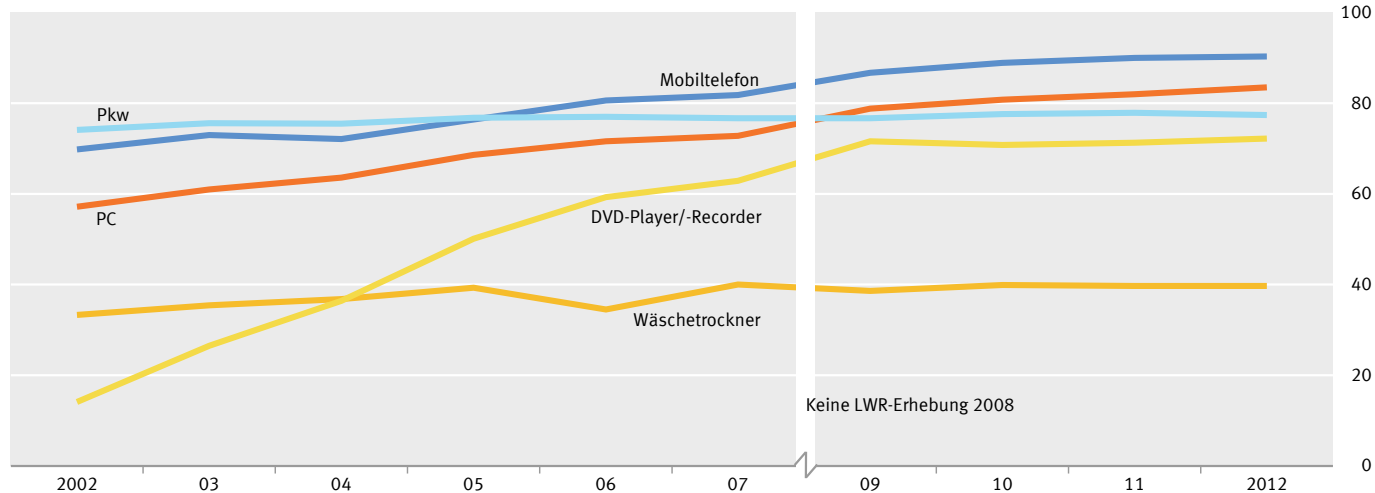


Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2013 - 01 - 0258

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern

in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2013 - 01 - 0259

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.1 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Zeitvergleich

	2005	2006	2007	2009 ¹⁾	2010	2011
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 489	3 584	3 711	3 758	3 871
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 087	2 062	2 147	2 198	2 274	2 381
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	16	20	19	19	19
Einnahmen aus Vermögen	334	337	364	373	363	385
dar. aus Vermietung und Verpachtung	59	58	60	66	68	66
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	869	872	864	924	904	884
darunter:						
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	446	448	451	471	473	472
(Brutto) Pensionen	113	123	126	128	119	117
Arbeitslosengeld I	39	31	23	20	19	16
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	42	47	47	51	48	50
Wohngeld	6	4	3	5	4	4
Kindergeld	76	75	73	78	81	79
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	186	203	189	198	199	202
darunter:						
Leistungen aus privaten Versicherungen	28	33	30	35	36	37
Unterstützung von privaten Haushalten	107	118	107	101	103	105
abzüglich:						
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	343	364	390	377	398
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	376	382	381	475	488	519
zuzüglich:						
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	—	—	—	25	27	31
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	—	—	—	2	2	2
Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 764	2 839	2 873	2 922	2 988
zuzüglich:						
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	27	34	34	25	30	32
Sonstige Einnahmen	23	29	27	27	29	31
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 816	2 826	2 900	2 925	2 981	3 052
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	782	909	988	949	813	830
Private Konsumausgaben	1 996	2 089	2 067	2 156	2 168	2 252
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	268	287	297	302	305	312
Bekleidung und Schuhe	95	93	94	98	100	104
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	662	684	693	724	738	775
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	125	129	119	116	118	125
Gesundheitspflege	83	83	82	91	91	93
Verkehr	270	321	291	326	305	319
Nachrichtenübermittlung	62	62	60	57	56	57
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	232	233	229	231	236	244
Bildungswesen	13	14	14	17	16	16
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	106	106	110	113	113	119
Andere Waren und Dienstleistungen	81	78	78	83	88	88
Andere Ausgaben	1 564	1 629	1 763	1 633	1 547	1 563
Sonstige Steuern	16	16	14	12	13	13
dar. Kfz-Steuer	12	12	12	11	11	11
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	7	7	7	8	8	8
Versicherungsbeiträge	120	122	124	85	86	90
darunter:						
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	—	—	—	13	13	14
Beiträge für Kfz-Versicherungen	35	35	35	32	30	32
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	141	145	148	135	158	156
Tilgung und Verzinsung von Krediten	241	251	259	256	256	274
darunter:						
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	80	80	81	78	79	80
Zinsen für Konsumentenkredite	7	7	8	9	10	8
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	171	178	116	135	78	132
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	830	876	1 060	1 001	948	890

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 2008 fand keine eigenständige LWR-Erhebung statt.

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.2 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2011

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Haushaltsbruttoeinkommen	3 871	2 371	2 656	4 449	5 716	5 808	(2 338)	3 351	4 618	4 818	3 959	2 780	2 663	2 332
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 381	1 280	1 518	2 343	4 399	4 213	(1 560)	2 693	3 608	3 767	2 564	233	61	/
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	19	/	/	(33)	(36)	(31)	—	/	(23)	(25)	(26)	/	/	/
Einnahmen aus Vermögen	385	221	(143)	506	507	568	/	118	361	396	441	460	432	307
dar. aus Vermietung und Verpachtung	66	44	/	95	55	89	/	/	36	58	89	96	96	(27)
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	884	720	593	1 315	607	756	(311)	321	467	465	719	1 786	1 928	1 799
darunter:														
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	472	446	/	846	(23)	241	/	/	(43)	91	328	1 245	1 431	1 337
(Brutto) Pensionen	117	92	/	239	/	(55)	—	/	/	(20)	112	325	320	(278)
Arbeitslosengeld I	16	(13)	/	(19)	/	(22)	/	/	(20)	(17)	(28)	/	/	—
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	50	58	(167)	(25)	(49)	(50)	/	(42)	(69)	62	74	/	/	/
Wohngeld	4	(5)	(11)	/	(4)	/	/	/	(7)	(5)	/	/	/	/
Kindergeld	79	(5)	239	8	330	193	/	93	183	135	34	(6)	(2)	/
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	202	148	400	252	165	239	(368)	200	158	164	207	289	237	200
darunter:														
Leistungen aus privaten Versicherungen	37	24	/	51	36	53	/	(17)	26	33	51	43	38	(46)
Unterstützung von privaten Haushalten	105	80	361	92	114	144	/	175	119	106	105	89	57	(68)
abzüglich:														
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	398	242	187	424	654	636	(186)	398	593	625	421	64	48	(39)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	519	304	292	573	830	829	(296)	511	680	725	532	231	227	202
zuzüglich:														
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	31	15	/	33	60	56	/	(13)	43	54	40	/	/	—
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	2	(2)	—	4	/	(1)	/	—	/	/	(1)	(6)	5	(6)
Haushaltsnettoeinkommen	2 988	1 843	2 182	3 490	4 292	4 399	(1 859)	2 455	3 389	3 523	3 046	2 492	2 394	2 097
zuzüglich:														
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	32	16	(24)	45	60	30	/	55	40	25	37	(42)	17	/
Sonstige Einnahmen	31	22	24	32	46	44	(16)	30	44	41	33	20	13	7
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 052	1 881	2 229	3 567	4 398	4 473	(1 878)	2 540	3 472	3 589	3 115	2 553	2 424	2 130
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	830	561	(526)	1 138	964	917	/	739	822	749	1 044	1 058	653	593
Private Konsumausgaben	2 252	1 461	1 735	2 651	3 184	3 063	(1 491)	1 899	2 397	2 518	2 326	2 118	1 957	1 700
Andere Ausgaben	1 563	976	978	1 991	2 034	2 130	(597)	1 361	1 819	1 687	1 785	1 464	1 103	980
Sonstige Steuern	13	7	(5)	17	20	19	/	9	14	15	14	12	13	(6)
dar. Kfz-Steuer	11	6	(4)	14	18	16	/	9	12	13	12	11	9	(5)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	8	5	(6)	9	10	13	/	(6)	9	12	11	/	/	/
Versicherungsbeiträge	90	55	59	105	124	139	(62)	72	102	108	89	82	71	52
darunter:														
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	14	9	(6)	19	15	17	/	7	11	13	16	21	16	(14)
Beiträge für Kfz-Versicherungen	32	18	(19)	37	41	58	/	27	35	38	31	31	26	(19)
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	156	112	74	226	126	185	(51)	59	114	163	178	225	154	241
dar. Geldspenden	10	8	(2)	13	11	9	/	5	7	8	11	9	13	16
Tilgung und Verzinsung von Krediten	274	132	177	299	532	439	/	255	403	407	249	172	88	(22)
darunter:														
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	80	35	(79)	80	197	110	/	89	144	109	67	37	28	/
Zinsen für Konsumentenkredite	8	5	(7)	9	13	12	/	8	10	12	9	(3)	4	/
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	132	(80)	/	155	205	(127)	/	(365)	(297)	76	122	(91)	(23)	/
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	890	585	333	1 180	1 016	1 209	(379)	595	880	906	1 122	882	754	644

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.3 Private Konsumausgaben 2011

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR												
Private Konsumausgaben	2 252	1 461	1 735	2 651	3 184	3 063	(1 491)	1 899	2 397	2 518	2 326	2 118	1 957	1 700
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	312	179	257	370	469	463	(202)	256	340	359	322	280	265	217
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	272	154	235	316	428	405	(173)	224	301	313	274	243	235	196
Alkoholische Getränke, Tabakwaren u. Ä.	40	25	22	54	42	58	(29)	33	38	45	47	37	30	21
Bekleidung und Schuhe	104	60	93	111	175	156	(70)	100	133	125	102	80	69	52
Herrenbekleidung	21	10	(8)	27	31	38	(17)	18	24	26	24	18	13	11
Damenbekleidung	43	30	36	48	52	65	(29)	40	47	51	44	35	33	26
Bekleidung für Kinder (unter 14 Jahren)	6	1	16	2	33	4	/	9	19	7	2	2	1	/
Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	3	2	3	3	5	4	(2)	2	4	3	3	2	2	2
Sonstige Bekleidung und Zubehör	8	4	7	8	13	13	/	8	10	10	8	6	5	3
Schuhe und Schuhzubehör	21	12	21	20	39	30	(14)	21	29	26	19	14	12	9
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe	2	2	(1)	3	2	2	/	(1)	2	2	2	2	3	(3)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	775	587	665	872	975	979	(533)	602	790	819	800	783	758	707
Wohnungsmieten u. Ä.	616	473	509	689	774	778	(406)	492	637	652	633	617	602	545
Energie	148	108	151	171	172	194	(119)	105	141	151	157	153	150	155
Wohnungsinstandhaltung	11	6	(5)	12	29	8	/	5	12	16	10	13	6	(7)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	125	69	79	163	185	165	(41)	103	137	147	135	117	89	68
Möbel und Einrichtungsgegenstände	50	27	31	65	71	72	/	49	56	63	58	39	26	(10)
Teppiche und andere Bodenbeläge	3	2	(2)	4	5	3	/	(1)	3	4	3	(4)	(3)	/
Kühl- und Gefriermöbel	2	/	/	(4)	/	/	—	/	/	(2)	(2)	/	(3)	/
Sonstige größere Haushaltsgeräte	10	5	/	13	14	14	/	(3)	11	12	11	(10)	9	/
Kleine elektrische Haushaltsgeräte	3	2	(1)	4	5	4	/	3	3	4	3	3	2	(1)
Heimtextilien	11	6	8	15	16	13	/	8	11	12	12	13	9	6
Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	23	12	12	31	37	29	(12)	20	28	27	23	23	16	9
Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	15	9	13	18	23	21	(9)	13	17	17	15	14	13	10
Dienstleistungen für die Haushaltsführung	7	5	(4)	8	10	5	/	(3)	6	6	7	8	8	(18)
Gesundheitspflege	93	62	51	137	89	104	(21)	39	64	80	105	115	140	120
Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	14	9	(4)	21	12	16	/	6	8	14	16	16	16	(25)
Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	24	17	11	34	20	27	(12)	12	17	19	26	29	37	37
Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	55	36	36	82	57	60	(6)	20	40	47	63	70	86	58
Verkehr	319	170	156	380	511	506	(229)	335	355	373	353	253	207	161
Kraftfahrzeuge	86	(38)	/	(107)	(155)	(143)	/	/	(80)	(83)	(121)	/	/	/
Kraft- und Fahrräder	7	(3)	/	(8)	10	(17)	/	/	(7)	(9)	(5)	/	/	/
Ersatzteile und Zubehör	12	6	(3)	16	20	19	/	13	15	16	12	9	7	(3)
Kraftstoffe und Schmiermittel	100	50	67	117	168	159	(77)	101	128	124	100	74	60	30
Wartung, Reparaturen an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	34	21	/	42	48	49	/	23	35	42	37	29	30	22
Garagen- und Stellplatzmieten	30	17	19	39	42	42	/	21	32	34	33	29	26	20
Sonstige Dienstleistungen	14	5	6	16	30	29	/	12	21	23	12	7	5	(3)
Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	35	31	31	35	38	49	(22)	42	38	42	33	30	28	26
Nachrichtenübermittlung	57	43	62	57	74	82	(77)	66	65	65	54	46	42	38
Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter	3	2	/	3	6	5	/	(3)	4	4	2	(1)	(1)	/
Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	54	41	59	54	68	77	(60)	62	61	61	52	45	41	36
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	244	154	187	294	355	322	(168)	188	257	294	234	254	206	163
Rundfunkempfangsgeräte u. Ä.	4	2	(3)	5	6	6	/	6	5	5	3	(2)	2	/
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	9	5	/	12	10	15	/	(5)	9	12	8	(12)	(7)	/
Foto-, Filmausrüstungen und optische Geräte	3	2	(2)	3	3	4	/	(4)	3	4	2	(2)	(1)	/
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	12	7	(8)	12	20	23	/	11	14	17	12	11	6	(3)
Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	7	5	8	7	12	10	(5)	9	10	9	6	5	3	(2)
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping u. Ä.	9	3	(5)	7	32	10	/	8	10	18	5	3	2	/
Spielwaren und Hobbys	15	7	16	14	39	16	(7)	16	26	16	12	13	8	6
Blumen und Gärten	16	10	7	23	19	20	(4)	7	14	16	19	18	19	14
Haustiere	14	10	11	16	18	22	/	15	21	19	13	11	7	(3)
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	56	38	57	57	92	77	(53)	51	70	67	51	46	46	33
Bücher	12	8	11	11	19	15	/	11	14	14	10	10	9	8
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	16	12	29	21	25	(6)	11	17	20	24	27	27	29
Sonstige Verbrauchsgüter	5	3	6	4	11	7	(4)	4	7	6	4	5	3	3
Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1	(1)	/	2	(1)	(1)	—	/	(1)	(2)	(1)	(1)	(1)	/
Pauschalreisen	59	37	(35)	91	52	72	/	(30)	37	68	61	89	65	(53)

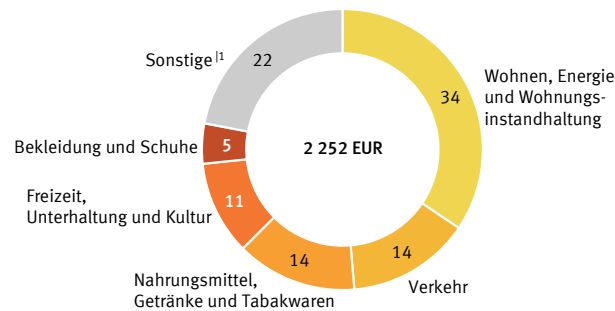
6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben
6.1.3 Private Konsumausgaben 2011

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sons- tige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
		Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR												
Bildungswesen	16	8	(24)	7	53	29	/	36	30	20	11	(4)	4	/
Nachhilfeunterricht	1	/	/	/	(5)	(2)	/	—	(2)	2	/	/	/	—
Gebühren, Kinderbetreuung	15	8	(21)	7	48	27	/	36	28	18	11	(4)	4	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	119	70	77	159	172	145	(67)	96	132	137	120	109	104	91
Verpflegungsdienstleistungen	83	52	54	108	114	101	(59)	71	94	93	83	71	73	65
Beherbergungsdienstleistungen	36	17	(22)	51	58	45	/	26	38	43	37	38	30	(27)
Andere Waren und Dienstleistungen	88	59	84	102	125	112	(54)	80	93	99	90	76	75	81
Schmuck, Uhren	7	5	6	9	9	10	/	8	7	8	8	7	5	(3)
Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	8	5	6	9	11	11	/	6	9	10	8	9	5	4
Dienstleistungen für die Körperpflege	18	14	12	24	19	21	(9)	11	16	18	19	20	24	23
Körperpflegeartikel und -geräte	26	17	28	27	40	37	(20)	26	32	30	26	20	19	16
Sonstige Dienstleistungen	28	18	32	32	46	32	(17)	28	29	32	29	20	22	35

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Private Konsumausgaben 2011
in %

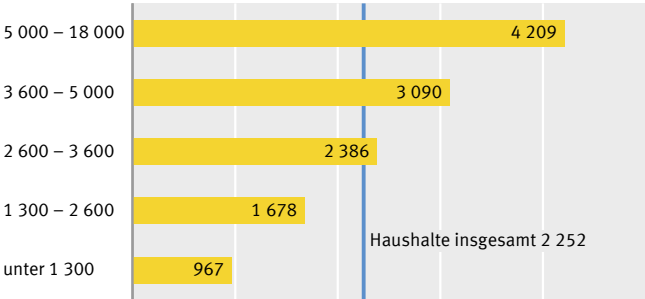


Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, Gesundheitspflege, andere Waren und Dienstleistungen, Nachrichtenübermittlung sowie Bildungswesen.

2013 - 01 - 0206

Private Konsumausgaben nach Nettoeinkommensklassen 2011
je Haushalt und Monat, in EUR
von ... bis unter ...



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2013 - 01 - 0260

6.2 Ausstattung
6.2.1 Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Gebrauchsgütern am 1.1.2012

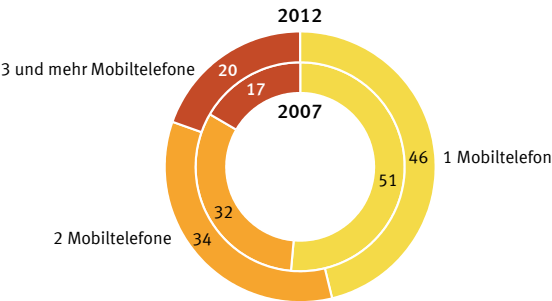
	Ausstattungsgrad	Ausstattungs- bestand
	Anteil der Haushalte in %	Anzahl der Güter je 100 Haushalte
Fahrzeuge		
Personenkraftwagen	77,4	103,3
Kraftrad (auch Mofa und Roller)	11,2	14,2
Fahrrad	80,8	184,5
Unterhaltungselektronik		
Fernseher	96,4	162,4
dar. Flachbildfernseher	58,9	79,5
Satellitenempfangsgerät	43,0	62,0
Kabelanschluss	45,6	47,3
DVB-T-Gerät	27,2	33,0
Pay-TV-Decoder	6,3	7,0
DVD-Player/-Recorder	72,2	94,2
Videokamera (Camcorder)	22,0	25,1
Fotoapparat	86,3	160,7
Analog	45,1	57,5
Digital	72,8	103,2
MP3-Player	42,2	67,3
CD-Player/-Recorder	78,2	124,6
Spielkonsole	25,5	45,8
Informations- und Kommunikationstechnik		
Personalcomputer (PC)	83,5	154,7
Stationär	59,6	75,4
Mobil (Notebook, Laptop, Tablet-PC)	57,5	79,3
Internetzugang	79,4	111,4
Stationär (zu Hause, z. B. über DSL- oder TV-Kabelnetzanschluss)	74,1	77,1
Mobil (unterwegs, z. B. per Handy, Notebook)	26,8	34,3
Festnetztelefon	93,4	114,4
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	90,3	165,6
Telefaxgerät stationär	18,8	18,9
Navigationsgerät	42,7	48,0
Haushalts- und sonstige Geräte		
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,4	121,5
Gefrierschrank, Gefriertruhe	57,2	64,6
Geschirrspülmaschine	68,3	69,1
Mikrowellengerät	72,4	74,4
Waschmaschine	96,0	98,1
Wäschetrockner	40,0	40,3
Sportgerät (Hometrainer)	28,7	35,0

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Der **Ausstattungsgrad** beschreibt, wie viele Haushalte einen bestimmten Ausstattungsgegenstand besitzen. Ein Ausstattungsgrad von 81 % bei Fahrrädern bedeutet zum Beispiel, dass 81 von 100 Haushalten mindestens ein Fahrrad besitzen.

Der **Ausstattungsbestand** gibt an, wie viele Ausstattungsgegenstände in 100 Haushalten vorhanden sind. Zum Beispiel bedeutet ein Ausstattungsbestand von 185 bei Fahrrädern, dass einige Haushalte mehr als ein Fahrrad besitzen. Im Falle einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad.

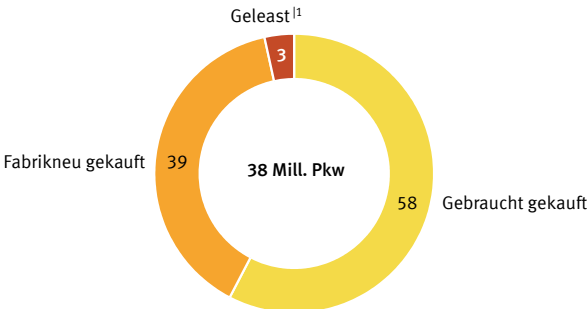
Private Haushalte mit Mobiltelefon(en) am 1.1. in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2013 - 01 - 0207

Pkw in privaten Haushalten am 1.1.2012 in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Auch vom Arbeitgeber/der Arbeitgeberin oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. – Keine Ratenkäufe.

2013 - 01 - 0261

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.2 Ausstattung

6.2.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Gebrauchsgütern nach dem Haushaltstyp am 1.1.2012

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		Allein- lebende	davon		Allein- erziehende	Paare	davon		
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
	Anteil der Haushalte in %								
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	77,4	57,2	60,9	55,6	72,0	92,9	91,9	95,3	91,4
Kraftrad (auch Mofa und Roller)	11,2	4,0	(8,6)	(2,0)	/	14,3	11,3	21,2	24,2
Fahrrad	80,8	69,3	73,7	67,4	90,6	87,9	83,6	98,0	91,2
Unterhaltungselektronik									
Fernseher	96,4	93,2	92,5	93,6	96,0	98,8	99,1	97,9	98,5
dar. Flachbildfernseher	58,9	45,0	51,0	42,4	54,7	69,1	69,4	68,3	70,1
Satellitenempfangsgerät	43,0	28,6	30,7	27,6	(38,1)	53,5	50,9	59,7	55,1
Kabelanschluss	45,6	54,0	53,2	54,3	47,0	40,2	44,1	31,1	36,9
DVB-T-Gerät	27,2	22,3	24,9	21,1	(24,1)	31,3	31,6	30,7	29,8
Pay-TV-Decoder	6,3	3,9	(7,6)	(2,2)	/	7,9	7,3	9,2	9,5
DVD-Player/-Recorder	72,2	57,8	64,9	54,8	86,3	80,6	75,8	91,9	85,9
Videokamera (Camcorder)	22,0	8,9	13,8	6,8	(28,9)	31,2	24,7	46,4	31,2
Fotoapparat	86,3	76,3	77,0	76,0	84,9	93,2	90,7	99,0	95,3
Analog	45,1	41,9	43,5	41,2	(32,5)	47,9	50,8	41,1	49,3
Digital	72,8	56,0	60,1	54,3	77,0	83,2	77,9	95,6	89,7
MP3-Player	42,2	26,3	33,7	23,1	64,7	45,0	32,8	73,1	75,0
CD-Player/-Recorder	78,2	70,1	67,0	71,4	83,8	83,1	80,3	89,6	85,7
Spielekonsole	25,5	9,1	(14,2)	(6,9)	65,5	29,0	12,8	66,8	53,7
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	83,5	72,3	79,9	69,0	94,7	89,1	84,7	99,4	97,2
Stationär	59,6	43,5	53,7	39,1	57,9	68,0	63,7	77,9	81,8
Mobil (Notebook, Laptop, Tablet-PC)	57,5	43,8	51,2	40,6	72,6	61,2	53,6	78,9	83,1
Internetzugang	79,4	66,0	74,9	62,1	90,3	86,0	81,0	97,7	96,6
Stationär (zu Hause, z. B. über DSL- oder TV- Kabelnetzanschluss)	74,1	59,0	67,5	55,3	80,1	82,0	76,9	94,1	93,3
Mobil (unterwegs, z. B. per Handy, Notebook)	26,8	20,4	27,4	17,4	(35,4)	26,8	22,0	37,9	43,5
Festnetztelefon	93,4	88,9	83,0	91,4	86,8	97,1	96,9	97,6	96,8
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	90,3	82,9	88,8	80,3	98,4	94,6	92,9	98,6	97,6
Telefaxgerät stationär	18,8	12,1	16,5	10,2	(15,3)	24,0	24,1	23,8	23,5
Navigationsgerät	42,7	22,8	31,5	19,1	(32,3)	57,1	54,2	63,8	60,0
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,4	99,0	97,8	99,5	99,9	99,6	99,6	99,6	99,5
Gefrierschrank, Gefriertruhe	57,2	38,1	31,6	40,9	48,3	71,2	72,0	69,4	73,3
Geschirrspülmaschine	68,3	46,6	38,9	49,9	74,4	83,4	79,4	92,7	85,6
Mikrowellengerät	72,4	62,2	64,2	61,4	78,5	78,4	76,3	83,3	82,7
Waschmaschine	96,0	92,0	85,9	94,7	98,7	98,7	98,6	98,9	98,9
Wäschetrockner	40,0	23,3	19,9	24,8	42,5	51,1	47,3	60,2	54,9
Sportgerät (Hometrainer)	28,7	18,2	19,4	17,7	(11,3)	36,4	39,0	30,4	40,1

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6.3 Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln**6.3.1 Pflanzliche Erzeugnisse**

	2000/01	2004/05	2010/11	2011/12 ¹
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Getreide einschl. Körnermais (in Mehlwert) ..	76,0	83,2	96,5	95,6
Weizen (in Mehlwert)	58,7	61,8	70,9	70,2
Roggen (in Mehlwert)	9,6	9,4	8,8	8,9
Erzeugnisse aus sonstigem Getreide ¹²	7,7	12,0	16,8	16,7
Reis (als geschälter Reis)	3,7	4,2	5,4	5,3
Hülsenfrüchte	1,2	0,4	1,1	0,4
Kartoffeln (Frischgewicht)	70,0	66,5	56,8	65,7
Kartoffelstärke	0,8	2,6	6,1	5,0
Zucker (Weißzuckerwert)	35,3	37,4	33,2	33,0
Honig	1,1	1,1	1,1	1,0
Kakaomasse	2,6	2,9	3,2	3,8
Marktobstbau	75,2	73,3	68,8	68,2
Zitrusfrüchte (Frischgewicht) ¹³	40,1	44,5	39,7	36,7
Schalenfrüchte ¹³	3,9	3,5	4,4	4,2
Trockenobst ¹³	1,4	1,5	1,5	1,4
Gemüse (Frischgewicht) ^{14 15}	94,0	96,9	94,4	95,4

Bevölkerung zum Stichtag 31.12. – Teilweise revidierte Angaben.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. Glukose und Isoglukose auf Getreidegrundlage.

3 Ab 2009/10 Berechnungszeitraum Juli bis Juni.

4 Einschl. nicht abgesetzter Mengen.

5 Ab 2009/10 ohne Selbstversorger/-innen.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e. V., Bund Deutscher Champignon- und Kulturpilzanbauer e. V.

6.3.2 Tierische Erzeugnisse, Öle und Fette

	2001	2005	2010	2011
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Fleisch und Fleischerzeugnisse ¹	87,9	87,2	89,5	90,0
Rindfleisch, Kalbfleisch	9,9	12,1	12,8	13,1
Schweinefleisch	54,0	54,1	54,8	54,6
Schaf- und Ziegenfleisch	1,1	1,1	0,9	1,0
Pferdefleisch	0,1	0,0	0,0	0,0
Innereien	3,0	1,1	0,7	0,7
Geflügelfleisch	18,2	17,5	18,7	19,1
Sonstiges Fleisch (Wild, Kaninchen) ...	1,6	1,3	1,6	1,5
Fische und Fischerzeugnisse (Fanggewicht)	15,3	14,7	15,5	15,4
Frischmilcherzeugnisse ¹²	81,7	89,4	101,3	103,2
dar. Magermilch und Buttermilcherzeugnisse	3,6	2,6	2,2	2,1
Sahne ¹³	6,5	5,9	5,7	5,7
Kondensmilch (Produktgewicht) ¹⁴	5,4	4,4	2,7	2,5
Käse einschl. Schmelzkäse (Produktgewicht)	21,5	21,5	23,2	23,7
dar. Frischkäse einschl. Speisequark ..	8,6	7,4	6,7	6,7
Butter (Produktgewicht)	6,7	6,4	5,7	6,1
Pflanzliche Fette (Reinfett)	16,9	16,3	15,1	14,9
darunter in Produktgewicht:				
Margarine	6,5	5,7	5,1	4,9
Speisefette	0,9	0,8	0,4	0,4
Speiseöle	11,3	11,3	11,2	11,2
	St je Einwohner/-in und Jahr			
Eier, auch verarbeitet	223,0	205,0	214,0	212,0

Bevölkerung zum Stichtag 30.6. – Teilweise revidierte Angaben.

1 Schlachtgewicht (Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste).

2 Einschl. Sauermilch- und Milchlischgetränken sowie Eigenverbrauch und Direktverkauf der landwirtschaftlichen Betriebe.

3 Ohne Sauermilch-, Kefir-, Joghurt-, Milchlischerzeugnisse und Milchlischgetränke aus Sahne hergestellt.

4 Ab 2006 geänderte Berechnungsmethodik, Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quellen: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

6.3.3 Tiefkühlkost

	2001	2005	2011	2012 ¹
	1 000 t			
Gemüse ¹²	292,0	291,6	382,5	380,3
Obst und Fruchtsäfte	66,6	64,2	68,1	68,9
Kartoffelerzeugnisse	362,6	406,2	422,2	426,7
Fleisch einschl. Wild	201,6	221,9	210,1	212,1
Geflügel ¹³	342,0	285,0	207,0	190,9
Fische und Fischerzeugnisse ¹²	207,5	236,6	253,2	245,6
Milcherzeugnisse und Süßspeisen	8,4	10,1	10,5	10,5
Fertiggerichte ¹²	838,2	1 003,9	1 018,0	1 040,9
Backwaren einschl. Teige	480,1	534,5	680,2	685,2
	Mill. l			
Eiskrem	521,5	535,4	499,1	505,7

Teilweise revidierte Angaben.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ab 2011 eingeschränkte Vergleichbarkeit zu vorhergehenden Jahren.

3 Tiefgefrorenes und gefrorenes Geflügel zusammen. Geänderte Datenbasis 2006.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsches Tiefkühlinstitut e. V., Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V.

6.3.4 Ausgewählte Genussmittel

	Einheit	2001	2005	2011	2012 ¹
		je Einwohner/-in und Jahr			
Zigaretten	St	1 731	1 162	1 071	1 008
Zigarren/Zigarillos	St	31	49	52	46
Feinschnitt	g	168	403	331	329
Pfeifentabak	g	11	10	11	13
Bier ¹²	l	118	111	102	99
Branntwein zu Trinkzwecken	l Alkohol	2,15	1,98	2,44	2,09
Schaumwein ¹³	l	4,22	3,79	4,08	4,16
Trinkwein einschl. Schaumwein ¹⁴	l	24,7	24,5	24,4	25,6

Dem Verbrauch liegen – mit Ausnahme von Trinkweinen – versteuerte Mengen zugrunde.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ohne alkoholfreies Bier.

3 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Satz.

4 Für Wirtschaftsjahre (August des Vorjahres bis Juli des angegebenen Jahres); ohne Verarbeitungswein für Brennerien und Essigherstellung. – Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

6.4 Einschätzung der Lebenssituation
6.4.1 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Finanzielle Kapazitäten

Deprivation bezeichnet einen Zustand des unfreiwilligen Mangels oder der Benachteiligung in wesentlichen Bereichen des Lebens. Die aus LEBEN IN EUROPA ermittelten, nicht monetären (d. h. nicht in Euro messbaren) Deprivationsindikatoren stellen dar, wie die Haushalte ihre Situation in Bezug auf materielle und/oder soziale Entbehrung in verschiedenen Lebensbereichen selbst einschätzen.

	Der Haushalt hat die finanzielle Kapazität, um . . .															
	sich jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise zu leisten				sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) zu leisten				unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten				die Wohnung angemessen zu heizen			
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
	2011		2010		2011		2010		2011		2010		2011		2010	
	%															
Haushalte insgesamt	75,5	24,5	74,9	25,1	89,1	10,9	89,7	10,3	62,6	37,4	63,4	36,6	93,9	6,1	94,4	5,6
nach Haushaltstyp:																
Einpersonenhaushalte	68,1	31,9	67,7	32,3	83,4	16,6	84,8	15,2	52,0	48,0	52,6	47,4	91,4	8,6	92,2	7,8
Alleinerziehende	52,7	47,3	49,6	50,4	80,6	19,4	79,2	20,8	30,8	69,2	31,2	68,8	85,4	(14,6)	88,3	(11,7)
2 Personen ohne Kind	85,6	14,4	84,5	15,5	93,6	6,4	93,5	6,5	76,1	23,9	76,3	23,7	96,7	3,3	96,7	3,3
2 Personen mit Kind(ern) ¹	78,9	21,1	78,2	21,8	94,3	5,7	95,2	4,8	67,4	32,6	69,0	31,0	95,8	4,2	95,7	4,3
Sonstige Haushalte	79,5	20,5	80,3	19,7	94,0	(6,0)	93,2	(6,8)	71,6	28,4	73,8	26,2	97,0	(3,0)	97,3	/

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010 und 2011. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.
1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.4.2 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren:
Zurechtkommen mit dem Einkommen

	Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen . . . zurecht											
	sehr schlecht		schlecht		relativ schlecht		relativ gut		gut		sehr gut	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	%											
Haushalte insgesamt	3,5	3,4	7,1	6,8	12,2	12,7	42,2	41,2	27,0	27,8	7,9	8,2
nach Haushaltstyp:												
Einpersonenhaushalte	5,1	5,6	10,0	9,1	14,7	14,4	39,4	38,2	23,9	26,2	6,9	6,5
Alleinerziehende	(9,2)	(5,8)	(14,9)	(14,1)	21,0	23,1	40,9	40,0	(12,4)	(15)	/	/
2 Personen ohne Kind	(1,5)	(1,4)	3,7	4,1	8,2	9,1	43,0	41,9	33,4	32,6	10,3	10,8
2 Personen mit Kind(ern) ¹	(2,6)	(2)	5,5	5,4	11,8	13,4	46,1	43,7	25,7	26,6	8,4	8,9
Sonstige Haushalte	/	/	(5,0)	(4,2)	(10,5)	(10,8)	46,5	49,5	29,6	25,9	(6,4)	(7,4)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010 und 2011. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.
1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.4 Einschätzung der Lebenssituation
6.4.3 Intergenerationale Übertragung von Benachteiligungen 2011

Lebensumstände im Teenageralter	Personen zwischen 25 und 59 Jahren ¹	
	insgesamt	darunter: armutsgefährdet ^{1 2}
	%	
Alle Personen		
Insgesamt	100	15,1
Die Person lebte im Teenageralter ...		
mit beiden Elternteilen zusammen	82,5	13,4
mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen ...	15,4	22,3
in einem anderen Haushalt (ohne Elternteil) oder in einem Gemeinschaftshaushalt	2,1	32,7
Personen, die im Teenageralter (etwa 14 Jahre alt) mit beiden Elternteilen zusammenlebten		
Zusammen	100	13,4
und zwar:		
Mindestens ein Elternteil hatte ein Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit (auch Rente/Pension) ..	95,4	12,6
Der höchste erworbene Bildungs- abschluss der Eltern war ...		
niedrig	12,0	20,7
mittel	52,6	11,1
hoch	25,6	10,6
Personen, die im Teenageralter (etwa 14 Jahre alt) mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammenlebten		
Zusammen	100	22,3
und zwar:		
Der alleinerziehende Elternteil hatte ein Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit (auch Rente/Pension)	73,3	21,3
Der höchste erworbene Bildungs- abschluss des alleinerziehenden Elternteils war ...		
niedrig	21,6	23,1
mittel	46,9	19,2
hoch	12,6	21,7

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/
„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Alter am 31.12.2010. Personen mit Angaben zur Fragestellung.
2 Bezogen auf das Einkommensreferenzjahr 2010.

Die **Intergenerationale Übertragung von Benachteiligungen** ist ein jährlich variierendes Sondermodul (sekundäre Zielvariablen) in EU-SILC 2011. Es bildet die Lebenssituation der befragten Personen zwischen 25 und 59 Jahren zu dem Zeitpunkt in ihrem Leben ab, als diese im Teenageralter waren (etwa 14 Jahre alt). Dabei ist insbesondere die damalige Familiensituation der Befragten von Bedeutung, z. B. ob eine Person, die heute armutsgefährdet ist, im Teenageralter mit nur einem oder mit beiden Elternteilen zusammen lebte und ob die Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil damals erwerbstätig waren. Auch das Leben in einem Gemeinschaftshaushalt war möglich, z. B. bei Verwandten oder in einem Kinderheim. Als Eltern bzw. Elternteil gelten hier die von der betreffenden Person damals als „Eltern“ bzw. als „Mutter“ oder „Vater“ betrachtete(n) Person(en). Das können die biologischen Eltern sein, aber auch Stief-, Adoptiv- und Pflegeeltern sowie andere, als Eltern angesehene, erwachsene Personen.

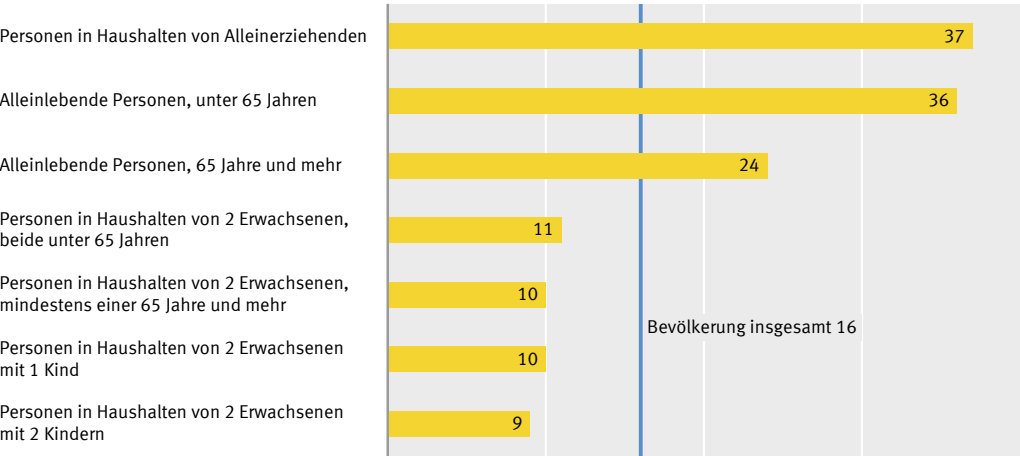
6.5 Armut
6.5.1 Median-Äquivalenzeinkommen

	Median des Äquivalenzeinkommens pro Monat			
	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung
	2010		2009	
Insgesamt	1 587	100	1 566	100
männlich				
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 470	92,6	1 467	93,7
18 – 24	1 598	100,7	1 530	97,7
25 – 49	1 751	110,3	1 733	110,7
50 – 64	1 733	109,2	1 754	112,0
65 und mehr	1 511	95,2	1 474	94,1
weiblich				
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 477	93,1	1 467	93,7
18 – 24	1 501	94,6	1 476	94,3
25 – 49	1 677	105,7	1 667	106,4
50 – 64	1 636	103,1	1 645	105,0
65 und mehr	1 431	90,2	1 396	89,1
Personen in Haushalten mit Kind(ern) ¹⁾				
Alleinerziehende	1 074	67,7	1 036	66,2
2 Erwachsene mit 1 Kind	1 774	111,8	1 779	113,6
mit 2 Kindern	1 635	103,0	1 619	103,4
mit 3 und mehr Kindern	1 320	83,2	1 348	86,1
Höchster Schulabschluss (Personen ab 18 Jahren)				
Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I	1 293	81,5	1 280	81,7
Sekundarstufe II und Post-Sekundarstufe	1 576	99,3	1 551	99,0
Tertiärbereich	1 990	125,4	1 960	125,2
Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)				
Erwerbstätig	1 834	115,6	1 792	114,4
Arbeitslos	790	49,8	751	48,0

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010 und 2011.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers 2010
Anteil an Personen, in %



Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011.

2013 - 01 - 0262

6.5 Armut

6.5.2 Armutsgefährdungsquote

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	2010			2009		
Ausgewählte Schwellenwerte für Armutsgefährdung						
EUR/Jahr						
Alleinlebende	11 426	–	–	11 278	–	–
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	23 994	–	–	23 684	–	–
Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers						
%						
Insgesamt	15,8	14,9	16,8	15,6	14,9	16,4
im Alter von ... bis ... Jahren						
bis 17	15,8	14,6	16,8	17,5	17,9	17,2
18 – 24	19,0	16,2	21,8	18,9	16,0	21,7
25 – 49	14,6	14,2	14,9	14,1	13,3	14,8
50 – 64	18,5	18,5	18,6	17,0	17,2	16,8
65 und mehr	14,2	12,0	16,2	14,1	12,1	15,9
nach Haushaltstyp						
Alleinlebende	32,3	32,3	32,2	30,0	30,7	29,5
Alleinerziehende	37,1	–	–	43,0	–	–
2 Erwachsene mit 2 Kindern ¹⁾	8,7	–	–	8,8	–	–
Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)						
Erwerbstätig	7,7	7,2	8,2	7,2	6,3	8,2
Arbeitslos	67,8	69,4	66,2	70,3	71,0	69,5
Im Ruhestand	14,0	13,0	15,0	13,4	12,3	14,4
Sonstig nicht erwerbstätig	26,2	30,6	24,0	25,0	27,2	24,0

Allgemein bezeichnet **Armut** eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlfahrtsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, wird hier – wie auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten – meist die „relative Armut“ bzw. Armutsgefährdung betrachtet.

Der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** ist der Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Diese liegt nach gemeinsamer Festlegung der EU-Mitgliedstaaten bei 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens. Liegt das Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Grenze, wird Armutsgefährdung angenommen.

Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung liegt, gemessen an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010 und 2011.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.5.3 Schwellenwert für Armutsgefährdung nach Ländern

	Einpersonenhaushalt		Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren	
	2011	2010	2011	2010
	EUR			
Deutschland	848	826	1 781	1 735
Baden-Württemberg	925	895	1 943	1 880
Bayern	914	892	1 919	1 872
Berlin	779	766	1 635	1 608
Brandenburg	794	777	1 668	1 632
Bremen	778	775	1 633	1 627
Hamburg	913	903	1 917	1 896
Hessen	897	872	1 884	1 831
Mecklenburg-Vorpommern	718	696	1 507	1 461
Niedersachsen	839	812	1 763	1 706
Nordrhein-Westfalen	833	815	1 749	1 711
Rheinland-Pfalz	868	843	1 823	1 771
Saarland	833	809	1 749	1 700
Sachsen	736	726	1 545	1 524
Sachsen-Anhalt	742	725	1 559	1 522
Schleswig-Holstein	881	851	1 851	1 788
Thüringen	759	736	1 594	1 545
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	877	854	1 841	1 794
Neue Länder einschl. Berlin	754	738	1 583	1 550

Ergebnisse des Mikrozensus. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.5.4 Armutsgefährdungsquote nach Ländern

	Nationalkonzept (gemessen am Bundesmedian)		Regionalkonzept (gemessen am Landes- bzw. regionalen Median)	
	2011	2010	2011	2010
	%			
Deutschland	15,1	14,5	X	X
Baden-Württemberg	11,2	11,0	14,7	14,0
Bayern	11,3	10,8	14,2	13,8
Berlin	21,1	19,2	15,5	14,2
Brandenburg	16,9	16,3	14,1	13,6
Bremen	22,3	21,1	17,0	17,3
Hamburg	14,7	13,3	18,0	17,4
Hessen	12,7	12,1	15,2	14,6
Mecklenburg-Vorpommern	22,2	22,4	13,9	13,4
Niedersachsen	15,7	15,3	15,2	14,5
Nordrhein-Westfalen	16,6	15,4	15,8	14,7
Rheinland-Pfalz	15,1	14,8	16,1	15,7
Saarland	15,6	14,3	14,8	13,4
Sachsen	19,6	19,4	12,7	13,0
Sachsen-Anhalt	20,5	19,8	14,2	13,5
Schleswig-Holstein	13,8	13,8	15,4	15,2
Thüringen	16,7	17,6	11,3	12,5
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	14,0	13,3	15,4	14,7
Neue Länder einschl. Berlin	19,5	19,0	13,5	13,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.6.1 Struktur überschuldeter Personen und Hauptauslöser der Überschuldung 2011

	Personen insgesamt		Hauptauslöser der Überschuldung					
			Arbeits- losigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	unwirt- schaftliche Haushalts- führung	gescheiterte Selbststän- digkeit	sonstiges
	Anzahl	%						
Überschuldete Personen								
Insgesamt	73 801	100	27,0	14,0	12,1	11,3	8,3	27,3
nach Haushaltsgröße								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	34 418	46,6	27,2	14,0	16,9	9,5	7,6	24,8
2	17 994	24,4	24,9	14,5	10,0	11,7	9,7	29,2
3	10 801	14,6	27,7	16,0	6,7	13,1	7,8	28,7
4	6 559	8,9	27,6	11,5	6,1	13,9	9,2	31,7
5 und mehr	4 029	5,5	31,0	9,3	4,8	15,2	7,9	31,8
nach Haushaltstyp								
Alleinlebende Frau	12 880	17,5	23,8	17,7	15,2	9,3	6,0	28,0
Alleinerziehende Frau								
mit 1 Kind	5 817	7,9	25,1	24,5	7,2	12,0	4,3	26,9
mit 2 Kindern	3 033	4,1	24,0	33,0	4,9	11,3	4,0	22,8
mit 3 und mehr Kindern ...	1 344	1,8	21,4	34,7	3,7	12,6	2,8	24,8
Alleinlebender Mann	21 006	28,5	29,5	11,9	17,7	9,4	8,6	22,9
Alleinerziehender Mann								
mit 1 Kind	806	1,1	29,0	28,8	8,7	6,9	8,8	17,8
mit 2 Kindern	214	0,3	29,4	31,8	7,9	7,0	10,3	13,6
mit 3 und mehr Kindern ...	88	0,1	29,5	27,3	5,7	8,0	6,8	22,7
Paar								
ohne Kind	11 377	15,4	24,6	8,5	11,1	11,7	13,0	31,1
mit 1 Kind	6 599	8,9	29,6	8,2	7,1	13,3	9,5	32,3
mit 2 Kindern	4 877	6,6	29,2	6,4	6,2	14,6	10,3	33,3
mit 3 und mehr Kindern ...	3 069	4,2	32,0	6,1	4,8	14,7	8,3	34,1
Sonstige Lebensform	2 691	3,6	25,3	11,1	14,3	17,8	6,3	25,2
nach Geschlecht								
Weiblich	36 586	49,6	24,9	17,7	10,0	11,7	6,1	29,6
Männlich	37 215	50,4	29,0	10,2	14,2	10,8	10,5	25,3
nach Familienstand								
Ledig	30 080	40,8	32,1	5,5	14,1	14,3	5,9	28,1
Verheiratet ¹⁾	18 246	24,7	27,1	4,9	8,9	12,3	12,4	34,4
Verheiratet, getrennt lebend ..	7 171	9,7	19,1	34,7	8,9	6,2	8,8	22,3
Verwitwet	2 558	3,5	9,2	36,7	11,7	7,6	5,7	29,1
Geschieden	15 746	21,3	23,5	27,5	13,5	7,1	8,3	20,1
nach Alter								
von ... bis unter ... Jahren								
unter 25	5 536	7,5	29,2	3,8	6,6	20,7	1,4	38,4
25 – 35	19 399	26,3	31,3	9,5	9,3	15,9	4,5	29,5
35 – 45	18 026	24,4	27,3	18,2	11,2	9,4	9,1	24,8
45 – 55	17 757	24,1	27,0	17,6	14,8	7,3	10,7	22,6
55 – 65	9 103	12,3	24,3	13,9	17,2	7,0	12,6	25,0
65 – 70	1 878	2,5	11,4	14,0	16,3	8,8	14,6	34,9
70 und mehr	2 102	2,8	3,2	14,3	12,4	12,4	9,1	48,6

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

Personen, die in der **Überschuldungsstatistik** erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.6.2 Durchschnittliche Schulden je Gläubigerart 2011

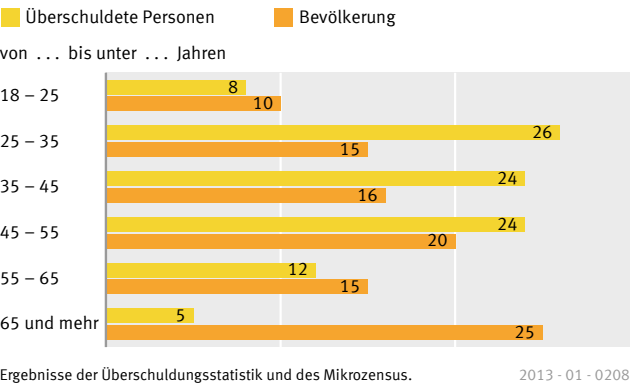
	Insgesamt	Durchschnittliche Schulden bei/aus								
		Kredit-instituten	Versand-häusern	öffentlichen Gläubigern	Inkasso-büros	Telefonge-sellschaften	Vermietern/ Vermieter-innen	Unterhalts-verpflich-tungen	Privat-personen	anderen Gläubigern
	EUR									
Überschuldete Personen										
Insgesamt	34 837	19 426	597	3 379	3 519	851	901	403	571	5 190
nach Haushaltsgröße										
Haushalte mit ... Person(en)										
1	28 978	14 452	483	2 877	3 233	830	841	532	550	5 181
2	42 170	25 725	639	3 602	3 924	776	880	295	643	5 686
3	37 376	21 599	691	4 766	3 350	935	931	270	587	4 247
4	38 637	22 546	766	3 221	3 807	902	1 062	287	469	5 577
5 und mehr	39 140	22 884	855	3 211	4 143	1 052	1 156	336	551	4 951
nach Haushaltstyp										
Alleinlebende Frau	26 703	15 118	646	1 830	3 156	677	839	92	443	3 903
Alleinerziehende Frau										
mit 1 Kind	25 451	14 860	685	1 548	2 861	962	1 008	41	367	3 120
mit 2 Kindern	29 168	17 191	860	1 833	2 871	1 088	1 064	30	413	3 818
mit 3 und mehr Kindern	29 101	14 093	1 142	2 063	4 542	1 286	1 412	59	384	4 120
Alleinlebender Mann	29 756	14 167	372	3 531	3 328	910	829	809	620	5 191
Alleinerziehender Mann										
mit 1 Kind	47 109	30 157	431	3 292	4 227	778	897	1 038	616	5 673
mit 2 Kindern	63 757	24 505	503	20 624	8 146	863	855	875	766	6 621
mit 3 und mehr Kindern	32 387	16 994	1 339	2 074	3 663	1 024	1 454	1 080	150	4 609
Paar										
ohne Kind	51 457	32 035	645	4 230	4 660	679	844	416	831	7 118
mit 1 Kind	40 214	23 438	627	5 491	3 455	836	906	375	651	4 434
mit 2 Kindern	41 771	25 163	714	3 640	3 780	824	988	283	531	5 848
mit 3 und mehr Kindern	39 906	24 007	803	3 192	4 149	988	1 121	278	433	4 935
Sonstige Lebensform	35 265	13 851	665	5 632	1 953	1 162	887	227	433	/
nach Geschlecht										
Weiblich	30 629	18 221	766	1 876	3 427	832	937	66	448	4 057
Männlich	38 973	20 611	430	4 857	3 610	869	865	735	692	6 304
nach Familienstand										
Ledig	18 929	7 119	473	2 412	2 319	1 072	880	378	317	3 958
Verheiratet ¹	51 637	32 127	679	4 953	4 609	664	886	262	734	6 722
Verheiratet, getrennt lebend	50 777	33 351	584	3 789	4 005	724	935	344	791	6 254
Verwitwet	38 827	24 779	826	2 513	4 233	462	737	61	593	4 623
Geschieden	37 851	21 008	708	3 356	4 212	765	968	697	762	5 375
nach Alter										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 25	7 712	1 398	402	742	1 187	1 486	524	31	82	1 859
25 – 35	17 441	7 203	543	1 855	2 199	1 187	944	254	275	2 982
35 – 45	37 901	20 646	635	3 677	3 762	889	1 014	731	616	5 931
45 – 55	46 920	27 936	649	4 818	4 413	601	1 021	543	812	6 127
55 – 65	50 325	31 672	667	4 025	4 969	418	758	187	771	6 859
65 – 70	67 075	35 378	595	/	5 516	271	626	48	1 113	/
70 und mehr	42 585	30 079	545	2 555	4 154	249	362	25	808	3 808

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

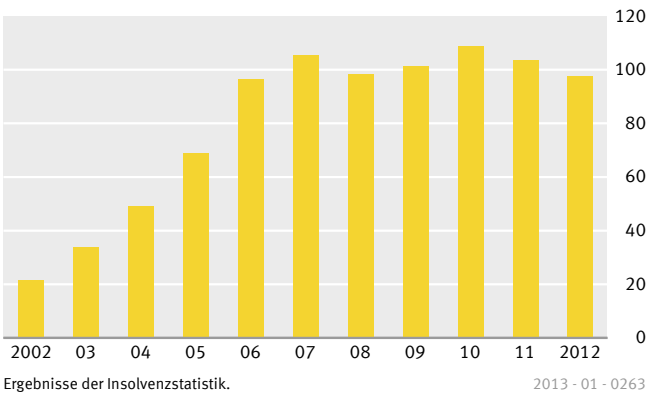
¹ Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Überschuldete Personen nach Altersklassen 2011
im Vergleich zur entsprechenden Bevölkerung, in %



Verbraucherinsolvenzen
in 1 000



6.6.3 Verbraucherinsolvenzen nach Ländern 2012

	Insolvenzverfahren				Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt		
	Anzahl				%	1 000 EUR
Deutschland	95 560	354	1 694	97 608	– 5,5	5 352 345
Baden-Württemberg	8 109	25	380	8 514	– 11,9	625 480
Bayern	9 728	26	144	9 898	– 9,2	535 918
Berlin	4 429	1	46	4 476	– 4,0	225 818
Brandenburg	3 822	14	43	3 879	– 5,4	176 431
Bremen	1 395	2	21	1 418	– 11,3	51 470
Hamburg	2 569	7	5	2 581	– 11,4	102 575
Hessen	5 959	8	164	6 131	– 13,6	353 149
Mecklenburg-Vorpommern ..	2 027	6	80	2 113	– 3,9	96 152
Niedersachsen	13 054	54	174	13 282	– 5,0	660 696
Nordrhein-Westfalen	24 716	153	369	25 238	– 0,3	1 480 440
Rheinland-Pfalz	4 424	13	81	4 518	– 2,7	279 173
Saarland	1 597	1	21	1 619	– 5,7	84 534
Sachsen	3 938	19	26	3 983	– 6,5	188 009
Sachsen-Anhalt	3 269	11	56	3 336	– 2,6	151 685
Schleswig-Holstein	4 106	8	61	4 175	– 5,4	193 462
Thüringen	2 418	6	23	2 447	+ 1,8	147 352

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Das **Verbraucherinsolvenzverfahren** ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Ein Verfahren wird **mangels Masse** eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird. Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts die Gläubiger mittels eines **Schuldenbereinigungsplans** zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Methodik

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Die privaten Haushalte erhalten ihre monatlichen Einkommen und Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen. Im Wesentlichen sind dies Erwerbstätigkeit, Vermögen sowie öffentliche und nicht öffentliche Transferzahlungen. Von ihren Einnahmen müssen die Haushalte vielfältige Ausgaben bestreiten. Neben den Konsumausgaben gehören dazu auch Steuern und Sozialabgaben, Ausgaben für Versicherungen und Vermögensbildung sowie Kreditrückzahlungen. Einen großen Teil der monatlichen Ausgaben privater Haushalte machen die Aufwendungen für Käufe von Waren und Dienstleistungen – die privaten Konsumausgaben – aus. Diese umfassen neben den Ausgaben für die Grundbedürfnisse Essen, Wohnung und Bekleidung auch die Aufwendungen für Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Ergebnisse zu Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte liegen aus unterschiedlichen Erhebungen vor: der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Bei den **Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR)** werden seit dem Erhebungsjahr 2005 jährlich rund 8 000 Haushalte befragt. Diese Haushalte werden als Unterstichprobe aus den Haushalten der letzten EVS ausgewählt.

An beiden Erhebungen beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Für die LWR ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen sowie Landwirtinnen und -wirten nicht zulässig. Im EVS-Jahr 2008 fand keine eigenständige LWR-Erhebung statt. Zwischen der EVS, den LWR und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans von EVS und LWR herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung von EVS und LWR.

Die Angaben zu Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte einschließlich deren Konsumausgaben (Tabellen 6.1) resultieren aus den Ergebnissen des „Haushaltsbuches“ der LWR 2011.

■ Ausstattung

Die privaten Haushalte besitzen unterschiedliche Gebrauchsgüter. Die Palette reicht von Fahrzeugen über Geräte der Unterhaltungselektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zu Haushalts- und Sportgeräten. Die Ergebnisse werden dargestellt als **Ausstattungsgrad** (Anteil der Haushalte, die über das jeweilige Gut verfügen) und als **Ausstattungsbestand** (Anzahl des jeweiligen Gutes in 100 Haushalten). Die technologische Entwicklung beeinflusst die Auswahl der erfragten Güter. „Traditionelle“ Güter wie Pkw, Fernseher, Telefon und Waschmaschine werden bereits seit vielen Jahren erfasst. Einige Güter, z. B. MP3-Player und Navigationsgeräte, wurden in den letzten Jahren neu in die Abfrage bei den Haushalten aufgenommen. Bei anderen Gütern, wie Telefon, PC und Fotoapparat, erfolgte eine Differenzierung bei der Abfrage in stationäre und mobile bzw. analoge und digitale Geräte.

Die Daten über die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (Tabellen 6.2) stammen aus den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der LWR 2012. Nähere Informationen zur Methodik der LWR siehe obige Ausführungen unter Abschnitt „Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben“.

■ Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

Den in Tabelle 6.3.2 dargestellten **Nahrungsmittelverbrauch** an ausgewählten tierischen Erzeugnissen, Ölen und Fetten ermittelt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung anhand der sogenannten Ernährungsbilanzen.

Tabelle 6.3.4 enthält, mit Ausnahme der Angaben für Wein, Ergebnisse der **Verbrauchssteuerstatistiken** über die versteuerten Mengen ausgewählter Genussmittel. Bei Tabakerzeugnissen und Bier fließen in die Berechnung des Verbrauchs auch solche Naturalien ein, die an die Beschäftigten der betreffenden Branchen steuerfrei gewährt wurden (Deputate, Hausrunk). Der tatsächliche Verbrauch differiert von den versteuerten Mengen um die Veränderungen der Bestände beim Handel und auf dem Transport.

■ Einschätzung der Lebenssituation, Armut

Einkommen, Armut und finanzielle Kapazitäten werden in der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt. In Deutschland wird die Erhebung unter der Bezeichnung **LEBEN IN EUROPA** durchgeführt. Themen der Befragung sind neben den verschiedenen, sehr differenziert erfassten Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen) weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen, wie etwa zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für **LEBEN IN EUROPA** werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007), in denen ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert wurde, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von **LEBEN IN EUROPA** ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (**HAUSHALTE HEUTE**).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Armuts nach Ländern

Zur Berechnung der Armut nach Ländern wird der **Mikrozensus** herangezogen. Der Mikrozensus („kleine Volkszählung“) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik und dient dazu, die Lücke zwischen zwei Volkszählungen zu schließen. Die Erhebung basiert auf einer 1 %-Stichprobe der Bevölkerung Deutschlands und findet kontinuierlich über das Jahr verteilt statt. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung (siehe hierzu auch „Mikrozensus mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung“ in der „Methodik“ des Kapitels 13 „Arbeitsmarkt“).

Im Gegensatz zur deutschen EU-SILC-Erhebung, deren Ziel die präzise Ermittlung von nationalen Sozialindikatoren für das gesamte Bundesgebiet ist, erlaubt der Mikrozensus aufgrund seines großen Stichprobenumfangs auch für die Länder Analysen zur relativen Einkommensarmut in tiefer fachlicher Gliederung. Mit der Bereitstellung solcher Indikatoren aus dem Mikrozensus kann daher dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Indikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die **Armuts- und Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus** stehen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder auf dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung.

Wenngleich den Berechnungen zur Ermittlung von Armutsindikatoren aus beiden Erhebungen (EU-SILC, Mikrozensus) dieselben europäischen Definitionen zugrunde liegen, sind die in diesem Kapitel dargestellten Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus dennoch grundsätzlich **nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar**. Es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Erhebungen mit unterschiedlichen Erhebungszwecken, bei denen insbesondere die für die Armutsberechnungen bedeutsame Art der Einkommenserfassung völlig unterschiedlich ist. Nähere Informationen zur Einkommenserfassung im Mikrozensus und den daraus resultierenden Berechnungsmethoden bei der Ermittlung von Armutsgefährdung enthält das „Glossar“ dieses Kapitels.

Die Tabellen 6.5.3 und 6.5.4 zeigen Schwellenwerte für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquoten nach Ländern aus dem Mikrozensus. Tabelle 6.5.4 differenziert dabei zwischen dem National- und dem Regionalkonzept. Nähere Informationen hierzu finden Sie ebenfalls im „Glossar“.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Die **Überschuldungsstatistik** ist eine freiwillige Erhebung, die auf den Angaben von Schuldnerberatungsstellen basiert. Die Erhebung hat die Aufgabe, Angaben über Personen bereitzustellen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden und deshalb die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die beratenen Personen müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind die Klientinnen und Klienten der Schuldnerberatungsstellen auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Für die Erhebung ausgewählt wurden die rund 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht einbezogen werden die privaten und kommerziellen Beratungsstellen. Im Beratungsjahr 2011 haben 220 Beratungsstellen an der freiwilligen Erhebung teilgenommen.

Die Überschuldungsstatistik liefert Angaben über die sozioökonomischen Strukturen der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen. Ferner erfasst sie Daten über die Art und Höhe des Einkommens und der Schulden sowie über die Auslöser der Überschuldung privater Personen.

Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der überschuldeten Personen in Deutschland lassen sich aus der Überschuldungsstatistik nicht ableiten.

Insolvenzstatistik

Das Insolvenzverfahren dient dazu, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Es wird im Wesentlichen zwischen Regelinsolvenzverfahren für Unternehmen sowie vereinfachten Verfahren für Verbraucherinnen und Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige mit überschaubaren Verhältnissen unterschieden. Das vorliegende Kapitel stellt lediglich Angaben zu den Verbraucherinsolvenzverfahren dar. Informationen zu den Unternehmensinsolvenzen sowie den übrigen Arten von Insolvenzverfahren finden Sie im Kapitel 20 „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

In Bezug auf Verbraucherinsolvenzverfahren erfasst die **Insolvenzstatistik** Merkmale wie die Anzahl der bei den Gerichten angemeldeten Verfahren und die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Neben den im vorliegenden Kapitel dargestellten Jahresergebnissen liegen auch monatliche Angaben vor. Die Statistik beruht auf den Angaben der Gerichte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Äquivalenzeinkommen | EU-SILC | Das Äquivalenzeinkommen ist eine fiktive Rechengröße. Sie wird verwendet, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Jeder einzelnen Person im Haushalt wird ein Äquivalenzeinkommen zugeordnet. Dazu wird das Haushaltseinkommen auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). EU-SILC verwendet als Gewichtungsskala die sogenannte „modifizierte OECD-Skala“, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltseinkommen, indem dieses durch die Summe der Gewichte dividiert wird. Es bildet die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

Mikrozensus | Um Indikatoren zur Armutsgefährdung (Äquivalenzeinkommen, Armutsgefährdungsschwelle und -quote) zu ermitteln, verwendet der Mikrozensus dieselben Definitionen wie EU-SILC. Auch hier wird das Median-Äquivalenzeinkommen berechnet, um die Armutsgefährdungsschwelle zu ermitteln. Zunächst wird jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen, indem man die Ober- und Untergrenze der Klasse, in der das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen liegt, durch die Summe der Bedarfsgewichte aller Haushaltsmitglieder („Äquivalenzgewicht“) teilt. Das personenbezogene Äquivalenzeinkommen liegt zwischen den so ermittelten Grenzen. Unter Annahme der Gleichverteilung innerhalb der Äquivalenzklassen werden die in eine Klasse fallenden Personen gleichmäßig zwischen den ermittelten Grenzen verteilt. Ihnen wird als Hilfswert ein spitzer Eurobetrag zugewiesen, über den dann der Median berechnet werden kann. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt, wie bei EU-SILC, bei 60 % des Medianwertes. Eine spezifische Armutsgefährdungsschwelle für jeden Haushaltstyp erhält man, indem man den Schwellenwert mit dem jeweiligen Äquivalenzgewicht des Haushalts multipliziert.

Armutsgefährdung | EU-SILC | Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, betrachtet man in Deutschland und der EU meist „relative Armut“. Danach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze (Schwellenwert) unterschreitet. Bei der Erhebung EU-SILC ist der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** definiert als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen, das unter diesem Schwellenwert liegt, gelten als armutsgefährdet. Das Äquivalenzeinkommen ist dabei ein aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen abgeleitetes Netto-Äquivalenzeinkommen. Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen geringer ist als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Sind staatliche Sozialleistungen im zugrunde liegenden Einkommen mit enthalten, so spricht man von der **Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers**, sonst von der Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers.

Mikrozensus | Der Mikrozensus ermittelt die Armutsgefährdungsquote über den Hilfswert der **Armutswahrscheinlichkeit**. Als „armutsgefährdet“ gelten alle Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in einer Einkommensklasse liegt, deren Obergrenze kleiner ist als die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle. Ihnen wird eine Armutswahrscheinlichkeit von „1“ zugewiesen. Als „nicht armutsgefährdet“ gelten dagegen alle Personen mit Klassenuntergrenzen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle (Armutswahrscheinlichkeit = 0). Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in der Einkommensklasse liegt, in die auch die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle fällt, können weder pauschal als „einkommensarm“ noch als „nicht einkommensarm“ klassifiziert werden. In diesen Fällen liegt die Armutswahrscheinlichkeit – je nach Abstand zu den Klassengrenzen – zwischen 0 und 1.

Armutsmessung, regionalisierte | Grundlage der Armutsmessung nach dem **Nationalkonzept** ist eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle für alle Länder, die 60 % des Bundesmedians entspricht. Der Bundesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Regionen (hier Länder) wider.

Nach dem **Regionalkonzept** wird die Armutsgefährdung an einer landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle auf Basis des jeweiligen Landesmedian gemessen. Der Landesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im jeweiligen Land errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau innerhalb der Region (hier Land) wider.

Auf- und Abrundungen | Die maschinell erstellten Ergebnisse aus der LWR wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | Diese werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Einnahmen aus der Rückgabe von Leergut und Flaschenpfand) addiert werden. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im verfügbaren Einkommen nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus Kreditaufnahme.

Ausstattungsbestand | Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Güter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 166 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Mobiltelefon besitzen. Bei einer Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch ermittelt sich der Ausstattungsbestand durch die Anzahl der in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgüter, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Ausstattungsgrad | Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 90 % Mobiltelefonen, dass 90 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch ermittelt sich der Ausstattungsgrad durch die Anzahl der Haushalte mit dem jeweiligen Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Auswahlgrundlage | Die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus sind Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung.

Deprivationsindikatoren, haushaltsbezogene nicht monetäre | Dies sind in EU-SILC subjektive, nicht monetär (d. h. in Euro) gemessene Indikatoren zur Abbildung materieller und/oder sozialer Entbehrung (Deprivation) der Privathaushalte in verschiedenen Lebensbereichen (z. B. „selbst eingeschätzte Wohnsituation des Haushalts“ und „selbst eingeschätzte finanzielle Situation des Haushalts“).

Einkommenserfassung | Die Einkommenserfassung im Mikrozensus erfolgt über sogenannte Klassen und unterscheidet sich hierin erheblich von der Einkommenserfassung in EU-SILC. Das persönliche Nettoeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder sowie die Summe sämtlicher Einkommen des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder (Haushaltsnettoeinkommen) werden im Mikrozensus durch Selbsteinstufung in 24 Einkommensklassen erhoben. Bei dieser Art der Erfassung berücksichtigen die Befragten vor allem umfangreichere und regelmäßig eingehende Einkommensbestandteile, während sie unregelmäßig eingehende und anteilmäßig geringe Einkommensbestandteile eher vernachlässigen. Diese Unterschätzung des Nettoeinkommens ist bei der Interpretation des Äquivalenzeinkommens und den weiteren, darauf basierenden Berechnungen zur Armutsgefährdung zu berücksichtigen. Das Verfahren zur Ermittlung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle muss daher diesen klassierten Einkommensdaten gerecht werden.

Erwerbsstatus | Die Zuweisung des Erwerbsstatus in EU-SILC erfolgt aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Es gilt der Erwerbsstatus, den die oder der Befragte über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten im Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr) innehatte.

Die Unterteilung erfolgt in:

- Vollzeiterwerbstätig: Personen in Vollzeiterwerbstätigkeit, in Altersteilzeit oder in betrieblicher Berufsausbildung
- Vollzeiterwerbstätig: Personen in Teilzeit einschließlich Personen in betrieblicher Berufsausbildung, sofern diese in Teilzeit ausgeübt wird
- Arbeitslos: Personen, die arbeitslos oder arbeitsuchend sind
- Ruhestand: Personen im Ruhestand (Rentnerinnen und Rentner bzw. Pensionärinnen und Pensionäre)
- Sonstig nicht erwerbstätig: Personen in Ausbildung (Schule, Studium), Hausfrauen oder -männer oder aus anderen Gründen nicht Erwerbstätige

Haupteinkommensperson | Durch die Festlegung einer Haupteinkommensperson lassen sich Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, Familienstand, soziale Stellung) einheitlich gliedern. Als Haupteinkommensbezieherin bzw. -bezieher gilt grundsätzlich die Person (ab 18 Jahren) mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen.

Haushalt, Haushaltsgröße | *LWR* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammenwohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. verpflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Obdachlose nehmen nicht an der Erhebung teil. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Einkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht bzw. in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen. Für die *LWR* ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen sowie Landwirtinnen und -wirten nicht zulässig.

EU-SILC | Ein Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen (Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC). Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.), werden nicht befragt.

Haushaltsbruttoeinkommen | *LWR* | Alle Einnahmen des Haushalts aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen. Die Erfassung der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie der öffentlichen Transferzahlungen erfolgt personenbezogen, d. h. für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, 13./14. Monatsgehalt und Urlaubsgeld. Das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Vermietung und Verpachtung sowie aus Vermögen werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. In die Einnahmen aus Vermögen wurde – internationalen Gepflogenheiten folgend – eine sogenannte „unterstellte Eigentümermiete“ eingerechnet. Hierbei

wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentümermietwert abgezogen. In Einzelfällen kann dies bei entsprechend hohen Aufwendungen einzelner Haushalte zur Nachweisung negativer Eigentümermietwerte bzw. Vermögenseinnahmen führen.

EU-SILC | Das Haushaltsbruttoeinkommen besteht aus den haushaltsbezogenen Komponenten des Bruttoeinkommens und der Summe der Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder.

Zum Haushaltbruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen (z. B. Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung
- Regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen Privathaushalten (z. B. Unterhaltszahlungen)
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren

Zum Personenbruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (z. B. Firmenwagen)
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren)
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen
- Ausbildungsbezogene Leistungen

Haushaltsnettoeinkommen | *LWR* | Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zählen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen und seit dem 1.1.2009 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung. Zum Haushaltsbruttoeinkommen addiert werden seit dem 1.1.2009 die Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung bei freiwilliger und privater Krankenversicherung sowie Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung. Bis einschließlich 2007 errechnet sich das Haushaltsnettoeinkommen, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung) abgezogen werden.

EU-SILC | Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich aus dem gesamten Haushaltsbruttoeinkommen nach Abzug von regelmäßigen Vermögenssteuern, regelmäßig geleisteten Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, Einkommensteuern und Sozialbeiträgen.

Haushaltstyp | *LWR* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder)

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren – auch Adoptiv- und Pflegekinder – der Haupteinkommenspersonen oder derer (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

Haushalte ohne abhängige Kinder

- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
- Ein Erwachsener unter 65 Jahren
- Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren und mehr
- Zwei Erwachsene, einer 65 Jahre und mehr
- Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
- Andere Haushalte ohne abhängige Kinder

Haushalte mit abhängigen Kindern

- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kindern
- Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
- Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mangels Masse abgewiesen | Ein Verfahren wird mangels Masse eingestellt, wenn das Vermögen eines Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird. Die Verfahrenskostenstundung ist nur bei natürlichen Personen möglich.

Median | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte des Äquivalenzeinkommens).

Median-Äquivalenzeinkommen | In der Mitte liegender Wert in der aufsteigend sortierten Folge der Äquivalenzeinkommen.

Nahrungsverbrauch | Der Nahrungsverbrauch bezeichnet die insgesamt für den Verbrauch zur Verfügung stehende, nicht aber die tatsächlich verzehrte Menge.

Private Konsumausgaben | Den größten Teil ihres ausgabenfähigen Einkommens verwenden die privaten Haushalte für Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Die Ermittlung der privaten Konsumausgaben in den Wirtschaftsrechnungen erfolgt auf Grundlage des sogenannten Marktentnahmekonzepts. Das bedeutet, es werden ausschließlich die Ausgaben für Käufe von Waren und Dienstleistungen nachgewiesen, die am Markt realisiert werden (können). Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Sachleistungen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu Gunsten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb. Der private Konsum nach dem Marktentnahmekonzept umfasst auch die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den eigenen Garten und für die Kleintierhaltung (z. B. für den Kauf von Sämereien oder von Futter).

Bei im Haushalt selbst produzierten oder zubereiteten Gütern erscheint dem Marktentnahmekonzept zufolge nur der Wert der bezogenen Materialien, Substanzen, Zutaten usw. Nicht erfasst wird der Wertzuwachs durch die Be- oder Verarbeitung im Haushalt. Ebenfalls nicht erfasst werden Sachgeschenke anderer privater Haushalte. Eine Ausnahme bilden lediglich sogenannte Deputate (z. B. Bier für Brauerei-beschäftigte, Energie/Brennstoffe für Beschäftigte im Bergbau und in Energieunternehmen). Diese Sachleistungen werden mit Durchschnittspreisen bewertet und den entsprechenden Ausgaben für den privaten Konsum hinzugerechnet. Güter, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an ihre Beschäftigten zu Vorzugspreisen abgeben, werden auch nur in dieser Höhe verbucht.

Die privaten Konsumausgaben enthalten keine Zahlung von direkten Steuern, Versicherungen, Übertragungen an andere private Haushalte oder Organisationen sowie die Tilgung und Verzinsung von Krediten. Das Gleiche gilt für die Käufe von Grundstücken und Gebäuden sowie für die Ausgaben zur Bildung von Geldvermögen.

Schulabschluss, höchster | Aktueller Bildungsstatus einer Person nach der Klassifikation ISCED („International Standard Classification of Education“).

Die Unterteilung erfolgt in:

ISCED 0, 1 und 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I

- Stufe 0: Kindergarten
- Stufe 1 (Primarstufe): Grundschule
- Stufe 2 (Sekundarstufe I): Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5 – 10)

ISCED 3 und 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich

- Stufe 3 (Sekundarstufe II): Gymnasium (Klassen 11 – 13), Fachoberschule, Duale Berufsausbildung, Berufsfachschule
- Stufe 4 (Postsekundare, nicht-tertiäre Stufe): Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule

ISCED 5 und 6: Tertiärbereich

- Stufe 5 (Tertiärer Bereich, Phase 1): Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens
- Stufe 6 (Tertiärer Bereich, Phase 2): Promotion, Habilitation

Schuldenbereinigungsplan | Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Sozialtransfers | Laufende Transferleistungen, die während des Einkommensbezugszeitraums von staatlichen Einheiten oder von Organisationen ohne Erwerbszweck an private Haushalte gezahlt werden. Hierzu zählen beispielsweise Wohngeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld I, Umschulungszuschüsse, Leistungen für die Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II-Bezug oder bei bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kurzarbeitergeld, Vorruhestandsgeld, Rente, Pension, Pflegegeld.

Überschuldete Personen | Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor. Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Unerwartet anfallende Ausgaben | Unerwartet anfallende, hohe Ausgaben von mehreren hundert Euro, z. B. Anschaffungskosten für eine neue Waschmaschine oder Beerdigungskosten. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, ob solche Kosten aus eigenen Finanzmitteln bewältigt werden können, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Verbraucherinsolvenzverfahren | Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Ein Verfahren wird *mangels Masse* eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Zurechtkommen mit dem Einkommen | Zurechtkommen des Haushalts mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen. Einbezogen sind die Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, wie gut bzw. schlecht er mit dem monatlichen Einkommen zurechtkommt, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 63111 und 63121, Daten zu *Armut* unter Code 63400, Daten zu *Verbraucherinsolvenzen* unter Code 52411

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen■ **Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 1	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (LWR)
	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)
Heft 3	Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
Heft 4	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte
Heft 5	Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Konsum

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (EVS 2008)

■ **Ausstattung**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 2	Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (LWR)
Heft 1	Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (EVS)

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/09	Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008)

■ **Einschätzung der Lebenssituation**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3	Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11	Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte. LEBEN IN EUROPA 2009
Heft 2/12	LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
Heft 3/13	Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.

STATmagazin

	Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

■ **Armut**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3	Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09	Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen
Heft 11/09	Die Längsschnittdaten von EU-SILC – Datenstruktur und Hochrechnungsverfahren

Mehr zum Thema

■ Armut

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/10	Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland
Heft 12/10	LEBEN IN EUROPA 2009 – Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
Heft 2/12	Generierung der Einkommensvariablen in der deutschen EU-SILC-Erhebung „LEBEN IN EUROPA“
Heft 2/12	LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
Heft 3/13	Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.

STATmagazin

- | Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Im Internetauftritt des Bund-Länder-Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder sowie in tiefer regionaler Gliederung bereitgestellt. Sie sind unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download abrufbar.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1	Insolvenzverfahren

Fachbericht

- | Statistik zur Überschuldung privater Personen 2011

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/07	Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006
Heft 4/08	Insolvenzen in Deutschland 2007
Heft 11/08	Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

STATmagazin

- | Überschuldung – letzter Ausweg die Privatinsolvenz (2008)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 88 80 (Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen),
+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Armutsgefährdung nach Ländern),
+49 (0)6 11 / 75 86 60 (Verbrauch an ausgewählten Nahrungsmitteln),
+49 (0)6 11 / 75 45 92 (Verbraucherinsolvenzen),
+49 (0)6 11 / 75 34 30 (Überschuldung privater Personen).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



7 Kultur, Medien, Freizeit

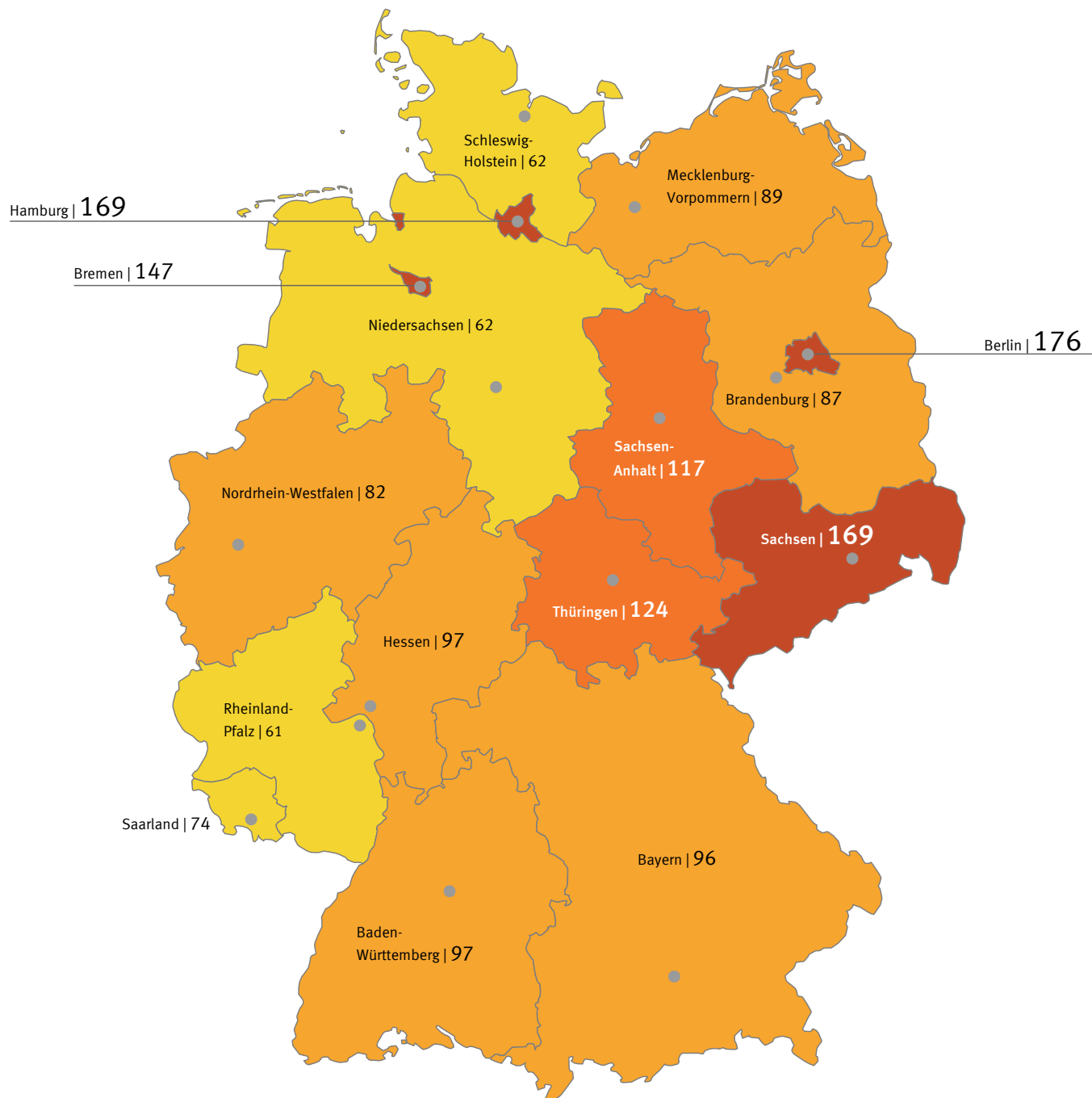
315 Veranstaltungen wurden 2011 im Schnitt täglich an **Theatern** aufgeführt | In **922 Musikschulen** werden rund **1 Million Schülerinnen und Schüler** unterrichtet | Private Haushalte gaben 2011 im Schnitt **244 Euro** monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus | **42 %** der Online-Einkäuferinnen und -Einkäufer buchen ihre **Urlaubsunterkünfte** im **Internet** | Zuschauerinnen und Zuschauer **sehen** am Tag durchschnittlich **3 Stunden und 42 Minuten fern** | **36 000 Menschen** engagieren sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes | **Deutscher Fußballbund** hat **6,8 Millionen** Mitglieder

<i>Seite</i>	
187	Auf einen Blick
	Tabellen
188	Kulturstätten Museen Theater Buchproduktion Bibliotheken Staatliche Archive Musikschulen Deutscher Chorverband UNESCO-Welterbestätten Goethe-Institut
197	Kulturausgaben Nach Kulturbereichen Nach Körperschaften Nach Ländern Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit
198	Mediennutzung Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien Filmwirtschaft Fernsehen und Sendeformate Hörfunk- und Landesrundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandradio
203	Bürgerschaftliches Engagement Freiwilliges Engagement Zielgruppen des freiwilligen Engagements Bereiche Bundesfreiwilligendienst Stiftungen Seelsorge
205	Sport Deutscher Olympischer Sportbund Spitzenverbände und Mitgliedschaften Sportabzeichen Deutsche Sporthilfe Olympische Spiele Paralympische Spiele
210	Methodik
213	Glossar
215	Mehr zum Thema

Öffentliche Ausgaben der Länder (einschl. Gemeinden) für Kultur 2009

Grundmittel, je Einwohner/-in

■ unter 75 EUR
 ■ 75 bis unter 100 EUR
 ■ 100 bis unter 125 EUR
 ■ 125 EUR und mehr



2013 - 01 - 0264

7.1 Kulturstätten

7.1.1 Museen und Ausstellungen – Träger, Museumsarten und Besuche

	Museen	Ausstellungen	Besuche	Museen	Ausstellungen	Besuche
	2011			2010		
	Anzahl		1 000	Anzahl		1 000
Insgesamt	4 835	9 180	109 582	4 823	9 172	109 196
Träger						
Staatliche Träger	408	811	25 125	406	799	24 251
Lokale Gebietskörperschaften	2 009	4 620	23 800	2 006	4 644	24 185
Andere Formen des öffentlichen Rechts	368	825	28 162	376	846	29 380
Vereine	1 320	1 812	12 647	1 304	1 843	11 858
Gesellschaften/Genossenschaften	204	365	11 678	198	321	11 064
Stiftungen des privaten Rechts	113	263	2 917	114	254	3 265
Privatpersonen	252	189	2 717	258	195	2 669
Mischformen, privat und öffentlich	161	295	2 535	161	270	2 525
Museumsarten						
Historische und archäologische Museen	360	511	18 876	361	505	18 109
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	694	983	11 369	690	998	11 267
Kunstmuseen	537	1 845	18 604	520	1 786	19 271
Naturkundliche Museen	214	375	7 902	226	393	8 116
Naturwissenschaftliche und technische Museen	572	768	16 790	564	772	17 392
Schloss- und Burgmuseen	235	213	13 411	230	214	12 746
Volks- und Heimatkundemuseen	2 123	4 158	15 408	2 131	4 126	15 318
Sonstige museale Einrichtungen	100	327	7 222	101	378	6 977

Ohne Museen, die keine Angaben über Besuche machen konnten bzw. geschlossen waren.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

Alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten **musealen Einrichtungen** werden erfasst. Diese müssen über eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung verfügen. Weitere Informationen finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de

7.1.2 Öffentliche Theater 2010/11

	Gemeinden mit Theatern	Theaterunternehmen		Veranstaltungen am Ort	Gastspiele nach außen	Plätze	Betriebszuschuss je Besuch in EUR
		insgesamt	Spielstätten				
Deutschland	127	140	890	67 755	7 956	278 297	109,54
Baden-Württemberg	15	14	110	8 121	1 085	36 132	108,24
Bayern	17	20	116	7 535	508	35 767	92,33
Berlin	1	10	32	4 575	360	13 071	101,96
Brandenburg	5	6	28	2 289	271	6 509	104,04
Bremen	2	2	12	1 304	134	2 391	126,55
Hamburg	1	3	11	1 788	113	4 988	96,34
Hessen	6	6	52	3 847	224	16 697	130,36
Mecklenburg-Vorpommern	9	6	59	3 542	502	17 979	94,44
Niedersachsen	9	9	53	5 282	668	21 109	96,32
Nordrhein-Westfalen	22	26	165	9 910	1 020	48 757	119,11
Rheinland-Pfalz	5	5	20	1 960	400	4 837	121,15
Saarland	1	1	5	530	26	2 342	135,44
Sachsen	12	14	79	7 722	1 115	29 441	118,42
Sachsen-Anhalt	8	8	65	3 997	986	12 874	118,33
Schleswig-Holstein	5	3	25	2 015	181	8 671	102,18
Thüringen	9	7	58	3 338	363	16 733	130,25

Quelle: Deutscher Bühnenverein

Weitere Informationen finden Sie unter www.buehnenverein.de

7.1 Kulturstätten

7.1.3 Besuchszahlen öffentlicher Theater 2010/11

	Besuche insgesamt	Opern und Ballette	Operetten, Musicals	Schauspiele	Kinder- und Jugendstücke	Konzerte	Sonstige Ver- anstaltungen
	1 000						
Deutschland	19 018	5 689	1 939	5 291	2 795	1 644	1 385
Baden-Württemberg	2 244	775	159	663	345	188	107
Bayern	2 706	962	261	916	299	146	117
Berlin	1 701	539	415	298	216	111	121
Brandenburg	427	25	42	101	102	43	100
Bremen	285	86	36	58	62	14	28
Hamburg	879	351	13	360	65	26	62
Hessen	1 261	460	103	355	186	100	57
Mecklenburg-Vorpommern	615	89	56	153	128	94	77
Niedersachsen	1 340	363	103	455	206	134	78
Nordrhein-Westfalen	3 108	995	194	895	474	236	243
Rheinland-Pfalz	521	112	98	150	100	39	22
Saarland	183	62	14	46	30	19	12
Sachsen	1 854	505	202	477	254	196	163
Sachsen-Anhalt	645	102	90	87	122	111	59
Schleswig-Holstein	541	121	71	148	93	73	31
Thüringen	708	144	82	130	114	113	105

Ohne Theater, die keine Angaben über Besuche machen konnten.

Quelle: Deutscher Bühnenverein

Die **Besuchszahlen** umfassen die Besuche der eigenen und fremden Veranstaltungen am Ort, auch geschlossene Veranstaltungen.

7.1.4 Privattheater 2010/11

	Gemeinden mit Theater	Privattheater	Veranstaltungen	Besuche	Plätze
Deutschland	73	200	47 073	7 291	90 833
Baden-Württemberg	15	33	7 793	1 092	19 341
Bayern	16	32	5 547	722	11 961
Berlin	1	24	6 700	1 137	12 784
Brandenburg	2	4	957	70	419
Bremen	1	2	463	55	549
Hamburg	1	21	7 227	1 546	13 511
Hessen	3	12	2 484	433	3 513
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	381	27	214
Niedersachsen	5	11	1 841	188	7 078
Nordrhein-Westfalen	13	36	8 127	1 444	17 182
Rheinland-Pfalz	6	7	1 272	147	987
Saarland	1	1	283	20	99
Sachsen	3	9	2 830	311	1 206
Sachsen-Anhalt	1	1	187	17	90
Schleswig-Holstein	2	4	489	32	327
Thüringen	2	2	492	47	1 572

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.5 Buchproduktion nach Sachgruppen 2012

	Erstauflage			Übersetzungen ins Deutsche	Anteil an allen Übersetzungen
	insgesamt	darunter Taschenbücher	Anteil der Taschenbücher		
	Anzahl		%	Anzahl	%
Insgesamt ¹	79 860	11 023	13,8	10 862	100
Allgemeines, Informatik, Informations- wissenschaft	2 876	76	2,6	78	0,7
Philosophie und Psychologie	4 169	584	14,0	353	3,2
Religion	4 746	436	9,2	492	4,5
Sozialwissenschaften	15 382	988	6,4	376	3,5
Sprache	1 653	146	8,8	9	0,1
Naturwissenschaften und Mathematik	2 103	96	4,6	117	1,1
Technik, Medizin, angew. Wissenschaften	12 626	653	5,2	765	7,0
Künste und Unterhaltung	9 664	1 049	10,9	1 819	16,7
Literatur	27 145	7 128	26,3	4 886	45,0
Belletristik	14 838	5 667	38,2	4 265	39,3
Kinder- und Jugendliteratur	7 857	1 177	15,0	1 905	17,5
Schulbücher	2 980	99	3,3	6	0,1
Geschichte und Geografie	7 439	652	8,8	308	2,8

1 Die Summe der Sachgruppen ergibt nicht die Gesamtsumme (Doppelzählungen).

Quelle: Deutsche Nationalbibliographie, VLB 2012; Berechnungen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels

Nur im Buchhandel erhältliche
Veröffentlichungen sind hier berücksichtigt.
Informationen zur **Buchproduktion** finden Sie
unter www.boersenverein.de

7.1.6 Bibliotheken

	Bibliotheken	Bestand ¹	Benutzer/ -innen	Entleihungen	Personal	Ausgaben	
						insgesamt	darunter für Erwerbung
	Anzahl	1 000			Anzahl	1 000 EUR	
Öffentliche Bibliotheken							
2010	8 256	124 199	7 985	377 514	11 641	891 842	97 430
2011	8 131	124 128	7 898	380 469	11 817	904 216	100 181
Wissenschaftliche Bibliotheken							
2010	241	239 618	2 875	96 021	11 901	870 634	295 527
2011	250	239 162	2 836	91 557	11 505	890 841	298 612
Wissenschaftliche Bibliotheken 2011 nach Arten							
Hoch-/Fachhochschul- bibliotheken	139	16 573	684	16 470	1 177	73 245	33 173
Nationalbibliotheken ²	5	45 981	147	4 003	2 160	154 530	36 673
Regionalbibliotheken	26	18 126	174	4 347	831	64 464	10 116
Universitätsbibliotheken	80	158 482	1 831	66 737	7 337	598 602	218 650

1 Bei öffentlichen Bibliotheken: Medien, bei wissenschaftlichen Bibliotheken: Bände und Dissertationen.

2 Einschl. Zentraler Fachbibliotheken.

Quelle: Hochschulbibliothekszentrum

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) um-
fasst alle Bibliothekssparten. Ohne Biblio-
theken, die keine Angaben machen konnten.
Weitere Informationen finden Sie unter
www.bibliothekstatistik.de

7.1 Kulturstätten

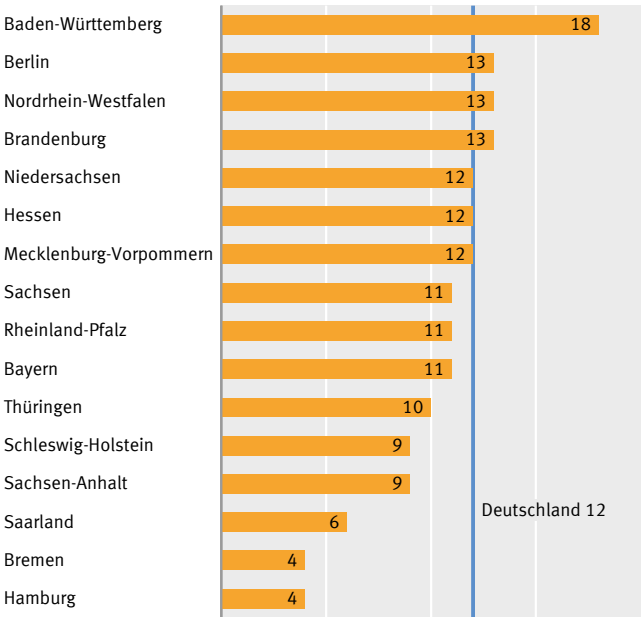
7.1.7 Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2012

	Standorte	Benutzungstage	Personal	Archivalien	
	Anzahl			Zeitraum	Umfang
				Jahrhundert	lfd. Meter
Deutschland	72	193 603	2 247	7.-21.	1 702 743
Archive des Bundes					
Bundesarchiv	9	35 828	660	15.-21.	322 944
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	5 209	27	19.-21.	26 230
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ..	1	9 937	81	12.-21.	37 200
Zusammen	11	50 974	768	12.-21.	386 374
Archive der Länder					
Baden-Württemberg	7	11 832	161	9.-21.	146 163
Bayern	9	27 702	213	8.-21.	240 623
Berlin	1	11 312	55	13.-21.	48 600
Brandenburg	3	3 116	74	12.-21.	49 366
Bremen	1	6 459	21	12.-21.	12 500
Hamburg	1	8 427	52	12.-21.	38 795
Hessen	3	8 228	99	8.-21.	153 247
Mecklenburg-Vorpommern	2	3 196	37	12.-21.	32 650
Niedersachsen	7	15 215	157	9.-21.	94 758
Nordrhein-Westfalen	7	13 067	191	7.-21.	161 408
Rheinland-Pfalz	2	4 210	103	9.-21.	71 593
Saarland	1	1 606	11	12.-21.	14 768
Sachsen	6	13 334	108	10.-21.	103 599
Sachsen-Anhalt	4	4 570	75	10.-21.	48 194
Schleswig-Holstein	1	2 453	35	11.-21.	38 837
Thüringen	6	7 902	87	8.-21.	61 268
Zusammen	61	142 629	1 479	7.-21.	1 316 369

Quelle: Bundesarchiv

Musikschülerinnen und Musikschüler 2012

je 1 000 Einwohner/-innen



2013 - 01 - 0265

Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesarchiv.de

7.1 Kulturstätten

7.1.8 Musikschulen nach Trägerschaft und Finanzierung 2012

	Musikschulen				Finanzierung erfolgt durch			Ausgaben	
	insgesamt	davon in Trägerschaft			Unterrichts- gebühren	öffentliche Mittel	sonstige Einnahmen	insgesamt	darunter Personalkosten
		Kommune	eingetragener Verein	sonstige					
	Anzahl	%			1 000 EUR				%
Deutschland	922	64,2	33,7	2,1	420 330	448 337	24 901	893 567	90,0
Baden-Württemberg	215	61,4	37,2	1,4	104 974	88 446	5 081	198 501	91,3
Bayern	211	64,9	34,1	0,9	60 125	70 421	4 004	134 549	91,6
Berlin	12	100	0,0	0,0	17 867	16 031	328	34 225	94,8
Brandenburg	25	84,0	8,0	8,0	11 242	17 187	485	28 914	89,1
Bremen	2	100	0,0	0,0	1 225	2 145	61	3 431	82,3
Hamburg	2	50,0	50,0	0,0	3 928	7 781	38	11 748	92,2
Hessen	64	17,2	81,3	1,6	34 533	18 328	1 758	54 620	88,6
Mecklenburg-Vorpommern	20	80,0	20,0	0,0	6 385	13 916	332	20 633	75,6
Niedersachsen	73	45,2	52,1	2,7	36 360	31 925	2 611	70 896	89,6
Nordrhein-Westfalen	159	79,9	19,5	0,6	82 090	101 377	5 466	188 933	90,4
Rheinland-Pfalz	42	73,8	21,4	4,8	17 079	16 770	1 589	35 439	93,7
Saarland	7	71,4	28,6	0,0	2 523	2 417	113	5 053	90,5
Sachsen	24	62,5	33,3	4,2	15 576	24 365	1 713	41 653	84,1
Sachsen-Anhalt	21	95,2	4,8	0,0	5 688	15 128	179	20 994	86,8
Schleswig-Holstein	20	20,0	55,0	25,0	13 028	6 498	655	20 181	87,2
Thüringen	25	100	0,0	0,0	7 707	15 602	488	23 797	86,5

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7.1.9 Lehrende und Lernende in Musikschulen 2012

	Lehrkräfte ¹	Schüler/-innen	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		insgesamt	unter 6	6 – 10	10 – 15	15 – 19	19 und mehr
	Anzahl		%				
Deutschland	37 616	1 018 378	18,1	30,1	30,7	11,4	9,7
Baden-Württemberg	7 714	209 687	20,3	27,4	33,2	13,0	6,1
Bayern	4 774	138 662	15,8	31,5	32,2	11,4	9,1
Berlin	2 238	50 238	21,9	23,0	22,7	9,7	22,7
Brandenburg	1 323	33 704	22,7	23,7	30,2	10,8	12,7
Bremen	158	2 798	11,0	19,8	41,0	14,5	13,6
Hamburg	421	8 112	16,8	28,4	35,4	13,7	5,7
Hessen	2 738	72 918	17,8	27,8	30,3	11,3	12,8
Mecklenburg-Vorpommern	866	19 022	16,8	24,8	33,1	12,5	12,7
Niedersachsen	2 928	98 601	21,0	30,4	29,9	9,7	9,0
Nordrhein-Westfalen	7 190	218 413	14,7	39,0	27,7	10,3	8,3
Rheinland-Pfalz	1 792	43 671	21,1	24,9	30,6	12,7	10,7
Saarland	269	6 237	13,9	29,9	29,7	14,3	12,2
Sachsen	2 141	47 057	19,9	25,7	34,9	11,6	7,9
Sachsen-Anhalt	939	20 344	17,8	26,2	31,5	12,6	11,9
Schleswig-Holstein	1 160	26 393	16,9	24,3	30,7	12,6	15,6
Thüringen	965	22 521	16,1	26,6	34,9	11,8	10,6

1 Haupt- und nebenberuflich Beschäftigte.

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7.1 Kulturstätten

7.1.10 Deutscher Chorverband 2011

	Chöre					Mitglieder	
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter Aktive
		Männerchöre	Frauenchöre	gemischte Chöre	Kinder- und Jugendchöre		
	Anzahl						
Insgesamt	21 116	6 556	1 850	6 972	3 251	1 394 232	45
darunter:							
Badischer Chorverband	2 016	688	187	168	345	203 610	33
Chorverband Niedersachsen-Bremen ..	1 245	442	153	513	137	77 962	57
Chorverband Rheinland-Pfalz	1 586	–	–	1 334	244	129 751	36
Fränkischer Sängerbund	1 677	606	90	727	204	112 347	38
Hessischer Sängerbund	2 165	640	261	876	357	170 836	38
Chorverband Nordrhein-Westfalen	2 998	1 528	396	789	253	188 627	56
Mitteldeutscher Sängerbund	748	252	83	304	70	40 030	47
Schwäbischer Sängerbund	2 973	713	152	1 225	831	193 653	39

Quelle: Deutscher Chorverband e.V.

7.1.11 Versicherte in der Künstlersozialkasse

	Anzahl der Versicherten				
	insgesamt	in den Kunstbereichen			
		Wort	Bildende Kunst	Musik	Darstellende Kunst
2010 ...	168 883	41 830	59 507	46 129	21 417
2011 ...	173 284	42 599	60 767	47 613	22 305
2012 ...	177 219	43 222	62 001	48 856	23 140

Quelle: Künstlersozialkasse

Die **Künstlersozialkasse** führt das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) durch, das 1983 in Kraft trat. Dieses bietet selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten sozialen Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.
Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten 2013

In Deutschland werden 38 Denkmäler auf der **Welterbeliste der UNESCO** geführt. Sie stehen damit unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die 1972 von der UNESCO verabschiedete Konvention ist das international bedeutendste Instrument, um Kultur- und Naturstätten zu erhalten, die einen „außergewöhnlichen universellen Wert“ besitzen. Denkmäler werden nur dann in die Liste des Welterbes aufgenommen, wenn sie die in der Konvention festgelegten Kriterien der **Einzigartigkeit** und der **Authentizität** (bei Kulturstätten) bzw. der **Integrität** (bei Naturstätten) erfüllen und wenn ein überzeugender **Erhaltungsplan** vorliegt. Weitere Informationen finden Sie unter www.unesco.de

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschatzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Dom zu Aachen	1978	Sakrale Kulturschätze aus spätantiker, karolingischer, ottonischer und staufischer Zeit	Kaiser Karl der Große	790 bis 800	Klassische Antike, Gotik, byzantinische Architektur
Dom zu Speyer	1981	Dom als Hauptwerk romanischer Baukunst in Deutschland	Kaiser Konrad II., Heinrich IV.	1025 bis 1106	Romanische Architektur
Residenz Würzburg	1981	Deckenbild, Wandgemälde, Spiegelkabinett	L. von Hildebrandt, Robert de Cotte, G. Boffrand, B. Neumann, G.B. Tiepolo	1740 bis 1780	Synthese des europäischen Barock, Raumkunstwerk des Rokoko
Wieskirche	1983	Stuckverzierungen, Deckengemälde	D. Zimmermann, J.B. Zimmermann	1745 bis 1754	Bayerisches Rokoko
Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl	1984	Ornamente, Treppe	K. Schlaun, F. Cuvilliers, B. Neumann	1725 bis 1728	Rokoko, herausragende Schlossbaukunst
Dom und St. Michael zu Hildesheim	1985	Historische Ausstattungsstücke, Stuckreliefs	Bischof Bernward von Hildesheim	1010 bis 1022	Religiöse, mittelalterliche Kunst, ottonische u. romanische Kunst
Römerbauten, Dom und Liebfrauenkirche in Trier	1986	Aula Palatina, Kaiserthermen, Porta Nigra	Kaiser Augustus	16 v. Chr. bis ca. 380 n. Chr.	Römerbauten, christliche Nachfolgebauten
Altstadt von Lübeck	1987	Rathaus, Burghof, Koberg, Holstentor, Salzspeicher	Heinrich der Löwe	1143 bis 1159	Stadtarchitektur/hochgotische Strukturen des Stadtkerns aus dem 13. Jh.
Schlösser und Parks von Potsdam-Sanssouci	1990, 1999	Bildgalerie, Orangerie, Schloss Charlottenhof, romantische Parks, Schloss Cäcilienhof, russische Kolonie Alexandrowska	Georg Wenzelslaus von Knobelsdorff, Karl-Friedrich Schinkel	1730 bis 1916	Rokokostil, Klassizismus sowie Synthese der Kunstrichtungen des 18. Jh.
Kloster Lorsch	1991	Begräbnisplatz der ostkarolingischen Könige	Gaugraf Cancor	751 bis 768	Vorromanische, karolingische Baukunst
Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar	1992	47 Kirchen und Kapellen, Gildehäuser, historisches Rathaus, Bürgerhäuser mit kunstvoll beschnitztem Fachwerk	Kaiser Heinrich II.	10. Jh. bis 1988	Altstadtkern im romanischen Stil
Altstadt von Bamberg	1993	Domstift, Stadtensemble, u. a. »klein Venedig«, 1 000 Häuser stehen unter Denkmalschutz	Kaiser Heinrich II.	11. bis 18. Jh.	Mittelalterliche Kirchen, barocke Bürgerhäuser
Kloster Maulbronn	1993	Aufwendigster Speisesaal des 13. Jh., Brunnenhaus als Glanzstück der Maulbronner Klosterarchitektur	Zisterzienserorden	1147 gegründet	Oberrheinische Spätromanik, frühgotische Baukunst, Spätgotik
Quedlinburger Altstadt	1994	Stiftskirche Servatii, Fachwerkbau „Alte Klopstock“	Sachsenherzog Heinrich	10. Jh., 1330 verschmolzen Alt- und Neustadt	Romanik, Fachwerkhäuser aus sechs Jahrhunderten, Jugendstilbauten
Völklinger Eisenhütte	1994	Einzigartige industrielle Anlagen zur Veranschaulichung der Roheisenproduktion	Ingenieur Julius Buch	1873	Industrieanlagen aus dem 19. und 20. Jh.
Kölner Dom	1996	Reliquienschein für Gebeine der Heiligen Drei Könige, Flügelaltäre, ottonisches Gerokreuz	Stephan Lochner schuf Altar der Stadtpatrone	1248 – 1880 einst das größte Gebäude der Welt	Gotische und neogotische Baukunst, Originalbaupläne blieben unverändert
Bauhausstätten in Weimar und Dessau	1996	Haus am Horn in Weimar, Dessauer Bauhaus, Meisterhäuser in Dessau	Walter Gropius, Hannes Meyer, Lazlo Moholy-Nagy, Wassily Kandinsky, Georg Muches	1919 – 1933	Weimarer Bauhaus-Architektur
Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg	1996	Geburts- und Sterbehäuser von Luther, Gedenkstätte als ältestes Geschichtsmuseum im deutschsprachigen Raum	Martin Luther, Philipp Melanchthon	16. Jh.	Spätgotik, Barock
Klassisches Weimar	1998	Goethes und Schillers Wohnhaus, Stadtschloss, Herzogin Anna Amalia Bibliothek	Herzog Karl August, Johann Wolfgang von Goethe	18. – 19. Jh.	Weimarer Klassik
Wartburg	1999	Luthertube, Bergfried, romanischer Palas, Dürerschrank, Werke von L. Cranach d. Ä.	Graf Ludwig der Springer, Geschlecht der Ludowinger	11. Jh.	Romanik, Gotik, Renaissance und Historismus

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten 2013

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Museumsinsel in Berlin	1999	Pergamon-Museum, Altes und Neues Museum, Bode-Museum, Kunst von Antike bis 19. Jh.	König Friedrich Wilhelm III., König Friedrich Wilhelm IV., Karl Friedrich Schinkel, Friedrich August Stüler	1810 – 1930	Neu-Klassizismus, Renaissance, Barock
Gartenreich Dessau-Wörlitz	2000	Venustempel, Pantheon, Werke von Rubens, van Dyck, Gemälde der Dürerzeit, Werke von Lucas Cranach	Fürst Leopold III., Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Friedrich W. von Erdmannsdorff	1765 – 1800	Klassizismus, Rokoko, Neugotik
Klosterinsel Reichenau	2000	Marienmünster, ottonische Wandmalereien, Handschriften aus 9. – 11. Jh., 40 Codices der Reichenauer Malerschule	Bischof Pirmin, Abt Heito I.	724 – 11. Jh.	Frühmittelalterliche Architektur, Romanik
Industrielle Kulturlandschaft Zollverein in Essen	2001	Bergwerk über Jahrzehnte größte und modernste Steinkohleförderanlage der Welt	Architekten Fritz Schupp, Martin Kremmer	1847	Bauhausstil, Industriekomplex
Altstädte von Stralsund und Wismar	2002	Stralsund: gotisches Rathaus, mächtige Kirchbauten, Katherinenkloster; Wismar: klassizistisches Rathaus, typische Handelshäuser (»Alter Schwede«, »Dielenhaus«)	–	14. Jh.	Hansestädte aus der Blütezeit des Städtebundes mit mittelalterlichen Stadtkernen und zum Teil einzigartigen Sakralbauten
Oberes Mittelrheintal	2002	Enges Flusstal zwischen Bingen, Rüdesheim und Koblenz, über dem bei St. Goarshausen die Loreley thront, im Wechselspiel von Natur und Mensch geformte Kulturlandschaft mit Weinterrassen und Burgen	–	–	Seit zwei Jahrtausenden einer der wichtigsten Verkehrswege für den kulturellen Austausch zwischen Mittelmeerregion und dem Norden Europas, Kulturlandschaft von großer Vielfalt und Schönheit
Rathaus und Rolandstatue in Bremen	2004	Rathaus als Saalgeschossbau und Fassade gehört zur eindrucksvollsten Schöpfung deutscher Renaissance, Rolandstatue ist die älteste noch am Platz erhaltene Statue in Deutschland	Lüder von Bentheim, Vredemann de Vries	15. – 17. Jh.	Gotik und Weser-Renaissance
Muskauer Park (Park Muzakowski)	2004	Das gemeinsame polnisch-deutsche Kulturerbe umfasst Schloss-, Bade- und Bergpark, Arboretum und Braunsdorfer Felder	Fürst Hermann von Pückler-Muskau	1815 – 1844	Durch Mittel der »Naturmalerei« beeinflusste Landschaftsarchitektur
Obergermanisch-rätischer Limes	2005	Überreste antiker Grenzanlagen, u. a. Kastell Saalburg, Wachtürme, Erdwall, Graben und Holzpalisaden etc.	Römisches Imperium schuf in Süd- und Südwestdeutschland eine 550 km lange Militärgrenze von der Donau bis zum Rhein	100 – 160 n. Chr.	Römische Bauten und Grenzanlagen als technisches Bauwerk von z. T. hoher Ingenieurkunst
Altstadt von Regensburg mit Stadthof	2006	Patrizierhäuser, Geschlechtertürme, Dom, alte Steinbrücke, Minoriten- und Dominikanerkirche, größtes Ensemble und am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland	Patrizierfamilien	11. – 14. Jh.	Französische Kathedralgotik, mittelalterliche Glasmalerei, überragende Ingenieurleistung mit der steinernen Brücke über die Donau
Sechs Wohnsiedlungen der Berliner Moderne aus dem frühen 20. Jh.	2008	Gartenstadt Falkenberg (Treptow), Schillerpark-Siedlung (Wedding), Großsiedlung Britz (Neukölln), Wohnstadt Carl Legien (Prenzlauer Berg), Weiße Stadt (Reinickendorf), Großsiedlung Siemensstadt (Charlottenburg und Spandau)	Bruno Taut, Ludwig Lesser, Leberecht Migge und andere	1914 – 1934	Wendepunkt im Städtebau nach dem ersten Weltkrieg. Ästhetische Vorstellungen von Avantgarde aus Kunst und Kultur verbunden mit sozialen Ideen
Fagus-Werk in Alfeld	2011	Fabrikanlage, gilt als Ursprungswerk der modernen Industriearchitektur	Architekten Walter Gropius, Adolf Meyer; Peter Neufert (Erweiterung)	1911 – 1925, Erweiterung 1938	Moderne
Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen	2011	Grenzüberschreitendes archäologisches Erbe von 111 Pfahlbaufundstellen in sechs Alpenländern, davon 18 Fundstellen in Baden-Württemberg und Bayern, bedeutendste Funde sind älteste Textilien und Radfunde Europas aus der Zeit um 3000 v. Chr.	–	ab ca. 5000 v. Chr.	Erkenntnisse zu Handel und Mobilität in Siedelgemeinschaften der Jungsteinzeit wie der Metallzeiten
Markgräflisches Opernhaus Bayreuth	2012	Einzigartiges Monument der europäischen Fest- und Musikkultur des Barock	Theaterarchitekt Giuseppe Galli Bibiena	1746 – 1750	Barocke Theaterkultur
Bergpark Wilhelmshöhe	2013	Größter Bergpark Europas, u. a. mit Herkules, Wasserspielen, Schloss Wilhelmshöhe und seinen Sammlungen, Löwenburg	Landgrafen und Kurfürsten von Hessen-Kassel, Baumeister: v. a. Giovanni Francesco Guerniero	von 1696 bis ins 19. Jh.	Barockes Gesamtkunstwerk der Gartenarchitektur, Kunst- und Technikgeschichte, einzigartiges Beispiel für die Landschaftsarchitektur des Europäischen Absolutismus

Stand: Juni 2013.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1 Kulturstätten
7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Naturstätten 2013

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Integrität	Charakteristika	Beschreibung
Grube Messel	1995	Eine der weltweit ergiebigsten Fossilienlagerstätten	Fundstelle dokumentiert die Entwicklungsgeschichte der Erde vor 49 Millionen Jahren	Aufnahme durch die UNESCO in die Welterbeliste als erstes deutsches Naturdenkmal
Deutsches Wattenmeer	2009	Das Wattenmeer bietet Lebensraum für ca. 10 000 Tiere, Pflanzen und Kleinstlebewesen auf der weltweit größten zusammenhängenden Sand- und Schlickfläche	Das Wattenmeer entstand vor ca. 7 500 Jahren. Es ist mit rund 10 000 Quadratkilometern eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde	Das Wattenmeer wurde als grenzüberschreitende Weltnaturerbestätte in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Es umfasst Gebiete der Niederlande und Deutschlands; deutsche Nordseeküste (die Wattenmeer-Nationalparks Niedersachsen, Schleswig-Holsteins und Hamburgs (Erweiterung 2011)) sowie das niederländische Wattenmeer-Schutzgebiet
Alte Buchenwälder Deutschlands	2011	Wertvollste verbliebene Reste naturnaher Tiefland-Buchenwälder	Die fünf deutschen Buchenwaldgebiete wurden als serielle Erweiterung der Naturerbestätte „Buchenurwälder der Karpaten“ in die Welterbeliste aufgenommen. Sie repräsentieren die unterschiedlichen Formen, Standorte und biogeografische Geschichte der Buchenwälder in den gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel	Grumsiner Forst (Brandenburg), Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen), Nationalpark Jasmund und Serrahner Buchenwald im Müritzer-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern), Nationalpark Hainich (Thüringen)

Stand: März 2013.
Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1.14 Goethe-Institut 2012

Das **Goethe-Institut** ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

	Institute und Verbindungsbüros	Personal ¹	Kulturelle Programme	Programm zur Bildungs-kooperation Deutsch	Deutschkurse		
					insgesamt	Teilnehmende	Prüfungen ²
Insgesamt	158	2 320	5 679	2 412	23 160	246 566	201 345
Mittelosteuropa	9	139	365	245	1 014	10 626	6 121
Nordafrika/Nahost	16	198	434	154	1 713	21 233	11 218
Nordamerika	11	107	447	127	967	8 567	3 866
Nordwesteuropa	9	113	487	162	679	6 593	2 858
Ostasien (mit China)	9	146	301	127	1 381	19 420	10 481
Osteuropa/Zentralasien	8	213	629	348	1 621	20 468	17 447
Region Deutschland	13	266	–	–	5 999	39 453	22 701
Subsahara-Afrika	14	146	390	139	566	10 505	8 228
Südamerika	13	230	479	155	2 251	23 980	6 348
Südasien	11	150	430	174	889	17 392	25 638
Südostasien/Australien/Neuseeland	11	147	404	147	2 174	27 381	9 956
Südosteuropa	12	217	513	301	1 448	16 391	51 103
Südwesteuropa	22	248	800	333	2 458	24 557	25 380

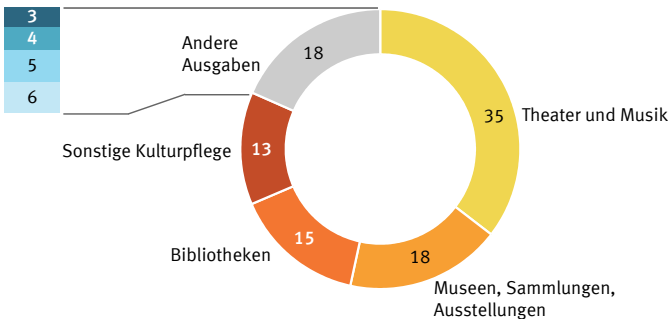
1 in Beschäftigungsumfängen (ohne Zentrale).
2 Teilnehmende der Sprachkurse und Prüfungen lassen sich nicht direkt aufeinander beziehen, da hier nicht einzelne Standorte, sondern Regionen verglichen werden. Prüfungen können auch abgelegt werden, ohne einen Sprachkurs beim Goethe-Institut zu besuchen. Z.B. können auch in der Schweiz, wo das Goethe-Institut keine Kurse anbietet, Prüfungen des Goethe-Instituts abgelegt werden (hier zur Region Deutschland gezählt).
Gleichzeitig muss nicht jeder Kurs mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

Quelle: Goethe-Institut e.V.

Öffentliche Ausgaben für Kultur 2009

Grundmittel, in %

Kulturverwaltung
Kulturelle Angelegenheiten im Ausland
Kunsthochschulen
Denkmalschutz und -pflege



2013 - 01 - 0266

7.2 Kulturausgaben

7.2.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur nach Kulturbereichen, Körperschaften und Ländern 2009

Die Kulturausgaben werden nach dem **Grundmittelkonzept** berechnet. Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich.

	Kulturausgaben									
	je Einwohner/-in	insgesamt	davon für die Bereiche							
			Theater und Musik	Bibliotheken	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	Denkmal-schutz und Denkmal-pflege	Kulturelle Angelegenheiten im Ausland	Kunsthoch-schulen	Sonstige Kulturpflege	Kultur-verwaltung
	EUR	Mill. EUR	%							
Deutschland	111,48	9 127,3	35,4	15,1	18,0	5,5	4,1	5,4	13,0	3,4
nach Körperschaftsgruppen										
Bund	14,96	1 224,7	1,3	25,6	20,6	5,2	30,5	0,1	16,8	0,0
Länder	47,02	3 849,8	37,4	9,9	16,1	8,0	0,0	12,7	12,3	3,6
Gemeinden und Zweckverbände	49,50	4 052,8	44,0	16,9	19,1	3,3	–	–	12,5	4,3
nach Ländern (einschl. Gemeinden/Zweckverbänden)										
Baden-Württemberg	97,33	1 046,0	42,0	13,7	18,8	3,7	0,3	5,7	12,6	3,2
Bayern	95,51	1 194,3	38,7	14,4	20,5	5,5	0,0	5,7	8,5	6,7
Berlin	175,86	604,0	48,6	10,0	14,4	5,5	– 1,0	12,1	9,2	1,1
Brandenburg ¹⁾	87,18	219,4	18,3	12,5	8,8	12,3	0,0	4,6	39,3	4,2
Bremen	147,44	97,4	49,0	11,5	17,4	0,2	0,0	12,9	9,2	– 0,3
Hamburg	169,28	301,0	57,6	11,2	15,4	1,5	0,0	7,5	5,1	1,6
Hessen	97,02	588,2	38,7	13,9	15,2	2,4	0,0	3,2	16,6	10,1
Mecklenburg-Vorpommern	89,01	147,5	46,5	10,5	16,6	1,7	0,4	3,2	9,8	11,3
Niedersachsen	61,47	488,0	40,4	19,1	15,6	2,8	0,1	6,4	12,6	3,0
Nordrhein-Westfalen	81,61	1 460,5	42,8	14,1	18,2	5,3	0,0	6,5	13,1	0,2
Rheinland-Pfalz	60,61	243,6	35,8	17,8	21,4	11,9	0,0	–	12,4	0,7
Saarland	73,66	75,6	4,3	9,4	50,2	1,7	0,2	10,4	17,1	6,7
Sachsen	169,08	706,5	35,3	12,1	15,4	10,0	0,0	7,1	16,1	4,0
Sachsen-Anhalt	116,45	275,8	42,7	9,2	18,3	9,9	0,0	4,5	12,0	3,4
Schleswig-Holstein	61,75	174,8	42,5	19,8	15,8	3,8	0,9	6,5	10,1	0,7
Thüringen	124,13	280,2	40,9	9,0	17,8	11,1	0,0	3,7	3,0	14,5

1 Im Landeshaushalt Brandenburg werden unter „Sonstiger Kulturpflege“ auch Ausgaben der anderen Kultursparten veranschlagt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht

7.2.2 Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

	2004	2005	2006	2007	2009 ¹⁾	2010	2011
EUR je Haushalt und Monat							
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	228	232	233	229	231	236	244
darunter:							
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	6	6	8	7	8	10	9
Foto-, Filmausrüstung und optische Geräte	4	4	3	3	3	3	3
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	13	13	13	14	14	15	12
Bild-, Daten und Tonträger (einschl. Downloads)	8	8	8	7	7	7	7
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	51	52	53	52	53	54	56
darunter:							
Besuch von Theater-, Musik-, Film-, Zirkus- u. ä. Veranstaltungen	8	8	8	8	8	8	9
Besuch von Museen, zoologischen und botanischen Gärten u. ä.	2	2	2	2	2	3	3
Bücher	12	13	13	12	12	11	12
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	22	22	22	21	21	22
%							
Anteil der privaten Konsumausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den gesamten privaten Konsumausgaben	11,5	11,6	11,1	11,1	10,7	10,9	10,8

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 2008 fand keine eigenständige LWR-Erhebung statt.

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.3 Mediennutzung

Weitere Informationen zu IKT in Unternehmen siehe Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“

7.3.1 Ausstattung privater Haushalte mit Computer und Internetzugang 2012

	Haushalte	Haushalte mit Computer	Haushalte mit Internetzugang	Haushalte mit Breitbandanschluss (z.B. DSL)
	1 000	%		
Deutschland	39 891	81	79	75
Früheres Bundesgebiet ¹	31 321	82	80	76
Neue Länder einschl. Berlin	8 569	77	75	71
Haushalte mit ... und ohne Kind				
1 Person	15 971	67	64	59
2 Personen	13 062	82	81	77
3 und mehr Personen	3 591	99	98	96
Haushalte mit ... und mindestens einem Kind ²				
1 Person	1 036	96	95	92
2 Personen	4 901	99	99	97
3 und mehr Personen	1 329	100	100	99
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR				
unter 1 300	11 454	64	61	55
1 300 – 2 000	9 225	75	73	69
2 000 – 3 200	10 135	90	89	85
3 200 und mehr	9 077	98	97	95

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Kind/er unter 16 Jahren.

Haushalte mit **Breitbandanschluss** nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

7.3.2 Private Internetnutzung von Personen

	2008	2009	2010	2011	2012
	%				
Insgesamt	71	73	75	76	80
Männlich	76	78	80	81	84
10 bis 15 Jahre	93	96	95	95	97
16 bis 24 Jahre	97	98	98	98	98
25 bis 44 Jahre	92	94	95	96	98
45 bis 64 Jahre	75	76	80	82	87
65 und mehr	32	39	42	43	47
Weiblich	66	68	71	72	76
10 bis 15 Jahre	93	96	96	96	97
16 bis 24 Jahre	96	97	98	99	99
25 bis 44 Jahre	90	92	95	96	98
45 bis 64 Jahre	67	68	71	75	82
65 und mehr	14	17	23	22	26
nach sozialer Stellung					
Erwerbstätige ¹	88	89	91	93	95
Arbeitslose	66	72	76	75	81
Schüler/-innen und Studierende	99	99	99	99	100
Rentner/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	35	38	42	42	47

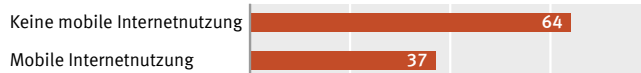
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die im jeweiligen Jahr das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.

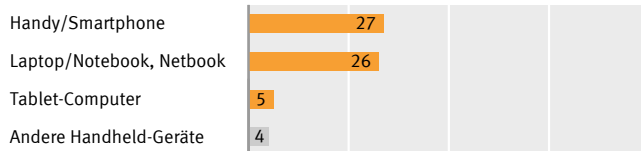
2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

Internetnutzung ausserhalb des Hauses bzw. Arbeitsplatzes (mobile Internetnutzung) 2012 in %

Internetnutzung



Verwendete Geräte



2013 - 01 - 0267

7.3 Mediennutzung

7.3.3 Häufigkeit der Internetnutzung und Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2012



	Personen	Internetaktivitäten zu privaten Zwecken in den letzten drei Monaten						
		Senden oder Empfangen von E-Mails	Mitteilungen in soziale Netzwerke, Foren, Blogs oder Charträumen einstellen	Telefonieren/ Videotelefonate	Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen	Nutzung von Reisedienstleistungen	Verkauf von Waren und Dienstleistungen	Online-Banking
	1 000	%						
Insgesamt	57 044	91	42	27	88	58	27	50
Männlich	29 553	90	43	30	90	58	30	53
10 bis 15 Jahre	2 281	67	57	37	63	(8)	(5)	/
16 bis 24 Jahre	4 124	93	85	46	86	40	23	37
25 bis 44 Jahre	10 343	95	53	33	95	67	40	71
45 bis 64 Jahre	9 635	90	23	21	92	64	31	52
65 und mehr	3 169	91	(8)	19	86	71	19	49
Weiblich	27 492	91	42	24	87	58	25	48
10 bis 15 Jahre	2 174	76	62	31	55	10	/	/
16 bis 24 Jahre	3 973	97	86	34	84	48	20	38
25 bis 44 Jahre	10 001	95	48	25	93	67	36	67
45 bis 64 Jahre	9 165	89	20	17	89	63	24	45
65 und mehr	2 179	88	/	17	81	59	(10)	35
nach sozialer Stellung								
Erwerbstätige ¹	36 168	93	41	25	93	66	33	60
Arbeitslose	2 213	89	48	27	86	43	26	48
Schüler/-innen und Studierende	4 155	96	89	47	85	47	19	33
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	10 054	89	18	20	86	60	22	46

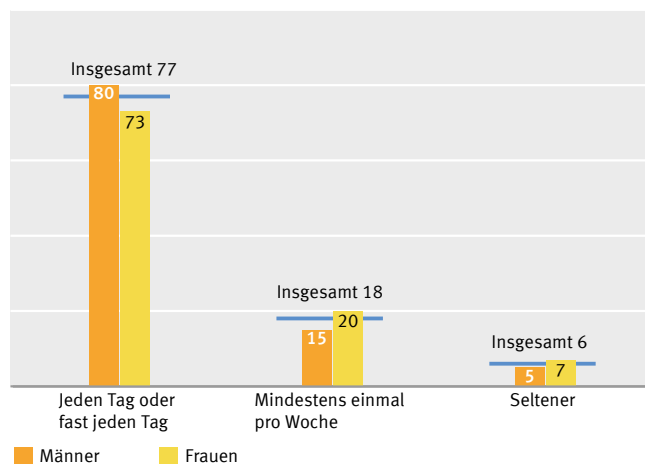
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

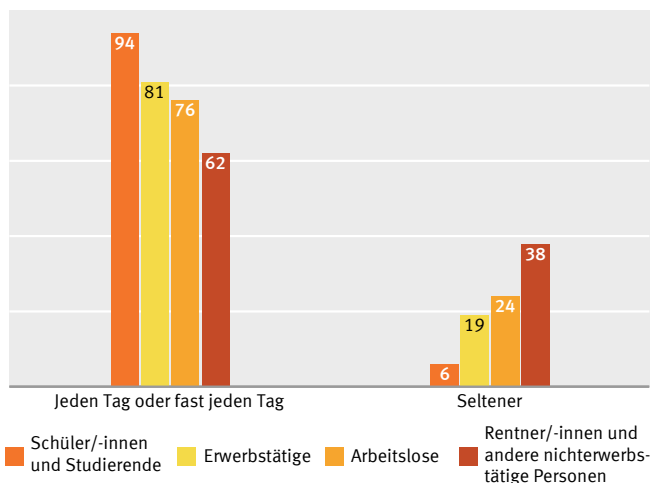
Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2012

in %

Insgesamt und nach Geschlecht



Nach der sozialen Stellung



2013 - 01-0268

7.3 Mediennutzung

7.3.4 Private Einkäufe und Bestellungen über das Internet 2012



	Personen	Art der Waren und Dienstleistungen, die für den privaten Gebrauch in den letzten zwölf Monaten gekauft/bestellt wurden									
		Private Ge- brauchsgüter (z.B. Möbel, Spielzeug)	Filme, Musik	Bücher (auch elek- tronische), Zeitung Zeitschriften	Computer und Zubehör	Kleidung, Sportartikel	Elektronika- rtikel (einschl. Kameras)	Aktien, Versi- cherungen	Urlaubsunter- künfte (z.B. Zimmerreser- vierung in Hotels)	Andere Dienstleis- tungen für Urlaubsrei- sen (z.B. Fahrkarten)	Arzneimittel
	1 000	%									
Insgesamt	42 330	49	36	50	22	63	33	9	42	31	26
10 bis 15 Jahre . . .	1 283	28	43	26	(14)	47	19	/	/	/	/
16 bis 24 Jahre . . .	5 990	32	46	40	20	68	28	(4)	21	20	8
25 bis 44 Jahre . . .	18 135	60	44	55	26	71	38	12	47	35	28
45 bis 64 Jahre . . .	13 880	47	26	50	21	56	30	9	47	32	31
65 und älter	3 043	36	14	47	18	43	29	10	48	33	37
nach sozialer Stellung											
Erwerbstätige ¹ . .	30 046	53	38	52	23	66	34	10	47	34	27
Arbeitslose	1 491	48	32	39	29	59	33	/	19	(18)	27
Schüler/-innen und Studierende . . .	2 949	29	47	50	23	63	31	(3)	23	25	7
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	6 561	45	21	48	19	53	28	8	41	26	35

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

7.3.5 Leinwände und Filmbesuche

Alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen **Filmwirtschaft** werden durch die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft erfasst und ausgewertet. Die Ergebnisse werden im Filmstatistischen Jahrbuch veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.spio.de und zur Filmförderungsanstalt (FFA) unter www.ffa.de

	Einheit	2010	2011	2012
Leinwände	Anzahl	4 550	4 509	4 492
Sitzplätze	Anzahl	830 413	818 554	814 666
Filmbesuche insgesamt	Mill.	126,6	129,6	135,1
Filmbesuche je Einwohner/-in	Anzahl	1,6	1,6	1,65
Durchschnittlicher Eintrittspreis	EUR	7,27	7,39	7,65
Bruttoeinnahmen	Mill. EUR	920,40	958,10	1 033,0
Filmabgabe	Mill. EUR	22,70	22,50	24,4
Nettoeinnahmen (einschl. Mehrwertsteuer)	Mill. EUR	897,70	935,60	1 008,6

Quelle: Filmförderungsanstalt

7.3.6 Filmproduktion

	2010	2011	2012
Spielfilme ¹ insgesamt	119	123	154
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	28	29	28
wertvoll	15	17	12
Dokumentarfilme	74	82	87
Deutsche Kurzfilme ² insgesamt	171	157	132
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	54	55	57
wertvoll	61	48	37
Deutsche Werbefilme ³	521	551	492

- 1 Abendfüllende Filme, einschl. deutsch/ausländischer Koproduktionen sowie Kinder- und Jugendfilme.
- 2 Kultur-, Dokumentar-, Spiel- und Wirtschaftsfilme, die der Filmbewertungsstelle Wiesbaden vorgelegt wurden.
- 3 Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) geprüfte Filme.

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.

7.3 Mediennutzung

7.3.7 ARD und Landesrundfunkanstalten nach Ressorts 2012

	BR	HR	MDR	NDR/RB	RBB	SR/SWR	WDR	ARD
	Sendezeit in %							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Politik und Gesellschaft ..	16,5	23,5	30,0	52,0	38,0	35,2	56,7	37,1
Kultur und Wissenschaft ..	17,3	9,5	12,9	14,2	10,2	13,3	6,8	11,9
Religion	2,1	1,3	0,9	0,1	1,0	0,5	0,4	0,8
Sport	5,2	1,7	1,8	1,7	1,6	2,6	1,3	2,2
Fernsehspiel	15,5	4,2	11,3	4,4	9,3	3,0	6,0	7,3
Spielfilme	9,9	9,2	10,2	5,6	8,7	9,0	3,9	7,9
Unterhaltung	5,7	21,5	10,9	11,2	7,3	15,9	10,8	12,0
Musik	0,6	0,1	0,3	0,5	0,2	1,2	1,7	0,7
Familie	18,8	16,2	17,4	7,8	13,8	13,1	2,7	12,3
Bildung und Beratung ...	5,9	10,9	0,5	0,0	5,2	2,7	8,4	4,7
Spot/Überleitung	2,7	1,9	3,8	2,4	4,6	3,7	1,3	2,9

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.8 ZDF nach Sendeformaten 2012

	Sendezeit in %	Weitere Informationen finden Sie unter www.zdf.de
Insgesamt	100	
Information	42,2	
Fiction (ohne Kinderprogramm)	31,8	
Unterhaltung	9,1	
Sport	6,6	
Kinderprogramm	5,5	
Präsentation	2,6	
Werbung	1,1	
Übertragungen	0,6	
Konzert- und Bühnendarbietung	0,3	
Sonstiges	0,4	

Quelle: Zweites Deutsches Fernsehen

7.3.9 Marktanteile der Fernsehsender 2012

	%	Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de
RTL	12,6	
ARD Dritte ¹	12,6	
ARD Das Erste	12,3	
ZDF	12,3	
SAT 1	9,4	
Pro Sieben	5,9	
VOX	5,8	
kabel eins	4,0	
RTL II	3,9	
SUPER RTL	2,1	
KiKa	1,4	
Phoenix	1,1	
3SAT	1,0	
n-tv	0,9	
arte	0,8	
ZDFneo	0,6	
sixx	0,6	
ZDFinfo	0,4	
TV Rest	12,3	

Marktanteile im Tagesdurchschnitt.

1 Weitere 37 Sender.

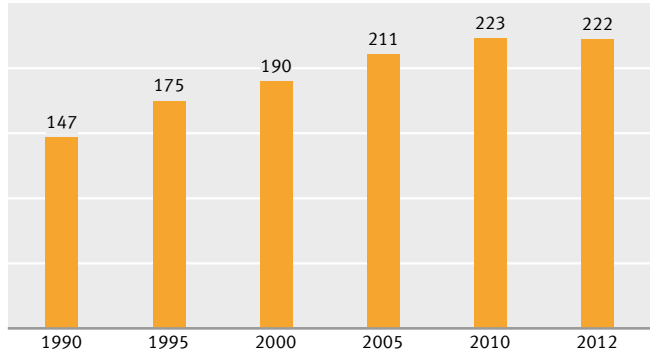
Quelle: AGF/GfK-Fernsehforschung, Fernsehpanel D+EU

7.3.10 Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer nach Altersgruppe

	Zuschauer/-innen	Davon im Alter		
	insgesamt	3 – 13 Jahre	14 – 49 Jahre	50 Jahre und älter
	Minuten			
1995 ...	175	95	156	225
1996 ...	183	101	165	233
1997 ...	183	95	164	236
1998 ...	188	99	166	245
1999 ...	185	97	164	241
2000 ...	190	97	169	247
2001 ...	192	98	170	250
2002 ...	201	97	177	263
2003 ...	203	94	182	262
2004 ...	210	93	185	274
2005 ...	211	91	185	277
2006 ...	212	90	184	278
2007 ...	208	87	178	275
2008 ...	207	86	178	273
2009 ...	212	88	182	279
2010 ...	223	93	192	290
2011 ...	225	93	192	293
2012 ...	222	90	187	291

Quelle: AGF/GfK-Fernsehforschung, ab 2001 Fernsehpanel D+EU

Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer in Minuten



Quelle: AGF/GfK-Fernsehforschung

2013 - 01 - 0269

7.3 Mediennutzung

7.3.11 Landesrundfunkanstalten 2012

Jede der **Landesrundfunkanstalten** bietet in ihrem Sendegebiet mehrere Hörfunkprogramme an. Weitere Informationen finden Sie unter www.ard.de

	Insgesamt	Musiksendungen				Wortsendungen				Werbefunk
		zusammen	Rock-/Popmusik	Unterhaltungsmusik	Klassik	zusammen	Information und Service	Kultur und Bildung	Unterhaltung	
	Stunden	%	% der Musiksendungen			%	% der Wortsendungen			%
Insgesamt	518 959	55,9	46,9	32,5	20,6	43,2	68,0	17,0	15,0	0,8
Bayerischer Rundfunk	54 928	53,7	39,6	31,3	29,1	45,6	75,3	18,7	6,0	0,7
Hessischer Rundfunk	53 002	60,4	61,8	20,0	18,1	38,6	68,8	12,9	18,3	1,1
Mitteldeutscher Rundfunk	64 915	62,2	33,0	57,6	9,5	37,1	72,5	10,5	17,1	0,7
Norddeutscher Rundfunk	73 632	27,5	58,6	18,5	23,0	72,3	51,9	16,2	31,9	0,2
Radio Bremen	35 136	57,5	50,4	20,6	29,1	41,3	65,5	29,6	4,9	1,2
Rundfunk Berlin-Brandenburg	65 554	50,2	43,0	26,9	30,1	48,7	88,9	7,8	3,3	1,1
Saarländischer Rundfunk	35 136	81,9	53,5	23,2	23,3	16,8	74,7	25,0	0,3	1,2
Südwestfunk	81 584	65,3	53,1	37,5	9,4	33,9	68,6	13,6	17,8	0,8
Westdeutscher Rundfunk	55 072	60,0	35,2	36,3	28,6	39,1	62,0	35,2	2,8	0,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.12 Deutsche Welle und Deutschlandradio 2012

Deutsche Welle und **Deutschlandradio** senden Programme in deutscher Sprache und in fremden Sprachen sowohl für Europa als auch für das außereuropäische Ausland.

	Deutsche Welle ¹		Deutschlandradio			
	fremdsprachiges Programm		Deutschlandradio Kultur		Deutschlandfunk	
	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%
Insgesamt	17 685	100	9 394	100	9 394	100
Wortsendungen	17 085	96,6	7 236	77,0	7 636	81,3
Musiksendungen . .	601	3,4	2 158	23,0	1 758	18,7

1 Bundesrundfunkanstalt.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.1 Freiwillig engagierte Personen

Die Angaben in den Tabellen 7.4.1 bis 7.4.3 stammen aus dem **Freiwilligensurvey**. Dieser bietet repräsentative Ergebnisse zum freiwilligen Engagement der Bevölkerung in Deutschland. Zuletzt wurden 2009 deutschlandweit mehr als 20 000 Personen ab 14 Jahren befragt. Detaillierte Ergebnisse finden Sie unter www.bmfsfj.de

	1999	2004	2009
	%		
Insgesamt	34	36	36
nach Geschlecht			
Männlich	38	39	40
Weiblich	30	32	32
nach Altersgruppen			
14 bis unter 31	35	35	35
31 bis unter 46	38	39	41
46 bis unter 65	37	40	38
65 und mehr	23	26	28
nach Erwerbsstatus			
Erwerbstätige	38	40	40
Arbeitslose	23	27	26
Schüler/-innen, Azubildende, Studierende	37	38	38
Rentner/-innen, Pensionäre/ Pensionärinnen	24	28	30
Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement von nicht Engagierten ..	26	32	37

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7.4.2 Zielgruppen des freiwilligen Engagements

	1999	2004	2009
	%		
Kinder und Jugendliche	36	34	35
Ältere Menschen	8	9	10
Frauen	4	3	2
Familien	/	5	4
Andere oder unbestimmter Personenkreis	52	49	49

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7.4.3 Bereiche des freiwilligen Engagements

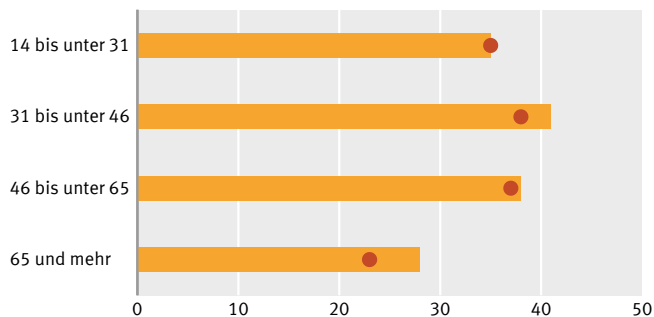
	1999	2004	2009
	%		
Sport und Bewegung	11,2	11,1	10,1
Schule/Kindergarten	5,9	6,9	6,9
Kirche/Religion	5,3	5,9	6,9
Sozialer Bereich	4,1	5,4	5,2
Kultur/Musik	4,9	5,5	5,2
Freizeit/Geselligkeit	5,6	5,1	4,6
Feuerwehr/Rettungsdienste	2,5	2,8	3,1
Umwelt/Tierschutz	1,8	2,6	2,8
Politik/Interessenvertretung	2,6	2,4	2,7
Jugendarbeit/Bildung	1,6	2,4	2,6
Gesundheitsbereich	1,2	0,9	2,2
Lokales Bürgerengagement	1,3	2,1	1,9
Berufliche Interessenvertretung	2,3	2,4	1,8
Justiz/Kriminalitätsprobleme	0,7	0,6	0,7

Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Freiwillig engagierte Personen nach Altersgruppen
in %

■ 2009 ● 1999

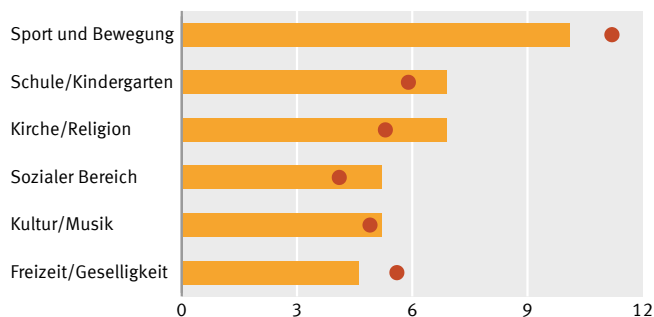


Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2013 - 01 - 0272

Ausgewählte Bereiche des freiwilligen Engagements
in %

■ 2009 ● 1999



Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2013 - 01 - 0270

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.4 Bundesfreiwilligendienst – Freiwillige im Mai 2013

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren. 2010 wurden 78 387 Zivildienstleistende einberufen. 2009 waren es 90 514.

	Freiwillige		Davon		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	je 100 000 Einwohner/-innen ¹			unter 27		27 – 51		51 – 65		65 und mehr	
			Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Deutschland	36 054	44	17 626	18 428	10 869	10 130	3 030	4 186	3 304	3 812	423	300
Baden-Württemberg	4 024	37	2 187	1 837	1 868	1 508	171	233	128	88	20	8
Bayern	3 123	25	1 684	1 439	1 435	1 219	124	129	100	76	25	15
Berlin	1 270	36	635	635	266	300	152	160	182	161	35	14
Brandenburg	1 997	80	858	1 139	202	163	265	454	361	492	30	30
Bremen	289	44	126	163	93	116	20	23	13	21	0	3
Hamburg	788	44	371	417	316	354	28	45	24	14	3	4
Hessen	1 634	27	880	754	683	578	109	106	68	63	20	7
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 244	76	671	573	205	162	193	187	251	214	22	10
Niedersachsen	3 012	38	1 538	1 474	1 269	1 210	141	141	106	102	22	21
Nordrhein-Westfalen	6 709	38	3 344	3 365	2 674	2 755	356	341	273	243	41	26
Rheinland-Pfalz	1 158	29	574	584	443	473	80	77	40	32	11	2
Saarland	357	35	160	197	134	156	14	23	11	13	1	5
Sachsen	4 619	117	1 972	2 647	437	358	627	1 100	805	1 111	103	78
Sachsen-Anhalt	2 317	100	977	1 340	185	160	324	540	435	604	33	36
Schleswig-Holstein	1 120	39	596	524	487	456	55	34	45	26	9	8
Thüringen	2 393	108	1 053	1 340	172	162	371	593	462	552	48	33

Freiwillige im Dienst. – Stand: 5.6.2013.

1 Eigene Berechnung; **Bevölkerungsstand: 31.12.2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**

Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

7.4.5 Stiftungen 2012

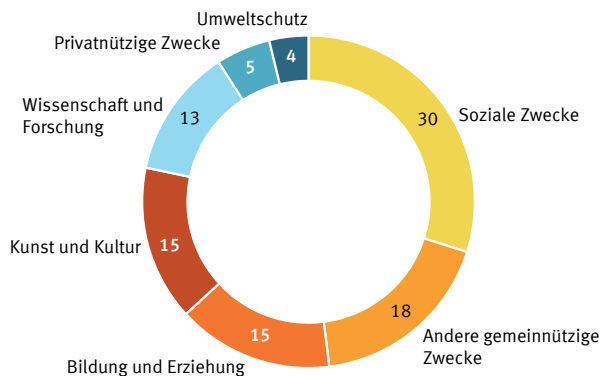
Kernstück einer **Stiftung** ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt. Es ist dauerhaft der Realisierung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet. Stiftungsdichte und Errichtungsdichte beziehen sich jeweils auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die **Stiftungsdichte** entspricht der Bestandsdichte. Für die **Errichtungsdichte** werden die Stiftungsanerkennungen des jeweiligen Jahres in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt. Sie spiegelt die aktuelle Dynamik wider. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

	Bestand	Errichtungen	Stiftungs- dichte ¹	Errichtungs- dichte ¹
Deutschland	19 551	645	23,9	0,79
Baden-Württemberg	2 943	99	27,3	0,92
Bayern	3 568	105	28,3	0,83
Berlin	783	24	22,4	0,69
Brandenburg	180	8	7,2	0,32
Bremen	315	11	47,6	1,66
Hamburg	1 266	36	70,4	2,00
Hessen	1 754	45	28,8	0,74
Mecklenburg-Vorpommern ..	158	4	9,7	0,24
Niedersachsen	2 055	70	26,0	0,88
Nordrhein-Westfalen	3 780	126	21,2	0,71
Rheinland-Pfalz	920	39	23,0	0,98
Saarland	164	6	16,2	0,59
Sachsen	439	26	10,6	0,63
Sachsen-Anhalt	257	11	11,1	0,48
Schleswig-Holstein	703	20	24,8	0,70
Thüringen	266	15	12,0	0,68

Verteilung nach dem Sitz der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts. – Ergebnisse einer Umfrage bei den Stiftungsaufsichtsbehörden 2013 und eigener Berechnungen.

1 Bezogen auf 100 000 Einwohner/-innen; **Bevölkerungsstand: 31.12.2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.

Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts 2013
nach Stiftungszweckhauptgruppen, in %

Gewichtete Verteilung nach Stiftungszweckhauptgruppen.
Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen e.V.,
Stand: 6.5.2013

2013 - 01 - 0276

7.4 Bürgerschaftliches Engagement
7.4.6 Seelsorge der evangelischen und katholischen Kirchen

	Beratungsstellen insgesamt	Anrufe bzw. Erstanfragen ¹				Beratung suchende Personen		Im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		zusammen	Telefon	E-Mail	Chat	männlich	weiblich	unter 20	20 – 30	30 – 45	45 – 65	65 und mehr
	Anzahl					%						
2007 ...	105	2 032 737	2 027 000	4 107	1 630	24	64	27	27	18	17	8
2008 ...	105	2 264 419	2 257 000	4 031	3 388	22	47	21	19	14	15	6
2009 ...	105	2 185 652	2 177 000	4 279	4 373	22	63	19	20	14	15	7
2010 ...	106	2 020 142	2 012 000	3 744	4 398	22	44	19	21	13	17	9
2011 ...	106	2 016 510	2 007 000	3 054	6 456	19	63	16	22	13	18	12
2012 ...	106	2 015 933	2 004 500	3 933 ¹³	7 501	24	47	16	8	{ ————— 76 ¹⁴ ————— }		

1 Telefonanrufe generell und Erstanfragen per Telefon können leider nicht unterschieden werden. Bei E-Mail und Chat wurden nur die Erstanfragen aufgenommen.
2 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Geschlecht bzw. Alter ergibt die Summe der Prozente nicht 100.
3 Folgemails 16 392.
4 Wegen geänderter Altersklassifizierung nur als Summe verfügbar.
Quelle: Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e.V.

7.5 Sport
7.5.1 Landessportbünde und Mitgliedschaften 2012

Der **Deutsche Olympische Sportbund (DOSB)** wurde als Nachfolgeorganisation des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) gegründet. Die Angaben in den Tabellen 7.5.1 bis 7.5.3 beruhen auf Erhebungen des DOSB. Weitere Informationen finden Sie unter www.dosb.de

	Vereine	Aktive und passive Mitgliedschaften			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
	Anzahl	%						
Deutschland	91 080	23 718 475	60,1	39,9	23,6	18,5	13,8	44,0
Baden-Württemberg	11 461	3 747 497	60,1	39,9	23,4	18,5	13,1	45,0
Bayern	12 112	4 282 916	61,6	38,4	22,4	21,3	14,3	42,0
Berlin	2 236	593 919	63,3	36,7	21,5	19,5	17,2	41,7
Brandenburg	2 962	317 154	62,6	37,4	24,6	17,4	14,5	43,4
Bremen	422	164 447	60,9	39,1	23,8	16,0	13,6	46,6
Hamburg	796	552 127	59,4	40,6	19,7	15,2	19,0	46,1
Hessen	7 783	2 064 134	58,8	41,2	23,0	17,2	13,7	46,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 895	232 516	61,1	38,9	25,9	16,9	15,0	42,1
Niedersachsen	9 710	2 738 389	56,5	43,5	24,8	18,0	12,7	44,4
Nordrhein-Westfalen	19 496	5 080 242	60,7	39,3	25,1	18,1	13,3	43,4
Rheinland-Pfalz ¹	6 290	1 458 393	60,5	39,5	22,1	18,5	13,8	45,7
Saarland	2 139	391 316	60,2	39,8	19,8	19,1	14,2	46,9
Sachsen	4 488	588 386	60,2	39,8	24,4	16,4	15,9	43,3
Sachsen-Anhalt ¹	3 144	325 386	61,5	38,5	22,6	16,0	15,1	46,3
Schleswig-Holstein	2 679	814 618	55,8	44,2	27,1	17,9	12,1	42,8
Thüringen	3 467	367 035	63,2	36,8	22,2	16,6	15,9	45,3

1 Einschl. Mitgliedschaften von Verbänden mit besonderen Aufgaben.
Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.2 Spitzenverbände und Mitgliedschaften 2012

	Aktive und passive Mitgliedschaften ¹			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
	Anzahl	%					
Insgesamt	25 478 985	61,5	38,5	23,7	18,8	14,5	43,1
Fußball	6 800 128	84,2	15,8	25,3	23,6	16,1	34,9
Turnen	4 967 401	31,0	69,0	32,8	11,3	11,3	44,6
Tennis	1 504 112	60,0	40,0	16,9	25,9	9,7	47,5
Schützen	1 394 060	75,4	24,6	8,3	11,1	23,0	57,6
Alpenverein	918 553	59,8	40,2	10,2	14,5	18,3	57,1
Leichtathletik	860 120	49,6	50,4	31,8	17,8	10,2	40,1
Handball	818 640	62,5	37,5	29,2	29,1	13,8	27,9
Reiten	718 965	24,5	75,5	23,4	26,1	16,0	34,5
Sportfischen	628 066	96,6	3,4	4,0	13,5	17,6	64,9
Golf	624 569	62,3	37,7	5,1	7,5	12,1	75,3
Behindertensport	618 621	44,3	55,7	5,3	7,0	10,1	77,7
Tischtennis	601 240	78,9	21,1	17,3	22,9	16,4	43,4
Ski	572 575	55,3	44,7	19,0	18,3	13,1	49,7
Schwimmen	571 803	48,4	51,6	49,0	14,6	8,6	27,8
DLRG	555 225	53,9	46,1	41,0	21,5	11,5	26,0
Volleyball	454 820	48,1	51,9	14,2	28,6	19,9	37,3
Tanzen	219 530	32,6	67,4	25,4	17,0	11,2	46,3
Badminton	205 215	60,3	39,7	18,9	28,6	19,5	33,1
Basketball	192 551	72,7	27,3	30,1	37,1	17,0	15,9
Segeln	186 493	73,4	26,6	9,6	12,5	12,5	65,4
Judo	168 966	70,8	29,2	60,7	21,4	7,1	10,8
Karate	168 758	64,6	35,4	45,9	22,0	12,6	19,5
Radsport	136 171	84,9	15,1	12,0	18,8	24,9	44,3
Kanu	117 516	64,1	35,9	14,3	17,4	14,2	54,1
Motoryacht	110 012	72,1	27,9	5,0	6,9	10,3	77,8
Kegeln	108 665	73,8	26,2	5,0	14,1	15,0	66,0
Aero	101 288	91,1	8,9	2,9	12,0	20,2	64,9
Moderner Fünfkampf ..	97 094	37,2	62,8	31,9	10,9	12,8	44,5
Schach	90 840	92,8	7,2	18,9	17,4	12,4	51,2
Rudern	80 705	66,5	33,5	9,5	19,4	15,5	55,5
Hockey	77 280	60,5	39,5	43,6	24,3	10,8	21,2
Boxsport	73 132	82,6	17,4	16,4	39,9	20,0	23,8
Ringen	65 563	80,5	19,5	21,2	19,3	14,1	45,4
Sporttauchen	64 645	70,0	30,0	7,7	15,5	31,8	44,9
Taekwondo	55 479	63,2	36,8	54,1	25,4	9,8	10,7
Triathlon	50 236	70,9	29,1	9,5	14,3	28,3	47,9
Am. Football	45 657	64,3	35,7	25,2	48,4	17,4	8,9
Ju-Jutsu	44 696	65,5	34,5	43,3	30,3	18,1	8,3
Snowboard	40 170	55,6	44,4	19,3	18,8	13,3	48,6
Rollsport	34 678	54,9	45,1	32,9	24,9	17,9	24,3
Billard	34 340	91,0	9,0	3,0	18,6	29,7	48,7
Eisstockschießen	32 740	85,4	14,6	2,6	13,3	12,2	71,9
Eishockey	25 498	64,8	35,2	36,6	28,1	11,7	23,6
Fechten	25 498	64,8	35,2	36,6	28,1	11,7	23,6
Baseball/Softball	23 585	78,6	21,4	10,9	55,0	29,9	4,3
Gewichtheben	23 484	73,2	26,8	5,7	27,2	21,6	45,5
Motorsport	21 949	93,6	6,4	5,9	24,1	26,2	43,8
Eislaufen	19 739	22,6	77,4	57,6	20,0	7,9	14,6
Sonstige	126 344	68,4	31,6	13,5	21,8	18,2	46,5

1 Einschl. Mitglieder, die nicht in den Zahlen der Landessportbünde enthalten sind. – Ranking der Spitzenverbände nach Zahl der Mitgliedschaften.

Quelle: Deutsche Olympischer Sportbund

7.5 Sport
7.5.3 Deutsches Sportabzeichen

	Teilnehmende insgesamt	Deutsches Jugendsportabzeichen		Deutsches Sportabzeichen		Behinderte
		Jungen	Mädchen	Männer	Frauen	
Sportabzeichenerstverleihungen ¹						
2010	350 019	147 826	141 719	31 027	19 342	2 474
2011	351 595	145 515	144 806	28 029	23 481	2 447
2012	321 992	134 434	133 301	29 623	20 410	2 311
Wiederholungsprüfungen ²						
2010	577 150	193 375	199 118	100 544	59 004	4 454
2011	565 089	183 653	196 713	91 266	68 551	4 711
2012	521 898	176 822	187 770	94 455	57 738	4 761

1 Nur Bronzeabzeichen.
2 Für Deutsches Jugendsportabzeichen: einschl. Silber- und Goldabzeichen; für Deutsches Sportabzeichen: einschl. Bronzeabzeichen mit Silberkranz, Silber- und Goldabzeichen.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

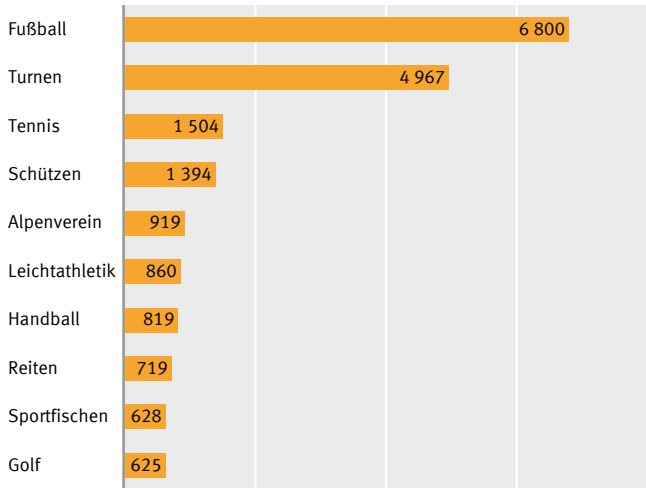
7.5.4 Förderleistung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

Die 1967 gegründete **Stiftung Deutsche Sporthilfe** unterstützt erfolgreich den Nachwuchs- und Spitzensport in Deutschland. Aktuell werden rund 3 800 Athleten aus fast allen olympischen Disziplinen, traditionsreichen nicht-olympischen Sportarten sowie dem Behinderten- und Gehörlosensport materiell und ideell unterstützt. Weitere Informationen finden Sie unter www.sporthilfe.de

	Geförderte Athleten/ Athletinnen	Verbandsspezifische Förderleistungen										
		insgesamt	Deutscher Leichtathletikverband	Deutscher Schwimmverband	Deutscher Ruderverband	Deutscher Fechter-Bund	Deutscher Ski-Verband	Bund Deutscher Radfahrer	Deutscher Kanu-Verband	Deutscher Turner-Bund	Deutscher Schützen-Bund	Deutscher Hockey-Bund
		Anzahl	1 000 EUR									
2009	3 371	14 839	403	572	503	419	605	373	463	234	339	457
2010	3 660	10 013	518	674	680	345	749	413	552	279	396	496
2011	3 360	11 609	724	641	856	480	683	443	501	338	365	859

Quelle: Stiftung Deutsche Sporthilfe

Vereinsmitglieder in ausgewählten Sportarten 2012
in 1 000



Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

2013 - 01 - 0271

7.5 Sport

7.5.5 Medaillenspiegel bei den Olympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
Vancouver 2010			
Insgesamt	10	13	7
Bobsport	1	2	–
Rennrodeln	2	1	2
Skeleton	–	1	1
Eiskunstlauf	–	–	1
Eisschnelllauf	1	3	–
Biathlon	2	1	2
Nord. Kombination	–	–	1
Ski-Alpin	3	–	–
Skilanglauf	1	4	–
Skispringen	–	1	–
London 2012			
Insgesamt	11	19	14
Leichtathletik	1	4	3
Schwimmen	–	1	–
Turnen/RSG/Trampolin	–	3	–
Rudern	2	1	–
Judo	–	2	2
Radsport	1	3	1
Kanu	3	2	3
Fechten	–	1	1
Tischtennis	–	–	2
Reiten	2	1	1
Hockey	1	–	–
Mountainbike	–	1	–
Taekwondo	–	–	1
Beachvolleyball	1	–	–

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.6 Medaillenspiegel bei den Paralympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
Vancouver 2010			
Insgesamt	13	5	6
Ski-Alpin	7	4	4
Biathlon	3	–	2
Skilanglauf	3	1	–
London 2012			
Insgesamt	18	26	22
Leichtathletik	5	3	10
Radsport	4	7	3
Schwimmen	2	7	3
Reiten	2	3	2
Tischtennis	2	1	1
Judo	2	–	1
Rollstuhlbasketball	1	–	–
Segeln	–	2	–
Schießen	–	1	1
Rudern	–	1	–
Rollstuhlfechten	–	1	–
Sitzvolleyball	–	–	1

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

7.5 Sport

7.5.7 Olympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl		%	Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	110	35	31,8	26	10	10	6
Lillehammer 1994	112	33	29,5	24	9	7	8
Nagano 1998	125	47	37,6	29	12	9	8
Salt Lake City 2002	149	67	45,0	36	12	16	8
Turin 2006	153	61	39,9	29	11	12	6
Vancouver 2010	150	57	38,0	30	10	13	7
Sommerspiele							
Barcelona 1992	489	164	33,5	82	33	21	28
Atlanta 1996	479	191	39,9	65	20	18	27
Sydney 2000	444	196	44,1	56	13	17	26
Athen 2004	449	195	43,4	49	13	16	20
Peking 2008	421	188	44,7	41	16	10	15
London 2012	391	176	45,0	44	11	19	14

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.8 Paralympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl		%	Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	38	.	.	38	12	17	9
Lillehammer 1994	43	.	.	64	25	21	18
Nagano 1998	41	8	19,5	44	14	17	13
Salt Lake City 2002	26	4	15,4	33	17	1	15
Turin 2006	35	5	14,3	18	8	5	5
Vancouver 2010	21	6	28,6	24	13	5	6
Sommerspiele							
Barcelona 1992	237	.	.	171	61	51	59
Atlanta 1996	227	77	33,9	149	40	58	51
Sydney 2000	251	66	26,3	95	16	41	38
Athen 2004	210	69	32,9	78	19	28	31
Peking 2008	174	66	37,9	59	14	25	20
London 2012	150	61	40,7	66	18	26	22

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

Methodik

Dieses Kapitel präsentiert die wichtigsten Daten für den Bereich Kultur, Medien und Freizeit. Eine bundeseinheitliche Statistik zu diesem Themengebiet existiert bisher nicht. Um dennoch einen möglichst umfassenden Überblick zu geben, sind im Folgenden unterschiedliche Statistiken zusammengestellt. Sie stammen aus den Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

Für das Themengebiet Kultur sind Statistiken dargestellt, die den Kulturbereichen gemäß der europäischen Kulturdefinition zugeordnet werden. Zusätzlich werden in diesem Kapitel Informationen zu Sport, freiwilligem Engagement, Seelsorge und privater Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie veröffentlicht.

■ Kulturstätten

Museen

Die statistische Erhebung wird jährlich bei allen Museen in der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Museumsforschung durchgeführt. Die Erhebung ist freiwillig und umfasst u. a. Fragen zu den Besuchszahlen, Öffnungszeiten und Eintrittspreisen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de/ifm

Theater

Die Theaterstatistik wird jährlich vom Deutschen Bühnenverein, dem Bundesverband der Theater und Orchester, herausgegeben. Sie enthält Daten zu öffentlichen und privaten Theatern, Kulturorchestern und Festspielunternehmen in Deutschland sowie zu Theatern in Österreich und der Schweiz. Erfasst werden für jeden einzelnen Betrieb u. a. Angaben zu Veranstaltungen, Besucherinnen und Besuchern, Personal und Finanzen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.buehnenverein.de

Buchproduktion

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. gibt einen aktuellen und umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels (Kennzahlen, Daten zur Buchproduktion und -distribution). Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.boersenverein.de

Bibliotheken

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) ist die einzige, alle Bibliothekssparten umfassende und auf einheitlichen Definitionen basierende nationale Statistik für den Bereich der Bibliotheken. Für die Erstellung der DBS ist das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB) zuständig. Die Durchführung und Auswertung von Erhebungen sowie die Betreuung der Statistik verantwortet das Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen. Die DBS enthält Angaben der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland zu den Bereichen Ausstattung, Bestand, Entleihungen, Finanzen und Personal. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bibliothekstatistik.de

Staatliche Archive

Die Angaben über die staatlichen Archive des Bundes und der Länder werden vom Bundesarchiv auf Grundlage einer Abfrage zusammengestellt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Musikschulen

Die Informationen hierzu beruhen auf Unterlagen des Verbandes Deutscher Musikschulen. Weitere Informationen finden Sie unter www.musikschulen.de

Deutscher Chorverband

Der Mitgliederbestand des Deutschen Chorverbandes e. V. wird jährlich bei allen zugehörigen Vereinen ermittelt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.deutscher-chorverband.de

Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Ihre Statistiken bieten u.a. Informationen zur Entwicklung der Versicher-

tenzahlen nach Berufsgruppen, Geschlecht, Alter und Einkommen sowie zur Entwicklung des Haushaltsvolumens und des Bundeszuschusses.

Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.kuenstlersozialkasse.de

UNESCO-Welterbestätten in Deutschland

1972 hat die UNESCO das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Welterbekonvention) verabschiedet. Demnach sollen die Verantwortung und der Schutz eines Kultur- oder Naturgutes mit universellem Wert nicht allein in der Hand des Staates liegen. Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, sich an diesen Aufgaben unterstützend zu beteiligen. Ein zwischenstaatlich eingerichtetes Komitee prüft jährlich, welche Kultur- oder Naturstätten neu in die Liste des „Welterbes“ aufgenommen werden. Dazu müssen die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Stätten die festgelegten Kriterien der „Einzigartigkeit“ und der „Authentizität“ (historische Echtheit) eines Kulturdenkmals oder der „Integrität“ einer Naturerbestätte erfüllen. Ebenso muss neben dem aktuellen „Erhaltungszustand“ auch ein Erhaltungsplan vorgelegt werden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.unesco.de

Goethe-Institut

Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Die vorliegenden Informationen stammen vom Goethe-Institut e.V. Die Zentrale in München berät, koordiniert und sichert die Qualität der Arbeit im Ausland. Hier werden alle Daten ausgewertet, die im weltweiten Netzwerk des Goethe-Instituts generiert werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

■ Kulturausgaben

Öffentliche Ausgaben für Kultur

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur werden nach dem „Grundmittelkonzept“ abgegrenzt. Bei den „Grundmitteln“ handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich, Krediten und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

Die Datenbasis für die Berechnung der Kulturausgaben bildet die Jahresrechnungstatistik der staatlichen Haushalte sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Informationen zur Methodik dieser Statistiken finden Sie im Kapitel „Finanzen und Steuern“ und in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Die Kennzahl „Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner“ gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Bundesland (einschließlich der Gemeinden/ Zweckverbände) aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung stellt.

Weitere Informationen zur Berechnung der öffentlichen Kulturausgaben enthält der „Kulturfinanzbericht“, eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, unter www.destatis.de/publikationen als Download abrufbar.

Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), einer jährlichen Erhebung im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Bei den LWR handelt es sich um eine Stichprobe, für die jährlich bundesweit 8 000 Haushalte freiwillig zu ihren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, ihren privaten Konsumausgaben, ihren Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden.

Methodik

Weitere Informationen zur Methodik der LWR-Erhebung finden Sie im Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“ und dem Qualitätsbericht (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Mediennutzung

Die Erhebung zur **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten** bildet die Basis für europaweit vergleichbare Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit IKT sowie zu Art und Umfang der Nutzung von Computer und Internet. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Ausstattung mit IKT und verschiedene Nutzungsaspekte des Internets bei den Haushaltsmitgliedern. Ergänzend werden soziodemografische Merkmale erfasst.

Hauptnutzer auf europäischer Ebene ist die Europäische Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft. Nationale Hauptnutzer sind die Bundesministerien und die amtliche Statistik.

Nationale Rechtsgrundlage ist das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG) vom 22.12.2005 (BGBl. I S. 3685). Europäische Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 (ABl. EU Nr. L 283 S. 31), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Die methodische Konzeption der IKT-Erhebung folgt den in der europäischen Rechtsgrundlage festgelegten methodischen Vorgaben. Allgemeines Ziel der Vorgaben ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Auskunftserteilung erfolgt bei der IKT-Erhebung schriftlich. Die Erhebung wird dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Befragten erhalten die Fragebogen auf postalischem Weg vom jeweiligen Statistischen Landesamt und füllen sie selbstständig aus. Jeder Haushalt füllt einen Haushaltsfragebogen und jedes Haushaltsmitglied im Alter ab 10 Jahren (Stichtag für das Erhebungsjahr 2011: 31.12.2010) einen Personenfragebogen aus. Die Befragung ist freiwillig.

Die Erhebung wird als repräsentative Quotenstichprobe mit bundesweit 12 000 Haushalten durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse des Erhebungsjahres 2012 werden auf Basis des Mikrozensus 2010 auf die Grundgesamtheiten von ca. 39,9 Millionen Haushalten und ca. 74,1 Millionen Personen ab 10 Jahren frei hochgerechnet und mittels einer nichtlinearen Regressionsschätzung an die gemeinsame Randverteilung mehrerer Merkmale angepasst.

Der Bezugszeitraum umfasst die letzten drei Monate (bei einigen Merkmalen die letzten zwölf Monate) vor der Erhebung. Der Erhebungszeitraum der IKT-Erhebung umfasst die Monate April und Mai des gleichen Jahres.

Weitere Informationen zur Methodik der IKT-Erhebung finden Sie in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Filmwirtschaft

Die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO) erfasst alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen Filmwirtschaft, wertet sie aus und stellt die Ergebnisse im Filmstatistischen Jahrbuch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Internet unter www.spio.de, ergänzende Angaben zur Filmförderungsanstalt (FFA) und zum Deutschen Filmförderfonds (DFFF) sind erhältlich unter www.ffa.de

Fernsehen

Auf ihren Internetseiten veröffentlicht die ARD Mediadaten und statistische Informationen über das Erste Deutsche Fernsehen, die Dritten Fernsehprogramme und die Partnerprogramme PHOENIX, Ki.KA, 3sat und ARTE. Die Programmstatistiken werden nach verschiedenen Kriterien systematisiert. Darüber hinaus stellt die ARD

ihre Finanz- und Werbestatistik ins Netz. Auch das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) veröffentlicht seine Programm-, Finanz- und Unternehmensdaten im Netz. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de/intern bzw. www.zdf.de

Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) ist der Zusammenschluss der Sender ARD, ZDF, ProSiebenSat.1 Media AG und der Mediengruppe RTL Deutschland zur gemeinsamen Durchführung und Weiterentwicklung der kontinuierlichen quantitativen Fernsehzuschauerforschung in Deutschland. Das AGF-Fernsehforschungspanel umfasst 5 000 täglich berichtende Haushalte (Berichtsbasis Fernsehpanel D+EU), in denen fast 10 500 Personen leben. Damit wird die Fernsehnutzung von 71,75 Millionen Personen ab 3 Jahren bzw. 36,24 Millionen Fernsehhaushalten abgebildet (Stand 01.01.2013). Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de.

Hörfunk

Die ARD veröffentlicht in ihrem Jahrbuch jährlich eine statistische Übersicht über die Hörfunkprogramme aller ARD-Rundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR, WDR und Deutsche Welle) und des Deutschlandradios. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de

■ Bürgerschaftliches Engagement

Freiwilligensurvey

Der Freiwilligensurvey ist eine umfragegestützte Untersuchung zum Engagement der deutschen Wohnbevölkerung. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Der umfassende Survey wird seit 1999 im fünfjährigen Rhythmus durchgeführt. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de

Stiftungen

Die Informationen über deutsche Stiftungen aller Rechtsformen werden in der umfassenden „Datenbank Deutscher Stiftungen“ erfasst. Diese Datenbank des Bundesverbands Deutscher Stiftungen – der Dachverband der Stiftungen – ermöglicht Analysen, Studien und Trendaussagen über das Stiftungswesen in Deutschland. Neben der eigenen Recherche, ist die Beantwortung eines umfangreichen Fragebogens Grundlage der Daten. Da die Beantwortung der Fragen freiwillig ist, sind die Informationen über die einzelnen Stiftungen unterschiedlich umfangreich. Seit 1991 werden Daten zu Stiftungen systematisch erfasst. Ende 2012 existierten 19 551 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Einen Überblick gibt das aktuelle „Verzeichnis Deutscher Stiftungen“, das im Mai 2011 erschienen ist.

Die individuelle Gestaltungsfreiheit für Stiftungen in Deutschland äußert sich in einer Vielfalt an Formen, Typen und einer großen Heterogenität, so dass dieses Segment nur unzureichend statistisch erfasst werden kann. Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit liegen in den Bereichen Soziales, Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie im Umweltschutz. Für die Abbildung der Stiftungstätigkeit wurden in Anlehnung an die §§ 52-54 AO, 42 Bereiche definiert, die zu 7 Hauptgruppen zusammengefasst wurden. Neben den oben genannten sind dies die „Anderen gemeinnützigen Zwecke“ und die „Privatnützigen Zwecke“. Rund zwei Drittel der Stiftungen geben mehr als einen Einzelzweck an, etwa die Hälfte ist in mehreren Schwerpunktbereichen tätig. Die Nennung von mehreren Einzelzwecken innerhalb einer Hauptgruppe führt zur einmaligen Zählung in dieser Hauptgruppe. Dies gleicht die unterschiedliche Zahl der Einzelzwecke in den Hauptgruppen aus, sodass Letztere gleichbehandelt werden. Die Nennung von mehreren Zwecken, die in verschiedenen Hauptgruppen liegen, führt zu gleichverteilten Anteilen. Ein Beispiel: Eine Stiftung gibt Medizin, Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständigung an. Es werden 0,5 für Wissenschaft und Forschung (Medizin) und 0,5 für andere gemeinnützige Zwecke (Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständigung) gezählt.

Stiftungen finden sich in Deutschland flächendeckend, doch gibt es erkennbare regionale Konzentrationen. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

Methodik

Telefonseelsorge

Die Telefonseelsorge ist eine bundesweite Organisation. Umfassend ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielseitigen Lebens- und Berufskompetenzen stehen Ratsuchenden in 106 Telefonseelsorgestellen vor Ort zur Verfügung. Träger sind die Evangelische Kirche (www.ekd.de; www.diakonie.de) und die Katholische Kirche (www.dbk.de). Seit 1997 besteht eine Partnerschaft zwischen der Telefonseelsorge in Deutschland und der Deutschen TelekomAG, die sämtliche Gebühren für die unter den Sonderrufnummern geführten Gespräche trägt. Weitere Informationen finden Sie unter www.telefonseelsorge.de

■ Sport

Die Angaben zum Sport beruhen auf Erhebungen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und der Deutschen Sporthilfe. Daten über Förderleistungen der Deutschen Sporthilfe für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sowie Angaben über die Teilnahme und Medaillengewinne bei Olympischen Spielen stellen den Bereich des Leistungs- bzw. Spitzensports dar. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de und www.sporthilfe.de

Olympische Spiele

Die Olympischen Spiele sind Wettkämpfe zwischen Athletinnen und Athleten in Einzel- oder Mannschaftswettbewerben, nicht zwischen Ländern. Die teilnehmenden Aktiven werden von ihren Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) ausgewählt. In Deutschland übernimmt der Deutsche Olympische Sportbund seit 2006 diese Funktion. Die Meldungen der Aktiven werden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) entgegengenommen. Die Wettkämpfe finden unter der fachlichen Leitung der jeweiligen internationalen Fachverbände statt. Die Olympischen Spiele bestehen aus den Spielen der Olympiade und den Olympischen Winterspielen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Paralympische Spiele

Das Internationale Paralympic Komitee (IPC) wurde 1989 gegründet und ist eine der größten Sportorganisationen der Welt. Es repräsentiert eine große Zahl der Aktiven mit Behinderung und sorgt für vergleichbare Bedingungen des Leistungssports der Behinderten und Nicht-Behinderten. Eine Vereinbarung zwischen dem IOC und dem IPC garantiert seit 2001 die Durchführung der Paralympics. Sie sichert ferner, dass die Paralympics seit 2008 kurz nach den Olympischen Spielen und in den gleichen Wettkampfstätten und Einrichtungen wie die Olympischen Spiele stattfinden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Glossar

Bibliotheken | Die Bibliothek ist eine Einrichtung in öffentlicher, privater oder kirchlicher Trägerschaft, die unter archivarischen, ökonomischen und synoptischen Gesichtspunkten publizierte Informationen für die Benutzerinnen und Benutzer sammelt, ordnet und verfügbar macht. Die Palette der Dienstleistungen reicht vom Buch in gedruckter oder digitalisierter Form über Zeitungen, Zeitschriften, Tonträger und Bildmaterial bis hin zum Internetzugang für Online-Recherchen. Indem sie ihre Bestände zur Verfügung stellen und archivieren, dienen Bibliotheken der Versorgung der breiten Öffentlichkeit (öffentliche Bibliotheken) und der Forschung (wissenschaftliche Bibliotheken) mit Literatur und Informationen.

Breitbandanschluss | Haushalte mit Breitbandanschluss nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Buchproduktion | Daten zur Buchproduktion (Titelproduktion) werden anhand der im „Wöchentlichen Verzeichnis der Deutschen Bibliographie“ angezeigten Titel erstellt. Dabei werden nur Veröffentlichungen berücksichtigt, die im Buchhandel erhältlich sind.

Bürgerschaftliches Engagement | Als „Bürgerschaftliches Engagement“ gilt nach Definition des Deutschen Bundestages eine Tätigkeit, die freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet und gemeinwohlorientiert ist. Das Engagement findet im öffentlichen Bereich statt und wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.

Bundesfreiwilligendienst | Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren.

Computer | Der Begriff „Computer“ umfasst sowohl stationäre Computer (PC) als auch mobile Computer (z. B. Laptop/Notebook, Netbook).

DOSB | Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) ist die regierungsunabhängige Dachorganisation des deutschen Sports. Er wurde am 20.5.2006 durch den Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Landessportbünde, olympische und nicht-olympische Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderen Aufgaben (z.B. der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband) sowie IOC- und persönliche Mitglieder. Er umfasst Breitensport bis Spitzensport und ist die größte Personenvereinigung Deutschlands.

Goethe-Institut | Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Bildungsangebote ermöglichen Mobilität in einer weltweiten Lerngemeinschaft. Mit einem Netzwerk aus Goethe-Instituten, Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlernzentren nimmt das Goethe-Institut seit über sechzig Jahren weltweit zentrale Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wahr.

Haushalte | Als Haushalt gilt jede Gesamtheit von Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften und in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendlerinnen und -pendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und im

Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende, Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Nicht zum Haushalt gehören Untermieterinnen und Untermieter, Gäste sowie Hausangestellte.

Haushaltstyp | Die Haushalte werden unterschieden durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren mit zusätzlich mindestens einem Kind (Person unter 16 Jahren) oder ohne Kind.

Internetzugang/-nutzung | In der Erhebung „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ (IKT-Erhebung) werden als Haushalte mit Internetzugang alle Haushalte erfasst, die einen Internetzugang zu Hause besitzen – unabhängig davon, ob dieser tatsächlich genutzt wird. Die Internetnutzung von Personen ist dagegen nicht ortsgebunden und umfasst auch die Nutzung außerhalb von zu Hause (z. B. Arbeitsplatz, Schule/Universität, Flughafen, Hotel).

Kauf/Bestellungen von Waren oder Dienstleistungen über das Internet | Unter Kauf oder Bestellungen über das Internet wird der Erwerb von Waren und Dienstleistungen auf elektronischem Weg über das Internet verstanden (z. B. über die Webseite der Verkäuferin bzw. des Verkäufers oder über einen Web-/Onlineshop). Nicht erforderlich ist hierbei die Bezahlung oder die Auslieferung der Ware bzw. Dienstleistung auf elektronischem Weg.

Künstlersozialkasse | In Deutschland besteht ein umfassender Sozialversicherungsschutz für Künstlerinnen und Künstler. Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Selbstständig erwerbstätige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten werden seit 1983 als Pflichtversicherte über die Künstlersozialkasse in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einbezogen.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Es errechnet sich aus den im Laufe des Vorjahres erzielten Bruttoeinkünften aller Haushaltsmitglieder abzüglich Steuern und Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und gesetzlichen Rentenversicherung geteilt durch 12.

Museen | Die Museumsstatistik erfasst alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten musealen Einrichtungen (Museen, Museumseinrichtungen bzw. -komplexe, Ausstellungshäuser), bei denen eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden ist.

Musikschulen | Musikschulen sind Einrichtungen, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Musik und ergänzenden Fächern einen speziellen Fachunterricht erteilen. Damit soll eine Teilnahme am Laien- und Liebhabermusizieren angeregt und ermöglicht werden.

Rundfunk | Das Rundfunksystem in Deutschland hat eine duale Struktur, bestehend aus öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Programmanbietern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk umfasst die Hörfunk-, Fernseh- und Telemedienangebote von ARD, ZDF, Deutschlandradio sowie die Deutsche Welle.

Die in der ARD vereinten neun Landesrundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR und WDR) produzieren für ein oder mehrere Bundesländer regional ausgerichtete Hörfunk- und Fernsehangebote sowie gemeinsam das nationale Erste Deutsche Fernsehen.

Das ZDF ist im Unterschied zur ARD zentral organisiert. Als nationaler Fernsehsender aller deutschen Bundesländer veranstaltet es ein bundesweit einheitliches Vollprogramm. Auch das von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltete Deutschlandradio bietet ein Programm für ganz Deutschland an.

Glossar

Zum Gesamtangebot von ARD und ZDF gehören außerdem der Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX, der Kinderkanal Ki.KA sowie die Partnerprogramme 3sat und ARTE. Zusätzlich sind ARD und ZDF mit der Verbreitung von jeweils drei ausschließlich digital verbreiteten Spartenkanälen beauftragt.

Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland. Sie verbreitet weltweit multimediale Angebote in Deutsch und in 29 weiteren Sprachen. Die DW ist Mitglied der ARD.

Staatliche Archive des Bundes und der Länder | Die staatlichen Archive des Bundes (Bundesarchiv, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz) und der Länder verwalten die Unterlagen von Verfassungsorganen, Behörden, Gerichten, Streitkräften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder und können diese Überlieferung durch Unterlagen privater Herkunft ergänzen.

Stiftung | Die Stiftung steht als Oberbegriff für eine Institution, die im privaten, öffentlichen und kirchlichen Recht verankert und ausgestaltet ist und in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert sein kann. Kernstück der Stiftung ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt und das dauerhaft der Verwirklichung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet ist. Was die Ausgestaltung der Stiftungszwecke und die historische Ausprägung der Stiftung betrifft, weist das deutsche Stiftungswesen eine komplexe Vielfalt auf. Noch heute sind Stiftungen aus dem 10. Jahrhundert aktiv. Der Prototyp der Stiftung ist die rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

Theater | Die Theaterstatistik enthält Angaben über die öffentlich getragenen Theaterunternehmen (Stadttheater, Staatstheater und Landesbühnen), die ortsfesten Privattheater, die in Theater integrierten Kulturorchester, die selbstständigen Kulturorchester mit eigenem Etat und zu Festspielunternehmen.

UNESCO-Welterbestätten | Die Welterbestätten der UNESCO stehen unter dem besonderen Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes folgt strengen Kriterien, die in der 1972 von der UNESCO verabschiedeten Konvention festgelegt sind. Die UNESCO-Welterbestätten in Deutschland umfassen u. a. Baudenkmäler, Städtensembles und Kulturlandschaften.

Sporthilfe, Deutsche | Diese Stiftung hat ihren Tätigkeitsschwerpunkt in der Förderung sportlicher Eliten. Einnahmen, die durch Spenden, Events, Vermarktung, Erlöse aus der Lotterie „GlücksSpirale“ und den Sport-Briefmarken erzielt werden, dienen Förderkonzepten für junge Talente und Top-Athletinnen und -Athleten sowie der Zukunftssicherung deutscher Spitzensportlerinnen und Spitzensportler.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Kultur, Medien, Freizeit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 216 und 913, Daten zur *Informations- und Kommunikationstechnologie* unter Code 63931

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Kulturausgaben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturfinanzbericht 2012

■ Mediennutzung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 4 | Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Fachberichte

| Informationsgesellschaft in Deutschland (erschieden 2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/08 | Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten
Heft 6/09 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
Heft 3/10 | Einkäufe privater Haushalte über das Internet, E-Commerce im Jahr 2009
Heft 8/11 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
Heft 5/12 | Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland

STATmagazin

| Online-Shopping liegt im Trend (2009)

■ Themenübergreifend

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturindikatoren auf einen Blick 2008

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 21 77 (Kultur), +49 (0)6 11 / 75 88 80 (private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



8 Soziales



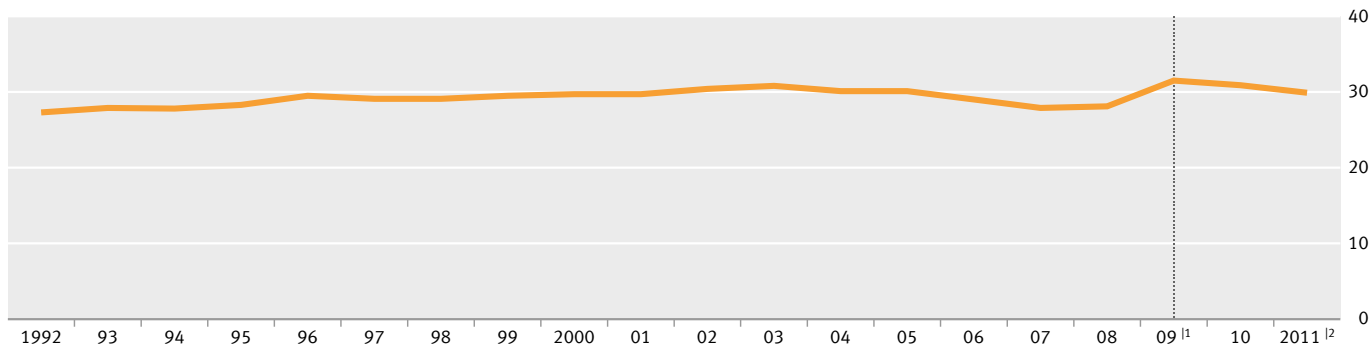
Rund jede **elfte Person** Ende 2011 auf **Mindestsicherungsleistungen** angewiesen | **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung 2011 für rund **844 000 Personen** | Staat gab 2011 netto je Einwohnerin bzw. je Einwohner **278 Euro** Sozialhilfe aus | **38 500 Schutzmaßnahmen** für Minderjährige im Jahr 2011 | Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinder- und Jugendhilfe stiegen 2011 auf **30,5 Milliarden Euro** | 2011 begannen rund **35 500 Menschen** eine Heimerziehung

<i>Seite</i>	
219	Auf einen Blick
	Tabellen
220	Sozialbudget nach Institutionen Sozialversicherungssysteme Sondersysteme Systeme des öffentlichen Dienstes Arbeitgebersysteme Entschädigungssysteme Förder- und Fürsorgesysteme
221	Sozialversicherungen Gesetzliche Rentenversicherung Durchschnittliche monatliche Rentenzahlungsbeträge Gesetzliche Krankenversicherung Soziale Pflegeversicherung Arbeitslosenversicherung Gesetzliche Unfallversicherung
225	Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- und Witwergeld, Waisengeld Durchschnittliche Versorgungsbezüge Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt
226	Sozialleistungen Mindestsicherungsquote nach Ländern Hilfe zum Lebensunterhalt Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII Ausgaben der Sozialhilfe Grundsicherung für Arbeitsuchende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Kriegsopferfürsorge Hilfen zur Erziehung Sozialpädagogische Familienhilfe Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung Vorläufige Schutz- maßnahmen Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe
235	Methodik
238	Glossar
244	Mehr zum Thema

8.0 Auf einen Blick

Sozialleistungsquote

in %



Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. – Stand: Mai 2012.

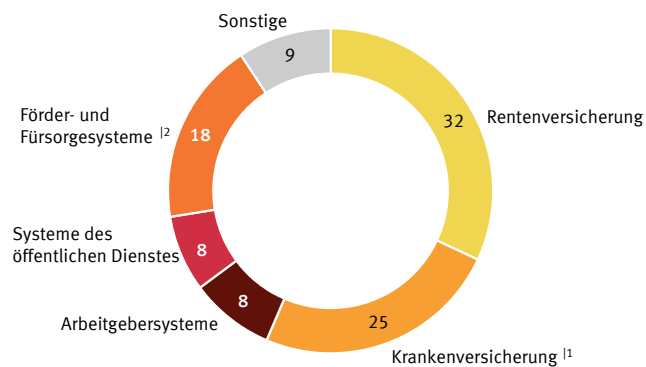
- 1 Vorläufiges Ergebnis. – Der Anstieg 2009 ist in erster Linie Folge der durch die Finanzmarktkrise gesunkenen Wirtschaftskraft, verbunden mit höheren Ausgaben im Bereich des SGB II und des SGB III. Dazu kommt die erstmalige Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung ab 2009. Deshalb sind die Quoten vor und ab 2009 nicht miteinander vergleichbar.
- 2 Geschätztes Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2013 - 01 - 0285

Sozialbudget 2011

Leistungen nach Institutionen, in %



Sozialbudget einschl. Beiträge des Staates, ohne Verrechnungen. – Berechnungsstand: Mai 2012, geschätzt.

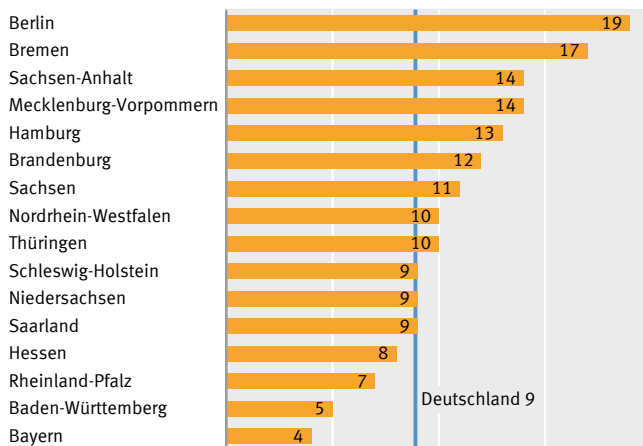
- 1 Einschl. private Krankenversicherung.
- 2 Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Familienleistungsausgleich, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe etc.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2013 - 01 - 0284

Mindestsicherungsquote 2011

in %



Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.
Die Mindestsicherungsquote stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, z. B. Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende, an der Gesamtbevölkerung dar.

2013 - 01 - 0284

8.1 Sozialbudget nach Institutionen 2011

	Leistungen						Finanzierung							
	insgesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs- und sonstige Ausgaben	Verrechnungen	insgesamt	Sozialbeiträge				Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrechnungen
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Beiträge des Staates				der Versicherten	der Arbeitgeber/-innen		Beiträge des Staates			
									tatsächlich	unterstellt				
	Mill. EUR													
Sozialleistungen insgesamt ¹⁾	767 590	465 752	271 062	–	30 775	–	824 863	244 603	192 571	81 676	0	290 751	15 263	–
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates	799 472	465 752	271 062	31 881	30 775	–	856 744	244 603	192 571	81 676	31 881	290 751	15 263	–
Sozialversicherungssysteme														
Rentenversicherung	256 151	231 346	4 314	16 298	3 677	517	260 649	84 502	86 812	–	6 737	81 903	645	52
Krankenversicherung	178 787	7 492	159 327	1 624	9 431	912	188 298	90 803	56 269	–	23 669	16 687	550	321
Pflegeversicherung	21 884	–	19 976	871	1 028	8	22 197	13 042	7 842	–	1 230	–	83	–
Unfallversicherung	12 348	6 238	2 966	222	2 778	143	12 997	1 464	10 135	–	43	753	583	19
Arbeitslosenversicherung	34 333	15 726	3 261	6 618	3 742	4 985	34 644	12 538	13 038	–	204	8 052	813	–
Sondersysteme														
Alterssicherung der Landwirte	2 871	2 768	25	3	63	13	2 897	645	–	–	0	2 251	1	–
Versorgungswerke	4 118	3 848	–	–	270	–	14 530	6 812	695	–	–	–	7 023	–
Private Altersvorsorge	175	175	–	–	–	–	13 419	9 894	–	–	–	3 524	–	–
Private Krankenversicherung	17 706	797	15 828	–	1 081	–	19 185	17 185	2 000	–	–	–	–	–
Private Pflegeversicherung	740	–	641	26	72	–	2 000	1 600	400	–	–	–	–	–
Systeme des öffentlichen Dienstes														
Pensionen	44 601	44 334	–	–	268	–	45 576	251	–	15 340	–	27 498	1 070	1 417
Familienzuschläge	3 065	3 035	–	–	30	–	3 065	–	–	–	–	2 346	663	56
Beihilfen	12 917	4	12 784	–	129	–	12 985	–	–	9 918	–	2 544	276	246
Arbeitgebersysteme														
Entgeltfortzahlung	31 029	31 029	–	–	–	–	31 029	–	–	31 029	–	–	–	–
Betriebliche Altersversorgung	23 240	23 240	–	–	–	–	32 778	4 678	4 350	23 750	–	–	–	–
Zusatzversorgung	10 894	9 929	–	1	964	–	15 883	1 189	11 030	–	–	526	3 138	–
Sonstige Arbeitgeberleistungen	1 639	–	1 639	–	–	–	1 639	–	–	1 639	–	–	–	–
Entschädigungssysteme														
Soziale Entschädigung	2 195	1 360	612	1	112	110	2 195	–	–	–	–	2 195	–	–
Lastenausgleich	29	24	0	–	3	2	29	–	–	–	–	29	0	–
Wiedergutmachung	891	835	6	–	51	–	891	–	–	–	–	891	–	–
Sonstige Entschädigungen	52	37	11	–	4	–	52	–	–	–	–	52	–	–
Förder- und Fürsorgesysteme														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich	41 620	41 372	–	–	248	–	41 620	–	–	–	–	41 620	–	–
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 886	4 880	–	–	6	–	4 886	–	–	–	–	4 886	–	–
Grundsicherung für Arbeitssuchende	41 518	18 724	13 339	5 108	4 347	–	41 518	–	–	–	–	37 008	–	4 510
Arbeitslosenhilfe/sonst. Arbeitsförderung	565	11	529	5	21	–	565	–	–	–	–	83	414	68
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	2 469	2 347	–	–	122	–	2 469	–	–	–	–	2 466	3	–
Sozialhilfe	26 567	16 200	7 979	1 103	1 286	–	26 567	–	–	–	–	26 566	–	2
Kinder- und Jugendhilfe	27 257	–	26 334	–	922	–	27 257	–	–	–	–	27 257	–	–
Wohngeld	1 615	–	1 491	–	124	–	1 615	–	–	–	–	1 615	–	–
nachrichtlich: Steuerliche Leistungen	30 184	30 184	–	–	–	–	30 184	–	–	–	–	30 184	–	–

Berechnungsstand: Mai 2012, geschätzt.

1 Konsolidiert um Beiträge des Staates für Empfänger/-innen sozialer Leistungen und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2 Sozialversicherungen

8.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung – Renten der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2012

	Renten insgesamt ¹⁾	Renten an Versicherte							Renten an Hinterbliebene	
		zusammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zusammen	darunter Witwen- und Witwerrenten
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		
	1 000				%		1 000	%		1 000
Insgesamt	25 008	19 301	1 636	51,3	48,7	17 665	44,2	55,8	5 707	93,8
Allgemeine Rentenversicherung	23 957	18 660	1 571	49,9	50,1	17 090	43,0	57,0	5 297	93,6
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 051	640	65	85,6	14,4	575	80,1	19,9	411	97,2

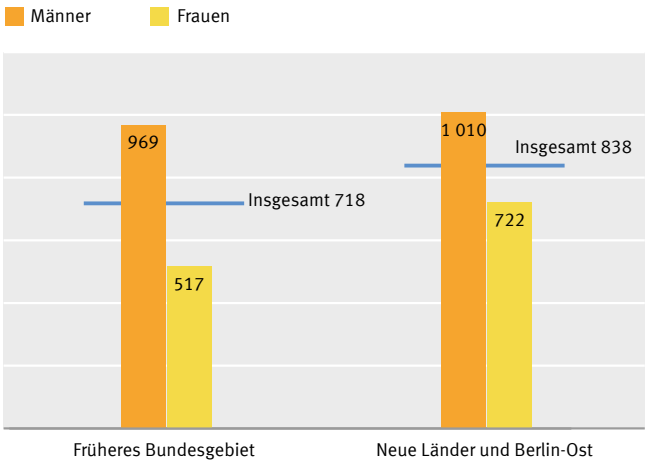
1 Ohne ruhende Renten.
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.2 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlungsbeträge

	Allgemeine Rentenversicherung		Knappschaftliche Rentenversicherung ¹⁾	
	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente
	EUR			
Früheres Bundesgebiet				
	Insgesamt			
2010	700	518	1 191	745
2011	703	519	1 191	745
2012	718	527	1 204	756
	Männer			
2010	952	231	1 250	327
2011	953	234	1 250	328
2012	969	238	1 264	333
	Frauen			
2010	498	546	720	750
2011	504	549	726	750
2012	517	559	742	761
Neue Länder und Berlin-Ost				
	Insgesamt			
2010	819	522	1 019	651
2011	822	525	1 020	654
2012	838	535	1 038	667
	Männer			
2010	998	277	1 150	336
2011	997	282	1 147	342
2012	1 010	290	1 163	349
	Frauen			
2010	699	571	758	666
2011	705	576	766	670
2012	722	588	788	683

Stichtag: 1.7. – Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.
1 Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlungsbeträge 2012 in EUR



Allgemeine Rentenversicherung. – Versichertenrente.
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
2013 - 01 - 0283

8.2 Sozialversicherungen

8.2.3 Gesetzliche Rentenversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2011

	Einnahmen			Ausgaben				Vermögen ¹³
	insgesamt	darunter		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen		sonstige Ausgaben ¹²	
		Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln		zusammen	darunter ausgezahlte Renten ¹¹		
	Mill. EUR	%			Mill. EUR	%		
Insgesamt	283 519	67,0	24,8	264 582	251 884	91,4	12 698	30 039
davon:								
Allgemeine Rentenversicherung	268 644	70,4	24,0	249 708	237 578	91,4	12 130	29 335
Knappschaftliche Rentenversicherung . . .	14 874	5,7	38,4	14 874	14 306	92,4	568	704

1 Rentenleistung an Versicherte, Witwer/Witwen (einschl. Witwer-/Witwenabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

2 Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

3 Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzahlungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.4 Gesetzliche Krankenversicherung – Kassen und Versicherte

Weitere Informationen zu Gesundheitsausgaben und Krankenversicherungsschutz siehe Kapitel „Gesundheit“

	Kassen ¹¹	Versicherte ¹²			Darunter					
		insgesamt	männlich	weiblich	pflichtversichert ¹³		freiwillig versichert		Rentner/-innen	
		1 000	%		1 000	%	1 000	%	1 000	%
2010	160	69 803	47,0	53,0	30 065	43,1	4 461	6,4	16 848	24,1
2011	153	69 637	47,1	52,9	29 878	42,9	4 919	7,1	16 806	24,1
2012	144	69 704	47,1	52,9	30 112	43,2	5 172	7,4	16 765	24,1
davon (2012):										
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	11	24 329	47,8	52,2	10 405	42,8	1 025	4,2	6 807	28,0
Betriebskrankenkassen (BKK)	111	11 654	49,6	50,4	5 248	45,0	1 044	9,0	2 111	18,1
Innungskrankenkassen (IKK)	6	5 460	52,8	47,2	2 850	52,2	328	6,0	820	15,0
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	9	766	53,5	46,5	194	25,3	34	4,4	323	42,2
Knappschaft-Bahn-See (KBS)	1	1 755	48,5	51,5	494	28,1	80	4,5	861	49,1
Ersatzkassen (EK)	6	25 740	43,9	56,1	10 921	42,4	2 662	10,3	5 843	22,7

Durchschnitt errechnet aus zwölf Monatswerten.

1 Anzahl der Kassen am Jahresende.

2 Versicherte = Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige zusammen.

3 Pflichtmitglieder einschl. Studierende, ohne Rentner/-innen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.5 Gesetzliche Krankenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen ¹	Ausgaben						Sonstige Ausgaben ⁴	Leistungen je versicherte Person
		insgesamt	Aufwen- dungen für Leistungen	darunter					
				Behandlungen durch Ärzte/ Ärztinnen ²	Krankenhaus- behandlung	Arznei- mittel ³	Krankengeld		
	Mill. EUR				%				Mill. EUR
2010	175 322	175 993	164 964	20,7	35,5	26,6	4,7	31 586	2 363
2011	183 466	179 608	168 742	20,7	35,8	25,7	5,1	32 516	2 423
2012	189 413	184 249	173 152	20,6	35,8	25,2	5,3	33 587	2 484
davon (2012):									
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	72 065	70 064	65 814	19,2	38,8	24,9	4,0	12 875	2 705
Betriebskrankenkassen (BKK)	28 115	27 285	25 573	22,3	33,7	24,4	7,0	4 952	2 194
Innungskrankenkassen (IKK)	12 726	12 153	11 457	20,8	35,0	24,8	7,4	2 075	2 098
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK)	2 162	2 405	2 187	18,7	39,5	25,9	0,1	563	2 854
Knappschaft Bahn-See (KBS)	6 417	6 341	6 020	14,9	35,7	21,7	4,0	1 746	3 430
Ersatzkassen (EK)	67 929	66 001	62 103	22,0	33,6	26,4	5,9	11 375	2 413

1 Ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

2 Einschl. Zahnärzte/-ärztinnen.

3 Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

4 Einschl. Verwaltungskosten.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8 Soziales

8.2 Sozialversicherungen

8.2.6 Soziale Pflegeversicherung

Weitere Informationen zu Pflege siehe Kapitel „Gesundheit“

	Versicherte zum 1.10.	Leistungs- empfänger/ -innen am Jahresende	Einnahmen		Ausgaben						sonstige Ausgaben ^{1 2}
			insgesamt	darunter Beitrags- einnahmen	insgesamt	Leistungs- ausgaben	davon				
							Pflegegeld	Pflegesach- leistung	stationäre Pflege ¹	übrige Leistungs- ausgaben	
	1 000	Mill. EUR		%				Mill. EUR			
2010	69 793	2 288	21 784	21 641	21 448	20 429	22,9	14,2	52,8	10,1	1 020
2011	69 684	2 317	22 243	22 129	21 930	20 893	22,7	14,3	52,8	10,2	1 037
2012	69 770	2 397	23 044	22 918	22 941	21 854	23,2	14,2	49,3	13,3	1 400

1 Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.

2 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.7 Arbeitslosenversicherung – Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III

	Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld (SGB III)	Davon bei					
		Arbeitslosigkeit			Weiterbildung		
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%			1 000	%	
2010 ..	1 085	1 024	57,6	42,4	61	58,9	41,1
2011 ..	886	829	54,6	45,4	57	56,0	44,0
2012 ..	900	849	55,1	44,9	51	52,8	47,2

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen **Arbeitslosengeld** als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

8.2.8 Arbeitslosenversicherung – Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter

	Kurzarbeiter/-innen		
	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%	
2010	503	79,2	20,8
2011	148	80,4	19,6
2012	112	83,2	16,8

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter sind beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. In Deutschland handelt es sich dabei um eine Leistung der Arbeitslosenversicherung an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unterschieden wird zwischen der „konjunkturellen Kurzarbeit“, dem „Transferkurzarbeitergeld“ und dem „Saison-Kurzarbeitergeld“.

8.2.9 Arbeitslosenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen		Ausgaben			
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	davon		
				Leistungen der aktiven Arbeitsförderung ¹	Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts ^{2 3}	sonstige Ausgaben ⁴
	Mill. EUR	%	Mill. EUR			
2010	37	61	45	15	23	7
2011	38	68	38	11	19	7
2012	37	71	35	9	19	7

1 Darunter Leistungen zur Förderung der Teilhabe (schwer-)behinderter Menschen am Arbeitsleben, Eingliederungstitel etc.

2 Bei Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin, einschl. Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag.

3 Darunter Arbeitslosen- und Insolvenzgeld.

4 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

8.2 Sozialversicherungen

8.2.10 Gesetzliche Unfallversicherung – Versicherte und Rentenbestand

	Versicherte	Rentenbestand am Jahresende			
		insgesamt	darunter		
			Renten an Verletzte und Erkrankte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten
	1 000	Anzahl	%		
2009	61 428	984 092	86,0	12,3	1,7
2010	61 880	964 793	86,2	12,3	1,5
2011	62 293	950 928	86,2	12,3	1,5
davon (2011):					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	48 493	766 714	85,6	12,9	1,5
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	3 434	97 498	89,5	9,3	1,2
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ¹	10 366	86 716	88,6	10,0	1,3

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn-Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.11 Gesetzliche Unfallversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen

	Einnahmen		Ausgaben							Vermögen am Jahresende
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	Aufwen- dungen für Leistungen	darunter				sonstige Ausgaben ¹²	
					Renten	Heilbehand- lung ¹¹	Verletztengeld	Unfall- verhütung		
	Mill. EUR	%	Mill. EUR		%				Mill. EUR	
2009	13 924	83,2	14 027	10 225	55,6	27,8	5,8	9,5	3 802	18 267
2010	14 498	82,2	14 401	10 472	54,0	28,9	5,9	9,3	3 929	18 547
2011	14 362	85,9	14 323	10 590	52,8	29,7	6,0	9,5	3 733	19 109

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

² Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.3 Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes
8.3.1 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und durchschnittliche Versorgungsbezüge

	Versorgungsempfänger/-innen am 1.1.2012				Versorgungsbezüge ¹ im Januar 2012		
	insgesamt	von Ruhegehalt	von Witwen-/Witwergeld	von Waisengeld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
	Anzahl				EUR		
Bundesbereich	639 813	456 233	173 974	9 606	2 100	1 180	340
Bund	175 917	128 685	44 164	3 068	2 660	1 550	370
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	86 098	60 490	23 781	1 827	2 680	1 540	360
Berufssoldaten/-soldatinnen	89 819	68 195	20 383	1 241	2 640	1 560	380
Bundeseisenbahnvermögen	180 618	108 162	69 570	2 886	1 920	1 060	370
Post ²	276 854	214 431	58 862	3 561	1 840	1 050	290
Rechtlich selbstständige Einrichtungen ³	6 424	4 955	1 378	91	2 600	1 520	370
Landesbereich	739 096	571 556	152 877	14 663	2 870	1 660	370
Schuldienst	370 922	308 942	55 380	6 600	2 890	1 790	380
Vollzugsdienst	145 200	103 918	38 219	3 063	2 320	1 290	310
Übrige Bereiche	222 974	158 696	59 278	5 000	3 170	1 780	400
Kommunaler Bereich	112 502	77 779	32 364	2 359	2 770	1 600	360
Sozialversicherung ⁴	20 596	14 921	5 231	444	2 600	1 560	340
Insgesamt	1 512 007	1 120 489	364 446	27 072	2 540	1 430	360
nachrichtlich: Versorgung nach Kap. I des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes ⁵							
Insgesamt	16 979	783	15 524	672	1 090	950	560
nachrichtlich: Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Insgesamt	23 113	16 060	6 711	342	2 650	1 430	370

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik. – Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz sowie Versorgung nach Artikel G131 des Grundgesetzes.

- 1 Bruttodurchschnittsbezüge.
2 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank.
3 Ohne Forschungseinrichtungen.

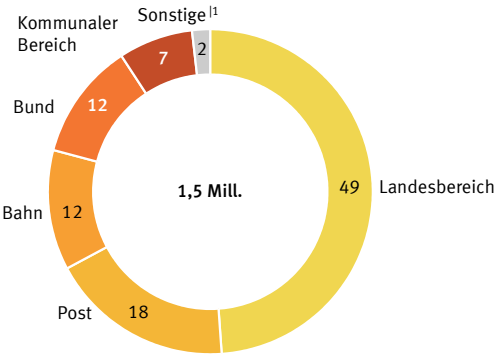
- 4 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.
5 Nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene Bedienstete mit Beamtenversorgung des Deutschen Reiches.

8.3.2 Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt im öffentlichen Dienst

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	2000		2005		2011	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	66 229	100	45 348	100	51 810	100
Dienstunfähigkeit	40 847	61,7	13 028	28,7	11 321	21,9
Erreichen einer Altersgrenze ..	21 578	32,6	28 680	63,2	36 794	71,0
Besondere Altersgrenze ..	6 554	9,9	5 680	12,5	6 975	13,5
Antragsaltersgrenze wegen Schwerbehinderung ..	3 069	4,6	2 379	5,2	3 848	7,4
Allgemeine Antragsaltersgrenze	7 681	11,6	6 757	14,9	10 036	19,4
Regelaltersgrenze	4 274	6,5	13 864	30,6	15 935	30,8
Vorruhestandsregelung	3 247	4,9	2 518	5,6	3 174	6,1
Sonstige Gründe	557	0,8	1 122	2,5	521	1,0

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1.1.2012 nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz, in %



Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

- 1 Rechtlich selbstständige Einrichtungen unter Bundesaufsicht und Sozialversicherung.

2013 - 01 - 0277

8.4 Sozialleistungen
8.4.1 Mindestsicherungsquote nach Ländern

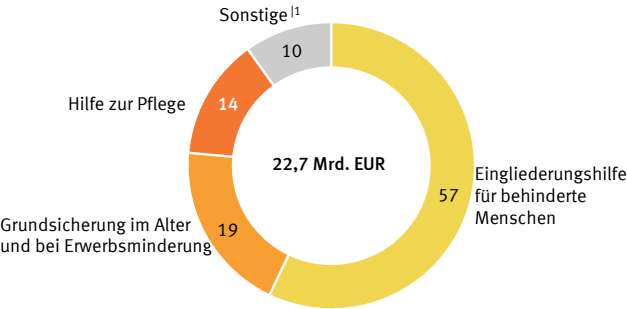
	2006	2007 ¹	2008	2009 ¹	2010	2011 ¹
	%					
Deutschland	10,1	9,8	9,3	9,5	9,2	8,9
Baden-Württemberg	5,7	5,4	5,1	5,4	5,2	4,9
Bayern	5,3	5,0	4,7	4,9	4,6	4,3
Berlin	20,0	19,9	19,3	19,5	19,2	18,9
Brandenburg	14,6	13,9	13,1	12,7	12,0	11,5
Bremen	17,5	17,0	16,3	16,7	16,8	16,5
Hamburg	13,8	13,6	13,1	13,3	13,0	12,6
Hessen	9,0	8,8	8,5	8,7	8,4	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	16,8	15,5	15,0	14,4	13,7
Niedersachsen	10,3	10,0	9,6	9,6	9,3	8,9
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,7	10,3	10,7	10,7	10,4
Rheinland-Pfalz	7,5	7,2	7,0	7,2	6,9	6,6
Saarland	9,8	9,6	9,1	9,4	9,2	8,8
Sachsen	14,1	13,6	12,7	12,6	11,9	11,1
Sachsen-Anhalt	16,7	16,3	15,4	15,1	14,4	13,9
Schleswig-Holstein	10,4	10,1	9,7	9,7	9,5	9,4
Thüringen	12,7	12,2	11,1	11,1	10,4	9,6
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet	8,6	8,4	8,0	8,2	8,1	7,8
Neue Länder einschl. Berlin	16,0	15,5	14,6	14,5	13,9	13,3

Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Zu diesen Leistungen zählen laufende **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, laufende Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nach dem SGB XII, **Arbeitslosengeld II/Sozialgeld** nach dem SGB II, Regelleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** sowie Leistungen der **Kriegsopferfürsorge** nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

1 Da die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben wird, enthalten die Mindestsicherungsquoten 2007, 2009 und 2011 jeweils das Ergebnis des Vorjahres.

Nettoausgaben Sozialhilfe 2011
nach Hilfearten in %



Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

1 Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung sowie Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.

2013 - 01 - 0278

8 Soziales

8.4 Sozialleistungen

8.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	332	174	158
unter 15	23	12	11
15 – 65	236	136	100
65 und mehr	73	25	48
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	4,1	4,3	3,8
unter 15	2,1	2,2	2,0
15 – 65	4,4	5,0	3,7
65 und mehr	4,3	3,5	4,9
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
unter 15	18	9	9
15 – 65	88	47	42
65 und mehr	2	1	1
Zusammen	108	56	52
In Einrichtungen ²			
unter 15	5	3	2
15 – 65	147	90	58
65 und mehr	71	24	47
Zusammen	224	117	106

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. – Empfänger/-innen am 31.12.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; **Bevölkerungsstand: 31.12.2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**
 2 Als Einrichtung zählen z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime.

8.4.4 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII 2011

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt¹	1 295	661	633
Hilfen zur Gesundheit	30	13	16
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹ ..	788	470	318
Hilfe zur Pflege ¹	423	143	280
Sonstige Hilfen ¹	96	54	42
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt¹	15,8	16,5	15,2
Hilfen zur Gesundheit	0,4	0,3	0,4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹ ..	9,6	11,7	7,6
Hilfe zur Pflege ¹	5,2	3,6	6,7
Sonstige Hilfen ¹	1,2	1,3	1,0
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	22	10	12
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹ ..	355	207	147
Hilfe zur Pflege ¹	121	47	73
Sonstige Hilfen ¹	78	42	36
Zusammen¹	556	297	258
In Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	9	4	5
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹ ..	509	308	201
Hilfe zur Pflege ¹	308	98	210
Sonstige Hilfen ¹	19	13	6
Zusammen¹	828	415	413

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII.

- 1 Mehrfachzählungen sind ausgeschlossen soweit aus den Meldungen erkennbar.
 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
 3 Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung; **Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**

8.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	844	388	456
18 – 65	408	229	178
65 und mehr	436	158	278
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	12,3	11,6	13,0
18 – 65	7,9	8,8	7,0
65 und mehr	25,8	21,9	28,8
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
18 – 65	284	155	128
65 und mehr	376	137	238
Zusammen	659	293	367
In Einrichtungen			
18 – 65	124	74	50
65 und mehr	61	21	40
Zusammen	185	95	90

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; **Bevölkerungsstand: 31.12.2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**

8.4.5 Ausgaben der Sozialhilfe 2011

Weitere Informationen zu Pflege und Behinderung siehe Kapitel „Gesundheit“

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	24 996	7 278	17 025
davon:			
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 234	633	601
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4 583	3 425	1 159
Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII	19 178	.	.
davon:			
Hilfen zur Gesundheit	71	41	29
Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung ...	693	.	.
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	14 402	2 121	12 280
Hilfe zur Pflege	3 577	826	2 750
Sonstige Hilfen ¹	437	232	205
darunter:			
Nettoausgaben	22 723	6 959	15 011
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ¹	277,86	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
 2 **Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**

8 Soziales

8.4 Sozialleistungen

8.4.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Leistungsberechtigte

Eine **Bedarfsgemeinschaft** bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Sie umfasst mindestens eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person. Dies sind Empfängerinnen und Empfänger von **Arbeitslosengeld II**. Das **Sozialgeld** ist eine Geldleistung an nicht erwerbsfähige leistungsberechtigte Angehörige bzw. Partnerinnen und Partner in dieser Bedarfsgemeinschaft, sofern diese keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben.

	Bedarfsgemeinschaften	Leistungsberechtigte nach dem SGB II	Darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte		
			zusammen	Männer	Frauen
	insgesamt				
	Anzahl		%		
2007	3 726 096	7 241 452	5 277 639	49,3	50,7
2008	3 577 711	6 909 198	5 011 541	48,6	51,4
2009	3 559 818	6 726 892	4 909 121	49,0	51,0
2010	3 583 614	6 713 082	4 894 265	49,2	50,8
2011	3 422 686	6 353 700	4 615 520	48,9	51,1
2012	3 325 170	6 142 988	4 443 094	48,5	51,5

Jahresdurchschnitte. – Revidierte Ergebnisse durch geänderte Methodik.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.8 Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen am 31.12.2011

Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Bevölkerung“



	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%		
Insgesamt	143 687	100	100	100
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 7	17 271	12,0	10,3	14,5
7 – 11	9 554	6,6	5,8	7,9
11 – 15	9 660	6,7	5,9	7,9
15 – 18	7 851	5,5	5,1	6,0
18 – 21	10 772	7,5	8,4	6,3
21 – 25	13 195	9,2	10,4	7,4
25 – 30	17 856	12,4	14,3	9,8
30 – 40	26 724	18,6	20,0	16,6
40 – 50	16 637	11,6	11,7	11,4
50 – 60	8 241	5,7	5,2	6,5
60 – 65	2 165	1,5	1,2	1,9
65 und mehr	3 761	2,6	1,7	3,9
Staatsangehörigkeit				
Afrika	17 868	12,4	14,1	10,1
Amerika	413	0,3	0,2	0,4
Asien	66 752	46,5	49,9	41,5
Europa	47 927	33,4	28,2	40,7
Übrige Staaten, staatenlos ...	1 308	0,9	0,9	0,9
Unbekannt	9 419	6,6	6,7	6,4

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen.

8.4.7 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Zahlungsansprüche

	Zahlungsansprüche aller Bedarfsgemeinschaften	Darunter für		Durchschnittlicher monatlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft
		Arbeitslosengeld II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	Sozialgeld (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	
	1 000 EUR			EUR
2007	36 578 890	15 288 542	680 242	818
2008	35 293 802	14 489 268	660 536	822
2009	36 295 878	14 652 812	777 306	850
2010	36 328 775	14 646 861	665 603	845
2011	33 202 312	13 735 391	531 848	808
2012	32 798 588	13 569 080	531 957	822

Jahressummen. – Werte können aufgrund einer Datenrevision von anderweitig veröffentlichten Werten abweichen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.9 Ausgaben für Asylbewerberleistungen 2011

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	908,3	600,3	308,0
davon:			
Regelleistungen	655,1	437,9	217,2
Besondere Leistungen ¹	253,2	162,4	90,8
Nettoausgaben	888,7	584,6	304,2
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ²	10,87	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen.

1 U. a. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.

2 **Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2011 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung).**

8.4 Sozialleistungen

8.4.10 Kriegsofferfürsorge

	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen
Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12. ¹											
2006	59 849	347	–	20 532	1 289	4 557	180	6 202	–	–	26 742
2008	46 256	966	–	17 867	970	2 078	76	3 976	–	–	20 323
2010 ¹²	42 204	491	–	15 277	795	1 581	249	4 583	–	–	19 025
Empfänger/-innen einmaliger Leistungen bis zum 31.12. (im Laufe des Jahres) ¹											
2006	40 694	170	1 151	3 015	407	20 080	49	2 999	8 856	534	3 433
2008	27 563	215	850	1 984	354	13 586	68	1 610	6 300	461	2 135
2010 ¹²	19 232	383	864	870	405	7 154	200	1 048	3 402	592	3 397
Ausgaben in 1 000 EUR ³											
2006	530 736	4 408	314	295 057	2 876	5 638	672	27 819	9 950	1 727	182 276
2008	472 010	6 039	272	279 561	2 467	4 129	366	19 871	7 828	1 575	149 902
2010 ¹²	478 252	6 904	346	226 700	2 479	3 684	4 623	21 960	4 153	2 062	202 866

Ergebnisse der Statistik der Kriegsofferfürsorge. – Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland.

1 Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Ab 2010 einschl. der Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG) und dem Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (VwRehaG). Außerdem sind 2010 bei den einzelnen Leistungsarten nur Leistungen im Inland dargestellt. Daher ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt.

3 Den Ausgaben stehen 2006 Einnahmen in Höhe von 175 Mill. Euro gegenüber, 2008 von 144 Mill. Euro und 2010 von 134 Mill. Euro.

8 Soziales

8.4 Sozialleistungen

8.4.11 Hilfen zur Erziehung 2011

Weitere Informationen zu Kinderbetreuung, Kinder- und Elterngeld sowie Adoptionen siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Personen insgesamt im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 6	6 – 9	9 – 12	12 – 15	15 – 18	18 und mehr
	Anzahl	%							
Ambulante Hilfen									
Flexible Hilfen gemäß § 27 SGB VIII ¹									
Begonnene Hilfen	28 182	55,5	44,5	27,9	16,0	17,1	17,7	15,2	6,2
Beendete Hilfen	25 907	55,8	44,2	22,8	13,4	18,0	18,2	17,9	9,8
Hilfen am 31.12.	37 360	57,2	42,8	22,4	16,1	20,1	18,7	15,0	7,7
Erziehungsberatung									
Begonnene Hilfen	310 813	54,2	45,8	24,0	19,5	18,8	17,5	13,3	6,9
Beendete Hilfen	311 584	54,5	45,5	20,6	18,8	19,7	17,9	14,7	8,3
Hilfen am 31.12.	139 610	54,5	45,5	20,4	19,7	21,1	18,1	13,4	7,4
Soziale Gruppenarbeit									
Begonnene Hilfen	8 348	72,9	27,1	–	17,9	26,6	23,4	19,4	12,7
Beendete Hilfen	8 139	73,9	26,1	–	7,0	24,3	27,7	25,4	15,6
Hilfen am 31.12.	8 596	69,1	30,9	–	15,2	35,2	31,3	13,5	4,8
Erziehungsbeistand									
Begonnene Hilfen	18 948	57,9	42,1	3,6	4,9	11,4	29,4	36,6	14,1
Beendete Hilfen	18 141	58,8	41,2	2,5	3,2	8,4	21,5	39,2	25,2
Hilfen am 31.12.	21 520	61,4	38,6	3,4	4,8	11,2	26,9	38,6	15,2
Betreuungshelfer/-innen									
Begonnene Hilfen	6 971	64,3	35,7	–	3,2	6,5	15,7	35,7	38,9
Beendete Hilfen	6 932	64,6	35,4	–	1,4	4,6	12,4	30,9	50,7
Hilfen am 31.12.	5 875	64,5	35,5	–	2,9	8,3	16,7	35,7	36,3
Stationäre/teilstationäre Hilfen									
Erziehung in einer Tagesgruppe									
Begonnene Hilfen	9 004	73,4	26,6	5,6	36,5	38,1	16,9	3,0	–
Beendete Hilfen	9 120	73,2	26,8	4,2	11,2	40,8	32,0	11,9	–
Hilfen am 31.12.	17 327	73,8	26,2	3,5	21,2	45,0	24,1	6,2	–
Vollzeitpflege in einer anderen Familie									
Begonnene Hilfen	15 264	49,8	50,2	50,6	13,6	10,9	11,5	10,4	3,0
Beendete Hilfen	13 886	49,7	50,3	28,2	11,6	10,3	11,9	15,6	22,4
Hilfen am 31.12.	61 894	50,8	49,2	26,0	17,0	17,7	17,6	16,1	5,7
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform									
Begonnene Hilfen	35 495	53,8	46,2	8,9	7,6	11,4	24,8	38,4	9,0
Beendete Hilfen	32 528	53,6	46,4	5,5	4,1	6,9	16,4	35,8	31,2
Hilfen am 31.12.	65 367	56,5	43,5	5,3	7,5	13,7	22,9	36,3	14,4
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung									
Begonnene Hilfen	3 080	58,4	41,6	–	–	4,5	16,6	47,1	31,8
Beendete Hilfen	2 914	56,6	43,4	–	–	2,1	10,5	34,2	53,2
Hilfen am 31.12.	3 477	60,1	39,9	–	–	2,9	14,4	42,7	40,0

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. stationärer Hilfen gemäß § 27 SGB VIII. – Zu den flexiblen Hilfen gemäß § 27 Absatz 2 SGB VIII gehören Hilfen, die keine Verbindung zu den Hilfearten der §§ 28 bis 35 SGB VIII aufweisen. Diese Hilfen sollen eine besonders individuelle Ausgestaltung und Kombination unterschiedlichster Unterstützungskomponenten gewährleisten, um so einem besonderen erzieherischen Bedarf gerecht zu werden.

8.4 Sozialleistungen
8.4.12 Sozialpädagogische Familienhilfe 2011

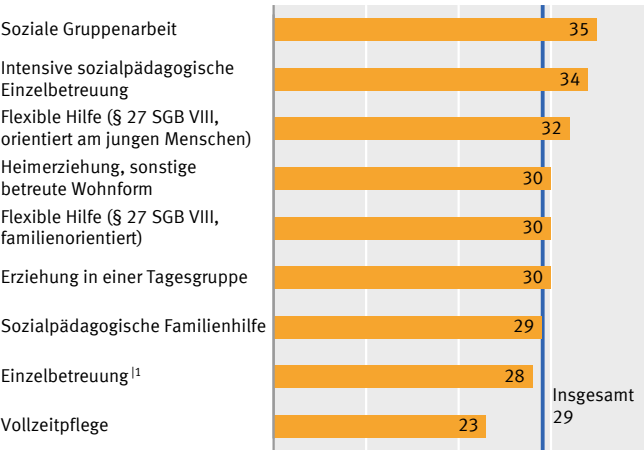
	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	durchschnittliche Dauer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Monate
Familien insgesamt	43 390	65,9	63 559	69,0	40 650	16
davon mit:						
1 Kind	20 681	67,3	27 921	70,1	18 443	14
2 Kindern	12 301	62,1	18 084	65,9	11 833	16
3 Kindern	6 367	64,2	10 254	67,3	6 353	18
4 und mehr Kindern	4 041	72,3	7 300	75,0	4 021	20
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	83 067	66,3	129 046	69,7	X	X
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	42 069	65,9	61 761	69,1	39 496	16
davon:						
Eltern leben zusammen	13 688	52,0	20 808	56,1	12 745	16
Elternteil lebt alleine	21 954	76,4	32 022	78,9	20 557	16
Elternteil lebt mit neuem Partner/neuer Partnerin zusammen	6 427	59,8	8 931	64,0	6 194	15
in einer Verwandtenfamilie	878	64,8	1 187	67,9	750	14
in einer nicht verwandten Familie	443	61,9	611	63,2	404	15

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

Begonnene erzieherische Hilfen für unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund 2011

Anteil an allen unter 18-Jährigen mit begonnenen erzieherischen Hilfen, in %



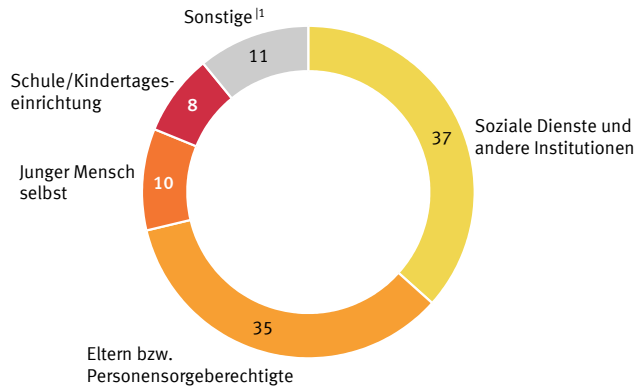
Ohne Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII.

1 Erziehungsbeistand und Betreuungshelfer/-innen.

2013 - 01 - 0280

Begonnene Hilfen zur Erziehung junger Menschen 2011

nach anregenden Institutionen oder Personen, in %



Ohne Erziehungsberatungen gemäß § 28 SGB VIII.

1 Z. B. Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei, Arzt/Ärztin, Klinik, Gesundheitsamt, ehemalige Klienten/Klientinnen oder Bekannte.

2013 - 01 - 0279

8.4 Sozialleistungen

8.4.13 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung 2011

	Begonnene Hilfen			Hilfen am 31.12.			Beendete Hilfen		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	21 129	67,9	32,1	42 559	69,7	30,3	17 772	66,3	33,7
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	1 101	71,8	28,2	1 082	70,0	30,0	383	73,1	26,9
6 – 9	4 826	71,7	28,3	5 436	75,3	24,7	1 918	73,0	27,0
9 – 12	7 067	68,8	31,2	14 410	68,6	31,4	5 149	66,6	33,4
12 – 15	3 635	74,3	25,7	10 515	74,7	25,3	4 427	70,2	29,8
15 – 18	2 389	59,6	40,4	6 107	69,7	30,3	2 736	67,3	32,7
18 und mehr	2 111	52,3	47,7	5 009	56,5	43,5	3 159	54,9	45,1

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII.

8.4.14 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

	2009	2010	2011
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	38 379	37 855	37 855
davon unter:			
Gesetzlicher Amtsvormundschaft	7 297	6 478	5 575
Bestellter Amtsvormundschaft	31 082	31 377	32 280
Bestellte Amtspflegschaft	31 581	32 556	33 445
Beistandschaften nach § 1712 BGB	640 151	630 562	615 456
Sorgeerklärungen nicht miteinander verheirateter Eltern ..	117 871	130 046	134 940
davon:			
Abgegebene Sorgeerklärungen	117 853	130 011	134 872
Ersetzte Sorgeerklärungen	18	35	68
Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	48 466	51 989	55 078
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	12 164	12 771	12 723

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

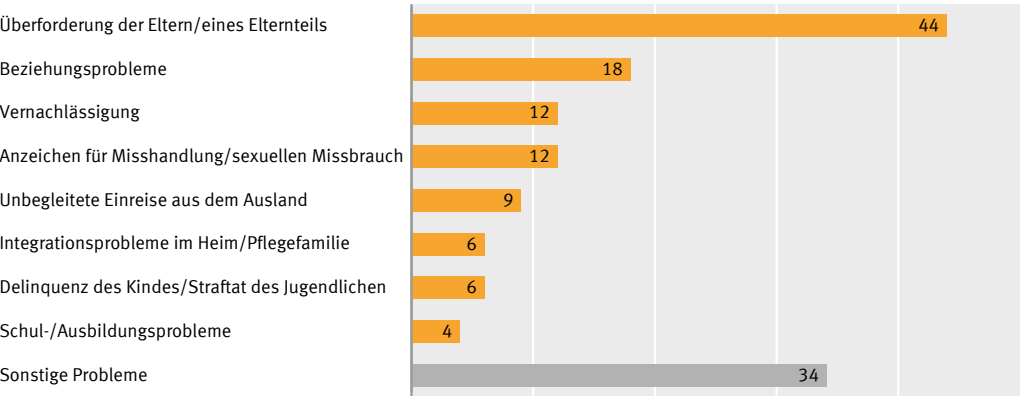
Mit der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind und das eines Vormunds bedarf, wird das Jugendamt Vormund (**gesetzliche Amtsvormundschaft**).

Die **bestellte Amtsvormundschaft** setzt voraus, dass ein(e) Minderjährige(r) nicht unter elterlicher Sorge steht. Dies kann durch Tod der Eltern eintreten, oder wenn die Eltern nicht in der Lage sind, die elterliche Sorge verantwortlich zu übernehmen.

Bei der **bestellten Amtspflegschaft** wird nur für Teile der elterlichen Sorge Amtspflege bestellt. Die verbleibenden Teile der elterlichen Sorge werden weiterhin durch die Eltern oder einen Elternteil wahrgenommen.

Mit der Einrichtung einer **Beistandschaft** für minderjährige Kinder (§ 1712 BGB) wird das Jugendamt zum Beistand des Kindes, um z. B. die Vaterschaft festzustellen oder/und Unterhaltsansprüche des Kindes geltend zu machen.

Vorläufige Schutzmaßnahmen 2011 nach Anlässen, in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.
Für jedes Kind oder jede(n) Jugendliche(n) konnten bis zu zwei Anlässe der Maßnahme angegeben werden.

2013 - 01 - 0281

8.4 Sozialleistungen

8.4.15 Vorläufige Schutzmaßnahmen 2011

	Insgesamt		Inobhutnahme			Herausnahme
			zusammen	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	3 716	9,7	3 479	–	9,0	237
3 – 6	2 467	6,4	2 332	–	6,1	135
6 – 9	2 377	6,2	2 268	0,3	5,6	109
9 – 12	3 088	8,0	3 001	1,4	6,4	87
12 – 14	4 771	12,4	4 684	3,5	8,6	87
14 – 16	11 162	29,0	11 064	9,8	19,0	98
16 – 18	10 900	28,3	10 847	11,1	17,1	53
Insgesamt	38 481	100	37 675	26,1	71,8	806
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	29 265	76,1	28 554	19,5	54,7	711
Nicht deutsch	9 216	23,9	9 121	6,6	17,1	95
Männlich						
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	1 954	5,1	1 837	–	4,8	117
3 – 6	1 345	3,5	1 262	–	3,3	83
6 – 9	1 303	3,4	1 234	0,1	3,1	69
9 – 12	1 579	4,1	1 537	0,6	3,4	42
12 – 14	1 881	4,9	1 833	1,0	3,8	48
14 – 16	4 766	12,4	4 723	3,3	9,0	43
16 – 18	5 761	15,0	5 732	4,8	10,0	29
Zusammen	18 589	48,3	18 158	9,9	37,3	431
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	13 298	34,6	12 917	6,8	26,8	381
Nicht deutsch	5 291	13,7	5 241	3,1	10,5	50
Weiblich						
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	1 762	4,6	1 642	–	4,3	120
3 – 6	1 122	2,9	1 070	–	2,8	52
6 – 9	1 074	2,8	1 034	0,2	2,5	40
9 – 12	1 509	3,9	1 464	0,8	3,0	45
12 – 14	2 890	7,5	2 851	2,6	4,8	39
14 – 16	6 396	16,6	6 341	6,5	10,0	55
16 – 18	5 139	13,4	5 115	6,2	7,1	24
Zusammen	19 892	51,7	19 517	16,2	34,5	375
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	15 967	41,5	15 637	12,7	28,0	330
Nicht deutsch	3 925	10,2	3 880	3,5	6,6	45

Eine **vorläufige Schutzmaßnahme** ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einer akuten, sie gefährdenden Situation. Minderjährige werden auf eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder von Erzieherinnen und Erziehern) in Obhut genommen und – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung untergebracht, etwa in einem Heim.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

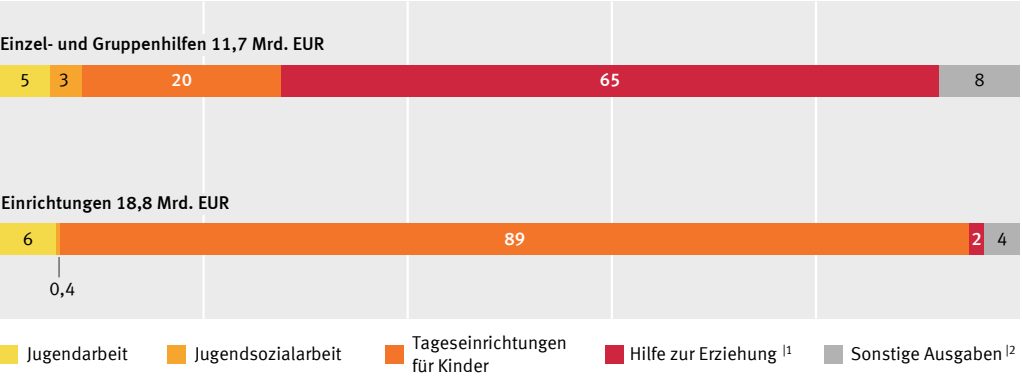
8.4 Sozialleistungen

8.4.16 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2011

	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	1 000 EUR		
Jugendarbeit	1 627 105	582 347	1 044 758
Jugendsozialarbeit	434 637	363 576	71 061
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	488 190	446 996	41 194
dar. Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	199 790	197 611	2 179
Kindertagesbetreuung	19 032 959	2 291 432	16 741 528
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Inobhut- nahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	7 838 176	7 561 410	276 766
Mitarbeiterfortbildung	23 286	9 211	14 076
Sonstige Aufgaben	813 629	467 529	346 099
Ausgaben zusammen	30 257 983	11 722 500	18 535 483
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	271 536	–	271 536
Ausgaben insgesamt	30 529 519	11 722 500	18 807 018
davon:			
Öffentliche Träger	19 388 375	10 756 750	8 631 625
Förderung von freien Trägern	11 141 144	965 750	10 175 394
Einnahmen insgesamt	2 634 008	782 626	1 851 383
Reine Ausgaben insgesamt	27 895 510	10 939 875	16 955 636

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2011
in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche.

2 Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

Methodik

■ Sozialbudget nach Institutionen

Um einen Gesamtüberblick zu vermitteln, zeigt die Tabelle 8.1 dieses Kapitels die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen sowie nach Leistungs- und Finanzierungsarten. Detaillierte Informationen aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken der **Sozialleistungen** runden das Kapitel ab. Da die Zahlen des Sozialbudgets zum Teil definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind, besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 9 dieses Jahrbuchs. Die Definitionen zum Sozialbudget, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2011.

Das „Glossar“ enthält Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt bereinigt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie ab 1994 um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe um Leistungen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Dieses Kapitel enthält – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie Ministerien und der Bundesagentur für Arbeit. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialleistungen in Deutschland zu geben. Daten, die nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Im Folgenden werden die Methodiken der Erhebungen dargestellt, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchführen. Es handelt sich bei diesen Bundesstatistiken um dezentrale Statistiken. Dies bedeutet, dass das Statistische Bundesamt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept entwickelt und Organisation sowie EDV-Technik vorbereitet. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen stellt das Statistische Bundesamt die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlicht diese. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität. Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 „Sozialleistungen“ (siehe hierzu „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels). Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Die **Versorgungsempfängerstatistik** liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar. Anspruch auf eine Leistung nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht haben Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, die wegen des Erreichens einer Altersgrenze, aus Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind (Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt).

Leistungsberechtigt sind des Weiteren Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten oder von verstorbenen Pensionärinnen und Pensionären (Empfängerinnen und Empfänger von Witwen- und Witwengeld, Waisengeld). Die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Beschäftigten des Deutschen Reiches regelt sich nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G131), soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht.

Der *öffentliche Dienst* wird in der Versorgungsempfängerstatistik in den vier Ebenen Bundesbereich, Landesbereich, kommunaler Bereich und Sozialversicherung (einschl. Bundesagentur für Arbeit) dargestellt.

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Versorgungsrechts. Sie bildet zusammen mit der Personalstandstatistik die Basis für Berechnungen über die Höhe der bestehenden Versorgungsanswartschaften und der zukünftigen Versorgungsausgaben. Sie wird für die Ermittlung der Zuweisungssätze zum Versorgungsfonds des Bundes verwendet und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Sozialleistungen

Sozialhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden in der amtlichen **Sozialhilfestatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Vollerhebungen liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken in der Regel rund zehn bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht. Das Berichtssystem der Sozialhilfestatistik hat sich mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend geändert. Es gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzetimempfängerinnen und Kurzzetimempfänger) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfefewährung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit; bis Ende 2004 wurden diese Leistungen als

Methodik

„Hilfen in besonderen Lebenslagen“ bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.

- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Asylbewerberleistungsstatistik

Um die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beurteilen sowie das Gesetz fortentwickeln zu können, werden auch in der amtlichen **Asylbewerberleistungsstatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Bei diesen Erhebungen handelt es sich um Vollerhebungen. Sie liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die Stellen, die für die Durchführung des AsylbLG zuständig sind.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken veröffentlicht das Statistische Bundesamt in der Regel rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfasst die amtliche Asylbewerberleistungsstatistik die folgenden Erhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberregelleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der **Kriegsopferfürsorgestatistik** ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Die Statistik der Kriegsopferfürsorge wird als zweijährliche Vollerhebung durchgeführt. Die Rechtsgrundlage bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten erheben die Statistischen Landesämter bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2010 lagen im Oktober 2011 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie über die finanziellen Aufwendungen, die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbunden sind.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht für die Träger der öffentlichen und der freien

Jugendhilfe gemäß § 102 SGB VIII eine Auskunftspflicht, die nach Erhebungen differenziert ist.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfassen die amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stich-tage unterscheiden:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle vier Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind, z. B. über die Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die sogenannte **Grundsicherung für Arbeitsuchende** ersetzt. Diese ist im SGB II geregelt.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzen sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Sozialgeld: ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Als erwerbsfähig gilt dabei, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende handelt es sich um eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die sich ausschließlich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger orientiert und nicht – wie die ehemalige Arbeitslosenhilfe – am letzten Nettolohn. Die Grundlage für die Berechnung der Leistungen nach dem SGB II ist, wie bei der Sozialhilfe, die sogenannte Bedarfsgemeinschaft.

Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger. Dabei wird – unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen – das vorhandene Einkommen und Vermögen der gesamten Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst die Regelleistung (Ernährung,

Methodik

Kleidung, Hausrat, Haushaltsenergie sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben), Leistungen für Unterkunft, Heizung und Sonderleistungen. Außerdem werden Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung abgeführt.

Für die Durchführung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik) ist nach § 53 SGB II die Bundesagentur für Arbeit (BA) zuständig. Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende einerseits eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Andererseits ergänzt sie die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen. Die SGB II-Statistik ist damit auch Grundlage für die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung der BA nach den §§ 280 und 283 SGB III.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter www.pub.arbeitsagentur.de

Das Projekt „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ zählt alle Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld zu den Bezieherinnen und Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen.

Glossar

Altersgrenze | Die *Regelaltersgrenze* ist der gesetzlich bestimmte Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Die *besondere Altersgrenze* ist eine vorgezogene Regelaltersgrenze. Sie gilt für Personen im Vollzugsdienst, bei der Feuerwehr und Berufssoldatinnen und -soldaten. Die allgemeine Antragsaltersgrenze liegt bei 63 Jahren. Im Falle einer Schwerbehinderung ist ab dem 60. bzw. 62. Lebensjahr ein Antrag auf den vorgezogenen Ruhestand möglich.

Alterssicherung der Landwirte (AdL, Sozialbudget) | Dieses berufsspezifisch ausgerichtete Sondersystem der Alterssicherung soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck gewährt die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Träger der AdL insbesondere Altersrenten, Renten wegen Erwerbsminderung und/oder Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten grundsätzlich die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden. Beitragspflichtig sind selbstständig tätige Land- und Forstwirinnen bzw. -wirte und ab 1995 deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt die Unternehmerin oder der Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Unternehmerbeitrags. Befreiung ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere Landwirtinnen und Landwirte erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Arbeitslosengeld | Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosengeld als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

Arbeitslosenversicherung (Sozialbudget) | Die Leistungen daraus können je nach Art der Leistung unterschiedliche Personengruppen in Anspruch nehmen. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung sind für alle Personengruppen zugänglich. Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) sind an besondere Voraussetzungen geknüpft, insbesondere die Zugehörigkeit zur Versicherungsgemeinschaft (in den letzten zwei Jahren mindestens zwölf Monate).

Asylbewerberleistungen | Diese Leistungen werden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gewährt, das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Die Leistungsberechtigten erhalten Regelleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts). Diese werden entweder in Form von Grundleistungen gewährt (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Daneben erhalten die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur

Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution „Sozialhilfe“ ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Ausbildungs- und Aufstiegsförderung (Sozialbudget) | Das *Bundesausbildungsförderungsgesetz* (BAföG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze erfolgte durch das 23. BAföG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2010/11 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstfördersatz für Studierende beträgt 670 Euro monatlich. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn der auszubildenden Person bzw. ihren unterhaltsverpflichteten Eltern oder ihrer Ehegattin bzw. Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen. Einkommen und Vermögen der auszubildenden Person sowie das Einkommen der Eltern und der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Lebenspartners sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im *Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz* (AFBG) geregelt. Mit dem AFBG werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen finanziell unterstützt, z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Mit dem zum 1.7.2009 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurden die Förderkonditionen des AFBG verbessert und der Förderbereich ausgeweitet. Des Weiteren wurden im Zuge des 23. BAföG-ÄndG auch im AFBG die Bedarfssätze und Freibeträge erhöht. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

Beihilfen (Sozialbudget) | Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstunfällen.

Betriebliche Altersvorsorge (Sozialbudget) | Hierbei handelt es sich klassischerweise um eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber direkt erfolgen – über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse – oder über externe Versorgungsträger erbracht werden (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Bundesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen des Bundes, Deutsche Bundesbank, Bundeseisenbahnvermögen und Versorgungsempfänger/-innen des Bundespensionservice für Post und Telekommunikation, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht des Bundes, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Dienstunfähigkeit | Sie liegt vor, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, eine Richterin oder ein Richter sowie eine Berufssoldatin oder ein Berufssoldat aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen.

Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform | Rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter der Aufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen

einschließlich Zweckverbände aber ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Elterngeld (Sozialbudget) | Es dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig 67 % des maßgeblichen Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro je Lebensmonat. Für Eltern mit einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von mehr als 1 200 Euro vor der Geburt sinkt die Ersatzrate bis auf 65 %. Für Eltern mit einem durchschnittlichen Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro je Lebensmonat. Bei Mehrlingsgeburten und für Familien mit mehreren kleinen Kindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam grundsätzlich zwölf Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für die Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens 2 Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf 2 weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen beim Arbeitslosengeld II, bei der Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag berücksichtigt. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro beträgt die Ersatzrate seit diesem Zeitpunkt 65 % statt bisher 67 %.

Entgeltfortzahlung (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge (Sozialbudget) | Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengeetzen gezahlt werden.

Gesetzliche Krankenversicherung (Sozialbudget) | *Pflichtmitglieder* der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze liegt. Des Weiteren zählen dazu Auszubildende, Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieherinnen und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirtinnen und Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteilerinnen und Altenteiler sowie Künstlerinnen und Künstler und Publizistinnen und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Darüber hinaus besteht unter

bestimmten Voraussetzungen eine nachrangige Versicherungspflicht für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben.

Beiträge aus Arbeitsentgelt bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden – mit Ausnahme des mitgliederbezogenen Beitragssatzanteils in Höhe von 0,9 % – je zur Hälfte von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bzw. von den pflichtversicherten Rentnerinnen und Rentnern und den zuständigen Rentenversicherungsträgern getragen.

Die *freiwillige Mitgliedschaft* in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Beitragsfrei familienversichert sind die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 365 Euro monatlich nicht übersteigt, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 400 Euro monatlich. Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt. In Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld gezahlt – als Ersatz für Verdienstausfall für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung (Sozialbudget) | Pflichtversichert sind alle Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung einer Beschäftigung nachgehen. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Selbstständige (z. B. Handwerkerinnen und Handwerker, Hebammen und Entbindungspfleger). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern. Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte von der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer und der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschafflichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod der bzw. des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod der oder des Versicherten sind den Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe. Das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung (Sozialbudget) | Versichert sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Auszubildende. Eine Ausnahme bilden Beamtinnen und Beamte. Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirtinnen und Landwirte), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung, z. B. für Unternehmerinnen und Unternehmer, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletzengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen)

sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten). Die Beiträge für die Versicherten trägt allein die Unternehmerin bzw. der Unternehmer.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialbudget) | Seit dem 1.1.2005 werden nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) Leistungen daraus an erwerbsfähige Leistungsberechtigte erbracht. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Leistungsberechtigte vorrangig Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt. Daneben haben erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die trotz intensiver Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden können oder mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen, Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Arbeitslosengeld II. Dieses ist auch als ergänzende (aufstockende) Leistung zum Einkommen zu gewähren.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende verfolgt einen haushaltsbezogenen Ansatz. Das bedeutet, dass neben der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person auch diejenigen Personen bei Hilfebedürftigkeit Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten, die mit ihr in einer Bedarfsgemeinschaft leben – entweder als Arbeitslosengeld II oder als Sozialgeld. Allerdings heißt das auch, dass wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen ist.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | Die Leistung wurde durch das Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt, das zum 1.1.2003 in Kraft getreten ist. Mit der Reform der Sozialhilfe, die zum 1.1.2005 in Kraft getreten ist, wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort „Sozialhilfe“ im „Glossar“ sowie zur „Sozialhilfestatistik“ in der „Methodik“). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wird – wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt – angerechnet, z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie Partnerinnen und Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Der Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte „verschämte Armut“ verhindern. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Kinder- und Jugendhilfe (Sozialbudget) | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um die Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII beurteilen zu können, werden gemäß §§ 98ff. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der genehmigten Plätze in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII). Sie reichen

von Erziehungsberatung, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelferinnen und Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik am umfangreichsten. Hierzu werden die Erhebungsmerkmale jährlich erhoben, die seit 2007 für alle Hilfearten gleich sind. Auch die Erhebungen zu *Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen* sowie *Sorgerechtsentziehungen* werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst. Ab dem 1.1.2012 findet ergänzend die Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII statt. Ausgewählte, mit öffentlichen Mitteln geförderte *Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit* (§ 11 SGB VIII) werden alle vier Jahre statistisch erfasst. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15.3.2006 Daten zu den neuen Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und ab 2009 „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“ erhoben. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken finden seitdem jährlich statt. Weiterhin vierjährlich erfasst – zuletzt am 31.12.2010 – werden die *übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe*, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter. Die Erhebungen hierzu liefern Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen.

Die *Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe* werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst. Sie geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch „Methodik“).

Kindergeld und Familienleistungsausgleich (Sozialbudget) | Sie zeigen die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Auf diese Weise ist die gebotene Steuerfreistellung in jedem Fall gewährleistet. Soweit das Kindergeld dazu nicht erforderlich ist, dient es der Förderung der Familien, und zwar vornehmlich der Familien mit geringem Einkommen. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kommunaler Bereich | Behörden, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Gemeinden, Gemeindeverbände, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Gemeinden einschl. Zweckverbände.

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter | Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben (§§ 169 ff. SGB III).

Landesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Länder, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Länder, ohne Sozialversicherungsträger.

Lastenausgleich (Sozialbudget) | Er umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit ergeben haben: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparerschäden und Schäden in der ehemaligen DDR. Sie wurden gewährt als Leistungen mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistungen ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen). Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet. Infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – Lastenausgleich von den Lastenausgleichsempfängerinnen und -empfängern oder ihren Erben zurück.

Mindestsicherungsquote | Sie stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausbezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann. Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII,
- Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- Leistungen der Kriegsoffiziersfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Pensionen (Sozialbudget) | Das sind Ruhegehälter sowie Witwen-, Witwer- und Waisengelder, die Gebietskörperschaften, ihre Wirtschaftsunternehmen und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften zahlen. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfängerinnen und Empfänger einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Pflegeversicherung (Sozialbudget) | Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die Pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflegestufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat die bzw. der Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996. Sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen

bzw. Arbeitgeber je zur Hälfte finanziert (außer Sachsen). Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages kompensiert (außer Sachsen).

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten angestoßen – insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen.

Seit dem 1.7.2008 beträgt der Beitragssatz 1,95 % (für Kinderlose 2,2 %). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt sowie die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige.

Private Altersvorsorge (Sozialbudget) | Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte sowie Beamtinnen und Beamte und Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen. In den begünstigten Personenkreis aufgenommen wurden 2008 auch Bezieherinnen und Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtsparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist gestiegen von 1 % in 2002/03 (über 2 % in 2004/05 und 3 % in 2006/07) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Private Krankenversicherung (Sozialbudget) | Ab dem Jahr 2009 ist die Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung im Sozialbudget erforderlich. Dies ist eine Folge der im Rahmen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2007 ab dem 1.1.2009 für den Bereich der privaten Krankenversicherung eingeführten Krankenversicherungspflicht und – im Zusammenhang damit – der Einführung eines Basisstarfs mit Kontrahierungszwang und Beitragsbegrenzung. Die Änderung erfolgt gemäß den europäischen Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)). Sie entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Mit dem Sozialbudget 2010 wurde daher die private Krankenversicherung als neue Institution aufgenommen.

Ruhegehalt | Bezüge pensionierter Beamtinnen und Beamter, Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten.

Sonstige Arbeitgeberleistungen (Sozialbudget) | Beihilfen im Krankheitsfall, freiwillige Familienzulagen und Wohnungsbeihilfen der privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Sonstige Entschädigungen (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedlerinnen und Aussiedler) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Soziales Entschädigungsrecht (Sozialbudget) | Es umfasst Leistungen für Kriegsoffer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der

DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzeileistungen zusammen (Geld- und Sachleistungen). Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufsschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinischen Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt vom Einkommen der Berechtigten ab – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die Kriegsopferfürsorge mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig.

Sozialhilfe (Sozialbudget) | Sie schützt als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Das SGB XII „Sozialhilfe“ unterscheidet im Einzelnen folgende Leistungen:

- 3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
- 4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46b),
- 5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
- 6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
- 7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
- 8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
- 9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Zu weitreichenden Änderungen für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten seit 2005 bisherige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne) – sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind – sowie deren Familienangehörige. Deshalb wurden erwerbsfähige hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (insbesondere Einkommen und Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerberinnen und Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Sozialversicherung | Umfasst die Bundesagentur für Arbeit, die gesetzliche Krankenversicherung, Unfallversicherung, die Rentenversicherung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform nach SGB unter Aufsicht des Bundes und der Länder und die Knappschaftsversicherung.

Steuerliche Leistungen (Sozialbudget) | Darunter werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst: sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen. Entsprechend europäischer Konvention und Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)) fließen die steuerlichen Leistungen nicht mehr in die Berechnung der Sozialleistungsquote mit ein und werden nur noch nachrichtlich ausgewiesen.

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen | Dies betrifft Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt (Bundespräsident, Bundeskanzlerin bzw. Bundeskanzler, Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) sowie Angestellte bzw. Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund einer Dienststörung beschäftigt waren, und ihre Hinterbliebenen.

Versorgungsbezüge | Es wird der Bruttobetrag der laufenden Versorgungsbezüge für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen. Enthalten sind das Ruhegehalt der ehemaligen Bediensteten, das Witwen- und Witwergeld und das Waisengeld. Einmalige Zahlungen und Übergangsgelder sind nicht enthalten.

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger | *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht* sind pensionierte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten und Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern. *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes* sind nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene ehemalige Bedienstete sowie ihre Hinterbliebenen.

Versorgungswerke (Sozialbudget) | Sie basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerversaffung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Architektinnen und Architekten. Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Vorruhestand | Ausscheiden aus dem Dienst vor einer gesetzlichen Altersgrenze aufgrund einer speziellen gesetzlichen Regelung.

Waisengeld | Bezüge hinterbliebener Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhegehalt hatten.

Wiedergutmachung (Sozialbudget) | Sie enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Witwen- und Witwergeld | Bezüge hinterbliebener Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltempfängerinnen und Ruhegehaltempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wohngeld (Sozialbudget) | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Der größere Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 1.1.2009 Personen auch für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Zusatzversorgung (Sozialbudget) | Dies ist die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte öffentlicher Arbeitgeber. Die Personen sind z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Soziales* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 22, bzw. zur Kinder- und Jugendhilfe unter Code 225, Daten zum *Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes* unter Code 742

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Sozialbudget nach Institutionen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Statistik (www.bmas.de)

■ Sozialversicherungen

Fachberichte

Staatliche Förderung der Riesterrente 2008

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6.1 Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 Entwicklung im Bereich der Beamtenversorgung

■ Sozialleistungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 1 Angaben zur Krankenversicherung (Ergebnisse des Mikrozensus)

Reihe 2 Sozialhilfe

Reihe 6 Jugendhilfe

Reihe 7 Leistungen an Asylbewerber

Fachberichte

Elterngeld regional: Geburten 2011

Einnahmen und Ausgaben der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft 2010

Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2012

Kriegsopferfürsorge 2010

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/10 Erzieherische Hilfe im Jahr 2008

Heft 9/10 Erzieherische Hilfe, Migrationshintergrund und Transferleistungsbezug im Jahr 2008

Heft 11/10 Ausgaben der öffentlichen Hand für Kindertagesbetreuung

Heft 3/12 Das neue Bundeskinderschutzesetz und dessen Umsetzung in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

Heft 3/13 Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2011

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Soziale Mindestsicherung 2010

Kindertagesbetreuung regional 2012

Im Internetauftritt des Bund-Länder-Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie stehen unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download zur Verfügung. Dort ist auch der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland“ erhältlich, der eine Gesamtschau über die Transferleistungen der staatlichen Mindestsicherungssysteme bietet.

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 89 56 (Sozialbudget, Sozialversicherungen, Kriegsopferfürsorge),

+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Sozialberichterstattung),

+49 (0)6 11 / 75 81 67 (Kinder- und Jugendhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss),

+49 (0)6 11 / 75 43 16 (Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





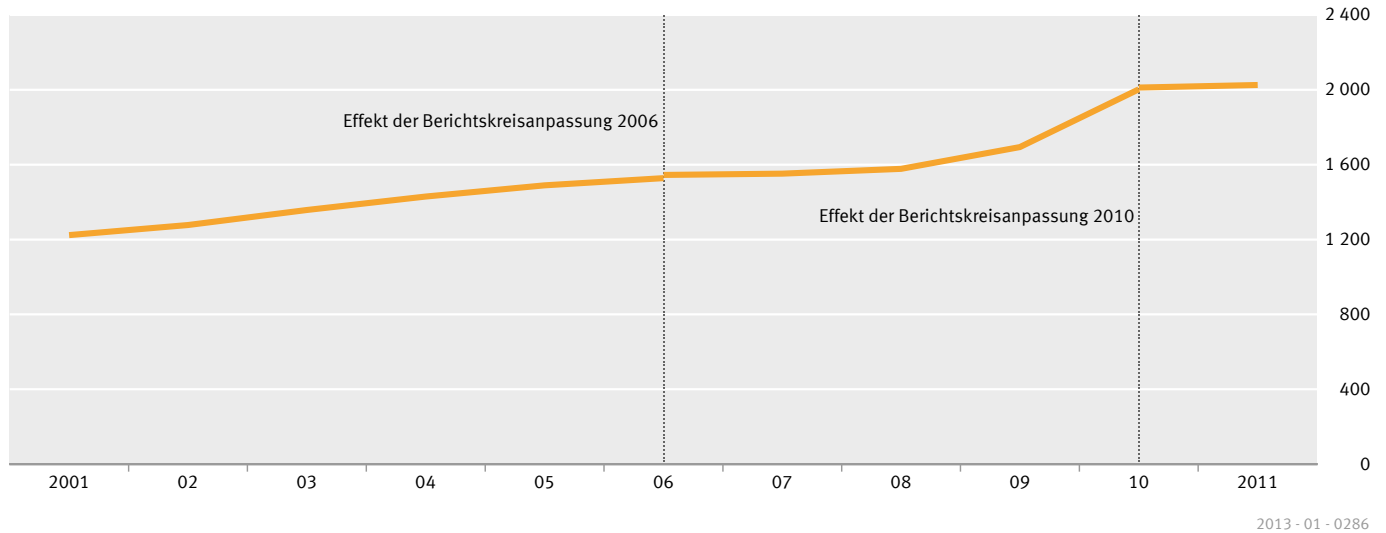
9 Finanzen und Steuern

Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts 2012 auf **10,5 Milliarden Euro** verringert | **Verschuldung** Deutschlands 2011 auf **2 025 Milliarden Euro** angestiegen | **19 000** Einkommensteuerpflichtige hatten 2008 Einkünfte von **1 Million Euro und mehr** | Rund **2 300 Unternehmen** erzielten 2011 Umsätze von **250 Millionen Euro und mehr** | 2012 pro Kopf rund **100 Liter Bier** und **1 008 Zigaretten** abgesetzt

<i>Seite</i>	
249	Auf einen Blick
	Tabellen
250	Öffentliche Finanzen Entwicklung der öffentlichen Finanzen Länderfinanzausgleich Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen Nettoausgaben Personalausgaben Investitionsausgaben Schulden und Finanzvermögen Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
264	Steuern Steueraufkommen nach Steuerarten Lohn- und Einkommensteuer Körperschaftsteuer Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb Gewerbesteuer Erbschaft- und Schenkungsteuer Umsatz- steuer Verbrauchsteuern
274	Methodik
276	Glossar
279	Mehr zum Thema

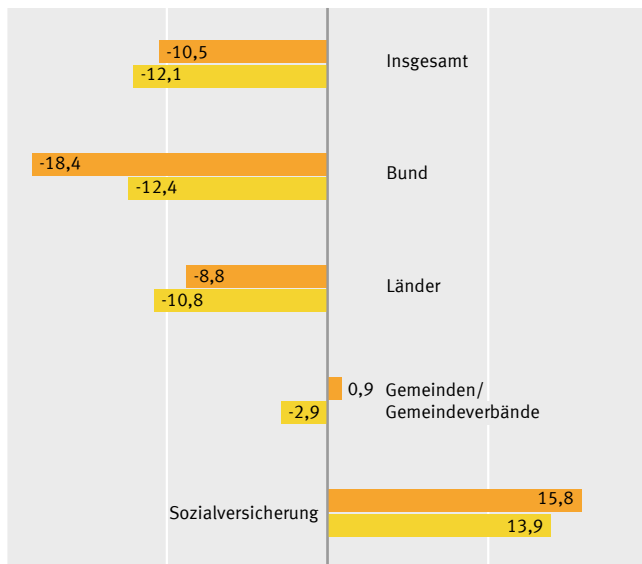
9.0 Auf einen Blick

Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts in Mrd. EUR



Finanzierungssalden der Körperschaften des öffentlichen Gesamthaushalts in Mrd. EUR

1. bis 4. Vierteljahr 2012 1. bis 4. Vierteljahr 2011¹

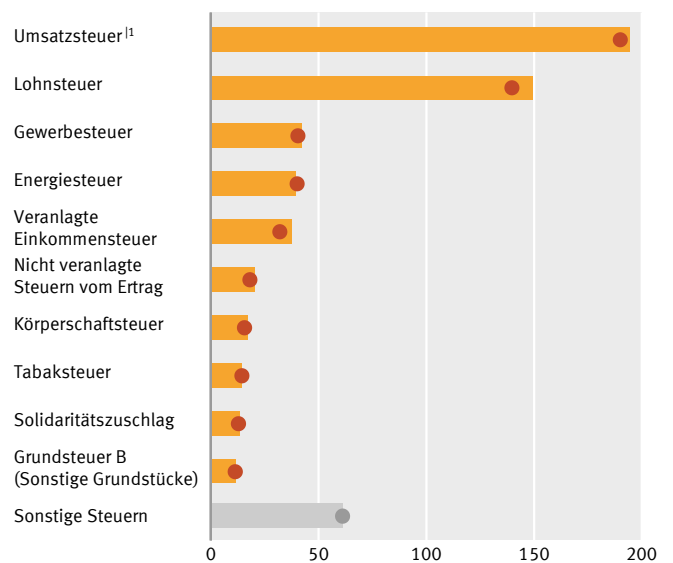


1 Revidiertes Ergebnis.

2013 - 01 - 0287

Steueraufkommen nach ausgewählten Steuerarten in Mrd. EUR

2012 2011



Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im Jahr 2011 und 2012 nach Steuerarten vor der Verteilung.

1 Einschl. Einfuhrumsatzsteuer.

2013 - 01 - 0288

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.1 Ausgaben, Einnahmen, Finanzierungssaldo und Schulden

	2000	2005	2009	2010 ¹⁾	2011	2012
	Mill. EUR					
Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts¹²⁾	960 788	1 022 244	1 113 124	1 105 876	1 166 634	1 192 226
darunter:						
Bund	265 508	281 483	317 076	333 062	363 516	356 353
Länder	250 791	259 968	287 074	287 269	319 364	325 437
Gemeinden/Gemeindeverbände	146 074	153 183	178 276	182 267	194 534	196 864
Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts¹²⁾	979 322	946 460	1 011 429	1 030 908	1 154 596	1 171 701
darunter:						
Bund	292 433	250 043	282 559	288 698	351 084	337 915
Länder	240 376	237 235	260 134	266 782	308 545	316 559
Gemeinden/Gemeindeverbände	148 009	150 945	170 803	175 392	191 565	197 770
Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts¹³⁾	467 413	452 380	524 079	530 673	573 372	600 214
darunter:						
Bund	198 790	190 176	227 996	225 811	247 984	256 303
Länder	189 493	180 457	207 119	210 052	224 291	236 344
Gemeinden/Gemeindeverbände	57 297	60 036	68 463	70 442	76 633	81 251
Finanzierungssaldo	18 552	- 55 787	- 101 714	- 74 989	- 12 123	- 10 500
darunter:						
Bund	26 943	- 31 402	- 34 467	- 44 323	- 12 391	- 18 394
Länder	- 10 375	- 22 728	- 27 028	- 20 560	- 10 762	- 8 848
Gemeinden/Gemeindeverbände	1 934	- 2 237	- 7 473	- 6 875	- 2 878	906
Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁴⁾	1 210 918	1 489 853	1 694 368	2 011 677	2 025 438	...
darunter:						
Bund	774 834	903 282	1 053 814	1 287 460	1 279 583	...
Länder	338 073	471 339	526 745	600 110	615 399	...
Gemeinden/Gemeindeverbände	98 011	115 232	113 810	123 569	129 633	...
Sozialversicherung	.	.	.	539	823	...

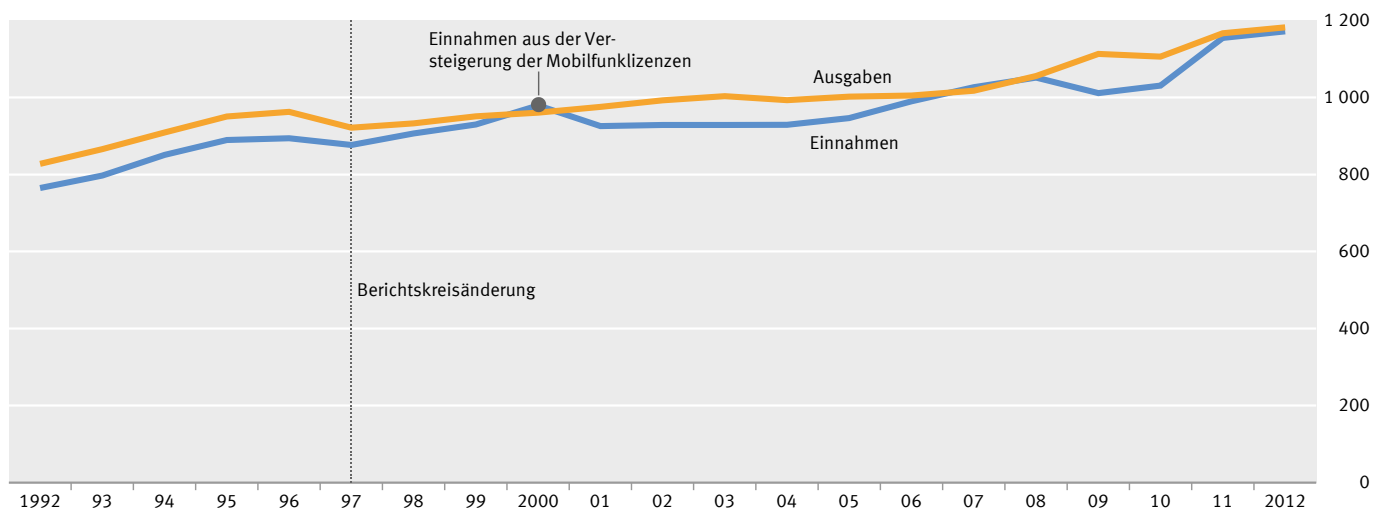
1 Für die Schuldenstatistik ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.

2 2000 bis 2010 Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik, ab 2011 vierteljährliche Kassenergebnisse mit erweitertem Berichtskreis. Um Zahlungen zwischen den Einheiten bereinigt. 2000 einschl. einmaliger Versteigerungserlöse des Bundes aus den Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen, nach der Steuerverteilung. – Ab 1994 Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder beim Bund abgesetzt und bei den Ländern entsprechend zugesetzt.

4 Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Mrd. EUR



Ab 2011 vierteljährliche Kassenergebnisse.

2013 - 01 - 0289

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.2 Länderfinanzausgleich

	2000	2005	2010	2011 ¹	2012 ¹
	Mill. EUR				
Baden-Württemberg	- 1 957	- 2 235	- 1 709	- 1 779	- 2 694
Bayern	- 1 884	- 2 234	- 3 511	- 3 663	- 3 904
Berlin	+ 2 812	+ 2 456	+ 2 900	+ 3 043	+ 3 323
Brandenburg	+ 644	+ 588	+ 401	+ 440	+ 542
Bremen	+ 442	+ 366	+ 445	+ 516	+ 517
Hamburg	- 556	- 383	- 66	- 62	+ 21
Hessen	- 2 734	- 1 606	- 1 752	- 1 804	- 1 327
Mecklenburg-Vorpommern	+ 500	+ 434	+ 399	+ 429	+ 452
Niedersachsen	+ 568	+ 363	+ 259	+ 204	+ 173
Nordrhein-Westfalen	- 1 141	- 490	+ 354	+ 224	+ 402
Rheinland-Pfalz	+ 392	+ 294	+ 267	+ 234	+ 224
Saarland	+ 167	+ 113	+ 89	+ 120	+ 92
Sachsen	+ 1 182	+ 1 020	+ 854	+ 918	+ 963
Sachsen-Anhalt	+ 711	+ 587	+ 497	+ 540	+ 547
Schleswig-Holstein	+ 185	+ 146	+ 101	+ 115	+ 129
Thüringen	+ 670	+ 581	+ 472	+ 527	+ 541

Ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+).

1 Vorläufiges Ergebnis.

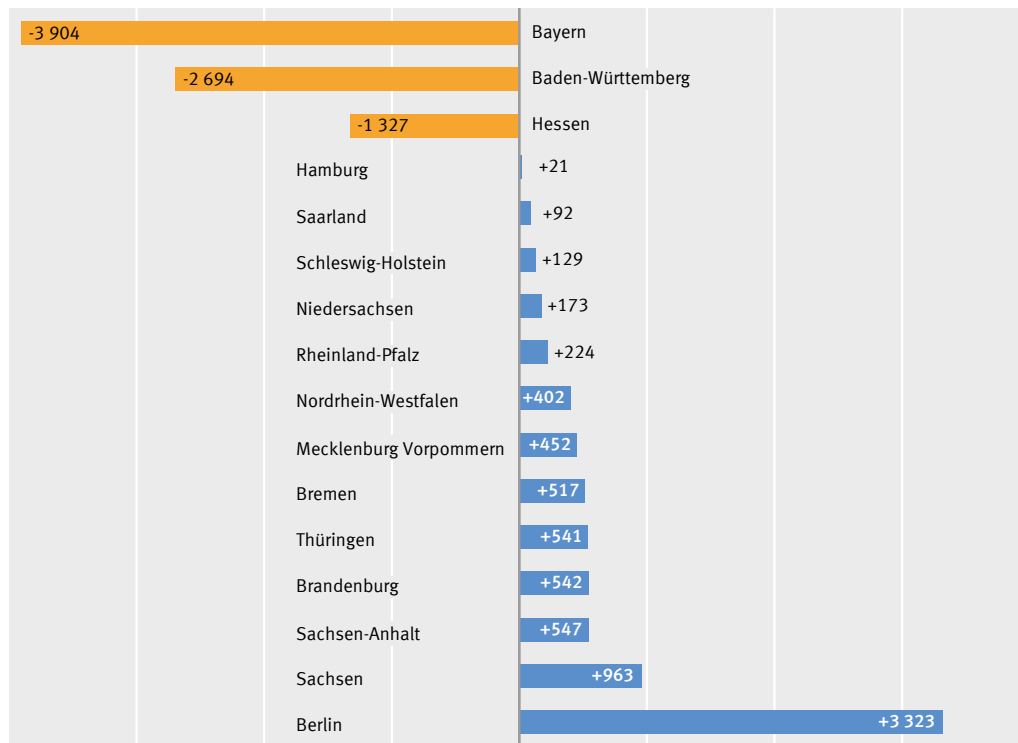
Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Damit die Länder die ihnen durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen können, müssen sie frei und unabhängig über ausreichende Finanzmittel verfügen. Der **Länderfinanzausgleich**, als eine von vier Stufen des grundgesetzlich geregelten bundesstaatlichen Finanzausgleichs, dient der Verringerung der Finanzkraftunterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern mit dem Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Länderfinanzausgleich 2012

in Mill. EUR

■ Ausgleichspflichtig (-); Geberländer ■ ausgleichsberechtigt (+); Nehmerländer



Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2013 - 01 - 0290

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Die **kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen** basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnisse). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die EU-Anteile.

9.2.1 Kassenergebnisse nach Körperschaftsgruppen

	Insgesamt		Veränderung 2012 gegen- über Vorjahr	Davon				
	2011	2012		Bund	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR				
Ausgaben								
Personalausgaben	229 054	235 949	3,0	42 725	–	122 454	52 695	18 075
Laufender Sachaufwand	301 050	310 094	3,0	27 641	–	39 914	45 133	197 406
Zinsausgaben	78 167	69 709	– 10,8	42 566	–	22 544	4 426	174
an öffentlichen Bereich	576	655	13,7	24	–	459	172	–
an andere Bereiche	77 591	69 054	– 11,0	42 542	–	22 086	4 253	174
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	961 328	986 805	2,7	221 976	25 251	128 163	107 803	503 612
an öffentlichen Bereich	499 621	514 462	3,0	169 730	–	93 127	47 793	203 813
an andere Bereiche	461 707	472 343	2,3	52 246	25 251	35 037	60 010	299 799
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	496 677	512 406	3,2	16 469	–	28 997	39 672	199 993
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 072 921	1 090 152	1,6	318 439	25 251	284 078	170 385	519 274
Baumaßnahmen	33 365	30 113	– 9,7	6 539	–	7 181	16 252	142
Erwerb von Sachvermögen	10 815	13 393	23,8	1 686	–	6 151	4 740	816
Vermögensübertragungen	51 648	41 042	– 20,5	16 582	–	21 690	2 624	147
an öffentlichen Bereich	28 572	19 889	– 30,4	6 123	–	12 741	1 021	4
an andere Bereiche	23 077	21 154	– 8,3	10 458	–	8 950	1 603	143
Darlehen	13 085	10 810	– 17,4	3 080	–	6 319	1 408	3
an öffentlichen Bereich	1 863	1 360	– 27,0	331	–	916	114	–
an andere Bereiche	11 223	9 450	– 15,8	2 750	–	5 403	1 294	3
Erwerb von Beteiligungen	11 973	15 947	33,2	10 615	–	3 266	1 787	278
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 432	1 619	13,1	42	–	1 271	306	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	28 606	20 851	– 27,1	629	–	4 521	639	4
Ausgaben der Kapitalrechnung	93 713	92 074	– 1,7	37 914	–	41 359	26 479	1 381
Bereinigte Ausgaben	1 166 634	1 182 226	1,3	356 353	25 251	325 437	196 864	520 655
Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Abgaben	982 370	1 022 016	4,0	285 626	26 383	215 692	74 361	419 954
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	24 729	22 416	– 9,4	5 028	–	6 695	10 459	233
Zinseinnahmen	26 899	21 586	– 19,8	13 492	–	5 796	1 046	1 252
vom öffentlichen Bereich	673	745	10,7	102	–	550	91	2
von anderen Bereichen	26 226	20 841	– 20,5	13 390	–	5 246	955	1 250
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	522 489	537 928	3,0	29 680	– 1 132	84 104	112 234	313 044
vom öffentlichen Bereich	496 485	512 090	3,1	22 996	–	75 268	103 534	310 292
von anderen Bereichen	26 004	25 839	– 0,6	6 684	– 1 132	8 836	8 700	2 751
Sonstige laufende Einnahmen	53 080	55 029	3,7	12 029	–	16 689	24 429	1 882
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	496 677	512 406	3,2	16 469	–	28 997	39 672	199 993
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 112 889	1 146 569	3,0	329 386	25 251	299 979	182 857	536 372
Veräußerung von Vermögen	25 682	12 714	– 50,5	6 057	–	1 988	4 560	109
Vermögensübertragungen	30 480	22 779	– 25,3	1 023	–	12 327	9 424	5
vom öffentlichen Bereich	25 201	17 799	– 29,4	588	–	9 609	7 598	5
von anderen Bereichen	5 279	4 980	– 5,7	435	–	2 719	1 826	–
Darlehensrückflüsse	12 083	9 493	– 21,4	2 079	–	6 089	1 266	59
vom öffentlichen Bereich	1 402	2 127	51,7	709	–	1 312	106	–
von anderen Bereichen	10 681	7 367	– 31,0	1 370	–	4 777	1 161	59
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	2 068	997	– 51,8	–	–	696	301	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	28 606	20 851	– 27,1	629	–	4 521	639	4
Einnahmen der Kapitalrechnung	41 708	25 132	– 39,7	8 529	–	16 580	14 913	169
Bereinigte Einnahmen	1 154 596	1 171 701	1,5	337 915	25 251	316 559	197 770	536 541
Finanzierungssaldo	– 12 123	– 10 500	X	– 18 394	0	– 8 848	906	15 836

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.2 Kassenergebnisse nach Ländern 2012

	Insgesamt	Länder	Gemeinden/ Gemeindeverbände
	Mill. EUR		
Bereinigte Ausgaben			
Deutschland ¹	450 043	325 437	196 864
Baden-Württemberg	56 492	41 664	28 311
Bayern	65 867	44 232	31 043
Berlin	24 093	24 093	–
Brandenburg	13 843	10 825	6 444
Bremen	5 181	5 181	–
Hamburg	13 687	13 687	–
Hessen	38 037	23 709	18 841
Mecklenburg-Vorpommern	9 417	7 361	4 093
Niedersachsen	38 985	27 843	18 160
Nordrhein-Westfalen	103 901	68 055	51 126
Rheinland-Pfalz	20 977	15 519	9 374
Saarland	5 651	4 147	2 165
Sachsen	21 157	15 701	9 879
Sachsen-Anhalt	12 807	10 062	5 550
Schleswig-Holstein	14 143	9 772	6 967
Thüringen	11 297	9 041	4 884
Bereinigte Einnahmen			
Deutschland ¹	442 071	316 559	197 770
Baden-Württemberg	58 087	41 143	30 427
Bayern	68 556	45 786	32 177
Berlin	24 120	24 120	–
Brandenburg	13 968	10 915	6 479
Bremen	4 605	4 605	–
Hamburg	12 650	12 650	–
Hessen	34 421	22 011	16 924
Mecklenburg-Vorpommern	9 302	7 580	3 758
Niedersachsen	38 836	27 015	18 839
Nordrhein-Westfalen	99 843	64 160	50 963
Rheinland-Pfalz	19 731	14 605	9 043
Saarland	4 613	3 395	1 879
Sachsen	22 807	17 391	9 838
Sachsen-Anhalt	12 993	10 080	5 717
Schleswig-Holstein	13 836	9 665	6 768
Thüringen	11 619	9 328	4 920
Finanzierungssaldo			
Deutschland ¹	– 7 942	– 8 848	906
Baden-Württemberg	1 600	– 517	2 117
Bayern	2 685	1 550	1 134
Berlin	28	28	–
Brandenburg	125	90	35
Bremen	– 581	– 581	–
Hamburg	– 1 023	– 1 023	–
Hessen	– 3 617	– 1 699	– 1 918
Mecklenburg-Vorpommern	– 115	219	– 334
Niedersachsen	– 149	– 828	679
Nordrhein-Westfalen	– 4 057	– 3 894	– 163
Rheinland-Pfalz	– 1 245	– 913	– 331
Saarland	– 1 038	– 752	– 286
Sachsen	1 652	1 692	– 41
Sachsen-Anhalt	186	19	167
Schleswig-Holstein	– 307	– 108	– 199
Thüringen	338	302	36

1 Einschl. gemeinsamer Extrahaushalte.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Die rechnungsmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den abgeschlossenen Jahresrechnungen des öffentlichen Gesamthaushalts.

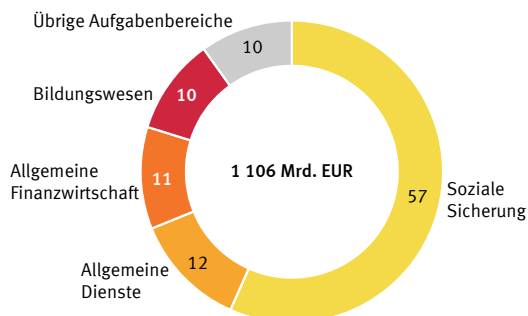
9.3.1 Ausgaben und Einnahmen nach Körperschaftsgruppen und Arten

	Insgesamt			Davon					
	2009	2010	Veränderung 2010 gegen- über Vorjahr	Bund	Sonder- vermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände einschl. Zweck- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Ausgaben									
Personalausgaben	203 463	207 860	2,2	28 196	13 588	–	102 960	45 953	17 164
Laufender Sachaufwand	269 262	276 003	2,5	21 408	395	–	25 731	40 724	187 745
Zinsausgaben	63 759	58 073	– 8,9	32 617	1 037	–	19 807	4 422	188
an öffentlichen Bereich	245	233	– 4,9	–	15	–	98	119	–
an andere Bereiche	63 514	57 840	– 8,9	32 617	1 023	–	19 709	4 303	188
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	747 897	779 168	4,2	224 492	1 536	23 049	110 257	103 180	316 654
an öffentlichen Bereich	270 027	289 846	7,3	165 038	82	–	65 484	44 038	15 204
an andere Bereiche	477 870	489 322	2,4	59 454	1 454	23 049	44 773	59 141	301 450
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	274 610	294 370	7,2	–	–	–	7 401	38 484	9 948
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 009 769	1 026 733	1,7	306 713	16 556	23 049	251 354	155 795	511 803
Baumaßnahmen	29 694	31 506	6,1	6 241	548	–	5 433	19 147	136
Erwerb von Sachvermögen	9 565	8 768	– 8,3	1 285	205	–	2 136	4 710	431
Vermögensübertragungen	47 684	50 209	5,3	15 350	5 905	–	25 395	3 391	170
an öffentlichen Bereich	20 341	24 731	21,6	5 209	4 661	–	13 872	988	–
an andere Bereiche	27 344	25 478	– 6,8	10 141	1 243	–	11 522	2 402	170
Darlehen	5 293	5 191	– 1,9	2 663	31	–	1 766	732	0
an öffentlichen Bereich	81	116	43,2	1	–	–	71	44	–
an andere Bereiche	5 212	5 075	– 2,6	2 662	31	–	1 694	687	0
Erwerb von Beteiligungen	29 642	6 444	– 78,3	810	3 578	–	299	1 663	95
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	795	1 276	60,5	–	–	–	941	335	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	19 319	24 251	25,5	–	–	–	55	802	–
Ausgaben der Kapitalrechnung	103 355	79 143	– 23,4	26 349	10 266	–	35 915	29 175	832
Bereinigte Ausgaben	1 113 124	1 105 876	– 0,7	333 062	26 822	23 049	287 269	184 970	512 635
Einnahmen									
Steuern und steuerähnliche Abgaben	911 075	926 096	1,6	254 938	426	24 069	189 185	63 869	393 609
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	21 728	18 687	– 14,0	5 006	83	–	4 201	9 354	43
Zinseinnahmen	5 572	4 175	– 25,1	385	997	–	834	1 035	925
vom öffentlichen Bereich	115	177	53,9	77	–	–	66	34	–
von anderen Bereichen	5 458	3 998	– 26,7	308	997	–	768	1 001	925
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	296 623	318 007	7,2	10 343	17 346	– 1 020	56 107	104 439	130 792
vom öffentlichen Bereich	274 496	294 193	7,2	7 862	12 954	–	49 940	95 386	128 051
von anderen Bereichen	22 127	23 814	7,6	2 481	4 391	– 1 020	6 167	9 053	2 742
Sonstige laufende Einnahmen	34 422	36 404	5,8	8 065	1 113	–	7 206	19 499	521
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	274 610	294 370	7,2	–	–	–	7 401	38 484	9 948
Einnahmen der laufenden Rechnung	994 810	1 008 999	1,4	278 736	19 966	23 049	250 131	159 713	515 942
Veräußerung von Vermögen	7 684	13 219	72,0	7 584	30	–	619	4 649	337
Vermögensübertragungen	22 971	26 361	14,8	260	17	–	13 252	12 831	–
vom öffentlichen Bereich	18 271	22 163	21,3	–	17	–	11 162	10 983	–
von anderen Bereichen	4 700	4 198	– 10,7	260	–	–	2 090	1 848	–
Darlehensrückflüsse	4 782	5 127	7,2	2 117	35	–	1 875	1 039	60
vom öffentlichen Bereich	547	635	16,1	427	–	–	154	53	–
von anderen Bereichen	4 235	4 492	6,1	1 690	35	–	1 720	985	60
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	500	1 454	190,8	–	–	–	961	493	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	19 319	24 251	25,5	–	–	–	55	802	–
Einnahmen der Kapitalrechnung	16 619	21 909	31,8	9 962	83	–	16 652	18 210	398
Bereinigte Einnahmen	1 011 429	1 030 908	1,9	288 698	20 048	23 049	266 782	177 923	516 339
Finanzierungssaldo	– 101 714	– 74 989	X	– 44 323	– 6 774	–	– 20 560	– 7 047	3 714
Besondere Finanzierungsvorgänge									
darunter:									
Schuldentilgung am Kreditmarkt	352 289	352 003	– 0,1	240 013	21 265	–	80 257	10 467	–
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	442 028	415 957	– 5,9	284 024	20 008	–	100 878	11 047	–

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.2 Nettoaussgaben nach Körperschaftsgruppen und Aufgabenbereichen

	Insgesamt			Davon					
	2009	2010	Veränderung 2010 gegenüber Vorjahr	Bund	Sondervermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. Zweckverbände	Sozialversicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Politische Führung und zentrale Verwaltung	33 238	34 283	3,1	4 529	479	–	9 426	19 848	–
Auswärtige Angelegenheiten	22 098	26 240	18,7	8 690	20	17 498	33	–	–
Verteidigung	26 965	27 346	1,4	27 074	273	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	24 730	25 287	2,3	3 223	46	–	14 390	7 629	–
dar. Polizei/Bundespolizei	15 776	16 117	2,2	2 952	36	–	13 080	49	–
Rechtsschutz	11 682	11 842	1,4	373	7	–	11 462	–	–
Finanzverwaltung	10 543	10 223	–3,0	2 803	3	–	5 932	1 485	–
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	56 758	60 195	6,1	3	1 662	–	46 548	11 982	–
Hochschulen	22 929	24 078	5,0	2 689	537	–	20 852	–	–
Förderung von Schülern/Schülerinnen, Studierenden u. dgl.	5 377	5 722	6,4	2 014	105	–	1 939	1 663	–
Sonstiges Bildungswesen	2 187	1 946	–11,0	515	16	–	937	478	–
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 189	12 913	5,9	9 144	402	–	3 014	354	–
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	9 101	9 294	2,1	497	30	–	4 058	4 709	–
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	615 626	626 162	1,7	156 039	703	–	26 599	49 889	392 932
dar.: Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen- versicherung	502 101	509 424	1,5	114 020	–	–	2 472	–	392 932
Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	33 268	34 318	3,2	6 818	1	–	10 274	17 225	–
dar. Sozialhilfe und soziale Einrichtungen	24 841	25 297	1,8	572	1	–	8 536	16 188	–
Jugendhilfe einschl. Einrichtungen	25 494	28 075	10,1	220	680	–	7 588	19 587	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	19 022	16 548	–13,0	1 256	1 142	–	6 383	7 767	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	20 702	20 642	–0,3	1 618	74	–	2 932	16 017	–
dar. Kommunale Gemeinschaftsdienste	12 611	12 419	–1,5	5	–	–	347	12 067	–
dar.: Abwasserbeseitigung	4 341	4 295	–1,1	–	–	–	196	4 099	–
Abfallbeseitigung	3 724	3 772	1,3	–	–	–	48	3 725	–
Straßenreinigung	741	888	19,8	–	–	–	8	880	–
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10 372	10 300	–0,7	1 011	37	5 551	3 213	488	–
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	30 945	17 163	–44,5	4 660	4 830	–	5 707	1 966	–
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	21 373	20 351	–4,8	11 758	–5 723	–	5 474	8 842	–
dar.: Straßen	20 651	19 760	–4,3	7 677	381	–	4 208	7 494	–
dar.: Bundesautobahnen	4 176	3 777	–9,6	3 565	170	–	42	–	–
Bundes- und Landesstraßen	5 286	4 924	–6,8	2 674	196	–	1 799	255	–
Kreisstraßen	1 072	1 101	2,7	–	–	–	142	959	–
Gemeindestraßen	8 524	8 444	–0,9	1 393	15	–	926	6 111	–
Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	2 702	2 612	–3,3	335	9	–	920	1 348	–
Wirtschaftsunternehmen	22 458	15 226	–32,2	10 850	–2 515	–	1 483	5 407	–
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 131	9 435	3,3	5 789	44	–	1 736	1 867	–
Allgemeine Finanzwirtschaft	125 699	120 681	–4,0	70 162	11 680	–	60 324	–23 085	1 600

Nettoaussgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2010
nach Aufgabenbereichen in %

Nettoaussgaben zeigen die Ausgaben, die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzieren sind.

2013 - 01 - 0291

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.3 Nettoaussgaben nach Aufgabenbereichen 2010

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungs-wesen, kom-munale Ge-meinschafts-dienste	Wirtschafts-förderung	Verkehrs- und Nachrichten-wesen	Wirtschafts-unternehmen	Allgemeine Finanzwirt-schaft
	Mill. EUR									
Insgesamt	1 105 876	135 221	114 147	626 162	16 548	20 642	27 463	20 351	24 661	120 681
Bund	324 696	46 691	14 862	156 039	1 256	1 618	5 671	11 758	16 639	70 162
Sondervermögen des Bundes ..	13 851	828	2 751	703	1 142	74	4 867	- 5 723	- 2 471	11 680
EU-Anteile	23 049	17 498	-	-	-	-	5 551	-	-	-
Sozialversicherung	394 533	-	-	392 932	-	-	-	-	-	1 600
Länder ¹	349 748	70 204	96 534	76 488	14 150	18 950	11 373	14 316	10 493	37 239
Baden-Württemberg	45 734	7 551	13 144	6 803	1 954	3 065	1 088	1 942	1 984	8 202
Bayern	58 600	9 353	15 875	9 559	2 397	3 385	1 997	2 493	3 300	10 241
Berlin	14 379	3 452	4 984	5 101	651	860	299	397	414	- 1 779
Brandenburg	9 147	2 690	2 168	2 883	427	615	874	550	196	- 1 255
Bremen	3 609	637	931	941	121	35	84	57	216	586
Hamburg	10 120	1 988	2 596	2 226	367	197	139	241	276	2 090
Hessen	30 765	5 817	7 756	6 122	1 210	1 666	584	1 279	690	5 640
Mecklenburg-Vorpommern ...	5 430	1 528	1 760	1 843	326	335	448	292	129	- 1 231
Niedersachsen	31 706	5 915	8 757	6 964	1 195	1 292	1 001	1 256	755	4 571
Nordrhein-Westfalen	77 751	16 331	19 924	17 716	2 701	4 278	1 490	2 532	662	12 117
Rheinland-Pfalz	16 800	3 509	4 484	3 423	652	489	518	967	260	2 498
Saarland	4 526	1 020	1 027	906	173	139	121	198	267	676
Sachsen	13 633	4 006	5 075	4 290	618	945	1 090	913	524	- 3 828
Sachsen-Anhalt	8 242	2 171	2 629	2 623	427	569	648	313	387	- 1 525
Schleswig-Holstein	11 469	2 323	2 728	2 661	467	537	298	437	240	1 780
Thüringen	7 837	1 912	2 696	2 428	465	543	694	448	194	- 1 543

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.3.4 Personalausgaben nach Aufgabenbereichen 2010

Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungs-wesen, kom-munale Ge-meinschafts-dienste	Wirtschafts-förderung	Verkehrs- und Nachrichten-wesen	Wirtschafts-unternehmen	Allgemeine Finanzwirt-schaft
	Mill. EUR									
Insgesamt	207 860	62 482	47 544	26 173	3 291	4 739	1 672	2 740	2 529	56 690
Bund	28 196	18 305	535	216	284	-	92	1 033	-	7 731
Sondervermögen des Bundes ..	13 588	-	-	-	-	-	-	-	1 770	11 818
EU-Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherung	17 164	-	-	15 752	-	-	-	-	-	1 412
Länder ¹	148 913	44 177	47 009	10 205	3 008	4 739	1 580	1 707	759	35 730
Baden-Württemberg	20 986	5 043	7 129	1 391	334	958	226	197	179	5 529
Bayern	24 660	6 340	8 346	1 307	409	915	441	390	138	6 373
Berlin	7 392	2 312	2 706	358	208	68	14	28	3	1 694
Brandenburg	3 825	1 518	1 119	507	131	151	54	37	4	304
Bremen	1 375	434	359	78	26	5	1	17	5	449
Hamburg	3 499	1 313	784	52	55	12	23	7	-	1 254
Hessen	11 698	3 536	3 271	935	191	361	83	157	76	3 087
Mecklenburg-Vorpommern ...	2 532	1 026	823	195	100	91	39	73	4	181
Niedersachsen	13 728	3 742	4 224	1 060	282	392	114	278	139	3 498
Nordrhein-Westfalen	31 515	9 589	9 268	1 945	605	807	149	263	49	8 841
Rheinland-Pfalz	7 535	2 166	2 342	608	165	192	145	46	20	1 851
Saarland	1 904	606	467	103	19	27	10	8	50	613
Sachsen	6 043	2 398	2 106	653	125	278	90	92	7	294
Sachsen-Anhalt	3 865	1 456	1 364	403	118	177	76	21	6	245
Schleswig-Holstein	4 737	1 381	1 385	323	102	136	37	35	41	1 296
Thüringen	3 620	1 317	1 316	286	137	168	79	57	38	221

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.5 Investitionsausgaben nach Arten 2010

	Insgesamt	Darunter					
		Baumaßnahmen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen	Darlehen an andere Bereiche	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche
	Mill. EUR						
Insgesamt	75 734	31 506	3 263	5 505	6 444	5 075	23 941
Bund	20 733	6 241	503	782	810	2 662	9 735
Sondervermögen des Bundes ..	4 630	548	–	205	3 578	31	268
Sozialversicherung	832	136	115	317	95	0	170
Länder ¹	49 539	24 580	2 646	4 201	1 961	2 382	13 769
Baden-Württemberg	6 904	3 813	544	568	221	298	1 459
Bayern	10 842	6 179	677	861	926	357	1 842
Berlin	1 791	358	39	160	28	317	889
Brandenburg	1 907	754	50	113	42	85	863
Bremen	387	49	1	39	0	19	278
Hamburg	1 173	349	33	116	64	51	561
Hessen	4 121	2 430	285	313	168	202	723
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 263	593	28	128	2	46	466
Niedersachsen	3 748	1 807	187	362	41	52	1 299
Nordrhein-Westfalen	5 972	2 411	326	709	259	447	1 820
Rheinland-Pfalz	1 825	909	149	200	48	72	446
Saarland	653	189	30	39	110	59	226
Sachsen	3 932	2 212	80	242	16	225	1 158
Sachsen-Anhalt	1 785	819	56	110	18	21	762
Schleswig-Holstein	1 461	832	63	133	13	52	369
Thüringen	1 776	876	96	110	5	79	610

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.1 Entwicklung des Schuldenstandes des öffentlichen Gesamthaushalts

	Schuldenstand		Veränderung des Schuldenstandes gegenüber Vorjahr		Als Schuldenstand gilt die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich. Zu den Schulden beim nicht öffentlichen Bereich zählen: – Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich, – Wertpapiersschulden, – Kredite beim nicht öffentlichen Bereich.
	insgesamt	je Einwohner/-in	absolut	Veränderungsrate	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	%	
31.12.2007	1 552 371	18 871	7 008	0,5	
31.12.2008	1 577 881	19 213	25 510	1,6	
31.12.2009	1 694 368	20 698	116 487	7,4	
31.12.2010 ¹ ..	2 011 677	24 607	317 309	18,7	
31.12.2011	2 025 438	24 771	13 761	0,7	

Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

1 Ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie der Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.2 Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts nach Körperschaftsgruppen am 31.12.2011

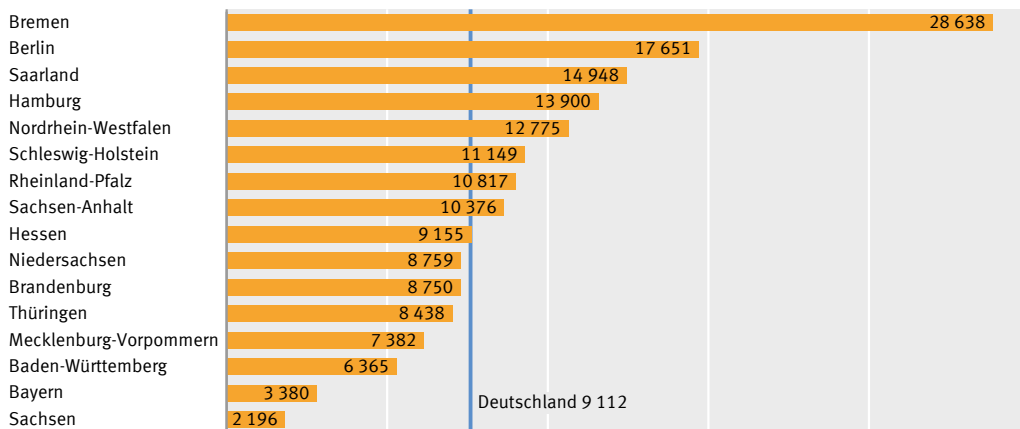
	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Schulden beim nicht öffentlichen Bereich	2 025 438	1 279 583	615 399	510 235	105 165	129 633	823
Kassenkredite	55 139	7 313	3 748	3 274	474	44 020	58
bei Kreditinstituten	52 938	5 370	3 733	3 270	463	43 777	58
beim sonstigen inländischen Bereich	2 177	1 944	15	4	11	219	0
beim sonstigen ausländischen Bereich	24	–	0	0	–	24	–
Wertpapiersschulden	1 468 298	1 121 370	346 746	287 470	59 277	181	–
Geldmarktpapiere	73 260	60 450	12 810	12 710	100	–	–
Kapitalmarktpapiere	1 395 038	1 060 920	333 937	274 760	59 177	181	–
Kredite	502 001	150 899	264 905	219 491	45 414	85 432	765
bei Kreditinstituten	364 935	120 347	159 119	132 915	26 204	84 705	764
beim sonstigen inländischen Bereich	113 561	9 354	103 504	84 684	18 821	702	1
beim sonstigen ausländischen Bereich	23 506	21 198	2 282	1 892	390	26	–
Schulden beim öffentlichen Bereich	40 997	3 732	28 366	25 038	3 329	8 676	222
Kassenkredite	4 022	1 775	699	110	589	1 519	30
beim Bund	1	–	–	–	–	1	–
bei Ländern	345	–	296	109	187	50	–
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	180	–	6	1	6	173	–
bei Zweckverbänden und dgl.	40	–	–	–	–	40	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	30	13	0	–	0	6	11
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	1 837	618	397	0	396	803	19
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	1 590	1 143	0	–	0	446	0
Kredite	36 975	1 957	27 668	24 928	2 740	7 158	192
beim Bund	9 231	871	7 830	6 808	1 021	530	–
bei Ländern	10 156	–	8 498	8 445	53	1 658	0
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	1 784	–	7	7	–	1 777	–
bei Zweckverbänden und dgl.	120	–	5	5	–	115	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	501	2	288	150	138	34	177
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	7 601	173	6 509	5 210	1 299	919	–
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	7 581	911	4 531	4 304	228	2 125	15
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	2 014	1	868	696	172	1 032	113
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	166	–	17	3	14	87	62
Restkaufgelder	303	–	39	39	–	264	–
Finanzierungsleasing	1 544	1	812	654	157	681	51
ÖPP-Projekte nach ESVG ¹⁾	2 864	–	1 446	1 186	260	1 418	–
Bürgschaften	607 970	437 070	142 649	94 849	47 800	28 229	21

1 Bei ÖPP-Projekten nach ESVG handelt es sich um Projekte, bei denen der öffentliche Partner das Baurisiko oder der private Partner nur das Baurisiko und kein weiteres Risiko (Ausfallrisiko oder Nachfragerisiko) trägt. Nachgewiesen wird der Bauwert entsprechend dem Baufortschritt

der Investitionsmaßnahmen aus den ÖPP-Projekten abzüglich der bis zum Ende des Berichtsjahres geleisteten Zahlungen an die Auftragnehmer.

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2011

je Einwohner/-in, in EUR



Schulden beim nicht öffentlichen Bereich. – Stichtag: 31.12.

2013 - 01 - 0292

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.3 Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2011

	Insgesamt	Davon		Schulden beim öffent- lichen Bereich	Kreditähnliche Rechts- geschäfte	Bürgschaften	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner/-in
		Wertpapier- schulden und Kredite beim nicht öffentlichen Bereich	Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich				
	Mill. EUR						EUR
Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen							
Deutschland	745 032	697 265	47 768	37 043	1 900	170 878	9 112
Baden-Württemberg	68 539	68 335	204	3 697	164	42 963	6 365
Bayern	42 447	42 054	394	3 050	103	11 744	3 380
Berlin	61 386	61 386	–	1 104	20	26 277	17 651
Brandenburg	21 861	21 060	801	212	37	2 002	8 750
Bremen	18 888	18 657	231	1 753	–	3 771	28 638
Hamburg	24 891	24 648	243	472	152	17 753	13 900
Hessen	55 619	49 306	6 313	2 130	188	5 220	9 155
Mecklenburg-Vorpommern ..	12 090	11 540	549	564	159	1 579	7 382
Niedersachsen	69 426	64 603	4 823	1 630	253	8 400	8 759
Nordrhein-Westfalen	227 866	204 054	23 812	11 108	223	26 978	12 775
Rheinland-Pfalz	43 259	37 083	6 176	5 399	17	2 817	10 817
Saarland	15 168	12 981	2 186	555	9	2 120	14 948
Sachsen	9 088	9 036	52	3 891	95	5 457	2 196
Sachsen-Anhalt	24 101	23 169	932	106	134	2 614	10 376
Schleswig-Holstein	31 613	30 794	819	956	43	9 290	11 149
Thüringen	18 793	18 559	234	414	304	1 894	8 438
Länder							
Deutschland	615 399	611 651	3 748	28 366	868	142 649	7 526
Baden-Württemberg	61 625	61 625	0	2 964	63	36 940	5 723
Bayern	28 713	28 713	–	1 601	5	8 716	2 286
Berlin	61 386	61 386	–	1 104	20	26 277	17 651
Brandenburg	19 591	19 584	7	118	0	1 476	7 841
Bremen	18 888	18 657	231	1 753	–	3 771	28 638
Hamburg	24 891	24 648	243	472	152	17 753	13 900
Hessen	38 917	38 906	10	566	31	1 081	6 406
Mecklenburg-Vorpommern ..	10 176	10 176	–	10	133	1 172	6 213
Niedersachsen	56 309	56 309	0	720	138	6 353	7 104
Nordrhein-Westfalen	180 019	177 897	2 122	8 968	2	19 297	10 093
Rheinland-Pfalz	31 884	31 307	577	4 906	12	1 219	7 972
Saarland	12 257	11 851	406	501	–	1 779	12 079
Sachsen	5 623	5 623	0	3 876	26	4 053	1 359
Sachsen-Anhalt	20 655	20 655	–	12	62	2 282	8 892
Schleswig-Holstein	27 918	27 864	53	483	25	8 839	9 846
Thüringen	16 549	16 451	98	313	199	1 643	7 431
Gemeinden/Gemeindeverbände							
Deutschland	129 633	85 613	44 020	8 676	1 032	28 229	1 709
Baden-Württemberg	6 913	6 710	204	733	101	6 023	642
Bayern	13 735	13 341	394	1 449	98	3 028	1 094
Brandenburg	2 270	1 476	794	94	37	526	909
Hessen	16 702	10 399	6 303	1 564	157	4 139	2 749
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 914	1 365	549	555	25	407	1 169
Niedersachsen	13 117	8 294	4 823	910	115	2 047	1 655
Nordrhein-Westfalen	47 847	26 157	21 690	2 140	221	7 681	2 683
Rheinland-Pfalz	11 374	5 776	5 598	493	5	1 599	2 844
Saarland	2 911	1 131	1 780	54	9	341	2 869
Sachsen	3 465	3 413	52	15	69	1 403	837
Sachsen-Anhalt	3 446	2 514	932	93	72	332	1 484
Schleswig-Holstein	3 695	2 929	766	473	18	451	1 303
Thüringen	2 244	2 108	136	101	104	251	1 008

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.4 Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31.12.2011

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich ¹	526 013	251 262	130 073	115 793	14 280	57 223	87 454
Bargeld und Einlagen	142 310	21 869	30 232	28 003	2 229	31 241	58 968
Bargeld	802	101	141	127	14	163	396
Sichteinlagen	73 440	20 432	23 300	21 632	1 668	13 948	15 761
Sonstige Einlagen	68 068	1 337	6 791	6 244	547	17 130	42 810
Wertpapiere	168 299	117 968	32 152	31 611	540	3 659	14 520
Geldmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr . .	5 906	4	849	837	13	282	4 770
Kapitalmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	162 393	117 965	31 302	30 775	528	3 377	9 750
Ausleihungen	136 592	86 674	45 232	38 296	6 936	3 662	1 024
Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	48 522	31 158	16 950	15 985	964	90	324
Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	88 070	55 516	28 282	22 310	5 972	3 571	700
Sonstige Forderungen ²	78 812	24 751	22 458	17 883	4 575	18 661	12 942

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

9.4.5 Finanzvermögen der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2011

	Insgesamt ¹	Bargeld und Einlagen	Wertpapiere		Ausleihungen		Sonstige Forderungen ²	Finanzvermögen beim nicht öffent- lichen Bereich je Einwohner/-in
			Ursprungslaufzeit					
			bis 1 Jahr	über 1 Jahr	bis 1 Jahr	über 1 Jahr		
	Mill. EUR							EUR
Deutschland	187 297	61 473	1 132	34 679	17 040	31 853	41 119	2 288
Baden-Württemberg	29 214	21 901	94	2 971	10	383	3 856	2 708
Bayern	22 921	11 930	703	671	7	3 967	5 643	1 820
Berlin	7 804	809	13	196	306	5 435	1 046	2 228
Brandenburg	6 302	1 784	1	360	0	3 475	682	2 525
Bremen	1 744	91	–	2	658	477	516	2 637
Hamburg	4 733	1 329	–	329	0	60	3 014	2 631
Hessen	10 095	2 208	38	1 174	957	2 240	3 479	1 657
Mecklenburg-Vorpommern	3 431	941	0	33	4	1 740	714	2 099
Niedersachsen	8 091	3 701	10	265	15	1 843	2 257	1 022
Nordrhein-Westfalen	67 292	6 377	172	27 096	15 080	10 206	8 361	3 772
Rheinland-Pfalz	8 731	1 994	43	826	0	1 012	4 856	2 183
Saarland	829	139	–	0	1	214	475	818
Sachsen	7 689	4 556	4	500	1	387	2 240	1 858
Sachsen-Anhalt	2 309	914	2	203	1	68	1 123	998
Schleswig-Holstein	3 347	1 628	50	17	0	262	1 388	1 179
Thüringen	2 766	1 171	1	36	0	85	1 472	1 245

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2010

Die Jahresabschlusstatistik liefert mit den **Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen** Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts (Tab. 9.3). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der öffentlichen Finanzen.

	Insgesamt	Grundstücks- und Wohnungswesen	Wasser- versorgung	Abwasser- entsorgung	Energie- versorgung	Öffentliche Verwal- tung, Verteidigung, Sozialversicherung
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	14 939	1 837	1 785	1 392	1 407	1 197
Beschäftigte	1 839 224	56 765	36 813	29 146	113 223	114 479
dar. weiblich	887 887	28 526	10 037	6 305	30 285	36 743
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	957 793	117 851	40 516	64 444	72 909	210 481
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 860	127	643	1 074	1 042	206
Sachanlagen	461 950	110 558	37 436	61 774	46 407	26 498
Finanzanlagen	489 982	7 166	2 437	1 596	25 460	183 777
Umlaufvermögen	830 092	20 838	5 402	4 092	43 629	234 164
Vorräte zusammen	22 456	11 290	212	210	2 083	1 598
Forderungen	518 734	4 738	3 737	2 358	31 753	30 895
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	429 349	619	2 271	1 019	14 207	24 915
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	18 912	531	428	727	5 158	1 279
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	288 901	4 810	1 452	1 524	9 792	201 672
Sonstige Aktiva	51 163	2 127	82	194	685	9 796
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	350 925	49 274	15 924	17 812	43 868	35 092
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	113 821	13 474	6 103	4 418	12 632	21 633
Rücklagen	239 276	39 820	9 470	12 923	28 961	15 343
Gewinn/Verlust	- 2 173	- 4 020	352	472	2 275	- 1 884
Empfangene Ertragszuschüsse	22 928	180	5 930	10 289	4 575	541
Rückstellungen	168 410	6 078	1 685	2 092	23 537	18 031
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	23 376	705	398	486	4 069	2 460
Sonstige Rückstellungen	142 087	5 237	1 200	1 593	18 688	15 533
Verbindlichkeiten	1 188 299	80 231	18 782	32 785	42 798	371 046
Sonstige Passiva	108 486	5 053	3 678	5 751	2 445	29 730
Bilanzsumme	1 839 047	140 816	45 999	68 730	117 223	454 441
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	358 727	20 836	9 445	8 764	136 595	14 852
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	23 682	2 289	512	687	386	3 307
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 4 903	18	10	3	13	- 4 800
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 356	105	141	102	367	92
Sonstige betriebliche Erträge	57 592	2 431	729	743	6 625	10 505
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	20 505	364	60	64	17	7 140
Betriebsertrag ¹⁾	415 562	23 410	10 326	9 613	143 600	20 648
Materialaufwand	207 390	9 855	4 112	2 842	114 995	3 273
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	131 291	2 225	2 374	649	96 584	1 246
Personalaufwand	96 909	2 605	1 790	1 417	7 242	9 283
Löhne und Gehälter	68 105	2 069	1 406	1 087	5 534	3 663
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	28 804	536	384	330	1 709	5 621
Abschreibungen	28 267	4 129	1 881	2 453	4 024	813
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	27 783	3 946	1 863	2 420	4 000	772
Betriebsaufwand ²⁾	400 778	19 820	8 998	7 914	135 626	23 977
Betriebsfremde Erträge	39 954	536	327	99	2 894	6 673
Betriebsfremde Aufwendungen	39 244	2 937	825	1 308	2 757	6 133
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	6 475	26	23	14	208	881
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15 494	1 189	830	491	8 110	- 2 789
Außerordentliches Ergebnis	- 1 858	- 25	- 25	- 36	52	- 70
Steueraufwand	4 213	325	143	31	1 676	57
Erträge aus Verlustübernahmen	7 233	113	22	17	570	3 155
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	10 007	821	377	65	4 874	269
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	6 649	130	308	376	2 182	- 29

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2010

	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unter- nehmensberatung	Gesundheitswesen	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rück- gewinnung	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	Landverkehr und Transport in Rohr- fernleitungen	Übrige
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	1 011	833	563	525	509	3 880
Beschäftigte	30 403	634 278	57 620	19 878	153 532	593 087
dar. weiblich	12 999	456 449	9 839	10 080	25 276	261 348
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	113 180	43 026	12 842	5 332	29 889	247 324
Immaterielle Vermögensgegenstände	209	316	88	11	120	2 025
Sachanlagen	4 509	41 570	9 795	4 418	24 878	94 108
Finanzanlagen	108 463	1 140	2 958	903	4 891	151 191
Umlaufvermögen	23 663	17 414	5 793	997	7 690	466 410
Vorräte zusammen	283	1 432	188	14	945	4 200
Forderungen	15 656	11 324	2 467	679	5 874	409 254
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	371	6 371	674	68	635	378 200
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	322	3 583	938	271	346	5 330
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	7 724	4 658	3 138	304	871	52 956
Sonstige Aktiva	725	1 822	353	64	58	35 256
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	74 663	12 657	4 466	2 717	12 147	82 305
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	16 537	4 029	1 250	727	5 998	27 019
Rücklagen	55 673	9 584	2 557	2 401	7 240	55 304
Gewinn/Verlust	2 452	- 957	658	- 411	- 1 091	- 19
Empfangene Ertragszuschüsse	62	57	201	110	492	491
Rückstellungen	9 581	6 731	7 101	290	6 388	86 895
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	4 496	1 354	369	21	2 019	7 000
Sonstige Rückstellungen	4 120	5 279	6 596	225	4 279	79 336
Verbindlichkeiten	52 302	13 790	6 361	2 454	13 971	553 777
Sonstige Passiva	960	29 027	859	821	4 639	25 522
Bilanzsumme	137 568	62 262	18 988	6 392	37 638	748 990
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	4 027	41 275	10 485	1 015	23 814	87 617
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	291	2 629	1 979	128	4 307	7 167
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 8	19	- 3	1	- 34	- 122
Andere aktivierte Eigenleistungen	25	7	7	2	115	1 394
Sonstige betriebliche Erträge	4 019	9 174	836	456	3 026	19 049
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	133	3 246	123	269	819	8 268
Betriebsertrag ¹⁾	8 066	52 234	11 325	1 474	26 922	107 943
Materialaufwand	2 514	13 534	5 475	600	14 556	35 635
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1 305	9 489	721	218	3 062	13 418
Personalaufwand	1 719	28 419	2 532	538	7 516	33 849
Löhne und Gehälter	1 386	22 898	1 983	427	6 001	21 651
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	332	5 521	549	111	1 514	12 198
Abschreibungen	294	3 031	1 005	231	2 262	8 143
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	255	2 991	995	226	2 213	8 100
Betriebsaufwand ²⁾	7 330	51 577	10 623	1 783	27 534	105 597
Betriebsfremde Erträge	7 789	197	285	174	698	20 282
Betriebsfremde Aufwendungen	8 049	348	371	94	819	15 605
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	4 150	16	10	10	8	1 131
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	476	507	617	- 228	- 732	7 023
Außerordentliches Ergebnis	- 332	- 103	- 85	5	- 221	- 1 018
Steueraufwand	703	65	126	46	34	1 008
Erträge aus Verlustübernahmen	304	19	17	216	1 800	1 002
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	862	65	69	11	898	1 697
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	- 1 117	292	354	- 64	- 85	4 303

1) Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2) Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.2 Nach Rechtsformen 2010

	Insgesamt	Privatrechtlich		Öffentlich-rechtlich		
		zusammen	darunter GmbH	zusammen	Eigenbetriebe	Zweckverbände
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	14 939	9 579	8 666	5 360	3 827	1 087
Beschäftigte	1 839 224	1 094 373	844 939	744 851	382 681	36 158
dar. weiblich	887 887	517 119	444 218	370 768	170 195	13 201
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	957 793	525 689	245 828	432 103	277 510	37 234
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 860	3 684	2 441	2 177	1 460	359
Sachanlagen	461 950	261 155	162 403	200 795	118 733	34 170
Finanzanlagen	489 982	260 850	80 984	229 132	157 317	2 705
Umlaufvermögen	830 092	156 192	82 629	673 900	244 434	7 794
Vorräte zusammen	22 456	15 131	11 677	7 325	1 982	325
Forderungen	518 734	93 389	48 430	425 345	39 914	3 004
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	429 349	33 223	18 443	396 127	26 425	1 038
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	18 912	9 062	4 151	9 850	7 219	346
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	288 901	47 672	22 522	241 229	202 539	4 465
Sonstige Aktiva	51 163	19 540	3 630	31 622	9 899	230
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	350 925	223 760	119 650	127 165	50 292	15 397
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	113 821	60 566	27 895	53 255	17 796	3 970
Rücklagen	239 276	161 292	91 535	77 985	35 175	11 317
Gewinn/Verlust	- 2 173	1 903	220	- 4 075	- 2 679	110
Empfangene Ertragszuschüsse	22 928	6 611	3 847	16 317	9 285	5 713
Rückstellungen	168 410	127 117	30 890	41 293	10 127	2 619
dar.: Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpflichtungen	23 376	16 199	5 727	7 177	1 444	382
Sonstige Rückstellungen	142 087	108 219	23 749	33 868	8 570	2 207
Verbindlichkeiten	1 188 299	307 882	153 357	880 416	418 833	17 138
Sonstige Passiva	108 486	36 052	24 344	72 435	43 307	4 392
Bilanzsumme	1 839 047	701 422	332 087	1 137 626	531 843	45 259
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	358 727	286 787	180 025	71 940	35 115	7 164
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	23 682	11 964	7 564	11 718	6 370	1 094
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 4 903	- 191	- 188	- 4 712	132	11
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 356	1 942	1 164	414	193	66
Sonstige betriebliche Erträge	57 592	26 922	14 621	30 670	16 127	907
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	20 505	3 079	2 594	17 426	11 345	117
Betriebsertrag ¹	415 562	316 328	196 463	99 233	51 854	8 172
Materialaufwand	207 390	181 501	118 627	25 889	13 591	2 951
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	131 291	119 890	80 600	11 401	5 340	870
Personalaufwand	96 909	58 793	36 779	38 117	21 499	1 670
Löhne und Gehälter	68 105	41 571	29 480	26 534	13 209	1 301
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	28 804	17 222	7 299	11 582	8 289	369
Abschreibungen	28 267	19 086	10 836	9 181	5 069	1 615
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	27 783	18 829	10 631	8 954	4 982	1 590
Betriebsaufwand ^{1,2}	400 778	302 034	187 241	98 744	52 600	7 379
Betriebsfremde Erträge	39 954	20 235	7 528	19 718	5 427	257
Betriebsfremde Aufwendungen	39 244	20 647	7 966	18 597	7 603	684
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	6 475	5 575	757	900	810	11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15 494	13 883	8 785	1 611	- 2 922	366
Außerordentliches Ergebnis	- 1 858	- 736	168	- 1 122	- 121	- 13
Steueraufwand	4 213	3 622	2 088	591	382	42
Erträge aus Verlustübernahmen	7 233	3 902	2 539	3 331	3 218	23
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	10 007	9 094	6 261	913	200	16
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag	6 649	4 332	3 142	2 316	- 407	318

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.6 Kassenmäßige Steuereinnahmen – Steueraufkommen nach Steuerarten

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	Mill. EUR				%			
Insgesamt	524 000	530 587	573 351	600 046	100	100	100	100
Gemeinschaftsteuern (netto) nach Art. 106 Abs. 3 GG	370 676	372 857	403 567	426 190	70,7	70,3	70,4	71,0
Lohnsteuer ¹	135 165	127 904	139 749	149 065	25,8	24,1	24,4	24,8
Veranlagte Einkommensteuer ²	26 430	31 179	31 996	37 262	5,0	5,9	5,6	6,2
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	12 474	12 982	18 136	20 059	2,4	2,4	3,2	3,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	12 442	8 709	8 020	8 234	2,4	1,6	1,4	1,4
Körperschaftsteuer ²	7 173	12 041	15 634	16 934	1,4	2,3	2,7	2,8
Umsatzsteuer	141 907	136 459	138 957	142 439	27,1	25,7	24,2	23,7
Einfuhrumsatzsteuer	35 084	43 582	51 076	52 196	6,7	8,2	8,9	8,7
Bundessteuern³	89 318	93 426	99 134	99 794	17,0	17,6	17,3	16,6
Versicherungssteuer	10 548	10 284	10 754	11 138	2,0	1,9	1,9	1,9
Tabaksteuer	13 366	13 492	14 414	14 143	2,6	2,5	2,5	2,4
Kaffeesteuer	997	1 002	1 028	1 054	0,2	0,2	0,2	0,2
Branntweinsteuer	2 101	1 990	2 149	2 121	0,4	0,4	0,4	0,4
Alcopopsteuer	2	2	2	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Schaumweinsteuer	446	422	454	450	0,1	0,1	0,1	0,1
Zwischenerzeugnissteuer	26	22	16	14	0,0	0,0	0,0	0,0
Stromsteuer	6 278	6 171	7 247	6 973	1,2	1,2	1,3	1,2
Energiesteuer	39 822	39 838	40 036	39 305	7,6	7,5	7,0	6,6
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	3 803	8 488	8 422	8 443	0,7	1,6	1,5	1,4
Luftverkehrssteuer	–	–	905	948	–	–	0,2	0,2
Kernbrennstoffsteuer	–	–	922	1 577	–	–	0,2	0,3
Solidaritätszuschlag	11 927	11 713	12 781	13 624	2,3	2,2	2,2	2,3
Pauschalierte Eingangsabgaben	3	2	3	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Bundessteuern	0	0	0	0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landessteuern³	16 375	12 146	13 095	14 201	3,1	2,3	2,3	2,4
Vermögensteuer	7	1	– 4	– 1	0,0	0,0	– 0,0	– 0,0
Erbschaftsteuer	4 550	4 404	4 246	4 305	0,9	0,8	0,7	0,7
Grunderwerbsteuer	4 857	5 290	6 366	7 389	0,9	1,0	1,1	1,2
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	4 398	–	–	–	0,8	–	–	–
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 511	1 412	1 420	1 432	0,3	0,3	0,2	0,2
Feuerschutzsteuer	323	326	365	380	0,1	0,1	0,1	0,1
Biersteuer	730	712	702	697	0,1	0,1	0,1	0,1
Zölle	3 604	4 378	4 571	4 462	0,7	0,8	0,8	0,7
Gemeindesteuern⁵	44 028	47 780	52 984	55 398	8,4	9,0	9,2	9,2
Grundsteuer A	356	361	368	375	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundsteuer B	10 580	10 954	11 306	11 642	2,0	2,1	2,0	1,9
Gewerbesteuer (brutto)	32 421	35 711	40 424	42 345	6,2	6,7	7,1	7,1
Sonstige Steuern der Gemeinden	671	754	886	1 037	0,1	0,1	0,2	0,2

Vor der Verteilung.

1 Nach Abzug von Kindergeld (Familienkassen- und steuerliches Kindergeld), ausschl. Pauschsteuer Mini-Jobs und Altersvorsorge.

2 Nach Abzug von Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt).

3 Ohne den gemeindlichen Bereich der Stadtstaaten.

4 Ab 1.7.2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

5 Einschl. des gemeindlichen Bereichs der Stadtstaaten, ohne steuerähnliche Einnahmen.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.1 Besteuerungsgrundlagen der Einkommensteuer

	Steueraufkommen		Veränderung
	2008	2007	2008 gegen- über Vorjahr
	Mrd. EUR		%
Einkünfte aus:			
Land- und Forstwirtschaft ¹	8,9	9,2	- 2,4
+ Gewerbebetrieb ¹	118,0	113,8	3,6
+ selbstständiger Arbeit ¹	69,6	65,8	5,7
+ nichtselbstständiger Arbeit ¹²	812,0	797,3	1,8
+ Kapitalvermögen ¹²	36,0	29,1	23,3
+ Vermietung und Verpachtung ¹²	12,0	10,9	10,5
+ Sonstige ¹²	41,8	41,0	2,0
= Summe der Einkünfte	1 098,1	1 067,1	2,9
– Altersentlastungsbetrag	4,3	4,1	4,4
– Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	1,1	1,2	- 2,4
= Gesamtbetrag der Einkünfte	1 092,3	1 061,4	2,9
– Verlustabzug	6,1	6,5	- 6,1
– Sonderausgaben	120,0	117,1	2,5
– außergewöhnliche Belastungen	10,4	10,3	1,1
– Altersvorsorgebeiträge	3,6	2,4	53,0
– Steuerbegünstigungen	0,4	0,5	- 17,5
= Einkommen	951,8	924,6	2,9
– Kinderfreibetrag	19,1	18,3	4,3
= zu versteuerndes Einkommen	932,4	906,1	2,9
= tarifliche Einkommensteuer	203,3	193,5	5,1
– Steuerermäßigungen	10,3	5,9	74,7
+ hinzuzurechnendes Kindergeld	6,0	5,7	4,4
= festzusetzende Einkommensteuer	199,1	193,0	3,2

1 Gewinneinkünfte.

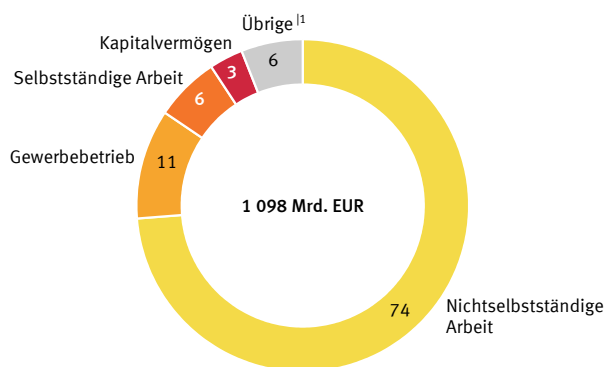
2 Überschusseinkünfte.

Die **Einkommensteuer** wird auf das Einkommen von natürlichen Personen erhoben. Bei bestimmten Einkünften wird die Einkommensteuer bei der Einkommensentstehung durch Steuerabzug (z. B. Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag) erhoben. Rechtsgrundlage ist das Einkommensteuergesetz (EStG).

Die **Lohnsteuer** ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, also keine Steuer eigener Art. Sie wird bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben.

Einkunftsarten 2008

Anteil an den Einkünften insgesamt, in %



1 Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft sowie Sonstiges.

2013 - 01 - 0293

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.2 Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien Berufen 2007

Berufsgruppe ¹	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit					
	insgesamt			darunter überwiegende Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit ²		
	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
Freie Berufe insgesamt	1 159 407	50 600 927	43 644	842 564	48 410 130	57 456
Rechtsanwälte/-anwältinnen, Notare/Notarinnen (einschl. Patentanwälte/-anwältinnen)	71 814	4 810 411	66 984	58 749	4 695 178	79 919
Rechtsanwälte/-anwältinnen ohne Notariat	58 311	3 460 976	59 354	47 788	3 375 850	70 642
Rechtsanwälte/-anwältinnen mit Notariat ³	9 803	703 113	71 724	8 150	688 201	84 442
Notare/Notarinnen	2 008	386 159	192 310	1 435	374 492	260 970
Patentanwälte/-anwältinnen	1 692	260 163	153 761	1 376	256 634	186 508
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich sonstiger Rechtsberatung	10 502	443 454	42 226	6 730	419 115	62 276
Wirtschaftsprüfer/-innen und vereidigte Buchprüfer/-innen	2 708	183 846	67 890	1 835	172 603	94 062
Wirtschaftsprüfer/-innen	2 306	160 193	69 468	1 537	149 772	97 444
Vereidigte Buchprüfer/-innen	402	23 653	58 839	298	22 831	76 615
Steuerberater/-innen und Steuerbevollmächtigte	40 535	3 022 724	74 571	33 158	2 952 356	89 039
Sonstige Wirtschaftsberater/-innen (ohne Vermögensberater/-innen und -verwalter/-innen)	58 911	2 459 259	41 745	38 194	2 231 459	58 424
Markt- und Meinungsforschung	2 757	47 968	17 398	1 866	44 468	23 831
Unternehmens- und Public-Relations-Berater/-innen	56 154	2 411 291	42 941	36 328	2 186 990	60 201
Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung zusammen	30 057	1 118 732	37 220	20 841	1 065 331	51 117
Programmierungstätigkeiten	13 574	461 837	34 024	9 435	440 662	46 705
Erbringung von Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	12 075	497 685	41 216	8 295	474 660	57 222
Sonstige Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung	4 408	159 211	36 119	3 111	150 008	48 219
Forschungs- und Entwicklungstätigkeit	16 020	458 307	28 608	8 733	408 478	46 774
Werbung	16 306	271 269	16 636	11 564	255 251	22 073
Lehrtätigkeit	152 486	2 239 267	14 685	94 381	1 987 275	21 056
Sonstige Lehrtätigkeit	141 194	1 851 254	13 111	84 071	1 603 567	19 074
Fahr- und Flugschulen	11 292	388 012	34 362	10 310	383 707	37 217
Ärzte/Ärztinnen (Ärzte/Ärztinnen für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte/Ärztinnen und Fachärzte/-ärztinnen)	138 727	14 536 448	104 785	113 097	14 114 431	124 799
Zahnärzte/Zahnärztinnen (einschl. Dentisten/Dentistinnen), ohne Zahntechniker/-innen	45 400	5 552 683	122 306	44 016	5 529 476	125 624
Tierärzte/Tierärztinnen	9 976	478 618	47 977	8 566	468 500	54 693
Sonstige Heilberufe	146 305	4 284 903	29 287	110 807	4 081 363	36 833
Heilpraktiker/-innen	22 040	356 991	16 197	17 041	350 896	20 591
Psychologische Psychotherapeuten/Psychotherapeutinnen	30 011	1 068 843	35 615	23 352	1 030 496	44 129
Masseure/Masseurinnen, medizinische Bademeister/-innen, Krankengymnasten/-gymnastinnen, Entbindungspfleger/Hebammen und verwandte Berufe	47 696	1 406 331	29 485	39 977	1 369 751	34 263
Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	46 558	1 452 738	31 203	30 437	1 330 220	43 704
Architekten/Architektinnen, Innenarchitekten/-architektinnen, Vermessungs- und Bauingenieure/-ingenieurinnen (ohne Film- und Bühnenarchitekten/-architektinnen)	120 156	4 298 781	35 777	92 661	4 109 821	44 353
Tätigkeiten im Bereich Hochbau und Innenarchitektur	46 379	1 495 201	32 239	38 281	1 454 410	37 993
Tätigkeiten im Bereich Orts-, Regional- und Landesplanung	5 574	179 358	32 178	4 551	173 805	38 191
Tätigkeiten im Bereich Garten- und Landschaftsgestaltung	3 540	88 194	24 913	2 796	85 519	30 586
Bautechnische Gesamtplanung	40 524	1 595 656	39 376	31 021	1 522 748	49 088
Sonstige Ingenieurbüros	21 500	796 616	37 052	13 768	732 021	53 168
Vermessungsingenieure/-ingenieurinnen	2 639	143 757	54 474	2 244	141 318	62 976
Ingenieure/Ingenieurinnen für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	41 193	1 587 689	38 543	30 252	1 505 580	49 768
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 065	161 125	31 811	2 930	145 442	49 639
Künstlerische Berufe	140 695	2 212 661	15 727	87 269	1 973 524	22 614
Bildende Künstler/-innen	33 959	492 195	14 494	26 906	473 453	17 597
Restauratoren/Restauratorinnen	1 838	30 590	16 643	1 543	29 697	19 246
Komponisten/Komponistinnen und Musikbearbeiter/-innen	10 291	203 084	19 734	6 557	185 397	28 275
Schriftsteller/-innen	34 635	601 128	17 356	14 966	508 755	33 994
Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler/-innen	52 567	739 997	14 077	32 026	640 975	20 014
Artisten/Artistinnen	1 789	25 283	14 133	1 358	23 570	17 357
Filmhersteller/-innen, Kameramann/-frau (einschl. Tonstudio)	5 616	120 383	21 436	3 913	111 676	28 540
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich Journalismus	53 008	984 595	18 574	35 042	897 592	25 615
Tätigkeit für/in Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	896	17 512	19 544	596	15 904	26 684
Journalisten/Journalistinnen und Pressefotografen/-fotografinnen	52 112	967 084	18 558	34 446	881 688	25 596
Freiberuflich tätige Fotografen/Fotografinnen	10 116	210 814	20 840	7 953	204 357	25 696
Übersetzer/-innen und Dolmetscher/-innen	21 925	389 297	17 756	16 225	367 308	22 638
Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	8 248	217 939	26 423	7 122	211 304	29 669
Freiberuflich tätige Sachverständige⁴	18 337	547 074	29 834	11 562	483 828	41 846
Lotsen/Lotsinnen	917	131 031	142 891	877	130 558	148 869

Die Daten sind aufgrund von Änderungen der Wirtschaftszweigsystematik zum Teil mit den vorherigen Erhebungen nicht vergleichbar.

1 In Anlehnung an die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit überwiegen die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus nichtselbstständiger Arbeit.

3 Diese Kombination ist nicht in allen Bundesländern vertreten.

4 Ab 2007 einschl. Künstleragenturen, Sicherheitsberatung, Managementberatung für landwirtschaftliche Betriebe etc.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.3 Veranlagte Einkommensteuerpflichtige 2008

Einkommensteuerpflichtige sind alle natürlichen Personen, soweit sie Einkünfte aus einer der im Einkommensteuergesetz bezeichneten sieben Einkunftsarten beziehen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständige Arbeit, nichtselbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte). Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht betrifft Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland. Die Gruppe der veranlagten Steuerpflichtigen umfasst die gesetzlich zur Veranlagung verpflichteten und freiwillig veranlagten Personen.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Gesamtbetrag der Einkünfte				Zu versteuerndes Einkommen				Festgesetzte Einkommensteuer			
	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%
Insgesamt	26 399 069	X	1 092 345 676	X	26 397 799	X	932 396 647	X	21 223 784	X	199 095 089	X
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)												
Zusammen	270 762	100	- 6 882 680	100	270 762	100	- 7 818 690	100	-	-	-	-
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR)												
0 – 7 500 ...	2 267 909	8,7	7 814 951	0,7	2 267 066	8,7	4 128 833	0,4	125 203	0,6	22 463	0,0
7 500 – 15 000 ...	3 466 624	13,3	39 519 472	3,6	3 466 386	13,3	27 899 691	3,0	1 721 398	8,1	744 878	0,4
15 000 – 25 000 ...	4 835 945	18,5	96 920 589	8,8	4 835 883	18,5	76 168 189	8,1	3 945 279	18,6	6 815 173	3,4
25 000 – 50 000 ...	9 273 448	35,5	331 557 432	30,2	9 273 392	35,5	281 406 138	29,9	9 168 460	43,2	43 282 370	21,7
50 000 – 100 000 ...	4 912 760	18,8	330 701 096	30,1	4 912 720	18,8	286 909 059	30,5	4 899 150	23,1	62 841 063	31,6
100 000 – 250 000 ...	1 167 519	4,5	162 997 132	14,8	1 167 502	4,5	142 827 717	15,2	1 162 213	5,5	43 164 051	21,7
250 000 – 500 000 ...	145 385	0,6	48 605 012	4,4	145 379	0,6	44 421 105	4,7	144 101	0,7	15 633 111	7,9
500 000 – 1 000 000 ...	40 119	0,2	26 914 233	2,4	40 115	0,2	25 025 018	2,7	39 598	0,2	9 147 616	4,6
1 000 000 – 2 500 000 ...	13 836	0,1	20 391 491	1,9	13 832	0,1	19 107 091	2,0	13 642	0,1	6 951 464	3,5
2 500 000 – 5 000 000 ...	3 027	0,0	10 248 850	0,9	3 027	0,0	9 671 261	1,0	3 013	0,0	3 370 603	1,7
5 000 000 oder mehr ...	1 735	0,0	23 558 098	2,1	1 735	0,0	22 651 234	2,4	1 727	0,0	7 122 297	3,6
Zusammen	26 128 307	100	1 099 228 356	100	26 127 037	100	940 215 337	100	21 223 784	100	199 095 089	100

9.8 Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2008

Bestimmte juristische Personen, z. B. Kapitalgesellschaften, Aktiengesellschaften (AG) oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), unterliegen der **Körperschaftsteuer**. Es handelt sich hierbei um eine besondere Art der Einkommensteuer und eine Gemeinschaftsteuer nach Art. 106 Absatz 3 GG. Dies bedeutet, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer Bund und Ländern gemeinsam zusteht. Die Körperschaftsteuer erheben die Länder.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Kapitalgesellschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt ¹⁾									
	Gesamtbetrag der Einkünfte		zu versteuerndes Einkommen/Verlust		festgesetzte Körperschaftsteuer				verbleibender Verlustvortrag zum 31.12. des Berichtsjahres	
					positiv		negativ			
	Steuer- pflichtige	1 000 EUR	Steuer- pflichtige	1 000 EUR	Steuer- pflichtige	1 000 EUR	Steuer- pflichtige	1 000 EUR	Steuer- pflichtige	1 000 EUR
Gewinn- und Verlustfälle										
Insgesamt	908 273	120 789 718	715 525	94 583 064	399 137	22 647 077	3	- 237	454 000	545 635 871
dar. Nichtsteuerbelastete ..	509 136	- 52 988 602	316 444	- 59 499 162	—	—	3	- 237	451 875	422 238 446
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
unter – 25 Mill.	194	- 29 454 787	194	- 29 454 787	—	—	—	—	194	111 871 291
– 25 Mill. – 5 Mill.	995	- 9 660 224	995	- 9 660 224	5	2 489	—	—	995	54 216 851
– 5 Mill. – 1 Mill.	4 614	- 9 670 374	4 614	- 9 670 374	37	4 948	—	—	4 611	58 798 139
– 1 Mill. – 500 000	4 824	- 3 375 504	4 824	- 3 375 504	38	2 173	—	—	4 816	22 177 085
– 500 000 – 100 000	26 693	- 5 718 488	26 693	- 5 718 488	48	1 620	—	—	25 497	37 453 140
– 100 000 – 50 000	23 919	- 1 687 897	23 919	- 1 687 897	11	220	—	—	22 632	12 583 161
– 50 000 – 25 000	33 944	- 1 206 334	33 944	- 1 206 334	5	300	—	—	31 914	8 880 507
– 25 000 – 0	209 050	- 1 355 802	209 050	- 1 355 802	18	168	2	- 231	195 956	22 890 409
Zusammen	304 233	- 62 129 411	304 233	- 62 129 411	162	11 918	2	- 231	286 615	328 870 584
dar. Nichtsteuerbelastete ..	304 071	- 61 980 726	304 071	- 61 980 726	—	—	2	- 231	286 454	325 376 192
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
0 – 25 000	365 414	2 308 330	215 341	1 245 840	207 374	190 075	1	- 7	126 395	32 811 563
25 000 – 50 000	68 593	2 451 191	50 000	1 521 423	48 097	228 102	—	—	17 059	8 368 830
50 000 – 100 000	57 438	4 066 358	46 054	2 874 166	44 777	430 924	—	—	10 370	9 623 269
100 000 – 500 000	78 520	17 285 970	67 773	13 844 952	66 676	2 074 988	—	—	9 709	27 388 752
500 000 – 1 Mill.	15 833	11 120 225	13 946	9 205 210	13 924	1 377 293	—	—	1 852	17 658 104
1 Mill. – 5 Mill.	14 173	29 219 099	14 115	25 840 408	14 072	3 854 516	—	—	1 444	26 766 286
5 Mill. – 25 Mill.	3 288	33 423 815	3 282	29 795 661	3 276	4 417 473	—	—	419	21 244 633
25 Mill. und mehr	781	83 044 142	781	72 384 815	779	10 061 787	—	—	137	72 903 851
Zusammen	604 040	182 919 129	411 292	156 712 475	398 975	22 635 159	1	- 7	167 385	216 765 288
dar. Nichtsteuerbelastete ..	205 065	8 992 124	12 373	2 481 564	—	—	1	- 7	165 421	96 862 254

1 Ohne steuerbefreite Körperschaften, die zur Gliederung ihres verwendbaren Eigenkapitals verpflichtet sind, und ohne Organgesellschaften.

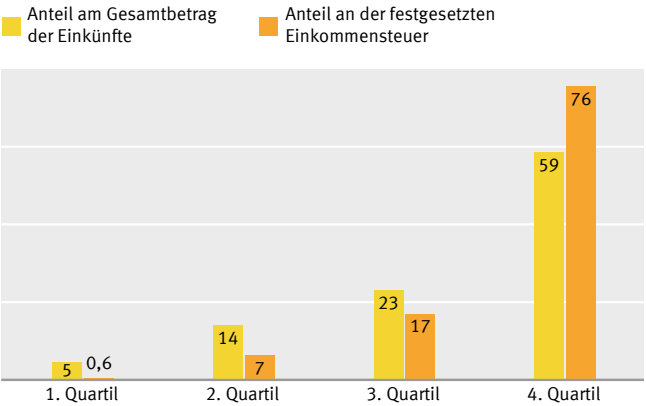
9.9 Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2008

Personengesellschaften und **Gemeinschaften** sind selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsabschnitt	Einkünfte aus Gewerbebetrieb ¹²		Positive Einkünfte aus anderen Einkunftsarten		Negative Einkünfte aus anderen Einkunftsarten		Summe der Einkünfte		Anzahl der Beteiligten
		Anzahl	1 000 Euro	Anzahl	1 000 Euro	Anzahl	1 000 Euro	Anzahl	1 000 Euro	
A – O	Wirtschaftsabschnitte insgesamt	478 630	98 334 662	12 999	862 975	4 326	– 370 326	478 630	98 827 311	2 862 409
A	Land- und Forstwirtschaft	8 073	271 776	570	28 572	129	– 1 935	8 073	298 413	26 851
B	Fischerei und Fischzucht	152	27 518	4	49	4	– 47	152	27 521	395
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . .	1 235	1 291 590	.	.	.	.	1 235	1 291 886	4 263
D	Verarbeitendes Gewerbe	50 802	30 396 400	823	28 066	163	– 21 658	50 802	30 402 808	163 506
E	Energie- und Wasserversorgung	32 945	3 038 445	801	6 967	291	– 3 072	32 945	3 042 340	245 433
F	Baugewerbe	36 664	3 607 261	473	3 945	107	– 2 338	36 664	3 608 869	92 958
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	93 678	17 201 159	1 189	17 477	270	– 11 216	93 678	17 207 420	247 496
H	Gastgewerbe	25 499	916 536	702	6 871	197	– 2 099	25 499	921 308	77 396
I	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	19 220	3 112 136	168	4 024	28	– 163	19 220	3 115 996	510 696
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	7 426	1 142 534	179	70 092	70	– 5 435	7 426	1 207 192	42 242
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.	149 730	33 182 216	6 023	545 131	2 450	– 305 767	149 730	33 421 579	1 219 932
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–
M	Erziehung und Unterricht	1 838	69 336	28	893	4	– 10	1 838	70 218	5 067
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6 397	1 079 597	577	114 017	77	– 5 363	6 397	1 188 250	28 934
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	43 085	2 997 883	721	20 359	164	– 3 962	43 085	3 014 280	190 727
	Nicht zuordenbar	1 886	277	723	16 214	371	– 7 260	1 886	9 231	6 513

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.
2 Einschl. Einkommen der Organgesellschaften.

Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2008 nach Einkunftshöhe der Steuerpflichtigen in Quartilen, in %



Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (4. Quartil 2008) erzielten 58,5 % der Einkünfte und zahlten 75,7 % der gesamten festgesetzten Einkommensteuer. Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den niedrigsten Einkünften (1. Quartil) vereinigten 4,6 % der Einkünfte auf sich und trugen 0,6 % zur festgesetzten Einkommensteuer bei.

9.10 Gewerbesteuer 2007

Die **Gewerbesteuer** ist eine von den Gemeinden erhobene Realsteuer, der inländische Gewerbebetriebe unterliegen. Die Höhe richtet sich nach dem Gewerbeertrag und dem örtlichen Hebesatz.

	Steuerpflichtige		Gewinn		Verlust		Abgerundeter Gewerbeertrag ¹⁾		Steuermessbetrag ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR				%
nach der Höhe des abgerundeten Gewerbeertrags										
Insgesamt	2 975 021	100	2 266 607	275 791 819	708 414	- 98 613 369	197 273 233	10 884 778	100	
mit Steuermessbetrag von 0										
mit negativem Gewerbeertrag	749 685	25,2	81 697	15 810 908	667 988	- 72 509 953	- 63 201 524	-	-	
ohne Gewerbeertrag	416 111	14,0	395 235	15 228 940	20 876	- 1 991 536	-	-	-	
mit positivem Gewerbeertrag	575 588	19,3	567 422	8 477 720	8 166	- 254 125	6 889 956	-	-	
Zusammen	1 741 384	58,5	1 044 354	39 517 569	697 030	- 74 755 614	- 56 311 568	-	-	
mit positivem Steuermessbetrag										
Gewerbeertrag von ... bis unter ... EUR										
unter 4 000	53 451	1,8	49 938	334 535	3 513	- 38 314	87 357	4 370	0,0	
4 000 - 12 100	57 593	1,9	55 900	807 150	1 693	- 29 336	435 136	20 751	0,2	
12 100 - 24 100	44 861	1,5	43 923	1 028 928	938	- 44 703	783 845	38 650	0,4	
24 100 - 48 100	514 831	17,3	513 567	18 401 635	1 264	- 195 967	17 757 196	133 776	1,2	
48 100 - 72 100	220 613	7,4	220 100	13 383 120	513	- 74 018	12 895 018	203 065	1,9	
72 100 - 125 000	168 512	5,7	167 901	16 319 276	611	- 131 360	15 624 132	438 642	4,0	
125 000 - 250 000	91 266	3,1	90 721	17 119 424	545	- 155 781	15 586 104	621 125	5,7	
250 000 - 500 000	39 539	1,3	39 073	15 299 140	466	- 295 133	13 631 370	629 326	5,8	
500 000 - 2 500 000	33 129	1,1	32 233	36 979 036	896	- 1 577 404	34 147 071	1 672 696	15,4	
2 500 000 - 5 000 000	4 764	0,2	4 453	16 814 753	311	- 1 056 781	16 601 393	825 252	7,6	
5 000 000 und mehr	5 078	0,2	4 444	99 787 254	634	- 20 258 958	126 036 180	6 297 125	57,9	
Zusammen	1 233 637	41,5	1 222 253	236 274 250	11 384	- 23 857 755	253 584 801	10 884 778	100	
nach Rechtsformgruppen										
Einzelgewerbetreibende	1 705 552	57,3	1 388 658	53 543 004	316 894	- 3 821 956	48 992 779	870 680	8,0	
Personengesellschaften u.Ä.	358 357	12,0	264 548	93 630 737	93 809	- 21 690 566	52 301 758	3 098 603	28,5	
Kapitalgesellschaften ²⁾	853 758	28,7	575 289	121 001 004	278 469	- 70 086 794	89 413 543	6 498 175	59,7	
Übrige juristische Personen	57 354	1,9	38 112	7 617 074	19 242	- 3 014 053	6 565 152	417 319	3,8	
nach Wirtschaftsabschnitten³⁾										
A Land- und Forstwirtschaft	47 769	1,6	37 163	1 940 103	10 606	- 332 371	1 393 260	43 452	0,4	
B Fischerei und Fischzucht	496	0,0	342	17 457	154	- 3 722	5 814	390	0,0	
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	3 470	0,1	2 628	4 040 175	842	- 3 278 116	- 1 426 146	89 808	0,8	
D Verarbeitendes Gewerbe	290 743	9,8	230 535	73 514 964	60 208	- 22 669 929	64 803 105	3 594 471	33,0	
E Energie- und Wasserversorgung	45 544	1,5	21 450	10 840 097	24 094	- 2 648 166	7 244 997	438 954	4,0	
F Baugewerbe	337 066	11,3	279 926	13 497 859	57 140	- 2 264 070	10 441 480	324 722	3,0	
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	706 795	23,8	528 714	46 929 319	178 081	- 8 309 740	37 485 263	1 718 663	15,8	
H Gastgewerbe	189 357	6,4	144 489	4 924 275	44 868	- 1 155 499	3 690 577	86 351	0,8	
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122 867	4,1	100 822	10 048 054	22 045	- 9 782 273	4 412 001	356 677	3,3	
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	121 038	4,1	106 339	26 079 088	14 699	- 6 006 370	22 057 578	1 113 983	10,2	
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.	772 300	26,0	566 931	71 613 010	205 369	- 36 151 898	40 262 270	2 754 011	25,3	
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
M Erziehung und Unterricht	11 522	0,4	7 929	302 575	3 593	- 80 075	188 445	8 053	0,1	
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	27 829	0,9	18 546	1 043 670	9 283	- 540 216	419 571	33 762	0,3	
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	298 225	10,0	220 793	11 001 173	77 432	- 5 390 924	6 295 019	321 481	3,0	

1 Anzahl der Fälle = Steuerpflichtige aus Spalte 1.

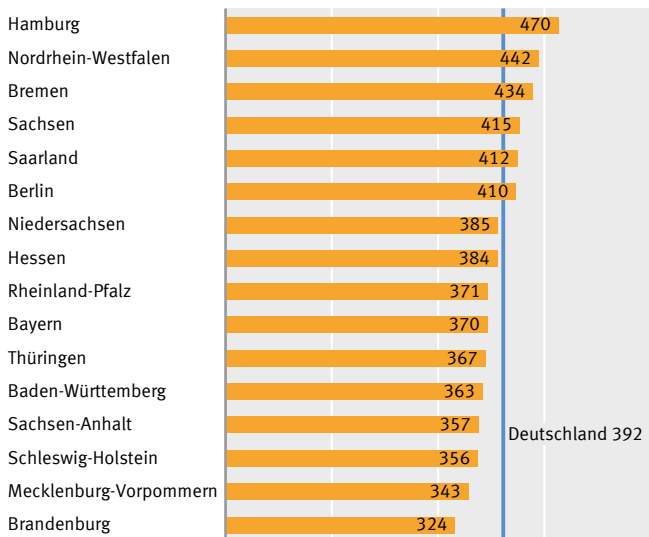
2 Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

3 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

9.10 Gewerbesteuer

Durchschnittliche Hebesätze der Gewerbesteuer 2011

in %



2013 - 01 - 0295

9.11 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die **Erbschaftsteuer** wird als Erbanfallsteuer erhoben. Sie knüpft an den Erwerb der einzelnen Erbin bzw. des einzelnen Erben oder der sonstigen Erwerberin bzw. des sonstigen Erwerbers an. Schenkungssteuerpflichtig ist jede freigebige Zuwendung unter Lebenden, sofern die Schenkenden oder die Beschenkten Inländerinnen oder Inländer sind.

9.11.1 Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2011

Reinnachlass von ... bis unter ... EUR ¹⁾	Nachlass- gegenstände insgesamt	Vermögensarten ²⁾				Nachlassver- bindlichkeiten	Reinnachlass
		land- und forstwirt- schaftliches Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen	übriges Vermögen		
Anzahl ³⁾							
Insgesamt	59 366	6 517	35 613	3 507	58 193	59 024	59 735
unter 5 000 ...	1 484	154	574	103	1 366	1 783	1 853
5 000 – 10 000 ...	360	33	132	7	332	331	360
10 000 – 50 000 ...	8 088	455	2 528	78	7 810	7 963	8 088
50 000 – 100 000 ...	10 582	830	4 723	110	10 286	10 437	10 582
100 000 – 200 000 ...	12 878	1 298	7 619	248	12 627	12 758	12 878
200 000 – 300 000 ...	6 816	860	4 637	271	6 746	6 750	6 816
300 000 – 500 000 ...	7 589	1 067	5 678	506	7 524	7 525	7 589
500 000 – 2,5 Mill. ...	10 612	1 683	8 904	1 739	10 553	10 528	10 612
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	623	95	532	254	618	620	623
5 Mill. und mehr ...	334	42	286	191	331	329	334
1 000 EUR							
Insgesamt	31 561 008	243 255	9 573 853	3 770 856	17 973 044	6 301 507	25 259 501
unter 5 000 ...	563 907	4 106	241 154	124 580	194 068	689 783	– 125 876
5 000 – 10 000 ...	21 027	891	9 507	– 62	10 690	18 287	2 740
10 000 – 50 000 ...	613 389	3 756	182 744	24 501	402 387	346 940	266 449
50 000 – 100 000 ...	1 170 734	11 855	365 984	47 350	745 545	390 653	780 080
100 000 – 200 000 ...	2 383 306	23 817	884 401	14 151	1 460 937	529 441	1 853 865
200 000 – 300 000 ...	2 028 030	23 574	760 149	20 801	1 223 506	356 418	1 671 612
300 000 – 500 000 ...	3 525 720	45 100	1 330 529	54 718	2 095 372	547 065	2 978 654
500 000 – 2,5 Mill. ...	11 597 068	110 856	4 265 485	572 763	6 647 965	1 716 883	9 880 185
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	2 538 657	4 974	723 883	313 268	1 496 532	445 040	2 093 618
5 Mill. und mehr ...	7 119 170	14 327	810 016	2 598 787	3 696 040	1 260 996	5 858 174

1 Ausgenommen sind Fälle ohne Nachlassgegenstände und Nachlassverbindlichkeiten (sonstige Erwerbe, z. B. Vermächtnisse).

2 Die summierte Anzahl der Fälle der Vermögensarten kann größer sein als die Anzahl der Fälle beim Gesamtwert der Nachlassgegenstände.

3 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.11 Erbschaft- und Schenkungsteuer

9.11.2 Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe 2011

Steuerpflichtige Erwerbe ¹	Wert des anteiligen Reinerwerbs durch Erbanfall ²	Wert der sonstigen Erwerbe	Wert der Erwerbe vor Abzug ² ³	Wert der Erwerbe nach Abzug ² ³	Gesamtwert der Vorerwerbe	Freibetrag § 16 ErbStG	Steuerpflichtiger Erwerb	Tatsächlich festgesetzte Steuer
Anzahl ⁴								
Insgesamt	X	X	136 083	135 801	20 819	136 625	136 635	132 845
Erwerb von Todes wegen ..	99 373	27 530	109 533	109 517	8 567	109 965	109 975	108 947
Schenkungen	X	X	26 550	26 284	12 252	26 660	26 660	23 898
1 000 EUR								
Insgesamt	X	X	34 961 469	25 719 351	8 268 414	9 488 623	25 111 869	4 200 203
Erwerb von Todes wegen ..	20 474 770	4 255 445	24 700 020	20 915 526	1 913 797	6 452 910	16 831 269	3 505 934
Schenkungen	X	X	10 261 449	4 803 825	6 354 617	3 035 713	8 280 601	694 269

- 1 Fälle mit steuerpflichtigem Erwerb > 0.

2 Erwerbe von Todes wegen: Nachweis nur für maschinell gelieferte Fälle.

3 Vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen nach § 13 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG), Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG, Steuerbefreiung nach § 13c ErbStG,
- Zugewinnausgleichsforderungen nach § 5 ErbStG, Freibetrag nach § 17 ErbStG, Summe der abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsauflagen sowie abzugsfähigen Erwerbsnebenkosten und DBA-Vermögen (Doppelbesteuerungsabkommen).

4 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.12 Umsatzsteuer – Veranlagungen 2008

Die **Umsatzsteuer**, auch Mehrwertsteuer genannt, besteuert den Austausch von Lieferungen und Leistungen (= Umsatz). Sie zählt zu den indirekten Steuern, da Steuerschuldner (= Unternehmen) und wirtschaftlich Belastete (= Leistungsempfänger/-innen) nicht identisch sind. Seit dem 1.1.2007 beträgt der Steuersatz in Deutschland 19 %, der ermäßigte Steuersatz 7 %. Letzterer wird u. a. auf Lebensmittel, Zeitschriften und Bücher sowie künstlerische Leistungen angewandt.

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Innergemeinschaftliche Erwerbe		Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge ²	Abziehbare Vorsteuerbeträge ³	Verbleibende Umsatzsteuer/Überschuss
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR		
Insgesamt ⁴	5 746 821	100	5 546 265	100	478 954	100	856 840	732 223	124 616
0 – 17 501	2 227 456	38,8	11 025	0,2	697	0,1	2 528	4 351	– 1 824
17 501 – 50 000	1 098 143	19,1	34 400	0,6	283	0,1	5 873	3 570	2 304
50 000 – 100 000	707 266	12,3	50 568	0,9	493	0,1	8 539	4 834	3 706
100 000 – 250 000	740 899	12,9	117 688	2,1	1 421	0,3	19 534	11 360	8 174
250 000 – 500 000	377 774	6,6	133 306	2,4	2 249	0,5	21 638	13 376	8 262
500 000 – 1 Mill.	247 804	4,3	173 945	3,1	3 918	0,8	28 469	18 453	10 016
1 Mill. – 2 Mill.	151 769	2,6	212 448	3,8	6 934	1,4	35 247	23 791	11 456
2 Mill. – 5 Mill.	107 506	1,9	332 351	6,0	13 481	2,8	53 664	38 491	15 172
5 Mill. – 10 Mill.	41 048	0,7	285 731	5,2	16 193	3,4	44 858	34 106	10 752
10 Mill. – 25 Mill.	26 434	0,5	407 115	7,3	31 281	6,5	63 526	51 160	12 367
25 Mill. – 50 Mill.	9 749	0,2	340 177	6,1	31 047	6,5	50 764	42 839	7 925
50 Mill. – 100 Mill.	5 465	0,1	380 539	6,9	39 245	8,2	55 942	48 682	7 260
100 Mill. – 250 Mill.	3 313	0,1	502 436	9,1	54 178	11,3	72 422	65 221	7 201
250 Mill. und mehr	2 195	0,0	2 564 535	46,2	277 535	57,9	393 834	371 990	21 844
nachrichtlich: Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen ..	7 732	100	– 950	100	10	100	– 82	69	– 151

- 1 Umsätze der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

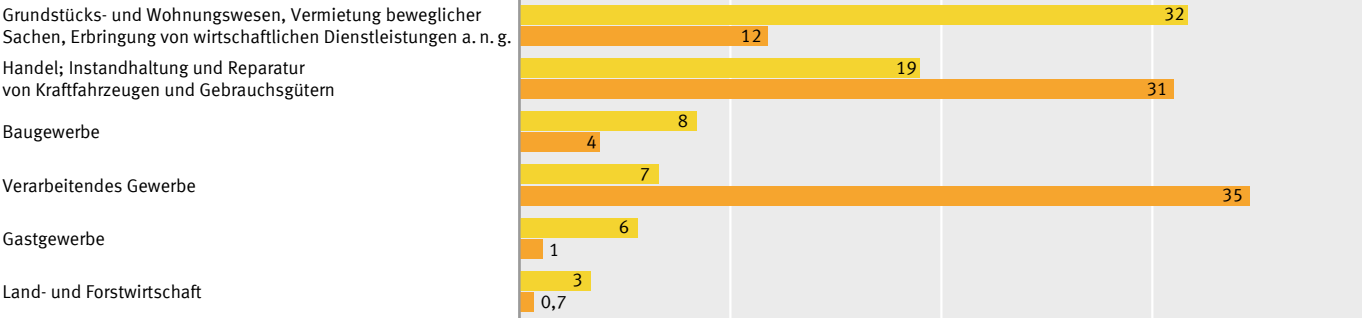
2 Umsatzsteuer insgesamt für alle steuerpflichtigen Umsätze.
- 3 Einschl. Vorsteuerberichtigungsbeträge.

4 Ohne Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

Umsatzsteuer – Veranlagungen 2008

Steuerpflichtige und Lieferungen und Leistungen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen ¹, in %

■ Steuerpflichtige ■ Lieferungen und Leistungen



Ohne Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2013 - 01 - 0296

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen

9.13.1 Umsatzsteuerpflichtige sowie deren Lieferungen und Leistungen 2011

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹	
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%
Alle Rechtsformen				Einzelunternehmen				Gesellschaft bürgerlichen Rechts u. a. Personen- gesellschaften ^{1,2}				
Insgesamt	3 215 095	100	5 687 179	100	2 211 766	100	556 960	100	273 483	100	230 564	100
über 17 500 – 50 000	902 950	28,1	28 751	0,5	754 928	34,1	24 037	4,3	68 263	25,0	2 136	0,9
50 000 – 100 000	645 239	20,1	46 298	0,8	521 731	23,6	37 312	6,7	47 967	17,5	3 474	1,5
100 000 – 250 000	702 497	21,8	111 769	2,0	514 016	23,2	80 754	14,5	62 104	22,7	10 072	4,4
250 000 – 500 000	366 115	11,4	129 419	2,3	218 541	9,9	76 270	13,7	39 019	14,3	13 872	6,0
500 000 – 1 Mill.	246 010	7,7	173 057	3,0	113 630	5,1	78 583	14,1	26 854	9,8	18 837	8,2
1 Mill. – 2 Mill.	153 941	4,8	215 513	3,8	53 321	2,4	73 411	13,2	15 015	5,5	20 790	9,0
2 Mill. – 5 Mill.	109 246	3,4	337 939	5,9	26 564	1,2	79 211	14,2	9 030	3,3	27 846	12,1
5 Mill. – 10 Mill.	40 696	1,3	283 303	5,0	6 102	0,3	41 469	7,4	3 095	1,1	21 276	9,2
10 Mill. – 25 Mill.	27 135	0,8	417 203	7,3	2 336	0,1	33 675	6,0	1 462	0,5	21 959	9,5
25 Mill. – 50 Mill.	10 046	0,3	348 915	6,1	430	0,0	14 224	2,6	413	0,2	13 908	6,0
50 Mill. – 100 Mill.	5 466	0,2	379 724	6,7	129	0,0	8 790	1,6	147	0,1	9 699	4,2
100 Mill. – 250 Mill.	3 437	0,1	525 938	9,2	29	0,0	4 423	0,8	63	0,0	9 689	4,2
250 Mill. und mehr	2 317	0,1	2 689 347	47,3	9	0,0	4 803	0,9	51	0,0	57 005	24,7
Kommanditgesellschaften ^{1,3}				Aktiengesellschaften ^{1,4}				Gesellschaften mit beschränkter Haftung ^{1,5}				
Insgesamt	146 519	100	1 314 754	100	8 029	100	1 037 476	100	500 920	100	2 079 983	100
über 17 500 – 50 000	10 466	7,1	347	0,0	522	6,5	17	0,0	47 964	9,6	1 563	0,1
50 000 – 100 000	11 572	7,9	845	0,1	507	6,3	37	0,0	51 580	10,3	3 785	0,2
100 000 – 250 000	20 018	13,7	3 336	0,3	895	11,1	151	0,0	93 224	18,6	15 506	0,7
250 000 – 500 000	19 060	13,0	6 945	0,5	800	10,0	290	0,0	81 520	16,3	29 492	1,4
500 000 – 1 Mill.	20 516	14,0	14 837	1,1	896	11,2	647	0,1	78 072	15,6	55 836	2,7
1 Mill. – 2 Mill.	19 542	13,3	27 993	2,1	875	10,9	1 274	0,1	60 173	12,0	84 935	4,1
2 Mill. – 5 Mill.	20 039	13,7	63 657	4,8	1 101	13,7	3 583	0,3	47 660	9,5	148 193	7,1
5 Mill. – 10 Mill.	9 862	6,7	69 603	5,3	586	7,3	4 120	0,4	18 690	3,7	130 205	6,3
10 Mill. – 25 Mill.	8 088	5,5	126 178	9,6	653	8,1	10 462	1,0	12 623	2,5	193 905	9,3
25 Mill. – 50 Mill.	3 489	2,4	122 233	9,3	328	4,1	11 676	1,1	4 507	0,9	156 263	7,5
50 Mill. – 100 Mill.	1 970	1,3	136 256	10,4	252	3,1	17 915	1,7	2 469	0,5	171 976	8,3
100 Mill. – 250 Mill.	1 159	0,8	175 536	13,4	259	3,2	41 754	4,0	1 558	0,3	238 326	11,5
250 Mill. und mehr	738	0,5	566 987	43,1	355	4,4	945 550	91,1	880	0,2	849 998	40,9
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften				Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts				Sonstige Rechtsformen ^{1,6}				
Insgesamt	5 365	100	66 823	100	6 360	100	42 074	100	62 653	100	358 544	100
über 17 500 – 50 000	494	9,2	16	0,0	591	9,3	19	0,0	19 722	31,5	616	0,2
50 000 – 100 000	435	8,1	32	0,0	653	10,3	48	0,1	10 794	17,2	765	0,2
100 000 – 250 000	648	12,1	108	0,2	1 166	18,3	193	0,5	10 426	16,6	1 649	0,5
250 000 – 500 000	479	8,9	172	0,3	990	15,6	355	0,8	5 706	9,1	2 023	0,6
500 000 – 1 Mill.	564	10,5	410	0,6	907	14,3	651	1,5	4 571	7,3	3 257	0,9
1 Mill. – 2 Mill.	597	11,1	870	1,3	699	11,0	981	2,3	3 719	5,9	5 259	1,5
2 Mill. – 5 Mill.	906	16,9	2 953	4,4	631	9,9	1 975	4,7	3 315	5,3	10 522	2,9
5 Mill. – 10 Mill.	474	8,8	3 377	5,1	303	4,8	2 143	5,1	1 584	2,5	11 110	3,1
10 Mill. – 25 Mill.	399	7,4	6 313	9,4	206	3,2	3 223	7,7	1 368	2,2	21 487	6,0
25 Mill. – 50 Mill.	177	3,3	6 159	9,2	105	1,7	3 692	8,8	597	1,0	20 760	5,8
50 Mill. – 100 Mill.	96	1,8	6 771	10,1	48	0,8	3 369	8,0	355	0,6	24 948	7,0
100 Mill. – 250 Mill.	67	1,2	9 698	14,5	26	0,4	4 111	9,8	276	0,4	42 401	11,8
250 Mill. und mehr	29	0,5	29 945	44,8	35	0,6	21 313	50,7	220	0,4	213 747	59,6

1 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

2 Einschl. Offene Handelsgesellschaften und ähnlicher Gesellschaften.

3 Einschl. GmbH & Co. KG.

4 Einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien, Europäische AG und sonstige Kapitalgesellschaften.

5 Einschl. Unternehmergesellschaft haftungsbeschränkt.

6 Sonstige juristische Personen des privaten Rechts, Körperschaften des öffentlichen Rechts, ausländische Rechtsformen.

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen

9.13.2 Umsatzsteuerpflichtige, Umsätze und Umsatzsteuer

Nr. der Klassifikation ¹		Steuerpflichtige ²	Steuerbarer Umsatz		Umsatzsteuer		
			Lieferungen und Leistungen ³	innergemeinschaftliche Erwerbe	vor Abzug der Vorsteuerbeträge	abziehbare Vorsteuerbeträge	Umsatzsteuer-vorauszahlung ⁴
		Anzahl	Mill. EUR				
	2008	3 186 878	5 412 240	466 113	846 043	714 885	131 501
	2009	3 135 542	4 897 938	382 392	782 073	636 771	145 699
	2010	3 165 286	5 240 997	449 972	842 546	704 234	138 801
	2011	3 215 095	5 687 179	513 263	925 789	786 744	139 566
2011 nach Wirtschaftsabschnitten							
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁵	86 154	34 892	1 089	3 810	4 149	- 334
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 024	24 442	681	4 622	3 454	1 168
C	Verarbeitendes Gewerbe	239 397	2 040 082	270 245	303 106	302 896	528
D	Energieversorgung	55 228	281 843	2 370	67 745	57 350	10 412
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11 602	46 161	1 705	7 446	6 379	1 064
F	Baugewerbe	358 173	244 067	2 930	43 526	29 916	13 592
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	641 376	1 795 659	209 380	299 424	258 666	40 939
H	Verkehr und Lagerei	110 627	209 744	3 246	31 336	24 558	6 790
I	Gastgewerbe	227 175	66 086	353	9 775	5 935	3 841
J	Information und Kommunikation	124 341	189 285	5 857	36 073	23 055	13 016
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ⁶	25 311	72 187	2 252	17 488	12 716	4 770
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	286 052	152 139	2 291	21 413	12 567	8 850
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	466 022	221 902	6 839	40 812	22 625	18 191
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	168 760	134 739	2 361	23 615	12 988	10 630
P	Erziehung und Unterricht	43 865	9 677	102	1 187	557	630
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	46 951	79 454	356	2 129	1 433	696
R	Kultur, Unterhaltung und Erholung	99 458	33 737	226	4 150	2 654	1 496
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	222 579	51 083	979	8 131	4 846	3 286

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

2 Voranmeldungspflichtige mit Jahresumsätzen über 17 500 Euro.

3 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

4 Negativer Vorauszahlungsbetrag (-) bedeutet Überschuss zugunsten der Steuerpflichtigen.

5 Ohne land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, für die eine Umsatzsteuer-Zahllast nicht entsteht.

6 Ohne steuerfreie Umsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen.

9.14 Ausgewählte Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken

Weitere Informationen zum Verbrauch ausgewählter Genussmittel siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr		Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
Energieerzeugnisse		2012	2011	%	Bier		2012	2011	%
Absatz ausgewählter Energieerzeugnisse ¹					Braustätten		1 339	1 347	- 0,6
Kraftstoffe:					Bierabsatz ⁵				
Benzin ²	1 000 hl	255 169	267 342	- 4,6	Insgesamt		96 494	98 293	- 1,8
Gasöle (Dieselkraftstoff) ³	1 000 hl	399 375	394 849	1,1	Versteuert		81 000	82 760	- 2,1
Flüssiggase	1 000 t	574	627	- 8,5	Steuerfrei		15 493	15 533	- 0,3
Heizstoffe:					darunter:				
Heizöl leicht	1 000 hl	220 259	209 494	5,1	in andere EU-Länder		11 026	11 248	- 2,0
Heizöl schwer	1 000 t	1 271	1 491	- 14,8	in Drittländer		4 316	4 127	4,6
Flüssiggase	1 000 t	1 150	1 156	- 0,5	Branntwein		2011/12	2010/11	%
Tabak					Erzeugung insgesamt		Betriebsjahr (1.10. – 30.9.)		
Versteuerung von Tabakwaren ⁴					Brennereien insgesamt		1 621 854	1 859 925	- 12,8
Versteuerte Mengen:					Erzeugung insgesamt		20 151	19 241	- 4,7
Zigaretten	Mill. St	82 405	87 556	- 5,9	Schaumwein ⁶		2012	2011	%
Zigarillos, Zigarren	Mill. St	3 795	4 216	- 10,0	Versteuerte Menge insgesamt ...		3 408 877	3 350 564	1,7
Feinschnitt	t	26 922	27 043	- 0,4					
Pfeifentabak	t	1 029	915	12,4					

2012 vorläufiges Ergebnis.

1 Netto, d. h. nach Abzug von Steuererstattungen und -vergütungen.

2 Ohne Flugbenzin.

3 Und ihnen im Siedeverhalten entsprechende Energieerzeugnisse.

4 Berechnet aus den gegen Entgelt ausgelieferten Tabaksteuerzeichen (Nettowerte; Rücknahme von Steuerzeichen berücksichtigt).

5 Ohne alkoholfreies Bier und ohne Malztrunk.

6 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Steuersatz.

Methodik

■ Öffentliche Finanzen

Die Daten der **Finanzstatistiken zum öffentlichen Gesamthaushalt** bieten ein umfassendes, detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Sie zeigen, welche Einnahmen den Einheiten des öffentlichen Gesamthaushalts zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert werden konnten und in welchem Umfang zurückgegriffen werden musste auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder auf Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen). Künftige Belastungen der Einheiten des öffentlichen Gesamthaushalts aus aufgenommenen Fremdmitteln ergeben sich aus dem Stand der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich. Die Ergebnisse der Finanzstatistiken sind eine bedeutende Informationsquelle zur Kennzeichnung der Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Für Analysen und Vergleiche auf nationaler Ebene liefern die Finanzstatistiken relevante Informationen über die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und den Schuldenstand. Für die Abbildung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind sie eine bedeutende Basisstatistik. Mit der Statistik der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts stehen wichtige Informationen über die Höhe und Struktur der öffentlichen Verschuldung bereit. Eine herausragende Bedeutung erwächst der Schuldenberichterstattung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst Kernhaushalte und Extrahaushalte. Die Erfassung der **öffentlichen Finanzen der Kernhaushalte** der Gebietskörperschaften erfolgt in Verbindung mit der Haushaltsaufstellung, dem Haushaltsvollzug und der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte. Fortschreitende Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen beeinträchtigen die Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen werden daher neben den Kernhaushalten auch die **Finanzen der Extrahaushalte** berücksichtigt. Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Der Prozess der Einbeziehung der Extrahaushalte in den öffentlichen Gesamthaushalt ist in den verschiedenen finanzstatistischen Erhebungen unterschiedlich weit vorangeschritten.

Die Ergebnisse der vierteljährlichen **Kassenstatistik** (Tabelle 9.2.1), der aktuellsten Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen, basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnissen). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des aktuellen Berichtsjahres. Insbesondere durch die Erweiterung des Berichtskreises um die Extrahaushalte ist der Vergleich mit den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts beeinträchtigt.

Die **Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts** weisen die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf der Grundlage der abgeschlossenen Jahresrechnungen (Rechnungsergebnisse) aus (Tabelle 9.3.1). Sie umfassen im Berichtsjahr 2010 den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile der Europäischen Union, die Länder, Sondervermögen der Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung. Für die Darstellung einzelner Aufgabenbereiche (Tabellen 9.3.2 und 9.3.3) werden die Nettoausgaben ausgewiesen. Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Haushaltsebene finanzierten Ausgaben (Finanzierungs- oder Belastungsprinzip).

Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt grundsätzlich nach der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte. In der vierteljährlichen **Kassenstatistik** werden die Ausgaben und Einnahmen nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert. In den detaillierten Rechnungsergebnissen sind die öffentlichen Ausgaben nach finanz- und gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten und nach Aufgabenbereichen gegliedert. Bei den Ausgabe- und Einnahmearten wird unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten

unterschieden zwischen laufender Rechnung, Kapitalrechnung und besonderen Finanzierungsvorgängen (periodenübergreifenden Transaktionen). Die Zahlungen der Kern- und Extrahaushalte untereinander werden bei der Zusammenfassung zu Körperschaftsgruppen bzw. zum öffentlichen Gesamthaushalt zur Vermeidung von Doppelzählungen bereinigt. Die Ausgabe- und Einnahmesummen der einzelnen Haushaltsebenen lassen sich deshalb nicht zum Gesamtergebnis addieren. Die Finanzen der Stadtstaaten sind in der finanzstatistischen Darstellung grundsätzlich den Länderhaushalten zugerechnet.

In der jährlichen **Schulden- und Finanzvermögenstatistik** sind bereits ab dem Berichtsjahr 2010 mit den Kern- und Extrahaushalten alle Einheiten des Staalsektors einbezogen. Damit ist neben den bereits in den Vorjahren erhobenen Kernhaushalten Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände auch der Kernhaushalt der Sozialversicherung Bestandteil der Erhebung. Alle Extrahaushalte der vier Kernhaushalte komplettieren den Berichtskreis der Schulden- und Finanzvermögenstatistik.

Die Ergebnisse der **Schuldenstatistik** sind nach Körperschaftsgruppen, Schuldarten sowie den jeweiligen Gläubigern differenziert darstellbar. Aus der Summe der Schulden aller Körperschaftsgruppen beim nicht öffentlichen Bereich resultiert der nationale Schuldenstand (Tabelle 9.4.2). Für eine vergleichende Analyse der Verschuldung der Länder (Tabelle 9.4.3) sollten sowohl die Verschuldung der Länder als auch die der kommunalen Ebene – aufgrund unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade – herangezogen werden (siehe hierzu Abbildung „Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2011“). Bedingt durch die Ausweitung des Berichtskreises und einer gleichzeitigen Anpassung der Erhebungsinhalte an die Anforderungen des ESVG 95 im Berichtsjahr 2010, ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen (Tabelle 9.4.1) nur eingeschränkt aussagefähig.

Die **Finanzvermögenstatistik** des öffentlichen Gesamthaushalts erhebt das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts. Die Erhebungseinheiten sind die staatlichen (Bund, Länder) und kommunalen Haushalte (Gemeinden, Gemeindeverbände), die Träger der Sozialversicherung und die Bundesagentur für Arbeit sowie alle Extrahaushalte (öffentlich bestimmte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staalsektors). Nachgewiesen wird nur das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich; dieses wird untergliedert in Bargeld und Einlagen, Wertpapiere, Ausleihungen und Sonstige Forderungen (Tabellen 9.4.4 und 9.4.5).

Die **Jahresabschlussstatistik** liefert mit den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen die Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen der öffentlichen Haushalte (Tabellen 9.5.1 und 9.5.2). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der Finanzen des öffentlichen Bereichs und sichern so das statistische Gesamtbild aller öffentlichen Finanzen. Erhoben werden Angaben der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagennachweises.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Steuern

Bei den Steuerstatistiken ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Nachweisen über die **kassenmäßigen Steuereinnahmen**, den in jährlichen und mehrjährigen Zeitabständen erfolgenden **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** (Vorankündigungen und Veranlagungen) und den laufenden Angaben über die **Verbrauchssteuern**.

Rechtsgrundlage der Steuerstatistiken ist das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG, Art. 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11.11.1995, BGBl. I S. 1250) in seiner jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565) in seiner jeweils geltenden Fassung.

Methodik

Die **Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen** (Tabelle 9.6) bildet die vierteljährlich und jährlich bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten ab. Neben dem Steueraufkommen sind auch die Steueranteile enthalten, die nach den Verteilungsvorgängen den Gebietskörperschaften verbleiben, sowie die Finanzanteile für die Europäische Union.

Die kommunalen Körperschaften bestimmen autonom **Hebesätze** (Abbildung 9.10). Sie dienen der Festsetzung der Steuern, die die Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (**Grundsteuer A**), für sonstige Grundstücke (**Grundsteuer B**) bzw. als Gewerbetreibende (**Gewerbesteuer**) zu entrichten haben. Daher ist das Istaufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer durch den Einfluss der Hebesätze als bundesweiter Vergleichsmaßstab ungeeignet. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte Realsteuervergleich ermöglicht eine Vergleichbarkeit (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen).

Die **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** werden jährlich bzw. in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Sie betreffen die Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik, die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, die Gewerbesteuerstatistik und die Umsatzsteuerstatistiken (Vorankündigungen und Veranlagungen). Grundlage für die Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen sind die aus dem Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben. Daher kann von einer sehr hohen Genauigkeit dieser Statistiken ausgegangen werden. Die Aktualität ist jedoch eingeschränkt. Gründe hierfür sind die lange Veranlagungsdauer, die anspruchsvolle Aufbereitung und die großen Datenmengen. Aufgrund periodenfremder Erstattungen oder Vorauszahlungen weicht das Steueraufkommen, das in den Erhebungen über die Steuerbemessungsgrundlagen nachgewiesen wird, von den auf das Kalenderjahr bezogenen kassenmäßigen Steuereinnahmen (Tabelle 9.6) ab.

Die **Einkommensteuerstatistik** (Tabellen 9.7.1 bis 9.7.3) enthält die Steuerpflichtigen mit Angaben über die Einkünfte, das Einkommen, die Einkommensteuer sowie Steuervergünstigungen der natürlichen Personen. Dazu zählen auch die Einkommensverhältnisse ausgewählter freier Berufe. Das Wohnsitzfinanzamt verschlüsselt die Art der freiberuflichen Tätigkeit anhand der von den Steuerpflichtigen gemachten Angaben zum ausgeübten Beruf. Über die Einkommensteuerstatistik sind auch Angaben über die **Personengesellschaften und Gemeinschaften** (Tabelle 9.9) möglich, für die eine besondere Feststellung der Einkünfte erfolgt. Mit entsprechenden Angaben gehen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen in die **Körperschaftsteuerstatistik** (Tabelle 9.8) ein.

Die **Gewerbesteuerstatistik** (Tabelle 9.10) weist die Bemessungsgrundlagen für den Gewerbeertrag nach. Aus diesen Bemessungsgrundlagen leitet sich der Steuermessbetrag ab. Die Erhebung der Gewerbesteuer mittels Hebesatz durch die Gemeinden bildet die Gewerbesteuerstatistik nicht ab. Angaben zu den Gewerbesteuerhebesätzen liegen jedoch im Rahmen des Realsteuervergleichs vor oder können der Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ entnommen werden.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik** (Tabellen 9.11.1 und 9.11.2) gibt einen Überblick über alle steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde.

In der **Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)** werden die Unternehmen erfasst, die zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet sind (Tabelle 9.12). Darin enthalten sind damit auch Unternehmen mit einem Vorjahresumsatz von weniger als 17 501 Euro. Aufgrund der geltenden Abgabefristen für die Umsatzsteuererklärung, liegen die Daten der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) im Vergleich zu den Daten der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) erst später vor. Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und verbleibende Umsatzsteuer, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig, in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform.

Die **Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen)** bildet die Angaben der Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro ab, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind (Tabellen 9.13.1 und 9.13.2). Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und Umsatzsteuer-Vorauszahlung, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig (Tabelle 9.13.2), in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform (Tabelle 9.13.1).

Aus den **Verbrauchssteuerstatistiken** (Tabelle 9.14) gehen unter anderem die Verbrauchssteuer-Belastung und die versteuerten Mengen bestimmter Genussmittel (Bier, Schaumwein, Branntwein, Tabakwaren) sowie von Energieerzeugnissen hervor. Die Steuer bemisst sich bei den Tabakwaren nach Menge und Kleinverkaufspreis, bei den übrigen verbrauchssteuerpflichtigen Waren nach der abgesetzten Menge der Erzeugnisse. Die Periodizität ist bei den einzelnen Verbrauchssteuerstatistiken unterschiedlich, aber in allen Fällen sind Jahresangaben verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ausgaben/Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts | Sie sind nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert, in den Rechnungsergebnissen zusätzlich nach Aufgabenbereichen. Die Gliederung basiert auf der Systematik der kameralen staatlichen und kommunalen Haushalte.

Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung | Summe aller Ausgaben und Einnahmen, die im Verwaltungsvollzug sowie im Betrieb von Einrichtungen und Anstalten meistens regelmäßig anfallen und nicht vermögenswirksam sind (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben und -einnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Gebühreneinnahmen, Steuern), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen der Kapitalrechnung | Summe aller Ausgaben und Einnahmen, die eine Vermögensänderung herbeiführen oder der Finanzierung von Investitionen anderer Träger dienen und keine besonderen Finanzierungsvorgänge darstellen (Baumaßnahmen, Erwerb und Veräußerung von Sachvermögen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen, Darlehensgewährungen und -rückflüsse), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen | Summe der Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Besondere Finanzierungsvorgänge | Hierbei handelt es sich um periodenübergreifende Transaktionen.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anlagennachweis | Ausgewählte Angaben aus den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Inhaltlich entsprechen diese Positionen der Mindestgliederung, die durch HGB, Eigenbetriebsrecht und weitere spezialrechtliche Vorschriften (z. B. Krankenhausbuchführungsverordnung) vorgegeben ist.

Braustätte | Wird durch die Herstellungsgeräte und die sie umschließenden Räume gebildet und somit nicht als wirtschaftliche, sondern als technische und räumliche Betriebseinheit verstanden. Dargestellt werden die tatsächlich betriebenen Braustätten, die auch als Herstellungs-, Brauereibetrieb oder Brauerei bezeichnet werden.

Bundessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 GG dem Bund zusteht. Die Bundessteuern umfassen z. B. die Verbrauchsteuern ohne Biersteuer (u. a. Energie-, Strom-, Tabak-, Kaffee-, Schaumweinsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer (seit 1.7.2009, davor Landessteuer) und die Versicherungssteuer.

Einkommen | Gesamtbetrag der Einkünfte abzüglich Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Steuerbegünstigungen für Wohnzwecke und Verlustabzug.

Einkommensteuerpflichtige | Unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sowie die im Ausland lebenden deutschen Behördenangehörigen mit deren Familien. Die unbeschränkte Steuerpflicht erstreckt sich auf alle in- und ausländischen Einkünfte. Zusammenveranlagte Ehegatten gelten grundsätzlich als eine steuerpflichtige Person.

Erbanfall | Mit dem Tode (Erbfall) einer Person (Erblasserin bzw. Erblasser) geht deren Vermögen (Nachlass oder Erbschaft) als Ganzes auf eine oder mehrere Personen (Erben und Erben) über (§ 1922 BGB).

Erbschaftsteuer bzw. Schenkungsteuer | Der Steuer unterliegen die Erwerbe von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen sowie das Vermögen bestimmter Stiftungen in Zeitabständen von 30 Jahren (§ 1 ErbStG).

Erwerbe vor/nach Abzug | Erwerbe vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen, Steuerbegünstigungen und Freibeträgen (außer persönlicher Freibetrag nach § 16 ErbStG) usw.

Eventualverbindlichkeiten | Darunter fallen Bürgschaften und Gewährleistungen der öffentlichen Haushalte, die lediglich die übernommenen Haftungssummen enthalten. Obligatorisch kraft Gesetz übertragene Bürgschaften bleiben unberücksichtigt.

Extrahaushalte | Alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Finanzierungssaldo | Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistik weicht von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Finanzierungssaldo des Staates aufgrund methodischer Unterschiede ab.

Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts | Nachgewiesen wird das Finanzvermögen entsprechend dem Schuldnerprinzip beim nicht öffentlichen Bereich. Dazu zählen Wertpapiere und Ausleihungen jeweils bei Kreditinstituten, beim sonstigen inländischen Bereich oder beim sonstigen ausländischen Bereich sowie Bargeld und Einlagen und alle sonstigen Forderungen.

Freiberuflich Tätige | Einkommensteuerpflichtige Personen mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Berufsgruppen.

Gemeindesteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 GG den Gemeinden/Gemeindeverbänden zusteht. Dazu gehören die sogenannten Realsteuern (Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer) sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

Gemeinschaftsteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht. Sie umfassen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Abgeltungsteuer und Körperschaftsteuer (sie bilden zusammen die Steuern vom Einkommen) sowie Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Gesamtbetrag der Einkünfte | Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert u. a. um den Altersentlastungsbetrag und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. In der Körperschaftsteuer ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der Einkünfte vermindert um den Freibetrag für Land- und Forstwirtschaftler bzw. -wirte und abziehbare Spenden und Beiträge sowie im Falle der Organshaft korrigiert um das dem Organträger zuzurechnende Einkommen der Organgesellschaft.

Gewerbebetrieb | Das ist eine selbstständige nachhaltige Betätigung, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt (§ 15 EStG). Die Betätigung darf weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbstständige Arbeit anzusehen sein. Ein Gewerbebetrieb liegt auch dann vor, wenn die Gewinnerzielungsabsicht nur ein Nebenzweck ist und seine Voraussetzungen im Übrigen gegeben sind.

Gewerbeertrag | Gewinn aus Gewerbebetrieb, modifiziert um eine Reihe von Hinzurechnungen und Kürzungen gemäß Gewerbesteuergesetz.

Gewinnfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Haushaltstechnische Verrechnungen | In den kameralen Haushalten sind dies interne Verrechnungen, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzählungen eliminiert werden.

Hebesatz | Von der Gemeinde für das jeweilige Kalenderjahr festgesetzter Prozentsatz, der auf die Messbeträge der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B)

angewandt wird (sog. Hebesatzanspannung) und der für die einzelnen Realsteuerarten in aller Regel unterschiedlich hoch ist.

Innergemeinschaftliche Erwerbe | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Ein innergemeinschaftlicher Erwerb liegt vor, wenn die Lieferung aus dem Gemeinschaftsgebiet der EU erfolgt. Die Lieferung muss von einem Unternehmer durch sein Unternehmen gegen Entgelt erfolgen. Die erworbene Lieferung unterliegt dann der Umsatzsteuer. Der innergemeinschaftliche Erwerb ist in § 1a UStG geregelt.

Kassenkredite (bzw. Kassenverstärkungskredite) | Kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen.

Kernhaushalte | Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung (in der jährlichen Schulden- und Finanzvermögensstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 in der vierteljährlichen Kassenstatistik und vierteljährlichen Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2011).

Körperschaftsteuer | Eine besondere Art der Einkommensteuer für juristische Personen (insbesondere Kapitalgesellschaften, z. B. AG und GmbH), andere Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Besteuerungsgrundlage ist das Einkommen, das die Körperschaft innerhalb des Kalenderjahres bezogen hat.

Körperschaftsteuerpflichtige | Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen nach den §§ 1 und 2 KStG.

Landessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 2 GG den Ländern zusteht. Die Landessteuern umfassen die Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Rennwett- und Lotterie-, Feuerschutz- und Biersteuer.

Lieferungen und Leistungen (Umsätze) | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Umsätze im Sinne der Umsatzsteuerstatistiken (Voranmeldungen und Veranlagungen) sind Lieferungen, sonstige Leistungen (Ausgangsumsätze) und der Eigenverbrauch der Unternehmen, abgekürzt „Lieferungen und Leistungen“.

Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer | Im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG ist Mitunternehmerin bzw. Mitunternehmer, wer als zivilrechtliche/r Gesellschafter/-in einer Personengesellschaft unternehmerisches Risiko trägt und unternehmerische Initiative entfalten kann.

Nachlassgegenstände | Das Guthaben/Vermögen, das die Erblasserin oder der Erblasser hinterlässt. Nachlassgegenstände sind land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen sowie das übrige Vermögen (z. B. Kapitalforderungen, Wertpapiere, Bankguthaben, Versicherungen, Renten, Bargeld, Hausrat usw.).

Nachlassverbindlichkeiten | Erwerbslasten, die den Erwerb aus der Sicht der steuerpflichtigen Person schmälern. Dies sind z. B. Hypotheken, Steuerschulden, Verbindlichkeiten, Erbfallkosten und Schulden, die mit dem erworbenen Vermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Negative Einkünfte | Einkünfte, die kleiner als Null sind.

Nettoausgaben | Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzierenden Ausgaben (Belastungsprinzip).

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen | Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass die Kernhaushalte mit mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte – unmittelbar oder mittelbar – beteiligt sind. Sie können in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form geführt werden. Die bei öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am häufigsten vorkommenden Rechtsformen des öffentlichen Rechts sind der Eigenbetrieb und die Anstalt des öffentlichen Rechts. Häufigste privatrechtliche Form ist die GmbH. Entstanden sind sie durch Aufgabenauslagerungen aus den Kernhaushalten, durch Neugründung oder Beteiligungserwerb.

Öffentlicher Gesamthaushalt | Er umfasst

- in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts den Bund, die Sondervermögen des Bundes, die Länder, die Sondervermögen der Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in der Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung.

Personengesellschaften/Gemeinschaften | Gesellschaften/Gemeinschaften, die selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten sind. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Positive Einkünfte | Einkünfte, die größer bzw. gleich Null sind.

Reinerwerb | Anteiliger Reinnachlass je Erwerberin bzw. Erwerber.

Reinnachlass | Nachlassgegenstände abzüglich Nachlassverbindlichkeiten.

Schulden beim nicht öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- bei Kreditinstituten,
- beim sonstigen inländischen Bereich sowie
- beim sonstigen ausländischen Bereich.

Der ausgewiesene **naionale Schuldenstand** entspricht ab dem Berichtsjahr 2010 der Summe der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich des öffentlichen Gesamthaushalts. Bis zum Berichtsjahr 2009 basierte der nationale Schuldenstand auf den Kreditmarktschulden einschließlich der Kassenkredite. Aufgrund dieser methodischen Umstellung und der Berichtskreiserweiterung zum Berichtsjahr 2010 ist ein Vergleich des Schuldenstandes zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Schulden beim öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- beim Bund,
- bei Ländern,
- bei Gemeinden/Gemeindeverbänden,
- bei Zweckverbänden,
- bei der Sozialversicherung,
- bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie
- bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen.

Zu beachten ist, dass die Schulden beim öffentlichen Bereich unkonsolidiert ausgewiesen werden.

Sondervermögen des Bundes | Sie werden in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts und in der Schuldenstatistik als Extrahaushalte nachgewiesen.

Sonstiger Erwerb | Erwerb durch Vermächtnisse, Verträge zugunsten Dritter, geltend gemachte Pflichtteilsansprüche usw.

Steuerbarer Umsatz | Gem. § 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umfasst der steuerbare Umsatz

- die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,
- die Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittlandgebiet in das Inland (= Einfuhrumsatzsteuer, nicht Bestandteil der Umsatzsteuerstatistiken) und
- die innergemeinschaftlichen Erwerbe im Inland gegen Entgelt.

Steuermessbetrag nach dem Gewerbebeertrag | Abgerundeter Gewerbebeertrag, nach Anwendung einer bundeseinheitlichen sogenannten Steuermesszahl von 5 %. Bei natürlichen Personen/Personengesellschaften gilt vorab ein Freibetrag von 24 500 Euro und der Steuermessbetrag ist bis zu einem Gewerbebeertrag von 48 000 Euro zwischen 1 und 4 % gestaffelt. Für bestimmte Körperschaften gilt ein Freibetrag von 3 900 Euro.

Steuerpflichtiger Erwerb | Gemäß § 10 ErbStG die Bereicherung der Erwerberin oder des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist.

Umsatzsteuerpflichtige | Im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG ist ein Unternehmer umsatzsteuerpflichtig, wenn er eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Das Unternehmen umfasst die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit des Unternehmers. Gewerblich oder beruflich ist jede nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Gewinnabsicht fehlt oder eine Personenvereinigung nur ihren Mitgliedern gegenüber tätig wird. Der Kreis der in der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) erfassten Steuerpflichtigen umfasst die Unternehmen, die im Statistikjahr Umsatzsteuer-Vorankündigungen abgegeben haben, mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro. Nicht erfasst sind Jahreszahler (Unternehmer, die keine Vorankündigung, sondern nur eine jährliche Umsatzsteuererklärung abgeben müssen) und Kleinunternehmer (mit jährlichen Umsätzen unter 17 501 Euro). Die Abbildung der Unternehmen, die im Statistikjahr nach § 2 Abs. 1 UStG eine Umsatzsteuererklärung abgegeben haben (darunter fallen auch die Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro), erfolgt in der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen).

Unbeschränkte/beschränkte Steuerpflicht | Unbeschränkt steuerpflichtig sind Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben bzw. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihren Sitz im Inland haben. Der Steuer unterliegen in diesem Fall sowohl das inländische als auch das ausländische Einkommen oder Vermögen. Beschränkte Steuerpflicht liegt vor, wenn der gewöhnliche Aufenthalt und der Wohnsitz der/des Steuerpflichtigen (bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer auch der Erblasserin bzw. des Erblassers oder der Schenkerin bzw. des Schenkers) bzw. der Sitz einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse nicht im Inland liegen. Zu versteuern ist hier nur das inländische Einkommen oder Vermögen.

Verlustfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit negativen Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Vorerwerb | Dem Erbfall vorangegangene Schenkung von der Erblasserin oder dem Erblasser an die Erwerberin oder den Erwerber.

Wirtschaftszweig | Die Wirtschaftszweigklassifikation dient der Zuordnung der Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit. Grundsätzlich wird ein Unternehmen einem einzigen Wirtschaftszweig zugeordnet. Maßgebend für die Zuordnung ist dabei die Haupttätigkeit des Unternehmens. Mit dem Berichtsjahr 2009 erfolgte in den Steuerstatistiken der Umstieg von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Zu versteuerndes Einkommen | In der Körperschaftsteuerstatistik das Einkommen im Sinne des § 8 Abs. 1 KStG, vermindert um die Freibeträge der §§ 24 und 25 KStG. In der Einkommensteuerstatistik wird das Einkommen um Kinderfreibeträge und den Härteausgleich gem. § 46 Abs. 3 EStG, § 70 EStDV gemindert.

Zweckverband | Zusammenschluss von Gemeinden/Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Kann seinerseits als Träger, z. B. eines Eigenbetriebs, auftreten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Finanzen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 71, Daten zu *Steuern* unter Code 73

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Öffentliche Finanzen

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.1	Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.3	Jahresrechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte
Reihe 5	Schulden der öffentlichen Haushalte
Reihe 5.1	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11	Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 7/11	Die gesetzliche Sozialversicherung in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 11/11	Integration in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 4/12	Ausgewählte Struktur- und Bilanzmerkmale öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 10/12	Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2011
Heft 2/13	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2011
Heft 5/13	Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2012

■ Steuern

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 4	Steuerhaushalt
Reihe 7.1	Lohn- und Einkommensteuer
Reihe 7.1.1	Jährliche Einkommensteuer
Reihe 7.2	Körperschaftsteuer
Reihe 8.1	Umsatzsteuer (Voranmeldungen)
Reihe 8.2	Umsatzsteuer (Veranlagungen)
Reihe 9.1	Tabaksteuer
Reihe 9.2	Biersteuer
Reihe 9.3	Energiesteuer
Reihe 9.5	Schaumweinsteuer
Reihe 9.6	Luftverkehrssteuer
Reihe 10.1	Realsteuervergleich
Reihe 10.2	Gewerbesteuer

Fachberichte

Jährliche Körperschaftsteuerstatistik (2008)
Staatliche Förderung der Riesterrente (2008)
Statistik der Personengesellschaften und Gemeinschaften (2008)
Erbschaft- und Schenkungsteuer (2011)
Verbrauchssteuern (2000 – 2012)
Branntweinsteuer (2012)

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10	Statistische Auswertung der Riester-Förderung
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/10	Jährliche Körperschaftsteuerstatistik – Methodik und erste Ergebnisse

Mehr zum Thema

■ Steuern

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/11	Die neue Umsatzsteuerstatistik nach Veranlagungen
Heft 11/11	Politikberatung durch Mikrosimulationen – Berechnungen für die Gemeindefinanzkommission
Heft 8/12	Weiterentwicklung der Gewerbesteuerstatistik
Heft 10/12	Umsätze und ihre Besteuerung

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Hebesätze der Realsteuern

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 42 10 (Ausgaben und Einnahmen),
+49 (0)6 11 / 75 42 03 (Schulden),
+49 (0)6 11 / 75 48 39 (Finanzvermögen),
+49 (0)6 11 / 75 26 85 (öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen),
+49 (0)6 11 / 75 43 15 (Steuern).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

10 Wahlen



In **17. Legislaturperiode** regiert eine **Koalition** aus **CDU/CSU und FDP** | Zusammen hatte sie **332 von insgesamt 622 Sitzen** im Bundestag | An Wahl zum 17. Deutschen Bundestag **beteiligten** sich **71 %** der Wahlberechtigten | Im **Europäischen Parlament** ist Deutschland mit **99 Sitzen** vertreten | Stärkste deutsche Fraktion ist derzeit die **CDU/CSU** mit **42 Sitzen** | **43 %** der deutschen Wahlberechtigten **beteiligten** sich 2009 an Wahl zum Europäischen Parlament



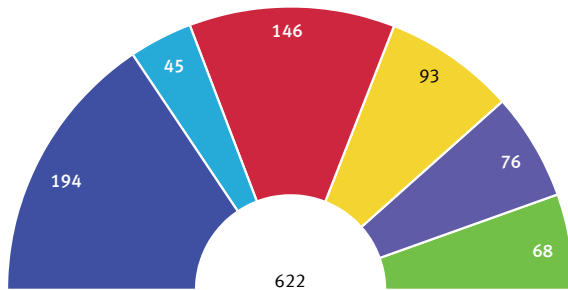
Die Wahlergebnisse zum 18. Deutschen Bundestag und der Landtagswahl in Hessen vom 22. September 2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die aktuellen Wahlergebnisse finden Sie unter www.bundeswahlleiter.de

<i>Seite</i>	
283	Auf einen Blick
	Tabellen
284	Wahl zum Deutschen Bundestag Sitzverteilung im Deutschen Bundestag Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden
287	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland Deutsche Sitze im Europäischen Parlament Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen
288	Landtagswahlen Sitzverteilung in den Länderparlamenten Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe
289	Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmenzahl der Länder im Bundesrat
290	Methodik
291	Glossar
293	Mehr zum Thema

10.0 Auf einen Blick

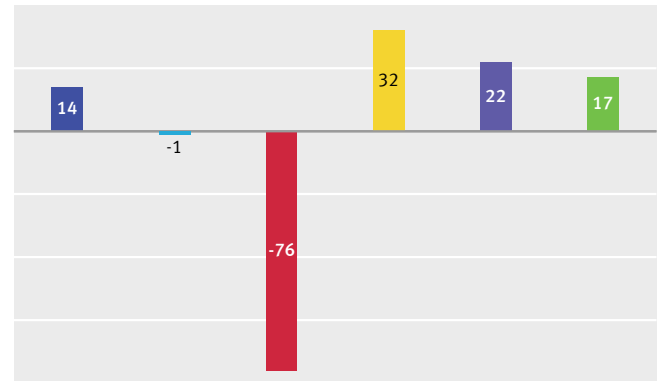
■ CDU ■ CSU ■ SPD ■ GRÜNE ■ FDP ■ DIE LINKE

Sitzverteilung im Deutschen Bundestag, Wahl am 27.9.2009



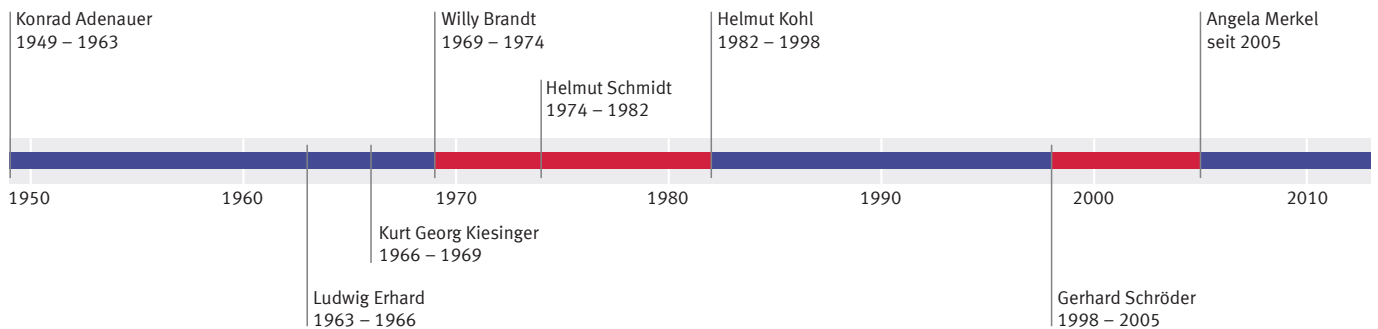
2013 - 01 - 0297

Gewinne und Verluste von Sitzen gegenüber der letzten Wahl



2013 - 01 - 0298

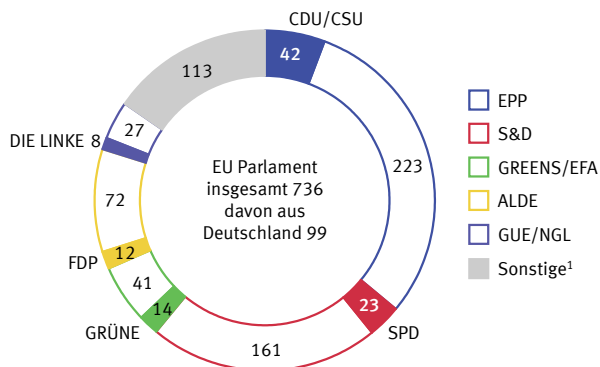
Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



2013 - 01 - 0299

Sitzverteilung im Europäischen Parlament, Wahl am 7.6.2009

Sitze der deutschen Parteien innerhalb der Fraktionen



1 Ohne Beteiligung deutscher Parteien.

2013 - 01 - 0300

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.1 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

	Sitze insgesamt	Davon entfielen auf					
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE ¹	GRÜNE	CSU
Bundestagswahl am 27.9.2009							
Deutschland	622 ¹²	194	146	93	76	68	45
dar. Frauen	204	42	56	23	40	37	6
Baden-Württemberg	84	37	15	15	6	11	–
Bayern	91	–	16	14	6	10	45
Berlin	23	6	5	3	5	4	–
Brandenburg	19	5	5	2	6	1	–
Bremen	6	1	2	1	1	1	–
Hamburg	13	4	4	2	1	2	–
Hessen	45	15	12	8	4	6	–
Mecklenburg-Vorpommern ...	14	6	2	1	4	1	–
Niedersachsen	62	21	19	9	6	7	–
Nordrhein-Westfalen	129	45	39	20	11	14	–
Rheinland-Pfalz	32	13	8	5	3	3	–
Saarland	10	4	2	1	2	1	–
Sachsen	35	16	5	4	8	2	–
Sachsen-Anhalt	17	5	3	2	6	1	–
Schleswig-Holstein	24	9	6	4	2	3	–
Thüringen	18	7	3	2	5	1	–
Bundestagswahl am 18.9.2005							
Deutschland	614 ¹³	180	222	61	54	51	46
dar. Frauen	195	38	80	15	26	29	7
Baden-Württemberg	76	33	23	9	3	8	–
Bayern	89	–	24	9	3	7	46
Berlin	22	5	8	2	4	3	–
Brandenburg	21	4	10	1	5	1	–
Bremen	4	1	2	–	–	1	–
Hamburg	14	4	6	1	1	2	–
Hessen	43	15	16	5	2	5	–
Mecklenburg-Vorpommern ...	13	4	4	1	3	1	–
Niedersachsen	62	21	27	6	3	5	–
Nordrhein-Westfalen	130	46	54	13	7	10	–
Rheinland-Pfalz	31	12	11	4	2	2	–
Saarland	10	3	4	1	2	–	–
Sachsen	36	14	8	4	8	2	–
Sachsen-Anhalt	23	5	10	2	5	1	–
Schleswig-Holstein	22	8	9	2	1	2	–
Thüringen	18	5	6	1	5	1	–

1 Bis 15.6.2007: Die Linke.

2 Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU: 1 in Schleswig-Holstein, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 4 in Sachsen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 10 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland sowie 3 für die CSU in Bayern.

3 Einschl. 9 Überhangmandaten für die SPD: 1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt und 1 im Saarland sowie 7 für die CDU: 4 in Sachsen und 3 in Baden-Württemberg.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE ¹	GRÜNE	Sonstige
	1 000	%						
Bundestagswahl am 27.9.2009								
Deutschland	62 168,5	70,8	33,8¹²	23,0	14,6	11,9	10,7	6,0
Baden-Württemberg	7 633,8	72,4	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
Bayern	9 382,6	71,6	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
Berlin	2 471,7	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
Brandenburg	2 128,7	67,0	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4
Bremen	488,0	70,3	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5
Hamburg	1 256,6	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
Hessen	4 398,9	73,8	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 400,3	63,0	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9
Niedersachsen	6 112,1	73,3	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9
Nordrhein-Westfalen	13 288,3	71,4	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1	5,0
Rheinland-Pfalz	3 103,9	72,0	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
Saarland	808,6	73,7	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
Sachsen	3 518,2	65,0	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
Sachsen-Anhalt	2 028,6	60,5	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2
Schleswig-Holstein	2 234,7	73,6	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2
Thüringen	1 913,6	65,2	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7
Bundestagswahl am 18.9.2005								
Deutschland	61 870,7	77,7	35,2¹³	34,2	9,8	8,7	8,1	3,9
Baden-Württemberg	7 529,2	78,7	39,2	30,1	11,9	3,8	10,7	4,3
Bayern	9 222,6	77,9	49,2	25,5	9,5	3,4	7,9	4,5
Berlin	2 438,9	77,4	22,0	34,3	8,2	16,4	13,7	5,4
Brandenburg	2 128,4	74,9	20,6	35,8	6,9	26,6	5,1	5,1
Bremen	486,5	75,5	22,8	42,9	8,1	8,4	14,3	3,5
Hamburg	1 230,7	77,5	28,9	38,7	9,0	6,3	14,9	2,2
Hessen	4 367,0	78,7	33,7	35,6	11,7	5,3	10,1	3,6
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 418,8	71,2	29,6	31,7	6,3	23,7	4,0	4,8
Niedersachsen	6 083,0	79,4	33,6	43,2	8,9	4,3	7,4	2,6
Nordrhein-Westfalen	13 257,0	78,3	34,4	40,0	10,0	5,2	7,6	2,8
Rheinland-Pfalz	3 084,2	78,7	36,9	34,6	11,7	5,6	7,3	3,9
Saarland	818,5	79,4	30,2	33,3	7,4	18,5	5,9	4,7
Sachsen	3 561,4	75,7	30,0	24,5	10,2	22,8	4,8	7,7
Sachsen-Anhalt	2 088,1	71,0	24,7	32,7	8,1	26,6	4,1	3,9
Schleswig-Holstein	2 198,8	79,1	36,4	38,2	10,1	4,6	8,4	2,2
Thüringen	1 957,8	75,5	25,7	29,8	7,9	26,1	4,8	5,7

1 Bis 15.6.2007: Die Linke.

2 CDU: 27,3%, CSU: 6,5%.

3 CDU: 27,8%, CSU: 7,4%.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹¹	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
	1 000	%	1 000		%						
Bundestagswahl am 27.9.2009											
	Insgesamt										
Insgesamt	62 168	71,4	44 006	43 371	27,3	23,0	14,6	11,9	10,7	6,5	6,0
18 – 25	5 907	60,7	3 517	3 483	20,9	18,2	15,3	10,3	15,4	5,2	14,7
25 – 35	8 249	63,0	5 112	5 061	23,7	17,0	18,3	10,5	13,8	6,0	10,7
35 – 45	10 570	70,9	7 468	7 390	24,1	20,2	16,6	11,2	14,8	6,0	7,1
45 – 60	17 059	74,2	12 545	12 391	23,7	23,4	14,4	15,2	12,5	5,7	5,0
60 und mehr	20 384	75,9	15 362	15 046	34,4	27,3	12,2	10,4	5,0	8,0	2,7
	Männer										
18 – 25	2 999	60,9	1 807	1 790	19,1	17,9	17,3	9,7	12,1	4,9	18,9
25 – 35	4 180	62,2	2 571	2 545	21,5	16,1	20,5	10,9	11,6	5,8	13,5
35 – 45	5 349	70,0	3 734	3 696	22,2	20,2	18,9	12,0	12,6	5,8	8,3
45 – 60	8 517	73,7	6 238	6 167	21,9	23,8	15,4	16,9	11,0	5,4	5,5
60 und mehr	8 834	79,4	6 961	6 834	31,5	27,6	13,3	12,5	4,6	7,6	3,0
Zusammen	29 880	71,8	21 310	21 032	24,8	23,0	16,1	13,3	9,4	6,2	7,3
	Frauen										
18 – 25	2 908	60,4	1 710	1 693	22,7	18,5	13,3	10,9	18,9	5,5	10,2
25 – 35	4 068	63,9	2 542	2 516	25,9	17,8	16,1	10,0	16,1	6,2	7,9
35 – 45	5 221	71,8	3 735	3 694	26,1	20,2	14,4	10,3	17,0	6,1	5,9
45 – 60	8 542	74,7	6 308	6 224	25,6	22,9	13,5	13,5	14,1	5,9	4,6
60 und mehr	11 550	73,2	8 401	8 212	36,9	27,1	11,3	8,6	5,4	8,4	2,4
Zusammen	32 289	71,0	22 695	22 339	29,6	23,1	13,1	10,6	12,0	6,8	4,8

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.1.4 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

	Bevölkerung am 31.12.2009	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
	Anzahl		%						
Bundestagswahl am 27.9.2009									
Berlin	3 442 675	2 471 665	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
Hamburg	1 774 224	1 256 634	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
München	1 330 440	895 101	73,4	32,1	19,3	17,6	6,7	17,5	6,8
Köln	998 105	703 424	70,6	26,9	25,7	15,6	9,0	17,9	4,8
Frankfurt am Main	671 927	402 198	71,8	27,8	21,9	17,5	10,5	17,2	5,1
Stuttgart	601 646	365 542	74,3	28,5	19,8	18,4	7,8	20,1	5,4
Düsseldorf	586 217	414 125	71,1	32,1	24,2	17,9	8,6	12,6	4,6
Dortmund	581 308	423 053	68,7	24,4	34,3	11,7	11,2	12,4	5,9
Essen	576 259	435 602	69,7	27,2	35,0	12,3	9,7	10,3	5,6
Bremen	547 685	402 884	71,4	23,7	29,8	10,7	14,2	16,2	5,4
Hannover	520 966	370 711	73,4	25,4	30,5	12,2	10,0	16,2	5,8
Leipzig	518 862	415 259	66,1	28,0	18,1	12,3	25,5	12,0	4,1
Dresden	517 052	421 639	67,6	33,6	15,0	13,6	21,2	12,6	4,1
Nürnberg	503 673	345 218	69,3	31,8	23,6	12,8	9,5	13,0	9,3
Duisburg	491 931	345 343	64,8	25,1	38,2	9,3	12,5	8,5	6,4
Bochum	376 319	284 855	71,1	24,2	37,1	10,4	11,3	11,4	5,6
Wuppertal	351 050	250 614	68,2	29,2	27,2	14,0	11,2	12,7	5,8
Bielefeld	323 084	238 268	72,9	30,4	30,0	11,1	9,7	14,1	4,7
Bonn	319 841	219 218	76,4	31,1	22,5	19,0	7,0	16,0	4,3
Mannheim	311 969	198 437	67,6	29,0	24,7	15,0	11,3	13,6	6,4
Karlsruhe	291 959	201 833	71,1	28,6	20,6	17,4	8,3	18,4	6,6
Wiesbaden	277 493	187 479	71,2	31,1	23,5	17,7	8,6	14,1	4,9
Münster	275 543	210 934	77,7	33,7	23,7	14,7	6,7	17,2	3,9
Augsburg	263 646	185 478	65,7	37,9	19,0	12,8	8,0	13,0	9,3
Gelsenkirchen	259 744	187 486	64,9	23,2	42,0	9,0	12,1	6,9	6,8
Aachen	258 380	176 885	73,6	31,9	22,4	15,1	8,5	16,1	6,0
Mönchengladbach	258 251	194 294	63,9	35,0	24,5	18,0	8,3	8,9	5,2

Gemeinden mit 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr.

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland**10.2.1 Deutsche Sitze im Europäischen Parlament**

	Sitze insgesamt	Verteilung auf die Parteien					
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ¹	CSU
Europawahl am 7.6.2009							
Deutschland ..	99	34	23	14	12	8	8
dar. Frauen ..	37	8	10	7	5	4	3
Europawahl am 13.6.2004							
Deutschland ..	99	40	23	13	7	7	9
dar. Frauen ..	31	8	9	7	1	4	2

1 Bis 16.7.2005: PDS, bis 15.6.2007: Die Linke.

10.2.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern am 7.6.2009

	Wahlberechtigte	Wähler/-innen bzw. Wahl- beteiligung	Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			ungültig	gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Anzahl											
Deutschland	62 222 873	26 923 614	590 170	26 333 444	8 071 391	5 472 566	3 194 509	2 888 084	1 969 239	1 896 762	2 840 893
Baden-Württemberg	7 635 842	3 968 608	149 083	3 819 525	1 478 135	689 812	572 267	537 100	114 105	–	428 106
Bayern	9 386 096	3 974 578	27 974	3 946 604	–	507 527	455 032	356 506	91 733	1 896 762	639 044
Berlin	2 473 787	869 339	10 989	858 350	208 395	161 635	202 437	74 522	126 442	–	84 919
Brandenburg	2 127 871	635 720	9 404	626 316	140 616	142 615	52 889	46 367	162 687	–	81 142
Bremen	488 095	189 640	1 992	187 648	45 886	55 064	41 476	16 721	13 468	–	15 033
Hamburg	1 256 701	436 266	3 633	432 633	128 443	109 766	88 823	48 225	29 181	–	28 195
Hessen	4 402 792	1 669 822	30 735	1 639 087	596 878	400 623	246 535	207 253	63 407	–	124 391
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 403 333	653 283	30 280	623 003	201 447	104 231	34 450	47 170	146 305	–	89 400
Niedersachsen	6 112 225	2 477 550	24 312	2 453 238	962 510	668 545	305 758	251 167	97 328	–	167 930
Nordrhein-Westfalen	13 308 501	5 561 960	57 960	5 504 000	2 091 945	1 410 141	688 272	678 273	252 475	–	382 894
Rheinland-Pfalz	3 104 297	1 726 377	69 342	1 657 035	660 252	426 272	157 966	184 838	57 455	–	170 252
Saarland	809 356	474 318	20 870	453 448	162 696	120 676	34 860	36 536	54 570	–	44 110
Sachsen	3 526 777	1 677 354	71 798	1 605 556	567 231	188 503	107 621	157 530	321 988	–	262 683
Sachsen-Anhalt	2 035 415	769 490	35 417	734 073	213 731	132 868	39 882	62 900	173 385	–	111 307
Schleswig-Holstein	2 233 570	822 149	8 873	813 276	308 368	200 370	109 768	102 891	31 715	–	60 164
Thüringen	1 918 215	1 017 160	37 508	979 652	304 858	153 918	56 473	80 085	232 995	–	151 323
%											
Deutschland	X	43,3	2,2	97,8	30,7	20,8	12,1	11,0	7,5	7,2	10,8
Baden-Württemberg	X	52,0	3,8	96,2	38,7	18,1	15,0	14,1	3,0	–	11,2
Bayern	X	42,3	0,7	99,3	–	12,9	11,5	9,0	2,3	48,1	16,2
Berlin	X	35,1	1,3	98,7	24,3	18,8	23,6	8,7	14,7	–	9,9
Brandenburg	X	29,9	1,5	98,5	22,5	22,8	8,4	7,4	26,0	–	13,0
Bremen	X	38,9	1,1	98,9	24,5	29,3	22,1	8,9	7,2	–	8,0
Hamburg	X	34,7	0,8	99,2	29,7	25,4	20,5	11,1	6,7	–	6,5
Hessen	X	37,9	1,8	98,2	36,4	24,4	15,0	12,6	3,9	–	7,6
Mecklenburg-Vorpommern ...	X	46,6	4,6	95,4	32,3	16,7	5,5	7,6	23,5	–	14,3
Niedersachsen	X	40,5	1,0	99,0	39,2	27,3	12,5	10,2	4,0	–	6,8
Nordrhein-Westfalen	X	41,8	1,0	99,0	38,0	25,6	12,5	12,3	4,6	–	7,0
Rheinland-Pfalz	X	55,6	4,0	96,0	39,8	25,7	9,5	11,2	3,5	–	10,3
Saarland	X	58,6	4,4	95,6	35,9	26,6	7,7	8,1	12,0	–	9,7
Sachsen	X	47,6	4,3	95,7	35,3	11,7	6,7	9,8	20,1	–	16,4
Sachsen-Anhalt	X	37,8	4,6	95,4	29,1	18,1	5,4	8,6	23,6	–	15,2
Schleswig-Holstein	X	36,8	1,1	98,9	37,9	24,6	13,5	12,7	3,9	–	7,4
Thüringen	X	53,0	3,7	96,3	31,1	15,7	5,8	8,2	23,8	–	15,4

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
	1 000	%	1 000		%						
Europawahl am 7.6.2009											
Insgesamt											
Insgesamt	62 222	44,0	26 924	26 333	30,7	20,8	12,1	11,0	7,5	7,2	10,8
18 – 25	5 708	32,1	1 762	1 736	23,2	21,0	16,5	11,7	6,2	5,2	16,2
25 – 35	8 284	32,5	2 602	2 566	25,0	17,8	16,6	14,4	5,7	6,0	14,4
35 – 45	10 596	40,5	4 203	4 138	26,0	17,9	18,4	13,2	6,1	5,6	12,8
45 – 60	17 064	45,4	7 634	7 481	26,1	20,3	15,8	11,5	9,2	6,0	11,1
60 und mehr	20 570	52,5	10 722	10 413	38,4	23,0	5,2	8,7	7,4	9,4	7,9
Männer											
18 – 25	2 899	32,3	904	890	23,6	20,5	13,4	13,0	6,3	5,3	17,8
25 – 35	4 193	32,2	1 310	1 292	24,8	16,6	14,5	16,5	6,2	6,0	15,5
35 – 45	5 355	39,8	2 094	2 060	25,6	17,3	16,1	15,1	7,0	6,0	12,9
45 – 60	8 520	44,9	3 780	3 700	25,1	20,7	14,1	12,4	10,6	6,0	11,1
60 und mehr	8 925	55,6	4 933	4 787	36,2	23,5	4,7	9,3	9,1	9,3	8,0
Zusammen	29 892	44,2	13 022	12 729	29,2	20,8	10,9	12,1	8,7	7,2	11,1
Frauen											
18 – 25	2 809	31,8	858	846	22,7	21,6	19,7	10,2	6,0	5,1	14,6
25 – 35	4 091	32,9	1 291	1 273	25,2	19,0	18,8	12,4	5,2	6,0	13,4
35 – 45	5 241	41,1	2 109	2 078	26,4	18,4	20,7	11,3	5,3	5,2	12,6
45 – 60	8 545	45,9	3 854	3 781	27,0	20,0	17,4	10,6	7,8	6,0	11,2
60 und mehr	11 645	50,2	5 789	5 626	40,3	22,5	5,6	8,2	6,0	9,4	7,9
Zusammen	32 330	43,8	13 902	13 604	32,0	20,8	13,3	9,9	6,3	7,2	10,5

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

¹ Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.3 Landtagswahlen

10.3.1 Sitzverteilung in den Länderparlamenten

	Datum der Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
Baden-Württemberg	27.3.2011	138	60	35	7	–	36	–
Bayern	28.9.2008	187	92	39	16	–	19	21 ¹²
Berlin	18.9.2011	149	39	47	–	19	29	15 ¹³
Brandenburg	27.9.2009	88	19	31	7	26	5	–
Bremen	22.5.2011	83	20	36	–	5	21	1 ¹⁴
Hamburg	20.2.2011 ¹⁵	121	28	62	9	8	14	–
Hessen	18.1.2009	118	46	29	20	6	17	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	4.9.2011 ¹⁶	71	18	27	–	14	7	5 ¹⁷
Niedersachsen	20.1.2013	137	54	49	14	–	20	–
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	237	67	99	22	–	29	20 ¹³
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	101	41	42	–	–	18	–
Saarland	25.3.2012	51	19	17	–	9	2	4 ¹³
Sachsen	30.8.2009	132	58	14	14	29	9	8 ¹⁷
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	105	41	26	–	29	9	–
Schleswig-Holstein	6.5.2012	69	22	22	6	–	10	9 ¹⁸
Thüringen	30.8.2009	88	30	18	7	27	6	–

Stand nach dem Ergebnis der letzten Wahl.

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).
2 FW FREIE WÄHLER Bayern e. V. (FW FREIE WÄHLER).
3 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN).
4 Bürger in Wut (BIW).

5 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

6 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

7 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

8 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) 6 Sitze und Südschleswiger Wählerverband (SSW) 3 Sitze.

10.3 Landtagswahlen

10.3.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

	Datum der Landtagswahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
		1 000	%						
Baden-Württemberg	27.3.2011	7 622,9	66,3	39,0	23,1	5,3	2,8	24,2	5,6
Bayern	28.9.2008	9 321,4	57,9	43,4	18,6	8,0	4,4	9,4	16,3
Berlin	18.9.2011	2 469,7	60,2	23,3	28,3	1,8	11,7	17,6	17,2
Brandenburg	27.9.2009	2 126,4	67,0	19,8	33,0	7,2	27,2	5,7	7,1
Bremen	22.5.2011	494,2	55,5	20,4	38,6	2,4	5,6	22,5	10,6
Hamburg	20.2.2011 ²	1 254,6	57,3	21,9	48,4	6,7	6,4	11,2	5,5
Hessen	18.1.2009	4 375,3	61,0	37,2	23,7	16,2	5,4	13,7	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ³	1 373,9	51,5	23,0	35,6	2,8	18,4	8,7	11,5
Niedersachsen	20.1.2013	6 097,7	59,4	36,0	32,6	9,9	3,1	13,7	4,6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	13 262,0	59,6	26,3	39,1	8,6	2,5	11,3	12,1
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	3 088,2	61,8	35,2	35,7	4,2	3,0	15,4	6,4
Saarland	25.3.2012	797,5	61,6	35,2	30,6	1,2	16,1	5,0	11,8
Sachsen	30.8.2009	3 510,3	52,2	40,2	10,4	10,0	20,6	6,4	12,4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	1 988,2	51,2	32,5	21,5	3,8	23,7	7,1	11,4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	2 239,6	60,2	30,8	30,4	8,2	2,3	13,2	15,2
Thüringen	30.8.2009	1 910,1	56,2	31,2	18,5	7,6	27,4	6,2	9,0

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

2 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

3 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

10.4 Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmenzahl der Länder im Bundesrat

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit der Bundes- kanzlerin, des Ministerpräsi- denten ¹	Parteilzugehörigkeit der Minister/-innen ²						Stimmenzahl im Bundesrat
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ³	Sonstige	
Bundesregierung	27.9.2009	CDU	10	–	5	–	–	–	X
Baden-Württemberg	27.3.2011	GRÜNE	–	7	–	–	5	–	6
Bayern	28.9.2008	CSU	9	–	2	–	–	–	6
Berlin	18.9.2011	SPD	3	3	–	–	–	2 ⁴	4
Brandenburg	27.9.2009	SPD	–	4	–	4	–	1 ⁴	4
Bremen	22.5.2011	SPD	–	3	–	–	3	–	3
Hamburg	20.2.2011 ⁵	SPD	–	8	–	–	–	2 ⁴	3
Hessen	18.1.2009	CDU	7	–	3	–	–	–	5
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ⁶	SPD	3	5	–	–	–	–	3
Niedersachsen	20.1.2013	SPD	–	5	–	–	4	–	6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	SPD	–	9	–	–	3	–	6
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	SPD	–	5	–	–	3	–	4
Saarland	25.3.2012	CDU	3	3	–	–	–	–	3
Sachsen	30.8.2009	CDU	5	–	2	–	–	2 ⁴	4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	CDU	4	4	–	–	–	–	4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	SPD	–	3	–	–	2	2 ⁷	4
Thüringen	30.8.2009	CDU	4	4	–	–	–	1 ⁴	4

1 Bzw. der Ministerpräsidentin. – In Berlin: Regierender Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Hamburg: Erster Bürgermeister.

2 In Berlin, Bremen und Hamburg: Senatoren bzw. Senatorinnen.

3 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

4 Parteilos.

5 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

6 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

7 Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 1 Ministerin, Parteilos 1 Ministerin.

Methodik

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Ausübung des Wahlrechts, mit der Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in der Europäischen Union sowie in Bund, Land und Gemeinde entscheiden.

■ Wahl zum Deutschen Bundestag, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsgrundlage der Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG vom 21.5.1999 (BGBl. I S. 1023)), geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 27.4.2013 (BGBl. I S. 962). Für die Europa- und Bundestagswahlen sind danach allgemeine und repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen.

Die **allgemeine Wahlstatistik** dient der Information der Öffentlichkeit über das Wahlergebnis. Sie erfasst alle Wahlberechtigten, die Wählerinnen und Wähler, ungültige Stimmen sowie die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge in regionaler Gliederung durch eine Vollerhebung. Die Wählerverzeichnisse und die abgegebenen Stimmzettel dienen hier als Grundlage. Nach der Feststellung durch die Wahlvorstände und Wahlausschüsse wird die Statistik in Form des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses in der Wahlnacht bekannt gegeben. Das endgültige amtliche Wahlergebnis liegt etwa zwei bis drei Wochen nach dem Wahltag vor. Auf Bundes- und Landesebene ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit gegeben. Die repräsentative Wahlstatistik ergänzt die Ergebnisse.

Die **repräsentative Wahlstatistik** ermöglicht eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, der altersspezifischen Unterschiede und der Struktur der Wählerinnen und Wähler sowie Nichtwählerinnen und -wähler. Der Bundeswahlleiter trifft, im Einvernehmen mit den Landeswahlleiterinnen und Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder, eine Auswahl der Stichprobenwahlbezirke. Dies erfolgt nach dem Zufallsprinzip auf der Basis mathematischer Grundsätze unter strikter Wahrung des Wahlgeheimnisses. Auf der Grundlage von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck werden Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler erfasst. Die gewonnene Stichprobe ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Vor der Neuregelung durch das Wahlstatistikgesetz 2002 wurde die repräsentative Wahlstatistik für Bundestagswahlen seit 1953 nach dem Bundeswahlgesetz durchgeführt und für die Europawahlen seit 1979 nach dem Europawahlgesetz. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ist – bis auf die Bundestagswahlen 1994 und 1998 – gegeben. Mit Änderung des Gesetzes am 27.4.2013 wurde die Anzahl der Geburtsjahresgruppen für die Stimmabgabe von fünf auf sechs erhöht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

HINWEIS:

Die Reihenfolge der Parteien für die Bundestagswahlen in den Tabellen orientiert sich an dem Ergebnis der Zweitstimmen der jeweiligen Bundestagswahl, für die Europawahlen an dem Ergebnis der jeweiligen Europawahl.

Ergebnisse der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013 konnten nicht mehr in dieser Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs berücksichtigt werden. Aktuelle Informationen und Ergebnisse finden Sie unter www.bundeswahlleiter.de

Abgeordnete | Die von den Wahlberechtigten ins Parlament gewählten Personen. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Zum Abgeordneten ist wählbar, wer am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher (bzw. bei Europawahlen Unionsbürger/-in) ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Näheres regelt das Grundgesetz (Artikel 38) sowie das Bundes- bzw. Europawahlgesetz.

Seit der Bundestagswahl 2002 ist die gesetzliche Zahl der Abgeordneten auf 598 festgelegt. Bei der Europawahl 2009 waren 99 Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Wählbar waren sowohl Deutsche als auch – unter bestimmten Voraussetzungen – Bürgerinnen und Bürger der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in Deutschland.

Bundesrat | Die Länder wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.

Deutscher Bundestag | Er ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Als zentrales Verfassungsorgan im politischen System Deutschlands hat er eine Vielzahl von Funktionen. An erster Stelle steht die Gesetzgebungsfunktion. Dies bedeutet, der Bundestag schafft das Bundesrecht und ändert die Verfassung. Hierbei bedarf es in gesetzlich bestimmten Fällen der Mitwirkung des Bundesrates, der jedoch keine zweite Parlamentskammer ist. Auch entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zu internationalen Verträgen mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt. Im Rahmen seiner Kreationsfunktion wählt er etwa die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler und wirkt bei der Wahl des Bundespräsidenten, der Bundesrichterinnen und Bundesrichter und anderer wichtiger Bundesorgane mit. Der Bundestag übt die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Exekutive des Bundes aus. Ferner kontrolliert er den Einsatz der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag wird für vier Jahre gewählt (Wahlperiode), zuletzt am 22.9.2013.

Europäisches Parlament | Es ist das einzige, direkt vom Volk der Mitgliedstaaten legitimierte Organ der Europäischen Union (EU). Durch die Europawahl als demokratischer Akt können die Bürgerinnen und Bürger somit unmittelbar Einfluss auf die Unionspolitik nehmen. Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, neben dem Ministerrat als Staatenkammer. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem für fünf Jahre gewählt. Die letzte Direktwahl der insgesamt 736 Abgeordneten zum Europäischen Parlament fand in den 27 Mitgliedstaaten der EU vom 4. bis 7.6.2009 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland war der 7.6.2009. Ein einheitliches Wahlgesetz auf EU-Ebene besteht nicht. Die Abgeordneten werden daher nach den verschiedenen nationalen Verfahren gewählt. Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Turnus die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Landtage | Sie sind die Volksvertretungen der einzelnen Bundesländer Deutschlands. In den Landtagswahlen wird ihre Zusammensetzung festgelegt. Je nach Bundesland dauert die Legislaturperiode vier bzw. fünf Jahre. Die Stadtstaaten verwenden eigene Bezeichnungen: In Berlin heißt der Landtag „Abgeordnetenhaus“, in Bremen und Hamburg „Bürgerschaft“. Hauptaufgaben der Landesparlamente sind die Kontrolle der Landesregierung, der Erlass von Gesetzen sowie die Gestaltung und Freigabe des Landeshaushaltes.

Parteien | Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Verfassungswidrig sind solche Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Das Bundesverfassungsgericht kann diese Parteien in einem besonderen Verfahren verbieten. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Rechtsgrundlage | *Bundestagswahl* | Einzelheiten der Wahl, darunter auch die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.7.1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 3.5.2013 (BGBl. I S. 1084), und die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.4.2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13.5.2013 (BGBl. I S. 1255).

Europawahl | In allen Mitgliedstaaten gelten grundlegende gemeinsame Vorschriften des Europarechts: Artikel 14 des Vertrages über die EU und Artikel 223 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (konsolidierte Fassungen ABl 2010 Nr. C 83/01), der Direktwahlakt in der Fassung vom 20.9.1976 (BGBl. 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25.6.2002 und 23.9.2002 (BGBl. 2003 II S. 810, 2004 II S. 520), sowie die Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 34-38) zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürgerinnen und -bürger.

Vorbehaltlich dieser Regelungen bestimmt sich das Wahlrecht in jedem Mitgliedstaat nach den innerstaatlichen Bestimmungen. Maßgebend in der Bundesrepublik Deutschland ist das Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.3.1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.3.2008 (BGBl. I S. 394), mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz und die Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.5.1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3.12.2008 (BGBl. I S. 2378).

Sitzverteilung | *Bundestagswahl* | Für die Sitzverteilung waren 2009 zunächst die Mandate zu berechnen, die einer Partei aufgrund der Zweitstimmen zustanden, die für sie im gesamten Wahlgebiet abgegeben wurden. In einem zweiten Berechnungsverfahren wurden diese Mandate sodann nach Maßgabe der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen auf die Länder weiter verteilt. Seit der Bundestagswahl 2009 wird hier das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers eingesetzt. Von der so für jedes Land ermittelten Abgeordnetenzahl einer Partei wurde die Zahl der von ihr im Lande direkt errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Ist die Zahl der gewonnenen Wahlkreissitze größer, verbleiben sie der betreffenden Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich festgelegte Zahl der Sitze im Bundestag um die Unterschiedszahl (Überhangmandate). Bei der Bundestagswahl 2009 gab es insgesamt 24 Überhangmandate, wobei auf die CDU 21 entfielen (davon 10 in Baden-Württemberg, 4 in Sachsen, je 2 in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz sowie je 1 in Schleswig-Holstein, Thüringen und im Saarland) und 3 auf die CSU in Bayern. Durch die Sperrklausel sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden. Der Gesetzgeber hat inzwischen ein neues, zweistufiges Sitzverteilungsverfahren beschlossen, das erstmals zur Bundestagswahl 2013 zur Anwendung kommen wird.

Europawahl | Bei der Verteilung der Sitze wurden bis zur Europawahl 2009 nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens die Sperrklausel von 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Zunächst werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen desselben Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder gelten dabei als verbunden und werden bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt, sofern der Wahlvorschlagsberechtigte die Listenverbindung nicht ausdrücklich ausschließen wollte. Die zu vergebenden Mandate wurden bei der Wahl 2009 auch hier erstmals nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers zugeteilt. Hierzu werden die Stimmenanzahlen der einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Zuteilungsdivisor geteilt. Der Divisor wird dabei im Wege des sogenannten iterativen Verfahrens so bestimmt, dass die Summe der Sitzzahlen mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie nach Standardrundung der sich ergebenden Quotienten auf sie entfallen.

Verhältniswahl | *Bundestagswahl* | Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer – mit der Personenwahl verbundenen – Verhältniswahl. Seit 1953 hat jede Wählerin bzw. jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der sogenannten Erststimme kann die Wählerin oder der Wähler nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl eine

Kandidatin bzw. einen Kandidaten im Wahlkreis seines ersten Wohnsitzes wählen, mit der sogenannten Zweitstimme die Landesliste einer Partei.

Europawahl | Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Die Listenwahlvorschläge können für ein Bundesland aufgestellt werden oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Von den insgesamt 32 zur Wahl zugelassenen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der Europawahl 2009 nahmen 2 mit einer Liste oder mehreren Listen für ein Land an der Wahl teil, 30 mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder.

Wahlberechtigte | **Bundestagswahl** | Wahlberechtigt und wählbar sind nur Deutsche. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Deutsche wahlberechtigt, die im Ausland wohnen. Das Wahl- und Wahlbarkeitsalter liegt seit dem 1.1.1975 einheitlich bei 18 Lebensjahren.

Europawahl | Alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, sind wahlberechtigt. Auch Deutsche, die außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union leben, sind unter bestimmten Voraussetzungen wahlberechtigt. Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union können unter bestimmten Voraussetzungen an der Wahl in ihrem Wohnsitzland Deutschland teilnehmen.

Wahlkreise | Das Wahlgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist für Bundestagswahlen in Wahlkreise eingeteilt. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wahlkreise gesetzlich auf 299 festgelegt.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Die Ergebnisse – auch aus früheren Bundestags-, Europa- bzw. Landtagswahlen stehen zum Download über die Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Wahlen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 14

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wahl zum Deutschen Bundestag

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005
	Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09	Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009
Heft 11/09	Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009
Heft 3/10	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2004
	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Mehr zum Thema

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2009

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09	Europawahl 2009
Heft 7/09	Siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 48 63

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular
unter www.destatis.de/DE/Service/Kontakt/Bundeswahlleiter/Kontakt.html

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

11 Justiz



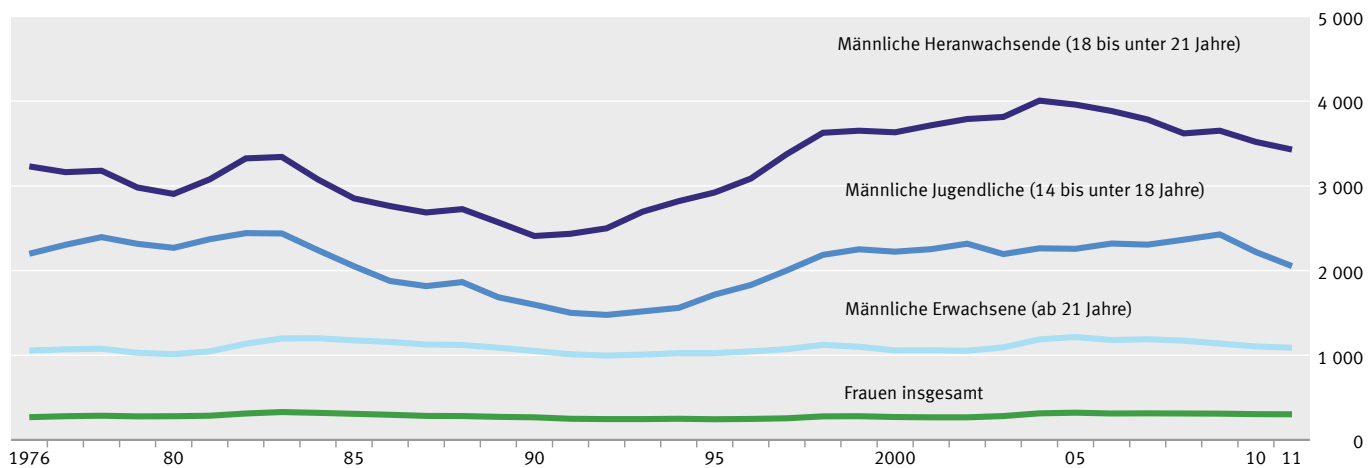
2011 Anträge für rund **1,2 Millionen Zivilprozesse** neu bei Amtsgerichten eingereicht | **Einstellungsquote** staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren betrug **63 %** | In gerichtlichen Strafverfahren wurden rund **808 000** Personen **verurteilt** | **579 000** Verurteilte erhielten eine **Geldstrafe**, **126 000** eine **Freiheitsstrafe**, **16 000** eine **Jugendstrafe** | **69 %** der verhängten Freiheits- und Jugendstrafen wurden **zur Bewährung ausgesetzt** | Ende März 2012 saßen knapp **57 600 Strafgefangene** im Justizvollzug ein

<i>Seite</i>	
297	Auf einen Blick
	Tabellen
298	Personal der Rechtspflege Richterinnen und Richter Anwältinnen und Anwälte Notarinnen und Notare
298	Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften Bundesverfassungsgericht Zivilgerichte Familiengerichte Bundespatentgerichte Staatsanwaltschaften Strafgerichte Fachgerichte
303	Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung Straftaten Abgeurteilte und Verurteilte Angewandtes Strafrecht Entziehung der Fahrerlaubnis Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr
307	Justizvollzug Belegung und Belegungsfähigkeit in den Justizvollzugsstätten Strafgefangene
308	Methodik
309	Glossar
310	Mehr zum Thema

11.0 Auf einen Blick

Verurteilte Deutsche

je 100 000 Personen der gleichen Bevölkerungsgruppe ab 14 Jahren, ohne Straßenverkehrsdelikte

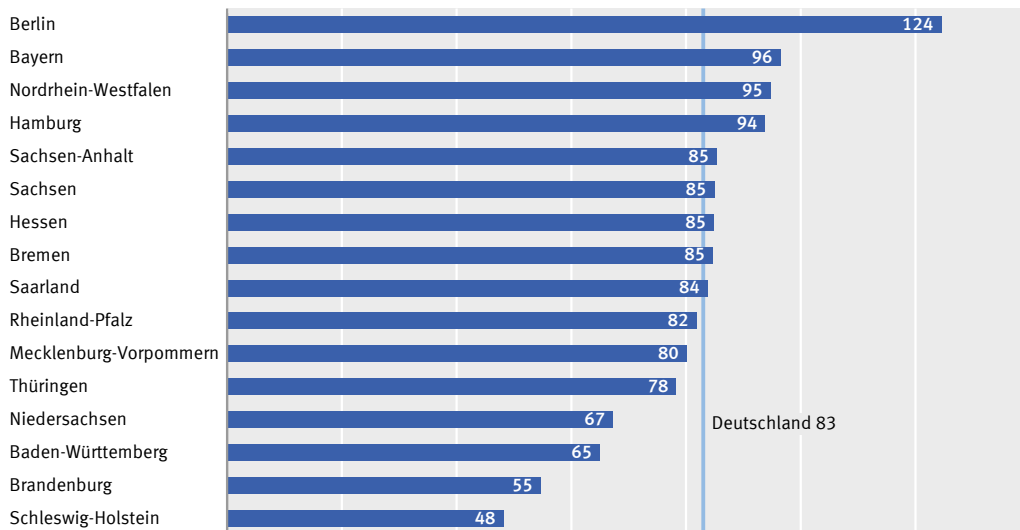


Früheres Bundesgebiet, seit 1995 einschl. Gesamt-Berlin; seit 2007 Deutschland. – Ohne Straßenverkehrsdelikte.

2013 - 01 - 0310

Gefangenenrate 2011

Gefangene je 100 000 Einwohner/-innen



2013 - 01 - 0309

11.1 Personal der Rechtspflege

	Richter/-innen	Staatsanwälte/ -anwältinnen	Rechtsanwälte/ -anwältinnen ¹	Anwaltsnotare/ -notarinnen ²	Hauptberufliche Notare/Notarinnen
	im Landesdienst				
Anzahl					
1995	21 624	3 821	65 576	8 715	1 628
2005	19 931	5 106	125 015	7 554	1 616
2009	19 643	5 122	143 647	6 730	1 586
2010	19 754	5 092	146 661	6 590	1 582
2011	19 953	5 146	149 323	6 356	1 561
dar. Frauen	7 744	2 127	49 184	688	111
2011 in %					
Veränderung gegenüber Vorjahr ...	1,0	1,1	1,8	– 3,6	– 1,3
Frauenanteil	38,8	41,3	32,9	10,8	7,1

Stichtag jeweils 1.1., Stichtag für Richter/-innen und Staatsanwälte/-anwältinnen 31.12. des Vorjahres.

1 Ohne Anwaltsnotare/-notarinnen.

2 Tätigkeit als Anwalt/Anwältin neben dem Amt des Notars/der Notarin.

Quellen: Justizministerien der Länder, Bundesrechtsanwaltskammer, Bundesnotarkammer

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.1 Bundesverfassungsgericht

	2010	2011	2012
Neuzugänge	6 422	6 208	5 947
Erledigte Verfahren	6 344	6 066	5 605
Verfassungsbeschwerden	6 158	5 914	5 462
Normenkontrollverfahren	45	23	37
Andere Verfahren	141	129	106
Erledigt durch			
Senatsentscheidungen	34	34	41
Kammerentscheidungen	6 020	5 699	5 258
darunter:			
Nichtannahme	5 929	5 616	5 158
Stattgabe	81	76	90
Andere Erledigungsart	290	333	306

Mit **Verfassungsbeschwerden** können Bürgerinnen und Bürger eine Verletzung ihrer Grundrechte geltend machen; in **Normenkontrollverfahren** wird in der Regel auf Antrag von Gerichten die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüft.

Entscheidungen, ob ein Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sind den **Senaten** vorbehalten. Die **Kammern** befinden vor allem darüber, ob eine Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung angenommen wird.

Quelle: Bundesverfassungsgericht

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.2 Zivilgerichte

	2009	2010	2011
Erstinstanzliche Verfahren			
Amtsgerichte¹			
Neuzugänge	1 243 951	1 213 093	1 199 758
Erledigte Verfahren	1 250 582	1 217 563	1 209 201
davon:			
Nachbarschaftssachen	9 115	8 831	8 707
Verkehrsunfallsachen	127 518	128 084	131 163
Wohnungsmietsachen	268 320	273 265	275 199
Kaufsachen	142 519	140 049	138 749
Andere Sachgebiete	703 110	667 334	655 383
Landgerichte			
Neuzugänge	368 692	372 150	372 605
Erledigte Verfahren	359 525	369 089	370 603
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	30 370	28 744	28 770
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	46 886	46 904	45 722
Verkehrsunfallsachen	19 739	20 046	20 417
Kaufsachen	27 697	26 626	25 493
Andere Sachgebiete	234 833	246 769	250 201
Rechtsmittelverfahren			
Landgerichte			
Neuzugänge	59 794	60 179	59 677
Erledigte Verfahren	59 386	58 705	60 047
davon:			
Nachbarschaftssachen	1 187	1 087	1 042
Verkehrsunfallsachen	10 054	9 958	10 014
Wohnungsmietsachen	11 177	11 097	11 416
Kaufsachen	3 899	3 819	3 868
Andere Sachgebiete	33 069	32 744	33 707
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	53 154	53 042	52 877
Erledigte Verfahren	52 215	51 892	52 318
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	4 667	4 348	4 391
Verkehrsunfallsachen	3 379	3 112	3 148
Kaufsachen	3 444	3 561	3 716
Andere Sachgebiete	40 725	40 871	41 063
Bundesgerichtshof^{1,2}			
Neuzugänge	5 152	5 707	5 917
Erledigte Verfahren	5 146	5 745	5 989
dar. Revisionen	3 149	3 392	3 416

1 Ohne Mahnsachen und ohne freiwillige Gerichtsbarkeit.

2 Einschl. Familiensachen.

11.2.3 Familiengerichte

	2009 ¹	2010 ^{1,2}	2011 ^{1,2}
Amtsgerichte			
Neuzugänge	586 933	692 298	668 247
Erledigte Verfahren	556 860	648 498	688 993
davon:			
Scheidungsverfahren	223 085	217 513	215 820
Andere Eheverfahren	993	748	735
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	18 417	20 686	23 103
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	314 366	409 551	449 335
Oberlandesgerichte			
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen			
Neuzugänge	24 682	26 878	32 426
Erledigte Verfahren	24 842	26 178	31 018

1 Jahresergebnisse aus den Angaben für die Monate Januar bis August 2009 hochgerechnet.

2 Ergebnisse nur eingeschränkt mit den Vorjahren (vor Inkrafttreten des Familienrechtsreformgesetzes) vergleichbar.

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.4 Bundespatentgericht

	2010	2011	2012
Juristischer Beschwerdesenat			
Neuzugänge	67	19	51
Erledigungen	35	44	60
Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat			
Neuzugänge	93	54	81
Erledigungen	154	83	67
Technische Beschwerdesenate			
Neuzugänge	816	455	672
Erledigungen	1 221	953	880
Marken-Beschwerdesenate			
Neuzugänge	1 500	1 328	1 333
Erledigungen	1 232	1 155	1 362
Nichtigkeitssenate			
Neuzugänge	545	608	500
Erledigungen			
vor rechtskräftiger Entscheidung ..	117	140	128
durch Urteil (BPatG und BGH)	434	483	385

Für technische Erfindungen, die neu und gewerblich nutzbar sind, kann beim Patent- und Markenamt ein **Patent**, bei „erfinderischen Schritten“ die Registrierung eines **Gebrauchsmusters** beantragt werden. **Marken** sind rechtlich geschützte Zeichen für spezifische Waren oder Dienstleistungen.

Der **Juristische Beschwerdesenat** entscheidet z.B. über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts nach dem Geschmacksmustergesetz.

Der **Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden in Gebrauchsmuster- und Topografieschutzsachen.

Der **Technische Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts auf Patenterteilung/Nichterteilung.

Der **Marken-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts in Markensachen.

Der **Nichtigkeitssenat** entscheidet über Klagen gegen Entscheidungen, mit denen Patente/Schutz- erklärungen für nichtig erklärt worden sind.

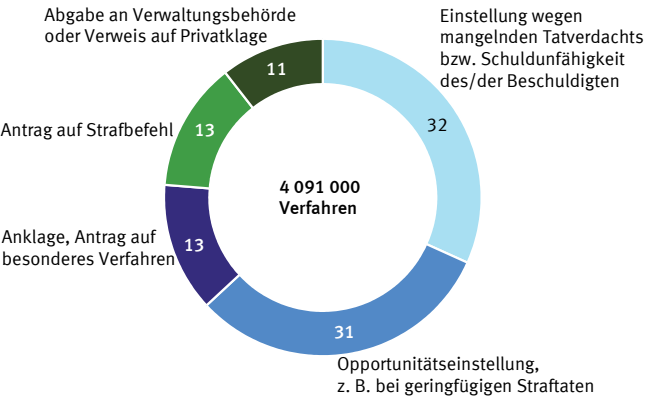
11.2.5 Staatsanwaltschaften

	2009	2010	2011
Staatsanwaltschaften beim Landgericht ¹			
Neuzugänge	4 705 021	4 610 969	4 587 467
Erledigte Verfahren	4 710 262	4 602 685	4 609 786
Einleitende Stelle			
Polizeibehörde	3 755 564	3 708 128	3 736 580
Staats- bzw. Amtsanwaltschaft	797 217	731 349	711 640
Steuer- bzw. Zollfahndungsstelle	107 540	111 784	112 963
Verwaltungsbehörde	49 941	51 424	48 603
Art der Strafsache			
Vorsätzliche Körperverletzung	437 589	434 113	430 628
Diebstahl (einschl. Unterschlagung) ..	693 833	670 079	678 888
Betrug (einschl. Untreue)	857 003	888 008	899 753
Straßenverkehrsdelikte	838 474	812 925	836 907
Betäubungsmitteldelikte	262 161	254 604	259 014
Sonstige Straftaten	1 621 202	1 542 956	1 504 596

1 Einschl. Amtsanwaltschaften.

Von der Staatsanwaltschaft erledigte Ermittlungsverfahren 2011

in %



Ohne durch Abgabe, Verbindung mit einer anderen Sache, vorläufige Einstellung oder „anderweitig“ erledigte Verfahren.

2013 - 01 - 0303

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.6 Strafgerichte

	2009	2010	2011
Erstinstanzliche Verfahren ¹			
Amtsgerichte ²			
Neuzugänge	803 465	776 447	770 532
Erledigte Strafverfahren	818 593	790 085	772 867
dar. Straftaten im Straßenverkehr	146 486	138 094	134 093
Art der Einleitung			
Anklage	607 909	582 548	570 811
Einspruch gegen einen Strafbefehl	163 854	162 702	159 646
Andere Einleitungsart	46 830	44 835	42 410
Art der Erledigung			
Urteil	373 720	355 702	343 684
Einstellung gemäß § 153a StPO	61 647	61 760	59 191
Einstellung gemäß § 47 JGG	48 332	45 219	42 593
Einstellung aus anderen Gründen	97 489	94 400	92 576
Zurücknahme der Klage/Anklage, des Antrags/Einspruchs	55 621	54 304	53 437
Verbindung mit einer anderen Sache	106 870	104 218	106 761
Andere Erledigungsart	74 914	74 482	74 625
Landgerichte			
Neuzugänge	14 204	14 071	14 139
Erledigte Strafverfahren	13 924	13 956	13 867
dar. eingeleitet durch Anklage	11 765	11 892	11 849
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	12	17	28
Erledigte Strafverfahren	14	12	28
dar. eingeleitet durch Anklage	14	10	26
Rechtsmittelverfahren ¹			
Landgerichte			
Neuzugänge	52 344	51 879	51 371
Erledigte Berufungen	53 091	52 004	51 527
dar. Straftaten im Straßenverkehr	8 051	8 065	7 719
Berufung wurde eingelegt durch den/die Beschuldigte(n)	48 408	47 536	47 020
die Staatsanwaltschaft zugunsten des/der Beschuldigten	183	149	152
zuungunsten des/der Beschuldigten	11 255	11 142	11 182
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	431	378	391
Art der Erledigung			
Urteil	26 962	26 085	26 092
Einstellung gemäß § 153a StPO	2 283	2 315	2 214
Einstellung aus anderen Gründen	2 753	2 615	2 435
Zurücknahme der Berufung	18 458	18 408	18 202
Andere Erledigungsart	2 635	2 581	2 584
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	6 151	6 009	6 137
Erledigte Revisionen	6 077	6 070	6 168
Revision wurde eingelegt durch den/die Beschuldigte(n)	5 867	5 864	5 981
die Staatsanwaltschaft zugunsten des/der Beschuldigten	11	5	7
zuungunsten des/der Beschuldigten	190	191	170
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	36	36	33
Bundesgerichtshof			
Neuzugänge	3 525	3 530	3 406
Erledigte Verfahren	3 443	3 583	3 387
dar. Revisionen	2 948	3 157	2 905

1 Ohne Bußgeldverfahren.

2 Ohne Strafbefehlsverfahren, die ohne Einspruch rechtskräftig geworden sind.

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.7 Fachgerichte

	2009	2010	2011		2009	2010	2011
Arbeitsgerichtsbarkeit				Verwaltungsgerichtsbarkeit			
Arbeitsgerichte				Erstinstanzliche Hauptverfahren			
Neuzugänge				Verwaltungsgerichte			
darunter: ¹				Neuzugänge	123 183	123 864	119 531
Klagen von Arbeitnehmern/-nehmerinnen ² . .	471 470	433 416	399 678	Erledigte Verfahren	127 403	124 397	124 204
Klagen von Arbeitgebern/-geberinnen ³	9 672	6 224	6 277	Gegenstand des Verfahrens			
Erledigte Klagen	478 640	439 847	406 073	Polizei-, Ordnungs-, Wohnrecht	15 361	15 805	15 743
Gegenstand der Klage ⁴				Asylrecht	11 894	13 602	17 858
Arbeitsentgelt	183 206	184 084	179 913	Abgabenrecht	20 981	18 764	16 238
Bestandsstreitigkeiten	254 552	232 629	204 181	Recht des öffentlichen Dienstes	14 749	13 881	12 628
Tarifliche Einstufungen	3 302	3 165	3 240	Sonstige Sachen	64 418	62 345	61 737
Sonstige Sachen	141 987	135 441	127 752	Art der Erledigung			
Art der Erledigung				Urteil	31 505	32 528	34 155
Streitiges Urteil	32 047	33 869	31 439	Beschluss	76 979	74 241	72 937
Sonstiges Urteil	45 807	42 961	38 425	Andere Erledigungsart	18 919	17 628	17 112
Vergleich	273 313	247 531	230 333	Rechtsmittelverfahren			
Andere Erledigungsart	127 473	115 486	105 876	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Landesarbeitsgerichte				Neuzugänge	14 831	14 988	16 272
Neuzugänge	17 913	19 863	19 132	Erledigte Verfahren	15 406	15 243	16 242
Erledigte Berufungen	18 575	19 023	19 488	Art des Verfahrens			
Bundesarbeitsgericht				Berufungen	3 694	3 563	3 875
Neuzugänge	2 322	2 471	3 421	Anträge auf Zulassung der Berufung	11 478	11 485	12 165
Erledigte Verfahren	2 360	2 634	2 832	Beschwerden und Prozesskostenhilfeanträge	234	195	202
darunter:				Bundesverwaltungsgericht, Revisionssenate			
Revisionen	911	982	801	Neuzugänge	1 548	1 463	1 493
Nichtzulassungsbeschwerden	1 272	1 404	1 808	Erledigte Verfahren	1 577	1 456	1 535
Sozialgerichtsbarkeit				Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Sozialgerichte				Neuzugänge	1 030	826	952
Neuzugänge	387 791	422 214	413 821	Erledigte Verfahren	1 125	906	899
Erledigte Klagen	361 903	394 013	413 118	Finanzgerichtsbarkeit			
Gegenstand der Klage				Finanzgerichte			
Rentenversicherung	70 752	70 581	77 123	Neuzugänge	42 852	42 776	39 949
Angelegenheit nach dem SGB II	128 002	153 703	165 677	Erledigte Klagen	46 402	45 566	43 746
Sonstige Sachen	163 149	169 729	170 318	Art der Erledigung			
Art der Erledigung				Urteil bzw. Vorbescheid	10 774	10 284	10 080
Entscheidung	58 407	61 631	64 859	Beschluss	14 507	14 910	14 757
Gerichtlicher Vergleich	38 562	40 949	43 516	Zurücknahme der Klage	16 613	16 209	14 914
Übereinstimmende Erledigungserklärung	34 069	37 324	39 330	Andere Erledigungsart	4 508	4 163	3 995
Anerkennung	55 588	60 094	62 759	Bundesfinanzhof			
Zurücknahme	141 957	158 792	166 986	Neuzugänge	3 430	3 175	3 000
Andere Erledigungsart	33 320	35 223	35 668	Erledigte Verfahren	3 364	3 438	3 004
Landessozialgerichte				Art der Entscheidung			
Neuzugänge	25 925	26 453	27 608	Rechtsmittel war erfolglos	2 290	2 280	1 954
Erledigte Berufungen	26 703	25 434	26 327	Verworfen als unzulässig	849	796	708
Gegenstand der Klage				Zurückgewiesen als unbegründet	1 441	1 484	1 246
Rentenversicherung	9 751	7 666	8 186	Rechtsmittel war erfolgreich	606	607	562
Angelegenheit nach dem SGB II	2 924	3 451	3 985	Zurückgewiesen an Vorinstanz	211	206	224
Sonstige Sachen	14 028	14 317	14 156	Eigene Sachentscheidung getroffen	395	401	338
Bundessozialgericht				Rücknahme	468	551	488
Neuzugänge	2 556	2 457	2 627				
Erledigte Verfahren	2 694	2 496	2 613				
Art des Verfahrens							
Revisionen	608	569	608				
Nichtzulassungsbeschwerden	2 086	1 927	2 005				

1 Für 2010 bezogen auf die erledigten Klagen.

2 Einschl. der von Gewerkschaften und Betriebsräten eingereichten Klagen.

3 Und deren Organisationen.

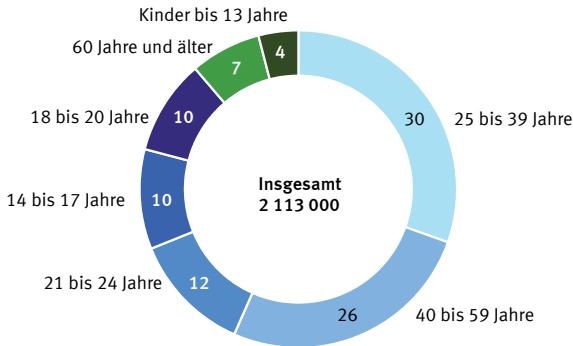
4 Mehrere Gegenstände in einem Verfahren sind mehrfach gezählt.

11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.3.1 Straftaten und polizeilich ermittelte Tatverdächtige

	Bekanntge- wordene	Aufgeklärte	Aufklä- rungs- quote	Strafmündige Tatverdächtige (ab 14 Jahren)								
	Straftaten			insgesamt			Deutsche		Ausländer/-innen			
				zusammen	männlich	weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	Anteil an Tatver- dächtigen insgesamt	
	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
2009	6 054 330	3 368 879	56	2 090 590	75	25	1 643 749	25	446 841	23	21	
2010	5 933 278	3 322 320	56	2 060 843	75	25	1 603 821	26	457 022	23	22	
2011	5 990 679	3 276 153	55	2 027 243	75	25	1 556 275	26	470 968	23	23	
darunter (2011):												
Mord und Totschlag (Versuch und Vollendung; 211–213, 216)	2 174	2 090	96	2 655	87	13	1 919	15	736	9	28	
Gefährliche und schwere Körperverlet- zung (224, 226, 231)	139 091	114 496	82	145 113	85	15	109 998	15	35 115	14	24	
Gegen die sexuelle Selbstbestimmung (174-184b)	47 078	37 448	80	32 342	94	6	26 581	5	5 761	9	18	
darunter:												
Sexueller Missbrauch von Kindern (176, 176a, 176b)	12 444	10 586	85	8 785	96	4	7 759	4	1 026	4	12	
Vergewaltigung und sexuelle Nötigung (177, Abs. 2, 3 und 4, 178)	7 539	6 218	82	6 361	99	1	4 561	1	1 800	1	28	
Sonstige sexuelle Nötigung (177 Abs. 1 und 5)	5 797	4 675	81	4 557	98	2	3 429	2	1 128	1	25	
Schwerer und einfacher Diebstahl (242–244a, 247, 248a–c)	2 403 781	693 929	29	464 208	69	31	347 779	31	116 429	29	25	
darunter:												
Diebstahl von Kraftwagen (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	41 057	10 983	27	11 264	93	7	7 723	9	3 541	4	31	
Diebstahl von Fahrrädern (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	328 748	32 721	10	25 076	92	8	20 079	9	4 997	5	20	
Taschendiebstahl	120 790	6 569	5	5 184	62	38	1 837	29	3 347	43	65	
Schwerer Einbruchdiebstahl in Geldinstitute	1 423	510	36	399	94	6	258	7	141	4	35	
Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräume	100 055	20 537	21	17 119	94	6	13 280	7	3 839	4	22	
Wohnungseinbruchdiebstahl (244 Abs. 1 Nr. 3)	132 595	21 448	16	17 481	85	15	12 932	15	4 549	14	26	
Ladendiebstahl	385 463	356 385	92	256 745	60	40	187 587	41	69 158	38	27	
Raub, räuberische Erpressung, räuberi- scher Angriff auf Kraftfahrer (249–252, 255, 316a)	48 021	25 288	53	30 895	91	9	21 737	10	9 158	8	30	
Gegen die Umwelt (324–330a)	13 342	7 951	60	9 605	89	11	8 161	12	1 444	7	15	
Rauschgiftdelikte nach dem BtMG	236 478	224 027	95	195 711	88	12	155 745	13	39 966	7	20	

Ohne Vergehen im Straßenverkehr. – In Klammern §§ des Strafgesetzbuches.
Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Polizeilich ermittelte Tatverdächtige nach Altersgruppen 2011
in %



Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik) 2013 - 01 - 0304

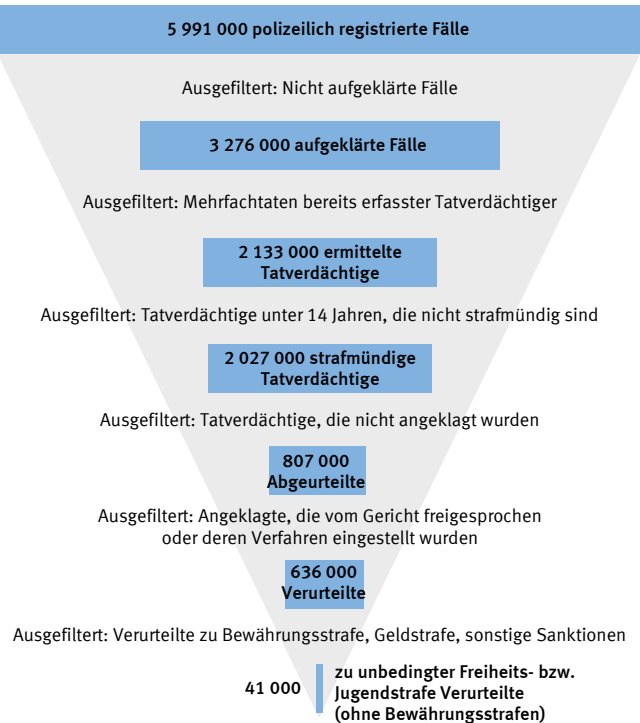
11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.3.2 Abgeurteilte und Verurteilte 2011

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus den Personen, gegen die andere Entscheidungen (u.a. Freispruch) getroffen worden sind.

	Abgeurteilte	Verurteilte									
		insgesamt	Deutsche					Ausländer/-innen ¹⁾			
			zusammen		Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene	zusammen	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
	Anzahl	je 100 000 Strafmündige ²⁾		%			Anzahl	%			
	Früheres Bundesgebiet ³⁾										
1980	928 906	732 481	648 899	1 352	12	14	74	83 582	6	9	85
1990	878 305	692 363	569 323	1 141	5	10	86	123 040	7	9	84
2000	908 261	732 733	550 890	1 055	7	10	83	181 843	6	10	84
	Deutschland										
2008	1 087 842	874 691	701 049	1 074	7	11	82	173 642	6	8	87
2009	1 056 809	844 520	675 205	1 036	7	10	82	169 315	6	8	86
2010	1 018 006	813 266	643 599	988	7	11	82	169 667	6	8	86
2011	1 003 458	807 815	630 240	969	7	10	83	177 575	5	8	87
davon:											
Männer ..	809 230	653 272	506 097	1 603	7	10	83	147 175	5	8	87
Frauen ..	194 228	154 543	124 143	371	6	8	86	30 400	5	7	87

1 Einschl. Staatenloser sowie Verurteilter, die den Stationierungsstreitkräften angehören.
2 Ab 14 Jahren.
3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

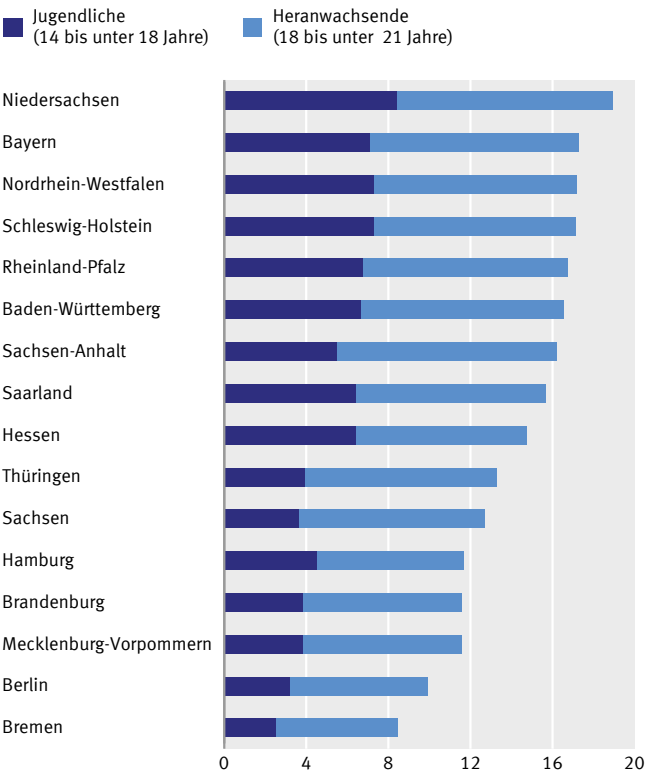
Ausfilterung im Strafverfahren 2011



Ohne Straßenverkehrsdelikte.
Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik),
Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik)

2013 - 01 - 0308

Verurteilte Jugendliche und Heranwachsende 2011
Anteil an allen Verurteilten, in %



2013 - 01 - 0305

11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

11.3.3 Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte

	Insgesamt	Verurteilt zu								Strafarrest	Geldstrafe ¹
		Freiheitsstrafe									
		zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	bis einschl. 9 Monate	mehr als ... bis einschließlich ...				lebenslange		
					9 Monate – 1 Jahr	1 – 2	2 – 5	5 – 15			
	Jahre										
	Anzahl	%	Anzahl								
	2009										
Heranwachsende	29 912	1 559	88	1 053	234	202	49	21	–	1	28 352
Erwachsene	697 729	132 937	72	83 216	17 271	22 110	8 550	1 686	104	16	564 776
	2010										
Heranwachsende	27 015	1 369	86	929	200	186	43	9	2	4	25 642
Erwachsene	677 787	128 348	71	79 461	16 805	21 866	8 483	1 598	135	13	549 426
	2011										
Heranwachsende	25 578	1 234	87	813	188	189	35	9	–	2	24 342
Erwachsene	680 062	125 116	70	76 604	16 643	21 784	8 377	1 614	94	10	554 936

1 Soweit nicht neben oder in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe verhängt.

11.3.4 Nach Jugendstrafrecht Verurteilte

	Insgesamt	Verurteilt zu									
		Jugendstrafe				Zuchtmitteln				Erziehungsmaßregeln	
		zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	6 Monate (Mindest- strafe) bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	zusammen	Jugend- arrest	Auferlegung besonderer Pflichten	Ver- warnung nach § 14 JGG	zusammen	darunter Erteilung von Weisungen
	Anzahl	%	Anzahl								
	2009										
Jugendliche	60 900	6 405	68	3 625	2 780	71 173	12 241	39 511	19 421	18 764	18 601
Heranwachsende	55 979	12 279	63	6 048	6 231	58 707	9 217	34 032	15 458	13 660	13 582
	2010										
Jugendliche	55 388	5 801	66	3 168	2 633	63 462	11 280	34 866	17 316	18 293	18 098
Heranwachsende	53 076	11 440	61	5 447	5 993	54 800	8 612	31 852	14 336	13 890	13 826
	2011										
Jugendliche	51 325	5 411	65	2 977	2 434	57 994	10 509	31 468	16 017	17 972	17 826
Heranwachsende	50 850	10 757	60	5 122	5 635	52 130	8 565	29 827	13 738	14 065	14 011

Eine Jugendstrafe, einzelne Zuchtmittel bzw. Erziehungsmaßnahmen können nebeneinander angeordnet sein. Die Werte können nicht zum „Insgesamt“ addiert werden.

11.3.5 Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbote

	Entziehung der Fahrerlaubnis				Fahrverbote				
	insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer		insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer von		
			bis einschl. 6 Monate	von mehr als 6 Monaten			1 Monat	mehr als ... bis einschl. ... Monaten	
								1 – 2	2 – 3
	Anzahl	%	Anzahl		%	Anzahl			
2008	122 860	14	25 943	96 917	33 032	8	12 574	6 142	14 316
2009	111 276	14	23 763	87 513	30 033	7	11 447	5 556	13 030
2010	102 278	13	21 523	80 755	28 162	7	11 062	5 323	11 777
2011	101 044	13	20 313	80 731	28 361	7	11 247	5 494	11 620
davon (2011):									
Jugendliche	991	x	426	565	1 068	x	468	222	378
Heranwachsende	7 397	3	2 773	4 624	2 574	5	1 113	535	926
Erwachsene	92 656	14	17 114	75 542	24 719	7	9 666	4 737	10 316

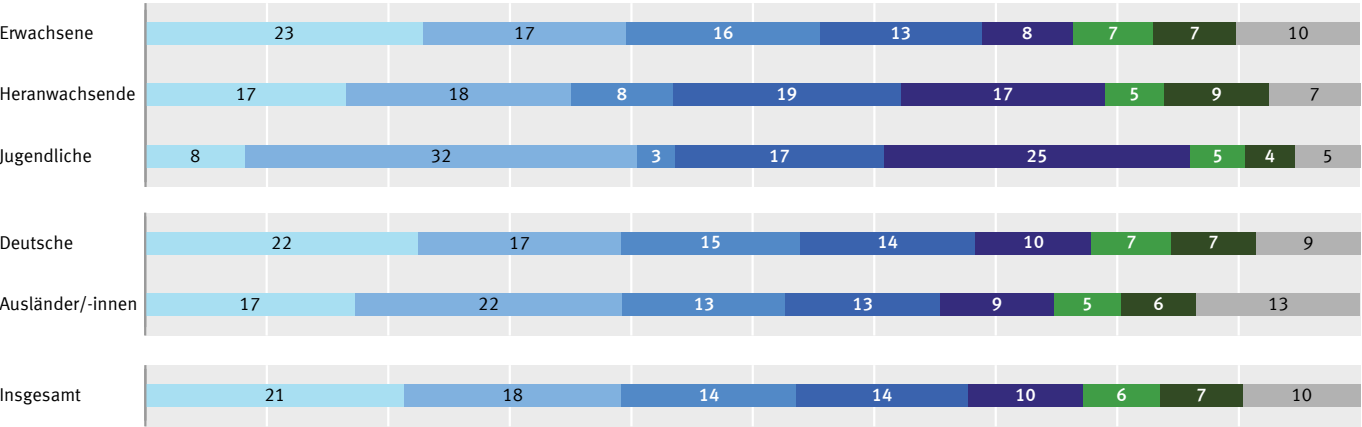
Auch soweit die schwerste der Aburteilung zugrunde liegende Straftat kein Straßenverkehrsdelikt war.

11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.3.6 Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

	Verurteilte			Verstöße gegen das Strafgesetzbuch (§§ des StGB)					Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz
	insgesamt	davon mit Vergehen		unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (142)	fahrlässige Tötung i. V. m. Verkehrsunfall (222)	fahrlässige Körperverletzung i. V. m. Verkehrsunfall (229) ¹⁾	Volltrunkenheit i. V. m. Verkehrsunfall (323a) ²⁾	Gefährdung des Straßenverkehrs (315b-c, 316)	
		ohne Trunkenheit	in Trunkenheit						
	Anzahl	%	Anzahl						
Früheres Bundesgebiet ¹³⁾									
1980	329 300	46	54	43 338	3 113	64 981	2 611	155 139	60 118
1990	258 681	40	60	41 219	1 698	39 971	2 089	139 324	34 380
2000	209 894	45	55	31 610	1 229	21 967	1 038	108 280	45 770
Deutschland									
2009	188 398	46	54	31 062	762	14 737	376	94 879	46 582
2010	174 558	47	53	31 101	714	13 480	289	85 125	43 849
2011	172 201	48	52	31 557	642	13 211	263	82 356	44 172
davon (2011):									
Jugendliche	4 203	82	18	377	4	114	2	734	2 972
Heranwachsende	12 663	53	47	2 867	86	1 369	16	5 359	2 966
Erwachsene	155 335	47	53	28 313	552	11 728	245	76 263	38 234

1 Bis 1997: § 230 StGB.
2 Bis einschl. 1980 § 330a StGB – Vollrausch in Verbindung mit Verkehrsunfall.
3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Verurteilte nach Deliktgruppen 2011
in %



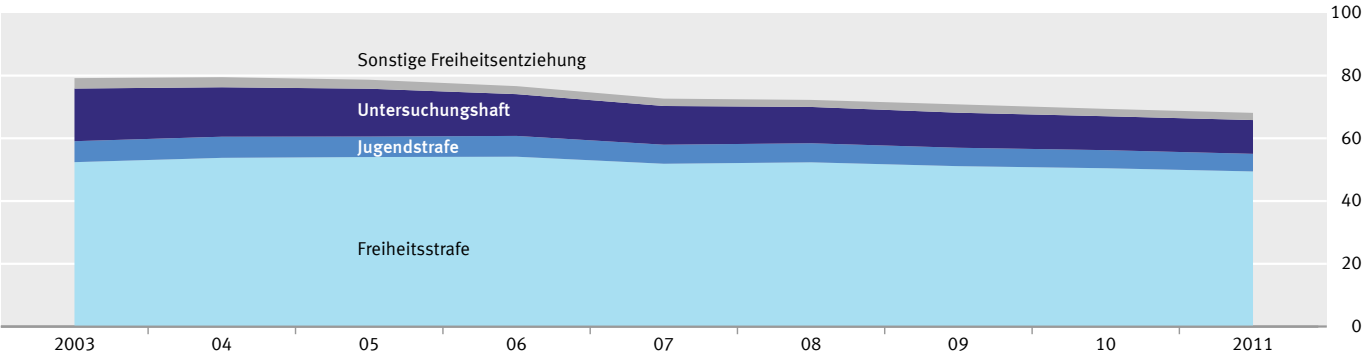
■ Straftaten im Straßenverkehr ■ Diebstahl und Unterschlagung ■ Betrug und Urkundenfälschung ■ (Raub und Erpressung, Begünstigung und Hehlerei, Sachbeschädigung usw.)
■ Körperverletzung (auch schwere) ■ Andere gegen die Person (Mord, Totschlag, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Beleidigung usw.) ■ Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz ■ Übrige Straftaten (gegen die öffentliche Ordnung, gemeingefährliche usw.)

11.4 Justizvollzug
11.4.1 Belegungsfähigkeit und Belegung der Justizvollzugsanstalten am 30.11.2011

	Anstalten	Belegungsfähigkeit			Belegung ¹⁾					
		insgesamt	davon für		insgesamt	davon in		insgesamt	davon in	
			Einzel-	gemeinsame		Einzel-	gemeinsamer		Einzel-	gemeinsamer
			Unterbringung			Unterbringung			Unterbringung	
	Anzahl	% der Belegungsfähigkeit								
Deutschland	186	78 529	54 547	23 982	68 099	46 863	21 236	87	86	89
Baden-Württemberg	19	8 171	4 682	3 489	6 920	3 985	2 935	85	85	84
Bayern	36	12 035	7 977	4 058	12 218	7 102	5 116	102	89	126
Berlin	8	5 171	4 150	1 021	4 302	3 687	615	83	89	60
Brandenburg	6	2 123	1 523	600	1 350	1 211	139	64	80	23
Bremen	1	748	623	125	580	506	74	78	81	59
Hamburg	6	2 406	2 168	238	1 694	1 533	161	70	71	68
Hessen	16	6 126	4 321	1 805	5 136	4 008	1 128	84	93	62
Mecklenburg-Vorpommern	5	1 522	1 091	431	1 342	916	426	88	84	99
Niedersachsen	12	6 778	4 961	1 817	5 341	4 420	921	79	89	51
Nordrhein-Westfalen	38	18 807	12 466	6 341	16 637	10 798	5 839	88	87	92
Rheinland-Pfalz	10	3 835	2 973	862	3 258	2 424	834	85	82	97
Saarland	2	973	907	66	841	758	83	86	84	126
Sachsen	10	3 682	2 463	1 219	3 506	2 170	1 336	95	88	110
Sachsen-Anhalt	5	2 487	1 835	652	1 945	1 372	573	78	75	88
Schleswig-Holstein	6	1 627	1 443	184	1 308	1 166	142	80	81	77
Thüringen	6	2 038	964	1 074	1 721	807	914	84	84	85

1 Ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber/-innen).

Gefangene und Verwahrte nach Art des Vollzugs
in 1 000



Stichtag: jeweils 30.11.

2013 - 01 - 0307

11.4.2 Strafgefangene am 31.3.2012

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Jugendstrafe			Freiheitsstrafe mehr als ... bis einschließlich ...					
		bis unter 1 Jahr	1 – 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	bis einschl. 9 Monate	9 Monate – 1 Jahr	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre	5 – 15 Jahre	lebenslange
Anzahl										
Insgesamt	57 607	1 360	2 143	2 293	18 995	4 677	9 236	12 183	4 689	2 031
14 – 18	581	144	245	192	0	0	0	0	0	0
18 – 21	2 916	565	1 056	1 088	59	16	65	60	7	0
21 – 25	7 353	627	831	1 000	1 940	467	1 006	1 278	195	9
25 – 30	11 078	21	11	13	4 480	1 191	2 265	2 375	641	81
30 – 40	16 858	3	0	0	6 615	1 670	3 178	3 638	1 307	447
40 und mehr	18 821	0	0	0	5 901	1 333	2 722	4 832	2 539	1 494
%										
Männeranteil	94	94	96	98	92	94	95	95	96	95
Frauenanteil	6	6	4	2	8	6	5	5	4	5

Methodik

Die von den Statistischen Ämtern der Länder geführten Justiz- und Rechtspflegestatistiken liefern verfahrensbezogene Informationen zu Geschäftsanfall und Geschäftserledigung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Strafverfolgungsstatistik berichtet über Abgeurteilte und Verurteilte, die Strafvollzugsstatistik über Gefangene. Die Erhebungen in der Justiz werden als koordinierte Länderstatistiken auf der Grundlage bundeseinheitlicher Verwaltungsanordnungen geführt. Das Statistische Bundesamt fasst sie zum Bundesergebnis zusammen. Dabei liegen aus der Strafverfolgungsstatistik erst seit 2007 flächendeckende Angaben für Deutschland vor. Soweit in diesem Kapitel Zeitreihen zur Strafverfolgungsstatistik präsentiert werden, beziehen sich die Ergebnisse bis 2006 auf das frühere Bundesgebiet.

■ Personal der Rechtspflege

Die Angaben über die an den Gerichten tätigen Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Notarinnen und Notare basieren auf Geschäftsstatistiken des Bundesministeriums der Justiz und der Bundesrechtsanwaltskammer bzw. der Bundesnotarkammer. Geschäftsstatistiken bilden auch die Basis für die Daten zur quantitativen Struktur der Gerichte in der ordentlichen und der Fachgerichtsbarkeit.

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die verfahrensbezogenen Justizstatistiken über **Geschäftsanfall** und **Geschäftserledigung** bei Gerichten und Staatsanwaltschaften dienen in erster Linie der Kapazitätsmessung bei den Justizorganen. Dazu führen die Statistischen Ämter der Länder bei den Zivil-, Familien-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichten sowie bei den Staatsanwaltschaften der Länder Verfahrenserhebungen durch. Diese ermöglichen differenzierte Ergebnisse zu Neuzugängen und erledigten Verfahren in den jeweiligen Gerichtszweigen und Instanzen. Die Geschäftsstatistiken über das Bundesverfassungsgericht sowie über die anderen Bundesgerichte, die nicht die Statistischen Ämter der Länder erstellen, ergänzen die Ergebnisse dieser Justizstatistiken.

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Die personenbezogenen **Statistiken der Strafrechtspflege** dienen der Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen und der Messung der gerichtlich registrierten Kriminalität. Um ein vollständigeres Bild über Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität entwerfen zu können, werden zusätzlich Ergebnisse der sogenannten Polizeilichen Kriminalstatistik herangezogen. Diese führen die Kriminalämter des Bundes und der Länder durch.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik informiert über die bekanntgewordenen und die aufgeklärten Straftaten (mit Ausnahme der Staatsschutzdelikte und der Vergehen im Straßenverkehr) sowie über die polizeilich ermittelten **Tatverdächtigen**.

Die Strafverfolgungsstatistik weist die **Abgeurteilten** (Angeklagten) und **Verurteilten** nach. Erwachsene (21 Jahre und mehr) werden nach allgemeinem Strafrecht, Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) nach Jugendstrafrecht behandelt. Bei Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) kann – je nach Grad der sittlichen Reife der Angeklagten – entweder allgemeines oder Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen.

Große Differenzen ergeben sich zwischen den Zahlen für die bekannt gewordenen bzw. aufgeklärten **Straftaten** sowie für die Tatverdächtigen aus der polizeilichen Kriminalstatistik und die Verurteilten aus der Strafverfolgungsstatistik. Der Grund hierfür ist vor allem, dass nicht alle bekannt gewordenen Straftaten aufgeklärt werden. Ferner wird nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen Anklage erhoben und nicht jedes Strafverfahren endet mit einer Verurteilung, sondern auch mit einer anderen Entscheidung.

■ Justizvollzug

Die **Strafvollzugsstatistik** gibt Auskunft über die Justizvollzugsanstalten, deren Belegungskapazität und tatsächliche Belegung in ausgewählten Kalendermonaten (Gefangenenbestand nach Vollzugsarten) sowie die Zu- und Abgänge während des Berichtsmonats (Gefangenenbewegung). Persönliche Merkmale, d. h. Alter und Familienstand, sowie kriminologische Merkmale, wie Straftat, Art und Höhe der Strafe oder Vorstrafen, erfasst die Statistik nur für die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten am Stichtag 31.3.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Abgeurteilte | In der Terminologie der Strafverfolgungsstatistik sind Abgeurteilte Personen, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens rechtskräftig abgeschlossen worden sind – durch Urteil oder Einstellungsbeschluss. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten sowie aus Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden (u. a. Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens). Bei der Aburteilung von Straftaten, die in Tateinheit oder in Tateinfähigkeit begangen wurden, ist nur die Straftat statistisch erfasst, die nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Werden mehrere Straftaten derselben Person in verschiedenen Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Aufgeklärte Straftat | Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik gilt eine Straftat dann als aufgeklärt, wenn nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis eine mindestens namentlich bekannte oder auf frischer Tat ergriffene tatverdächtige Person festgestellt worden ist.

Berufung | Sie richtet sich gegen die tatsächliche Würdigung eines Falles.

Beschwerde | Sie ist das Rechtsmittel gegen eine gerichtliche Entscheidung, die kein Urteil ist.

Einsitzende in Justizvollzugsanstalten | Dazu zählen alle Gefangenen und Verurteilten, die sich zu einem bestimmten Stichtag in einer Einrichtung des Justizvollzugs befinden. Die Justizvollzugsstatistik erfasst die Strafgefangenen (Vollzug von Freiheits- und Jugendstrafe), die Sicherungsverwahrten sowie die Einsitzenden in Untersuchungs-, Abschiebehaft und sonstiger Freiheitsentziehung getrennt.

Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre) | Begeht eine Person eine Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerplichten, sieht das Strafgesetzbuch die Entziehung der Fahrerlaubnis vor. Die Fahrerlaubnis kann auch entzogen bzw. die Erteilung einer (neuen) Fahrerlaubnis untersagt werden, wenn eine Verurteilung der Person wegen Schuldunfähigkeit nicht möglich ist.

Fahrverbot | Bei einer Verurteilung wegen einer Straftat kann ein Fahrverbot für ein bis drei Monate erteilt werden, wenn die Person die Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerplichten begangen hat. Bei bestimmten Verkehrsstraftaten ist ein Fahrverbot in der Regel anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.

Maßnahmen | Im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes handelt es sich hierbei um Zuchtmittel und Erziehungsmaßnahmen. Diese können nebeneinander angeordnet werden.

Ordentliche Gerichtsbarkeit | Dazu zählen die Zivil-, Familien- und Strafgerichte, deren erste Instanz die Amtsgerichte darstellen. Die übergeordneten Landgerichte bzw. Oberlandesgerichte können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in erster Instanz urteilen. Ansonsten haben sie die Funktion der Rechtsmittelinstanz. Die Landgerichte entscheiden über Berufungen/Beschwerden, die Oberlandesgerichte über Berufungen/Beschwerden und Revisionen.

Revision | Sie richtet sich gegen die rechtliche Würdigung eines Falles.

Tatverdächtige | Jede Person ist tatverdächtig, die aufgrund des polizeilichen Ermittlungsergebnisses zumindest hinreichend verdächtig ist, eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben.

Verurteilte | Das sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht eine Freiheitsstrafe, Strafarrest und/oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe und/oder Maßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden kann eine Person nur dann, wenn sie zum Zeitpunkt der Tat strafmündig war, d. h. 14 Jahre und mehr (§ 19 StGB).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Justiz (Rechtspflege)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 24

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 2.1	Zivilgerichte
Reihe 2.2	Familiengerichte
Reihe 2.3	Strafgerichte
Reihe 2.4	Verwaltungsgerichte
Reihe 2.5	Finanzgerichte
Reihe 2.6	Staatsanwaltschaften
Reihe 2.7	Sozialgerichte
Reihe 2.8	Arbeitsgerichte

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3	Strafverfolgung

■ Justizvollzug

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 4.1	Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen

■ Themenübergreifend

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 1	Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/10	Kriminalität und Sicherheitsempfinden

Broschüren

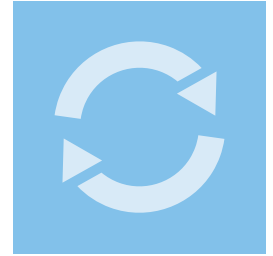
Justiz auf einen Blick (2011)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 41 14

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Deutsche Wirtschaft trotz 2012 europäischer Wirtschaftskrise | **Bruttoinlandsprodukt** stieg auf 2 644 Milliarden | Leichter **Finanzierungsüberschuss** im Staatssektor | Fast **70 %** der **Wertschöpfung** entstand in **Dienstleistungsbereichen** | **Bruttoinvestitionen** deutlich rückläufig | **Arbeitnehmerentgelte** legten **stärker** zu als **Unternehmens- und Vermögenseinkommen**

Seite

313 Auf einen Blick**Tabellen****314 Inlandsproduktsberechnung (Stand: Mai 2013)**

Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen | Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen | Erwerbstätigkeit, Arbeitsstunden | Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen | Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbe-
reichen | Verwendung des Bruttoinlandsprodukts | Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwen-
dungszwecken | Bruttoinvestitionen

321 Vermögensrechnung (Stand: Mai 2013)

Kapitalproduktivität, Kapitalintensität | Anlagevermögen nach Vermögensarten

323 Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Stand: Mai 2013)

Hauptaggregate der Sektoren | Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften | Produkti-
onswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben | Einnahmen und Ausgaben sowie Finan-
zierungssaldo des Staates | Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte | Einnahmen und Ausgaben
aus der bzw. an die übrige(n) Welt

328 Güterbilanzen zu Herstellungspreisen (Stand: Mai 2013)

Inländische Produktion und Importe | Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

330 VGR der Länder (Stand: Februar 2013)

Bruttoinlandsprodukt nach Ländern

331 Methodik**333 Glossar****336 Mehr zum Thema**

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR ¹³	EUR ¹³	Mrd. EUR ¹³	EUR ¹³	Mrd. EUR ¹³	%	Mrd. EUR ¹³	EUR ¹³
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin und Saarland)												
1925	–	–	–	–	41,6	1 170	34,0	540	20,4	59,9	19,0	140
1926	–	–	–	–	43,6	1 210	35,6	560	21,0	59,0	19,4	150
1927	–	–	–	–	48,7	1 350	39,9	620	23,5	58,8	21,7	160
1928	–	–	–	–	52,1	1 430	42,9	670	25,9	60,3	24,0	170
1929	–	–	–	–	52,3	1 430	42,9	660	26,5	61,9	24,6	180
1930	–	–	–	–	48,8	1 330	39,3	600	24,9	63,3	23,0	170
1931	–	–	–	–	40,8	1 100	31,9	490	20,6	64,6	18,9	160
1932	–	–	–	–	33,6	900	25,3	380	15,6	61,8	14,3	130
1933	–	–	–	–	34,5	920	26,1	400	15,6	59,8	14,3	130
1934	–	–	–	–	38,8	1 030	29,9	450	17,5	58,7	16,1	130
1935	–	–	–	–	43,2	1 140	33,7	500	19,2	56,9	17,6	140
1936	–	–	–	–	47,9	1 260	37,9	560	21,1	55,6	19,4	140
1937	–	–	–	–	53,8	1 400	42,4	630	23,4	55,2	21,5	150
1938	–	–	–	–	59,2	1 520	47,3	690	26,0	54,9	24,0	160
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)												
1950	218,2	–	49,7	1 059	50,4	1 075	40,1	856	23,4	58,2	20,4	124
1951	239,3	9,7	61,0	1 287	61,7	1 302	48,7	1 028	28,3	58,0	24,8	145
1952	261,7	9,3	69,8	1 461	70,5	1 477	55,4	1 160	31,6	57,1	27,6	156
1953	285,0	8,9	74,9	1 555	75,6	1 570	59,2	1 230	34,8	58,8	30,4	165
1954	307,1	7,8	80,4	1 651	80,8	1 660	63,4	1 301	38,1	60,1	33,3	174
1955	344,3	12,1	91,9	1 868	92,3	1 876	72,7	1 477	43,4	59,7	37,9	188
1956	370,9	7,7	101,6	2 040	102,0	2 048	80,7	1 621	48,7	60,3	42,5	202
1957	393,4	6,1	110,7	2 195	111,2	2 204	88,5	1 754	53,4	60,4	46,0	213
1958	410,9	4,5	119,0	2 330	119,2	2 335	94,7	1 855	57,7	60,9	49,6	227
1959	443,2	7,9	130,3	2 524	130,3	2 524	103,1	1 996	62,0	60,2	53,2	240
1960	481,4	8,6	146,0	2 799	146,2	2 802	116,1	2 226	69,4	59,7	59,8	262
Früheres Bundesgebiet												
1960	511,3	–	154,8	2 792	154,9	2 795	122,8	2 215	73,8	60,1	63,7	262
1961	535,0	4,6	169,6	3 019	169,4	3 016	133,3	2 373	83,2	62,4	71,8	289
1962	559,9	4,7	184,5	3 245	184,3	3 243	144,2	2 538	92,1	63,9	79,5	315
1963	575,7	2,8	195,5	3 407	195,4	3 404	152,3	2 653	98,8	64,9	85,3	334
1964	614,0	6,7	214,8	3 706	214,5	3 701	167,3	2 886	108,0	64,5	94,0	365
1965	646,9	5,4	234,8	4 005	234,3	3 997	183,3	3 127	119,7	65,3	103,9	398
1966	664,9	2,8	249,6	4 220	249,2	4 213	194,2	3 283	128,9	66,4	111,4	427
1967	662,9	– 0,3	252,8	4 263	252,4	4 258	194,7	3 284	128,8	66,1	111,4	441
1968	699,0	5,5	272,7	4 583	272,9	4 586	213,8	3 593	138,2	64,7	119,0	468
1969	751,2	7,5	305,2	5 081	305,7	5 088	236,7	3 941	155,5	65,7	133,5	511
1970	789,0	5,0	345,3	5 693	345,5	5 696	271,2	4 471	184,4	68,0	157,4	590
1970 bis 1988												
1970	56,8	–	360,6	5 945	361,6	5 963	282,1	4 652	185,1	65,6	158,4	591
1971	58,6	3,1	400,2	6 529	400,8	6 539	311,4	5 080	209,9	67,4	179,0	657
1972	61,1	4,3	436,4	7 076	436,6	7 080	339,6	5 507	232,6	68,5	197,3	715
1973	64,0	4,8	486,0	7 842	486,2	7 845	380,3	6 136	264,6	69,6	222,9	794
1974	64,6	0,9	526,0	8 477	526,3	8 481	411,4	6 630	292,7	71,1	245,3	878
1975	64,1	– 0,9	551,0	8 912	552,0	8 928	430,5	6 962	306,0	71,1	254,3	932
1976	67,2	4,9	597,4	9 709	599,0	9 735	467,7	7 602	330,7	70,7	272,9	997
1977	69,5	3,3	636,5	10 367	637,2	10 378	497,2	8 097	355,0	71,4	293,4	1 064
1978	71,6	3,0	678,9	11 071	682,1	11 122	531,6	8 667	379,0	71,3	312,6	1 118
1979	74,5	4,2	737,4	12 017	738,6	12 038	573,3	9 343	410,3	71,6	337,9	1 179
1980	75,6	1,4	788,5	12 808	790,0	12 831	609,3	9 897	445,9	73,2	366,7	1 255
1981	76,0	0,5	825,8	13 388	825,9	13 390	635,5	10 302	467,8	73,6	384,7	1 313
1982	75,7	– 0,4	860,2	13 956	859,6	13 945	659,6	10 701	482,8	73,2	395,8	1 361
1983	76,9	1,6	898,3	14 624	900,4	14 659	689,5	11 226	493,5	71,6	403,1	1 398
1984	79,0	2,8	942,0	15 398	947,9	15 495	726,5	11 876	512,8	70,6	417,3	1 433
1985	80,9	2,3	984,4	16 132	990,7	16 234	762,4	12 493	533,5	70,0	434,2	1 468
1986	82,7	2,3	1 037,1	16 984	1 041,2	17 050	805,7	13 194	561,7	69,7	457,2	1 515
1987	83,9	1,4	1 065,1	17 439	1 067,8	17 482	825,4	13 514	587,3	71,2	478,0	1 558
1988	87,0	3,7	1 123,3	18 280	1 131,7	18 416	878,2	14 290	611,8	69,7	498,2	1 598

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	%	Mrd. EUR ³	EUR ³
Früheres Bundesgebiet												
1989	90,4	3,9	1 200,7	19 346	1 211,1	19 514	938,7	15 125	639,9	68,2	521,8	1 641
1990	95,1	5,3	1 306,7	20 658	1 317,9	20 836	1 017,9	16 092	690,0	67,8	562,5	1 717
1991	100	5,1	1 415,8	22 096	1 417,8	22 128	1 089,0	16 996	747,4	68,6	609,2	1 822
Deutschland												
1991	84,2	–	1 534,6	19 186	1 541,6	19 274	1 217,2	15 218	861,2	70,8	707,6	1 675
1992	85,8	1,9	1 648,4	20 453	1 653,5	20 517	1 298,4	16 111	933,2	71,9	766,1	1 846
1993	85,0	– 1,0	1 696,9	20 903	1 698,8	20 927	1 316,8	16 221	954,7	72,5	785,8	1 925
1994	87,1	2,5	1 782,2	21 888	1 771,6	21 759	1 370,5	16 832	978,6	71,4	797,6	1 961
1995	88,5	1,7	1 848,5	22 636	1 832,6	22 441	1 423,9	17 437	1 012,8	71,1	821,5	2 018
1996	89,2	0,8	1 875,0	22 895	1 863,0	22 748	1 444,7	17 640	1 021,0	70,7	829,1	2 042
1997	90,8	1,7	1 912,6	23 310	1 896,9	23 119	1 465,7	17 863	1 024,1	69,9	826,8	2 043
1998	92,5	1,9	1 959,7	23 890	1 937,7	23 622	1 492,2	18 191	1 044,9	70,0	842,8	2 060
1999	94,2	1,9	2 000,2	24 367	1 976,2	24 074	1 507,6	18 366	1 071,3	71,1	866,8	2 086
2000	97,1	3,1	2 047,5	24 912	2 025,9	24 649	1 540,9	18 749	1 111,2	72,1	894,7	2 114
2001	98,5	1,5	2 101,9	25 527	2 078,1	25 239	1 577,1	19 153	1 131,9	71,8	913,7	2 156
2002	98,6	0,0	2 132,2	25 850	2 103,5	25 503	1 591,4	19 293	1 138,8	71,6	920,3	2 187
2003	98,2	– 0,4	2 147,5	26 024	2 129,4	25 804	1 608,5	19 492	1 141,6	71,0	920,2	2 211
2004	99,3	1,2	2 195,7	26 614	2 214,5	26 842	1 686,8	20 446	1 145,4	67,9	924,7	2 223
2005	100	0,7	2 224,4	26 974	2 249,6	27 280	1 713,7	20 781	1 137,6	66,4	922,1	2 230
2006	103,7	3,7	2 313,9	28 093	2 361,0	28 665	1 808,7	21 960	1 156,1	63,9	935,0	2 248
2007	107,1	3,3	2 428,5	29 521	2 470,3	30 030	1 877,3	22 821	1 187,1	63,2	965,9	2 281
2008	108,3	1,1	2 473,8	30 124	2 502,6	30 475	1 890,7	23 024	1 229,7	65,0	1 002,6	2 333
2009	102,7	– 5,1	2 374,5	29 002	2 432,5	29 710	1 812,3	22 134	1 233,4	68,1	1 004,0	2 334
2010	107,0	4,2	2 496,2	30 532	2 546,7	31 149	1 919,3	23 476	1 271,0	66,2	1 034,1	2 389
2011	110,2	3,0	2 592,6	31 703	2 640,9	32 293	1 984,6	24 268	1 328,0	66,9	1 083,9	2 469
2012	111,0	0,7	2 644,2	32 279	2 707,9	33 056	2 035,1	24 843	1 377,6	67,7	1 126,8	2 536

Die Ergebnisse von 1925 bis erste Angabe 1970, von zweite Angabe 1970 bis 1991 sowie die Angaben für Deutschland sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll vergleichbar.

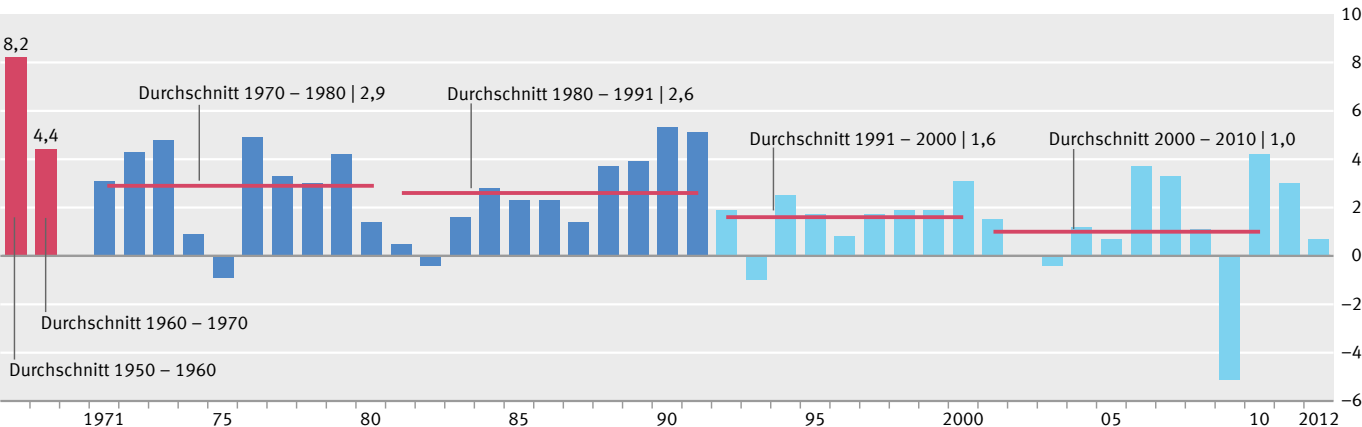
1 Preisbereinigte Ergebnisse bis erste Angabe 1970 in Preisen von 1991 (jeweils in Mrd. EUR); preisbereinigte Ergebnisse ab zweite Angabe 1970 in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex (1991 = 100 bzw. 2005 = 100).

2 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

3 Für den Zeitraum 1925 bis 1938 auf das frühere Bundesgebiet umgerechnete Ergebnisse des Statistischen Reichsamtes in Mrd. RM bzw. Reichsmark.

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr, in %



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2011 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

2013 - 01 - 0312

12.2 Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen

	2009	2010	2011	2012
in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR				
Wertschöpfung und Inlandsprodukt				
Bruttowertschöpfung	2 117,4	2 236,6	2 317,4	2 364,9
+ Nettogütersteuern	257,2	259,6	275,2	279,3
Gütersteuern	263,2	265,8	281,5	285,6
abzügl.: Gütersubventionen	6,0	6,2	6,4	6,4
= Bruttoinlandsprodukt	2 374,5	2 496,2	2 592,6	2 644,2
– Abschreibungen	374,5	379,5	390,2	399,3
= Nettoinlandsprodukt	2 000,0	2 116,7	2 202,4	2 244,9
Nettoproduktionsabgaben ¹	244,9	247,9	266,7	274,4
Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 232,4	1 269,3	1 326,3	1 375,9
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	522,6	599,5	609,4	594,7
Nationaleinkommen und Volkseinkommen				
Bruttoinlandsprodukt	2 374,5	2 496,2	2 592,6	2 644,2
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	186,8	193,2	208,6	206,4
– Primäreinkommen an die übrige Welt	128,9	142,7	160,3	142,7
= Bruttonationaleinkommen	2 432,5	2 546,7	2 640,9	2 707,9
– Abschreibungen	374,5	379,5	390,2	399,3
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 057,9	2 167,1	2 250,7	2 308,6
– Produktions- und Importabgaben ²	273,5	275,7	292,9	298,3
+ Subventionen ³	27,9	27,9	26,9	24,8
= Volkseinkommen	1 812,3	1 919,3	1 984,6	2 035,1
Arbeitnehmerentgelt (Inländer/-innen)	1 233,4	1 271,0	1 328,0	1 377,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	578,8	648,3	656,6	657,4
Nationaleinkommen und verfügbares Einkommen				
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 057,9	2 167,1	2 250,7	2 308,6
+ Laufende Transfers aus der übrigen Welt	11,8	13,5	13,4	14,4
– Laufende Transfers an die übrige Welt	43,6	49,5	47,5	48,1
= Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft	2 026,1	2 131,2	2 216,6	2 274,9

1 Produktions- und Importabgaben abzügl. Subventionen.

2 Vom Staat empfangen.

3 Vom Staat geleistet.

12.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

	2009	2010	2011	2012
Durchschnitt in 1 000				
Bevölkerung	81 875	81 757	81 779	81 918
– Nichterwerbspersonen	38 324	38 245	38 161	38 037
= Erwerbspersonen	43 551	43 512	43 618	43 881
– Erwerbslose ¹	3 228	2 946	2 502	2 316
= Erwerbstätige (Inländer/-innen)	40 323	40 566	41 116	41 565
– Selbstständige ^{1,2}	4 470	4 493	4 539	4 543
= Arbeitnehmer (Inländer/-innen)	35 853	36 073	36 577	37 022
+ Pendlersaldo	47	37	48	54
= Arbeitnehmer/-innen im Inland	35 900	36 110	36 625	37 076
+ Selbstständige ^{1,2}	4 470	4 493	4 539	4 543
= Erwerbstätige im Inland	40 370	40 603	41 164	41 619
Mill. Stunden				
Geleistete Arbeitsstunden im Inland ^{1,3}				
der Erwerbstätigen	55 826	57 110	57 887	58 147
der Arbeitnehmer/-innen	46 515	47 791	48 530	48 853

1 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

2 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

3 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA).

12.4 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet) ¹	- 5,1	4,2	3,0	0,7
Erwerbsquote (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung)	53,2	53,2	53,3	53,6
Erwerbslosenquote (Erwerbslose in % der Erwerbspersonen)	7,4	6,8	5,7	5,3
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je erwerbstätige Person in EUR	58 818	61 478	62 982	63 533
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in EUR	42,5	43,7	44,8	45,5
Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je erwerbstätige Person) ¹¹	-5,2	3,6	1,6	- 0,4
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ¹¹	- 2,5	1,8	1,6	0,2
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 861	2 929	3 018	3 092
Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	26,5	26,6	27,3	28,2
Lohnstückkosten (Personenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-innen in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	5,6	- 1,1	1,4	2,9
Lohnstückkosten (Stundenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	6,2	- 1,5	1,2	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 328	2 382	2 462	2 528
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat (ohne marginal Beschäftigte) ¹²	2 735	2 792	2 870	2 933
Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	21,6	21,6	22,3	23,0
Lohnquote (unbereinigt; Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens)	68,1	66,2	66,9	67,7
Lohnquote (bereinigt) ¹³	69,5	67,6	68,3	69,0
Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in % des Volkseinkommens je erwerbstätige Person)	76,5	74,5	75,2	76,0
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte) ¹⁴	10,9	10,9	10,4	10,3
Staatsquote (Ausgaben des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	48,2	47,7	45,3	45,1
Defizitquote (Finanzierungssaldo des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	- 3,1	- 4,1	- 0,8	0,1

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

2 Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“).

3 Arbeitseinkommensquote multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr, hier 1991.

4 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Die **Defizitquote** wird definiert als negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

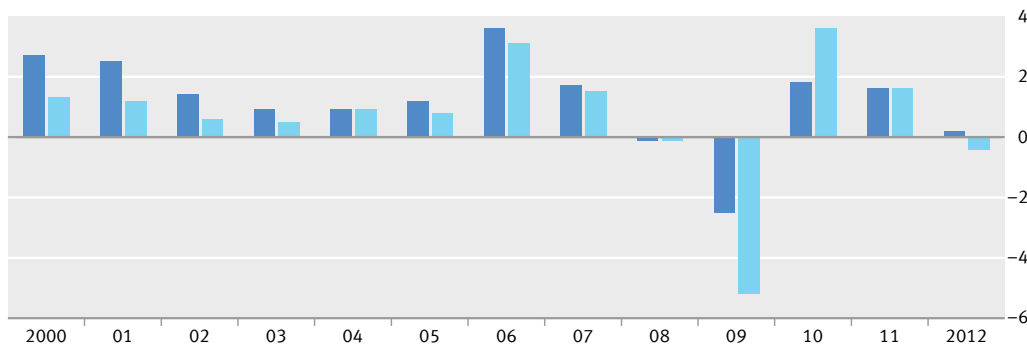
Die **Sparquote** wird definiert als Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil (Ausgabenkonzept) in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Die **Arbeitsproduktivität** wird berechnet als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde.

Arbeitsproduktivität in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %

■ Je Stunde ■ Je Kopf



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person bzw. je geleistete Erwerbstätigenstunde.

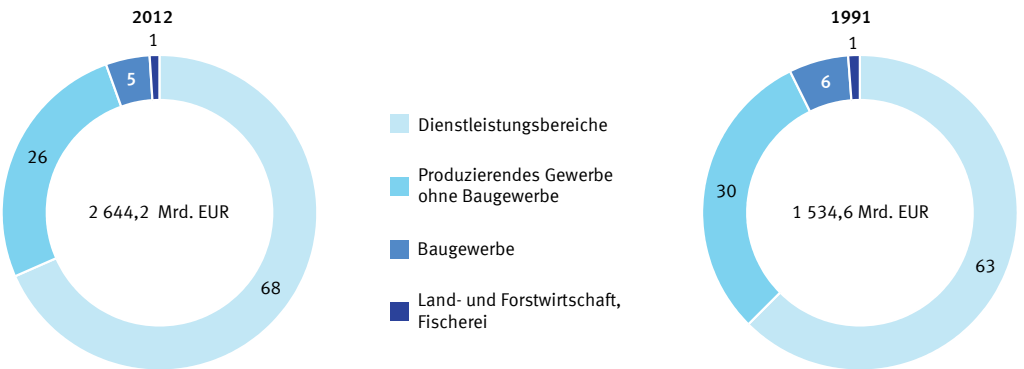
2013 - 01 - 0313

12.5 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			% der Bruttowertschöpfung insgesamt		
Alle Wirtschaftsbereiche	2 236,6	2 317,4	2 364,9	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17,8	21,6	23,3	0,8	0,9	1,0
Produzierendes Gewerbe	665,3	713,5	724,2	29,7	30,8	30,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	564,9	607,4	616,7	25,3	26,2	26,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	5,5	6,8	...	0,2	0,3	...
Verarbeitendes Gewerbe	481,7	524,5	529,1	21,5	22,6	22,4
Energieversorgung	53,9	53,0	...	2,4	2,3	...
Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	23,8	23,2	...	1,1	1,0	...
Baugewerbe	100,4	106,1	107,4	4,5	4,6	4,5
Dienstleistungsbereiche	1 553,5	1 582,4	1 617,5	69,5	68,3	68,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	354,8	369,7	378,7	15,9	16,0	16,0
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz	226,2	235,8	240,5	10,1	10,2	10,2
Verkehr und Lagerei	87,6	91,3	93,5	3,9	3,9	4,0
Gastgewerbe	41,0	42,6	44,7	1,8	1,8	1,9
Information und Kommunikation	90,0	89,0	91,3	4,0	3,8	3,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	101,4	101,6	94,1	4,5	4,4	4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	263,2	264,2	268,7	11,8	11,4	11,4
Unternehmensdienstleister	236,3	242,9	252,6	10,6	10,5	10,7
Freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleister ..	130,7	134,4	...	5,8	5,8	...
Sonstige Unternehmensdienstleister	105,5	108,5	...	4,7	4,7	...
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit ...	405,7	412,4	426,7	18,1	17,8	18,0
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung ..	140,1	143,3	...	6,3	6,2	...
Erziehung und Unterricht	101,5	104,0	...	4,5	4,5	...
Gesundheits- und Sozialwesen	164,2	165,1	...	7,3	7,1	...
Sonstige Dienstleister	102,1	102,6	105,3	4,6	4,4	4,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	31,8	32,7	...	1,4	1,4	...
Sonstige Dienstleister a. n. g.	63,2	62,7	...	2,8	2,7	...
Häusliche Dienste	7,0	7,2	...	0,3	0,3	...

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Wirtschaftsstruktur in Deutschland
in %



Gemessen als Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt.

2013 - 01 - 0314

12.6 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	1 920,8	1 987,4	2 038,9	2,9	3,5	2,6
Private Konsumausgaben	1 433,2	1 487,7	1 523,7	3,0	3,8	2,4
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	1 393,8	1 445,7	1 480,4	2,9	3,7	2,4
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	39,4	42,0	43,3	5,3	6,5	3,2
Konsumausgaben des Staates	487,6	499,8	515,2	2,6	2,5	3,1
Bruttoinvestitionen	436,5	473,5	456,0	11,7	8,5	- 3,7
Bruttoanlageinvestitionen	435,3	469,9	464,6	6,5	7,9	- 1,1
Ausrüstungen	170,8	183,2	175,0	10,3	7,3	- 4,5
Bauten	236,8	258,1	260,4	4,4	9,0	0,9
Sonstige Anlagen ¹	27,6	28,5	29,2	2,8	3,3	2,4
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	1,3	3,7	- 8,5	X	X	X
Inländische Verwendung	2 357,3	2 460,9	2 494,9	4,4	4,4	1,4
Außenbeitrag	138,9	131,7	149,3	X	X	X
Exporte	1 173,3	1 300,8	1 364,7	16,6	10,9	4,9
abzüglich: Importe	1 034,4	1 169,2	1 215,3	16,3	13,0	3,9
Bruttoinlandsprodukt	2 496,2	2 592,6	2 644,2	5,1	3,9	2,0

1 Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

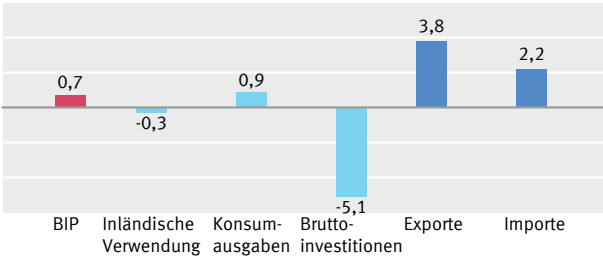
12.7 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet)

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Index 2005 = 100			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	105,0	106,6	107,5	1,1	1,5	0,9
Private Konsumausgaben	103,2	104,9	105,7	0,9	1,7	0,8
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	103,0	104,7	105,5	0,9	1,7	0,8
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	110,6	113,3	114,2	2,1	2,5	0,7
Konsumausgaben des Staates	110,6	111,7	113,0	1,7	1,0	1,2
Bruttoinvestitionen	111,1	119,1	113,1	9,8	7,2	- 5,1
Bruttoanlageinvestitionen	107,5	114,1	111,3	5,9	6,2	- 2,5
Ausrüstungen	108,5	116,1	110,5	10,3	7,0	- 4,8
Bauten	104,2	110,3	108,6	3,2	5,8	- 1,5
Sonstige Anlagen ¹	124,6	129,5	133,5	3,3	3,9	3,2
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	X	X	X	X	X	X
Inländische Verwendung	106,0	108,8	108,5	2,6	2,6	- 0,3
Außenbeitrag	X	X	X	X	X	X
Exporte	124,5	134,2	139,4	13,7	7,8	3,8
abzüglich: Importe	124,6	133,8	136,8	11,1	7,4	2,2
Bruttoinlandsprodukt	107,0	110,2	111,0	4,2	3,0	0,7

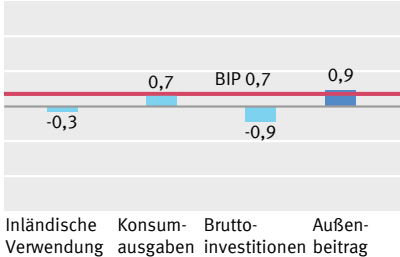
1 Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2012
Preisbereinigt

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Wachstumsbeiträge zum BIP¹, in %-Punkten



Der Wachstumsbeitrag ist definiert als rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

1 Die Wachstumsbeiträge sind - abgesehen von Rundungsdifferenzen - jeweils additiv: Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen ergeben die inländische Verwendung, welche wiederum zusammen mit dem Außenbeitrag das BIP ergibt.

12.8 Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken in jeweiligen Preisen

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			% der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland insgesamt		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	155,3	161,9	167,6	11,4	11,5	11,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	43,3	45,5	46,6	3,2	3,2	3,2
Bekleidung und Schuhe	66,3	68,4	69,8	4,9	4,9	4,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	337,9	343,9	352,5	24,9	24,4	24,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Aus- rüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	83,8	87,6	89,1	6,2	6,2	6,2
Gesundheitspflege	66,6	67,5	70,1	4,9	4,8	4,9
Verkehr	180,5	197,4	201,7	13,3	14,0	14,0
Nachrichtenübermittlung	36,8	37,2	38,4	2,7	2,6	2,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	123,6	126,0	127,7	9,1	8,9	8,9
Bildungswesen	13,8	14,2	14,5	1,0	1,0	1,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	78,8	83,3	86,6	5,8	5,9	6,0
Andere Waren und Dienstleistungen	25,3	26,0	26,8	1,9	1,8	1,9
Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland	1 359,5	1 409,8	1 441,3	100	100	100
Konsumausgaben der Inländer/-innen in der übrigen Welt	59,7	62,1	66,7	X	X	X
abzügl. Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland	25,4	26,2	27,6	X	X	X
Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte	1 393,8	1 445,7	1 480,4	X	X	X

12.9 Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bruttoinvestitionen insgesamt	436,5	473,5	456,0	11,7	8,5	- 3,7
Bruttoanlageinvestitionen	435,3	469,9	464,6	6,5	7,9	- 1,1
Ausrüstungsinvestitionen	170,8	183,2	175,0	10,3	7,3	- 4,5
Maschinen und Geräte ¹	115,1	127,3	...	4,5	10,6	...
Fahrzeuge	55,7	55,9	...	24,7	0,4	...
Staat	6,6	6,7	7,5	- 2,5	1,5	11,3
Übrige Sektoren	164,2	176,5	167,5	10,9	7,5	- 5,1
Bauinvestitionen	176,5	258,1	260,4	4,4	9,0	0,9
Wohnbauten	167,5	145,8	150,7	6,0	9,4	3,4
Staat	10,9	0,6	0,6	- 16,7	10,9	3,3
Übrige Sektoren	7,5	145,1	150,1	6,2	9,4	3,4
Nichtwohnbauten	-5,1	112,3	109,7	2,3	8,5	- 2,4
Hochbau (Nichtwohngebäude)	67,5	73,0	71,2	2,7	8,2	- 2,6
Tiefbau (sonstige Bauten)	36,1	39,3	38,5	1,5	8,9	- 2,1
Staat	32,7	33,3	30,6	1,9	1,9	- 8,3
Übrige Sektoren	70,8	79,0	79,1	2,5	11,5	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	27,6	28,5	29,2	2,8	3,3	2,4
Nutztiere und Nutzpflanzungen	- 0,1	- 0,1	...	X	X	X
Immaterielle Anlageinvestitionen ²	27,7	28,6	...	2,8	3,3	...
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	1,3	3,7	- 8,5	X	X	X

1 Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Leder-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagszeugnisse.

2 Einschl. Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

12.10 Kapitalproduktivität, Kapitalintensität

	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoanlagevermögen ¹	Erwerbstätige	Kapitalproduktivität ²	Kapitalintensität ³
	preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100		Messzahl 2005 = 100	Index 2005 = 100	
1991	84,2	72,4	99,3	116,3	72,9
1992	85,8	74,8	98,0	114,7	76,4
1993	85,0	77,0	96,7	110,4	79,6
1994	87,1	79,2	96,6	109,9	82,0
1995	88,5	81,4	97,0	108,7	83,9
1996	89,2	83,5	96,9	106,8	86,2
1997	90,8	85,6	96,8	106,1	88,5
1998	92,5	87,7	97,9	105,4	89,6
1999	94,2	89,9	99,3	104,7	90,5
2000	97,1	92,2	101,0	105,3	91,2
2001	98,5	94,2	101,3	104,7	92,9
2002	98,6	95,8	100,7	102,9	95,1
2003	98,2	97,3	99,9	100,9	97,4
2004	99,3	98,7	100,1	100,7	98,5
2005	100	100	100	100	100
2006	103,7	101,5	100,6	102,1	101,0
2007	107,1	103,2	102,3	103,8	101,0
2008	108,3	104,8	103,5	103,3	101,2
2009	102,7	105,8	103,6	97,0	102,2
2010	107,0	107,1	104,2	99,9	102,8
2011	110,2	108,3	105,6	101,8	102,5
2012	111,0	109,5	106,8	101,3	102,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1992	1,9	3,3	- 1,4	- 1,3	4,7
1993	- 1,0	2,9	- 1,3	- 3,8	4,2
1994	2,5	2,9	- 0,1	- 0,4	3,0
1995	1,7	2,8	0,4	- 1,1	2,4
1996	0,8	2,6	- 0,1	- 1,8	2,7
1997	1,7	2,5	- 0,1	- 0,7	2,6
1998	1,9	2,5	1,1	- 0,6	1,3
1999	1,9	2,5	1,5	- 0,6	1,0
2000	3,1	2,5	1,7	0,6	0,8
2001	1,5	2,2	0,3	- 0,6	1,9
2002	0,0	1,7	- 0,6	- 1,7	2,3
2003	- 0,4	1,6	- 0,9	- 1,9	2,5
2004	1,2	1,4	0,3	- 0,3	1,1
2005	0,7	1,4	- 0,1	- 0,7	1,5
2006	3,7	1,5	0,6	2,1	1,0
2007	3,3	1,6	1,7	1,6	- 0,1
2008	1,1	1,6	1,2	- 0,5	0,3
2009	- 5,1	1,0	0,1	- 6,1	1,0
2010	4,2	1,1	0,6	3,0	0,6
2011	3,0	1,2	1,4	1,8	- 0,2
2012	0,7	1,1	1,1	- 0,4	0,0

1 Bestand am Jahresende.

2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100.

3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

Unter **Kapitalintensität** versteht man das Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Unter **Kapitalproduktivität** versteht man das Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

12.11 Anlagevermögen nach Vermögensarten

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. EUR								
Brutto								
Sachanlagen	11 267,5	11 652,6	12 412,4	12 968,5	13 237,5	13 520,7	14 039,3	14 493,6
Nutztiere und Nutzpflanzungen	9,9	10,2	10,6	11,1	11,0	/	/	/
Ausrüstungen	1 925,3	1 971,5	2 035,9	2 106,0	2 118,4	2 142,5	2 181,7	2 198,5
Maschinen und Geräte ¹⁾	1 494,4	1 511,8	1 541,1	1 585,6	1 591,2	1 599,3	1 615,7	1 620,4
Fahrzeuge	430,9	459,7	494,8	520,3	527,2	543,2	566,0	578,1
Bauten ²⁾	9 332,4	9 670,9	10 365,9	10 851,5	11 108,0	11 366,7	11 844,8	12 281,2
Wohnbauten	5 220,3	5 428,0	5 846,9	6 122,4	6 281,1	6 464,3	6 760,2	7 041,8
Nichtwohnbauten	4 112,0	4 242,9	4 519,0	4 729,1	4 826,9	4 902,5	5 084,6	5 239,4
Immaterielle Anlagegüter	112,7	114,6	117,0	121,6	126,6	131,1	134,7	138,2
Alle Anlagegüter	11 380,2	11 767,2	12 529,4	13 090,1	13 364,1	13 651,8	14 174,1	14 631,8
Netto								
Sachanlagen	6 834,3	7 044,7	7 490,9	7 801,0	7 914,8	8 049,5	8 334,9	8 582,0
Nutztiere und Nutzpflanzungen	7,8	7,9	8,3	8,7	8,5	/	/	/
Ausrüstungen	974,5	1 005,5	1 051,2	1 096,9	1 091,6	1 101,4	1 124,6	1 137,9
Maschinen und Geräte ¹⁾	736,3	748,1	770,9	801,9	797,9	798,3	808,5	815,7
Fahrzeuge	238,2	257,5	280,3	295,0	293,7	303,0	316,2	322,2
Bauten ²⁾	5 852,0	6 031,2	6 431,4	6 695,4	6 814,6	6 939,2	7 200,2	7 432,9
Wohnbauten	3 467,4	3 587,9	3 845,3	4 004,6	4 084,9	4 182,1	4 353,7	4 514,4
Nichtwohnbauten	2 384,7	2 443,3	2 586,1	2 690,9	2 729,7	2 757,1	2 846,5	2 918,5
Immaterielle Anlagegüter	58,2	59,7	61,5	64,2	66,2	68,1	69,7	71,4
Alle Anlagegüter	6 892,5	7 104,4	7 552,4	7 865,2	7 981,0	8 117,5	8 404,6	8 653,4
Preisbereinigt, Kettenindex (2005 = 100)								
Brutto								
Sachanlagen	100	101,5	103,1	104,7	105,7	106,9	108,1	109,3
Nutztiere und Nutzpflanzungen	100	99,4	95,3	97,0	91,0	/	/	/
Ausrüstungen	100	101,9	104,6	107,4	107,5	108,3	109,0	109,5
Maschinen und Geräte ¹⁾	100	101,1	102,9	105,2	105,1	105,2	105,2	105,2
Fahrzeuge	100	104,9	110,3	114,7	115,8	118,8	121,7	123,9
Bauten ²⁾	100	101,4	102,8	104,1	105,3	106,6	107,9	109,2
Wohnbauten	100	101,8	103,6	105,3	106,8	108,5	110,3	112,1
Nichtwohnbauten	100	100,9	101,8	102,7	103,4	104,2	104,9	105,6
Immaterielle Anlagegüter	100	105,1	111,2	118,1	123,6	128,7	133,6	138,3
Alle Anlagegüter	100	101,5	103,2	104,8	105,8	107,1	108,3	109,5
Netto								
Sachanlagen	100	101,2	102,4	103,6	104,0	104,7	105,6	106,4
Nutztiere und Nutzpflanzungen	100	99,4	94,0	95,9	88,4	/	/	/
Ausrüstungen	100	102,8	107,0	110,9	110,0	110,6	111,6	112,6
Maschinen und Geräte ¹⁾	100	101,7	105,0	108,7	107,7	107,4	107,8	108,5
Fahrzeuge	100	106,3	113,1	117,8	117,0	120,2	123,1	125,1
Bauten ²⁾	100	100,9	101,7	102,5	103,1	103,8	104,6	105,4
Wohnbauten	100	101,3	102,6	103,7	104,6	105,7	106,9	108,2
Nichtwohnbauten	100	100,2	100,4	100,7	100,9	101,1	101,2	101,5
Immaterielle Anlagegüter	100	106,0	113,3	120,8	125,4	129,7	134,1	138,8
Alle Anlagegüter	100	101,2	102,5	103,8	104,2	104,9	105,8	106,6

Bestand am Jahresende

- 1 Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik-, Eisenwaren u. a.
2 Einschl. kumulierter Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

12.12 Hauptaggregate der Sektoren 2012

	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle Kapi- talgesellschaften	Finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
	Mrd. EUR					
Produktionswert	5 098,1	3 606,4	237,7	376,5	877,5	–
dar. FISIM ¹	85,5	–	85,5	–	–	–
– Vorleistungen	2 733,1	2 125,9	148,5	131,1	327,6	–
dar. FISIM ¹	55,4	17,7	8,3	4,0	25,5	–
= Bruttowertschöpfung	2 364,9	1 480,5	89,2	245,3	549,9	–
– Abschreibungen	399,3	220,1	8,4	45,9	124,9	–
= Nettowertschöpfung ²	1 965,7	1 260,4	80,9	199,5	425,0	– 149,3
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 375,9	900,7	65,6	203,5	206,1	10,7
– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,0	8,7	1,1	0,1	9,2	–
+ Empfangene sonstige Subventionen	23,9	22,1	–	0,3	1,6	–
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	594,7	373,0	14,1	– 3,8	211,3	– 160,0
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 377,6	–	–	–	1 377,6	9,0
– Geleistete Subventionen	24,8	–	–	24,8	–	5,5
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	298,3	–	–	298,3	–	6,3
– Geleistete Vermögenseinkommen	863,9	429,0	323,3	63,5	48,1	190,2
+ Empfangene Vermögenseinkommen	926,6	147,7	331,3	23,5	424,2	127,4
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 308,6	91,8	22,1	229,8	1 965,1	– 213,0
– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	315,2	61,9	10,3	–	243,0	5,1
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	320,0	–	–	320,0	–	0,3
– Geleistete Sozialbeiträge	538,2	–	–	–	538,2	3,0
+ Empfangene Sozialbeiträge	539,2	21,6	68,2	448,7	0,6	2,0
– Geleistete monetäre Sozialleistungen	485,3	15,7	38,2	430,8	0,6	0,4
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	479,1	–	–	–	479,1	6,7
– Geleistete sonstige laufende Transfers	203,3	15,8	60,9	56,4	70,2	5,9
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	170,0	16,1	61,0	17,5	75,4	39,1
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 274,9	36,1	41,8	528,8	1 668,2	– 179,3
– Konsumausgaben	2 038,9	–	–	515,2	1 523,7	–
dar. FISIM ¹	33,6	–	–	4,0	29,6	–
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 5,8	– 25,0	–	30,8	–
= Sparen	236,0	30,2	16,9	13,6	175,3	– 179,3
– Geleistete Vermögenstransfers	40,8	2,2	4,4	28,0	6,1	3,5
+ Empfangene Vermögenstransfers	38,9	17,1	–	10,3	11,5	5,4
– Bruttoinvestitionen	456,0	244,1	7,8	40,8	163,3	–
+ Abschreibungen	399,3	220,1	8,4	45,9	124,9	–
– Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ..	–	0,5	–	– 1,4	0,9	–
= Finanzierungssaldo	177,5	20,7	13,0	2,4	141,4	– 177,5

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

2 Für den Sektor „übrige Welt“ Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt.

12.13 Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften

	2009	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			
Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 167,7	1 264,2	1 316,9	1 341,2
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	858,4	884,3	928,8	966,3
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 17,0	– 16,8	– 15,0	– 12,3
= Betriebsüberschuss	326,3	396,7	403,1	387,2
+ Empfangene Vermögenseinkommen	457,5	460,9	476,0	478,9
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	349,4	334,9	350,8	326,1
= Unternehmensgewinne	434,4	522,8	528,3	540,0
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	356,9	375,5	398,7	418,8
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 8,4	1,9	5,8	7,4
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	85,9	145,4	123,8	113,8
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 087,6	1 175,3	1 228,1	1 260,4
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	796,7	821,6	864,8	900,7
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 17,3	– 17,2	– 15,9	– 13,4
= Betriebsüberschuss	308,2	371,0	379,2	373,0
+ Empfangene Vermögenseinkommen	127,4	148,8	138,7	147,7
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	67,0	67,3	71,3	63,6
= Unternehmensgewinne	368,5	452,4	446,6	457,1
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	299,9	315,1	340,2	360,0
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 7,8	3,8	5,3	5,4
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	76,4	133,5	101,1	91,7
Finanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	80,1	88,9	88,9	80,9
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	61,7	62,8	64,0	65,6
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	0,4	0,4	1,0	1,1
= Betriebsüberschuss	18,1	25,8	23,9	14,1
+ Empfangene Vermögenseinkommen	330,1	312,1	337,3	331,3
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	282,3	267,5	279,5	262,5
= Unternehmensgewinne	65,9	70,4	81,7	82,9
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	57,0	60,4	58,5	58,8
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 0,6	– 1,9	0,4	2,0
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	9,4	11,9	22,7	22,1

12.14 Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben

	Staat insgesamt			Gebietskörperschaften			Sozialversicherung		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR								
Marktproduktion	14,1	15,0	16,1	14,1	15,0	16,1	–	–	–
+ Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	340,0	351,0	360,4	312,3	322,4	331,3	27,6	28,6	29,0
= Produktionswert	354,0	366,0	376,5	326,4	337,4	347,4	27,6	28,6	29,0
– Vorleistungen	120,9	126,4	131,1	112,4	117,5	122,1	8,5	8,9	9,1
= Bruttowertschöpfung	233,1	239,6	245,3	214,0	219,9	225,4	19,2	19,7	20,0
– Abschreibungen	43,1	44,5	45,9	42,2	43,5	44,9	0,9	1,0	1,0
= Nettowertschöpfung	190,0	195,1	199,5	171,8	176,3	180,5	18,2	18,8	19,0
– Arbeitnehmerentgelt	195,3	199,7	203,5	177,1	181,0	184,5	18,2	18,7	19,0
– Sonstige Nettoproduktionsabgaben ²	– 0,6	– 0,3	– 0,2	– 0,6	– 0,3	– 0,2	0,0	0,0	0,0
= Betriebsüberschuss ³	– 4,7	– 4,3	– 3,8	– 4,7	– 4,3	– 3,8	–	–	–
Sonstige Nichtmarktproduktion	339,1	350,1	359,4	311,5	321,5	330,4	27,6	28,6	29,0
– Verkäufe aus Nichtmarktproduktion	54,9	58,2	58,0	54,7	57,1	56,5	0,2	1,0	1,5
+ Soziale Sachleistungen	203,3	207,8	213,7	25,8	26,7	28,0	177,5	181,1	185,7
= Konsumausgaben des Staates	487,6	499,8	515,2	282,6	291,1	301,9	205,0	208,7	213,2

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen.

3 Aus Marktproduktion.

12.15 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen	1 087,4	1 154,9	1 193,6	1,5	6,2	3,4
Verkäufe	69,8	74,1	75,0	5,3	6,1	1,3
Marktproduktion (ohne Gütersteuern)	14,1	15,0	16,1	3,8	6,8	7,2
Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	55,7	59,1	58,9	5,7	6,0	- 0,2
Sonstige Subventionen	0,6	0,4	0,3	10,7	- 37,1	- 28,2
Vermögenseinkommen	20,1	27,3	23,5	- 6,4	36,1	- 13,9
Zinsen	10,9	16,4	15,7	X	X	X
Nettopachten u. Ä.	1,1	1,3	1,3	X	X	X
Ausschüttungen	8,1	9,6	6,5	X	X	X
Steuern ²	548,8	589,5	618,3	0,2	7,4	4,9
Produktions- und Importabgaben	275,7	292,9	298,3	0,8	6,3	1,8
Gütersteuern	260,0	275,2	279,3	1,0	5,8	1,5
Sonstige Produktionsabgaben	15,7	17,7	19,0	- 2,4	13,2	7,5
Einkommen- und Vermögensteuern	273,1	296,6	320,0	- 0,3	8,6	7,9
Sozialbeiträge	421,1	436,9	448,7	2,5	3,7	2,7
Tatsächliche Sozialbeiträge	393,6	409,3	421,2	2,5	4,0	2,9
Unterstellte Sozialbeiträge	27,5	27,6	27,5	3,1	0,3	- 0,4
Sonstige laufende Transfers	17,4	17,0	17,5	11,6	- 2,4	2,8
Schadenversicherungsleistungen	0,2	0,2	0,2	X	X	X
Laufende Transfers innerhalb des Staatssektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	2,2	1,3	1,7	X	X	X
Übrige laufende Transfers	15,1	15,5	15,6	3,6	3,1	0,3
Vermögenstransfers	9,6	9,7	10,3	- 0,1	1,2	5,9
Vermögenswirksame Steuern	4,4	4,3	4,3	- 2,9	- 3,6	1,4
Investitionszuschüsse	3,1	3,3	3,3	0,6	6,8	0,9
Sonstige Vermögenstransfers	2,1	2,2	2,7	X	X	X
- Ausgaben	1 191,0	1 174,5	1 191,3	4,0	- 1,4	1,4
Vorleistungen	120,9	126,4	131,1	4,4	4,6	3,7
Arbeitnehmerentgelt	195,3	199,7	203,5	2,3	2,3	1,9
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	X	X	X
Vermögenseinkommen	63,4	65,9	63,5	- 0,3	3,9	- 3,6
Subventionen ³	27,9	26,9	24,8	0,0	- 3,6	- 7,9
Gütersubventionen	6,2	6,3	6,3	4,2	2,6	0,5
Sonstige Subventionen	21,7	20,6	18,4	- 1,1	- 5,3	- 10,4
Monetäre Sozialleistungen	429,6	425,4	430,8	0,9	- 1,0	1,3
Soziale Sachleistungen	203,3	207,8	213,7	3,3	2,2	2,8
Sonstige laufende Transfers	54,1	53,8	56,4	5,1	- 0,5	4,7
Nettoprämien für Schadenversicherungen	0,2	0,2	0,2	X	X	X
Laufende Transfers innerhalb des Staatssektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	5,5	5,2	4,2	23,8	- 5,7	- 18,4
Übrige laufende Transfers	48,5	48,5	52,0	3,3	0,0	7,2
Vermögenstransfers	60,2	27,2	28,0	89,1	- 54,9	3,1
Investitionszuschüsse	21,5	21,9	20,8	5,3	2,0	- 4,7
Sonstige Vermögenstransfers	38,8	5,3	7,2	238,2	- 86,3	35,4
Bruttoinvestitionen	41,9	42,7	40,8	0,8	2,0	- 4,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 5,8	- 1,4	- 1,4	X	X	X
= Finanzierungssaldo	- 103,6	- 19,7	2,3	X	X	X
nachrichtlich:						
Konsumausgaben	487,6	499,8	515,2	2,6	2,5	3,1
Konsumausgaben für den Individualverbrauch	312,1	319,0	327,6	2,8	2,2	2,7
Konsumausgaben für den Kollektivverbrauch	175,5	180,8	187,6	2,2	3,0	3,8

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Ohne Steuern inländischer Sektoren an die EU.

3 Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.

12.16 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

	2009	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	200,6	207,5	210,6	211,3
– Saldo der geleisteten und empfangenen betrieblich bedingten Zinsen, geleistete Pachten	37,7	36,3	37,5	35,0
= Unternehmensgewinne	162,9	171,2	173,1	176,3
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 233,4	1 271,0	1 328,0	1 377,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 004,0	1 034,1	1 083,9	1 126,8
Nettolöhne und -gehälter	289,6	290,5	287,8	291,8
Abzüge der Arbeitnehmer/-innen	173,6	179,7	189,7	196,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	229,4	236,9	244,1	250,8
+ Empfangene Vermögenseinkommen	385,3	388,2	411,4	419,4
Übrige Zinsen, Pachteinkommen	64,3	62,6	64,7	62,3
Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	272,0	275,5	298,5	308,5
Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen	49,0	50,2	48,3	48,5
– Geleistete übrige Zinsen	8,8	8,5	8,8	8,2
= Primäreinkommen	1 772,8	1 821,9	1 903,7	1 965,1
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	471,8	476,4	473,2	479,1
Geldleistungen der Sozialversicherung	289,6	290,5	287,8	291,8
Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen	48,6	49,9	51,3	51,9
Sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber/-innen	55,8	57,1	58,0	60,1
Sonstige soziale Geldleistungen	77,8	78,9	76,2	75,3
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	71,2	72,5	74,3	76,0
Schadenversicherungsleistungen	44,5	47,6	49,9	50,3
Sozialbeiträge ¹	0,6	0,6	0,6	0,6
Übrige laufende Transfers	26,1	24,4	23,8	25,2
– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	222,6	214,5	225,7	243,0
Einkommensteuer	215,6	207,3	218,4	235,7
Sonstige direkte Steuern und Abgaben	7,0	7,3	7,3	7,3
– Geleistete Sozialbeiträge	493,5	507,0	524,4	538,2
Tatsächliche Sozialbeiträge	463,9	476,6	494,2	508,1
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	199,8	206,6	213,9	220,8
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer/-innen	173,6	179,7	189,7	196,6
Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nichterwerbstätigen	90,5	90,4	90,6	90,8
Unterstellte Sozialbeiträge	29,6	30,4	30,2	30,0
– Geleistete monetäre Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,6
– Geleistete sonstige laufende Transfers	66,0	69,8	70,4	70,2
Nettoprämien für Schadenversicherungen	46,2	49,5	51,9	52,1
Übrige laufende Transfers	19,8	20,3	18,5	18,1
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 533,1	1 578,9	1 630,1	1 668,2
– Private Konsumausgaben	1 391,6	1 433,2	1 487,7	1 523,7
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	28,5	29,0	30,1	30,8
= Sparen	170,1	174,7	172,6	175,3
nachrichtlich:				
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 533,1	1 578,9	1 630,1	1 668,2
+ Soziale Sachtransfers	303,5	312,1	319,0	327,6
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	1 836,7	1 891,0	1 949,1	1 995,8
– Individualkonsum	1 695,1	1 745,3	1 806,7	1 851,2
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	28,5	29,0	30,1	30,8
= Sparen	170,1	174,7	172,6	175,3

Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

1 Unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie für Beihilfen, Unterstützungen u. Ä., welche private Organisationen ohne Erwerbszweck von privaten Haushalten empfangen.

12.17 Einnahmen und Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen aus der übrigen Welt	1 383,7	1 526,5	1 589,0	14,5	10,3	4,1
Exporte	1 173,3	1 300,8	1 364,7	16,6	10,9	4,9
Waren	992,0	1 112,3	1 163,2	18,3	12,1	4,6
Dienstleistungen	181,3	188,5	201,4	7,7	4,0	6,9
dar. FISIM ¹	6,5	6,9	6,0	- 5,7	6,5	- 12,4
Primäreinkommen	193,2	208,6	206,4	3,4	8,0	- 1,0
Arbeitnehmerentgelt	9,8	10,4	10,7	8,9	6,2	3,6
Vermögenseinkommen	177,8	192,6	190,2	3,7	8,3	- 1,2
Subventionen	5,7	5,7	5,5	- 12,0	0,0	- 2,5
Laufende Transfers	13,5	13,4	14,4	14,3	- 0,9	7,8
Vermögenstransfers	3,7	3,8	3,5	1,4	2,7	- 6,4
Ausgaben an die übrige Welt	1 230,3	1 381,6	1 411,5	15,5	12,3	2,2
Importe	1 034,4	1 169,2	1 215,3	16,3	13,0	3,9
Waren	834,5	957,5	987,9	18,2	14,7	3,2
Dienstleistungen	199,9	211,7	227,4	8,8	5,9	7,4
dar. FISIM ¹	3,4	4,1	4,3	24,8	20,2	5,4
Primäreinkommen	142,7	160,3	142,7	10,8	12,3	- 11,0
Arbeitnehmerentgelt	8,1	8,7	9,0	1,0	7,8	3,1
Vermögenseinkommen	128,9	145,3	127,4	11,9	12,7	- 12,3
Produktions- und Import- abgaben	5,7	6,3	6,3	1,6	9,6	0,8
Laufende Transfers	49,5	47,5	48,1	13,4	- 4,0	1,4
Vermögenstransfers	3,7	4,7	5,4	3,7	28,4	14,5
Finanzierungssaldo	153,4	144,9	177,5	X	X	X
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	138,9	131,7	149,3	X	X	X
Waren	157,5	154,8	175,3	X	X	X
Dienstleistungen	- 18,6	- 23,2	- 26,0	X	X	X
Primäreinkommen (Saldo) ...	50,5	48,3	63,7	X	X	X
Laufende Transfers (Saldo) ...	- 36,0	- 34,1	- 33,7	X	X	X
Vermögenstransfers (Saldo) ..	0,0	- 0,9	- 1,9	X	X	X

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

12.18 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Inländische Produktion und Importe 2010

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern					
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	private Kon- sumausgaben im Inland	Konsumaus- gaben des Staates	Brutto- anlage- investitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR									
Alle Gütergruppen	4 677,6	977,0	5 654,7	2 374,2	1 248,9	481,3	400,0	1 150,3	5 654,7
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ..	44,4	26,0	70,3	44,9	17,4	0,0	- 0,1	8,1	70,3
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	11,9	78,0	90,0	80,2	3,5	0,1	0,2	6,0	90,0
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabak- erzeugnisse	154,6	43,0	197,6	45,0	110,2	0,3	0,0	42,1	197,6
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	20,5	44,5	65,0	7,4	31,1	0,0	0,4	26,2	65,0
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	79,0	21,5	100,5	61,5	8,6	0,0	4,3	26,1	100,5
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	55,1	33,9	89,0	53,5	21,5	0,1	0,0	13,9	89,0
Chemische Erzeugnisse	113,6	68,2	181,8	81,3	9,8	0,1	0,0	90,6	181,8
Pharmazeutische Erzeugnisse	30,5	39,8	70,3	-0,6	8,3	12,8	0,0	49,8	70,3
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	100,8	32,2	133,0	79,0	7,9	0,0	0,9	45,2	133,0
Metalle und Metallerzeugnisse	196,4	77,9	274,4	170,4	3,8	0,0	12,9	87,2	274,4
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse ...	60,4	97,1	157,4	42,5	13,1	0,4	21,1	80,4	157,4
Elektrische Ausrüstungen	85,4	40,7	126,1	49,3	8,0	0,0	10,7	58,1	126,1
Maschinen	187,5	63,7	251,2	64,9	1,8	0,0	43,8	140,7	251,2
Fahrzeuge	292,4	115,5	407,9	106,7	50,9	0,4	47,7	202,2	407,9
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen ...	86,4	29,2	115,6	38,1	23,1	0,5	24,5	29,3	115,6
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung ..	118,9	28,0	146,9	78,4	36,6	0,2	0,0	31,7	146,9
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	49,0	7,3	56,3	20,1	29,4	0,4	0,0	6,4	56,3
Bauarbeiten	243,9	0,2	244,1	78,5	4,8	0,0	160,1	0,7	244,1
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	756,9	43,2	800,1	379,2	279,3	17,1	18,0	106,5	800,1
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen ..	204,7	22,6	227,3	122,3	55,4	0,0	25,4	24,2	227,3
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienst- leistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	1 044,0	63,9	1 107,9	670,6	334,8	1,7	27,9	72,9	1 107,9
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	741,4	0,9	742,3	101,0	189,7	447,4	2,3	1,9	742,3
%									
Alle Gütergruppen	82,7	17,3	100	42,0	22,1	8,5	7,1	20,3	100
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ..	63,1	36,9	100	63,8	24,8	0,0	-0,1	11,5	100
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	13,3	86,7	100	89,1	3,9	0,1	0,2	6,7	100
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabak- erzeugnisse	78,3	21,7	100	22,8	55,8	0,1	0,0	21,3	100
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	31,6	68,4	100	11,4	47,8	0,0	0,5	40,3	100
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	78,7	21,3	100	61,2	8,5	0,0	4,2	26,0	100
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	61,9	38,1	100	60,1	24,2	0,1	0,0	15,6	100
Chemische Erzeugnisse	62,5	37,5	100	44,7	5,4	0,0	0,0	49,8	100
Pharmazeutische Erzeugnisse	43,3	56,7	100	-0,8	11,9	18,2	0,0	70,8	100
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	75,8	24,2	100	59,4	5,9	0,0	0,7	34,0	100
Metalle und Metallerzeugnisse	71,6	28,4	100	62,1	1,4	0,0	4,7	31,8	100
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse ...	38,3	61,7	100	27,0	8,3	0,2	13,4	51,1	100
Elektrische Ausrüstungen	67,7	32,3	100	39,1	6,3	0,0	8,5	46,1	100
Maschinen	74,6	25,4	100	25,8	0,7	0,0	17,4	56,0	100
Fahrzeuge	71,7	28,3	100	26,2	12,5	0,1	11,7	49,6	100
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen ...	74,7	25,3	100	32,9	20,0	0,5	21,2	25,4	100
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung ..	81,0	19,0	100	53,4	24,9	0,1	0,0	21,6	100
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	87,0	13,0	100	35,7	52,2	0,7	0,0	11,3	100
Bauarbeiten	99,9	0,1	100	32,2	2,0	0,0	65,6	0,3	100
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	94,6	5,4	100	47,4	34,9	2,1	2,2	13,3	100
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen ..	90,1	9,9	100	53,8	24,4	0,0	11,2	10,7	100
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienst- leistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	94,2	5,8	100	60,5	30,2	0,2	2,5	6,6	100
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	99,9	0,1	100	13,6	25,6	60,3	0,3	0,3	100

Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA), Ausgabe 2008.

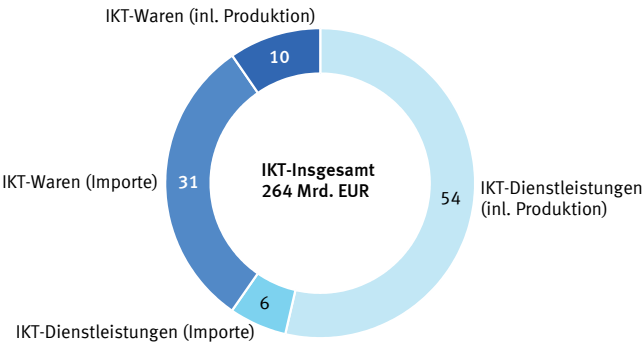
1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

12.19 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) 2010

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern				
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	Konsumausgaben im Inland	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR								
Volkswirtschaft insgesamt	4 677,6	977,0	5 654,7	2 374,2	1 730,2	400,0	1 150,3	5 654,7
1.–7. IKT-Gütergruppen insgesamt . . .	167,1	97,2	264,3	116,5	42,4	37,4	68,0	264,3
1.–4. IKT-Waren	25,4	81,3	106,7	32,6	8,1	15,2	50,7	106,7
1. Computer und Zubehör	3,2	21,9	25,1	4,6	1,4	6,9	12,2	25,1
2. Telekommunikationsgeräte und -einrichtungen	3,8	12,9	16,7	2,7	0,9	3,8	9,3	16,7
3. Unterhaltungselektronik	2,8	12,4	15,2	2,7	5,1	1,8	5,6	15,2
4. Sonstige Informations- und Kommunikationstechnik	15,6	34,1	49,7	22,7	0,7	2,8	23,6	49,7
5.–7. IKT-Dienstleistungen	141,7	15,9	157,6	83,9	34,3	22,2	17,2	157,6
5. Software	56,6	11,1	67,7	33,2	2,0	19,1	13,5	67,7
6. Telekommunikationsdienstleistungen	61,1	4,2	65,3	34,6	27,6	0,0	3,1	65,3
7. Sonstige IKT-Dienstleistungen	24,0	0,6	24,6	16,1	4,6	3,1	0,7	24,6
%								
Anteil der IKT-Gütergruppen zur Volkswirtschaft insgesamt . . .	3,6	9,9	4,7	4,9	2,4	9,4	5,9	4,7

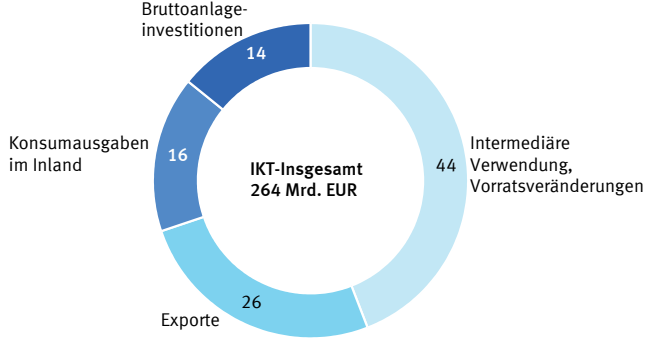
Zusammengefasste IKT-Gütergruppen auf Basis der detaillierten IKT-Güterliste der OECD 2008.
1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Aufkommensstruktur der IKT 2010
in %



2013 - 01 - 0317

Verwendungsstruktur der IKT 2010
in %



2013 - 01 - 0316

12.20 Bruttoinlandsprodukt nach Ländern 2012

	In jeweiligen Preisen		
	Wert	Anteil an Deutschland	je Einwohner/-in
	Mrd. EUR	%	EUR
Deutschland	2 643,9	100	32 281
Baden-Württemberg	389,5	14,7	36 019
Bayern	465,5	17,6	36 865
Berlin	103,6	3,9	29 455
Brandenburg	57,8	2,2	23 179
Bremen	27,7	1,0	41 897
Hamburg	95,8	3,6	53 091
Hessen	229,7	8,7	37 656
Mecklenburg-Vorpommern . .	36,9	1,4	22 620
Niedersachsen	230,0	8,7	29 032
Nordrhein-Westfalen	582,1	22,0	32 631
Rheinland-Pfalz	117,7	4,5	29 431
Saarland	31,7	1,2	31 364
Sachsen	96,6	3,7	23 400
Sachsen-Anhalt	52,8	2,0	22 933
Schleswig-Holstein	77,3	2,9	27 220
Thüringen	49,3	1,9	22 241
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet			
ohne Berlin	2 247,0	85,0	34 244
einschl. Berlin	2 350,6	88,9	34 000
Neue Länder			
ohne Berlin	293,3	11,1	22 972
einschl. Berlin	396,9	15,0	24 372

Berechnungsstand: Februar 2013.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Methodik

■ Zweck und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland zu geben. Dabei werden alle Wirtschaftseinheiten (Personen, Institutionen) mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsablaufs wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgängen (produzieren, verteilen, konsumieren, investieren, finanzieren) einbezogen. Die Wirtschaftseinheiten und ihre Tätigkeiten werden zu großen Gruppen (Wirtschaftsbereiche, Sektoren) zusammengefasst.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei ihren Arbeiten und Entscheidungen. Die Ergebnisse werden in der gesamten EU in gleicher Weise berechnet, basierend auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). So ist sichergestellt, dass europaweit vergleichbare harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen. Innerhalb der EU dienen die Angaben zum Bruttonationaleinkommen (BNE) beispielsweise zur Berechnung der Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die EU.

Zur Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaftseinheiten gerechnet, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Wirtschaftsgebiet haben (Inlandskonzept). Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft sein (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland). Die Region außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebiets wird nicht als Ausland bezeichnet, sondern als „übrige Welt“. Die Staatsangehörigkeit ist im Allgemeinen für die Abgrenzung ohne Bedeutung. Ebenso ist es unerheblich, welche Rechtsform die Wirtschaftseinheiten haben.

Die deutschen VGR bestehen aus der Inlandsproduktsberechnung, der Input-Output-Rechnung, der Vermögensrechnung, der Erwerbstätigenrechnung, der Arbeitsvolumenrechnung und der Finanzierungsrechnung.

Die **Inlandsproduktsberechnung** ist vor allem auf die zahlenmäßige Darstellung von Marktvorgängen ausgerichtet. Berechnet und veröffentlicht werden vierteljährliche und jährliche Angaben zur Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoninlandsprodukts (BIP) in jeweiligen Preisen sowie preisbereinigt. Ebenfalls werden Ergebnisse für die Produktionsfaktoren nachgewiesen, z. B. Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbspersonen (**Erwerbstätigenrechnung**) und zum Anlagevermögen bzw. Kapitalstock (**Vermögensrechnung**). Die ermittelten Größen – allen voran das BIP – sind wichtige Daten für die laufende Wirtschaftsbeobachtung sowie für die Beurteilung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Die Tabellen der **Input-Output-Rechnung (IOR)** geben einen detaillierten und tief gegliederten Einblick in die Güterströme und Produktionsverflechtungen in der Volkswirtschaft und mit der übrigen Welt. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Strukturuntersuchungen der Wirtschaft sowie für Analysen der direkten und indirekten Auswirkungen von Nachfrage-, Preis- und Lohnänderungen auf die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Bereiche. Darüber hinaus sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Modell- und Simulationsrechnungen sowie Prognosen. Die Input-Output-Rechnung ist ein integraler Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dies bedeutet, dass ihre Eckdaten vollständig mit den Ergebnissen der Inlandsproduktsberechnung abgestimmt sind. Als Darstellungseinheiten werden in den Input-Output-Tabellen nach produktionsrelevanten Merkmalen abgegrenzte „homogene Produktionseinheiten“ verwendet. Sie werden zu Produktionsbereichen zusammengefasst, die jeweils ausschließlich und vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

■ Berechnungsmethode

Für die Berechnung der Ergebnisse der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Revisionszeitpunkt vorliegen. Zusätzlich werden weitere Datenquellen

ausgewertet wie administrative Daten (z. B. Finanz- und Steuerstatistiken, Daten der Bundesagentur für Arbeit), Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen (z. B. Lufthansa, Telekom, Kreditinstitute), Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), Mikrozensus) sowie Informationen von Verbänden. Hinzu kommen Expertenschätzungen und Fortschreibungen von Zeitreihen.

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird durch zwei Ansätze berechnet: den Entstehungs- und den Verwendungsansatz. Zwischen den beiden daraus resultierenden Rechenergebnissen findet anschließend eine Abstimmung statt, die zum Veröffentlichungsergebnis des BIP und seiner Aggregate führt.

Auf der **Entstehungsseite** (Produktionsansatz) wird die wirtschaftliche Leistung aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt, basierend auf allen zum Zeitpunkt der Berechnung verfügbaren Produktionsstatistiken (z. B. Kostenstrukturerhebung, Monaterhebung im Einzelhandel). Ausgehend von den Produktionswerten der Wirtschaftseinheiten wird durch Abzug der Vorleistungen (intermediärer Verbrauch) die Bruttowertschöpfung errechnet, die die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche misst und die zentrale Kennzahl der Entstehungsrechnung ist. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich dann das BIP, indem – als Bewertungskorrektur beim Übergang von Herstellungspreisen zu Marktpreisen – die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Auf der **Verwendungsseite** (Ausgabenansatz) wird die wirtschaftliche Leistung mit Hilfe der Verwendung von inländischen Waren und Dienstleistungen ermittelt: Sie können im Inland konsumiert oder investiert oder ins Ausland exportiert werden. Zu bestimmen sind daher private und staatliche Konsumausgaben, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe), aus deren Summe sich das BIP des Verwendungsansatzes ergibt. In die verwendungsseitige Rechnung werden insbesondere Daten des Einzelhandels, der Investitionserhebung und der Außenhandelsstatistik mit einbezogen.

Die wirtschaftliche Leistung kann im Wirtschaftskreislauf als dritte Möglichkeit mit Hilfe der **Verteilungsrechnung** ermittelt werden, d. h. anhand der im Produktionsprozess entstandenen Einkommen. In Deutschland ist allerdings bis jetzt eine eigenständige Berechnung über die Verteilungsseite nicht möglich, da keine ausreichenden Basisdaten über die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorliegen.

Die **Preisbereinigung** erfolgt in den deutschen VGR seit der großen Revision 2005 entsprechend internationaler Konventionen und verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Anders als bei der früheren Festpreisbasis wird dabei nicht für die gesamte Zeitreihe ein festes Jahr verwendet, sondern jeweils das Vorjahr als Basisjahr (also z. B. die Jahresdurchschnittlichen Preise von 2010 für Ergebnisse von 2011). Dadurch werden bei der Vorjahrespreismethode immer aktuelle Preisrelationen berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten genauer macht (insbesondere das Wachstum des BIP). Durch Verkettung („Chain-linking“) werden für jedes Merkmal vergleichbare Zeitreihen gebildet.

■ Struktur der Darstellung

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Form eines geschlossenen **Kontensystems** mit doppelter Verbuchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Sie werden in einer Reihe von **Tabellen** dargestellt, die das Kontensystem ergänzen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teils tiefer untergliedert, teils nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst, teils in sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. preisbereinigte Angaben, Angaben je Einwohnerin und Einwohner).

Als kleinste **Darstellungseinheit** dienen Institutionen, die entweder selbst bilanzieren oder bei denen es aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht möglich

Methodik

wäre, eine vollständige Rechnungsführung zu erstellen. Die Zusammenfassung der kleinsten Darstellungseinheiten zu Gruppen richtet sich in erster Linie nach der Art und Kombination der in ihnen vereinigten Tätigkeiten, ihrer Stellung zum Markt und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. In den VGR werden die folgenden **Sektoren** unterschieden:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Kapital- und Personengesellschaften wie AGs, GmbHs, OHGs und KGs; rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Krankenhäuser und Pflegeheime),
- Finanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Banken, Versicherungen),
- Staat (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung),
- Private Haushalte (als Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch als Produzentinnen und Produzenten, z. B. selbstständige Landwirtinnen und Landwirte oder Versicherungsvertreterinnen und Versicherungsvertreter, Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer, Händlerinnen und Händler, Gastwirtinnen und Gastwirte, „Freiberuflerinnen und Freiberufler“),
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine).

Die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben, wird als „übrige Welt“ bezeichnet (siehe auch Abschnitt „Zweck und Abgrenzung der VGR“).

■ Aktualität und Genauigkeit

Das **Jahresergebnis** des Bruttoinlandsprodukts und seiner wichtigsten Komponenten wird in Deutschland bereits sehr früh veröffentlicht, nämlich ca. 15 Tage nach Ende der Berichtsperiode, also Mitte Januar, in einer Pressekonferenz. Alle Veröffentlichungstermine der deutschen VGR werden etwa ein Jahr im Voraus festgelegt und publiziert.

Die aktuellen Ergebnisse der VGR werden zu jedem dieser Veröffentlichungstermine überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Diese **Revisionen** finden in der laufenden Rechnung kontinuierlich statt, um aktuelle Informationen in das Zahlenwerk einzubeziehen, die von den bisherigen Datengrundlagen signifikant abweichen. Jeweils im August geschieht dies für die zurückliegenden vier Jahre. Darüber hinaus findet alle fünf bis zehn Jahre eine sogenannte umfassende Revision statt, bei der neue Methoden, neue Basisstatistiken etc. in die VGR eingearbeitet werden. Bei diesen sogenannten großen Revisionen werden die gesamten Zeitreihen – aktuell bis 1991 zurück – überarbeitet und bei Bedarf revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Abschreibungen | Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Das Risiko für Verluste durch versicherbare Schadensfälle ist dabei mit eingeschlossen. Abschreibungen werden sowohl auf Sachanlagen als auch auf immaterielles Anlagevermögen berechnet, wie Suchbohrungen oder Computerprogramme, jedoch nicht auf Tiere. Abschreibungen auf Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden sind in den Abschreibungen auf Bauten enthalten. Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu Wiederbeschaffungspreisen (jeweiligen Preisen) bewertet. Sie ermöglichen den Übergang vom Brutto- zum Nettokonzep bei Wertschöpfung, Inlandsprodukt und Betriebsüberschuss.

Anlagevermögen | Alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter: Ausrüstungen, Wohnbauten, Nichtwohnbauten und Sonstige Anlagen. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe einer Kumulationsmethode, ausgehend von den Bruttoanlageinvestitionen und Angaben über die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegütergruppen. Bei der Anwendung des Bruttokonzeps (Bruttoanlagevermögen) werden die Anlagen mit ihrem Neuwert – ohne Berücksichtigung der Wertminderung – dargestellt, während beim Nettokonzep (Nettoanlagevermögen) die seit dem Investitionszeitpunkt aufgelaufenen Abschreibungen abgezogen sind.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen und eine Vergütung erhalten (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Sozialdienstleistende, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten oder Volontärinnen und Volontäre). Auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie geringfügig Beschäftigte zählen dazu.

Arbeitnehmerentgelt | Von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern geleistete Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Dazu gehören neben den tatsächlichen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und an private Sozialschutzsysteme auch unterstellte Sozialbeiträge, die den Gegenwert der sozialen Leistungen darstellen, die direkt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt werden.

Arbeitseinkommensquote | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person.

Arbeitsproduktivität | In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde. Diese Definition für Arbeitsproduktivität kann jedoch nur als grobes Orientierungsmittel dienen, da bei dieser Berechnung der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird – ohne Berücksichtigung des Kapitals und der unternehmerischen Leistung.

Außenbeitrag | Saldo zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Er wird auch als Exportüberschuss bezeichnet, da Deutschland traditionell mehr exportiert als importiert, der Saldo folglich in der Regel positiv ist.

Betriebsüberschuss | Selbstständigeneinkommen, das sich nach Abzug des Arbeitnehmerentgelts von der Nettowertschöpfung ergibt. Dabei sind ein kalkulatorischer Unternehmerlohn sowie das Entgelt für das eingesetzte eigene und fremde Sach- und Geldkapital der jeweiligen Wirtschaftseinheit eingeschlossen.

Bruttoanlageinvestitionen | Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbst erstellten Anlagen) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land, wobei sich letztere in der Volkswirtschaft weitgehend saldieren. Als Anlagen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Ausgenommen sind zum einen nur militärisch nutzbare Anlagen

und Güter, die in die Konsumausgaben des Staates eingehen, zum anderen geringwertige Güter, vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden (z. B. kleinere Werkzeuge, Reifen, Büromittel). Größere Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen, sind dagegen Bestandteile der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden untergliedert in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten) und sonstige Anlagen (größtenteils bestehend aus Computersoftware und Urheberrechten).

Bruttoinlandsprodukt | Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung einer Volkswirtschaft in einer Periode. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum und ist damit die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bei der Berechnung und Darstellung des Bruttoinlandsprodukts wird zwischen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung unterschieden.

Bruttolöhne und -gehälter | Alle Löhne und Gehälter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus ihrem Arbeits- oder Dienstverhältnis zufließen. Dazu gehören auch die Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber nicht die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Bruttonationaleinkommen | Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Primäreinkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, und zuzüglich der Primäreinkommen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Zu den Primäreinkommen zählen neben den Arbeitseinkommen von Pendlerinnen und Pendlern vor allem Zinsen und andere grenzüberschreitende Vermögens-einkommen sowie Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen an die bzw. von der EU. Es handelt sich in erster Linie um einen Einkommensindikator.

Bruttowertschöpfung | Produktionswert abzüglich Vorleistungen für einzelne Wirtschaftsbereiche; umfasst also nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, da die von anderen Wirtschaftseinheiten produzierten Vorprodukte abgezogen werden. Die Bruttowertschöpfung ist bewertet zu Herstellungspreisen, d. h. ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen. Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzuzufügen.

Defizitquote | Negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Entstehungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her berechnet und dargestellt wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt sich dabei als Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Erwerbslose | Alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aber für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und aktiv nach einer Arbeit suchen (Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO).

Erwerbslosenquote | Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Erwerbslose und Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.

Erwerbsquote | Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

Erwerbstätige | Alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit.

Exporte | Alle Verkäufe von Waren und Dienstleistungen an Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Finanzierungssaldo des Staates | Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, so ist der Finanzierungssaldo negativ und man spricht von einem Staatsdefizit. Bei einem positiven Finanzierungssaldo spricht man dagegen von einem Staatsüberschuss.

FISIM | Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, ins Deutsche übersetzt „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Dies umfasst die modellhaft ermittelten indirekten Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkt erzielten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen.

Güterbilanz | In der Input-Output-Tabelle nachgewiesene Güterströme, gegliedert nach zusammengefassten Gütergruppen. Die Güterbilanz zeigt das Aufkommen von Waren und Dienstleistungen aus inländischer Produktion und aus Importen sowie die Verwendung der Waren und Dienstleistungen nach Verwendungskategorien. Für jede Gütergruppe entspricht das gesamte Güteraufkommen der gesamten Güterverwendung.

Gütersteuern | Alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Dazu zählen Mehrwertsteuer, Importabgaben (Zölle und Importsteuern), sonstige Gütersteuern (z. B. Verbrauchsteuern, Vergnügungssteuern, Versicherungssteuer).

Gütersubventionen | Alle Subventionen, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Dazu gehören Importsubventionen und sonstige Gütersubventionen.

Herstellungspreis | Betrag, den Produzenten je Einheit produzierter Waren und Dienstleistungen von Käufern erhalten – ohne die zu zahlenden Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer) und zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen. Handelsspannen werden als Dienstleistungen des Handels nachgewiesen.

Importe | Alle Käufe von Waren und Dienstleistungen bei Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben inländischer Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt. Die eingeführten Waren werden in der Güterbilanz zudem zum Grenzwert (cif – cost, insurance, freight) dargestellt.

Input-Output-Tabelle | Zeigt, wie sich die inländische Produktion und die Importe nach Gütergruppen zusammensetzen und wie diese Güter verwendet werden. Dabei wird zwischen der intermediären Verwendung der einzelnen Produktionsbereiche (Verbrauch von Vorleistungsgütern) und der letzten Verwendung (Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen, Exporte) unterschieden. Außerdem beschreibt sie, welche intermediären Inputs (Vorleistungen) und Primärinputs (Wertschöpfungskomponenten) bei der inländischen Produktion von Waren und Dienstleistungen eingesetzt werden.

Intermediäre Verwendung | Verbrauch von Vorleistungen.

Kapitalintensität | Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, berechnet als Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

Kapitalproduktivität | Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

Kettenindex | Zeitliche Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes, die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein jährlich wechselndes Wägungsschema

haben. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (zurzeit 2005 = 100), was aber nicht zu verwechseln ist mit dem Preisbasisjahr bei der früheren Festpreisrechnung.

Konsumausgaben der privaten Haushalte | Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u. a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, z. B. der Eigenkonsum der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Naturalentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck | Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, d. h. Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter abzüglich selbsterstellter Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben des Staates | Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben im Inland | In der Güterbilanz nachgewiesene Konsumausgaben, bei denen – anders als in der Inlandsproduktsberechnung – auch die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland einbezogen und die Konsumausgaben der inländischen Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt ausgeschlossen werden.

Laufende Transfers | Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen sowie sonstige laufende Transfers.

Lohnquote (bereinigt) | Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person) multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr.

Lohnquote (unbereinigt) | Arbeitnehmerentgelt in Prozent des Volkseinkommens.

Lohnstückkosten | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Personenkonzept) bzw. je Erwerbstätigenstunde (Stundenkonzept).

Nettogütersteuern | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

Nettoinlandsprodukt | Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen.

Nettonationaleinkommen | Zu Marktpreisen: Bruttonationaleinkommen abzüglich Abschreibungen. Zu Faktorkosten: Abzüglich des Saldos aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen; wird als Volkseinkommen bezeichnet.

Nettowertschöpfung | Bruttowertschöpfung abzüglich Abschreibungen.

Nettozugang an Wertsachen | Käufe abzüglich Verkäufe von Goldbarren und nichtumlauffähigen Goldmünzen sowie Schmuck, Edelsteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten zum Zweck der Werterhaltung. Wird nur zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen veröffentlicht.

Nichterwerbspersonen | Bevölkerungsgruppe, die weder als Erwerbstätige noch als arbeitsuchende Erwerbslose aktiv am Erwerbsleben beteiligt ist und damit nicht zu den Erwerbspersonen zählt.

Pendlersaldo | Übergangsposition vom Inländerkonzept (Wohnortprinzip) zum Inlandskonzept (Arbeitsortprinzip), bei der zu den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Pendlerinnen und Pendler hinzugezählt („einpendeln“) beziehungsweise davon abgezogen werden („auspendeln“).

Private Konsumausgaben | Summe aus Konsumausgaben der privaten Haushalte und Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktions- und Importabgaben | Indirekte Steuern, die sich aus den Gütersteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern) und sonstigen Produktionsabgaben (z. B. Grundsteuer) zusammensetzen.

Produktionswert | Wert der von inländischen Wirtschaftseinheiten getätigten Verkäufe von Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus eigener Produktion an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, ohne Gütersteuern, aber zuzüglich der produzierten und noch nicht verkauften Waren sowie bei Unternehmen auch zuzüglich der selbst erstellten Anlagen. Der Produktionswert der sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen der Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, werden stattdessen durch Addition der Aufwandsposten (z. B. Arbeitnehmerentgelt, Vorleistungen, Abschreibungen) dieser Institutionen ermittelt.

Sachanlagen | Materielle Anlagegüter (im Gegensatz zu den immateriellen Anlagegütern). Dazu zählen Wohnbauten, Nichtwohnbauten, Ausrüstungen und Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Sektoren in den VGR | Gesamte Volkswirtschaft, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, übrige Welt.

Sonstige Anlagen | Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter (Computersoftware, Urheberrechte, Ausgaben für Suchbohrungen) sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Sparquote | Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach dem Ausgabenkonzept zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, in Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Staat | Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatsquote | Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt.

Subventionen | Laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Übrige Welt | Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen | Summe aus Unternehmensgewinnen – inklusive eines kalkulatorischen Unternehmerlohns – und den per Saldo von privaten Haushalten empfangenen und vom Staat geleisteten Vermögenseinkommen. Ergibt zusammen mit dem Arbeitnehmerentgelt das Volkseinkommen.

Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft | Volkseinkommen erhöht um die Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen sowie um die empfangenen laufenden Transfers aus der übrigen Welt und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers an die übrige Welt.

Verteilungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung anhand der im Wirtschaftsprozess entstandenen

Einkommen berechnet und dargestellt wird. Allerdings ist in Deutschland bisher keine eigenständige, komplette Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf diesem Wege möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur lückenhafte statistische Basisdaten vorliegen, sodass diese Größen als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet werden.

Verwendungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Ausgabenseite her berechnet und dargestellt wird. Sie zeigt, wie die Güter aus der Inlandsproduktion und den Importen verwendet werden, wobei der Vorleistungsverbrauch bereits abgezogen ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird dabei ermittelt aus den privaten Konsumausgaben, den Konsumausgaben des Staates, den Bruttoanlageinvestitionen, den Vorratsveränderungen und dem Nettozugang an Wertsachen sowie dem Außenbeitrag.

Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten) | Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländischen Haushalten letztlich zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Das Volkseinkommen ist eine häufig genutzte Größe der Verteilungsrechnung.

Vorleistungen | Wert der Güter (Waren und Dienstleistungen), die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen (in- und ausländischen) Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt haben. Die Vorleistungen umfassen neben Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, Transportkosten, Post- und Telekommunikationsgebühren, Anwaltskosten, gewerbliche Mieten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. Die Vorleistungen schließen nicht die eingesetzte Handelsware ein.

Vorratsveränderungen | Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet und anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet werden. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die durch reine Preisverschiebungen der Buchwerte während der Lagerzeit entstehen. Zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen wird der Nettozugang an Wertsachen veröffentlicht.

Wachstumsbeitrag | Rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

Wirtschaftswachstum | Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 81

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Inlandsproduktsberechnung

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.1	Inlandsproduktsberechnung – Erste Jahresergebnisse
Reihe 1.2	Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse
Reihe 1.3	Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1
Reihe 1.4	Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
Reihe 1.5	Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/11	Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 für den Zeitraum 1991 bis 2010
Heft 10/11	Re-Integration als Maßnahme zur Qualitätssicherung der Ergebnisse des Staatssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Heft 10/11	Revision der Bauinvestitionen 1991 bis 2010
Heft 10/12	Einkommensverteilung als Baustein der Wohlfahrtsmessung
Heft 11/12	Revision der Anlagevermögensrechnung für den Zeitraum 1991 bis 2012
Heft 1/13	Bruttoinlandsprodukt 2011

■ Güterbilanz

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 2	Input-Output-Rechnung

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 26 26

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



13 Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbslosen erreicht mit über **2,3 Millionen** im Jahresdurchschnitt **niedrigsten Stand** seit 20 Jahren | Anteil der **älteren Erwerbstätigen** ab 55 Jahren in den letzten 10 Jahren **auf 18 %** gestiegen | Von 100 **Erwerbstätigen** sind **46 weiblich** | **33 %** der erwerbstätigen **Frauen** arbeiten in **atypischen Beschäftigungsverhältnissen**, insbesondere in Teilzeit (26 %) | **Öffentlicher Dienst 2012:** Mehr Personal für Kindertagesbetreuung und an Hochschulen

Seite

339 **Auf einen Blick**

Tabellen

340 **Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung**

Entwicklung im Zeitverlauf | Nach Ländern | Überwiegender Lebensunterhalt

343 **Erwerbstätige und Erwerbslose**

Nach Wirtschaftsabschnitten | Nach Ländern | Nach Alter | Geleistete Arbeitsstunden | Nach Erwerbsform |
Atypisch Beschäftigte | Erwerbstätigenquote | Erwerbslosenquote

350 **Personal des öffentlichen Dienstes**

Nach Arbeitgebern | Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte | Nach Besoldungs- und Entgeltgruppen |
Nach Aufgabenbereichen

352 **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**

Nach Ländern | Nach Wirtschaftszweigen | Nach ausgewählten Personengruppen | Vollzeit- und
Teilzeitbeschäftigte

354 **Arbeitslose**

Nach ausgewählten Personengruppen | Ländern | Arbeitslosenquote | Gemeldete Arbeitsstellen

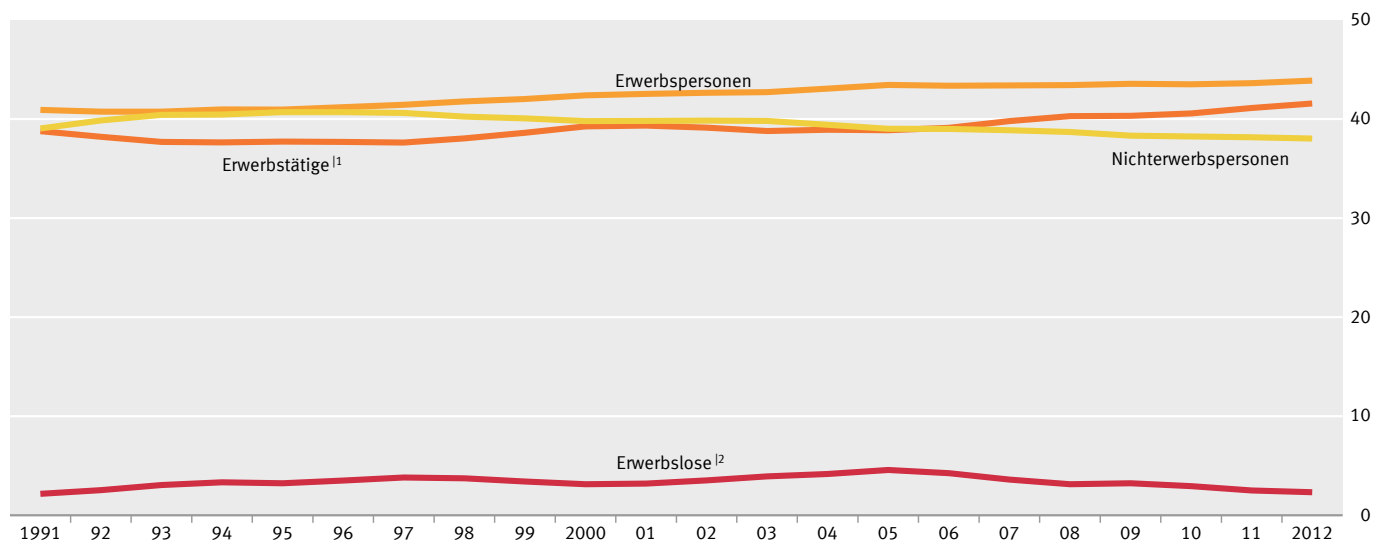
356 **Methodik**

360 **Glossar**

362 **Mehr zum Thema**

Erwerbsbeteiligung

in Mill.



Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

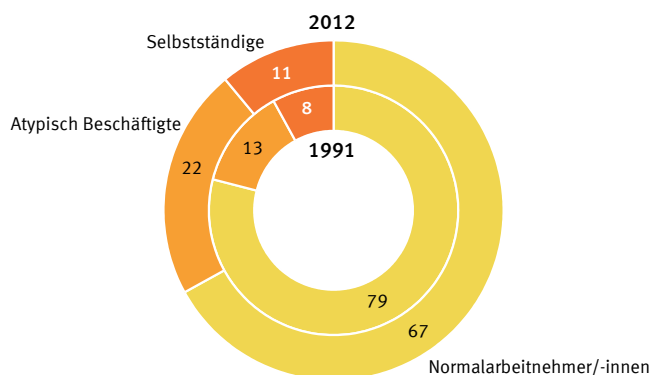
1 Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).

2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung.

2013 - 01 - 0319

Erwerbstätige nach Erwerbsform

in %



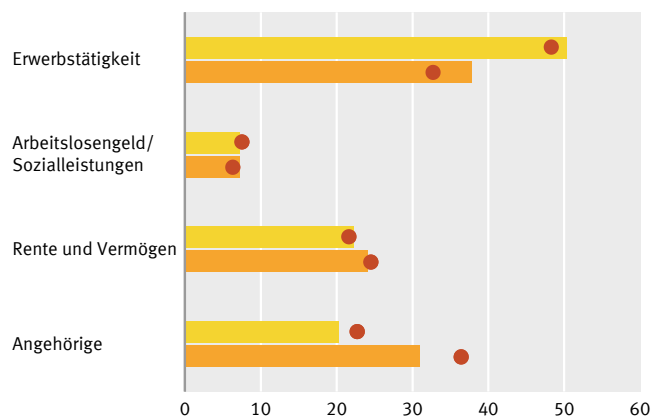
Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige.

2013 - 01 - 0320

Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2012

in %

■ Männer ■ Frauen ● 2002



Ergebnisse des Mikrozensus.

2013 - 01 - 0327

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

13.1.1 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

	Bevölkerung ¹	Erwerbs- personen ² ³	Davon			
			Erwerbslose ³	Erwerbstätige ¹ ²		
				zusammen	davon	
					Arbeitnehmer/ -innen ¹ ²	Selbstständige ¹ ² ⁴
	1 000				%	
Früheres Bundesgebiet						
1970	60 651	26 798	103	26 695	83,7	16,3
1971	61 302	26 943	132	26 811	84,7	15,3
1972	61 672	27 131	177	26 954	85,3	14,7
1973	61 976	27 479	208	27 271	85,8	14,2
1974	62 054	27 358	346	27 012	86,2	13,8
1975	61 829	26 947	613	26 334	86,3	13,7
1976	61 531	26 861	634	26 227	86,9	13,1
1977	61 400	26 884	600	26 284	87,5	12,5
1978	61 327	27 109	566	26 543	87,8	12,2
1979	61 359	27 533	484	27 049	88,3	11,7
1980	61 566	27 978	483	27 495	88,5	11,5
1981	61 682	28 329	798	27 531	88,7	11,3
1982	61 638	28 634	1 302	27 332	88,7	11,3
1983	61 423	28 934	1 850	27 084	88,7	11,3
1984	61 175	29 251	1 930	27 321	88,8	11,2
1985	61 024	29 683	1 976	27 707	89,0	11,0
1986	61 066	30 044	1 807	28 237	89,1	10,9
1987	61 077	30 391	1 759	28 632	89,3	10,7
1988	61 450	30 795	1 760	29 035	89,5	10,5
1989	62 063	31 170	1 595	29 575	89,6	10,4
1990	63 254	31 829	1 423	30 406	89,8	10,2
1991	64 074	32 279	1 266	31 013	89,9	10,1
Deutschland						
1991	79 984	40 932	2 159	38 773	90,8	9,2
1992	80 594	40 740	2 534	38 206	90,5	9,5
1993	81 179	40 752	3 057	37 695	90,3	9,7
1994	81 422	40 972	3 323	37 649	90,0	10,0
1995	81 661	40 957	3 228	37 729	89,9	10,1
1996	81 896	41 198	3 505	37 693	89,7	10,3
1997	82 052	41 438	3 808	37 630	89,6	10,4
1998	82 029	41 788	3 732	38 056	89,6	10,4
1999	82 087	42 020	3 403	38 617	89,7	10,3
2000	82 188	42 394	3 137	39 257	89,8	10,2
2001	82 340	42 536	3 193	39 343	89,8	10,2
2002	82 482	42 648	3 523	39 125	89,6	10,4
2003	82 520	42 711	3 918	38 793	89,4	10,6
2004	82 501	43 075	4 160	38 915	89,1	10,9
2005	82 464	43 441	4 571	38 870	88,6	11,4
2006	82 366	43 361	4 245	39 116	88,6	11,4
2007	82 263	43 392	3 601	39 791	88,7	11,3
2008	82 120	43 433	3 136	40 297	88,9	11,1
2009	81 875	43 551	3 228	40 323	88,9	11,1
2010	81 757	43 512	2 946	40 566	88,9	11,1
2011	81 779	43 618	2 502	41 116	89,0	11,0
2012	81 918	43 881	2 316	41 565	89,1	10,9

Zu den **Erwerbspersonen** zählen die Erwerbslosen und Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept).

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Zu den **Erwerbslosen** zählen Personen, die nicht erwerbstätig sind, für die Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen und aktiv danach suchen.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik, Jahresdurchschnitte. Ergebnisse ab 2011 vorläufig.

2 Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept (Wohnort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2013. Ab 2009 vorläufiges Ergebnis.

3 Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der ILO. – Angaben vor 1991 basieren auf einer Schätzung unter Einbezug verschiedener Quellen. Zwischen 1991 und 2004 geschätzte Jahresdurchschnittswerte auf Basis des Mikrozensus. Ab 2005 Jahresdurchschnittswerte aus dem unterjährig erhobenen Mikrozensus. Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

4 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

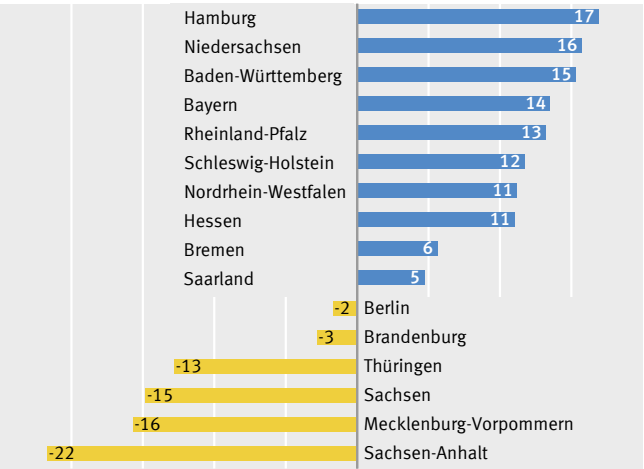
13 Arbeitsmarkt

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung
13.1.2 Erwerbsbeteiligung nach Ländern 2012

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen	Davon		Nichterwerbs- personen
			Erwerbstätige	Erwerbslose	
	1 000				
Deutschland	81 913	42 477	40 161	2 317	39 436
Baden-Württemberg	10 810	5 762	5 568	194	5 048
Bayern	12 630	6 820	6 606	214	5 809
Berlin	3 521	1 858	1 661	197	1 663
Brandenburg	2 492	1 347	1 234	112	1 146
Bremen	661	325	303	22	336
Hamburg	1 805	964	913	52	841
Hessen	6 105	3 176	3 026	150	2 928
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 631	856	764	93	774
Niedersachsen	7 917	4 020	3 820	200	3 897
Nordrhein-Westfalen	17 843	8 844	8 322	522	8 999
Rheinland-Pfalz	3 998	2 053	1 970	83	1 945
Saarland	1 014	502	469	32	512
Sachsen	4 130	2 117	1 944	174	2 012
Sachsen-Anhalt	2 302	1 196	1 082	113	1 107
Schleswig-Holstein	2 840	1 453	1 379	73	1 387
Thüringen	2 214	1 184	1 098	86	1 031

Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbstätige nach Ländern 2012
Veränderung gegenüber 1991, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

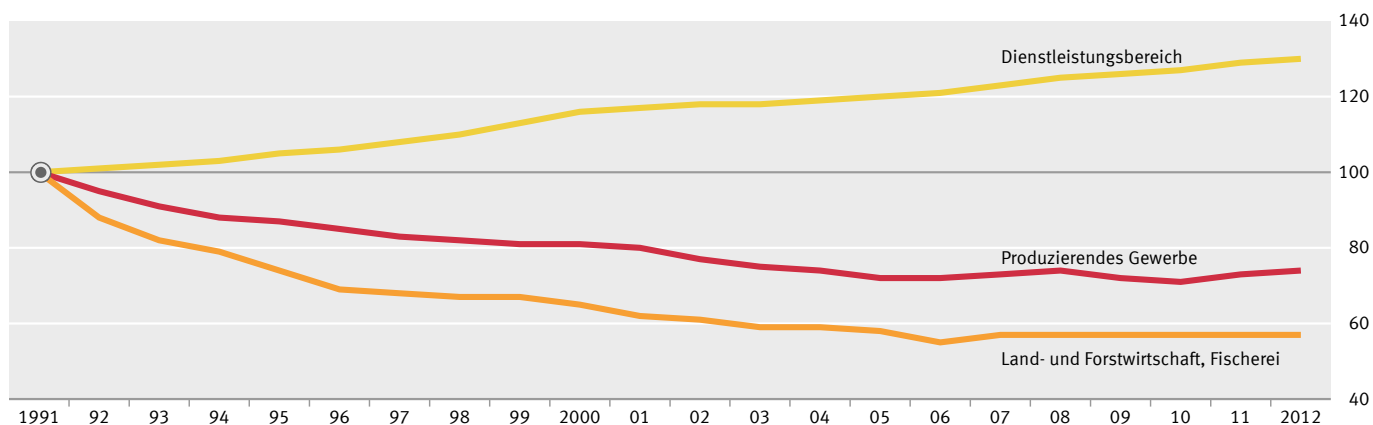
2013 - 01 - 0322

13 Arbeitsmarkt
13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung
13.1.3 Erwerbsbeteiligung und überwiegender Lebensunterhalt 2012
Weitere Informationen zu Arbeitslosengeld und sonstigen Sozialleistungen siehe Kapitel „Soziales“

	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbs-/Berufstätigkeit		Arbeitslosengeld I, II und sonstige Sozialleistungen ¹		Rente und Vermögen		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Bevölkerung	81 913	100	35 986	43,9	5 908	7,2	18 996	23,2	21 023	25,7
Männer	40 230	100	20 234	50,3	2 911	7,2	8 942	22,2	8 143	20,2
Frauen	41 683	100	15 752	37,8	2 998	7,2	10 055	24,1	12 879	30,9
Erwerbspersonen	42 477	100	35 941	84,6	2 812	6,6	1 052	2,5	2 672	6,3
Männer	22 970	100	20 214	88,0	1 501	6,5	590	2,6	666	2,9
Frauen	19 507	100	15 728	80,6	1 311	6,7	462	2,4	2 006	10,3
davon:										
Erwerbstätige	40 161	100	35 923	89,4	1 066	2,7	980	2,4	2 191	5,5
Männer	21 670	100	20 202	93,2	458	2,1	549	2,5	461	2,1
Frauen	18 490	100	15 721	85,0	608	3,3	431	2,3	1 730	9,4
Erwerbslose	2 317	100	X	X	1 746	75,4	72	3,1	481	20,8
Männer	1 300	100	X	X	1 043	80,2	42	3,2	204	15,7
Frauen	1 016	100	X	X	703	69,1	31	3,0	276	27,2
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin . . .	8 558	100	7 208	84,2	978	11,4	194	2,3	177	2,1
Männer	4 564	100	3 885	85,1	507	11,1	103	2,3	68	1,5
Frauen	3 994	100	3 323	83,2	470	11,8	91	2,3	109	2,7
Nichterwerbspersonen	39 436	100	X	X	3 097	7,9	17 945	45,5	18 350	46,5
Männer	17 259	100	X	X	1 410	8,2	8 351	48,4	7 478	43,3
Frauen	22 177	100	X	X	1 687	7,6	9 593	43,3	10 873	49,0
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin . . .	7 733	100	X	X	807	10,4	4 387	56,7	2 533	32,8
Männer	3 451	100	X	X	375	10,9	1 854	53,7	1 220	35,4
Frauen	4 282	100	X	X	433	10,1	2 533	59,2	1 313	30,7

Ergebnisse des Mikrozensus.
1 Sonstige Sozialleistungen sind u. a. Sozialgeld, Sozialhilfe, Elterngeld/Erziehungsgeld, Pflegeversicherung, BAföG.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
1991 = 100



Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte. 2013 - 01 - 0321

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.1 Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010 ¹²⁾	2012 ¹²⁾	Veränderung 2012 gegen- über 1991
		Durchschnitt in 1 000						%
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	38 712	37 802	39 382	38 976	40 603	41 619	7,5
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 167	864	754	676	663	669	- 42,7
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 969	12 202	11 302	10 071	9 987	10 295	- 26,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	317	195	130	92	78	...	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	10 088	8 042	7 741	7 167	7 042	7 277	- 27,9
D	Energieversorgung	382	337	267	250	251	...	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	233	252	244	232	233	...	...
F	Baugewerbe	2 949	3 376	2 920	2 330	2 383	2 456	- 16,7
G-T	Dienstleistungsbereiche	23 576	24 736	27 326	28 229	29 953	30 655	30,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 532	5 614	5 928	5 719	5 726	5 823	5,3
H	Verkehr und Lagerei	2 116	1 897	1 883	1 889	1 962	2 020	- 4,5
I	Gastgewerbe	1 011	1 122	1 369	1 512	1 672	1 734	71,5
J	Information und Kommunikation	1 047	1 034	1 167	1 236	1 219	1 273	21,6
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 208	1 263	1 284	1 257	1 213	1 204	- 0,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	243	317	425	436	440	451	85,6
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 213	1 464	1 903	2 126	2 414	...	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 254	1 388	1 932	2 191	2 721	...	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 132	3 037	2 925	2 763	2 732	...	...
P	Erziehung und Unterricht	1 870	2 018	2 175	2 307	2 504	...	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 721	3 131	3 568	3 889	4 317	...	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	390	431	529	587	640	...	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 222	1 302	1 415	1 481	1 511	...	...
T	Häusliche Dienste	617	718	823	836	882	...	...
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	35 148	33 996	35 387	34 559	36 110	37 076	5,5
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	501	338	326	300	311	330	- 34,1
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 386	11 529	10 595	9 319	9 244	9 536	- 28,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	313	191	127	91	77	...	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	9 783	7 726	7 453	6 871	6 776	7 011	- 28,3
D	Energieversorgung	382	337	267	250	251	...	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	229	247	239	226	226	...	...
F	Baugewerbe	2 679	3 028	2 509	1 881	1 914	1 972	- 26,4
G-T	Dienstleistungsbereiche	21 261	22 129	24 466	24 940	26 555	27 210	28,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 847	4 875	5 205	4 979	5 042	5 149	6,2
H	Verkehr und Lagerei	2 010	1 777	1 748	1 757	1 840	1 902	- 5,4
I	Gastgewerbe	721	817	1 063	1 219	1 376	1 441	99,9
J	Information und Kommunikation	987	948	1 047	1 056	1 037	1 083	9,7
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 100	1 147	1 150	1 098	1 059	1 057	- 3,9
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	205	272	371	385	375	383	86,8
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	979	1 165	1 536	1 635	1 830	...	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 059	1 196	1 736	1 973	2 471	...	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 132	3 037	2 925	2 763	2 732	...	...
P	Erziehung und Unterricht	1 803	1 933	2 065	2 153	2 339	...	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 504	2 858	3 239	3 479	3 876	...	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	314	334	406	434	460	...	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	983	1 052	1 152	1 173	1 236	...	...
T	Häusliche Dienste	617	718	823	836	882	...	...

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2013.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.2 Geleistete Arbeitsstunden im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010 ¹²⁾	2012 ¹²⁾	Veränderung 2012 gegen- über 1991
		Durchschnitt in Mill. Stunden						%
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	60 082	57 781	57 922	55 775	57 110	58 147	- 3,2
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 279	1 829	1 502	1 236	1 165	1 158	- 49,2
B-F	Produzierendes Gewerbe	21 533	19 160	17 313	15 235	14 942	15 332	- 28,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	457	306	224	160	122	...	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	15 144	12 335	11 518	10 543	10 098	10 415	- 31,2
D	Energieversorgung	599	529	407	375	372	...	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	361	397	360	343	356	...	...
F	Baugewerbe	4 972	5 595	4 804	3 815	3 994	4 082	- 17,9
G-T	Dienstleistungsbereiche	36 270	36 792	39 107	39 304	41 003	41 657	14,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	8 535	8 450	8 544	8 045	7 964	7 996	- 6,3
H	Verkehr und Lagerei	3 523	3 092	2 937	2 834	2 902	2 964	- 15,9
I	Gastgewerbe	1 765	1 998	2 225	2 206	2 308	2 370	34,3
J	Information und Kommunikation	1 562	1 534	1 697	1 804	1 828	1 906	22,0
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	2 059	2 026	2 061	1 973	1 858	1 830	- 11,1
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	383	450	542	523	545	554	44,6
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 961	2 308	2 871	3 186	3 688	...	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 971	2 098	2 654	2 837	3 461	...	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 670	4 478	4 317	4 056	3 906	...	...
P	Erziehung und Unterricht	2 656	2 795	2 936	3 063	3 237	...	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 164	4 520	4 993	5 383	5 872	...	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	635	683	800	840	932	...	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 954	1 920	2 033	2 065	2 010	...	...
T	Häusliche Dienste	431	440	498	488	492	...	...
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	51 768	48 879	48 650	46 325	47 791	48 853	- 5,6
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	698	526	486	425	438	464	- 33,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	20 195	17 617	15 644	13 557	13 280	13 652	- 32,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	447	296	204	146	120	...	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	14 451	11 610	10 848	9 893	9 506	9 829	- 32,0
D	Energieversorgung	599	529	407	375	372	...	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	348	384	347	329	341	...	...
F	Baugewerbe	4 349	4 797	3 840	2 814	2 940	3 006	- 30,9
G-T	Dienstleistungsbereiche	30 875	30 736	32 519	32 343	34 074	34 736	12,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	6 938	6 723	6 814	6 384	6 456	6 539	- 5,8
H	Verkehr und Lagerei	3 262	2 793	2 602	2 526	2 621	2 696	- 17,4
I	Gastgewerbe	1 129	1 164	1 367	1 455	1 572	1 643	45,5
J	Information und Kommunikation	1 421	1 345	1 435	1 435	1 450	1 521	7,0
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 806	1 747	1 748	1 615	1 517	1 507	- 16,6
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	298	348	420	420	416	421	41,3
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 418	1 632	2 045	2 159	2 492	...	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 467	1 611	2 165	2 340	2 958	...	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 670	4 478	4 317	4 056	3 906	...	...
P	Erziehung und Unterricht	2 495	2 651	2 763	2 847	3 015	...	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 656	3 915	4 297	4 570	5 027	...	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	465	481	539	549	601	...	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 420	1 406	1 509	1 499	1 550	...	...
T	Häusliche Dienste	431	440	498	488	492	...	...

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2013.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.3 Erwerbstätige im Inland und geleistete Arbeitsstunden nach Ländern 2012

	Erwerbstätige				Geleistete Arbeitsstunden			
	insgesamt	Wirtschaftsbereich			insgesamt	Wirtschaftsbereich		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich
	Durchschnitt in 1 000	%			Durchschnitt in Mill. Stunden	%		
Erwerbstätige								
Deutschland	41 613,0	1,6	24,7	73,7	58 115,2	2,0	26,3	71,7
Baden-Württemberg	5 807,6	1,3	31,4	67,4	7 970,7	1,6	33,0	65,4
Bayern	6 946,5	2,2	27,7	70,1	9 701,9	3,0	29,2	67,8
Berlin	1 759,2	0,0	12,4	87,6	2 560,5	0,0	13,2	86,8
Brandenburg	1 073,8	2,9	23,1	73,9	1 601,1	3,2	24,7	72,0
Bremen	414,1	0,1	19,2	80,6	567,2	0,1	20,5	79,3
Hamburg	1 161,6	0,2	12,7	87,1	1 676,0	0,2	13,3	86,4
Hessen	3 228,9	0,9	21,6	77,4	4 508,9	1,2	22,9	75,9
Mecklenburg-Vorpommern	729,0	3,2	19,6	77,2	1 093,0	3,6	20,7	75,8
Niedersachsen	3 819,4	3,0	23,9	73,2	5 241,4	3,7	25,8	70,5
Nordrhein-Westfalen	8 903,2	0,9	23,4	75,7	12 089,4	1,0	25,3	73,6
Rheinland-Pfalz	1 925,8	2,3	26,3	71,4	2 608,8	2,8	28,2	68,9
Saarland	518,3	0,5	28,0	71,5	705,4	0,6	29,6	69,8
Sachsen	1 973,8	1,5	27,1	71,4	2 917,2	1,7	28,9	69,3
Sachsen-Anhalt	1 003,6	2,2	26,2	71,5	1 490,0	2,5	28,1	69,4
Schleswig-Holstein	1 310,8	3,0	19,7	77,3	1 824,7	3,8	21,5	74,7
Thüringen	1 037,5	2,2	30,1	67,7	1 559,0	2,4	31,6	65,9
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	34 036,2	1,6	25,2	73,2	46 894,4	2,0	26,8	71,1
Neue Länder einschl. Berlin	7 576,8	1,7	22,7	75,6	11 220,8	1,9	24,2	73,9
darunter Arbeitnehmer/-innen								
Deutschland	37 067,0	0,9	25,7	73,4	48 814,0	0,9	27,9	71,2
Baden-Württemberg	5 220,0	0,6	32,9	66,5	6 769,2	0,6	35,4	64,1
Bayern	6 113,4	0,6	29,2	70,2	7 989,3	0,6	31,5	67,8
Berlin	1 512,2	0,0	12,8	87,2	2 071,8	0,0	13,7	86,2
Brandenburg	937,3	2,8	23,0	74,2	1 318,9	3,2	24,6	72,2
Bremen	378,6	0,1	20,2	79,7	496,2	0,1	22,1	77,9
Hamburg	1 032,9	0,1	13,4	86,5	1 417,5	0,1	14,3	85,6
Hessen	2 888,6	0,5	22,3	77,2	3 814,8	0,5	23,9	75,5
Mecklenburg-Vorpommern	647,3	2,9	19,7	77,4	923,5	3,3	20,8	75,9
Niedersachsen	3 417,7	1,5	25,1	73,4	4 418,8	1,5	27,9	70,6
Nordrhein-Westfalen	8 017,7	0,6	24,3	75,2	10 279,7	0,6	26,8	72,6
Rheinland-Pfalz	1 711,5	1,3	27,5	71,2	2 166,7	1,3	30,4	68,3
Saarland	472,9	0,3	29,3	70,3	612,6	0,3	31,7	68,0
Sachsen	1 744,7	1,4	27,1	71,5	2 444,2	1,6	29,1	69,3
Sachsen-Anhalt	908,9	2,0	26,2	71,7	1 292,9	2,3	28,2	69,5
Schleswig-Holstein	1 146,3	1,5	20,3	78,2	1 488,4	1,6	22,5	75,8
Thüringen	917,0	2,0	30,7	67,3	1 309,5	2,3	32,5	65,2
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	30 399,6	0,7	26,3	72,9	39 453,1	0,7	28,7	70,6
Neue Länder einschl. Berlin	6 667,4	1,6	22,9	75,5	9 360,9	1,8	24,6	73,6

Jahresdurchschnitt 2012; Stand: Februar 2013. – Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose
13.2.4 Erwerbstätige nach Erwerbsform

	Ins- gesamt	Selbstständige		Abhängig Beschäftigte						
		zusam- men	darunter ohne Beschäf- tigte	zusam- men	davon Normal- arbeit- nehmer/- innen	atypisch Beschäftigte				
						zusam- men ¹	darunter ¹²			
							befristet	Teilzeit	gering- fügig	Zeitarbeit
		1 000	%	1 000						
2000	33 311	3 418	49,6	29 643	23 766	5 878	2 130	3 944	1 749	–
Männer	18 648	2 465	46,2	16 140	14 702	1 438	1 070	390	254	–
Frauen	14 663	952	58,6	13 503	9 063	4 439	1 060	3 554	1 495	–
2005	32 962	3 802	55,6	28 831	22 084	6 747	2 394	4 679	2 425	–
Männer	17 989	2 646	51,8	15 289	13 548	1 741	1 218	597	452	–
Frauen	14 973	1 156	64,4	13 543	8 536	5 007	1 176	4 082	1 973	–
2006	33 720	3 838	55,6	29 582	22 119	7 463	2 619	4 865	2 667	562
Männer	18 346	2 654	51,5	15 642	13 494	2 148	1 337	650	572	376
Frauen	15 374	1 184	64,8	13 939	8 624	5 315	1 282	4 215	2 095	186
2007	34 321	3 843	55,1	30 175	22 493	7 682	2 659	4 946	2 772	614
Männer	18 655	2 645	50,3	15 963	13 735	2 228	1 336	659	595	409
Frauen	15 667	1 198	65,5	14 212	8 758	5 454	1 323	4 287	2 177	205
2008	34 734	3 820	55,1	30 650	22 929	7 721	2 731	4 903	2 578	612
Männer	18 841	2 622	50,3	16 178	13 918	2 260	1 352	647	568	425
Frauen	15 893	1 198	65,4	14 472	9 011	5 462	1 379	4 256	2 010	187
2009	34 629	3 877	55,1	30 582	22 990	7 592	2 640	4 901	2 574	560
Männer	18 618	2 659	50,6	15 933	13 794	2 139	1 253	648	589	375
Frauen	16 012	1 218	64,9	14 650	9 197	5 453	1 387	4 253	1 985	185
2010	34 973	3 917	55,4	30 904	23 069	7 835	2 761	4 929	2 517	742
Männer	18 755	2 669	50,8	16 060	13 750	2 310	1 322	669	575	503
Frauen	16 218	1 248	65,1	14 844	9 319	5 525	1 439	4 261	1 942	238
2011	35 762	4 018	56,1	31 592	23 674	7 918	2 805	5 025	2 673	775
Männer	19 157	2 732	51,3	16 397	14 060	2 338	1 352	706	595	517
Frauen	16 606	1 286	66,3	15 195	9 614	5 581	1 453	4 318	2 078	258
2012 ¹³	36 276	4 013	56,0	32 124	24 232	7 891	2 735	5 017	2 548	745
Männer	19 514	2 735	51,2	16 751	14 346	2 405	1 374	726	571	515
Frauen	16 762	1 278	66,4	15 372	9 886	5 486	1 362	4 291	1 977	230

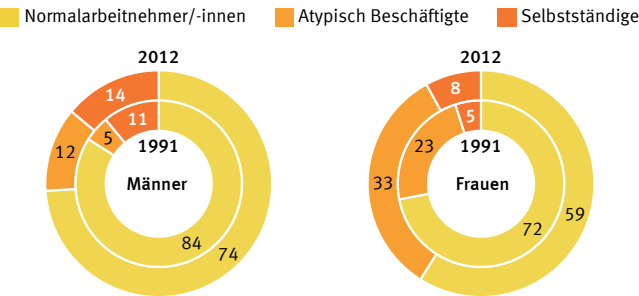
Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer sind Personen mit einem Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird und die direkt in dem Unternehmen arbeiten, mit dem ein Arbeitsvertrag besteht.

Atypisch Beschäftigte sind Personen, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, d. h. Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige oder befristete Beschäftigung oder ein Zeitarbeitsverhältnis.

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne Zeit- und Berufssoldaten/-soldatinnen sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

- 1 Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen.
2 Überschneidungen möglich.
3 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne freiwillig Wehrdienstleistende und Freiwilligendienstleistende. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

Erwerbstätige nach Erwerbsform und Geschlecht
in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige. 2013 - 01 - 0324

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.5 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2012		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	36 604	20 680	15 924	36 566	20 135	16 432	38 938	21 048	17 891	40 161	21 670	18 490
dar. 15 – 65	36 231	20 439	15 793	36 047	19 806	16 240	38 270	20 637	17 633	39 334	21 149	18 185
15 – 20	1 381	799	582	1 266	728	537	1 162	664	499	1 065	595	470
20 – 25	2 946	1 602	1 344	2 916	1 545	1 371	3 127	1 643	1 484	3 125	1 654	1 471
25 – 30	3 601	1 963	1 638	3 348	1 808	1 541	3 743	1 975	1 768	3 868	2 043	1 825
30 – 35	5 170	2 932	2 238	3 854	2 192	1 661	3 841	2 111	1 730	4 100	2 238	1 862
35 – 40	5 539	3 159	2 380	5 288	2 959	2 330	4 181	2 286	1 895	3 953	2 158	1 795
40 – 45	5 047	2 769	2 279	5 835	3 174	2 662	5 804	3 131	2 674	5 387	2 892	2 495
45 – 50	4 593	2 497	2 095	4 896	2 595	2 301	5 746	3 060	2 686	5 958	3 167	2 791
50 – 55	3 663	2 074	1 589	4 202	2 222	1 980	4 908	2 568	2 341	5 324	2 828	2 495
55 – 60	3 105	1 826	1 280	3 039	1 707	1 332	3 904	2 106	1 798	4 205	2 221	1 983
60 – 65	1 186	818	368	1 402	877	526	1 854	1 094	759	2 351	1 352	999
65 und mehr	372	241	131	520	328	191	668	411	258	826	521	305
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	29 140	16 593	12 547	29 380	16 310	13 070	31 221	16 952	14 269	32 377	17 531	14 846
Neue Länder einschl. Berlin ..	7 463	4 087	3 377	7 187	3 825	3 362	7 718	4 095	3 622	7 783	4 139	3 644
%												
Insgesamt	52,6	61,5	44,3	51,5	58,4	45,0	54,8	60,9	49,1	56,2	62,2	50,6
dar. 15 – 65	65,4	72,8	57,7	65,4	71,2	59,5	71,0	75,9	66,0	72,6	77,4	67,8
15 – 20	29,7	33,4	25,7	25,7	28,6	22,7	27,3	30,0	24,3	25,8	28,0	23,5
20 – 25	66,1	69,4	62,6	59,3	61,2	57,4	63,6	65,4	61,8	63,9	65,5	62,2
25 – 30	75,6	81,0	70,1	69,7	74,0	65,2	75,4	78,5	72,3	77,4	80,5	74,1
30 – 35	80,1	89,3	70,5	75,7	84,6	66,4	79,8	86,8	72,6	82,1	88,5	75,5
35 – 40	81,2	90,0	71,8	79,3	87,2	71,2	81,7	88,6	74,8	83,3	90,1	76,5
40 – 45	81,8	89,1	74,5	80,9	86,5	75,1	84,7	89,6	79,6	85,9	90,7	81,0
45 – 50	80,3	87,6	73,1	79,8	84,7	74,8	84,0	88,1	79,6	85,6	89,5	81,4
50 – 55	74,1	83,4	64,6	75,2	80,8	69,7	80,2	84,5	76,0	82,3	86,7	77,8
55 – 60	56,5	66,0	46,8	63,3	71,3	55,3	71,3	77,7	65,0	74,6	80,3	69,2
60 – 65	19,9	27,8	12,2	28,1	35,8	20,7	40,8	48,9	32,9	46,4	54,5	38,5
65 und mehr	2,6	4,3	1,5	3,3	5,0	2,1	3,9	5,6	2,6	4,8	6,9	3,1
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	53,4	63,0	44,5	52,5	60,1	45,3	55,3	61,7	49,2	56,8	63,1	50,9
Neue Länder einschl. Berlin ..	49,6	56,3	43,4	47,8	52,2	43,7	53,0	57,6	48,7	53,9	58,5	49,4

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.6 Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2012		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	3 127	1 691	1 435	4 583	2 574	2 009	2 948	1 698	1 250	2 317	1 300	1 016
dar. 15 – 65	3 124	1 689	1 434	4 578	2 572	2 007	2 944	1 695	1 249	2 309	1 297	1 013
15 – 20	111	60	52	218	120	98	139	78	61	107	60	47
20 – 25	274	167	106	529	316	213	322	191	130	263	156	107
25 – 30	266	157	109	479	285	194	343	211	132	270	156	114
30 – 35	364	188	175	458	262	196	307	178	129	239	139	100
35 – 40	408	210	199	547	304	243	304	176	128	224	122	102
40 – 45	371	195	176	628	333	295	353	200	154	250	135	115
45 – 50	365	188	177	544	296	247	363	198	165	272	144	128
50 – 55	344	173	171	527	284	243	334	184	149	271	146	124
55 – 60	524	276	247	475	254	221	324	181	143	250	137	113
60 – 65	97	75	22	173	117	57	156	99	57	163	100	62
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	1 702	977	724	2 900	1 646	1 254	1 977	1 144	832	1 542	875	667
Neue Länder einschl. Berlin ..	1 425	714	711	1 683	929	754	972	554	418	774	425	350
%												
Insgesamt	7,9	7,6	8,3	11,1	11,3	10,9	7,0	7,5	6,5	5,5	5,7	5,2
dar. 15 – 65	7,9	7,6	8,3	11,3	11,5	11,0	7,1	7,6	6,6	5,5	5,8	5,3
15 – 20	7,4	6,9	8,1	14,7	14,2	15,4	10,7	10,5	10,9	9,1	9,2	9,1
20 – 25	8,5	9,5	7,3	15,4	17,0	13,4	9,3	10,4	8,1	7,8	8,6	6,8
25 – 30	6,9	7,4	6,2	12,5	13,6	11,2	8,4	9,7	6,9	6,5	7,1	5,9
30 – 35	6,6	6,0	7,3	10,6	10,7	10,6	7,4	7,8	7,0	5,5	5,8	5,1
35 – 40	6,9	6,2	7,7	9,4	9,3	9,5	6,8	7,2	6,3	5,4	5,4	5,4
40 – 45	6,8	6,6	7,2	9,7	9,5	10,0	5,7	6,0	5,4	4,4	4,5	4,4
45 – 50	7,4	7,0	7,8	10,0	10,3	9,7	5,9	6,1	5,8	4,4	4,4	4,4
50 – 55	8,6	7,7	9,7	11,1	11,3	10,9	6,4	6,7	6,0	4,8	4,9	4,8
55 – 60	14,4	13,1	16,2	13,5	13,0	14,2	7,7	7,9	7,4	5,6	5,8	5,4
60 – 65	7,5	8,4	5,6	11,0	11,7	9,7	7,8	8,3	7,0	6,5	6,9	5,9
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	0,9	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	5,5	5,6	5,5	9,0	9,2	8,8	6,0	6,3	5,5	4,5	4,8	4,3
Neue Länder einschl. Berlin ..	16,0	14,9	17,4	19,0	19,5	18,3	11,2	11,9	10,3	9,0	9,3	8,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.7 Entwicklung der Erwerbslosen und Erwerbslosenquoten

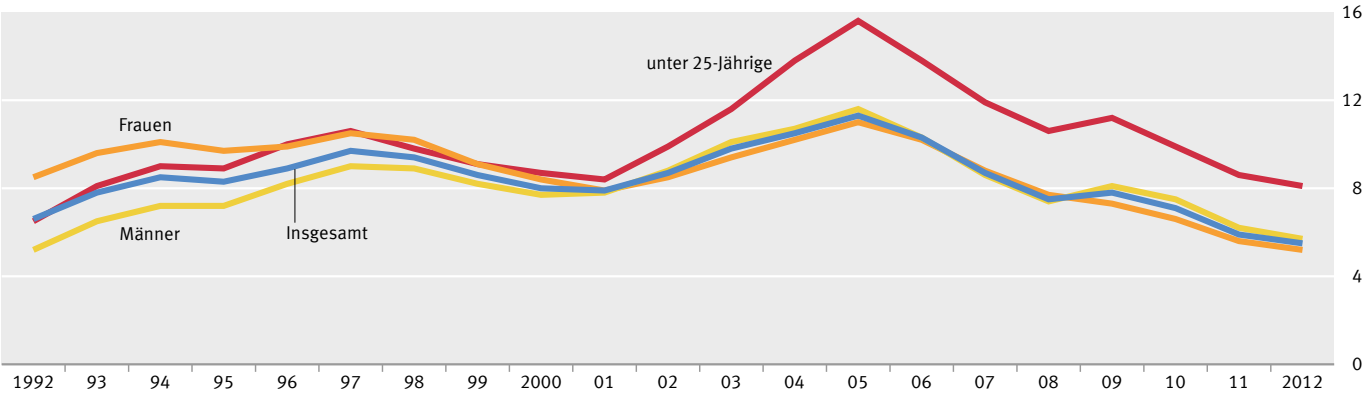
	Erwerbslose			Erwerbslosenquoten ¹		
	und zwar im Alter von ... bis ... Jahre			und zwar von Personen im Alter von ... bis ... Jahre		
	15 – 74	15 – 24	25 – 74	15 – 74	15 – 24	25 – 74
	1 000			%		
1991	2 173	347	1 827	5,5	5,8	5,5
Männer	1 011	171	840	4,5	5,4	4,3
Frauen	1 163	176	987	7,0	6,2	7,1
1995	3 234	413	2 821	8,3	8,9	8,2
Männer	1 603	231	1 372	7,2	9,3	6,9
Frauen	1 631	182	1 449	9,7	8,5	9,9
2000	3 178	399	2 779	8,0	8,7	7,9
Männer	1 720	241	1 479	7,7	9,8	7,5
Frauen	1 458	157	1 300	8,4	7,5	8,5
2005	4 653	753	3 900	11,3	15,6	10,7
Männer	2 620	440	2 180	11,6	16,9	10,9
Frauen	2 033	313	1 720	11,0	14,1	10,5
2006	4 245	666	3 579	10,3	13,8	9,8
Männer	2 338	386	1 953	10,3	14,8	9,8
Frauen	1 907	281	1 626	10,2	12,6	9,9
2007	3 601	586	3 015	8,7	11,9	8,2
Männer	1 938	334	1 604	8,6	12,6	8,0
Frauen	1 663	252	1 411	8,8	11,1	8,5
2008	3 136	517	2 619	7,5	10,6	7,1
Männer	1 686	291	1 395	7,4	11,0	7,0
Frauen	1 450	226	1 224	7,7	10,0	7,3
2009	3 228	537	2 692	7,8	11,2	7,3
Männer	1 836	318	1 518	8,1	12,5	7,6
Frauen	1 393	218	1 174	7,3	9,8	7,0
2010	2 946	460	2 486	7,1	9,9	6,7
Männer	1 696	268	1 428	7,5	10,9	7,1
Frauen	1 250	191	1 058	6,6	8,8	6,3
2011	2 501	407	2 094	5,9	8,6	5,6
Männer	1 407	235	1 172	6,2	9,3	5,8
Frauen	1 095	172	922	5,6	7,8	5,4
2012	2 316	370	1 946	5,5	8,1	5,2
Männer	1 299	216	1 083	5,7	8,8	5,3
Frauen	1 017	154	864	5,2	7,3	5,0

Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen nach europäischer Abgrenzung (Personen in Privathaushalten).

Erwerbslosenquoten nach Personenkreisen

in %



Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

2013 - 01 - 0326

13.3 Personal des öffentlichen Dienstes

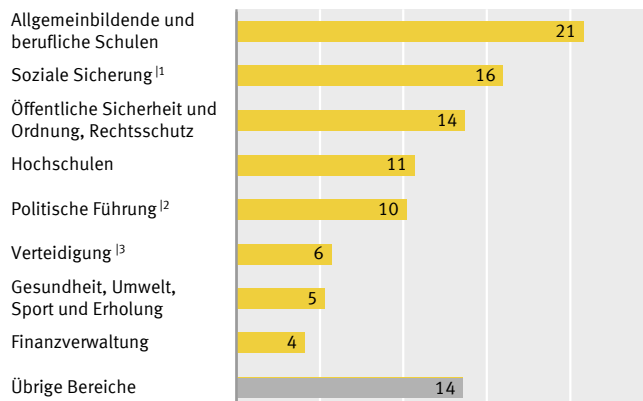
13.3.1 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

	Insgesamt	Davon			
		Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung ¹
	1 000				
Insgesamt					
2000	4 908,9	597,7	2 390,7	1 572,0	348,6
2005	4 599,4	560,9	2 298,1	1 373,0	367,4
2010	4 586,1	530,3	2 317,8	1 355,2	382,8
2012	4 617,4	513,9	2 346,5	1 386,1	370,8
Vollzeitbeschäftigte					
2000	3 697,0	555,2	1 804,8	1 066,0	271,1
2005	3 237,7	496,0	1 610,4	871,5	259,9
2010	3 106,7	461,2	1 567,5	819,6	258,4
2012	3 119,9	449,4	1 582,7	840,7	247,2
Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	1 153,6	33,1	564,1	485,6	70,8
2005	1 135,3	34,9	575,5	439,6	85,3
2010	1 189,5	38,5	609,8	444,8	96,3
2012	1 280,9	41,7	658,4	477,9	102,8
Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	58,2	9,4	21,7	20,5	6,6
2005	226,4	30,0	112,2	61,9	22,2
2010	290,0	30,6	140,5	90,9	28,1
2012	216,6	22,8	105,5	67,5	20,8

Ergebnisse der Personalstandstatistik. – Stichtag 30.6.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2012 in %



Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.

3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne freiwillig Wehrdienstleistende.

2013 - 01 - 0325

13.3.2 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Besoldungs- und Entgeltgruppen am 30.6.2012

Einstufungen	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 617,4	100	513,9	100	2 346,5	100	1 386,1	100	370,8	100
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen ..	1 881,5	40,7	361,1	70,3	1 299,4	55,4	186,3	13,4	34,6	9,3
Besoldungsordnung B	10,9	0,2	3,1	0,6	4,2	0,2	3,5	0,3	0,1	0,0
Besoldungsordnung R	28,0	0,6	0,5	0,1	27,5	1,2	–	–	–	–
Besoldungsordnung C, W	35,8	0,8	0,3	0,1	35,5	1,5	–	–	0,0	0,0
Besoldungsordnung A	1 699,3	36,8	352,1	68,5	1 137,0	48,5	176,2	12,7	34,0	9,2
davon:										
A16 – A13	527,0	11,4	41,6	8,1	446,2	19,0	34,1	2,5	5,0	1,4
A12 – A9	821,9	17,8	115,9	22,6	575,3	24,5	102,9	7,4	27,7	7,5
A8 – A5	327,2	7,1	172,8	33,6	114,0	4,9	39,2	2,8	1,2	0,3
A4 – A2	23,3	0,5	21,8	4,2	1,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
In Ausbildung	107,5	2,3	5,1	1,0	95,3	4,1	6,5	0,5	0,5	0,1
Arbeitnehmer/-innen	2 735,9	59,3	152,8	29,7	1 047,1	44,6	1 199,7	86,6	336,2	90,7
E15Ü – E13 TVöD/TV-L ¹²	318,1	6,9	10,4	2,0	255,9	10,9	39,3	2,8	12,4	3,4
E12 – E9 TVöD/TV-L	736,4	15,9	29,6	5,8	289,8	12,3	282,9	20,4	134,1	36,2
E8 – E5 TVöD/TV-L	1 152,7	25,0	77,5	15,1	355,3	15,1	594,4	42,9	125,5	33,8
E4 – E1 TVöD/TV-L	304,5	6,6	21,7	4,2	61,7	2,6	208,7	15,1	12,4	3,3
Sonstige ¹³	124,7	2,7	5,3	1,0	43,4	1,8	36,3	2,6	39,7	10,7
In Ausbildung	99,5	2,2	8,4	1,6	41,0	1,7	38,0	2,7	12,1	3,3

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. außertarifliche Angestellte.

3 Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD/TV-L zugeordnet wurden und einzelvertragliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Dienstordnungsangestellte (Angestellte in der Sozialversicherung, die aufgrund einer Dienstordnung ein Gehalt nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten).

Bei Beamtinnen und Beamten ist das Grundgehalt der Hauptbestandteil der Dienstbezüge. Es bestimmt sich nach der **Besoldungsgruppe** des verliehenen Amtes. Die Besoldungsordnungen A und B regeln die Besoldung für den Beamten- und Soldatenbereich, die Besoldungsordnungen W und C die der Hochschulehrerinnen und Hochschulehrer. Die Besoldungsordnung R regelt die Besoldung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruht überwiegend auf den **Entgeltgruppen** (E1 bis E15 Ü) des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) und des Tarifvertrags der Länder (TV-L).

13.3 Personal des öffentlichen Dienstes

13.3.3 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2012

Aufgabenbereich (Haushaltssystematik 2012)	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 617,4	100	513,9	100	2 346,5	100	1 386,1	100	370,8	100
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	468,9	10,2	42,5	8,3	132,8	5,7	293,7	21,2	–	–
Verteidigung	261,5	5,7	261,5	50,9	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	450,6	9,8	48,9	9,5	281,1	12,0	120,5	8,7	–	–
dar. Polizei	310,0	6,7	44,2	8,6	265,8	11,3	–	–	–	–
Rechtsschutz	180,5	3,9	4,8	0,9	175,7	7,5	–	–	–	–
Finanzverwaltung	189,0	4,1	42,5	8,3	145,9	6,2	0,7	0,0	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1 596,5	34,6	16,0	3,1	1 400,4	59,7	180,1	13,0	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	960,8	20,8	–	–	853,2	36,4	107,6	7,8	–	–
Hochschulen	493,2	10,7	0,4	0,1	492,8	21,0	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	736,7	16,0	3,9	0,7	29,6	1,3	332,5	24,0	370,8	100
dar. Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	178,6	3,9	–	–	7,7	0,3	170,9	12,3	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	246,2	5,3	7,6	1,5	51,4	2,2	187,2	13,5	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	137,5	3,0	–	–	24,4	1,0	113,1	8,2	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	137,9	3,0	0,0	0,0	17,1	0,7	120,8	8,7	–	–
Sonstiges	349,5	7,6	86,3	16,8	112,6	4,8	150,6	10,9	–	–
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	146,7	7,8	21,4	5,9	58,2	4,5	67,1	36,0	–	–
Verteidigung	201,8	10,7	201,8	55,9	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	324,5	17,2	38,8	10,7	237,7	18,3	48,1	25,8	–	–
dar. Polizei	263,8	14,0	36,3	10,1	227,5	17,5	–	–	–	–
Rechtsschutz	117,4	6,2	2,7	0,8	114,7	8,8	–	–	–	–
Finanzverwaltung	154,8	8,2	35,9	10,0	118,8	9,1	0,0	0,0	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	742,8	39,5	3,4	0,9	726,1	55,9	13,3	7,1	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	662,1	35,2	–	–	651,8	50,2	10,3	5,5	–	–
Hochschulen	56,5	3,0	0,3	0,1	56,2	4,3	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	74,2	3,9	1,2	0,3	7,2	0,6	31,2	16,7	34,6	100
dar. Kindertagesbetreuung	1,5	0,1	–	–	0,1	0,0	1,4	0,7	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	16,0	0,9	1,5	0,4	8,1	0,6	6,4	3,4	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	1,4	0,1	–	–	0,3	0,0	1,1	0,6	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	19,9	1,1	–	–	7,4	0,6	12,5	6,7	–	–
Sonstiges	83,3	4,4	54,2	15,0	21,2	1,6	7,8	4,2	–	–
Zusammen	1 881,5	100	361,1	100	1 299,4	100	186,3	100	34,6	100
Arbeitnehmer/-innen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	322,2	11,8	21,0	13,8	74,6	7,1	226,6	18,9	–	–
Verteidigung	59,7	2,2	59,7	39,1	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	126,1	4,6	10,2	6,7	43,4	4,1	72,5	6,0	–	–
dar. Polizei	46,1	1,7	7,9	5,2	38,3	3,7	–	–	–	–
Rechtsschutz	63,1	2,3	2,1	1,4	61,0	5,8	–	–	–	–
Finanzverwaltung	34,2	1,3	6,5	4,3	27,1	2,6	0,7	0,1	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	853,6	31,2	12,6	8,2	674,3	64,4	166,8	13,9	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	298,7	10,9	–	–	201,3	19,2	97,3	8,1	–	–
Hochschulen	436,6	16,0	0,1	0,1	436,6	41,7	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	662,5	24,2	2,6	1,7	22,4	2,1	301,3	25,1	336,2	100
dar. Kindertagesbetreuung	177,2	6,5	–	–	7,6	0,7	169,5	14,1	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	230,1	8,4	6,0	3,9	43,3	4,1	180,8	15,1	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	136,0	5,0	–	–	24,0	2,3	112,0	9,3	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	118,1	4,3	0,0	0,0	9,7	0,9	108,4	9,0	–	–
Sonstiges	266,2	9,7	32,0	21,0	91,3	8,7	142,8	11,9	–	–
Zusammen	2 735,9	100	152,8	100	1 047,1	100	1 199,7	100	336,2	100

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. Auswärtige Angelegenheiten.

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.1 Am Arbeitsort nach Ländern am 30.6.2012

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Darunter Ausländer/-innen			Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	darunter aus		insgesamt	darunter Frauen
					EU-Mitgliedstaaten	sonstigen europäischen Staaten		
	1 000	%		1 000	%		1 000	%
Deutschland	28 921	54,0	46,0	2 233	39,9	43,7	4 834	65,5
Baden-Württemberg	4 072	55,2	44,8	471	42,2	46,3	690	67,1
Bayern	4 827	54,5	45,5	451	38,4	46,7	743	68,8
Berlin	1 190	48,7	51,3	96	40,9	35,6	146	54,9
Brandenburg	771	51,6	48,4	17	23,6	56,5	99	56,2
Bremen	297	56,4	43,6	21	44,5	33,2	46	61,4
Hamburg	855	53,6	46,4	76	36,1	35,4	103	61,2
Hessen	2 272	54,8	45,2	247	39,6	40,3	368	65,5
Mecklenburg-Vorpommern ..	532	48,4	51,6	8	19,8	56,6	65	55,0
Niedersachsen	2 599	54,9	45,1	135	35,6	45,8	505	67,3
Nordrhein-Westfalen	6 051	55,6	44,4	507	45,4	39,5	1 234	66,4
Rheinland-Pfalz	1 266	54,1	45,9	91	35,9	48,2	254	67,6
Saarland	363	56,2	43,8	32	19,8	69,5	69	67,3
Sachsen	1 454	50,9	49,1	22	21,0	51,3	171	58,5
Sachsen-Anhalt	757	50,4	49,6	11	25,6	49,0	85	59,6
Schleswig-Holstein	857	52,4	47,6	36	37,3	42,3	176	63,9
Thüringen	759	51,7	48,3	11	23,8	51,0	84	58,7

Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.4.2 Am Arbeitsort nach wirtschaftlicher Gliederung am 30.6.2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%	
	Insgesamt	28 921	46,0	7,7
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	231	32,2	16,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	86	10,8	6,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 509	25,3	7,9
D	Energieversorgung	238	25,5	2,3
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	227	18,7	5,3
F	Baugewerbe	1 662	13,0	8,1
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 162	51,7	6,7
H	Verkehr und Lagerei	1 485	24,8	9,6
I	Gastgewerbe	901	57,1	24,0
J	Information und Kommunikation	882	35,0	6,2
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 004	56,1	2,8
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	221	51,3	4,7
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister ..	1 727	52,1	5,6
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	2 013	41,8	16,2
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1 671	62,7	2,1
P	Erziehung und Unterricht	1 102	68,8	5,7
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 678	80,4	4,8
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	245	52,7	11,0
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	798	67,9	6,7
T	Häusliche Dienste	42	86,8	22,8
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	24	38,2	19,5
	Keine Zuordnung möglich	12	38,4	8,9

Vorläufiges Ergebnis.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.3 Am Arbeitsort nach ausgewählten Personengruppen

	Insgesamt	Männer ¹	Frauen ¹	Deutsche	Ausländer/ -innen ^{1 2}	Vollzeit- beschäftigte ¹	Teilzeit- beschäftigte ¹
	1 000						
1992	29 325	16 795	12 530	–	–	–	–
1993	28 596	16 285	12 311	–	–	25 454	3 142
1994	28 238	15 969	12 269	–	–	24 890	3 348
1995	28 118	15 877	12 241	–	–	24 659	3 459
1996	27 739	15 591	12 148	25 619	2 120	24 165	3 574
1997	27 280	15 325	11 955	25 236	2 044	23 660	3 620
1998	27 208	15 261	11 947	25 178	2 030	23 423	3 785
1999	27 483	15 423	12 059	25 558	1 913	23 801	3 678
2000	27 826	15 544	12 282	25 862	1 956	23 890	3 929
2001	27 817	15 445	12 373	25 809	1 981	23 689	4 120
2002	27 571	15 179	12 392	25 611	1 949	23 308	4 255
2003	26 955	14 773	12 181	25 081	1 860	22 658	4 288
2004	26 524	14 541	11 983	24 719	1 797	22 202	4 311
2005	26 178	14 286	11 892	24 423	1 749	21 802	4 365
2006	26 354	14 424	11 931	24 564	1 782	21 815	4 530
2007	26 855	14 770	12 085	25 011	1 838	22 070	4 773
2008	27 458	15 064	12 394	25 551	1 901	22 443	5 003
2009	27 380	14 829	12 551	25 496	1 879	22 165	5 202
2010	27 710	14 976	12 735	25 778	1 925	22 306	5 389
2011	28 381	15 356	13 026	26 310	2 061	22 683	5 670
2012	28 921	15 626	13 295	26 677	2 233	–	–
	%						
Veränderung 2012 gegen- über 2002 ..	4,9	2,9	7,3	4,2	14,6	–	–

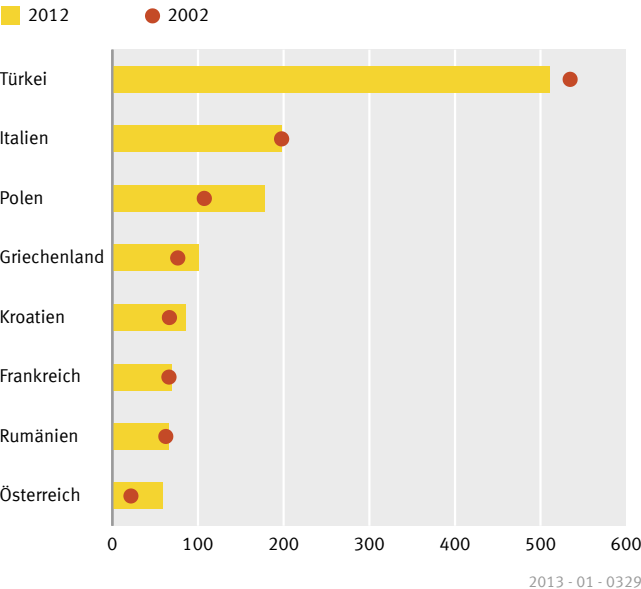
Vorläufiges Ergebnis. – Stand: jeweils 30.6.

1 Die Merkmale „Geschlecht“ und „Staatsangehörigkeit“ sowie „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung“ (ab 2006) enthalten nicht die Fälle „Ohne Angabe“.

2 Ab 2003 Niveausenkung der Ausländerzahl infolge korrigierter Methodik.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten
Staatsangehörigkeiten jeweils am 30.6.
in 1 000



13.5 Arbeitslose
13.5.1 Nach ausgewählten Personengruppen

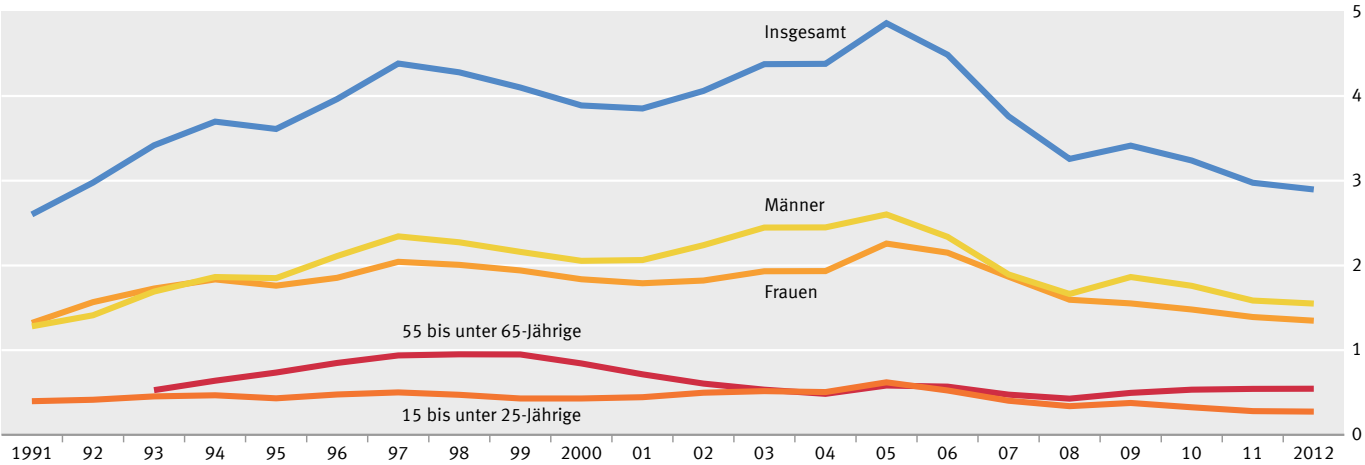
	Arbeitslose insgesamt	Und zwar						
		Frauen	im Alter von ... bis unter ... Jahre			Langzeit- arbeitslose ¹⁾	Ausländer/ -innen	Schwerbehin- derte
			15 – 20	15 – 25	55 – 65			
Deutschland								
1991	2 602 203	1 321 649	95 800	395 739	–	–	221 884	–
1995	3 611 921	1 761 311	95 222	431 103	734 754	–	436 261	–
2000	3 889 695	1 836 317	101 342	428 510	842 115	1 454 189	465 660	184 097
2005	4 860 909	2 257 639	124 055	620 132	581 702	1 588 089	672 801	180 907
2010	3 238 421	1 478 749	55 268	325 378	532 004	1 130 446	500 831	175 357
2011	2 975 836	1 389 908	47 748	278 886	542 584	1 055 353	470 218	180 315
2012	2 896 985	1 346 676	46 693	274 035	544 484	1 031 722	474 283	176 040
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin								
1991	1 596 457	753 491	51 579	230 959	–	–	191 064	–
1995	2 427 083	1 043 519	72 317	306 526	553 789	–	392 779	–
2000	2 380 987	1 068 861	63 864	257 016	558 901	936 570	401 916	140 463
2005	3 246 755	1 499 568	85 497	411 707	398 208	990 280	582 519	135 396
2010	2 227 090	1 022 118	40 751	223 232	354 105	775 552	428 618	129 226
2011	2 026 087	955 538	35 371	190 624	360 154	729 158	398 234	133 162
2012	1 999 837	939 224	34 882	193 155	363 852	707 612	404 024	130 540
Neue Länder einschl. Berlin								
1991	1 005 745	568 157	44 221	164 780	–	–	30 820	–
1995	1 184 838	717 792	22 904	124 577	180 965	–	43 482	–
2000	1 508 707	767 457	37 478	171 494	283 215	517 620	63 744	43 634
2005	1 614 154	758 071	38 559	208 425	183 495	597 809	90 283	45 511
2010	1 011 331	456 631	14 517	102 147	177 900	354 894	72 213	46 131
2011	949 749	434 370	12 377	88 262	182 429	326 195	71 984	47 153
2012	897 148	407 453	11 811	80 880	180 633	324 110	70 260	45 500

Jahresdurchschnitte. – Ab 2005 Änderung der Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II).

1 Ein Jahr und länger arbeitslos.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen
in Mill.



Jahresdurchschnitte. – Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ist im Wesentlichen durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geprägt („Hartz IV-Effekt“).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2013-01-0328

13.5 Arbeitslose

13.5.2 Nach Ländern 2012

	Registrierte Arbeitslose			Arbeitslosenquoten ¹			Gemeldete Arbeitsstellen ²
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
	Anzahl			%			Anzahl
Deutschland	2 896 985	1 550 309	1 346 676	6,8	6,9	6,8	477 528
Baden-Württemberg	222 196	113 577	108 619	3,9	3,8	4,1	74 844
Bayern	248 840	130 131	118 709	3,7	3,6	3,7	70 082
Berlin	215 353	121 402	93 951	12,3	13,2	11,3	18 583
Brandenburg	136 115	74 223	61 892	10,2	10,6	9,7	11 168
Bremen	36 826	20 043	16 783	11,2	11,6	10,8	4 819
Hamburg	70 435	39 017	31 418	7,5	7,9	7,0	16 134
Hessen	178 320	93 927	84 393	5,7	5,6	5,7	35 542
Mecklenburg-Vorpommern ..	101 891	56 555	45 336	12,0	12,8	11,2	9 063
Niedersachsen	264 533	138 970	125 563	6,6	6,5	6,7	47 347
Nordrhein-Westfalen	733 276	393 331	339 946	8,1	8,1	8,1	98 028
Rheinland-Pfalz	111 079	58 774	52 306	5,3	5,2	5,3	21 513
Saarland	34 283	18 353	15 930	6,7	6,7	6,8	6 121
Sachsen	207 796	112 048	95 749	9,8	10,0	9,5	19 241
Sachsen-Anhalt	136 678	72 965	63 713	11,5	11,7	11,3	10 930
Schleswig-Holstein	100 048	54 491	45 557	6,9	7,2	6,6	14 989
Thüringen	99 316	52 503	46 813	8,5	8,5	8,6	14 694

Jahresdurchschnitt.

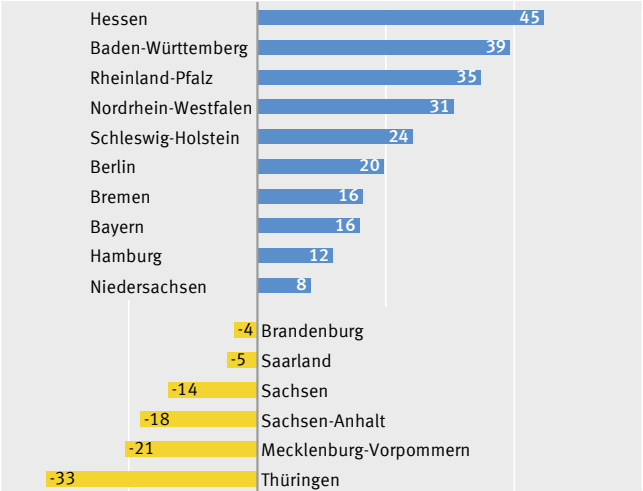
1 Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Die Angaben für Deutschland enthalten auch alle Arbeitsstellen, die der BA gemeldet sind, deren Arbeitsort jedoch im Ausland liegt. Somit ergibt die Summe aller Bundesländer nicht die Zahl für Deutschland.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach Ländern 2012

Veränderung gegenüber 1991, in %



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2013 - 01 - 0323

Methodik

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung/Erwerbstätige und Erwerbslose

Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Durchschnitt einer bestimmten Periode wird zum einen für Zwecke der laufenden nationalen – und international vergleichbaren – Arbeitsmarktbeobachtung benötigt, zum anderen als Bezugszahl für weitere Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig monatliche, vierteljährliche und jährliche Durchschnittszahlen der Erwerbstätigen für Deutschland. Daneben publiziert der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) jährliche und vierteljährliche Durchschnittszahlen zur Erwerbstätigkeit für Länder sowie jährliche Zahlen für Kreise, die auf die Eckzahlen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes abgestimmt sind.

Gesamtwirtschaftliche Monatsdaten zur Erwerbstätigkeit nach dem Inländerkonzept als Ursprungswerte und saisonbereinigte Werte werden seit 2005 gemeinsam mit saisonbereinigten Erwerbslosenzahlen und -quoten publiziert. Monatliche Erwerbstätigenzahlen nach dem Inlandskonzept werden ebenfalls veröffentlicht. Die Erwerbslosenzahlen erhebt der Mikrozensus (siehe hierzu auch den Abschnitt „Arbeitskräfteerhebung im Mikrozensus“).

Zu den **Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben – unabhängig vom Umfang oder Ertrag dieser Tätigkeit. Hierbei liegt das Personenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst werden. Grundlage für die Definition bilden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), die im Einklang stehen mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG). Ergebnisse nach der ILO-Definition sind aufgrund ihrer großen Verbreitung und ihrer Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten geeignet.

Je nach Verwendungszweck wird die Zahl der Erwerbstätigen für Deutschland insgesamt und gegliedert nach Stellung im Beruf nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept) oder nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) dargestellt. Beide Konzepte unterscheiden sich durch den Pendlersaldo.

Die Erwerbstätigen nach wirtschaftsfachlicher Gliederung weisen die VGR stets nach dem Inlandskonzept nach. Sie gehören zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in einer bestimmten Berichtsperiode wird aus unterschiedlichen amtlichen und externen erwerbsstatistischen Quellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft (z. B. kurzfristige, mittelfristige und langfristige Erhebungen für einzelne Wirtschaftsbereiche) oder um Stichprobenerhebungen mit unterschiedlicher Periodizität (z. B. Mikrozensus). Daneben zählen insbesondere die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte sowie die Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst zu wichtigen Quellen. Insgesamt fließen zurzeit rund 60 erwerbsstatistische Quellen in die Experten- und ökonomischen Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung der VGR des Bundes ein. Alle Quellen werden laufend beobachtet und analysiert. Zudem erfolgen laufend Konsistenzprüfungen mit anderen Aggregaten der VGR und der arbeitsmarktstatistischen Berichterstattung.

Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft des früheren Bundesgebiets sind ab 1950 verfügbar. Für sechs zusammengefasste Wirtschaftsabschnitte liegen Daten ab 1970 vor. Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab 1991 für 64 Wirtschaftsabteilungen verfügbar.

Gesamtwirtschaftliche monatliche Erwerbstätigenzahlen werden bereits 30 Tage nach Monatsende veröffentlicht. Erste Quartalsergebnisse für die Gesamtwirtschaft liegen mit Veröffentlichung des dritten Monatsergebnisses eines Quartals vor, d. h. ebenfalls nach rund 30 Tagen. Ausführliche Quartalsergebnisse werden 45 bis 50 Tage nach Quartalsende publiziert. Diese sind gegliedert nach Stellung im Beruf (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und zehn zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008). Erste vorläufige Jahresdaten werden wenige Tage nach Jahresablauf veröffentlicht.

Da die Ausgangsdaten, die für die Erwerbstätigenrechnung der VGR benötigt werden, nur sukzessive im Zeitverlauf anfallen und kurzfristig verfügbare Ergebnisse teilweise später korrigiert werden, steigen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsdaten – und damit der Genauigkeitsgrad – mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur jeweiligen Berichtsperiode. Es ist daher notwendig, die Daten in mehreren Zeitabständen den jeweils aktuellen Erkenntnissen anzupassen. Mehrjährige Beobachtungen zeigen, dass die ersten vorläufigen Ergebnisse (Bundesrechnung) von den endgültigen Zahlen zur Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte nach oben oder unten abweichen. Letztere endgültige Zahlen werden in der Regel rund drei Jahre nach Jahresende publiziert.

Beim Vergleich mit anderen Statistiken ist zu berücksichtigen, dass es sich um zeitraumbezogene Ergebnisse handelt (Monats-, Quartals-, Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte) und nicht um Stichtagsergebnisse oder Ergebnisse, die auf eine Berichtswoche bezogen sind. Indem sie umfangreiche erwerbsstatistische Informationen und aufwendige Kontrollverfahren einbezieht, gilt die Erwerbstätigenzahl der VGR als umfassendster und – vom Verlauf her – als sicherster Indikator für die Bestimmung der Gesamterwerbstätigkeit.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Mikrozensus mit integrierter Arbeitskräfteerhebung

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Seit 1957 – und für die neuen Länder seit 1991 – liefert er entsprechende statistische Informationen.

Bis 2004 bezogen sich die Fragen des Mikrozensus auf die Verhältnisse in einer einzigen Berichtswoche im Frühjahr. Seit 2005 wird der Mikrozensus als kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Bei dieser Erhebungsform verteilt sich das gesamte Befragungsvolumen auf alle Wochen des Jahres, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Bei einer gleichmäßigen Verteilung ist es damit grundsätzlich möglich, neben Jahres- auch unterjährige Ergebnisse bereitzustellen.

Der Mikrozensus ist eine unverzichtbare Datenquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft und die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Indem er sozioökonomische Eck- und Strukturdaten laufend bereitstellt, schließt er die Datenlücke zwischen den Bevölkerungszensen. Dabei ist er als Mehrzweckstichprobe konzipiert, die zahlreiche unterschiedliche Erhebungsteile als Ersatz für Einzelerhebungen umfasst. Für viele kleinere Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- oder Kontrollinstrument.

Die **Arbeitskräfteerhebung** (Labour Force Survey, LFS) ist seit 1968 Teil des Mikrozensus. Sie wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form durchgeführt. Der Europäischen Kommission dient der LFS als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit dem LFS gemessen.

Methodik

Der Stichprobenumfang des Mikrozensus beträgt in der Regel 1 % der Bevölkerung. Im Jahr 2011 wurde die Erhebung in etwa 339 500 Haushalten mit rund 695 000 Personen durchgeführt. Die Befragung erfolgt dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder mit Hilfe von Interviewerinnen und Interviewern. Diesen stehen Laptops (CAPI) zur Verfügung. Die Befragten haben auch die Möglichkeit, den Fragebogen selbst auszufüllen. Die meisten Erhebungsmerkmale unterliegen der Auskunftspflicht.

Die Stichproben wurden als Zufallsstichproben aus der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. dem Bevölkerungsregister „Statistik“ (neue Länder) auf Vorrat gezogen. Ihre Aktualisierung erfolgt jährlich anhand der Bautätigkeitsstatistik. Auswahlseinheiten sind Flächen (sogenannte „Auswahlbezirke“) mit durchschnittlich neun Wohnungen (Flächenstichprobe). In den Auswahlbezirken werden alle Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz erfasst. Für eine hohe Genauigkeit der Ergebnisse wird die Auswahlgrundlage vor Stichprobenziehung nach Gebäudegrößenklassen und Regionaleinheiten mit durchschnittlich 350 000 Einwohnerinnen und Einwohnern geschichtet. Jährlich wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Auswahlbezirke ausgetauscht, d. h. die Haushalte in den Auswahlbezirken verbleiben bis zu vier Jahre in der Stichprobe („partielle Rotation“).

Die zweistufige Hochrechnung verfolgt das Ziel, zufallsbedingte und systematische Fehler zu reduzieren. Zunächst wird eine Kompensation der bekannten ausgefallenen Haushalte vorgenommen. Anschließend erfolgt eine gebundene Hochrechnung an Eckzahlen aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung.

Aufgrund der Auskunftspflicht liegt die Ausfallquote der Haushalte („Unit-Nonresponse“) im Mikrozensus auf Jahresebene nur bei ca. 5 %. Hierbei handelt es sich überwiegend um nicht erreichbare Personen. Die Quote der Nichtbeantwortung einer Frage bzw. eines Merkmals („Item-Nonresponse“) liegt in den meisten Fällen für wichtige Merkmale deutlich unter 10 %. In Einzelfällen – insbesondere bei sensiblen Merkmalen mit freiwilliger Auskunftserteilung – kann sie aber deutlich höher liegen.

Bei den Ergebnissen des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 – d. h. weniger als 50 Fälle in der Stichprobe – geht der einfache relative Standardfehler über 15 % hinaus. Solche Ergebnisse sollten wegen ihres geringen Aussagewertes für Vergleiche nicht herangezogen werden. Besetzungszahlen unter 5 000 werden deshalb bei Veröffentlichungen durch einen Schrägstrich (/) ersetzt.

Der Mikrozensus liefert Informationen über die Erwerbsbeteiligung, den erlernten und ausgeübten Beruf sowie weitere arbeitsplatz- und betriebsbezogene Merkmale. Daten u. a. zur Bevölkerungsstruktur (Demografie), dem Haushalts- und Familienzusammenhang sowie über die Bildung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Merkmale der LFS, zu denen auch die zur Erwerbsbeteiligung gehören, werden für die EU-Mitgliedstaaten und eine Reihe weiterer Länder harmonisiert erhoben. Dies bedeutet, die Erhebungen sind europaweit vergleichbar.

Der Erwerbsstatus wird nach dem **Labour-Force-Konzept** erfasst. Dieses hat die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) entwickelt. In der EU wurde dieses Konzept konkretisiert. Das Konzept stellt die internationale Vergleichbarkeit der Merkmale sicher. Danach wird jeder Person der Bevölkerung ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben: Eine Person ist entweder erwerbstätig oder erwerbslos. Andernfalls zählt sie als Nichterwerbsperson. In die **ationale Berichterstattung** fließen die Erwerbslosenzahlen und -quoten ein, die auf Basis des Mikrozensus bestimmt wurden.

Die weitergehenden Strukturmerkmale des Mikrozensus und darauf basierende Analysen finden Eingang in Hauspublikationen wie den Datenreport (gemeinsam herausgegeben mit „GESIS“ und „WZB“), die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und das Online-Magazin „STATmagazin“. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt und ausführliche methodische

Erläuterungen finden sich in der Fachserie 1, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“ sowie in Reihe 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“.

Erwerbstätigenzahlen aus der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und aus dem Mikrozensus unterscheiden sich, obwohl beide im Einklang mit dem Labour-Force-Konzept ermittelt werden. Dies ist vor allem auf die methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen:

Der *Mikrozensus* ist als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet, dem Stichprobenzufallsfehler. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe allerdings bei der Zahl der Erwerbstätigen vergleichsweise gering.

Das *Labour-Force-Konzept* zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltsbefragungen z. T. nicht vollständig, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

Die *Erwerbstätigenrechnung* greift dagegen im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur „Geringfügigen Beschäftigung“ zurück. Sie zielt generell darauf ab, ein möglichst umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit aus ökonomischer Sicht zu erlangen.

Die unterschiedlichen methodischen Ansätze implizieren unterschiedliche Anwendungsgebiete beider Erhebungen. Für die Betrachtung konjunktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen der Erwerbstätigkeit wird die Zahl aus der Erwerbstätigenrechnung herangezogen. Die Arbeitskräfteerhebung bzw. der Mikrozensus werden dagegen meist verwendet für europäische Vergleiche sowie für differenziertere Analysen von Teilpopulationen.

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Die Personalstandstatistik erhebt Daten zum Personal der öffentlichen Arbeitgeber. Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

Die Personalstandstatistik liefert Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit der jeweiligen Einrichtung stehen. Die öffentlichen Arbeitgeber umfassen den öffentlichen Dienst und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Zum öffentlichen Dienst gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundes-eisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Die Personalstandstatistik ist Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Die Ergebnisse sind ferner Grundlage für Benchmarking, insbesondere im kommunalen Bereich. Sie werden von Ländern und Gemeinden genutzt, um Rationalisierungspotenziale zu erkennen. Die Personalstandstatistik bildet die Basis für Berechnungen im Zusammenhang mit künftigen Versorgungsausgaben und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder. Darüber hinaus fließen ihre Ergebnisse in die Erwerbstätigenrechnung und die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit ein.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die **Beschäftigungsstatistik** der Bundesagentur für Arbeit (BA) beruht auf dem „Gemeinsamen Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“. Dieses wurde mit Wirkung vom 1.1.1973 im früheren Bundesgebiet eingeführt, nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Eine vollständige Überarbeitung und Neugestaltung des Verfahrens erfolgte zum 1.1.1999. Dieses Verfahren verlangt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einheitliche Meldungen an die Sozialversicherungsträger über demografische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände. Die maschinelle Verarbeitung der anfallenden Betriebsmeldungen ermöglicht sowohl Auswertungen zur kurzfristigen, laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung als auch weitergehende Strukturanalysen und -vergleiche in größeren Zeitabständen.

Vierteljährliche Bestandsergebnisse zum Quartalsende für das frühere Bundesgebiet liegen seit dem Stichtag 30.6.1974 vor, für die neuen Länder und Berlin-Ost – von gewissen Einschränkungen der Merkmalsgliederungen abgesehen – seit dem 31.3.1992.

Die Daten werden in einem mehrstufigen Verwaltungsverfahren erhoben. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber übermitteln ihre Meldungen in der Regel an die zuständigen Krankenkassen. Diese prüfen die Meldungen auf formale und inhaltliche Richtigkeit und nehmen – falls erforderlich – Korrekturen vor. Die von den Krankenkassen geprüften Daten werden an die Datenstellen der Rentenversicherung weitergeleitet.

Nach einer weiteren Prüfung werden die Daten, die für die Arbeitsverwaltung relevant sind, an die BA übermittelt. Diese führt für jede versicherte Person unter ihrer Versicherungsnummer ein Versichertenkonto, auf dem alle eingehenden Meldungen in der Reihenfolge des Wirksamkeitsdatums gespeichert werden. Diese Versichertendatei („Register“) bildet die Grundlage stichtagsbezogener Auszahlungen für statistische Zwecke.

Der Beschäftigtenbestand wird vierteljährlich durch eine automatisierte Auswertung der Versichertenkonten durchgeführt, jeweils sechs Monate nach dem Berichtstichtag (jeweils letzter Tag eines Quartals). Die Wartezeit von sechs Monaten zwischen Berichtstichtag und Auszahlungszeitpunkt ist ein Kompromiss zwischen größtmöglicher Aktualität der Ergebnisse und möglichst vollständiger Erfassung aller für den Berichtstichtag relevanten Meldungen. Erfahrungsgemäß liegen der BA nach sechs Monaten etwa 95 % der Meldungen vor.

Die BA stellt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder über eine online zugängliche Datenbank das Datenmaterial zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt nutzt die Daten insbesondere für Auswertungen im Rahmen des erwerbsstatistischen Berichtssystems. Die Statistischen Ämter der Länder nutzen sie für vertiefte Regionalanalysen.

Verfahrensbedingt gelten die vierteljährlichen Bestandsergebnisse für einen Zeitraum von drei Jahren als vorläufig. Während dieses Zeitraums kann die BA sie ändern.

Als Registerauswertung ermöglicht die Beschäftigungsstatistik gegenüber den Stichprobenerhebungen eine weitaus tiefere Differenzierung in den Merkmalskombinationen, vor allem nach Regionen und wirtschaftlichem Schwerpunkt der Betriebe.

Bezogen auf die Zahl aller Erwerbstätigen laut ETR stellen die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Anteil von knapp 68 %. Berücksichtigt man zusätzlich die geringfügig entlohnten Beschäftigten, für die auch Sozialabgaben geleistet werden, erhöht sich dieser Anteil auf rund 80 %.

Abweichungen zu Ergebnissen anderer erwerbsstatistischer Quellen (z. B. dem Mikrozensus) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden. Diese betreffen u. a. den Berichtszeitraum (Stichtag, Zeitraum, Berichtswoche),

den Berichtsweg (Betriebsmeldung, Selbstauskünfte von Haushalten) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (Arbeitsort, Wohnort).

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse sind bei der Bundesagentur für Arbeit erhältlich. Entsprechende Informationen im Internetangebot der BA finden Sie unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

Die **Statistik der geringfügigen Beschäftigung** umfasst zum einen die geringfügig entlohnte Beschäftigung. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Bis zum 31.12.2012 betrug die Geringfügigkeitsgrenze 400 Euro, seit dem 1.1.2013 liegt sie bei 450 Euro (Minijobs). Eine Zeitgrenze (vormals weniger als 15 Stunden in der Woche) gibt es nicht mehr. Zum anderen zählt die kurzfristige Beschäftigung mit weniger als 50 Arbeitstagen pro Kalenderjahr zur geringfügigen Beschäftigung.

Die Grundlage der Statistik der geringfügigen Beschäftigung bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit dem 1.4.1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Eine weitere Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung durch die Hartz-Gesetze erfolgte am 1.4.2003. Danach ist neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird. Der Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung bleibt für Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei, wenn die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag entrichtet und die Einkünfte der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers zusammen monatlich 450 Euro (bis 31.12.2012: 400 Euro) nicht übersteigen.

Die statistischen Informationen werden nur noch an eine zentrale Stelle entrichtet, die „Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft“ in Essen.

Auf der Basis der Meldungen über geringfügig Beschäftigte kann jeweils für das Quartalsende nach einer Wartezeit von wenigstens sechs Monaten eine zuverlässige Statistik erstellt werden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen Ergebnisse zu „geringfügig entlohnnten Beschäftigten“ (ausschließlich und im Nebenjob). Daten zur „kurzfristigen Beschäftigung“ werden nicht aufbereitet. Quartalsauswertungen zur geringfügig entlohnnten Beschäftigung stehen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ab 30.6.1999 zur Verfügung.

Die Ergebnisse zu den geringfügig Beschäftigten gelten für einen Zeitraum von drei Jahren als vorläufig. Während dieses Zeitraums kann die BA sie ändern.

■ Arbeitslose

Der gesetzliche Auftrag, die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu beschreiben und Statistiken zu erstellen, ist im Sozialgesetzbuch formuliert (§ 280 SGB III und § 53 SGB II).

Datengrundlage für die Erstellung der **Statistik über Arbeitslose und Arbeitsuchende** sind die Meldungen der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger). Diese Statistik ist damit eine Vollerhebung und umfasst alle bei den zuständigen Trägern gemeldeten Personen.

Methodik

Grundlage für die **Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen** sind bei den Agenturen für Arbeit und Jobcentern darüber hinaus die Stellenangebote, die zur Vermittlung freigegeben wurden.

Ergebnisse über Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und gemeldete Stellen/Arbeitsstellen sind für das frühere Bundesgebiet ab 1950 verfügbar. Für die neuen Länder liegen vergleichbare Ergebnisse ab 1991 vor.

Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft durch folgende verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist:

Bei den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden bei der Darstellung von Ergebnissen ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) abgegrenzt. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 als rückgerechnete Ergebnisse zur Verfügung und werden im Folgenden entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus haben sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit der Einführung des SGB II ab dem 1.1.2005 in Deutschland geändert. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt.

Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik wurde die BA im SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Weitere Definitionen und Abgrenzungen hinsichtlich der dargestellten Personengruppen, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ausgewiesenen Größen sind im Sozialgesetzbuch (SGB III und IV) festgelegt.

Die Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich daher ab Januar 2005 aus dem IT-Fachverfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – aus ergänzenden Schätzungen. Ab Berichtsmontat Januar 2007 werden diese Daten integriert verarbeitet (vorher additiv).

Außerdem wurde der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA ab 2005 auf die Monatsmitte gelegt. Bis dahin wurden statistische Erhebungen jeweils am Monatsende durchgeführt. Damit kann in der Regel schon am Ende des Monats über den Arbeitsmarkt berichtet werden. Zudem passen Monatsmittezahlen besser zu den Monatsdurchschnittswerten der Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes nach dem Konzept der ILO.

Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung veröffentlicht die BA monatlich u. a. die Zahl der registrierten Arbeitslosen, Arbeitslosenquoten und gemeldete Arbeitsstellen nach ausgewählten Merkmalen sowie die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter.

In der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen erfasst die BA die Zahl der Stellenangebote, die ihr von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zur Vermittlung gemeldet wurden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestimmt durch die Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Betrieben das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Seit 2006 erfolgt die Befragung quartalsweise und die Ergebnisse fließen u. a. in die EU-Statistik für offene Stellen ein.

Nach den Ergebnissen dieser Betriebsbefragung erfasst die BA mit den ihr gemeldeten Arbeitsstellen rund die Hälfte des gesamten Stellenangebots. Insofern hat die BA-Monatsstatistik der gemeldeten Arbeitsstellen zwar ihre Bedeutung als Konjunkturindikator, ist aber zur Feststellung des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft nur begrenzt geeignet.

Die monatliche Arbeitsmarktberichterstattung über die Bestandsergebnisse der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten sowie deren Veränderung sind von höchstem politischem und öffentlichem Interesse. Diese hochaktuellen Arbeitsmarktdaten werden – gemeinsam mit den Erwerbstätigen- und Erwerbslosenendaten des Statistischen Bundesamtes – als wichtigste Indikatoren für die Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herangezogen. Allerdings eignen sich die Daten der BA nur für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung. Wegen der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken ist ihre Aussagekraft für internationale Vergleiche stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund werden für zwischenstaatliche Vergleiche die Daten der Erwerbslosen nach der ILO-Definition aus dem Mikrozensus bzw. der Arbeitskräftestichprobe in der Europäischen Union verwendet.

Ausführliche methodische Hinweise können Sie den Monats-, Methoden- und Qualitätsberichten der BA entnehmen.

Diese sowie weitere statistische Informationen finden Sie im Internetangebot der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Glossar

Abhängig Beschäftigte/abhängig Erwerbstätige/Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die ihre Haupttätigkeit auf vertraglicher Basis für eine Arbeitgeberin bzw. einen Arbeitgeber in einem abhängigen Arbeitsverhältnis ausüben und hierfür eine Vergütung erhalten. Nicht von Bedeutung dabei ist der zeitliche Umfang der ausgeübten Tätigkeit oder ob aus dieser der überwiegende Lebensunterhalt bestritten werden kann.

Altersteilzeit | Sie ermöglicht älteren Beschäftigten eine frühere Beendigung des aktiven Berufslebens (Blockmodell) oder einen gleitenden Übergang in den Ruhestand (Teilzeitmodell). Während der Gesamtlaufzeit der Altersteilzeit wird die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduziert. Die Personalstandstatistik weist alle Altersteilzeitbeschäftigten als Teilzeitbeschäftigte nach – unabhängig davon, welches Modell gewählt wurde und in welcher Phase sie sich befinden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Personen in beruflicher Ausbildung einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre, Führungskräfte und Hauspersonal. Ebenfalls den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugeordnet werden geringfügig entlohnte Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte einschließlich Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende sowie – nach Aussetzung der Wehrpflicht – Personen im freiwilligen Wehrdienst und Freiwilligendienst sowie Anteilseignerinnen und Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, wenn sie in diesen Gesellschaften arbeiten. Auch dazu zählen Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie Personen in Beschäftigungsprogrammen, z. B. von den Arbeitsagenturen geförderte Beschäftigungen wie „Ein-Euro-Jobs“. Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, gelten ebenfalls als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. Urlaub, Krankheit, Streik, Elternurlaub, Altersteilzeit in Freistellungsphase usw.).
Personalstandstatistik | Das sind Beschäftigte in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. Hierunter fallen Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Dienstordnungsangestellte. Beamtinnen und Beamte sind nicht enthalten.

Arbeitslose | Alle in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden und bei der Agentur für Arbeit bzw. Jobcentern (SGB II § 6d) registrierten Arbeitsuchenden, die nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben, keine Beschäftigung haben oder weniger als 15 Wochenstunden arbeiten und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen. Sie müssen dabei den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern zur Verfügung stehen. Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a (1) SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.

Arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer | Nichtdeutsche Arbeitslose, die eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden unter „keine Angabe“ ausgewiesen.

Arbeitslose Schwerbehinderte | Schwerbehinderte im Sinne des § 2 (2) SGB IX sind Personen, die über einen Grad der Behinderung von wenigstens 50 verfügen. Den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX nicht erlangen oder nicht behalten können.

Arbeitslosenquote | Sie zeigt die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) in Beziehung setzt. Der Kreis der Erwerbstätigen als ein Teil der Bezugsgröße kann unterschiedlich abgegrenzt werden:

- Alle zivilen Erwerbstätigen: Sie ergeben sich aus der Summe der abhängigen Erwerbstätigen (ohne Soldatinnen und Soldaten) sowie der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.
- Alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen: Sie ergeben sich aus der Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender), der

geringfügig Beschäftigten, der Beamtinnen und Beamten (ohne Soldatinnen und Soldaten), der Personen in Arbeitsgelegenheiten und der auspendelnden Grenzarbeiterinnen und Grenzarbeiter. Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition (seit 1950).

Aufgabenbereich | Die Untergliederung erfolgt in Abstimmung mit der Finanzstatistik auf der Grundlage des geltenden staatlichen Funktionenplans bzw. des kommunalen Gliederungsplans oder Produktrahmens. Die Zusammenfassung der staatlichen und kommunalen Aufgabenbereiche wird entsprechend dem Schlüssel der Finanzstatistik vorgenommen.

Auszubildende | Das sind Personen in anerkannten Ausbildungsberufen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre).

Beamtinnen und Beamte | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschließlich der Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter und der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst), Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten. Nach den Definitionen, die in der Erwerbstätigenrechnung der VGR verwendet werden, werden – anders als im Mikrozensus und in der Personalstandstatistik – auch die Zivildienstleistenden den Beamtinnen und Beamten zugeordnet.

Personalstandstatistik | Bedienstete, die durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind, einschließlich der Beamtinnen und Beamten in Ausbildung und der Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt.

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) | Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Bundesbereich | Personal des Bundes sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Bundes stehen, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit (Öffentlicher Dienst im Bundesbereich).

Einstufung | Die Beschäftigten sind bei den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen nachgewiesen, die für die Auszahlung der Bezüge zum Zeitpunkt des Berichtsstichtags maßgeblich waren.

Erwerbstätigenquote | Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Erwerbslose | Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitsuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige.

Erwerbslosenquote | Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen.

Erwerbstätige | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Je nach Verwendungszweck werden die Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept) oder mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) dargestellt.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle effektiv geleisteten Arbeitsstunden von erwerbstätigen Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von deren Wohnort. Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bereit. Zur Berechnung der durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Arbeitszeit werden kalendermäßige Vorgaben, tarifliche Vorgaben (wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub), konjunkturelle Einflüsse (Kurzarbeit, bezahlte Überstunden, Arbeitszeitkontensalden), Krankenstand, Ausfälle durch Schlechtwetter und Arbeitskampf sowie Teilzeitbeschäftigung (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) berücksichtigt. Als Quellen werden neben den Geschäftsstatistiken der BA Statistiken des Statistischen Bundesamtes, das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Krankenstandstatistik des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und eigene Erhebungen des IAB verwendet.

Gemeldete Arbeitsstellen | Sozialversicherungspflichtige, geringfügige oder sonstige Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Tagen, die den Arbeitsagenturen und den gemeinsamen Einrichtungen (§ 44b SGB II) zur Besetzung gemeldet wurden. Da keine generelle Meldepflicht besteht, handelt es sich nur um einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.

Geringfügige Beschäftigung | Es werden nach § 8 (1) SGB IV zwei Arten von geringfügigen Beschäftigungen im Bereich der Beschäftigungsstatistik unterschieden:

- Geringfügig entlohnte Beschäftigung: Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 (1) Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschreitet. Diese Beschäftigung kann ausschließlich oder als Nebenjob zu einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden.
- Kurzfristige Beschäftigung: Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nach § 8 (1) Nr. 2 SGB IV vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die im Kalenderjahr nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage überschreitet.

Kommunaler Bereich | Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Kommunen stehen (Öffentlicher Dienst im kommunalen Bereich).

Landesbereich | Personal der Länder sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Länder stehen, ohne Sozialversicherungsträger (Öffentlicher Dienst im Landesbereich).

Langzeitarbeitslose | Alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und mehr bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern arbeitslos gemeldet waren.

Mithelfende Familienangehörige | Familienangehörige, die mithelfen in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem Familienmitglied als Selbstständige bzw. als Selbstständiger geleitet wird. Sie erhalten hierfür keinen Lohn bzw. kein Gehalt. Für sie werden keine Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.

Nichterwerbspersonen | Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Öffentlicher Dienst | Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundeseisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Personal im öffentlichen Dienst | Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich des Personals in Ausbildung. Nicht enthalten sind geringfügig Beschäftigte, Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II („Ein-Euro-Jobs“) sowie Freiwilligendienste.

Richterinnen und Richter | Berufsrichterinnen bzw. -richter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes.

Selbstständige | Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümerinnen und Eigentümer oder Pächterinnen und Pächter leiten (einschließlich selbstständiger Handwerkerinnen und Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeisterinnen und Zwischenmeister. Zu den Selbstständigen zählen auch von den Arbeitsagenturen geförderte Selbstständige, z. B. Empfängerinnen und Empfänger von Einstiegsgeld und Gründungszuschuss.

Soldatinnen und Soldaten | Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten. Wehrdienstleistende sind nicht enthalten.

Sozialversicherung | Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit. In Anlehnung an die Finanzstatistik und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dieser Bereich gesondert dargestellt, obwohl es sich um Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform handelt, die unter der Rechtsaufsicht von Bund und Ländern stehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherungen oder nach dem SGB III zu zahlen sind. Dazu gehören auch insbesondere Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikantinnen und Praktikanten, Werkstudentinnen und Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden.

Teilzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person beträgt (einschließlich aller Beschäftigten in Altersteilzeit, unabhängig vom gewählten Modell).

Vollzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl beträgt (bei Lehrkräften entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden). Als Vollzeitbeschäftigte gelten auch diejenigen, deren Arbeitszeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen auf Grundlage eines Anwendungstarifvertrags verkürzt wurde, die ansonsten aber die für sie tarifvertraglich höchst mögliche Arbeitszeit vereinbart haben. Nicht enthalten sind Beschäftigte in Altersteilzeit, auch wenn sie sich in der Arbeitsphase des Blockmodells befinden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Arbeitsmarkt* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 13, Daten zum *Personal des öffentlichen Dienstes* unter Code 74

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung / Erwerbstätige und Erwerbslose

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.2 Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/12 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6 Personal des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/11 Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte / Arbeitslose / Arbeitsstellen

Bundesagentur für Arbeit – Statistik (www.statistik.arbeitsagentur.de)

■ Themenübergreifend

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.2 Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse

Reihe 1.4 Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse

Reihe 1.5 Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/12 Ungenutztes Arbeitskräftepotential in der Stillen Reserve

Heft 5/12 Die deutsche Erwerbstätigenrechnung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Arbeitsmarktstatistik

Heft 11/12 Qualität der Arbeit

Heft 1/13 Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage

Broschüren

Qualität der Arbeit (2012)

Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt (2012)

■ STATmagazin

Licht und Schatten am Arbeitsmarkt (2012)

Stabile Entwicklung in unsicheren Zeiten (2013)

Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides (2013)

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 68

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





14 Verdienste und Arbeitskosten

Vollzeitbeschäftigte verdienen durchschnittlich knapp **45 000 Euro** brutto im Jahr | **Stundenverdienste** im **früheren Bundesgebiet** gut **ein Drittel höher** als in **neuen Ländern** | **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** in **leitender Stellung** verdienen **drei Mal so viel** wie **Ungelernte** | Eine **Stunde Arbeit kostet** in Deutschland durchschnittlich knapp **31 Euro** | **Tarifverdienste** stiegen 2012 etwas **stärker** als tatsächlich gezahlte **Verdienste** | In **zehn Branchen** existiert gesetzlicher **Mindestlohn**

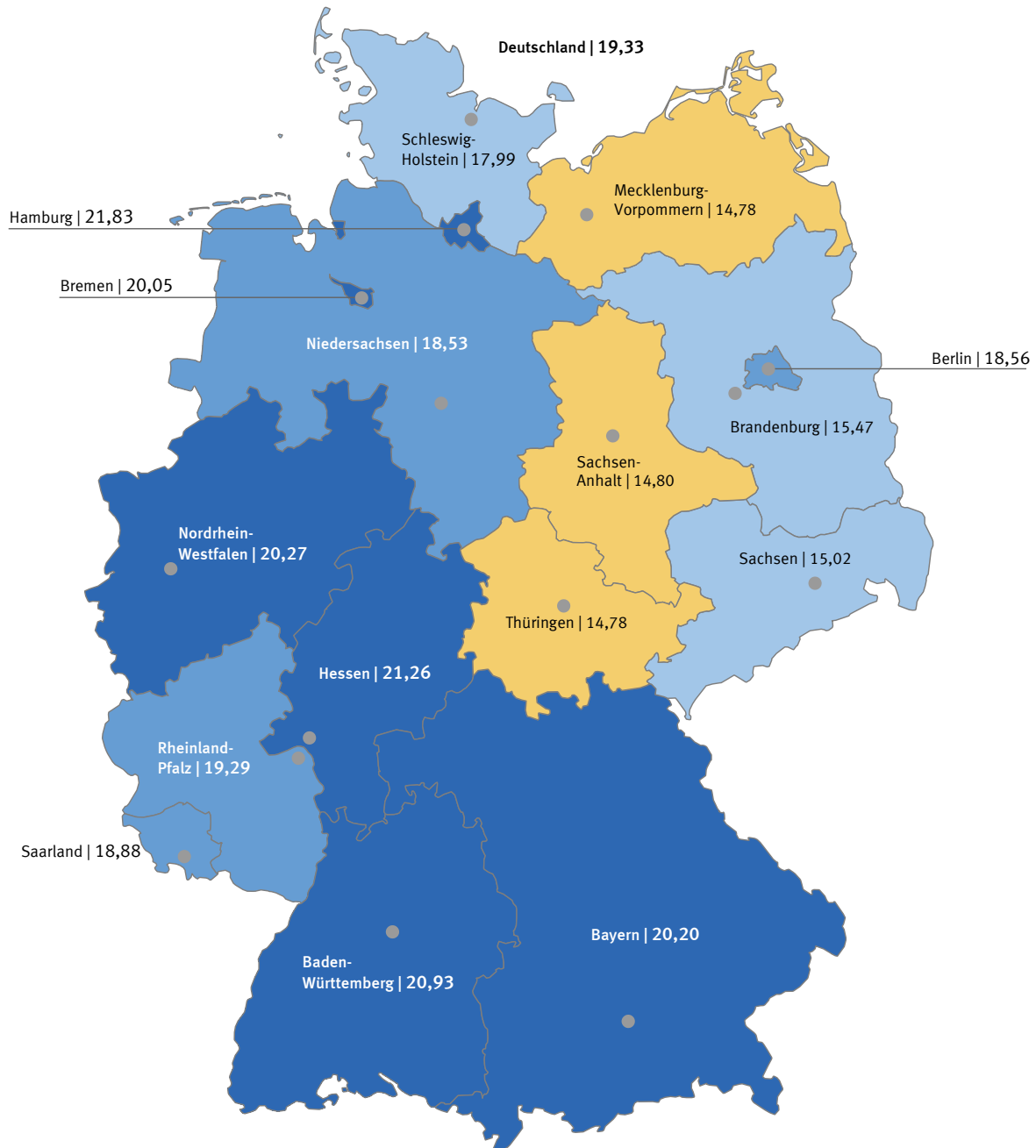
<i>Seite</i>	
367	Auf einen Blick
	Tabellen
368	Bruttoverdienste Nach Wirtschaftszweigen Nach Geschlecht Nach Beschäftigungsart Nach Betriebsgrößenklassen Nominallohnindex
371	Bruttoverdienste Verteilung der Beschäftigten nach Höhe des Bruttoverdienstes
372	Tarifverdienste und Mindestlöhne Index der tariflichen Monatsverdienste Mindestlöhne
375	Verdienste im öffentlichen Dienst Besoldung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten Tarifverdienst der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen
375	Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde Nach Wirtschaftszweigen
376	Methodik
378	Glossar
379	Mehr zum Thema

14.0 Auf einen Blick

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste 2012

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (einschl. Beamtinnen und Beamte)
im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, in EUR

■ unter 15 ■ 15 bis unter 18 ■ 18 bis unter 20 ■ 20 und mehr



2013 - 01 - 0061

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.1 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst		
			insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	Sonderzahlungen
		Stunden	EUR						
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	39,0	22,10	19,98	3 749	3 391	44 991	40 687	4 304
B-N	Privatwirtschaft ²	38,8	22,53	20,07	3 803	3 387	45 630	40 643	4 987
B-F	Produzierendes Gewerbe	38,5	23,23	20,71	3 890	3 467	46 674	41 601	5 073
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,6	23,69	21,14	4 176	3 726	50 107	44 715	5 392
C	Verarbeitendes Gewerbe	38,3	24,18	21,40	4 028	3 565	48 342	42 775	5 566
D	Energieversorgung	38,5	31,03	26,76	5 194	4 480	62 333	53 760	8 573
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,6	18,69	17,15	3 294	3 022	39 534	36 266	(3 268)
F	Baugewerbe	39,0	18,04	16,91	3 058	2 866	36 701	34 392	2 309
G-S	Dienstleistungsbereich	39,4	21,43	19,56	3 665	3 345	43 977	40 136	3 840
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	39,2	21,84	19,44	3 716	3 308	44 596	39 693	4 903
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,1	21,08	18,84	3 578	3 198	42 931	38 378	4 553
H	Verkehr und Lagerei	40,3	17,79	16,39	3 113	2 868	37 356	34 410	2 946
I	Gastgewerbe	39,4	12,28	11,68	2 105	2 002	25 265	24 025	(1 240)
J	Information und Kommunikation	39,1	29,68	25,99	5 039	4 413	60 465	52 953	7 512
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,7	32,00	26,63	5 381	4 478	64 576	53 732	10 844
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	38,5	24,02	21,19	4 024	3 550	48 287	42 598	(5 689)
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,2	27,05	23,82	4 608	4 058	55 297	48 694	6 603
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,6	13,66	12,92	2 290	2 167	27 480	26 004	1 476
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	39,7	20,79	19,73	3 584	3 402	43 014	40 824	2 190
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	39,9	19,75	18,83	3 427	3 268	41 123	39 210	1 913
P	Erziehung und Unterricht	39,8	23,53	22,76	4 072	3 938	48 860	47 260	1 600
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	39,5	20,70	19,48	3 550	3 339	42 597	40 073	2 525
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,4	21,01	19,58	3 598	3 353	43 175	40 240	(2 935)
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,0	20,30	18,70	3 442	3 170	41 305	38 037	3 269

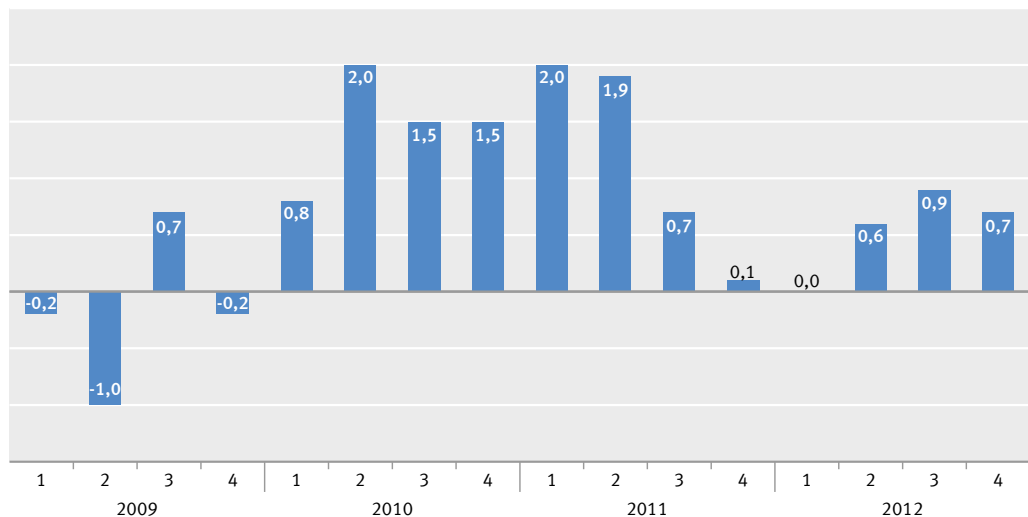
Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

Reallohnindex

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in %



2013 - 01 - 0331

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.2 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin			Neue Länder		
		Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen		
		Männer	Frauen	Anteil Frauen-verdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauen-verdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauen-verdienst
		EUR		%	EUR		%	EUR		%
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	3 595	2 925	81,4	3 731	3 006	80,6	2 696	2 542	94,3
B-N	Privatwirtschaft ²	3 570	2 826	79,2	3 725	2 946	79,1	2 539	2 193	86,4
B-F	Produzierendes Gewerbe	3 587	2 857	79,6	3 745	3 003	80,2	2 576	2 176	84,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 743	3 503	93,6	3 873	3 602	93,0	3 190	3 336	104,6
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 732	2 831	75,9	3 875	2 986	77,1	2 635	2 052	77,9
D	Energieversorgung	4 649	3 789	81,5	4 765	3 901	81,9	3 893	3 449	88,6
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	3 026	2 997	99,0	3 190	3 143	98,5	2 441	2 697	110,5
F	Baugewerbe	2 882	2 647	91,8	3 033	2 740	90,3	2 290	2 310	100,9
G-S	Dienstleistungsbereich	3 602	2 942	81,7	3 719	3 007	80,9	2 800	2 636	94,1
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	3 548	2 810	79,2	3 700	2 918	78,9	2 490	2 203	88,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 464	2 658	76,7	3 583	2 758	77,0	2 411	1 987	82,4
H	Verkehr und Lagerei	2 900	2 726	94,0	3 017	2 777	92,0	2 352	2 536	107,8
I	Gastgewerbe	2 184	1 814	83,1	2 267	1 908	84,2	1 757	1 495	85,1
J	Information und Kommunikation	4 766	3 517	73,8	4 856	3 638	74,9	3 661	2 634	71,9
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungs-dienstleistungen	5 055	3 660	72,4	5 106	3 714	72,7	4 132	3 216	77,8
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	3 849	3 157	82,0	4 099	3 286	80,2	2 856	2 818	98,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	4 648	3 130	67,3	4 767	3 235	67,9	3 646	2 413	66,2
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 201	2 079	94,5	2 313	2 159	93,3	1 727	1 735	100,5
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	3 712	3 079	82,9	3 759	3 104	82,6	3 401	2 978	87,6
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 373	3 064	90,8	3 393	3 048	89,8	3 243	3 115	96,1
P	Erziehung und Unterricht	4 243	3 671	86,5	4 270	3 665	85,8	4 025	3 695	91,8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 122	2 931	71,1	4 196	2 976	70,9	3 677	2 729	74,2
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	3 884	2 571	66,2	4 096	2 623	64,0	3 053	2 431	79,6
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 711	2 673	72,0	3 829	2 784	72,7	2 706	2 046	75,6

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.3 Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Beschäftigungsart und Leistungsgruppen 2012

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Analyse Zwecken in verschiedene **Leistungsgruppen** eingestuft. Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnissen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende Fachkenntnisse erfordern. In der Regel ist hierzu ein Hochschulstudium erforderlich. In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. In der Regel erfordert dies eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist. Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber Fertigkeiten für spezielle, branchen- gebundene Aufgaben erforderlich sind. In der **Leistungsgruppe 5** werden „Ungelehrte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammengefasst, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Geschlecht	Deutschland					Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin					Neue Länder				
Leistungs- gruppen	bezahlte Wochen- arbeits- zeit	Bruttostunden- verdienst		Bruttomonats- verdienst		bezahlte Wochen- arbeits- zeit	Bruttostunden- verdienst		Bruttomonats- verdienst		bezahlte Wochen- arbeits- zeit	Bruttostunden- verdienst		Bruttomonats- verdienst	
		insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen		insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen		insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen
	Stunden	EUR				Stunden	EUR				Stunden	EUR			
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)															
Insgesamt ..	35,7	21,30	19,33	3 306	3 001	35,5	22,23	20,10	3 430	3 101	37,0	16,00	14,99	2 572	2 410
Männer ...	38,4	23,28	20,95	3 880	3 492	38,3	24,31	21,79	4 042	3 623	38,9	16,63	15,53	2 814	2 628
Frauen ...	32,3	18,23	16,83	2 559	2 362	31,8	18,86	17,35	2 606	2 398	34,9	15,25	14,35	2 315	2 179
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen															
Insgesamt ..	39,0	22,10	19,98	3 749	3 391	39,0	23,07	20,77	3 906	3 517	39,5	16,42	15,37	2 820	2 639
1	39,5	41,05	35,61	7 046	6 111	39,5	42,21	36,40	7 243	6 247	39,6	32,10	29,45	5 518	5 063
2	39,1	26,24	23,69	4 460	4 026	39,1	27,06	24,35	4 594	4 133	39,5	20,46	19,05	3 508	3 265
3	39,0	18,23	16,76	3 086	2 838	38,9	19,09	17,49	3 223	2 953	39,5	13,96	13,16	2 397	2 258
4	39,0	14,83	13,74	2 516	2 332	38,9	15,50	14,32	2 620	2 421	39,8	11,21	10,63	1 938	1 839
5	38,5	12,44	11,66	2 082	1 951	38,5	12,75	11,93	2 132	1 993	38,9	10,03	9,58	1 695	1 618
Männer	39,2	23,51	21,13	4 000	3 595	39,1	24,54	21,98	4 167	3 731	39,7	16,76	15,64	2 888	2 696
1	39,5	43,56	37,39	7 478	6 418	39,5	44,57	38,08	7 645	6 531	39,8	34,24	31,03	5 915	5 361
2	39,1	27,68	24,82	4 707	4 222	39,1	28,44	25,44	4 832	4 322	39,6	21,02	19,45	3 615	3 344
3	39,1	18,97	17,43	3 218	2 958	38,9	19,90	18,22	3 368	3 083	39,6	14,02	13,25	2 414	2 282
4	39,3	15,47	14,32	2 641	2 445	39,2	16,14	14,90	2 748	2 536	40,1	11,54	10,95	2 009	1 907
5	38,7	12,80	12,04	2 152	2 023	38,7	13,10	12,30	2 201	2 065	38,9	10,39	9,94	1 757	1 680
Frauen	38,8	18,86	17,35	3 180	2 925	38,7	19,50	17,87	3 281	3 006	39,3	15,85	14,90	2 704	2 542
1	39,5	32,29	29,39	5 540	5 043	39,5	33,22	30,03	5 708	5 161	39,2	27,92	26,36	4 755	4 489
2	39,1	23,08	21,18	3 916	3 595	39,0	23,77	21,73	4 029	3 684	39,3	19,72	18,51	3 366	3 161
3	38,8	16,68	15,36	2 809	2 588	38,6	17,33	15,91	2 910	2 672	39,3	13,86	12,98	2 366	2 217
4	38,4	13,12	12,20	2 188	2 035	38,2	13,70	12,70	2 274	2 109	39,3	10,48	9,93	1 787	1 694
5	38,2	11,82	11,01	1 963	1 828	38,1	12,15	11,28	2 013	1 869	38,8	9,46	9,02	1 595	1 521
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)															
Insgesamt ..	24,9	17,19	15,99	1 860	1 730	24,2	17,82	16,54	1 876	1 741	28,9	14,09	13,29	1 768	1 668
1	25,2	29,82	27,97	3 264	3 062	24,9	30,27	28,33	3 281	3 071	27,1	26,60	25,40	3 133	2 991
2	26,1	22,79	21,21	2 584	2 405	25,5	23,35	21,69	2 587	2 404	30,6	19,21	18,13	2 558	2 414
3	25,0	16,77	15,48	1 823	1 682	24,2	17,44	16,05	1 833	1 687	29,3	13,90	13,02	1 770	1 658
4	25,0	12,89	12,06	1 400	1 309	24,3	13,41	12,51	1 415	1 320	28,4	10,73	10,20	1 326	1 261
5	22,9	10,89	10,29	1 083	1 023	22,4	11,16	10,52	1 087	1 025	26,5	9,13	8,74	1 050	1 005
Männer	25,9	17,83	16,61	2 005	1 868	25,4	18,54	17,24	2 051	1 906	28,5	13,95	13,20	1 726	1 634
1	24,8	32,18	29,98	3 467	3 229	24,9	32,63	30,34	3 530	3 282	24,1	28,72	27,16	3 003	2 840
2	27,3	24,55	22,65	2 913	2 688	27,1	25,21	23,21	2 965	2 729	29,3	19,52	18,39	2 487	2 342
3	27,0	17,32	15,95	2 031	1 871	26,5	18,19	16,70	2 093	1 921	29,7	13,31	12,52	1 715	1 613
4	26,4	12,49	11,79	1 430	1 350	25,7	12,93	12,18	1 446	1 363	29,4	10,56	10,08	1 350	1 289
5	23,4	10,24	9,84	1 044	1 003	23,0	10,44	10,04	1 041	1 001	27,0	9,03	8,66	1 060	1 017
Frauen	24,7	17,08	15,88	1 836	1 707	24,0	17,69	16,41	1 846	1 713	28,9	14,11	13,31	1 774	1 673
1	25,4	28,90	27,19	3 184	2 995	25,0	29,34	27,54	3 184	2 988	28,4	25,85	24,78	3 186	3 054
2	25,9	22,50	20,98	2 533	2 362	25,3	23,04	21,44	2 529	2 353	30,8	19,17	18,10	2 568	2 425
3	24,8	16,71	15,43	1 801	1 663	23,9	17,36	15,98	1 806	1 662	29,3	13,97	13,08	1 776	1 663
4	24,7	12,98	12,12	1 393	1 301	24,0	13,52	12,58	1 408	1 311	28,2	10,77	10,23	1 322	1 255
5	22,7	11,07	10,41	1 093	1 028	22,3	11,35	10,66	1 099	1 031	26,3	9,16	8,76	1 047	1 002
nachrichtlich: Geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen															
Insgesamt ..	–	–	–	284	–	–	–	–	289	–	–	–	–	243	–
Männer ...	–	–	–	278	–	–	–	–	282	–	–	–	–	244	–
Frauen ...	–	–	–	288	–	–	–	–	293	–	–	–	–	243	–

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten
14.1 Bruttoverdienste
14.1.4 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Betriebsgrößenklassen bzw. -eigenschaften 2012

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin		Neue Länder	
	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen
	EUR					
Betriebe insgesamt	3 749	3 391	3 906	3 517	2 820	2 639
nach Betriebsgrößenklassen						
mit ... bis ... Arbeitnehmer/-innen						
bis zu 49	3 135	2 888	3 291	3 021	2 427	2 283
50 – 99	3 358	3 051	3 510	3 178	2 542	2 370
100 – 249	3 577	3 229	3 772	3 389	2 564	2 397
250 – 499	4 154	3 684	4 317	3 814	3 019	2 780
500 – 999	4 358	3 859	4 474	3 950	3 352	3 070
1 000 und mehr	5 059	4 348	5 114	4 389	4 024	3 575
nach Betriebseigenschaften						
Mit Handwerkseigenschaft	2 961	2 766	3 134	2 915	2 226	2 130
Ohne Handwerkseigenschaft	3 846	3 468	3 995	3 587	2 920	2 725

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14.1.5 Verteilung der Beschäftigten nach der Höhe des Bruttoverdienstes 2010

Ein **x%-Perzentil** ist eine Zahl, unter der (im Sinne von "kleiner oder gleich") mindestens x % aller Werte liegen und über der (im Sinne von "größer oder gleich") mindestens (100–x) % aller Werte liegen. Zum Beispiel lag im Jahr 2010 das 10%-Perzentil bei einem Bruttoverdienst von 7,26 EUR je Stunde. Das heißt: 10 % aller Beschäftigten verdienten brutto höchstens 7,26 EUR je Stunde, und 90 % aller Beschäftigten verdienten mehr als 7,26 EUR je Stunde.

Verteilungsparameter	Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen					Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen				
	insgesamt	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Auszu- bildende	geringfügig Beschäftigte	insgesamt	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Auszu- bildende	geringfügig Beschäftigte
EUR										
... %-Perzentil										
10	7,26	9,76	8,43	2,59	5,16	501	1 680	724	443	120
20	9,39	11,93	10,34	3,19	6,29	1 110	2 059	963	545	186
25 (1. Quartil)	10,44	12,85	11,30	3,44	6,65	1 353	2 204	1 060	583	214
30	11,53	13,65	12,15	3,64	7,00	1 584	2 340	1 153	616	245
40	13,44	15,19	13,65	4,05	7,67	1 986	2 593	1 345	685	297
50 (Median)	15,23	16,85	15,30	4,40	8,22	2 330	2 864	1 547	743	336
60	17,21	18,73	17,20	4,77	8,54	2 663	3 171	1 761	800	369
70	19,52	21,08	19,25	5,19	9,21	3 053	3 560	2 028	854	396
75 (3. Quartil)	20,92	22,57	20,48	5,38	9,71	3 292	3 812	2 189	890	399
80	22,67	24,34	22,04	5,59	10,00	3 582	4 116	2 368	931	400
90	28,22	30,27	26,94	6,24	11,74	4 526	5 145	2 923	1 043	400
Arithmetisches Mittel	17,05	19,11	17,12	4,45	8,65	2 544	3 255	1 726	750	299
Standardabweichung	10,77	11,02	9,28	1,56	4,64	1 943	1 968	980	263	113
%										
Variationskoeffizient	63,2	57,7	54,2	35,1	53,7	76,4	60,5	56,8	35,1	37,8

Verdienststrukturhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.6 Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex)

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Nominallohnindex							
		2010 = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
		2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	97,4	100	103,3	105,9	0,1	2,7	3,3	2,5
B-N	Privatwirtschaft ²	96,9	100	103,8	106,4	- 1,0	3,2	3,8	(2,5)
B-F	Produzierendes Gewerbe	96,0	100	104,8	108,1	- 2,7	4,2	4,8	(3,1)
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	97,4	100	104,2	107,2	2,3	2,7	4,2	(2,9)
C	Verarbeitendes Gewerbe	95,4	100	105,0	108,4	- 3,5	4,8	5,0	(3,2)
D	Energieversorgung	99,0	100	102,7	105,6	1,7	1,0	2,7	(2,8)
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	98,6	100	103,0	105,5	2,0	1,4	3,0	(2,4)
F	Baugewerbe	99,1	100	103,8	107,4	0,9	0,9	3,8	(3,5)
G-S	Dienstleistungsbereich	98,2	100	102,4	104,7	1,9	1,8	2,4	(2,2)
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	97,9	100	102,7	106,1	1,0	2,1	2,7	(3,3)
H	Verkehr und Lagerei	99,5	100	101,8	104,0	0,5	0,5	1,8	(2,2)
I	Gastgewerbe	98,6	100	102,5	104,9	0,4	1,4	2,5	(2,3)
J	Information und Kommunikation	97,2	100	102,8	102,9	1,9	2,9	2,8	(0,1)
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	96,1	100	103,1	105,5	- 1,0	4,1	3,1	(2,3)
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	98,0	100	102,6	104,1	0,3	2,0	2,6	(1,5)
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	97,8	100	103,4	101,9	0,7	2,2	3,4	(- 1,5)
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	97,4	100	103,9	105,5	0,5	2,7	3,9	(1,5)
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	99,1	100	102,2	105,0	3,7	0,9	2,2	(2,7)
P	Erziehung und Unterricht	99,2	100	100,9	103,5	3,7	0,8	0,9	(2,6)
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	98,5	100	102,4	105,9	3,0	1,5	2,4	(3,4)
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	98,3	100	101,8	97,4	1,0	1,7	1,8	(- 4,3)
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	98,1	100	102,5	105,2	2,9	1,9	2,5	(2,6)

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

14.2.1 Index der tariflichen Monatsverdienste

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Ohne Sonderzahlungen				Mit Sonderzahlungen			
		2010=100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		2010 = 100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
		2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
A-S	Gesamtwirtschaft	101,5	104,5	1,5	3,0	101,7	104,4	1,7	2,7
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	101,5	104,5	1,5	3,0	101,7	104,4	1,7	2,7
B-N	Privatwirtschaft ²	102,0	104,9	2,0	2,8	101,7	104,5	1,7	2,8
B-F	Produzierendes Gewerbe	102,1	105,3	2,1	3,1	101,5	104,6	1,5	3,1
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	102,0	104,5	2,0	2,5	102,2	104,3	2,2	2,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	102,4	104,6	2,4	2,1	101,8	103,0	1,8	1,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	102,2	105,5	2,2	3,2	101,4	104,6	1,4	3,2
	darunter:								
	Chemische Industrie	102,9	106,2	2,9	3,2	101,6	104,9	1,6	3,2
	Metallgewerbe	102,1	105,6	2,1	3,4	101,1	104,6	1,1	3,5
D	Energieversorgung	102,4	105,0	2,4	2,5	101,6	104,2	1,6	2,6
E	Wasserversorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	101,1	104,3	1,1	3,2	101,9	104,8	1,9	2,8
F	Baugewerbe	102,0	104,4	2,0	2,4	102,0	104,5	2,0	2,5
G-S	Dienstleistungsbereich	101,3	104,2	1,3	2,9	101,8	104,3	1,8	2,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	102,3	105,0	2,3	2,6	101,9	104,7	1,9	2,7
H	Verkehr und Lagerei	101,2	104,2	1,2	3,0	101,3	104,3	1,3	3,0
I	Gastgewerbe	101,9	103,7	1,9	1,8	101,8	103,6	1,8	1,8
J	Information und Kommunikation	101,7	103,9	1,7	2,2	102,0	103,8	2,0	1,8
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	101,5	103,3	1,5	1,8	101,3	103,6	1,3	2,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	103,0	104,5	3,0	1,5	103,2	104,6	3,2	1,4
M	Erbringung von freiberuflichen, wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen	101,7	104,9	1,7	3,1	102,1	104,9	2,1	2,7
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	103,4	105,6	3,4	2,1	103,5	105,5	3,5	1,9
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	101,0	104,3	1,0	3,3	101,9	104,6	1,9	2,6
P	Erziehung und Unterricht	101,2	103,8	1,2	2,6	101,7	103,9	1,7	2,2
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	101,0	104,1	1,0	3,1	101,8	104,4	1,8	2,6
R	Kunst, Unterhaltung, Erholung	101,0	103,8	1,0	2,8	101,9	104,1	1,9	2,2
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	101,1	104,0	1,1	2,9	101,8	104,4	1,8	2,6

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

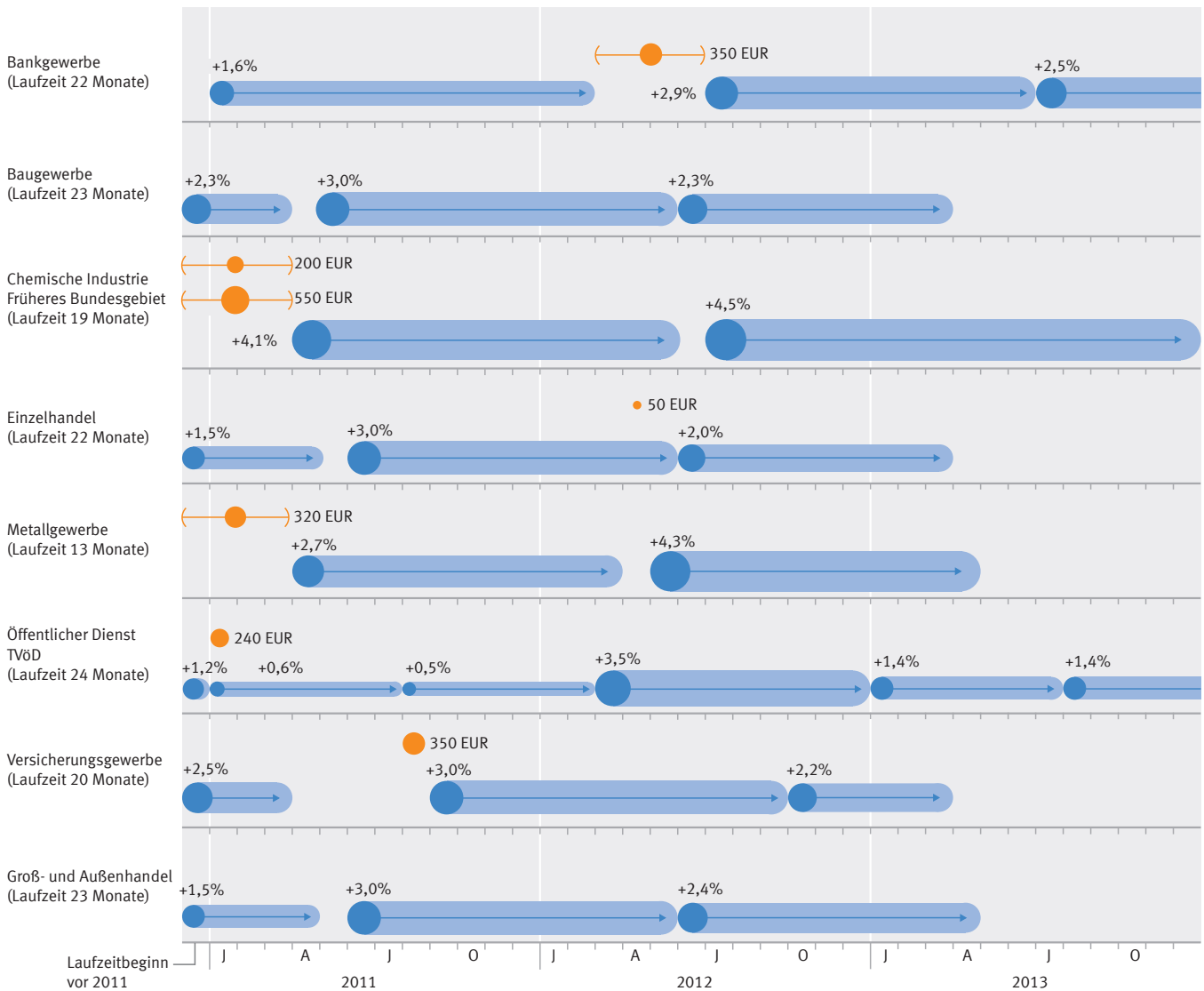
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

Laufzeiten, Tarifierhöhungen sowie Einmalzahlungen ausgewählter Tarifabschlüsse

- Tarifierhöhungen ● Einmalzahlung
— Laufzeit des Tarifabschlusses — Auszahlungszeitraum



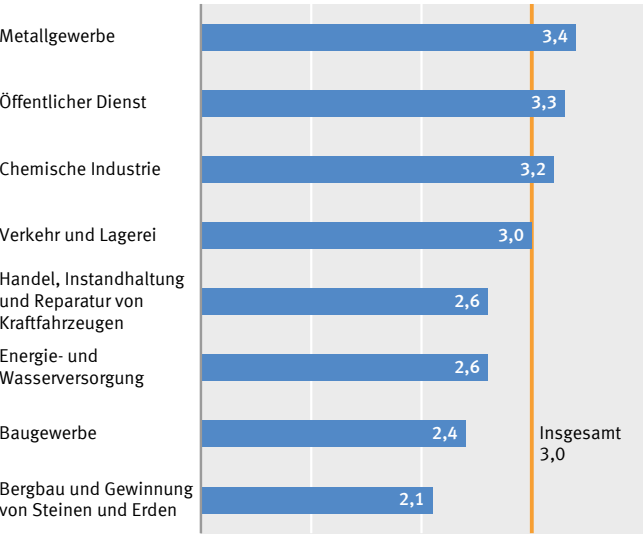
Stand: 1.5.2013.

2013 - 01 - 0333

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

Index der tariflichen Monatsverdienste

Ohne Sonderzahlung 2012
Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



2013 - 01 - 0332

14.2.2 Mindestlöhne in Deutschland am 1.7.2013

	Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	Neue Länder
	EUR je Stunde	
Abfallwirtschaft	8,68	8,68
Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit)	8,19 ¹	7,50 ²
Aus- und Weiterbildung (pädagogische Mitarbeiter/-innen)	12,60	11,25
Baugewerbe		
Werker/-innen, Maschinenwerker/-innen	11,05	10,25
Fachwerker/-innen, Maschinisten/Maschinistinnen, Kraftfahrer/-innen	13,70 (Berlin: 13,55)	10,25
Dachdeckerhandwerk	11,20	11,20
Elektrohandwerk	9,90 ¹	8,85 ²
Gebäudereinigung		
Lohngruppe 1 ³	9,00	7,56
Lohngruppe 6 ⁴	11,33	9,00
Maler- und Lackierergewerbe		
Ungelernte Arbeitnehmer/-innen	9,90	9,90
Gelernte Arbeitnehmer/-innen, Gesellen/Gesellinnen	12,15	9,90
Pflegebranche	9,00	8,00
Wach- und Sicherheitsgewerbe	7,50 – 8,90 ⁵	7,50

In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden gesetzlichen **Mindestlohn**, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen und Berufe.

Am 1.7.2013 galten Mindestlöhne in vier Baubranchen (Bauhauptgewerbe, Maler- und Lackierergewerbe, Elektrohandwerk, Dachdeckerhandwerk), für Sicherheitsdienstleistungen, für die Abfallwirtschaft, die Gebäudereinigung, die Pflegebranche und für pädagogisches Personal in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Zudem galt in der Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit) eine Lohnuntergrenze.

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Einschl. der Angaben für Berlin.

3 Lohngruppe 1: Innen- und Unterhaltsreinigungsarbeiten; Reinigung und Pflege von maschinellen Einrichtungen und Beseitigung von Produktionsrückständen; Reinigung von Verkehrs- und Freiflächen einschl. Winterdienst.

4 Lohngruppe 6: Glas- und Fassadenreinigungsarbeiten, Pflege und Reinigung von Verkehrs- sowie Außenbeleuchtungsanlagen.

5 Bundeslandspezifische Regelungen. Mindestlohn in Euro je Stunde: Baden-Württemberg: 8,90; Bayern: 8,42; Nordrhein-Westfalen: 8,23; Hessen: 7,76; Niedersachsen: 7,50; Bremen: 7,50; Hamburg: 7,50; Berlin, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein: 7,50.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst ab 2013

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.1 Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten

Zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen erhalten verheiratete Beamtinnen und Beamte einen **monatlichen Familienzuschlag** von 120,58 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 126,62 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 108,26 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 337,31 Euro. Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes.

Besoldungs- gruppe ledi- ger Beamter/ Beamtinnen	Stufe 1	Stufe 4	Stufe 6	Stufe 8
	EUR			
A 2	1 845,90	1 966,51	2 035,14	2 103,74
A 3	1 920,04	2 047,30	2 120,33	2 193,37
A 4	1 962,11	2 113,70	2 200,02	2 283,02
A 5	1 977,58	2 152,43	2 259,79	2 364,91
A 6	2 021,84	2 240,96	2 364,91	2 492,07
A 7	2 126,98	2 382,62	2 567,43	2 706,86
A 8	2 255,35	2 577,39	2 779,89	2 947,01
A 9	2 441,26	2 787,65	3 006,77	3 183,83
A 10	2 619,43	3 062,09	3 339,88	3 567,85
A 11	3 006,77	3 513,62	3 746,01	3 978,41
A 12	3 223,69	3 825,68	4 102,34	4 381,23
A 13	3 780,31	4 343,60	4 603,67	4 860,40
A 14	3 887,67	4 615,83	4 951,15	5 286,47
A 15	4 751,96	5 305,28	5 638,39	5 969,26
A 16	5 242,19	5 881,85	6 266,97	6 649,87

Stand: 1.8.2013.

14.3.2 Tarifverdienst der Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 3	Stufe 5	Stufe 6 ¹
	EUR			
1	–	1 569,47	1 636,39	1 719,48
2	1 729,86	1 973,37	2 157,99	2 290,73
3	1 875,29	2 134,95	2 296,51	2 359,97
4	1 906,43	2 250,33	2 411,90	2 459,20
5	2 005,67	2 331,12	2 521,53	2 579,24
6	2 093,38	2 434,97	2 619,63	2 694,64
7	2 134,95	2 515,75	2 717,71	2 798,50
8	2 280,34	2 642,71	2 861,96	2 934,67
9	2 436,14	2 838,89	3 496,68	3 727,47
10	2 758,09	3 288,95	3 958,28	4 062,14
11	2 861,96	3 404,35	4 252,55	4 483,36
12	2 965,83	3 750,55	4 673,78	4 904,58
13	3 308,57	3 865,97	4 777,62	4 996,90
14	3 588,99	4 212,16	5 089,23	5 377,72
15	3 962,89	4 558,38	5 573,90	5 862,41

Stand: 1.8.2013.

1 Für den Bund gilt Stufe 6 nur für die Entgeltgruppen 1 bis 8. Für die Entgeltgruppen 9 bis 15 ist Stufe 5 die höchste Entwicklungsstufe.

14.4 Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde

Nr. der Klassifi- kation ¹	Wirtschaftsgliederung	2000	2005	2009	2010	2011	2012
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	25,00	27,00	28,80	29,00	29,80	30,70
B-N	Privatwirtschaft ²	24,90	27,10	28,90	29,20	30,10	31,00
B-F	Produzierendes Gewerbe	26,50	29,30	31,90	32,00	33,20	34,10
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	30,80	32,50	37,80	38,40	40,40	43,30
C	Verarbeitendes Gewerbe	27,50	30,20	32,90	33,00	34,30	35,20
D	Energieversorgung	36,00	41,40	44,10	44,20	45,50	46,80
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	23,30	25,30	26,40	26,60	27,50	28,40
F	Baugewerbe	20,10	21,60	23,40	23,50	24,00	24,70
G-S	Dienstleistungsbereich	24,10	25,90	27,30	27,50	28,30	29,10
G-N	Marktbestimmende Dienstleistungen	23,30	25,30	26,40	26,80	27,50	28,40
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	20,40	22,90	23,80	24,10	24,80	25,80
H	Verkehr und Lagerei	22,10	23,40	24,20	24,50	24,40	25,00
I	Gastgewerbe	13,00	13,90	14,20	14,30	14,70	14,90
J	Information und Kommunikation	32,40	36,20	38,70	39,80	40,80	42,10
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	33,20	38,20	42,30	43,60	44,90	46,20
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27,10	28,60	29,60	30,10	30,90	31,60
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	29,10	31,90	34,70	34,90	36,00	37,20
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	15,10	15,10	16,50	16,40	17,00	17,70
O-S	Nicht marktbestimmende Dienstleistungen	25,20	26,70	28,50	28,60	29,30	30,00
O	Öffentliche Verwaltung; Verteidigung; Sozialversicherung	24,90	28,00	31,10	31,20	32,20	33,20
P	Erziehung und Unterricht	32,30	32,10	32,70	32,80	33,30	33,90
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	22,40	23,30	24,50	24,60	25,20	25,60
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	24,60	24,00	26,50	26,90	27,30	28,30
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	22,10	22,80	24,00	24,20	25,00	25,60

Jahresschätzung Arbeitskosten.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmende Dienstleistungen.

Verdienste sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stellen sie **Kosten** dar und sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um auch diese Kostenseite abzubilden, gibt es neben den Verdienststatistiken auch EU-weit vereinheitlichte Arbeitskostenstatistiken, die sowohl die Verdienste als auch die Lohnnebenkosten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erfassen. So lässt sich feststellen, welche Kosten Arbeitgeberin und Arbeitgeber für eine geleistete Arbeitsstunde entstehen. Im Jahr 2012 kostete eine Stunde Arbeit in Deutschland durchschnittlich 30,70 Euro. In der Energieversorgung verzeichneten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit 46,80 Euro die höchsten, im Gastgewerbe mit 14,90 Euro die niedrigsten Arbeitskosten.

Methodik

Die Daten über Verdienste und Arbeitskosten erlauben Einblicke in die Kostensituation der Wirtschaft und ihre Veränderung. Damit bilden sie eine wichtige Informationsgrundlage, z. B. für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik.

Die amtliche Statistik über Verdienste und Arbeitskosten umfasst im Wesentlichen

- die Vierteljährliche Verdiensterhebung über Verdienste und Arbeitszeiten, Statistiken über Tarifverdienste (halbjährlich) sowie Dienstbezüge (jährlich),
- in mehrjährigen Abständen erstellte Statistiken über die Verdienststrukturen sowie die Arbeitskosten (Bruttoverdienste sowie Lohnnebenkosten).

■ Bruttoverdienste

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Die **Vierteljährliche Verdiensterhebung** beruht auf dem Verdienststatistikgesetz, das zum 1.1.2007 in Kraft getreten ist. Sie ersetzt seitdem die „Laufende Verdiensterhebung“. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst vierteljährlich Angaben zur Berechnung der bezahlten Arbeitsstunden sowie Bruttostunden-, Bruttomonats- und Bruttojahresverdiensten der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Merkmale werden zudem nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Betriebsgrößenklassen untergliedert dargestellt.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist eine Stichprobenerhebung. Die Stichprobe umfasst eine Auswahl von 40 500 Betrieben. Die Ergebnisse beziehen sich auf das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) erstreckt sich die Erhebung auf die Abschnitte B bis S. In den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ wird aufgrund der Nutzung von Verwaltungsdaten komplett auf eine Erhebung verzichtet. Grundsätzlich umfasst die Erhebung Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfasst die Erhebung in den Wirtschaftszweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“, „Bauinstallation“, „Sonstiges Ausbaugewerbe“, „Vermietung von Baumaschinen (. . .)“, „Einzelhandel“, „Gastgewerbe“, „Reisebüros und Reiseveranstalter“, „Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“. Ein Betrieb im Sinne dieser Erhebung ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Die Verdiensterhebung enthält alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stichprobenbetriebe. Eine Ausnahme bilden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, ehrenamtlich Tätige, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Im Gegensatz zu den Tarifverdiensten umfassen die Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste auch die Verdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nicht tarifgebundenen Betrieben und von außertariflich bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie spiegeln somit die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste wider.

Nicht nur die Erhöhung oder Senkung von Verdiensten, sondern auch die Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur beeinflussen die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Um die Verdienstenentwicklung unter Ausschluss dieser Strukturveränderungen darzustellen, werden Indizes nach der Formel von „Laspeyres“ errechnet – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur.

Verdienststrukturserhebung

Die Verdienststrukturserhebung (VSE) wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt, zuletzt für das Berichtsjahr 2010. Die Ergebnisse beschränken sich auf das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich (Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)) und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten. Die Stichprobe der

VSE umfasst eine Auswahl von maximal 34 000 Betrieben, die unter Auskunftspflicht individuelle Angaben über zuletzt rund 1,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer melden. Die Angaben der Wirtschaftszweige „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ werden dabei nicht erhoben, sondern aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet.

Die Verdienststrukturserhebung und die Vierteljährliche Verdiensterhebung verwenden für gleiche Merkmale gleiche Abgrenzungen. Im Unterschied zur Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst die Verdienststrukturserhebung weitere Merkmale und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Der **Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten** informiert über die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste und tariflichen Arbeitszeiten für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der privaten Haushalte.

In den Index der Tarifverdienste fließen rund 600 ausgewählte Tarifverträge und Besoldungsordnungen aus dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern ein. Die zur Berechnung des Tarifverdienindex herangezogenen Tarifverträge und Besoldungsordnungen umfassen in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig mindestens 75 % der tarifgebundenen Beschäftigten sowie der nach Besoldungsordnung entlohten Beamten. Die übrigen Tarifbeschäftigten werden proportional auf die ausgesuchten Tarifverträge verteilt.

Seit der Umstellung des Tarifindex auf Basis 2010 = 100 werden sowohl Tarifindizes ohne Sonderzahlungen als auch mit Sonderzahlungen berechnet. Die Tarifindizes ohne Sonderzahlungen messen die Entwicklung der tariflichen Grundvergütung, d. h. der Tarifverdienste und Besoldungsordnungen, die dauerhaft und regelmäßig zu zahlen sind. In die Tarifindizes mit Sonderzahlungen fließen dagegen auch tariflich festgelegte Einmalzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und/oder zur betrieblichen Altersversorgung mit ein.

Die Basisdaten für die Gewichtung des Tarifindex werden aus der Verdienststrukturserhebung (VSE) gewonnen. Die VSE wird im Abstand von vier Jahren bei rund 34 000 Betrieben für etwa 1,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgeführt. Die VSE erfasst keine Gebietskörperschaften. Die Angaben hierzu werden aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet. Dem Bereich Landwirtschaft liegt die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft zu Grunde, die parallel zur VSE durchgeführt wird. Im Tarifindex werden die Verdienstveränderungen der einzelnen Tarifverträge gemäß dem Anteil der Beschäftigten in einem Wirtschaftszweig an der Gesamtzahl der Beschäftigten in allen erfassten Wirtschaftszweigen berücksichtigt.

Der Tarifindex berechnet sich als sogenannter Laspeyres-Index mit festem Basisjahr. Dies bedeutet, dass sich die Indexwerte auf die Beschäftigtenstrukturen des jeweils aktuell gültigen Basisjahres beziehen. Der Tarifindex umfasst voll- und teilzeit sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamte.

Mindestlöhne

In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden gesetzlichen **Mindestlohn**, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen. Die hier aufgeführten Mindestlöhne basieren auf dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) bzw. für die Zeitarbeit auf dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Auf Antrag der Tarifvertragsparteien kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Mindestlohn für bestimmte Branchen als allgemeinverbindlich erklären. Er gilt dann für alle Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer in dieser Branche. Ausführliche Informationen sowie die aktuellen Mindestlöhne in Deutschland und Europa finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Verdienste und Arbeitskosten > Mindestlöhne

Methodik

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Die monatlichen Dienstbezüge, die in der Tabelle 14.3.1 nachgewiesen sind, beziehen sich auf die folgenden Besoldungsgruppen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten nach der „Besoldungsordnung A“:

A16: Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, A15: Regierungsdirektor/-in, A14: Oberregierungsrat/-rätin, A13: Regierungsrat/-rätin, A12: Amtsrat/-rätin, A11: Amtmann/Amtfrau, A10: Oberinspektor/-in, A9: Inspektor/-in, A8: Hauptsekretär/-in, Hauptwerkmeister/-in, A7: Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in, A6: Sekretär/-in, Werkmeister/-in, A5: Assistent/-in, A4: Amtsmeister/-in, A3: Hauptamtsgehilfe/-gehilfin, A2: Oberamtsgehilfe/-gehilfin.

Verheiratete Beamtinnen und Beamte erhalten zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen einen monatlichen Familienzuschlag von 120,58 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 126,62 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 108,26 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 337,31 Euro (Stand: 1.8.2013). Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte.

Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes. Weitere Informationen finden Sie in der Veröffentlichung „Verdienste im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden“.

■ Jahresschätzung der Arbeitskosten

Die Berechnung der Jahresschätzung der Arbeitskosten basiert auf dem Niveau der Arbeitskosten je geleistete Stunde der Arbeitskostenerhebung, die alle vier Jahre stattfindet. Die Fortschätzung des Niveaus für Zwischenjahre erfolgt anhand der jährlichen Veränderungsrate des Arbeitskostenindex. Revisionen des Arbeitskostenindex können die Ergebnisse der Jahresschätzung der Arbeitskosten vom aktuellen Rand bis zu jenem Jahr verändern, das auf das Berichtsjahr der letzten Arbeitskostenerhebung folgt. Die hier veröffentlichten Ergebnisse der Jahresschätzung beruhen auf dem Rechenstand des Arbeitskostenindex vom vierten Quartal 2012.

Arbeitskostenindex

Der **Vierteljährliche Arbeitskostenindex** basiert auf der Größe „Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde“. Er gibt an, wie sich die gesamten Arbeitskosten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt haben. Der Index ermöglicht es, die Arbeitskostenentwicklung in die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten zu unterteilen: nämlich in die Entwicklung der Kosten für Bruttoverdienste sowie der Lohnnebenkosten. Die aktuellen Ergebnisse des Arbeitskostenindex werden zu jedem Veröffentlichungstermin überprüft. Neue Informationen werden eingearbeitet und die Ergebnisse bei Bedarf entsprechend revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Die „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ erfasst Angaben für folgende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- Den größten Teil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne die unten aufgeführten Sozialversicherungspflichtigen)
- Geringfügig Beschäftigte
- Nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, die zumindest teilweise erfolgsunabhängige Verdienstbestandteile erhalten
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und im Inland arbeiten
- Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Saisonarbeitskräfte sowie Aushilfskräfte, die als abhängig Beschäftigte eine bezahlte Leistung erbringen
- Beamtinnen und Beamte in den Wirtschaftsbereichen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und „Erziehung und Unterricht“

Nicht einbezogen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Beamtinnen und Beamte außerhalb der oben aufgeführten Wirtschaftsbereiche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Inland haben und im Ausland arbeiten, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Personen, die keinen Verdienst für ihre Leistung erhalten, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

Die „Verdienststrukturerhebung“ erfasst zusätzlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

Arbeitskosten | Sie umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten in Form von Geld- und Sachleistungen, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Arbeitsvolumen | Dieses umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige innerhalb Deutschlands eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, z. B. wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit.

Arbeitszeit | Als bezahlte Arbeitszeit gelten die im Berichtszeitraum bezahlten geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden. Die bezahlten geleisteten Stunden sind in der Regel die „hinter der Stechuhr“ verbrachten Zeiten, d. h. innerhalb der Arbeitsstätten bzw. auf der Arbeitsstelle, abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie der Mittagszeit. Bezahlte Ausfallstunden umfassen z. B. bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, durch Arbeitszeitflexibilisierung im Berichtszeitraum abgefeierte und bezahlte Stunden, die entweder im vorangegangenen Zeitraum bereits vorgearbeitet wurden oder im Folgezeitraum noch zu leisten sind, bezahlte Arbeitspausen sowie bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen, z. B. Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u. Ä.

Bruttoverdienst | Er umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich

- sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen)
- steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit
- steuerfreie Beiträge der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Entgeltumwandlung (z. B. an Pensionskassen oder -fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG) und
- steuerfreie Essenzuschüsse

Geleistete Arbeitsstunden | Die geleisteten Arbeitsstunden, die in die Berechnung der durchschnittlichen Jahresangaben der Arbeitskosten einfließen, beziehen sich auf den Teil des Arbeitsvolumens, der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tatsächlich geleistet wird.

Leistungsgruppen | Diese werden für Analysezwecke gebildet. Sie stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmerstätigkeiten nach der Qualifikation dar: Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu gehören z. B. angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind auch alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel erwerben die Personen ihre Fachkenntnisse in einem Hochschulstudium.

In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vieltätigen Tätigkeiten. Hierfür benötigen sie in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Sie führen die Tätigkeiten überwiegend selbstständig aus. In die Gruppe gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Meisterinnen und Meister).

Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung.

Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten. Für die Ausübung der Tätigkeiten ist zwar keine berufliche Ausbildung erforderlich, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben die Arbeitskräfte in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren.

Die **Leistungsgruppe 5** fasst „Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammen. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten benötigen sie keine berufliche Ausbildung. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen innerhalb von maximal drei Monaten vermittelt werden.

Mindestlohn, gesetzlicher | Am 1.7.2013 galten Mindestlöhne in vier Baubranchen (Bauhauptgewerbe, Maler- und Lackierergewerbe, Elektrohandwerk, Dachdeckerhandwerk), für Sicherheitsdienstleistungen, für die Abfallwirtschaft, die Gebäudereinigung, die Pflegebranche und für pädagogisches Personal in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Zudem galt in der Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit) eine Lohnuntergrenze.

Nominallohnindex | Dieser Index umfasst die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen von Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Der Nominallohnindex wird als sogenannter Laspeyres-Kettenindex berechnet, d. h. die Struktur der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dem jeweiligen Vorjahr entnommen.

Sonderzahlungen | Sie entsprechen den „sonstigen Bezügen“ gemäß den Lohnsteuerrichtlinien. Dies sind unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen, wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge, Vergütungen für Erfindungen oder der steuerliche Wert (geldwerte Vorteil) von Aktienoptionen. Zu den Sonderzahlungen zählen auch Nachzahlungen, z. B. aufgrund von Tarifierhöhungen, die sich auf Zeiträume außerhalb des laufenden Kalenderjahres beziehen.

Vollzeiteinheiten | Dazu zählen alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Verdienste und Arbeitskosten* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 62

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bruttoverdienste

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 1	Verdienste in der Landwirtschaft
Reihe 2.1	Arbeitnehmerverdienste – vierteljährliche Ergebnisse
Reihe 2.2	Index der Arbeitnehmerverdienste
Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste – Jahresergebnisse
Reihe 2.4	Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste – Lange Reihen

Fachberichte

Reallohnindex und Index der Bruttomonatsverdienste (einschl. Sonderzahlungen)
Verdienstindizes für Erbbauzinsberechnungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/11	Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen
Heft 10/12	Vier Jahre Neukonzeption der Verdienststatistik. Ein Fazit aus Sicht der Vierteljährlichen Verdiensterhebung
Heft 7/12	Vierteljährliche Verdiensterhebung: Einführung der rollierenden Stichprobe
Heft 2/13	Verdienststrukturerhebung 2010

STATmagazin

Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich (2013)

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 4.3	Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Fachberichte

Tarifbindung in Deutschland 2010

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09	Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten
Heft 11/09	Tarifverdienste online
Heft 4/12	Bilanz der Tarifrunde 2011: Höhere Tarifabschlüsse, weniger Einmalzahlungen
Heft 4/13	Bilanz der Tarifrunde 2012: Höhere Tarifabschlüsse, Regelungen zur Zeitarbeit

Unter www.destatis.de/tarifdatenbank hat das Statistische Bundesamt eine Tarifdatenbank eingerichtet. Sie wird laufend um neue Tarifverträge und aktuelle Tariffinformationen ergänzt.

Zurzeit sind Tariffinformationen zu folgenden Branchen abrufbar:

Bankgewerbe
Baugewerbe
Chemische Industrie
Einzelhandel
Gesundheitswesen
Metall- und Elektroindustrie
Öffentlicher Dienst der Länder
Versicherungsgewerbe

Mehr zum Thema

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Fachberichte

Verdienste im öffentlichen Dienst für Beamte und Tarifbeschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden

■ Arbeitskosten

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Heft 1	Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
Heft 2	Bundesergebnisse 2008
Heft 3	Früheres Bundesgebiet 2008
	Neue Länder 2008

Fachberichte

Aufwendungen und Anwartschaften betrieblicher Altersversorgung 2008

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/10 Arbeitskostenerhebung 2008

■ Themenübergreifend

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 2.5 Nettoverdienste (Modellrechnung)

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10 Vier Jahre Neukonzeption der Verdienststatistik

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 35 41

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

15 Preise



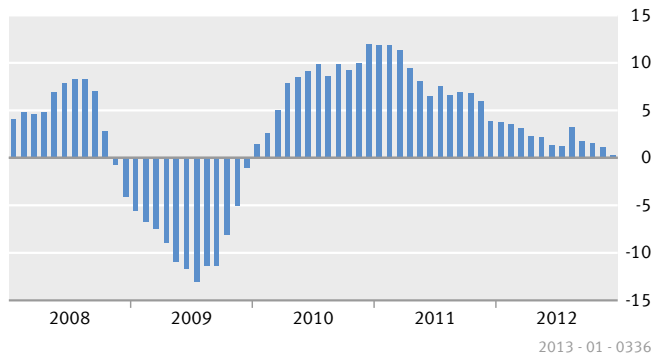
Preisanstieg im Jahresdurchschnitt **2012 gegenüber 2011** auf allen Wirtschaftsstufen **schwächer** als im Vorjahr | **Einfuhrpreise** stiegen 2012 gegenüber 2011 um **2,1 %** | **Erzeugerpreise** gewerblicher Produkte erreichten ebenfalls ein Plus von **2,1 %** gegenüber dem Vorjahr | **Großhandelspreise** mit **+ 2,8 %** am stärksten gestiegen | **Verbraucherpreise** erhöhten sich 2012 gegenüber 2011 um **2,0 %**

<i>Seite</i>	
383	Auf einen Blick
	Tabellen
384	Energiepreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
385	Nahrungsmittelpreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
386	Einfuhrpreise Einfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
387	Ausfuhrpreise Ausfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
388	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . der Produkte des Holzeinschlags Holzprodukte zur Energieerzeugung
389	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie
390	Erzeugerpreise für Dienstleistungen Verkehr und Lagerei Information und Kommunikation Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen
391	Großhandelsverkaufspreise Index der Großhandelsverkaufspreise Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren . . . mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik . . . mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör Sonstiger Großhandel Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt
392	Bau- und Immobilienpreise Baukostenindizes Baupreisindizes Preisindex für Bauland Häuserpreisindex
393	Kaufwerte für baureifes Land Kauffälle Veräußerte Fläche Durchschnittlicher Kaufwert
394	Verbraucherpreise Verbraucherpreisindex Verbrauchsgüter Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer Langlebige Gebrauchsgüter Dienstleistungen Nettokaltmiete
395	Methodik
398	Glossar
399	Mehr zum Thema

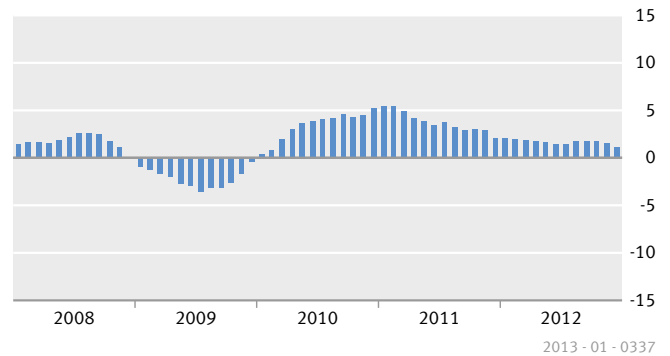
15.0 Auf einen Blick

Index der Einfuhrpreise

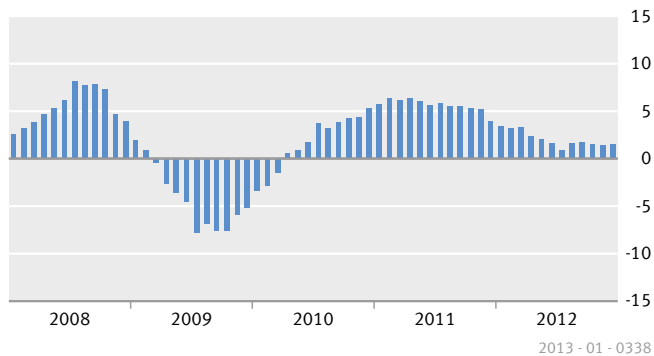
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %

**Index der Ausführpreise**

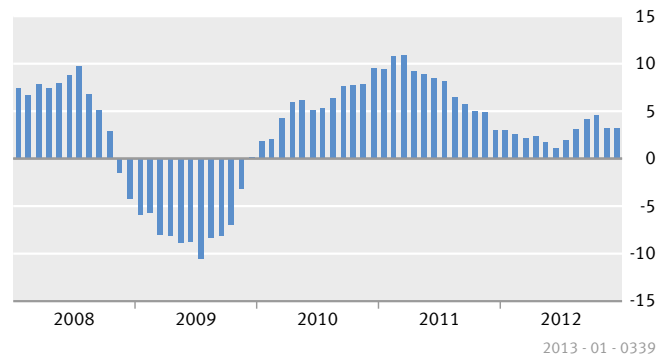
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %

**Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

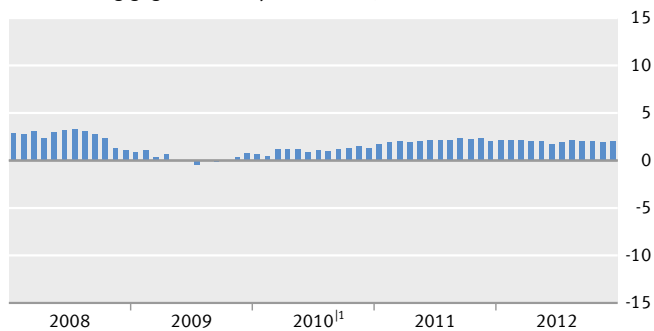
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %

**Index der Großhandelsverkaufspreise**

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %

**Index der Verbraucherpreise**

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



1 Grundsätzliche Änderungen der Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigen.

2013 - 01 - 0340

15.1 Energiepreise

	Anteil an Energie ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Energie	100	139,8	179,0	192,2	28,0	7,4
Primärenergieträger						
Erdöl	49,2	143,9	189,5	205,1	31,7	8,2
Erdgas, verflüssigt oder gasförmig	24,5	136,8	171,9	185,5	25,7	7,9
Kohle	0,3	169,1	183,9	170,8	8,8	-7,1
Sekundärenergieträger						
Mineralölerzeugnisse	19,7	131,8	168,7	185,8	28,0	10,1
Elektrischer Strom	2,1	113,6	118,9	93,6	4,7	-21,3
Kokereierzeugnisse	1,3	132,6	161,3	140,2	21,6	-13,1
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Energie	100	119,3	132,0	136,9	10,6	3,7
Primärenergieträger						
Erdöl und Erdgas	2,0	129,5	167,1	188,5	29,0	12,8
Kohle	1,3	129,4	156,8	148,3	21,2	-5,4
Sekundärenergieträger						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	44,5	118,2	124,8	122,2	5,6	-2,1
Erdgas (Verteilung)	25,6	121,1	139,1	153,1	14,9	10,1
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	18,5	120,1	139,9	149,3	16,5	6,7
Fernwärme	2,9	125,7	134,5	146,0	7,0	8,6
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	5,2	107,6	108,8	111,0	1,1	2,0
Verbraucherpreisindex für Energie	100	121,4	133,6	141,3	10,1	5,7
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	64,0	124,5	136,2	144,2	9,4	5,9
Strom	24,6	130,2	139,6	143,6	7,2	2,9
Gas	13,6	118,6	124,3	131,0	4,8	5,3
Zentralheizung, Fernwärme u. a.	14,4	121,5	129,6	141,3	6,7	9,0
Flüssige Brennstoffe	10,4	122,2	152,3	165,9	24,6	8,9
Feste Brennstoffe	1,0	116,7	124,5	126,6	6,7	1,7
Kraftstoffe	36,0	116,1	129,3	136,5	11,3	5,6

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

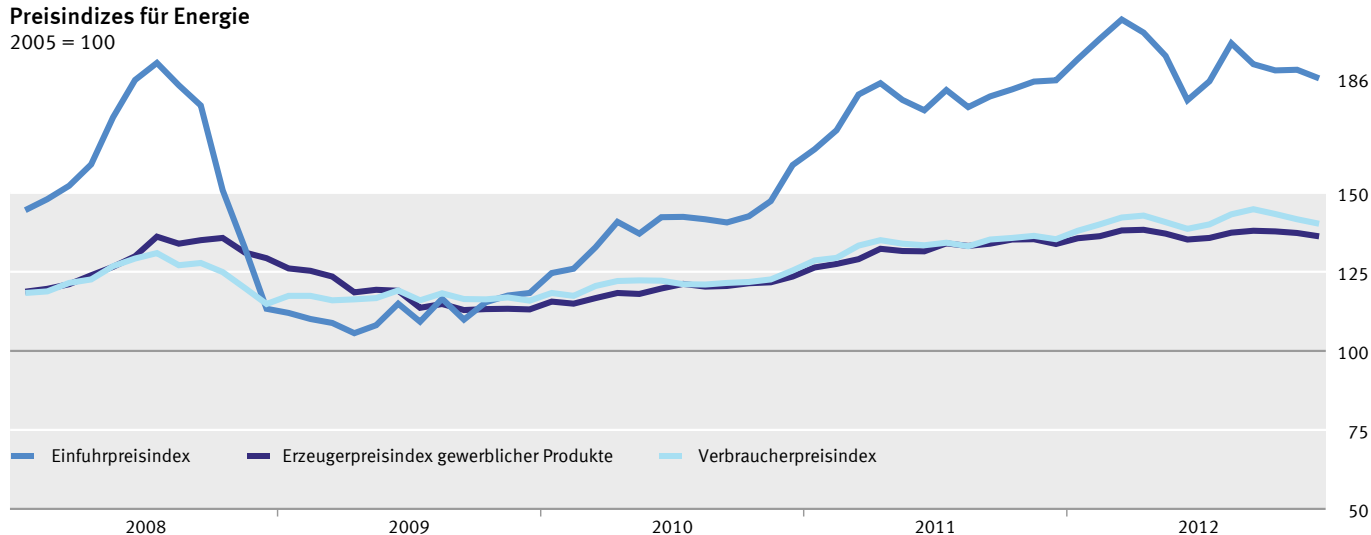
Der **Einfuhrpreisindex** enthält vor allem Primärenergieträger wie Erdöl oder Erdgas. Weiterverarbeitete Energieträger wie Mineralölerzeugnisse werden nur in geringem Umfang eingeführt.

Die in Deutschland genutzte Sekundärenergie stammt größtenteils aus inländischer Produktion: Strom wird zu knapp 95 % im Inland erzeugt. Dieseldkraftstoffe stammen zu über 90 % und Benzin zu etwa 70 % aus deutschen Raffinerien. Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** enthält daher überwiegend Sekundärenergieträger. Zu einem geringen Anteil wird auch Primärenergie in Deutschland gewonnen – insbesondere durch die Braunkohlenförderung.

Der **Verbraucherpreisindex** enthält vor allem Sekundärenergieträger wie Kraftstoffe, Strom und Gas. Primärenergieträger sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher von geringer Bedeutung.

Preisindizes für Energie

2005 = 100



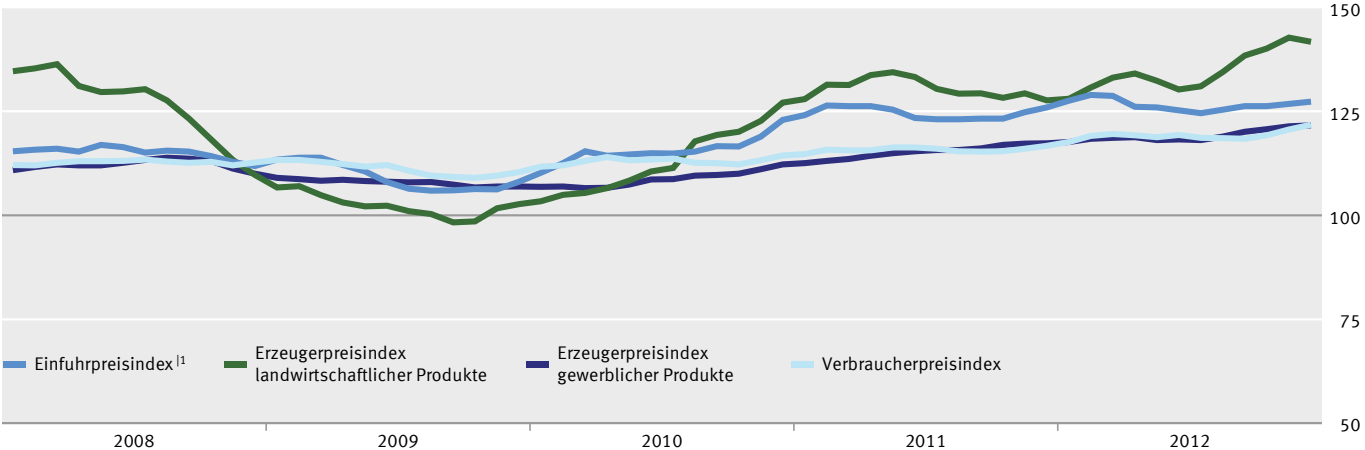
2013 - 01 - 0341

15.2 Nahrungsmittelpreise

	Anteil an Nahrungsmitteln	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel ¹⁾	100	115,6	124,6	126,5	7,8	1,5
darunter:						
Gemüse und Früchte	35,6	112,8	117,4	121,5	4,1	3,5
Fleisch und Zubereitungen von Fleisch	14,8	110,7	119,8	124,3	8,2	3,8
Milch und Milcherzeugnisse, Eier	12,3	109,9	117,6	117,8	7,0	0,2
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	11,3	140,1	163,7	147,1	16,8	- 10,1
Fische, Krebs- und Weichtiere und Zubereitungen daraus	7,9	113,1	119,4	126,6	5,6	6,0
Getreide und Getreideerzeugnisse	7,8	122,0	137,3	145,0	12,5	5,6
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	114,9	129,7	135,9	12,9	4,8
darunter:						
Tiere	32,8	104,8	115,7	128,2	10,4	10,8
Milch	27,4	109,4	126,3	116,9	15,4	- 7,4
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,4	109,7	109,6	116,4	- 0,1	6,2
Getreide (einschl. Saatgut)	11,0	154,4	202,1	228,0	30,9	12,8
Handelsgewächse (z.B. Raps, Zuckerrüben)	7,4	109,6	122,4	128,9	11,7	5,3
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel	100	108,7	115,2	119,2	6,0	3,5
darunter:						
Fleisch und Fleischerzeugnisse	27,8	105,0	109,3	115,9	4,1	6,0
Milch und Milcherzeugnisse	18,1	111,3	118,1	115,3	6,1	- 2,4
Back- und Teigwaren	16,4	111,0	115,8	119,1	4,3	2,8
Obst- und Gemüseezeugnisse	6,7	109,7	123,3	128,1	12,4	3,9
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	3,4	134,2	156,2	165,3	16,4	5,8
Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel	100	112,7	115,2	119,2	2,2	3,4
darunter:						
Fleisch und Fleischwaren	22,9	108,7	111,7	117,9	2,8	5,5
Brot und Getreideerzeugnisse	19,2	112,4	115,6	120,0	2,9	3,8
Molkereiprodukte und Eier	15,8	112,2	117,1	117,4	4,3	0,3
Gemüse	12,4	120,8	115,5	118,5	- 4,4	2,6
Obst	9,7	115,6	119,7	126,1	3,5	5,4

1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC Rev. 4) 01-07; 09.

Preisindizes für Nahrungsmittel
2005 = 100



1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

2013 - 01 - 0342

15.3 Einfuhrpreise

	Gewichtung ¹⁾	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Einfuhrpreisindex	100	108,3	117,0	119,4	8,0	2,1
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	32,8	112,1	120,4	119,6	7,4	- 0,7
darunter:						
Metalle	6,4	131,4	145,2	139,0	10,5	- 4,3
Chemische Grundstoffe	5,5	115,1	130,5	130,2	13,4	- 0,2
Elektronische Bauelemente und Leiterplatten	2,9	49,1	41,6	39,8	- 15,3	- 4,3
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	30,6	90,6	90,3	91,5	- 0,3	1,3
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	11,7	103,4	104,8	106,3	1,4	1,4
Maschinen	8,1	105,7	108,4	110,9	2,6	2,3
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	21,0	107,8	111,5	114,7	3,4	2,9
Gebrauchsgüter	5,3	100,3	100,1	102,3	- 0,2	2,2
darunter:						
Geräte der Unterhaltungselektronik	1,8	89,5	86,8	87,2	- 3,0	0,5
Verbrauchsgüter	15,7	110,4	115,3	118,9	4,4	3,1
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	115,0	114,9	114,0	- 0,1	- 0,8
Energie	12,5	139,8	179,0	192,2	28,0	7,4
Erdöl und Erdgas	9,3	141,5	183,7	198,6	29,8	8,1
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	2,6	131,8	168,3	182,8	27,7	8,6
Kohle	0,4	169,1	183,9	170,8	8,8	- 7,1
Elektrischer Strom	0,3	113,6	118,9	93,6	4,7	- 21,3
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	3,0	119,9	130,9	132,7	9,2	1,4

Vorleistungsgüter sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden.

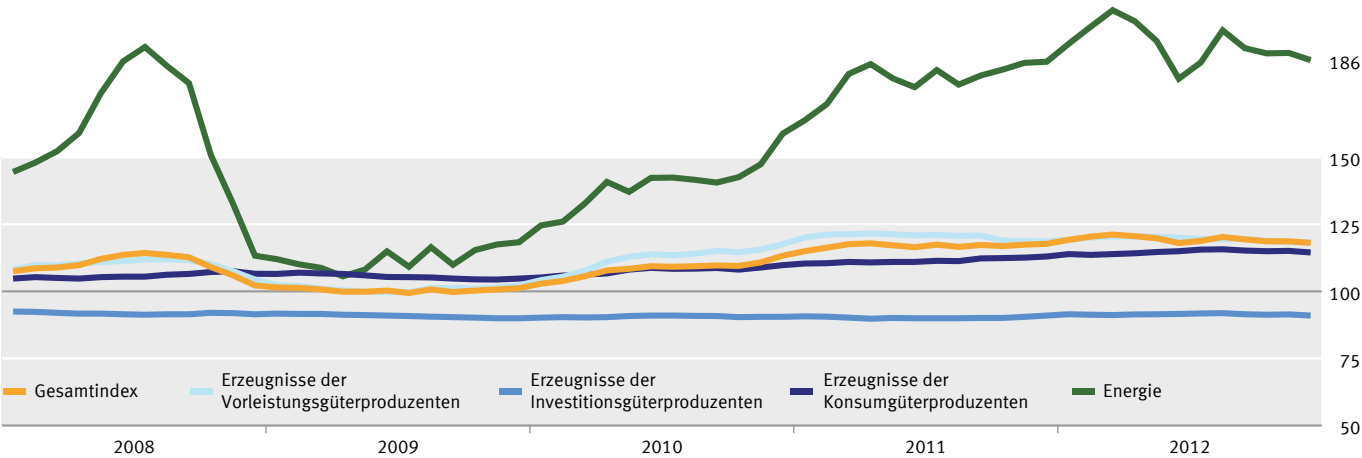
Investitionsgüter werden vor allem für Unternehmen hergestellt und können dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden.

Konsumgüter sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden.

Zur **Energie** zählen alle Energieprodukte, unabhängig davon, ob sie für Unternehmen oder Privathaushalte bestimmt sind.

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Einfuhrpreisindizes
2005 = 100



2013 - 01 - 0343

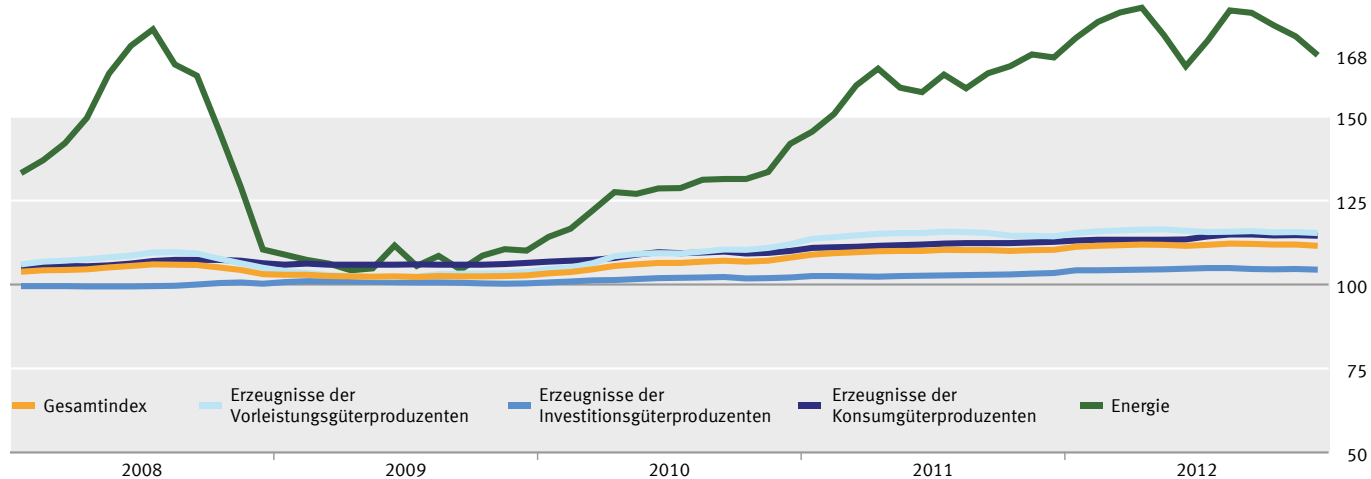
15.4 Ausfuhrpreise

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Ausfuhrpreisindex	100	106,0	109,9	111,8	3,7	1,7
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	34,4	108,8	114,8	115,8	5,5	0,9
darunter:						
Chemische Grundstoffe	6,1	113,7	124,7	128,5	9,7	3,0
Metalle	5,6	128,2	141,7	137,6	10,5	-2,9
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	46,8	101,6	102,7	104,5	1,1	1,8
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	20,3	104,6	106,2	108,5	1,5	2,2
Maschinen	16,0	108,5	110,2	112,5	1,6	2,1
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	15,7	108,7	111,9	114,0	2,9	1,9
Gebrauchsgüter	4,0	102,7	104,2	104,9	1,5	0,7
darunter:						
Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	1,3	98,8	99,2	100,7	0,4	1,5
Verbrauchsgüter	11,8	110,8	114,5	117,0	3,3	2,2
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	113,6	111,9	113,6	-1,5	1,5
Energie	2,1	127,8	160,1	175,7	25,3	9,7
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	1,6	129,1	165,7	181,4	28,4	9,5
Erdöl und Erdgas	0,5	129,1	151,8	173,3	17,6	14,2
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,8	123,7	144,6	144,4	16,9	-0,1

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Ausfuhrpreisindizes

2005 = 100



2013 - 01 - 0344

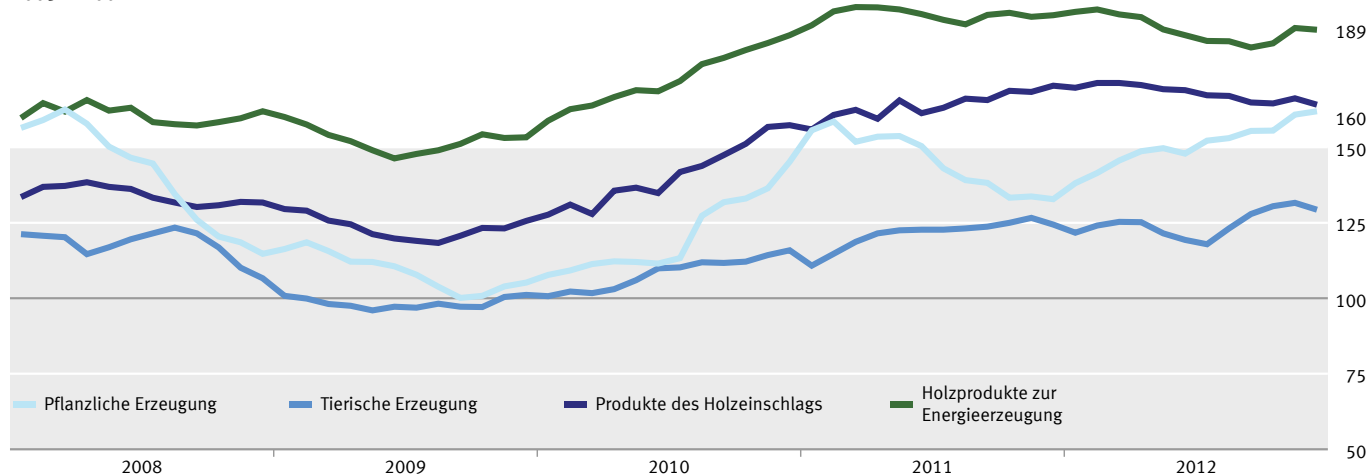
15.5 Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

	Gewichtung ¹⁾	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	114,9	129,7	135,9	12,9	4,8
Pflanzliche Erzeugung	38,1	125,3	143,0	153,8	14,1	7,6
Getreide (einschl. Saatgut)	11,0	154,4	202,1	228,0	30,9	12,8
Getreide	10,1	156,7	206,3	233,0	31,7	12,9
Getreidesaatgut	0,8	126,0	149,4	165,3	18,6	10,6
Handelsgewächse	7,4	109,6	122,4	128,9	11,7	5,3
darunter:						
Raps	3,3	131,8	154,8	169,2	17,5	9,3
Zuckerrüben	4,0	91,6	96,1	96,1	4,9	0,0
Futterpflanzen	0,3	148,0	190,8	229,2	28,9	20,1
Kartoffeln (einschl. Pflanzkartoffeln)	2,6	155,7	160,1	148,5	2,8	- 7,2
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,4	109,7	109,6	116,5	- 0,1	6,2
Gemüse	5,6	117,6	116,3	130,1	- 1,1	11,8
Pflanzen und Blumen	8,8	104,7	105,5	107,9	0,8	2,3
Obst	2,5	100,1	113,1	114,4	13,0	1,1
Tierische Erzeugung	61,9	108,5	121,5	124,9	12,0	2,8
Tiere	32,8	104,8	115,7	128,2	10,4	10,8
Rinder	9,4	106,8	121,9	136,6	14,1	12,1
Schweine	19,3	98,3	106,3	119,3	8,1	12,2
Schafe und Ziegen	0,6	111,2	122,9	134,2	10,5	9,2
Geflügel	3,6	133,1	148,3	152,8	11,4	3,0
Milch	27,4	109,4	126,3	116,9	15,4	- 7,4
Eier	1,6	170,1	159,4	197,4	- 6,3	23,8
Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags	100	140,8	163,8	167,7	16,3	2,4
Stammholz und -abschnitte zusammen	74,3	133,3	156,3	159,7	17,3	2,2
Industrieholz	21,3	169,2	197,3	188,0	16,6	- 4,7
Brennholz	4,4	-	-	-	-	-
nachrichtlich:						
Holzprodukte zur Energieerzeugung	100	172,6	193,7	189,1	12,2	- 2,4
Holz in Form von Plättchen oder Schnitzeln	19,2	175,8	187,0	182,5	6,4	- 2,4
Pellets, Briketts, Scheiten o. ä. Formen aus						
Sägespänen u. a. Sägenebenprodukten	25,1	181,2	195,6	197,6	7,9	1,0
Industrieholz	55,7	167,6	195,1	187,6	16,4	- 3,8

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Erzeugerpreisindizes landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

2005 = 100



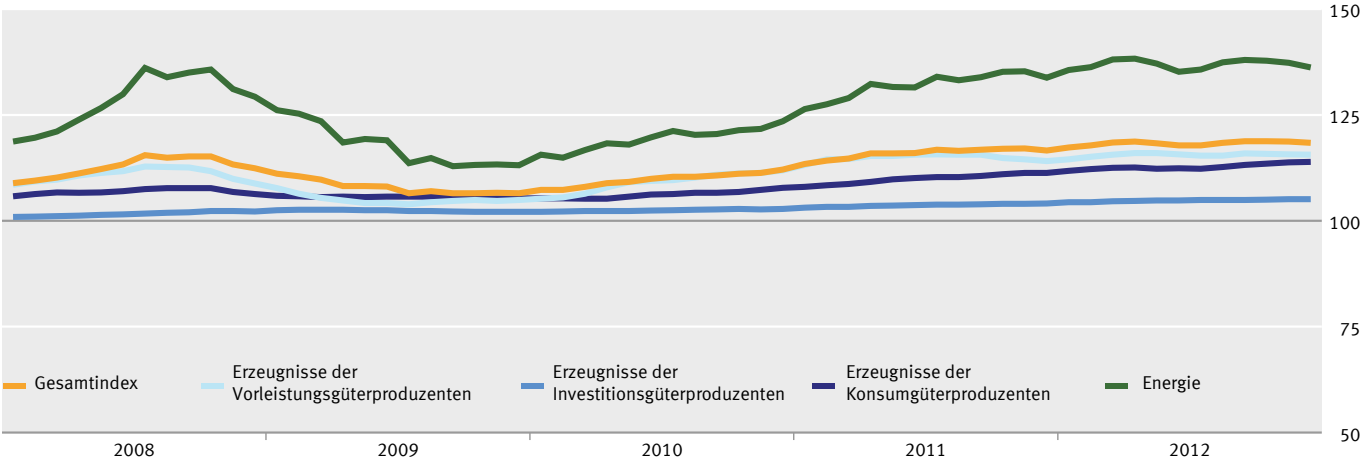
2013 - 01 - 0345

15.6 Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte	100	109,7	115,9	118,3	5,7	2,1
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	28,9	109,1	114,9	115,6	5,3	0,6
darunter:						
Metalle	4,8	117,9	128,7	124,9	9,2	- 3,0
Gummi- und Kunststoffwaren	3,6	104,6	108,9	111,4	4,1	2,3
Chemische Grundstoffe	2,7	116,4	125,5	130,0	7,8	3,6
Papier, Pappe und Waren daraus	2,1	105,5	112,6	111,3	6,7	- 1,2
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	24,2	102,5	103,7	104,8	1,2	1,1
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	10,6	102,7	103,6	104,2	0,9	0,6
Maschinen	8,2	109,4	111,2	113,3	1,6	1,9
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	1,3	109,3	113,8	115,4	4,1	1,4
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	19,4	106,2	109,9	112,8	3,5	2,6
Verbrauchsgüter	17,0	106,1	110,1	113,1	3,8	2,7
darunter:						
Nahrungsmittel	8,8	108,7	115,2	119,2	6,0	3,5
Getränke	1,8	106,4	108,4	111,5	1,9	2,9
Gebrauchsgüter	2,4	106,7	108,5	110,3	1,7	1,7
darunter:						
Möbel	1,3	110,2	112,5	115,0	2,1	2,2
Energie	27,4	119,3	132,0	136,9	10,6	3,7
darunter:						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	12,2	118,2	124,8	122,2	5,6	- 2,1
Erdgas (Verteilung)	7,0	121,1	139,1	153,1	14,9	10,1
Kokerei- und Mineralölprodukte	5,1	120,1	139,9	149,3	16,5	6,7
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	1,4	107,6	108,8	111,0	1,1	2,0
Erdöl und Erdgas	0,6	129,5	167,1	188,5	29,0	12,8

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte
2005 = 100



2013 - 01 - 0346

15.7 Erzeugerpreise für Dienstleistungen

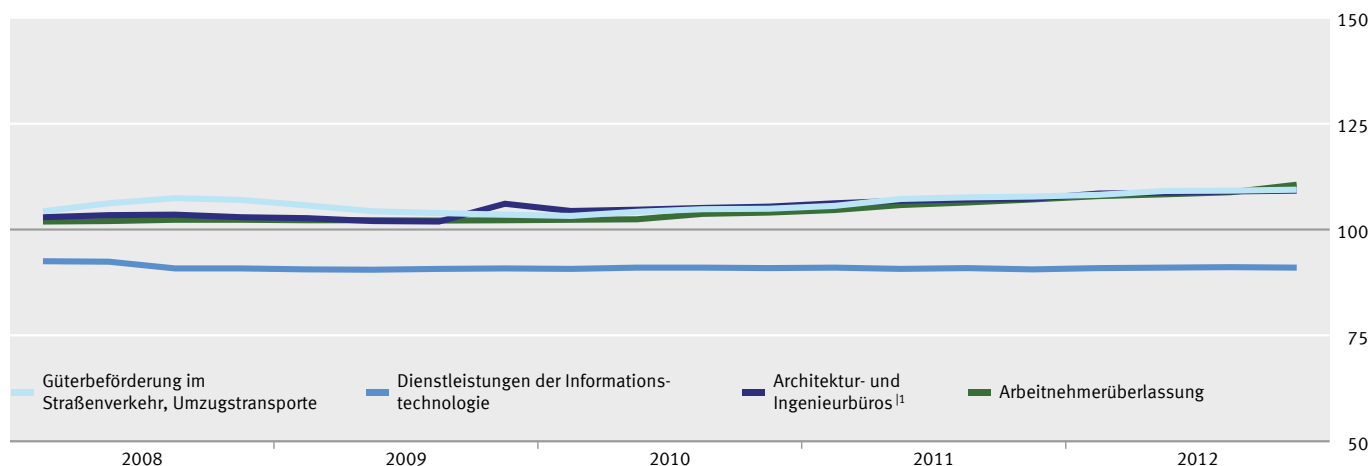
	Umsatz ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2010	2010	2011	2012	2011	2012
	Mrd. EUR	2006 = 100			%	
Verkehr und Lagerei						
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	34,5	104,3	107,1	109,0	2,7	1,8
Post-, Kurier- und Expressdienste	27,5	98,0	98,0	98,9	0,0	0,9
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	26,0	113,1	107,5	134,5	- 5,0	25,1
Lagerei	7,5	102,7	103,8	104,6	1,1	0,8
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6,0	110,0	111,8	115,7	1,6	3,5
Luftfracht	4,2	102,0	125,4	146,9	22,9	17,1
Frachtschlag	2,8	105,7	106,0	106,6	0,3	0,6
Information und Kommunikation						
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	80,8	90,9	90,8	91,0	- 0,1	0,2
Telekommunikationsdienstleistungen (Fernmeldedienste)	72,7	75,4	73,2	71,9	- 2,9	- 1,8
Datenverarbeitung, Hosting u. Ä.; Webportale ...	5,5	86,0	85,2	84,8	- 0,9	- 0,5
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros; Recherchedienste	3,1	103,3	104,6	105,7	1,3	1,1
Verlegen von Software (ohne Computerspiele) ...	0,7	96,5	97,2	97,7	0,7	0,5
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen						
Architektur- und Ingenieurbüros	45,1	104,9	106,9	108,9	1,9	1,9
Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Buchführung	23,5	104,0	105,8	107,3	1,7	1,4
Public Relations- und Unternehmensberatung ...	20,9	102,8	103,7	104,7	0,9	1,0
Werbung	20,2	103,7	104,0	105,1	0,3	1,1
Rechtsberatung	18,3	104,0	104,9	106,1	0,9	1,1
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8,8	104,9	107,1	108,2	2,1	1,0
Markt- und Meinungsforschung	2,2	101,5	102,2	103,3	0,7	1,1
Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen						
Arbeitnehmerüberlassung	27,6	103,1	106,0	108,9	2,8	2,7
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	15,2	103,8	104,6	106,4	0,8	1,7
Wach- und Sicherheitsdienste	4,2	103,6	105,4	108,0	1,7	2,5
Personalvermittlung	1,7	113,0	118,5	122,9	4,9	3,7

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

1 Quelle: Dienstleistungsstatistik, Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

2006 = 100



1 Viertes Quartal 2009: Anhebung der Gebührensätze als Folge der Einführung der neuen Honorarordnung für Architektinnen und Architekten und Ingenieurinnen und Ingenieure.

2013 - 01 - 0347

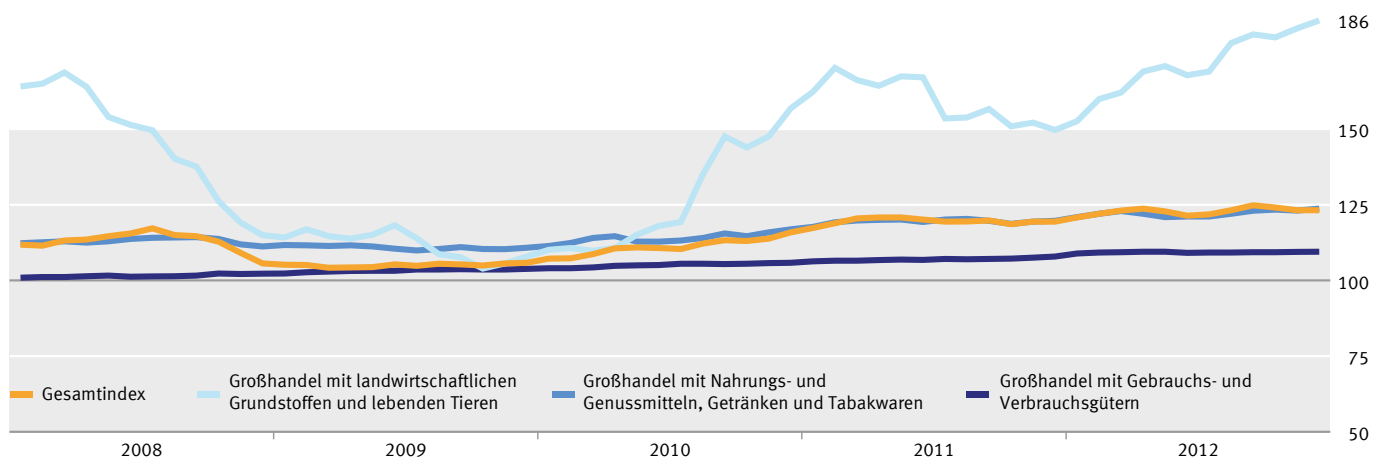
15.8 Großhandelsverkaufspreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Index der Großhandelsverkaufspreise	100	111,2	119,5	122,8	7,5	2,8
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	5,2	127,1	159,5	171,7	25,5	7,6
darunter:						
Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	3,0	140,8	190,1	202,4	35,0	6,5
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	20,5	114,0	119,5	122,2	4,8	2,3
darunter:						
Großhandel mit Getränken	3,5	109,3	110,4	112,9	1,0	2,3
Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,9	121,5	123,2	122,5	1,4	- 0,6
Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	2,3	106,8	109,8	117,5	2,8	7,0
Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	1,2	120,1	128,2	129,2	6,7	0,8
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ¹⁾	23,0	105,1	107,0	109,3	1,8	2,1
darunter:						
Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeschäften und Geräten der Unterhaltungselektronik	5,9	105,5	106,1	107,0	0,6	0,8
Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	5,3	68,1	65,6	65,3	- 3,7	- 0,5
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	5,7	114,0	117,2	120,7	2,8	3,0
Sonstiger Großhandel	35,0	116,7	129,6	133,2	11,1	2,8
darunter:						
Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölprodukten	15,7	116,7	134,5	143,1	15,3	6,4
Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	6,0	111,7	122,9	118,0	10,0	- 4,0
Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	5,7	116,5	121,2	123,5	4,0	1,9
Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5,3	114,9	125,0	127,7	8,8	2,2

1 Der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren zählt hier nicht zum Großhandel mit Verbrauchsgütern.

Indizes der Großhandelsverkaufspreise

2005 = 100



2013 - 01 - 0348

15.9 Bau- und Immobilienpreise

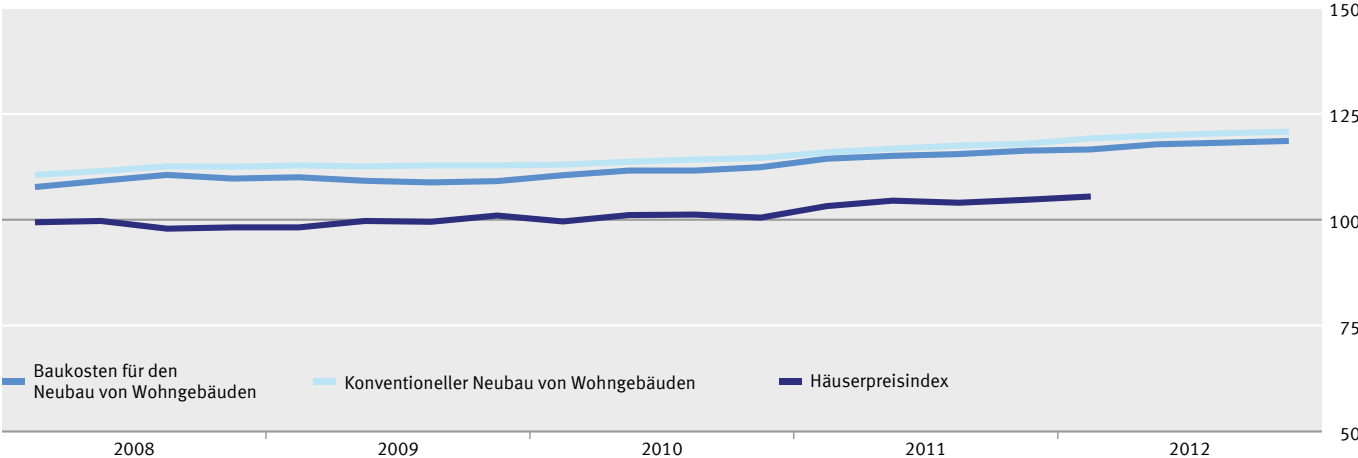
	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2005 = 100			%	
Baukostenindizes						
Baukosten für den Neubau von Wohngebäuden . . darunter:	100	111,5	115,3	117,8	3,4	2,2
Materialkosten	56,8	114,1	119,0	121,0	4,3	1,7
Arbeitskosten	38,7	108,5	110,8	113,7	2,1	2,6
Baupreisindizes						
Konventioneller Neubau von Wohngebäuden . . .	100	113,9	117,0	120,1	2,7	2,6
Rohbauarbeiten darunter:	46,2	113,7	116,9	119,9	2,8	2,6
Mauerarbeiten	11,7	110,0	111,7	114,1	1,5	2,1
Betonarbeiten	14,0	114,4	117,6	119,8	2,8	1,9
Zimmer- und Holzbauarbeiten	6,4	115,1	120,1	124,4	4,3	3,6
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten	5,7	114,1	117,2	121,4	2,7	3,6
Ausbauarbeiten darunter:	53,8	114,1	117,2	120,3	2,7	2,6
Putz- und Stuckarbeiten	4,5	107,8	109,9	112,7	1,9	2,5
Tischlerarbeiten	9,9	115,3	118,3	120,9	2,6	2,2
Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungs- anlagen	7,0	120,9	124,9	129,4	3,3	3,6
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden	4,8	122,5	127,4	131,9	4,0	3,5
Konventioneller Neubau von Bürogebäuden . . .	100	115,0	118,2	121,2	2,8	2,5
Konventioneller Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden	100	116,0	119,6	122,6	3,1	2,5
Straßenbau	100	118,7	121,8	126,3	2,6	3,7
Brücken im Straßenbau	100	115,7	119,3	121,6	3,1	1,9
Ortskanäle	100	114,2	116,5	119,5	2,0	2,6
Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden . . .	100	114,8	118,0	121,6	2,8	3,1
Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart . . .	100	118,1	121,8	125,2	3,1	2,8
Preisindex für Bauland	100	103,7	106,0	...	2,2	...
Häuserpreisindex	100	100,6	104,1	...	3,5	...
Neu erstellte Wohnimmobilien	12,1	112,0	117,7	...	5,1	...
Bestehende Wohnimmobilien	87,9	98,9	102,2	...	3,3	...

Baukostenindizes messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren.

Baupreisindizes hingegen messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise, die vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden. Sie umfassen somit nicht nur die Faktorkosten, sondern auch alle Veränderungen der Produktivität und der Gewinnmargen des Bauunternehmens sowie die Umsatzsteuer. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind weder Bestandteil eines Baukostenindex noch eines Baupreisindex.

Der **Häuserpreisindex** misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden.

Bau- und Immobilienpreisindizes
2005 = 100

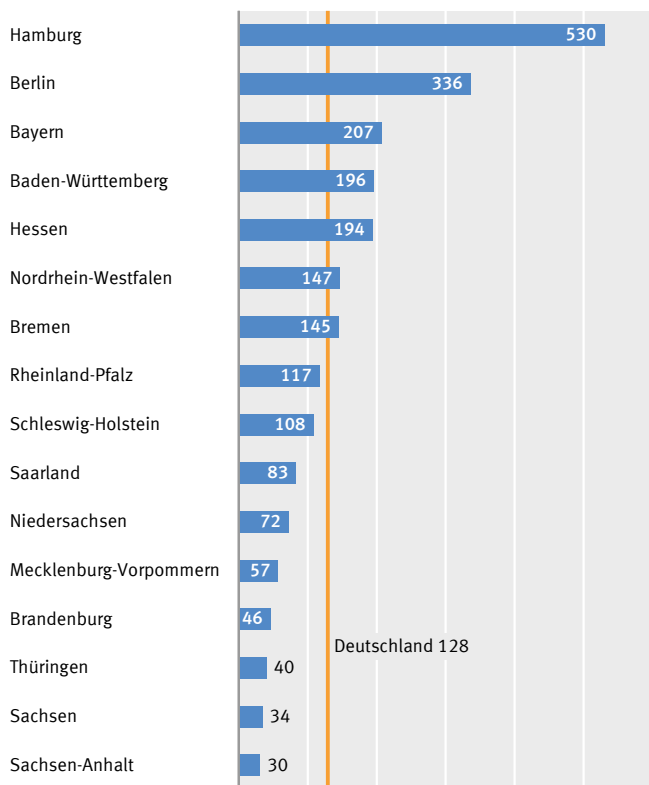


15.10 Kaufwerte für baureifes Land 2011

	Kauffälle	Veräußerte Fläche	Durchschnittlicher Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	EUR je m ²
Deutschland	75 062	74 079	128
Baden-Württemberg	7 827	5 821	196
Bayern	16 095	14 165	207
Berlin	1 754	1 922	336
Brandenburg	5 093	6 769	46
Bremen	236	185	145
Hamburg	909	967	530
Hessen	5 902	5 726	194
Mecklenburg-Vorpommern	1 786	2 056	57
Niedersachsen	10 654	10 820	72
Nordrhein-Westfalen	6 090	4 396	147
Rheinland-Pfalz	6 107	4 058	117
Saarland	1 058	935	83
Sachsen	4 068	8 590	34
Sachsen-Anhalt	2 178	3 010	30
Schleswig-Holstein	2 809	2 368	108
Thüringen	2 496	2 293	40

Die **Kaufwerte für baureifes Land** beziehen sich auf Flächen, die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften baulich nutzbar und von den Gemeinden für die Bebauung vorgesehen sind. Es handelt sich nicht um einen Index, sondern um absolute Werte. Die Ergebnisse sind nicht über die Zeit vergleichbar.

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2011 in EUR je m²



2013 - 01 - 0350

15.11 Verbraucherpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2010	2011	2012	2011	2012
	%	2010 = 100			%	
Verbraucherpreisindex	100	100	102,1	104,1	2,1	2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,3	100	102,8	106,3	2,8	3,4
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,8	100	101,8	104,8	1,8	2,9
Bekleidung und Schuhe	4,5	100	101,2	103,3	1,2	2,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	31,7	100	103,1	105,4	3,1	2,2
Möbel, Leuchten, Geräte u.a. Haushaltszubehör	5,0	100	100,4	101,1	0,4	0,7
Gesundheitspflege	4,4	100	100,7	103,2	0,7	2,5
Verkehr	13,5	100	104,5	107,7	4,5	3,1
Nachrichtenübermittlung	3,0	100	96,5	94,8	-3,5	-1,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,5	100	99,7	100,6	-0,3	0,9
Bildungswesen	0,9	100	99,6	94,0	-0,4	-5,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,5	100	101,5	103,6	1,5	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen	7,0	100	101,6	102,6	1,6	1,0
Verbrauchsgüter	30,8	100	104,9	109,0	4,9	3,9
darunter:						
Nahrungsmittel	9,1	100	102,2	105,7	2,2	3,4
Haushaltsenergie (Strom, Gas u.a. Brennstoffe)	6,8	100	109,4	115,8	9,4	5,9
Kraftstoffe	3,8	100	111,3	117,5	11,3	5,6
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	9,1	100	100,9	102,7	0,9	1,8
darunter:						
Bekleidungsartikel	3,3	100	101,1	103,3	1,1	2,2
Schuhe und Schuhzubehör	0,8	100	101,4	103,1	1,4	1,7
Heimtextilien	0,4	100	100,9	103,7	0,9	2,8
Langlebige Gebrauchsgüter	8,1	100	98,8	98,0	-1,2	-0,8
darunter:						
Kauf von Fahrzeugen	3,3	100	100,9	101,0	0,9	0,1
Möbel und Leuchten	1,7	100	100,7	101,4	0,7	0,7
Informationsverarbeitungsgeräte	0,6	100	88,3	80,6	-11,7	-8,7
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	31,0	100	101,0	102,4	1,0	1,4
darunter:						
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	3,3	100	100,8	101,7	0,8	0,9
Telekommunikationsdienstleistungen	2,6	100	96,8	95,1	-3,2	-1,8
Versicherungsdienstleistungen	2,3	100	101,7	102,0	1,7	0,3
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	1,1	100	101,9	104,0	1,9	2,1
Nettokaltmiete	21,0	100	101,3	102,5	1,3	1,2

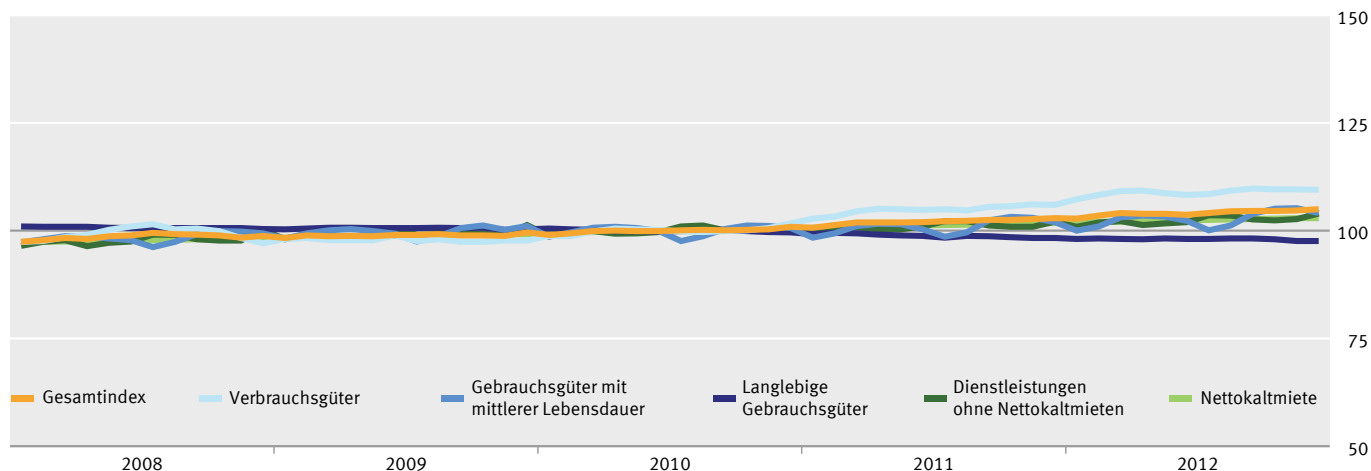
Verbrauchsgüter, z. B. Nahrungsmittel, werden relativ oft gekauft oder fast täglich konsumiert.

Gebrauchsgüter werden in der Regel seltener gekauft. Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer sind beispielsweise Bekleidungsartikel und Schuhe, zu den langlebigen Gebrauchsgütern gehören u. a. Fahrzeuge, Möbel und Computer.

Bei den **Dienstleistungen** spielen die Wohnungsmieten eine wichtige Rolle. Aber auch andere Dienstleistungen, z.B. Versicherungsdienstleistungen, gehören hier dazu.

Verbraucherpreisindizes

2010 = 100



2013 - 01 - 0351

Methodik

■ Preisstatistik

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen Erzeugung, Außenhandel, Großhandel sowie privater Konsum. Absolute Durchschnittspreise in Euro werden nur in wenigen Bereichen berechnet, als Kaufwerte für Bauland bzw. landwirtschaftliche Grundstücke sowie für ausgewählte Energieträger.

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Der nationale Verbraucherpreisindex und der europaweit harmonisierte Verbraucherpreisindex werden z. B. zur Messung von Inflation aus Sicht der privaten Endverbraucherinnen und Endverbraucher verwendet. Auch sind Preisindizes häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen, die in privaten und gewerblichen Verträgen vorkommen. Solche Vereinbarungen sollen sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht. Schließlich werden Preisindizes verwendet, um wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Preisänderungen zu bereinigen und somit reale Wachstumsraten für die deutsche Wirtschaft zu berechnen.

■ Berechnung von Preisindizes

Die meisten Preisindizes der amtlichen Statistik geben Auskunft über die Preisentwicklung im Zeitablauf. Sie zeigen an, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Zusätzlich werden Veränderungsraten berechnet, welche die prozentuale Preisentwicklung zum Vorjahresmonat und zum Vormonat angeben. Die Berechnung von Preisindizes für den zeitlichen Preisvergleich kann in fünf Schritten dargestellt werden:

1. Schritt: Zunächst wird der Geltungsbereich der Preisstatistik festgelegt (z. B. sämtliche Konsumausgaben der privaten Haushalte oder sämtliche Verkäufe von Produktionsbetrieben bestimmter Wirtschaftsbereiche in Deutschland). Dann erfolgt eine Untergliederung aller im Geltungsbereich umgesetzten Waren und Dienstleistungen in einzelne Güterbereiche. Dabei werden in der Regel international abgestimmte Güterklassifikationen verwendet, z. B. in der Erzeugerpreisstatistik das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
2. Schritt: Anschließend werden für jeden Güterbereich konkrete Waren und Dienstleistungen für die Preismessung ausgewählt. Häufig werden in einem repräsentativen Stichprobenverfahren zunächst Berichtsstellen ermittelt (z. B. Geschäfte, Produktionsbetriebe etc.). Aus deren Angebot werden dann die wichtigsten Produkte für die Preiserhebung bestimmt. Die Gesamtheit der ausgewählten Waren und Dienstleistungen bezeichnet man auch als „Warenkorb“.
3. Schritt: Für die Produkte des Warenkorbes erfolgt eine monatliche oder vierteljährliche Preisbeobachtung, z. B. durch schriftliche Preismeldung, Online-meldung der ausgewählten Betriebe, Internetrecherche oder durch Preiserhebung in den Einzelhandelsgeschäften vor Ort. Letztere führen Erhebungsbeauftragte der amtlichen Statistik durch. Im Zuge der Preisbeobachtung wird der Warenkorb regelmäßig aktualisiert. Konkrete Produktrepräsentanten, z. B. Produkte einer bestimmten Marke, werden ausgetauscht, wenn sie nicht mehr oder nur noch wenig verkauft werden.
4. Schritt: Aus den erhobenen Preisdaten werden fortlaufende Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen erstellt. Beim Austausch von konkreten Produktrepräsentanten oder bei Veränderungen der Produkteigenschaften wird die Vergleichbarkeit der Preise durch Mengen- oder Qualitätsbereinigung rechnerisch hergestellt. Verringert z. B. ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, wird dies in der Preisstatistik wie eine Preiserhöhung behandelt. Weiterhin werden Qualitätsänderungen berücksichtigt – z. B. bei Gütern mit technischem Fortschritt. Qualitätsbereinigungen sind bei der Berechnung von Preisindizes zwingend notwendig. Würden sie unterlassen, käme dies entweder der

Annahme gleich, dass Produktänderungen aus Käufersicht irrelevant seien oder dass bei Produktwechseln die Preisunterschiede voll den Qualitätsunterschieden zuzuschlagen wären. Da beide Annahmen in der Regel nicht pauschal zutreffen, ist es notwendig, qualitative Veränderungen der Produkte bei der Preismessung zu quantifizieren und bei der Berechnung der Preisentwicklung zu berücksichtigen. Die fortlaufenden Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen werden anschließend zu Teilindizes zusammengefasst.

5. Schritt: Schließlich wird der gesamte Preisindex als gewichteter Mittelwert der Teilindizes der einzelnen Güterbereiche berechnet. Die Gewichtungsinformationen sind im sogenannten Wägungsschema enthalten und spiegeln die Bedeutung der einzelnen Güterbereiche für die Grundgesamtheit aller Waren und Dienstleistungen wider. Güterbereiche mit hohen Umsätzen gehen mit einem entsprechend hohen Gewicht in den Gesamtindex ein. Im Gegensatz zum Warenkorb wird das Wägungsschema in der Regel nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung darstellen zu können, unbeeinflusst von Änderungen in der Zusammensetzung der Grundgesamtheit.

■ Außenhandelspreisindizes

Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Die Außenhandelspreise werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Import- und Exportunternehmen erhoben. In einigen Fällen werden auch internationale Börsennotierungen herangezogen. Zu den mit dem Ausland gehandelten Waren zählen u. a. Getreide, Rohkaffee, Erdöl, Erdgas, Erze, Fahrzeug- und Maschinenbauerzeugnisse. Beobachtet werden tatsächlich gezahlte Preise „frei deutsche Grenze“. Nicht enthalten in den Preisen sind öffentliche Abgaben wie Zölle und Einfuhrumsatzsteuer bei der Einfuhr und Umsatzsteuer und Exporthilfen bei der Ausfuhr. In Fremdwährung gemeldete Preise werden mit den jeweils geltenden Devisenkursen in Euro umgerechnet. Die Indizes der Außenhandelspreise werden für die Gesamtheit der Ein- bzw. Ausfuhrwaren sowie für eine große Zahl von Warengruppen verschiedener Aggregationsstufen berechnet und veröffentlicht. Die Waren werden gegliedert nach ausgewählten Positionen des systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009), nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW 2002) sowie nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC Rev.4). Räumlich erfolgt eine Gliederung nach dem Handel mit Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern.

■ Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte misst die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps und Rinder. Obwohl es sich um einen Erzeugerpreisindex handelt, werden die Preise nicht bei den Erzeugerinnen und Erzeugern erhoben, da diese ihre Produkte aufgrund saisonaler Schwankungen nur sehr unregelmäßig verkaufen. Die Preise werden monatlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland erfragt, die pflanzliche und tierische Erzeugnisse regelmäßig von den landwirtschaftlichen Betrieben kaufen, vermarkten oder hierüber Statistiken führen. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich bezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tieferer Ebene für 35 landwirtschaftliche Erzeugnisse dargestellt, gegliedert nach pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.

■ Erzeugerpreise der Produkte des Holzeinschlags

Der Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Dazu zählen Stammholz, Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz. Da die Landesforstverwaltungen als Preisführer im Rohholzmarkt gelten, kann der Index

als repräsentativ für die Entwicklung der Rohholzpreise in Deutschland gelten. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich bezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 20 Holzprodukte dargestellt, gegliedert nach Stammholz, Industrieholz und Brennholz. Seit Januar 2010 wird zudem aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags der Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung berechnet. Dieser misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können.

■ Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe, Nahrungsmittel und Kraftwagen. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserversorgung sowie zum Bergbau. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Erzeuger gewerblicher Produkte dem Statistischen Bundesamt monatlich die mit ihren Abnehmern vertraglich vereinbarten Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), aber einschließlich Verbrauchsteuern und anderer gesetzlicher Abgaben, z. B. Umlagen nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Die Ergebnisse des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für 1 272 Güterarten des Güterverzeichnis der Produktionsstatistiken (GP 2009) dargestellt.

■ Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Die Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Berichtsfirmen dem Statistischen Bundesamt quartalsweise die Nettopreise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern (z. B. Mineralölsteuer einschließlich Ökosteuer, Tabaksteuer) und anderen gesetzlichen Abgaben (z. B. Luftverkehrsabgabe). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 25 Dienstleistungsbereiche der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) dargestellt. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

■ Großhandelsverkaufspreisindex

Der Großhandelsverkaufspreisindex misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind. Zu den abgesetzten Waren zählen z. B. Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut. Die Waren können sowohl im Inland produziert als auch nach Deutschland importiert worden sein. Direkte Verkäufe an den Endabnehmer bzw. ins Ausland werden dabei nicht berücksichtigt. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Großhandelsunternehmen dem Statistischen Bundesamt monatlich die tatsächlich erzielten Preise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern wie der Tabaksteuer und anderer gesetzlicher Abgaben. Die Ergebnisse des Großhandelsverkaufspreisindex werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 64 Wirtschaftszweige der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) veröffentlicht.

■ Baukostenindizes

Baukostenindizes messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren. Dieser Index

wird daher häufig auch als Faktor- oder Inputpreisindex bezeichnet. Die Berechnung des Baukostenindex erfolgt auf der Grundlage bereits vorhandener, vorwiegend amtlicher Datenquellen und Informationen. Zur Abdeckung der Preisentwicklung für Baumaterialien sowie für die darüber hinaus berücksichtigten Kostenfaktoren Ausrüstung, Energie, Betriebsstoffe und Bauhilfsstoffe werden die Ergebnisse der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte herangezogen. Die Zeitreihen der Erzeugerpreisstatistik gelten dabei als Einkaufspreisindizes für die Bauunternehmen. In die Berechnung der Baukostenindizes fließen die Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ein. Für die Abdeckung der Arbeitskosten wird auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Arbeitskostenindex zurückgegriffen – speziell auf die Zeitreihen für den gesondert berechneten Wirtschaftsabschnitt des Baugewerbes. Der Arbeitskostenindex enthält sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die Lohnnebenkosten. Neben dem Baukostenindex insgesamt werden auch die Indizes für die Materialkosten und die Arbeitskosten veröffentlicht.

■ Baupreisindizes

Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken erbracht und vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden. Sie umfassen somit neben den Faktorkosten auch alle Veränderungen der Produktivität und der Gewinnmargen des Bauunternehmens sowie die Umsatzsteuer. Erhoben werden die Preise vierteljährlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die als Auftragnehmer regelmäßig Bauleistungen erbringen – für den Neubau von Wohn-, Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden, von Straßen, Brücken und Ortskanälen sowie für die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden. In der Regel sind dies Unternehmen des Baugewerbes. Es können jedoch auch Unternehmen anderer Wirtschaftszweige sein. Die Berichtsfirmen melden vierteljährlich Marktpreise bei Auftragsvergabe (keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer. Baupreisindizes werden aus einer repräsentativen Auswahl von derzeit 186 ausgewählten Bauleistungen berechnet.

■ Häuserpreisindex

Der Häuserpreisindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien. Zur Berechnung des Häuserpreisindex werden vierteljährlich von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte die in den Kaufverträgen angegebenen Preise (Transaktionspreise, keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer erhoben. Neben dem Häuserpreisindex insgesamt werden auch Preisindizes für neu erstellte sowie für bestehende Wohnimmobilien veröffentlicht.

■ Kaufwerte für Bauland

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe bzw. Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland vorgesehen sind (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland). Der Großteil der Verkäufe und Käufe bezieht sich hierbei auf baureifes Land. Ergebnisse werden nicht in Form von Preisindizes ausgewiesen, sondern als absolute Werte (in Euro pro m² Boden). Die ausgewiesenen Kaufwerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die den Durchschnittswerten jeweils zugrundeliegenden Grundstücke in ihrer Struktur ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein können.

Die Kaufwerte für Bauland werden vierteljährlich ermittelt, vor allem aus Meldungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, in wenigen Bundesländern aber auch aus Meldungen der Finanzämter. Veröffentlicht werden die Anzahl der

Käufe bzw. Verkäufe, die Summe der Fläche sowie die Durchschnittspreise je m² („Kaufwert“) für die Baulandarten, für Gemeindegrößenklassen und Baugebiete.

■ Verbraucherpreisindizes

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Single-Haushalte sind ebenso berücksichtigt wie Rentnerehepaare oder Großfamilien. Der VPI folgt dem Inlandskonzept, d. h. es werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, z. B. auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Der VPI bildet damit die Teuerung in ganz Deutschland ab, für alle Haushaltstypen, alle Regionen Deutschlands und sämtliche dort nachgefragten Waren und Dienstleistungen – Mieten, Nahrungsmittel und Bekleidung ebenso wie etwa Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie zum Beispiel Friseurdienstleistungen, Reinigung oder Reparaturen. Für die Messung der Preisentwicklung der einzelnen Güter des Warenkorbes notieren Preiserheberinnen und Preiserheber in ganz Deutschland die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet oder in Versandhauskatalogen. Für die Preismessung werden die Anschaffungspreise einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchsteuern beobachtet. Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für rund 600 Positionen auf der Grundlage der „Systematik der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“ in der für den Verbraucherpreisindex geltenden Fassung (SEA-VPI) sowie für unterschiedliche Zusammenfassungen dargestellt.

■ Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) berechnet das Statistische Bundesamt für die EU den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Dieser misst die Preisentwicklung in Deutschland nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren. Der HVPI wird aus der gleichen Datenbasis abgeleitet wie der VPI. Die Erfassungsbereiche des VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich derzeit im Wesentlichen darin, dass der deutsche VPI zusätzlich Wohneigentum einbezieht, das die Eigentümerin bzw. der Eigentümer selbst nutzt. Außerdem berücksichtigt der deutsche HVPI im Gegensatz zum VPI keine Glücksspiele. Seit Januar 2012 werden die Gewichte des HVPI unter Verwendung von vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Vorvorjahr (t-2) jährlich neu berechnet, wobei eine Korrektur von Vergangenheitswerten nicht vorgesehen ist.

■ Berechnung von räumlichen Preisindizes

Für einen Preisvergleich müssen die Preise von gleichen oder vergleichbaren Gütern gegenüber gestellt werden. Beim zeitlichen Preisvergleich ist dies dadurch gewährleistet, dass immer die gleichen Güter in denselben Berichtsstellen beobachtet werden. Beim räumlichen Preisvergleich werden hingegen die Preisunterschiede gemessen, die zu einem Zeitpunkt in unterschiedlichen Berichtsstellen bestehen. Um hier einen reinen Preisvergleich zu ermöglichen, der nicht durch Unterschiede in der Güterauswahl und der Güterqualität beeinflusst ist, müssen die Güter sehr eng definiert werden. In allen Berichtsstellen müssen Güter ausgewählt werden, die der Definition entsprechen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die ausgewählten Güter in möglichst allen betrachteten Regionen repräsentativ für die jeweilige Verbrauchskategorie sind, d. h. in allen betrachteten Regionen eine hohe Verbrauchsbedeutung haben.

Beim räumlichen Preisvergleich können sich die Berichtsstellen in unterschiedlichen Ländern befinden (internationaler Preisvergleich) oder in verschiedenen Regionen eines Landes (regionaler Preisvergleich). Für den internationalen Preisvergleich werden jährlich Preismessungen in Berlin und Bonn durchgeführt, die in die Berechnung von internationalen Kaufkraftparitäten und Preisniveauindizes durch

Eurostat eingehen. Weitere Informationen zu den Preisniveauindizes finden Sie im Kapitel „Internationales“. Wegen der hohen Kosten werden regionale Preisvergleiche in Deutschland nur in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführt. Die letzten Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1993, aktuelle Ergebnisse sind derzeit nicht verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Baukostenindizes | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren, z. B. Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren.

Baupreisindizes | Diese messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken erbracht und vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden.

Deflationierung | Bereinigung von wirtschaftlichen Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Preisänderungen zur Berechnung realer Wachstumsraten für die deutsche Wirtschaft.

Ein- und Ausfuhrpreisindizes | Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Im Einfuhrpreisindex sind dies z. B. Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Rohstoffe und Getreide, im Ausfuhrpreisindex z. B. Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse.

Erzeugerpreisindizes | Sie messen die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags | Dieser misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die von den Forstverwaltungen der Länder verkauft werden. Dazu zählen Stammholz, Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kundinnen und Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen.

Erzeugerpreisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung | Dieser Index misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können. Er wird aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags berechnet und im Rahmen des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags als Sondergliederung veröffentlicht.

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau.

Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte | Dieser Index misst die Entwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, beispielsweise Getreide, Raps und Rinder.

Gebrauchsgüter | Dies sind Waren, die eine gewisse Zeit genutzt werden können, ohne dass sie dabei verbraucht werden, z. B. Geräte der Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte und Möbel. Im Verbraucherpreisindex unterscheidet man zusätzlich Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer, wie Bekleidungsartikel und Schuhe, und langlebige Gebrauchsgüter, wie Fahrzeuge und Fernsehgeräte.

Großhandelsverkaufspreisindex | Er misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind, z. B. für Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut.

Häuserpreisindex | Dieser misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien.

Inflation | In einer Marktwirtschaft können sich die Preise für Waren und Dienstleistungen jederzeit ändern – einige Preise steigen, während andere fallen. Erhöhen sich die Güterpreise auf breiter Front und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so spricht man von „Inflation“. Ist dies der Fall, kann man für einen Euro weniger kaufen oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist dann weniger wert als zuvor. Gemessen am Verbraucherpreisindex bedeutet „Inflationsrate“ dessen prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum – also Vorjahresmonat oder Vorjahr.

Investitionsgüter | So bezeichnet man Erzeugnisse, die vor allem für Unternehmen hergestellt werden und dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden können, z. B. Produktionsmaschinen, Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse, Schienen- und Kraftfahrzeuge.

Kaufwerte für Bauland | Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe beziehungsweise Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland) vorgesehen sind.

Konsumgüter | Das sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel und von Dienstleistern) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden. Zum Beispiel Haushaltsgeräte, Möbel sowie Unterhaltungselektronik, aber auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und pharmazeutische Erzeugnisse. Zu den Konsumgütern gehören auch Dienstleistungen, die private Haushalte erwerben, z. B. Handwerkerleistungen, Versicherungen und Gesundheitsleistungen.

Preisindizes | Die Preisstatistik veröffentlicht Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Indizes messen relative Unterschiede. Sie normieren Zahlen, indem ein Bezugswert auf 100 gesetzt wird. Zeitliche Preisindizes zeigen, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Liegt beispielsweise der Verbraucherpreisindex in einem Monat bei 120, sind die Preise in diesem Monat 20 % höher als im Durchschnitt des Basisjahres. Räumliche Preisindizes geben die Relation des Preisniveaus einer Region zu einer Vergleichsregion an.

Primärenergieträger | Das sind weitgehend unverarbeitete Energieträger, wie Erdöl oder Erdgas.

Sekundärenergieträger | Das sind weiterverarbeitete Energieträger, wie Strom oder Kraftstoffe.

Verbraucherpreisindex | Er misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Zum Beispiel die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen und beim Friseur. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Verbrauchsgüter | Dazu zählen Waren, die im Zuge ihrer Nutzung verbraucht werden, z. B. Nahrungsmittel oder Putzmittel.

Vorleistungsgüter | Das sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel Metalle, Holz, chemische Grundstoffe, Gummi- und Kunststoffwaren, Papier und Karton sowie elektronische Bauelemente.

Wertsicherungsklauseln/Preisgleitklauseln | Von diesen Klauseln spricht man, wenn langfristige Zahlungen in privaten oder gewerblichen Verträgen mittels Preisindizes an die Preisentwicklung angepasst werden. Dies soll sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Preise* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 61

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Energiepreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland
Reihe 8.1	Preisindizes für die Einfuhr
Reihe 8.2	Preisindizes für die Ausfuhr

Fachbericht

Daten zur Energiepreisentwicklung (monatlich)

STATmagazin

Gaspreise im Oktober (2008)

■ Nahrungsmittelpreise

STATmagazin

Milchpreise im Sommer 2007 (2007)
Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln im EU-Vergleich (2008)
Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Einfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 8.1	Preisindizes für die Einfuhr

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/09 Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2005

■ Ausfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 8.2	Preisindizes für die Ausfuhr

■ Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

Fachserie 17 Preise

Reihe 1	Preisindizes für Land- und Forstwirtschaft

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/10 Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung

Mehr zum Thema

■ **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Fachserie 17 Preise

Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09 | Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

■ **Erzeugerpreise für Dienstleistungen**

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/05 | Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
 Heft 11/07 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik
 Heft 8/08 | Neue Erzeugerpreisindizes für Nachrichtenübermittlung
 Heft 3/09 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung
 Heft 3/09 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für IT-Dienstleistungen
 Heft 7/10 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Architektur- und Ingenieurbüros und für die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
 Heft 9/12 | Der Markt für technische, physikalische und chemische Untersuchungen im Spiegel der Preis- und Dienstleistungsstatistiken
 Heft 4/13 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für IT-Dienstleistungen

■ **Großhandelsverkaufspreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 6 | Index der Großhandelsverkaufspreise

■ **Bau- und Immobilienpreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 4 | Preisindizes für die Bauwirtschaft
 Reihe 5 | Kaufwerte für Bauland

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 | Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2010
 Heft 11/11 | Preisindizes für Wohnimmobilien

■ **Verbraucherpreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland

Fachberichte

Fast zehn Jahre Euro – Preisentwicklung vor und nach der Bargeldeinführung (2011)
 Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex (2013)
 Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (monatlich)

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/08 | Die Auswirkungen der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 auf die Verbraucherpreise: Einsichten aus Einzeldaten
 Heft 8/08 | Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland
 Heft 8/08 | Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007
 Heft 2/09 | Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik
 Heft 10/09 | Inflationsmessung nach Einkommensgruppen – Wer ist wie stark betroffen?
 Heft 11/10 | Behandlung saisonaler Erzeugnisse in der deutschen Verbraucherpreisstatistik
 Heft 3/12 | Geschäftstypengewichtung im Verbraucherpreisindex
 Heft 8/12 | Jährliche Neugewichtung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex
 Heft 12/12 | Berechnung eines regelbedarfsrelevanten Verbraucherpreisindex für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach SGB XII
 Heft 5/13 | Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2010

Mehr zum Thema

Verbraucherpreise

STATmagazin

Milchpreise im Sommer 2007 (2007)
Gaspreise im Oktober (2008)
Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln im EU-Vergleich (2008)
Aktuell niedrige Inflationsraten – Gefahr einer Deflation? (2009)
Auto, Bus, Bahn – Mobilität hat ihren Preis (2010)
Inflation: Für alle gleich? (2011)
Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Themenübergreifend

Fachserie 17 Preise

Reihe 9.2 | Preise und Preisindizes für Verkehr

Broschüren

| Preise auf einen Blick (2011)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 47 77 (Einzelhandels- und Verbraucherpreise),
+49 (0)6 11 / 75 24 44 (Erzeugerpreise gewerblicher Produkte),
+49 (0)6 11 / 75 24 40 (Bau- und Immobilienpreise),
+49 (0)6 11 / 75 23 02 (Ein- und Ausfuhr-, Großhandelspreise),
+49 (0)6 11 / 75 20 78 (Preise für Land- und Forstwirtschaft),
+49 (0)6 11 / 75 45 91 (Erzeugerpreise für Dienstleistungen),
+49 (0)6 11 / 75 45 91 (Allgemeiner Auskunftsdienst der Preisstatistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





16 Außenhandel

Deutsche Wirtschaft in hohem Maße **exportorientiert** | Ausfuhren überstiegen 2012 mit 1 097 Milliarden Euro bisherigen **Rekordwert** von 2011 |

Wichtigste Empfängerländer deutscher Waren sind **Frankreich**, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich | **Wichtigste Exportgüter** sind **Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile**, gefolgt von Maschinen |

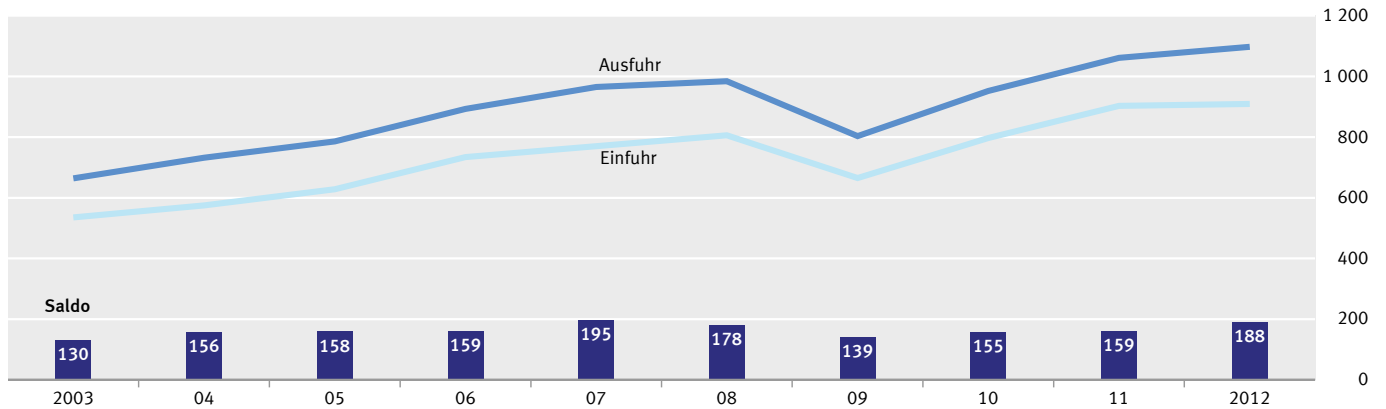
Importe übertrafen mit **909 Milliarden Euro** bisherigen **Höchstwert** im Vorjahr (903 Milliarden Euro)

Seite	
405	Auf einen Blick
	Tabellen
406	Gesamtentwicklung Aus- und Einfuhr Aus- und Einfuhr je Einwohner/-in
407	Handelspartner Aus- und Einfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel
410	Handelswaren Aus- und Einfuhr nach Güterabteilungen, industriellen Hauptgruppen und Warengruppen
413	Aus- und Einfuhr nach Bundesländern Ausfuhr Einfuhr
414	Handelskennzahlen Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote Außenhandelsbilanz Deutscher Export-Performance-Index Terms of Trade
415	Unternehmensstruktur 2012 Außenhandel nach Unternehmensgrößen Unternehmen nach Beschäftigten Anteil der Wirtschaftszweige an der Aus- und Einfuhr
417	Methodik
418	Glossar
419	Mehr zum Thema

16.0 Auf einen Blick

Entwicklung des Außenhandels

in Mrd. EUR

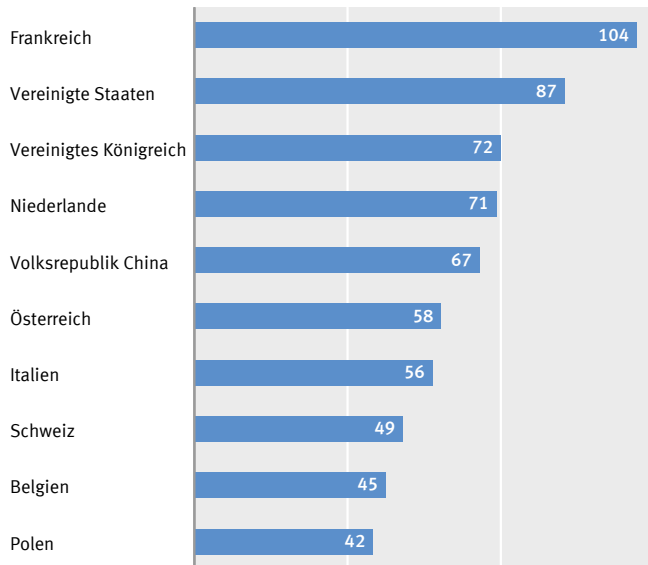


2013 - 01 - 0352

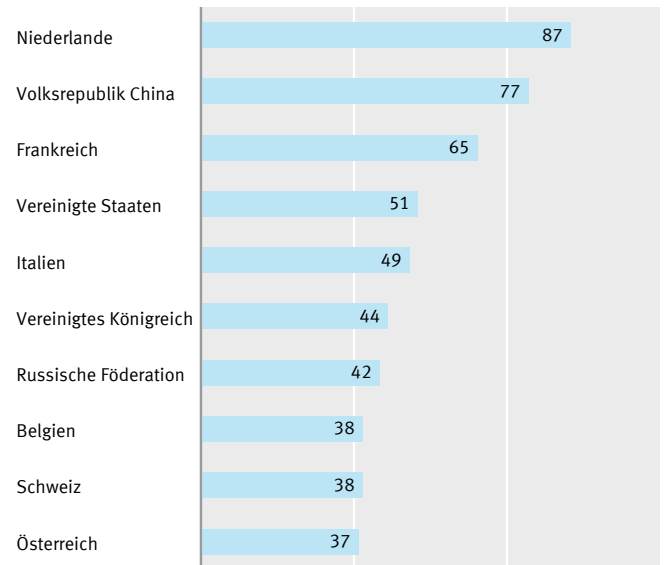
Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands 2012

in Mrd. EUR

Ausfuhr



Einfuhr



2013 - 01 - 0353

16.1 Gesamtentwicklung

16.1.1 Ausfuhr und Einfuhr

	Tatsächliche Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Ausfuhr	Einfuhr	Außenhandels- bilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Außenhandels- bilanz
	Mill. EUR			%		
2003	664 455	534 534	129 921	2,0	3,1	- 2,2
2004	731 544	575 448	156 096	10,1	7,7	20,1
2005	786 266	628 087	158 179	7,5	9,1	1,3
2006	893 042	733 994	159 048	13,6	16,9	0,5
2007	965 236	769 887	195 348	8,1	4,9	22,8
2008	984 140	805 842	178 297	2,0	4,7	- 8,7
2009	803 312	664 615	138 697	- 18,4	- 17,5	- 22,2
2010	951 959	797 097	154 863	18,5	19,9	11,7
2011	1 061 225	902 523	158 702	11,5	13,2	2,5
2012	1 097 349	909 092	188 257	3,4	0,7	18,6

Die **Außenhandelsbilanz** ist die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren.

16.1.2 Ausfuhr und Einfuhr je Einwohner/-in

	Je Einwohner/-in		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	EUR		%	
2008	12 001	9 880	2,2	5,0
2009	9 820	8 159	- 18,2	- 17,4
2010	11 645	9 803	18,6	20,2
2011	12 966	11 095	11,4	13,2
2012	13 398	11 163	3,3	0,6

16.2 Handelspartner

16.2.1 Ausfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2008	2009	2010	2011	2012	2008	2009	2010	2011	2012
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	984 140	803 312	951 959	1 061 225	1 097 349	2,0	- 18,4	18,5	11,5	3,4
Europa	733 075	585 800	675 008	752 279	755 923	0,9	- 20,1	15,2	11,4	0,5
EU-Länder	622 637	500 654	570 879	627 698	625 622	- 0,2	- 19,6	14,0	10,0	- 0,3
davon:										
Eurozone	421 120	343 701	388 103	420 522	411 373	- 0,5	- 18,4	12,9	8,4	- 2,2
Belgien	49 934	41 840	45 039	46 976	44 585	- 1,5	- 16,2	7,6	4,3	- 5,1
Estland	1 523	846	1 189	1 552	1 608	- 1,5	- 44,4	40,5	30,5	3,6
Finnland	9 643	7 085	7 644	8 449	8 106	- 6,3	- 26,5	7,9	10,5	- 4,1
Frankreich	93 718	81 304	89 582	101 444	104 476	2,2	- 13,2	10,2	13,2	3,0
Griechenland	7 993	6 607	5 846	5 073	4 692	1,2	- 17,3	- 11,5	- 13,2	- 7,5
Irland	5 536	3 656	4 155	4 472	4 640	- 11,3	- 34,0	13,6	7,6	3,7
Italien	62 015	50 620	58 589	62 044	55 990	- 3,9	- 18,4	15,7	5,9	- 9,8
Luxemburg	5 297	4 422	5 506	6 185	5 760	12,5	- 16,5	24,5	12,3	- 6,9
Malta	352	296	417	323	318	- 4,9	- 16,0	41,1	- 22,5	- 1,6
Niederlande	65 799	53 195	62 978	69 423	70 957	4,5	- 19,2	18,4	10,2	2,2
Österreich	54 689	46 093	52 156	57 671	57 871	3,6	- 15,7	13,2	10,6	0,3
Portugal	8 133	6 195	7 769	7 026	6 209	- 2,4	- 23,8	25,4	- 9,6	- 11,6
Slowakei	8 739	6 578	8 715	10 377	10 410	2,9	- 24,7	32,5	19,1	0,3
Slowenien	4 315	3 049	3 590	3 954	3 910	4,4	- 29,3	17,8	10,1	- 1,1
Spanien	42 676	31 281	34 222	34 811	31 175	- 10,4	- 26,7	9,4	1,7	- 10,4
Zypern	760	635	708	742	665	- 11,6	- 16,5	11,5	4,8	- 10,3
Nicht-Eurozone	201 517	156 953	182 775	207 176	214 249	0,4	- 22,1	16,5	13,3	3,4
Bulgarien	2 762	1 908	2 175	2 370	2 714	12,6	- 30,9	14,0	9,0	14,5
Dänemark	16 007	12 809	14 054	14 769	15 069	3,7	- 20,0	9,7	5,1	2,0
Lettland	1 411	809	960	1 322	1 449	- 19,1	- 42,7	18,7	37,8	9,6
Litauen	2 381	1 411	1 745	2 207	2 382	- 3,9	- 40,7	23,6	26,5	7,9
Polen	40 750	31 122	37 666	43 503	42 183	12,6	- 23,6	21,0	15,5	- 3,0
Rumänien	8 978	6 400	7 292	8 801	9 194	15,5	- 28,7	13,9	20,7	4,5
Schweden	20 091	15 546	19 377	22 034	21 209	- 6,5	- 22,6	24,6	13,7	- 3,7
Tschech. Republik	27 601	22 032	26 708	30 824	31 528	5,8	- 20,2	21,2	15,4	2,3
Ungarn	17 360	11 675	14 133	15 775	16 358	0,4	- 32,7	21,1	11,6	3,7
Vereinigtes Königreich	64 175	53 240	58 666	65 570	72 163	- 8,0	- 17,0	10,2	11,8	10,1
Europa ohne EU	110 438	85 147	104 129	124 581	130 300	7,6	- 22,9	22,3	19,6	4,6
dar.: Norwegen	7 645	6 227	7 366	7 857	8 465	0,9	- 18,5	18,3	6,7	7,7
Russische Föderation	32 312	20 621	26 354	34 459	38 055	14,7	- 36,2	27,8	30,8	10,4
Schweiz	39 027	35 510	41 659	47 875	48 830	7,3	- 9,0	17,3	14,9	2,0
Türkei	15 129	11 625	16 253	20 118	20 069	0,4	- 23,2	39,8	23,8	- 0,2
Afrika	19 653	17 438	19 984	20 733	21 799	11,6	- 11,3	14,6	3,7	5,1
dar. Südafrika	7 295	5 740	7 656	8 665	8 800	2,5	- 21,3	33,4	13,2	1,6
Amerika	101 866	78 727	99 464	110 424	128 461	1,1	- 22,7	26,3	11,0	16,3
dar. NAFTA-Länder	84 521	64 707	78 901	88 714	104 543	- 2,0	- 23,4	21,9	12,4	17,8
dar. Vereinigte Staaten	71 428	54 356	65 574	73 776	86 831	- 2,6	- 23,9	20,6	12,5	17,7
Brasilien	8 653	7 263	10 386	11 163	11 688	26,4	- 16,1	43,0	7,5	4,7
Asien	120 102	113 179	148 231	167 574	179 183	7,5	- 5,8	31,0	13,0	6,9
dar.: ASEAN-Länder	15 563	13 856	17 840	19 577	22 580	0,4	- 11,0	28,8	9,7	15,3
China	34 065	37 273	53 791	64 863	66 629	13,9	9,4	44,3	20,6	2,7
Japan	12 732	10 875	13 149	15 115	17 101	- 2,2	- 14,6	20,9	15,0	13,1
Indien	8 192	8 094	9 282	10 856	10 384	11,6	- 1,2	14,7	17,0	- 4,3
Australien und Ozeanien	7 595	7 147	8 972	9 479	10 723	6,9	- 5,9	25,5	5,6	13,1
dar. Australien	6 613	6 328	7 849	8 348	9 334	13,9	- 4,3	24,0	6,4	11,8

16.2 Handelspartner

16.2.2 Einfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung zum Vorjahr				
	2008	2009	2010	2011	2012	2008	2009	2010	2011	2012
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	805 842	664 615	797 097	902 523	909 092	4,7	- 17,5	19,9	13,2	0,7
Europa	567 061	463 720	541 719	622 869	635 185	4,7	- 18,2	16,8	15,0	2,0
EU-Länder	460 887	380 323	444 375	505 363	510 030	2,5	- 17,5	16,8	13,7	0,9
davon:										
Eurozone	315 410	258 729	300 135	338 330	342 042	2,5	- 18,0	16,0	12,7	1,1
Belgien	36 623	28 041	33 304	38 328	38 369	1,0	- 23,4	18,8	15,1	0,1
Estland	358	345	420	534	507	- 6,7	- 3,7	21,8	27,0	- 4,9
Finnland	7 757	5 303	6 031	6 578	6 206	- 6,4	- 31,6	13,7	9,1	- 5,7
Frankreich	63 369	53 338	60 673	65 948	64 760	0,8	- 15,8	13,8	8,7	- 1,8
Griechenland	2 023	1 726	1 912	1 942	1 839	- 2,0	- 14,7	10,8	1,6	- 5,3
Irland	16 132	13 815	13 556	12 334	9 996	- 7,4	- 14,4	- 1,9	- 9,0	- 19,0
Italien	46 842	37 197	41 977	47 844	49 160	4,8	- 20,6	12,9	14,0	2,8
Luxemburg	3 336	2 653	2 722	2 974	2 874	4,1	- 20,5	2,6	9,3	- 3,4
Malta	628	319	262	418	325	19,3	- 49,3	- 17,7	59,4	- 22,2
Niederlande	67 971	55 583	67 205	81 804	86 596	9,7	- 18,2	20,9	21,7	5,9
Österreich	33 180	27 565	33 013	37 028	37 228	3,4	- 16,9	19,8	12,2	0,5
Portugal	4 063	3 463	4 022	4 707	4 951	0,2	- 14,8	16,1	17,0	5,2
Slowakei	8 493	7 322	9 174	10 726	12 130	- 5,2	- 13,8	25,3	16,9	13,1
Slowenien	3 737	2 936	3 659	4 438	4 639	4,8	- 21,4	24,6	21,3	4,5
Spanien	20 701	18 959	21 955	22 491	22 330	0,1	- 8,4	15,8	2,4	- 0,7
Zypern	198	164	251	236	134	- 64,4	- 16,7	52,3	- 5,8	- 43,4
Nicht-Eurozone	145 478	121 594	144 240	167 033	167 988	2,4	- 16,4	18,6	15,8	0,6
Bulgarien	1 416	1 304	1 646	2 087	2 171	- 3,9	- 7,9	26,2	26,8	4,0
Dänemark	11 907	10 587	10 630	12 178	11 641	8,5	- 11,1	0,4	14,6	- 4,4
Lettland	475	389	581	658	689	- 4,5	- 18,2	49,3	13,2	4,8
Litauen	1 240	1 097	1 451	1 694	1 797	- 0,8	- 11,5	32,2	16,8	6,1
Polen	25 875	22 161	27 637	32 305	33 493	7,6	- 14,4	24,7	16,9	3,7
Rumänien	4 883	5 665	6 464	8 362	8 777	3,0	16,0	14,1	29,4	5,0
Schweden	13 672	10 166	12 820	14 115	13 967	- 2,2	- 25,6	26,1	10,1	- 1,1
Tschech. Republik	27 548	24 006	28 702	32 684	33 237	6,5	- 12,9	19,6	13,9	1,7
Ungarn	16 815	13 766	16 388	18 208	18 688	- 2,8	- 18,1	19,0	11,1	2,6
Vereinigtes Königreich	41 646	32 452	37 923	44 741	43 527	- 0,8	- 22,1	16,9	18,0	- 2,7
Europa ohne EU	106 174	83 397	97 345	117 506	125 155	15,5	- 21,5	16,7	20,7	6,5
dar.: Norwegen	22 323	17 161	17 167	20 634	26 189	25,9	- 23,1	0,0	20,2	26,9
Russische Föderation	37 087	25 188	31 840	40 886	42 457	28,4	- 32,1	26,4	28,4	3,8
Schweiz	31 299	28 096	32 507	36 996	37 663	5,0	- 10,2	15,7	13,8	1,8
Türkei	9 735	8 338	10 017	11 790	11 976	- 1,1	- 14,3	20,1	17,7	1,6
Afrika	20 662	14 236	17 040	21 945	23 883	25,5	- 31,1	19,7	28,8	8,8
dar. Südafrika	5 334	3 940	5 362	6 215	5 084	19,6	- 26,1	36,1	15,9	- 18,2
Amerika	73 884	60 498	71 680	80 568	79 862	3,7	- 18,1	18,5	12,4	- 0,9
dar. NAFTA-Länder	54 802	45 846	53 127	58 187	59 291	2,8	- 16,3	15,9	9,5	1,9
dar. Vereinigte Staaten	46 464	39 283	45 241	48 531	50 575	1,0	- 15,5	15,2	7,3	4,2
Brasilien	9 497	7 178	9 445	11 260	10 616	11,9	- 24,4	31,6	19,2	- 5,7
Asien	140 585	122 823	163 523	173 115	166 129	3,1	- 12,6	33,1	5,9	- 4,0
dar.: ASEAN-Länder	19 356	17 279	23 600	26 036	26 771	0,9	- 10,7	36,6	10,3	2,8
China	60 825	56 706	77 270	79 528	77 313	7,8	- 6,8	36,3	2,9	- 2,8
Japan	23 130	18 946	22 475	23 595	21 832	- 5,1	- 18,1	18,6	5,0	- 7,5
Indien	5 281	5 099	6 241	7 536	6 994	11,3	- 3,5	22,4	20,8	- 7,2
Australien und Ozeanien	2 920	2 747	3 134	4 026	4 033	- 14,7	- 5,9	14,1	28,4	0,2
dar. Australien	1 860	1 956	2 253	2 968	3 018	1,4	5,1	15,2	31,7	1,7

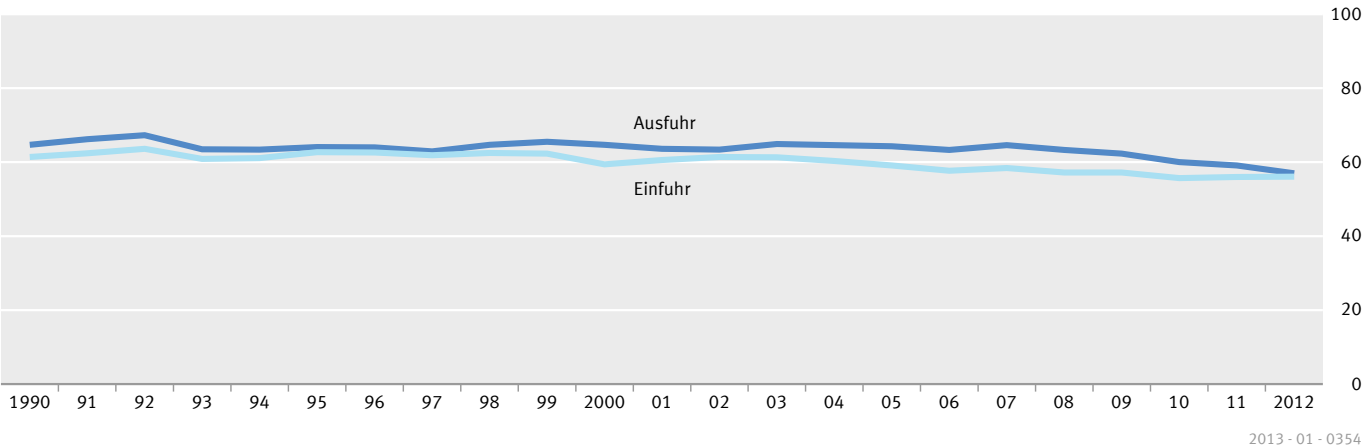
16.2 Handelspartner

16.2.3 Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel

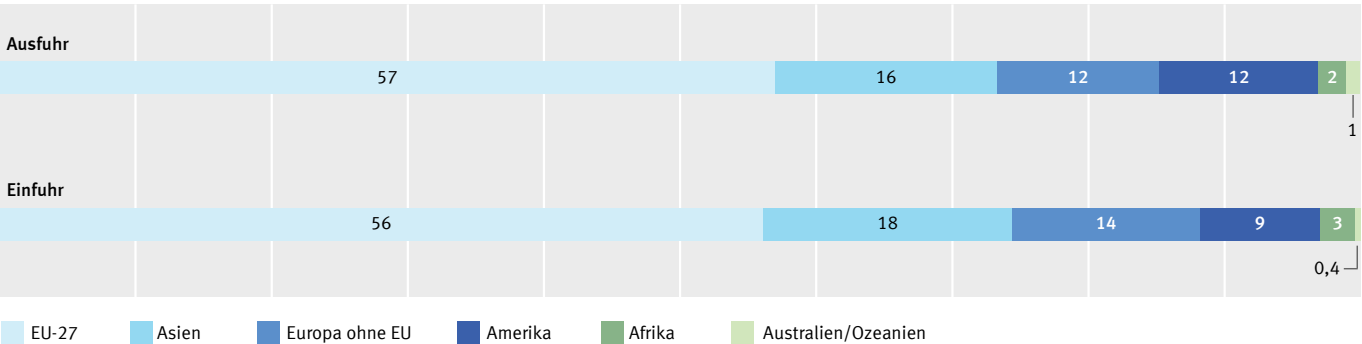
	Ausfuhr			Einfuhr		
	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone
	%					
2008	63,3	42,8	20,5	57,2	39,1	18,1
2009	62,3	42,8	19,5	57,2	38,9	18,3
2010	60,0	40,8	19,2	55,7	37,7	18,1
2011	59,1	39,6	19,5	56,0	37,5	18,5
2012	57,0	37,5	19,5	56,1	37,6	18,5

Als „Eurozone“ wird die Gruppe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bezeichnet, die den Euro als offizielle Währung eingeführt hat. Die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als Währung eingeführt haben, bilden die Ländergruppe „Nicht-Eurozone“.

Anteil des EU-Handels am deutschen Außenhandel
in %



Außenhandel nach Ländergruppen 2012
in %



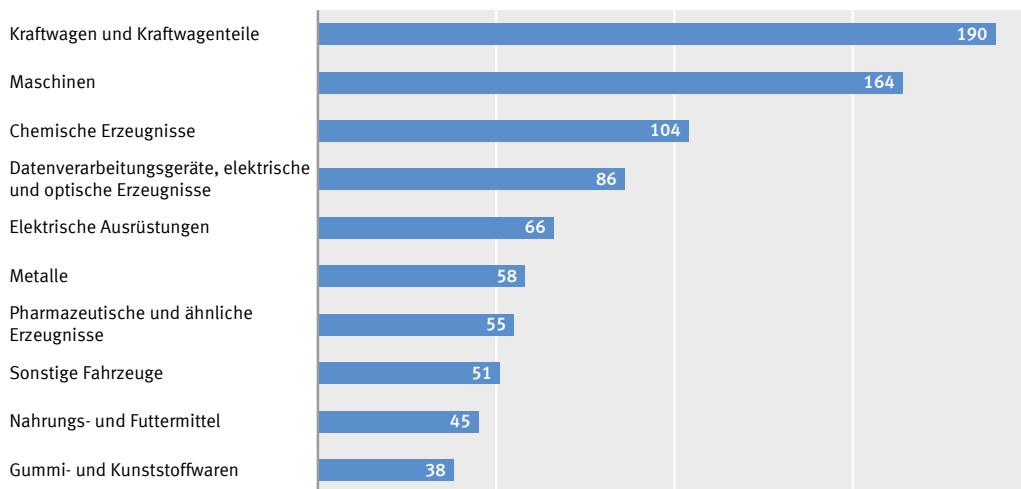
16.3 Handelswaren

16.3.1 Ausfuhr nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Warenbenennung	Ausfuhr			
		2012		2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 097 349	100	1 061 225	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	8 636	0,8	8 845	0,8
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	339	0,0	385	0,0
03	Fische und Fischereierzeugnisse	205	0,0	258	0,0
05	Kohle	135	0,0	117	0,0
06	Erdöl und Erdgas	9 153	0,8	7 099	0,7
07	Erze	159	0,0	124	0,0
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 333	0,1	1 468	0,1
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	45 498	4,1	43 409	4,1
11	Getränke	4 796	0,4	4 556	0,4
12	Tabakerzeugnisse	3 751	0,3	3 649	0,3
13	Textilien	10 314	0,9	10 762	1,0
14	Bekleidung	13 691	1,2	13 919	1,3
15	Leder und Lederwaren	5 079	0,5	5 425	0,5
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	5 804	0,5	6 162	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	18 881	1,7	19 464	1,8
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	15 560	1,4	13 436	1,3
20	Chemische Erzeugnisse	104 483	9,5	101 570	9,6
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	54 727	5,0	51 609	4,9
22	Gummi- und Kunststoffwaren	37 962	3,5	37 961	3,6
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	12 837	1,2	13 245	1,2
24	Metalle	57 924	5,3	60 826	5,7
25	Metallerzeugnisse	37 022	3,4	37 104	3,5
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	85 793	7,8	85 826	8,1
27	Elektrische Ausrüstungen	65 865	6,0	66 617	6,3
28	Maschinen	163 588	14,9	163 024	15,4
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	189 976	17,3	185 510	17,5
30	Sonstige Fahrzeuge	50 956	4,6	41 584	3,9
31	Möbel	8 485	0,8	8 508	0,8
35	Energieversorgung	3 671	0,3	2 916	0,3
89	Sonstige Waren	80 722	7,4	65 846	6,2

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren der Ausfuhr 2012 in Mrd. EUR



2013 - 01 - 0356

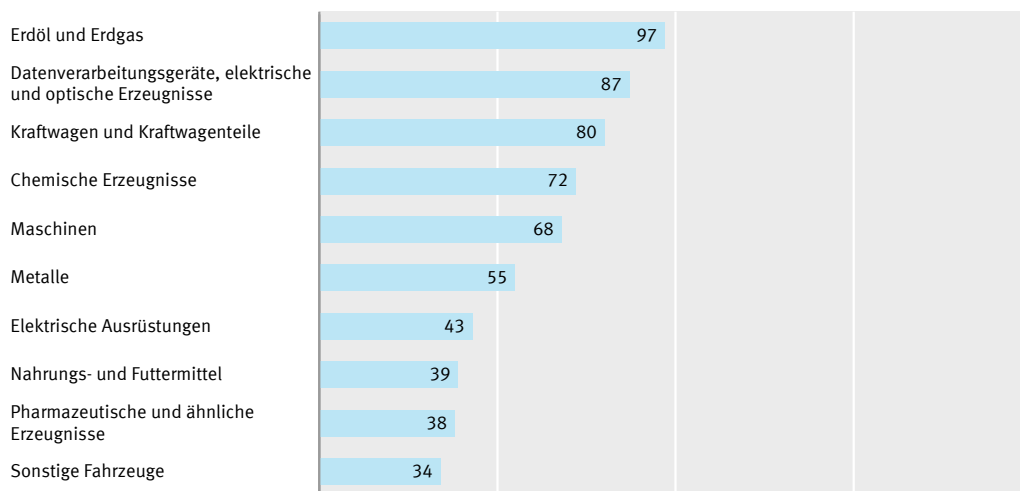
16.3 Handelswaren

16.3.2 Einfuhr nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Warenbenennung	Einfuhr			
		2012		2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	909 092	100	902 523	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	26 774	2,9	27 145	3,0
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	630	0,1	705	0,1
03	Fische und Fischereierzeugnisse	458	0,1	523	0,1
05	Kohle	4 564	0,5	4 878	0,5
06	Erdöl und Erdgas	97 394	10,7	83 723	9,3
07	Erze	8 223	0,9	9 292	1,0
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 490	0,2	1 696	0,2
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	38 542	4,2	39 002	4,3
11	Getränke	5 175	0,6	5 110	0,6
12	Tabakerzeugnisse	1 026	0,1	1 080	0,1
13	Textilien	9 579	1,1	10 492	1,2
14	Bekleidung	25 608	2,8	27 436	3,0
15	Leder und Lederwaren	9 501	1,0	9 648	1,1
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel ..	5 237	0,6	5 499	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	14 101	1,6	14 646	1,6
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	29 788	3,3	29 750	3,3
20	Chemische Erzeugnisse	71 663	7,9	72 118	8,0
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	38 381	4,2	39 141	4,3
22	Gummi- und Kunststoffwaren	24 995	2,7	25 708	2,8
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	8 521	0,9	8 884	1,0
24	Metalle	54 874	6,0	62 442	6,9
25	Metallerzeugnisse	23 456	2,6	23 618	2,6
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	87 429	9,6	90 884	10,1
27	Elektrische Ausrüstungen	43 238	4,8	43 336	4,8
28	Maschinen	68 244	7,5	71 808	8,0
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	80 433	8,8	81 925	9,1
30	Sonstige Fahrzeuge	33 706	3,7	36 367	4,0
31	Möbel	9 527	1,0	9 736	1,1
35	Energieversorgung	2 302	0,3	2 548	0,3
89	Sonstige Waren	84 232	9,3	63 382	7,0

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren der Einfuhr 2012 in Mrd. EUR



2013 - 01 - 0357

16.3 Handelswaren

16.3.3 Aus- und Einfuhr nach industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS)

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
		2012		2011		2012		2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 097 349	100	1 061 225	100	909 092	100	902 523	100
11	Landwirtschaftsgüter	9 180	0,8	9 488	0,9	27 862	3,1	28 373	3,1
21	Vorleistungsgüter	339 061	30,9	342 546	32,3	262 190	28,8	279 780	31,0
22	Investitionsgüter	483 791	44,1	466 803	44,0	249 886	27,5	255 825	28,3
23	Gebrauchsgüter	27 397	2,5	27 979	2,6	31 261	3,4	30 326	3,4
24	Verbrauchsgüter	146 654	13,4	141 642	13,3	133 536	14,7	137 046	15,2
25	Energie	28 520	2,6	23 568	2,2	134 047	14,7	120 899	13,4
31	Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	62 747	5,7	49 200	4,6	70 310	7,7	50 274	5,6

1 Gliederung nach den Main Industrial Groupings (MIGS).

16.3.4 Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
		2012		2011		2012		2011	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 097 349	100	1 061 225	100	909 092	100	902 523	100
1 – 4	Ernährungswirtschaft	62 158	5,7	59 744	5,6	70 715	7,8	71 273	7,9
5 – 8	Gewerbliche Wirtschaft	1 003 208	91,4	983 780	92,7	789 792	86,9	803 818	89,1
7 + 8	Fertigwaren	920 025	83,8	905 046	85,3	588 903	64,8	609 386	67,5
1	Lebende Tiere	1 263	0,1	1 237	0,1	1 623	0,2	1 472	0,2
2	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	20 927	1,9	20 555	1,9	17 874	2,0	18 168	2,0
3	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	29 324	2,7	27 595	2,6	40 282	4,4	40 214	4,5
4	Genussmittel	10 644	1,0	10 357	1,0	10 937	1,2	11 419	1,3
5	Rohstoffe	16 290	1,5	14 792	1,4	117 726	12,9	106 685	11,8
6	Halbwaren	66 893	6,1	63 942	6,0	83 162	9,1	87 747	9,7
7	Vorzeugnisse	125 159	11,4	127 140	12,0	93 948	10,3	99 246	11,0
8	Enderzeugnisse	794 866	72,4	777 907	73,3	494 955	54,4	510 140	56,5
9	Andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	31 982	2,9	17 701	1,7	48 585	5,3	27 432	3,0

1 Gliederung nach Warengruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2002 (EGW 2002).

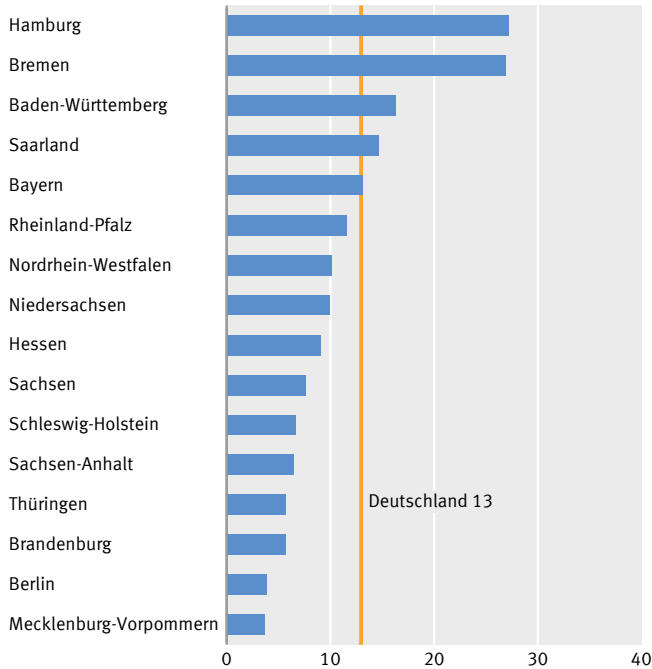
16.4 Aus- und Einfuhr nach Bundesländern

16.4.1 Ausfuhr

	2011	2012	Anteil am Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Insgesamt			
	Mill. EUR	%		
Deutschland	1 061 225	1 097 349	100	3,4
Baden-Württemberg	171 910	176 258	16,1	2,5
Bayern	160 019	165 796	15,1	3,6
Berlin	12 996	13 595	1,2	4,6
Brandenburg	13 499	14 123	1,3	4,6
Bremen	15 257	17 815	1,6	16,8
Hamburg	42 057	49 133	4,5	16,8
Hessen	55 409	55 342	5,0	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	7 205	6 053	0,6	-16,0
Niedersachsen	75 442	78 642	7,2	4,2
Nordrhein-Westfalen	176 334	181 863	16,6	3,1
Rheinland-Pfalz	44 841	46 446	4,2	3,6
Saarland	14 768	14 839	1,4	0,5
Sachsen	29 408	31 636	2,9	7,6
Sachsen-Anhalt	14 711	14 888	1,4	1,2
Schleswig-Holstein	18 292	18 928	1,7	3,5
Thüringen	12 619	12 655	1,2	0,3
Waren ausländischen Ursprungs	195 809	198 236	18,1	1,2
Nicht ermittelte Bundesländer ..	650	1 101	0,1	69,5

Ausfuhr der Bundesländer 2012

pro Kopf, in 1 000 EUR



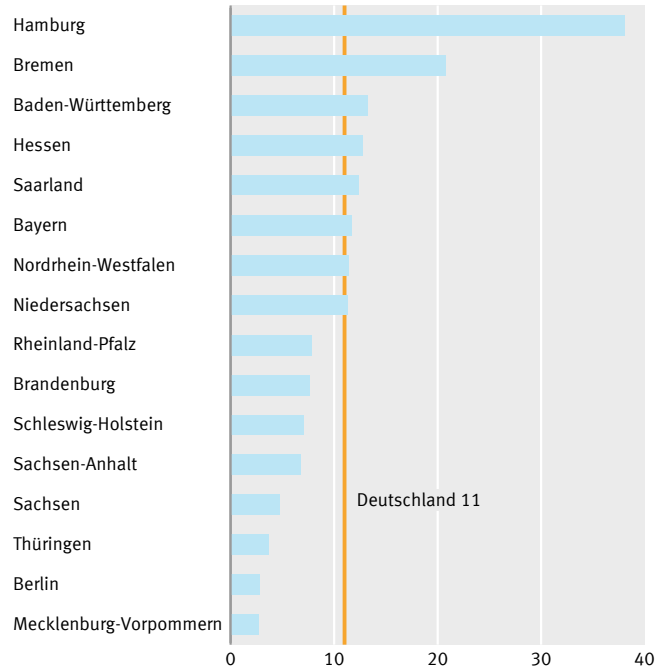
2013 - 01 - 0358

16.4.2 Einfuhr

	2011	2012	Anteil am Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Insgesamt			
	Mill. EUR	%		
Deutschland	908 034	914 245	100	0,7
Baden-Württemberg	143 408	142 944	15,6	-0,3
Bayern	145 680	147 310	16,1	1,1
Berlin	10 248	9 849	1,1	-3,9
Brandenburg	18 116	19 128	2,1	5,6
Bremen	14 012	13 736	1,5	-2,0
Hamburg	69 877	68 797	7,5	-1,5
Hessen	76 796	77 882	8,5	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	4 488	4 428	0,5	-1,3
Niedersachsen	83 296	89 940	9,8	8,0
Nordrhein-Westfalen	204 017	203 914	22,3	-0,1
Rheinland-Pfalz	31 495	31 394	3,4	-0,3
Saarland	12 947	12 560	1,4	-3,0
Sachsen	20 253	19 448	2,1	-4,0
Sachsen-Anhalt	14 881	15 725	1,7	5,7
Schleswig-Holstein	20 960	19 973	2,2	-4,7
Thüringen	7 995	8 158	0,9	2,0
Für das Ausland bestimmte Waren	29 440	28 949	3,2	-1,7
Nicht ermittelte Bundesländer ..	125	108	0,0	-13,5

Einfuhr der Bundesländer 2012

pro Kopf, in 1 000 EUR



2013 - 01 - 0359

16.5 Handelskennzahlen

16.5.1 Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote

	Exportquote	Importquote	Importabhängigkeitsquote
	%		
2006	38,6	31,7	34,1
2007	39,7	31,7	34,5
2008	39,8	32,6	35,1
2009	33,8	28,0	29,7
2010	38,1	31,9	34,0
2011	40,9	34,8	37,1
2012	41,5	34,4	37,0

Export- und Importquote stellen das Verhältnis zwischen den Ausfuhren/Einfuhren und dem Bruttoinlandsprodukt dar ($\text{Exportquote} = \text{Ausfuhr}/\text{BIP}$; $\text{Importquote} = \text{Einfuhr}/\text{BIP}$). Die **Importabhängigkeitsquote** bezieht die Einfuhren auf die gesamte Inlandsnachfrage, d. h. auf das um den Außenhandelsaldo bereinigte Bruttoinlandsprodukt ($\text{Einfuhr}/(\text{BIP} - \text{Ausfuhr} + \text{Einfuhr})$).

16.5.2 Außenhandelsbilanz

	Außenhandelsbilanz	Normierte Außenhandelsbilanz	Außenbeitragsquote
	Mill. EUR	%	
2008	178 298	10,0	7,2
2009	138 697	9,4	5,8
2010	154 863	8,9	6,2
2011	158 702	8,1	6,1
2012	188 257	9,4	7,1

Die **normierte Außenhandelsbilanz** bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren). Die **Außenbeitragsquote** stellt das Verhältnis der Außenhandelsbilanz an der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) dar.

16.5.3 Deutscher Export-Performance-Index

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	2010 = 100							
Export-Performance-Index	110	109	113	107	109	100	99	93
Export-Performance-Index ohne Energieprodukte	107	107	110	110	108	100	102	96
Index der deutschen Exporte	77	89	105	115	89	100	117	112

Quelle: UN Comtrade und Berechnungen des Statistischen Bundesamts

Der **Export-Performance-Index** ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland, bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr. Die berechneten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser Länder. Zur Methode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 4/2012, S. 338f.

16.5.4 Index des Volumens und der Durchschnittswerte, Terms of Trade

	Ausfuhr		Einfuhr		Terms of Trade
	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	
	2010 = 100				
2008	106,8	103,5	101,4	105,0	98,6
2009	87,4	102,0	88,3	98,3	103,8
2010	100	100	100	100	100
2011	108,4	102,9	108,9	104,3	98,7
2012	109,4	106,7	106,3	109,9	97,1

Der **Index des Volumens** (nach Laspeyres) stellt das Handelsvolumen in Preisen eines Basisjahres dar. Er gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Entwicklung des Außenhandels wieder.

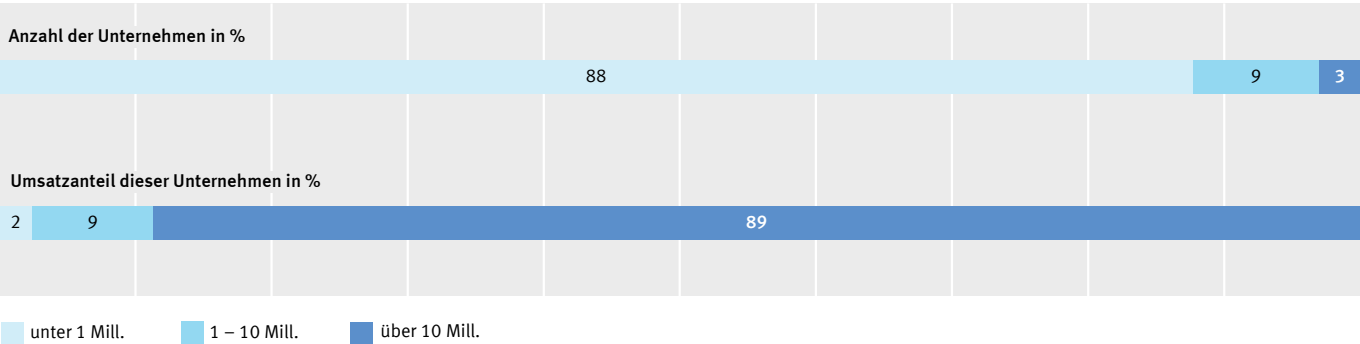
Der **Index der Durchschnittswerte** (nach Paasche) gibt Auskunft über die Entwicklung der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr. Sie werden mit Mengen des aktuellen Berichtszeitraums gewichtet.

Die **Terms of Trade** geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat. Sie errechnen sich aus dem Durchschnittswertindex für Ausfuhren, bezogen auf den Durchschnittswertindex für Einfuhren.

16.6 Unternehmensstruktur 2012
16.6.1 Außenhandel nach Unternehmensgrößen

Unternehmen mit ... bis unter ... EUR Umsatz	Ausfuhr				Einfuhr			
	Unternehmen		Umsatz		Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	%	Mrd. EUR	%	Anzahl	%	Mrd. EUR	%
Insgesamt	306 612	100	1 097	100	616 354	100	909	100
unter 100 000	208 293	67,9	4	0,4	501 212	81,3	7	0,8
100 000 – 500 000	46 003	15,0	11	1,0	61 168	9,9	15	1,6
500 000 – 1 Mill.	14 657	4,8	11	1,0	16 730	2,7	12	1,4
1 Mill. – 10 Mill.	28 395	9,3	97	8,9	28 971	4,7	96	10,5
10 Mill. – 50 Mill.	6 805	2,2	154	14,1	6 264	1,0	139	15,3
50 Mill. – 100 Mill.	1 246	0,4	92	8,4	954	0,2	69	7,6
100 Mill. – 1 Mrd.	1 113	0,4	299	27,3	971	0,2	266	29,3
1 Mrd. und mehr	100	0,0	428	39,0	84	0,0	305	33,5

Unternehmen nach Größenklassen 2012
Ausfuhr in EUR



2013 - 01 - 0360

16.6.2 Unternehmen im EU-Handel nach Beschäftigten

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Ausfuhr			Einfuhr		
	Unternehmen		Umsatz	Unternehmen		Umsatz
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	40 157	100	100	40 882	100	100
0 – 9	9 129	22,7	7,4	10 814	26,5	9,7
10 – 49	12 706	31,6	10,2	12 051	29,5	15,4
50 – 249	10 062	25,1	17,8	9 442	23,1	20,4
250 und mehr	2 893	7,2	57,9	3 303	8,1	48,6
Unbekannt	5 367	13,4	6,6	5 272	12,9	6,0

Unternehmen mit mehr als 500 000 Euro Aus-/Einfuhren im Berichtsjahr.

16.6 Unternehmensstruktur 2012

16.6.3 Anteil der Wirtschaftszweige im EU-Handel an den Aus- und Einfuhren

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Ausfuhr	Einfuhr
		Wertmäßiger Anteil in %	
	Insgesamt	100	100
	darunter:		
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	58,6	41,9
10	H. v. Nahrungs- und Futtermittel	3,7	2,9
11	H. v. Getränken	0,2	0,4
13	H. v. Textilien	0,5	0,4
14	H. v. Bekleidung	0,4	0,4
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	0,1	0,1
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	0,4	0,3
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1,3	0,7
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,2	0,1
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,8	1,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	5,8	4,3
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	1,9	2,0
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2,5	1,6
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1,0	0,5
24	Metallerzeugung und Metallbearbeitung	3,6	2,9
25	H. v. Metallerzeugnissen	2,8	1,6
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1,9	0,9
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	4,0	2,7
28	Maschinenbau	7,1	3,8
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14,0	10,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	4,8	3,6
31	H. v. Möbeln	0,5	0,3
32	H. v. sonstigen Waren	0,8	0,4
33	Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	0,4	0,4
D	Energieversorgung	0,6	0,6
E	Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,3	0,3
F	Baugewerbe	0,1	0,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	16,2	30,8
H	Verkehr und Lagerei	0,9	0,9
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen¹²	17,6	19,2
	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen¹³	5,3	5,7

Unternehmen mit mehr als 500 000 Euro Aus-/Einfuhren im Berichtsjahr.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ enthält auch Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften (WZ 70.10.1).

3 Diese Position umfasst die Abschnitte J „Information und Kommunikation“; K „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; L „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie N „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“.

Methodik

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen und helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Sie sind auch eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

Gegenstand der Außenhandelsstatistik ist der grenzüberschreitende **Warenverkehr** Deutschlands mit dem Ausland. Dies bedeutet, alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom werden erfasst und nachgewiesen. Das betrifft auch den Handel mit Waren, die unentgeltlich oder auf ausländische Rechnung ein- bzw. ausgeführt werden. Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik. Eine Ausnahme stellen die Veredelungsgeschäfte dar: Diese werden in der Außenhandelsstatistik erfasst und nachgewiesen.

Die wichtigsten **Erhebungsmerkmale** der Außenhandelsstatistik sind die Lieferichtung (Ein- oder Ausfuhr), die Warenart, der Wert, die Menge, das Partnerland sowie das inländische Herkunfts- bzw. Zielbundesland.

Das **Erhebungsgebiet** umfasst das Gebiet Deutschlands nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990 (einschließlich Freizonen und Helgoland, ohne den Zollausschluss Büsingen). Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebiets.

Die Außenhandelsstatistik ist eine vom Gesetzgeber angeordnete monatliche Erhebung, die der Auskunftspflicht unterliegt. Die Rechtsgrundlagen für die Außenhandelsstatistik bilden Verordnungen des Europäischen Parlamentes und des Rates der EU. Dabei existieren Grund- und Durchführungsverordnungen sowohl für den Teilbereich Intrahandelsstatistik als auch für die Extrahandelsstatistik. Neben den EU-Rechtsgrundlagen stützt sich die Außenhandelsstatistik auf nationales Recht (Außenhandelsstatistikgesetz bzw. -durchführungsverordnung sowie das Bundesstatistikgesetz).

In der Außenhandelsstatistik wird erhebungstechnisch zwischen Extra- und Intrahandel unterschieden.

Die **Extrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittländern (Länder außerhalb der EU).

Die **Erhebung der Extrahandelsdaten** erfolgt über die Zollverwaltung im Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- oder Ausfuhrformlichkeiten. Die Statistikdaten werden überwiegend elektronisch im Rahmen des IT-Zollverfahrens „ATLAS“ an das Statistische Bundesamt übermittelt. Das Erhebungssystem im Extrahandel garantiert eine nahezu vollständige Erfassung aller grenzüberschreitenden Warenbewegungen.

Die **Intrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU, d. h. die Warentransaktionen innerhalb der Gemeinschaft. Hierbei handelt es sich um ein Erhebungssystem in Form einer Direktanmeldung durch die am Intrahandel beteiligten Unternehmen.

Das **Intrastat-System** ist durch eine enge Verknüpfung mit dem Umsatzsteuersystem gekennzeichnet, das eine (indirekte) Kontrolle der statistischen Meldungen über die monatlich von den Unternehmen bei den Finanzämtern abzugebenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen ermöglicht.

Ausgenommen von der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik sind u. a. Warenbewegungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut). Seit Januar 2007 sind auch Warenverkehre zur oder nach Reparatur von der Anmeldung befreit. Die Befreiungstatbestände sind in den jeweiligen Befreiungslisten für die beiden Erhebungssysteme aufgeführt.

Bei direkter Firmenbefragung (Intrastat-System) sind diejenigen Unternehmen von der Meldung befreit, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von derzeit 500 000 Euro nicht übersteigen (bis Ende 2011 betrug die Anmeldeschwelle 400 000 Euro).

In den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik sind **Zuschätzungen** für befreite Warenverkehre sowie für Antwortausfälle im Intrahandel enthalten. In den endgültigen Ergebnissen werden die Zuschätzungen für Antwortausfälle so weit wie möglich durch die nachträglich eingegangenen Meldungen ersetzt. Die Zuschätzungen im Intrahandel werden nach Partnerländern, Bundesländern und Kapiteln des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik aufgeteilt.

Erste monatliche Gesamtergebnisse werden in Form einer Pressemitteilung knapp 40 Tage nach Ende des jeweiligen Berichtsmonats veröffentlicht. Rund zwei Wochen danach liegen vorläufige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung vor. Die Ergebnisse werden monatlich revidiert. Endgültige Ergebnisse liegen etwa zehn Monate nach Ablauf eines Berichtsjahres vor.

Aufgrund unterschiedlicher Revisionsstände kann es zu Abweichungen zwischen den im Statistischen Jahrbuch und den in GENESIS-Online veröffentlichten Außenhandelsergebnissen kommen.

Außenhandelsergebnisse der EU-Mitgliedstaaten werden auch von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, veröffentlicht. Dabei gibt es aber methodische Unterschiede gegenüber den nationalen Veröffentlichungen. In den EU-Veröffentlichungen gilt im Intrahandel das **Versendungsland** bei den Einfuhren als Partnerland. Das ist das Land, aus dem die Waren versandt werden, ohne dass sie in anderen Ländern anderen als beförderungsbedingten Aufenthalten oder Rechtsgeschäften unterworfen werden. Im Extrahandel ist dagegen – wie in den nationalen deutschen Außenhandelsergebnissen generell – das **Ursprungsland** maßgeblich.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Außenbeitragsquote | Sie stellt das Verhältnis des Außenhandelssaldos – d. h. der Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – zur gesamten Wirtschaftsleistung dar. In der Regel bezieht der Begriff „Außenbeitrag“ neben Waren auch Dienstleistungen ein. Die hier abgebildete Außenbeitragsquote umfasst jedoch ausschließlich Waren.

Außenhandelsbilanz | Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren.

Außenhandelsbilanz, normierte | Die normierte Außenhandelsbilanz bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren).

Bestimmungsland | Dies ist das Land, in dem die Waren aus Deutschland ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden sollen. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt als Bestimmungsland das letzte zum Zeitpunkt der Ausfuhr bekannte Land, in das die Waren körperlich verbracht werden sollen.

Eurozone/Nicht-Eurozone | Die Eurozone umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, in denen der Euro gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Nicht-Eurozone beinhaltet alle übrigen Mitgliedstaaten der EU mit eigener Währung.

Exportquote | Sie stellt das Verhältnis der Ausfuhren zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Export-Performance-Index, deutscher | Der deutsche Export-Performance-Index ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland durch den Vergleich zwischen den Marktanteilen in einer bestimmten Periode gegenüber den Marktanteilen in einem Basisjahr. Die betrachteten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser 25 Länder. Der Index der deutschen Exporte gibt wieder, wie stark sich die tatsächlichen Werte für die 25 größten Partnerländer der deutschen Exporte bezogen auf ein Basisjahr verändert haben.

Importabhängigkeitsquote | Sie stellt das Verhältnis der Einfuhren zu dem um den Außenhandelssaldo – die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – bereinigten Bruttoinlandsprodukt dar.

Importquote | Sie stellt das Verhältnis der Importe zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Index der Durchschnittswerte (nach „Paasche“) | Er gibt Auskunft über die Bewegung der Einfuhr- und Ausfuhrdurchschnittswerte auf der Grundlage der statistischen Werte. Der Durchschnittswertindex ist kein echter Preisindex, weil Durchschnittswerte und nicht Einzelpreise seine Berechnungsgrundlage bilden. Die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt laufend berechneten echten Preisindizes (Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise) finden Sie im Kapitel 15 „Preise“.

Index des Volumens (nach „Laspeyres“) | Dieser gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder.

Länder | Die Bezeichnung der Länder richtet sich nach dem Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Partnerland | Als Partnerland wird in der Außenhandelsstatistik grundsätzlich das Ursprungsland (bei der Einfuhr) bzw. das Bestimmungsland (bei der Ausfuhr) nachgewiesen.

Terms of Trade | Sie geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat.

Ursprungsland | Dies gilt als das Land, in dem eine Ware vollständig gewonnen oder hergestellt wurde. Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so gilt als Ursprungsland das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat. Werden Waren deutschen Ursprungs wiedereingeführt, tritt anstelle des Ursprungslandes grundsätzlich das Land, aus dem diese Waren körperlich nach Deutschland gelangen. Gleiches gilt für die Wiedereinfuhr von Waren nach Veredelung.

Warengliederung | Die Gliederung der Waren erfolgt nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW), nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) sowie nach den Industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS).

Wert (tatsächlicher Wert) | Den internationalen Standards entsprechend wird als Warenwert der Grenzübergangswert („Statistischer Wert“) zugrunde gelegt. Der Wert ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutsche Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben, die anlässlich der Einfuhr bzw. Ausfuhr erhoben wurden, sind nicht im „Statistischen Wert“ enthalten. Bei Waren, die unentgeltlich oder im Rahmen eines Miet- oder Leasinggeschäftes geliefert werden, ist als statistischer Wert der Preis der Ware anzusetzen, der im Falle eines Kaufgeschäfts unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs vermutlich berechnet worden wäre. Entsprechend wird bei (unentgeltlichen) Warenverkehren zur Veredelung verfahren. Bei der Versendung/beim Eingang nach Veredelung entspricht der Wert dem Gesamtbetrag, der beim Verkauf der veredelten Waren berechnet worden wäre.

Wirtschaftszweig | Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen erfolgt nach den Abschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). Sie dient dazu, die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen, Betrieben und anderen statistischen Einheiten in allen amtlichen Statistiken einheitlich zu erfassen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Außenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 51000

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Außenhandel

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel

Fachberichte

Export, Import, Globalisierung – Deutscher Außenhandel 2011

Außenhandel und Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland 2008 – 2011

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/12 Weiterentwicklung der internationalen Handelsstatistik

Heft 9/12 Außenhandel nach Wirtschaftszweigen 2010

Heft 5/13 Der deutsche Außenhandel im Jahr 2012

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 24 81

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





17 Zahlungsbilanz

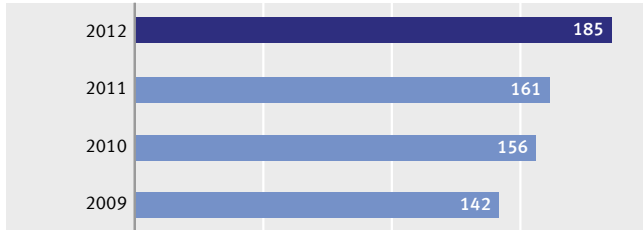
Die Zahlungsbilanz bildet alle wirtschaftlichen **Transaktionen zwischen Deutschland und der übrigen Welt** ab | In den letzten Jahren **Überschuss der Warenexporte über die -importe** | 2012 betrug er **178 Milliarden Euro** | Traditionell mehr Dienstleistungsimporte als -exporte | 2012 **Dienstleistungsdefizit von 20 Milliarden Euro** – **Hauptgrund:** Deutsche tragen Geld durchs **Reisen** ins Ausland

Seite	
423	Auf einen Blick
	Tabellen
424	Zahlungsbilanz Entwicklung Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren
426	Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen Deutsche Netto-ODA-Leistungen Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern
427	Direktinvestitionen Ausländische Direktinvestitionen im Inland (Kapitalgeberländer) Deutsche Direktinvestitionen im Ausland
429	Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland
430	Methodik
431	Glossar
432	Mehr zum Thema

17.0 Auf einen Blick

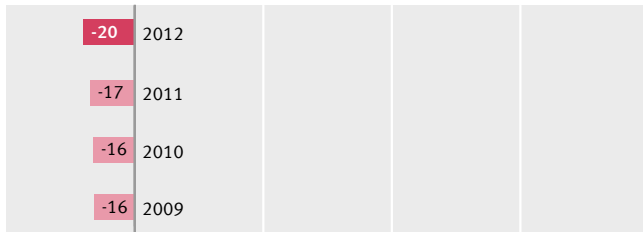
Leistungsbilanz

Saldo in Mrd. EUR



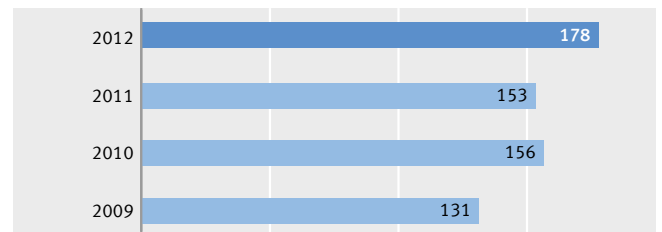
Dienstleistungsverkehr

Saldo in Mrd. EUR



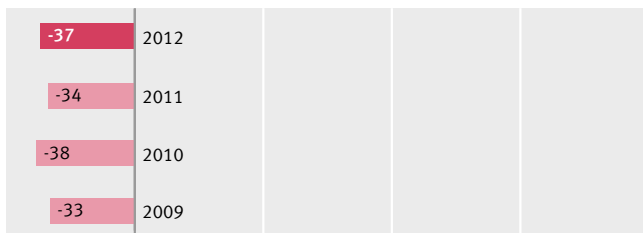
Warenverkehr (fob-Werte)

Saldo in Mrd. EUR



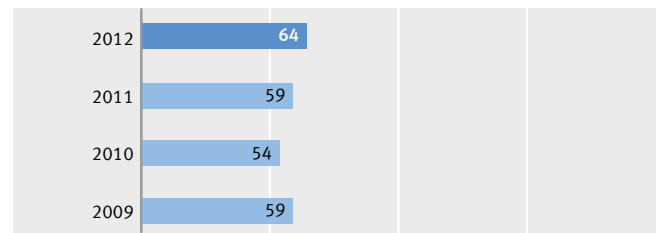
Laufende Übertragungen

Saldo in Mrd. EUR



Erwerbs- und Vermögenseinkommen¹

Saldo in Mrd. EUR



¹ Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Bilanz der Vermögensübertragungen** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der **Deutschen Bundesbank** unter www.bundesbank.de

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	Mill. EUR							
Leistungsbilanz/Vermögensübertragungen								
	Ausfuhr bzw. Einnahmen				Einfuhr bzw. Ausgaben			
Warenverkehr (fob-Werte)	838 991	1 004 494	1 126 907	1 172 753	707 726	848 038	937 614	994 989
Dienstleistungsverkehr	172 222	186 892	196 996	210 582	188 031	202 944	214 386	230 474
Reiseverkehr	24 842	26 159	27 923	29 666	58 183	58 934	61 686	65 239
Frachten	22 558	26 588	27 380	27 904	15 263	21 562	22 247	23 473
Personenbeförderung	9 136	11 003	10 418	10 541	8 401	10 259	10 066	10 373
Hafendienste und sonstige Transportleistungen	5 651	6 265	6 313	6 601	14 977	17 626	18 003	18 952
Transithandelserträge ¹	11 125	14 425	18 702	19 785	–	–	–	–
Versicherungen	3 814	4 422	4 408	4 444	2 573	2 989	3 273	2 808
Finanzdienstleistungen ²	9 387	9 678	10 800	11 158	5 067	5 396	6 910	6 062
Werbe- und Messekosten	3 855	4 504	4 075	4 389	4 428	5 091	5 010	5 028
Lizenzen und Patente	12 903	11 235	10 660	10 773	12 749	10 010	9 471	9 483
Arbeitsentgelte ³	41 769	46 401	50 518	55 006	39 245	43 714	49 424	56 678
Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen	9 837	9 159	9 144	8 171	6 776	5 659	5 731	6 156
Regierung ⁴	3 637	3 753	3 786	3 929	993	890	847	831
Andere Dienstleistungen	13 705	13 302	12 868	18 214	19 377	20 814	21 717	25 391
Erwerbs- und Vermögenseinkommen ⁵	177 664	190 362	198 131	197 533	118 639	136 484	139 115	133 160
Laufende Übertragungen	17 455	17 434	19 948	18 779	50 399	55 722	53 671	55 602
Private Übertragungen								
Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer	–	–	–	–	2 995	3 035	2 977	3 080
Andere private Übertragungen	3 771	4 403	4 014	4 543	15 146	16 287	14 563	14 460
Staatliche Übertragungen								
Europäische Union	6 434	6 227	6 305	6 011	23 008	25 700	25 410	27 109
Steuern (Saldo)	4 329	4 134	6 715	5 271	–	–	–	–
Andere staatliche Übertragungen	2 920	2 670	2 914	2 954	9 250	10 700	10 721	10 953
Insgesamt	1 206 332	1 399 181	1 541 982	1 599 648	1 064 794	1 243 189	1 380 786	1 414 225
Saldo der Leistungsbilanz	141 537	155 992	161 196	185 423	–	–	–	–
Vermögensübertragungen	3 555	3 222	4 403	4 044	3 527	3 797	3 730	4 004
Private Übertragungen	3 555	3 222	4 403	4 044	1 823	1 758	1 404	1 356
Staatliche Übertragungen	–	–	–	–	1 704	2 039	2 326	2 648
Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	28	– 575	673	40	–	–	–	–
Saldo insgesamt	141 565	155 417	161 870	185 463	–	–	–	–
	Kapitalbilanz							
	Veränderung der Verbindlichkeiten				Veränderung der Forderungen			
Kapitalverkehr								
Direktinvestitionen	16 167	43 361	35 203	5 109	50 132	91 757	37 527	52 088
Wertpapiere	– 6 119	47 318	49 627	42 250	68 992	188 949	50 176	125 840
Übriger Kapitalverkehr	– 147 387	177 852	– 21 231	74 584	– 94 872	126 356	135 670	177 591
Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank zu Transaktionswerten	–	–	–	–	– 3 200	1 613	2 836	1 297
Kapitalverkehr insgesamt	– 137 339	268 531	63 600	121 943	21 052	408 675	226 210	356 815
Saldo der Kapitalbilanz	–	–	–	–	158 391	140 144	162 610	234 872
Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	–	–	–	–	– 16 826	15 273	– 740	– 49 409

1 Saldo. – Geschätzt nach der regionalen Struktur der Transithandelsverkäufe (Käuferland).

2 Im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für Bankprovisionen.

3 Entgelte für selbstständige Arbeiten (Forschung und Entwicklung, Ingenieur-, sonstige technische-, kaufmännische Dienstleistungen u. a.).

4 Einschl. der gesamten Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5 Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.2 Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren

	Monetäre Finanzinstitute ¹		Unternehmen und Privatpersonen		Öffentliche Stellen ²	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Mill. EUR						
Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland						
Insgesamt	- 56 163	- 63 048	184 577	99 553	228 402	189 705
Direktinvestitionen	5 956	3 189	46 132	34 338	-	-
Wertpapieranlagen ³	65	- 22 168	139 386	44 603	- 13 612	27 741
Übriger Kapitalverkehr ⁴	- 62 184	- 44 070	- 941	20 612	240 717	159 128
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ...	-	-	-	-	1 297	2 836
Ausländische Nettokapitalanlagen in Deutschland						
Insgesamt	13 820	- 109 357	- 6 813	42 974	114 936	129 983
Direktinvestitionen	2 271	2 035	2 838	33 168	-	-
Wertpapieranlagen ⁵	- 39 960	- 14 685	- 3 616	- 15 200	85 826	79 512
Übriger Kapitalverkehr ⁴	51 508	- 96 708	- 6 034	25 006	29 110	50 471

Direktinvestitionen umfassen die Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, an denen der Investor 10 % oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar hält; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch alle Anlagen im Grundbesitz. Erfasst werden Anteile am Kapital einschl. Rücklagen, Gewinn- und Verlustvorträge und Kredite (kurz- und langfristig einschl. Handelskredite). Die Aufnahme von Krediten der Direktinvestoren bei ihren Töchtern wird als Mittelrückführung verbucht.

1 Ohne Deutsche Bundesbank.

2 Einschl. Wertpapieranlagen und übriger Kapitalverkehr der Bundesbank.

3 Einschl. Finanzderivate.

4 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben und sonstige Anlagen.

5 „Öffentliche Stellen“: Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost, der früheren Treuhandanstalt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.3 Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Die **Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA)** umfasst Leistungen an Entwicklungsländer (nach DAC-Definition) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer, die von öffentlichen Stellen vergeben werden und bei denen jede Transaktion mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder eingesetzt wird. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert. **Bilateral** = deutsche bilaterale ODA-Leistungen, **multilateral** = deutscher Anteil an den ODA-Leistungen multilateraler Geber. Zur bilateralen ODA zählen auch Schuldenerlasse und Leistungen in Deutschland, insbesondere Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern.

17.3.1 Deutsche Netto-ODA-Leistungen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Mill. EUR							
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	6 064	8 112	8 313	8 978	9 693	8 674	9 804	10 136
Bilateral	3 077	5 992	5 604	5 807	6 283	5 096	6 082	6 256
Multilateral	2 988	2 120	2 709	3 171	3 410	3 578	3 722	3 880

17.3.2 Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern 2011

	Mill. EUR		Mill. EUR		Mill. EUR
Insgesamt	6 256,1	Mosambik	66,1	Trinidad und Tobago	–
Europa	332,5	Namibia	49,4	Uruguay	– 6,5
darunter:		Niger	21,5	Venezuela	5,7
Albanien	27,9	Nigeria	15,7	Asien	2 130,6
Bosnien und Herzegowina	23,7	Ruanda	34,1	darunter:	
Kosovo	24,6	Sambia	28,5	Afghanistan	387,9
Kroatien	–	São Tomé und Príncipe	0,1	Armenien	29,4
Mazedonien	16,7	Senegal	18,3	Aserbaidschan	9,9
Serbien	51,4	Seychellen	0,4	Bangladesch	55,4
Türkei	42,2	Sierra Leone	12,0	Bhutan	0,4
Ukraine	57,4	Simbabwe	42,1	China	349,2
Weißrussland	12,7	Somalia	24,5	Georgien	52,9
Afrika	1 852,1	Sudan	21,3	Indien	357,4
darunter:		Südafrika	75,7	Indonesien	53,7
Ägypten	118,2	Swasiland	0,5	Irak	21,2
Algerien	7,5	Tansania	67,3	Iran, Islam. Rep.	39,0
Angola	4,1	Togo	24,3	Jemen	72,5
Äthiopien	72,8	Tschad	10,6	Jordanien	25,6
Benin	35,6	Tunesien	22,4	Kambodscha	7,3
Botsuana	1,5	Uganda	44,5	Kasachstan	4,2
Burkina Faso	31,5	Zentralafrikanische Republik	3,8	Kirgisistan	23,6
Burundi	23,7	Amerika	811,7	Korea, Demokr. Volksrep.	1,8
Côte d'Ivoire	14,0	darunter:		Laos	17,5
Dschibuti	4,9	Argentinien	15,7	Libanon	21,0
Eritrea	0,6	Bolivien	28,3	Malaysia	7,8
Gabun	– 2,5	Brasilien	155,1	Malediven	0,2
Gambia	0,3	Chile	26,2	Mongolei	25,0
Ghana	71,4	Costa Rica	7,1	Myanmar	7,7
Guinea	10,0	Dominikanische Republik	0,5	Nepal	29,1
Guinea-Bissau	0,9	Ecuador	29,6	Oman	–
Kamerun	69,8	El Salvador	10,7	Pakistan	90,4
Kap Verde	0,2	Guatemala	13,1	Palästinensische Gebiete	89,2
Kenia	112,6	Guyana	4,2	Philippinen	7,3
Kongo	72,2	Haiti	20,1	Sri Lanka	1,4
Kongo, Demokr. Rep.	67,5	Honduras	10,3	Syrien, Arab. Rep.	32,6
Lesotho	2,8	Jamaika	– 3,9	Tadschikistan	28,5
Liberia	79,1	Kolumbien	33,2	Thailand	– 35,2
Libyen	11,0	Kuba	2,1	Timor-Leste	5,8
Madagaskar	14,6	Mexiko	65,6	Turkmenistan	1,1
Malawi	18,9	Nicaragua	15,7	Usbekistan	11,8
Mali	26,2	Panama	1,1	Vietnam	89,1
Marokko	40,3	Paraguay	2,9	Ozeanien	6,4
Mauretanien	6,7	Peru	156,1	Entwicklungsländer, nicht aufteilbar	1 122,8
Mauritius	– 0,1	St. Lucia	0,0		

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

17.4 Direktinvestitionen

Der Stand der **Direktinvestitionen** in den Tabellen 17.4.1 und 17.4.2 setzt sich zusammen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, und den Krediten und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben. Ausführliche methodische Erläuterungen enthalten der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 31. Jg. 4/1979, S. 26 ff., sowie die Statistische Sonderveröffentlichung „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2013“, S. 65 ff.

17.4.1 Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Wirtschaftszweig der Investitionsobjekte	Stand am Jahresende								
	2010	2011	nach ausgewählten Kapitalgeberländern						
			Frankreich	Vereinigtes Königreich	Niederlande	Belgien	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
	Mill. EUR								
Insgesamt	536 375	548 558	45 498	48 818	128 907	9 592	35 698	50 268	15 385
Verarbeitendes Gewerbe	173 506	175 785	15 233	17 574	50 480	3 763	14 456	16 832	4 680
darunter:									
Ernährungsgewerbe	6 381	6 852	196	191	1 457	161	1 528	412	100
Textilgewerbe	451	459	. ¹	39	49	. ¹	14	131	–
Papiergewerbe	5 769	6 453	201	154	852	. ¹	58	704	. ¹
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	17 801	17 886	. ¹	. ¹	8 372	–	–	. ¹	–
Chemische Industrie	20 012	20 527	1 611	2 789	6 420	1 499	766	2 004	629
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6 457	7 119	342	256	1 578	194	1 008	336	101
Metallerzeugung und -bearbeitung	6 290	6 811	808	52	2 217	. ¹	553	652	. ¹
Herstellung von Metallerzeugnissen	6 813	6 364	518	596	872	19	698	497	9
Maschinenbau	20 787	21 928	1 094	762	4 614	404	3 571	2 928	553
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräten und -einrichtungen	847	666	. ¹	–	562	. ¹	27	34	–
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	8 740	8 678	796	605	2 567	32	1 430	3 058	410
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik . .	10 229	10 665	1 079	310	1 500	. ¹	656	1 093	335
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	8 878	6 998	859	83	1 909	. ¹	186	1 447	478
Baugewerbe	1 958	2 488	163	5	281	118	170	–	. ¹
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Ge- brauchsgütern	67 640	71 378	6 313	5 433	15 796	1 472	6 426	4 848	7 902
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	44 596	45 810	607	9 891	16 387	44	291	1 443	208
Kreditinstitute	50 636	48 677	5 931	3 145	5 273	508	1 359	– 860	1 085
Versicherungsgewerbe	17 628	16 137	2 068	456	2 912	. ¹	1 390	3 468	–
Grundstücks- und Wohnungswesen	24 656	25 410	651	2 545	5 225	671	1 919	847	82
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	20 191	20 929	1 838	3 451	5 433	303	1 161	1 772	71
Beteiligungsgesellschaften	71 327	73 853	3 458	3 041	15 518	738	5 395	17 021	755
Sonstige Wirtschaftsbereiche ¹²	64 237	68 091	9 236	3 277	11 602	1 975	3 131	4 897	602

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energie- und Wasserversorgung; Verkehr und Lagerei; Gastgewerbe; Erziehung, Gesundheit und Sozialwesen und sonstige Dienstleistungsbereiche.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17 Zahlungsbilanz
17.4 Direktinvestitionen
17.4.2 Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts

Anlageland	Stand am Jahresende 2011								
	Alle Wirtschaftszweige	darunter:							
		Chemische Industrie	Maschinenbau	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä. ¹	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenanteilen ¹	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	Kreditinstitute	Sonstige Finanzierungsinstitutionen	Beteiligungsgesellschaften
	Mill. EUR								
Insgesamt	1 144 029	74 619	30 996	21 784	82 043	152 763	74 269	226 502	64 469
Europa	698 874	32 433	15 323	14 200	43 795	97 584	47 819	134 720	56 817
EU-Länder (EU27)	615 511	29 763	11 480	12 378	40 648	76 909	44 729	128 657	52 661
darunter:									
Belgien	58 685	13 235	747	77	1 295	4 964	506	28 122	242
Dänemark	6 799	89	495	. ¹²	79	1 596	. ¹²	1 211	235
Frankreich	47 047	2 315	1 777	2 293	1 606	10 167	823	1 268	1 156
Irland	14 919	216	35	737	. ¹²	811	3 162	4 137	126
Italien	36 244	1 759	1 356	821	782	8 809	3 285	1 638	287
Luxemburg	50 028	. ¹²	36	. ¹²	. ¹²	483	13 359	11 374	11 575
Niederlande	81 864	1 900	483	426	507	4 955	473	25 936	26 073
Österreich	31 548	308	1 213	4 073	1 816	8 060	1 165	2 822	1 527
Portugal	4 519	40	178	22	646	1 530	182	4	3
Schweden	26 027	630	824	. ¹²	11 172	2 283	54	959	75
Spanien ¹³	27 478	1 953	1 060	1 000	2 060	4 445	1 035	449	1 602
Tschechische Republik	24 099	353	588	976	5 435	3 043	400	125	179
Ungarn	17 382	328	425	353	7 384	2 078	353	281	693
Vereinigtes Königreich	117 124	2 497	1 043	666	2 225	12 076	17 673	33 099	8 315
Andere europäische Länder ¹⁴	83 363	2 670	3 843	1 821	3 147	20 675	3 089	6 063	4 156
darunter:									
Norwegen	7 277	173	76	. ¹²	. ¹²	1 147	. ¹²	656	111
Russische Föderation	19 665	481	444	289	1 219	5 879	977	494	12
Schweiz	38 713	1 197	2 643	1 134	300	11 039	1 052	2 738	3 813
Türkei	7 482	429	644	289	1 174	1 244	. ¹²	426	92
Afrika	10 099	771	189	178	2 950	928	. ¹²	430	300
dar. Südafrika	6 273	575	178	72	2 797	748	. ¹²	58	147
Amerika	312 667	25 805	8 486	3 022	19 008	25 765	20 084	86 462	6 371
darunter:									
Argentinien	2 298	446	24	50	421	474	. ¹²	0	. ¹²
Brasilien	24 222	3 662	1 273	1 278	7 374	1 856	. ¹²	926	71
Kanada	13 548	680	499	237	188	1 958	. ¹²	821	395
Mexiko	7 905	987	90	182	2 846	1 031	. ¹²	217	-
Vereinigte Staaten	253 872	18 818	6 530	1 207	8 097	18 865	20 322	80 882	5 358
Asien	104 171	14 314	6 733	3 998	16 094	22 518	5 739	3 591	648
darunter:									
China ¹⁵	38 795	5 634	4 342	1 677	9 277	8 451	1 009	697	1
Hongkong	4 164	139	57	81	-	2 720	- 548	105	313
Japan	15 007	1 345	387	. ¹²	4 231	3 315	102	1 340	24
Korea, Republik	6 983	1 376	716	209	712	1 125	195	665	-
Malaysia	4 547	720	98	348	44	386	. ¹²	. ¹²	- 2
Singapur	11 911	1 299	129	29	. ¹²	3 413	2 900	78	285
Ozeanien und Polarregionen	18 217	1 297	266	386	197	5 967	. ¹²	1 299	333
nachrichtlich: Industrieländer	963 671	53 451	22 372	15 475	54 158	117 581	67 119	218 379	62 879

1 H. v. = Herstellung von.

2 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

3 Einschl. der Kanarischen Inseln.

4 Einschl. Guernsey, Insel Man und Jersey. – Ohne Bulgarien und Rumänien.

5 Ohne Hongkong.

17.5 Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland

	Aktiva			Passiva			Saldo		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mill. EUR								
Insgesamt	5 046 526	6 308 368	6 554 583	4 244 004	5 437 488	5 709 862	802 522	870 879	844 721
Unternehmen und Privatpersonen	2 471 010	2 733 216	2 738 402	1 579 439	1 710 500	1 703 584	891 571	1 022 716	1 034 818
Kurzfristig									
Kredite aus Finanzbeziehungen	237 980	261 821	285 065	141 001	147 659	181 048	96 979	114 162	104 018
Handelskredite	102 030	111 668	120 028	99 033	102 336	120 520	2 997	9 331	- 492
Langfristig									
Kredite aus Finanzbeziehungen	168 723	212 704	192 505	206 878	227 716	211 804	- 38 155	- 15 012	- 19 299
Wertpapieranlagen ¹	1 053 677	1 165 460	1 132 851	489 149	559 390	507 299	564 528	606 070	625 552
Direktinvestitionen ²	860 825	930 660	953 598	639 238	669 352	678 750	221 587	261 308	274 847
Sonstige Anlagen	47 774	50 904	54 355	4 141	4 047	4 163	43 633	46 857	50 192
Öffentliche Haushalte	41 421	226 921	238 430	916 522	1 089 788	1 273 932	- 875 101	- 862 868	- 1 035 501
Kredite ³	26 821	91 660	104 997	23 000	117 984	136 720	3 821	- 26 324	- 31 723
Wertpapieranlagen	11 724	132 417	130 517	892 056	968 915	1 133 263	- 880 332	- 836 498	- 1 002 746
Sonstige Anlagen	2 875	2 844	2 916	1 466	2 889	3 949	1 409	- 45	- 1 033
Monetäre Finanzinstitute (ohne Bundesbank)	2 210 809	2 823 536	2 863 089	1 738 917	2 622 579	2 685 789	471 892	200 956	177 299
Kurzfristig ⁴	761 798	720 906	668 757	675 732	772 213	693 730	86 066	- 51 307	- 24 973
Langfristig									
Kredite ⁴	695 302	633 830	658 526	197 763	200 729	191 388	497 539	433 101	467 138
Wertpapieranlagen	667 989	590 101	522 238	826 768	821 227	828 241	- 158 779	- 231 126	- 306 003
Direktinvestitionen ²	82 626	91 389	94 471	33 727	36 981	38 078	48 898	54 408	56 392
Sonstige Anlagen	3 094	787 310	919 097	4 927	791 429	934 352	- 1 833	- 4 119	- 15 255
Deutsche Bundesbank	323 287	524 695	714 662	9 126	14 620	46 557	314 161	510 075	668 105
Sonstige Auslandspassiva ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Maßgebend für die Wertansätze sind Marktpreise; bei den Positionen in Fremdwährung werden die Devisenkurse und bei den Wertpapierpositionen zusätzlich die Börsenkurse berücksichtigt. Die Werte für das Beteiligungskapital und für die Kredite im Rahmen der Direktinvestitionen beruhen im wesentlichen auf den Bilanzen der Investitionsobjekte.

Als „kurzfristig“ sind Aktiva und Passiva mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, als „langfristig“ mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr oder ohne Laufzeitbegrenzung bezeichnet.

Stichtag, soweit nicht anders angegeben, Jahresende.

1 Passiva: Einschl. Anleihen der Deutschen Bundespost.

2 Anteile am Kapital ausländischer bzw. inländischer Unternehmen von 10 % oder mehr. Bei Unternehmen und Privatpersonen: Einschl. der Direktinvestitionskredite unter Berücksichtigung der Kredite ausländischer Töchter an ihre deutschen Mütter bzw. Kredite deutscher Töchter an ausländische Mütter.

3 Passiva: Schuldscheindarlehen.

4 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. Ä.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Methodik

■ Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Bilanz der Vermögensübertragungen** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter www.bundesbank.de

Die Zahlungsbilanz ist, wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem, formal stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{array}{rcl}
 & \text{Saldo der Leistungsbilanz} & + \\
 = & \text{Saldo der Kapitalbilanz (einschl.} & + \\
 & \text{Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank zu Transaktionswerten)} & \text{Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen}
 \end{array}$$

■ Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Angaben über die **Leistungen öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen** werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erfasst und zusammengestellt. Dies geschieht nach den Richtlinien des Entwicklungsausschusses der OECD (Development Assistance Committee, DAC). Die Angaben sind mit den Angaben in der Zahlungsbilanz nicht voll vergleichbar, da sie teilweise auf anderen Unterlagen beruhen. Einerseits sind in der Zahlungsbilanz Leistungen enthalten, die nach den OECD/DAC-Richtlinien nicht berücksichtigt werden. Andererseits sind bestimmte in der DAC-Statistik zu erfassende Leistungen nach den Konzepten der Zahlungsbilanzstatistik nicht aufzunehmen. Weitere Informationen bietet die Homepage des BMZ unter www.bmz.de

■ Direktinvestitionen

Angaben über den Stand **deutscher Direktinvestitionen im Ausland und ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland** ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank seit Ende 1976 jährlich. Sie geben Auskunft über den Stand der Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland auf der Grundlage internationaler Unternehmensbeteiligungen. Ausführliche methodische Erläuterungen zu Direktinvestitionen enthalten der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 31. Jg. 4/1979, S. 26 ff., sowie die Statistische Sonderveröffentlichung „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2013“, S. 69 ff.

Glossar

Direktinvestitionen | Sie setzen sich zum einen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens zusammen, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist. Dazu kommen die Kredite und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben (siehe hierzu Tabellen 17.4.1 und 17.4.2).

Forderungen | Das sind wirtschaftliche Rechte gegen das Vermögen ausländischer Volkswirtschaften. In der Tabelle 17.2 über den Kapitalverkehr mit dem Ausland werden sie als Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland bezeichnet. Zu den Forderungen zählen insbesondere Bankguthaben, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Gliederung des Kapitalverkehrs nach Sektoren | Diese folgt der Systematik des Internationalen Währungsfonds. Sie ist der Sektorengliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angenähert und erleichtert die Analyse der Kapitalbewegungen, da für den Kapitalmarkt der einzelnen Sektoren jeweils ganz spezifische Gesichtspunkte entscheidend sind. Es werden folgende Sektoren unterschieden: Monetäre Finanzinstitute, Unternehmen und private Haushalte, Staat, Deutsche Bundesbank. Eine Trennung der privaten Haushalte von den Unternehmen ist bisher aus technischen Gründen nicht möglich. Zu den Unternehmen rechnen auch die Unternehmen in öffentlichem Besitz, wie etwa die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Post AG. Der Sektor „Staat“ umfasst den Bund einschließlich des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens, die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung.

Kapitalbilanz | Sie enthält alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen ändern (z. B. Guthaben, Wertpapiere oder Beteiligungen sowie die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank).

Leistungsbilanz | Diese umfasst alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen und die laufenden Übertragungen, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) | Es handelt sich hierbei um Leistungen an Entwicklungsländer (nach DAC-Definition) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer. Öffentliche Stellen vergeben diese Leistungen. Jede Transaktion hat zum Hauptziel die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert.

Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen | In dieser Position schlagen sich alle Erfassungslücken sowie Ungenauigkeiten bei der periodengerechten Zuordnung nieder. Der Saldo wird gesondert ausgewiesen.

Übertragungen | Sie umfassen die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen, die unentgeltlich erfolgt sind.

Verbindlichkeiten | Das sind alle Anrechte auf Teile des deutschen Volksvermögens, die sich in der Hand von Ausländern befinden (Tabelle 17.2: Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland). Zu den Verbindlichkeiten zählen insbesondere Bankguthaben, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Vermögensübertragungen | Diese sind ausgegliedert und werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Im Gegensatz zu den laufenden Übertragungen umfassen sie diejenigen unentgeltlichen Leistungen, die nicht direkt das Einkommen oder den Verbrauch der beteiligten Länder verändern (z. B. Schuldenerlass).

Warenverkehr (fob-Werte) | Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Außenhandel (Lagerverkehr auf inländische Rechnung u. a.). Die Einfuhr wurde umgerechnet von den cif-Werten (cost, insurance, freight = Kosten, Versicherungen, Fracht inbegriffen) der Außenhandelsstatistik auf fob-Werte (free on board = frei an Bord).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, deren Daten in diesem Kapitel überwiegend verwendet wurden. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Zahlungsbilanz* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben von der Deutschen Bundesbank (www.bundesbank.de) stammen.

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Zahlungsbilanz

| Statistisches Beiheft Zahlungsbilanzstatistik, Deutsche Bundesbank

■ Direktinvestitionen

| Bestandserhebung über Direktinvestitionen (Statistische Sonderveröffentlichung, Deutsche Bundesbank, April 2013)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 29 92

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

18 Umwelt



Über **9 %** der **Unternehmensinvestitionen** im Produzierenden Gewerbe flossen 2010 in **Umweltschutzmaßnahmen** | Einnahmen an **Umweltsteuern** betrugen 2012 rund **57,2 Mrd. EUR** | Mehr als **zwei Drittel** des Abfallaufkommens **recycelt** | Rund **1,1 Millionen Tonnen** Klärschlamm **thermisch entsorgt** | Bei **2 253 Unfällen** wurden **7 450 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe** freigesetzt | **25 %** der **Wälder** waren 2012 **geschädigt** | **Energieverbrauch** (temperaturbereinigt) der privaten Haushalte für **Wohnen** seit 2000 um fast **18 %** gesunken

Seite

435 **Auf einen Blick****Tabellen**436 **Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich**

Investitionen | Laufende Aufwendungen | Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz

439 **Wasser und Abwasser**

Wassergewinnung nach Ländern, nach Wirtschaftsbereichen | Öffentliche Wasserabgabe | Wassergewinnung, Fremdbezug und Wassereinsatz in der nichtöffentlichen Wasserversorgung | Wassernutzung nach Einsatzbereichen der nichtöffentlichen Wasserversorgung | Öffentliche und nichtöffentliche Abwasserentsorgung | Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation | Klärschlamm entsorgung | Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallkriterien, nach Wassergefährdungsklassen

445 **Abfallbilanz**

Abfallaufkommen | Verwertungsquote | Recyclingquote

446 **Klimawirksame Stoffe**

Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe | Nach Stoffarten | Nach Wirtschaftszweigen

448 **Straftaten gegen die Umwelt**

Straftaten | Verurteilte

449 **Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen**

Material- und Energieflüsse | Primärenergieverbrauch | Verwendung von Energieträgern im Inland | Treibhausgasemissionen | Luftschadstoffe | Wasserentnahme | Abgabe von Wasser

454 **Umweltzustand – Waldschäden**

Nach Ländern | Nach Baumarten und Altersstufen

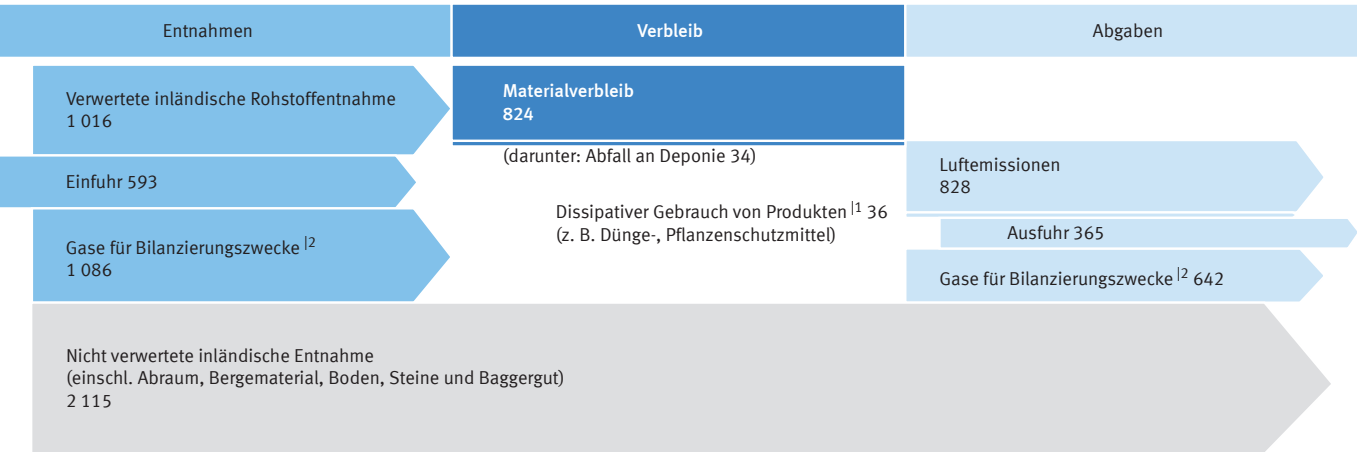
455 **Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit**

Ausgaben für den Umweltschutz | Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren | Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

457 **Methodik**460 **Glossar**462 **Mehr zum Thema**

18.0 Auf einen Blick

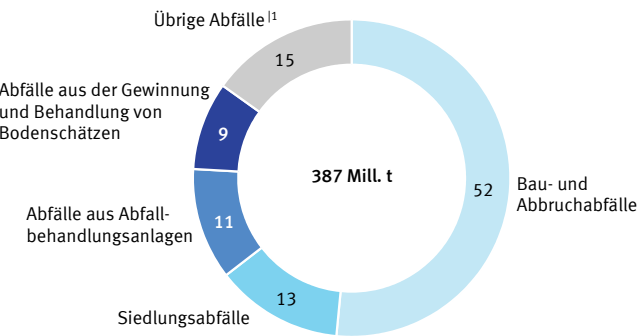
Entnahmen und Abgaben von Material (ohne Wasser) 2010
in Mill. t



1 Einschl. dissipativen Verlusten, ohne Emissionen im Wasser, Wirtschaftsdünger als Trockenmasse.
2 Insbesondere für bzw. aus Verbrennungsprozessen (O₂, N₂ bzw. H₂O).

2013 - 01 - 0370

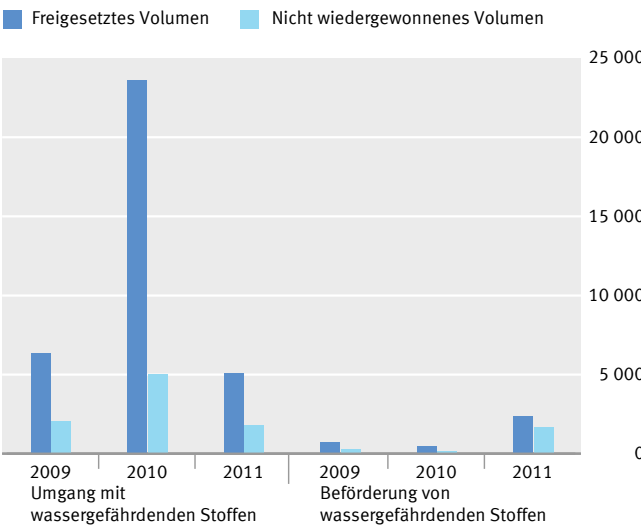
Abfallaufkommen 2011
in %



Vorläufiges Ergebnis.
1 Insbesondere aus Produktion und Gewerbe.

2013 - 01 - 0366

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
in m³



18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

18.1.1 Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2010

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Investitionen								
		insgesamt ²	davon für den Umweltschutz							
			zusammen	Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Naturschutz und Landschaftspflege	Bodensanierung	Klimaschutz
Anzahl		1 000 EUR								
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	42 315	65 071 542	6 033 003	799 892	2 475 685	75 191	706 589	40 731	53 698	1 881 217
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	368	1 176 280	93 536	1 780	62 947	6 700	12 825	.	.	5 947
darunter:										
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	345	.	12 297	1 494	2 060	554	3 348	479	.	4 347
Verarbeitendes Gewerbe	35 610	45 733 545	1 691 568	113 786	371 539	50 340	494 574	10 978	29 354	620 997
darunter:										
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	4 630	3 345 648	136 683	3 053	21 975	3 687	9 389	1 147	504	96 928
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	787	1 201 643	70 249	7 652	15 448	1 374	6 494	845	382	38 054
Kokerei und Mineralölverarbeitung	43	885 205	167 282	438	77 073	.	60 206	.	16 373	11 614
H. v. chemischen Erzeugnissen	1 146	4 335 022	273 873	20 997	83 658	5 264	96 064	482	3 674	63 736
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2 644	2 219 789	65 228	6 584	10 408	1 659	16 808	128	231	29 410
H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 460	1 494 376	140 878	10 878	16 683	4 603	39 436	687	43	68 549
Metallerzeugung und -bearbeitung	899	2 271 909	205 248	17 148	28 263	7 046	122 137	374	460	29 821
H. v. Metallerzeugnissen	6 486	2 954 714	85 593	5 296	10 199	5 829	17 236	1 030	764	45 240
Maschinenbau	5 079	4 647 896	82 683	8 087	21 546	3 035	15 693	954	2 207	31 161
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 017	10 442 422	132 308	10 372	26 758	8 222	40 835	1 191	1 516	43 413
Energieversorgung	1 722	12 341 168	1 530 673	33 144	105 146	16 335	188 630	.	.	1 150 830
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	4 615	5 820 549	2 717 226	651 183	1 936 053	1 817	10 561	8 937	5 234	103 443
darunter:										
Wasserversorgung	1 660	1 814 684	350 331	3 261	.	.	.	.	.	.
Abwasserentsorgung	1 318	2 772 852	1 663 897	25 965	1 587 145	.	1 913	3 610	.	44 794
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1 578	1 216 312	697 315	620 131	27 517	1 461	8 244	4 021	1 233	34 707

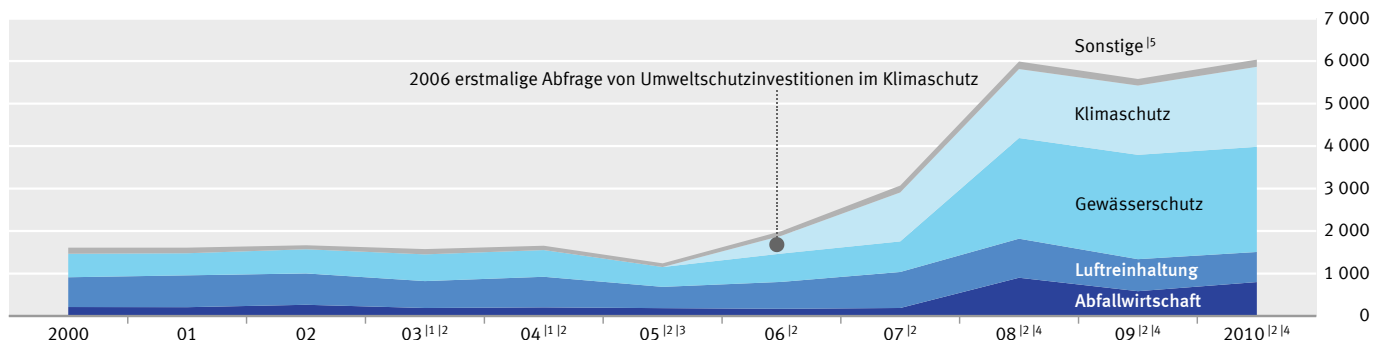
Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr; in der Energieversorgung alle Unternehmen; in der Wasserversorgung werden Unternehmen mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr, in der Abfallbeseitigung ab 1 Mill. Euro Umsatz einbezogen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Aktive Bruttozugänge an erworbenen und selbstgestellten Sachanlagen.

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

in Mill. EUR



Ohne Baugewerbe.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Additive und integrierte Investitionen.

3 Ohne Energie- und Wasserversorgung.

4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

5 Lärmbekämpfung, Bodensanierung sowie Naturschutz und Landschaftspflege.

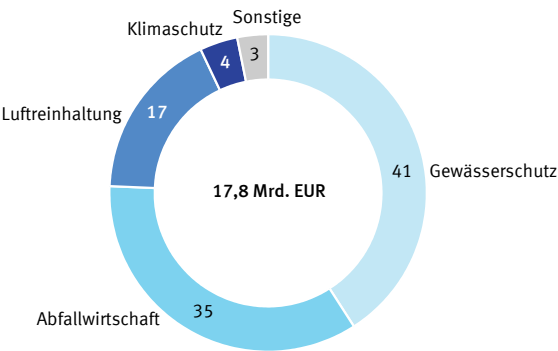
2013 - 01 - 0374

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
18.1.2 Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2010

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unterneh- men ²	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz							
		insgesamt	davon						
			Abfallwirt- schaft	Gewässer- schutz	Lärmbe- kämpfung	Luftrein- haltung	Naturschutz und Land- schaftspflege	Boden- sanierung	Klimaschutz
	Anzahl	1 000 EUR							
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	21 351	17 782 676	6 188 803	7 271 764	(220 631)	3 079 499	148 851	186 943	686 184
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	134	200 423	X	68 396	4 694	35 298	20 248	25 759	X
Verarbeitendes Gewerbe	19 889	8 183 406	(2 612 484)	2 880 116	(178 037)	2 113 568	46 300	94 835	258 066
darunter:									
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	2 561	594 760	X	305 287	X	29 809	(1 567)	(1 360)	24 172
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	558	466 294	181 790	208 388	4 278	40 654	X	X	29 096
Kokerei und Mineralölverarbeitung	34	853 590	42 491	(226 443)	(6 509)	555 114	1 559	9 960	11 515
H. v. chemischen Erzeugnissen	811	1 797 394	528 629	847 437	21 643	334 845	4 419	26 474	33 948
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	190	196 930	69 998	97 674	662	19 457	2 932	2 183	X
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1 610	193 003	107 929	33 607	1 864	38 160	(867)	(536)	X
H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	806	306 264	96 594	58 425	6 262	120 270	7 713	1 636	X
Metallerzeugung und -bearbeitung	654	1 415 128	312 091	422 203	X	591 867	X	(4 101)	(3 962)
H. v. Metallerzeugnissen	3 036	X	X	77 752	X	26 439	2 474	(3 414)	X
Maschinenbau	3 134	317 636	124 392	91 330	6 407	72 959	2 779	5 720	14 051
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	707	808 419	263 874	250 570	20 685	193 636	11 835	27 080	40 739
Energieversorgung	593	2 565 950	601 237	611 120	24 428	822 046	73 175	44 751	389 193
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	735	6 832 896	2 934 534	3 712 132	X	X	(9 128)	X	X
darunter:									
Wasserversorgung	160	(438 880)	23 285	(412 078)	–	X	X	X	X
Abwasserentsorgung	100	3 344 179	200 948	3 108 618	–	(5 416)	X	X	X
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	463	3 041 215	2 705 548	X	X	X	(1 580)	X	X

Vorläufige Ergebnisse.
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
2 Unternehmen mit 50 Beschäftigten und mehr; ohne Baugewerbe.

Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz
nach Umweltbereichen 2010, in %



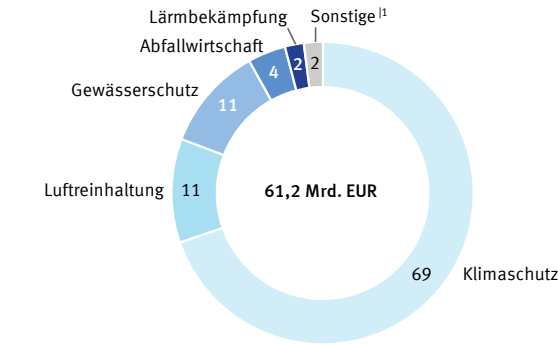
2013 - 01 - 0366

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
18.1.3 Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2010

Nr. der Klassifi- kation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz für den Umweltschutz						
		insgesamt	davon erzielt mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für					
			Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbe- kämpfung	Luftreinhaltung	Klimaschutz	sonstige ¹²
		1 000 EUR						
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen								
	Insgesamt	61 159 049	2 620 217	6 742 686	1 460 833	6 942 766	42 258 311	1 134 237
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11 579	8	3 479	–	3 731	2 997	1 365
C	Verarbeitendes Gewerbe	46 519 916	2 139 033	3 389 937	1 247 868	6 593 701	32 970 009	179 369
	darunter:							
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 394 657	29 459	292 754	30 898	742 257	2 264 057	35 232
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 207 322	276 287	862 685	126 491	17 583	1 924 114	162
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 100 586	28 255	360 290	116 324	376 602	1 210 207	8 908
25	H. v. Metallerzeugnissen	2 685 646	331 739	201 852	95 965	585 395	1 468 368	2 329
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektroni- schen und optischen Erzeugnissen	7 528 357	20 863	227 721	19 630	423 482	6 814 572	22 090
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	4 755 092	22 418	32 176	1 606	121 009	4 494 386	83 497
28	Maschinenbau	10 306 059	948 887	1 199 678	21 809	2 104 990	6 009 571	21 123
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 451 818	299 008	46 337	781 700	1 981 793	342 479	500
D – E	Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ...	371 204	34 406	92 079	311	273	189 508	54 626
F	Baugewerbe	6 222 204	182 833	2 535 507	115 656	71 029	3 028 500	288 679
	darunter:							
42	Tiefbau	2 008 746	57 441	1 637 506	48 167	5 935	163 000	96 697
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstal- lation und sonstiges Ausbaugewerbe	3 433 665	77 136	514 588	41 219	64 812	2 579 453	156 458
B – F	Produzierendes Gewerbe	53 124 903	2 356 280	6 021 002	1 363 835	6 668 733	36 191 014	524 041
G – U	Sonstige Wirtschaftszweige	8 034 145	263 936	721 683	96 998	274 033	6 067 297	610 196
	darunter:							
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	3 183 695	205 630	536 154	74 561	178 938	1 765 937	422 474
	darunter:							
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	2 793 741	171 125	472 087	64 207	127 228	1 705 147	253 947

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
2 Bodensanierung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie umweltbereichsübergreifende Bau- und Dienstleistungen.

Gesamtumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2010 nach Umweltbereichen, in %



1 Bodensanierung, Naturschutz und Landschaftspflege, umweltbereichsübergreifende Bau- und Dienstleistungen.
2013 - 01 - 0375

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.1 Wassergewinnung nach Ländern 2010

	Insgesamt	Davon				
		Grundwasser	Quellwasser	Uferfiltrat	angereichertes Grundwasser	Fluss-, Seen- und Talsperrenwasser
	Mill. m³					
Insgesamt						
Deutschland	33 036	5 351	490	829	558	25 808
Baden-Württemberg	4 645	473	145	31	6	3 990
Bayern	4 527	863	171	114	17	3 362
Berlin	528	66	–	113	32	317
Brandenburg	677	418	–	8	14	237
Bremen	1 198	16	–	–	–	1 182
Hamburg	527	122	–	2	–	402
Hessen	4 658	302	49	2	39	4 265
Mecklenburg-Vorpommern	132	96	–	2	1	33
Niedersachsen	4 105	664	15	5	3	3 418
Nordrhein-Westfalen	5 924	1 383	34	424	413	3 670
Rheinland-Pfalz	2 195	242	39	51	1	1 861
Saarland	182	86	3	–	–	94
Sachsen	562	241	13	64	16	228
Sachsen-Anhalt	367	115	2	7	15	228
Schleswig-Holstein	2 622	204	1	6	–	2 411
Thüringen	188	59	18	–	–	111
darunter: Öffentliche Wassergewinnung ¹⁾						
Deutschland	5 081	3 104	431	395	468	682
Baden-Württemberg	652	341	132	2	2	175
Bayern	843	601	156	60	3	23
Berlin	207	62	–	113	32	–
Brandenburg	126	120	–	3	3	–
Bremen	13	13	–	–	–	–
Hamburg	111	111	–	–	–	–
Hessen	342	258	45	–	38	–
Mecklenburg-Vorpommern	94	80	–	2	–	12
Niedersachsen	538	462	10	–	2	63
Nordrhein-Westfalen	1 185	476	20	121	368	200
Rheinland-Pfalz	247	177	33	27	–	10
Saarland	64	62	2	–	–	–
Sachsen	272	60	13	63	7	128
Sachsen-Anhalt	74	53	2	4	12	3
Schleswig-Holstein	179	179	–	–	–	–
Thüringen	135	49	18	–	–	68

1 Endgültiges Ergebnis.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.2 Wassergewinnung nach Wirtschaftsbereichen

	Wasser- gewinnung insgesamt		Nichtöffentliche Wasserversorgung					Öffentliche Wasserversorgung	
			zusammen		darunter				
					Energieversorgung		Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe		
	Mill. m³		Anzahl der Betriebe	Mill. m³	Anzahl der Betriebe	Mill. m³	Anzahl der Betriebe	Mill. m³	Anzahl der Betriebe
2007	32 302	27 174	6 773	19 684	176	7 191	4 806	5 128	4 833
2010 ¹⁾	33 036	27 955	7 126	20 656	187	6 783	4 534	5 081	4 663
davon: 2010 nach Ländern									
Baden-Württemberg	4 645	3 993	1 483	3 539	29	418	718	652	878
Bayern	4 527	3 684	1 120	2 917	23	754	1 044	843	1 826
Berlin	528	321	52	317	10	2	31	207	1
Brandenburg	677	551	261	151	9	384	110	126	91
Bremen	1 198	1 185	42	1 108	7	75	17	13	2
Hamburg	526	415	116	161	1	211	46	111	1
Hessen	4 658	4 316	314	3 969	10	189	201	342	385
Mecklenburg-Vorpommern ...	132	38	238	8	8	16	72	94	52
Niedersachsen	4 105	3 567	718	3 046	13	412	396	538	228
Nordrhein-Westfalen	5 924	4 739	1 193	2 528	34	2 190	931	1 185	408
Rheinland-Pfalz	2 195	1 948	393	309	6	1 569	217	247	190
Saarland	183	119	81	77	7	41	44	64	37
Sachsen	562	290	374	61	7	226	293	272	87
Sachsen-Anhalt	368	294	231	87	6	183	143	74	40
Schleswig-Holstein	2 622	2 443	320	2 370	9	68	140	179	360
Thüringen	188	53	190	7	8	44	131	135	77

1 Öffentliche Wasserversorgung: endgültiges Ergebnis.

18.2.3 Öffentliche Wasserabgabe

	Wasserabgabe zum Letztgebrauch			Wasserwerks- eigenverbrauch	Wasserverluste/ Messdifferenzen	Nachrichtlich: Abgabe über Weiterverteilung
	insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe ¹⁾	durchschnitt- licher täglicher Pro-Kopf- Verbrauch ²⁾			
	Mill. m³	%	l	Mill. m³		
2007	4 544	79,7	122	150	462	1 999
2010	4 500	79,5	121	145	474	2 002
davon: 2010 nach Ländern						
Baden-Württemberg	564	80,3	115	12	73	460
Bayern	722	80,6	129	23	98	168
Berlin	193	73,3	113	3	8	4
Brandenburg	112	84,5	105	4	12	9
Bremen	37	80,3	122	0	2	1
Hamburg	103	93,1	134	3	5	6
Hessen	301	88,0	121	9	35	217
Mecklenburg-Vorpommern ...	85	75,0	106	2	8	3
Niedersachsen	461	78,8	126	18	30	161
Nordrhein-Westfalen	1 101	78,7	135	27	89	518
Rheinland-Pfalz	219	80,4	119	8	24	54
Saarland	53	78,8	112	2	7	28
Sachsen	187	67,9	84	9	29	227
Sachsen-Anhalt	106	73,1	91	2	18	46
Schleswig-Holstein	164	78,2	133	6	10	30
Thüringen	93	77,7	89	17	26	70

Endgültiges Ergebnis.

1 Anteil bezogen auf die Wasserabgabe zum Letztgebrauch insgesamt.

2 Bezogen auf die angeschlossene Bevölkerung.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.4 Wassergewinnung, Fremdbezug und Wassereinsatz in der nichtöffentlichen Wasserversorgung

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Eigengewinnung insgesamt	Davon		Ungenutzt abgeleitetes Wasser	Eingesetzte Frischwassermenge		Nachrichtlich	
			Grundwasser und Quellwasser	Oberflächenwasser ²		insgesamt	darunter zur Kühlung	Fremdbezug	an Dritte abgegebenes Wasser
		Mill. m ³	%		Mill. m ³		%	Mill. m ³	
2007		27 174	8,3	91,7	1 177	26 548	92,2	1 664	1 112
2010		27 955	8,2	91,8	1 267	27 244	92,4	1 682	1 126
davon: 2010 nach Wirtschaftszweigen									
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	6 783	29,0	71,0	1 120	6 434	76,4	1 264	492
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 122	56,8	43,2	1 005	871	69,7	27	273
C	Verarbeitendes Gewerbe	4 660	16,4	83,6	115	5 563	77,5	1 237	220
darunter:									
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	227	43,2	56,8	2	319	51,9	100	7
13	H. v. Textilien	17	65,5	34,5	1	29	19,7	13	0
16	H. v. Holzwaren (ohne H. v. Möbeln)	6	49,0	51,0	0	9	31,1	3	0
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	486	12,7	87,3	3	496	46,4	17	4
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	165	16,5	83,5	9	206	71,1	53	3
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2 545	7,7	92,3	16	3 258	89,0	826	98
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	47	55,5	44,5	0	64	79,8	17	0
23	H. v. Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	144	48,2	51,8	56	100	26,4	13	1
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	675	13,3	86,7	13	699	84,0	65	28
25	H. v. Metallerzeugnissen	21	54,5	45,5	1	30	65,1	11	0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	32	76,3	23,7	0	43	69,6	12	1
27	H. v. elektronischen Ausrüstungen	10	56,8	43,2	0	14	66,6	5	0
28	Maschinenbau	35	47,8	52,2	2	42	60,0	11	1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	89	20,9	79,1	2	47	51,0	16	56
32	H. v. sonstigen Waren	2	90,4	9,6	0	4	39,9	3	0
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	38	43,2	56,8	0	21	67,5	2	20
D	Energieversorgung	20 656	0,6	99,4	114	20 404	98,7	370	508
A, E – S	Übrige Wirtschaftszweige	517	42,2	57,8	33	406	27,8	48	126

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Einschl. Uferfiltrat, Fluss-, Seen- und Talsperrenwasser und angereichertem Grundwasser.

18.2.5 Wassernutzung nach Einsatzbereichen der nichtöffentlichen Wasserversorgung

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Im Betrieb eingesetztes Frischwasser insgesamt	Davon nach Einsatzart					Darunter bei der Nutzung verdunstetes Wasser ²
			zur Kühlung	für Produktionszwecke und sonstige Zwecke	in Produkte eingehendes Wasser	für Belegungszwecke	zur Beregnung oder Bewässerung	
		Mill. m ³	%					
2007		26 548	92,2	6,7	0,4	0,3	0,4	3,6
2010		27 244	92,4	6,1	0,4	0,3	0,8	3,3
davon: 2010 nach Wirtschaftszweigen								
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	871	69,7	28,4	1,6	0,2	0,1	1,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 563	77,5	19,5	1,8	1,1	0,1	4,8
D	Energieversorgung	20 404	98,7	1,2	0,0	0,0	0,0	2,9
A, E – S	Übrige Wirtschaftszweige	406	27,8	21,8	0,3	1,8	48,3	3,5

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Bezogen auf die eingesetzte Frischwassermenge insgesamt.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.6 Öffentliche und nichtöffentliche Abwasserentsorgung

	Eingeleitete Abwassermenge			Davon nach Art des Abwassers			
	insgesamt	davon		häusliches und betriebliches Schmutzwasser	Fremdwasser	Niederschlagswasser	nichtöffentliches Abwasser
		behandelt	unbehandelt				
	Mill. m³	%					
2007	34 621	31,8	68,2	15,1	6,1	8,0	70,8
2010	35 237	31,0	69,0	14,3	6,5	7,6	71,6
davon: 2010 nach Ländern							
Baden-Württemberg	5 461	31,8	68,2	10,2	8,4	11,5	69,9
Bayern	5 189	36,0	64,0	18,4	6,3	9,3	66,0
Berlin	391	21,2	78,8	18,3	–	2,8	78,9
Brandenburg	310	87,0	13,0	69,2	3,6	6,3	20,9
Bremen	1 242	6,3	93,7	4,2	0,5	0,4	94,9
Hamburg	562	29,7	70,3	17,8	6,5	4,0	71,7
Hessen	5 135	18,2	81,8	5,8	5,3	6,3	82,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	109	87,0	13,0	63,8	9,1	10,1	17,0
Niedersachsen	3 980	18,8	81,2	11,4	3,0	0,9	84,6
Nordrhein-Westfalen	6 538	45,0	55,0	21,5	10,2	10,0	58,3
Rheinland-Pfalz	2 413	28,5	71,5	9,4	4,6	7,7	78,2
Saarland	252	71,2	28,8	24,5	18,5	26,3	30,6
Sachsen	478	94,1	5,9	35,1	26,6	27,6	10,7
Sachsen-Anhalt	309	75,1	24,9	38,7	11,6	11,7	38,0
Schleswig-Holstein	2 616	8,0	92,0	6,2	0,7	0,6	92,5
Thüringen	252	91,7	8,3	47,7	19,6	18,8	13,9

Endgültiges Ergebnis. Korrektur gegenüber vorläufigen Ergebnissen 2012.

18.2.7 Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation

	Bevölkerung insgesamt	Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation						Bevölkerung ohne Anschluss an die öffentliche Kanalisation			
		zusammen		mit		ohne		zusammen		darunter mit	
				Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage						Kleinkläran- anlagen	abflusslo- sen Gruben
		1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	
2007	82 261	79 052	96,1	78 158	95,0	894	1,1	3 209	3,9	2 435	731
2010	81 751	78 950	96,6	78 239	95,7	711	0,9	2 801	3,4	2 205	575
davon: 2010 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 750	10 675	99,3	10 671	99,3	3	0,0	75	0,7	45	29
Bayern	12 519	12 107	96,7	12 073	96,4	34	0,3	412	3,3	360	51
Berlin	3 444	3 429	99,6	3 429	99,6	–	–	15	0,4	1	14
Brandenburg	2 508	2 175	86,7	2 174	86,7	0	0,0	333	13,3	78	254
Bremen	660	658	99,7	658	99,7	–	–	2	0,3	0	1
Hamburg	1 779	1 764	99,2	1 764	99,2	–	–	15	0,8	4	11
Hessen	6 064	6 034	99,5	6 031	99,5	3	0,0	30	0,5	13	16
Mecklenburg-Vorpommern	1 647	1 443	87,6	1 441	87,6	2	0,1	204	12,4	181	23
Niedersachsen	7 932	7 487	94,4	7 487	94,4	1	0,0	445	5,6	438	7
Nordrhein-Westfalen	17 851	17 469	97,9	17 469	97,9	0	0,0	381	2,1	327	37
Rheinland-Pfalz	4 007	3 978	99,3	3 976	99,2	2	0,1	29	0,7	13	16
Saarland	1 020	1 014	99,4	992	97,3	22	2,1	6	0,6	4	1
Sachsen	4 154	3 762	90,6	3 615	87,0	148	3,6	391	9,4	316	76
Sachsen-Anhalt	2 345	2 203	94,0	2 161	92,2	42	1,8	142	6,0	112	29
Schleswig-Holstein	2 831	2 682	94,7	2 679	94,6	3	0,1	149	5,3	144	6
Thüringen	2 241	2 069	92,3	1 618	72,2	451	20,1	172	7,7	168	3

Endgültiges Ergebnis. – Stand: jeweils 30.6. – Einwohner/-innen am Ort ihrer alleinigen bzw. Hauptwohnung.

1 Anteil bezogen auf Bevölkerung insgesamt.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.8 Klärschlamm Entsorgung aus der öffentlichen Abwasserbehandlung

	Direkte Klärschlamm- entsorgung insgesamt	Davon									Deponie ^{1,2}		
		stoffliche Verwertung						thermische Entsorgung					
		zusammen		in der Landwirtschaft ¹		bei landschaftsbaulichen Maßnahmen				sonstige stoffliche Verwertung			
	t Trockenmasse		% ^{1,3}		t Trocken- masse		% ^{1,3}		t Trocken- masse		% ^{1,3}		t Trocken- masse
2010	1 887 408	883 659	566 295	30,0	259 312	13,7	58 052	3,1	1 003 749	53,2	–		
2011	1 950 126	882 695	567 187	29,1	254 402	13,0	61 106	3,1	1 067 431	54,7	–		
davon: 2011 nach Ländern													
Baden-Württemberg	244 505	23 829	5 306	2,2	16 304	6,7	2 219	0,9	220 676	90,3	–		
Bayern ^{1,4}	273 161	123 190	52 582	19,2	70 608	25,8	–	–	149 971	54,9	–		
Berlin	44 351	–	–	–	–	–	–	–	44 351	100	–		
Brandenburg	89 403	36 231	18 560	20,8	15 788	17,7	1 883	2,1	53 172	59,5	–		
Bremen	19 011	12 666	11 894	62,6	772	4,1	–	–	6 345	33,4	–		
Hamburg	46 700	–	–	–	–	–	–	–	46 700	100	–		
Hessen	157 481	80 636	56 510	35,9	22 994	14,6	1 132	0,7	76 845	48,8	–		
Mecklenburg-Vorpommern	35 407	34 036	30 578	86,4	2 139	6,0	1 319	3,7	1 371	3,9	–		
Niedersachsen	200 648	167 231	128 169	63,9	18 869	9,4	20 193	10,1	33 417	16,7	–		
Nordrhein-Westfalen	468 729	116 816	86 571	18,5	13 766	2,9	16 479	3,5	351 913	75,1	–		
Rheinland-Pfalz	89 114	66 694	60 676	68,1	2 875	3,2	3 143	3,5	22 420	25,2	–		
Saarland	19 751	11 209	9 425	47,7	1 784	9,0	–	–	8 542	43,2	–		
Sachsen	85 449	70 889	15 679	18,3	52 671	61,6	2 539	3,0	14 560	17,0	–		
Sachsen-Anhalt	59 569	45 451	19 486	32,7	16 761	28,1	9 204	15,5	14 118	23,7	–		
Schleswig-Holstein	76 057	56 048	54 019	71,0	312	0,4	1 717	2,3	20 009	26,3	–		
Thüringen	40 790	37 769	17 732	43,5	18 759	46,0	1 278	3,1	3 021	7,4	–		

Einschl. Entsorgung der von anderen Abwasserbehandlungsanlagen bezogenen Klärschlämme, ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen.

1 Nach Klärschlammverordnung (AbfKlärV).

2 Soweit nach Deponieverordnung noch zulässig.

3 Anteil bezogen auf die Direkte Klärschlamm Entsorgung insgesamt.

4 Landschaftsbauliche Maßnahmen inklusive sonstige stoffliche Verwertung.

18.2.9 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und Flussgebietseinheiten 2011

Flussgebietseinheit	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
Deutschland	2 253	7 450,6	3 499,6	47,0
Unfälle beim Umgang				
Donau	96	754,5	412,7	54,7
Rhein	310	2 332,2	407,4	17,5
Ems	17	117,6	11,2	9,5
Weser	116	879,7	580,5	66,0
Elbe/Labe	178	545,5	349,5	64,1
Oder	3	1,1	0,6	59,0
Maas	9	2,4	1,5	61,0
Eider	22	359,9	1,2	0,3
Schlei/Trave	36	64,5	28,7	44,5
Warnow/Peene	6	3,3	0,5	14,2
Unfälle bei der Beförderung				
Donau	139	236,7	184,0	77,7
Rhein	670	1 130,0	701,0	62,0
Ems	47	610,0	607,7	99,6
Weser	222	102,8	34,3	33,4
Elbe/Labe	318	238,8	151,1	63,3
Oder	2	8,4	8,4	100
Maas	9	11,6	11,5	98,5
Eider	9	6,2	0,3	4,3
Schlei/Trave	36	42,1	6,3	15,0
Warnow/Peene	8	3,2	1,2	38,4

18.2.10 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und betroffenen Gebieten 2011

Betroffenes Gebiet	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wieder- gewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		
Unfälle insgesamt	2 253	7 450,6	3 499,6	
Unfälle beim Umgang				
Unfälle zusammen	793	5 060,7	1 793,8	
davon im:				
Wasserschutzgebiet	78	488,9	205,3	
Heilquellenschutzgebiet	4	0,4	0,0	
Überschwemmungsgebiet	17	17,4	11,2	
Risikogebiet (Hochwasser)	2	1,6	1,5	
sonstigen schutzwürdigen Gebiet ..	9	88,3	82,5	
anderen Gebiet ¹	683	4 464,2	1 493,2	
Unfälle bei der Beförderung				
Unfälle zusammen	1 460	2 389,8	1 705,9	
davon im:				
Wasserschutzgebiet	139	58,6	21,9	
Heilquellenschutzgebiet	22	109,3	71,7	
Überschwemmungsgebiet	9	1,3	0,3	
Risikogebiet (Hochwasser)	7	1,5	0,2	
sonstigen schutzwürdigen Gebiet ..	31	4,4	0,5	
anderen Gebiet ¹	1 252	2 214,8	1 611,3	

1 Einschl. ohne Angabe.

18 Umwelt
18.2 Wasser und Abwasser
18.2.11 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Wassergefährdungsklassen
und Unfallbereichen

	Unfälle insgesamt	Dabei		
		freigesetztes Volumen	nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m³	% des freigesetzten Volumens	
2010	2 460	24 077,7	5 220,0	21,7
darunter:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 256	236,5	65,2	27,6
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	109	19 534,9	1 835,2	9,4
2011	2 253	7 450,6	3 499,6	47,0
darunter:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 013	185,2	45,0	24,3
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	121	3 788,9	1 200,8	31,7
2011 nach Wassergefährdungsklassen (WGK) und Arten der freigesetzten Stoffe				
WGK 1	179	1 447,0	912,7	63,1
WGK 2	1 525	744,6	268,3	36,0
WGK 3	312	644,9	615,7	95,5
WGK unbekannt ¹	237	4 614,0	1 702,9	36,9
Mineralölprodukte zusammen	1 929	1 278,9	773,7	60,5
WGK 1	76	83,6	29,3	35,1
WGK 2	1 486	541,4	119,7	22,1
WGK 3	289	631,8	613,3	97,1
WGK unbekannt	78	22,1	11,5	51,9
Sonstige Stoffe zusammen	324	6 171,7	2 725,9	44,2
WGK 1	103	1 363,4	883,3	64,8
WGK 2	39	203,3	148,7	73,1
WGK 3	23	13,1	2,5	18,8
WGK unbekannt ¹	159	4 592,0	1 691,4	36,8
2011 nach Unfallbereichen und Wassergefährdungsklassen (WGK) der freigesetzten Stoffe				
Unfälle beim Umgang zusammen	793	5 060,7	1 793,8	35,4
WGK 1	89	254,0	56,8	22,4
WGK 2	484	352,7	88,9	25,2
WGK 3	63	9,3	5,6	59,7
WGK unbekannt ¹	157	4 444,7	1 642,5	37,0
Lageranlagen ¹	528	2 387,5	1 414,3	59,2
Abfüll- und Umschlaganlagen	85	403,8	148,6	36,8
Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungsanlagen	92	2 008,7	199,6	9,9
Sonstige Anlagen	88	260,8	31,3	12,0
Unfälle bei der Beförderung zusammen	1 460	2 389,8	1 705,9	71,4
WGK 1	90	1 193,0	855,8	71,7
WGK 2	1 041	391,9	179,4	45,8
WGK 3	249	635,6	610,1	96,0
WGK unbekannt ¹	80	169,3	60,4	35,7
Straßenfahrzeuge ¹	1 351	526,8	168,5	32,0
Eisenbahnwagen	32	109,1	102,6	94,0
Schiffe	61	1 569,3	1 259,1	80,2
Rohrfernleitungen	12	183,1	175,6	95,9
Sonstige Beförderungsmittel	4	1,5	0,1	4,2

1 Enthält auch Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft.

18.3 Abfallbilanz 2011

	Abfallauf- kommen insgesamt	Davon Verbleib in Abfallentsorgungsanlagen mit							Verwer- tungs- quote ¹¹	Recycling- quote ¹²
		Beseitigungsverfahren				Verwertungsverfahren				
		zusammen	Ablagerung	thermische Beseitigung	Behandlung zur Beseiti- gung	zusammen	energe- tische Verwertung	stoffliche Verwertung		
	1 000 t								%	
Abfallaufkommen insgesamt	386 691	86 439	67 578	13 434	5 428	300 251	33 146	267 105	78	69
Gefährliche Abfälle ¹³	23 165	7 798	4 054	1 380	2 363	15 367	2 878	12 489	66	54
Nicht gefährliche Abfälle ¹³	363 525	78 641	63 523	12 053	3 065	284 884	30 268	254 616	78	70
Siedlungsabfälle ¹⁴ insgesamt	50 235	10 530	247	8 425	1 858	39 705	8 074	31 630	79	63
davon:										
Haushaltsabfälle	44 045	8 860	74	7 179	1 607	35 184	6 989	28 196	80	64
davon:										
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeab- fälle gemeinsam über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt.	14 027	7 853	–	6 404	1 449	6 175	4 892	1 282	44	9
Sperrmüll	2 428	576	2	447	128	1 852	546	1 306	76	54
Abfälle aus der Biotonne	4 016	–	–	–	–	4 016	43	3 973	100	99
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	5 045	29	25	1	3	5 016	233	4 782	99	95
Andere getrennt gesammelte Fraktionen	18 528	402	48	327	28	18 126	1 273	16 852	98	91
Glas	2 595	1	1	0	–	2 594	0	2 594	100	100
Papier, Pappe, Kartonagen	8 131	24	0	9	14	8 108	34	8 074	100	99
Leichtverpackungen/Kunststoffe	5 367	312	7	296	9	5 055	725	4 330	94	81
Elektroaltgeräte	591	0	–	0	0	591	1	590	100	100
Sonstiges (Verbunde, Metalle, Textilien usw.)	1 843	65	40	22	4	1 778	514	1 264	96	69
Sonstige Siedlungsabfälle	6 190	1 670	173	1 246	251	4 520	1 086	3 435	73	55
davon:										
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, getrennt vom Hausmüll angeliefert oder eingesammelt	4 244	1 296	21	1 170	106	2 947	989	1 958	69	46
Straßenkehricht/Garten- und Parkabfälle (Boden und Steine)	979	331	147	52	131	648	35	613	66	63
Biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	725	5	–	4	1	720	40	680	99	94
Marktabfälle	53	10	–	10	0	42	2	41	80	77
Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	14	0	–	–	0	14	–	14	100	100
Andere getrennt gesammelte Fraktionen ..	175	26	5	10	12	149	20	129	85	73
Abfälle aus Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen	34 667	34 337	34 300	0	37	330	2	329	1	1
Bau- und Abbruchabfälle	199 479	19 922	18 680	148	1 093	179 558	1 410	178 148	90	89
darunter:										
Boden (einschl. Aushub von verunreinigten Standorten), Steine und Baggergut	112 387	14 690	13 830	9	851	97 697	53	97 644	87	87
Übrige Abfälle (insbesondere aus Produktion und Gewerbe)	58 393	13 661	9 424	2 761	1 475	44 732	10 338	34 394	77	59
Sekundärabfälle ¹⁵	43 916	7 990	4 925	2 100	965	35 927	13 322	22 604	82	51

Vorläufiges Ergebnis.

- 1 Anteil des Inputs aller mit einem Verwertungsverfahren eingestuftten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 2 Anteil des Inputs aller mit dem Verfahren „Stoffliche Verwertung“ eingestuftten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 3 Die Abfallarten sind durch die Abfallverzeichnisverordnung bestimmt. Gefährliche Abfälle im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind dort mit einem Sternchen (*) versehenen. Alle anderen gelten als nicht gefährliche Abfälle.

- 4 Siedlungsabfälle: Haushaltsabfälle und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushalten ähnlich sind, z. B. hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Marktabfälle, Straßenkehricht.

- 5 Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen ohne Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen (EAV 1908), Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser (EAV 1909), Abfälle aus der Sanierung von Böden und Grundwasser (EAV 1913) und Sekundärabfälle, die als Rohstoffe/Produkte aus dem Entsorgungsprozess herausgehen.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.1 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen 2011

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾		Verwendung		Davon eingesetzt als						
		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel
					Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umge- rüsteten Anlagen	Instandhal- tung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaum- stoffen	
t										
	Insgesamt	10 066	182	7 521	5 441	276	1 804	585	1 792	167
	nach Stoffarten									
	FKW	84	6	0	.	.	0	–	–	84
	darunter:									
	R 14	48	11	0	.	.	0	–	–	48
	R 116	32	– 7	–	–	–	–	–	–	32
	R 318	2	1	–	–	–	–	–	–	2
	H-FKW	7 579	218	5 119	4 215	54	850	585	1 792	83
	darunter:									
	R 23	27	10	21	16	–	5	–	–	6
	R 134	11	6	11	5	2	4	–	–	–
	R 134a	6 938	275	5 079	4 189	52	839	578	.	.
	R 143a	2	1	2	.	.	2	–	–	–
	R 152a	246	– 103	–	–	–	–	.	.	–
	R 227ea	90	53	2	.	.	1	.	19	.
	R 245fa	96	– 22	–	–	–	–	.	95	.
	R 365	33	10	–	–	–	–	–	33	–
	R 365mfc	132	– 2	.	.	–	.	–	132	–
	R 1234yf	0	0	0	–	.	.	–	–	–
	FKW und H-FKW zusammen	7 664	224	5 119	4 215	54	851	585	1 792	167
	Blends	2 402	– 41	2 402	1 227	222	954	–	–	–
	darunter:									
	R 404 A	1 121	– 33	1 121	559	71	491	–	–	–
	R 407 A	13	– 9	13	5	2	6	–	–	–
	R 407 C	599	– 37	599	341	33	225	–	–	–
	R 410 A	269	34	269	183	7	78	–	–	–
	R 413 A	5	– 2	5	0	1	4	–	–	–
	R 417 A	26	0	26	8	5	13	–	–	–
	R 422 A	13	1	13	0	8	5	–	–	–
	R 422 D	163	– 49	163	9	82	73	–	–	–
	R 437 A	9	0	9	0	1	8	–	–	–
	R 507	181	55	181	120	13	49	–	–	–
	nach Wirtschaftszweigen ¹²⁾									
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 709	– 26	105	88	0	17	97	1 507	–
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ...	428	72	.	.	1	2	.	–	–
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	145	21	142	122	1	19	–	.	.
28	Maschinenbau	1 617	91	1 543	1 062	92	389	.	.	70
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	3 401	213	3 400	3 381	0	19	–	.	.
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	581	– 36	580	259	50	271	–	.	.
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ¹³⁾	883	– 9	883	374	91	418	–	–	–
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	474	– 17	452	–	–	452	–	.	.
	Übrige Wirtschaftszweige	828	– 127	415	155	41	218	63	281	69

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.2 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen CO₂-Äquivalent 2011

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾		Verwendung		Davon eingesetzt als						
		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel
					Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umge- rüsteten Anlagen	Instand- haltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaum- stoffen	
1 000 t CO ₂ - Äquivalent										
	Insgesamt	16 740	590	13 020	8 761	624	3 636	754	2 060	905
	nach Stoffarten									
	FKW	632	17	2	.	.	1	–	–	631
	darunter:									
	R 14	314	69	1	.	.	1	–	–	312
	R 116	298	– 63	–	–	–	–	–	–	298
	R 318	20	12	–	–	–	–	–	–	20
	H-FKW	9 975	626	6 886	5 657	70	1 160	754	2 060	275
	darunter:									
	R 23	310	114	244	191	–	53	–	–	66
	R 134	11	6	11	5	2	4	–	–	–
	R 134a	9 020	357	6 603	5 446	67	1 090	752	.	.
	R 143a	8	3	8	.	.	8	–	–	–
	R 152a	34	– 14	–	–	–	–	.	.	–
	R 227ea	260	154	7	.	.	2	.	54	.
	R 245fa	91	– 21	–	–	–	–	.	90	.
	R 365	109	34	–	–	–	–	–	109	–
	R 365mfc	118	– 2	.	.	–	.	–	117	–
	R 1234yf	0	0	0	–	.	.	–	–	–
	FKW und H-FKW zusammen	10 607	643	6 888	5 658	70	1 161	754	2 060	905
	Blends	6 132	– 53	6 132	3 103	554	2 475	–	–	–
	darunter:									
	R 404 A	3 654	– 107	3 654	1 822	231	1 600	–	–	–
	R 407 A	23	– 16	23	9	3	11	–	–	–
	R 407 C	915	– 57	915	521	50	344	–	–	–
	R 410 A	464	59	464	316	12	135	–	–	–
	R 413 A	9	– 3	9	0	2	7	–	–	–
	R 417 A	51	– 1	51	15	10	26	–	–	–
	R 422 A	32	3	32	1	19	12	–	–	–
	R 422 D	364	– 110	364	19	182	162	–	–	–
	R 437 A	14	1	14	1	2	12	–	–	–
	R 507	598	181	598	395	42	162	–	–	–
	nach Wirtschaftszweigen ²⁾									
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2 468	126	441	387	1	53	125	1 902	–
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ...	559	92	.	.	1	4	.	–	–
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	214	16	209	175	1	32	–	.	.
28	Maschinenbau	3 309	196	3 097	1 985	197	915	.	.	202
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	4 428	277	4 426	4 397	0	29	–	.	.
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	1 317	– 104	1 317	607	120	590	–	.	.
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ³⁾	1 996	– 30	1 996	861	206	929	–	–	–
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	766	10	623	–	–	623	–	.	.
	Übrige Wirtschaftszweige	1 683	8	907	347	98	461	75	148	553

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.5 Straftaten gegen die Umwelt

	Insgesamt	Art der Straftat (§§ des Strafgesetzbuches)									
		Gewässerver- unreinigung	Bodenver- unreinigung	Luftver- unreinigung	Verursachen von Lärm, Erschütterun- gen und nicht ionisierenden Strahlen	umweltge- fährdende Abfallbe- seitigung	unerlaubtes Betreiben von Anlagen	unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen u. a. gefährlichen Stoffen und Gütern	Gefährdung schutzbedürf- tiger Gebiete	besonders schwerer Fall einer Umwelt- straftat	schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften
		(324)	(324a)	(325)	(325a)	(326)	(327)	(328)	(329)	(330)	(330a)
Straftaten ¹¹											
1995	35 643	7 075	1 602	377	66	24 619	1 526	124	62	108	84
2000	34 415	5 912	2 294	311	42	24 349	1 144	168	47	.	148
2003	24 573	4 415	1 720	308	28	17 039	792	169	47	.	55
2004	21 409	4 051	1 591	184	45	14 666	662	141	23	.	46
2005	18 376	3 759	1 748	176	45	11 909	559	115	15	.	50
2006	17 305	3 791	1 511	195	64	10 786	551	140	24	.	243
2007	16 528	3 439	1 639	198	68	10 357	517	117	28	.	165
2008	14 999	3 291	1 253	188	65	9 426	531	128	31	.	86
2009	14 474	3 119	1 135	211	18	9 227	534	145	29	.	56
2010	13 716	3 001	1 072	204	25	8 726	495	108	22	.	63
2011	13 342	2 912	999	256	24	8 486	469	113	36	.	47
Verurteilte											
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin											
1995	3 306	537	44	9	–	2 456	239	7	2	9	3
2000	3 417	284	123	10	1	2 873	112	9	2	1	2
2005	2 209	207	87	7	–	1 822	74	5	–	6	1
2006	1 873	214	66	5	–	1 525	56	4	–	3	–
2007	1 634	159	98	1	–	1 300	69	5	–	2	–
2008	1 358	159	81	3	–	1 032	70	4	1	6	2
2009	1 214	150	69	7	2	934	46	2	–	3	1
2010	1 189	134	75	7	–	908	59	3	1	2	–
2011	1 031	139	58	3	–	784	36	4	1	5	1
Deutschland											
2007	1 807	182	108	2	–	1 417	91	5	–	2	–
2008	1 505	168	87	4	–	1 140	90	6	1	7	2
2009	1 334	167	71	7	2	1 014	66	3	–	3	1
2010	1 301	154	76	7	–	986	70	3	1	4	–
2011	1 163	164	63	3	–	870	49	5	1	7	1

1 Quelle: Bundeskriminalamt

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Energie“

18.6.1 Material- und Energieflüsse – Entnahmen

	2005	2006	2008	2010
	Mill. t			
Verwertete inländische Entnahme ¹ . . .	1 074	1 094	1 084	1 016
Abiotische verwertete Rohstoffe	828	861	821	766
Energieträger	221	216	209	196
dar. Braunkohle	178	176	175	169
Mineralische Rohstoffe	607	645	612	570
Erze	0	0	0	0
Sonstige mineralische Rohstoffe . .	606	645	612	569
Baumineralien	544	581	552	505
dar. Feldsteine, Kiese, gebrochene Natursteine . .	343	369	348	322
Industriemineralien	63	64	60	64
Biotische verwertete Rohstoffe	247	233	263	250
Pflanzliche Biomasse aus der Landwirtschaft	220	203	236	224
Biomasse aus der Forstwirtschaft (Laub- und Nadelholz)	27	30	27	26
Biomasse von Tieren	0	0	0	0
Entnahme von Gasen	1 144	1 150	1 087	1 086
dar. Sauerstoffentnahme für Verbrennungsprozesse	1 064	1 071	1 008	1 008
Einfuhr ¹²	564	601	607	593
Rohstoffe	326	337	337	323
Halbwaren	114	122	122	127
Fertigwaren	122	140	145	140
Nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme	2 181	2 112	2 226	2 115
dar. Abraum der Braunkohle	1 727	1 663	1 791	1 707

1 Summenbildung ohne Gase.

2 Einschl. importierter Abfall zur letzten Verwendung.

18.6.2 Material- und Energieflüsse – Abgaben

	2005	2006	2008	2010
	Mill. t			
Verwertete inländische Abgabe	1 584	1 590	1 512	1 506
Luftemissionen ¹	877	881	856	828
dar. Kohlendioxid	866	871	847	819
Dissipativer Gebrauch von Produkten . .	35	34	33	36
dar. organischer Dünger	26	25	25	24
Dissipative Verluste (Brems- und Reifenverluste)	0	0	0	0
Abgabe von sonstigen Gasen	672	675	623	642
dar. Wasser aus Verbrennungs- prozessen	535	539	486	506
Ausfuhr	357	380	388	365
Rohstoffe	78	82	85	80
Halbwaren	130	135	132	120
Fertigwaren	149	163	171	164
Nichtverwertete inländische Abgabe ¹²	2 181	2 112	2 226	2 115
Saldo	841	875	878	824
dar. Abfall an Deponie	46	39	42	34

1 Ohne FCKW und Halone.

2 Wert entspricht der nichtverwerteten inländischen Entnahme.

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Die Tabelle zeigt eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie vermittelt einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden an die europäischen Vorgaben angepasst.

Eingesetzte Umweltressourcen

Veränderungsrate 2011 gegenüber 2000, in %



1 2010.

2 Abiotisch.

3 2010. – Gleitendes Vierjahresmittel.

2013 - 01 - 0367

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.3 Primärenergieverbrauch

	2000	2005	2010	2011 ¹
PJ				
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	179	165	190	192
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	93	91	80	76
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	3 820	4 022	3 929	3 911
Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren	222	225	230	230
Papier, Pappe und Waren daraus	181	304	246	262
Chemische Erzeugnisse	1 319	1 406	1 457	1 413
Glas-, -waren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	311	255	280	295
Metalle	748	684	656	646
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	3 452	3 554	3 479	3 289
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	116	93	94	93
Bauarbeiten	291	234	237	254
Handelsleistungen, Instandhaltung- und Reparaturarbeiten an Kfz	490	453	429	415
Verkehrs- und Lagereleistungen	868	924	974	947
Beherbergungs- und Gastronomie-dienstleistungen	107	114	117	106
Informations- und Kommunikations-dienstleistungen	95	99	93	87
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	49	48	46	42
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	35	37	43	42
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	135	147	164	159
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	21	26	29	31
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	159	143	163	151
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	119	132	126	106
Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens	157	183	194	172
Sonstige Dienstleistungen	196	171	146	134
Alle Produktionsbereiche	10 381	10 635	10 534	10 205
Private Haushalte	3 904	3 924	3 965	3 492
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept) ¹²	14 285	14 560	14 499	13 697
Bunkerungssaldo ¹³	– 107	– 287	– 319	– 310
Fackel- und Leitungsverluste/ Statistische Differenz ¹⁴	223	286	37	136
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inlandskonzept) ¹⁵	14 401	14 558	14 217	13 523

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Kraftwerksverluste und Eigenverbrauch beim Energieerzeuger.

3 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

4 Differenz zwischen aufkommens- und verwendungsseitiger Berechnung.

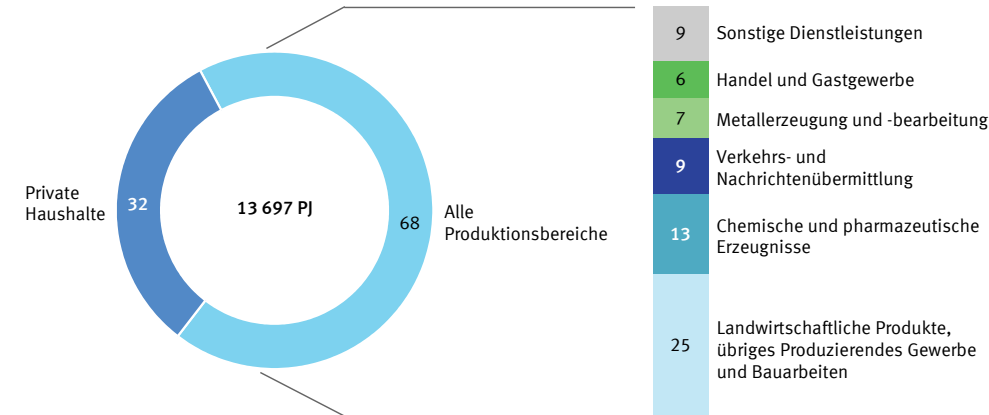
5 Konzept der nationalen Energiebilanz.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen
18.6.4 Verwendung von Energieträgern im Inland

	2000	2005	2010	2011 ¹
PJ				
Steinkohle	2 338	2 108	2 004	1 950
Braunkohle	1 660	1 708	1 652	1 712
Erdöl (roh)	4 569	4 920	4 053	3 977
Ottokraftstoffe	1 454	1 245	986	988
Flugturbinenkraftstoff	376	426	419	401
Dieselmkraftstoff	1 202	1 287	1 400	1 432
Heizöl	1 706	1 533	1 295	1 132
Flüssiggas	154	149	157	152
Andere Mineralölprodukte	1 386	1 411	1 302	1 300
Erdgas, Erdölgas	2 896	3 100	3 245	2 847
Andere Gase	245	227	231	229
Erneuerbare Energien	485	1 061	1 783	1 835
Wasserkraft	92	70	75	65
Wind-, Photovoltaikanlagen	35	103	178	246
Holz, Stroh und andere feste Stoffe	210	338	532	503
Biodiesel und andere flüssige Stoffe	25	192	318	309
Klärgas einschl. Biogas	20	42	291	327
Siedlungsabfälle einschl. Deponiegas	39	88	106	117
Geo-/Solarthermie, Wärmepumpen	9	17	39	43
Nicht erneuerbare Abfälle, Abwärme und Andere	56	211	244	226
Strom	1 997	2 098	2 111	2 079
Kernenergie	1 851	1 779	1 533	1 178
Fernwärme	273	469	495	454
Energieträger insgesamt	22 591	23 519	22 667	21 667
– Ausstoß der Umwandlungsbereiche	8 307	8 959	8 167	7 970
+ Fackel- und Leitungsverluste ² / Statistische Differenz ³	223	286	37	136
– Bunkerungssaldo ⁴	107	287	319	310
Primärenergieverbrauch insgesamt ⁵	14 401	14 558	14 217	13 523

1 Vorläufiges Ergebnis.
2 Fackel- und Leitungsverluste werden nicht dem Verbraucher/der Verbraucherin zugeordnet.
3 Differenz zwischen aufkommenseitiger und verwendungssseitiger Berechnung.
4 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.
5 Konzept der nationalen Energiebilanz (Inlandskonzept).

Primärenergieverbrauch 2011
in %



Vorläufiges Ergebnis. – Umwandlungen werden den (End-)Abnehmern zugerechnet. 2013 - 01 - 0368

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.5 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Treibhausgasemissionen (einschließlich CO₂-Emissionen aus Biomasse)

	2000	2005	2010
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente		
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	84 744	79 034	76 860
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	19 290	13 500	9 583
Hergestellte Waren	201 768	197 588	187 575
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	365 916	391 707	385 927
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	45 397	45 798	46 891
Bauarbeiten	12 185	10 041	9 648
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz	22 063	21 795	17 926
Verkehrs- und Lagereleistungen	46 573	53 971	59 009
Dienstleistungen	49 380	46 123	44 719
Alle Produktionsbereiche	847 316	859 556	838 139
Private Haushalte	249 070	235 570	232 573
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 096 386	1 095 126	1 070 712
Übergangssaldo¹⁾	- 24 373	- 41 242	- 47 015
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Brutto)	1 072 012	1 053 884	1 023 697
Emissionen/Absorptionen aus LULUCF ²⁾	- 26 526	15 798	17 283
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Netto)	1 045 486	1 069 682	1 040 980

Die **Treibhausgasemissionen** umfassen die Emissionen an CO₂, N₂O, CH₄, SF₆ sowie die voll- und teilfluorierten Kohlenwasserstoffe (PFCs und HFCs). Die Luftemissionen wurden gegliedert nach Produktionsbereichen einerseits und Energieträgern bzw. Prozessen andererseits. Die Daten basieren auf emissionsrelevanten Energieeinsätzen und sonstigen emissionserzeugenden Anlagen in den jeweiligen Produktionsbereichen. Bei der Berechnung, die auf Daten des Umweltbundesamtes beruhen, wurden spezifische Emissionsfaktoren der eingesetzten Energieträger berücksichtigt.

- 1 Der Übergangssaldo bewirkt den Übergang vom Inländer- (VGR) zum Inlandskonzept, welches für das Reporting gemäß Kyoto-Protokoll verwendet wird.
- 2 Die Berücksichtigung des Saldos von Emission und Absorption von CO₂ durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) führt vom Brutto- zum Nettowert.

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2000	2005	2010
	t		
Schwefeldioxid (SO ₂)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	5 379	2 831	2 649
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	5 314	5 375	5 469
Hergestellte Waren	216 895	183 726	162 699
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	304 445	254 008	212 037
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	5 343	3 142	1 432
Bauarbeiten	3 709	1 442	1 173
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	81 979	50 761	86 314
Alle Produktionsbereiche	623 065	501 285	471 773
Private Haushalte	78 706	47 495	47 325
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	701 771	548 779	519 098
Stickstoffoxide (NO _x)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	190 875	165 841	151 457
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	5 646	10 435	8 498
Hergestellte Waren	256 613	227 272	199 641
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	263 134	279 505	295 129
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	47 123	69 975	54 560
Bauarbeiten	91 323	59 952	44 414
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	644 378	582 872	513 908
Alle Produktionsbereiche	1 499 092	1 395 853	1 267 608
Private Haushalte	568 398	386 347	310 711
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	2 067 491	1 782 200	1 578 318
Ammoniak (NH ₃)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	551 862	531 327	513 770
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	35	35	35
Hergestellte Waren	14 973	14 375	13 752
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	2 100	2 165	2 007
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	256	220	197
Bauarbeiten	288	247	274
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	2 497	2 579	3 087
Alle Produktionsbereiche	572 011	550 948	533 122
Private Haushalte	32 262	25 913	18 605
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	604 274	576 861	551 727

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2000	2005	2010
	t		
Flüchtige Kohlenwasserstoffe ohne Methan (NMVOC)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	20 758	14 982	12 741
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	802	570	385
Hergestellte Waren	726 077	698 844	642 395
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	8 175	11 189	14 833
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 671	3 389	1 938
Bauarbeiten	13 089	8 038	5 179
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	87 506	58 696	48 459
Alle Produktionsbereiche	860 079	795 708	725 930
Private Haushalte	544 489	371 065	349 465
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 404 568	1 166 774	1 075 395
Feinstaubemissionen (PM₁₀)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	50 386	47 360	47 076
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	1 501	1 872	1 289
Hergestellte Waren	48 503	39 674	28 568
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 402	11 293	10 737
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	2 717	2 698	2 258
Bauarbeiten	12 280	7 802	6 565
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	64 368	54 489	48 859
Alle Produktionsbereiche	191 157	165 187	145 353
Private Haushalte	50 963	46 926	53 782
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	242 120	212 113	199 135

18.6.7 Wasserentnahme und Wasserabgabe nach Produktionsbereichen 2010

	Entnahme von Wasser aus der Natur	Fremdbezug	Wassereinsatz (Sp. 1 + Sp. 2)	Wasserausbau	Wassereinsatz in andere Materialien	Wasserabgabe (Sp. 3 + Sp. 4 – Sp. 5)	Abgabe an Abwasser- beseitigung	Abgabe von Wasser an die Natur (Sp. 6 – Sp. 7)
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Mill. m ³							
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	324	137	461	0	251	210	21	189
Kohle	1 210	25	1 234	0	0	1 234	4	1 231
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse und Dienstleistungen	353	2	356	0	0	356	4	352
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	288	169	457	0	40	417	156	261
Textilien, Bekleidung, Leder und Lederwaren	20	18	38	0	0	38	18	20
Holz, Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)	6	6	12	0	0	12	2	10
Papier, Pappe und Waren daraus	404	34	437	0	0	437	49	388
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	151	53	204	0	0	204	14	190
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	2 421	402	2 823	0	0	2 823	294	2 529
Gummi- und Kunststoffwaren	46	19	65	0	0	65	9	56
Glas, Glaswaren, Keramik; verarbeitete Steine und Erden	143	38	181	0	0	181	23	158
Metalle und Metallerzeugnisse	455	92	547	0	0	547	36	510
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	40	21	61	0	0	61	17	44
Maschinen	34	13	47	0	0	47	11	35
Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie sonstige Fahrzeuge	102	19	121	0	0	121	19	103
Möbel und Waren a.n.g.	40	13	53	0	0	53	9	44
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	21 381	370	21 750	0	0	21 750	16	21 734
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung	5 640	– 5 016	624	0	0	624	147	477
Dienstleistungen der Abwasser-, Abfallentsorgung und der Rückgewinnung	4 972	5	4 977	0	0	4 977	– 4 291	9 269
Bauarbeiten und Dienstleistungen	52	598	650	0	0	650	557	93
Alle Produktionsbereiche	38 081	– 2 982	35 099	0	291	34 807	– 2 884	37 691
Privater Verbrauch	23	2 981	3 004	173	0	3 177	2 884	293
Produktionsbereiche und privater Verbrauch insgesamt	38 104	– 1	38 103	173	291	37 984	0	37 984

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen
18.6.8 Abgabe von Wasser nach ausgewählten Produktionsbereichen 2010

	Insgesamt	Abwasser			Wasserverluste	Verdunstung	Fremd- und Regenwasser
		zusammen	direkt abgeleitet	indirekt abgeleitet			
	Mill. m³						
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	210	21	0	21	0	189	0
Kohle; Erdöl und Erdgas	1 234	1 208	1 205	4	0	26	0
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse und Dienstleistungen	356	327	323	4	0	29	0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	417	372	216	156	0	45	0
Papier, Pappe und Waren daraus	437	386	338	49	0	51	0
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	2 823	2 789	2 495	294	0	34	0
Metalle und Metallerzeugnisse	547	458	421	36	0	89	0
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	21 750	20 754	20 737	16	0	997	0
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung	620	145	0	145	475	0	0
Dienstleistungen der Abwasser-, Abfallentsorgung und der Rückgewinnung	4 981	20	0	20	0	4	4 957
Übrige Produktionsbereiche	1 432	1 175	495	680	0	257	0
Alle Produktionsbereiche	34 807	27 655	26 230	1 426	475	1 720	4 957
Privater Verbrauch	3 177	3 086	202	2 884	0	91	0
Produktionsbereiche und privater Verbrauch zusammen	37 984	30 741	26 431	4 310	475	1 811	4 957

18.7 Umweltzustand – Waldschäden

18.7.1 Waldschäden nach Ländern

	Waldschäden der Probebäume der Schadstufe 2 – 4			
	2000	2005	2011	2012
	%			
Deutschland	23	29	28	25
Baden-Württemberg	24	43	33	36
Bayern	22	32	27	21
Berlin	24	41	29	26
Brandenburg	8	14	9	8
Bremen	6	7	10	8
Hamburg ¹	23	.	.	.
Hessen	35	33	36	33
Mecklenburg-Vorpommern ..	16	12	19	17
Niedersachsen	16	13	22	20
Nordrhein-Westfalen	30	25	33	25
Rheinland-Pfalz	18	31	33	28
Saarland	14	34	27	34
Sachsen	19	15	16	16
Sachsen-Anhalt	18	20	16	16
Schleswig-Holstein	30	33	29	21
Thüringen	28	34	36	32

1 Ab 2002 liegen keine Angaben mehr vor.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Erfassung der Schäden erfolgt nach den Schadstufen 0 bis 4. In der Schadstufe 0 (ohne Schadmerkmale) werden Bäume erfasst, deren Nadel- bzw. Blattverlust unter 10 % liegt. Der Schadstufe 1 (Warnstufe; schwach geschädigt) werden Bäume mit einer Kronenverlichtung von 11 % bis 25 % zugeordnet. Erst ab der Schadstufe 2 (Nadel- bzw. Blattverlust über 25 %) sind eindeutige Schäden festzustellen. Daher repräsentieren die zusammengefassten Schadstufen 2 bis 4 die geschädigte Waldfläche. Die Ergebnisse basieren auf den jährlichen Waldschadenserhebungen der Landesforstverwaltungen.

18.7 Umweltzustand – Waldschäden

18.7.2 Waldschäden nach Baumarten und Altersstufen

	Anteil der Schadstufen ¹ an den Probestäumen				
	Schad- stufe 0	Schad- stufe 1	Schadstufe 2 – 4		
	Bäume insgesamt		Bäume bis 60 Jahre	Bäume über 60 Jahre	
	%				
2012					
Fichte	38	35	27	5	42
Kiefer	50	39	11	7	13
Sonstige Nadelbäume ¹² . .	43	32	25	9	41
Buche	22	40	38	14	44
Eiche	17	33	50	19	57
Sonstige Laubbäume ¹³ . . .	50	34	16	13	22
2000					
Fichte	34	41	25	6	37
Kiefer	39	48	13	7	19
Sonstige Nadelbäume ¹² . .	42	33	25	9	45
Buche	21	39	40	7	51
Eiche	21	44	35	13	44
Sonstige Laubbäume ¹³ . . .	55	33	12	7	20

1 Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

2 Vor allem Tanne, Lärche, Douglasie.

3 Hauptsächlich Esche, Ahorn, Birke, Erle, Hainbuche, Linde und Pappel.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.1 Ausgaben für den Umweltschutz

	2000	2005	2009	2010
Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)				
Ausgaben für Umweltschutz insgesamt	33 070	34 180	35 360	35 770
davon:				
Produzierendes Gewerbe ¹ ² ³	7 330	6 500	8 080	8 760
Staat ¹³	9 660	8 140	8 110	8 270
Privatisierte öffentliche Unternehmen	16 080	19 550	19 170	18 740
Investitionen für Umweltschutz	9 490	8 300	9 190	8 860
davon:				
Produzierendes Gewerbe ¹ ² ³	1 580	1 410	3 070	3 320
dar. integrierte Investitionen	–	450	2 120	2 330
Staat ¹³	3 120	2 140	2 040	1 880
Privatisierte öffentliche Unternehmen	4 790	4 760	4 080	3 660
Laufende Ausgaben für Umweltschutz	23 580	25 880	26 170	26 910
davon:				
Produzierendes Gewerbe ¹ ² ³	5 750	5 090	5 010	5 440
Staat ¹³	6 540	6 000	6 070	6 390
Privatisierte öffentliche Unternehmen	11 300	14 790	15 090	15 080
	%			
Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,5	1,5	1,4
Anteil an den Gesamtinvestitionen	2,2	2,2	2,2	2,0

Laufende Ausgaben und Investitionen für Umweltschutz beim Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen.

1 Ohne die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung.

2 Ohne Gebühren und Entgelte für Entsorgungsdienstleistungen durch Dritte.

3 Gegenüber Vorjahresausgabe teilweise revidiert. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

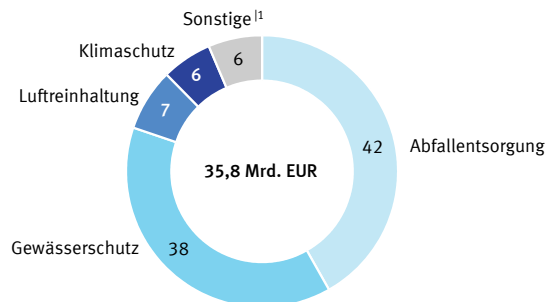
18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.2 Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren

	2000	2005	2010	2012
	Mill. EUR			
Umweltbezogene Steuern und Gebühren insgesamt ..	58 453	63 900	62 680	...
darunter:				
Umweltbezogene Steuern ..	48 197	55 236	54 497	57 246
Energiesteuer ¹	37 826	40 101	39 838	39 305
Kraftfahrzeugsteuer	7 015	8 673	8 488	8 443
Stromsteuer	3 356	6 462	6 171	6 973
Kernbrennstoffsteuer ...	–	–	–	1 577
Luftverkehrssteuer	–	–	–	948
Abwassergebühren	5 384	4 683	4 436	...
Abfallgebühren ¹²	4 871	3 981	3 747	...

1 Bis einschl. 2006 unter der Bezeichnung „Mineralölsteuer“ nachgewiesen.

2 Einschl. Straßenreinigung.

Ausgaben für den Umweltschutz 2010
in %

1 Lärmbekämpfung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung und Reaktorsicherheit.

2013 - 01 - 0372

18.8.3 Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

	Einheit	2000	2005	2010 ¹¹	2011 ¹¹	2012 ¹¹
Energieproduktivität (1a)	1990 = 100	122,2	124,5	136,4	147,8	147,3
Primärenergieverbrauch (1b)	2008 = 100	96,6	97,7	95,4	90,7	91,5
Rohstoffproduktivität (1c)	1994 = 100	119,5	132,9	148,1	143,6	...
Treibhausgasemissionen (2)	Basiswert ¹² = 100	83,0	79,6	75,2	73,1	...
Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch (3a)	%	3,9	6,8	11,3	12,1	12,6
Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch (3b) ..	%	6,4	10,1	17,1	20,5	22,9
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (4) ¹³	ha pro Tag	129	114	87	81	...
Artenvielfalt und Landschaftsqualität (5)	2015 = 100	72	72	68	...	...
Staatsdefizit (6a)	%	1,3	3,3	4,1	0,8	- 0,2
Strukturelles Defizit (6b)	%	–	2,2	2,2	0,9	- 0,4
Schuldenstand (6c)	%	60,2	68,5	82,4	80,4	81,9
Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP (7)	%	21,5	17,3	17,4	18,1	17,6
BIP je Einwohner (10)	1 000 EUR	26,3	27,0	29,1	30,0	30,1
Gütertransportintensität (11a)	1999 = 100	99,8	109,9	110,1	...	...
Personentransportintensität (11b)	1999 = 100	96,0	97,0	94,0	...	...
Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung (11c)	%	17,2	17,2	18,0	...	...
Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung (11d)	%	13,8	11,6	10,5	...	...
Stickstoffüberschuss (12a) ¹⁴	kg/ha	112	105	97	...	...
Ökologischer Landbau (12b)	%	3,2	4,7	5,9	6,1	...
Schadstoffbelastung der Luft (13)	1990 = 100	52,5	45,6	41,6	41,3	...

Die Nummer in Klammern entspricht der Nummer des jeweiligen Indikators in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nähere Informationen hierzu siehe www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de

1 Vorläufige Ergebnisse (teilweise geschätzt). Stand: Mai 2013.

2 Basisjahr ist 1990 für CO₂, CH₄, N₂O und 1995 für HFCs, PFCs und SF₆ (Kyoto-Protokoll).

3 Gleitender Vierjahresdurchschnitt, Bezug auf das betreffende Jahr und die drei Vorjahre.

4 Gleitender Dreijahresdurchschnitt, Bezug auf das mittlere Jahr.

Seit 2002 gibt es eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für Deutschland. Sie umfasst übergreifend die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Zur Messung der Wirksamkeit der Strategie dienen Nachhaltigkeitsindikatoren, die meist mit politischen Zielvorgaben versehen sind. Die Bundesregierung legt Indikatoren und Ziele fest. Das Statistische Bundesamt übernimmt die regelmäßige Berichterstattung in Indikatorenberichten zur nachhaltigen Entwicklung. Die Tabelle zeigt Zeitreihen derjenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden.

Methodik

Umweltdaten spielen in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle, sei es zu Fragen der Treibhausgase, der Energiegewinnung und -verwendung oder der Waldschäden.

Die Tabellen dieses Kapitels sind gegliedert in die Bereiche **Umweltstatistiken** und **Umweltökonomische Gesamtrechnungen**. Bei den „Umweltstatistiken“ werden Ergebnisse der Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz (UStatG) veröffentlicht. Demgegenüber stellen die „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ ein methodisch abgestimmtes Gesamtbild von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt dar, in das sowohl die umweltstatistischen Ergebnisse als auch andere Quellen als Grundlage einfließen.

■ Umweltstatistiken

Es werden insbesondere die Ergebnisse der Statistiken über die Investitionen für den Umweltschutz dargestellt, die laufenden Aufwendungen sowie die Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, die Abfallwirtschaft sowie die Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe. Diese Statistiken liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen. Die rechtliche Grundlage für diese Erhebungen bildet das Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16.8.2005 (BGBl. I S. 2446), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 24.2.2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7.9.2007 (BGBl. I S. 2246) geändert worden ist.

■ Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

Die dezentrale Erhebung der **Investitionen für den Umweltschutz** erfasst bei Unternehmen und dazugehörigen Betrieben des Produzierenden Gewerbes Bestandszugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen. Die Angaben werden seit 1975 jährlich erhoben. Bei den Investitionen für den Umweltschutz wird unterschieden zwischen den Umweltbereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz (seit 2006). Seit dem Berichtsjahr 2003 werden neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen erhoben.

Die dreijährliche zentrale Erhebung über **laufende Aufwendungen für den Umweltschutz** liefert seit 1996 Informationen über den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Hierbei werden alle laufenden Aufwendungen für Maßnahmen, die ausschließlich dem Schutz der Umwelt dienen, nach Arten erhoben. Das sind zum einen Aufwendungen für den Betrieb von Anlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen (u. a. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und Energie) und zum anderen Aufwendungen für nicht anlagenbezogene Maßnahmen (Gebühren und Beiträge, insbesondere für die kommunale Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung).

Die jährliche dezentrale Erhebung der **Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz** wird bei repräsentativ ausgewählten Betrieben des Produzierenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs durchgeführt. Sie liefert Informationen über den Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz dienen, gegliedert nach Art der Waren und Leistungen und nach Absatzgebieten. Des Weiteren gibt sie die Anzahl der Beschäftigten an, die in den Betrieben für den Umweltschutz tätig sind. Aus dem Dienstleistungsgewerbe sind in die Erhebung Institute und Einrichtungen einbezogen, die technische, physikalische und chemische Untersuchungen, Beratungen, Gutachten, Projektbetreuungen und ähnliche Dienstleistungen durchführen. Entsorgungsleistungen sind nicht Gegenstand der Erhebung.

■ Wasser und Abwasser

Die Statistik der **öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserentsorgung** erfasst u. a. Gewinnung, Bezug und Abgabe von Wasser, die Zahl der versorgten Einwohnerinnen und Einwohner sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung betreiben. Zusätzlich werden jährlich seit 2006 bei den Betreibern von öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen die Mengendaten über die Verwertung und den Verbleib des Klärschlammes aus der öffentlichen Abwasserbehandlung erhoben.

Die Statistik der **nichtöffentlichen Wasserversorgung und nichtöffentlichen Abwasserentsorgung** enthält u. a. Daten über Gewinnung, Bezug und Nutzung von Wasser sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind alle Betriebe des nichtöffentlichen Bereichs, die Wasser gewinnen oder Wasser/Abwasser in ein Gewässer einleiten und nichtöffentliche Betriebe, die aus Fremdbezug jährlich mindestens 10 000 m³ Wasser beziehen.

Die Erhebung der **Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** führen die nach Landesrecht zuständigen Behörden alle fünf Jahre durch. Erfasst werden ausschließlich Anlagen, die nach der jeweiligen Landesgesetzgebung wiederkehrend prüfpflichtig sind. Die Erhebung ermöglicht einen umfassenden Überblick über das bestehende Gefährdungspotenzial der erfassten Anlagen im Rahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes.

Die Erhebungen der **Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe** finden jährlich statt. Auskunftspflichtig sind die Dienststellen, die nach Landesrecht für die Entgegennahme der Anzeigen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen zuständig sind. Dies sind in der Regel die Unteren Wasserbehörden oder Polizeidienststellen.

■ Abfallbilanz

Die Angaben aus den abfallstatistischen Erhebungen werden mit Hilfe eines Rechenmodells zur **Abfallbilanz** (Tabelle 18.3) für Deutschland zusammengeführt. Die Aufbereitung der Erhebungen in Form einer Bilanz wird durch § 6 Abs. 1 UStatG angeordnet. Sie zeigt das inländische Abfallaufkommen nach Abfallkategorien und Verwertungs- bzw. Beseitigungspfaden und weist Verwertungs- und Recyclingquoten auf Bundesebene aus. Damit macht sie die Zielerreichung der Vorgaben aus der EU-Abfallrahmenrichtlinie für Recyclingquoten messbar und vergleichbar. Die Berechnung der Abfallbilanz erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem Bruttomengenprinzip. Ausgehend vom Input aller registrierten Abfallentsorgungsanlagen werden je im Inland erzeugte Abfallart die behandelten und beseitigten Abfallmengen zusammengefasst. Errechnet wird dies über den Input der Anlagen abzüglich des Imports und zuzüglich der Exporte. Mehrfach behandelte Abfallströme erhöhen in gewissem Umfang das Abfallaufkommen. Deshalb werden die erneut behandelten Abfälle, die bereits aus einer Behandlung entstanden sind, separat ausgewiesen.

■ Klimawirksame Stoffe

In dieser dezentralen Erhebung werden bundesweit ca. 14 000 Unternehmen befragt. Die jährliche Erhebung richtet sich an Unternehmen, die bestimmte **klimawirksame Stoffe** herstellen, ein- oder ausführen oder in Mengen von mehr als 20 Kilogramm pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung, Wartung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die Erhebung liefert Ergebnisse über die verwendeten Stoffe sowohl in metrischen als auch in GWP/CO₂-Äquivalent (Global Warming Potential) gewichteten Tonnen (Tabelle 18.4.1 und 18.4.2), wobei Letzteres die aussagekräftigere Zahl für die Interpretation des Emissionspotenzials liefert, da sie die klimaschädigende Wirkung der Stoffe darstellt.

■ Straftaten gegen die Umwelt

Straftaten gegen die Umwelt gefährden nicht nur die Gesundheit von Menschen. Sie schädigen oft nachhaltig die Pflanzen- und Tierwelt. Zu den „klassischen“ Umweltdelikten zählen Verunreinigungen von Gewässern, Boden und Luft, ferner illegale Behandlung, Lagerung und Transport von Abfällen in größerem Ausmaß. Bei der Bewertung der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zahl der registrierten Fälle abhängig ist vom sogenannten Kontroll- und Anzeigeverhalten. Die „Dunkelziffer“ kann hoch sein. Die Angaben basieren auf der Statistik des Bundeskriminalamtes.

■ Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen dienen dem Ziel, Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Aktivitäten und dem Zustand sowie der Inanspruchnahme von Natur und Umwelt darzustellen. Sie bestehen aus vier Themenbereichen:

- Material- und Energieflussrechnungen
- Nutzung von Fläche und Raum
- Umweltzustand
- Umweltschutzmaßnahmen

Die Gliederung der Ergebnisse folgt im Wesentlichen – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten – diesen Themenbereichen.

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Tabelle 18.6.1 und 18.6.2 beziehen sich auf die entsprechenden Materialströme und zeigen eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie geben einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden den europäischen Vorgaben angeglichen, sodass sie europaweit vergleichbar sind.

Die Entnahmen sind gegliedert in:

- Verwertete inländische Entnahme (einschließlich Gewinnung biotischer Rohstoffe)
- Entnahme von Gasen
- Einfuhr an Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Rohstoffentnahme (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserentnahme

Die **Abgaben** sind gegliedert in:

- Luftemissionen
- Dissipativer Gebrauch von Produkten (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Saatgut und Streusalz)
- Ausfuhr von Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Abgabe (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserabgabe

Die Ergebnisse der aktivitätsbezogenen Material- und Energieflussrechnungen (Tabellen 18.6.3 ff.) stellen die entsprechenden Material- und Energieflüsse als Aufkommen und Verwendung bezogen auf die jeweils verursachenden Produktionsbereiche nach der Systematik der Input-Output-Gliederung dar. Die Untergliederung der Tabellen folgt der durch EG-Verordnungen verbindlich eingeführten statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE-Rev. 2). Die Tabellen beschreiben quantitativ die Verbindung zwischen umweltbelastenden Aktivitäten und der zugehörigen mengenmäßigen Belastung, z. B. durch das Aufkommen an Emissionen. Hierbei sind, ausgehend von den Ergebnissen der verwendeten amtlichen Statistiken, in der Regel weitere Berechnungen erforderlich,

um nicht erhobene Informationen (z. B. aufgrund von Abschneidegrenzen) zu ergänzen bzw. die eindeutige Zuordnung spezifischer Ströme der zugrunde liegenden Systematik anzupassen. Die Ergebnisse der Material- und Energieflussrechnungen weisen deshalb in vielen Fällen entsprechende Abweichungen von den ursprünglichen Daten der verwendeten Basisstatistiken auf.

Die Daten über **Luftemissionen** an Treibhausgasen und sonstigen Luftschadstoffen werden auf der Grundlage des „zentralen Emissionsinventars“ (ZES) des Umweltbundesamtes in Abstimmung mit Energiebilanz und Energiestatistik ermittelt.

■ Umweltzustand - Waldschäden

Waldschäden (Tabellen 18.7.1 und 18.7.2) werden seit 1984 einheitlich nach den Vereinbarungen ermittelt, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Forstverwaltungen der Länder getroffen haben. Alle Länder wenden dabei ein Stichprobenverfahren (Probebäume) an, das flächenbezogene Aussagen über den Waldzustand liefert. Als wichtigster Vitalitätsweiser wird dabei die Verlichtung der Baumkronen erfasst (= Nadel-/Blattverlust).

Für die Waldschadenserhebungen werden die Erhebungspunkte durch die Knotenpunkte eines Gitternetzes festgelegt, dessen Linienabstand bei einer Vollerhebung höchstens 4 km und bei einer Teilstichprobe höchstens 16 km beträgt.

Die Informationen, die zur Beschreibung des Waldzustandes auf Bundesebene notwendig sind, wurden 1998 erstmals unmittelbar aus den von den Ländern bereitgestellten Einzelbaumdaten des 16 x 16 km-Stichprobennetzes ermittelt (EU-weit vorgegebene Netzdichte).

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Die Angaben über die gesamtwirtschaftlichen **Ausgaben für den Umweltschutz** im Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ermittelt. Sie umfassen Ausgaben für folgende Umweltbereiche: Abfallentsorgung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz. Frühere Ausgaben dieser Veröffentlichung enthielten lediglich die Ausgaben für die ersten vier der vorgenannten Umweltbereiche. Insofern sind die Angaben nur bedingt vergleichbar. Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Umweltschutz werden jeweils drei Jahre nach dem Berichtsjahr der zugrunde liegenden Basisstatistiken veröffentlicht.

Die Definition von **Umweltsteuern** basiert auf einem auf internationaler Ebene erarbeiteten Konzept einer Statistik über umweltbezogene Steuern. Sie orientiert sich an der Besteuerungsgrundlage – unabhängig von der Motivation zur Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Maßgeblich ist danach, dass die Steuer sich auf eine physische Einheit (oder einen Ersatz dafür) bezieht, die nachweislich spezifische negative Auswirkungen auf die Umwelt hat. Konkret sind darunter Emissionen im weitesten Sinne (Luftemissionen, Abwasser, Abfall, Lärm), Energieerzeugnisse, der Verkehr oder Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel zu verstehen. Für Deutschland quantitativ am bedeutsamsten sind somit bei den Steuern die Mineralölsteuer und die Stromsteuer (Besteuerungsgrundlage Energieerzeugnis) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (emissionsbezogene bzw. bis 1.7.1997 verkehrsbezogene Besteuerungsgrundlage).

Die hier präsentierten Ergebnisse (Tabelle 18.8.2) beziehen sich ausschließlich auf diese Steuern. Die Mehrwertsteuer auf Kraftfahrzeuge, Mineralöl oder Strom ist nicht einbezogen.

Die Ergebnisse zu den Umweltsteuern werden ein halbes Jahr nach Ablauf des Berichtsjahres veröffentlicht.

Die Zunahme der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** ist in Deutschland ein bedeutsames strukturelles Umweltproblem. In den Jahren 2008 bis 2011 hat sie um durchschnittlich 81 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität.

Methodik

Weitere Angaben zur Siedlungs- und Verkehrsfläche finden Sie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2) sowie im Kapitel 1 „Geografie und Klima“ (Tabelle 1.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Abfallbeseitigung | Jedes Entsorgungsverfahren, das keine Verwertung ist, z. B. Ablagerung, Abfallverbrennung oder Behandlungsverfahren, mit denen Abfälle für ein solches Verfahren vorbereitet werden.

Abfallentsorgung | Hierzu zählen Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Zuordnung der Abfallmenge in der Bilanz erfolgt nach dem jeweiligen anlagenspezifischen Entsorgungsschwerpunkt.

Abfallverwertung | Jedes Verfahren, durch das Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie unmittelbar oder mittelbar andere Materialien ersetzen. Man unterscheidet zwischen der energetischen und der stofflichen Verwertung. Unter stofflicher Verwertung (Recycling) versteht man die Aufbereitung von Abfällen zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen. Die Aufbereitung von Abfällen zu Materialien für die Verwendung als Brennstoff zählt zur energetischen Verwertung.

Abfüllanlagen | Abfüllen bezieht sich hier auf das Befüllen von Behältern oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe von einem Transportbehälter in einen anderen gefüllt werden.

Ablagerung | Ablagerung von Abfällen in oder auf dem Boden (z. B. Deponien oder Lagerung in Behältern in einem Bergwerk), Verpressung in Hohlräumen.

Additive (oder End-of-Pipe) Maßnahmen | Dies sind im Umweltschutz in der Regel separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen, die z. B. der Entsorgung von Abfällen (Beispiel Verbrennungsanlage), dem Schutz von Gewässern (Beispiel Kläranlage), der Lärmbekämpfung (Beispiel Lärmschutzwand) oder der Luftreinhaltung (Beispiel Luftfilter) dienen. Sie sind vorhandenen Anlagen vor- oder nachgeschaltet, damit die durch den Produktionsprozess entstandenen Emissionen verringert werden und Umweltstandards genügen.

Angereichertes Grundwasser | Es besteht überwiegend aus planmäßig versickerter Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und gegebenenfalls Uferfiltrat.

Anlagen | Das sind selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten mit allen dazugehörigen Komponenten (Behälter, Sicherheitseinrichtungen, Auffangwannen und Rohrleitungen). Betrieblich verbundene Funktionseinheiten, die auch nur eine dieser Einrichtungen gemeinsam haben, bilden eine Anlage.

Aufwendungen für Umweltschutz | Sie beinhalten die laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzanlagen, die Entsorgungskosten von Emissionen. Hinzu kommen die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für getätigte Umweltschutzinvestitionen.

Ausgaben für Umweltschutz | Neben den laufenden Ausgaben (Personalausgaben, Ausgaben für Energie, Ersatzteile u. a.) umfassen sie die Investitionen für Umweltschutzzwecke (Beschaffung von langfristigen, reproduzierbaren Produktionsmitteln und -anlagen).

Beförderung wassergefährdender Stoffe | Dies bezeichnet den Vorgang der Ortsveränderung einschließlich zeitweiliger Aufenthalte (Zwischenlagerung). Nicht zur Beförderung (sondern zum Umgang) zählen Übernahme und Ablieferung, Ver- und Auspacken sowie Be- und Entladen.

Behandlung zur Beseitigung | Physikalische, thermische, chemische oder biologische Verfahren, die die Beschaffenheit der Abfälle verändern, um ihr Volumen oder ihre gefährlichen Eigenschaften zu verringern oder ihre Handhabung zu erleichtern. Die entstehenden Abfälle können mit einem Beseitigungsverfahren entsorgt werden.

Blends | Das sind Gemische bzw. Zubereitungen aus zwei und mehr Stoffen, die mindestens einen klimawirksamen Stoff enthalten. Sie werden zunehmend als Ersatzstoffe für die verbotenen FCKW eingesetzt – vorwiegend als Kältemittel. Die GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der Blends werden mittels der GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der in ihnen enthaltenen Stoffe ermittelt und fallen daher unterschiedlich aus.

Energieverbrauch (Primärenergieverbrauch) | Darunter fällt der gesamte energetische Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte zuzüglich des nichtenergetischen Verbrauchs von Energieträgern. Bei den Umwandlungsbereichen ergibt sich der Energieverbrauch aus der Differenz zwischen der Menge der eingesetzten Energieträger (überwiegend Primärenergieträger) und der erzeugten Energieträger (Sekundärenergieträger). Mit Ausnahme der nicht-energetischen Verwendung von Energie wird die eingesetzte Energiemenge bei ihrer Nutzung vollständig verbraucht (z. B. zum Antrieb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen oder zur Raumheizung) und letztlich als Wärme an die Umwelt abgegeben.

Fremdwasser | Hierunter ist das in Abwasseranlagen abfließende Wasser zu verstehen, welches weder durch häuslichen oder gewerblich-industriellen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt wurde (Schmutzwasser) noch aus Niederschlägen stammt. Es ist der unerwünschte Abfluss in einem Entwässerungssystem. Im Einzelnen sind dies insbesondere Drainage- und Sickerwasser, in die Kanalnetze eindringendes Grundwasser, über einen Schmutzwasserkanal (z. B. über Schachtabdeckungen) zufließendes Oberflächenwasser oder unerlaubt eingeleitetes Wasser und Wasser von Baustellen.

Grundwasser | Das ist die Bezeichnung für unterirdisch anstehendes Wasser, das die Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt (ohne Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser).

GWP-Wert/CO₂-Äquivalente (Global Warming Potential) | Dieser Wert zeigt die klimaschädigende Wirkung eines Stoffes. Er gibt das Treibhauspotenzial eines Stoffes an, also seinen potenziellen Beitrag zur Erwärmung der bodennahen Luftschichten relativ zum Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO₂), dessen Wert mit 1,0 definiert wird. Das bedeutet, dass sich die Treibhauspotenziale anderer Stoffe relativ zum CO₂ bemessen.

Haushalte und Kleingewerbe | Diese Abnehmergruppe umfasst die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und sonstige Kleinabnehmer, bei denen die Wassermenge für gewerbliche und private Nutzung nicht durch getrennte Wasserzähler erfasst, sondern über einen Hauszähler zusammen abgerechnet wird, wie zum Beispiel Bäckereien, Metzgereien, Arztpraxen oder Rechtsanwaltskanzleien.

Herstellen von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen wassergefährdender Stoffe.

Integrierte Maßnahmen im Umweltschutz | Sie sind definitionsgemäß immer ein integrierter, d. h. in der Regel nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Ihr Kennzeichen ist außerdem, dass sie Emissionen erst gar nicht oder in viel geringerem Umfang entstehen lassen. Als Beispiele seien hier die Kreislaufführung von Stoffen oder die Nutzung von Reaktionswärme (Wärmetauscher, Kopplung mit anderen Prozessen) genannt.

Klärschlamm | Das ist die Bezeichnung für den bei der Abwasserbehandlung angefallenen und beseitigten Stoff, einschließlich der zugegebenen Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel.

Klimawirksam | Fluoriderivate der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sechs Kohlenstoffatomen sind im Sinne der Erhebung klimawirksam. Diese Stoffe werden in vollhalogenierte (FKW) und teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe (H-FKW) und deren Blends unterschieden. Die FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome vollständig durch Fluoratome ersetzt sind, während bei den H-FKW die Wasserstoffatome teilweise durch Fluoratome ersetzt werden.

Lageranlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem Lagern von wassergefährdenden Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen.

Lagern | Das ist die Bezeichnung für das Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung.

Privatisierte öffentliche Unternehmen | Als solche werden außerhalb der öffentlichen Haushalte geführte Unternehmen erfasst, die zu mehr als 50 % im Besitz der öffentlichen Hand sind (z. B. Eigenbetriebe der Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes). Sie werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Teil der Unternehmen und nicht als Teil des Staatssektors betrachtet.

Quellwasser | Das ist ein örtlich begrenzter und natürlicher Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, allerdings ohne Überlaufwasser.

R-Bezeichnung | Die sogenannte Kältemittel-Kurzbezeichnung wurde als Kurzzeichen-System anstelle der chemischen Benennung oder Formel zur Bezeichnung der Kältemittel eingeführt (DIN 8962). Durch Kleinbuchstaben (z. B. R 134a) werden Reinstoffe gekennzeichnet, Großbuchstaben stehen für Blends (z. B. R 410A).

Rohrleitungsanlagen | Dazu zählen außer den Rohren insbesondere die Formstücke, Armaturen, Flansche und Pumpen.

Rohrleitungen | Feste oder flexible Leitungen zum Befördern wassergefährdender Stoffe.

Schmutzwasser | Durch Gebrauch verändertes Wasser.

Siedlungs- und Verkehrsfläche | Sie umfasst Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe Siedlungsfläche und versiegelte Fläche dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Thermische Abfallbeseitigung | Teilweise oder vollständige Beseitigung von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen oder Gegenständen durch Verbrennen in Abfallverbrennungsanlagen, Anlagen zur thermischen Zersetzung brennbarer fester oder flüssiger Stoffe unter Sauerstoffmangel (Pyrolyseanlagen) sowie in Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen (z. B. Anlagen zur Veraschung von Leiterplatten). Hauptzweck ist die Beseitigung des Schadstoffpotenzials des Abfalls.

Trockenmasse | Das ist die Masse des Klärschlammes ohne Wasseranteil.

Uferfiltrat | Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt. Die Qualität des Uferfiltrats wird wesentlich von der Beschaffenheit des Oberflächenwassers bestimmt.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen | Der Umgang mit diesen Stoffen findet statt in Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen) oder zum Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen). Zum Umgang zählt auch das innerbetriebliche Befördern wassergefährdender Stoffe.

Umschlaganlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.

Umschlagen | Darunter fällt das Laden und Löschen (Entladen) von Schiffen sowie das Umladen von wassergefährdenden Stoffen in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes.

Umweltschutzinvestitionen | Bestandszugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädigenden Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Investitionen), sowie Bestandszugänge an Sachanlagen zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen (produktbezogene Investitionen). Zu den produktbezogenen Investitionen zählen nur solche, die aufgrund gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften bzw. Auflagen oder aufgrund von Selbstverpflichtungserklärungen

gegenüber der Bundesregierung erfolgt sind. Die Umweltschutzinvestitionen umfassen den Wert der Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbst erstellten Sachanlagen für Zwecke des Umweltschutzes (einschließlich der noch im Bau befindlichen Sachanlagen). Nicht enthalten sind Kosten der Finanzierung, des Erwerbs von Beteiligungen, Wertpapieren usw., des Erwerbs von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw. sowie des Erwerbs von ganzen Unternehmen.

Unfall | Als Unfall gilt das Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen beziehungsweise das Austreten bei deren Beförderung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Verwenden | Dazu zählt das Anwenden, Gebrauchen und Verbrauchen von wassergefährdenden Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften.

Wassergefährdende Stoffe | Das sind überwiegend feste und flüssige Stoffe (einschließlich Zubereitungen), die geeignet sind, dauernd oder in einem nicht nur unerheblichen Ausmaß nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit herbeizuführen.

Wassergefährdungsklassen (WGK) | Wassergefährdende Stoffe werden gemäß ihren physikalischen, chemischen oder biologischen Stoffeigenschaften in folgende Kategorien eingestuft:

1 = schwach wassergefährdend

2 = wassergefährdend

3 = stark wassergefährdend

Die Stoffart JGS (Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärs substrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe) ist in keine Wassergefährdungsklasse eingestuft. Bei entsprechend großen freigesetzten Mengen oder besonderen örtlichen Verhältnissen kann JGS jedoch zu einer Gefahr für Gewässer und Boden werden. Unfälle mit JGS werden daher seit 1998 sowohl beim Umgang als auch bei der Beförderung mit erfasst.

Wasserverluste/Messdifferenzen | Hierbei handelt es sich um die Menge des in das Verteilungsnetz eingespeisten Wassers, dessen Verbleib im Einzelnen nicht erfasst werden kann. Sie setzt sich zusammen aus tatsächlichen Verlusten, z. B. durch Rohrbrüche, undichte Rohrverbindungen oder Armaturen sowie aus scheinbaren Verlusten, z. B. Fehlanzeigen der Messgeräte oder unkontrollierte Entnahmen.

Wasserwerkseigenverbrauch | Das ist der betriebsinterne Wasserverbrauch innerhalb der Versorgungsanlage, z. B. für Filterspülung, Rohrnetzspülung oder den Sozialbereich.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Umwelt* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 32, Daten zu den *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* unter Code 85 und zu den *Nachhaltigkeitsindikatoren* unter Code 911

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Investitionen für den Umweltschutz

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 3 | Investitionen, sowie Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz

■ Wasser und Abwasser

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 2 | Wasserwirtschaft

■ Abfall(bilanz)

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 1 | Abfallentsorgung

■ Klimawirksame Stoffe (Luftverunreinigungen)

Fachberichte

| Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2011 – Ergebnisbericht (2011)

■ Straftaten gegen die Umwelt

Bundeskriminalamt – Statistik (www.bka.de)

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/09 | Weiterentwicklung des Indikators „Rohstoffproduktivität“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
Heft 2/12 | Berücksichtigung von sekundären Rohstoffen bei der Berechnung von indirekten Importen
Heft 6/12 | Umweltökonomische Analyse des Güterverkehrs 1995 bis 2010
Heft 8/12 | Luftemissionen

STATmagazin

| Trend zum spritsparenden Auto bremst Kraftstoffverbrauch (2010)
Weniger Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte (2011)

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/13 | Test des OECD-Indikatorensets Green Growth in Deutschland

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachberichte

| Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen – 2012

Broschüren

| Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht (2012)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 89 50 (Umweltstatistik), +49 (0)6 11 / 75 45 85 (Umweltökonomische Gesamtrechnungen).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





19 Land- und Forstwirtschaft

13 % der Bodenfläche sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche** | Über die **Hälfte** der Bodenfläche ist **Landwirtschaftsfläche** | **288 000 Betriebe** bewirtschaften landwirtschaftlich **genutzte Fläche** von **16,7 Millionen Hektar** | Auf über **einem Viertel** des Ackerlandes **Weizen** angebaut | **5 %** der rund 12,5 Millionen **Rinder** 2010 **ökologisch** gehalten | **7 000 Betriebe** bewirtschaften Anbaufläche von **115 000 Hektar Gemüse** | **1,1 Millionen Tonnen Rindfleisch**, **5,5 Millionen Tonnen Schweinefleisch** und **1,4 Millionen Tonnen Geflügelfleisch** aus gewerblichen Schlachtungen

Seite	
467	Auf einen Blick
	Tabellen
468	Flächennutzung Boden-, Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten
469	Landwirtschaftliche Betriebe Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten Betriebssysteme Viehhaltung Rechtliche und sozialökonomische Gliederung Arbeitskräfte
473	Pachtentgelte und Kaufwerte Pachtflächen und Pachtentgelte Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken
474	Ökologischer Landbau Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche Viehbestand
475	Düngemittel Inlandsabsatz nach Nährstoffen und Düngerarten
476	Forstbetriebe und Forstwirtschaft Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen Holzeinschlag
477	Anbau und Ernte Feldfrüchte Gemüse Speisepilze Strauchbeeren Baumobst und Erdbeeren Zierpflanzen Baumschulen
483	Weinanbau und Weinerzeugung Bestockte Rebflächen Weinmosternte Weinerzeugung
485	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung Viehbestand (Rinder, Schweine, Schafe) Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung Geflügel Haltung von Legehennen Schlachttier- und Fleischuntersuchung
489	Aquakultur Erzeugung aus Aquakultur
490	Methodik
492	Glossar
494	Mehr zum Thema

Rückgang der Landwirtschaftsfläche 1992 bis 2011 in %

■ unter 2,5
 ■ 2,5 bis unter 3,5
 ■ 3,5 bis unter 4,5
 ■ 4,5 bis unter 5,5
 ■ 5,5 und mehr



2013 - 01 - 0376

19.1 Flächennutzung

Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf Basis der amtlichen Liegenschaftskataster. – Die Bezeichnungen wurden dem „Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen“ (Stand: 1991) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis) entnommen.

19.1.1 Bodenfläche nach Nutzungsarten 2011

	Bodenfläche insgesamt	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Landwirtschaftsfläche		Waldfläche		Wasserfläche	
	km ²		%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	357 138	47 971	13,4	186 771	52,3	107 814	30,2	8 576	2,4
Baden-Württemberg	35 751	5 077	14,2	16 326	45,7	13 693	38,3	388	1,1
Bayern	70 550	8 060	11,4	34 773	49,3	24 726	35,0	1 444	2,0
Berlin	892	627	70,4	37	4,2	163	18,3	60	6,7
Brandenburg	29 484	2 728	9,3	14 547	49,3	10 458	35,5	1 010	3,4
Bremen	419	233	55,6	120	28,7	8	1,9	51	12,3
Hamburg	755	451	59,7	185	24,5	48	6,4	61	8,1
Hessen	21 115	3 280	15,5	8 890	42,1	8 472	40,1	290	1,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	23 193	1 857	8,0	14 525	62,6	5 053	21,8	1 386	6,0
Niedersachsen	47 614	6 518	13,7	28 645	60,2	10 373	21,8	1 106	2,3
Nordrhein-Westfalen	34 098	7 689	22,6	16 701	49,0	8 754	25,7	670	2,0
Rheinland-Pfalz	19 854	2 827	14,2	8 308	41,8	8 335	42,0	273	1,4
Saarland	2 570	533	20,8	1 105	43,0	873	34,0	26	1,0
Sachsen	18 420	2 326	12,6	10 126	55,0	5 010	27,2	359	1,9
Sachsen-Anhalt	20 450	2 241	11,0	12 618	61,7	5 010	24,5	453	2,2
Schleswig-Holstein	15 800	2 003	12,7	11 067	70,0	1 659	10,5	801	5,1
Thüringen	16 172	1 520	9,4	8 795	54,4	5 178	32,0	199	1,2

19.1.2 Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten 2011

	Siedlungs- und Verkehrs- fläche (SuV)	Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche		Erholungsfläche, Friedhof		Verkehrsfläche	
	km²		%	km²	%	km²	%
Deutschland	47 971	25 534	53,2	4 445	9,3	17 993	37,5
Baden-Württemberg	5 077	2 774	54,6	342	6,7	1 961	38,6
Bayern	8 060	4 249	52,7	419	5,2	3 392	42,1
Berlin	627	377	60,1	117	18,7	133	21,2
Brandenburg	2 728	1 412	51,7	241	8,8	1 075	39,4
Bremen	233	147	63,2	37	16,0	49	20,9
Hamburg	451	291	64,5	66	14,6	94	20,9
Hessen	3 280	1 624	49,5	233	7,1	1 424	43,4
Mecklenburg-Vorpommern . . .	1 857	855	46,1	315	16,9	687	37,0
Niedersachsen	6 518	3 580	54,9	491	7,5	2 446	37,5
Nordrhein-Westfalen	7 689	4 552	59,2	725	9,4	2 412	31,4
Rheinland-Pfalz	2 827	1 232	43,6	361	12,8	1 234	43,7
Saarland	533	340	63,8	32	6,1	160	30,1
Sachsen	2 326	1 311	56,4	246	10,6	769	33,1
Sachsen-Anhalt	2 241	914	40,8	543	24,2	784	35,0
Schleswig-Holstein	2 003	1 123	56,1	184	9,2	696	34,7
Thüringen	1 520	753	49,5	91	6,0	676	44,5

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2012

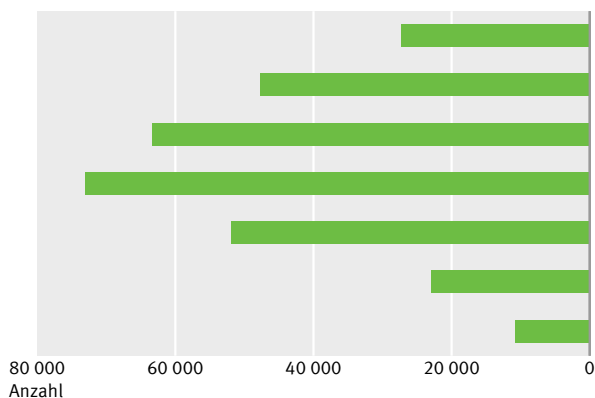
	Insgesamt ¹⁾	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Zahl der Betriebe in 1 000								
Deutschland	288,2	25,5	44,2	60,5	73,1	50,4	23,2	11,3
darunter:								
Baden-Württemberg	43,1	7,6	7,4	9,0	9,9	6,3	2,5	0,4
Bayern	94,4	4,0	15,9	26,5	29,6	14,0	3,7	0,6
Brandenburg	5,5	0,4	0,7	0,8	0,9	0,6	0,6	1,5
Hessen	17,4	1,0	3,0	4,0	4,4	3,0	1,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	4,7	0,2	0,6	0,5	0,7	0,4	0,5	1,7
Niedersachsen	40,5	2,4	4,7	5,7	9,3	10,7	6,0	1,8
Nordrhein-Westfalen	33,8	2,4	4,7	6,3	9,8	7,7	2,5	0,4
Rheinland-Pfalz	19,2	4,8	3,1	3,4	3,3	2,6	1,6	0,4
Saarland	1,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,1	0,7	1,1	1,1	1,0	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	1,5
Schleswig-Holstein	13,6	0,8	1,8	1,6	2,6	3,6	2,4	0,8
Thüringen	3,5	0,3	0,6	0,7	0,5	0,3	0,3	0,8
Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1 000 ha								
Deutschland	16 667,3	50,9	321,4	907,6	2 440,4	3 548,1	3 134,1	6 264,9
darunter:								
Baden-Württemberg	1 420,7	13,8	53,2	133,0	330,8	439,3	340,0	110,7
Bayern	3 126,1	9,1	116,7	405,3	975,1	957,8	487,6	174,6
Brandenburg	1 319,6	0,7	5,1	11,6	30,0	40,1	81,7	1 150,4
Hessen	763,1	2,1	22,1	58,9	143,7	212,8	215,5	108,0
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 343,1	0,4	4,2	7,5	21,9	28,3	78,7	1 202,1
Niedersachsen	2 596,4	4,7	34,1	85,6	325,8	773,0	806,7	566,5
Nordrhein-Westfalen	1 446,6	4,8	34,0	93,8	333,8	532,7	330,8	116,7
Rheinland-Pfalz	698,0	10,0	22,0	49,9	110,5	183,3	216,4	106,0
Saarland	77,5	0,2	1,2	3,2	7,8	15,7	32,8	16,7
Sachsen	908,3	1,1	8,3	16,4	33,5	43,3	83,3	722,3
Sachsen-Anhalt	1 171,4	0,5	2,8	6,8	18,4	32,2	74,4	1 036,3
Schleswig-Holstein	990,4	2,5	12,7	23,8	89,3	262,1	332,6	267,5
Thüringen	781,2	0,6	4,2	9,8	15,1	20,6	47,8	683,3

Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung 2012.

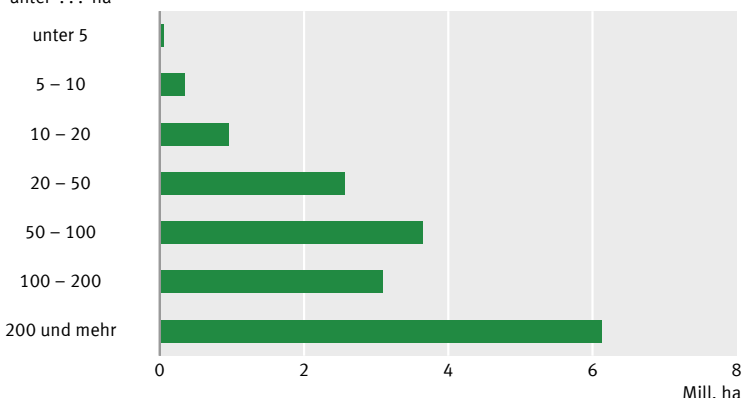
¹ Einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2012

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größe der Fläche



Fläche dieser Betriebe insgesamt



2013 - 01 - 0377

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.2 Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten

	Insgesamt	Darunter										
		Ackerland							Dauer- kulturen zusammen	Dauergrünland		
		zusammen	darunter							zusammen	darunter	Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)
			Getreide zur Körner- gewinnung ¹		Handelsgewächse		Pflanzen zur Grünernnte					
			zusammen	dar. Weizen	zusammen	dar. Winter- raps ¹	zusammen	dar. Silomais/ Grünmais				
	1 000 ha											
2011	16 721,3	11 874,1	6 500,6	3 248,2	1 406,2	1 307,4	2 813,7	2 028,8	199,9	4 644,0	1 812,7	2 630,5
2012	16 667,3	11 834,0	6 527,3	3 056,7	1 382,0	1 299,5	2 815,3	2 038,0	199,8	4 630,8	1 832,9	2 599,1
darunter: 2012 nach Ländern												
Baden-Württemberg	1 420,7	830,3	522,9	214,8	66,5	59,3	183,1	120,4	50,0	539,8	361,0	142,8
Bayern	3 126,1	2 051,0	1 164,4	505,9	147,4	123,9	550,4	402,2	13,0	1 061,9	717,9	305,1
Brandenburg	1 319,6	1 028,8	518,5	135,2	149,4	126,7	278,0	164,7	4,9	285,9	60,3	213,3
Hessen	763,1	478,0	294,4	130,0	64,9	62,6	76,7	47,5	6,2	278,9	115,9	147,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 343,1	1 078,0	597,8	362,1	200,3	198,2	209,1	145,7	3,2	261,9	60,1	199,2
Niedersachsen	2 596,4	1 880,3	885,0	377,8	125,1	122,2	599,1	514,8	20,0	696,0	59,2	617,9
Nordrhein-Westfalen	1 446,6	1 045,2	611,9	251,3	67,8	64,5	237,4	183,9	13,6	387,1	181,9	176,8
Rheinland-Pfalz	698,0	400,8	238,8	108,3	47,5	45,9	60,3	33,2	69,1	227,9	78,1	142,2
Saarland	77,5	36,8	22,3	9,7	4,3	4,1	8,1	4,0	0,4	40,3	21,0	18,2
Sachsen	908,3	719,1	400,5	164,1	138,2	133,0	132,4	75,5	5,0	184,2	58,2	118,3
Sachsen-Anhalt	1 171,4	1 000,6	569,0	342,3	178,5	172,6	149,1	110,1	2,7	168,0	50,5	106,6
Schleswig-Holstein	990,4	665,6	331,0	228,6	61,6	60,5	240,5	180,7	6,8	317,4	35,3	278,4
Thüringen	781,2	611,0	366,9	224,7	129,5	125,1	88,9	54,1	2,8	167,4	30,8	122,3

Ergebnisse der jeweiligen Bodennutzungshaupterhebung.

1 Einschl. Saatguterzeugung.

19.2.3 Landwirtschaftliche Betriebe nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2010

	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Standardoutput		Arbeitsleistung	Viehbestand
	Anzahl	1 000 ha	Mill. EUR	EUR/Betrieb	AK-E	1 000 GV
Insgesamt	299 134	16 704,0	41 097,0	137 386	545 504	12 988,2
Ackerbaubetriebe	73 300	5 160,1	7 343,8	100 188	102 406	223,8
Gartenbaubetriebe	8 258	62,0	2 992,7	362 398	46 609	3,5
Dauerkulturbetriebe	23 397	219,4	1 967,8	84 107	43 773	8,0
dar. Weinbau (Rebanlagen)	15 577	123,4	1 103,5	70 841	26 833	1,9
Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	129 828	6 279,4	13 739,1	105 825	217 469	7 852,5
dar. Milchvieh	66 266	4 189,9	10 712,8	161 664	143 732	5 601,0
Veredlungsbetriebe	19 285	1 023,3	7 019,8	364 005	36 781	2 426,2
Pflanzenbauverbundbetriebe	3 830	174,8	639,8	167 036	11 924	21,5
Viehhaltungsverbundbetriebe	10 589	729,1	2 150,8	203 112	22 440	938,2
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe ...	30 647	3 056,0	5 243,2	171 085	64 102	1 514,5

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.4 Viehhaltung nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 2010

	Betriebe mit Viehhaltung insgesamt		Darunter Betriebe mit							
			Rindern				Schweinen		Geflügel	
			zusammen		darunter mit Milchkühen					
	Betriebe	GV	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Insgesamt	216 099	12 988 177	144 850	12 534 507	89 763	4 164 789	60 097	27 571 352	60 450	128 899 750
Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha										
unter 5	8 217	448 291	2 801	92 171	734	11 117	1 438	1 861 943	3 266	49 069 172
5 – 10	30 698	250 565	13 925	176 877	3 978	28 921	6 434	251 503	12 163	3 528 328
10 – 20	45 869	804 223	29 815	791 777	14 970	217 451	11 420	982 537	16 196	4 663 549
20 – 50	61 705	2 739 284	46 059	2 755 769	31 600	903 691	18 185	5 620 559	16 406	14 778 060
50 – 100	44 136	4 005 101	33 293	3 906 236	25 236	1 335 599	14 760	9 746 951	8 648	28 489 359
100 – 200	18 461	2 458 410	13 565	2 411 356	9 910	823 424	5 919	5 504 928	2 992	16 175 241
200 – 500	4 638	891 308	3 300	836 502	1 878	273 256	1 321	1 858 186	639	6 890 919
500 – 1 000	1 214	465 402	1 010	504 017	590	170 139	275	677 634	70	1 605 485
1 000 und mehr	1 161	925 592	1 082	1 059 802	867	401 191	345	1 067 111	70	3 699 637
Größenklassen der Großvieheinheiten (GV) von ... bis unter ... GV										
unter 50	138 651	2 402 894	83 536	2 367 757	39 419	615 520	34 010	3 048 896	47 192	8 046 255
50 – 100	40 254	2 876 450	32 697	3 006 376	26 759	1 045 839	12 083	5 295 336	8 198	11 345 630
100 – 200	27 459	3 779 570	21 341	3 697 373	17 856	1 295 591	10 093	9 388 579	3 750	22 772 677
200 und mehr	9 735	3 929 264	7 276	3 463 001	5 729	1 207 839	3 911	9 838 541	1 310	86 735 188

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

19.2.5 Landwirtschaftliche Betriebe in rechtlicher und sozialökonomischer Gliederung 2010

	Insgesamt		Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha					
			unter 20		20 – 50		50 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha
Insgesamt	299,1	16 704,0	137,8	1 343,7	76,1	2 535,0	85,2	12 825,3
Einzelunternehmen	273,0	11 084,7	131,2	1 298,6	72,4	2 407,1	69,4	7 379,1
Haupterwerbsbetriebe	135,4	8 337,2	33,2	.	42,7	1 482,6	59,5	.
Nebenerwerbsbetriebe	137,6	2 747,6	98,0	.	29,7	924,5	9,9	.
Personengemeinschaften ¹ ..	21,0	2 664,1	5,2	36,4	3,2	114,2	12,6	2 513,6
Juristische Personen	5,1	2 955,2	1,4	8,8	0,4	13,8	3,3	2 932,6

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Einschl. Personengesellschaften.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.6 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2010

	Arbeitskräfte			Davon							
	insgesamt	und zwar		Familienarbeitskräfte ¹			ständige Arbeitskräfte ¹			Saisonarbeitskräfte ¹	
		voll- beschäftigt	männlich	zusammen	und zwar		zusammen	und zwar		zusammen	dar. männlich
					voll- beschäftigt	männlich		voll- beschäftigt	männlich		
	1 000										
Insgesamt	1 080,3	314,2	671,6	556,3	194,9	361,7	193,4	119,3	128,9	330,5	180,9
	Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha										
unter 5	117,2	22,0	62,8	46,5	10,9	28,8	27,9	11,1	12,9	42,8	21,1
5 – 10	113,5	14,1	73,2	80,8	9,9	54,6	10,0	4,2	5,9	22,7	12,8
10 – 20	165,6	30,4	109,9	117,9	24,9	78,7	12,0	5,5	7,5	35,7	23,6
20 – 50	228,3	71,4	144,0	151,9	62,0	98,1	19,3	9,3	12,6	57,2	33,3
50 – 100	182,6	69,9	112,9	105,1	55,7	66,8	25,8	14,1	17,7	51,8	28,4
100 – 200	121,7	39,9	70,8	43,2	24,8	27,5	24,4	15,2	17,9	54,1	25,4
200 und mehr	151,4	66,6	98,0	11,0	6,7	7,2	74,0	59,9	54,5	66,4	36,3
	Rechtsformen										
Einzelunternehmen	844,0	221,2	524,1	556,3	194,9	361,7	54,8	26,3	35,1	232,8	127,3
Haupterwerbsbetriebe	520,9	190,0	312,5	288,0	167,3	181,9	45,8	22,7	29,4	187,0	101,2
Nebenerwerbsbetriebe	323,1	31,2	211,6	268,3	27,6	179,9	9,0	3,6	5,7	45,8	26,1
Personengemeinschaften ¹² ..	155,0	45,5	93,6	X	X	X	77,0	45,5	51,3	78,0	42,3
Juristische Personen	81,3	47,4	53,9	X	X	X	61,6	47,4	42,5	19,7	11,3
	darunter: nach Ländern										
Baden-Württemberg	190,1	32,2	113,0	90,5	23,9	57,6	20,3	8,3	12,7	79,3	42,7
Bayern	257,4	83,0	162,1	197,2	72,0	126,8	21,9	11,0	13,4	38,4	21,9
Brandenburg	36,5	16,3	23,0	6,2	2,1	4,2	17,8	14,2	12,0	12,5	6,8
Hessen	57,8	11,6	34,3	34,2	8,1	22,7	7,2	3,5	4,7	16,4	6,9
Mecklenburg-Vorpommern ...	25,3	13,9	17,3	4,5	1,9	3,1	14,7	12,0	11,0	6,1	3,2
Niedersachsen	150,7	44,2	93,4	73,0	31,4	48,6	23,7	12,8	16,4	53,9	28,5
Nordrhein-Westfalen	123,7	32,3	76,9	66,8	24,3	44,2	18,3	8,0	11,9	38,6	20,8
Rheinland-Pfalz	99,4	18,3	61,4	37,0	12,4	23,6	10,8	5,8	7,0	51,6	30,8
Saarland	3,8	1,0	2,4	2,5	0,7	1,6	0,7	0,4	0,5	0,5	0,3
Sachsen	36,0	17,9	23,0	8,9	3,1	6,0	18,8	14,8	12,2	8,3	4,7
Sachsen-Anhalt	25,6	13,1	17,0	4,3	1,7	3,1	14,1	11,3	10,0	7,2	3,9
Schleswig-Holstein	45,4	15,9	29,5	24,5	11,0	16,0	9,5	4,9	6,9	11,5	6,6
Thüringen	24,1	13,2	15,5	4,8	1,4	3,2	14,4	11,8	9,5	5,0	2,8

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

¹ Im Betrieb beschäftigt.² Einschl. Personengesellschaften.

19.3 Pachtentgelte und Kaufwerte
19.3.1 Pachtflächen und Pachtentgelte in landwirtschaftlichen Betrieben 2010

	Landwirtschaftliche Betriebe mit Angabe des Jahrespachtentgeltes											
	insgesamt				und zwar mit							
					Ackerland				Dauergrünland			
	Betriebe	landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Pacht- fläche	Pacht- entgelt	Betriebe	landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Pacht- fläche	Pacht- entgelt	Betriebe	landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Pacht- fläche	Pacht- entgelt
	1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha
Deutschland	195,1	14 140,3	8 797,4	203	130,1	11 471,0	5 626,2	228	118,2	9 100,5	2 120,0	129
darunter:												
Baden-Württemberg	30,8	1 254,1	757,9	197	20,6	1 050,6	451,1	221	19,2	936,0	257,4	117
Bayern	57,7	2 303,9	1 181,4	251	37,7	1 724,7	682,4	291	37,4	1 550,4	343,4	169
Brandenburg	4,1	1 285,8	964,0	98	2,7	1 057,6	640,3	105	2,5	851,8	181,5	71
Hessen	13,7	696,8	439,3	148	9,5	550,2	237,9	182	9,1	477,0	142,3	86
Mecklenburg-Vorpommern ..	2,9	1 151,1	770,3	152	1,8	873,9	474,4	168	1,8	712,0	129,6	83
Niedersachsen	28,7	2 062,9	1 060,5	307	21,7	1 758,3	701,8	351	16,3	1 153,4	274,7	189
Nordrhein-Westfalen	20,8	982,2	520,4	337	14,9	781,9	324,1	402	10,8	510,1	139,8	183
Rheinland-Pfalz	14,7	651,2	413,3	199	7,2	513,5	246,3	195	6,2	397,2	127,4	89
Saarland	1,0	73,3	47,3	86	0,6	47,5	16,7	99	0,7	51,9	18,9	75
Sachsen	4,0	876,7	675,1	128	2,7	808,7	518,7	142	2,9	753,0	126,0	74
Sachsen-Anhalt	3,2	1 129,7	880,7	198	2,1	894,8	611,8	219	1,5	588,9	100	95
Schleswig-Holstein	10,4	888,8	434,6	294	7,0	754,6	266,5	339	7,7	602,8	147,8	208
Thüringen	2,6	762,9	639,0	130	1,5	643,5	449,7	149	1,7	500,9	124,0	67

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.2 Jahrespachtentgelt der landwirtschaftlichen Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken

	1995	1999	2003	2007	2010
	EUR je ha Pachtfläche				
Deutschland	147	158	174	183	203
darunter:					
Baden-Württemberg	167	172	183	189	197
Bayern	217	227	232	235	251
Brandenburg	54	63	74	80	98
Hessen	129	133	137	140	148
Mecklenburg-Vorpommern ..	80	93	113	125	152
Niedersachsen	251	255	268	279	307
Nordrhein-Westfalen	278	281	310	312	337
Rheinland-Pfalz	176	178	185	192	199
Saarland	80	79	87	85	86
Sachsen	83	96	108	116	128
Sachsen-Anhalt	123	140	160	172	198
Schleswig-Holstein	245	254	265	261	294
Thüringen	89	100	114	120	130

1995 Ergebnisse der Agrarberichterstattung, 1999 und 2010 der Landwirtschaftszählung, 2003 und 2007 der Agrarstrukturerhebung. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.3 Veräußerungen landwirtschaftlicher Grundstücke 2011

	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche ¹	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar ²
	Anzahl	ha	EUR
Deutschland	47 181	114 733	13 493
darunter:			
Baden-Württemberg	6 270	4 334	20 668
Bayern	4 262	6 165	30 064
Brandenburg	4 291	22 364	6 879
Hessen	4 419	4 126	12 822
Mecklenburg-Vorpommern ..	2 077	22 805	11 789
Niedersachsen	5 867	14 115	18 910
Nordrhein-Westfalen	3 607	6 209	30 488
Rheinland-Pfalz	5 888	4 870	9 532
Saarland	769	406	9 274
Sachsen	1 500	4 500	5 909
Sachsen-Anhalt	3 125	11 279	9 736
Schleswig-Holstein	1 197	5 554	18 797
Thüringen	3 909	8 006	6 288

Ergebnisse der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

- 1 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.
2 Summe der Kaufpreise bezogen auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

19.4 Ökologischer Landbau
19.4.1 Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010

	Insgesamt			Und zwar mit					
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche		Ackerland			Dauergrünland ¹		
		insgesamt ²	dar. ökologisch bewirtschaftet	Betriebe	Fläche		Betriebe	Fläche	
					zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet		zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet
	1 000	1 000 ha	%	1 000	1 000 ha	%	1 000	1 000 ha	%
Deutschland	16,5	980,9	96,0	10,6	456,7	93,6	14,4	477,2	98,4
darunter:									
Baden-Württemberg	3,0	112,2	87,7	2,0	44,1	81,0	2,7	62,4	92,5
Bayern	5,7	194,1	98,2	3,8	91,3	97,4	5,2	98,3	99,2
Brandenburg	0,7	140,8	99,7	0,6	90,1	99,7	0,6	46,4	99,7
Hessen	1,5	72,7	99,1	0,9	23,3	98,5	1,4	44,3	99,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	0,7	117,8	99,5	0,5	45,0	99,3	0,6	70,1	99,8
Niedersachsen	1,2	78,5	94,7	0,8	32,9	91,4	1,0	36,0	98,8
Nordrhein-Westfalen	1,3	54,5	97,6	0,7	18,4	95,1	1,1	32,3	99,2
Rheinland-Pfalz	0,8	38,0	94,7	0,4	12,1	85,5	0,4	21,2	99,8
Saarland	0,1	8,5	96,9	0,1	2,4	94,9	0,1	5,6	97,8
Sachsen	0,4	38,0	88,4	0,3	24,3	84,6	0,3	12,5	94,8
Sachsen-Anhalt	0,3	49,6	.	0,3	32,0	95,4	0,2	15,4	99,9
Schleswig-Holstein	0,4	35,2	93,9	0,3	20,5	90,3	0,4	14,3	99,0
Thüringen	0,2	39,0	88,0	0,2	19,9	76,9	0,2	17,2	99,9

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Ohne ertragsarmes und aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland.

2 Einschl. Flächen, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.4.2 Viehbestand 2010

	Betriebe	Tiere	Dar. Betriebe mit ökologischem Landbau			
			zusammen	Tiere		
				zusammen ¹	dar. in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogene Tiere	
	insgesamt					
	1 000			Anzahl	%	
Rinder	144,9	12 534,5	9,7	628,7	594,1	94,5
Schweine	60,1	27 571,4	2,1	197,8	156,3	79,0
Schafe	22,3	2 088,5	2,3	259,1	245,7	94,8
Ziegen	11,2	149,9	1,6	53,3	50,1	94,0
Gänse, Enten, Truthühner	9,6	14 786,4	1,0	265,4	225,0	84,8
Einhufer (z. B. Pferde)	49,0	461,8	4,2	32,8	30,2	91,9

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Einschl. Viehbestände, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.5 Düngemittel**19.5.1 Inlandsabsatz nach Nährstoffarten**

Wirtschaftsjahr	Insgesamt				Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ¹			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)
	1 000 t Nährstoff				kg Nährstoff			
2005/06	1 785	274	426	1 897	105,3	16,2	25,1	106,0
2009/10	1 569	235	363	2 075	92,9	13,9	21,5	117,8
2010/11	1 786	286	434	2 276	106,9	17,1	26,0	130,7
2011/12	1 640	247	386	2 398	98,1	14,8	23,1	138,1

1 Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, einschl. Brache.

19.5.2 Inlandsabsatz nach Düngerarten

Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)						Phosphat (P ₂ O ₅)			
	zusammen	Kalkammonsalpeter	Ammonnitrat-Harnstoff-Lösung	Harnstoff	andere Einnährstoffdünger ¹	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Superphosphat ²	andere Phosphatdünger ³	Mehrnährstoffdünger
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	1 785	805	230	301	276	173	274	23	8	243
2009/10	1 569	713	188	280	276	113	235	22	6	207
2010/11	1 786	728	200	377	325	156	286	20	9	258
2011/12	1 640	682	173	311	332	142	247	12	7	228

Wirtschaftsjahr	Kali (K ₂ O)					Kalk (CaO)				
	zusammen	Kalirohsalz ⁴	Kaliumchlorid ⁵	Kaliumsulfat ⁶	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Kohlensaurer Kalk ⁷	Branntkalk ⁸	Konverterkalk ⁹	andere Kalkdünger ¹⁰
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	426	8	215	25	178	1 897	1 352	76	148	321
2009/10	363	10	233	18	101	2 075	1 483	67	185	339
2010/11	434	12	253	27	142	2 276	1 656	59	219	343
2011/12	386	7	255	22	101	2 398	1 720	67	227	383

1 Z. B. Stickstoff-Magnesia, Ammoniumnitrat, Ammonsulfat, Ammonsulfatsalpeter und andere Salpetersorten, Kalkstickstoff.

2 Auch Triple-Superphosphat.

3 Weicherdiges Rohphosphat, teilaufgeschlossenes Rohphosphat, Dicalciumphosphat, Rohphosphat mit wasserlöslichem Anteil, Thomasphosphat, Rohphosphat mit kohlensaurem Kalk.

4 Einschl. Rückstandkali.

5 Einschl. Kaliumchlorid mit Magnesium.

6 Einschl. Kaliumsulfat mit Magnesium.

7 Einschl. kohlensaurer Magnesiumkalk.

8 Einschl. Magnesium-Branntkalk.

9 Einschl. Hüttenkalk.

10 Einschl. Misch-, Carbo- und Rückstandkalk.

19.6 Forstbetriebe und Forstwirtschaft

19.6.1 Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen 2010

	Insgesamt		Wald		Kurzumtriebsplantagen	
	Anzahl der Betriebe	Fläche in 1 000 ha	Anzahl der Betriebe	Fläche in 1 000 ha	Anzahl der Betriebe	Fläche in 1 000 ha
Deutschland	175 891	8 843,1	175 569	8 837,7	1 018	5,4
Baden-Württemberg	12 617	.	12 556	1 173,8	109	.
Bayern	88 246	1 961,3	88 212	1 959,9	240	1,5
Brandenburg	4 937	793,1	4 921	792,1	70	1,0
Hessen	6 423	795,3	6 410	795,1	32	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	2 319	442,1	2 311	441,9	28	0,2
Niedersachsen	19 242	906,5	19 175	905,7	203	0,8
Nordrhein-Westfalen	17 896	708,0	17 854	707,7	144	0,3
Rheinland-Pfalz	9 419	686,2	9 397	686,2	56	0,1
Saarland	450	74,4	447	.	3	.
Sachsen	4 579	385,0	4 569	384,6	49	0,3
Sachsen-Anhalt	2 449	353,7	2 439	353,6	25	0,1
Schleswig-Holstein	4 300	135,6	4 273	.	41	.
Thüringen	2 955	394,7	2 947	394,7	17	0,1
Berlin, Bremen, Hamburg	.	.	.	.	.	.

Kurzumtriebsplantagen sind bewirtschaftete Forstflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit bis zu etwa 20 Jahren beträgt (z. B. Pappeln, Weiden).

Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe können sowohl Wald als auch Kurzumtriebsplantagen besitzen. Deshalb addieren sich zwar die Flächen auf insgesamt, nicht aber die Anzahl der Betriebe.

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

19.6.2 Holzeinschlag

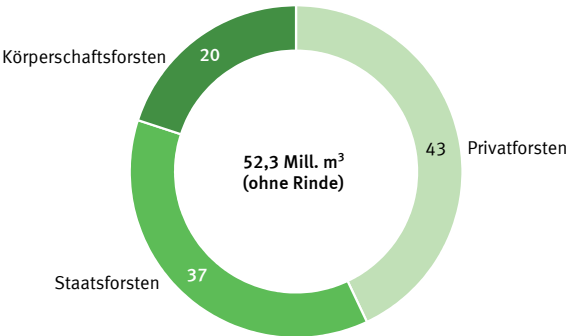
Der jährliche **Holzeinschlag** wird stark von den jeweiligen Witterungsbedingungen und unvorhersehbaren Ereignissen bzw. Wetterphänomenen (z. B. Orkane) beeinflusst. Die Einordnung der jährlichen Holzeinschlagszahlen ist daher nur anhand mehrjähriger Durchschnittswerte sinnvoll.

	Insgesamt	Laubholz					Nadelholz				
		zusammen	Eiche		Buche und sonstiges Laubholz		zusammen	Kiefer und Lärche		Fichte, Tanne, Douglasie und sonstiges Nadelholz	
			Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹		Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen	Industrie-, Energieholz ¹
	1 000 m³ ohne Rinde										
2001/05 D	48 899	10 504	846	1 088	2 836	5 735	38 395	4 833	5 080	20 317	8 164
2006/10 D	59 375	12 307	719	1 321	2 657	7 611	47 068	5 683	6 077	25 252	10 057
2011	56 142	14 432	673	1 515	2 847	9 397	41 710	6 512	7 099	18 985	9 114
2012	52 338	13 873	625	1 425	2 550	9 273	38 465	6 264	6 990	17 193	8 018

1 Einschl. nicht verwertetes Holz.

Holzeinschlag nach Waldeigentumsarten 2012

in %



Staatsforsten bezeichnen Wald im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes, **Körperschaftsforsten** umfassen Gemeindeforsten (einschließlich Kreisforsten sowie Forsten von Gemeinde- und Kreisverbänden) und Forsten sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist, gilt als **Privatwald**.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

Anbau und Ernte von Feldfrüchten ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte sinnvoll.

	Ackerland									
	insgesamt	Getreide zur Körnergewinnung (einschl. Saatguterzeugung) ¹⁾								
		zusammen	Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	Sommer- weizen ²⁾	Roggen und Wintermeng- getreide	Wintergerste	Sommer- gerste	Hafer	Triticale ³⁾	Körnermais/ Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)
Anbaufläche in 1 000 ha										
2006/11 D	11 890,2	6 716,5	3 127,0	55,0	662,6	1 375,0	461,9	164,7	413,0	457,3
2011	11 874,1	6 491,0	3 172,8	75,4	613,7	1 177,7	420,3	143,4	399,7	487,9
2012	11 834,0	6 517,9	2 892,7	164,0	708,5	1 090,1	587,7	145,4	403,4	526,2
darunter: 2012 nach Ländern										
Baden-Württemberg	830,3	520,9	201,0	13,8	13,9	74,0	92,6	23,2	27,8	74,7
Bayern	2 051,0	1 164,1	496,2	9,7	49,3	222,7	134,7	30,3	91,3	130,0
Brandenburg	1 028,8	516,5	126,1	9,1	210,4	66,7	19,5	13,7	40,7	30,2
Hessen	478,0	293,8	108,9	21,1	18,1	50,0	57,9	13,5	17,2	7,1
Mecklenburg-Vorpommern . .	1 078,0	596,8	359,5	2,6	82,2	115,7	11,1	7,5	12,1	6,2
Niedersachsen	1 880,3	883,6	323,9	53,8	133,3	116,3	67,1	13,0	70,0	106,1
Nordrhein-Westfalen	1 045,2	611,7	236,5	14,8	18,2	114,0	51,0	11,4	57,4	108,5
Rheinland-Pfalz	400,8	238,4	101,8	6,5	12,9	31,2	50,2	5,6	19,1	11,2
Saarland	36,8	22,3	9,3	0,4	3,7	2,9	1,5	1,7	2,4	0,2
Sachsen	719,1	399,9	158,2	5,9	41,1	84,7	46,9	9,3	23,0	30,7
Sachsen-Anhalt	1 000,6	568,5	331,9	10,4	85,7	91,8	9,2	.	.	15,1
Schleswig-Holstein	665,6	330,9	221,0	7,5	26,1	53,2	8,1	7,1	6,3	(1,4)
Thüringen	611,0	366,8	216,5	8,2	12,9	66,4	37,9	4,5	15,7	4,7
Ertrag in dt je ha										
2006/11 D	X	67,0	74,2	53,3	47,7	63,6	47,6	44,5	55,7	95,8
2011	X	64,6	70,6	51,2	41,1	56,7	49,0	43,7	51,8	107,2
2012	X	69,7	74,0	61,7	54,7	64,9	56,4	52,0	60,6	105,5
darunter: 2012 nach Ländern										
Baden-Württemberg	X	71,4	68,3	59,4	53,6	62,7	61,4	56,4	59,4	117,2
Bayern	X	68,1	70,1	59,9	52,1	59,6	52,8	52,2	59,4	107,0
Brandenburg	X	50,9	57,2	42,6	46,3	51,6	40,7	33,0	45,3	80,3
Hessen	X	61,2	66,5	64,0	56,4	48,6	60,1	57,8	56,6	98,3
Mecklenburg-Vorpommern . .	X	69,5	74,6	47,5	54,9	69,9	42,1	42,1	49,7	88,2
Niedersachsen	X	73,8	76,6	66,6	64,5	66,8	59,0	55,9	70,7	102,2
Nordrhein-Westfalen	X	82,7	84,4	71,3	75,7	71,0	59,7	61,4	69,7	113,7
Rheinland-Pfalz	X	62,1	65,6	55,3	61,0	54,9	56,0	50,6	57,3	96,3
Saarland	X	58,4	64,5	56,7	57,1	50,6	49,4	46,6	57,3	93,6
Sachsen	X	66,3	68,5	57,6	56,2	65,5	57,6	55,9	56,0	95,8
Sachsen-Anhalt	X	69,8	77,4	55,1	46,5	69,2	48,5	41,4	53,5	92,3
Schleswig-Holstein	X	87,7	91,1	(66,2)	76,1	92,5	54,9	(58,9)	74,3	.
Thüringen	X	67,2	70,6	51,5	69,2	65,2	55,3	47,4	60,0	101,1

1 Ab 2010 ohne anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat).

2 Einschl. Hartweizen (Durum).

3 Einschl. Sommermenggetreide; 2011 wurde in Schleswig-Holstein Sommermenggetreide bei Hafer ausgewiesen.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

	Ackerland										Dauerwiesen und Mäh- weiden ¹³
	Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹		Hackfrüchte		Raps und Rüben ¹	Pflanzen zur Grünenernte				alle anderen Ackerflächen	
	Erbsen (ohne Frisch- erbsen)	Acker- bohnen	Kartoffeln ¹	Zuckerrüben		Legumino- sen zur Ganz- pflanzen- ernte ^{12 13}	Feldgras/ Grasanbau auf dem Ackerland ¹³	Silomais/ Grünmais einschl. Lieschkol- benschrot ¹⁴	Getreide zur Ganz- pflanzen- ernte ¹⁵		
Anbaufläche in 1 000 ha											
2006/11 D	61,5	14,0	264,3	379,2	1 434,8	250,2	371,2	1 648,0	.	.	4 595,6
2011	55,8	17,3	258,7	398,1	1 328,6	263,5	397,5	2 028,8	67,7	567,2	4 443,1
2012	44,8	15,8	238,3	402,1	1 306,2	273,7	386,5	2 038,0	59,4	551,3	4 432,0
darunter: 2012 nach Ländern											
Baden-Württemberg	2,9	(0,9)	5,5	18,1	60,1	34,3	13,0	120,4	11,3	43,0	503,8
Bayern	8,7	(3,2)	41,5	65,8	124,3	101,1	26,6	402,2	15,9	97,6	1 023,0
Brandenburg	7,2	0,2	8,6	9,3	127,5	29,4	56,7	164,7	9,4	99,4	273,6
Hessen	1,5	1,2	4,3	15,2	62,9	14,7	12,9	47,5	/	23,7	263,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	1,2	0,7	12,8	26,2	199,1	14,9	40,8	145,7	3,3	36,6	259,3
Niedersachsen	/	/	103,6	107,5	122,9	(6,2)	68,3	514,8	/	68,7	677,1
Nordrhein-Westfalen	(1,1)	(1,7)	27,4	57,1	64,9	4,8	43,6	183,9	(4,8)	44,2	358,7
Rheinland-Pfalz	(1,1)	/	7,8	19,2	46,1	8,6	16,2	33,2	(1,0)	28,9	220,2
Saarland	0,1	0,0	0,1	–	4,2	1,0	2,4	4,0	0,7	2,1	39,2
Sachsen	6,2	1,1	6,8	14,2	133,3	20,4	29,9	75,5	2,2	29,7	176,5
Sachsen-Anhalt	6,6	1,2	12,5	51,6	173,2	9,9	17,9	110,1	2,8	46,4	157,1
Schleswig-Holstein	(0,4)	(1,2)	5,5	8,8	61,2	12,4	44,9	180,7	.	17,2	313,7
Thüringen	6,8	2,0	1,9	9,1	125,6	15,8	12,7	54,1	3,7	12,4	153,1
Ertrag in dt je ha											
2006/11 D	29,8	34,5	420,6	649,2	36,8	71,8	67,0	439,7	.	X	.
2011	27,7	35,6	457,6	743,0	29,1	73,0	67,7	476,1	202,0	X	65,0
2012	31,0	38,9	447,5	688,5	36,9	75,8	72,0	464,3	228,7	X	68,2
darunter: 2012 nach Ländern											
Baden-Württemberg	36,2	42,7	419,0	724,9	33,3	65,5	67,3	471,3	216,5	X	63,4
Bayern	31,9	34,8	449,7	789,5	32,8	89,9	74,5	514,5	228,3	X	70,1
Brandenburg	23,9	30,2	369,0	614,7	31,6	63,9	45,9	362,6	153,3	X	55,5
Hessen	34,8	(32,9)	413,4	731,7	33,9	48,2	75,8	553,7	(202,8)	X	64,4
Mecklenburg-Vorpommern ..	26,7	45,5	373,0	601,8	39,2	49,3	49,5	374,1	327,4	X	47,4
Niedersachsen	41,8	40,8	463,7	716,0	38,4	83,1	92,2	506,3	329,4	X	87,6
Nordrhein-Westfalen	41,5	42,0	485,4	754,9	39,0	67,6	82,0	473,6	273,7	X	68,9
Rheinland-Pfalz	26,9	56,5	387,8	706,8	31,2	67,5	59,4	477,4	286,5	X	55,4
Saarland	29,4	32,0	354,4	–	30,3	65,6	61,0	476,9	307,5	X	55,5
Sachsen	34,3	44,1	435,5	683,2	37,2	85,4	80,8	428,4	189,3	X	65,7
Sachsen-Anhalt	27,8	32,7	463,6	651,4	40,7	52,9	42,8	419,7	221,1	X	49,5
Schleswig-Holstein	.	.	360,3	641,5	.	81,9	91,9	403,0	.	X	84,9
Thüringen	32,6	39,6	429,4	640,2	37,8	83,3	82,4	453,7	200,7	X	57,3

1 Einschl. Saat- bzw. Pflanzguterzeugung.

2 Z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80 % Leguminosen.

3 Ertrag in Trockenmasse berechnet (Raufutterernte einschl. Grünfütter- und Weidenutzung).

4 Ertrag in Grünmasse (35 % Trockenmasse).

5 Einschl. Teigreife.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.2 Gemüse 2012

Anbau und Ernte von Gemüse ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte sinnvoll.

	Gemüse im Freiland											Gemüse unter hohen be- gehbaren Schutzab- deckungen insgesamt 3 4
	insgesamt	darunter										
		Kohlgemüse		Blattgemüse		Stängelgemüse		Wurzel- und Knollengemüse		Frucht- gemüse zusam- men 1	Hülsen- früchte zusam- men 2	
		zusammen	dar. Blumen- kohl	zusammen	dar. Eissalat	zusammen	dar. Spargel (im Ertrag)	zusammen	dar. Mö- ren und Karotten			
	Zahl der Betriebe											
Deutschland	6 969	3 122	1 586	.	1 060	.	2 160	3 482	2 011	2 586	1 879	2 033
	Anbaufläche in ha											
Deutschland	114 631	20 690	4 369	17 732	4 169	27 536	19 329	29 087	10 150	8 317	9 299	1 305
darunter:												
Baden-Württemberg	10 584	1 443	125	2 444	467	2 724	2 034	1 881	858	1 744	163	444
Bayern	14 107	2 512	347	1 327	320	2 977	2 214	4 026	1 047	2 490	471	262
Brandenburg	5 433	219	43	.	.	.	2 849	491	263	982	20	42
Hessen	7 124	1 053	90	710	99	2 542	1 835	1 642	170	557	593	43
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 899	587	6	.	103	.	238	204	194	13	1	13
Niedersachsen	18 791	3 136	791	3 673	2 466	5 754	4 189	4 564	1 789	390	858	97
Nordrhein-Westfalen	21 273	4 338	921	3 494	522	5 140	3 281	3 823	2 334	631	3 664	186
Rheinland-Pfalz	19 411	2 534	1 297	4 235	140	2 481	1 068	8 159	1 739	1 167	360	58
Saarland	142	30	2	62	.	24	15	15	6	5	.	2
Sachsen	4 174	386	185	291	9	314	202	536	74	22	2 615	39
Sachsen-Anhalt	4 095	118	36	273	1	879	703	2 416	677	123	.	5
Schleswig-Holstein	6 058	3 853	315	.	4	.	349	1 161	992	97	244	21
Thüringen	1 115	407	192	.	0	.	351	146	6	69	47	43
	Erntemenge in t 5											
Deutschland	3 634 613	979 609	143 035	487 790	183 494	253 867	102 395	1 442 902	592 761	329 823	76 794	133 201
darunter:												
Baden-Württemberg	280 176	73 721	3 596	59 241	17 597	18 397	10 046	81 531	40 532	41 391	2 010	25 238
Bayern	573 548	153 816	11 756	44 395	15 999	23 599	14 254	198 317	58 744	139 238	5 293	20 982
Brandenburg	112 753	9 836	705	.	.	.	15 191	22 383	12 170	59 094	101	11 500
Hessen	203 244	61 622	2 775	19 842	4 402	18 365	9 551	85 070	8 995	11 994	5 621	3 995
Mecklenburg-Vorpommern ..	35 932	10 457	151	.	1 241	.	817	15 149	14 996	205	6	1 888
Niedersachsen	530 094	87 779	23 354	135 197	115 005	41 485	21 535	233 451	106 880	9 829	8 355	14 578
Nordrhein-Westfalen	632 182	193 778	32 409	105 900	23 225	58 900	17 035	210 338	139 402	24 218	32 769	25 250
Rheinland-Pfalz	677 184	99 253	49 872	93 786	4 343	63 812	6 746	365 302	95 610	35 374	2 882	2 747
Saarland	4 154	1 464	68	1 461	.	152	84	682	242	163	.	105
Sachsen	58 876	12 324	4 482	5 054	477	1 775	744	23 230	3 473	569	15 542	3 861
Sachsen-Anhalt	146 329	3 634	946	3 577	12	4 232	2 916	129 330	46 661	2 633	.	309
Schleswig-Holstein	336 472	249 665	7 769	.	144	.	1 192	70 389	64 840	2 208	1 167	3 761
Thüringen	30 746	18 774	4 283	.	3	.	2 285	6 882	198	2 093	490	16 587

1 Einlegegurken, Salatgurken, Speisekürbisse, Zucchini, Zuckermäis.

2 Buschbohnen, Stangenbohnen, Dicke Bohnen, Frischerbsen.

3 Feldsalat, Kopfsalat, sonstige Salate, Paprika, Radies, Salatgurken, Tomaten.

4 Einschl. Gewächshäusern.

5 Ohne Spargel (nicht im Ertrag) und Chicorée.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.3 Speisepilze 2012

	Speisepilze				Ernteflächen und Erntemengen nach den bedeutendsten Speisepilzarten in Betrieben ab 0,1 ha Produktionsfläche werden seit dem Jahr 2012 jährlich ausgewiesen.
	insgesamt	darunter			
		Champignons	Austernseitlinge	Shiitake	
Zahl der Betriebe					
Deutschland	37	31	2	6	
Erntefläche in 1 000 m²					
Deutschland	2 462	2 424	.	25	
darunter:					
Niedersachsen	1 389	.	–	.	
Nordrhein-Westfalen	392	.	–	.	
Erntemenge in dt					
Deutschland	529 068	522 462	.	2 657	
darunter:					
Niedersachsen	261 831	.	–	.	
Nordrhein-Westfalen	106 010	.	–	.	

19.7.4 Strauchbeeren 2012

	Betriebe	Anbaufläche	Ertrag je ha	Erntemenge ¹	
	Anzahl	ha	dt		
Deutschland	1 240	6 839	X	279 626	
darunter:					
Baden-Württemberg	456	1 504	X	78 511	
Bayern	128	921	X	27 141	
Niedersachsen	218	1 619	X	83 903	
und zwar:					
im Freiland					
rote und weiße Johannisbeeren	549	696	64	44 594	
schwarze Johannisbeeren	414	1 596	40	63 046	
Himbeeren	562	937	40	37 748	
Kulturheidelbeeren	370	1 835	48	88 430	
Schwarzer Holunder	112	567	X	X	
Holunderbeeren	96	X	X	14 469	
Holunderblüten	40	X	X	264	
Sanddorn (abgeerntet)	20	159	19	2 983	
Sanddorn (nicht abgeerntet)	30	411	X	X	
Stachelbeeren	289	219	46	9 952	
Brombeeren	250	122	47	5 781	
Sonstige Strauchbeeren	59	188	X	2 584	
Zusammen	1 220	6 730	X	269 586	
unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern					
Himbeeren	66	92	97	8 913	
Sonstige Strauchbeeren	27	16	X	1 127	
Zusammen	78	108	X	10 040	
dar. in Betrieben mit ökologischer Erzeugung					
mit vollständig ökologischer Erzeugung	187	1 546	X	26 059	
mit teilweise ökologischer Erzeugung ²	11	63	X	1 049	
Zusammen	198	1 609	X	27 108	

Anbauflächen und Erntemengen nach Strauchbeerenarten werden jährlich erfasst. Die Anbaufläche umfasst auch die Flächen, auf denen noch nicht ertragsfähige Junganlagen stehen.

¹ Bei den Angaben zur Erntemenge sind die Holunderblüten nicht enthalten.

² Hier wird nur die Anzahl der Betriebe mit teilweise ökologischer Erzeugung nachgewiesen; Angaben zu Fläche und Erntemenge beziehen sich auf die gesamte Strauchbeerenfläche (konventionell und ökologisch).

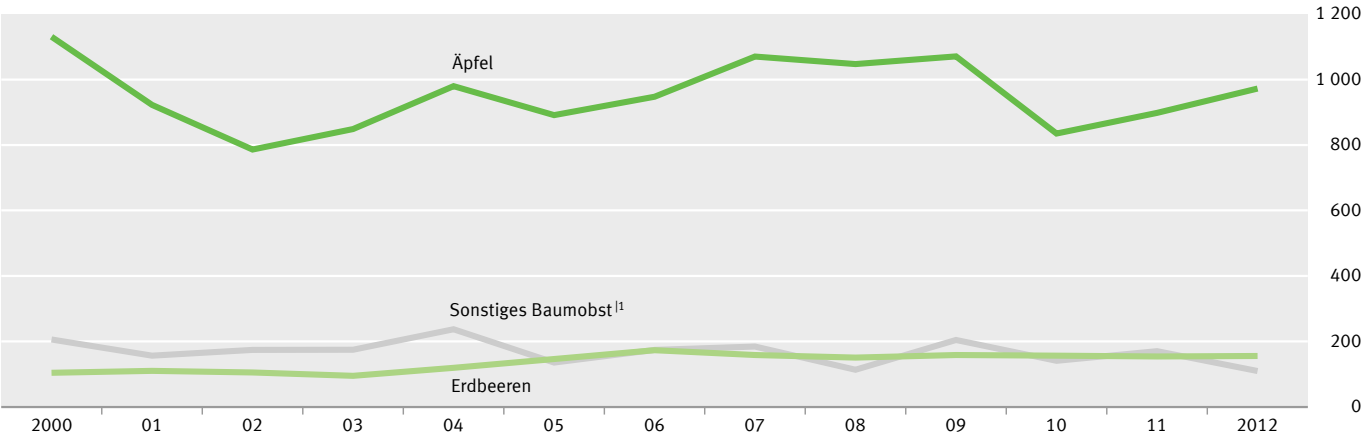
19.7 Anbau und Ernte
19.7.5 Ernte von Baumobst und Erdbeeren 2012

Anbau und Ernte von Obst ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte sinnvoll.

	Baumobst						Erdbeeren im Ertrag	
	insgesamt	davon					im Freiland	unter hohen begehbaren Schutzab- deckungen ^{1 2}
		Äpfel	Birnen	Süßkirschen	Sauerkirschen	Pflaumen aller Art ¹		
t								
Deutschland	1 082 085	972 405	33 898	23 005	12 941	39 836	150 050	5 778
darunter:								
Baden-Württemberg	326 476	293 050	10 086	10 651	1 209	11 480	27 165	1 509
Bayern	48 423	35 018	5 756	2 171	483	4 995	14 429	216
Brandenburg	38 589	35 710	373	772	440	1 295	2 212	85
Hessen	.	8 547	469	273	182	.	5 654	377
Mecklenburg-Vorpommern ...	.	46 491	33	32	48	.	6 967	.
Niedersachsen	287 087	274 261	6 007	2 875	134	3 810	41 879	571
Nordrhein-Westfalen	59 517	51 246	3 999	728	556	2 989	28 502	2 654
Rheinland-Pfalz	37 882	22 499	1 964	1 811	3 535	8 073	4 418	141
Saarland	.	.	.	.	.	.	53	.
Sachsen	100 256	92 473	3 102	373	3 217	1 091	4 181	33
Sachsen-Anhalt	.	27 398	668	1 849	683	.	877	55
Schleswig-Holstein	.	10 023	275	153	86	.	12 371	119
Thüringen	46 427	40 324	138	988	2 302	2 675	1 312	2

1 Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloten.
2 Einschl. Gewächshäusern.

Ernte von Baumobst und Erdbeeren
1 000 t



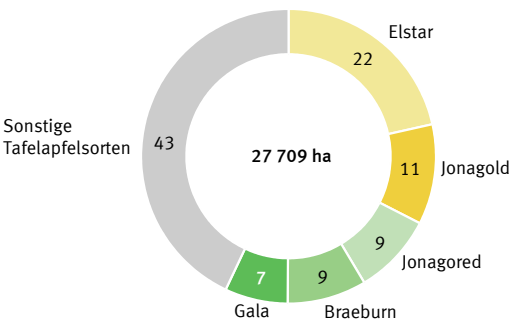
1 Birnen, Süß- und Sauerkirschen, Pflaumen/Zwetschen, Mirabellen/Renekloten.

19.7 Anbau und Ernte
19.7.6 Baumobstanbau 2012

	Insgesamt		Äpfel			Birken		Süßkirschen		Sauerkirschen		Pflaumen aller Art ¹	
	Betriebe	Anbau- fläche	Betriebe	Anbaufläche		Betriebe	Anbau- fläche	Betriebe	Anbau- fläche	Betriebe	Anbau- fläche	Betriebe	Anbau- fläche
				zusam- men	dar. Elstar								
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Deutschland	7 455	45 593	6 074	31 738	5 948	3 694	1 933	4 409	5 258	1 410	2 291	.	4 372
darunter:													
Baden-Württemberg	4 021	14 820	3 416	10 172	1 649	2 016	668	2 423	2 076	484	206	.	1 698
Niedersachsen	650	9 257	601	8 163	2 369	289	311	361	505	88	29	.	250
Rheinland-Pfalz	684	3 679	489	1 355	173	309	189	361	496	300	617	.	1 021
Sachsen	54	3 440	50	2 554	240	23	119	32	156	34	530	28	81

1 Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden.

Wichtigste Tafelapfelsorten in Deutschland 2012
in %



2013 - 01 - 0380

19.7.7 Zierpflanzenbau 2012

	Grundflächen			Erzeugung von Zimmerpflanzen (Fertigware)			Erzeugung von Beet- und Balkonpflan- zen und Stauden (Fertigware)			Anbauflächen von Schnittblumen/ Zierpflanzen zum Schnitt		
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		im Freiland	unter hohen be- gehbaren Schutzab- deckun- gen ¹		Cyclamen persicum (Alpen- veilchen)	Euphorbia pulcher- rima (Weih- nachts- sterne)		Calluna (Besen- heide)	Viola (z. B. Veilchen, Stiefmüt- terchen, Duftveil- chen)		Rosen	Sommer- blumen und Stauden
	ha			Stückzahl in 1 000						ha		
Deutschland	6 741	4 893	1 848	142 340	22 096	20 239	1 188 342	100 586	284 689	3 108	354	901
darunter:												
Baden-Württemberg	732	519	213	12 690	1 535	2 683	79 465	2 141	21 517	480	50	147
Bayern	697	522	176	11 372	1 118	1 899	75 338	6 409	18 343	408	12	147
Niedersachsen	709	460	248	25 859	5 766	3 364	171 645	14 563	31 084	188	32	60
Nordrhein-Westfalen	2 926	2 180	746	65 354	10 118	8 910	669 811	70 828	148 315	1 185	116	323

1 Einschl. Gewächshäusern.

19.7 Anbau und Ernte
19.7.8 Baumschulen 2012

	Betriebe	Baumschulflächen									
		insgesamt	davon								
			Obst- unterlagen	veredelte Obstgehölze	veredeltes Beerenobst	Rosen- unterlagen	Rosen- veredlungen	Ziergehölze	Nadel- gehölze für Weihnachts- baumkul- turen	Forst- pflanzen	sonstige Baumschul- fläche ¹
	Anzahl	ha									
Deutschland	2 241	21 753	176	649	48	197	274	11 532	724	2 180	5 972
darunter:											
Baden-Württemberg	236	1 900	.	181	14	9	15	949	11	143	.
Niedersachsen	671	5 837	9	87	5	5	30	3 435	296	455	1 515
Nordrhein-Westfalen	411	4 286	71	97	2	3	26	2 657	236	270	924
Schleswig-Holstein	298	3 895	33	61	6	145	145	1 567	97	671	1 172

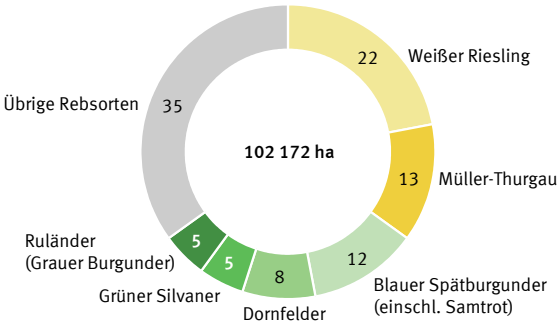
1 Einschl. sonstige Veredlungsunterlagen für Laub- und Nadelgehölze.

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung
19.8.1 Bestockte Rebflächen nach Rebsorten

	1999 ¹	2009 ²	2012
	ha	ha	ha
Bestockte Rebfläche (Keltertrauben) ..	104 260	102 276	102 172
Weißer Sorten	79 106	65 437	65 589
Bacchus	3 283	1 977	1 841
Burgunder, Weißer	2 402	3 944	4 449
Chardonnay	531	1 228	1 496
Elbling, Weißer	1 043	572	538
Faberrebe	1 586	551	453
Gutedel, Weißer	1 199	1 132	1 149
Huxelrebe	1 289	613	548
Kerner	6 829	3 585	3 131
Morio-Muskat	1 166	488	430
Müller-Thurgau	20 672	13 632	13 108
Ortega	1 054	622	561
Riesling, Weißer	22 355	22 637	22 837
Ruländer	2 638	4 577	5 042
Scheurebe	3 126	1 656	1 503
Silvaner, Grüner	6 859	5 213	5 122
Traminer, Roter (Gewürztraminer) ...	849	848	881
Sonstige weiße Sorten	2 226	2 162	2 500
Rote Sorten	25 154	36 839	36 583
Dornfelder	3 766	8 001	8 197
Limberger, Blauer	1 118	1 749	1 786
Müllerrebe (Schwarzriesling)	2 289	2 307	2 162
Portugieser, Blauer	4 880	4 203	3 825
Spätburgunder, Blauer	8 647	11 744	11 769
Trollinger, Blauer	2 530	2 431	2 350
Sonstige rote Sorten	1 924	6 404	6 494

1 Angaben der in der Landwirtschaftszählung durchgeführten Weinbauerhebung.
2 Grunderhebung der Rebflächen.

Wichtigste Rebsorten in Deutschland 2012
in %



2013 - 01 - 0379

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

19.8.2 Weinmosterte nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Weinmost insgesamt				Weißmost		Rotmost	
	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	durchschnittliches Mostgewicht	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge
	ha	hl	1 000 hl	°Oechsle ¹	ha	1 000 hl	ha	1 000 hl
2011	99 747	92,8	9 258	82	63 761	5 542	35 986	3 716
2012	99 584	91,2	9 081	83	63 723	5 550	35 861	3 531
darunter: 2012 nach Ländern und Anbaugebieten								
Baden-Württemberg	26 569	86,9	2 308	86	11 995	999	14 573	1 309
Baden	15 429	75,8	1 169	87	8 773	704	6 656	465
Württemberg	11 140	102,2	1 139	85	3 222	295	7 918	844
Bayern	6 040	77,8	470	87	4 868	386	1 173	84
Franken	5 991	78,0	467	87	4 834	384	1 156	83
Hessen	3 507	74,5	261	83	2 958	235	550	26
Hessische Bergstraße	431	70,2	30	84	339	25	93	5
Rheingau	3 076	75,1	231	83	2 619	210	457	21
Rheinland-Pfalz	62 103	96,4	5 986	81	42 844	3 887	19 258	2 099
Ahr	545	55,4	30	85	83	5	463	25
Mittelrhein	430	58,8	25	84	366	22	65	3
Mosel	8 494	78,0	662	79	7 684	606	810	56
Nahe	4 063	76,2	310	83	3 026	217	1 037	92
Pfalz	22 885	103,0	2 357	80	14 074	1 349	8 811	1 008
Rheinhessen	25 685	101,3	2 602	83	17 612	1 688	8 073	914
Saarland	100	69,5	7	76	90	6	11	1
Sachsen	456	43,0	20	89	370	16	86	4
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	754	35,4	27	86	560	19	194	7

1 °Oechsle (Grad Oechsle) ist eine Maßeinheit für das Mostgewicht des Traubenmostes.

19.8.3 Weinerzeugung nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Wein und Most		Weißwein und -most zusammen	Rotwein und -most zusammen
	insgesamt	dar. Anteil an Qualitätswein b. A.		
	1 000 hl	%	1 000 hl	
2011	9 132	96,6	5 412	3 720
2012	9 012	94,2	5 482	3 530
darunter: 2012 nach Ländern und Anbaugebieten				
Baden-Württemberg	2 300	99,8	998	1 301
Baden	1 168	99,8	704	465
Württemberg	1 131	99,8	295	836
Bayern	463	99,5	368	95
Franken	461	99,6	366	94
Hessen	261	99,8	231	30
Hessische Bergstraße	30	99,7	23	7
Rheingau	231	99,8	208	23
Rheinland-Pfalz	5 935	91,4	3 843	2 091
Ahr	36	91,8	9	27
Mittelrhein	26	96,1	23	3
Mosel	1 272	89,0	968	304
Nahe	228	99,3	158	70
Pfalz	1 765	94,0	1 010	755
Rheinhessen	2 607	90,1	1 676	932
Saarland	5	99,3	4	1
Sachsen	20	97,5	16	4
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	26	99,9	19	7

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.1 Rinder

	Rinderbestand						Durchschnittlicher Rinderbestand je Haltung	
	insgesamt	davon					insgesamt	dar. Milchkühe
		Kälber und Jung- rinder bis einschl. 1 Jahr	männliche Rinder über 1 Jahr	Färsen	Milchkühe	sonstige Kühe		
	Anzahl							
3. Mai 2011	12 562 600	3 799 563	1 111 102	2 767 638	4 184 978	699 319	74	47
3. November 2011	12 527 840	3 851 195	1 070 163	2 732 630	4 190 103	683 749	75	48
3. Mai 2012	12 477 389	3 849 797	1 067 412	2 695 494	4 191 369	673 317	77	49
3. November 2012	12 506 772	3 868 373	1 057 673	2 717 975	4 190 485	672 266	77	51
am 3. November 2012 nach Ländern								
Baden-Württemberg	995 839	290 524	74 716	225 318	340 416	64 865	53	35
Bayern	3 251 606	968 192	226 374	765 285	1 219 350	72 405	60	32
Berlin	668	163	78	128	127	172	28	16
Brandenburg	551 293	157 345	30 161	111 714	158 833	93 240	124	210
Bremen	10 091	2 659	569	2 683	3 704	476	99	65
Hamburg	6 052	1 681	666	1 548	1 028	1 129	48	45
Hessen	450 407	124 848	33 303	106 819	143 527	41 910	48	39
Mecklenburg-Vorpommern ..	544 558	157 311	31 727	110 603	177 857	67 060	174	199
Niedersachsen	2 562 827	889 239	294 187	505 405	804 069	69 927	112	69
Nordrhein-Westfalen	1 421 399	502 611	190 037	261 214	402 952	64 585	75	53
Rheinland-Pfalz	355 364	94 835	21 941	82 376	116 758	39 454	62	50
Saarland	49 460	13 885	3 647	10 877	14 639	6 412	65	60
Sachsen	498 728	138 260	18 708	114 049	186 686	41 025	68	129
Sachsen-Anhalt	342 421	95 190	13 074	79 925	124 285	29 947	110	178
Schleswig-Holstein	1 127 567	331 616	100 477	266 578	388 303	40 593	134	81
Thüringen	338 492	100 014	18 008	73 453	107 951	39 066	81	154

19.9.2 Schweine

	Schweinebestand						Durchschnittlicher Schweinebestand je Betrieb		
	insgesamt	davon					insgesamt	darunter	
		Ferkel	Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	Mastschweine mit 50 kg Lebendgewicht und mehr	Zuchtschweine mit 50 kg Lebend- gewicht und mehr			Mastschweine	Zuchtschweine
					Zuchtsauen	Eber zur Zucht			
	1 000						Anzahl		
3. Mai 2011	26 758,1	7 840,4	5 480,7	11 216,2	2 193,8	(27,1)	845	417	149
3. November 2011	27 402,5	7 997,5	5 394,8	11 791,6	2 193,6	25,1	886	464	159
3. Mai 2012	28 131,7	8 268,4	5 591,5	12 072,6	2 199,2	26,9	929	473	167
3. November 2012	28 331,4	8 116,6	5 611,8	12 458,6	2 117,8	26,6	949	492	172
	am 3. November 2012 nach Ländern ¹⁾								
Baden-Württemberg	1 952,1	692,2	354,2	715,7	186,9	3,0	646	290	119
Bayern	3 499,6	980,1	649,6	1 592,7	272,6	/	529	281	83
Brandenburg	774,0	299,5	164,7	218,7	89,5	1,5	3 686	1 294	772
Hessen	622,0	171,3	137,4	266,1	45,9	/	450	214	77
Mecklenburg-Vorpommern ..	864,0	326,7	157,6	281,5	97,6	0,6	4 299	1 770	926
Niedersachsen	9 013,4	2 272,0	1 771,7	4 420,0	541,9	/	1 160	650	192
Nordrhein-Westfalen	7 133,0	1 819,2	1 473,4	3 392,4	443,5	4,4	842	487	159
Rheinland-Pfalz	215,8	61,2	45,8	93,2	15,4	0,2	601	304	86
Saarland	7,0	1,3	1,7	3,6	0,5	0,0	271	156	43
Sachsen	643,1	228,9	129,7	209,6	74,1	0,7	3 062	1 171	662
Sachsen-Anhalt	1 228,9	530,4	213,2	332,5	151,7	1,0	4 857	1 646	1 053
Schleswig-Holstein	1 550,1	416,1	301,4	728,2	103,4	1,0	1 371	729	231
Thüringen	828,4	317,7	211,4	204,3	94,7	0,4	4 227	1 223	827

1 Seit Mai 2010 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schweinebestände mehr erhoben.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.3 Schafe

	Schafbestand			Durchschnittlicher Schafbestand je Betrieb
	insgesamt	darunter		
		weibliche Schafe zur Zucht	Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr	
	1 000	Anzahl		
3. November 2011	1 657,8	1 178,4	434,4	160
3. November 2012	1 641,0	1 170,3	426,4	155
am 3. November 2012 nach Ländern ¹⁾				
Baden-Württemberg	221,7	156,3	59,5	159
Bayern	286,5	196,3	81,8	121
Brandenburg	79,7	57,5	20,2	295
Hessen	113,5	81,6	28,9	134
Mecklenburg-Vorpommern . .	69,2	48,5	19,0	222
Niedersachsen	162,9	112,9	44,6	147
Nordrhein-Westfalen	130,2	94,1	30,9	112
Rheinland-Pfalz	69,1	50,3	17,1	129
Saarland	7,3	5,0	2,1	103
Sachsen	78,8	58,0	18,9	192
Sachsen-Anhalt	79,3	58,7	19,0	245
Schleswig-Holstein	194,0	135,8	53,0	152
Thüringen	148,8	115,2	31,4	298

1 Seit 2011 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schafbestände mehr erhoben.

19.9.4 Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung

	Geschlachtete Tiere					Schlachtmenge					
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	zusammen ¹	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde
	1 000					1 000 t					
2006	3 408	334	49 768	1 105	9	5 828	1 131	43	4 630	22	2
2011	3 347	329	59 550	1 055	12	6 781	1 113	45	5 599	22	3
2012	3 277	340	58 213	1 022	12	6 619	1 089	47	5 460	20	3
2012 nach Ländern											
Baden-Württemberg	558	14	4 498	172	2	571	187	2	378	3	1
Bayern	869	20	5 259	110	1	808	302	2	502	2	0
Brandenburg	34	1	1 194	81	0	122	10	0	111	2	0
Bremen	60	0	677	1	0	83	19	0	64	0	0
Hamburg	1	0	1	1	–	0	0	0	0	0	–
Hessen	37	2	520	252	1	67	12	0	50	5	0
Mecklenburg-Vorpommern ..	127	5	497	15	0	87	39	0	48	0	0
Niedersachsen	445	136	18 171	69	2	1 871	149	19	1 702	1	0
Nordrhein-Westfalen	644	147	19 760	126	3	2 133	214	21	1 893	3	1
Rheinland-Pfalz	78	1	1 164	21	1	132	24	0	107	0	0
Saarland	3	0	12	4	0	2	1	0	1	0	0
Sachsen	11	3	142	13	0	19	3	0	13	0	0
Sachsen-Anhalt	4	0	4 196	4	1	394	1	0	391	0	0
Schleswig-Holstein	317	10	717	148	1	175	102	1	68	3	0
Thüringen	89	1	1 404	5	0	161	26	0	132	0	0

1 Einschl. Ziegen.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.5 Eingelegte Bruteier und geschlüpfte Küken

	Eingelegte Bruteier zur Erzeugung von Hühnerküken		Geschlüpfte Küken				
	Legerassen	Mastrassen	Legerassen	Mastrassen	Entenküken	Gänseküken	Truthuhnküken
					Gebrauchsschlachtküken		
1 000							
2006	118 662	575 568	46 025	448 177	23 583	816	38 583
2011	130 568	851 334	50 140	665 427	21 914	1 017	47 188
2012	137 986	854 315	51 866	668 789	22 827	975	47 682

Erhebungseinheiten sind Betriebe mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von mindestens 1 000 Eiern, ausschl. des Schlupfraumes.

19.9.6 Geflügelfleischerzeugung nach Geflügelarten

	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr
	2012	2011		2012	2011	
	1 000 St			Schlachtmenge (t)		
Insgesamt ¹	691 627	705 050	- 1,9	1 427 744	1 423 277	0,3
darunter:						
Jungmasthühner	596 051	609 016	- 2,1	863 509	854 232	1,1
Suppenhühner	31 890	32 810	- 2,8	39 781	41 643	- 4,5
Enten	25 456	24 830	2,5	57 562	57 310	0,4
Gänse	530	543	- 2,5	2 623	2 639	- 0,6
Truthühner	37 692	37 843	- 0,4	464 155	467 354	- 0,7

1 Einschl. Perlhühner, Strauße, Fasane, Wachteln und Tauben.

19.9.7 Betriebe mit Haltung von Legehennen am 1.12.

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze insgesamt	Davon für Legehennen in							
			Käfighaltung ²		Bodenhaltung		Freilandhaltung		ökologischer Erzeugung	
	Anzahl	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
2007	1 233	39 995	27 037	67,6	6 801	17,0	4 376	10,9	1 781	4,5
2010	1 139	36 704	6 682	18,2	23 033	62,8	4 729	12,9	2 260	6,2
2011	1 224	40 027	5 567	13,9	25 720	64,3	5 788	14,5	2 952	7,4
2012	1 277	41 907	5 511	13,2	26 827	64,0	6 133	14,6	3 435	8,2

1 In Betrieben von Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen.

2 Ab 2010 zulässig unter Käfighaltung: Kleingruppenhaltung sowie Haltung in ausgestalteten Käfigen.

19.9.8 Legehennen und Eiererzeugung

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze ²	Legehennen ² im Durchschnitt	Erzeugte Eier	Legeleistung		Auslastung der Haltungskapazität
					Eier je Henne	Eier je Henne und Tag	
	Anzahl			1 000 St	St		%
2007	1 307	39 731 019	32 357 445	9 578 362	296,0	0,81	81,4
2010	1 194	35 936 284	27 197 377	8 007 263	294,4	0,81	74,9
2011	1 281	38 436 035	32 547 421	9 683 286	297,5	0,82	84,0
2012	1 307	40 758 549	35 513 678	10 589 169	298,2	0,82	86,8

Die **Legeleistung** ist ein Indikator für die Wirtschaftlichkeit der Legehennenhaltung.

1 Zahl der im Jahr mindestens einmal aktiven Betriebe. – In Betrieben mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen; die Unternehmen geben ihre Meldungen untergliedert nach Betrieben ab.

2 Durchschnitt der Werte aus den Monaten.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.9 Schlacht tier- und Fleischuntersuchung 2012

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht tieruntersuchungen	3 646 279	58 422 767	1 021 237	24 597
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	1 853	6 449	26	1
Zur Schlachtung angenommen	3 644 426	58 416 318	1 021 211	24 596
Als genussuntauglich beurteilte geschlachtete Tiere insgesamt	26 722	137 133	935	82
darunter:				
Mikrobiologische Kriterien				
Fleisch entspricht nicht den mikrobiologischen Kriterien	783	280	78	12
Parasitenbefall				
Cysticerkose	127	–	26	–
Trichinellose	–	–	–	–
Parasitenbefall (sonstige)	236	467	10	–
Substantielle und hygienische Mängel				
Unzureichende Ausblutung	453	2 687	41	–
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	4 138	12 814	24	–
Fleisch von abgemagerten Tieren	1 512	5 492	188	9
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	161	10 654	6	1

Erfasst werden die Ergebnisse der amtlichen Überwachung der **Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen**. Diese vermitteln einen Überblick über Art und Umfang der Untersuchungen, die Zahl der Beanstandungen und die Beanstandungsgründe und liefern Informationen, inwieweit das für den menschlichen Verzehr vorgesehene Fleisch den Anforderungen an Genuss tauglichkeit entspricht. Die Kenntnisse hierüber sind eine Grundlage für den vorbeugenden Verbraucherschutz.

19.9.10 Schlacht geflügel- und Geflügel fleischuntersuchung 2012

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Hühner ¹	Enten	Gänse	Puten
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht tieruntersuchungen	639 385 284	25 750 452	525 253	39 313 311
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	148 217	–	–	5 740
Gesamtzahl der zur Schlachtung angenommenen bzw. notgeschlachteten Tiere	639 237 067	25 750 452	525 253	39 307 571
Durchgeführte konventionelle Geflügel fleischuntersuchungen	1 041 296 577	43 357 724	2 303 356	539 413 677
davon:				
Als genussuntauglich beurteiltes Geflügel fleisch	14 792 430	1 276 632	7 584	5 896 872
darunter:				
Substantielle und hygienische Mängel				
darunter:				
Unzureichende Ausblutung	380 866	25 723	229	94 338
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	1 463 647	1 194	134	21 693
Fleisch von abgemagerten Tieren	796 611	139 161	685	681 016
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	674 363	43 834	72	37 396
Fleisch mit pathologischen Veränderungen				
darunter:				
Fleisch von Tieren, die an einer Allgemeinerkrankung leiden (wie generalisierte Septikämie, Pyämie, Toxämie oder Viträmie)	839 527	42 259	105	793 070
Generalisierte Tumore oder Abszesse (wenn sie in verschiedenen inneren Organen oder der Muskulatur vorkommen)	64 212	12 590	1 571	3 017
Entzündungen der Gelenke	776 714	315 060	19	778 035
Hämatome, Verletzungen, Vernarbungen	791 514	62 107	47	933 526
Tiefe Dermatitis, infizierte Brustbeulen	2 349 497	85 130	238	553 485

1 Einschl. Suppenhühner.

19.10 Aquakultur 2011

	Erzeugung aus Aquakul- tur insgesamt	Und zwar					Muscheln
		Fische	und zwar				
			karpfenartige Fische	dar. Gemeiner Karpfen	forellenartige Fische	dar. Regenbogen- forelle ¹	
Zahl der Betriebe							
Deutschland ¹²	4 762	4 739	3 037	3 008	2 248	2 038	11
darunter:							
Baden-Württemberg	133	133	24	24	125	121	–
Bayern	3 326	3 318	2 428	2 409	1 341	1 197	–
Brandenburg	42	42	30	30	14	12	–
Hessen	59	59	14	14	54	51	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	22	22	8	8	10	7	–
Niedersachsen	193	188	57	53	139	124	4
Nordrhein-Westfalen	.	338	25	21	323	294	–
Rheinland-Pfalz	.	33	4	4	32	31	–
Saarland	3	3	–	–	3	3	–
Sachsen	371	371	301	300	100	96	–
Sachsen-Anhalt	17	17	8	8	10	10	–
Schleswig-Holstein	42	33	28	28	11	9	7
Thüringen	183	182	110	109	86	83	–
Erzeugte Menge in t							
Deutschland ¹²	39 202	18 269	5 444	5 082	10 956	8 102	20 830
darunter:							
Baden-Württemberg	3 097	3 097	65	55	3 026	2 549	–
Bayern	4 731	4 730	1 977	1 844	2 668	1 632	–
Brandenburg	1 122	1 122	671	663	397	299	–
Hessen	578	578	.	24	482	393	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	999	997	.	191	.	141	–
Niedersachsen	12 486	2 199	141	123	.	561	10 250
Nordrhein-Westfalen	.	1 510	26	24	1 452	1 212	–
Rheinland-Pfalz	.	367	15	9	350	262	–
Saarland	5	5	–	–	5	5	–
Sachsen	2 333	2 333	1 924	1 760	.	216	–
Sachsen-Anhalt	422	422	48	45	352	345	–
Schleswig-Holstein	10 760	179	87	82	89	77	10 580
Thüringen	793	732	269	262	459	410	–

Ergebnisse ohne Aquarien- und Zierarten, ohne Brut- und Aufzuchtanlagen.

1 Ohne Lachsforelle.

2 Einschl. Stadtstaaten.

Aquakultur ist die kontrollierte Aufzucht von Wasserlebewesen wie Fischen, Krebstieren, Weichtieren und Algen. Traditionell ist die Aquakultur in Deutschland geprägt durch klassische Karpfenteichwirtschaften und Forellenzuchten. Dabei sind die bedeutendsten Fischarten die „Regenbogenforelle“ und der „Gemeine Karpfen“.

Methodik

Die Land- und Forstwirtschaft prägt insbesondere die ländlichen Regionen in Deutschland. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: Über 80 % des Nahrungsbedarfs können aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dabei dient die Landwirtschaft nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Vielmehr erhalten landwirtschaftliche Betriebe Arbeitsplätze im ländlichen Raum und prägen die Kulturlandschaft. Ihnen kommt damit eine bedeutende und unverzichtbare Rolle innerhalb der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft zu.

Statistiken über die Landwirtschaft und ihre Produkte sind eine wesentliche Grundlage, um Aufkommen und Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion (Nahrungs- und Futtermittel) darzustellen. Zudem zeigen sie den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft auf. Für wirtschaftliche und politische Entscheidungen stellen diese Informationen eine wichtige Datenbasis dar – sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

■ Flächennutzung

Die allgemeine **Flächenstatistik** liefert Grundlageninformationen zur Bodennutzung der gesamten Fläche Deutschlands, insbesondere für raumordnungs- und umweltrelevante Entscheidungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Die Flächennutzung durch die Landwirtschaft wird damit in einen größeren Flächennutzungsrahmen gestellt. Die allgemeine Flächenstatistik basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster, während sich die Erhebung der landwirtschaftlichen Bodennutzung auf die Befragung landwirtschaftlicher Betriebe stützt.

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Die Ergebnisse zur Land- und Forstwirtschaft beruhen auf Erhebungen über Strukturen landwirtschaftlicher Betriebe, Bodennutzung und Ernte, Viehbestand und tierische Erzeugung und der Lebensmittelsicherheit, Weinanbau und Weinerzeugung sowie der Forstwirtschaft. Sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – im Agrarstatistikgesetz angeordnet. Erhebungseinheiten sind in der Regel landwirtschaftliche Betriebe. Dies sind nach Agrarstatistikgesetz technisch-wirtschaftliche Einheiten mit einer einheitlichen Betriebsführung, die landwirtschaftliche Tätigkeiten als Haupt- oder Nebentätigkeit durchführen. Sofern keine speziellen Erfassungsgrenzen gelten, gehören landwirtschaftliche Betriebe zur Grundgesamtheit, wenn sie eine der folgenden Erfassungsgrenzen erreichen oder überschreiten: a) 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), b) 10 Rinder, c) 50 Schweine oder 10 Zuchtsauen, d) 20 Schafe, e) 20 Ziegen, f) 1 000 Stück Geflügel, g) 0,5 ha Hopfenfläche, h) 0,5 ha Tabakfläche, i) 1 ha Dauerkulturfläche im Freiland, j) jeweils 0,5 ha Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstfläche, k) 0,5 ha Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland, l) 0,3 ha Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland, m) 0,1 ha Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, n) 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze.

Die **Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben** umfassen die im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchzuführenden Landwirtschaftszählungen (LZ – 1949, 1960, 1971, 1979, 1991, 1999, 2010) und die sie ergänzenden Agrarstrukturerhebungen. Diese sind zurzeit alle drei Jahre durchzuführen.

Die **Landwirtschaftszählung 2010** geht inhaltlich deutlich über die vorhergehenden Zählungen und Agrarstrukturerhebungen hinaus. Sie setzt sich aus der Haupterhebung mit Merkmalen zur Bodennutzung, über Viehbestände, über Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale zusammen sowie aus der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ELPM). In der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden wurden u. a. Merkmale über Bodenbearbeitungsverfahren, Erosionsschutz, Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen und Stall- und Weidehaltung erhoben. Damit liegen zahlreiche Informationen über Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden der Betriebe und landwirtschaftliche Emissionsquellen vor, die u. a. zur Beschreibung von Agrarumweltindikatoren beitragen. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 sind nicht vollständig mit denen vorhergehender Erhebungen vergleichbar, weil z. B. die Erfassungsgrenzen deutlich

angehoben (z. B. bis 2007 ab 2 ha LF) und einige Merkmale inhaltlich-methodisch neu abgegrenzt wurden (z. B. Arbeitskräfte-Einheiten). Die Haupterhebung zur Landwirtschaftszählung richtete sich an alle Betriebe und die im Rahmen der ELPM durchgeführte Erhebung zur Bewässerung an alle Betriebe mit Bewässerung. Die anderen Bereiche der ELPM wurden als Stichprobenerhebung bei 80 000 Betrieben durchgeführt. Die Agrarstrukturerhebung 2013 wird ebenfalls als Stichprobenerhebung bei 80 000 landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt.

■ Kaufwerte

Die **Statistik der Kaufwerte** für landwirtschaftliche Grundstücke liefert Angaben über veräußerte Grundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden. Erfasst werden Verkäufe, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 1 000 m² groß ist. Die Daten werden bei Finanzämtern und Gutachterausschüssen für Grundstückspreise erhoben. Aus den Summen der erzielten Kaufpreise werden jährlich durchschnittliche Kaufwerte, bezogen auf die Summe der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung berechnet. Da sich die durchschnittlichen Kaufwerte jeweils auf andere Grundstücke beziehen, bringt ein Zeitvergleich der Kaufwerte nicht die reinen Preisveränderungen zum Ausdruck. Auch der allmähliche Übergang des Berichtswegs von den Finanzämtern zu den Gutachterausschüssen schränkt die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ein.

■ Forstwirtschaft

In der **Holzschlagstatistik** werden die Mengen des eingeschlagenen Holzes ohne Rinde nachgewiesen, differenziert nach vier Holzartengruppen sowie nach Holzsorten.

■ Anbau und Ernte, Weinanbau und Weinerzeugung

Zu den landwirtschaftlichen **Erzeugungsstatistiken** zählen diejenigen Erhebungen, mit deren Hilfe die Erzeugung an pflanzlichen und tierischen Produkten festgestellt bzw. unmittelbar oder mittelbar berechnet wird. Dazu zählen u. a. die Bodennutzungshaupterhebung, Viehbestandserhebung, Schlachtungs- und Schlachtgewichtstatistik, Eier- und Geflügelstatistiken, Gemüse- und Speisepilzerhebung, Strauchbeerenerhebung, Zierpflanzenenerhebung, Baumschulerhebung und Baumobstanbauerhebung.

In der jährlichen **Bodennutzungshaupterhebung** wird die Nutzung der Flächen erhoben. Die Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie detaillierte Angaben zum Anbau auf dem Ackerland werden darin erfasst. Zusätzlich werden spezielle Erhebungen in verschiedenen Bereichen durchgeführt: Der **Anbau und die Ernte von Gemüse, Erdbeeren und Strauchbeeren** wird jährlich erhoben, die **Baumschulflächen** und der **Anbau von Zierpflanzen** alle vier Jahre sowie **Flächen und Bestände der Baumobstanlagen** alle fünf Jahre. Im **Weinbau** werden jährlich die bepflanzten Flächen aus der Weinbaukartei ermittelt. Alle zehn Jahre, zuletzt 2009, findet zudem eine sogenannte **Grunderhebung der Rebflächen** statt, in der weitere strukturelle Informationen über die Bewirtschaftung gewonnen werden.

Um die pflanzliche Produktion errechnen zu können, werden die Ernteerträge von landwirtschaftlichen Feldfrüchten, Grünland, Baumobst und Wein durch Berichtserstatter geschätzt oder von landwirtschaftlichen Betrieben gemeldet („**Ernte- und Betriebsberichterstattung**“). Für einige Arten werden außerdem objektive Ertragsmessungen auf repräsentativer Basis durchgeführt, und zwar für Getreide, Kartoffeln und Raps unter der Bezeichnung „**Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung**“. Aus den geschätzten bzw. ermittelten Ernteerträgen werden die Erntemengen unter Zuhilfenahme der aus den oben dargestellten Erhebungen ermittelten Flächen berechnet. Für die Feststellung der endgültigen Weinmosternte werden wiederum Daten aus der Weinbaukartei genutzt. Die Weinbaukartei ist auch die Datenquelle für die Ermittlung der Bestände an Wein und Traubenmost in den Wein anbauenden Ländern sowie für die Weinerzeugung.

■ Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

Die **Erhebungen über die Viehbestände** finden jährlich im Mai und November statt. Dabei werden die Rinderbestände durch Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) erfasst. Die Schweinebestände werden in einer Stichprobenerhebung bei höchstens 20 000 Betrieben mit mindestens 10 Zuchtsauen oder 50 oder mehr Schweinen bestimmt. Seit 2011 werden die Schafbestände auf Basis einer Stichprobenerhebung bei 5 000 Betrieben mit 20 oder mehr Schafen errechnet.

Die **Fleischerzeugung** wird monatlich ermittelt. Die Merkmale sind die Zahl und das Schlachtgewicht der geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde. In der halbjährlich durchgeführten **Fleischuntersuchungsstatistik** werden die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen sowie der Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchungen dargestellt. Dabei werden die Gründe für die Beanstandungen der Tiere bzw. des Fleisches detailliert nachgewiesen.

Hinzu kommen monatliche **Geflügelstatistiken** über die Erzeugung von Geflügel mit Erhebungen in Brütereien (Bruteieranlagen, Kükenschlupf), Geflügelschlachtereien (geschlachtetes Geflügel) und Unternehmen mit Hennenhaltung (Hennenhaltungsplätze, Zahl der legenden Hennen und Zahl der im Vormonat produzierten Eier). Die Erhebung in Brütereien findet dabei in allen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes statt. Zur Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung werden alle Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen herangezogen. Auskunftspflichtig zur Erhebung in Geflügelschlachtereien sind alle zugelassenen Geflügelschlachtereien.

■ Aquakultur

Die **Erhebung über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben** wird jährlich für das jeweils abgeschlossene Kalenderjahr durchgeführt. Dabei werden Daten zur erzeugten Menge insgesamt, zur Erzeugung in Brut- und Aufzuchtanlagen sowie zur aus Wildfängen in die Aquakultur zugeführten Menge erhoben. Zusätzlich werden alle drei Jahre Daten zur Struktur der Aquakulturbetriebe sowie zur Vermarktung von Aquakulturprodukten erhoben.

■ Stichprobenergebnisse

Stichprobenergebnisse erfordern für die Beurteilung der Datenqualität eine statistische Bewertung durch eine Fehlerrechnung, da eine Stichprobe immer mit Fehlern behaftet ist. Die Präzision der repräsentativen Ergebnisse wird daher mit folgenden Zeichen dargestellt:

() = Einfacher relativer Standardfehler zwischen 10 % und unter 15 %. Der Ausgabewert des angegebenen Zahlenwertes ist eingeschränkt, da er relativ unsicher ist.

/ = Einfacher relativer Standardfehler von 15 % und mehr. Die Angabe des Zahlenwertes ist wegen des hohen Fehlerwertes nicht sicher genug.

Der „einfache relative Standardfehler“ ist das Intervall, in dem der „wahre“ Wert mit großer Wahrscheinlichkeit liegt. Beispiel: Im November 2012 wurden 28,3 Millionen Schweine in Deutschland gehalten (vgl. Tabelle 19.9.2). Bei einem relativen Standardfehler von 1 % läge der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 % zwischen 28,017 Millionen und 28,583 Millionen Schweinen.

Ausführlichere methodische Erläuterungen und ein detaillierter Ergebnisausweis sind den speziellen Veröffentlichungen innerhalb der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihen 1 bis 6 zu entnehmen (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Ackerland | Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstiger Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen. Ferner Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen der Stilllegung.

Aquakulturbetriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten mit Erzeugung in Aquakultur im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 762/2008, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen.

Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) | Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb (landwirtschaftliche Arbeiten sowie Arbeiten in Einkommenskombinationen) vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person (Arbeitskraft).

Anbauflächen | *Bodennutzungshaupterhebung* | Bestandsflächen zum Zeitpunkt der Erhebung mit ihrer Hauptnutzung.

Gemüseerhebung | Flächen – einschließlich Mehrfachanbau auf gleicher Fläche.

Strauchbeerenerhebung | Flächen einschließlich Jungpflanzen.

Arbeitskräfte | Im Berichtszeitraum (März des Vorjahres bis Februar des Berichtsjahres) im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA) | Die BWA eines Betriebes beschreibt die Spezialisierungsrichtung des Betriebes. Sie untergliedert sich in Allgemeine, Haupt- und Einzel-BWA. Grundlage für die Zuordnung der Betriebe ist ab 2010 der Anteil des Standardoutputs (SO) der einzelnen Betriebszweige am Gesamtstandard-output des Betriebes.

Dauergrünland | Grünlandflächen (Wiesen oder Weiden), die fünf Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung (einschließlich Abweiden) sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energien – ohne Unterbrechung durch andere Kulturen – bestimmt sind; auch Grünlandflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung und Gras- oder Heugewinnung als Hauptnutzung sowie ertragsarme (Hutungen oder Heiden) und vorübergehend aus der Erzeugung genommene Dauergrünlandflächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch.

Ernteerträge | Für *landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland* | Eingebraachte Ernte, für Getreide auf 14 % Feuchtigkeit, für Hülsen- und Ölf Früchte auf 9 % Feuchtigkeit umgerechnet. Für Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland, Leguminosen zur Ganzpflanzenernte, Wiesen und Weiden werden die Ernteschätzungen in Trockenmasse angegeben.

Für *Gemüse und Obst* | Marktfähige Ernteware (Feldabfuhr), unabhängig davon, ob sie auf den Markt gelangt oder nicht (einschließlich Eigenverbrauch und Verluste, die nach der Ernte auftreten).

Für *Wein* | Eingebraachte Ernte (Weinmosternte: Erntemenge der geernteten Trauben bzw. des Traubenmostes, angegeben in Hektoliter Wein).

Familienarbeitskräfte | Betriebsinhaberin bzw. -inhaber, deren/dessen Ehegatte oder Ehegattin (bzw. eine gleichgestellte Person) sowie weitere Familienangehörige und Verwandte, die auf dem landwirtschaftlichen Betrieb leben und arbeiten.

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) | Im Gegensatz zur „landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)“ umfasst die FdIN im Wesentlichen nur diejenigen Flächen des Acker- und Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen. Nicht einbezogen werden Flächen, die einer Sonderbewertung unterliegen (z. B. garten- und weinbaulich genutzte Flächen) und alle Flächenverkäufe zu Sonderkonditionen.

Forstwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und keine der für landwirtschaftliche Betriebe geltenden Erfassungsgrenzen erreichen, aber über mindestens 10 ha Waldfläche oder Fläche mit schnell wachsenden Baumarten verfügen.

Großvieheinheit (GV) | Die Großvieheinheit ist eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden mit Hilfe entsprechender Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztvieharten bestimmt.

Inlandsabsatz von Düngemitteln | Lieferungen der Düngemittelproduzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Endverbraucherinnen und Endverbraucher. Der Nährstoffaufwand je ha bezieht sich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Erntejahres.

In Umstellung befindliche landwirtschaftlich genutzte Fläche | Fläche, die sich nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 zum Zeitpunkt der Erhebung in Umstellung auf den ökologischen Landbau befindet. In der je nach Anbaukultur zwei- bis dreijährigen Umstellungszeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Kaufwert | Durchschnittlicher Preis eines Grundstücks in Euro je m². Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden ermittelt, indem die für die Grundstücke gezahlten Preise auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bezogen werden. Die gezahlten Preise enthalten keine Grunderwerbsnebenkosten (Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten u. a.). Durch die unterschiedliche Zusammensetzung der verkauften Grundstücke von Jahr zu Jahr sind die jeweiligen Kaufwerte nicht voll vergleichbar. Deshalb wird in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke auf die Berechnung von Veränderungsraten (insbesondere von Kaufwerten) verzichtet.

Landwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die über eine vorgegebene Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche oder über Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügen, für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 genannten Tätigkeiten nach NACE Rev. 2 (pflanzliche Erzeugung, Tierhaltung, landwirtschaftliche Dienstleistungen) als Haupt- oder Nebentätigkeit ausüben.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) | Ackerland, Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Baum-, Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren), Nussanlagen, Baumschulflächen, Rebflächen, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes und Dauerkulturen unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen. Die Datenerhebung basiert auf der Befragung landwirtschaftlicher Betriebe.

Landwirtschaftsfläche | Ackerland, Grünland, Gartenland, Weingarten, Moor, Heide, Obstanbaufläche, landwirtschaftliche Betriebsfläche und Brachland. Die Datenerhebung basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster.

Ökologischer Landbau | Der landwirtschaftliche Betrieb produziert pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Rebfläche | Mit Reben bestockte Flächen, unabhängig davon, ob sie im Ertrag stehen oder nicht, sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden.

Saisonarbeitskräfte | Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte mit einem auf weniger als sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb. Hierzu zählen keine Arbeitskräfte, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb tätig sind.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau- und Bergbaufläche), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sozialökonomische Gliederung der Betriebe | Haupterwerbsbetriebe sind Einzelunternehmen, bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes mehr als 50 % beträgt. Alle Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, werden den Nebenerwerbsbetrieben zugeordnet.

Ständige Arbeitskräfte | In einem unbefristeten oder für mindestens sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehende Personen. Hierzu rechnen auch Verwandte der Betriebsinhaberin oder des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben.

Standardoutput | Standardisierte Rechengröße, die den durchschnittlichen Geldwert (in Euro) der Bruttoagrarerzeugung eines landwirtschaftlichen Betriebes beschreibt. Er wird in der amtlichen Statistik für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung genutzt. Der Standardoutput wird je Flächeneinheit einer Fruchtart bzw. je Tiereinheit einer Vieh- art aus erzeugter Menge mal zugehörigem „Ab-Hof-Preis“ als geldliche Bruttoleistung ermittelt. Dabei werden durchschnittliche Erträge und Preise angesetzt, die für einen Bezugszeitraum von fünf Wirtschaftsjahren berechnet werden. Die Summe der Standardoutputs im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe.

Umgestellte landwirtschaftlich genutzte Fläche | Fläche, für die die Umstellung auf den ökologischen Landbau nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 abgeschlossen ist. Die auf dieser Fläche produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken | Erfasst werden Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) mindestens 0,1 ha groß ist. Der Nachweis erfolgt in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Land- und Forstwirtschaft* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 41, Daten zur *Flächennutzung* unter Code 33

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Flächennutzung

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 5.1		Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung
		Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden 2010
Heft 5		Bodenbearbeitung, Bewässerung, Landschaftselemente

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.4		Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput
Reihe 2.1.5		Sozialökonomische Verhältnisse
Reihe 2.1.7		Einkommenskombinationen
Reihe 2.1.8		Arbeitskräfte
		Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010
Heft 1		Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter / Geschäftsführer
Heft 2		Arbeitskräfte
Heft 4		Hofnachfolge

STATmagazin

	Idylle ade! Vom Bauern zum Unternehmer (2011)

■ Pachtentgelte und Kaufwerte

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.6		Eigentums- und Pachtverhältnisse
Reihe 2.4		Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke
		Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010
Heft 3		Eigentums- und Pachtverhältnisse

■ Ökologischer Landbau

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2.1		Ökologischer Landbau

■ Düngemittel

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 8.2		Düngemittelversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11		Testerhebung zum Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft

Mehr zum Thema

■ **Forstbetriebe und Forstwirtschaft**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.1 Betriebe mit Waldflächen
- Reihe 3 Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

■ **Anbau und Ernte**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 3 Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung
- Reihe 3.1.2 Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen)
- Reihe 3.1.3 Gemüseanbau und -ernte
- Reihe 3.1.4 Baumobstflächen
- Reihe 3.1.6 Anbau von Zierpflanzen
- Reihe 3.1.7 Baumschulerhebung
- Reihe 3.1.9 Strauchbeerenanbau und -ernte
- Reihe 3.2.1 Wachstum und Ernte

■ **Weinanbau und Weinerzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.2.3 Betriebe mit Weinbau
- Reihe 3.1.5 Rebflächen
- Reihe 3.2.1 Wachstum und Ernte – Weinmost
- Reihe 3.2.2 Weinerzeugung
- Reihe 3.2.3 Weinbestände

■ **Viehwirtschaft und tierische Erzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.3 Viehhaltung der Betriebe
- Reihe 4 Viehbestand und tierische Erzeugung
- Reihe 4.1 Viehbestand
- Reihe 4.2.1 Schlachtungen und Fleischerzeugung
- Reihe 4.2.3 Geflügel
- Reihe 4.3 Fleischuntersuchung

Fachberichte

- Vom Erzeuger zum Verbraucher – Fleischversorgung in Deutschland (2008)

■ **Aquakultur**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 4.6 Erzeugung in Aquakulturbetrieben

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/12 Aquakultur – Ergebnisse und Methodik

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 1 Ausgewählte Zahlen der Landwirtschaftszählung / Agrarstrukturerhebung
- Reihe 2.1.2 Bodennutzung der Betriebe einschließlich Zwischenfruchtanbau, Landwirtschaftszählung / Agrarstrukturerhebung
- Heft 6 Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
Wirtschaftsdünger, Stallhaltung, Weidehaltung

Mehr zum Thema

Fachberichte

Wer produziert unsere Nahrungsmittel? – Aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/09 Betriebsregister Landwirtschaft
 Heft 3/10 Die Landwirtschaftszählung 2010
 Heft 12/11 Schätzung regionaler Daten mithilfe von Small Area-Schätzmethoden
 Heft 12/11 Nacherhebung Bewässerung zur Landwirtschaftszählung 2010
 Heft 12/12 Erhebung zum Nachwuchsmangel in der Nutztiermedizin

Broschüre

Landwirtschaft auf einen Blick (2011)

Gemeinschaftsveröffentlichung

Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt – Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
 +49 (0)6 11 / 75 86 60 (Land- und Forstwirtschaft),
 +49 (0)6 11 / 75 24 40 (Kaufwerte),
 +49 (0)6 11 / 75 29 41 (Düngemittelstatistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



20 Produzierendes Gewerbe und Dienst- leistungen im Überblick

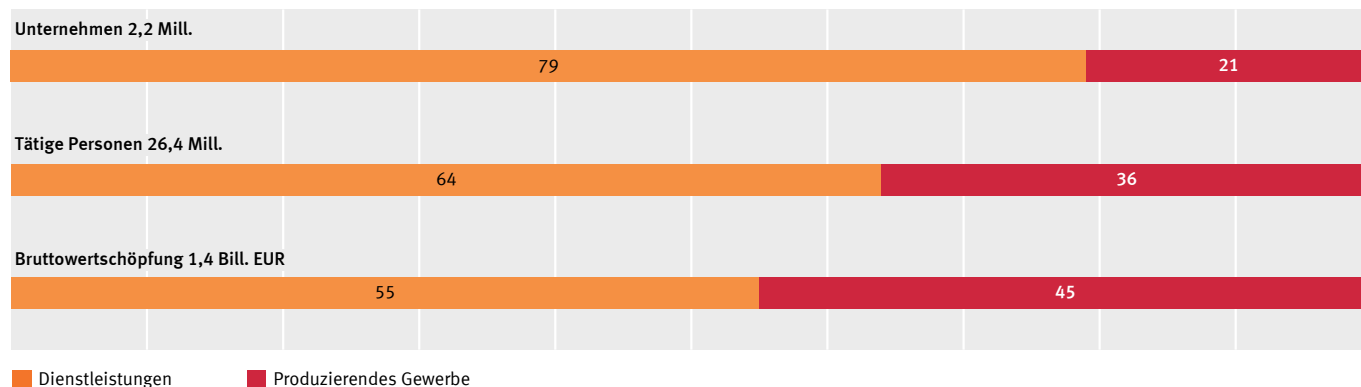
Zwei von drei tätigen Personen waren 2011 im Dienstleistungsbereich beschäftigt | Gut **1 %** der **Unternehmen von ausländischen** Unternehmen kontrolliert | Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** 2012 erneut um knapp **6 %** gegenüber Vorjahr **zurückgegangen** | **33 %** der Unternehmen nutzen **mobiles Internet** | 2010 rund **576 000 Handwerksunternehmen** | Gut **12 000 Betriebe** mit **250 und mehr** sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

<i>Seite</i>	
499	Auf einen Blick
	Tabellen
500	Unternehmen im Überblick Anzahl Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Bruttoinvestitionen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen Kleine und mittlere Unternehmen
506	Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland Anteil Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Herkunft der Muttergesellschaft
507	Gewerbeanzeigen Nach Ländern Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Rechtsformen
510	Insolvenzen Zusammensetzung Unternehmensinsolvenzen nach Ländern, ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen Insolvenzhäufigkeit
513	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen Internetzugang Website Internetzugangsarten Einsatz von tragbaren Geräten mit mobiler Internetverbindung E-Government IKT-Branche
517	Handwerksunternehmen Anzahl Tätige Personen Umsatz Nach Gewerbegruppen Nach Ländern Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebranchen
519	Betriebe im Überblick Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
520	Patente, Gebrauchsmuster und nationale Marken Anmeldungen Erteilungen
521	Methodik
523	Glossar
525	Mehr zum Thema

20.0 Auf einen Blick

Unternehmen, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in Unternehmen 2011

in %

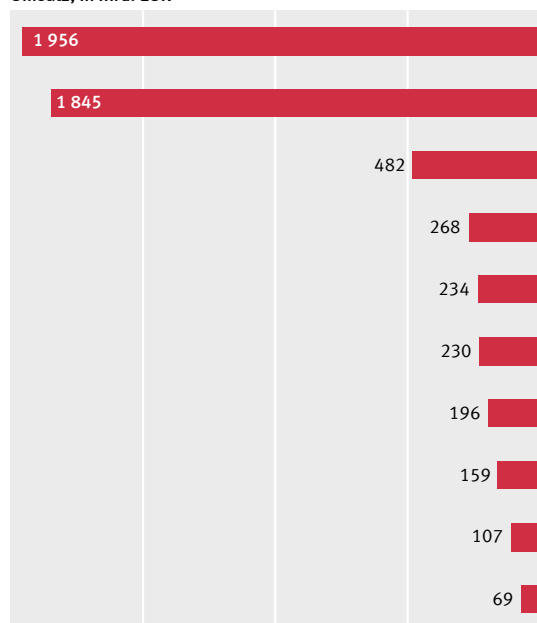


2013 - 01 - 0383

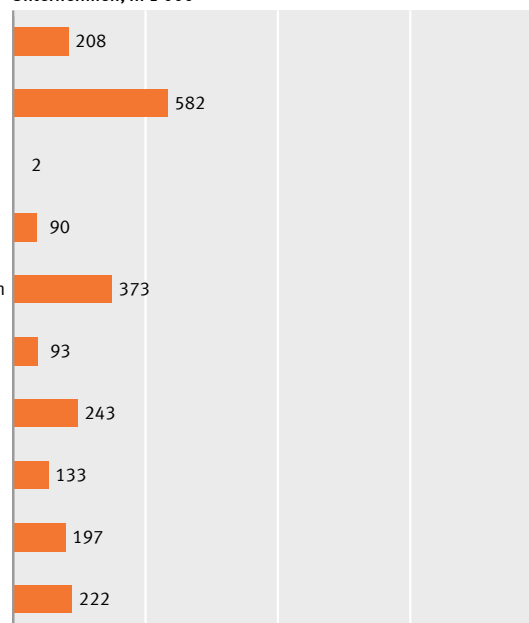
Strukturdaten der Unternehmen 2011

nach Wirtschaftsabschnitten

Umsatz, in Mrd. EUR



Unternehmen, in 1 000



2013 - 01 - 0399

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
	Insgesamt ²⁾	2 158 970	26 394 392	5 850 903	1 406 258	188 611
B – F	Produzierendes Gewerbe	459 404	9 428 054	2 698 256	634 571	81 927
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 767	68 074	13 692	5 844	1 164
05	Kohlenbergbau	5	28 882	3 209	2 033	263
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	3 750	3 142	1 191	356
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 653	32 356	6 779	2 386	482
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	105	3 086	561	233	64
C	Verarbeitendes Gewerbe	207 847	7 135 934	1 956 112	490 206	57 398
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	30 185	817 024	160 298	29 600	3 942
11	Getränkeherstellung	2 019	70 492	20 118	4 867	1 037
12	Tabakverarbeitung	32	10 576	17 886	1 472	212
13	H. v. Textilien	4 008	81 782	13 331	3 855	405
14	H. v. Bekleidung	2 943	46 439	9 316	2 449	124
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 152	18 040	3 096	794	138
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	12 537	137 164	24 048	6 191	694
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1 754	142 513	42 090	9 395	1 383
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	12 547	170 573	21 967	7 734	928
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	77	18 701	138 080	3 753	574
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 150	336 092	163 949	37 193	4 984
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	603	117 450	42 403	16 149	1 350
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	7 399	402 668	79 877	23 430	2 771
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	10 208	237 714	47 040	14 339	1 873
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	2 901	263 953	116 109	20 082	2 851
25	H. v. Metallerzeugnissen	41 765	857 074	128 085	47 044	4 788
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 933	311 314	74 455	24 668	4 326
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	6 026	502 546	116 761	38 097	3 246
28	Maschinenbau	16 412	1 056 755	238 933	78 791	5 960
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 923	784 491	375 149	76 700	12 503
30	Sonstiger Fahrzeugbau	1 056	118 795	31 824	9 550	799
31	H. v. Möbeln	9 070	141 984	20 322	6 540	594
32	H. v. sonstigen Waren	18 873	263 439	33 897	14 638	1 232
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	12 274	228 356	37 080	12 873	686
D	Energieversorgung	1 777	223 915	482 458	42 221	12 068
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	4 898	198 812	50 335	21 042	6 191
36	Wasserversorgung	1 672	36 945	9 818	4 544	2 106
37	Abwasserentsorgung	1 370	41 241	10 685	6 876	2 656
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1 797	117 760	29 413	9 443	1 416
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	59	2 866	419	180	13
F	Baugewerbe	243 115	1 801 319	195 659	75 258	5 106
41	Hochbau	21 970	269 896	44 858	15 899	915
42	Tiefbau	6 281	192 000	27 752	10 132	1 083
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	214 864	1 339 423	123 049	49 227	3 108

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
G – J, K 65, L – N, S 95¹²⁾	Dienstleistungen	1 699 566	16 966 338	3 152 647	771 687	106 684
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	581 788	6 315 227	1 845 181	259 996	20 184
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	101 206	836 589	207 872	37 812	3 943
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	149 285	1 966 106	1 133 516	133 208	9 018
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	331 297	3 512 532	503 792	88 977	7 224
H	Verkehr und Lagerei	89 704	1 982 523	268 348	90 412	22 579
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	60 108	798 628	79 916	34 480	8 529
50	Schifffahrt	3 157	37 022	29 784	7 048	/
51	Luftfahrt	468	61 808	21 550	1 874	1 666
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 732	589 132	109 003	35 167	10 228
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	10 239	495 934	28 096	11 842	565
I	Gastgewerbe	222 221	1 978 959	69 258	32 326	3 562
55	Beherbergung	46 820	514 581	23 793	11 501	1 944
56	Gastronomie	175 401	1 464 377	45 466	20 826	1 618
J	Information und Kommunikation	92 869	1 045 563	230 124	100 078	17 238
58	Verlagswesen	7 199	220 196	33 842	13 560	740
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	7 899	61 075	10 037	4 348	514
60	Rundfunkveranstalter	508	32 539	13 848	6 385	1 170
61	Telekommunikation	2 309	118 758	70 030	26 266	9 817
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	63 190	526 521	90 020	43 136	4 247
63	Informationsdienstleistungen	11 764	86 474	12 348	6 383	749
K¹³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	876	155 007	236 440	22 260	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	196 831	476 317	107 045	63 535	23 382
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	372 561	2 081 512	233 988	119 285	8 603
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	100 812	607 497	44 873	32 367	1 004
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	71 852	372 844	77 006	28 850	3 041
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	108 218	548 283	60 005	33 086	1 634
72	Forschung und Entwicklung	4 802	133 824	11 014	7 380	1 917
73	Werbung und Marktforschung	27 940	253 387	24 539	9 608	527
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	49 879	125 591	13 966	6 489	389
75	Veterinärwesen	9 058	40 087	2 583	1 506	91
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	132 732	2 894 664	159 436	82 528	11 041
77	Vermietung von beweglichen Sachen	16 828	101 278	27 681	15 090	7 730
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 669	974 764	36 046	23 527	572
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	9 906	86 527	25 662	6 211	260
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	3 845	175 049	5 237	3 893	73
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	61 808	1 112 263	28 338	18 573	1 061
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	32 676	444 783	36 471	15 234	1 346
S¹³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	9 984	36 566	2 827	1 267	95

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
	Insgesamt ¹²⁾	5 850 903	66,6	73,7	24,0	14,7	9,3
B – F	Produzierendes Gewerbe	2 698 256	92,4	75,3	23,5	15,6	7,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	13 692	93,3	64,0	42,7	26,5	16,2
05	Kohlenbergbau	3 209	98,9	72,5	63,4	52,0	11,3
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	3 142	90,7	54,5	37,9	13,8	24,2
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	6 779	91,6	64,8	35,2	19,8	15,4
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	561	96,7	59,0	41,6	31,5	10,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 956 112	90,0	73,4	25,1	17,3	7,7
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	160 298	91,8	81,6	18,5	12,9	5,6
11	Getränkeherstellung	20 118	96,3	66,0	24,2	16,2	8,0
12	Tabakverarbeitung	17 886	83,9	29,7	8,2	4,2	4,1
13	H. v. Textilien	13 331	95,4	72,2	28,9	20,6	8,3
14	H. v. Bekleidung	9 316	90,3	75,3	26,3	16,3	10,0
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	3 096	85,4	75,2	25,6	17,4	8,2
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	24 048	93,4	74,8	25,7	17,4	8,4
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	42 090	93,0	77,9	22,3	15,7	6,6
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	21 967	99,3	64,5	35,2	26,8	8,4
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	138 080	78,6	72,5	2,7	1,3	1,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	163 949	81,4	78,0	22,7	13,2	9,5
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	42 403	88,6	61,5	38,1	19,2	18,9
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	79 877	90,9	71,3	29,3	20,8	8,5
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	47 040	92,4	69,6	30,5	21,1	9,4
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	116 109	95,7	83,5	17,3	12,0	5,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	128 085	97,1	64,2	36,7	25,7	11,0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	74 455	91,5	68,1	33,1	22,9	10,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	116 761	90,0	68,8	32,6	24,0	8,6
28	Maschinenbau	238 933	94,2	69,7	33,0	24,3	8,7
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	375 149	85,9	80,0	20,4	14,0	6,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	31 824	104,0	76,3	30,0	25,0	5,0
31	H. v. Möbeln	20 322	96,5	67,7	32,2	24,3	7,9
32	H. v. sonstigen Waren	33 897	89,7	57,0	43,2	26,2	17,0
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	37 080	98,0	68,1	34,7	28,5	6,2
D	Energieversorgung	482 458	.	90,5	8,8	3,4	5,4
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	50 335	.	57,9	41,8	16,9	24,9
36	Wasserversorgung	9 818	.	51,2	46,3	17,7	28,6
37	Abwasserentsorgung	10 685	.	35,5	64,4	19,2	45,1
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	29 413	.	68,3	32,1	15,6	16,5
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	419	.	59,6	42,9	28,7	14,2
F	Baugewerbe	195 659	101,0	61,8	38,5	27,3	11,1
41	Hochbau	44 858	103,4	70,2	35,4	22,2	13,2
42	Tiefbau	27 752	101,0	63,9	36,5	28,9	7,6
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	123 049	100,2	58,2	40,0	28,8	11,2

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
G – J, K 65, L – N, S 95 ¹²⁾	Dienstleistungen	3 152 647	44,5	72,2	24,5	13,9	10,4
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 845 181	25,3	88,3	14,1	8,9	4,9
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	207 872	29,2	84,7	18,2	10,8	6,1
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 133 516	21,0	90,4	11,8	7,0	4,6
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	503 792	33,4	84,9	17,7	12,6	4,8
H	Verkehr und Lagerei	268 348	73,8	66,7	33,7	21,1	12,6
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	79 916	83,4	58,5	43,1	25,0	18,1
50	Schifffahrt	29 784	75,8	76,8	23,7	4,8	18,9
51	Luftfahrt	21 550	91,9	91,0	8,7	20,4	-11,7
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	109 003	60,7	67,4	32,3	19,2	13,1
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	28 096	81,6	57,5	42,1	35,3	6,8
I	Gastgewerbe	69 258	101,5	55,4	46,7	28,5	17,4
55	Beherbergung	23 793	101,6	53,9	48,3	29,2	18,1
56	Gastronomie	45 466	101,4	56,2	45,8	28,1	17,1
J	Information und Kommunikation	230 124	76,0	56,5	43,5	22,0	21,5
58	Verlagswesen	33 842	83,3	59,2	40,1	22,6	17,4
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	10 037	76,6	56,8	43,3	16,5	26,8
60	Rundfunkveranstalter	13 848	79,6	54,7	46,1	15,6	30,5
61	Telekommunikation	70 030	71,6	63,2	37,5	10,6	26,9
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	90 020	75,4	51,6	47,9	31,5	16,4
63	Informationsdienstleistungen	12 348	81,0	48,1	51,7	27,6	24,1
K ¹³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	236 440	36,9	27,4	9,4	4,6	5,5
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	107 045	85,2	39,0	59,4	7,8	51,6
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	233 988	80,0	50,1	51,0	30,3	20,7
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	44 873	96,4	27,4	72,1	37,4	34,8
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	77 006	68,8	60,7	37,5	26,2	11,3
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	60 005	84,6	48,8	55,1	32,3	22,9
72	Forschung und Entwicklung	11 014	93,7	51,5	67,0	55,9	11,1
73	Werbung und Marktforschung	24 539	67,1	60,2	39,2	20,9	18,3
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	13 966	80,3	53,1	46,5	19,6	26,9
75	Veterinärwesen	2 583	86,3	41,5	58,3	19,9	38,4
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	159 436	78,1	47,5	51,8	35,9	15,9
77	Vermietung von beweglichen Sachen	27 681	79,0	45,0	54,5	9,2	45,3
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	36 046	91,7	33,5	65,3	70,5	- 5,2
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	25 662	43,5	75,5	24,2	9,2	15,0
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 237	91,3	25,3	74,3	64,5	9,8
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	28 338	90,1	33,8	65,5	46,5	19,1
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	36 471	77,1	57,5	41,8	28,3	13,5
S ¹³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	2 827	78,1	54,3	44,8	24,6	20,2

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2010

Als KMU definiert werden alle Unternehmen, in denen weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind und deren Jahresumsatz einen Schwellenwert von 50 Mill. Euro nicht überschreitet.

Als Kleinunternehmen gelten dabei alle Unternehmen, in denen weniger als 10 Beschäftigte tätig sind und deren Jahresumsatz unter 2 Mill. EUR liegt. Kleine Unternehmen sind all jene, die weniger als 50 tätige Personen umfassen und deren Jahresumsatz weniger als 10 Mill. EUR beträgt. Diese Definition basiert auf einer Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
B – N ohne K, S95	Insgesamt					
	KMU	99,3	60,9	34,3	46,7	45,7
	Kleinstunternehmen	80,9	18,7	6,7	11,4	14,6
	Kleine Unternehmen	15,3	22,3	11,5	16,5	15,0
	Mittlere Unternehmen	3,1	19,9	16,1	18,8	16,2
	Großunternehmen	0,7	39,1	65,7	53,3	54,3
	Zusammen	100	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	KMU	98,1	35,8	31,8	23,7	25,9
	Kleinstunternehmen	55,5	5,7	3,8	2,9	2,1
	Kleine Unternehmen	35,7	16,8	14,3	11,5	13,5
	Mittlere Unternehmen	6,9	13,2	13,7	9,3	10,2
	Großunternehmen	1,9	64,2	68,2	76,3	74,1
C	Verarbeitendes Gewerbe					
	KMU	97,6	45,8	22,0	30,8	26,3
	Kleinstunternehmen	61,5	7,3	2,0	3,3	2,6
	Kleine Unternehmen	28,2	15,9	6,3	9,9	8,2
	Mittlere Unternehmen	7,8	22,7	13,7	17,6	15,5
	Großunternehmen	2,4	54,2	78,0	69,2	73,7
D	Energieversorgung					
	KMU	70,6	12,8	3,8	8,4	14,3
	Kleinstunternehmen	14,3	0,2	0,1	0,1	3,4
	Kleine Unternehmen	23,6	1,9	0,5	1,2	1,7
	Mittlere Unternehmen	32,6	10,7	3,2	7,1	9,2
	Großunternehmen	29,4	87,2	96,2	91,6	85,7
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen					
	KMU	96,2	55,9	52,7	56,1	67,0
	Kleinstunternehmen	32,6	2,7	3,0	3,7	6,6
	Kleine Unternehmen	45,7	19,6	17,6	20,8	28,0
	Mittlere Unternehmen	17,9	33,5	32,1	31,6	32,4
	Großunternehmen	3,8	44,1	47,3	43,9	33,0
F	Baugewerbe					
	KMU	99,9	91,5	82,6	84,5	82,7
	Kleinstunternehmen	83,4	35,9	24,4	25,9	27,5
	Kleine Unternehmen	15,1	39,1	36,1	38,5	34,0
	Mittlere Unternehmen	1,4	16,5	22,2	20,1	21,2
	Großunternehmen	0,1	8,5	17,4	15,5	17,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	KMU	99,3	64,7	40,3	52,8	56,2
	Kleinstunternehmen	80,1	22,2	7,3	12,0	14,4
	Kleine Unternehmen	15,5	23,6	13,4	18,6	19,1
	Mittlere Unternehmen	3,6	18,9	19,6	22,2	22,7
	Großunternehmen	0,7	35,3	59,7	47,2	43,8
H	Verkehr und Lagerei					
	KMU	99,0	51,7	40,5	44,6	34,5
	Kleinstunternehmen	69,8	10,0	5,3	6,7	11,5
	Kleine Unternehmen	24,1	21,3	15,7	18,9	12,7
	Mittlere Unternehmen	5,1	20,4	19,5	19,0	10,3
	Großunternehmen	1,0	48,3	59,5	55,4	65,5
	Zusammen	100	100	100	100	100

20.1 Unternehmen im Überblick

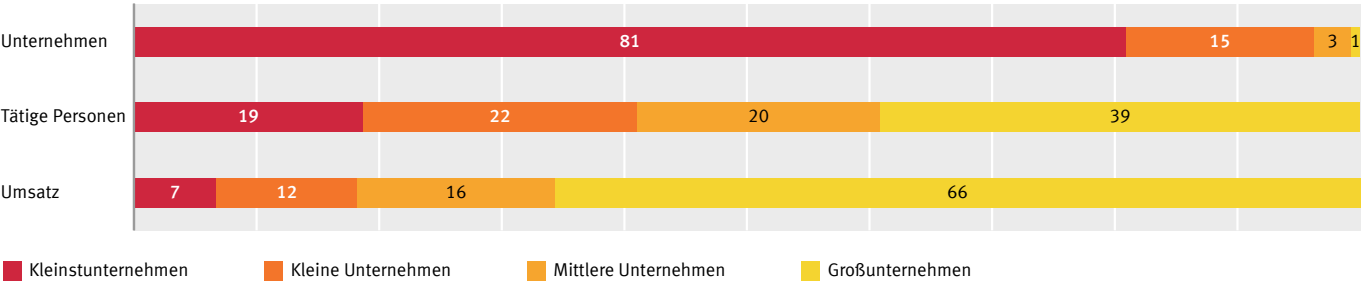
20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
I	Gastgewerbe					
	KMU	99,9	90,4	84,3	84,2	70,7
	Kleinstunternehmen	78,0	31,4	27,8	26,3	20,4
	Kleine Unternehmen	20,0	41,9	36,6	37,9	31,6
	Mittlere Unternehmen	1,8	17,1	20,0	20,0	18,7
	Großunternehmen	0,1	9,6	15,7	15,8	29,3
	Zusammen	100	100	100	100	100
J	Information und Kommunikation					
	KMU	99,3	56,7	31,6	37,2	24,2
	Kleinstunternehmen	84,9	16,0	6,2	8,2	4,6
	Kleine Unternehmen	11,6	19,1	10,3	11,8	5,6
	Mittlere Unternehmen	2,8	21,6	15,1	17,2	14,0
	Großunternehmen	0,7	43,3	68,4	62,8	75,8
	Zusammen	100	100	100	100	100
L	Grundstücks- und Wohnungswesen					
	KMU	99,9	88,3	69,9	80,4	85,7
	Kleinstunternehmen	95,3	62,0	28,6	35,9	43,1
	Kleine Unternehmen	3,9	15,3	20,3	22,7	25,2
	Mittlere Unternehmen	0,7	11,0	20,9	21,8	17,4
	Großunternehmen	0,1	11,7	30,1	19,6	14,3
	Zusammen	100	100	100	100	100
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen					
	KMU	99,8	76,8	63,7	72,6	67,8
	Kleinstunternehmen	89,7	36,5	23,6	29,2	26,6
	Kleine Unternehmen	9,2	27,3	23,1	26,6	23,6
	Mittlere Unternehmen	0,9	13,0	16,9	16,8	17,6
	Großunternehmen	0,2	23,2	36,3	27,4	32,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen					
	KMU	98,6	48,2	46,3	47,9	47,5
	Kleinstunternehmen	79,7	10,2	11,2	12,2	15,9
	Kleine Unternehmen	13,7	13,2	15,1	14,8	15,9
	Mittlere Unternehmen	5,1	24,8	20,0	21,0	15,7
	Großunternehmen	1,4	51,8	53,7	52,1	52,5
	Zusammen	100	100	100	100	100
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern					
	KMU	100	91,5	88,2	87,3	94,6
	Kleinstunternehmen	95,4	57,4	44,7	46,6	63,0
	Kleine Unternehmen	4,0	20,3	21,7	20,8	23,2
	Mittlere Unternehmen	0,6	13,9	21,7	19,9	8,4
	Großunternehmen	0,0	8,5	11,8	12,7	5,4
	Zusammen	100	100	100	100	100

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Unternehmen, Umsatz und tätige Personen nach Unternehmensgrößenklassen 2010
in %



20.2 Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2010

Auslandskontrollierte Unternehmen sind im Inland ansässig und werden von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland kontrolliert, das die Unternehmenspolitik bestimmt. Durch die Beobachtung auslandskontrollierter Unternehmen kann die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der globalisierten Welt abgebildet werden.

20.2.1 Nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ²⁾
		%			
B – N					
ohne K, S95	Insgesamt	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,3	0,4	0,5	0,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	19,4	45,4	46,5	46,5
D	Energieversorgung	1,7	0,6	3,3	2,7
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,6	0,5	0,3	0,4
F	Baugewerbe	2,5	2,7	1,3	2,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	32,3	18,9	34,8	20,0
H	Verkehr und Lagerei	4,4	3,7	2,1	2,5
I	Gastgewerbe	1,9	3,5	0,6	1,2
J	Information und Kommunikation	7,4	5,4	4,6	8,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	10,7	1,0	0,9	3,6
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	14,0	6,8	3,1	7,3
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	4,6	11,0	2,0	5,1
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	0,1	0,1	0,1	0,1

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Werte zum Teil geschätzt.

20.2.2 Nach Herkunft der Muttergesellschaft

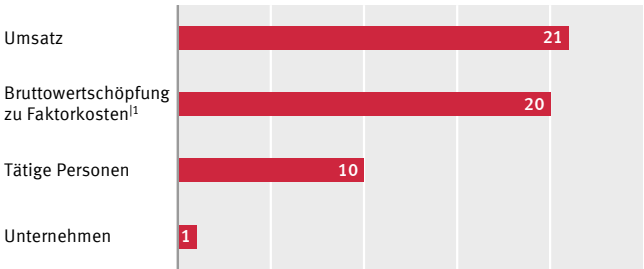
	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹
	%			
Welt (ohne Deutschland)	100	100	100	100
darunter:				
Europa (ohne Deutschland) ²	75,1	69,4	67,4	68,3
Afrika	0,5	0,5	0,6	0,7
Nord- und Mittelamerika ²	15,9	24,0	21,9	23,9
Südamerika	0,1	0,1	0,1	0,1
Asien	7,9	5,5	9,6	6,5
Australien und Ozeanien	0,5	0,5	0,4	0,5

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Werte zum Teil geschätzt.
2 Einschl. abhängiger Gebiete einzelner Länder.

Auslandskontrollierte Unternehmen 2010

Anteil an allen Unternehmen, in %



Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Werte zum Teil geschätzt. 2013 - 01 - 0385

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.1 Gewerbeanzeigen nach Ländern 2012

	Anmeldung			Abmeldung		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		Betriebsgründung	sonstige Neugründung		Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung
Deutschland	757 371	134 232	484 548	710 932	122 129	449 650
Baden-Württemberg	96 089	15 246	58 789	92 131	13 342	56 756
Bayern	131 857	24 186	79 553	115 593	19 578	66 553
Berlin	48 072	8 858	35 228	36 600	7 091	25 679
Brandenburg	18 260	4 253	10 068	18 893	4 241	11 038
Bremen	6 101	1 233	3 956	5 419	1 005	3 599
Hamburg	22 618	3 560	16 282	18 032	2 518	12 930
Hessen	72 378	10 857	48 435	70 519	10 524	46 730
Mecklenburg-Vorpommern ..	11 330	2 680	6 527	11 610	2 600	6 866
Niedersachsen	63 021	12 160	38 964	58 031	10 721	35 739
Nordrhein-Westfalen	156 407	25 389	105 355	151 164	24 947	100 249
Rheinland-Pfalz	36 467	6 201	23 656	37 030	5 641	25 065
Saarland	7 264	1 442	4 615	6 923	1 286	4 465
Sachsen	32 364	7 269	19 553	32 611	7 112	19 661
Sachsen-Anhalt	13 378	3 341	7 831	15 321	3 942	9 100
Schleswig-Holstein	27 728	4 300	17 548	25 194	3 953	15 905
Thüringen	14 037	3 257	8 188	15 861	3 628	9 315

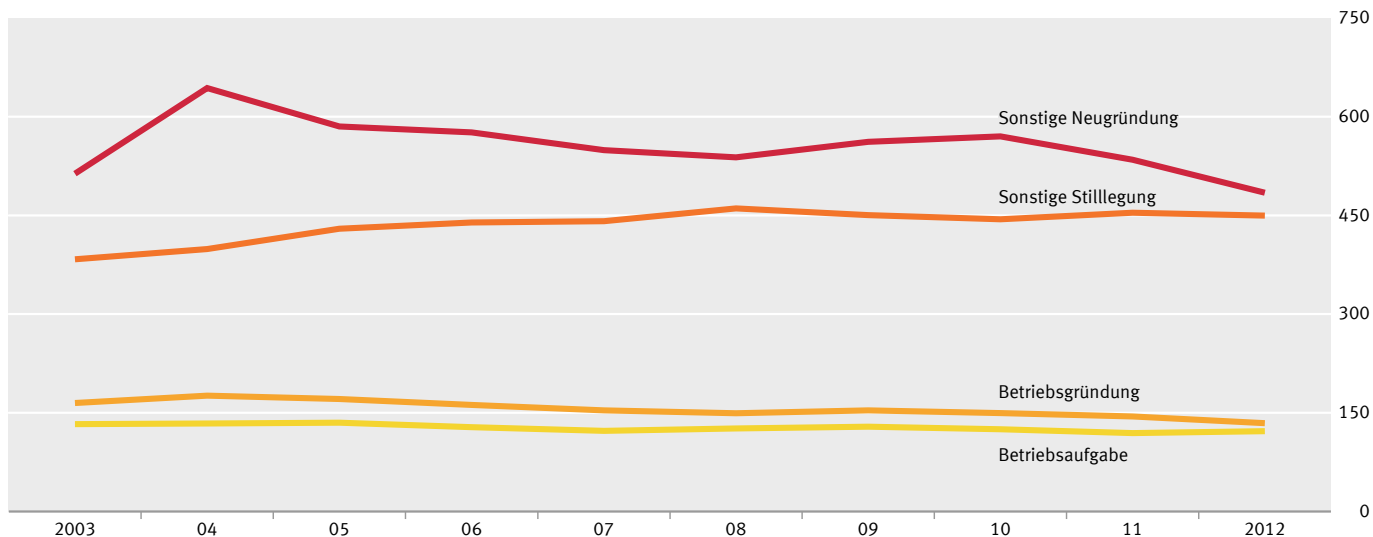
Eine **Gewerbebeanmeldung** ist abzugeben bei Neugründungen, Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen von Betrieben. Die Neugründungen umfassen Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen (Neugründungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Eine **Gewerbeabmeldung** ist abzugeben bei vollständigen Aufgaben, Umwandlungen, Fortzügen und Übergaben von Betrieben. Die vollständigen Aufgaben beinhalten Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen (Stilllegungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Neugründungen und vollständige Aufgaben

in 1 000



2013 - 01 - 0386

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.2 Gewerbeanmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2012

Nr. der Klassi- fikation ¹⁾		Gewerbe- anmeldungen insgesamt	Neuerichtungen					Zuzug	Über- nahmen ²⁾
			Betriebsgründung		sonstige Neugründung		Umwandlung		
			zusammen	dar. Haupt- niederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	757 371	134 232	92 017	484 548	241 197	3 103	81 178	54 310
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 008	516	452	3 685	2 246	8	449	350
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	28 488	6 782	4 749	15 209	9 630	321	3 720	2 456
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umwelt- verschmutzungen	16 948	3 597	3 013	11 924	9 997	123	681	623
F	Baugewerbe	110 789	16 679	15 110	75 716	11 898	176	12 253	5 965
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	165 934	36 073	17 991	98 266	59 020	1 046	16 318	14 231
H	Verkehr und Lagerei	25 006	4 866	3 124	15 730	4 525	150	2 823	1 437
I	Gastgewerbe	56 196	12 940	8 958	23 882	7 297	157	916	18 301
J	Information und Kommunikation	29 031	5 422	4 169	17 579	11 946	123	5 059	848
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	24 520	4 472	3 163	13 663	5 320	141	5 752	492
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	18 170	6 157	5 177	8 008	3 756	109	3 155	741
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	73 667	13 869	11 351	47 611	32 631	284	10 422	1 481
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst- leistungen	95 436	10 678	7 334	72 260	35 145	237	9 912	2 349
P	Erziehung und Unterricht	12 190	1 766	821	8 702	5 790	26	1 227	469
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	9 138	1 365	968	6 428	3 602	84	946	315
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	16 679	2 540	1 435	11 432	7 755	45	1 556	1 106
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	70 171	6 510	4 202	54 453	30 639	73	5 989	3 146
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	599 568	36 039	23 215	469 037	225 686	254	60 942	33 296
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	60 327	31 193	25 189	11 177	11 177	671	4 738	12 548
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	17 281	11 807	7 700	361	361	603	1 990	2 520
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	39 213	17 375	16 244	10 643	10 643	31	2 359	8 805
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	89 540	61 647	42 008	3 896	3 896	1 840	14 628	7 529
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) ...	15 344	10 839	9 927	1 901	1 901	26	1 355	1 223
	Aktiengesellschaft	2 229	1 466	392	–	–	197	263	303
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 496	1 085	107	67	67	7	298	39
	Sonstige Rechtsformen	4 211	2 802	1 106	371	371	134	309	595

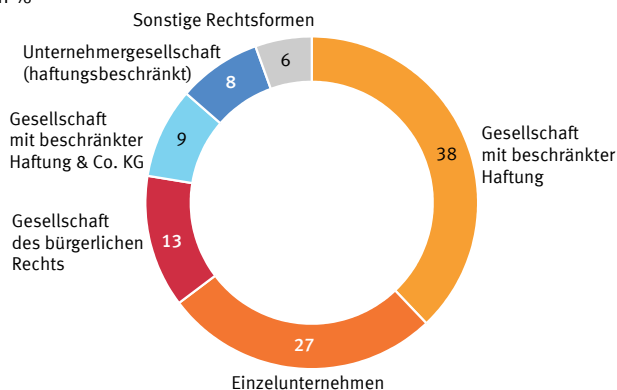
Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Rechtsformwechsel, Gesellschaftereintritt, Erbfolge, Kauf, Pacht.

Betriebsgründungen nach Rechtsformen 2012

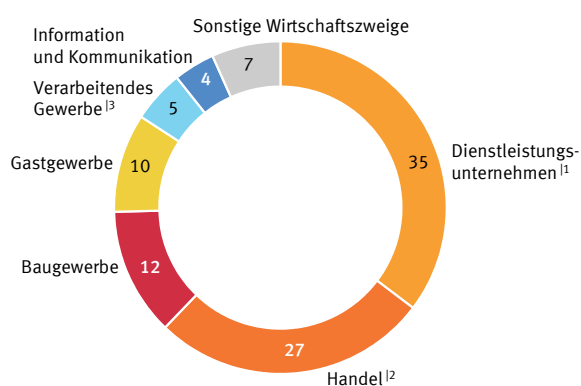
in %



2013 - 01 - 0387

Betriebsgründungen nach Wirtschaftsabschnitten 2012

in %



1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2013 - 01 - 0388

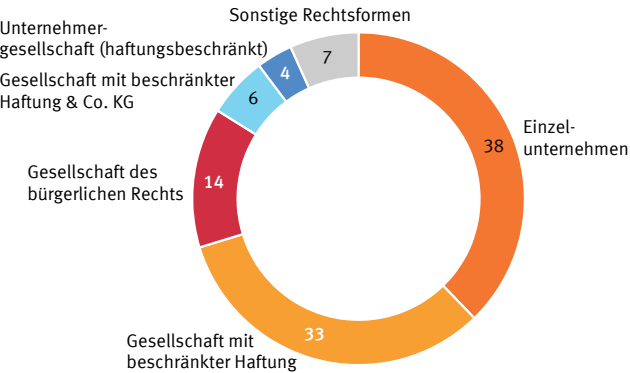
20.3 Gewerbeanzeigen
20.3.3 Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2012

Nr. der Klassi- fikation ¹⁾		Gewerbe- abmeldungen insgesamt	Vollständige Aufgaben				Fortzug	Über- gaben ²⁾	
			Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung				Umwandlung
			zusammen	dar. Haupt- niederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	710 932	122 129	79 344	449 650	157 557	4 236	82 244	52 673
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 944	384	315	3 142	1 208	8	537	873
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	27 701	6 680	4 931	13 867	5 081	447	3 963	2 744
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umwelt- verschmutzungen	5 983	922	700	3 539	2 228	122	675	725
F	Baugewerbe	95 569	12 924	11 549	64 354	8 291	203	10 812	7 276
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	182 148	43 587	21 062	105 895	44 416	1 292	17 363	14 011
H	Verkehr und Lagerei	27 376	5 110	3 669	17 675	3 800	186	2 813	1 592
I	Gastgewerbe	58 261	13 934	10 608	30 527	6 268	155	1 014	12 631
J	Information und Kommunikation	25 845	3 599	2 659	15 639	7 679	242	5 188	1 177
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	32 076	3 930	2 326	21 031	6 028	253	6 247	615
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	14 882	4 019	3 233	6 401	1 924	257	3 360	845
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	60 726	8 317	6 565	39 748	19 548	450	10 340	1 871
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst- leistungen	84 797	8 984	6 086	62 437	22 819	392	9 937	3 047
P	Erziehung und Unterricht	8 827	1 490	640	5 448	2 568	28	1 323	538
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	7 676	708	542	5 545	2 325	66	993	364
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	12 727	2 092	1 198	7 910	3 802	44	1 583	1 098
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	61 394	5 449	3 261	46 492	19 572	91	6 096	3 266
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	579 058	46 101	28 157	440 766	148 673	397	61 359	30 435
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	56 164	26 361	21 406	7 068	7 068	778	4 941	17 016
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	11 996	7 266	3 996	149	149	677	2 030	1 874
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	39 731	16 622	15 696	6 772	6 772	52	2 500	13 785
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	67 725	43 945	28 390	1 524	1 524	2 851	15 004	4 401
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	6 679	4 276	3 790	585	585	45	1 307	466
	Aktiengesellschaft	2 080	1 440	343	–	–	111	313	216
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	2 505	1 930	247	120	120	4	334	117
	Sonstige Rechtsformen	3 400	2 352	801	172	172	95	293	488

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

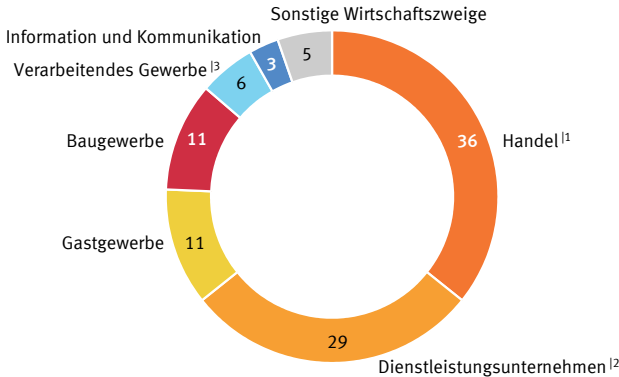
- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt, Erbfolge, Kauf, Verpachtung.

Betriebsaufgaben nach Rechtsformen 2012
in %



2013 - 01 - 0389

Betriebsaufgaben nach Wirtschaftsabschnitten 2012
in %



- 1 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.
2 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.
3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2013 - 01 - 0390

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.4 Insolvenzen

20.4.1 Zusammensetzung der Insolvenzen

Weitere Informationen zu Verbraucherinsolvenzen siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	2000	2005	2010	2012	2000	2005	2010	2012
	Anzahl				%			
Insgesamt	42 259	136 554	168 458	150 298	100	100	100	100
Unternehmen	28 235	36 843	31 998	28 297	66,8	27,0	19,0	18,8
Übrige Schuldner/-innen	14 024	99 711	136 460	122 001	33,2	73,0	81,0	81,2
davon:								
Natürliche Personen als Gesellschafter ..	1 129	3 446	1 814	1 307	2,7	2,5	1,1	0,9
Verbraucher/-innen	10 479	68 898	108 798	97 608	24,8	50,5	64,6	64,9
Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	.	19 919	17 620	15 082	.	14,6	10,5	10,0
Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	.	4 818	5 445	5 196	.	3,5	3,2	3,5
Nachlässe	2 416	2 630	2 783	2 808	5,7	1,9	1,6	1,9

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

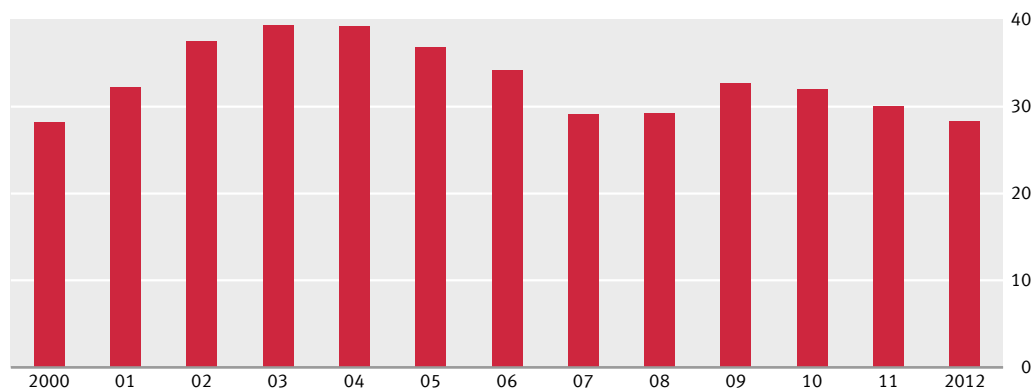
20.4.2 Unternehmensinsolvenzen nach Ländern 2012

	Insgesamt	Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Arbeitnehmer/ -innen	Voraussichtliche Forderungen
	Anzahl				1 000 EUR
Deutschland	28 297	21 311	6 986	183 492	41 173 373
Baden-Württemberg	2 169	1 481	688	48 164	4 466 955
Bayern	3 286	2 364	922	19 528	4 595 232
Berlin	1 286	881	405	6 785	1 884 830
Brandenburg	608	446	162	3 646	435 024
Bremen	230	163	67	483	364 397
Hamburg	781	626	155	4 100	2 541 211
Hessen	1 548	1 103	445	11 871	2 817 074
Mecklenburg-Vorpommern	375	284	91	3 842	219 114
Niedersachsen	2 314	1 740	574	12 965	2 559 169
Nordrhein-Westfalen	10 548	8 275	2 273	47 114	16 657 497
Rheinland-Pfalz	1 094	836	258	5 212	1 224 487
Saarland	352	240	112	1 594	84 648
Sachsen	1 388	1 080	308	5 706	786 662
Sachsen-Anhalt	657	480	177	4 960	662 482
Schleswig-Holstein	1 143	913	230	4 731	1 616 911
Thüringen	518	399	119	2 791	257 679

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Unternehmensinsolvenzen im Zeitvergleich

in 1 000



2013 - 01 - 0391

20.4 Insolvenzen

20.4.3 Unternehmensinsolvenzen nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾		Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Arbeitnehmer/-innen	Voraussichtliche Forderungen
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EUR
A – N, P – S	Insgesamt	21 311	6 986	28 297	– 6,0	183 492	41 173 373
	nach Wirtschaftsabschnitten						
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	126	15	141	– 13,5	196	87 121
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 934	317	2 251	– 0,7	53 455	6 694 121
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	141	52	193	– 4,5	1 183	431 120
F	Baugewerbe	3 488	1 024	4 512	– 5,5	16 728	1 742 747
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 852	1 372	5 224	– 9,2	51 902	5 014 831
H	Verkehr und Lagerei	1 715	384	2 099	– 2,9	12 316	1 396 882
I	Gastgewerbe	2 354	657	3 011	– 11,0	8 815	527 147
J	Information und Kommunikation	617	249	866	– 3,3	3 973	728 580
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	574	288	862	– 4,4	1 921	8 954 849
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	670	310	980	– 14,9	1 097	6 291 481
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 964	1 163	3 127	0,0	6 430	7 218 987
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 821	575	2 396	– 6,3	12 954	832 545
P	Erziehung und Unterricht	271	59	330	6,1	1 528	67 397
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	559	97	656	3,5	7 055	535 093
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	422	159	581	– 10,5	1 863	498 119
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	803	265	1 068	– 8,4	2 076	152 353
	nach dem Alter der Unternehmen						
	unter 8 Jahren	10 436	4 306	14 742	– 4,6	61 650	20 249 470
	dar. bis 3 Jahre	4 694	2 362	7 056	1,8	25 586	2 621 472
	8 Jahre und mehr	8 980	2 224	11 204	– 3,5	119 668	20 133 941
	Unbekannt	1 895	456	2 351	– 22,7	2 174	789 962
	nach Rechtsformen						
	Einzelunternehmen	11 335	1 783	13 118	– 10,4	46 168	3 420 300
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1 502	556	2 058	– 3,6	26 750	6 449 541
	darunter:						
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	1 142	357	1 499	2,3	23 630	5 987 828
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	208	126	334	– 19,1	1 231	96 660
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	7 809	4 131	11 940	– 1,8	97 465	25 159 675
	Aktiengesellschaft, KGaA	197	46	243	8,5	9 420	4 372 733
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	165	201	366	– 21,1	765	42 762
	Genossenschaft	15	3	18	63,6	113	51 296
	Sonstige Rechtsformen	288	266	554	21,2	2 811	1 677 066

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.4 Insolvenzen

20.4.4 Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassi- fikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmensinsolvenzen		Unternehmen ²⁾	Insolvenzhäufigkeiten ³⁾	
		2012	2011		2012	2011
		Anzahl				
A – N, P – S	Insgesamt	28 297	30 099	3 215 095	88	94
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	141	163	86 154	X	X
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	2 251	2 267	241 421	93	94
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	193	202	66 830	29	30
F	Baugewerbe	4 512	4 776	358 173	126	133
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 224	5 751	641 376	81	90
H	Verkehr und Lagerei	2 099	2 162	110 627	190	195
I	Gastgewerbe	3 011	3 382	227 175	133	149
J	Information und Kommunikation	866	896	124 341	70	72
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	862	902	25 311	X	X
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	980	1 152	286 052	34	40
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3 127	3 128	466 022	67	67
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 396	2 558	168 760	142	152
P	Erziehung und Unterricht	330	311	43 865	75	71
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	656	634	46 951	140	135
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	581	649	99 458	58	65
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1 068	1 166	222 579	48	52

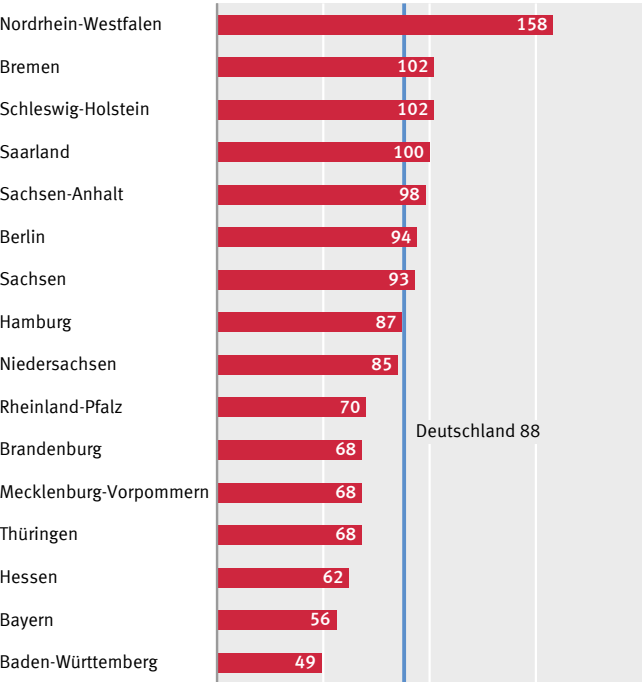
Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Umsatzsteuerstatistik 2011.

3 Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik 2011.

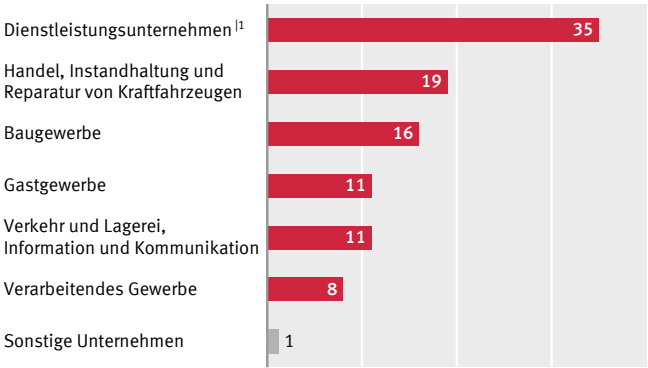
Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Ländern 2012



Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben der Insolvenzstatistik 2012 und der Umsatzsteuerstatistik 2011.

2013 - 01 - 0392

Insolvenzen von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten 2012 in %



Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

2013 - 01 - 0398

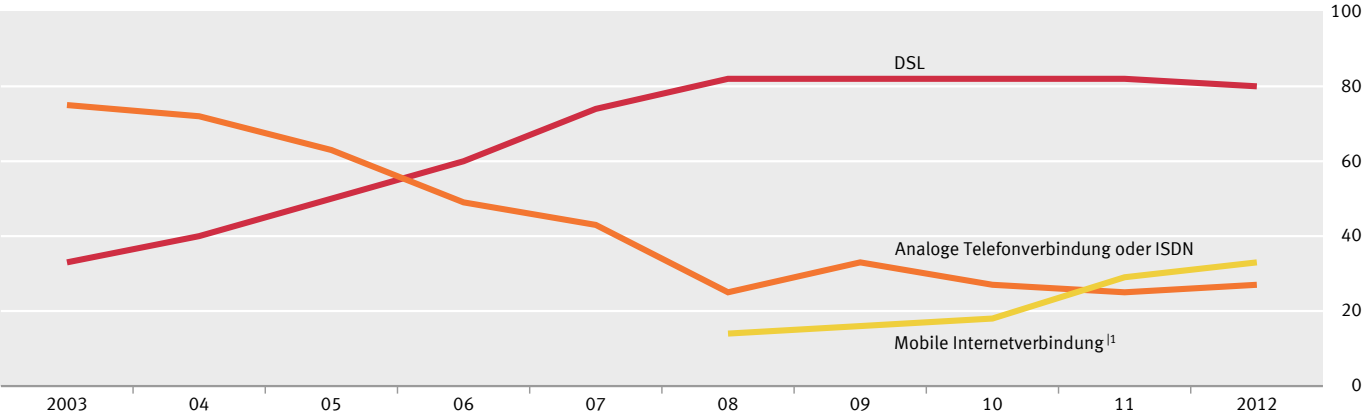
20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
20.5.1 Unternehmen mit Internetzugang und einer Website

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen mit Internetzugang				Unternehmen mit einer Website			
		2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
		% aller Unternehmen				% der Unternehmen mit Internetzugang			
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	81	82	82	85	57	62	60	57
C	Verarbeitendes Gewerbe	81	88	88	89	66	71	69	64
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ..	94	88	87	88	39	62	/	49
F	Baugewerbe	90	84	87	87	51	46	52	52
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ...	81	86	84	86	59	62	62	59
H	Verkehr und Lagerei	85	74	77	82	25	44	40	/
I	Gastgewerbe	45	57	52	58	72	72	78	70
J	Information und Kommunikation	93	98	98	96	75	80	78	68
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ...	100	96	99	89	83	73	63	61
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	71	68	69	72	38	54	46	/
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	95	94	93	95	63	68	61	56
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ...	87	86	86	91	61	63	53	52
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten ²	–	93	100	98	–	/	66	68

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Bis einschl. 2009: Ohne Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten.

Internetzugangsarten von Unternehmen
in % der Unternehmen mit Internetnutzung



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. – Mehrfachnennung möglich.

1 Die Verbindungsart wird erst seit 2008 in gleicher Form befragt.

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
20.5.2 Unternehmen mit Einsatz von tragbaren Geräten mit mobiler Internetverbindung 2012

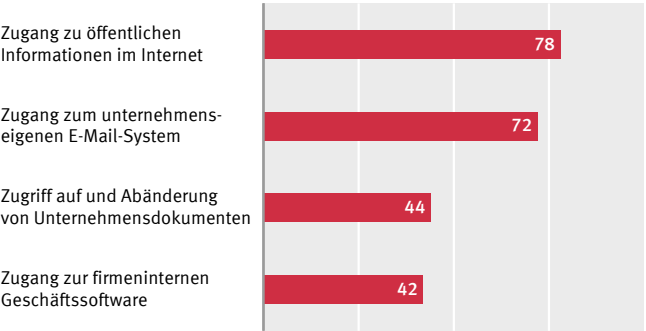
Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen, die Beschäftigten tragbare Geräte mit mobiler Internetverbindung zum Geschäftsgebrauch zur Verfügung stellten				
		insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten			
			1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		% der Unternehmen mit Internetzugang				
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	33	31	48	75	91
C	Verarbeitendes Gewerbe	31	23	44	77	91
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	37	33	50	81	98
F	Baugewerbe	/	/	44	81	96
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	31	29	48	72	91
H	Verkehr und Lagerei	34	30	43	67	93
I	Gastgewerbe	/	/	23	53	92
J	Information und Kommunikation	57	54	85	92	98
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	/	/	66	81	92
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	41	41	79	81	85
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	38	37	56	86	97
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	32	29	54	67	79
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	54	53	50	71	100

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Nutzungsmöglichkeiten von mobilem Internet für Beschäftigte 2012

in % der Unternehmen, die tragbare Geräte zur Verfügung stellen

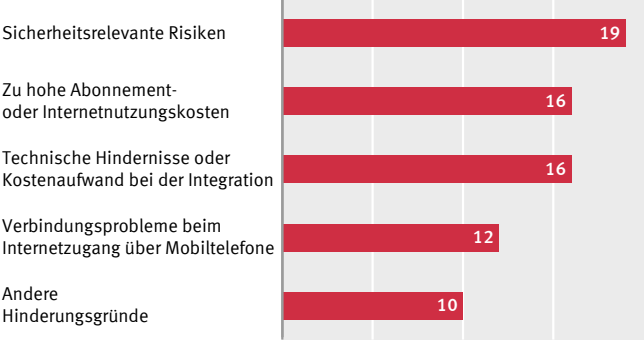


Ohne Unternehmen mit 1 – 9 Beschäftigten. – Mehrfachnennung möglich.

2013 - 01 - 0400

Gründe für die Nichtnutzung einer mobilen Internetverbindung 2012

in % an allen Unternehmen mit Internetzugang



Ohne Unternehmen mit 1 – 9 Beschäftigten. – Mehrfachnennung möglich.

2013 - 01 - 0400

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
20.5.3 E-Government: Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet 2011

E-Government ist die Bezeichnung für die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen zwischen der öffentlichen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen mit Einsatz des Internets zur Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung				
		insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten			
			1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		% der Unternehmen mit Internetzugang				
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	78	76	86	95	96
C	Verarbeitendes Gewerbe	74	69	83	95	97
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	86	85	89	100	99
F	Baugewerbe	74	72	93	98	100
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	69	67	85	93	95
H	Verkehr und Lagerei	80	78	89	95	89
I	Gastgewerbe	65	64	77	90	99
J	Information und Kommunikation	81	80	87	96	96
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	69	65	86	96	95
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	92	92	97	96	90
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	89	89	90	89	93
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	77	77	78	94	96
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	81	80	84	96	100

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Kommunikation der Unternehmen mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet 2011
in % der Unternehmen mit Internetzugang



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. – Mehrfachnennung möglich.

2013 - 01 - 0394

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.4 Unternehmen, tätige Personen, Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsbereich	Unternehmen ²	Tätige Personen ²	Umsatz	Investitionen
		Anzahl		Mill. EUR	
	IKT im Verarbeitenden Gewerbe ³				
	Herstellung von				
26.1	elektronischen Bauelementen und Leiterplatten	1 834	73 570	23 702	1 959
26.2	Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 470	22 917	5 702	77
26.3	Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	849	26 026	5 657	103
26.4	Geräten der Unterhaltungselektronik	207	14 276	3 356	71
26.8	magnetischen und optischen Datenträgern	133	638	100	2
	Insgesamt	4 493	137 427	38 518	2 212
	Handel mit IKT-relevanten Waren ⁴				
	Großhandel mit				
46.51	Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software . .	3 183	85 832	50 513	316
46.52	elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten	1 735	33 459	31 255	87
	Insgesamt	4 918	119 293	81 768	404
	IKT-Dienstleistungen ⁵				
58.2	Verlegen von Software	507	7 169	1 149	34
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	521	62 118	34 907	4 791
61.2	Drahtlose Telekommunikation	431	25 082	22 477	3 409
61.3	Satellitentelekommunikation	165	948	425	22
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 365	42 881	14 851	952
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie . .	57 737	483 653	80 800	4 205
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 292	37 269	5 544	432
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikations- geräten	1 548	10 071	1 082	17
	Insgesamt	65 566	669 191	161 235	13 862
	IKT-Branche insgesamt	74 977	925 911	281 521	16 478
	Nachrichtlich:				
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	209 370	6 923 521	1 750 129	48 804
	Großhandel insgesamt ⁴	142 373	1 820 504	1 014 123	7 444
	Dienstleistungen insgesamt ⁵	834 898	8 043 163	939 364	84 831

1 Unterteilungen entsprechen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Anzahl der Unternehmen und tätige Personen im Berichtsmonat September 2010.

3 Ergebnisse des Jahresberichts und der Investitionserhebung für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden).

4 Daten aus der Handelsstatistik, eingeschränkt auf den Großhandel (WZ-Abschnitt 46).

5 Daten aus der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich; Unternehmen oder Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 17 500 Euro. Insgesamt erhoben wurden die NACE-Abschnitte H, J, L, M, N und S95.

20.6 Handwerksunternehmen
20.6.1 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen 2010

Gewerbegruppe	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz	
		insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person
		Anzahl		Mrd. EUR	1 000 EUR
Handwerk insgesamt	576 479	4 978 690	9	475,6	96
I Bauhauptgewerbe	76 796	667 700	9	75,0	112
II Ausbaugewerbe	230 900	1 356 952	6	132,0	97
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	77 446	1 250 593	16	92,5	74
IV Kraftfahrzeuggewerbe	53 469	547 857	10	108,8	199
V Lebensmittelgewerbe	30 185	575 376	19	38,8	67
VI Gesundheitsgewerbe	21 774	184 963	8	12,8	69
VII Handwerke für den privaten Bedarf	85 909	395 249	5	15,8	40

Die Ergebnisse weisen **Handwerksunternehmen** nach dem Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A (zulassungspflichtig) und Anlage B Abschnitt 1 (zulassungsfrei) der Handwerksordnung mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2010 aus. Tätige Personen umfassen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie (geschätzte) tätige Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Umsatzergebnisse sind ohne Umsatzsteuer.

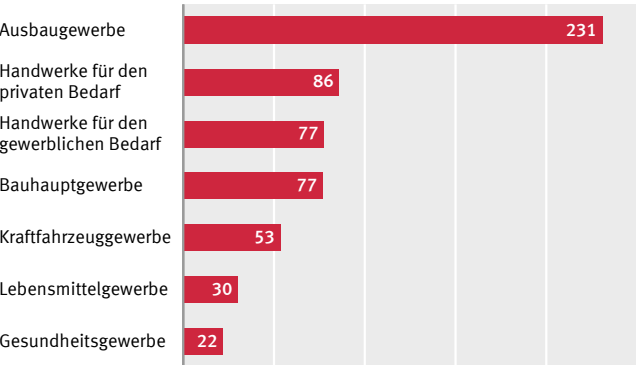
Ergebnisse der Handwerkszählung.

20.6.2 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Ländern 2010

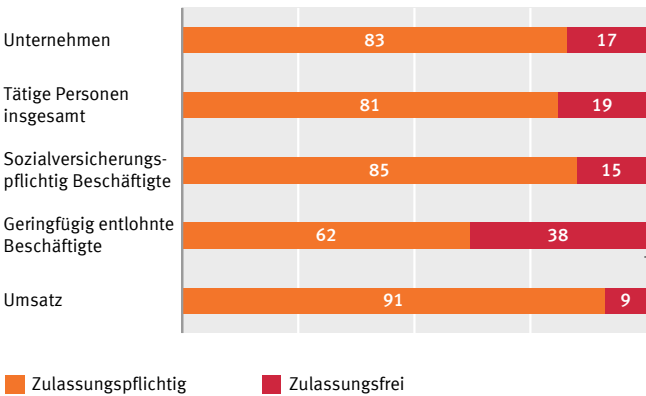
	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz		Tätige Personen	Umsatz
		insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person		
		Anzahl		Mrd. EUR	1 000 EUR		
Deutschland	576 479	4 978 690	9	475,6	96	100	100
Baden-Württemberg	75 701	703 733	9	76,1	108	14,1	16,0
Bayern	104 092	872 363	8	92,6	106	17,5	19,5
Berlin	16 363	162 379	10	12,2	75	3,3	2,6
Brandenburg	22 848	151 025	7	12,4	82	3,0	2,6
Bremen	2 887	30 583	11	2,6	86	0,6	0,6
Hamburg	8 790	90 743	10	9,2	102	1,8	1,9
Hessen	39 943	313 521	8	29,1	93	6,3	6,1
Mecklenburg-Vorpommern	12 852	95 855	7	7,8	81	1,9	1,6
Niedersachsen	48 026	478 049	10	44,5	93	9,6	9,4
Nordrhein-Westfalen	112 486	1 052 472	9	99,9	95	21,1	21,0
Rheinland-Pfalz	30 428	241 919	8	23,7	98	4,9	5,0
Saarland	6 576	64 208	10	5,5	85	1,3	1,2
Sachsen	38 304	278 280	7	21,9	79	5,6	4,6
Sachsen-Anhalt	18 331	144 918	8	11,7	81	2,9	2,5
Schleswig-Holstein	18 968	164 405	9	15,2	93	3,3	3,2
Thüringen	19 884	134 237	7	11,3	84	2,7	2,4

Ergebnisse der Handwerkszählung.

Handwerksunternehmen nach Gewerbegruppen 2010
in 1 000



Handwerk nach Zulassungspflicht 2010
in %



20.6 Handwerksunternehmen

20.6.3 Beschäftigte und Umsatz in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezügen

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Gewerbegruppe/Gewerbebezweig	Beschäftigte			Umsatz		
		2010 ²⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾³⁾	2010	2011	2012 ³⁾
		30.9.2009 = 100			2009 = 100		
	Insgesamt	97,8	98,6	98,5	100,9	108,4	104,8
	davon:						
	I Bauhauptgewerbe	96,7	97,8	97,2	100,6	111,9	107,0
	darunter:						
01, 05	Maurer und Betonbauer; Straßenbauer	96,3	96,9	95,9	98,6	109,7	104,7
03	Zimmerer	98,9	101,5	103,3	108,9	120,1	115,8
04	Dachdecker	97,3	100,2	99,8	104,3	117,2	109,3
	II Ausbaugewerbe	98,1	99,3	99,8	105,1	109,6	105,9
	darunter:						
09	Stuckateure	95,6	95,8	95,6	101,4	110,0	105,3
10	Maler und Lackierer	94,0	95,3	94,7	101,4	108,0	104,3
23, 24	Klempner; Installateur und Heizungsbauer	99,1	100	100,8	103,2	107,1	104,9
25	Elektrotechniker	99,1	100,9	101,7	108,5	112,3	106,4
27	Tischler	98,5	99,4	100,1	104,0	109,4	108,2
39	Glaser	99,1	99,8	99,8	103,3	107,3	101,7
	III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	97,9	100	101,5	106,6	120,3	116,8
	darunter:						
13	Metallbauer	97,5	98,8	99,4	101,7	113,3	109,0
16	Feinwerkmechaniker	98,2	101,7	104,1	113,0	131,9	126,9
19	Informationstechniker	97,3	95,9	95,0	102,9	100,8	95,4
21	Landmaschinenmechaniker	98,6	101,2	103,5	106,3	123,6	124,9
	IV Kraftfahrzeuggewerbe	97,3	98,2	98,9	93,9	101,2	96,5
	darunter:						
20	Kraftfahrzeugtechniker	97,2	98,0	98,5	93,3	100,2	95,4
	V Lebensmittelgewerbe	98,6	97,9	96,7	99,5	102,7	102,1
	davon:						
30	Bäcker	99,1	98,8	97,7	100,6	104,0	102,1
31	Konditoren	97,5	97,3	97,0	101,6	104,8	106,8
32	Fleischer	98,0	96,4	94,6	98,7	101,9	101,7
	VI Gesundheitsgewerbe	99,7	100,4	100,3	101,4	103,7	102,8
	darunter:						
33	Augenoptiker	99,0	98,8	98,3	99,8	101,8	101,8
35	Orthopädietechniker	101,2	103,3	105,2	100,9	104,1	105,2
37	Zahntechniker	99,2	99,9	99,5	102,5	104,3	99,8
	VII Handwerke für den privaten Bedarf	96,3	93,9	91,5	99,7	101,4	101,2
	darunter:						
08	Steinmetzen und Steinbildhauer	93,3	94,2	93,9	99,6	105,6	102,8
38	Friseure	96,5	93,5	90,7	99,0	99,1	98,6

Ergebnisse über das Handwerk werden vollständig aus Verwaltungsdaten gewonnen. Dies führt zu Abweichungen bei den Merkmalsdefinitionen.

Die **Beschäftigtenangaben** werden aus Daten der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Sie beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen und Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte werden bei der Aufbereitung nicht berücksichtigt.

Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zusätzlich zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnenden Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Die **Umsatzergebnisse** werden aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewonnen. Die Daten über die Umsatzsteuer-Voranmeldung werden von den Finanzverwaltungen der Länder an die amtliche Statistik gemeldet. Bei der Interpretation sind einige Besonderheiten zu beachten.

Die Umsätze einiger Unternehmen sind nicht in den Daten der Finanzverwaltungen enthalten. So fehlen die Umsätze von Unternehmen mit Umsätzen bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr sowie von jenen Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahl-last entsteht. Letzteres gilt nur, sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten.

Ergebnisse der Handwerksberichterstattung. – Für das Ausüben eines zulassungspflichtigen Gewerbes ist der Meisterbrief nötig.

1 Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A der Handwerksordnung.

2 Durchschnitt errechnet aus 5 Vierteljahren.

3 Vorläufiges Ergebnis.

20.7 Betriebe im Überblick

20.7.1 Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Betriebe insgesamt	Mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	3 837 813	3 441 740	311 681	72 225	12 167
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 767	2 040	584	107	36
C	Verarbeitendes Gewerbe	267 017	198 940	47 027	16 832	4 218
D	Energieversorgung	40 582	38 549	1 166	658	209
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ...	14 352	10 257	3 055	940	100
F	Baugewerbe	388 029	352 037	32 683	3 132	177
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	781 408	695 282	72 738	12 252	1 136
H	Verkehr und Lagerei	136 365	112 256	19 169	4 301	639
I	Gastgewerbe	269 121	251 343	15 867	1 804	107
J	Information und Kommunikation	136 163	123 507	9 718	2 525	413
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	88 308	78 716	6 432	2 436	724
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	314 602	310 754	3 300	508	40
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	506 829	477 717	24 974	3 632	506
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	199 358	174 280	16 461	7 533	1 084
P	Erziehung und Unterricht	87 935	68 735	15 926	2 825	449
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	245 495	204 292	29 098	10 156	1 949
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	105 588	101 785	3 110	585	108
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	253 894	241 250	10 373	1 999	272

Die **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** umfassen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) beitragspflichtig sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem SGB III zu zahlen sind. Geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten.

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.5.2012. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2010 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2010.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.7.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte insgesamt	In Betrieben mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	26 084 401	4 597 346	6 232 061	7 201 686	8 053 308
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	70 613	4 776	11 957	9 711	44 169
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 349 749	393 530	1 008 155	1 797 586	3 150 478
D	Energieversorgung	240 225	8 949	26 811	69 156	135 309
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ...	242 122	20 302	67 567	89 709	64 544
F	Baugewerbe	1 510 058	555 855	595 429	282 519	76 255
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 187 670	1 064 435	1 419 178	1 160 230	543 827
H	Verkehr und Lagerei	1 427 425	182 551	393 714	415 355	435 805
I	Gastgewerbe	828 766	316 202	312 254	154 612	45 698
J	Information und Kommunikation	825 510	110 538	202 970	247 285	264 717
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 014 841	120 159	132 383	263 741	498 558
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	222 216	92 858	64 024	49 395	15 939
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 578 062	456 121	466 212	359 507	296 222
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 863 249	194 683	366 938	787 652	513 976
P	Erziehung und Unterricht	1 102 709	125 564	308 422	271 200	397 523
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 565 780	600 644	600 117	987 413	1 377 606
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	239 098	69 757	58 584	59 416	51 341
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	816 308	280 422	197 346	197 199	141 341

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.5.2012. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2010 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2010.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.8 Patente, Gebrauchsmuster und nationale Marken

Das **Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA)** hat den Auftrag, gewerbliche Schutzrechte zu erteilen, einzutragen, zu verwalten und darüber zu informieren. Es erteilt **Patente** für eine technische Erfindung, die neu ist, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht und gewerblich anwendbar ist. Ein Patent wirkt maximal 20 Jahre lang. Das **Gebrauchsmuster** wird ohne Prüfung von Neuheit, erfinderischem Schritt und gewerblicher Anwendbarkeit – von denen rechtsbeständiger Schutz abhängt – eingetragen. Es ist maximal 10 Jahre lang geschützt. Eine **Marke** schützt Zeichen, die geeignet sind, Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denjenigen anderer Unternehmen zu unterscheiden. Sie ist unbegrenzt verlängerbar.

Wohnsitz des Anmelders/der Anmelderin bzw. Sitz des Unternehmens	Patente				Gebrauchsmuster				Nationale Marken			
	2012		2011		2012		2011		2012		2011	
	angemeldet ¹	erteilt	angemeldet ¹	erteilt	angemeldet	eingetragen	angemeldet	eingetragen	angemeldet	eingetragen	angemeldet	eingetragen
Insgesamt	61 311	11 324	59 607	11 728	15 491	13 978	16 061	14 230	59 849	46 099	64 052	51 330
Deutschland	46 586	8 156	47 115	8 217	11 930	10 457	12 786	11 171	56 724	43 825	60 610	48 906
Europäisches Ausland	3 246	695	3 114	739	1 448	1 407	1 402	1 313	1 907	1 178	2 304	1 342
darunter:												
Frankreich	201	74	234	96	83	84	78	73	103	84	95	108
Italien	100	16	111	16	89	102	116	110	44	34	45	38
Niederlande	85	19	65	20	106	100	73	75	124	101	156	131
Österreich	915	138	836	175	399	354	381	356	191	131	176	165
Schweden	259	112	232	109	47	47	32	42	21	15	14	20
Schweiz	835	177	857	159	284	272	273	276	461	361	521	397
Vereinigtes Königreich	141	26	114	44	24	24	30	20	188	126	205	152
Außereuropäisches Ausland	11 479	2 473	9 378	2 772	2 113	2 114	1 873	1 746	1 218	1 096	1 138	1 082
darunter:												
Japan	3 676	1 167	3 014	1 303	91	106	87	67	117	112	80	86
Vereinigte Staaten	5 110	750	4 511	831	377	415	242	164	407	339	445	412

¹ Das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) zählt seit 1996 bei Länderstatistiken aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit solche Anmeldungen, die beim DPMA eingereicht wurden, und Anmeldungen nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag (PCT) mit dem DPMA als Bestimmungsamt, die in die nationale Phase eingetreten sind. Die Zahlen widerspiegeln nicht die Gesamtzahl der Anmeldungen.

Methodik

■ Unternehmen im Überblick

In den Wirtschaftsabschnitten B – J, L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) werden Strukturerhebungen bei den Unternehmen und Betrieben durchgeführt. Die Europäische Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung, ABl EU L 97 S. 13) stellt hierfür den rechtlichen Rahmen.

In diesem Kapitel werden zusammenfassend die wichtigsten Angaben zur Struktur der Unternehmen aller abgedeckten Wirtschaftsabteilungen dargestellt. Detaillierte Ergebnisse und Informationen zur Methodik der einzelnen Wirtschaftsbereiche finden Sie in den Kapiteln 21 bis 27 dieses Jahrbuchs.

Kleine und mittlere Unternehmen

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine große Rolle. Statistische Ergebnisse zu diesem Thema erfreuen sich einer großen Nachfrage. Das Statistische Bundesamt hat daher im Rahmen einer wirtschaftsbereichsübergreifenden Analyse ausgewählte Informationen über KMU zusammengestellt. Sie basiert auf Daten mehrerer Bereichsstatistiken, die das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Gastgewerbe sowie ausgewählte Bereiche aus den sonstigen Dienstleistungen und damit rund 80 % aller Unternehmen abdecken. Bei diesen Bereichsstatistiken werden jährlich Angaben in der Regel mittels Stichprobenerhebungen direkt bei den Unternehmen erhoben.

■ Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland

Struktur und Tätigkeit auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland bildet die sogenannte „**Inward Foreign Affiliates Statistics (Inward-FATS)**“ ab. Die Statistik basiert auf einer Verordnung der Europäischen Union. Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten, jährlich und in einheitlicher Form qualitativ hochwertige Daten an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Ziel der Statistik ist, Informationen über Unternehmen unter ausländischer Kontrolle zu gewinnen sowie über deren Bedeutung für die Volkswirtschaft der Europäischen Union insgesamt. Ferner ermöglicht Inward-FATS, den Weltmarkteinfluss auf die global verflochtenen Unternehmen im Inland zu beobachten. Die Datenaufbereitung für Inward-FATS nimmt in Deutschland zentral das Statistische Bundesamt vor. Als Datenquellen dienen dabei das Unternehmensregister sowie bereits vorhandene Daten aus den jährlichen strukturellen Unternehmensstatistiken. Die Ergebnisse aus Inward-FATS umfassen lediglich den Bereich der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehören neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe, der Handel und das Gastgewerbe sowie der Dienstleistungsbereich, jedoch ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

■ Gewerbeanzeigen

Als Gewerbeanzeigen gelten alle Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen. Eine **Gewerbeanmeldung** ist erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird, eine Übernahme erfolgt (sei es durch Kauf oder Erbfolge), eine Gesellschafterin bzw. ein Gesellschafter eintritt, eine neue Rechtsform gewählt wird oder das Unternehmen in einen anderen Meldebezirk verlegt wird. Dementsprechend wird eine **Abmeldung** bei Aufgabe eines Betriebes erforderlich sowie bei dessen Verkauf, bei Austritt einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform sowie bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe ebenso wie für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

■ Insolvenzen

Seit Einführung der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wird zwischen **Regelinsolvenzverfahren** und **vereinfachten Insolvenzverfahren** für Verbraucherinnen und Verbraucher unterschieden. Das Regelinsolvenzverfahren kommt insbesondere für

Unternehmen und ehemals selbstständig Tätige in Betracht. Als Insolvenzen gelten alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie die Fälle, in denen ein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Seit dem Jahr 2002 kommt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Diese Gesetzesänderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse. Die Statistik beruht auf Meldungen der Gerichte.

■ Informations- und Kommunikationstechnologien

Die **Statistiken zu Informations- und Kommunikationstechnologien** geben detaillierte Auskünfte über die Ausstattung der Unternehmen mit modernen Informationstechnologien wie Computer, Netzwerke und Internet. Im Mittelpunkt der Erhebung stehen darüber hinaus insbesondere die verschiedenen Nutzungsaspekte des Internets, wie etwa E-Government und E-Commerce. Ein sich jährlich in Teilen ändernder Merkmalskatalog gewährleistet die Anpassung der Fragen an die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologien. Er trägt so dem dynamischen Wandel der Informationsgesellschaft Rechnung.

Die IKT-Erhebung wird auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe als schriftliche Befragung bei maximal 20 000 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit durchgeführt. Die Teilnahme an der Erhebung ist freiwillig.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung EG Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft.

■ Handwerksunternehmen

Die hier nachgewiesenen Ergebnisse stammen aus der Handwerkszählung und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung.

Die Tabellen 20.6.1 und 20.6.2 zeigen Ergebnisse zu tätigen Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen und Bundesländern für das Berichtsjahr 2010. Diese sind der **Handwerkszählung** entnommen. Tabelle 20.6.3 stellt Messzahlen zur Entwicklung der Jahre 2010, 2011 und 2012 für Gewerbegruppen und ausgewählte Gewerbezeige dar. Sie stammen aus der vierteljährlichen **Handwerksberichterstattung**.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die Handwerkszählung das statistische Unternehmensregister aus. Dadurch werden Handwerksunternehmen von statistischen Berichtspflichten entlastet. Bei der Handwerkszählung 1995 wurden noch Angaben bei ca. 563 000 Unternehmen erhoben.

Ebenfalls seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung Verwaltungsdaten aus. Die bisherige Stichprobenerhebung bei rund 41 000 Handwerksunternehmen ist entfallen.

■ Betriebe im Überblick

Durch Auswertungen aus dem statistischen **Unternehmensregister** zur Anzahl von Unternehmen und Betrieben sowie zu deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. Umsätzen können wirtschaftliche Strukturen in Deutschland dargestellt werden. Die Auswertungen umfassen nahezu alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und der öffentlichen Verwaltungen.

Methodik

Das statistische Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank der Unternehmen und Betriebe mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Quellen zur Pflege des Registers sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, z. B. aus den statistischen Rückläufen des Produzierenden Gewerbes, des Handels oder des Dienstleistungsbereichs. Die Statistischen Ämter der Länder führen das Unternehmensregister. Es dient der rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Die Zeitdifferenz zwischen dem Berichtszeitpunkt und dem Zeitpunkt, zu dem Daten aus dem Unternehmensregister planmäßig für die Nutzerinnen und Nutzer verfügbar werden, beträgt zurzeit knapp eineinhalb Jahre. Im Unternehmensregister lagen etwa Mitte 2012 qualitativ gesicherte Angaben aus administrativen Quellen zum Berichtsjahr 2010 bzw. zum Berichtsstichtag 31.12.2010 vor. Diese liegen den dargestellten Tabellen zu Grunde.

Die Auswertung des Unternehmensregisters bezieht alle Unternehmen ein, die im Berichtsjahr der zuletzt verarbeiteten Verwaltungsdatenlieferung (hier 2010) steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen hatten und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres (hier 2010), unabhängig davon, ob sie zu einem bestimmten späteren Stand des Unternehmensregisters (hier 31.5.2012) noch wirtschaftlich aktiv waren oder nicht. Entsprechend gilt für Betriebe: Es werden alle Betriebe ausgewertet, die zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres (hier 2010) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügten.

Vor allem die Datenlage in den Verwaltungen bestimmt die Qualität der Angaben des Unternehmensregisters. Mit der Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Quellen und der kombinierten Plausibilisierung verbessert sich die Qualität der Angaben im Unternehmensregister insgesamt.

Glossar

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Betriebsaufgabe | Vollständige Aufgabe eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbstständige Zweigstelle), der von einer natürlichen Person oder einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) geführt wurde. Bei einer natürlichen Person ist Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Betriebsgründung | Gründung eines Betriebes durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

Bruttobetriebsüberschuss =
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
– Personalaufwendungen

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie kann folgendermaßen errechnet werden:

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten =
Umsatz
+ selbsterstellte Anlagen
+ sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
+/- Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen
– Waren- und Dienstleistungskäufe
– betriebliche Steuern und Abgaben
+ Subventionen

Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger oder es bestehen gegen sie Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger und es bestehen gegen sie keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Eröffnetes Insolvenzverfahren | Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen, oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Geringfügig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einer Beschäftigung nach § 8 (1) SGB IV nachgehen.

Gewerbegruppe | Die Gewerbebezüge des zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerks werden zu Gewerbegruppen zusammengefasst. Ergebnisse für die Gewerbegruppen zeigen die Tabellen 20.6.1 und 20.6.3. Eine detaillierte Aufstellung

der Gewerbegruppen und ihrer jeweiligen Gewerbebezüge finden Sie jeweils im Anhang der Fachserien der Handwerksstatistiken (Fachserie 4, Reihe 7.1 und 7.2).

Gewerbebezüge | Das sind die Handwerksberufe, die nach dem Verzeichnis der Gewerbe (Anlage A und B1 der Handwerksordnung in der gültigen Fassung) als zulassungspflichtiges oder zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können.

Handwerksunternehmen | Das sind Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind oder in das Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke betrieben werden können. Das Handwerk wird über bestimmte berufliche Tätigkeiten abgegrenzt. Es gibt Tätigkeiten, für deren berufliche Ausübung bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Handwerksordnung regelt, welche Tätigkeiten dies sind und welche Voraussetzungen für deren Ausübung jeweils erfüllt sein müssen. In der Handwerksordnung werden zulassungspflichtige, zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe unterschieden, für deren Ausübung als stehendes Gewerbe bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen. Die Ausübung zulassungspflichtiger Gewerbe ist nur den in der Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften gestattet. Wer demgegenüber den selbstständigen Betrieb eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes beginnt, hat dies der Handwerkskammer anzuzeigen, in deren Bezirk seine gewerbliche Niederlassung liegt.

Insolvenzverfahren | Ziel eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubigerinnen und Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder – in einer abweichenden Regelung – die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. der Sanierung des Unternehmens. Den redlichen Schuldnerinnen und Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von ihren Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Es wird zwischen Regelinsolvenzverfahren und vereinfachten Insolvenzverfahren unterschieden.

Insolvenzantrag, mangels Masse abgewiesen | Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt seit 1.12.2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) | Der Begriff KMU umfasst Kleinunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen. Das Statistische Bundesamt definiert KMU in Anlehnung an die Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen der Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003 wie folgt:

Größenklasse	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	bis 9 <i>und</i>	bis 2 Mill. Euro
Kleine Unternehmen	bis 49 <i>und</i>	bis 10 Mill. Euro <i>und</i> kein Kleinstunternehmen
Mittlere Unternehmen	bis 249 <i>und</i>	bis 50 Mill. Euro <i>und</i> kein kleines Unternehmen
Großunternehmen	über 249 <i>oder</i>	über 50 Mill. Euro

Nachlassinsolvenzverfahren | Eine besondere Art des Insolvenzverfahrens und ein wichtiges Mittel zur Beschränkung der Haftung von Erbinnen und Erben für die Nachlassverbindlichkeiten.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Glossar

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
 +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
 – Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Regelinsolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei solchen natürlichen Personen, die selbstständig wirtschaftlich tätig sind. Dazu gehört u. a. auch die persönlich haftende Gesellschafterin bzw. der Gesellschafter einer OHG oder die Mehrheitsgesellschafterin bzw. der Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft. Das Regelinsolvenzverfahren findet auch Anwendung bei Personen, die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. die mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Sonstige Neugründung | Gründung der Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau). Dieses ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wird, gilt ebenfalls als sonstige Neugründung.

Sonstige Stillelegung | Vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau), das nicht im Handelsregister eingetragen war und keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigte. Die Aufgabe eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wurde, gilt ebenfalls als sonstige Stillelegung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) beitragspflichtig sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem SGB III zu zahlen sind.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | In der amtlichen Statistik wird ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Vereinfachte Insolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse), zur Anwendung.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Produzierenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 42, Daten zu *Gewerbeanzeigen* unter Code 523, Daten zu *Insolvenzen* unter Code 524, Daten zu *IKT* unter Code 52911, Daten zum *Handwerk* unter Code 53, Daten zu *Patentanmeldungen* unter Code 21821

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmen im Überblick

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2	Indizes für das Produzierende Gewerbe
Reihe 3	Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 4	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 5	Baugewerbe
Reihe 6	Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/10	150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen

STATmagazin

Finanzierung gesucht: Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln (2011)

■ Gewerbeanzeigen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen

■ Insolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1	Insolvenzverfahren

■ Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/09	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
Heft 12/10	Statistische Analyse des Einflusses von IKT auf die Produktivität von Unternehmen

Fachberichte

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen (2012)
IKT-Branche in Deutschland (2013)

■ Handwerksunternehmen

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 7.1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk – Messzahlen und Veränderungsraten
Reihe 7.2	Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk – Jahresergebnisse

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/08	Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk
Heft 1/12	Handwerkszählung 2008

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 28 71 (Auslandskontrollierte Unternehmen),

+49 (0)6 11 / 75 45 92 (Gewerbeanzeigen, Insolvenzen),

+49 (0)6 11 / 75 85 88 (Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen),

+49 (0)6 11 / 75 21 65 (Handwerk),

+49 (0)6 11 / 75 31 06 (Unternehmensregister).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



21 Verarbeitendes Gewerbe

6,0 Millionen Personen waren 2012 in **45 000 Betrieben** tätig |

Erzeugnisse im Wert von rund **1 755 Milliarden Euro** umgesetzt |

Fast **45 %** des Umsatzes **exportiert** | **Größte Bereiche** sind

Maschinenbau mit 1 Million Beschäftigten und **Herstellung von**

Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 761 000 Beschäftigten |

2012 Arzneiwaren im Wert von **19,5 Milliarden Euro** hergestellt

Seite

529 Auf einen Blick

Tabellen

530 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Nach Ländern | Nach Wirtschaftszweigen | Nach Beschäftigtengrößenklassen

533 Indizes
Auftragseingang | Produktion | Umsatz

536 Produktion ausgewählter Erzeugnisse

541 Methodik

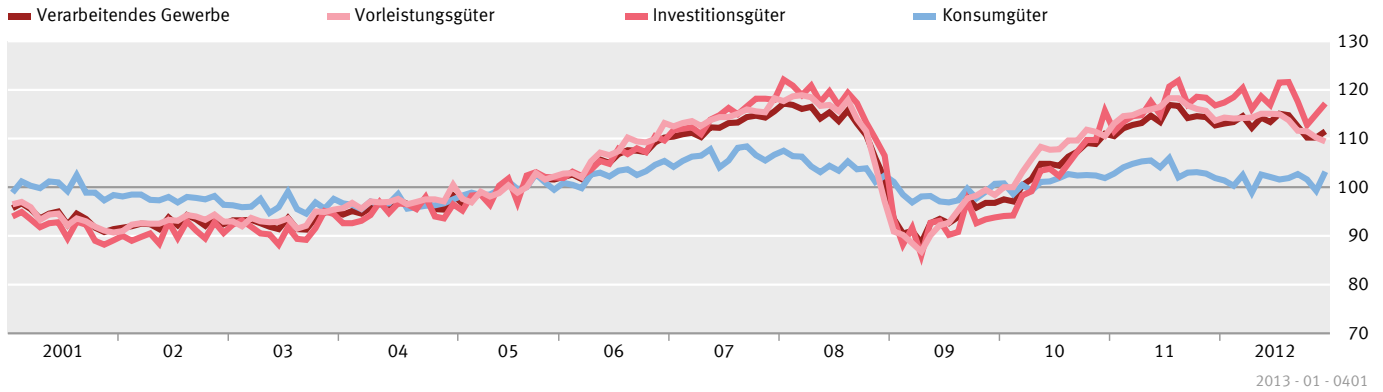
542 Glossar

543 Mehr zum Thema

21.0 Auf einen Blick

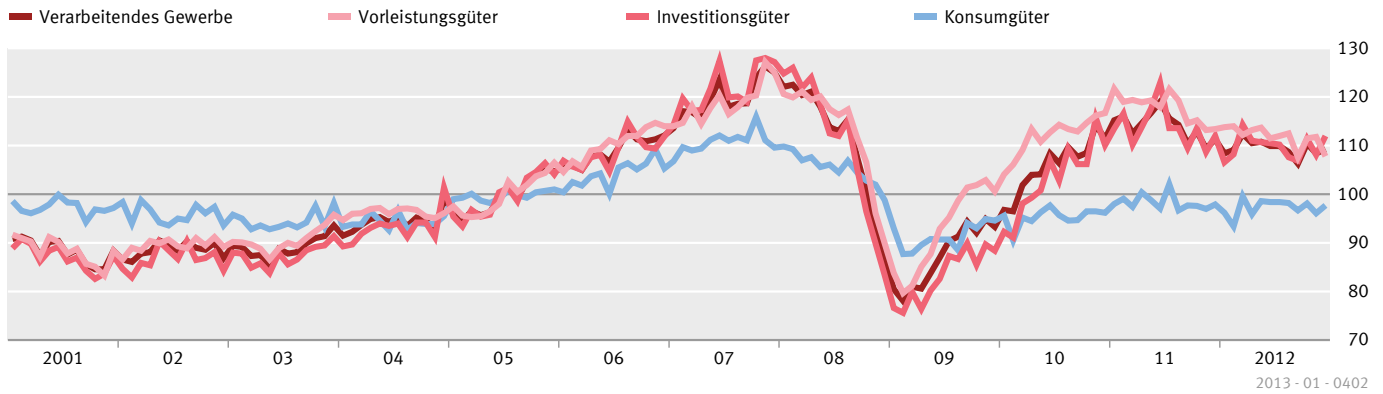
Produktionsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2005 = 100



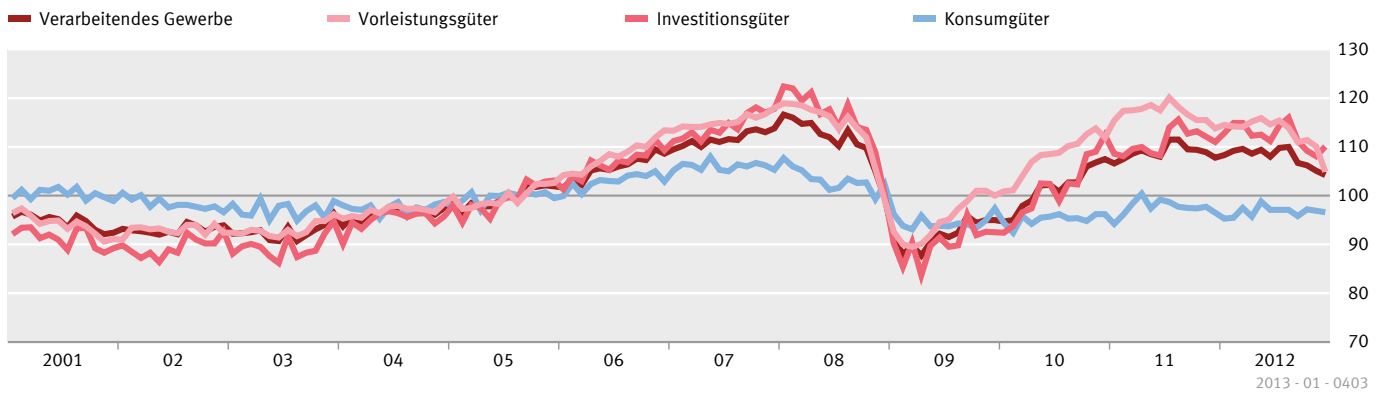
Auftragseingangsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2005 = 100



Umsatzindex

Preis- und saisonbereinigt, 2005 = 100



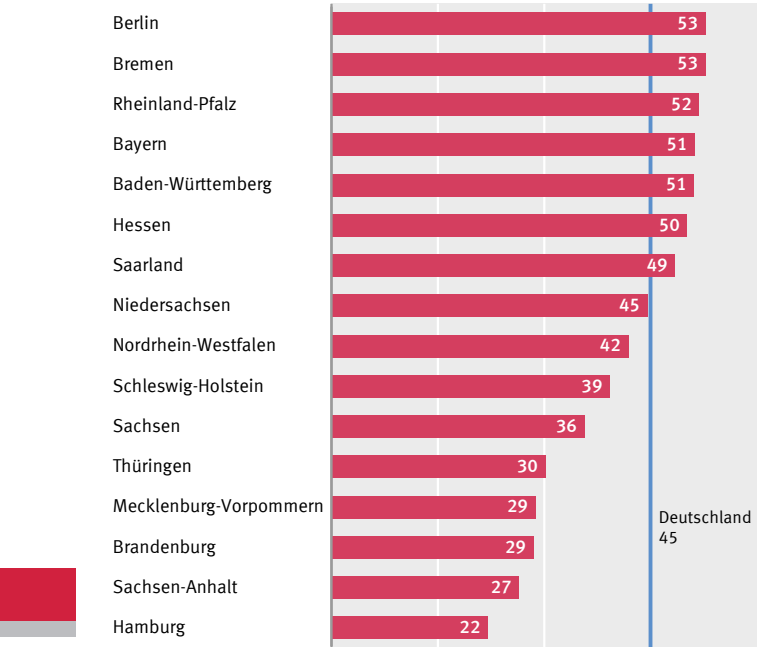
21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
21.1.1 Nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ¹	Entgelte	Umsatz ²	Exportquote ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR		%
2009	45 231	5 734	225 746	1 377 079	42,4
2010	44 687	5 716	231 212	1 575 593	44,4
2011	44 865	5 901	247 693	1 749 786	44,3
2012	45 274	5 985	259 224	1 755 473	44,9
davon (2012):					
Baden-Württemberg	8 119	1 209	56 625	308 985	51,2
Bayern	7 041	1 197	53 742	336 793	51,3
Berlin	736	93	4 262	23 327	52,8
Brandenburg	1 204	99	3 237	25 432	28,5
Bremen	290	52	2 554	24 913	52,8
Hamburg	449	84	4 653	88 419	22,1
Hessen	2 842	400	18 312	110 573	50,2
Mecklenburg-Vorpommern ...	679	57	1 550	12 729	28,8
Niedersachsen	3 719	516	22 627	195 405	44,6
Nordrhein-Westfalen	9 928	1 218	53 137	342 530	41,9
Rheinland-Pfalz	2 228	287	12 723	89 666	51,9
Saarland	504	93	3 893	27 147	48,5
Sachsen	3 051	262	8 105	59 529	35,7
Sachsen-Anhalt	1 425	131	4 007	42 413	26,5
Schleswig-Holstein	1 230	122	4 954	36 150	39,3
Thüringen	1 829	167	4 842	31 462	30,2

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

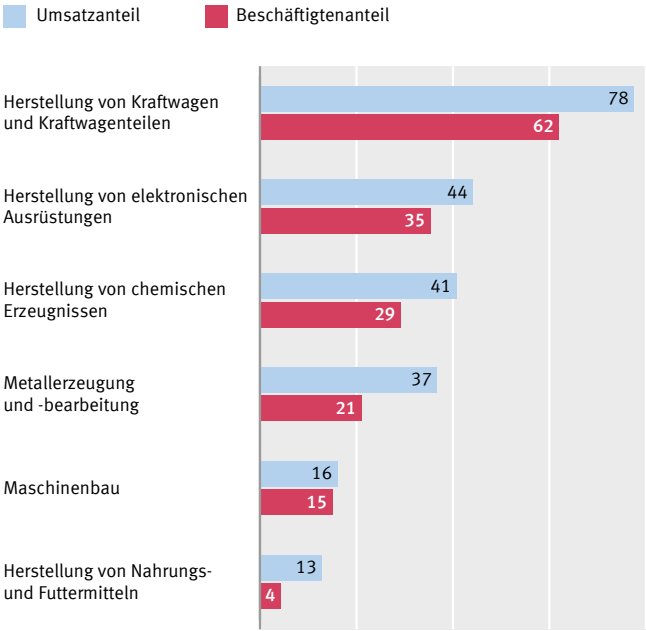
- 1 Stand: Ende September.
2 Ohne Umsatzsteuer.
3 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Exportquote 2012
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Bergbau
und Verarbeitenden Gewerbe, in %



2013 - 01 - 0403

Unternehmenskonzentration 2011
Anteil der zehn größten Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden
Gewerbe am Branchenumsatz und deren Beschäftigtenanteil, in %



2013 - 01 - 0405

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.2 Nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Betriebe ¹²	Tätige Personen ¹²	Entgelte	Umsatz ¹³	Exportquote ¹⁴	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		2012					2011
		Anzahl	1 000	Mill. EUR		%	Mill. EUR
	Insgesamt	45 274	5 985	259 224	1 755 473	44,9	54 585
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 111	62	2 614	13 610	12,8	1 204
05	Kohlenbergbau	26	31	1 315	3 039	.	489
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	30	3	237	5 426	.	324
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–
08	Gew. von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 038	25	916	4 655	14,1	341
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	17	3	146	490	38,8	51
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 163	5 923	256 609	1 741 862	45,2	53 381
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 352	494	13 211	148 933	20,7	3 436
11	Getränkeherstellung	572	60	2 351	20 373	10,2	934
12	Tabakverarbeitung	28	10	544	13 147	11,8	148
13	H. v. Textilien	722	64	2 055	11 321	44,1	361
14	H. v. Bekleidung	301	33	1 031	7 683	38,3	102
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	138	18	538	3 199	31,6	131
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	1 202	82	2 513	18 618	22,9	505
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	943	131	5 109	38 032	39,5	1 308
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	1 440	106	3 591	16 235	13,6	689
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	65	18	1 180	100 222	9,7	547
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 583	324	17 537	144 885	58,6	5 025
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	329	110	6 028	41 945	66,8	1 224
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 180	374	13 345	73 412	36,3	2 692
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 153	187	6 833	37 665	25,3	1 642
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 065	254	11 370	108 658	38,9	2 761
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 430	637	23 161	104 662	29,0	3 972
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 855	281	13 648	66 828	55,0	4 071
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 212	404	18 106	86 354	47,1	2 859
28	Maschinenbau	6 112	1 000	47 237	223 637	60,1	5 489
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 314	761	42 415	359 795	63,7	12 325
30	Sonstiger Fahrzeugbau	308	120	6 551	33 872	66,2	861
31	H. v. Möbeln	1 043	107	3 587	18 931	26,6	499
32	H. v. sonstigen Waren	1 600	146	5 301	24 644	51,6	991
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2 216	203	9 367	38 812	25,9	809

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

4 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.3 Betriebe, tätige Personen und Umsatz nach Beschäftigtengrößeklassen 2012

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit . . . bis . . . tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Anzahl	%					
Betriebe ¹²⁾								
	Insgesamt	45 274	49,8	22,6	17,6	6,1	2,5	1,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . .	1 111	88,2	5,9	2,7	1,2	1,1	0,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 163	48,8	23,0	18,0	6,2	2,6	1,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 352	55,3	20,5	16,7	5,2	1,8	0,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 583	36,3	25,3	22,6	8,5	4,4	3,0
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 180	40,9	28,0	21,7	6,3	2,2	1,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 065	28,0	25,0	24,5	12,2	6,0	4,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 430	54,7	24,6	14,9	4,0	1,5	0,4
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 855	41,3	24,6	21,1	7,5	3,0	2,5
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 212	39,1	24,0	21,2	8,6	4,2	2,9
28	Maschinenbau	6 112	39,8	24,5	21,3	8,8	3,6	2,0
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 314	27,6	21,0	22,5	12,8	8,5	7,5

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit . . . bis . . . tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		1 000	%					
Tätige Personen in Betrieben ¹²⁾								
	Insgesamt	5 985	10,9	12,0	20,5	15,8	12,9	27,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . .	62	25,1	7,4	7,4	7,2	15,0	38,0
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 923	10,8	12,1	20,6	15,9	12,9	27,7
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	494	17,1	15,5	27,5	19,4	13,0	7,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	324	5,5	9,0	16,9	14,4	14,4	39,8
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	374	11,5	16,8	27,9	18,7	12,2	12,9
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	254	3,9	7,5	16,8	17,6	16,5	37,7
25	H. v. Metallerzeugnissen	637	20,5	19,9	26,0	15,8	11,2	6,6
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	281	8,9	11,4	21,0	16,8	12,8	29,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	404	7,0	9,3	18,1	16,8	15,7	33,2
28	Maschinenbau	1 000	7,6	10,5	20,4	18,6	15,2	27,7
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	761	1,5	2,6	6,2	7,6	10,0	72,1

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit . . . bis . . . tätigen Personen					
		unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr	
		Mill. EUR	%					
Umsatz in Betrieben ¹³⁾								
	Insgesamt	1 755 473	6,4	7,8	16,6	15,3	13,4	40,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . .	13 610	45,3	10,7	8,8	7,6	11,1	16,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 741 862	6,1	7,8	16,6	15,4	13,4	40,6
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	148 933	10,3	14,3	32,1	22,4	14,5	6,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	144 885	5,8	7,8	16,3	14,7	12,9	42,6
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	73 412	8,6	14,6	26,3	19,4	14,3	16,7
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	108 658	2,1	5,5	12,7	13,9	16,6	49,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	104 662	15,5	18,1	26,5	18,3	13,4	8,2
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	66 828	5,2	8,0	20,0	16,6	13,2	37,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	86 354	4,8	6,8	16,1	17,1	15,2	40,1
28	Maschinenbau	223 637	5,1	7,7	17,5	18,6	17,5	33,7
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	359 795	0,8	1,5	3,4	4,0	6,3	84,0

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.1 Auftragseingang (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Auftragseingänge** aus dem Inland und aus dem Ausland bezogen auf das Basisjahr 2005.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2007	2008	2009	2010	2011	2012
2005 = 100							
C	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	119,4	111,6	87,4	106,3	114,3	109,4
	Inland	114,5	108,8	88,7	103,2	110,7	104,0
	Ausland	123,7	114,0	86,2	108,9	117,5	114,1
	Vorleistungsgüter	118,4	113,6	92,6	112,4	118,2	111,7
	Inland	115,8	111,2	92,0	112,7	119,1	111,7
	Ausland	121,5	116,3	93,2	112,1	117,1	111,8
	Investitionsgüter	121,3	111,1	83,4	103,7	114,1	109,7
	Inland	114,9	107,5	86,4	98,0	107,4	101,0
	Ausland	125,9	113,6	81,3	107,8	118,8	115,8
	Konsumgüter	110,5	105,8	91,4	95,7	98,6	97,2
	Inland	106,8	104,0	86,7	87,7	89,9	85,2
	Ausland	114,6	107,8	96,6	104,4	108,0	110,0
	Gebrauchsgüter	111,2	104,6	88,7	101,8	107,3	99,6
	Inland	110,7	108,6	89,9	94,7	104,6	95,1
	Ausland	111,7	100,7	87,6	109,0	110,0	104,2
	Verbrauchsgüter	110,3	106,3	92,4	93,6	95,7	96,3
	Inland	105,5	102,5	85,6	85,4	85,1	81,9
	Ausland	115,7	110,3	99,7	102,7	107,3	112,1
13	H. v. Textilien	103,0	96,5	78,2	87,2	84,6	78,9
	Inland	101,3	94,1	76,2	84,6	81,4	74,8
	Ausland	105,1	99,5	80,7	90,4	88,7	84,1
14	H. v. Bekleidung	100,8	95,1	70,2	69,7	72,0	71,0
	Inland	94,0	83,8	65,0	65,0	67,2	64,0
	Ausland	113,1	116,1	79,8	78,2	81,0	83,8
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	110,9	108,3	99,2	109,1	107,6	105,8
	Inland	107,5	106,8	100,0	108,9	109,0	105,6
	Ausland	116,0	110,6	97,9	109,4	105,5	106,2
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	107,5	101,5	84,3	100,2	100,9	97,6
	Inland	106,8	99,4	85,0	101,0	102,7	98,4
	Ausland	108,2	103,1	83,9	99,6	99,6	97,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	112,1	110,0	99,3	99,7	102,3	104,7
	Inland	106,3	109,5	89,2	87,3	84,8	81,3
	Ausland	117,1	110,4	108,1	110,4	117,5	124,9
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	116,3	105,7	80,3	104,1	106,0	101,3
	Inland	121,8	109,6	83,1	111,2	112,2	106,2
	Ausland	108,4	100,2	76,3	94,0	97,0	94,2
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	120,7	116,7	87,6	104,9	116,5	112,6
	Inland	116,2	113,8	88,3	104,2	116,9	112,3
	Ausland	129,8	122,7	86,2	106,4	115,9	113,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	132,4	132,8	118,8	139,1	146,1	139,4
	Inland	133,3	145,2	133,1	150,4	162,0	155,4
	Ausland	131,6	123,2	107,6	130,3	133,8	126,9
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	118,5	116,8	84,7	101,6	113,0	104,2
	Inland	111,8	113,0	82,3	99,1	108,2	96,9
	Ausland	126,4	121,3	87,5	104,6	118,6	112,7
28	Maschinenbau	130,2	122,1	77,2	102,0	115,9	108,6
	Inland	123,5	119,1	72,0	90,6	104,4	96,5
	Ausland	135,0	124,2	80,9	110,3	124,2	117,3
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	116,1	102,7	86,0	104,7	111,0	111,4
	Inland	107,6	94,0	89,2	99,7	104,8	101,0
	Ausland	121,5	108,2	83,9	107,8	114,8	117,9
30	Sonstiger Fahrzeugbau	127,8	111,5	91,0	117,2	154,3	114,9
	Inland	105,5	81,5	111,1	94,8	124,0	84,4
	Ausland	140,9	129,3	79,1	130,5	172,3	133,0

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Ausgewählte Wirtschaftszweige lt. EU-Verordnung (EG) Nr. 1893/2006.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.2 Produktion

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Produktionsleistung**, bezogen auf das Basisjahr 2005.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2007	2008	2009	2010	2011	2012
2005 = 100							
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	112,5	113,4	93,9	104,9	113,9	112,3
	Vorleistungsgüter	114,2	114,5	93,5	107,7	116,2	113,2
	Investitionsgüter	114,5	117,3	92,3	104,5	117,2	117,6
	Konsumgüter	105,9	104,6	98,7	101,8	104,2	101,3
	Gebrauchsgüter	108,2	104,5	87,9	96,2	100,8	96,3
	Verbrauchsgüter	105,4	104,6	100,9	103,0	104,9	102,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	124,0	110,2	92,9	85,4	79,1	74,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	112,4	113,5	93,9	105,2	114,4	112,9
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	104,9	105,1	104,6	106,5	107,6	106,5
11	Getränkeherstellung	97,1	95,4	91,6	92,9	96,4	96,1
12	Tabakverarbeitung	91,3	66,5	64,4	55,0	52,9	45,3
13	H. v. Textilien	100,7	96,2	77,4	86,6	87,8	81,4
14	H. v. Bekleidung	80,9	69,1	59,4	59,3	59,4	54,4
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	107,0	98,2	100,2	108,3	114,1	104,7
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	105,4	103,9	91,1	96,9	98,7	97,2
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	109,3	109,9	101,5	109,8	110,3	108,0
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	104,4	105,3	97,9	98,9	99,7	96,0
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	98,6	98,6	90,1	88,8	88,7	90,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	105,6	101,6	87,1	102,4	103,7	100,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	117,0	120,8	118,2	118,9	124,5	121,6
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	110,7	107,9	94,9	107,4	113,6	111,4
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	107,2	103,6	91,4	98,2	106,3	101,7
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	111,8	110,6	80,6	97,5	102,2	98,4
25	H. v. Metallerzeugnissen	114,7	117,0	91,5	104,9	117,2	115,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	135,5	145,2	113,2	131,5	159,2	157,1
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	114,7	116,4	91,3	107,4	115,6	111,1
28	Maschinenbau	119,0	124,9	92,4	102,3	115,9	117,1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	109,3	105,1	82,3	103,1	116,9	116,9
30	Sonstiger Fahrzeugbau	113,4	123,9	121,4	114,9	129,4	136,3
31	H. v. Möbeln	109,3	107,5	91,8	93,5	97,1	95,4
32	H. v. sonstigen Waren	111,6	112,8	104,2	112,3	117,7	121,3
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	114,8	128,9	110,1	113,6	122,1	118,0

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.3 Umsatz (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Umsätze**, bezogen auf das Basisjahr 2005.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2007	2008	2009	2010	2011	2012
2005 = 100							
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	111,2	111,4	92,1	101,9	109,1	107,5
	Vorleistungsgüter	114,8	114,4	95,3	108,6	117,4	112,9
	Investitionsgüter	113,8	115,9	90,7	102,6	111,6	112,0
	Konsumgüter	105,8	103,5	94,7	95,6	97,9	96,6
	Gebrauchsgüter	109,1	106,7	87,2	94,0	98,8	94,4
	Verbrauchsgüter	105,2	102,9	96,0	95,9	97,8	97,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	94,0	91,0	66,7	60,9	63,7	54,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	111,3	111,6	92,2	102,2	109,4	107,8
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	105,2	105,5	103,6	104,0	106,5	106,5
11	Getränkeherstellung	101,6	99,1	95,6	93,2	95,9	97,1
12	Tabakverarbeitung	93,8	71,7	68,4	63,2	55,8	47,4
13	H. v. Textilien	103,0	98,0	75,8	83,4	82,9	77,6
14	H. v. Bekleidung	100,2	96,7	67,1	67,5	69,2	67,7
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	105,9	101,6	70,1	82,5	89,2	84,7
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	108,5	104,3	90,3	94,9	98,2	97,7
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	110,8	110,8	101,2	108,6	109,7	107,2
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	105,5	107,7	96,8	96,2	96,6	93,5
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	81,7	79,0	69,1	71,2	69,9	68,5
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	107,3	102,0	87,4	103,6	105,5	102,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	110,8	111,9	102,1	101,2	104,6	107,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	112,3	109,9	95,4	107,0	113,6	111,7
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	108,7	108,7	93,8	99,2	104,8	100,7
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	112,6	111,5	85,8	98,5	107,1	103,9
25	H. v. Metallerzeugnissen	117,0	119,6	92,8	102,9	115,5	114,8
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	130,1	134,1	116,9	131,3	147,1	139,1
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	114,8	117,5	88,0	102,0	114,9	109,7
28	Maschinenbau	119,0	124,9	91,2	97,9	113,5	114,5
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	112,7	110,5	86,3	104,6	112,4	112,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	104,4	117,0	123,7	132,1	122,6	128,4
31	H. v. Möbeln	111,2	110,6	92,3	92,8	95,7	94,1
32	H. v. sonstigen Waren	112,3	113,0	92,2	100,3	104,7	107,9
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	106,4	113,0	98,5	102,1	106,4	102,5

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2012

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Erdöl und Erdgas					
Rohöl	1 000 t	1 979	- 5,1	.	.
Erdgas	1 000 MWh	98 077	- 8,9	1 101	4,2
Steine und Erden					
Kalkstein (ohne gebrochene Kalksteine für den Tiefbau und ohne Naturwerksteine)	1 000 t	16 133	- 1,8	222	3,3
Bausand u. a. natürliche Sande	1 000 t	67 852	- 6,3	356	- 2,7
Feldsteine, Kies, gebrochene Natursteine	1 000 t	185 938	- 6,6	1 188	- 4,0
Nahrungsmittel					
Würste und ähnliche Erzeugnisse	1 000 t	1 474	- 1,9	6 866	3,1
Fischfilets, gefroren	1 000 t	42	- 7,3	120	- 12,5
Lachs, Heringe und andere geräucherte Fische	1 000 t	21	24,9	199	18,5
Frucht- und Gemüsesäfte (nicht gefroren)	Mill. l	.	.	2 029	0,0
Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und -pasten	1 000 t	235	0,9	549	6,0
Margarine (ohne flüssige Margarine)	1 000 t	395	- 3,5	466	- 38,9
Butter	1 000 t	443	- 2,6	1 513	- 11,9
Buttermilch, Sauermilch, Sauerrahm, Joghurt u. a. fermentierte Erzeugnisse, flüssig	1 000 t	2 673	- 2,2	3 208	0,0
Speiseeis, auch kakaohaltig	1 000 l	581 070	- 1,4	654	- 39,8
Mehl von Getreide	1 000 t	5 531	2,3	1 803	1,9
Frisches Brot, Brötchen u. ä. ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten	1 000 t	4 948	8,1	9 289	4,6
Feine Backwaren, gesüßt, auch gefroren				4 394	2,1
Leb- und Honigkuchen u. ä. Kekse u. ä. Kleingebäck, gesüßt; Waffeln	1 000 t	634	- 7,2	2 110	- 1,1
Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt	1 000 t	274	- 3,0	.	.
Weißzucker	1 000 t	4 184	- 1,2	3 002	12,0
Schokolade u. a. kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln	1 000 t	1 296	- 0,6	5 744	4,1
Kaffee, geröstet	1 000 t	545	0,9	1 719	- 7,3
Fertiggerichte	1 000 t	1 136	0,6	3 093	5,5
Getränke					
Spirituosen	1 000 hl	.	.	1 018	2,7
Bier aus Malz (ohne alkoholfreies Bier)	1 000 hl	86 083	- 1,1	5 802	1,4
Mineral-, Tafel- und Heilwasser (ohne Quellwasser)	1 000 l	12 259 791	1,0	2 228	1,0
Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke	1 000 l	9 132 755	- 1,0	4 244	0,6
Nektare	1 000 l	781 690	.	448	- 4,8
Andere nicht alkoholhaltige Getränke (ohne Milchfettgehalt)	1 000 l	2 098 804	8,3	1 265	14,5
Tabakerzeugnisse					
Zigarren, Stumpen und Zigarillos, Tabak enthaltend	Mill. St	2 548	- 13,5	262	- 9,7
Zigaretten, Tabak enthaltend	Mill. St	206 175	- 6,3	1 607	- 14,9
Textilien					
Garne	1 000 t	91	- 13,7	527	- 20,2
Gewebe	1 000 m ²	887 158	- 6,5	1 407	- 8,5
Teppiche	1 000 m ²	81 459	- 8,3	681	- 8,5
Bekleidung					
Strumpfhosen	1 000 St	.	.	25	- 10,9
Herrn-, Damen-, Kinderstrümpfe u. a. Strumpfwaren	1 000 Paar	72 359	- 10,6	404	3,6
Pullover, Strickjacken, Westen u. ä. Waren	1 000 St	3 656	- 1,3	62	- 6,0
Oberbekleidung für Männer oder Knaben (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	5 499	- 10,4	251	- 11,9
Oberbekleidung für Frauen oder Mädchen (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	6 805	- 5,9	219	- 11,1
Sport-, Bade- und Strandbekleidung	1 000 St	1 030	- 15,7	38	- 14,5
Lederbekleidung	1 000 St	201	15,3	33	10,9
Unterwäsche für Männer oder Knaben	1 000 St	5 664	- 1,3	50	- 3,9
Unterwäsche für Frauen oder Mädchen	1 000 St	12 762	- 13,9	90	- 10,5
T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken	1 000 St	13 192	- 2,1	139	- 5,2
Leder und Lederwaren					
Rind- und Kalbleder, enthaart	t	14 408	- 4,3	329	- 0,9
Reisekoffer, Handkoffer, Kosmetikkoffer und Dokumentenkoffer, Aktentaschen, Schulanzen u. ä. Behältnisse	1 000 St	274	- 6,9	10	- 6,7
Schuhe mit Oberteil aus Leder (ohne Sportschuhe)	1 000 Paar	14 078	- 20,8	381	- 8,6
Schuhe mit einem Metallschutz in der Vorderkappe	1 000 Paar	4 469	- 4,7	214	- 3,6
Holz und Holzwaren					
Schnittholz (ohne Stäbe u. Frieze für Parkett aus Eichenholz)	1 000 m ³	17 988	.	.	.

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2012

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Laminatböden	1 000 m ²	202 336	6,8	970	11,6
Parkettböden	1 000 m ²	10 055	6,7	232	9,1
Fenster, Fenstertüren, Rahmen und Verkleidungen dafür	1 000 St	2 298	- 4,4	873	- 1,6
Türen und Rahmen, Türverkleidungen (auch Türschwellen)	1 000 St	11 114	3,7	1 081	2,7
Papier					
Zeitungsdruckpapier	1 000 t	2 211	- 10,1	1 080	- 14,9
Wellpapier u. -pappe	1 000 t	2 357	- 2,3	1 429	- 6,8
Verpackungsmittel aus Papier, Pappe, Zellstoffwatte oder Vliesen	1 000 t	6 536	- 1,2	.	.
Etiketten aus Papier und Pappe	1 000 t	164	- 6,1	1 308	- 3,5
Druckerzeugnisse					
Geschäftsdrucksachen und andere Drucke	.	.	.	1 926	- 2,7
Kataloge, Plakate, Werbedrucke, Kalender aller Art	.	.	.	5 786	- 3,6
Zeitungen und Zeitschriften	.	.	.	2 772	- 2,8
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse					
Koks u. Schmelzkoks aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf	1 000 t-Trocken	8 089	30,8	1 012	- 6,2
Motorenbenzin (einschl. Flugbenzin)	1 000 t	20 578	- 2,1	6 718	11,7
Leichtöl, leichtes Rohbenzin	1 000 t	4 811	- 3,7	2 406	12,3
Flugturbinenkraftstoff aus Leuchtöl (Kerosin)	1 000 t	5 210	4,5	2 553	19,2
Dieselmkraftstoff	1 000 t	30 638	0,7	10 856	9,8
Heizöl, leicht	1 000 t	14 056	11,9	5 969	38,5
Schmieröle	1 000 t	2 476	- 0,5	3 804	6,0
Flüssiggas	1 000 t	2 661	1,8	649	21,8
Chemische Erzeugnisse					
Chlor	1 000 t	2 359	3,0	433	0,8
Ruß	1 000 t	.	.	589	2,8
Wasserstoff	Mill. m ³	1 825	- 3,7	256	0,2
Sauerstoff	Mill. m ³	.	.	305	- 2,2
Stickstoff	Mill. m ³	.	.	243	- 2,0
Schwefelsäure einschl. Oleum, ber. auf SO ₂	1 000 t	2 071	17,6	151	29,3
Ammoniak, ber. auf N	1 000 t	947	- 0,5	391	10,0
Natriumhydroxid, ber. auf NaOH	1 000 t	.	.	.	.
Aluminiumhydroxid, ber. auf Al ₂ O ₃	1 000 t	.	.	377	0,5
Ethylen	1 000 t	2 819	- 3,9	1 214	- 0,6
Propylen	1 000 t	2 714	- 1,2	1 246	- 5,3
Natriumcarbonat, ber. auf Na ₂ CO ₃	1 000 t	.	.	268	1,5
Stickstoffhaltige Düngemittel	1 000 t	1 330	- 1,1	1 149	2,7
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (Wirkstoffgewicht)	1 000 t	192	- 17,4	2 988	6,8
Kunststoffe	1 000 t	16 682	- 4,5	24 170	- 1,5
Synthetischer Kautschuk und Faktis	1 000 t	1 033	- 4,1	1 425	- 0,5
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	333	- 6,6	784	- 12,6
Texturierte Garne u. a. Garne, ungezwirnt	1 000 t	37	- 26,0	178	- 21,0
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Acryl oder Vinylpolymeren	1 000 t	1 040	1,8	1 633	5,8
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Alkydharzen	1 000 t	76	- 8,5	282	- 3,2
Organische Löse- und Verdünnungsmittel	1 000 t	219	4,9	363	7,1
Druckfarben	1 000 t	540	- 1,9	1 573	- 1,6
Arzneiwaren	.	.	.	19 503	2,9
Organische grenzflächenaktive Stoffe (ohne Seifen)	1 000 t	.	.	1 841	0,0
Seifen	1 000 t	155	- 1,6	195	- 0,2
Universalwaschmittel	1 000 t	451	19,2	798	58,5
Geschirrspülmittel	1 000 t	343	13,0	441	12,9
Photochemische Erzeugnisse	.	.	.	735	1,7
Duftstoffe und Körperpflegemittel	.	.	.	4 744	- 5,0
dar. Körperpflegemittel	.	.	.	4 253	- 5,8
Klebstoffe	1 000 t	868	- 0,2	1 611	2,3
Gummi- und Kunststoffwaren					
Gummiwaren					
Bereifungen, neu	1 000 St	72 047	- 13,5	3 330	- 1,9
dar. Luftreifen für Pkw, neu	1 000 St	59 957	- 13,9	2 492	- 1,9

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2012

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Gummi- und Kunststoffwaren					
Kunststoffwaren					
Rohre und Schläuche, nicht biegsam	1 000 t	521	- 2,8	1 334	0,4
Monofile	1 000 t	855	- 12,3	2 444	- 3,2
Verpackungsmittel, Lager- und Transportbehälter	.	.	.	3 511	0,5
Badewannen, Duschen und Waschbecken	1 000 St	1 158	4,8	173	0,9
Fenster, Fensterbänke	1 000 St	11 761	2,6	2 927	5,9
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden					
Mehrschichten-Isolierverglasung	1 000 m ²	24 149	- 3,0	1 092	- 0,7
Flaschen bis 2,5 l	Mill. St	8 829	- 1,5	926	1,2
Geschirr, aus Porzellan	1 000 t	40	- 5,9	405	- 2,5
Geformte feuerfeste keramische Bauteile	1 000 t	817	- 10,8	766	- 8,1
Fliesen, Boden- und Wandplatten	1 000 m ²	58 239	1,1	540	4,0
Mauerziegel, Ziegel für Boden- u. Straßenbeläge	1 000 m ³	7 084	- 1,5	510	0,5
Dachziegel	1 000 St	70 0518	- 7,3	716	- 3,8
Zement	1 000 t	31 925	- 4,8	2 070	- 3,3
Kalk	1 000 t	7 154	- 5,3	539	- 1,6
Gips	1 000 t	2 967	- 0,7	280	2,0
Baublöcke und Mauersteine aus Kalksandstein	1 000 m ³	3 404	- 3,9	284	- 2,6
Dachsteine aus Beton	Mill. St	201	- 3,6	217	- 6,2
Gipskartonplatten, gem. DIN 18 180	1 000 m ²	227 169	- 4,3	294	- 2,4
Transportbeton	1 000 m ³	34 048	- 1,9	2 213	- 1,3
Schleifkörper	1 000 t	62	- 2,3	537	- 1,0
Eisen- und Stahlerzeugnisse					
Blöcke, Strangguss, Flüssigstahl, aus unlegiertem Stahl	1 000 t	7 131	- 0,8	3 028	- 4,9
Gewalztes Halbzeug	1 000 t	4 004	- 11,1	862	- 17,0
Warmbreitband mit einer Breite von 600 mm oder mehr	1 000 t	9 279	- 6,6	4 706	- 9,7
Breitflachstahl, Quattroblech	1 000 t	3 174	- 3,2	2 731	- 6,1
Walzdraht, warmgewalzt	1 000 t	5 314	- 3,2	2 567	- 7,5
Betonstahl in Stäben, warmgewalzt	1 000 t	2 418	1,7	842	- 7,4
Kaltgewalzte Bleche in Rollen oder Tafeln	1 000 t	3 378	- 4,6	3 105	- 11,6
Schmelztauchveredelte Bleche	1 000 t	.	.	.	.
Rohre und Hohlprofile, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	39	11,0	215	3,0
Präzisionsstahlrohre, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	293	- 9,7	447	- 8,3
Kaltgewalzter Bandstahl (ohne Elektroband)	1 000 t	1 043	- 3,2	971	- 6,4
NE-Metalle und -erzeugnisse					
Silber, in Rohform oder als Pulver	t	1 753	- 7,1	1 394	- 9,4
Gold, in Rohform oder als Pulver	t	53	5,5	2 158	17,6
Aluminiumlegierungen, Primäraluminium	1 000 t	282	- 11,2	422	- 17,5
Aluminiumlegierungen, Sekundäraluminium	1 000 t	822	- 3,4	994	- 6,6
Kupferlegierungen, in Rohformen	1 000 t	40	0,9	228	- 3,3
Gießereierzeugnisse					
Teile aus					
Gusseisen mit Kugelgraphit	1 000 t	1 397	- 8,3	2 647	- 7,3
Stahlguss	1 000 t	119	- 1,1	1 262	3,8
Leichtmetallguss	1 000 t	656	- 0,9	4 445	- 1,1
Buntmetallguss	1 000 t	.	.	677	- 4,5
Metallерzeugnisse					
Brücken und -elemente	1 000 t	56	0,7	175	4,9
Türme und Gittermaste	1 000 t	348	36,5	648	47,1
Andere Konstruktionen und Teile	1 000 t	.	.	5 708	1,1
darunter:					
Skelettkonstruktionen	1 000 t	391	3,6	880	1,7
Stütz- und Trägerkonstruktionen	1 000 t	741	- 12,9	1 808	- 4,2
Tore, Türen, Fenster, deren Rahmen und Verkleidungen aus Stahl	1 000 St	906	- 8,0	852	- 2,1
Zentralheizungskessel (ohne Dampfkessel)	1 000 St	1 125	- 2,9	832	- 4,4
Blechformteile aus Stahl und NE-Metall	1 000 t	4 370	- 3,0	12 546	- 2,6
Drehteile aus Metall für Armaturen, Maschinenbau, Fahrzeuge	.	.	.	3 767	1,8
Drehteile aus Metall für elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse	.	.	.	2 400	1,5
Werkzeuge für die Holzbearbeitung	t	1 850	- 4,0	19	0,0

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2012

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Haushaltswerkzeuge	t	2 186	- 3,7	36	- 1,2
Beschläge für Kraftfahrzeuge	1 000 t	230	- 1,0	1 678	- 3,3
Baubeschläge für Türen und Fenster	1 000 t	183	4,6	1 443	- 3,3
Abwasch- und Waschbecken aus Stahl (rostfrei)	1 000 St	2 734	- 3,8	174	- 1,2
Koch-, Brat- und Backgeschirr aus Stahl (nicht rostend)	t	5 599	- 14,6	.	.
Briefkästen und Kastenanlagen	t	5 141	- 5,1	93	0,8
Maschinen					
Verbrennungsmotoren und Turbinen	1 000 St	269	- 15,7	7 493	2,7
Flüssigkeitspumpen	1 000 St	65 945	- 2,7	4 471	- 0,3
Luft- oder Gaskompressoren	1 000 St	12 665	- 5,8	4 537	- 3,1
Armaturen	1 000 t	453	2,0	7 617	3,1
dar. Sanitärarmaturen	1 000 t	.	.	.	.
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebselemente	1 000 t	928	1,5	12 047	1,8
Krane	1 000 St	53	0,3	.	.
Elektrokraftkarren u. a. mit Hebevorrichtung ausgerüstete Karren	1 000 St	141	2,0	2 570	8,3
Büromaschinen	1 000 St	.	.	.	.
Klimageräte	1 000 St	11 068	.	1 776	.
Verpackungsmaschinen	1 000 St	54	- 2,3	4 094	9,9
Haushalts-, Personenwaagen; Waagen für Stetigförderer, Absack-, Abfüll-, Dosier- u. a. Waagen	1 000 St	400	1,6	648	- 0,2
Einachsschlepper, Acker- und Forstschlepper, andere Zugmaschinen	1 000 St	61	- 3,1	2 677	9,7
Erntemaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	70	8,9	2 427	8,9
Werkzeugmaschinen zur Span abhebenden Bearbeitung	1 000 St	73	- 5,9	8 048	14,1
dar. Drehmaschinen	1 000 St	6	2,8	1 613	8,2
Werkzeugmaschinen zur spanlosen Bearbeitung	1 000 St	.	.	.	.
Holzbearbeitungsmaschinen	1 000 St	89	- 8,7	.	.
Handgeführte Maschinen und Druckluftwerkzeuge	1 000 St	8 147	- 5,1	1 348	- 5,8
Löt- und Schweißmaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	.	.	.	.
Maschinen für die Metallerzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen	St	1 090	33,9	1 779	- 15,5
Bau- und Baustoffmaschinen	1 000 St	234	- 11,7	6 081	0,0
Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung	1 000 St	345	3,1	3 229	3,5
Spinnmaschinen	1 000 St	18	- 10,8	1 345	7,9
Maschinen für das Papiergewerbe	1 000 St	53	- 54,6	1 006	- 6,8
Maschinen für das Druckgewerbe	1 000 St	36	- 11,8	2 707	- 0,7
Kunststoffmaschinen	1 000 St	.	.	4 809	4,9
Elektrische Haushaltsgeräte					
Kühl-, Gefrierschränke; Tiefkühltruhen	1 000 St	.	.	.	.
Haushaltsgeschirrspülmaschinen	1 000 St	.	.	.	.
Küchenherde, Kochplatten, Grill- und Bratgeräte, andere elektrische Öfen	1 000 St	5 349	- 2,0	1 447	- 5,7
Elektrische Durchlauferhitzer	1 000 St	987	2,3	167	23,3
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St	17 552	- 31,8	4 181	1,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.					
Elektromotoren und -generatoren	1 000 St	.	.	.	.
Transformatoren	1 000 St	54 766	- 9,6	.	.
Steckvorrichtungen u. a. Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektr. Stromkreisen	Mill. St	.	.	4 091	- 1,2
Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung	1 000 St	123 311	- 0,2	7 234	- 4,7
Zusammengesetzte elektronische Schaltungen (Baugruppen)	.	.	.	5 676	1,8
Solarzellen	1 000 St	206 205	- 41,1	1 204	- 56,5
Starterbatterien	1 000 St	11 766	0,7	597	- 2,1
Glasfaserkabel	t	17 535	2,7	237	1,8
Bestückte Leiterplatten	1 000 St	1 872	- 46,9	1 027	5,7
Akkumulatorenladegeräte	1 000 St	575	- 24,3	147	5,8
Einbruchs- oder Diebstahllarmgeräte, Feuermelder u. ä. Geräte (Hör- und Sichtsignalgeräte) für Gebäude	1 000 St	4 575	5,2	471	- 2,5
Nachrichtentechnik, Videotuner, Satelliten-Receiver u. Fernsehgeräte					
Mobiltelefone (Handys)	1 000 St	792	30,6	103	- 12,7
Videotuner, Satelliten-Receiver	1 000 St	1 195	- 1,9	49	- 14,8
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St	311	- 14,0	307	- 11,4

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2012

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren					
Röntgenapparate und -geräte für medizinische Zwecke	1 000 St	15	- 13,5	1 012	- 15,2
Elektrodiagnoseapparate und -geräte für medizinische Zwecke	.	.	.	.	.
Prüfstände für Kraftfahrzeuge	t	19 588	21,3	498	31,9
Ferngläser	1 000 St	70	4,4	40	4,8
Laser (ohne Diodenlaser)	1 000 St	87	- 19,9	602	2,5
Armbanduhrn, Taschen- u. ä. Uhren	1 000 St	312	11,3	244	2,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile					
Personenkraftwagen	1 000 St	6 199	- 5,9	163 717	- 0,5
Lastkraftwagen	1 000 St	329	- 5,9	10 161	1,1
Karosserien und Aufbauten für Kraftwagen	1 000 St	.	.	2 421	0,4
Wohnanhänger ab 750 kg	1 000 St	38	- 5,6	550	- 1,8
Anhänger zum Befördern von Gütern	1 000 St	227	- 2,8	3 104	- 2,7
Sonstige Fahrzeuge					
Boote und Yachten	1 000 St	14	- 16,6	1 239	18,4
Zweiräder u. a. Fahrräder mit Kugellager	1 000 St	1 195	- 9,9	457	0,9
Rollstühle	1 000 St	123	63,8	134	42,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse					
Sitzmöbel	1 000 St	11 832	- 2,4	2 245	1,0
Holzmöbel					
für Büros	1 000 St	4 873	- 4,4	973	- 0,9
für Läden	1 000 St	905	2,1	1 185	5,7
für Küchen	1 000 St	30 970	2,8	3 779	4,3
für Badezimmer	1 000 St	3 308	15,3	397	3,5
für Schlaf-, Ess- und Wohnzimmer	1 000 St	495	- 15,4	175	10,1
Auflegematratten	1 000 St	6 309	- 6,3	570	- 2,4
Schmuckwaren und Teile dafür aus Silber, Gold oder Platin	.	.	.	387	- 5,2
Klaviere und Flügel	1 000 St	7	10,4	92	5,0
Sportgeräte für Gymnastik	.	.	.	121	- 13,6
Puppen, nur Nachbildungen von Menschen darstellend	1 000 St	.	.	3	.
Spielfahrzeuge, zum Besteigen und Fortbewegen durch Kinder geeignet	1 000 St	4 993	21,2	98	4,3
Spielzeug, Tiere oder nichtmenschliche Wesen darstellend, Füllmaterial enthaltend, aus Holz und aus Kunststoff	1 000 St	18 718	- 35,0	72	- 16,7
Elektrische Eisenbahnen (einschl. Zubehör)	.	.	.	159	194,3
Schreiber und Markierstifte mit Filzspitze	1 000 St	585 887	2,6	173	2,2
Kinderwagen	1 000 St	127	- 21,5	39	- 24,3

Methodik

Das Verarbeitende Gewerbe umfasst die Herstellung von Waren sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Dies schließt sowohl die Tätigkeiten von Industrie- als auch von Handwerksbetrieben und -unternehmen ein. Das vorliegende Kapitel enthält ebenfalls Ergebnisse für die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Im oben beschriebenen Erhebungsbereich erstreckt sich der Berichtskreis der **Strukturerhebungen** in der Regel auf Unternehmen/Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr, der Berichtskreis der **Konjunkturerhebungen** auf Betriebe mit 50 Beschäftigten und mehr. Bei der **Vierteljährlichen Produktionserhebung** werden auch die kleinen Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr befragt.

Der kurzfristigen Berichterstattung dienen die Monatsberichte und die Produktionserhebungen; diese liefern aktuelle Daten für die Konjunkturanalyse und das Ausgangsmaterial zur Berechnung von Indizes. Wichtigste Indikatoren für die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe sind der Index des Auftragseingangs (nur für ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes), der Produktionsindex sowie absolute Zahlen über Beschäftigte, Entgelte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze.

Rechtsgrundlagen für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.3.2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5.12.2012 (BGBl. I S. 2466).

Glossar

Auslandsumsatz | Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Exportquote | Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Stunden.

Index des Auftragseingangs | Der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2005 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Als Auftragseingänge gelten die im Berichtsmonat vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang wird bei ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes erfasst. Die Gewichtung erfolgt mit Auftragseingangsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Umsatzes | Der Umsatzindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2005 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Die Gewichtung erfolgt mit Umsatzanteilen des Basiszeitraums.

Index der Produktion | Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe wird auf Basis 2005 = 100 unter Ausschaltung der Preisveränderungen monatlich berechnet. Grundlage für die Fortschreibung der Entwicklung der Wirtschaftszweige sind die Ergebnisse der „Monatlichen Produktionserhebung“. Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu den Aggregaten erfolgt mit der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Basisjahres.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse | Die Ergebnisse erstrecken sich auf Güter bzw. Güterarten, die nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009“ gruppiert und zum Absatz bestimmt sind. In manchen Fällen (vor allem bei den Grundstoffen) wird die Gesamtproduktion ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die Summe der zum Absatz und der zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion. Als zur Weiterverarbeitung bestimmt gelten die selbst hergestellten Erzeugnisse, die im berichtenden Betrieb, in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder im Lohnauftrag in einem anderen Unternehmen zu einem anderen Erzeugnis verarbeitet oder in ein anderes Erzeugnis eingebaut werden. Der Bewertung der für den Absatz bestimmten Erzeugung liegen die erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreise ab Werk, einschließlich Verpackung zugrunde. Nicht einbezogen sind die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern, gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten sowie die den Kunden gewährten Rabatte.

Tätige Personen | Sie umfassen die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Verarbeitenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 42

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Struktur- und Konjunkturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 4.1.1	Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes – Monats- und Jahresergebnisse
Reihe 4.1.2	Betriebe, Tätige Personen und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes nach Größenklassen
Reihe 4.1.4	Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Bundesländern
Reihe 4.2.1	Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 4.2.3	Konzentrationsstatistische Daten für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie für das Baugewerbe
Reihe 4.3	Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes

■ Indizes

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe
Reihe 2.2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes

■ Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 3.1	Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 3.2	Struktur der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

■ Themenübergreifend

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 4.2.4	Material- und Wareneingang

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/10	150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

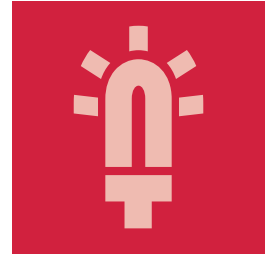
Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 21 92

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





22 Energie

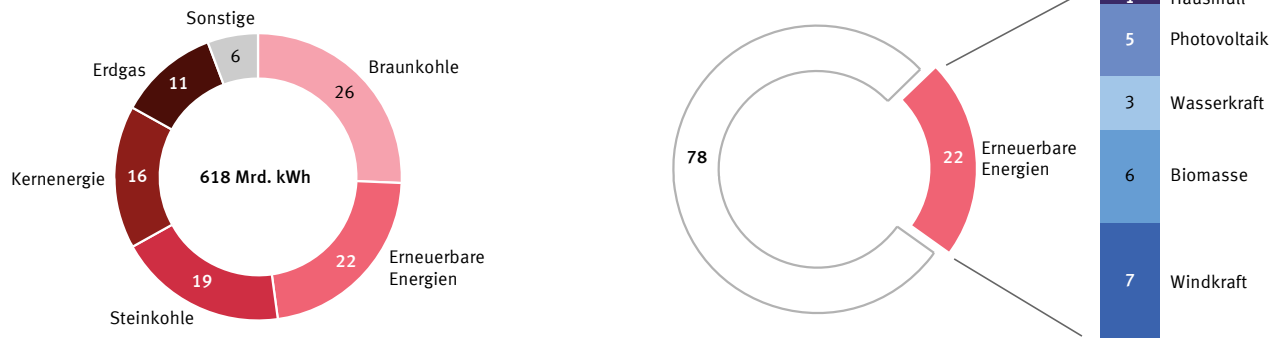
618 Milliarden Kilowattstunden Strom 2012 brutto erzeugt | Rund **22 %** davon stammen aus **erneuerbaren Energien** | **Vor 20 Jahren** lag dieser Anteil noch bei knapp **4 %** | 2012 rund **7 %** des Stroms allein aus **Windkraft** erzeugt | **16 %** der Stromproduktion entfallen auf **Kernenergie** | **Wichtigste Energieträger** zur Elektrizitätserzeugung sind nach wie vor **Braun- und Steinkohlen** mit über **45 %** | Aus **Erdgas** rund **11 %** des Stroms hergestellt

<i>Seite</i>	
547	Auf einen Blick
	Tabellen
548	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie Nach Engpassleistung Nach Elektrizitätserzeugung Nach Brennstoffverbrauch für Strom- und Wärmeerzeugung
549	Wärme Erzeugung Bezug Verwendung Abgabe
550	Leitungsgebundenes Gas Aufkommen Verwendung Abgabe
550	Klärgas Aufkommen Verwendung
550	Flüssiggas Abgabe
551	Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe
552	Methodik
553	Glossar
554	Mehr zum Thema

22.0 Auf einen Blick

Bruttostromerzeugung 2012

in %

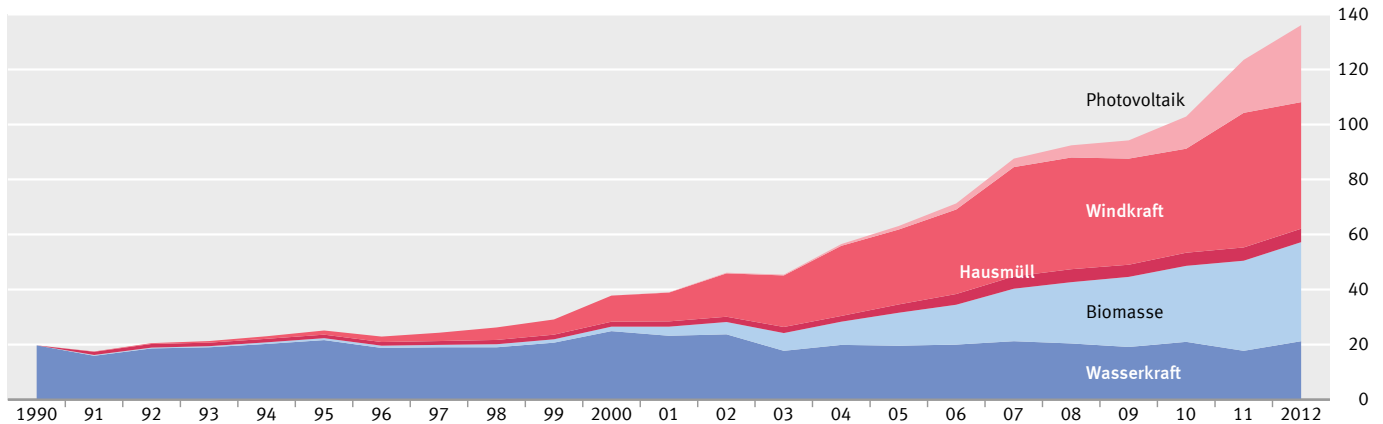


Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2013 - 01 - 0406

Entwicklung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien

in TWh



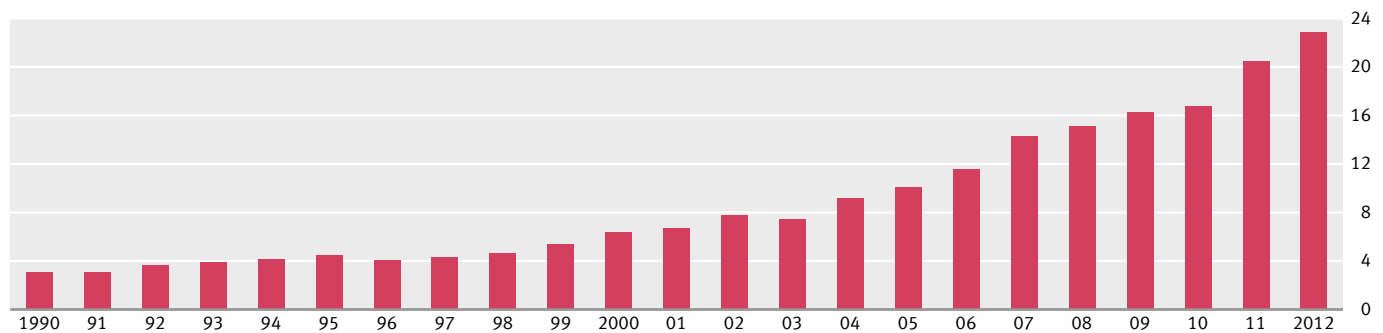
Geothermische Bruttostromerzeugung aufgrund geringer Strommengen nicht dargestellt.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2013 - 01 - 0407

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch

in %



Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2013 - 01 - 0408

22 Energie

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Umwelt“

22.1.1 Engpassleistung

Die **Engpassleistung** einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Energieträger ¹	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹²				Industrie			
	2012		2011		2012		2011		2012		2011	
	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%
Insgesamt	...	...	123 800	100	104 862	100	111 652	100	...	...	12 148	100
Wasser	...	...	10 554	8,5	10 296	9,8	10 509	9,4	...	...	45	0,4
Steinkohle ¹³ ¹⁴	...	...	30 195	24,4	29 489	28,1	27 224	24,4	...	...	2 971	24,5
Braunkohle ¹⁴	...	...	24 880	20,1	23 420	22,3	24 087	21,6	...	...	793	6,5
Heizöl ¹⁵	...	...	6 395	5,2	3 888	3,7	5 885	5,3	...	...	510	4,2
Erdgas	...	...	23 850	19,3	21 888	20,9	19 170	17,2	...	...	4 680	38,5
Sonstige Wärmekraft ¹⁶ ..	...	...	6 251	5,0	3 179	3,0	3 264	2,9	...	...	2 987	24,6
Kernenergie	...	...	21 507	17,4	12 696	12,1	21 507	19,3	...	...	–	–
Sonstiges ¹⁷	...	...	168	0,1	6	0,0	6	0,0	...	...	162	1,3

1 Zuordnung nach dem Hauptenergieträger.

2 Ohne Einspeisung Dritter.

3 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

4 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

5 Einschl. Dieselkraftstoff.

6 Einschl. Biomasse.

7 Geothermie und sonstige Energie.

22.1.2 Elektrizitätserzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹¹				Industrie			
	2012		2011		2012		2011		2012		2011	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Insgesamt	...	...	512 718	100	467 228	100	462 102	100	...	...	50 616	100
Wasser	...	...	20 873	4,1	24 385	5,2	20 546	4,4	...	...	327	0,6
Steinkohle ¹² ¹³	...	...	112 396	21,9	115 348	24,7	104 856	22,7	...	...	7 540	14,9
Braunkohle ¹³	...	...	150 074	29,3	154 456	33,1	146 278	31,7	...	...	3 796	7,5
Heizöl ¹⁴	...	...	2 558	0,5	983	0,2	990	0,2	...	...	1 568	3,1
Erdgas	...	...	82 531	16,1	51 449	11,0	61 598	13,3	...	...	20 933	41,4
Sonstige Wärmekraft ¹⁵ ..	...	...	35 121	6,8	20 892	4,5	19 585	4,2	...	...	15 536	30,7
Kernenergie	...	...	107 971	21,1	99 460	21,3	107 971	23,4	...	...	–	–
Sonstiges ¹⁶	...	...	1 194	0,2	255	0,1	278	0,1	...	...	916	1,8

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

22.1.3 Brennstoffverbrauch für Strom- und Wärmeerzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2012		2011		2012		2011		2012		2011	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
Insgesamt	...	...	5 325	100	4 624	100	4 580	100	...	...	745	100
Wasser	...	...	82	1,5	95	2,1	81	1,8	...	...	1	0,1
Steinkohle ² 3	...	...	1 106	20,8	1 129	24,4	1 027	22,4	...	...	79	10,6
Braunkohle ³	...	...	1 482	27,8	1 473	31,9	1 410	30,8	...	...	72	9,7
Heizöl ⁴	...	...	43	0,8	13	0,3	12	0,3	...	...	31	4,2
Erdgas	...	...	867	16,3	488	10,6	558	12,2	...	...	309	41,5
Sonstige Wärmekraft ⁵	...	...	546	10,3	336	7,3	309	6,7	...	...	237	31,8
Kernenergie	...	...	1 178	22,1	1 085	23,5	1 178	25,7	...	...	–	–
Sonstiges ⁶	...	...	21	0,4	5	0,1	5	0,1	...	...	16	2,1

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselmotorkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.2 Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme

	2009		2010		2011	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Nettowärmeerzeugung	129 625 833	78,8	142 118 914	79,6	129 302 227	80,4
Bezug Inland	38 102 070	23,2	39 385 711	22,1	34 228 838	21,3
davon von:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	29 351 869	17,8	30 981 590	17,3	26 122 873	16,2
Verarbeitendem Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 804 306	1,7	3 172 291	1,8	3 072 767	1,9
sonstigen Lieferanten	5 945 895	3,6	5 231 830	2,9	5 033 199	3,1
Bezug Ausland	–	–	–	–	–	–
Wärmebetriebsverbrauch	3 288 112	2,0	2 903 446	1,6	2 754 888	1,7
Zur Abgabe verfügbar	164 439 791	100	178 601 179	100	160 776 178	100
Abgabe Inland	154 232 513	93,8	167 577 640	93,8	150 895 181	93,9
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	29 743 448	18,1	31 789 607	17,8	28 480 746	15,2
Letztverbraucher	124 489 065	75,7	135 788 033	76,0	122 414 435	76,1
davon an:						
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	51 177 143	31,1	55 629 360	31,1	52 854 984	32,9
Verkehr	–	–	115 172	0,1	102 405	0,1
Private Haushalte sowie Wohngebäude	49 011 364	29,8	52 615 582	29,5	45 651 848	28,4
Sonstige Letztverbraucher	24 300 558	14,8	27 427 920	15,4	23 805 198	14,8
Abgabe Ausland	66 458	0,0	73 840	0,0	66 004	0,0
Abgabe insgesamt (ohne Netzverluste)	154 298 971	93,8	167 651 480	93,9	150 961 185	93,9
Netzverluste	10 140 820	6,2	10 949 699	6,1	9 814 993	6,1

22.3 Aufkommen, Verwendung und Abgabe von leitungsgebundenem Gas

	2009		2010		2011	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Inlandsgewinnung	170 967	16,4	149 509	12,5	143 341	13,1
Einfuhr	949 321	90,9	1 018 301	85,2	970 856	88,8
Speichersaldo ¹⁾	- 76 423	- 7,3	27 618	2,3	- 21 632	- 2,0
Aufkommen	1 043 865	100	1 195 428	100	1 093 201	100
Eigen- und Betriebsverbrauch	15 965	1,5	18 603	1,6	15 195	1,4
Zur Abgabe an Letztverbraucher verfügbar	1 027 900	98,5	1 176 825	98,4	1 078 006	98,6
Abgabe an inländische Abnehmer	884 619	84,7	955 114	79,9	887 357	81,2
davon:						
Produzierendes Gewerbe	485 685	46,5	520 353	43,5	516 466	47,2
dar. Elektrizitätsversorgungsunternehmen	129 245	12,4	141 233	11,8	140 111	12,8
Haushalte	285 865	27,4	313 043	26,2	260 216	23,8
Sonstige Abnehmer	113 069	10,8	121 719	10,2	110 676	10,1
Ausfuhr	143 281	13,7	221 711	18,5	190 649	17,4

1 Einschl. Messdifferenzen und nicht erfasster Mengen.

22.4 Aufkommen und Verwendung von Klärgas

	2009		2010		2011	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gewinnung	5 184 926	100	5 316 254	100	5 621 381	100
Eigenverbrauch	4 689 167	90,4	4 846 643	91,2	5 089 345	90,5
davon:						
Zur Stromerzeugung	3 962 099	76,4	4 123 965	77,6	4 389 093	78,1
Zu reinen Heiz- und/oder Antriebszwecken	727 069	14,0	722 678	13,6	700 253	12,5
Verluste	310 633	6,0	282 608	5,3	285 315	5,1
Zur Abgabe verfügbar	185 126	3,6	187 003	3,5	246 721	4,4
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	181 973	3,5	177 121	3,3	232 989	4,1
Sonstige Endabnehmer	3 153	0,1	9 882	0,2	13 732	0,2
nachrichtlich:						
Eigenstromerzeugung aus Klärgas	1 057 307	100	1 101 029	100	1 209 453	100
Verbrauch an selbsterzeugtem Strom im Betrieb	967 056	91,5	1 009 139	91,7	1 108 024	91,6
Abgabe von selbsterzeugtem Strom insgesamt	90 251	8,5	91 890	8,3	101 429	8,4

22.5 Abgabe von Flüssiggas

	2009		2010		2011	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gesamte Abgabe	57 338 856	100	59 064 081	100	57 870 350	100
Abgabe an Wiederverkäufer	33 281 539	58,0	31 826 426	53,9	32 834 958	56,7
davon an:						
Verkaufsgesellschaften	33 237 910	58,0	31 783 985	53,8	32 749 728	56,6
Gasversorgungsunternehmen	43 629	0,1	42 441	0,1	85 230	0,1
Abgabe an Letztverbraucher	24 057 318	42,0	27 237 655	46,1	25 035 392	43,3
davon:						
Produzierendes Gewerbe	11 128 682	19,4	12 971 725	22,0	11 473 036	19,8
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	25 207	0,0	6 076	0,0	4 279	0,0
Private Haushalte	7 034 241	12,3	7 448 885	12,6	6 218 139	10,7
Sonstige Endabnehmer	5 869 186	10,2	6 810 969	11,5	7 339 937	12,7

22.6 Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt ²	Davon Energieträger ³					
			Kohle	Heizöl	Erdgas	erneuerbare Energien ⁴	Strom	sonstige ⁵
		TJ	%					
B–C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	4 203 439	17,3	4,2	25,6	3,4	21,0	28,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	153 169	59,8	1,5	10,2	.	23,0	5,3
05	Kohlebergbau	123 319	.	1,1	.	.	21,1	5,9
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	.	–	0,1	81,3	–	.	.
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	16 687	17,1	6,4	30,0	1,5	40,6	4,3
09	Erbringung von Dienstleistungen im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	.	–	0,1	.	–	.	.
C	Verarbeitendes Gewerbe	4 050 270	15,7	4,3	26,2	3,6	20,9	29,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	197 618	6,0	5,7	54,9	0,9	27,8	4,7
11	Getränkeherstellung	25 061	2,3	7,8	51,3	1,3	32,1	5,2
12	Tabakverarbeitung	2 508	.	7,0	47,6	–	42,5	1,6
13	H. v. Textilien	21 681	.	4,9	45,1	.	36,7	.
14	H. v. Bekleidung	1 532	–	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 224	–	14,6	38,9	.	.	4,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	98 653	.	1,6	.	71,0	16,6	4,4
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	285 832	7,6	.	36,5	18,0	26,7	10,3
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	17 531	–	2,1	39,7	0,0	54,5	3,6
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	424 253	8,6	15,5	9,1	.	6,0	60,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 251 782	.	3,4	30,2	.	14,5	48,5
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	24 912	–	.	33,6	.	29,2	30,0
22	H. v. Gummi- und Kuststoffwaren	83 237	0,4	5,0	26,7	0,1	61,0	6,5
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	289 870	23,0	4,9	36,4	2,1	16,0	17,5
24	Metallerzeugung und -verarbeitung	927 564	49,6	0,7	14,4	.	16,1	19,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	94 917	0,3	5,2	36,8	0,7	52,6	4,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	28 242	.	2,6	20,5	0,5	64,7	11,7
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	39 824	.	3,8	25,8	0,2	55,5	13,8
28	Maschinenbau	79 775	.	11,2	29,2	.	50,9	8,0
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	113 000	.	1,5	31,5	0,2	53,4	12,8
30	Sonstiger Fahrzeugbau	11 798	–	2,8	43,8	0,4	43,6	9,5
31	H. v. Möbeln	11 097	–	8,9	11,6	32,0	44,7	2,8
32	H. v. sonstigen Waren	10 362	–	6,1	40,2	2,0	48,6	3,1
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	7 997	.	7,7	27,7	0,3	39,0	25,2

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Soweit Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt werden, enthält der Gesamtenergieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stromes erfassen.

3 Einschl. nichtenergetischem Verbrauch (ausgenommen Strom und Fernwärme).

4 Beinhaltet feste und flüssige biogene Stoffe, Bio-, Klär- und Deponiegas und sonstige erneuerbare Energien.

5 Fernwärme, sonstige Mineralölerzeugnisse, hergestellte Gase, Abfälle und Dampf.

Methodik

Der Wirtschaftssektor Energie umfasst die Bereiche „Elektrizität“, „Gas“ und „Wärme“. Die hier dargestellten Daten stammen, soweit nicht anders angegeben, aus Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diese Daten liefern ein Grundgerüst für die Erstellung der nationalen Energiebilanzen und sind Bestandteil der internationalen Berichterstattung, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union und der Internationalen Energieagentur (IEA) verpflichtet hat.

Daten für die Bereiche „Elektrizität“ und „Erdgas“ auf der Erzeugungs- bzw. Gewinnungsstufe werden monatlich erfasst. Für die Wärmeerzeugung und das Aufkommen von anderen Gasarten, wie Flüssiggas oder Klärgas, liegen hingegen nur Jahresdaten vor. Aufgrund der derzeitigen Rechtsgrundlage (Energiestatistikgesetz) können bei der Elektrizitätserzeugung nur Anlagen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie befragt werden, deren Leistung größer 1 Megawatt (MW) ist.

Neben der Erzeugungsseite liegen auch jährliche Angaben zur Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden vor.

■ Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Die in den Tabellen 22.1.1 bis 22.1.3 nachgewiesenen Zahlen über Engpassleistung, Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch beziehen sich auf Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und auf Stromerzeugungsanlagen der Industrie. Berichtspflichtig sind Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

Die Angaben zur Engpassleistung beziehen sich auf die Werte am Jahresende. Der Brennstoffverbrauch für die Erzeugung aus Wasserkraft und Kernenergie wurde nach der Wirkungsgradmethode bewertet.

■ Wärme

Die Tabelle 22.2 enthält Angaben zu Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme (Wärmebilanz). Berichtspflichtig sind hier Heizwerke mit größer oder gleich 2 MW thermischer Engpassleistung und Heizkraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

■ Leitungsgebundenes Gas

Die inländische Erdgas- und Erdölgasgewinnung der Erdgasproduzenten stellt Tabelle 22.3 dar. Sie zeigt auch den Bezug und die Abgabe nach Abnehmergruppen.

■ Klärgas

Die Tabelle 22.4 enthält Daten zum Aufkommen und zur Verwendung von Klärgas. Berichtspflichtig sind hier Kläranlagen, die Klärgas gewinnen.

■ Flüssiggas

Die Abgabe von Flüssiggas (ausschließlich Propan und Butan) zeigt die Tabelle 22.5. Berichtspflichtig sind Unternehmen, die Flüssiggas an Letztverbraucher und Wiederverkäufer abgeben.

■ Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe

Die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stellt die Tabelle 22.6 dar. Neben dem Energieverbrauch (in Terajoule) insgesamt zeigt sie die Anteile der einzelnen Energieträger.

Glossar

Brennstoffverbrauch | Einsatz von Energieträgern zur Elektrizitäts- und/oder Wärmeerzeugung.

Engpassleistung | Die Engpassleistung einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Elektrizitätserzeugung einer Erzeugungseinheit | *Brutto-Elektrizitätserzeugung* | Das ist die erzeugte elektrische Arbeit, gemessen an den Generatorklemmen.

Netto-Elektrizitätserzeugung | Das ist die um ihren Betriebs-Eigenverbrauch verminderte Brutto-Elektrizitätserzeugung.

Flüssiggas | Das sind Propan und Butan gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

Klärgas | Es entsteht aus Klärschlamm, der bei der Reinigung von Abwasser in Kläranlagen gewonnen wurde.

Nettowärmeerzeugung | Das ist die gemessene nutzbare Wärme, die in einer Berichtszeit von einer Wärmeerzeugungsanlage (Heizwerks- oder Kraftwerksprozess) an Wärmeverbraucher außerhalb dieser Anlage mit Hilfe eines Trägermediums (z. B. Wasser oder Dampf) abgegeben wurde.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Energie* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 43

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Energie

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 6 | Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/10 | Kraft-Wärme-Kopplung 2003 bis 2008

Heft 8/11 | Sich ständig wandelnde Energiemärkte – eine Herausforderung für die amtliche Energiestatistik

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 23 07

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

23 Bauen



Rund **745 000 Personen** in gut **75 000 Betrieben** des Bauhauptgewerbes tätig | 2012 baugewerblicher **Umsatz** von **93 Milliarden Euro** erwirtschaftet | **Ein Drittel** davon im **Wohnungsbau** erzielt | **Wohnfläche pro Kopf** lag 2011 bei **43 m²** | Im Schnitt **4 Räume** je Wohnung | 2012 fast **217 000 Neubauwohnungen genehmigt** | 2011 mehr als **164 000 Neubauwohnungen** mit einer Gesamtwohnfläche von 19 Millionen m² **fertig gestellt**



Vorläufige Ergebnisse des Zensus 2011 zum Thema Bauen finden Sie in der Zensusdatenbank unter www.zensus2011.de

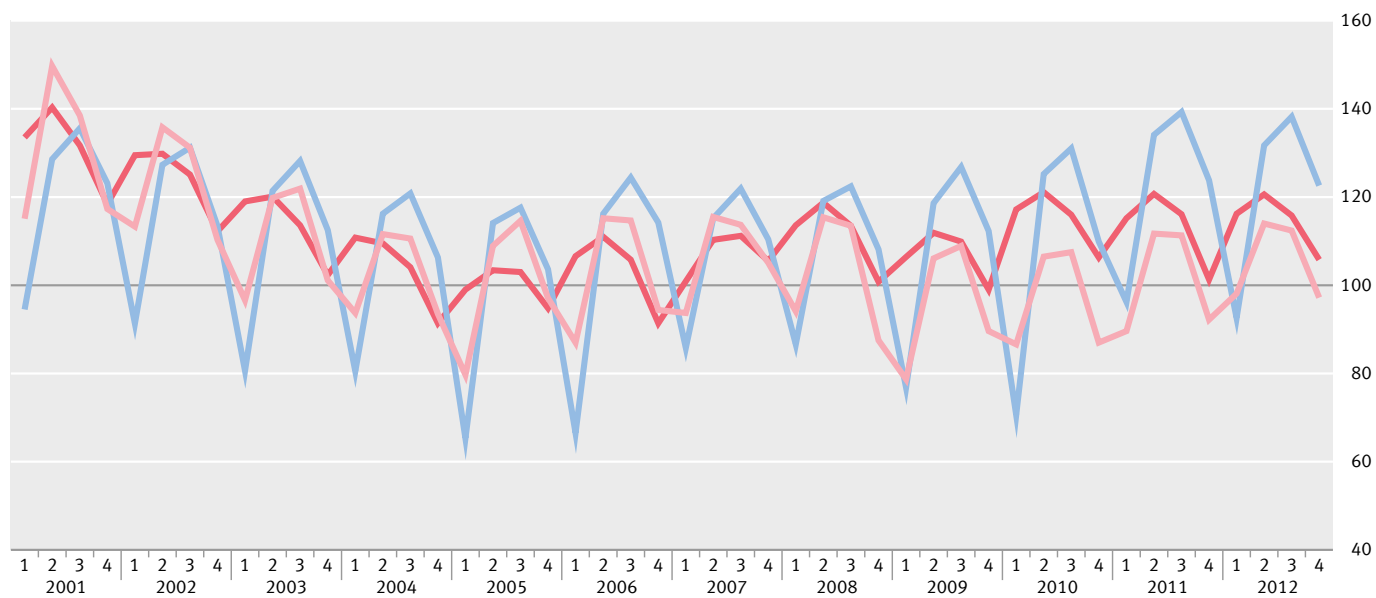
<i>Seite</i>	
557	Auf einen Blick
	Tabellen
558	Strukturdaten der Betriebe Bauhauptgewerbe Ausbaugewerbe Nach Ländern Umsatz Nach Beschäftigtengrößenklassen
561	Indizes Auftragseingang Auftragsbestand Produktion
561	Bautätigkeit Wohnungsbestand Baugenehmigungen Baufertigstellungen
564	Methodik
565	Glossar
566	Mehr zum Thema

23.0 Auf einen Blick

Entwicklung im Bauhauptgewerbe

preisbereinigt, 2005 = 100

— Produktion — Auftragseingang — Auftragsbestand



2013 - 01 - 0409

23.1 Strukturdaten der Betriebe**23.1.1 Im Bauhauptgewerbe nach Ländern**

	Betriebe	Tätige Personen ¹	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ²
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2009	73 944	705	18 599	824	82 215
2010	73 292	716	18 815	819	81 933
2011	74 424	734	20 114	912	92 192
2012	75 181	745	20 692	885	92 625
davon (2012):					
Baden-Württemberg	7 136	88	2 649	105	11 570
Bayern	13 318	131	3 727	150	17 789
Berlin	2 677	20	514	22	2 737
Brandenburg	4 778	33	765	42	3 698
Bremen	166	3	113	4	532
Hamburg	917	9	322	10	1 614
Hessen	5 778	50	1 430	57	6 168
Mecklenburg-Vorpommern	1 407	16	396	21	1 887
Niedersachsen	6 150	80	2 335	96	10 480
Nordrhein-Westfalen	12 890	129	3 802	158	15 654
Rheinland-Pfalz	3 995	39	1 081	46	4 586
Saarland	696	9	277	11	1 055
Sachsen	6 820	56	1 294	67	6 091
Sachsen-Anhalt	2 946	31	729	38	3 303
Schleswig-Holstein	2 455	23	610	26	2 551
Thüringen	3 052	27	647	34	2 910

Alle Betriebe.

1 Durchschnitt aus zwölf Monatswerten.

2 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.2 Im Ausbaugewerbe nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ^{1 2}	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2009	7 125	279	7 903	351	30 678
2010	7 303	290	8 270	366	32 844
2011	7 491	300	8 752	382	35 789
2012	7 792	312	9 290	394	36 520
davon (2012):					
Baden-Württemberg	1 044	43	1 442	48	5 684
Bayern	1 125	50	1 474	61	6 171
Berlin	291	13	378	17	1 482
Brandenburg	254	9	209	11	911
Bremen	68	3	88	3	298
Hamburg	172	7	245	9	964
Hessen	519	21	692	25	2 691
Mecklenburg-Vorpommern	151	5	132	7	617
Niedersachsen	850	34	981	44	3 746
Nordrhein-Westfalen	1 588	61	1 900	82	6 813
Rheinland-Pfalz	395	15	446	19	1 783
Saarland	99	3	95	4	336
Sachsen	488	19	475	25	2 064
Sachsen-Anhalt	253	10	266	14	1 165
Schleswig-Holstein	224	8	228	10	837
Thüringen	273	10	239	13	958

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Durchschnitt aus vier Vierteljahreswerten.

2 Einschl. gewerblich Auszubildender.

3 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.3 Umsatz im Bauhauptgewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz						
		zusammen	Gewerblicher Bau		Wohnungs- bau	Öffentlicher Bau und Straßenbau		
			Hochbau	Tiefbau		Hochbau	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
	Mill. EUR	Anteil am baugewerblichen Umsatz in %						
2009	83 317	82 215	24,2	13,3	30,0	7,5	14,5	10,5
2010	83 062	81 933	22,0	14,0	32,1	8,0	13,4	10,4
2011	93 429	92 192	22,3	14,2	33,6	6,9	13,2	9,8
2012	93 823	92 625	22,8	14,0	35,0	6,0	12,8	9,3

Alle Betriebe.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.4 Umsatz im Ausbaugewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz		
		insgesamt	Bauinstallation	sonstiger Ausbau
			Anteil am baugewerblichen Umsatz in %	
	Mill. EUR			
2009	32 094	30 678	78,0	22,0
2010	34 356	32 844	78,3	21,7
2011	37 347	35 789	78,3	21,7
2012	37 466	36 520	78,5	21,5

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.5 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe im Juni 2012

	Insgesamt	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)	Errichtung von Fertigteilbauten	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	Brücken- und Tunnelbau; Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	Sonstiger Tiefbau	Abbrucharbeiten, vorbereitende Baustellenarbeiten, Test- und Suchbohrungen	Dachdeckerei und Zimmerei	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten, a. n. g.
Betriebe insgesamt	75 181	20 463	545	3 288	2 634	1 660	5 237	24 515	16 839
	mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	90,0	86,9	87,9	68,5	63,9	74,0	94,6	95,6	94,0
20 – 49	7,1	9,6	6,6	16,6	22,4	16,9	4,3	3,9	4,3
50 – 99	1,9	2,2	2,8	8,4	9,3	5,4	0,7	0,4	1,1
100 – 199	0,8	0,9	1,8	4,5	3,2	2,8	0,4	0,1	0,4
200 – 499	0,2	0,3	0,7	1,8	1,1	0,8	0,0	0,0	0,1
500 und mehr	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0	–	0,0
Tätige Personen insgesamt	755 041	243 930	8 409	94 703	70 410	34 785	31 800	160 127	110 877
	in Betrieben mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	46,1	43,6	26,0	17,2	17,9	23,5	59,6	78,4	52,0
20 – 49	21,0	23,9	13,0	17,6	26,5	24,9	21,3	16,4	19,8
50 – 99	12,6	12,7	12,7	19,8	24,2	17,5	7,9	3,5	11,6
100 – 199	10,3	10,5	15,5	21,5	15,7	17,0	8,2	.	.
200 und mehr	10,0	9,3	32,9	23,8	15,7	17,1	3,1	.	.
	Art der tätigen Personen (in %)								
Tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen und unbezahlt mithelfende Familienangehörige	7,2	5,2	4,0	1,8	1,7	2,6	13,8	12,1	12,7
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer/-innen, Kaufmännische/technische Auszubildende	19,4	20,4	29,6	20,1	19,9	21,6	18,9	16,3	19,6
Facharbeiter/-innen einschl. Polieren/Polierinnen und Meistern/Meisterinnen	52,6	59,2	49,9	49,8	48,9	48,3	35,3	56,3	44,0
Fachwerker/-innen und Werker/-innen	16,1	10,6	14,1	24,7	26,2	23,8	30,6	7,3	21,1
Gewerblich Auszubildende und Umschüler/-innen ...	4,6	4,6	2,4	3,7	3,3	3,7	1,4	8,0	2,7

Alle Betriebe.

23.1.6 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe Ende Juni 2012

	Einheit	Insgesamt	Elektroinstallation	Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	Sonstige Bauinstallation, a. n. g.	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	Bautischlerei und -schlosserei	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	Malerei und Glaserei	Sonstiger Ausbau, a. n. g.
Betriebe insgesamt ¹	Anzahl	19 771	4 720	6 641	751	541	747	1 610	1 369	3 226	166
dar. mit 20 tätigen Personen und mehr	%	39,9	45,6	40,2	41,9	54,5	35,1	32,5	28,7	38,0	25,9
Tätige Personen insgesamt ¹ ..	Anzahl	483 449	133 486	161 807	20 255	20 244	15 738	31 816	25 562	70 590	3 951
dar. in Betrieben mit 20 tätigen Personen und mehr	%	66,4	73,9	66,2	70,8	83,3	57,3	53,7	49,3	61,1	55,8

1 Betriebe von Unternehmen mit 10 tätigen Personen und mehr.

23.2 Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestands und der Produktion im Bauhauptgewerbe

	Gewichtung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Auftragseingang, 2005 = 100 ¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	107,0	102,6	95,8	96,9	101,2	105,4
Hochbau	51,04	105,7	104,2	90,7	95,7	104,6	110,3
Tiefbau	48,96	108,4	101,0	101,1	98,2	97,6	100,3
Auftragsbestand, 2005 = 100 ¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	107,0	111,7	106,8	115,2	113,3	114,6
Hochbau	52,94	107,1	108,8	96,0	103,7	107,2	112,6
Tiefbau	47,06	106,9	114,9	119,0	128,1	120,3	116,9
Produktion, 2005 = 100 ¹²							
Bauhauptgewerbe ..	100	108,4	109,1	108,6	109,2	123,4	121,3
Hochbau	62,40	109,5	109,2	108,6	110,6	125,4	124,9
Tiefbau	37,60	106,5	108,7	108,6	106,9	120,0	115,4

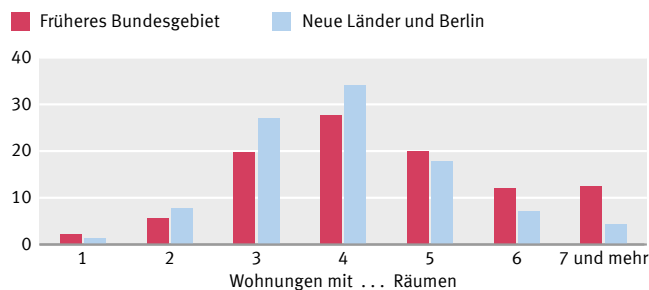
Preisbereinigt.

1 Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

2 Berechnungsmethode 2005 = 100 in „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

Struktur des Wohnungsbestandes 2011

in %



Vorläufiges Ergebnis.

Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Früheres Bundesgebiet) und 1995 (Neue Länder und Berlin-Ost).

2013 - 01 - 0411

23.3 Bautätigkeit

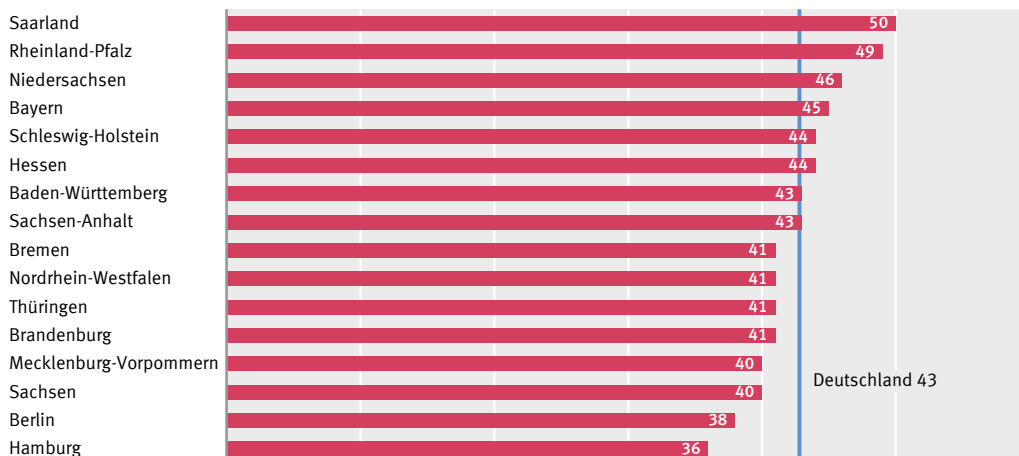
23.3.1 Strukturdaten zum Wohnungsbestand

	Einheit	2000	2006	2007	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹
Wohnungen								
Insgesamt	Anzahl	38 383 645	39 753 733	39 918 192	40 057 282	40 183 563	40 318 513	40 473 823
Je 1 000 Einwohner/-innen ..	Anzahl	467	483	486	488	491	493	495
Wohnfläche								
Insgesamt	1 000 m ²	3 245 487	3 421 384	3 443 790	3 462 334	3 479 042	3 496 358	3 516 187
Je Wohnung	m ²	84,6	86,1	86,3	86,4	86,6	86,7	86,9
Je Einwohner/-in	m ²	39,5	41,6	41,9	42,2	42,5	42,8	43,0
Räume								
Insgesamt	Anzahl	167 636 286	175 195 906	176 113 985	176 859 737	177 523 489	178 218 383	179 007 624
Je Wohnung	Anzahl	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Je Einwohner/-in	Anzahl	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2

Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Früheres Bundesgebiet) und 1995 (Neue Länder und Berlin-Ost). Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels. – Ohne Wohnheime und Wohnungen in Wohnheimen. – Stand: jeweils Jahresende.

1 Vorläufiges Ergebnis.

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner 2011

in m²

Wohnfläche in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – Vorläufiges Ergebnis.

Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Früheres Bundesgebiet) und 1995 (Neue Länder und Berlin-Ost).

2013 - 01 - 0410

23.3 Bautätigkeit

23.3.2 Baugenehmigungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
Wohn- und Nichtwohngebäude						
2009	119 026	289 178	157 029	33 380	17 890	46 957
2010	125 661	294 472	167 759	32 761	19 165	46 685
2011	144 797	338 033	204 724	36 061	23 324	55 751
2012	139 492	339 051	216 594	36 166	23 953	58 279
davon (2012):						
Wohngebäude insgesamt	109 128	126 986	212 636	6 040	23 614	33 849
nach Gebäudeart (in %)						
Wohngebäude mit 1 Wohnung	81,3	56,1	41,7	57,1	55,8	55,8
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	8,2	8,4	8,5	8,6	8,3	8,3
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	10,3	34,3	45,7	33,1	34,7	34,5
Wohnheime	0,2	1,2	4,1	1,1	1,2	1,4
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	6,4	21,7	27,3	21,3	22,1	21,7
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	0,5	1,4	2,6	1,3	1,4	1,7
Wohnungsunternehmen	16,9	28,8	36,6	26,1	29,6	28,6
Immobilienfonds	0,2	0,5	0,8	0,5	0,5	0,5
Sonstige Unternehmen	3,2	4,8	5,8	4,9	4,7	4,7
Private Haushalte	79,2	64,5	54,2	67,2	63,8	64,5
Nichtwohngebäude insgesamt	30 364	212 066	3 958	30 126	339	24 430
nach Gebäudeart (in %)						
Anstaltsgebäude	1,3	2,2	21,2	3,2	10,9	6,3
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,3	6,7	19,4	8,6	22,7	16,7
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	27,5	18,5	2,9	19,9	3,9	7,4
Fabrik- und Werkstattgebäude	12,5	21,5	7,8	18,0	10,8	18,2
Handels- einschl. Lagergebäude	28,0	38,2	28,9	32,9	32,4	24,9
Hotels und Gaststätten	1,6	1,5	2,1	2,2	2,2	3,9
Sonstige Nichtwohngebäude	22,9	11,3	17,8	15,1	17,1	22,7
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	12,5	10,3	35,8	12,3	24,7	25,1
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	10,3	7,6	15,4	9,2	10,3	20,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27,6	18,6	2,6	20,1	3,6	7,5
Produzierendes Gewerbe	17,6	30,0	4,6	25,4	6,3	25,4
Dienstleistungen ³	25,1	38,8	59,4	39,3	57,8	41,6
Private Haushalte	19,4	5,0	18,1	6,0	22,1	5,2

1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

23.3 Bautätigkeit

23.3.3 Baufertigstellungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
Wohn- und Nichtwohngebäude						
2008	122 939	303 590	155 820	33 773	17 939	42 382
2009	109 053	282 519	140 166	32 018	16 087	41 134
2010	111 330	260 194	142 891	29 636	16 415	40 267
2011	125 022	276 057	164 178	30 728	18 898	45 095
davon (2011):						
Wohngebäude insgesamt	96 549	100 959	161 186	4 728	18 636	25 056
nach Gebäudeart (in %)						
Wohngebäude mit 1 Wohnung	84,0	63,6	50,3	64,4	63,3	63,5
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	8,2	9,3	9,9	9,5	9,3	9,3
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	7,6	26,1	38,0	24,8	26,9	26,0
Wohnheime	0,2	1,0	1,8	1,3	0,5	1,2
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	4,6	15,3	20,3	15,2	15,9	15,1
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	0,5	1,4	2,1	1,5	1,1	1,6
Wohnungsunternehmen	18,2	26,3	33,9	22,4	27,4	25,8
Immobilienfonds	0,1	0,2	0,4	0,2	0,3	0,2
Sonstige Unternehmen	3,4	4,2	4,8	4,4	4,0	3,9
Private Haushalte	77,8	68,0	58,8	71,6	67,2	68,5
Nichtwohngebäude insgesamt	28 473	175 098	2 992	26 000	262	20 040
nach Gebäudeart (in %)						
Anstaltsgebäude	1,7	4,0	22,6	5,2	13,4	10,7
Büro- und Verwaltungsgebäude	5,8	6,7	16,8	8,3	17,7	15,6
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	28,6	19,8	4,2	20,7	5,5	7,6
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,0	18,9	7,9	16,2	11,4	15,2
Handels- einschl. Lagergebäude	26,5	36,6	32,4	31,8	34,4	23,6
Hotels und Gaststätten	1,8	1,2	3,5	1,5	3,5	2,8
Sonstige Nichtwohngebäude	22,7	12,9	12,5	16,4	13,9	24,6
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	15,0	14,7	32,6	17,1	24,7	32,7
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	12,5	10,6	8,4	12,2	6,9	25,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	29,7	20,2	4,4	21,2	5,7	7,9
Produzierendes Gewerbe	16,2	26,3	5,9	22,4	8,5	18,8
Dienstleistungen ³	24,7	37,8	59,5	38,2	54,4	42,4
Private Haushalte	16,9	5,1	21,8	5,9	24,5	5,1

Aktuellere Angaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

- 3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Methodik

Die Baustatistiken (Bauberichterstattung und Bautätigkeitsstatistik) stellen das Baugeschehen von der Planung der Bauvorhaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauwerk aus verschiedenen Blickwinkeln dar.

■ Bauberichterstattung

Die Bauberichterstattung, die in das System der Statistik im Produzierenden Gewerbe integriert ist (siehe hierzu Kapitel 20), liefert wichtige Konjunkturindikatoren über die Bauwirtschaft (Auftragseingang, Umsatz, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden). Diese Indikatoren werden bei den Betrieben von Unternehmen des Baugewerbes erhoben.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung.

■ Bautätigkeit

Die Angaben der **Bautätigkeitsstatistik** (Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, Bauabgänge und Bauüberhang) werden auf Gebäude bezogen und beim Bauherrn bzw. bei der Bauaufsichtsbehörde erfasst. Sie ergänzen die Konjunkturindikatoren durch Informationen über die Struktur des Baugeschehens. Die Bautätigkeitsstatistik erstreckt sich auf alle genehmigungspflichtigen bzw. ihnen gleichgestellten Baumaßnahmen im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Erfasst werden Baugenehmigungen und Baufertigstellungen nach ausgewählten Merkmalen, wie Nutz- und Wohnflächen sowie Kosten. Die Erhebung des Bauüberhangs stellt die am Jahresende genehmigten, aber noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben fest.

Die **Wohnungsbestandsdaten** beschreiben den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes wurde auf Grundlage der Daten durchgeführt, die in der Volkszählung vom 25.5.1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. vom 30.9.1995 (neue Länder und Berlin-Ost) erhoben wurden. Sobald die Ergebnisse des Zensus 2011 vorliegen, werden die aktuellen Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 für die Fortschreibung verwendet.

Rechtsgrundlage für die Durchführung dieser Statistiken ist das Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) vom 5.5.1998 (BGBl. I S. 869) in der jeweils gültigen Fassung.

Baufertigstellungen | Zeitpunkt der Bezugsfertigstellung, zu dem die Arbeiten am Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen sind und zu dem das Gebäude bzw. die Wohnung bezogen oder – bei leer stehenden Gebäuden – bezugsfertig wird.

Baugenehmigungen | Erteilung von bauamtlichen Genehmigungen zur Bauausführung – gleichgültig ob vorläufig, endgültig oder mit Einschränkungen.

Baujahr | Jahr der Bezugsfertigstellung des Gebäudes.

Bauüberhang | Die Statistik des Bauüberhangs stellt das Bindeglied zwischen den Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsmeldungen dar. Sie erfasst am Jahresende genehmigte, aber noch nicht begonnene bzw. bereits im Bau befindliche Gebäude.

Betrieb | Als Einheit gilt der Baubetrieb und nicht die Baustelle oder das Bauunternehmen. Filialbetriebe eines Bauunternehmens werden wie selbstständige Betriebe behandelt.

Eigentumswohnungen | Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes zur Reform des Kontopfändungsschutzes vom 7.7.2009 (BGBl. I S. 1707).

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Gebäude | Selbstständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Teil als selbstständiges Gebäude, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer getrennt ist. Nicht zu den Gebäuden zählen Unterkünfte.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Inhaberinnen und Inhabern, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Auszubildenden auf Baustellen im Bundesgebiet tatsächlich geleisteten Stunden (nicht die bezahlten).

Gewerblicher Bau | Überwiegend gewerblichen Zwecken dienende Bauten, auch der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, Pipelines, Kinos, Hotels, Bürogebäuden, Lager- und Kühlhäusern, Markthallen, Ställen, Scheunen usw.

Hochbauten | Gebäude, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen (z. B. Wohn- oder Geschäftshäuser, Industriegebäude). Zu den Hochbauten zählen auch Bauwerke, die zwar unter dem Erdboden liegen, jedoch dem Menschen zugänglich und zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind (z. B. Zivilschutzanlagen, Tiefgaragen).

Index des Auftragsbestands | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser auf der Basis 2005 = 100 vierteljährlich preisbereinigt (Volumenindex). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsbestandsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Auftragseingangs | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser Index auf der Basis 2005 = 100 monatlich preisbereinigt (Volumenindex). Als Auftragseingänge gelten die im Berichtsmonat eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragseingangsanteilen des Basiszeitraums.

Nichtwohngebäude | Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind (gemessen an der Gesamtnutzfläche). Zu den Nichtwohngebäuden zählen z. B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, wie Fabrikgebäude, Hotels und dergleichen.

Öffentlicher Bau und Straßenbau | Bauten, die überwiegend für die Ausübung staatlicher und kommunaler Funktionen benötigt werden (z. B. Gerichte, Finanzämter, Kasernen, Kanalisation, Sportanlagen, Schulen) sowie Straßenbauten (z. B. Straßen, Autobahnen und Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze), unabhängig vom Auftraggeber.

Räume | Wohn- und Schlafräume (einschließlich zweckentfremdeter Räume) mit 6 m² und mehr sowie alle abgeschlossenen Küchen (ohne Rücksicht auf die Größe).

Tätige Personen | Die tätigen Personen umfassen die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie aus Nebengeschäften. Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen sind nicht einbezogen. Es handelt sich hierbei um den steuerlichen Umsatz. Das sind die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren Beträge im Bundesgebiet. Die Umsätze werden in der Regel nach den vereinbarten Entgelten besteuert und ohne Umsatzsteuer erfasst. Seit dem 1.1.1980 werden auch Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen versteuert und damit in die Meldungen einbezogen.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Die Anteile der Unternehmen an Arbeitsgemeinschaften werden im Baugewerbe in die Unternehmensdaten einbezogen.

Veranschlagte Kosten des Bauwerkes | Kosten der Baukonstruktion (einschließlich Erdarbeiten), die Kosten aller fest verbundenen Einbauten und die Kosten für besondere Bauausführungen. Die veranschlagten Kosten werden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung ermittelt. Sie schließen die Umsatzsteuer ein.

Wohnungsbau | Bauten, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sowie der Umbau oder die Erweiterung bisher anderweitig genutzter Gebäude und Räume zu Wohnungen, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Wohnhäusern oder Wohnungen.

Wohnfläche | Fläche aller Wohn- und Schlafräume sowie aller Küchen und Nebenräume. Unberücksichtigt bleiben dabei die nicht zum Wohnen bestimmten Boden-, Keller- und Wirtschaftsräume.

Wohngebäude | Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen (gemessen an der Gesamtnutzfläche).

Wohnheime | Wohngebäude (mit einer Heimleitung), die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen (z. B. Studentenwohnheim, Seniorenwohnheim). Wohnheime besitzen Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Gemeinschaftsräume). Die in Wohnheimen lebenden Personen führen einen eigenen Haushalt.

Wohnung | Gesamtheit der Räume, die die Führung eines Haushalts ermöglichen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Bauen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 44 sowie 31

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Strukturdaten der Betriebe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 5 | Baugewerbe

■ Bautätigkeit

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1 | Bautätigkeit

Reihe 3 | Bestand an Wohnungen

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 29 67 (Strukturdaten der Betriebe), +49 (0)6 11 / 75 28 84 (Bautätigkeit).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



24 Binnenhandel

6,3 Millionen Personen in **582 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der **tätigen Personen** im **Einzelhandel**, knapp **ein Drittel** im **Großhandel** | **2011 Umsatz** von **1,8 Billionen Euro** erwirtschaftet | Davon setzte **Großhandel** mit 1,1 Billionen Euro deutlich **mehr als Hälfte** um | **Einzelhandel** tätigte mit 504 Milliarden Euro **weniger als ein Drittel** | **Kfz-Handel** erzielte Umsatz von **208 Milliarden Euro** | **Weihnachtsgeschäft** bringt im **Spielwarenhandel** knapp ein **Drittel** des Jahresumsatzes ein

Seite

569 **Auf einen Blick**

Tabellen

570 **Strukturdaten der Unternehmen im Handel**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

571 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung | Personalaufwendungen | Bruttobetriebsüberschuss

573 **Aufwendungen im Handel**

574 **Methodik**

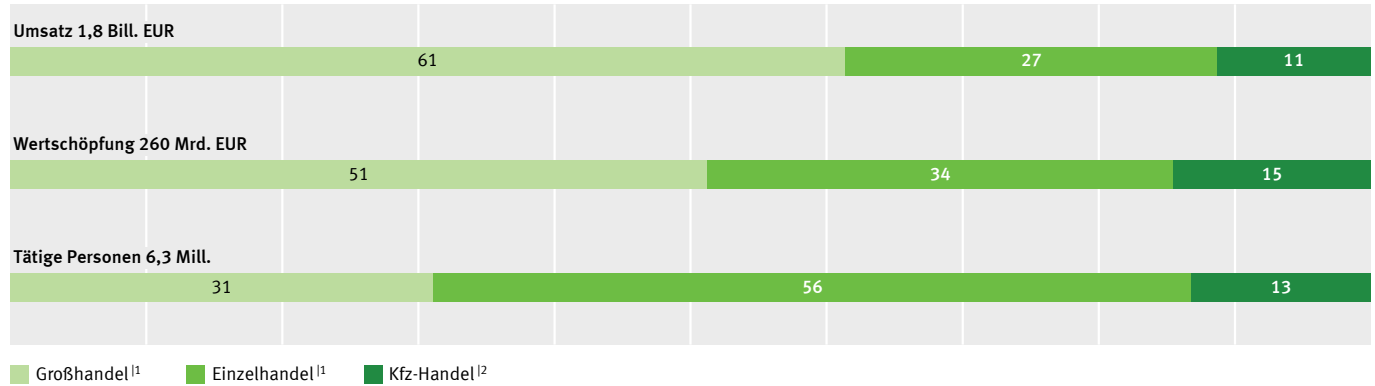
575 **Glossar**

576 **Mehr zum Thema**

24.0 Auf einen Blick

Umsatz, Bruttowertschöpfung und tätige Personen im Handel 2011

in %



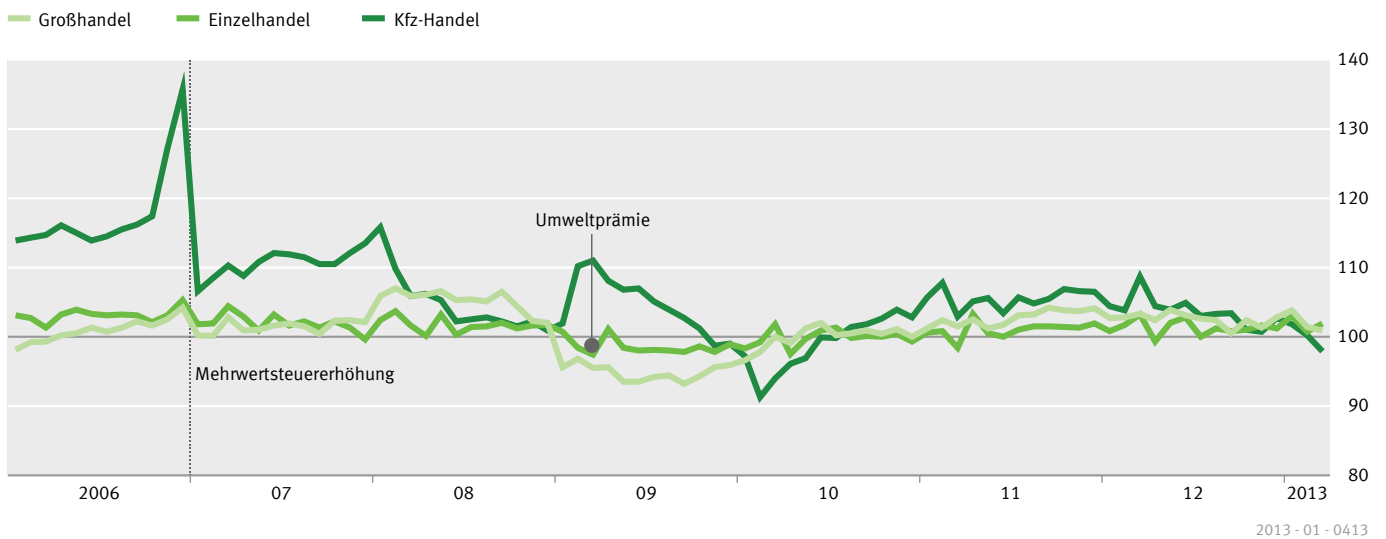
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2013 - 01 - 0412

Reale konjunkturelle Entwicklung im Handel

Kalender- und saisonbereinigte Werte, 2010 = 100

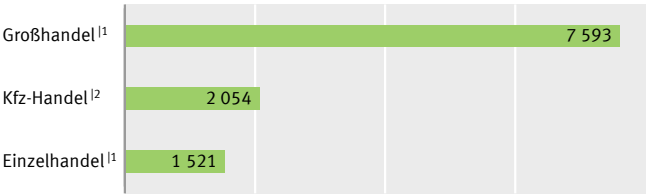


24.1 Strukturdaten der Unternehmen im Handel 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl			Mill. EUR		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	581 788	790 759	6 315 227	1 845 181	259 996	20 184
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	101 206	114 240	836 589	207 872	37 812	3 943
45.1	Handel mit Kraftwagen	36 187	41 369	408 787	139 121	20 896	2 500
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	44 541	48 110	272 603	27 020	9 224	965
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	15 529	19 511	136 226	38 192	7 044	436
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	4 949	5 249	18 973	3 539	648	42
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	149 285	186 465	1 966 106	1 133 516	133 208	9 018
46.1	Handelsvermittlung	40 495	42 063	94 298	9 657	6 200	262
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	6 245	8 103	63 748	63 551	2 764	480
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	14 051	19 205	268 184	167 057	15 387	1 390
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	29 469	38 343	533 643	232 741	38 219	1 945
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	5 510	7 292	137 139	85 085	12 531	450
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	21 045	25 372	266 034	100 049	19 276	1 452
46.7	Sonstiger Großhandel	27 825	37 797	500 896	409 120	32 852	2 686
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	4 645	8 290	102 164	66 256	5 980	354
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	331 297	490 054	3 512 532	503 792	88 977	7 224
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	37 163	76 853	1 170 005	204 595	27 099	2 430
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	38 450	52 443	244 007	20 447	4 384	421
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	7 570	9 827	90 624	16 023	1 884	112
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	20 073	25 613	124 053	22 304	3 859	273
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	51 012	63 653	441 025	61 918	13 925	1 005
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	27 092	33 533	160 909	16 072	3 763	322
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	118 807	193 969	1 112 914	124 036	27 361	2 159
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	6 490	7 202	22 345	1 248	308	33
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	24 639	26 962	146 650	37 150	6 393	468

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

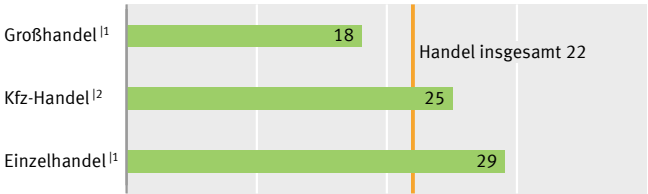
Umsatz je Unternehmen 2011
in 1 000 EUR



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2013 - 01 - 0414

Rohertragsquote 2011
Anteil des Rohertrags am Umsatz, in %



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2013 - 01 - 0415

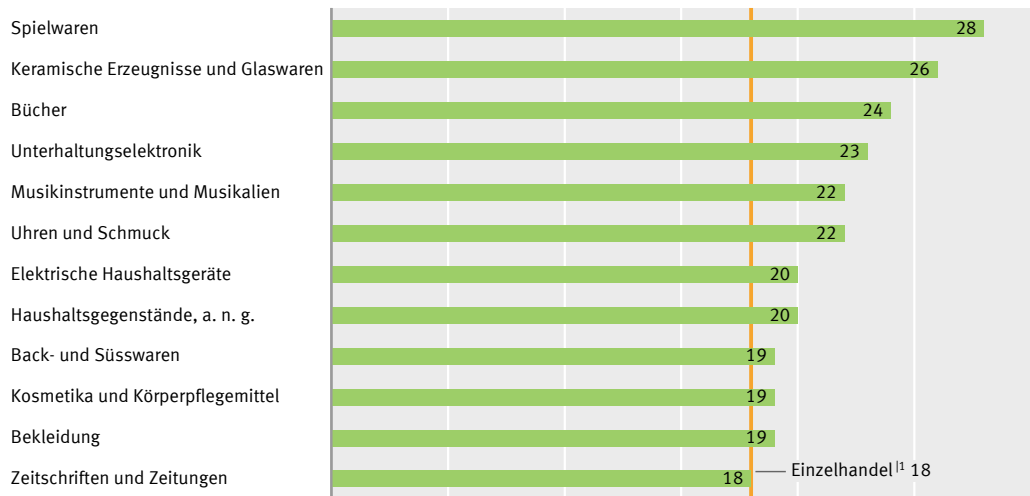
24.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Rohertragsquote	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %					
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 845 181	21,6	25,3	88,3	14,1	8,9	4,9
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	207 872	25,4	29,2	84,7	18,2	10,8	7,3
45.1	Handel mit Kraftwagen	139 121	21,0	23,9	88,3	15,0	8,9	6,1
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	27 020	45,5	54,7	67,2	34,1	20,8	13,1
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	38 192	27,0	30,2	84,4	18,4	10,8	7,3
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	3 539	27,2	29,4	82,8	18,3	9,3	8,9
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 133 516	17,7	21,0	90,4	11,8	7,0	4,6
46.1	Handelsvermittlung	9 657	83,6	90,7	37,9	64,2	22,9	40,9
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	63 551	7,3	10,5	96,3	4,3	2,8	1,5
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	167 057	15,4	18,7	92,9	9,2	5,2	3,8
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	232 741	26,2	31,0	87,4	16,4	10,0	6,1
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	85 085	18,7	23,7	88,6	14,7	9,3	5,2
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	100 049	27,1	30,7	83,1	19,3	11,5	7,5
46.7	Sonstiger Großhandel	409 120	12,1	14,1	93,2	8,0	4,9	3,0
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	66 256	13,7	16,3	93,1	9,0	5,5	3,4
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	503 792	28,8	33,4	84,9	17,7	12,6	4,8
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	204 595	20,7	26,3	90,5	13,2	10,8	2,2
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	20 447	33,2	37,5	79,7	21,4	13,5	7,7
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	16 023	17,8	20,0	88,6	11,8	6,5	5,2
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	22 304	27,5	32,1	84,6	17,3	12,3	4,9
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	61 918	38,4	42,7	80,1	22,5	15,6	6,2
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	16 072	36,8	40,0	78,4	23,4	15,4	7,9
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	124 036	36,1	39,5	78,8	22,1	15,5	6,4
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	1 248	38,5	42,2	75,4	24,7	10,7	13,9
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten ..	37 150	32,8	38,3	87,4	17,2	8,7	8,1

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Weihnachtsgeschäft in ausgewählten Branchen 2012

Anteil am Gesamtumsatz, in %

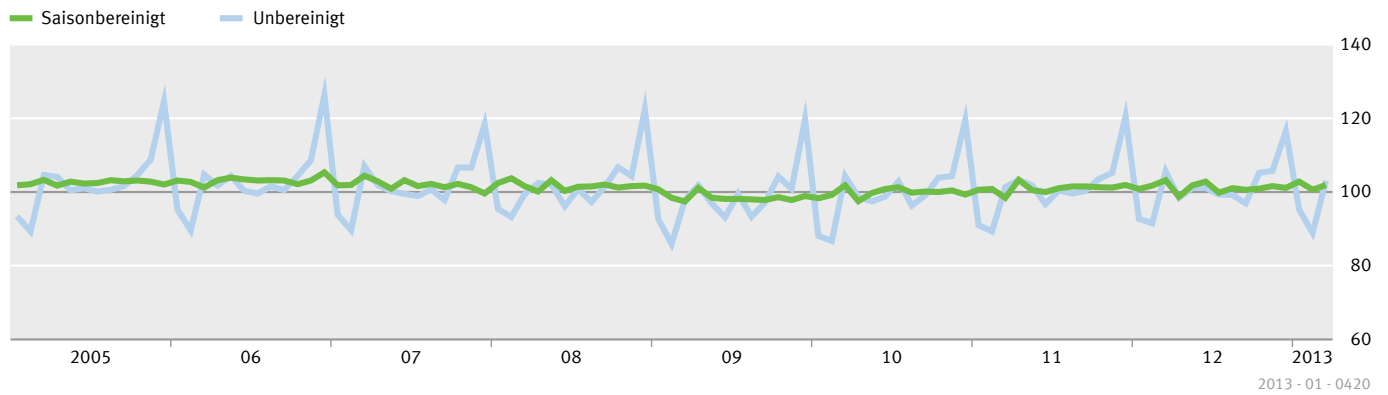


1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2013 - 01 - 0418

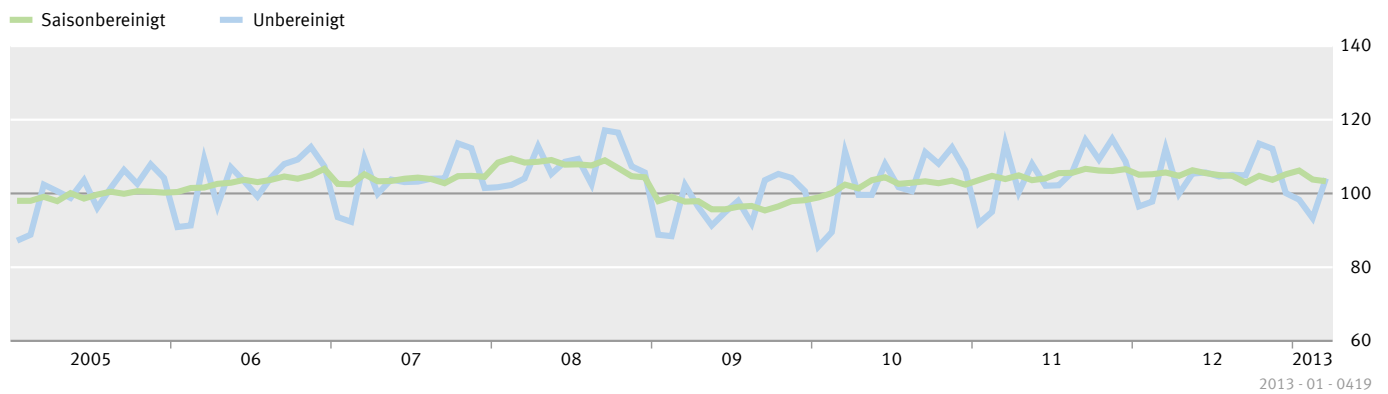
Reale konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel

2010 = 100



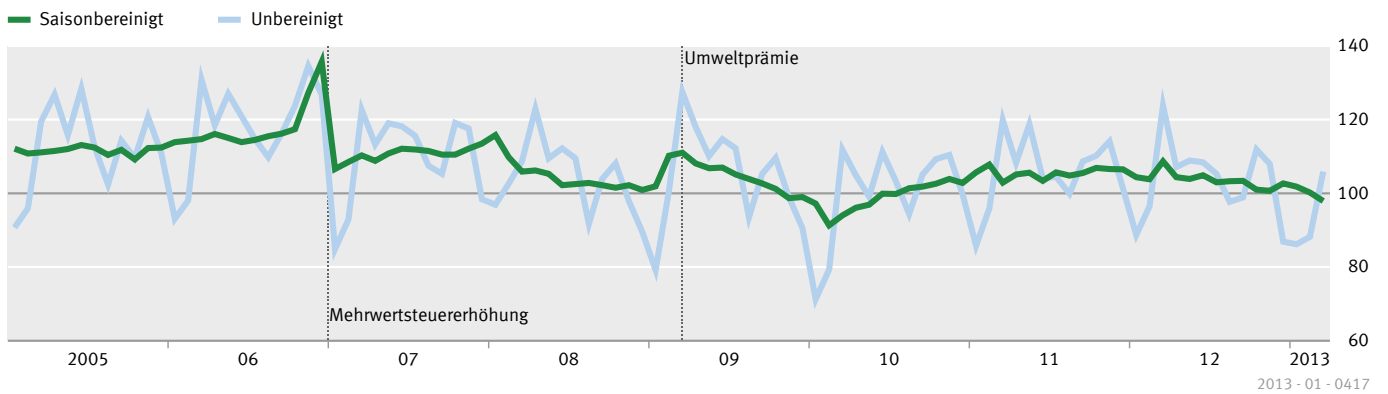
Reale konjunkturelle Entwicklung im Großhandel

2005 = 100



Reale konjunkturelle Entwicklung im Kfz-Handel

2010 = 100

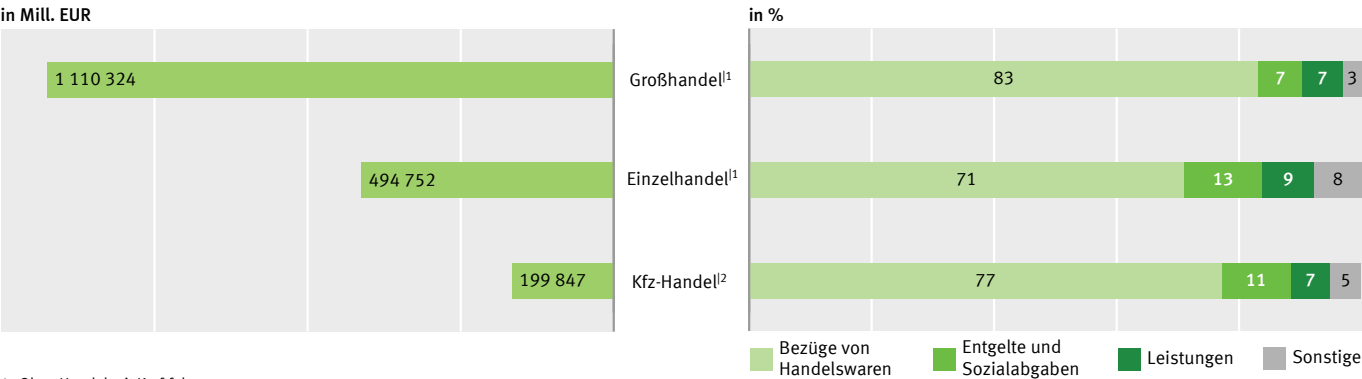


24.3 Aufwendungen im Handel 2011

Nr. der Klassifi- kation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Aufwendungen				
		insgesamt	davon			
			Bezüge von Handels- waren	Entgelte und Sozial- abgaben	Leistungen	Sonstige
		Mill. EUR				
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen . . .	1 804 922	1 429 279	164 857	127 533	83 253
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	199 847	154 330	22 452	12 986	10 079
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 110 324	923 652	79 035	72 729	34 908
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	494 752	351 297	63 370	41 819	38 266

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Aufwendungen 2011



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Methodik

■ Binnenhandel

Die **Handelsstatistik** umfasst monatliche Vollerhebungen im Kraftfahrzeug- und Großhandel, eine monatliche Stichprobenerhebung im Einzelhandel und jährliche Stichprobenerhebungen über den gesamten Binnenhandel. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) bestimmt den Erhebungsbereich der Handelsstatistik: Der Abschnitt G dieser Klassifikation umfasst alle Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. Zum Abschnitt G gehören die Abteilungen 45 „Kfz-Handel“, 46 „Großhandel (und Handelsvermittlung)“ und 47 „Einzelhandel“. Die jährliche Stichprobe wählt aus dem Handel höchstens 8,5 % der Unternehmen mit Sitz in Deutschland aus. In der monatlichen Vollerhebung im Kfz-Handel sind alle Unternehmen auskunftspflichtig, die mindestens 10 Millionen Euro Jahresumsatz erwirtschaften oder mindestens 100 Beschäftigte haben. Für die monatliche Großhandelsstatistik besteht Auskunftspflicht bei mindestens 20 Millionen Euro Jahresumsatz oder mindestens 100 Beschäftigten. Informationen unterhalb dieser Grenzen gewinnen die Statistiken aus Verwaltungsdaten. Die monatliche Einzelhandelsstatistik ist dagegen eine dreifach geschichtete Stichprobenerhebung. Auskunftspflichtig sind Stichprobenunternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 250 000 Euro.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Handelsstatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

■ Konjunktur- und Strukturdaten sowie betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

Zum Erhebungsprogramm der Monaterhebungen im Handel gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Handelsstatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monaterhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturerhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung im Handel** stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Handelsstatistiken dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Handel vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Erfasst werden weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben. Schließlich erfolgt eine Aufgliederung des Gesamtumsatzes nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten. Neben dem jährlichen Erhebungsprogramm gibt es in mehrjährlichem Abstand wiederkehrende zusätzliche Merkmale (z. B. „Verkaufsfläche“ im Einzelhandel).

Die Daten werden in einer schriftlichen **Befragung** von Unternehmen erhoben. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Daten telefonisch oder online zu melden. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird für die Bereiche Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen. Für den Großhandel (einschl. Handelsvermittlung) erhebt zentral das Statistische Bundesamt die Daten.

In der monatlichen Einzelhandelsstatistik stellt die Aktualität ein herausragendes Qualitätskennzeichen dar. So veröffentlicht das Statistische Bundesamt auf seiner Homepage unter Konjunkturindikatoren erste vorläufige Ergebnisse für ausgewählte Wirtschaftszweige gut 30 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Wirtschaftlich tief gegliederte Ergebnisse stehen rund 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats in der Datenbank GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse für die monatlichen Kraftfahr-

zeughandels- und Großhandelsstatistiken stehen nach 60 Tagen in GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da die Unternehmen die meisten Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Handelsstatistik – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt wegen ihres großen Stichprobenumfangs und der geringfügigen Antwortausfälle. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfebereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Handelsstatistik nicht zuletzt wegen der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsraten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das in der Jahreserhebung angewandte Stichtagsprinzip. Im Einzelhandel werden ferner in der monatlichen Statistik nur Unternehmen einbezogen, die mehr als 250 000 Euro Jahresumsatz haben, wogegen in der Jahreserhebung auch Angaben von Unternehmen mit weniger als 250 000 Euro Jahresumsatz berücksichtigt werden.

Die in der Jahreserhebung erhobenen **Merkmale** überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen anderer Erhebungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Handelsstatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Handelsstatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttobetriebsüberschuss} = & \\ & \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} \\ & - \text{Personalaufwendungen} \end{aligned}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Einzelhandel | Wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt, betreibt Einzelhandel. Als Tätigkeiten des Einzelhandels zählen auch die der Apotheken und der Augenoptik- und Hörgeräteakustikgeschäfte.

Großhandel | Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmerinnen und Abnehmer als private Haushalte absetzt (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändlerinnen und Einzelhändler). Zum Großhandel zählen in der Regel der Absatz an Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungsträger und wirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand sowie der Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebendem Vieh, landwirtschaftlichen Geräten, Baumaschinen, Bürobedarf, Dental- und Laborbedarf usw.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Produktionswert} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand} \end{aligned}$$

Rohertrag | Bruttoumsatz minus Umsatzsteuer minus Wareneinsatz ergibt den Rohertrag.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber, unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Binnenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Binnenhandel

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 4 | Verkaufsflächen im Einzelhandel, Warensortiment im Handel

Fachberichte

| Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneingang, Wareneinsatz, Rohertrag im Handel 1994 bis 2009

Wirtschaft und Statistik

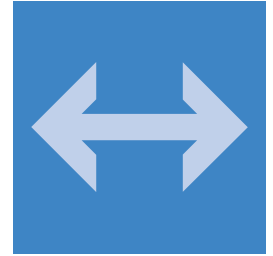
Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 50

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



25 Transport und Verkehr

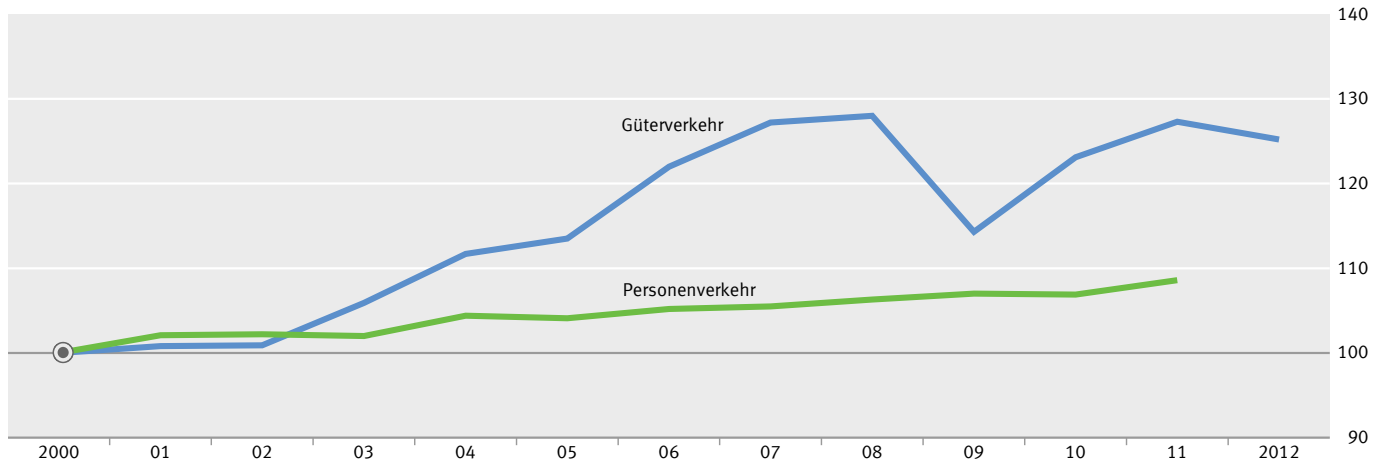
2,0 Millionen Personen in 90 000 Unternehmen tätig | 2011
Umsatz von 268 Milliarden Euro erwirtschaftet | 77 % der Güter auf
Straße befördert | Länge der Autobahnen beträgt 12 800 km | Rund
43 Millionen Pkw sind zugelassen | 3 600 Menschen starben 2012 im
Straßenverkehr | 57 Millionen Passagiere starteten oder landeten
am größten deutschen Flughafen Frankfurt/Main | Duisburg ist
bedeutendster Binnenhafen, Hamburg bedeutendster Seehafen

<i>Seite</i>	
579	Auf einen Blick
	Tabellen
580	Unternehmensdaten im Verkehr Strukturdaten Betriebswirtschaftliche Kennzahlen
581	Personenverkehr Straßenverkehr Eisenbahnverkehr Seeverkehr Luftverkehr
583	Güterverkehr Eisenbahnverkehr Straßenverkehr Binnenschiffsverkehr Seeverkehr Luftverkehr Rohrleitungen
589	Infrastruktur und Fahrzeugbestände Straßen Schienenstrecken Bundeswasserstraßen Rohölleitungen Kraftfahrzeuge Bestand an Schiffen Bestand an Luftfahrzeugen
591	Straßenverkehrsunfälle Nach Art der Verkehrsbeteiligung Nach Altersgruppen Nach Schwere der Verletzung
593	Methodik
595	Glossar
596	Mehr zum Thema

25.0 Auf einen Blick

Güter- und Personenverkehr

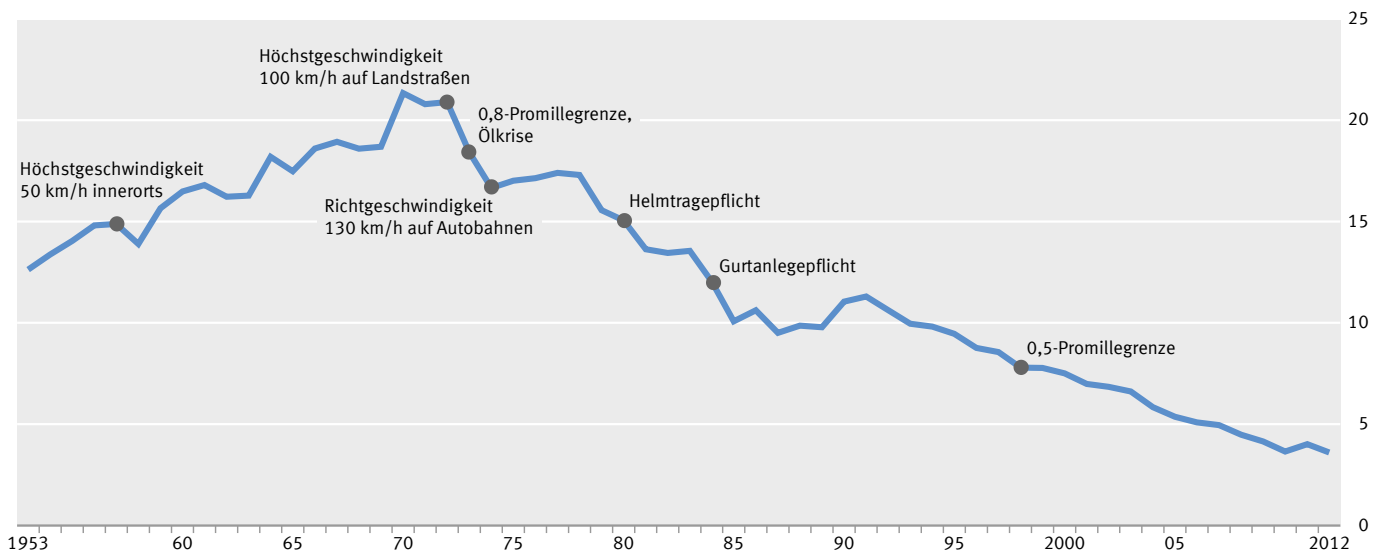
tkm bzw. Pkm, 2000 = 100



2013 - 01 - 0425

Getötete im Straßenverkehr

in 1 000



2013 - 01 - 0426

25.1 Unternehmen in Verkehr und Lagerei

25.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
H	Verkehr und Lagerei	89 704	1 982 523	268 348	90 412	22 579
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	60 108	798 628	79 916	34 480	8 529
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	66	45 113	11 766	4 765	446
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	127	27 617	6 456	2 030	251
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	24 049	336 086	20 555	10 062	2 813
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	35 828	386 837	37 528	15 535	2 657
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	39	2 975	3 611	2 088	2 363
50	Schifffahrt	3 157	37 022	29 784	7 048	/
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	60	/	/	/	/
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	2 096	26 331	26 673	6 204	664
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	317	3 973	370	170	84
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	683	4 317	1 835	351	33
51	Luftfahrt	468	61 808	21 550	1 874	1 666
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	409	55 357	16 344	771	1 420
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	59	6 451	5 205	1 104	247
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 732	589 132	109 003	35 167	10 228
52.1	Lagerei	1 108	51 645	7 082	2 418	358
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	14 625	537 486	101 920	32 749	9 870
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	10 239	495 934	28 096	11 842	565
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	10 239	495 934	28 096	11 842	565

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2011.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

25.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
H	Verkehr und Lagerei	268 348	73,8	66,7	33,7	21,1	12,6
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	79 916	83,4	58,5	43,1	25,0	18,1
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	11 766	76,7	59,8	40,5	18,2	22,3
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6 456	55,5	68,5	31,4	20,0	11,4
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	20 555	91,4	55,5	48,9	36,8	12,2
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	37 528	83,2	58,0	41,4	23,3	18,1
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	3 611	112,7	59,5	57,8	7,1	50,7
50	Schifffahrt	29 784	75,8	76,8	23,7	4,8	18,9
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	/	/	/	/	/	/
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	26 673	76,2	77,3	23,3	4,1	19,2
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	370	84,5	53,6	46,1	24,0	22,0
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	1 835	67,3	80,3	19,1	7,7	11,5
51	Luftfahrt	21 550	91,9	91,0	8,7	20,4	– 11,7
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	16 344	91,2	94,8	4,7	23,9	– 19,2
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	5 205	93,8	79,0	21,2	9,3	11,9
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	109 003	60,7	67,4	32,3	19,2	13,1
52.1	Lagerei	7 082	66,6	65,2	34,1	21,3	12,9
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	101 920	60,3	67,5	32,1	19,0	13,1
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	28 096	81,6	57,5	42,1	35,3	6,8
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	28 096	81,6	57,5	42,1	35,3	6,8

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2011.

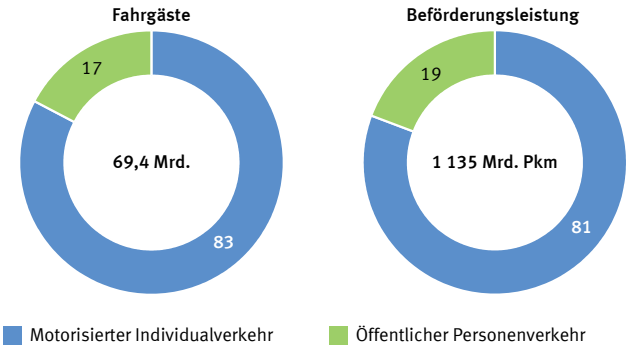
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

25.2 Personenverkehr
25.2.1 Personenverkehr im Überblick

	Insgesamt	Öffentlicher Personenverkehr				Motorisierter Individualverkehr (Pkw und Zweiräder) ¹⁾
		Straßenpersonenverkehr (Busse und Straßenbahnen)		Eisenbahnverkehr	Luftverkehr	
		Linienverkehr	Gelegenheitsverkehr			
Beförderte Personen in Mill.						
2005 ..	67 698	9 010	90	2 159	146	56 293
2009 ..	67 937	9 174	82	2 381	159	56 141
2010 ..	68 381	9 201	79	2 431	167	56 503
2011 ..	69 397	9 276	77	2 474	176	57 394
Beförderungsleistung in Mrd. Pkm						
2005 ..	1 088	56	27	77	53	876
2009 ..	1 119	57	22	82	58	899
2010 ..	1 117	56	22	84	53	902
2011 ..	1 135	57	21	85	55	917

1 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Personenverkehr 2011
in %



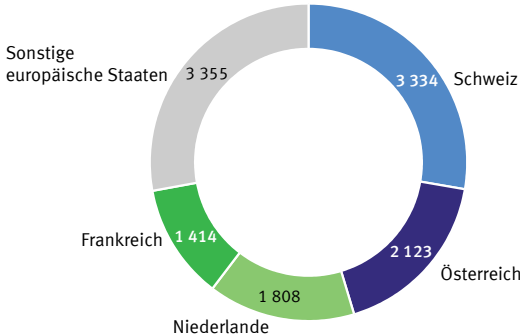
25.2.2 Linien- und Gelegenheitsverkehr von Bussen und Bahnen 2011

	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung
	Mill.	Mill. Pkm	Mill. Fahrzeug-km	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Insgesamt	11 137	162 826	4 335	0,5	0,5	- 1,6
Linienverkehr	11 059	141 942	3 645	0,5	1,1	- 1,0
Linienbahnverkehr	10 931	105 212	3 453	0,5	2,1	- 0,9
Eisenbahnen	2 349	49 588	635	1,9	3,8	- 1,5
Straßenbahnen	3 764	16 590	301	2,3	1,5	1,4
Omnibusse	5 510	39 033	2 518	- 0,2	0,3	- 1,0
Linienfernverkehr	128	36 730	192	- 0,8	- 1,6	- 2,8
Eisenbahnen	125	35 526	145	- 0,7	- 1,6	- 1,2
Omnibusse	3	1 204	47	- 4,1	- 0,3	- 7,5
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen ..	77	20 884	690	- 2,4	- 3,3	- 4,3
Gelegenheitsbahnverkehr	26	772	35	- 0,7	- 7,0	- 8,3
Gelegenheitsfernverkehr	52	20 113	655	- 3,3	- 3,2	- 4,1
Nahverkehr zusammen	10 957	105 983	3 488	0,5	2,0	- 1,0
Fernverkehr mit Omnibussen zusammen	54	21 317	702	- 3,3	- 3,0	- 4,3

25.2.3 Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr nach und von Deutschland

Staat des Ein- bzw. Ausstiegs	2011		2010		Veränderung 2011 gegenüber Vorjahr	
	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende
	Fahrgäste in 1 000				Fahrgäste in %	
Insgesamt ..	5 704	6 330	5 237	6 036	8,9	4,9
Schweiz ...	1 565	1 770	1 532	1 638	2,1	8,0
Österreich ..	1 051	1 072	1 060	1 064	- 0,8	0,7
Niederlande .	877	931	760	989	15,4	- 5,9
Frankreich ..	656	758	574	727	14,4	4,3
Sonstiges Europa ...	1 555	1 800	1 312	1 619	18,5	11,2

Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr 2011 nach und von Deutschland (ein- und aussteigende Fahrgäste), in 1 000



2013 - 01 - 0428

25 Transport und Verkehr
25.2 Personenverkehr
25.2.4 Ein- und aussteigende Fahrgäste im Seeverkehr
nach Fahrtgebieten

	2012	2011	Veränderung 2012 gegenüber Vorjahr
	1 000		%
Insgesamt	29 481	29 233	0,8
Verkehr innerhalb Deutschlands ..	17 442	17 389	0,3
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	12 039	11 843	1,6
dar.: Europa	12 026	11 821	1,7
davon:			
Europäische Union	10 541	10 445	0,9
darunter:			
Dänemark	7 975	7 929	0,6
Schweden	1 734	1 742	- 0,5
Finnland	164	194	- 15,3
Polen	133	126	5,7
Litauen	106	111	- 3,9
Sonstiges Europa	1 485	1 375	8,0

25.2.5 Luftverkehr auf Flugplätzen 2012

	Starts		Fluggäste			Fracht (einschl. Post)		
	insgesamt	dar. im ge- werblichen Verkehr	ein- steigende	aus- steigende	Durchgang	Einladung	Ausladung	Durchgang
	1 000					1 000 t		
Insgesamt	1 174	1 058	100 775	101 247	1 000	2 302	2 015	125
Berlin-Schönefeld	35	32	3 547	3 536	14	3	3	0
Berlin-Tegel	85	82	9 040	9 109	11	16	15	0
Bremen	22	19	1 215	1 227	6	0	0	-
Dortmund	15	11	938	955	5	0	0	-
Dresden	16	12	934	936	15	0	0	0
Düsseldorf	109	106	10 374	10 426	24	49	38	0
Erfurt	6	5	85	86	8	1	1	1
Frankfurt am Main	238	238	28 522	28 739	246	1 124	942	34
Friedrichshafen	13	6	255	253	0	0	0	-
Hahn	14	12	1 317	1 334	137	98	78	32
Hamburg	76	69	6 824	6 851	20	17	11	0
Hannover	43	36	2 617	2 645	24	8	8	0
Karlsruhe/Baden-Baden ..	21	12	638	640	9	1	0	-
Köln/Bonn	63	56	4 640	4 617	21	371	359	21
Leipzig	31	29	1 042	1 048	190	424	421	18
Lübeck	6	4	171	173	0	-	-	-
Memmingen	8	5	434	433	1	-	0	-
München	199	194	19 065	19 123	143	170	121	15
Münster/Osnabrück	19	9	502	501	7	0	0	0
Niederrhein	11	9	1 095	1 110	1	0	0	-
Nürnberg	32	25	1 781	1 788	26	5	3	2
Paderborn-Lippstadt	10	5	431	430	9	0	0	-
Rostock-Laage	12	8	73	73	3	0	0	-
Saarbrücken	8	6	194	192	38	1	0	-
Stuttgart	69	61	4 845	4 833	38	17	15	0
Sylt-Westerland	6	3	81	77	-	0	-	-
Zweibrücken	6	3	113	112	4	-	0	0

25.2 Personenverkehr

25.2.6 Grenzüberschreitender Luftverkehr nach Staaten

	Starts		Einsteigende Fluggäste		Fracht (einschl. Post)			
					Einladung		Ausladung	
	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000 t	%	1 000 t	%
Insgesamt	725	- 1,0	77 302	2,8	2 192	- 1,5	1 903	- 2,7
Europa	622	- 1,5	59 561	2,1	644	0,6	559	- 1,7
Frankreich	50	- 2,5	3 654	4,0	91	5,7	66	- 5,1
Italien	63	- 1,0	5 505	- 1,0	56	0,0	64	- 1,2
Spanien	74	- 2,3	10 925	- 0,5	61	- 7,2	36	- 8,0
Türkei	45	2,7	6 782	5,7	48	- 2,7	46	7,7
Vereinigtes Königreich	67	- 0,3	5 958	2,7	103	7,6	80	- 3,7
Afrika	21	11,4	2 992	13,5	76	- 8,2	48	- 16,7
Ägypten	8	21,2	1 248	23,5	15	- 6,2	10	25,6
Marokko	2	- 13,4	287	- 9,9	0	- 21,9	1	- 5,6
Nigeria	1	- 7,2	100	- 7,7	4	- 20,4	1	25,8
Südafrika	1	- 1,4	372	- 2,0	37	7,9	12	- 25,8
Tunesien	4	32,2	496	44,1	1	- 11,7	0	- 14,7
Amerika	35	0,5	7 254	2,5	534	- 2,0	387	- 1,8
Brasilien	2	12,9	432	10,0	52	- 10,1	25	- 9,9
Dominikanische Republik	1	2,2	237	- 0,5	2	- 8,9	4	28,6
Kanada	4	- 4,9	904	- 2,7	39	2,2	21	- 19,5
Mexiko	1	7,2	185	6,0	23	- 0,7	10	- 8,2
Vereinigte Staaten	26	- 0,6	4 995	1,9	397	- 1,7	305	- 0,9
Asien	47	- 0,4	7 447	4,8	936	- 2,1	908	- 2,9
China ¹	5	- 0,4	914	- 2,7	203	- 4,9	168	- 3,8
Indien	4	- 15,2	611	- 9,5	72	- 22,8	113	16,9
Japan	3	15,6	673	15,2	67	- 14,8	62	- 1,2
Thailand	2	- 10,4	459	- 15,0	43	20,5	25	- 2,4
Vereinigte Arabische Emirate	8	17,4	1 501	26,7	153	12,3	155	- 4,5
Australien und Ozeanien	0	- 78,6	47	2,8	2	- 11,3	1	- 14,3
Australien	0	- 45,5	47	3,0	2	- 11,1	1	- 14,3

1 Einschl. Hongkong.

25.3 Güterverkehr

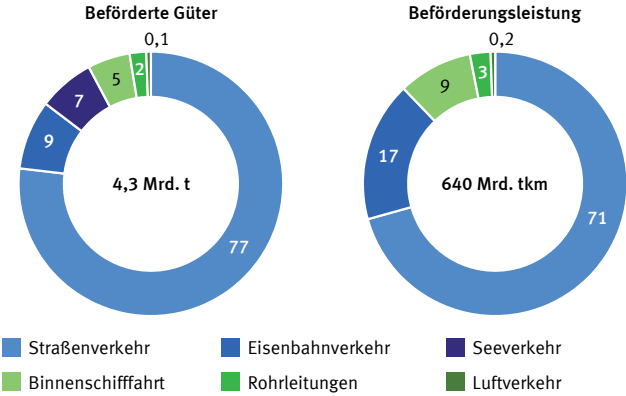
25.3.1 Güterverkehr im Überblick

	Insgesamt	Eisenbahnverkehr	Straßenverkehr ¹	Binnenschifffahrt	Seeverkehr	Rohrleitungen	Luftverkehr
Beförderte Güter in Mill. t							
1991 ..	3 795	416	2 919	230	150	79	1,5
2000 ..	4 126	309	3 244	242	238	89	2,4
2005 ..	3 996	317	3 062	237	281	95	3,0
2010 ..	4 077	356	3 126	230	273	89	4,2
2011 ..	4 383	375	3 403	222	293	87	4,5
2012 ..	4 288	366	3 311	223	296	88	4,3
Beförderungsleistung in Mrd. tkm							
1991 ..	398	82	246	56	X	14	0,4
2000 ..	511	83	346	66	X	15	0,8
2005 ..	580	95	403	64	X	17	1,0
2010 ..	629	107	442	62	X	16	1,6
2011 ..	651	113	466	55	X	16	1,5
2012 ..	640	110	454	58	X	16	1,4

1 Deutsche und ausländische Lkw; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Güterverkehr 2012

in %



2013 - 01 - 0429

25.3 Güterverkehr
25.3.2 Eisenbahn-Güterverkehr 2012

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangs-verkehr
		Versand = Empfang	Versand	Empfang	
	1 000 t				
Insgesamt	366 140	247 117	45 286	58 226	15 512
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 112	2 409	920	692	92
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	40 956	29 784	179	10 987	6
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	52 603	40 289	4 045	8 117	152
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren . . .	12 657	5 436	2 702	3 608	910
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	43 223	35 338	4 304	3 082	499
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	42 810	33 554	4 614	3 695	946
Metalle und Metallerzeugnisse	64 238	50 058	4 974	6 546	2 660
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter . .	13 705	7 614	2 197	3 134	761
Sekundärrohstoffe, Abfälle	15 518	12 299	1 930	1 216	73
Sonstige Produkte	76 318	30 335	19 420	17 149	9 414

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik NST-2007.

25.3.3 Kombinierte Verkehr der Eisenbahn 2012

	Insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
		Versand = Empfang	Versand	Empfang	
	Beförderte Einheiten in 1 000 ¹⁾				
Container und Wechselbehälter . .	4 191	2 166	791	789	446
Kraftfahrzeuge	423	41	168	169	46
Sattelzuganhänger	404	41	159	158	46
Lkw/Sattelzug	19	0	9	10	0
Beförderte Menge in 1 000 t					
Container und Wechselbehälter . .	66 230	30 913	14 721	12 440	8 156
Kraftfahrzeuge	11 679	1 075	4 704	4 607	1 293
Sattelzuganhänger	10 984	1 075	4 385	4 232	1 293
Lkw/Sattelzug	695	0	319	375	0

Kombinierter Verkehr: Der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) wird mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

Tonnagedaten sind Bestandteil der Werte von Tabelle 25.3.2.

1 Beladene und unbeladene Einheiten.

25.3 Güterverkehr

25.3.4 Güterverkehr deutscher Lastkraftwagen 2012

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Darunter			
		Verkehr innerhalb Deutschlands	grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangs-verkehr
			Versand = Empfang	Versand	
		1 000 t			
Insgesamt	2 891 308	2 760 640	65 595	47 797	1 143
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	161 419	153 348	3 409	3 624	/
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	5 510	4 787	(638)	/	/
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	901 063	889 880	6 320	2 930	/
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren . . .	431 255	401 966	14 985	10 607	343
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	91 659	89 314	1 085	1 090	/
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	469 472	439 414	16 410	10 303	(242)
Metalle und Metallerzeugnisse	130 619	118 492	5 932	4 670	/
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter . .	142 533	129 613	6 252	4 718	/
Sekundärrohstoffe, Abfälle	245 936	238 945	3 021	3 064	/
Sonstige Produkte	311 845	294 883	7 542	6 707	/

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.3.5 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt 2012

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangs- verkehr
		Versand = Empfang	Versand	Empfang	
	1 000 t				
Insgesamt	223 170	54 569	48 248	100 041	20 313
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	16 324	4 227	2 695	5 624	3 778
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	34 123	5 318	218	26 287	2 300
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	55 582	13 919	12 094	28 443	1 126
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren . . .	12 780	3 310	3 387	4 954	1 129
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	38 010	12 569	6 221	14 573	4 646
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	26 073	6 583	9 198	9 091	1 201
Metalle und Metallerzeugnisse	11 207	1 481	3 848	4 682	1 197
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter . .	1 952	515	1 059	352	26
Sekundärrohstoffe, Abfälle	12 184	5 195	3 402	1 588	2 000
Sonstige Produkte	14 935	1 453	6 125	4 447	2 910

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr
25.3 Güterverkehr
25.3.6 Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2012
– die 20 wichtigsten Binnenhäfen

		Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr	
				Versand	Empfang
		1 000 t			
1	Duisburg	49 182	4 822	6 112	38 248
2	Köln	11 693	4 771	3 840	3 082
3	Hamburg	9 940	9 591	110	239
4	Mannheim	7 932	1 834	1 850	4 247
5	Ludwigshafen	7 448	2 448	1 897	3 104
6	Neuss	6 845	1 710	1 740	3 394
7	Karlsruhe	6 197	2 224	1 049	2 924
8	Bremen	4 359	4 040	75	244
9	Frankfurt am Main . .	3 878	1 940	471	1 467
10	Marl	3 867	839	960	2 068
11	Heilbronn	3 712	1 751	179	1 781
12	Gelsenkirchen	3 692	1 682	1 309	701
13	Berlin	3 611	3 103	–	508
14	Kehl	3 551	1 765	514	1 271
15	Krefeld-Uerdingen . .	3 512	1 504	612	1 397
16	Wesseling	3 429	2 237	1 011	182
17	Saarlouis-Dillingen . .	3 076	242	774	2 060
18	Mainz	3 011	1 022	724	1 265
19	Rheinberg	3 002	293	440	2 269
20	Dormagen	2 986	1 397	688	901

25.3.7 Containerumschlag in der Binnenschifffahrt
– die 20 wichtigsten Binnenhäfen

	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹	%
1 Duisburg	397	– 16,6
2 Mannheim	120	17,6
3 Wörth am Rhein	113	16,5
4 Emmerich	111	11,0
5 Neuss	105	18,0
6 Mainz	103	– 7,2
7 Germersheim	102	7,4
8 Köln	96	– 4,0
9 Bremerhaven	92	18,5
10 Hamburg	91	– 14,2
11 Ludwigshafen	88	22,2
12 Bremen	80	27,0
13 Düsseldorf	70	– 4,1
14 Krefeld-Uerdingen	58	65,7
15 Frankfurt am Main	57	9,6
16 Bonn	55	– 3,5
17 Emmelsrum	49	8,9
18 Andernach	41	– 18,0
19 Braunschweig	39	– 7,1
20 Koblenz	39	– 27,8

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40'): 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

25.3.8 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	2012			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	298 792	119 667	179 126	0,9	3,4	– 0,7
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	19 617	8 005	11 612	– 2,9	1,5	– 5,7
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	43 364	292	43 072	6,1	– 46,5	6,9
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse ...	29 656	2 161	27 495	2,7	– 3,0	3,2
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren ...	43 430	19 045	24 386	2,1	6,9	– 1,3
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	13 999	4 669	9 331	– 5,5	15,0	– 13,2
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	33 545	20 991	12 553	– 3,5	– 1,3	– 6,8
Metalle und Metallerzeugnisse	14 763	9 428	5 335	– 1,5	6,8	– 13,5
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter ..	34 255	19 471	14 784	0,7	3,2	– 2,4
Sekundärrohstoffe, Abfälle	6 008	2 954	3 055	10,9	17,6	5,1
Sonstige Produkte	60 154	32 652	27 505	0,8	2,8	– 1,4

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25.3 Güterverkehr

25.3.9 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr nach Fahrtgebieten

	2012			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	298 792	119 667	179 126	0,9	3,4	- 0,7
Verkehr innerhalb Deutschlands	7 256	3 689	3 567	11,3	12,0	10,6
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands ..	291 536	115 977	175 559	0,7	3,1	- 0,9
darunter:						
Afrika	14 636	5 075	9 561	5,0	- 10,6	15,5
Amerika	45 348	17 690	27 658	- 0,6	7,6	- 5,3
darunter:						
Vereinigte Staaten	17 865	8 037	9 828	3,2	7,9	- 0,3
Brasilien	10 812	3 183	7 629	13,3	5,5	17,0
Asien	61 904	33 411	28 494	2,4	9,1	- 4,6
darunter:						
China	22 884	8 759	14 125	- 0,6	8,3	- 5,4
Indien	3 944	2 261	1 683	6,1	6,3	5,8
Europa	167 251	58 954	108 297	0,2	- 0,3	0,5
Europäische Union	115 463	46 153	69 310	- 2,0	- 2,3	- 1,8
darunter:						
Schweden	24 345	11 475	12 870	- 6,3	- 5,4	- 7,0
Vereinigtes Königreich	19 706	5 717	13 988	2,4	7,5	0,5
Finnland	15 452	5 672	9 780	2,3	- 4,7	6,8
Dänemark	11 076	5 589	5 487	4,3	12,3	- 2,9
Niederlande	8 208	2 803	5 404	- 18,8	- 16,1	- 20,2
Sonstiges Europa	51 788	12 801	38 987	5,6	7,7	4,9
darunter:						
Russische Föderation	26 085	7 602	18 483	2,1	8,9	- 0,4
Ozeanien und Polargebiete	2 041	677	1 364	- 2,4	27,3	- 12,5
Unbekannt	357	171	186	- 36,4	54,1	- 58,7

25 Transport und Verkehr
 25.3 Güterverkehr
 25.3.10 Güterumschlag im Seeverkehr
 – die 20 wichtigsten Häfen

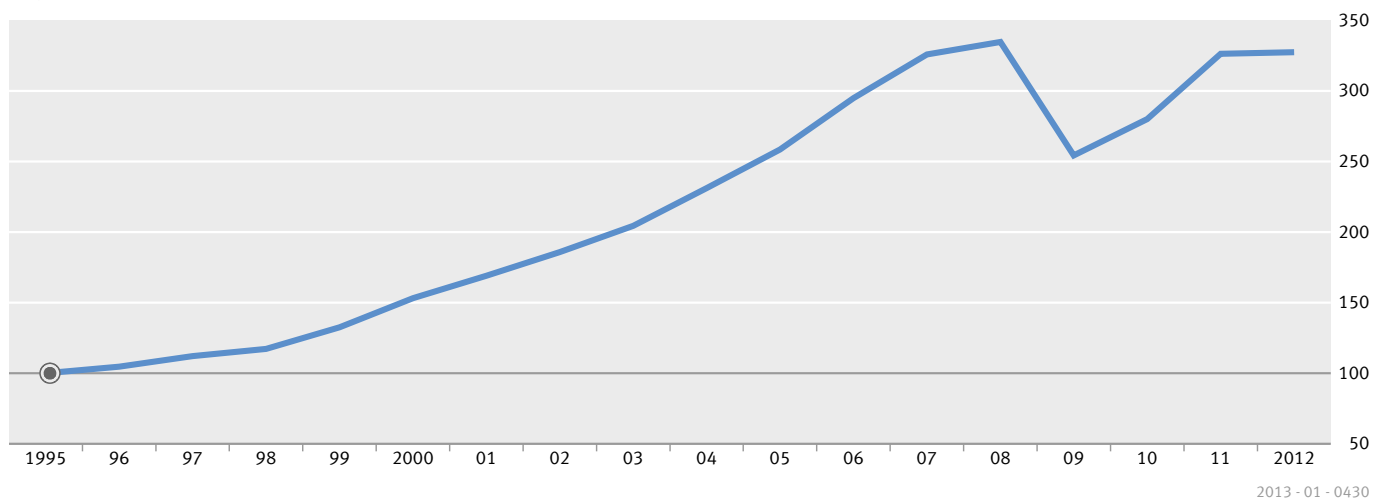
	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 t	%
1 Hamburg	113 531	– 0,7
2 Bremerhaven	58 250	4,3
3 Wilhelmshaven	26 242	7,6
4 Lübeck	17 170	– 2,8
5 Rostock	16 870	– 6,7
6 Bremen	13 570	5,0
7 Brunsbüttel	8 780	11,1
8 Brake	6 125	16,1
9 Bützflath	5 649	8,6
10 Puttgarden/Fehmarn	4 639	8,3
11 Emden	4 450	– 1,1
12 Kiel	4 221	– 1,9
13 Wismar	3 775	15,3
14 Nordenham	3 052	– 18,9
15 Cuxhaven	2 764	– 12,8
16 Sassnitz	1 883	– 36,9
17 Stralsund	1 109	23,9
18 Duisburg	908	7,4
19 Vierow	642	– 6,0
20 Norddeich	528	4,9

25.3.11 Containerumschlag im Seeverkehr
 – die 5 wichtigsten Häfen

	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹⁾	%
1 Hamburg	8 891	– 1,6
2 Bremerhaven	6 111	3,4
3 Lübeck	140	– 1,4
4 Cuxhaven	59	– 20,3
5 Kiel	33	3,1

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

Containerumschlag im Seeverkehr
 in t, 1995 = 100



25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.1 Länge der innerdeutschen Verkehrswege

	1991	2000	2010	2011	2012
	1 000 km				
Straßen des überörtlichen Verkehrs	226,5	230,7	231,0	230,8	230,7
dar. Autobahnen	10,9	11,5	12,8	12,8	12,8
Schienenstrecken					
Eisenbahnstrecken	44,1	41,7	37,9	37,8	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken . .	.	.	2,4	2,4	...
Bundeswasserstraßen	7,3	7,5	7,7	7,7	7,7
Rohrleitungen	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4

25.4.2 Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1.1.2012

	Straßen des überörtlichen Verkehrs	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Land(es)-, Staatsstraßen	Kreisstraßen
	km				
Deutschland	230 702	12 845	39 673	86 474	91 710
Baden-Württemberg	27 392	1 046	4 366	9 925	12 055
Bayern	41 883	2 509	6 535	14 026	18 813
Berlin	246	77	169	–	–
Brandenburg	12 339	795	2 797	5 772	2 975
Bremen	116	75	41	–	–
Hamburg	204	81	123	–	–
Hessen	16 126	972	3 030	7 162	4 962
Mecklenburg-Vorpommern . .	10 004	554	1 986	3 306	4 158
Niedersachsen	28 271	1 433	4 796	8 330	13 712
Nordrhein-Westfalen	29 582	2 207	4 767	12 837	9 771
Rheinland-Pfalz	18 413	875	2 944	7 229	7 365
Saarland	2 044	240	333	845	626
Sachsen	13 458	543	2 410	4 748	5 757
Sachsen-Anhalt	10 984	407	2 206	4 057	4 314
Schleswig-Holstein	9 891	533	1 559	3 675	4 124
Thüringen	9 749	498	1 611	4 562	3 078
	%				
Anteil an Straßen des überörtlichen Verkehrs	100	5,6	17,2	37,5	39,7

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

25.4.3 Schienen-Infrastruktur 2010

	Insgesamt	Eisenbahnen	Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	Industrieanschlussstrecken
	km			
Insgesamt	41 303	37 877	2 407	1 019
Schmalspur	874	358	501	15
Normalspur	40 430	37 520	1 907	1 003
dar. für Hochgeschwindigkeitsverkehr	2 369	2 369	–	–

Bei der **Normalspur** beträgt die Spurweite des Gleiskörpers 1,435 m. Kleinere Spurweiten werden als **Schmalspur** bezeichnet.

Eigentum sowie gepachtete oder regelmäßig betriebene fremde Strecke.

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.4 Eisenbahn-Infrastruktur nach Ländern in km

	Streckenlänge			
	2005	2009	2010	2011
Insgesamt	38 206	37 934	37 877	37 846
Baden-Württemberg	4 110	4 078	4 098	4 095
Bayern	6 154	6 253	6 235	6 307
Berlin	607	626	601	584
Brandenburg	2 774	2 758	2 730	2 686
Bremen	168	173	164	165
Hamburg	282	280	356	357
Hessen	2 625	2 619	2 573	2 573
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 543	1 593	1 670	1 670
Niedersachsen	4 194	4 105	4 102	4 101
Nordrhein-Westfalen	5 910	5 968	5 423	5 397
Rheinland-Pfalz	2 062	1 841	2 052	2 045
Saarland	365	347	365	367
Sachsen	2 339	2 270	2 416	2 409
Sachsen-Anhalt	2 192	2 210	2 214	2 214
Schleswig-Holstein	1 283	1 290	1 278	1 278
Thüringen	1 598	1 524	1 601	1 598

25.4.5 Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

	Bestand am 1.1.			Neuzulassungen		
	2013	2012	Veränderung 2013 gegen- über Vorjahr	2012	2011	Veränderung 2012 gegen- über Vorjahr
	1 000		%	1 000		%
Krafträder	3 983,0	3 908,1	1,9	140,9	141,5	- 0,4
Pkw	43 431,1	42 927,6	1,2	3 082,5	3 173,6	- 2,9
Kraftomnibusse einschl. Obussen ...	76,0	76,0	0,0	5,1	5,0	1,9
Lkw	2 578,6	2 528,7	2,0	260,3	280,1	- 7,1
Zugmaschinen	2 052,7	2 028,1	1,2	77,9	83,0	- 6,2
Übrige Kraftfahrzeuge	269,6	266,7	1,1	14,8	14,0	5,5
Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zusammen	52 391,0	51 735,2	1,3	3 581,5	3 697,3	- 3,1
Kraftfahrzeuge mit Versicherungs- kennzeichen	...	2 096,2	X	.	.	X
Kraftfahrzeuganhänger	6 358,6	6 213,9	2,3	253,0	258,7	- 2,2

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.4.6 Bestand an Schiffen am 31.12.

	Binnenschiffe		Seeschiffe (Handelsschiffe)	
	Güterschiffe	Fahrgastschiffe	Güterschiffe	Fahrgastschiffe
2000	2 448	924	689	131
2005	2 457	1 000	603	112
2010	2 357	980	571	92
2011	2 346	986	530	87
2012	2 274	993	448	86

Quellen: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

25.4.7 Bestand an Luftfahrzeugen am 31.12.

	Insgesamt	Flugzeuge mit einem Startgewicht			Hubschrauber
		bis 2 t ¹	über 2 t bis 20 t	über 20 t	
2000	12 272	9 950	907	595	820
2005	12 249	9 961	804	680	804
2010	13 445	10 696	949	799	1 001
2011	13 417	10 783	936	809	889
2012	13 492	10 865	907	810	910

1 Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt

25.5 Straßenverkehrsunfälle**25.5.1 Verunglückte 2012**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Darunter Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von						Fußgänger/ -innen	Sonstige
		Mofas, Mopeds	Motor- rädern	Pkw	Bussen	Güterkraft- fahrzeu- gen	Fahrrädern		
Getötete									
Anzahl									
Insgesamt	3 600	93	586	1 791	3	154	406	520	47
unter 15	73	–	1	34	–	2	16	20	–
15 – 18	113	16	18	49	–	4	6	19	1
18 – 25	611	12	102	435	–	13	12	36	1
25 – 35	498	2	117	304	–	24	14	28	9
35 – 45	378	9	102	176	–	30	24	28	9
45 – 55	534	15	143	229	–	34	57	51	5
55 – 65	399	12	58	166	1	34	56	65	7
65 und mehr	994	27	45	398	2	13	221	273	15
Ohne Angabe	–	–	–	–	–	–	–	–	–
%									
Anteil an Getöteten insgesamt	100	2,6	16,3	49,8	0,1	4,3	11,3	14,4	1,3
Verletzte									
Anzahl									
Insgesamt	384 378	17 251	27 361	214 277	5 668	10 040	74 370	31 310	4 101
unter 15	29 248	195	158	10 329	1 169	100	9 876	7 151	270
15 – 18	18 910	4 543	2 616	5 243	253	84	4 366	1 685	120
18 – 25	71 519	3 247	4 716	50 654	433	1 319	7 332	3 284	534
25 – 35	64 239	2 093	4 243	41 468	526	2 212	9 865	3 189	643
35 – 45	54 506	2 081	4 090	33 022	507	2 279	9 115	2 856	556
45 – 55	62 989	2 630	6 884	33 617	763	2 467	12 297	3 624	707
55 – 65	38 564	1 328	3 302	19 698	697	1 269	8 878	2 925	467
65 und mehr	43 887	1 118	1 340	20 158	1 306	301	12 418	6 475	771
Ohne Angabe	516	16	12	88	14	9	223	121	33
%									
Anteil an Verletzten insgesamt	100	4,5	7,1	55,7	1,5	2,6	19,3	8,1	1,1

25.5.2 Unfälle und Verunglückte im Zeitvergleich

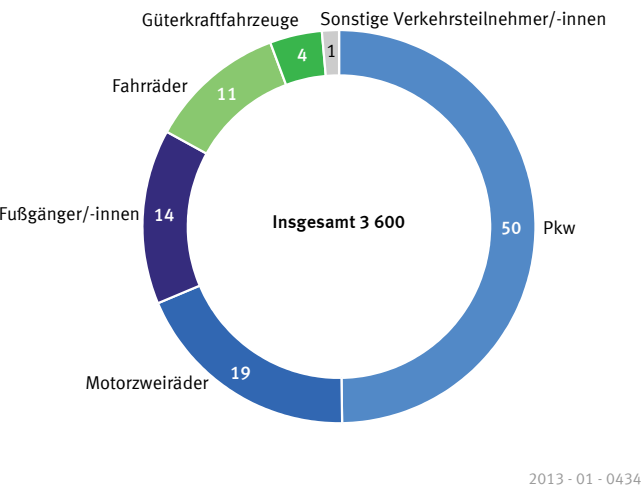
	1970	1990	2000	2010	2011	2012	Veränderung gegen- über Vorjahr in %
Polizeilich erfasste Unfälle	1 392 007	2 010 575	2 350 227	2 411 271	2 361 457	2 401 843	1,7
davon:							
Unfälle mit Personenschaden	377 610	340 043	382 949	288 297	306 266	299 637	– 2,2
davon:							
Innerorts	254 198	218 177	245 470	195 833	210 427	206 696	– 1,8
Außerorts ohne Autobahnen	107 762	97 559	111 901	73 635	77 549	75 094	– 3,2
Auf Autobahnen	15 650	24 307	25 578	18 829	18 290	17 847	– 2,4
Unfälle mit Sachschaden	1 014 397	1 670 532	1 967 278	2 122 974	2 055 191	2 102 206	2,3
davon:							
Schwerwiegende Unfälle mit Sach- schaden im engeren Sinne ¹⁾	X	X	107 582	92 107	81 487	82 147	0,8
Sonstige Sachschadensunfälle	X	X	1 859 696	2 030 867	1 973 704	2 020 059	2,3
Verunglückte insgesamt	550 988	456 064	511 577	374 818	396 374	387 978	– 2,1
davon:							
Getötete	19 193	7 906	7 503	3 648	4 009	3 600	– 10,2
Schwerverletzte	164 437	103 403	102 416	62 620	68 985	66 279	– 3,9
Leichtverletzte	367 358	344 755	401 658	308 550	323 380	318 099	– 1,6

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

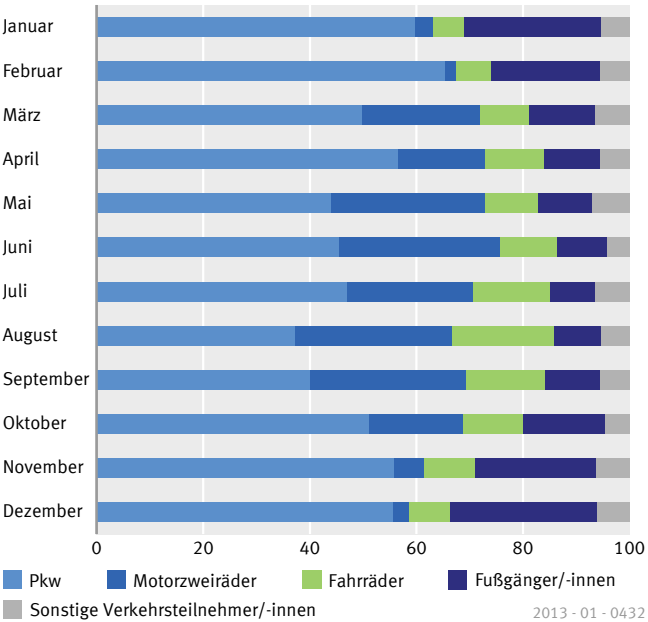
1 Bis 1994 Abgrenzung der Unfälle nach Schadenshöhe, ab 1995 Unfälle in Verbindung mit einem Straftatbestand oder einer Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. – Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sind in „sonstige Sachschadensunfälle“ enthalten.

25.5 Straßenverkehrsunfälle

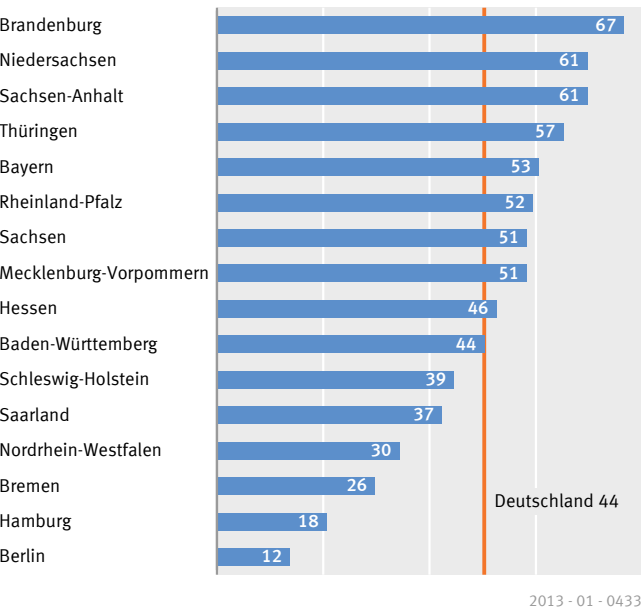
**Getötete bei Straßenverkehrsunfällen
nach Verkehrsbeteiligung 2012**
in %



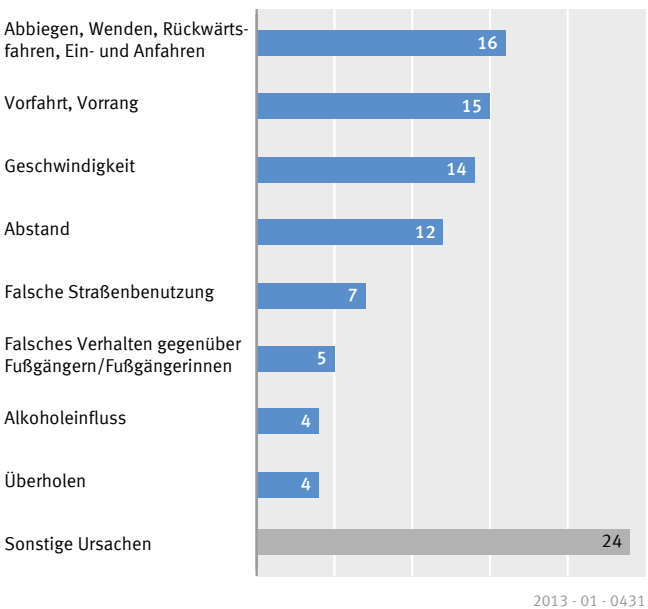
Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Monaten 2012
in %



**Getötete bei Straßenverkehrsunfällen
nach Ländern 2012**
je 1 Mill. Einwohner/-innen



**Fehlverhalten der Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer
bei Unfällen mit Personenschaden 2012**
in %



Methodik

Der Verkehrssektor spielt in der modernen Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Erst die Mobilität von Gütern (Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten) und Menschen (z. B. Berufstätigen, Reisenden, Verbraucherinnen und Verbrauchern) gewährleistet arbeitsteiliges Wirtschaften und Wertschöpfung in allen Wirtschaftssektoren. Statistische Informationen über Verkehrsunternehmen und das Verkehrsgeschehen sind eine wichtige Grundlage von verkehrspolitischen und unternehmerischen Entscheidungen.

Der Verkehrssektor kann institutionell und funktional abgegrenzt werden. In der **institutionellen** Darstellung liegen Informationen zu Unternehmen vor, die mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Verkehrsbereichen tätig sind. Das sind diejenigen Unternehmen, die als Haupttätigkeit Güter- oder Personenbeförderung ausüben oder die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr (z. B. Betrieb von Häfen, Flughäfen, Lagerei). Dabei werden Angaben für das gesamte Unternehmen ausgewiesen. Die Angaben umfassen also auch z. B. die Umsätze und tätigen Personen in Nebentätigkeiten außerhalb der Verkehrstätigkeiten, ohne dass der Verkehrsanteil erkennbar wäre. Unternehmen, die Verkehrstätigkeiten als Nebentätigkeit betreiben, sind anderen Wirtschaftszweigen zugeordnet. Sie sind daher nicht in den Ergebnissen enthalten. Den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 liegt eine institutionelle Abgrenzung zugrunde.

Die weiteren Tabellen dieses Kapitels orientieren sich an der Tätigkeit „Transport“ (**funktionale** Darstellung) und den dafür erforderlichen unmittelbaren Voraussetzungen bzw. den Auswirkungen, die sich durch den Verkehr ergeben. Sie umfassen dabei alle wichtigen Angaben, insbesondere zu Verkehrsleistungen (beförderte Personen und Güter), zur Verkehrsinfrastruktur und den Verkehrsmittelbeständen sowie zum Unfallgeschehen. In die funktionale Darstellung der Verkehrsleistungsstatistiken werden diejenigen Unternehmen einbezogen, die eine bestimmte Transporttätigkeit ausüben – unabhängig davon, ob diese Transporttätigkeit die Haupttätigkeit, eine Nebentätigkeit oder eine Hilfstätigkeit (z. B. Werkverkehr von Unternehmen des Handels) der Unternehmen darstellt. In der funktionalen Darstellung geht es auch bei der Verkehrsinfrastruktur, den Verkehrsmittelbeständen und den Unfällen immer um eine Gesamtabbildung dieser Tatbestände in Deutschland, unabhängig von eventuellen institutionellen Zuordnungen.

■ Institutionelle Verkehrsstatistik

Unternehmensdaten im Verkehr

Die Angaben zu den Unternehmen in den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 dieses Kapitels stammen aus der **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 27 „Weitere Dienstleistungen“.

■ Funktionale Verkehrsstatistik

Die verkehrszweigspezifisch konzipierten amtlichen funktionalen Statistiken des Verkehrs – von Eisenbahnen, auf Straßen, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Luftverkehr und in Rohrleitungen – bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Verkehrspolitik. Dies umfasst z. B. die Planung infrastruktureller Maßnahmen (Bundesverkehrswegeplanung), die Verkehrssicherheitspolitik sowie die Vorbereitung und Durchführung internationaler Verhandlungen. Außerdem erfüllen die amtlichen Verkehrsstatistiken internationale Verpflichtungen zur Datenlieferung. Sie sind ebenfalls Bestandteil der politischen Arbeit von verkehrswirtschaftlichen Verbänden, von Tarifparteien, von wissenschaftlichen Instituten sowie von anderen Forschungsinstitutionen.

Die **Verkehrsleistungsstatistiken** bilden den Schwerpunkt der amtlichen funktionalen Verkehrsstatistik. Sie werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt sowie für den Straßengüterverkehr vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die Verkehrsleistungsstatistiken weisen die Beförderungsmenge bzw. das Beförderungsaufkommen im Güter- und Personenverkehr (Tonnen/Personen) nach sowie die Beförderungsleistungen (Tonnenkilometer/Personenkilometer). Dies

geschieht in regionaler Gliederung sowie im Güterverkehr in güterspezifischer Gliederung. Die Leistungsstatistiken des Personenverkehrs erfassen grundsätzlich beförderte Personen als Beförderungsfälle. Dies bedeutet, dass eine Person mehrfach gezählt wird, wenn sie im Berichtszeitraum mehrere Fahrten unternommen hat. Die beförderten Güter werden mit ihrem Gewicht nachgewiesen. Die Beförderungsleistungen berücksichtigen zusätzlich die zurückgelegten Entfernungen der durchgeführten Beförderungen. Eine wichtige Untergliederung der veröffentlichten Ergebnisse der Verkehrsleistungsstatistiken bilden die Hauptverkehrsverbindungen.

Die Angaben der amtlichen Statistik zum Personen- und Güterverkehr entstammen einem in sich abgestimmten System von Erhebungen, auch wenn die verkehrstatistischen Daten für die einzelnen Verkehrszweige getrennt erfasst, aufbereitet und dargestellt werden. Insbesondere die gleiche Rechtsgrundlage, die Erhebung vergleichbarer Merkmale sowie die Anwendung einheitlicher Güter- und Regionalsystematiken (z. B. des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik) stellen die Einheitlichkeit der Darstellung in Bezug auf verkehrszweigübergreifende Fragestellungen und die zeitliche Vergleichbarkeit sicher. Die Ergebnisse der monatlichen oder vierteljährlichen Verkehrsleistungsstatistiken stehen mit hoher Genauigkeit ca. 30 bis 60 Tage nach Ende des Berichtszeitraums zur Verfügung. Rechtsgrundlage für die Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrsstatistikgesetz – VerkStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Angaben zum motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern ermittelt nicht die amtliche Statistik, sondern das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Unter der Zielsetzung der funktionalen Verkehrsstatistik sind auch die **Registerstatistiken** einzuordnen, vor allem die Statistiken zu den Kraftfahrzeugen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) durchführt. Auch in anderen Bereichen ergänzen Auswertungen von Verwaltungsregistern die Erhebungen, insbesondere zur Infrastruktur und zum Verkehrsmittelbestand. Zu erwähnen sind hier die Angaben zum Bestand an Binnenschiffen, Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie zu den Straßen des überörtlichen Verkehrs.

■ Personenverkehr

Das Berichtssystem über den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen besteht aus vierteljährlichen, jährlichen und fünfjährlichen Erhebungen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr einerseits und Erhebungen im Schienenfernverkehr andererseits. Methodisch sind die Statistiken in den beiden genannten Bereichen aufeinander abgestimmt und damit vergleichbar. Im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr werden Unternehmen befragt, die Personenverkehr mit Eisenbahnen (einschließlich S-Bahnen) oder mit Straßenbahnen (einschließlich Hoch-, U-, Stadt-, Schwebebahnen und ähnlicher Bahnen, aber ohne Berg- und Seilbahnen) betreiben bzw. Personennah- oder Personenfernverkehr mit Omnibussen (Kraftomnibussen und Obussen). Die Erhebungen umfassen nicht nur die Unternehmen, die eine Konzession für die Personenbeförderung haben. Sie enthalten auch die Subunternehmen, die im Auftrag eines anderen Unternehmens, das über eine Konzession verfügt, Personen befördern. Erhebungsbereich und Fragenprogramme sind – abhängig von der Größe der Unternehmen – unterschiedlich abgegrenzt, um kleine und mittlere Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten. So umfasst die jährliche Erhebung alle Unternehmen mit mehr als 250 000 Fahrgästen und eine Stichprobe der kleineren Unternehmen. Im Schienenfernverkehr werden alle Unternehmen erfasst, die Schienen-Personenfernverkehr im Inland betreiben.

Die hier dargestellte Verkehrsleistungsstatistik der **Luftfahrt** erfasst die Starts und Landungen von in- und ausländischen Luftfahrzeugen auf inländischen Flugplätzen, die mindestens 150 000 Passagiere pro Jahr aufweisen (Inlandskonzept). Für diese derzeit 27 Hauptverkehrsflughäfen werden außerdem für Luftfahrzeuge, Personen

Methodik

und Güter (Fracht und Post) die Herkunfts- und Zielflugplätze ermittelt. Die Darstellung des Personen- und Güterverkehrs ist auf den gewerblichen Luftverkehr beschränkt. Überflüge über das Inland werden nicht erhoben.

Im Seeverkehr wird der Personenverkehr seit dem Jahr 2000 erhoben und ausgewertet. Weitere Informationen zum Erhebungssystem finden Sie unter *Güterverkehr*.

Die Angaben zum **motorisierten Individualverkehr** mit Pkw und Zweirädern (MIV) berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jährlich in einem Personenverkehrsmodell. Für die Ermittlung der beförderten Personen und der Beförderungsleistungen wird dabei eine Vielzahl von Datenquellen ausgewertet.

■ Güterverkehr

Die Angaben zum **Eisenbahngüterverkehr** entstehen aus einem in sich abgestimmten System von Erhebungen. Erhoben werden monatlich und jährlich Angaben vor allem zur Beförderungsmenge und Beförderungsleistung. Kleinere Unternehmen werden dabei nur jährlich mit einem verkürzten Erhebungsprogramm einbezogen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen, die auf dem inländischen Schienennetz des öffentlichen Verkehrs eine jährliche Verkehrsleistung von mindestens 10 Millionen Tonnenkilometern oder von einer Million Tonnenkilometern im „Kombinierten Verkehr“ aufweisen.

Für den **Straßengüterverkehr** erfasst eine Stichprobenerhebung die Verkehrsleistungen deutscher Lastkraftfahrzeuge laufend. Die Ergebnisse werden monatlich und jährlich veröffentlicht. In die Erhebung einbezogen sind sowohl der gewerbliche Straßengüterverkehr als auch der Werkverkehr. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) führt die Erhebung durch. Von der Erhebung des KBA grundsätzlich ausgenommen sind die Güterbeförderungen ausländischer Kraftfahrzeuge, selbst wenn der Be- oder Entladeort auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt. Tabelle 25.3.4 dieses Kapitels zeigt daher die Transporte deutscher Lkw im In- und Ausland (Inländerkonzept). Auch die übrigen Staaten der Europäischen Union sind verpflichtet, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) entsprechende Ergebnisse für ihre nationalen Lkw zu liefern. Unter Heranziehung dieser Daten sowie weiterer Quellen für Nicht-EU-Staaten (z. B. aus der Mautstatistik) ermittelt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch Angaben zum Verkehr in- und ausländischer Lkw in Deutschland (Inlandskonzept). Diese stellt Tabelle 25.3.1 dar.

Die Statistik des **Güterverkehrs der Binnenschifffahrt** umfasst Umschlag und Transporte in- und ausländischer Schiffe auf Binnengewässern des Inlandes (Inlandskonzept). Auskunftsspflichtig sind die Fracht- bzw. Schiffsführerinnen und -führer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen bei allen Be- und Entladevorgängen in deutschen Binnenhäfen. Nicht einbezogen ist der Verkehr der Binnenfischerei, der Nassbaggerei, Fähr- und Hafenverkehr sowie Transporte für den Schiffsbetrieb (Treibstoff, Proviant u. Ä.). Der Durchgangsverkehr wird den Meldungen der Wasserstraßenverwaltung des Bundes entnommen.

Die **Seeverkehrsstatistik** umfasst sämtliche Ankünfte und Abgänge von deutschen und ausländischen (See-) Schiffen in Häfen, wenn die Fahrt ganz oder teilweise auf See stattfindet (Inlandskonzept). Somit enthält sie auch den Seeverkehr der Binnenhäfen. Die See wird dann befahren, wenn die Fahrt nicht ausschließlich auf Binnenwasserstraßen (Flüsse und Kanäle) im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes stattfindet. Auskunftsspflichtig zur Statistik des Schiffs-, Güter- und Personenverkehrs über See sind die Verfrachterinnen und Verfrachter, die Schiffsführerinnen und Schiffsführer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen. Das Jahrbuch weist für den Seeverkehr generell die Bruttogewichte der Güter nach, also die Nettogewichte einschließlich der Verpackung der Güter, jedoch ohne die Gewichte der Ladungsträger (z. B. Container), in denen die Güter befördert werden.

Die Statistik der **Transporte in Rohrleitungen** weist den Eingang von Rohöl in Raffinerien nach. Diesen übermittelt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

dem Statistischen Bundesamt in monatlicher und jährlicher Periodizität. Der Transit und andere Beförderungsmengen, die nicht zu Raffinerien befördert werden, bleiben unberücksichtigt.

■ Infrastruktur und Fahrzeugbestände

Die Statistik der **Straßen des überörtlichen Verkehrs** erstellt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Straßen des überörtlichen Verkehrs sind Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Nicht enthalten sind Gemeindestraßen. Deren Länge wurde zuletzt 1993 ermittelt und betrug damals 413 000 Kilometer.

Die **Schieneninfrastrukturstatistik** führt das Statistische Bundesamt bei Unternehmen durch, die Schienenstrecken des öffentlichen Verkehrs im Inland betreiben (Infrastrukturunternehmen). Streckenneubauten und -stilllegungen werden jährlich erfragt, weitere Infrastrukturangaben (Streckenlängen, Bahnübergänge, Bahnhöfe etc.) fünfjährlich.

Bestand und Neuzulassungen von **Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern** werden aus dem Zentralen Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt ermittelt. Das Zentrale Fahrzeugregister basiert seinerseits auf den Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen. Erfasst werden zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland.

Der **Binnenschiffsbestand** entstammt der Binnenschiffsbestandsdatei deutscher Schiffe, die die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest führt. Die Datei enthält keine Schiffe, die von deutschen Unternehmen eingesetzt werden, aber im Ausland registriert sind. Zum **Seeschiffsbestand** gehören nur die Schiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Die im Ausland registrierten Schiffe deutscher Schiffseignerinnen und -eigner sind somit nicht darin enthalten. Die Zahlen ermittelt das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Den **Luftfahrzeugbestand** ermittelt das Luftfahrt-Bundesamt aus der bei ihm geführten Luftfahrzeugrolle. In dieser Luftfahrzeugrolle sind Luftfahrzeuge inländischer Eigentümerinnen und Eigentümer (Unternehmen und Privatpersonen) eingetragen. Der Bestand umfasst auch in das Ausland vermietete Luftfahrzeuge.

■ Straßenverkehrsunfälle

Als **Straßenverkehrsunfälle** werden alle Unfälle erfasst, die von der Polizei registriert wurden und bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen oder Plätzen entweder Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschaden entstanden ist. Auskunftsspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamtinnen und Beamte den Unfall aufgenommen haben. Unfälle, zu denen die Polizei nicht hinzugezogen wurde, werden folglich nicht nachgewiesen. Die Polizeidienststellen melden die Daten an die amtliche Statistik. Nachgewiesen werden die Straßenverkehrsunfälle nach dem Inlandskonzept. Dies bedeutet, es werden – unabhängig von der Nationalität der Unfallbeteiligten – nur die Unfälle registriert, die sich auf deutschen Straßen ereigneten, bzw. nur die Verunglückten erfasst, die hier zu Schaden kamen.

Dieses Kapitel weist nur das Unfallgeschehen für die Straßenverkehrsunfälle nach. Angaben zu Schienenverkehrsunfällen (Erhebung des Statistischen Bundesamtes) sowie zu Unfällen im Luftverkehr (Angaben der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung) liegen ebenfalls vor. Sie finden diese in der Fachserie „Verkehrsunfälle“ (siehe auch „Mehr zum Thema“) sowie unter www.destatis.de > Transport und Verkehr > Verkehrsunfälle.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Beförderte Personen | Die Zahl der beförderten Personen (Fahr- oder Fluggäste) spiegelt in der Verkehrsstatistik im Regelfall die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unterimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen“ entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt.

Beförderungsleistung im Güterverkehr | Dies ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Beförderungsleistung im Personenverkehr | Diese wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrt- bzw. Reiseweiten). Fahrten z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Beförderungsmenge im Güterverkehr | Als Beförderungsmenge wird das Gewicht der beförderten Güter bezeichnet. Das Beförderungsgewicht wird einheitlich in allen amtlichen Güterverkehrsstatistiken einschließlich Verpackungsgewicht erhoben. Mit Ausnahme der Seeschifffahrt wird zudem das Gewicht von Ladungsträgern (z. B. Containern) in die Gesamttonnage einbezogen.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

Bruttobetriebsüberschuss =
 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
 – Personalaufwendungen

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie kann folgendermaßen errechnet werden:

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen
 – Waren- und Dienstleistungskäufe
 – betriebliche Steuern und Abgaben
 + Subventionen

Gütergliederung | Die Gütergliederung sämtlicher amtlicher funktionaler Verkehrsstatistiken basiert ab Berichtsjahr 2008 auf dem „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007)“. Es umfasst 20 Güterabteilungen und 81 Gütergruppen. Für Querschnittspublikationen wie das Statistische Jahrbuch gibt es daneben Zusammenfassungenpositionen der NST-2007-Abteilungen. In dieser Publikation werden die Ergebnisse nach 10 zusammengefassten Güterabteilungen nachgewiesen.

Güterumschlag | Das ist die Summe aus Einladungen und Ausladungen der Güter. Im Unterschied zur Güterbeförderung werden beim Güterumschlag Transporte, z. B. zwischen deutschen Häfen, in beiden beteiligten Häfen gezählt, also zweifach.

Hauptverkehrsverbindungen | Innerdeutscher Verkehr (Verkehr innerhalb Deutschlands), grenzüberschreitender Verkehr (Empfang oder Versand) und Durchgangsverkehr (Transit) bilden die sogenannten Hauptverkehrsverbindungen, auch Hauptverkehrsbeziehungen oder Hauptverkehrsrelationen genannt. Generell werden beim innerdeutschen Verkehr die Transportvorgänge innerhalb Deutschlands

nachgewiesen. Grenzüberschreitender Verkehr ist der Verkehr Deutschlands mit dem Ausland, Durchgangsverkehr der Verkehr zwischen Gebieten außerhalb Deutschlands durch Deutschland.

Kfz-Bestand | Zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland zählen zum Kfz-Bestand. Nicht einbezogen sind Fahrzeuge der Bundeswehr, Fahrzeuge mit rotem bzw. Kurzzeitkennzeichen sowie Ausfuhrkennzeichen und – ab Berichtsjahr 2000 – vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge.

Kfz-Neuzulassungen | Hierunter ist die erstmalige Registrierung eines fabrikneuen Fahrzeugs zu verstehen, das in Deutschland ein amtliches Kennzeichen erhalten hat und somit berechtigt ist, am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen.

Kombinierter Verkehr | Dabei wird der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
 +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
 – Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Verunglückte, Getötete, Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik | Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Transport und Verkehr* finden Sie hauptsächlich unter dem Menüpunkt › Themen, Code 46, Daten zu *Unternehmen* daneben unter Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmensdaten im Verkehr

Fachserie 9 Dienstleistungen

Reihe 4.1 | Strukturserhebung im Dienstleistungsbereich – Verkehr und Lagerei

■ Personenverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 3.1 | Personenverkehr mit Bussen und Bahnen

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/13 | Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2011

■ Güterverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.3 | Kombiniertes Verkehr
Reihe 1.4 | Gefahrguttransporte
Reihe 2 | Eisenbahn
Reihe 4 | Binnenschifffahrt

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/11 | Kombiniertes Verkehr 2010 – Krise gut überstanden
Heft 10/12 | Gefahrguttransporte 2010
Heft 7/12 | Binnenschifffahrt 2011

■ Straßenverkehrsunfälle

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 7 | Verkehrsunfälle

Fachberichte

Alkoholunfälle im Straßenverkehr (2011)
Kinderunfälle im Straßenverkehr (2011)
Unfälle von 15- bis 17-Jährigen im Straßenverkehr (2011)
Unfälle von 18- bis 24-Jährigen im Straßenverkehr (2011)
Unfälle von Frauen und Männern im Straßenverkehr (2011)
Unfälle von Güterkraftfahrzeugen im Straßenverkehr (2011)
Unfälle von Kraftomnibussen im Straßenverkehr (2011)
Unfälle von Senioren im Straßenverkehr (2011)
Unfallentwicklung auf deutschen Straßen (2010)
Verkehrsunfälle – Zeitreihen (2011)
Zweiradunfälle im Straßenverkehr (2011)

Mehr zum Thema

■ Straßenverkehrsunfälle

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10	Unfallstatistik – Verkehrsmittel im Risikovergleich
Heft 7/12	Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2011

■ Themenübergreifend

Broschüre

Verkehr auf einen Blick (2013)

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.1	Verkehr aktuell
Reihe 1.2	Verkehr im Überblick
Reihe 2.1	Betriebsdaten des Schienenverkehrs
Reihe 5	Seeschifffahrt
Reihe 6	Luftverkehr
Reihe 6.1	Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen
Reihe 6.2	Luftverkehr auf allen Flugplätzen

Wirtschaft und Statistik

Heft 6/11	Eisenbahnverkehr 2010
Heft 8/12	Seeverkehr 2011
Heft 4/13	Gewerblicher Luftverkehr 2012

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 52

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





26 Gastgewerbe und Tourismus

2,0 Millionen Personen in **222 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der Personen in **Teilzeit** tätig | 2011 **Umsatz** von **69 Milliarden Euro** erzielt | **Zwei Drittel** davon in **Gastronomie** getätigt, **ein Drittel** im **Beherbergungsgewerbe** | 2012 übernachteten **153 Millionen Gäste** in Beherbergungsbetrieben | Im Durchschnitt blieben sie für **2,7 Nächte** | Jeder **fünfte Gast** stammte aus dem **Ausland**, jeder **siebte ausländische Gast** aus den **Niederlanden**

Seite

601 **Auf einen Blick**

Tabellen

602 **Gastgewerbe**

Strukturdaten der Unternehmen | Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

603 **Tourismus**

Beherbergungsbetriebe | Ankünfte und Übernachtungen | Die Top 50 im Städtetourismus |
Herkunftsländer der Gäste

606 **Methodik**

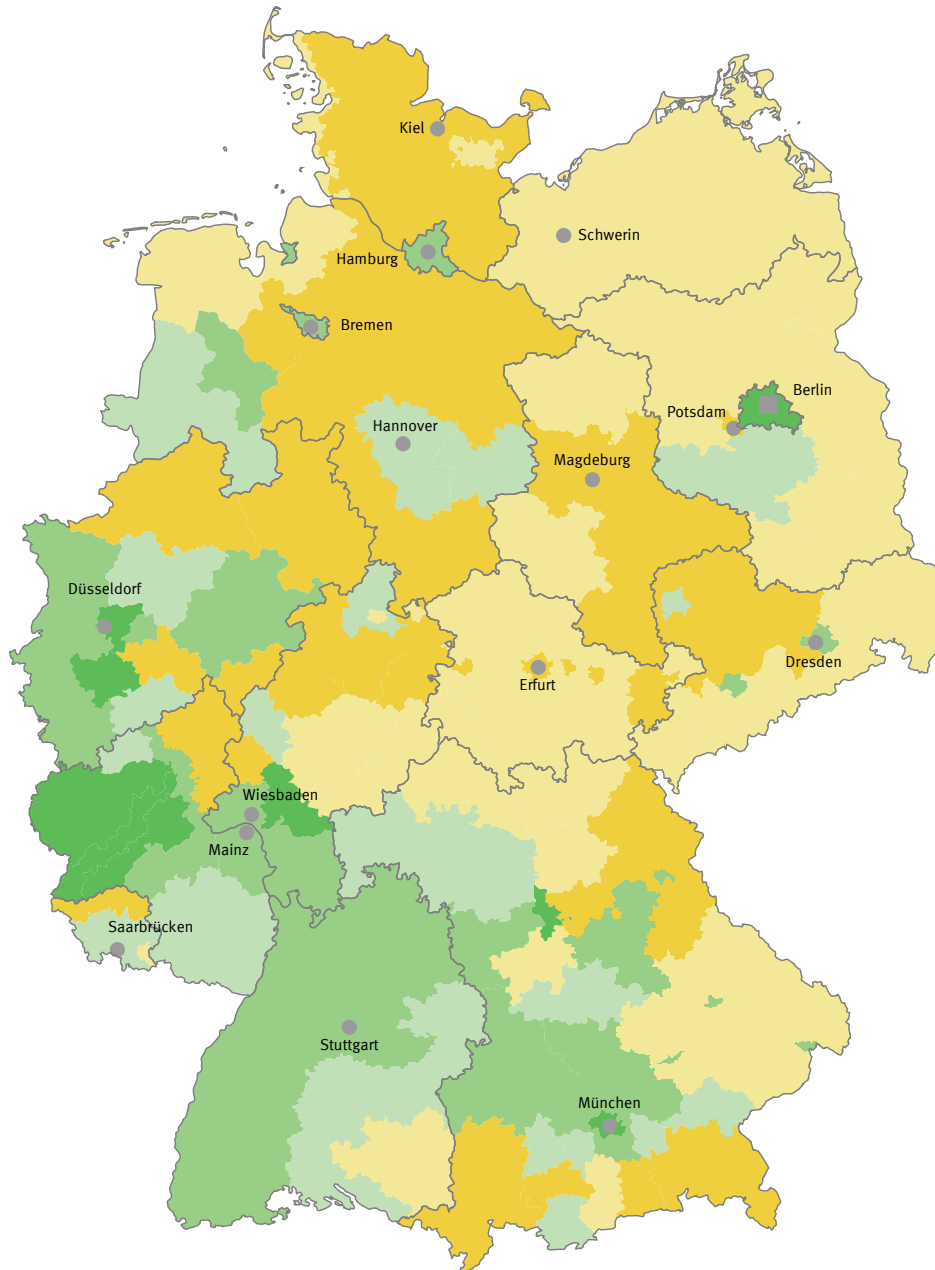
608 **Glossar**

610 **Mehr zum Thema**

Übernachtungen ausländischer Gäste in den Reisegebieten 2012

Anteil an allen Übernachtungen, in %

0,5 bis 6,8
 über 6,9 bis 12,0
 über 12,1 bis 18,2
 über 18,3 bis 29,1
 über 29,2 bis 47,9



26.1 Gastgewerbe
26.1.1 Strukturdaten der Unternehmen im Gastgewerbe 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
I	Gastgewerbe	222 221	1 978 959	69 258	32 326	3 562
55	Beherbergung	46 820	514 581	23 793	11 501	1 944
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	35 652	451 634	21 470	10 305	1 668
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	8 403	46 276	1 627	817	157
55.3	Campingplätze	1 497	9 856	438	221	55
56	Gastronomie	175 401	1 464 377	45 466	20 826	1 618
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	125 362	1 030 386	31 930	14 460	1 156
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	12 945	209 411	7 922	3 981	201
56.3	Ausschank von Getränken	37 094	224 580	5 613	2 385	261

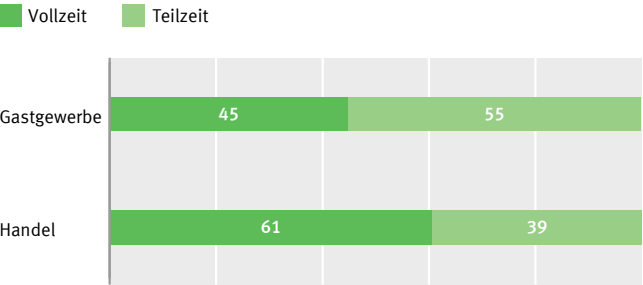
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

26.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Gastgewerbe 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
I	Gastgewerbe	69 258	101,5	55,4	46,7	28,5	17,4
55	Beherbergung	23 793	101,6	53,9	48,3	29,2	18,1
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	21 470	101,5	53,8	48,0	29,2	17,6
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	1 627	102,1	54,3	50,2	28,9	20,9
55.3	Campingplätze	438	98,5	50,0	50,4	23,5	26,6
56	Gastronomie	45 466	101,4	56,2	45,8	28,1	17,1
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	31 930	101,7	56,5	45,3	27,2	17,8
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	7 922	101,6	54,3	50,3	37,0	10,9
56.3	Ausschank von Getränken	5 613	99,6	57,0	42,5	20,5	21,7

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten 2011
in %



2013 - 01 - 0438

26.2 Tourismus

26.2.1 Beherbergungsbetriebe, Schlafgelegenheiten und Kapazitätsauslastungen 2012

	Geöffnete Beherbergungs- betriebe ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Angebotene Schlafgelegen- heiten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Schlafgelegen- heiten
	Anzahl	%	Anzahl	%	% ²
Insgesamt	53 246	- 0,5	3 564 213	0,7	34,4
nach Ländern					
Baden-Württemberg	6 949	0,7	396 406	1,3	36,1
Bayern	12 758	- 1,6	705 180	- 0,2	34,4
Berlin	794	1,7	129 719	3,7	53,2
Brandenburg	1 655	- 0,9	124 834	- 0,8	29,8
Bremen	115	0,0	12 767	0,7	41,1
Hamburg	330	4,8	53 296	9,3	55,3
Hessen	3 552	0,3	248 916	0,5	35,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 040	- 1,3	290 166	0,2	30,9
Niedersachsen	5 797	- 0,7	388 912	0,5	30,9
Nordrhein-Westfalen	5 356	1,0	365 491	2,2	35,0
Rheinland-Pfalz	3 685	0,2	243 441	1,1	26,6
Saarland	277	- 0,7	21 077	- 0,8	31,6
Sachsen	2 187	- 0,5	148 696	1,1	36,8
Sachsen-Anhalt	1 115	- 0,4	73 587	- 0,2	29,9
Schleswig-Holstein	4 279	- 1,3	256 424	0,0	32,3
Thüringen	1 357	- 2,2	105 301	- 2,0	34,8
nach Betriebsarten					
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	34 578	- 0,9	1 750 755	0,4	39,9
Hotels (ohne Hotels garnis)	13 384	- 0,1	1 078 634	0,7	42,2
Hotels garnis	7 681	- 1,4	345 679	1,2	43,1
Gasthöfe	8 158	- 2,4	197 251	- 1,9	26,6
Pensionen	5 355	0,4	129 191	- 0,1	31,6
Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	14 088	- 0,4	689 266	0,9	31,9
Erholungs- und Ferienheime	1 790	- 1,7	133 367	- 1,4	32,3
Ferienzentren	118	- 0,8	66 812	6,0	42,7
Ferienhäuser und Ferienwohnungen ..	10 260	- 0,4	323 936	- 1,4	28,3
Jugendherbergen und Hütten	1 920	0,8	165 151	5,6	34,2
Campingplätze	2 834	2,1	890 036	0,9	10,8
Sonstige tourismusrelevante					
Unterkünfte	1 746	2,8	234 156	1,6	67,1
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken .	896	- 0,6	156 587	- 0,6	81,8
Schulungsheime	850	6,6	77 569	6,3	37,2

1 Stand: Juli.

2 Rechnerischer Wert (Übernachtungen/Bettentage) x 100.

Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten in der Hotellerie

in %



2013 - 01 - 0436

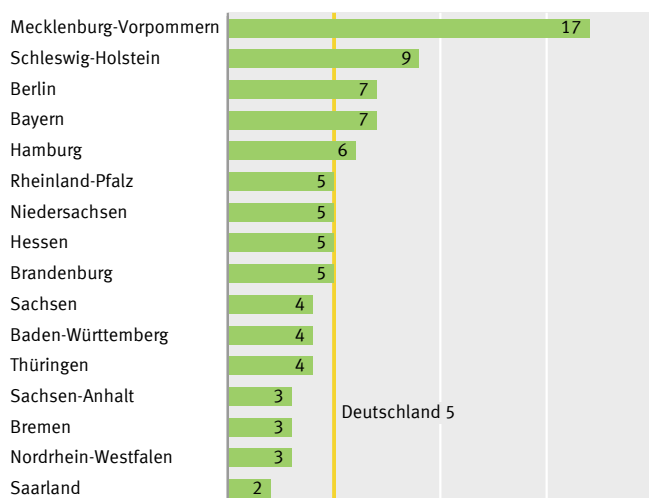
26.2 Tourismus

26.2.2 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2012

	Ankünfte		Darunter von Auslandsgästen		Übernachtungen		Darunter von Auslandsgästen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	152 738	3,9	30 410	7,3	407 260	3,6	68 828	8,1
nach Ländern								
Baden-Württemberg	18 610	4,4	4 096	6,2	47 672	4,7	9 428	7,4
Bayern	31 177	4,7	7 299	8,5	84 070	4,1	15 299	8,7
Berlin	10 849	10,0	4 085	13,5	24 896	11,4	10 590	14,5
Brandenburg	4 173	3,1	347	2,9	11 481	4,0	802	5,1
Bremen	1 070	-2,6	204	-4,3	1 916	-0,7	401	-1,4
Hamburg	5 604	10,2	1 175	17,4	10 634	11,6	2 391	17,1
Hessen	13 026	4,9	3 237	8,7	29 965	3,5	6 226	10,4
Mecklenburg-Vorpommern	6 993	2,9	335	12,4	27 940	1,3	918	15,5
Niedersachsen	12 730	2,2	1 376	1,3	40 004	1,7	3 509	4,4
Nordrhein-Westfalen	19 970	2,5	4 297	4,2	45 419	2,8	9 210	4,5
Rheinland-Pfalz	8 033	-1,6	1 886	-1,0	21 091	-1,5	5 316	-0,9
Saarland	781	-2,3	107	-2,4	2 284	-1,9	257	-7,5
Sachsen	7 050	5,0	779	8,6	18 355	6,1	1 816	11,2
Sachsen-Anhalt	2 953	2,7	221	9,3	7 354	4,3	532	16,6
Schleswig-Holstein	6 141	0,6	724	5,8	24 484	0,1	1 540	5,3
Thüringen	3 579	0,9	243	0,6	9 695	2,4	593	4,9
nach Betriebsarten								
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	119 976	4,0	26 547	7,2	250 091	4,1	55 529	8,1
Hotels (ohne Hotels garnis)	81 818	3,6	19 102	6,8	164 174	3,8	38 470	7,2
Hotels garnis	24 748	5,7	5 642	8,1	53 223	5,8	12 853	10,1
Gasthöfe	8 620	1,5	1 148	3,9	18 544	1,3	2 419	6,2
Pensionen	4 790	5,1	655	14,6	14 150	4,5	1 787	18,1
Ferienunterkünfte und ähnliche								
Beherbergungsstätten	19 516	2,8	2 284	8,7	74 250	1,7	8 534	9,0
Erholungs- und Ferienheime	4 246	-1,0	107	-16,0	14 453	-0,7	460	-8,5
Ferienzentren	2 339	6,3	529	1,5	9 850	8,0	2 567	6,8
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	5 430	1,0	505	9,4	31 062	-1,0	2 597	8,4
Jugendherbergen und Hütten	7 501	5,5	1 142	15,5	18 886	5,2	2 910	15,2
Campingplätze	7 508	5,9	1 468	7,4	26 008	4,7	4 099	6,8
Sonstige tourismusrelevante								
Unterkünfte	5 738	2,6	111	1,4	56 910	3,4	666	0,2
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 203	2,6	30	1,1	46 488	3,5	260	-5,5
Schulungsheime	3 534	2,5	81	1,6	10 422	3,3	406	4,2

Tourismusintensität 2012

Übernachtungen je 1 Mill. Einwohner/-innen



2013 - 01 - 0437

26 Gastgewerbe und Tourismus
26.2 Tourismus
26.2.3 Die Top 50 im Städtetourismus
– Ankünfte und Übernachtungen 2012

	Ankünfte ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernach- tungen ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%
1 Berlin	10 849	10,0	24 896	11,4
2 München	6 133	3,4	12 366	5,4
3 Hamburg	5 604	10,2	10 634	11,6
4 Frankfurt am Main	4 285	10,6	7 071	10,8
5 Köln	2 914	2,4	5 083	2,3
6 Düsseldorf	2 417	6,8	4 056	5,5
7 Dresden	1 919	7,2	4 037	5,7
8 Stuttgart	1 692	.	3 116	.
9 Nürnberg	1 471	4,8	2 647	5,2
10 Leipzig	1 348	.	2 483	.
11 Hannover	1 220	3,5	2 086	– 0,5
12 Bremen	890	– 2,1	1 557	0,2
13 Bonn	709	2,7	1 319	1,8
14 Freiburg im Breisgau	702	.	1 405	.
15 Essen	649	8,0	1 377	5,8
16 Rostock	637	7,3	1 702	12,6
17 Münster	633	4,7	1 351	3,0
18 Lübeck	626	0,8	1 443	3,8
19 Dortmund	625	5,1	999	7,4
20 Heidelberg	583	.	1 103	.
21 Mainz	550	3,6	857	1,9
22 Karlsruhe	547	.	1 006	.
23 Regensburg	532	0,1	913	– 0,5
24 Mannheim	528	.	1 161	.
25 Wiesbaden	524	2,7	1 093	6,7
26 Kassel	500	14,8	948	22,7
27 Würzburg	479	5,4	772	7,3
28 Potsdam	438	11,8	1 034	13,6
29 XXX ²	.	.	.	.
30 Aachen	431	– 0,9	872	0,9
31 Trier	412	– 2,0	770	– 1,0
32 Augsburg	388	7,1	683	5,8
33 Bochum	351	– 2,9	580	– 1,3
34 Koblenz	350	– 7,2	672	– 9,7
35 Magdeburg	317	1,2	554	4,0
36 XXX ²	.	.	.	.
37 Darmstadt	311	5,2	595	1,7
38 Ulm	301	.	488	.
39 Bielefeld	292	3,1	537	4,2
40 Braunschweig	281	2,4	504	3,7
41 Neuss	260	7,5	406	2,8
42 Saarbrücken	258	– 0,6	451	– 6,2
43 Ingolstadt	255	12,4	465	12,9
44 Erlangen	255	3,7	516	3,7
45 Wolfsburg	238	– 4,4	510	0,9
46 Chemnitz	237	.	477	.
47 Göttingen	234	– 3,6	417	– 2,7
48 Wuppertal	212	– 1,0	520	5,7
49 Osnabrück	203	1,9	315	2,3
50 Oberhausen	203	– 3,1	446	0,9

1 In Beherbergungsbetrieben.

2 In diesen Städten sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. Daher unterliegen sie der statistischen Geheimhaltung.

26.2.4 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungs-
betrieben nach dem Herkunftsland der Gäste 2012

Herkunftsland (Ständiger Wohnsitz)	Ankünfte	Verän- derung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen		Verän- derung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	% ¹	%
Insgesamt	152 738	3,9	407 260	100	3,6
Deutschland	122 328	3,0	338 432	83,1	2,7
Ausland	30 410	7,3	68 828	16,9	8,1
Europa	22 883	5,8	52 086	75,7	7,1
dar.: Belgien	1 238	4,0	2 871	4,2	4,4
Bulgarien	72	5,3	196	0,3	13,2
Dänemark	1 357	9,3	2 856	4,1	10,6
Estland	46	9,0	89	0,1	11,3
Finnland	292	– 0,7	612	0,9	2,1
Frankreich	1 535	5,1	3 065	4,5	4,6
Griechenland	127	– 21,0	330	0,5	– 20,3
Irland	135	0,2	303	0,4	– 3,0
Island	34	– 9,6	82	0,1	– 6,8
Italien	1 581	2,8	3 468	5,0	6,4
Lettland	55	10,7	117	0,2	17,3
Litauen	83	12,8	165	0,2	18,8
Luxemburg	232	5,6	540	0,8	4,4
Malta	14	15,1	35	0,1	13,7
Niederlande	4 169	3,5	10 940	15,9	2,9
Norwegen	417	7,2	844	1,2	12,7
Österreich	1 567	4,9	3 221	4,7	6,3
Polen	737	7,9	2 013	2,9	17,6
Portugal	118	– 2,1	290	0,4	0,0
Rumänien	189	10,5	557	0,8	20,1
Russische Föderation	918	24,6	2 247	3,3	25,9
Schweden	897	6,0	1 659	2,4	8,9
Schweiz	2 490	8,2	5 211	7,6	9,4
Slowakei	96	10,6	301	0,4	12,8
Slowenien	81	6,8	221	0,3	20,7
Spanien	890	0,1	2 028	2,9	– 0,8
Tschechische Republik	392	9,3	859	1,2	12,4
Türkei	245	9,2	576	0,8	10,8
Ukraine	112	21,1	261	0,4	26,4
Ungarn	236	4,8	715	1,0	15,6
Vereinigtes Königreich	2 162	5,3	4 537	6,6	5,7
Zypern	18	23,6	46	0,1	23,5
Sonstige europäische Länder zusammen	349	7,3	832	1,2	4,3
Afrika	227	17,4	622	0,9	23,3
dar. Südafrika	74	9,4	175	0,3	11,7
Asien	3 164	18,1	7 242	10,5	17,9
dar.: Arabische Golfstaaten	449	31,0	1 285	1,9	27,5
China (einschl. Hongkong)	757	18,8	1 563	2,3	18,2
Indien	172	7,0	585	0,8	6,8
Israel	238	16,9	661	1,0	19,2
Japan	734	14,3	1 326	1,9	12,1
Korea, Republik	211	22,1	424	0,6	22,1
Amerika	3 155	8,3	6 843	9,9	6,5
dar.: Kanada	295	4,8	624	0,9	4,4
Vereinigte Staaten	2 314	7,0	4 855	7,1	4,2
Mittelamerika/Karibik	94	11,8	233	0,3	9,7
Brasilien	279	17,7	694	1,0	18,4
Australien, Ozeanien	361	11,4	807	1,2	10,4
dar. Australien	313	11,0	702	1,0	10,1
Ohne Angaben	621	2,6	1 228	1,8	0,8

1 Deutschland und Ausland: Anteil am „Insgesamt“; andere Länder bzw. Ländergruppen: Anteil am „Ausland“.

Methodik

Eine wirtschaftliche Tätigkeit kann grundsätzlich aus institutioneller oder aus funktionaler Sicht betrachtet werden. Institutionell bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, deren Haupttätigkeit die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit ist. Dabei fließen in die Ergebnisse alle Angaben dieser Einheiten ein, also auch die Angaben aus anderen Tätigkeiten. Funktional bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, die diese Tätigkeit überhaupt ausüben, und zwar auch dann, wenn es sich nicht um die Haupttätigkeit der Einheit handelt. Dabei fließen in die Ergebnisse nur die Angaben ein, die aus der zu untersuchenden Tätigkeit stammen.

In diesem Kapitel enthalten die Tabellen zum Gastgewerbe eine institutionelle Sicht, die Tabellen zum Tourismus dagegen eine funktionale.

■ Gastgewerbe

Die **Gastgewerbestatistik** umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) definiert den Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik (Abschnitt I). Er untergliedert sich in die Abteilungen 55 „Beherbergungsstatistik“ und 56 „Gastronomie“. Die Statistik erfasst alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten (einschließlich Kantinen und Catering). Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit anbieten (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben. Die Unternehmen müssen dabei stets für das Gesamtunternehmen melden, also unter Einschluss auch solcher Arbeitsstätten, in denen andere als Gastgewerbetätigkeiten überwiegen (z. B. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, „Café-Konditorei“). Die Erhebung wird als Stichprobe bei höchstens 5 % der Unternehmen des Gastgewerbes durchgeführt. In der monatlichen Stichprobenerhebung sind rund 7 400 Unternehmen mit einem jährlichen Mindestumsatz von 150 000 Euro repräsentiert.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Gastgewerbestatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Zum Erhebungsprogramm der **Monatserhebung** im Gastgewerbe gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Gastgewerbe ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Gastgewerbestatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monatserhebung wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung** im Gastgewerbe stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Gastgewerbe vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Warenbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Die Erhebung erfasst weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben.

Die Daten werden in einer schriftlichen Befragung von Unternehmen erhoben. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Daten online oder telefonisch zu melden. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderegebnissen Bundesergebnisse zusammen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik in der Regel 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres,

da erfahrungsgemäß die Unternehmen die meisten der Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Monatserhebung im Gastgewerbe – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt aufgrund des großen Stichprobenumfangs. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unscharfbereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Gastgewerbestatistik aufgrund der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsraten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das Stichtagsprinzip, das in der Jahreserhebung angewendet wird. Zudem sind in der Monatserhebung nur Unternehmen einbezogen, die die vorgenannten Mindestumsätze übertreffen. Dagegen basieren die Ergebnisse der Jahreserhebung auf allen Stichprobenunternehmen. Der Berichtsfirmenkreis ist somit unterschiedlich groß.

Die in der Jahreserhebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen **anderer Erhebungen**. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Gastgewerbestatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Gastgewerbestatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

■ Tourismus

Die **Monatserhebung im Tourismus** ist die zentrale statistische Informationsquelle zum Inlandstourismus in Deutschland. Es handelt sich hierbei um eine Totalerhebung mit einer sogenannten Abschnidegrenze. Es werden also nur Betriebe betrachtet, die eine bestimmte Mindestgröße aufweisen.

Zweck der monatlichen Erhebung im Tourismus ist zum einen die kurzfristige Information über die konjunkturelle Entwicklung im Beherbergungsgewerbe. Darüber hinaus liefert sie aber auch Informationen über Strukturen des Inlandstourismus. Ihre Ergebnisse dienen als Grundlage für tourismuspolitische Entscheidungen, für infrastrukturelle Planungen sowie für Maßnahmen der Tourismuswerbung und der Marktforschung. Mit den Ergebnissen, die aus der Monatserhebung im Tourismus gewonnen werden, werden auch Datenlieferungsverpflichtungen gegenüber der EU erfüllt.

Rechtsgrundlage der Monatserhebung im Tourismus ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Berichtspflichtig sind demnach alle Beherbergungsstätten und Campingplätze sowie die entsprechenden fachlichen Betriebsteile, die zehn und mehr Schlafgelegenheiten bzw. bei Campingplätzen zehn und mehr Stellplätze aufweisen. Bis einschließlich des Berichtsjahres 2011 waren alle Beherbergungsstätten berichtspflichtig, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend zu beherbergen. Bei Campingplätzen wurden alle Betriebe mit mehr als zwei Stellplätzen erfasst. Insgesamt sind zurzeit etwa 54 200 Beherbergungsstätten und Campingplätze berichtspflichtig (Durchschnitt des Jahres 2012).

Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab dem Berichtsjahr 1992 verfügbar und bis einschließlich dem Berichtsjahr 2010 vergleichbar. Ab dem Berichtsjahr 2011 weist die Zeitreihe einen Bruch auf. Grund ist eine Vorgabe der EU-Verordnung über die europäische Tourismusstatistik, nach der ab dem Berichtsjahr 2012 die Abschnidegrenze für die Auskunftspflicht von neun auf zehn Betten bzw. drei auf zehn Stellplätzen erhöht werden musste. Damit die Ergebnisse des Jahres 2012 mit

Methodik

dem Vorjahr verglichen werden können (Stichwort „Veränderungsraten“), wurden die Ergebnisse des Jahres 2011 nachträglich auf die neue Abschnidegrenze umgerechnet. Dies hat zur Folge, dass der Bruch in den Zeitreihen, die seit 2012 (Monatsergebnisse) bzw. 2013 (Jahresergebnisse) veröffentlicht werden, schon ab dem Jahr 2011 und nicht erst ab 2012 auftritt.

Die Erhebung erstreckt sich auf die Gruppen 55.1 „Hotels, Gasthöfe und Pensionen“, 55.2 „Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten“ und 55.3 „Campingplätze“ sowie auf Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (Wirtschaftsunterklasse 86.10.3) und auf Schulungsheime (Wirtschaftsklassen 85.53 und 85.59) der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008). Erhoben wird die Zahl der Gästeankünfte sowie der Übernachtungen, bei Gästen aus dem Ausland auch deren Herkunftsland. Außerdem erfasst die Erhebung als Kapazitätsangaben die Zahl der Schlafgelegenheiten, die Zahl der Stellplätze auf Campingplätzen sowie bei Betrieben der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) jährlich auch die Zahl der Gästezimmer zum Stand 31.7. Bei der Hotellerie mit 25 und mehr Gästezimmern wird zudem monatlich die Nettoauslastung der Gästezimmer ermittelt. Im Bereich des Campings wird nur das Urlaubscamping erhoben, nicht jedoch das Dauercamping.

Die Aktualität ist ein wesentliches Qualitätskriterium für die Monatserhebung im Tourismus. Ein erstes Bundesergebnis wird in der Regel innerhalb von 40 Tagen nach Ablauf des Berichtsmonats als Pressemitteilung auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Etwa zwei Wochen später erscheint die monatliche Fachserie mit ausführlichen und tief gegliederten Ergebnissen. Diese Veröffentlichung ist im Internet kostenfrei als Download verfügbar. Das Jahrbuch weist einen Teil der Jahresergebnisse der Monatserhebung im Tourismus in den vorliegenden Tabellen nach.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Angebote Schlafgelegenheiten | Anzahl der Schlafgelegenheiten, die am letzten Öffnungstag eines Beherbergungsbetriebes im Berichtsmonat tatsächlich angeboten werden.

Ankünfte | Die Zahl der Anmeldungen von Gästen in einem Beherbergungsbetrieb innerhalb des Berichtszeitraums, die zum vorübergehenden Aufenthalt eine Schlafgelegenheit belegten.

Beherbergungsbetriebe | Örtliche Einheiten, die dazu dienen Gästen im privaten oder geschäftlichen Reiseverkehr eine Übernachtungsmöglichkeit bereitzustellen. Man unterscheidet dabei zwischen Beherbergungsstätten mit einem Angebot an Schlafgelegenheiten (z. B. Hotels und Pensionen) und Campingplätzen. Zu den Beherbergungsbetrieben zählen auch Unterkünfte, die die Gästebeherbergung nur als Nebenzweck betreiben.

Beherbergung im Reiseverkehr | Unterbringung von Personen, die sich nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. Der vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeitaktivitäten veranlasst sein, aber auch durch die Wahrnehmung privater und geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder sonstige Gründe.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

Bruttobetriebsüberschuss =
 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
 – Personalaufwendungen

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen
 – Waren- und Dienstleistungskäufe
 – betriebliche Steuern und Abgaben
 + Subventionen

Campingplätze | Das sind abgegrenzte Gelände, die jedermann zum vorübergehenden Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Reise- bzw. Wohnmobilen oder Zelten zugänglich sind. Im Rahmen der Monatserhebung im Tourismus werden nur Campingplätze berücksichtigt, die Urlaubscamping anbieten, nicht aber sogenannte Dauercampingplätze. Die Unterscheidung zwischen Urlaubs- oder Dauercamping knüpft an die vertraglich vereinbarte Dauer der Campingplatzbenutzung an. Im Urlaubscamping wird der Stellplatz in der Regel für die Dauer von Tagen oder Wochen gemietet, im Dauercamping dagegen zumeist auf Monats- oder Jahresbasis.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer | Sie wird ermittelt, indem die Zahl der Übernachtungen durch die der Ankünfte geteilt wird (Übernachtungen/Ankünfte). Sie kann zum Beispiel in Orten mit Vorsorge- und Rehabilitationskliniken rechnerisch höher sein als die Zahl der Kalendertage des Berichtszeitraums, da sich in solchen Beherbergungsstätten manche Gäste und Patienten mehr als einen Kalendermonat aufhalten.

Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten | Es ist ein rechnerischer Wert, der die Inanspruchnahme der Schlafgelegenheiten in einem Berichtszeitraum ausdrückt. Die prozentuale Angabe wird ermittelt, indem die Zahl der

Übernachtungen durch die sogenannten „Bettentage“ (Roomnights) geteilt wird. Letztere sind das Produkt aus angebotenen Schlafgelegenheiten und der Zahl der Tage, an denen ein Betrieb im Berichtszeitraum tatsächlich geöffnet hatte. Das Produkt beschreibt damit die im Berichtszeitraum angebotene Bettenkapazität. Berechnung der durchschnittlichen Auslastung der Schlafgelegenheiten: (Übernachtungen/angebotene Bettentage) x 100.

Erholungs- und Ferienheime | Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen, zum Beispiel Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Kindern, Müttern, Betreuten sozialer Einrichtungen, zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nur an Hausgäste abgegeben.

Ferienhäuser, -wohnungen | Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nicht abgegeben, aber eine Kochgelegenheit ist vorhanden.

Ferienzentren | Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und die dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein einer Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten auch mit Kochgelegenheit, einer Gaststätte, von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs. Ferner müssen Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen vorhanden sein, zum Beispiel Massaggeeinrichtungen, Solarium, Sauna, Friseur, und zur aktiven Freizeitgestaltung, wie beispielsweise Schwimmbad, Tennis-, Tischtennis-, Minigolf- oder Trimm-Dich-Anlagen.

Gastgewerbe | Dazu zählen Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten. Zum Gastgewerbe gehören auch Kantinen und Catering-Unternehmen. Unternehmen mit Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen bieten entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit an (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder sie geben Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle ab. Nicht zum Gastgewerbe zählen Trink- und Imbisshallen, die Zeitungen, Süßwaren, Tabakwaren, Andenken und dergleichen verkaufen. Sie zählen zum Einzelhandel.

Gasthöfe | Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen – außer einem auch für Passanten zugänglichen Gastraum – in der Regel keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Herkunftsländer | Für die Zuordnung zum Herkunftsland ist grundsätzlich der ständige Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Gastes maßgebend, nicht dagegen dessen Staatsangehörigkeit bzw. Nationalität.

Hotels | Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen auch für Passantinnen und Passanten ein Restaurant vorhanden ist. In der Regel stehen weitere Einrichtungen oder Räume für unterschiedliche Zwecke (Konferenzen, Seminare, Sport, Freizeit, Erholung) zur Verfügung.

Hotels garnis | Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen als Mahlzeit höchstens ein Frühstück angeboten wird.

Jugendherbergen und Hütten | Beherbergungsstätten, die in der Regel eine einfache Ausstattung aufweisen und vorzugsweise Jugendlichen und Familien oder Angehörigen der sie tragenden Organisation (z. B. Wanderverein) zur Verfügung stehen. Speisen und Getränke werden im Allgemeinen nur an Hausgäste abgegeben.

Pensionen | Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =

- Umsatz
- + selbsterstellte Anlagen
- + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
- +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
- +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
- Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Reisegebiete | Regionen, die in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern erstellt wurden und die sich im Wesentlichen an den Zuständigkeitsbereichen der regionalen Tourismusverbände und an naturräumlichen Gegebenheiten orientieren. In Bayern heißen die entsprechenden Regionen Tourismusregionen. Für die Stadtstaaten sind keine Reisegebiete definiert.

Schlafgelegenheiten | Dies sind Gästebetten in einer Beherbergungsstätte. Doppelbetten zählen dabei als zwei Schlafgelegenheiten. Klappbetten (Schlafcouch), die regulär als Schlafgelegenheit angeboten werden, gehören auch dazu. Behelfsmäßige Schlafgelegenheiten (z. B. Zustellbetten, Kinderbetten) werden nicht berücksichtigt. Im Campingbereich wird gemäß einer Vorgabe der Europäischen Kommission ein Stellplatz mit vier Schlafgelegenheiten gleichgesetzt. Auf diese Weise ist es möglich, für alle Beherbergungsbetriebe eine Aussage zur Anzahl der Schlafgelegenheiten oder ihrer Auslastung treffen zu können.

Schulungsheime | Beherbergungsstätten, die dazu dienen, Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems anzubieten. Sie dienen überwiegend der Erwachsenenbildung.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Übernachtungen | Die Zahl der Übernachtungen von Gästen, die im Berichtszeitraum in einem Beherbergungsbetrieb ankamen oder aus dem vorherigen Berichtszeitraum noch anwesend waren.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Vorsorge- und Rehabilitationskliniken | Beherbergungsstätten, die unter ärztlicher Leitung stehen und ausschließlich oder überwiegend Kurgästen zur Verfügung stehen. Als Kurgäste gelten Personen, die sich aufgrund einer ärztlichen Verordnung in der Klinik vorübergehend aufhalten. Das Ziel des Aufenthalts ist die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder der Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sowie die Inanspruchnahme der allgemein angebotenen Kureinrichtungen außerhalb des Beherbergungsbetriebs. Zu den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zählen auch Kinderheilstätten, Sanatorien, Kur- und ähnliche Krankenhäuser (Fachabteilungen anderer Krankenhäuser). Im Unterschied zur Krankenhausstatistik werden Vorsorge- und Rehabilitationskliniken in der Beherbergungsstatistik nur

dann erfasst, wenn die dort untergebrachten Personen überwiegend in der Lage sind, während des vorübergehenden Aufenthaltes die Klinik zu verlassen und die Tourismusangebote der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Gastgewerbe*, *Tourismus* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gastgewerbe

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

■ Tourismus

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 7.1 | Tourismus

Fachberichte

| Tourismus in Zahlen

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/13 | Inlandstourismus 2012

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 50 (Gastgewerbe), +49 (0)6 11 / 75 48 51 (Tourismus).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



27 Weitere Dienstleistungen

6,5 Millionen Personen in **795 000 Unternehmen** beschäftigt | 2011
Umsatz von **731 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Knapp **ein Drittel** davon
durch **Informations- und Kommunikationsunternehmen** erzielt | Job-
motor **Freie Berufe: 470 000 Personen** arbeiteten in **Architektur- und**
Ingenieurbüros, 361 000 in Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung
sowie Buchführung und **247 000 in Rechtsberatung**

Seite

613 Auf einen Blick

Tabellen

614 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

616 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung | Personalaufwendungen |
Bruttobetriebsüberschuss

619 Methodik

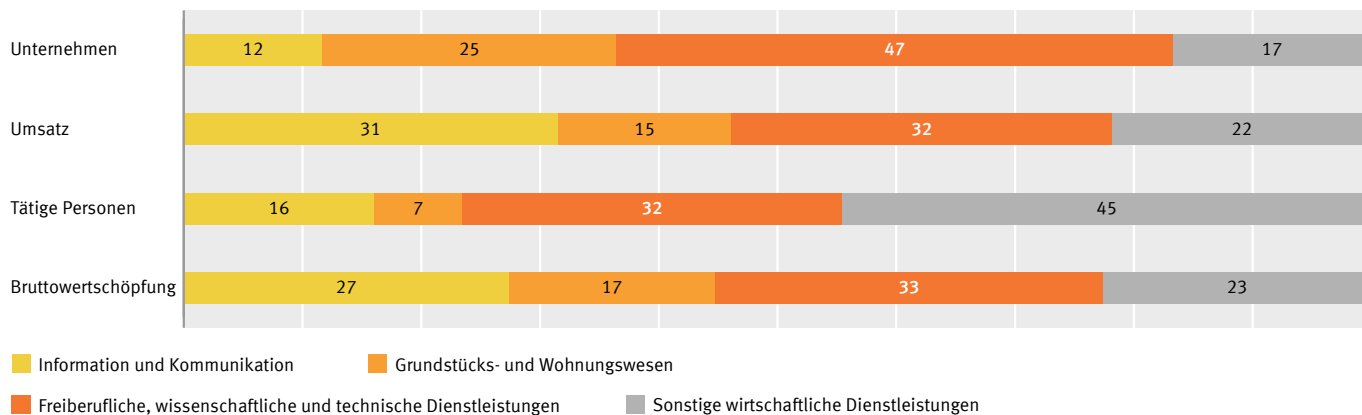
620 Glossar

621 Mehr zum Thema

27.0 Auf einen Blick

Unternehmen, Umsatz, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in weiteren Dienstleistungsbereichen 2011

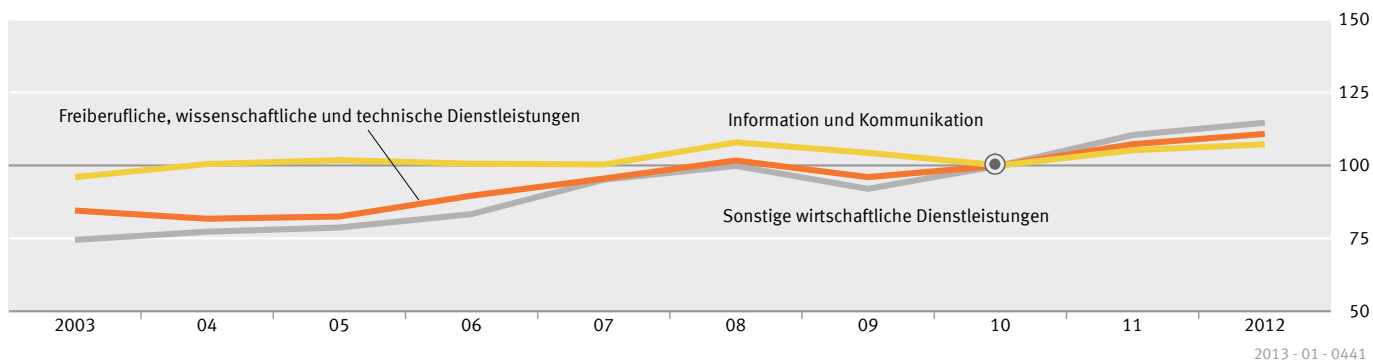
in %



2013 - 01 - 0439

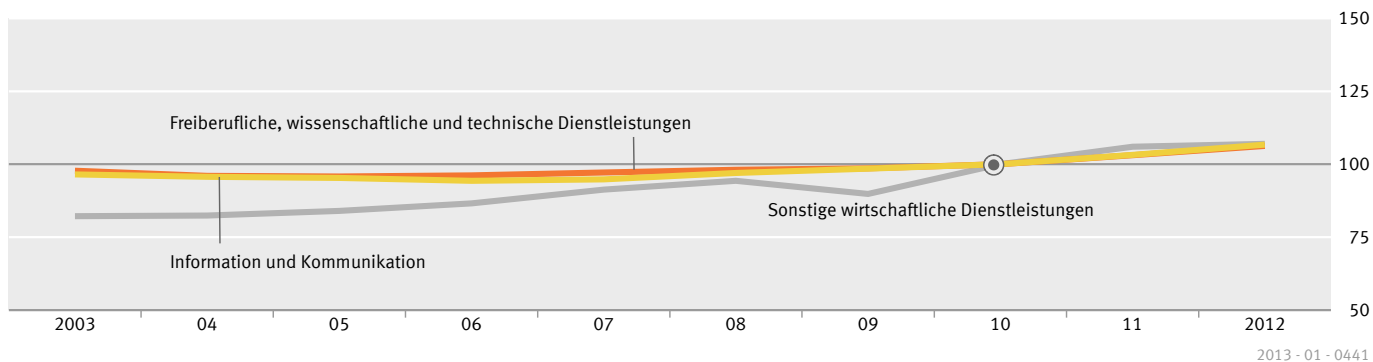
Umsätze in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

2010 = 100



Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

2010 = 100



27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2011

Nr.der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Brutto- investitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
J	Information und Kommunikation	92 869	1 045 563	230 124	100 078	17 238
58	Verlagswesen	7 199	220 196	33 842	13 560	740
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	6 607	207 915	29 657	11 682	484
58.2	Verlegen von Software	592	12 281	4 185	1 878	256
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	7 899	61 075	10 037	4 348	514
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	6 195	54 152	7 862	2 962	486
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	1 704	6 924	2 174	1 386	28
60	Rundfunkveranstalter	508	32 539	13 848	6 385	1 170
60.1	Hörfunkveranstalter	258	11 601	2 578	1 574	84
60.2	Fernsehveranstalter	250	20 937	11 270	4 812	1 086
61	Telekommunikation	2 309	118 758	70 030	26 266	9 817
61.1	Leistungsgebundene Telekommunikation	425	63 985	34 518	13 553	4 097
61.2	Drahtlose Telekommunikation	321	28 630	25 871	9 812	5 225
61.3	Satellitenkommunikation	42	777	357	105	15
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 522	25 366	9 284	2 795	479
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	63 190	526 521	90 020	43 136	4 247
63	Informationsdienstleistungen	11 764	86 474	12 348	6 383	749
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 685	47 820	7 883	3 805	608
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	8 078	38 654	4 465	2 578	142
K ²	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	876	155 007	236 440	22 260	.
65.1	Versicherungen	646	141 434	181 419	16 256	.
65.2	Rückversicherungen	34	11 894	46 719	5 506	.
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	196	1 679	8 302	498	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	196 831	476 317	107 045	63 535	23 382
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	196 831	476 317	107 045	63 535	23 382
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	4 526	16 173	7 894	3 063	3 702
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Immobilien	156 184	312 389	82 488	52 369	18 032
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	36 121	147 755	16 664	8 103	1 648
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	372 561	2 081 512	233 988	119 285	8 603
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	100 812	607 497	44 873	32 367	1 004
69.1	Rechtsberatung	50 683	246 671	18 989	14 042	318
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	50 129	360 826	25 884	18 325	686
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	71 852	372 844	77 006	28 850	3 041
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	17 877	184 018	53 401	15 136	2 524
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	53 976	188 826	23 606	13 714	517
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	108 218	548 283	60 005	33 086	1 634
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	102 787	470 277	51 666	28 091	1 293
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 431	78 006	8 339	4 995	341
72	Forschung und Entwicklung	4 802	133 824	11 014	7 380	1 917
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	4 190	127 462	10 663	7 095	1 903
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	612	6 363	352	284	14
73	Werbung und Marktforschung	27 940	253 387	24 539	9 608	527
73.1	Werbung	26 458	234 896	22 207	8 487	475
73.2	Markt- und Meinungsforschung	1 482	18 490	2 332	1 121	52
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	49 879	125 591	13 966	6 489	389
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	18 398	33 340	2 573	1 426	78
74.2	Fotografie und Fotolabors	7 656	21 108	1 640	836	97
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	6 352	11 467	850	452	17

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2011

Nr.der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Brutto- investitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	17 472	59 675	8 903	3 775	196
75	Veterinärwesen	9 058	40 087	2 583	1 506	91
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	132 732	2 894 664	159 436	82 528	11 041
77	Vermietung von beweglichen Sachen	16 828	101 278	27 681	15 090	7 730
77.1	Vermietung von Kraftwagen	3 504	24 757	8 150	4 008	3 562
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	2 986	28 601	3 098	1 613	396
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	9 936	45 340	14 219	8 558	3 723
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	402	2 580	2 214	910	48
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 669	974 764	36 046	23 527	572
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	2 326	26 998	1 603	943	18
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	4 408	800 168	28 416	17 964	496
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	935	147 598	6 028	4 621	58
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	9 906	86 527	25 662	6 211	260
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	9 280	80 628	24 580	5 893	239
79.9	Erbringung von sonstigen Reservierungsdienstleistungen	625	5 899	1 083	318	21
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	3 845	175 049	5 237	3 893	73
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	2 710	161 262	4 667	3 519	58
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	443	10 677	466	308	12
80.3	Detekteien	692	3 110	104	66	3
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	61 808	1 112 263	28 338	18 573	1 061
81.1	Hausmeisterdienste	12 823	77 523	3 872	1 998	120
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	26 516	899 371	16 377	12 146	428
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	22 469	135 368	8 090	4 429	513
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	32 676	444 783	36 471	15 234	1 346
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	6 839	19 818	1 243	601	28
82.2	Call Center	1 223	113 815	5 369	2 673	78
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	4 998	39 127	5 785	1 705	217
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	19 616	272 023	24 075	10 255	1 025
P ²	Erziehung und Unterricht					
85.53 ³	Fahr- und Flugschulen	9 561	33 358	1 366	–	–
Q ²	Gesundheits- und Sozialwesen					
86.21	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	29 304	196 766	10 029	–	–
86.22 ⁴	Facharztpraxen	45 601	402 222	26 181	–	–
86.23	Zahnarztpraxen	42 383	360 233	22 488	–	–
86.90 ^{3 5}	Gesundheitswesen a. n. g.	29 175	226 427	8 148	–	–
86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	12 494	21 978	1 217	–	–
R ²	Kunst, Unterhaltung und Erholung					
93.13.0 ³	Fitnesszentren	2 328	27 853	821	–	–
S ²	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	9 984	36 566	2 827	1 267	95
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 290	9 189	1 093	439	13
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	8 694	27 376	1 733	828	82
96.01 ³	Wäscherei und chemische Reinigung	3 797	68 715	2 941	–	–
96.02.1 ³	Frisörsalons	41 639	221 781	4 943	–	–
96.02.2 ³	Kosmetiksalons	9 648	19 825	562	–	–
96.03.1 ³	Bestattungsinstitute	3 717	23 918	1 247	–	–
96.04 ³	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	1 981	19 568	535	–	–

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

3 Berichtsjahr 2010.

4 Ohne MVZ.

5 Ohne WZ 86.90.1.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2011

Nr.der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebsüber- schuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
J	Information und Kommunikation	230 124	76,0	56,5	43,5	22,0	21,5
58	Verlagswesen	33 842	83,3	59,2	40,1	22,6	17,4
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	29 657	87,0	59,8	39,4	22,8	16,6
58.2	Verlegen von Software	4 185	57,7	54,7	44,9	21,5	23,4
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	10 037	76,6	56,8	43,3	16,5	26,8
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	7 862	73,7	62,7	37,7	18,2	19,5
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	2 174	87,2	35,4	63,7	10,2	53,5
60	Rundfunkveranstalter	13 848	79,6	54,7	46,1	15,6	30,5
60.1	Hörfunkveranstalter	2 578	95,2	38,9	61,0	26,1	35,0
60.2	Fernsehveranstalter	11 270	76,1	58,4	42,7	13,2	29,5
61	Telekommunikation	70 030	71,6	63,2	37,5	10,6	26,9
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	34 518	75,0	60,5	39,3	11,2	28,0
61.2	Drahtlose Telekommunikation	25 871	71,1	64,7	37,9	8,0	29,9
61.3	Satellitenkommunikation	357	58,5	61,7	29,5	16,0	13,5
61.9	Sonstige Telekommunikation	9 284	60,6	69,4	30,1	14,9	15,2
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	90 020	75,4	51,6	47,9	31,5	16,4
63	Informationsdienstleistungen	12 348	81,0	48,1	51,7	27,6	24,1
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	7 883	80,9	51,6	48,3	28,8	19,4
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	4 465	81,4	41,9	57,7	25,4	32,3
K ²⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	236 440	36,9	27,4	9,4	4,6	5,5
65.1	Versicherungen	181 419	34,6	25,7	9,0	5,0	4,0
65.2	Rückversicherungen	46 719	46,5	34,7	11,8	3,6	8,2
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	8 302	31,4	24,2	6,0	1,2	25,4
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	107 045	85,2	39,0	59,4	7,8	51,6
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	107 045	85,2	39,0	59,4	7,8	51,6
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	7 894	67,8	55,4	38,8	6,1	32,7
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleaste Immobilien	82 488	88,0	35,7	63,5	4,9	58,6
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	16 664	79,7	47,7	48,6	22,8	25,8
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	233 988	80,0	50,1	51,0	30,3	20,7
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	44 873	96,4	27,4	72,1	37,4	34,8
69.1	Rechtsberatung	18 989	96,6	25,6	73,9	25,7	48,2
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	25 884	96,3	28,8	70,8	45,9	24,9
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	77 006	68,8	60,7	37,5	26,2	11,3
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	53 401	62,3	69,4	28,3	22,7	5,6
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	23 606	83,4	41,2	58,1	34,0	24,1
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	60 005	84,6	48,8	55,1	32,3	22,9
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	51 666	84,0	50,2	54,4	30,5	23,8
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8 339	87,9	40,0	59,9	43,1	16,8
72	Forschung und Entwicklung	11 014	93,7	51,5	67,0	55,9	11,1
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	10 663	93,8	51,8	66,5	55,7	10,9
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften ...	352	91,1	44,3	80,9	64,2	16,7

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2011

Nr.der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebsüber- schuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
73	Werbung und Marktforschung	24 539	67,1	60,2	39,2	20,9	18,3
73.1	Werbung	22 207	65,9	61,1	38,2	19,7	18,5
73.2	Markt- und Meinungsforschung	2 332	78,1	51,9	48,1	31,9	16,2
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	13 966	80,3	53,1	46,5	19,6	26,9
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	2 573	85,8	43,8	55,4	16,2	39,2
74.2	Fotografie und Fotolabors	1 640	90,6	48,0	51,0	19,8	31,1
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	850	78,1	46,1	53,3	16,2	37,0
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	8 903	77,0	57,5	42,4	20,8	21,6
75	Veterinärwesen	2 583	86,3	41,5	58,3	19,9	38,4
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	159 436	78,1	47,5	51,8	35,9	15,9
77	Vermietung von beweglichen Sachen	27 681	79,0	45,0	54,5	9,2	45,3
77.1	Vermietung von Kraftwagen	8 150	75,2	50,6	49,2	7,0	42,1
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	3 098	80,1	47,3	52,1	19,7	32,4
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	14 219	83,4	39,2	60,2	8,3	51,9
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	2 214	62,5	58,7	41,1	8,2	33,0
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	36 046	91,7	33,5	65,3	70,5	- 5,2
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	1 603	81,6	40,1	58,8	40,8	18,0
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	28 416	90,8	35,3	63,2	71,6	- 8,4
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	6 028	98,8	22,9	76,7	72,8	3,8
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	25 662	43,5	75,5	24,2	9,2	15,0
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	24 580	42,8	75,8	24,0	8,9	15,1
79.9	Erbringung von sonstigen Reservierungs- dienstleistungen	1 083	58,2	70,0	29,4	15,5	13,9
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 237	91,3	25,3	74,3	64,5	9,8
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	4 667	91,9	24,3	75,4	66,7	8,7
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	466	86,9	33,0	66,0	49,8	16,2
80.3	Detekteien	104	87,1	34,9	63,7	32,2	31,5
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	28 338	90,1	33,8	65,5	46,5	19,1
81.1	Hausmeisterdienste	3 872	82,3	48,5	51,6	31,4	20,2
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	16 377	93,9	25,0	74,2	58,3	15,8
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	8 090	86,4	44,5	54,8	29,7	25,1
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	36 471	77,1	57,5	41,8	28,3	13,5
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	1 243	91,8	50,8	48,3	22,5	25,8
82.2	Call Center	5 369	84,8	50,1	49,8	51,4	- 1,6
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	5 785	63,6	68,9	29,5	18,9	10,6
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienst- leistungen für Unternehmen und Privatpersonen	24 075	77,8	56,8	42,6	25,7	16,9
P ²⁾	Erziehung und Unterricht						
85.53 ³⁾	Fahr- und Flugschulen	1 366	-	-	-	26,1	-
Q ²⁾	Gesundheits- und Sozialwesen						
86.21	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	10 029	-	-	-	25,8	-
86.22 ⁴⁾	Facharztpraxen	26 181	-	-	-	24,9	-
86.23	Zahnarztpraxen	22 488	-	-	-	23,4	-
86.90 ^{3) 5)}	Gesundheitswesen a. n. g.	8 148	-	-	-	40,5	-
86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	1 217	-	-	-	4,1	-
R ²⁾	Kunst, Unterhaltung und Erholung						
93.13.0	Fitnesszentren	821	-	-	-	27,9	-
S ²⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	2 827	78,1	54,3	44,8	24,6	20,2
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 093	77,5	59,4	40,1	26,6	13,6

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2011

Nr.der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebsüber- schuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	1 733	78,4	51,1	47,8	23,4	24,4
96.01 ¹³	Wäscherei und chemische Reinigung	2 941	–	–	–	39,7	–
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	4 943	–	–	–	41,3	–
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	562	–	–	–	16,8	–
96.03.1 ¹³	Bestattungsinstitute	1 247	–	–	–	26,1	–
96.04 ¹³	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	535	–	–	–	27,8	–

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

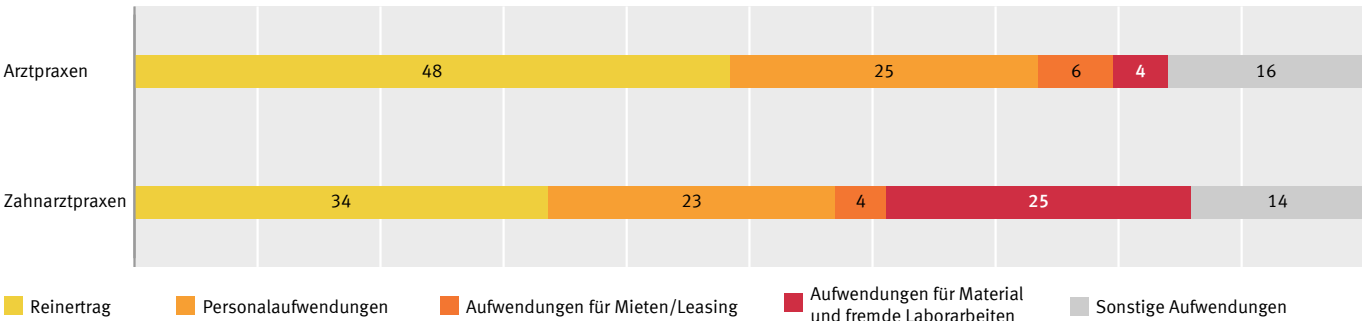
3 Berichtsjahr 2010.

4 Ohne MVZ.

5 Ohne WZ 86.90.1.

Kostenstruktur bei Arzt- und Zahnarztpraxen 2011 (ohne MVZ)

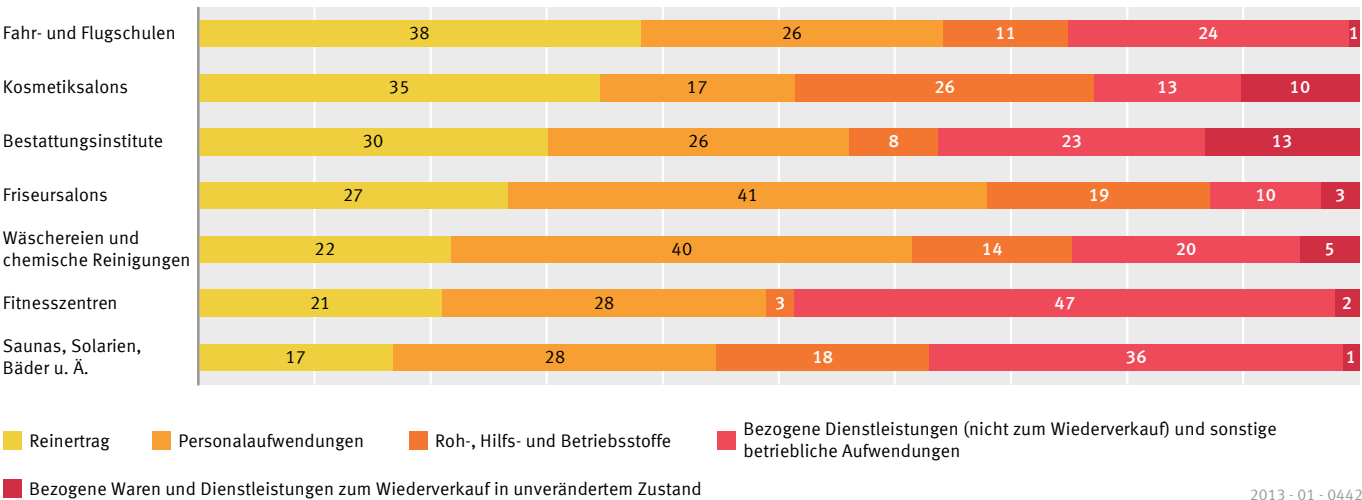
Verhältnis der Aufwendungen zu den Einnahmen, in %



2013 - 01 - 0440

Kostenstruktur in sonstigen Dienstleistungsbereichen 2010

in %



2013 - 01 - 0442

Methodik

■ Weitere Dienstleistungsbereiche

Strukturdaten der „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ werden durch unterschiedliche Erhebungsmethoden ermittelt. Unter die „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ fallen die Wirtschaftsabschnitte H (Verkehr und Lagerei), J (Information und Kommunikation), K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen), P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen).

Repräsentative Bundesergebnisse liegen 18 Monate nach Ende des Berichtszeitraumes vor. Damit stehen ökonomische Kerndaten für diese Dienstleistungsbereiche nach Wirtschaftsklassen und Unternehmensgrößenklassen zur Verfügung.

Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, S95

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N und S95 werden jährlich durch die Stichprobenerhebung **Strukturhebung im Dienstleistungsbereich** ermittelt. Erhebungs- und Darstellungseinheiten dieser Erhebung sind Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit aus den oben genannten Wirtschaftsabschnitten. Bundesweit sind höchstens 15 % dieser Unternehmen und Einrichtungen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe. Die Auswahlgesamtheit bilden alle Unternehmen und Einrichtungen des Unternehmensregisters, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt wird. Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit ein.

Rechtsgrundlage für die Strukturhebung im Dienstleistungsbereich ist das Dienstleistungsstatistikgesetz (DStatG) vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1765) in der jeweils gültigen Fassung.

Ergebnisse für einzelne Bundesländer liegen bei den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder vor.

Wirtschaftsabschnitt K

Der Wirtschaftsabschnitt K umfasst Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Bereich der Versicherungswirtschaft bildet die **Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds** wichtige Strukturmerkmale ab. Zur Ermittlung dieser Merkmale wird im Wesentlichen auf Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegriffen. Diese Daten werden dort im Rahmen der Versicherungsaufsicht erhoben. Da fast alle im Versicherungsbereich tätigen Unternehmen berücksichtigt werden, handelt es sich nahezu um eine Vollerhebung. Erhebungsmerkmale sind Aufwands- und Ertragsmerkmale sowie Angaben zu den Beschäftigten.

Rechtsgrundlage für die Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds ist die Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. EU Nr. L 97 S. 13) in der jeweils gültigen Fassung.

Weitere Informationen zu „Finanzdienstleistungen“ erhalten Sie über die Deutsche Bundesbank (www.bundesbank.de). Detaillierte Informationen zu „Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds“ sind abrufbar über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter www.bafin.de

Wirtschaftsabschnitte P, Q, R, S96

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte P, Q, R und S96 werden vierjährlich durch die Stichprobenerhebungen **Kostenstrukturhebung in sonstigen Dienstleistungsbereichen** sowie **Kostenstrukturhebung im medizinischen Bereich** ermittelt. Bundesweit sind höchstens 5 % der im Unternehmensregister geführten Unternehmen und Praxen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt – wie in der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich – ebenfalls durch eine geschichtete Zufallsstichprobe. Unternehmen und Praxen mit einem Jahresumsatz bzw. mit

Jahreseinnahmen von 17 500 Euro bzw. 12 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit der Kostenstrukturhebungen ein und werden auch in den Ergebnissen dieser Statistiken nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Kostenstrukturhebungen bildet das Kostenstrukturstatistikgesetz (KoStrukStatG) vom 12.5.1959 (BGBl. I S. 245) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Ergebnisse der Erhebungen vermitteln ein Bild über den Zusammenhang zwischen dem erwirtschafteten Umsatz bzw. den Einnahmen und dem dafür erforderlichen Aufwand in den Unternehmen und Praxen.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in den jeweiligen „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttobetriebsüberschuss} = & \\ & \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} \\ & - \text{Personalaufwendungen} \end{aligned}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Hier wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten anders hergeleitet als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Darüber hinaus werden die beiden in die Berechnung eingehenden Merkmale „Umsatz“ sowie „Waren- und Dienstleistungskäufe“ bereits anders definiert.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Produktionswert} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Während der Produktionswert in anderen Wirtschaftsbereichen Erträge aus Kapitalanlagen ausschließt, gehören finanzielle Erträge bei Versicherungen, Pensionskassen und -fonds zum Produktionswert explizit dazu.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Wirtschaftsabschnitt K | Unternehmen, die im Bereich der Finanz- oder Versicherungswirtschaft tätig sind, erwirtschaften in der Regel keine Umsätze im engeren Sinne. Bei den unter dieser Merkmalsbezeichnung dargestellten Beträgen handelt es sich daher um Umsatzäquivalente, für Versicherungen sind dies die gebuchten Bruttobeiträge und für Pensionskassen und -fonds die Pensionsbeiträge.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Waren- und Dienstleistungskäufe | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder in der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen wird unter Waren- und Dienstleistungskäufen der Wert der erhaltenen Rückversicherungsdienstleistungen plus Provisionen und sonstige externe Aufwendungen verstanden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Weiteren Dienstleistungen (Finanz- und anderen Dienstleistungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

	Kostenstrukturerhebungen
Reihe 1.6.1	Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten
Reihe 1.6.3	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä. Fitnesszentren
Reihe 1.6.4	Frisör- und Kosmetiksalons
Reihe 1.6.5	Fahr- und Flugschulen
Reihe 1.6.6	Einrichtungen des Gesundheitswesens
Reihe 1.6.7	Bestattungsinstitute
Reihe 1.6.8	Wäschereien und chemische Reinigungen

Fachserie 9 Dienstleistungen

	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
Reihe 4.2	Information und Kommunikation
Reihe 4.3	Grundstücks- und Wohnungswesen
Reihe 4.4	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
Reihe 4.5	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
Reihe 4.6	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Fachberichte

Der Dienstleistungssektor. Wirtschaftsmotor in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse von 2003 bis 2008
Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
Architektur- und Ingenieurbüros
Grundstücks- und Wohnungswesen
Information und Kommunikation
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
Verkehr und Lagerei
Verlagswesen
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
Werbung und Marktforschung

Mehr zum Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/09	Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis
Heft 3/10	Umstellung der Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen auf die Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 2
Heft 4/10	Kostenstrukturen bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten 2007
Heft 5/10	Kostenstrukturen in sonstigen Dienstleistungsbereichen 2006

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 85 88

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



A Internationales

Demografischer Wandel weltweit: **23 %** der Bevölkerung Japans **65 Jahre** und älter, Anteil auch in Italien und Deutschland über 20 % | **Wirtschaftskrise** hinterlässt Spuren: **EU-Jugenderwerbslosigkeit** 2012 mit **23 %** auf Rekordhoch, EU-Wirtschaftsleistung um **0,4 %** gesunken | Immer mehr Menschen auch **unterwegs online**: Auf 100 Personen entfielen 2011 in Schweden **92** mobile Breitbandanschlüsse, in Korea sogar **105** | Klimabilanz 2011: **CO₂**-Emissionen pro Kopf in sechs G20-Staaten über **12**, in vielen Entwicklungsländern unter **1 Tonne**

Seite

625 **Auf einen Blick****Tabellen**628 **Gesellschaft und Staat**

Geografie und Klima | Bevölkerung, Familien, Lebensformen | Bildung | Gesundheit | Wohnen | Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen | Kultur, Medien, Freizeit | Soziales | Finanzen und Steuern | Wahlen | Justiz

646 **Gesamtwirtschaft und Umwelt**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | Arbeitsmarkt | Verdienste und Arbeitskosten | Preise | Außenhandel | Zahlungsbilanz | Umwelt

664 **Wirtschaftsbereiche**

Land- und Forstwirtschaft | Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick | Verarbeitendes Gewerbe | Energie | Baugewerbe | Binnenhandel | Transport und Verkehr | Gastgewerbe, Tourismus | Weitere Dienstleistungen

676 **Mehr zum Thema****Hinweise zur Auswahl der Staaten und zur territorialen Abgrenzung im Kapitel Internationales**

Einseitige Tabellen: Diese beinhalten ausschließlich Daten zu europäischen Staaten. Aufgelistet sind alle EU- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie einige weitere, bevölkerungsreiche europäische Staaten.

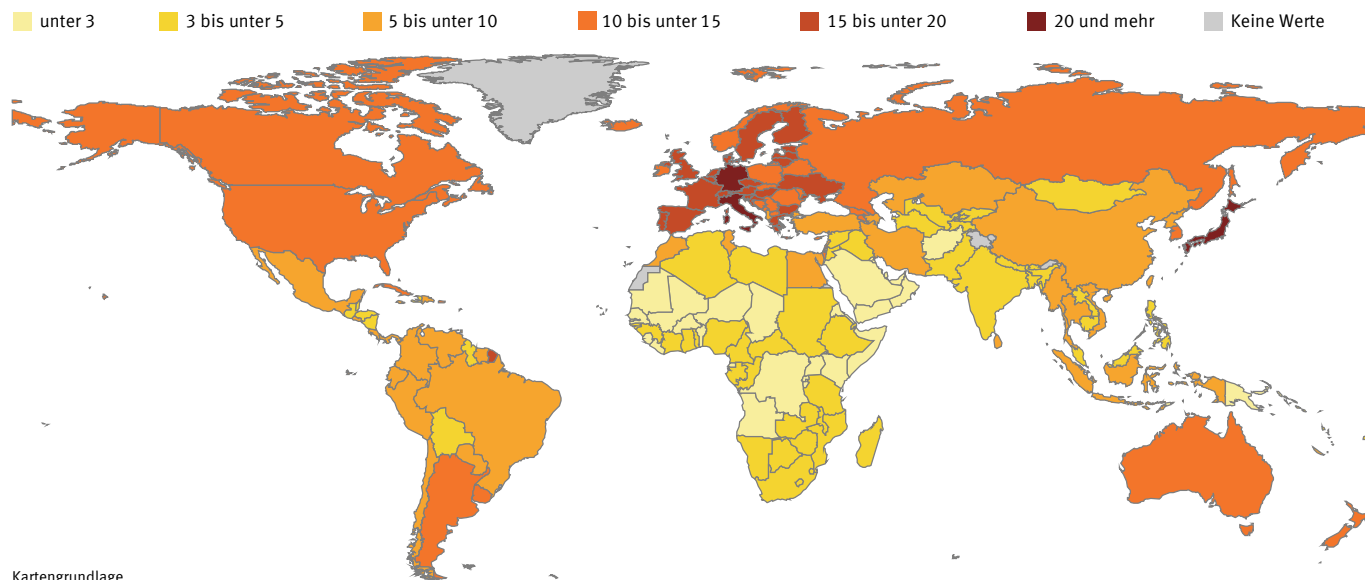
Zweiseitige Tabellen: Diese umfassen sämtliche EU-, G20- und OECD-Staaten, die sogenannten BRIC, VISTA und Next Eleven Staaten, alle NAFTA- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie die weltweit 30 bevölkerungsreichsten und 30 wirtschaftlich stärksten Staaten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt).

Daten zu allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen finden Sie in der Übersichtstabelle „Auf einen Blick“ (A.0). In dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind die zwei Staaten mit UN-Beobachterstatus – der Vatikan und die Palästinensischen Gebiete.

Hinsichtlich der territorialen Abgrenzung der Staaten gilt in der Regel: China ohne Hongkong, Macau und Taiwan. Dänemark ohne Färöer und Grönland. Frankreich einschl. Überseegebiete. Israel ohne Palästinensische Gebiete. Niederlande ohne Überseegebiete. Portugal einschl. Azoren und Madeira. Spanien einschl. Balearen und kanarische Inseln sowie einschl. Ceuta und Melilla. Zypern nur Republik Zypern (griechischer Teil der Insel). Detaillierte Erläuterungen zur jeweiligen territorialen Abgrenzung sind den entsprechenden Quellen zu entnehmen.

Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre 2011

in %



Kartengrundlage

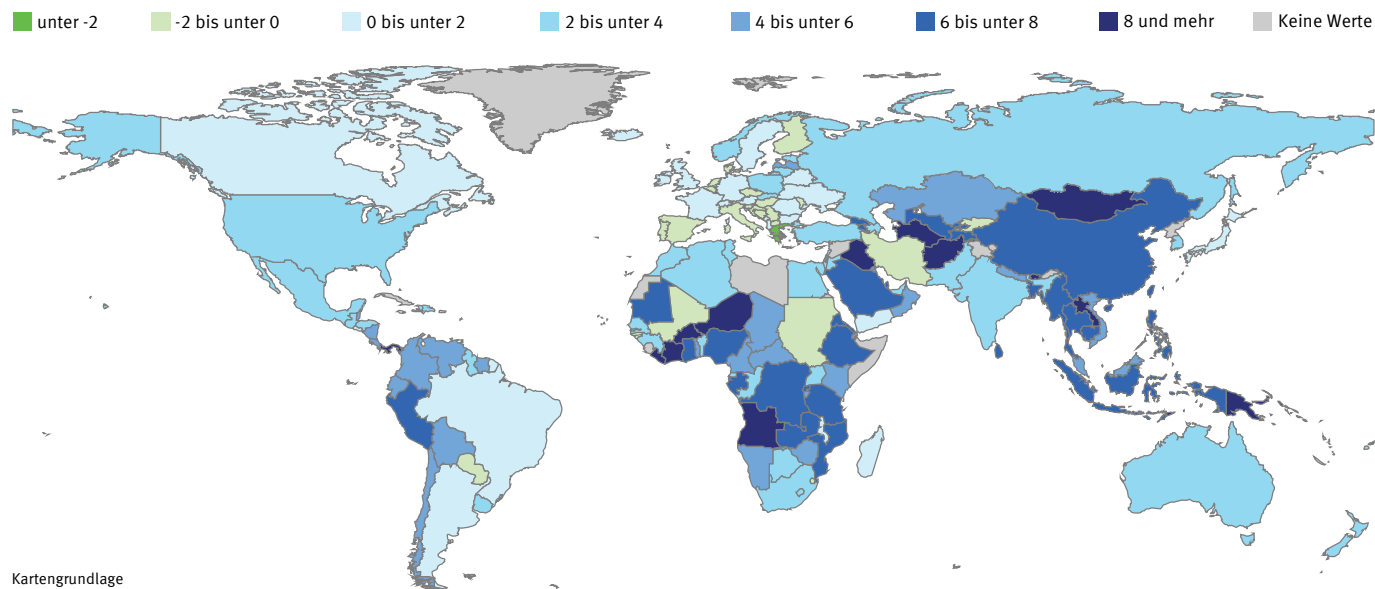
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2013 - 01 - 0443

Wirtschaftliche Entwicklung 2012

Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in %



Kartengrundlage

© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Quelle: World Economic Outlook, IMF

2013 - 01 - 0444

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungs- anteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlands- produkt (BIP) je Einwohner/ -in ²	Reale Verän- derung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2011		2012	
	1 000	%	US\$	%
Welt	6 974 243	7,7	.	+ 2,5
Europa				
Europäische Union (EU-27) . .	503 492	17,7	32 938	- 0,4 ³
Albanien	3 216	9,9	3 913	+ 1,3
Andorra	86	.	.	.
Belarus	9 473	13,5	6 739	+ 1,5
Belgien	11 021	17,6	43 686	- 0,2
Bosnien und Herzegowina . .	3 752	14,2	4 461	- 0,7
Bulgarien	7 348	17,7	7 033	+ 0,8
Dänemark	5 571	16,9	56 202	- 0,6
Deutschland	81 798	20,6	41 513	+ 0,9
Estland	1 340	17,3	16 320	+ 3,2
Finnland	5 388	17,8	46 098	- 0,2
Frankreich	65 434	17,1	41 141	+ 0,0
Griechenland	11 300	18,7	22 055	- 6,4
Irland	4 576	11,9	45 888	+ 0,9
Island	319	12,2	41 739	+ 1,6
Italien	60 724	20,6	33 115	- 2,4
Kroatien	4 403	17,4	12 972	- 2,0
Lettland	2 058	17,8	13 900	+ 5,6
Liechtenstein	36	.	.	.
Litauen	3 030	16,2	14 018	+ 3,6
Luxemburg	518	13,9	107 206	+ 0,1
Malta	416	14,6	20 852	+ 0,8
Mazedonien eh. jug. Rep. . .	2 064	12,0	4 683	- 0,3
Moldau	3 559	11,2	2 037	- 0,8
Monaco	35	.	.	.
Montenegro	632	12,6	6 882	+ 0,0
Niederlande	16 693	15,7	46 142	- 0,9
Norwegen	4 953	15,0	99 462	+ 3,0
Österreich	8 424	17,9	47 083	+ 0,8
Polen	38 534	13,8	12 538	+ 2,0
Portugal	10 557	18,2	20 179	- 3,2
Rumänien	21 385	15,0	7 935	+ 0,3
Russische Föderation	142 960	12,8	14 247	+ 3,4
San Marino	32	.	.	- 4,0
Schweden	9 449	18,6	55 158	+ 1,2
Schweiz	7 912	17,0	79 033	+ 1,0
Serbien	7 259 ⁴	14,3	4 943 ⁴	- 1,8 ⁴
Slowakei	5 398	12,3	16 899	+ 2,0
Slowenien	2 053	16,7	22 193	- 2,3
Spanien	46 175	17,1	29 289	- 1,4
Tschechische Republik	10 496	15,2	18 579	- 1,2
Türkei	73 640	6,1	10 609	+ 2,6
Ukraine	45 706	15,4	3 877	+ 0,2
Ungarn	9 972	16,7	12 736	- 1,7
Vereinigtes Königreich	62 744	16,8	38 589	+ 0,2
Zypern	1 117 ⁵	11,8 ⁵	26 389	- 2,4
Afrika				
Ägypten	82 537	5,2	3 112	+ 2,2
Algerien	35 980	4,6	5 694	+ 2,5
Angola	19 618	2,5	5 873	+ 8,4

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungs- anteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlands- produkt (BIP) je Einwohner/ -in ²	Reale Verän- derung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2011		2012	
	1 000	%	US\$	%
Äquatorialguinea	720	2,8	23 133	+ 2,0
Äthiopien	84 734	3,4	483	+ 7,0
Benin	9 100	3,0	794	+ 3,8
Botsuana	2 031	4,1	9 398	+ 3,8
Burkina Faso	16 968	2,2	603	+ 8,0
Burundi	8 575	2,9	282	+ 4,0
Côte d'Ivoire	20 153	3,8	1 054	+ 9,8
Dschibuti	906	3,4	1 523	+ 4,8
Eritrea	5 415	2,5	546	+ 7,0
Gabun	1 534	4,3	11 929	+ 6,2
Gambia	1 776	2,2	503	+ 3,9
Ghana	24 966	3,9	1 562	+ 7,0
Guinea	10 222	3,3	519	+ 3,9
Guinea-Bissau	1 547	3,3	551	- 1,5
Kamerun	20 030	3,5	1 165	+ 4,7
Kap Verde	501	5,8	3 604	+ 4,3
Kenia	41 610	2,7	977	+ 4,7
Komoren	754	2,7	865	+ 2,4
Kongo	4 140	3,7	3 346	+ 3,8
Kongo, Dem. Republik	67 758	2,7	237	+ 7,1
Lesotho	2 194	4,3	1 283	+ 4,0
Liberia	4 129	2,8	436	+ 8,3
Libyen	6 423	4,4	12 778	.
Madagaskar	21 315	3,1	451	+ 1,9
Malawi	15 381	3,1	253	+ 1,9
Mali	15 840	2,2	631	- 1,2
Marokko	32 273	5,6	2 999	+ 3,0
Mauretanien	3 542	2,7	1 157	+ 6,4
Mauritius	1 286	7,2	8 850	+ 3,3
Mosambik	23 930	3,3	650	+ 7,5
Namibia	2 324	3,7	5 705	+ 4,0
Niger	16 069	2,2	408	+ 11,2
Nigeria	162 471	3,4	1 631	+ 6,3
Ruanda	10 943	2,7	693	+ 7,7
Sambia	13 475	3,1	1 474	+ 7,3
São Tomé und Príncipe	169	3,8	.	+ 4,0
Senegal	12 768	2,4	1 057	+ 3,5
Seychellen	86	.	11 226	+ 2,8
Sierra Leone	5 997	1,9	613	+ 19,8
Simbabwe	12 754	4,2	756	+ 4,4
Somalia	9 557	2,7	.	.
Südafrika	50 587	4,8	7 507	+ 2,5
Sudan	34 318	3,6	1 789	- 4,4
Südsudan	10 314	.	1 175	.
Swasiland	1 068	3,4	3 475	- 1,5
Tansania, Ver. Republik	46 218	3,2	599	+ 6,9
Togo	6 155	3,4	585	+ 5,0
Tschad	11 525	2,9	1 006	+ 5,0
Tunesien	10 674	7,0	4 232	+ 3,6
Uganda	34 509	2,5	589	+ 2,6
Zentralafrik. Republik	4 487	4,0	447	+ 4,1

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungs- anteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlands- produkt (BIP) je Einwohner/ -in ²	Reale Verän- derung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2011		2012	
	1 000	%	US\$	%
Amerika				
Antigua und Barbuda	90	.	13 429	+ 1,6
Argentinien	40 765	10,7	11 576	+ 1,9
Bahamas	347	7,0	22 833	+ 2,5
Barbados	274	11,6	16 152	.
Belize	357	4,0	4 536	+ 5,3
Bolivien, Plurinat. Staat	10 088	4,7	2 532	+ 5,2
Brasilien	196 655	7,2	12 079	+ 0,9
Chile	17 270	9,5	15 410	+ 5,5
Costa Rica	4 727	6,7	9 673	+ 5,0
Dominica	68	.	7 022	+ 0,4
Dominikanische Republik	10 056	6,4	5 763	+ 3,9
Ecuador	14 666	6,4	5 311	+ 5,0
El Salvador	6 227	7,1	3 823	+ 1,6
Grenada	105	7,1	7 496	– 0,8
Guatemala	14 757	4,4	3 302	+ 3,0
Guyana	756	4,4	3 596	+ 3,3
Haiti	10 124	4,4	759	+ 2,8
Honduras	7 755	4,4	2 242	+ 3,3
Jamaika	2 706	7,9	5 541	+ 0,1
Kanada	34 484	14,4	52 232	+ 1,8
Kolumbien	46 927	5,8	7 855	+ 4,0
Kuba	11 254	12,7	.	.
Mexiko	114 793	6,5	10 247	+ 3,9
Nicaragua	5 870	4,6	1 757	+ 5,2
Panama	3 571	6,7	9 919	+ 10,7
Paraguay	6 568	5,2	3 903	– 1,2
Peru	29 400	6,2	6 530	+ 6,3
St. Kitts und Nevis	53	.	12 804	– 0,9
St. Lucia	176	6,8	7 276	– 0,4
St. Vincent u. d. Grenadinen	109	6,8	6 489	+ 0,5
Suriname	529	6,5	8 686	+ 4,5
Trinidad und Tobago	1 346	7,1	19 018	+ 0,4
Uruguay	3 369	13,8	14 614	+ 3,8
Venezuela, Bol. Republik	29 278	5,8	12 956	+ 5,5
Vereinigte Staaten	311 592	13,3	49 922	+ 2,2
Asien				
Afghanistan	35 320	2,3	622	+ 10,2
Armenien	3 100	11,0	2 991	+ 7,2
Aserbaidshan	9 173	6,4	7 450	+ 2,2
Bahrain	1 324	2,1	23 477	+ 3,9
Bangladesch	150 494	4,6	818	+ 6,1
Bhutan	738	4,8	2 954	+ 9,7
Brunei Darussalam	406	3,7	41 703	+ 1,3
China ⁶	1 344 130	8,4	6 076	+ 7,8
Georgien	4 486	14,3	3 543	+ 6,5
Indien	1 241 492	5,0	1 492	+ 4,0
Indonesien	242 326	5,6	3 592	+ 6,2
Irak	32 962	3,2	6 305	+ 8,4

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Zum Teil IMF-Schätzungen.

3 Quelle: Eurostat.

4 Ohne Kosovo.

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungs- anteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlands- produkt (BIP) je Einwohner/ -in ²	Reale Verän- derung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2011		2012	
	1 000	%	US\$	%
Iran, Islamische Republik	74 799	5,3	7 211	– 1,9
Israel ¹⁷	7 766	10,6	31 296	+ 3,1
Japan	127 817	23,4	46 736	+ 2,0
Jemen	24 800	2,6	1 377	+ 0,1
Jordanien	6 181	4,0	4 879	+ 2,8
Kambodscha	14 305	3,9	934	+ 6,5
Kasachstan	16 559	6,7	11 773	+ 5,0
Katar	1 870	1,1	99 731	+ 6,6
Kirgisistan	5 515	4,3	1 158	– 0,9
Korea, Dem. Volksrepublik	24 451	9,7	.	.
Korea, Republik	49 779	11,5	23 113	+ 2,0
Kuwait	2 818	2,5	45 824	+ 5,1
Laos, Dem. Volksrepublik	6 288	3,9	1 446	+ 8,3
Libanon	4 259	7,3	10 311	+ 1,5
Malaysia	28 859	4,9	10 304	+ 5,6
Malediven	320	5,2	6 675	+ 3,5
Mongolei	2 800	4,1	3 627	+ 12,3
Myanmar	48 337	5,2	835	+ 6,3
Nepal	30 486	4,2	626	+ 4,6
Oman	2 846	2,7	24 765	+ 5,0
Pakistan	176 745	4,3	1 296	+ 3,7
Philippinen	94 852	3,7	2 614	+ 6,6
Saudi-Arabien	28 083	3,0	25 085	+ 6,8
Singapur	5 184	9,4	51 162	+ 1,3
Sri Lanka	20 869	8,4	2 873	+ 6,4
Syrien, Arabische Republik	20 820	4,0	.	.
Tadschikistan	6 977	3,4	953	+ 7,5
Thailand	69 519	9,1	5 678	+ 6,4
Timor-Leste	1 176	3,0	3 730	+ 10,0
Turkmenistan	5 105	4,1	5 999	+ 11,0
Usbekistan	29 341	4,3	1 737	+ 8,0
Ver. Arabische Emirate	7 891	0,4	64 840	+ 3,9
Vietnam	87 840	6,0	1 528	+ 5,0
Australien und Ozeanien				
Australien	22 324	13,7	67 723	+ 3,6
Fidschi	868	5,0	4 445	+ 2,1
Kiribati	101	.	1 646	+ 2,5
Marshallinseln	55	.	3 340	+ 1,9
Mikronesien, F. Staaten von	112	3,7	.	.
Nauru	.	.	.	.
Neuseeland	4 405	13,3	38 222	+ 2,5
Palau	21	.	.	.
Papua-Neuguinea	7 014	2,8	2 313	+ 9,1
Salomonen	552	3,2	1 786	+ 5,5
Samoa	184	5,1	3 727	+ 1,2
Tonga	105	5,9	4 561	+ 1,4
Tuvalu	10	.	3 260	+ 1,2
Vanuatu	246	3,5	3 125	+ 2,7

5 Einschl. Nordzypern.

6 Ohne Taiwan, Macau, Hongkong.

7 Ohne Palästinensische Gebiete.

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹⁾	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ¹²⁾			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ¹²⁾			Mittlerer Niederschlag ¹²⁾		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durchschnitt- licher Jahres- gesamtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
	2011		Referenzperiode 1996 bis 2010								
	km ²		°C			Stunden			l/m ²		
Europa											
Belgien	30 280	Brüssel	10,8	3,3 Jan	18,4 Jul	4,3	1,4 Dez	7,1 Jun	863	100 Aug	49 Apr
Bulgarien	108 560	Sofia	10,5	-0,6 Jan	21,5 Jul	6,1	1,9 Dez	10,1 Jul	629	73 Jun	35 Feb
Dänemark	42 430	Kopenhagen	9,2	1,4 Jan	18,1 Aug	.	.	.	539	78 Aug	26 Apr
Deutschland	348 570	Berlin	9,7	0,4 Jan	19,2 Jul	4,8	1,5 Dez	7,8 Jun	594	75 Aug	27 Apr
Estland	42 390	Tallinn	6,2	-4,2 Feb	17,8 Jul	5,2	0,7 Dez	9,8 Jul	672	99 Jul	31 Apr
Finnland	303 890	Helsinki	5,7	-5,7 Feb	18,3 Jul	5,0	0,8 Dez	9,2 Jul	666	87 Okt	30 Mrz
Frankreich	547 660	Paris	11,7	4,1 Jan	19,8 Jul	5,1	1,6 Nov	8,0 Jun	612	66 Aug	40 Sep
Griechenland	128 900	Athen	18,7	9,9 Jan	29,2 Jul	7,9	3,7 Dez	12,4 Jul	435	81 Dez	5 Jun
Irland	68 890	Dublin	9,6	5,1 Dez	15,2 Jul	4,1	1,8 Dez	6,6 Mai	780	85 Okt	45 Mrz
Island	100 250	Reykjavík	5,2	0,0 Feb	11,7 Jul	3,8	0,4 Dez	7,0 Mai	837	94 Dez	38 Jun
Italien	294 140	Rom	16,2	8,8 Jan	24,7 Aug	7,1	3,8 Dez	11,3 Jul	614	97 Dez	10 Jun
Kroatien	55 960	Zagreb	12,5	1,8 Jan	22,5 Jul	5,4	1,6 Dez	8,9 Jul	883	100 Sep	39 Feb
Lettland	62 200	Riga (Libau)	7,7	-2,3 Feb	18,3 Jul	5,4	0,7 Dez	10,1 Jun	1 984	304 Jun	23 Dez
Litauen	62 674	Wilna	6,9	-4,2 Jan	18,6 Jul	4,9	0,9 Dez	8,9 Jun	690	101 Jul	38 Mrz
Luxemburg	2 590	Luxemburg	9,6	0,8 Jan	18,2 Jul	5,0	1,4 Dez	8,4 Jun	864	84 Aug	53 Apr
Malta	320	Valletta	19,4	12,5 Feb	27,2 Aug	8,2	5,2 Dez	11,9 Jul	566	98 Nov	< 1 Jul
Niederlande	33 730	Amsterdam (De Bilt)	10,4	3,1 Jan	18,0 Jul	4,6	1,9 Dez	7,2 Jun	863	91 Aug	43 Apr
Norwegen	304 250	Oslo	5,2	-4,5 Jan	16,4 Jul	.	.	.	866	100 Okt	46 Feb
Österreich	82 409	Wien	10,7	0,1 Jan	20,8 Jul	5,6	1,7 Dez	8,7 Jun	698	84 Jul	40 Okt
Polen	304 150	Warschau	8,6	-2,3 Jan	19,5 Jul	6,3	1,1 Dez	11,5 Jul	558	91 Jul	29 Jan
Portugal	91 470	Lissabon	17,1	11,5 Jan	23,1 Aug	7,9	4,7 Dez	11,2 Jul	832	130 Dez	3 Jul
Rumänien	230 160	Bukarest	10,8	-1,7 Jan	23,0 Jul	6,0	1,8 Dez	10,0 Jul	632	79 Sep	33 Feb
Russische Föderation ..	16 376 870	Moskau	6,1	-6,9 Feb	20,2 Jul	.	.	.	701	85 Jul	34 Apr
Schweden	410 340	Stockholm	7,7	-1,4 Feb	18,7 Jul	1,4	0,8 Mrz	2,2 Jul	523	67 Jul	25 Apr
Schweiz	40 000	Bern (Zürich)	9,6	0,5 Jan	18,5 Jul	4,5	1,4 Dez	7,1 Jun, Jul	1 133	132 Aug	52 Jan
Slowakei	48 088	Pressburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Slowenien	20 140	Laibach	11,2	0,3 Jan	21,4 Jul	5,3	1,7 Dez	9,2 Jul	1 382	159 Sep	69 Feb
Spanien	498 800	Madrid	14,6	5,7 Jan	25,2 Jul	7,8	4,3 Dez	12,0 Jul	397	61 Okt	7 Jul
Tschechische Republik ..	77 240	Prag	8,6	-1,6 Jan	18,2 Jul	4,9	1,5 Dez	7,9 Jun	495	84 Jul	19 Feb
Türkei	769 630	Ankara	12,7	1,0 Jan	24,7 Jul	6,7	2,5 Dez	11,1 Jul	411	53 Apr	11 Aug
Ukraine	579 320	Kiew	8,8	-3,8 Jan	21,4 Jul	.	.	.	626	81 Jun	36 Jan
Ungarn	90 530	Budapest	11,2	-0,4 Jan	22,1 Jul	5,8	1,9 Dez	9,5 Jul	580	73 Jun	27 Feb
Vereinigtes Königreich ..	241 930	London	11,8	5,7 Dez	18,7 Jul, Aug	4,4	1,8 Dez	6,9 Jun	639	72 Nov	41 Mrz
Zypern	9 240	Nikosia	20,1	12,2 Jan	28,4 Aug	9,3	5,8 Dez	12,9 Jun	324	84 Jan	< 1 Jul, Aug

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ¹²			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ¹²			Mittlerer Niederschlag ¹²		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durch- schnittlicher Jahresge- samtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
	2011		Referenzperiode 1996 bis 2010								
	km²		°C			Stunden			l/m²		
Afrika											
Ägypten	995 450	Kairo	22,3	13,9 Jan	29,1 Jul, Aug	9,5	7,1 Jan	11,6 Jul	23	6 Dez	0 Jun–Sep
Äthiopien	1 000 000	Addis Abeba	17,0	15,5 Dez	18,9 Mai	7,3	3,8 Jul	10,0 Dez	1 225	294 Aug	12 Dez
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	Kinshasa	25,3	23,5 Jul	26,5 Mrz	.	.	.	1 365	220 Apr	< 1 Aug
Nigeria	910 770	Abuja (Lagos)	27,3	25,6 Aug	29,4 Mrz	.	.	.	1 574	314 Jun	5 Jan
Südafrika	1 213 090	Pretoria	18,9	11,9 Jul	22,9 Dez–Feb	8,6	7,8 Jan	9,4 Aug	684	134 Jan	1 Jul
Tansania, Ver. Republik	885 800	Dodoma	22,9	20,1 Jul	24,8 Nov	9,1	7,7 Feb	10,2 Okt	587	154 Dez	0 Jul, Aug
Amerika											
Argentinien	2 736 690	Buenos Aires	17,9	11,5 Jul	24,2 Jan	7,0	4,4 Jun	9,6 Jan	1 053	151 Jan	42 Jun
Brasilien	8 459 420	Brasília	21,4	19,3 Jun	23,0 Okt	6,7	4,4 Dez	9,0 Aug	1 482	246 Dez	2 Jul
Chile	743 532	Santiago de Chile	14,8	8,5 Jul	21,4 Jan	7,0	3,5 Jun	10,6 Jan	342	97 Jun	< 1 Dez
Kanada	9 093 510	Ottawa (Montreal)	7,3	– 9,0 Jan	21,4 Jul	5,9	2,4 Dez	8,7 Jul	1 020	99 Okt	62 Feb
Kolumbien	1 109 500	Bogotá	13,3	12,9 Jan	13,7 Apr, Mai	4,2	3,3 Apr, Mai	5,6 Jan	901	119 Mai	33 Jan
Mexiko	1 943 950	Mexiko-Stadt	17,1	14,4 Dez	19,6 Mai	7,0	4,7 Sep	8,6 Apr	803	190 Aug	3 Feb
Vereinigte Staaten	9 147 420	Washington, D.C.	14,6	2,6 Jan	26,2 Jul	.	.	.	1 046	118 Jun	63 Feb
Asien											
Bangladesch	130 170	Dhaka	26,0	18,6 Jan	29,2 Mai	.	.	.	2 101	417 Jul	4 Dez
China	9 327 490	Peking	13,1	– 3,0 Jan	27,2 Jul	6,7	5,5 Dez	8,5 Mai	470	128 Jul	2 Dez
Indien	2 973 190	Neu-Delhi	25,3	13,8 Jan	32,8 Jun	5,8	3,8 Dez	7,9 Apr	785	212 Aug	5 Nov
Indonesien	1 811 570	Jakarta	27,5	26,8 Feb	27,9 Mai	.	.	.	1 743	374 Feb	30 Dez
Iran, Islamische Republik	1 628 550	Teheran	18,5	4,6 Jan	31,1 Jul	8,2	5,1 Dez	11,1 Jun	239	40 Mrz	1 Aug
Israel	21 640	Jerusalem (Tel Aviv)	20,9	13,5 Jan	27,9 Aug	.	.	.	498	145 Jan	0 Jul, Aug
Japan	364 500	Tokio	16,6	6,4 Jan	27,5 Aug	5,2	4,2 Jun	6,2 Jan	1 582	221 Okt	52 Feb
Korea, Republik	97 100	Seoul	12,9	– 1,9 Jan	25,8 Aug	5,3	3,3 Jul	6,4 Mai	1 550	424 Jul	18 Dez
Myanmar	653 290	Naypyidaw (Rangoon)	27,1	24,6 Jan	30,4 Apr	.	.	.	.	.	.
Pakistan	770 880	Islamabad	22,3	10,6 Jan	31,4 Jun	.	.	.	1 179	283 Aug	14 Nov
Philippinen	298 170	Manila	27,5	25,7 Jan	29,3 Mai	.	.	.	2 631	505 Sep	19 Feb
Saudi-Arabien	2 149 690	Riad	26,3	13,8 Jan	36,3 Aug	8,7	7,1 Jan	10,5 Jul	125	28 Apr	0 Jun, Jul
Thailand	510 890	Bangkok	29,0	27,4 Dez	30,8 Apr	6,5	4,6 Sep	8,3 Feb	1 706	326 Sep	9 Dez
Vietnam	310 070	Hanoi	24,5	17,4 Jan	29,8 Jun, Jul	3,6	1,4 Mrz	5,4 Jun	1 639	317 Jul	19 Jan
Australien und Ozeanien											
Australien	7 682 300	Canberra	13,4	5,8 Jul	20,9 Jan	8,0	5,6 Jun	9,8 Dez	582	68 Nov	27 Apr
Neuseeland	263 310	Wellington (N. Plymouth)	13,8	9,9 Jul	18,3 Feb	5,8	4,5 Mai, Jun	7,5 Jan	1 368	147 Jun	71 Mrz

1 Quelle: FAO, Vereinte Nationen.

2 Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD).

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

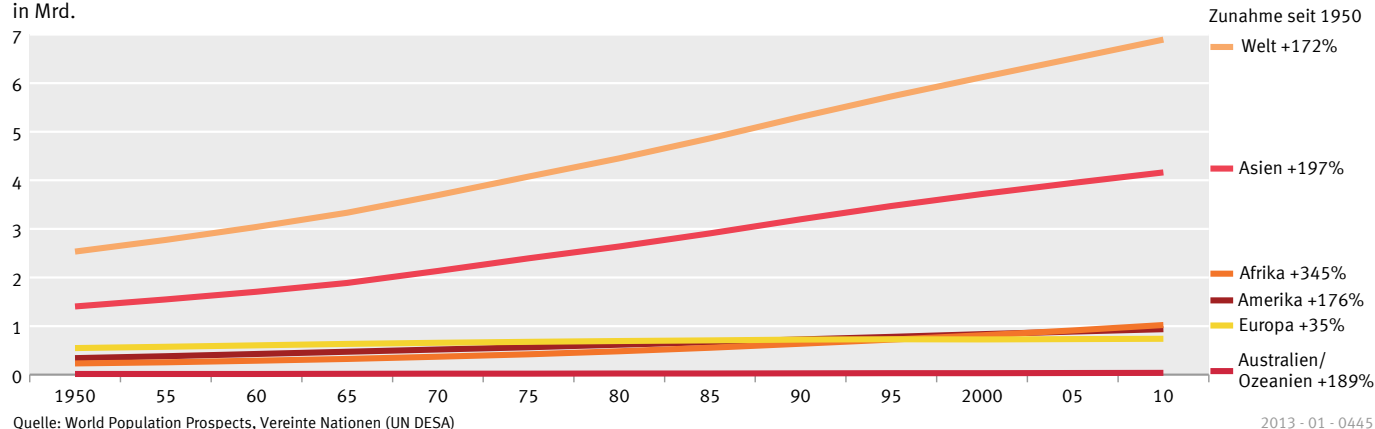
	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungs- vorausbe- rechnung ²	Alten- quotient ¹	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer ¹	Lebend- geborene ¹	Sterbeziffer: Gestor- bene ¹
	2011	2050	2011	Frauen	Männer			
	1 000		Verhältnis- wert	Jahre		Kinder je Frau	je 1 000 Einwohner/ -innen	
Europa								
Belgien	11 021	11 587	27	83,2	77,9	1,84	11,9	9,6
Bulgarien	7 348	5 459	26	77,8	70,7	1,51	9,6	14,7
Dänemark	5 571	5 920	26	81,9	77,8	1,75	10,6	9,4
Deutschland	81 798	74 781	31	83,2	78,4	1,36	8,1	10,4
Estland	1 340	1 233	26	81,3	71,2	1,52	11,0	11,4
Finnland	5 388	5 611	27	83,8	77,3	1,83	11,1	9,4
Frankreich	65 434	72 442	26	85,1	78,4	2,03	12,7	8,5
Griechenland	11 300	11 647	28	83,1	78,5	1,43	9,4	9,8
Irland	4 576	6 038	18	82,8	78,3	2,05	16,3	6,3
Island	319	431	18	84,1	80,7	2,02	14,1	6,2
Italien	60 724	59 158	32	84,7	79,6	1,41	9,0	9,8
Kroatien	4 403	3 859	26	80,0	73,9	1,46	9,4	11,6
Lettland	2 058	1 902	26	78,8	68,6	1,34	9,1	13,9
Litauen	3 030	2 813	23	79,3	68,1	1,76	11,3	13,5
Luxemburg	518	708	20	83,6	78,5	1,52	10,9	7,4
Malta	416	415	21	83,9	80,2	1,38	10,3	7,9
Niederlande	16 693	17 151	24	83,1	79,4	1,76	10,8	8,1
Norwegen	4 953	6 063	23	83,6	79,1	1,88	12,2	8,4
Österreich	8 424	8 427	26	83,9	78,3	1,42	9,3	9,1
Polen	38 534	34 906	19	81,1	72,6	1,30	10,1	9,7
Portugal	10 557	9 379	27	84,0	77,6	1,35	9,2	9,7
Rumänien	21 385	18 535	21	78,2	71,0	1,25	9,2	11,8
Russische Föderation ..	142 960	126 188	18	75,1	63,2	1,54	12,6	13,5
Schweden	9 449	10 916	29	83,8	79,9	1,90	11,8	9,5
Schweiz	7 912	7 870	25	85,0	80,5	1,52	10,2	7,8
Slowakei	5 398	5 241	17	79,8	72,3	1,45	11,3	9,6
Slowenien	2 053	1 994	24	83,3	76,8	1,56	10,7	9,1
Spanien	46 175	51 354	25	85,4	79,4	1,36	10,2	8,3
Tschechische Republik ..	10 496	10 638	22	81,1	74,8	1,43	10,4	10,2
Türkei	73 640	91 617	9	76,3	71,7	2,06	17,5	5,5
Ukraine	45 706	36 074	22	75,9	66,0	1,46	11,0	14,5
Ungarn	9 972	9 243	24	78,7	71,2	1,23	8,8	12,9
Vereinigtes Königreich ..	62 744	72 817	26	82,7	78,9	1,98	12,9	8,8
Zypern	1 117	1 347	17	81,8	77,4	1,47	11,6	6,8

Bevölkerungsvorausberechnungen liefern Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl entwickeln würde, wenn bestimmte Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Migration eintreten. Die Vereinten Nationen (UN) berechnen hierzu verschiedene Varianten. Die vorliegenden Daten entsprechen der mittleren Variante der UN-Bevölkerungsvorausberechnung. Weitere Informationen unter esa.un.org/unpd/wpp

Der **Altenquotient** drückt das Verhältnis der Zahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren je 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren aus.

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** eines Kalenderjahres ist ein Maß dafür, wie viele Kinder durchschnittlich je Frau zur Welt kamen. Sie charakterisiert das Geburtenverhalten der Frauen im jeweiligen Kalenderjahr. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird auch als durchschnittliche Kinderzahl beschrieben, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären würde, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern, die im betrachteten Kalenderjahr nachgewiesen wurden, von ihrem 16. bis zu ihrem 50. Lebensjahr (Alter 15 bis 49) gelten würden. Die altersspezifische Geburtenziffer zeigt für jedes einzelne Altersjahr zwischen 15 und 49 Jahren die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Gesamtzahl der Frauen dieses Alters. Durch die Addition der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt sich die zusammengefasste Geburtenziffer.

Die **Sterbeziffer** entspricht der Zahl der Gestorbenen eines Landes je 1 000 Einwohner/-innen.

Bevölkerung nach Kontinenten
in Mrd.

2013 - 01 - 0445

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

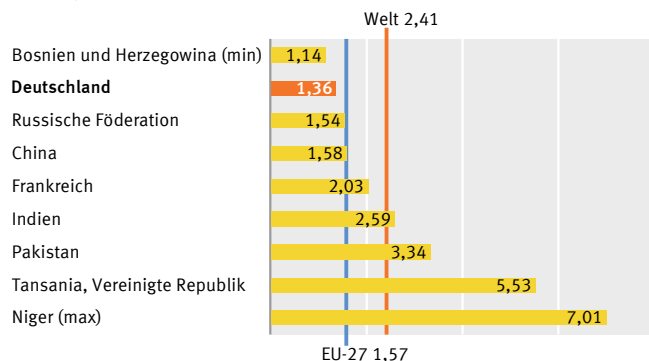
	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungs- vorausbe- rechnung ²	Alten- quotient ¹	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer ¹	Lebend- geborene ¹	Sterbeziffer: Gestor- bene ¹
				Frauen	Männer			
	2011	2050	2011					
	1 000		Verhältnis- wert	Jahre		Kinder je Frau	je 1 000 Einwohner/ -innen	
Afrika								
Ägypten	82 537	123 452	8	75,2	71,3	2,69	22,8	5,1
Äthiopien	84 734	145 187	6	60,9	57,7	4,05	30,8	9,4
Kongo, Dem. Republik	67 758	148 523	5	50,0	46,8	5,66	42,9	16,2
Nigeria	162 471	389 615	6	52,7	51,1	5,49	39,7	14,1
Südafrika	50 587	56 757	7	53,2	52,0	2,43	20,9	14,7
Tansania, Ver. Republik	46 218	138 312	6	59,1	57,2	5,53	41,2	10,1
Amerika								
Argentinien	40 765	50 560	17	79,7	72,1	2,20	17,0	7,7
Brasilien	196 655	222 843	11	77,0	70,1	1,81	15,2	6,4
Chile	17 270	20 059	14	82,2	76,0	1,85	14,2	5,6
Kanada	34 484	43 642	21	83,3	78,7	1,63	11,0	7,2
Kolumbien	46 927	61 764	9	77,4	70,1	2,10	19,4	5,5
Mexiko	114 793	143 925	10	79,4	74,5	2,28	19,1	4,7
Vereinigte Staaten	311 592	403 101	20	81,1	76,3	1,89	12,7	8,1
Asien								
Bangladesch	150 494	194 353	7	69,7	68,2	2,20	20,0	6,0
China	1 344 130	1 295 604	12	75,3	71,8	1,58	11,9	7,1
Indien	1 241 492	1 692 008	8	67,1	63,9	2,59	21,8	8,0
Indonesien	242 326	293 456	8	71,1	67,7	2,09	17,9	6,9
Iran, Islamische Republik	74 799	85 344	7	74,9	71,2	1,64	16,8	5,4
Israel	7 766	12 029	17	83,6	80,0	3,00	21,4	5,3
Japan	127 817	108 549	37	85,9	79,4	1,39	8,3	9,9
Korea, Republik	49 779	47 050	16	84,4	77,5	1,24	9,5	5,1
Myanmar	48 337	55 296	7	66,9	63,5	1,98	17,0	8,5
Pakistan	176 745	274 875	7	66,4	64,5	3,34	26,9	7,4
Philippinen	94 852	154 939	6	72,2	65,5	3,10	24,8	5,8
Saudi-Arabien	28 083	44 938	4	75,2	73,0	2,74	21,5	3,7
Thailand	69 519	71 037	13	77,5	70,8	1,56	11,9	7,5
Vietnam	87 840	103 962	9	77,1	73,1	1,80	16,4	5,2
Australien und Ozeanien								
Australien	22 324	31 385	20	84,1	79,7	1,87	13,3	6,6
Neuseeland	4 405	5 678	20	82,8	79,1	2,10	14,3	6,7

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: World Population Prospects, Vereinte Nationen (UN DESA). Mittlere Variante.

Zusammengefasste Geburtenziffer 2011

Kinder je Frau, ausgewählte Staaten



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2013 - 01 - 0444

A.3 Bildung

	Öffentliche Bildungs- ausgaben	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabeti- sierungs- grad der Bevölke- rung ab 15 Jahren	Studie- rende an Hoch- schulen	Hochschul- abschluss- quote	Frauenan- teil an den Hochschul- studieren- den	Auslän- dische Studie- rende	Bruttoin- landsaus- gaben für Forschung und Ent- wicklung
		Primär- stufe	Sekundar- stufe						
	2009	2010							
	% des BIP	Anzahl		%	je 100 000 Einwohner/ -innen	% der Bevölke- rung im typischen Hochschul- alter	%	1 000	% des BIP
Europa									
Belgien	6,6	11	.	.	4 205	20,4	55,2	36	2,0
Bulgarien	4,6	17	12	98,4 ¹	3 871	28,4	55,5	10	0,6
Dänemark	8,7	.	.	.	4 386	49,5	58,1	18	3,1
Deutschland	5,1	13	13	.	.	28,9	.	201	2,8
Estland	6,1	12	9	99,8	5 209	21,6	60,9	1	1,6
Finnland	6,8	14	10 ¹²	.	5 724	47,6	53,8	14	3,9
Frankreich	5,9	18	13	.	3 622	36,4 ¹²	55,0	260	2,3
Griechenland	.	.	.	97,2	5 713	.	49,8	27	.
Irland	6,5	16	.	.	4 418	45,3	52,4	13	1,8
Island	7,8	.	.	.	5 728	62,2	63,4	1	2,6 ¹³
Italien	4,7	.	.	98,9	3 302	34,5	57,6	70	1,3
Kroatien	4,4	14	8	98,8	3 439	40,3	56,3	1	0,7
Lettland	5,0 ¹⁴	11 ¹	8 ¹¹	99,8	4 679 ¹	35,8 ¹¹	61,1 ¹¹	2 ¹¹	0,6
Litauen	5,7	12 ¹¹	9 ¹¹	99,7	5 722 ¹¹	38,4 ¹¹	59,0 ¹¹	3 ¹¹	0,8
Luxemburg	.	9	8	.	1 072	.	51,9	2	1,6
Malta	5,4	14	9	.	2 629	31,9	56,3	0	0,6
Niederlande	5,9	.	14	.	3 959	46,3	51,8	28	1,8
Norwegen	7,3	.	.	.	4 662	47,8	60,8	16	1,7
Österreich	6,0	11	10	.	4 209	30,5	53,1	69	2,8 ¹¹
Polen	5,1	9	10	99,5	5 677	59,6	59,2	18	0,7
Portugal	5,8	11	7	95,2	3 626	46,5	53,3	11	1,6
Rumänien	4,3	16	12	97,7	4 701	53,9	56,4	13	0,5
Russische Föderation	4,1 ¹³	18 ¹²	8 ¹²	99,6	6 599 ¹²	51,2 ¹²	56,6 ¹²	130 ¹²	1,2
Schweden	7,3	10	10	.	4 910	33,2	59,4	32	3,4
Schweiz	5,4	.	.	.	3 278	31,6	49,2	38	3,0 ¹³
Slowakei	4,1	15	12	.	4 340	48,0	59,7	8	0,6
Slowenien	5,7	17	9 ¹²	99,7	5 720	38,5	57,8	2	2,1
Spanien	5,0	12	11	97,7	4 123	41,1	53,9	56	1,4
Tschechische Republik	4,4	19	11	.	4 216	41,7	56,8	35	1,6
Türkei	.	.	.	90,8 ¹²	4 942	22,9	44,4	26	0,8
Ukraine	.	16 ¹¹	.	99,7	5 745 ¹¹	.	53,0 ¹¹	39 ¹¹	0,9 ¹²
Ungarn	5,1	11	10	99,0	3 935	38,3	56,5	16	1,2
Vereinigtes Königreich	5,6	18	14 ¹³	.	4 049	41,4	56,6	390	1,8
Zypern	7,9	14	10	98,3	3 884	13,9	46,1	10	0,5

Der **Alphabetisierungsgrad** ist gemäß UNESCO definiert als der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der in der Lage ist, eine einfache Aussage über den eigenen Alltag zu lesen und zu schreiben. Neben den Fertigkeiten Lesen und Schreiben umfasst die Definition auch grundlegende Rechenkenntnisse.

Die **Hochschulabschussquote** entspricht dem Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen an der Bevölkerung im typischen Abschlussalter des jeweiligen Landes. Dargestellt ist hier der Anteil der Bevölkerung mit mindestens einem Abschluss auf der Stufe ISCED 5A. ISCED ist die internationale Standardklassifizierung von Bildungsstufen, wobei 5A der unteren Stufe der tertiären Bildung entspricht.

Die **Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung** umfassen alle zur Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) im Inland verwendeten Mittel, ungeachtet der Finanzierungsquellen. Eingeschlossen sind auch die Mittel des Auslands und internationaler Organisationen für im Inland durchgeführte Forschungsarbeiten.

Beim **Frauenanteil an den Hochschulstudierenden** werden alle Stufen des tertiären Sektors berücksichtigt (ISCED 5-6).

A.3 Bildung

	Öffent- liche Bildungs- ausgaben	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabeti- sierungs- grad der Bevölke- rung ab 15 Jahren	Studie- rende an Hoch- schulen	Hochschul- abschluss- quote	Frauenan- teil an den Hochschul- studieren- den	Auslän- dische Studie- rende	Bruttoin- landsaus- gaben für Forschung und Ent- wicklung
		Primär- stufe	Sekundar- stufe						
	2009	2010							
	% des BIP	Anzahl		%	je 100 000 Einwohner/ -innen	% der Bevölke- rung im typischen Hochschul- alter	%	1 000	% des BIP
Afrika									
Ägypten	3,8 ¹³	28	14	72,0	3 337	.	46,7	49	0,2 ¹²
Äthiopien	4,7 ¹⁴	55 ¹¹	40 ¹¹	.	768 ¹¹	4,6	30,2 ¹¹	.	0,2
Kongo, Dem. Republik	2,5 ¹⁴	37 ¹¹	15 ¹¹	66,8	612 ¹²	.	23,6 ¹²	1 ¹³	.
Nigeria	.	36	33	61,3	.	.	.	.	.
Südafrika	6,0 ¹⁴	31 ¹²	25 ¹²	.	.	.	.	66	0,9 ¹³
Tansania, Ver. Republik	6,2 ¹⁴	46 ¹⁵	26 ¹⁵	73,2	362 ¹⁵	.	35,4 ¹⁵	.	.
Amerika									
Argentinien	5,8 ¹⁴	16 ¹³	11 ¹³	97,8	6 349	12,1	59,5	.	0,6 ¹²
Brasilien	5,6	22	17	90,3 ¹²	.	.	56,9	15	1,2
Chile	4,2 ¹⁴	23	22	98,6 ¹²	5 855	18,4	51,0	10	0,4 ¹³
Kanada	5,0	.	.	.	.	.	.	96 ¹²	1,8
Kolumbien	4,5 ¹¹	28 ¹¹	26 ¹¹	93,4	4 019 ¹¹	13,4 ¹¹	51,6 ¹¹	.	0,2
Mexiko	5,3	28 ¹¹	18 ¹¹	93,1	2 559	18,7 ¹²	50,0	.	0,4 ¹²
Vereinigte Staaten	5,4	14	14	.	6 673	38,4	57,1	685	2,9 ¹²
Asien									
Bangladesch	2,2	43	28	56,8	.	5,0 ¹²	37,0 ¹²	2 ¹²	.
China	.	17 ¹¹	15 ¹¹	94,3	2 353 ¹¹	.	50,2 ¹¹	80 ¹¹	1,7 ¹²
Indien	3,3 ¹⁴	.	25	.	1 731	.	40,0	.	.
Indonesien	3,0 ¹⁴	16	12	92,6 ¹²	2 121	13,4	46,7	6	0,1 ¹²
Iran, Islamische Republik	4,7 ¹⁴	20 ¹²	.	85,0 ¹³	5 601 ¹¹	16,2	49,5 ¹¹	4 ¹¹	0,8 ¹³
Israel	5,8	13	10 ¹²	.	4 961	38,5	55,6	.	4,4
Japan	3,8 ¹⁴	18	12	.	3 058	42,6	45,9	142	3,4 ¹²
Korea, Republik	5,0	21	18	.	6 865	50,4 ¹²	39,4	59	3,7
Myanmar	0,8 ¹¹	28	34	92,3	1 388 ¹¹	13,2 ¹¹	57,5 ¹¹	0 ¹¹	.
Pakistan	2,4 ¹⁴	40 ¹¹	.	54,9 ¹²	914 ¹¹	.	46,7 ¹¹	.	0,5 ¹²
Philippinen	2,7	31 ¹²	35 ¹²	95,4 ¹³	2 933 ¹²	.	54,3 ¹²	3 ¹³	.
Saudi-Arabien	5,6 ¹³	11 ¹¹	11 ¹²	86,6	3 723 ¹¹	16,6 ¹¹	51,3 ¹¹	35 ¹¹	0,1 ¹²
Thailand	3,8 ¹⁴	16 ¹³	21 ¹³	.	3 635 ¹¹	29,0 ¹³	55,7 ¹¹	20 ¹¹	.
Vietnam	6,6 ¹⁴	20 ¹¹	19	93,2	2 552 ¹¹	.	49,4 ¹¹	3	.
Australien und Ozeanien									
Australien	5,1	.	.	.	5 813	59,5 ¹²	56,1	271	2,4 ¹³
Neuseeland	7,2 ¹⁴	14	15	.	6 190	47,7	58,1	38	1,3 ¹²

1 2011.

2 2009.

3 2008.

4 2010.

5 2012.

Quelle: UNESCO. Teilweise Schätzungen bzw. vorläufige Daten

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Darunter öffentliche Gesamtausgaben für Gesundheit	Praktizierende Ärzte/Ärztinnen	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
						Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	HIV-Infektionsrate der 15- bis 49-Jährigen	Zugang zu sauberem Trinkwasser
	2011		2008 – 2010 ¹		2011		2010	2011		
	% des BIP	US\$ je Einwohner/-in	je 10 000 Einwohner/-innen		je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%	% der Gesamtbevölkerung	
Europa										
Belgien	10,6	4 962	3 769	30	65	10	4	8	0,3	100
Bulgarien	7,3	522	288	37	66	45	12	11	0,1	99
Dänemark	11,2	6 648	5 661	34	35	8	4	12	0,2	100
Deutschland	11,1	4 875	3 698	36	82	6	4	7	0,2	100
Estland	6,0	987	778	33	54	29	4	2	1,3	99
Finnland	8,9	4 325	3 235	29	62	9	3	5	0,1	100
Frankreich	11,6	4 952	3 800	35	69	6	4	8	0,4	100
Griechenland	10,8	2 864	1 753	62	48	5	4	3	0,2	100
Irland	9,4	4 542	3 199	32	49	9	4	6	0,3	100
Island	9,1	3 986	3 204	37	58 ¹²	6	3	5	0,3	100
Italien	9,5	3 436	2 654	35	36	4	4	4	0,4	100
Kroatien	7,8	1 138	964	26	54	22	5	17	< 0,1	99
Lettland	6,2	841	492	30	64	50	8	34	0,7	98
Litauen	6,6	875	625	36	68	75	6	8	< 0,1	.
Luxemburg	7,7	8 798	7 414	28	56	1	3	20	0,3	100
Malta	8,7	1 897	1 214	31	45	10	6	8	0,1	100
Niederlande	12,0	5 995	5 136	29	47	9	4	6	0,2	100
Norwegen	9,1	8 987	7 697	42	33	8	3	7	0,2	100
Österreich	10,6	5 280	3 992	49	77	5	4	4	0,4	100
Polen	6,7	899	640	22	67	29	6	5	0,1	.
Portugal	10,4	2 311	1 480	39	33	29	3	8	0,7	100
Rumänien	5,8	500	401	23	66	145	13	27	0,1	.
Russische Föderation ...	6,2	807	482	43 ¹³	97 ¹³	124	12	34	.	97
Schweden	9,4	5 331	4 314	38	28	9	3	4	0,2	100
Schweiz	10,9	9 121	5 966	41	52	6	4	8	0,4	100
Slowakei	8,7	1 534	978	30 ¹²	65	9	8	6	< 0,1	100
Slowenien	9,1	2 219	1 615	25	46	12	3	12	< 0,1	100
Spanien	9,4	3 027	2 227	40	32	19	4	6	0,4	100
Tschechische Republik ..	7,4	1 507	1 258	37	71	8	4	5	< 0,1	100
Türkei	6,7	696	522	15	25	24	15	20	< 0,1	100
Ukraine	7,2	263	136	33	87	104	10	32	0,8	98
Ungarn	7,8	1 085	703	30	71	23	6	21	< 0,1	100
Vereinigtes Königreich ..	9,3	3 609	2 984	27	33	19	5	12	0,3	100
Zypern	7,4	2 123	919	26	38	5	3	10	.	100

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Darunter öffentliche Gesamtausgaben für Gesundheit	Praktizierende Ärzte/Ärztinnen	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
						Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	HIV-Infektionsrate der 15- bis 49-Jährigen	Zugang zu sauberem Trinkwasser
	2011					2008 – 2010 ¹	2011		2010	2011
	% des BIP	US\$ je Einwohner/-in		je 10 000 Einwohner/-innen		je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%	% der Gesamtbevölkerung
Afrika										
Ägypten	4,9	137	55	28	17	28	21	66	< 0,1	99
Äthiopien	4,7	17	10	.	.	237	77	350	1,4	49
Kongo, Dem. Republik	8,6	20	7	.	8 ¹³	512	168	540	.	46
Nigeria	5,3	80	29	4	.	171	124	630	3,7	61
Südafrika	8,5	689	329	.	.	768	47	300	17,3	91
Tansania, Ver. Republik . . .	7,3	37	15	.	7	177	68	460	5,8	53
Amerika										
Argentinien	8,1	892	541	.	45	36	14	77	0,4	99
Brasilien	8,9	1 121	513	18	24	46	16	56	0,3	97
Chile	7,5	1 075	505	10	21	24	9	25	0,5	98
Kanada	11,2	5 630	3 964	20	32	6	6	12	0,3	100
Kolumbien	6,1	432	323	2	10 ¹²	43	18	92	0,5	93
Mexiko	6,2	620	306	20	16	28	16	50	0,3	94
Vereinigte Staaten	17,9	8 608	3 954	24	30	5	8	21	0,7	99
Asien										
Bangladesch	3,7	27	10	3 ¹²	.	411	46	240	< 0,1	83
China	5,2	278	155	14	42	104	15	37	< 0,1	92
Indien	3,9	59	18	7	.	249	61	200	.	92
Indonesien	2,7	95	32	3 ¹²	6	281	32	220	0,3	84
Iran, Islamische Republik . .	6,0	346	138	.	17	31	25	21	0,2	95
Israel	7,7	2 426	1 492	37	35	7	4	7	0,2	100
Japan	9,3	4 249	3 399	21	137	26	3	5	< 0,1	100
Korea, Republik	7,2	1 616	927	20	103	149	5	16	< 0,1	98
Myanmar	2,0	23	3	5	6 ¹³	506	62	200	0,6	84
Pakistan	2,5	30	8	8	6	350	72	260	0,1	91
Philippinen	4,1	97	32	.	5	484	25	99	< 0,1	92
Saudi-Arabien	3,7	758	522	9	22	22	9	24	.	97
Thailand	4,1	202	152	.	21	161	12	48	1,2	96
Vietnam	6,8	95	38	12	31	323	22	59	0,5	96
Australien und Ozeanien										
Australien	9,0	5 939	4 069	30	38	8	5	7	0,2	100
Neuseeland	10,1	3 666	3 051	27	23 ¹⁴	10	6	15	0,1	100

1 Aktuellster verfügbarer Wert innerhalb des Berichtszeitraums 2008 bis 2010.

2 2007.

3 2006.

4 2011.

Quelle: Global Health Observatory, WHO, Vereinte Nationen

A.5 Wohnen

	Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt	In Mieterhaushalten lebend	In Eigentümerhaus- halten lebend	In überbelegten Wohn- einheiten lebend	Durch Wohnkosten überbelastet
2011					
	Anzahl	% der Wohnbevölkerung insgesamt			
Europa					
Belgien	2,3	28	72	2	11
Bulgarien	2,9	13	87	47	9
Dänemark	2,0	33	67	8	20
Deutschland	2,0	47	53	7	.
Estland	2,3	17	84	14	7
Finnland	2,1	26	74	7	4
Frankreich	2,2	37	63	8	5
Griechenland	2,6	24	76	26	24
Irland	2,7	30	70	3	6
Island	2,4	22	78	8	11
Italien	2,4	27	73	25	8
Kroatien	2,9	8	92	45	8
Lettland	2,5	18	83	44	13
Litauen	2,4	8	92	20	11
Luxemburg	2,5	32	68	7	4
Malta	2,9	19	81	4	3
Niederlande	2,2	33	67	2	15
Norwegen	2,1	16	84	5	10
Österreich	2,3	43	58	12	5
Polen	2,8	18	82	47	10
Portugal	2,6	25	75	11	7
Rumänien	2,9	3	97	54	10
Russische Föderation ...	.	.	.	.	.
Schweden	2,1	30	70	11	8
Schweiz	2,3	56	44	6	13
Slowakei	2,8	10	90	40	8
Slowenien	2,6	23	78	17	5
Spanien	2,7	17	83	5	12
Tschechische Republik ..	2,5	20	80	21	10
Türkei	.	.	.	.	.
Ukraine	.	.	.	.	.
Ungarn	2,6	10	90	47	12
Vereinigtes Königreich ..	2,3	32	68	7	16
Zypern	2,8	26	74	3	3

Quelle: Eurostat

Eine **Wohneinheit** gilt als **überbelegt**, wenn sie nicht mindestens folgende Kriterien erfüllt: ein Gemeinschaftszimmer, ein Zimmer je Paar im Haushalt, ein Zimmer für jede alleinstehende Person im Alter von 18 Jahren oder älter, ein Zimmer für bis zu zwei alleinstehende Personen desselben Geschlechts im Alter von 12 bis 17 Jahren, ein Zimmer je alleinstehende Person im Alter von 12 bis 17 Jahren (sofern nicht in der vorherigen Kategorie erfasst) sowie ein Zimmer für bis zu zwei Kinder unter 12 Jahren.

Personen gelten als **durch Wohnkosten überbelastet**, wenn sie in Haushalten leben, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aufwenden.

A.6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

	Median- äquivalenz- einkommen	Armuts- gefährdungs- grenze	Armutsgefährdungsquote (nach Sozialtransfers)			Konsum- ausgaben für Nahrungs- mittel und alkoholfreie Getränke	Konsum- ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und Gas
			insgesamt	Personen unter 18 Jahren	Personen ab 65 Jahren		
	2011						
	EUR		%			% der Konsumausgaben insgesamt	
Europa							
Belgien	20 008	12 005	15,3	18,7	20,2	13,4	23,9
Bulgarien	2 901	1 741	22,3	28,9	30,9	18,8 ¹	16,9 ¹
Dänemark	26 394	15 837	13,0	10,2	16,0	11,4	29,1
Deutschland	19 043	11 426	15,8	15,6	14,2	11,5	24,4
Estland	5 598	3 359	17,5	19,5	13,1	19,8	20,0
Finnland	21 826	13 096	13,7	11,8	18,9	12,2	26,9
Frankreich	19 995	11 997	14,0	18,8	9,7	13,5	25,1
Griechenland	10 985	6 591	21,4	23,7	23,6	16,2	23,8
Irland	19 726	11 836	15,2	17,1	11,0	10,4	21,5
Island	18 973	11 384	9,2	11,2	4,3	14,6	22,4
Italien	15 972	9 583	19,6	26,3	17,0	14,2	22,4
Kroatien	5 543	3 326	21,1	21,5	27,3	.	.
Lettland	4 150	2 490	19,1	25,0	8,9	19,9	24,8
Litauen	4 005	2 403	20,0	24,3	12,1	25,4 ¹²	16,1 ¹²
Luxemburg	32 538	19 523	13,6	20,3	4,7	8,5	23,9
Malta	10 862	6 517	15,4	21,1	18,1	15,2	12,0
Niederlande	20 310	12 186	11,0	15,5	6,5	11,8	23,8
Norwegen	36 453	21 838	10,5	9,4	11,1	13,3	21,7
Österreich	21 319	12 791	12,6	15,4	16,0	9,9	21,5
Polen	5 025	3 015	17,7	22,0	14,7	18,9	24,3
Portugal	8 410	5 046	18,0	22,4	20,0	16,8	15,3
Rumänien	2 116	1 270	22,2	32,9	14,1	27,5 ¹¹	22,3 ¹¹
Russische Föderation	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	22 506	13 504	14,0	14,5	18,2	12,2	26,9
Schweiz	33 936	20 362	15,0	17,3	28,1	10,7 ¹²	24,2 ¹²
Slowakei	6 306	3 784	13,0	21,2	6,3	17,4	25,5
Slowenien	11 999	7 199	13,6	14,7	20,9	14,8	19,4
Spanien	12 514	7 509	21,8	27,2	20,8	13,8	20,4
Tschechische Republik	7 451	4 471	9,8	15,2	6,6	14,5	26,5
Türkei	.	.	.	.	.	.	.
Ukraine	.	.	.	.	.	.	.
Ungarn	4 535	2 721	13,8	23,0	4,5	17,1	21,9
Vereinigtes Königreich	17 138	10 283	16,2	18,0	21,8	9,1	23,9
Zypern	17 214	10 328	14,5	11,9	37,2	12,6	18,6

1 2010.

2 2009.

Quelle: Eurostat

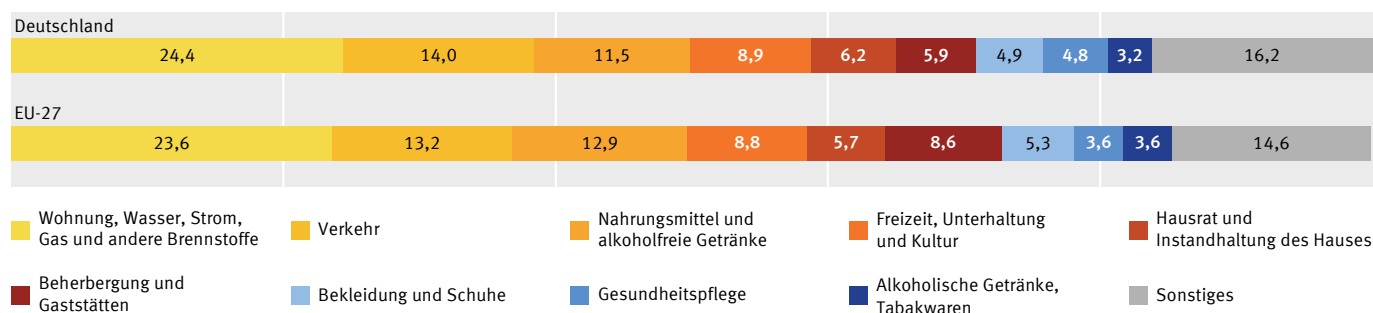
Das **Äquivalenzeinkommen** ist eine Rechengröße, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

Das **Medianäquivalenzeinkommen** wird wie folgt ermittelt: Um das mittlere Einkommen zu bestimmen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr Einkommen zur Verfügung, die andere weniger.

Die **Armutsgefährdungsgrenze** liegt bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Personen werden als (relativ) einkommensarm bezeichnet, wenn deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

Die **Armutsgefährdungsquote** ist definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Bei den hier aufgeführten Quoten wurden bei der Ermittlung des Einkommens auch Sozialtransfers (z. B. Wohngeld, Kindergeld, Rente, Pension, Pflegegeld) berücksichtigt.

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2011 nach Verwendungszweck, in %

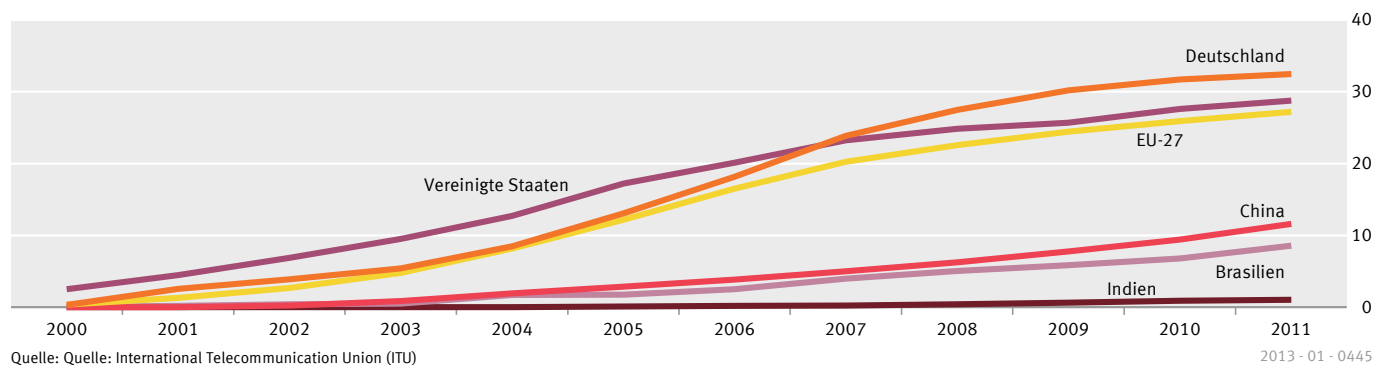


2013 - 01 - 0445

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Kultur		Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Kinobesuche ¹¹	Bildende und darstellende Künstler ¹²	Anteil der Haushalte mit eigenem Computer	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Internetnutzer/-innen	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der an Bewegungsmangel leidet
	2012		2011						2008
	je Einwohner/-in	1 000	%		je 100 Einwohner/-innen				%
Europa									
Belgien	2,0	17,3	82	77	78	117	33	19	43
Bulgarien	0,6	10,1	38	45	51	141	16	15	27
Dänemark	2,5	10,8	90	90	90	126	38	80	35
Deutschland	1,7	207,3	90	83	83	132	32	35	28
Estland	1,9	1,8	75	71	77	139	27	42	17
Finnland	1,6	14,8	87	84	89	166	30	87	38
Frankreich	3,2	122,1	81	76	80	105	36	44	33
Griechenland	0,9	12,9	57	50	53	106	22	32	16
Irland	3,4	8,3	82	78	77	108	22	59	53
Island	4,5	1,6	95	93	95	106	34	61	.
Italien	1,6	69,8	66	62	57	152	23	31	55
Kroatien	0,9	4,5	64	61	71	116	20	7	24
Lettland	1,1	3,3	65	64	72	103	20	38	32
Litauen	1,0	5,2	63	62	65	151	22	17	23
Luxemburg	2,4	1,0	92	91	91	148	33	67	48
Malta	1,9	0,4	75	75	69	125	30	33	72
Niederlande	1,8	57,9	93	94	92	119	39	49	18
Norwegen	2,4	15,6	94	92	94	117	37	24	44
Österreich	2,0	19,3	78	75	80	155	26	43	35
Polen	1,0	33,1	73	67	65	128	14	48	28
Portugal	1,3	16,4	63	58	55	115	21	27	51
Rumänien	0,4	12,3	53	47	44	109	15	14	39
Russische Föderation ..	1,2	.	57	46	49	179	12	48	21
Schweden	1,9	29,2	91	91	91	119	32	92	44
Schweiz	1,9	20,5	90	89	85	130	39	36	.
Slowakei	0,6	4,5	79	71	74	109	14	32	22
Slowenien	1,3	5,2	75	73	72	107	25	29	30
Spanien	2,0	57,0	73	64	68	114	24	41	50
Tschechische Republik ..	1,1	25,7	69	67	73	122	16	43	25
Türkei	0,6	44,0	48	43	42	89	10	9	56
Ukraine	.	.	31	26	31	123	7	4	18
Ungarn	1,0	15,1	72	65	59	117	22	13	26
Vereinigtes Königreich ..	2,7	176,7	84	85	82	131	33	62	63
Zypern	1,0	1,1	66	57	58	98	18	24	55

Internet: Festinstallierte Breitbandanschlüsse je 100 Einwohner/-innen, ausgewählte G20-Staaten



A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Anteil der Haushalte mit eigenem Computer	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Internetnutzer/-innen	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der an Bewegungsmangel leidet
	2011						2008
	%		je 100 Einwohner/-innen				%
Afrika							
Ägypten	36	31	36	101	2	21	.
Äthiopien	2	2	1	17	0	0	19
Kongo, Dem. Republik	1	1	1	23	0	0	45
Nigeria	9	5	28	59	0	3	.
Südafrika	20	10	21	127	2	20	52
Tansania, Ver. Republik	4	5	12	56	0	1	.
Amerika							
Argentinien	50	38	48	135	11	12	68
Brasilien	45	38	45	123	9	21	49
Chile	51	39	54	130	12	17	.
Kanada	86	83	83	75	32	33	34
Kolumbien	30	23	40	98	7	4	44
Mexiko	32	28	36	82	11	5	38
Vereinigte Staaten	77	76	78	106	29	65	41
Asien							
Bangladesch	4	3	5	56	0	0	5
China	38	31	38	73	12	9	31
Indien	7	6	10	72	1	2	16
Indonesien	12	7	18	98	1	22	30
Iran, Islamische Republik	35	22	21	75	2	0	37
Israel	79	71	70	122	24	41	.
Japan	86	84	80	103	27	94	60
Korea, Republik	82	97	84	109	37	105	.
Myanmar	2	1	1	3	0	0	13
Pakistan	11	7	9	62	0	0	40
Philippinen	15	15	29	92	2	3	24
Saudi-Arabien	63	61	48	191	6	40	69
Thailand	25	13	24	113	5	0	19
Vietnam	16	14	35	143	4	18	15
Australien und Ozeanien							
Australien	83	79	79	108	24	43	38
Neuseeland	87	83	86	109	26	53	48

1 Quellen: MEDIA Salles, Eurostat, eigene Berechnungen.

2 Quelle: Eurostat.

3 Quelle: International Telecommunication Union (ITU).

4 Quelle: Global Health Observatory, WHO, Vereinte Nationen.

Bildende und darstellende Künstler ist eine Berufsgruppe im Rahmen der internationalen Klassifikation der Berufszweige (ISCO-08). Hier wird die Zahl der Erwerbstätigen angegeben, die sich der Berufsgruppe 265 „Bildende und darstellende Künstler“ zuordnen. Zu dieser Berufsgruppe zählen bildende Künstler, Musiker, Sänger, Komponisten, Tänzer, Regisseure und Produzenten im Film- und Bühnereich, Schauspieler, Sprecher in Rundfunk und Fernsehen sowie sonstige darstellende Künstler.

A.8 Soziales

	Ausgaben für Sozialschutzleistungen									Zahl der Renten-bezieher/-innen	Lohnersatz- quote der Renten-bezieher/-innen ¹²
	Gesamte Sozialschutzleistungen (ohne Verwaltungsausgaben)			Leistungen nach Funktion							
				Alter	Gesundheits-versorgung	Invalidität, Gebrechen	Familie, Kinder	Arbeits-losigkeit	Sonstige ¹¹		
	2010										
	Mill. EUR	% des BIP	EUR je Einwohner/-in	% aller Sozialschutzleistungen						je 100 Einwohner/-innen	%
Europa											
Belgien	101 123	28,4	9 281	32,2	28,2	7,5	7,7	13,3	11,0	.	44
Bulgarien	6 329	17,6	840	46,5	24,2	8,0	11,4	3,4	6,5	29	41
Dänemark	76 351	32,4	13 763	37,7	22,5	14,9	12,4	7,5	5,0	24	42
Deutschland	734 975	29,4	8 988	33,0	32,2	8,2	10,9	5,8	9,9	29	51
Estland	2 562	17,9	1 911	43,6	26,8	10,9	12,7	4,2	1,7	30	54
Finnland	53 166	29,7	9 913	36,0	25,2	12,1	11,1	8,2	7,4	27	50
Frankreich	620 777	32,0	9 569	38,9	28,8	6,1	8,3	6,9	10,9	28	64
Griechenland	62 550	28,2	5 528	42,3	29,2	4,7	6,4	6,1	11,3	23	45
Irland	44 340	28,3	9 910	19,5	43,3	4,7	12,9	12,4	7,2	18	47 ¹³
Island	2 305	24,3	7 247	21,1	35,3	14,1	12,9	6,8	9,8	18	52
Italien	443 763	28,6	7 337	51,4	25,6	5,9	4,6	2,9	9,5	27	55
Kroatien	9 121	20,3	2 064	27,3	34,0	17,5	8,1	2,3	10,8	27	35
Lettland	3 176	17,6	1 418	51,8	20,8	7,6	8,5	7,4	3,9	27	53
Litauen	5 052	18,3	1 537	40,8	25,8	9,9	11,9	4,4	7,1	28	52
Luxemburg	8 899	22,3	17 555	27,4	25,5	11,4	17,8	5,6	12,3	29	74
Malta	1 220	19,6	2 933	45,6	29,2	4,4	6,3	2,8	11,8	19	47
Niederlande	177 748	30,2	10 698	35,1	35,2	8,2	4,1	5,2	12,2	19	46
Norwegen	79 198	25,1	16 198	30,5	31,7	17,4	12,5	3,2	4,7	22	52
Österreich	84 514	29,5	10 073	42,9	25,2	7,6	10,4	5,7	8,1	29	60
Polen	66 049	18,6	1 730	50,0	24,2	7,4	4,2	2,2	12,0	26	55
Portugal	44 037	25,5	4 140	44,4	27,4	8,2	5,7	5,7	8,6	28	56
Rumänien	21 578	17,4	1 007	46,2	25,5	9,1	9,6	3,2	6,2	26	64
Russische Föderation	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	104 633	29,9	11 157	40,4	24,9	14,2	10,4	4,5	5,6	27	58
Schweiz	100 666	24,2	12 865	44,3	27,3	11,1	5,2	4,3	7,8	.	39
Slowakei	11 872	18,0	2 186	37,7	30,8	8,7	9,8	5,1	7,9	25	62
Slowenien	8 644	24,3	4 219	39,4	32,4	7,2	8,9	2,8	9,4	30	47
Spanien	264 213	25,2	5 735	33,5	28,6	7,1	6,0	14,1	10,7	19	56
Tschechische Republik	29 293	19,5	2 785	43,4	32,3	7,8	6,8	4,2	5,5	27	53
Türkei	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ukraine	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ungarn	21 780	22,5	2 178	40,7	25,2	8,5	13,0	4,0	8,6	27	59
Vereinigtes Königreich	464 146	27,1	7 455	41,8	31,5	10,2	6,9	2,7	6,8	22	48
Zypern	3 709	21,3	4 472	39,8	23,4	3,5	10,0	5,0	18,3	15	38

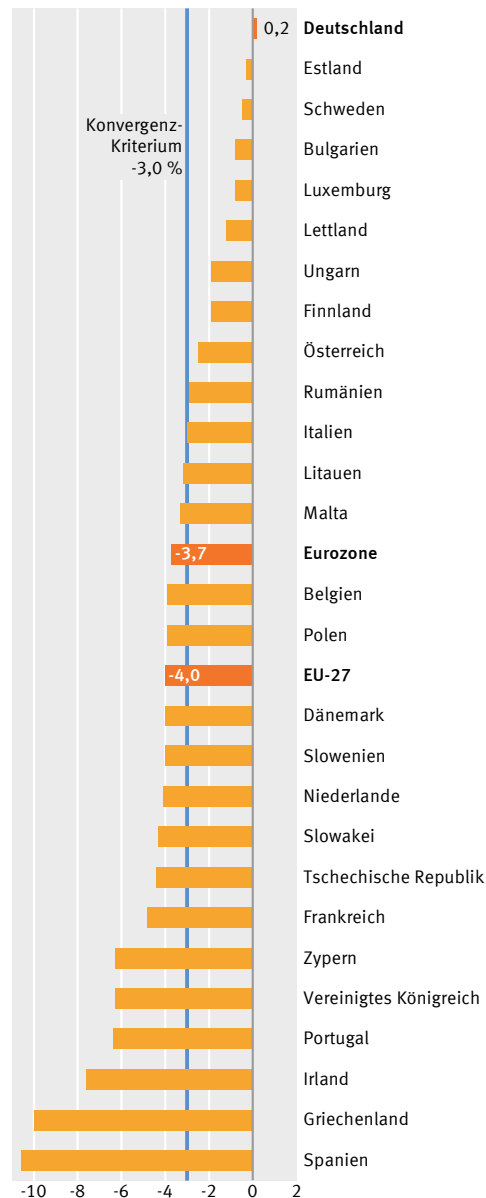
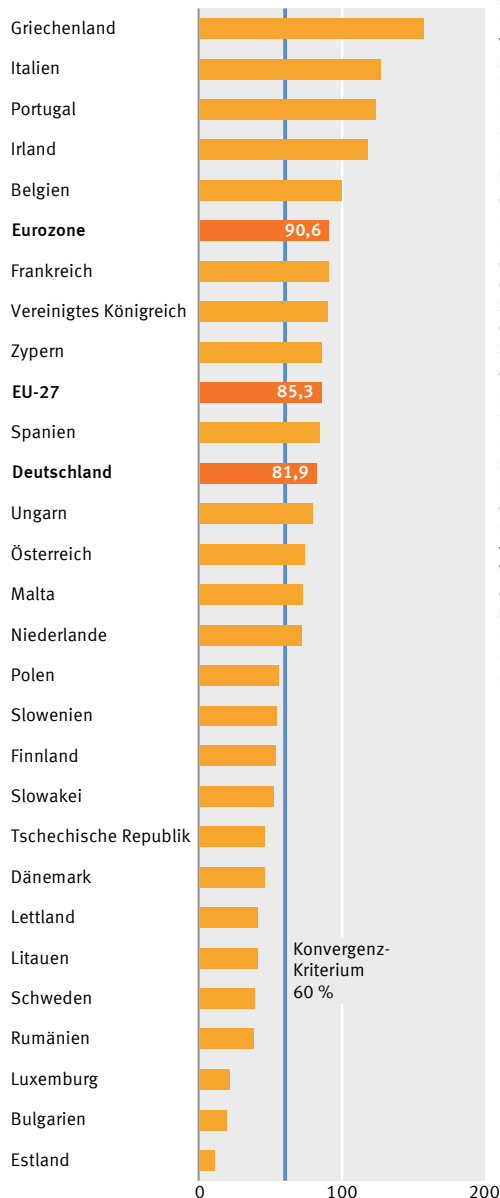
1 Darunter Leistungen für Hinterbliebene, Unterstützung bei der Bestreitung der Wohnkosten sowie Leistungen zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung.

2 Die Lohnersatzquote ist definiert als das Verhältnis vom Median-Renteneinkommen der Altersklasse 65 bis 74 Jahre zum Median-Bruttoeinkommen der Altersklasse 50 bis 59 Jahre ohne Berücksichtigung von Sozialleistungen.

3 2010.

Quelle: Eurostat, zum Teil vorläufige Werte

A.9 Finanzen und Steuern

Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand des Staates 2012
 im Rahmen des EU-Defizitverfahrens, EU-Staaten, in % des BIP
Finanzierungssaldo**Bruttoschuldenstand**

Der **Finanzierungssaldo des Staates** errechnet sich durch Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, spricht man von einem Finanzierungsdefizit. Ein positiver Saldo wird als Finanzierungsüberschuss bezeichnet.

Der **Bruttoschuldenstand des Staates** ist im Vertrag von Maastricht definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand des gesamten Staatesektors zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung. Der Staatsapparat umfasst Zentralstaat, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Konsolidierung ist ein Verfahren, bei dem statistische Daten für eine Gruppe von Einheiten wie institutionelle Sektoren so dargestellt werden, als wäre diese Gruppe eine einzige Einheit. Die Zahlen für den Staatsapparat sind zwischen den Teilsektoren auf Ebene des Gesamtstaates konsolidiert.

Das **Defizitverfahren** wird von der Europäischen Kommission eingeleitet, wenn ein EU-Mitgliedstaat mit seinem Haushalt die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze überschreitet. Entsprechend dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, im Anhang zum Vertrag von Maastricht über die Wirtschafts- und Währungsunion, sollen die Mitgliedstaaten der Eurozone folgende Kriterien einhalten: Der **Finanzierungssaldo des Staates** soll 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und der **konsolidierte Bruttoschuldenstand** nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Quelle: Eurostat

2013 - 01 - 0446

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Finanzierungs- saldo des Staates ¹³	Bruttoschul- denstand des Staates (kon- solidiert ¹³	Finanzierungs- saldo des Staates ¹³	Bruttoschul- denstand des Staates (kon- solidiert ¹³	
	insgesamt ¹	darunter		insgesamt ¹	darunter Sozial- ausgaben ¹²						im Rahmen des Defizitverfahrens (EU-Konvergenzkriterien)
		Steuern ¹²	Sozial- beiträge ¹²								
	2011									2012	
	Mill. US\$	%		Mill. US\$	%	Mill. US\$	% des BIP				
Europa											
Belgien	254 451	59,2	33,6	274 401	47,0	- 19 950	- 3,7	97,8	- 3,9	99,6	
Bulgarien	17 373	58,6	21,8	18 431	40,7	- 1 058	- 2,0	16,3	- 0,8	18,5	
Dänemark	185 118	83,9	3,5	191 626	32,4	- 6 508	- 1,8	46,4	- 4,0	45,8	
Deutschland	1 605 452	51,4	37,8	1 632 768	53,8	- 27 316	- 0,8	80,4	0,2	81,9	
Estland	9 796	51,7	31,1	9 420	35,8	375	1,2	6,2	- 0,3	10,1	
Finnland	141 806	57,0	23,5	144 261	37,8	- 2 455	- 0,8	49,0	- 1,9	53,0	
Frankreich	1 410 749	53,3	37,0	1 554 764	46,1	- 144 015	- 5,3	85,8	- 4,8	90,2	
Griechenland	122 436	50,8	31,0	149 813	42,6	- 27 377	- 9,5	170,3	- 10,0	156,9	
Irland	75 946	67,9	18,5	105 496	38,4	- 29 550	- 13,4	106,4	- 7,6	117,6	
Island	5 871	75,9	10,1	6 573	18,0	- 702	- 5,6	99,1	- 3,4	99,0	
Italien	1 012 590	62,4	29,8	1 092 993	44,1	- 80 403	- 3,8	120,8	- 3,0	127,0	
Kroatien	23 022	.	.	26 255	.	- 3 234	.	.	.	.	
Lettland	10 145	53,8	25,0	11 047	31,2	- 900	- 3,6	41,9	- 1,2	40,7	
Litauen	14 052	48,7	34,4	16 429	39,6	- 2 377	- 5,5	38,5	- 3,2	40,7	
Luxemburg	24 664	62,6	28,7	24 858	49,9	- 195	- 0,2	18,3	- 0,8	20,8	
Malta	3 580	68,8	18,9	3 826	32,1	- 246	.	70,3	- 3,3	72,1	
Niederlande	377 381	51,1	33,9	415 033	47,1	- 37 652	- 4,5	65,5	- 4,1	71,2	
Norwegen	279 963	.	.	214 253	.	65 710	13,4	28,7	13,9	29,6	
Österreich	200 803	56,9	33,7	211 292	48,4	- 10 489	- 2,5	72,5	- 2,5	73,4	
Polen	198 129	54,1	29,7	224 027	41,0	- 25 898	- 5,0	56,2	- 3,9	55,6	
Portugal	106 857	52,5	27,2	117 291	44,8	- 10 434	- 4,4	108,3	- 6,4	123,6	
Rumänien	59 557	56,9	27,0	67 335	37,0	- 7 777	- 5,6	34,7	- 2,9	37,8	
Russische Föderation ..	709 794	52,8	13,8	680 497	34,7	29 297	.	.	.	.	
Schweden	267 227	72,2	14,9	266 614	35,2	612	0,2	38,4	- 0,5	38,2	
Schweiz	220 532	.	.	218 692	.	1 840	.	.	.	.	
Slowakei	31 927	47,9	37,6	36 673	47,5	- 4 746	- 5,1	43,3	- 4,3	52,1	
Slowenien	20 827	49,7	34,4	23 648	40,3	- 2 821	- 6,4	46,9	- 4,0	54,1	
Spanien	527 793	55,4	36,9	667 366	41,1	- 139 572	- 9,4	69,3	- 10,6	84,2	
Tschechische Republik ..	86 373	47,1	38,8	93 425	45,1	- 7 052	- 3,3	40,8	- 4,4	45,8	
Türkei	267 168	.	.	270 138	.	- 2 970	.	.	.	.	
Ukraine	70 059	.	.	74 565	.	- 4 506	.	.	.	.	
Ungarn	74 716	43,9	24,6	68 811	36,3	5 905	4,3	81,4	- 1,9	79,2	
Vereinigtes Königreich ..	907 098	71,5	20,6	1 099 801	31,7	- 192 703	- 7,8	85,5	- 6,3	90,0	
Zypern	9 952	66,0	21,9	11 526	33,9	- 1 574	- 6,3	71,1	- 6,3	85,8	

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Bruttoschul- denstand des Staates (kon- solidiert ¹	Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Bruttoschul- denstand des Staates (kon- solidiert ¹
	insgesamt ¹	darunter		insgesamt ¹	darunter Sozial- ausgaben ²					
		Steuern ²	Sozial- beiträge ²							
	2011								2012	
	Mill. US\$	%		Mill. US\$	%	Mill. US\$	% des BIP			
Afrika										
Ägypten	50 905	.	.	73 514	.	- 22 610	- 9,8	76,6	- 10,7	80,2
Äthiopien	5 066	.	.	5 552	.	- 486	- 1,6	25,9	- 1,2	21,6
Kongo, Dem. Republik	4 285	.	.	4 561	.	- 276	- 1,8	33,0	- 2,4	36,0
Nigeria	72 927	.	.	71 187	.	1 741	0,7	17,2	0,9	17,8
Südafrika	112 855	78,4	1,4	128 876	12,3	- 16 021	- 4,0	39,6	- 4,8	42,3
Tansania, Ver. Republik	5 229	.	.	6 426	.	- 1 196	- 5,0	40,0	- 5,0	41,4
Amerika										
Argentinien	167 353	.	.	182 891	.	- 15 538	- 3,5	44,9	- 4,3	44,9
Brasilien	906 982	.	.	968 885	.	- 61 903	- 2,5	64,9	- 2,8	68,5
Chile	61 925	.	.	58 330	.	3 594	1,4	11,1	0,6	11,2
Kanada	669 592	69,1	12,0	741 423	19,0	- 71 831	- 4,0	83,4	- 3,2	85,6
Kolumbien	89 652	.	.	96 328	.	- 6 675	- 2,0	35,8	0,2	32,8
Mexiko	268 250	.	.	307 531	.	- 39 282	- 3,4	43,7	- 3,7	43,5
Vereinigte Staaten	4 734 100	64,0	20,6	6 247 961	38,8	- 1 513 861	- 10,0	102,5	- 8,5	106,5
Asien										
Bangladesch	12 797	.	.	17 228	.	- 4 431	- 4,1	.	- 3,4	.
China	1 655 453	.	.	1 749 080	.	- 93 627	- 1,3	25,5	- 2,2	22,8
Indien	349 535	.	.	506 833	.	- 157 298	- 8,4	66,4	- 8,3	66,8
Indonesien	150 870	.	.	156 187	.	- 5 317	- 0,6	24,4	- 1,3	24,0
Iran, Islamische Republik ..	136 343	.	.	114 443	.	21 899	4,1	13,7	- 2,3	10,7
Israel	96 870	.	.	108 282	.	- 11 412	- 4,7	74,0	- 4,7	74,6
Japan	1 816 523	35,6	26,2	2 402 814	40,1	- 586 291	- 9,9	230,3	- 10,2	237,9
Korea, Republik	259 321	.	.	238 990	.	20 331	1,8	34,2	1,9	33,7
Myanmar	944 957	.	.	1 384 220	.	- 439 263	- 6,0	52,9	- 5,3	47,5
Pakistan	26 711	.	.	41 305	.	- 14 594	- 7,0	60,3	- 8,2	62,1
Philippinen	38 927	.	.	40 233	.	- 1 306	- 0,6	41,9	- 0,9	41,9
Saudi-Arabien	318 234	.	.	234 918	.	83 316	12,4	5,4	15,2	3,6
Thailand	79 244	.	.	81 862	.	- 2 618	- 0,7	41,7	- 1,7	44,3
Vietnam	34 221	.	.	38 133	.	- 3 912	- 3,2	50,8	- 5,2	52,1
Australien und Ozeanien										
Australien	476 684	80,5	.	539 999	30,8	- 63 314	- 4,2	24,1	- 2,9	27,2
Neuseeland	56 677	.	.	64 552	.	- 7 875	- 4,9	37,2	- 2,6	38,2

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF, eigene Berechnungen. Zum Teil vorläufige Werte.

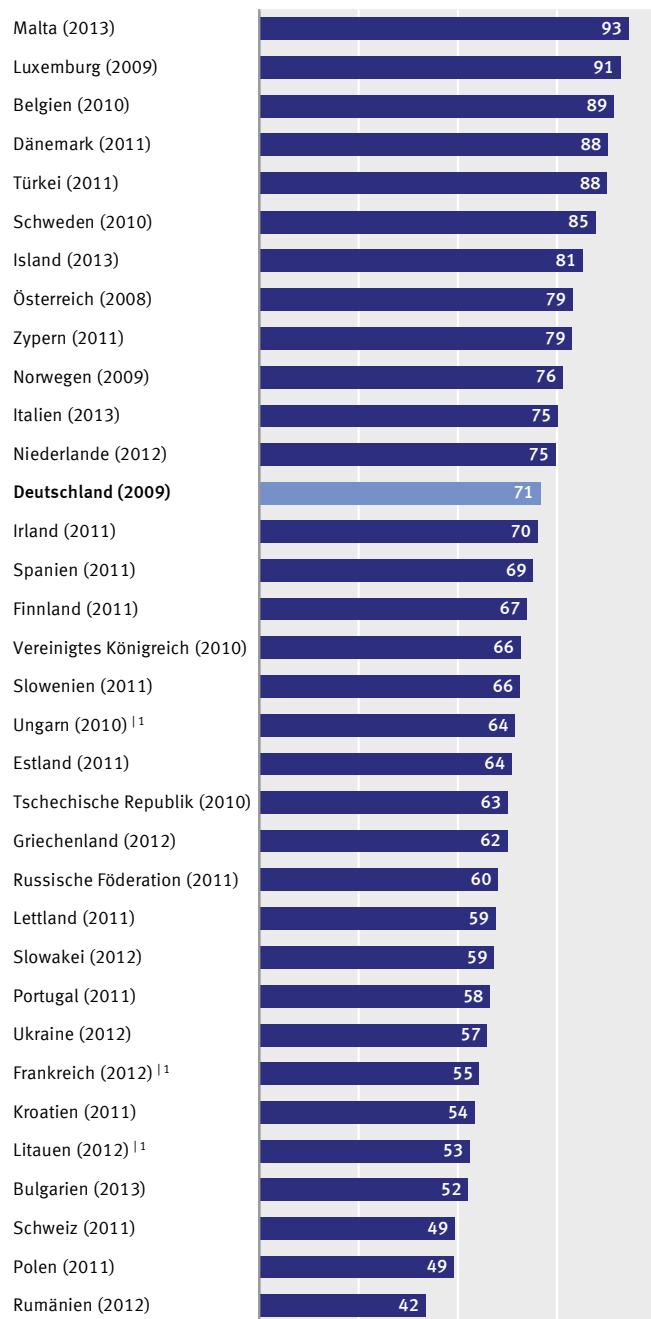
2 Quelle: International Financial Statistics, IMF.

3 Quelle: Eurostat.

A.10 Wahlen

Wahlbeteiligung

bei der letzten nationalen Parlamentswahl,
in % der Wahlberechtigten



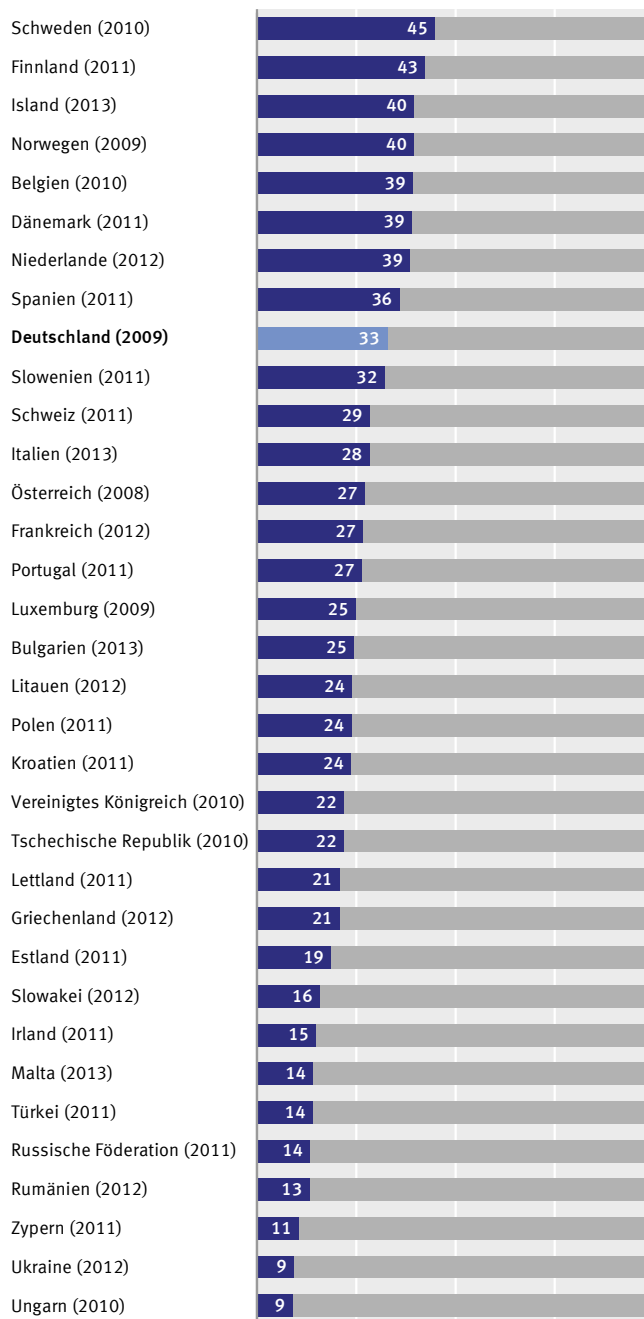
1 Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang.

Quellen: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA),
Inter-Parliamentary Union (IPU)

2013 - 01 - 0447

Frauenanteil an den Mandaten

bei der letzten nationalen Parlamentswahl,
in % der Mandate insgesamt



Quelle: Inter-Parliamentary Union (IPU)

2013 - 01 - 0448

A.11 Justiz

	Polizeilich registrierte Straftaten		Darunter					Polizisten/ Polizistinnen	Straf- gefangene
			Tötungs- delikte	Gewalt- delikte	Wohnungs- einbrüche	Kfz- Diebstahl	Drogen- handels- delikte		
	2010								
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen							
Europa									
Belgien	1 050 235	9 689	1,7	1 130	630	183	116	367	101
Bulgarien	147 025	1 944	1,9	120	317	6	50	389	125
Dänemark	471 088	8 511	1,1	478	809	375	60	200	72
Deutschland	5 933 278	7 253	0,8	246	148	102	61	298	86
Estland	48 340	3 607	5,2	399	238	65	67	338	253
Finnland	431 623	8 066	2,1	741	121	208	141	153	60
Frankreich	3 521 256 ¹	5 472 ¹	1,0	543	288	302	9	327	103
Griechenland	333 988	2 954	1,6	109	715	244	89	453 ¹²	111
Irland	103 178 ¹³	2 452 ¹³	1,3	272	569	255	106	322	80
Island	14 911	4 694	0,6	.	902	.	30	208	52
Italien	2 621 019	4 344	0,9	212	284	327	54	458	113
Kroatien	73 328	1 657	1,6	249	70	35	176	471	117
Lettland	51 108	2 273	3,6	63	187	56	97	339	302
Litauen	70 618	2 121	6,5	111	147	62	27	323	266
Luxemburg	30 532	6 081	1,6	661	296	71	513	330	133
Malta	13 296	3 209	1,0	90	170	90	44	463	144
Niederlande	1 192 640	7 195	0,9	680	620	100	104	225	86
Norwegen	270 656	5 571	0,6	499	150	223	452	158	75
Österreich	535 745	6 397	0,7	533	188	61	26	330	103
Polen	1 151 157	3 016	1,1	129	99	43	12	256	212
Portugal	422 587	3 973	1,2	228	250	191	43	438	109
Rumänien	292 682	1 364	1,9	26	66	12	18	243	132
Russische Föderation ¹⁴ ..	.	.	10,2	.	108	33	.	.	573
Schweden	1 370 399	14 671	1,0	1 213	212	375	110	217	74
Schweiz	656 858	8 437	0,7	181	310	101	245	221	79
Slowakei	95 252	1 756	1,6	149	35	62	11	443	186
Slowenien	89 489	4 372	0,5	136	125	26	86	380	66
Spanien	2 297 484	4 996	0,9	232	243	143	30	525	161
Tschechische Republik ..	313 387	2 983	1,0	178	96	125	29	410	209
Türkei	1 521 723	2 097	3,2	323	124	19	112	500	161
Ukraine ¹⁴	.	.	5,2	.	85	9	.	389	339
Ungarn	447 186	4 465	1,3	384	198	86	8	87	163
Vereinigtes Königreich ..	4 578 197	7 381	1,2	1 624	456	190	65	269	152
Zypern	8 387	1 024	0,9	57 ¹	395	295	104	650	78

1 2009.

2 2008.

3 2006.

4 Quelle: United Nations Office of Drugs and Crime (UNODC).

Quelle: Eurostat

Zu den **Gewaltdelikten** zählen Gewalt gegen Personen (z. B. Körperverletzung), Raub (Diebstahl mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt) und Sexualstraftaten (einschl. Vergewaltigung und sexueller Nötigung).

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹	BIP je Einwohner/-in ¹	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹	Bruttowertschöpfung ¹²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ¹²			
				Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012	2012
	Mill. US\$	US\$	%	% des BIP						
Europa										
Belgien	484 692	43 686	-0,2	0,7 ¹³	21,7 ¹³	77,7 ¹³	52,9	24,9	21,0	1,2
Bulgarien	51 020	7 033	0,8	5,4	29,2	65,5	60,7 ¹⁴	15,5 ¹⁴	23,1 ¹⁴	0,7 ¹⁴
Dänemark	313 637	56 202	-0,6	1,2 ¹³	21,8 ¹³	77,0 ¹³	49,5	28,6	17,5	4,4
Deutschland	3 400 579	41 513	0,9	0,9¹³	27,9¹³	71,2¹³	57,6	19,5	17,2	5,6
Estland	21 863	16 320	3,2	3,5 ¹³	28,9 ¹³	67,6 ¹³	52,2	19,6	27,6	0,5
Finnland	250 126	46 098	-0,2	2,9 ¹³	29,2 ¹³	67,9 ¹³	57,0	24,8	18,8	-0,6
Frankreich	2 608 699	41 141	0,0	1,8 ¹⁵	19,1 ¹⁵	79,2 ¹⁵	57,7	24,7	19,8	-2,2
Griechenland	249 201	22 055	-6,4	.	.	.	73,7	17,8	13,6	-5,0
Irland	210 416	45 888	0,9	1,0 ¹⁵	31,8 ¹⁵	67,3 ¹⁵	48,3	17,6	10,0	24,1
Island	13 654	41 739	1,6	7,2 ¹⁵	25,1 ¹⁵	67,7 ¹⁵	53,6	25,5	14,6	6,3
Italien	2 014 079	33 115	-2,4	1,9 ¹³	25,3 ¹³	72,8 ¹³	61,1	20,1	17,6	1,2
Kroatien	57 102	12 972	-2,0	5,2	26,5	68,3	58,5	19,9	21,6	-0,1
Lettland	28 380	13 900	5,6	4,1 ¹³	21,8 ¹³	74,1 ¹³	62,4 ¹⁴	15,5 ¹⁴	25,9 ¹⁴	-3,8 ¹⁴
Litauen	42 164	14 018	3,6	3,5 ¹³	28,2 ¹³	68,3 ¹³	63,9 ¹⁴	18,8 ¹⁴	18,8 ¹⁴	-1,5 ¹⁴
Luxemburg	56 738	107 206	0,1	0,3 ¹⁴	13,4 ¹⁴	86,3 ¹⁴	31,2	16,9	21,6	30,4
Malta	8 689	20 852	0,8	1,9 ¹³	32,7 ¹³	65,4 ¹³	62,5 ¹⁴	20,5 ¹⁴	12,2 ¹⁴	4,8 ¹⁴
Niederlande	773 116	46 142	-0,9	2,0 ¹³	23,9 ¹³	74,2 ¹³	45,5	28,4	17,3	8,8
Norwegen	501 101	99 462	3,0	1,6 ¹³	39,9 ¹³	58,5 ¹³	40,4	21,3	25,0	13,2
Österreich	398 594	47 083	0,8	1,5 ¹³	29,0 ¹³	69,4 ¹³	54,8	18,8	22,9	3,5
Polen	487 674	12 538	2,0	3,5 ¹³	31,6 ¹³	64,8 ¹³	61,4 ¹³	18,9 ¹³	20,9 ¹³	-1,2 ¹³
Portugal	212 720	20 179	-3,2	2,4 ¹³	23,0 ¹³	74,6 ¹³	66,3	18,3	16,0	-0,6
Rumänien	169 384	7 935	0,3	6,9	25,1	68,0	.	.	.	.
Russische Föderation	2 021 960	14 247	3,4	4,3 ¹⁴	37,0 ¹⁴	58,7 ¹⁴	49,4 ¹⁴	17,5 ¹⁴	24,5 ¹⁴	8,6 ¹⁴
Schweden	526 192	55 158	1,2	1,8 ¹³	26,3 ¹³	71,8 ¹³	48,2	26,9	18,7	6,2
Schweiz	632 400	79 033	1,0	.	25,9 ¹³	.	57,4 ¹⁴	11,1 ¹⁴	20,8 ¹⁴	10,8 ¹⁴
Slowakei	91 916	16 899	2,0	3,9 ¹³	34,9 ¹³	61,2 ¹³	57,5 ¹⁴	18,1 ¹⁴	21,8 ¹⁴	2,6 ¹⁴
Slowenien	45 617	22 193	-2,3	2,5 ¹³	31,6 ¹³	65,9 ¹³	57,4 ¹⁴	20,3 ¹⁴	21,3 ¹⁴	1,0 ¹⁴
Spanien	1 352 057	29 289	-1,4	2,7 ¹³	26,1 ¹³	71,2 ¹³	59,2	20,1	19,6	1,0
Tschechische Republik	196 072	18 579	-1,2	2,3 ¹³	36,3 ¹³	61,4 ¹³	50,3	20,8	23,6	5,3
Türkei	794 468	10 609	2,6	9,0	29,3	61,7	74,7	9,3	22,8	-6,7
Ukraine	176 235	3 877	0,2	9,5	31,4	59,1	70,0	19,3	18,3	-7,6
Ungarn	126 873	12 736	-1,7	3,5 ¹³	31,0 ¹³	65,4 ¹³	63,2 ¹⁴	10,1 ¹⁴	19,3 ¹⁴	7,4 ¹⁴
Vereinigtes Königreich	2 440 505	38 589	0,2	0,7 ¹³	21,6 ¹³	77,7 ¹³	65,8	22,1	14,5	-2,3
Zypern	23 006	26 389	-2,4	2,1 ¹⁶	19,6 ¹⁶	78,3 ¹⁶	68,3 ¹³	19,7 ¹³	18,4 ¹³	-6,4 ¹³

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen zusammen. Als Bruttoanlageinvestitionen gelten Käufe neuer Anlagen sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Die Vorratsveränderungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Anfangs- und Endbestand von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet werden.

Der **Außenbeitrag** entspricht dem Saldo zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Staaten, die einen Exportüberschuss erzielen, weisen demnach einen positiven Außenbeitrag aus.

Weitere Erläuterungen zu diesen und anderen Begriffen aus dem Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 12.

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Nomi- nales Brutto- inlands- produkt (BIP) ¹	BIP je Ein- wohner/ -in ¹	Reale Verände- rung des BIP ge- genüber Vorjahr ¹	Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²			
				Land- und Forstwirt- schaft	Produzie- rendes Gewerbe	Dienst- leistun- gen	Konsum- ausgaben der privaten Haushalte	Konsum- ausgaben des Staates	Brutto- investi- tionen	Außen- beitrag
	2012	Mill. US\$	US\$	%	% des BIP					
Afrika										
Ägypten	256 729	3 112	2,2	13,8	35,9	50,3	76,0	9,1	19,6	- 4,7
Äthiopien	41 906	483	7,0	46,4 ¹⁴	10,5 ¹⁴	43,1 ¹⁴	81,4 ¹⁴	8,1 ¹⁴	25,5 ¹⁴	- 15,0 ¹⁴
Kongo, Dem. Republik	17 703	237	7,1	46,3	20,8	32,9	65,9	12,5	28,2	- 6,6
Nigeria	268 708	1 631	6,3	.	.	.	.	.	.	4,0 ¹⁴
Südafrika	384 315	7 507	2,5	2,6	28,4	69,0	61,2	22,4	19,4	- 3,0
Tansania, Ver. Republik	28 247	599	6,9	27,6	25,0	47,4	60,6	16,8	40,0	- 17,4
Amerika										
Argentinien	474 954	11 576	1,9	11,0	32,8	56,2	73,9	5,6	17,9	2,6
Brasilien	2 395 968	12 079	0,9	5,6	28,2	66,1	59,0	20,6	21,4	- 0,9
Chile	268 177	15 410	5,5	3,2	36,7	60,1	68,6	5,0	25,7	0,8
Kanada	1 819 081	52 232	1,8	1,9 ¹⁶	32,0 ¹⁶	66,1 ¹⁶	58,0 ¹⁴	20,9 ¹⁴	22,3 ¹⁴	- 1,2 ¹⁴
Kolumbien	366 020	7 855	4,0	6,5	37,5	56,0	61,2	16,5	23,5	- 1,2
Mexiko	1 177 116	10 247	3,9	3,6	37,4	59,0	65,6	11,8	24,9	- 2,3
Vereinigte Staaten	15 684 750	49 922	2,2	1,2 ¹⁴	20,2 ¹⁴	78,6 ¹⁴	71,6 ¹⁴	17,3 ¹⁴	14,9 ¹⁴	- 3,8 ¹⁴
Asien										
Bangladesch	122 724	818	6,1	17,5	28,5	53,9	79,2	5,7	25,4	- 10,3
China	8 227 037	6 076	7,8	10,0 ¹⁴	46,6 ¹⁴	43,4 ¹⁴	34,4 ¹⁴	13,1 ¹⁴	48,4 ¹⁴	4,1 ¹⁴
Indien	1 824 832	1 492	4,0	17,4	25,8	56,9	60,2	11,8	35,6	- 7,7
Indonesien	878 198	3 592	6,2	12,8	43,7	43,4	58,5	4,4	35,0	2,1
Iran, Islamische Republik	548 895	7 211	- 1,9	.	.	.	.	.	.	.
Israel	240 894	31 296	3,1	.	.	.	62,4 ¹⁴	23,9 ¹⁴	14,6 ¹⁴	- 0,9 ¹⁴
Japan	5 963 969	46 736	2,0	1,2 ¹⁴	26,2 ¹⁴	72,7 ¹⁴	60,5 ¹⁴	20,4 ¹⁴	20,0 ¹⁴	- 0,9 ¹⁴
Korea, Republik	1 155 872	23 113	2,0	2,7 ¹⁴	39,2 ¹⁴	58,1 ¹⁴	53,1 ¹⁴	15,4 ¹⁴	29,5 ¹⁴	2,0 ¹⁴
Myanmar	53 140	835	6,3	.	.	.	.	.	.	.
Pakistan	231 879	1 296	3,7	20,1	25,5	54,4	87,3	8,3	12,5	- 8,2
Philippinen	250 436	2 614	6,6	12,6	32,3	55,0	74,0	10,1	21,5	- 5,7
Saudi-Arabien	727 307	25 085	6,8	2,5 ¹³	59,8 ¹³	37,8 ¹³	30,2 ¹⁴	19,8 ¹⁴	19,1 ¹⁴	31,0 ¹⁴
Thailand	365 564	5 678	6,4	12,2	39,5	48,2	52,7	13,2	31,4	2,7
Vietnam	138 071	1 528	5,0	21,3	39,9	38,8	64,1	5,4	30,9	- 0,4
Australien und Ozeanien										
Australien	1 541 797	67 723	3,6	2,3 ¹³	19,8 ¹³	77,9 ¹³	53,6	17,9	28,2	0,3
Neuseeland	169 680	38 222	2,5	.	.	.	58,7 ¹³	20,3 ¹³	19,5 ¹³	1,5 ¹³

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Zum Teil vorläufige Werte.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

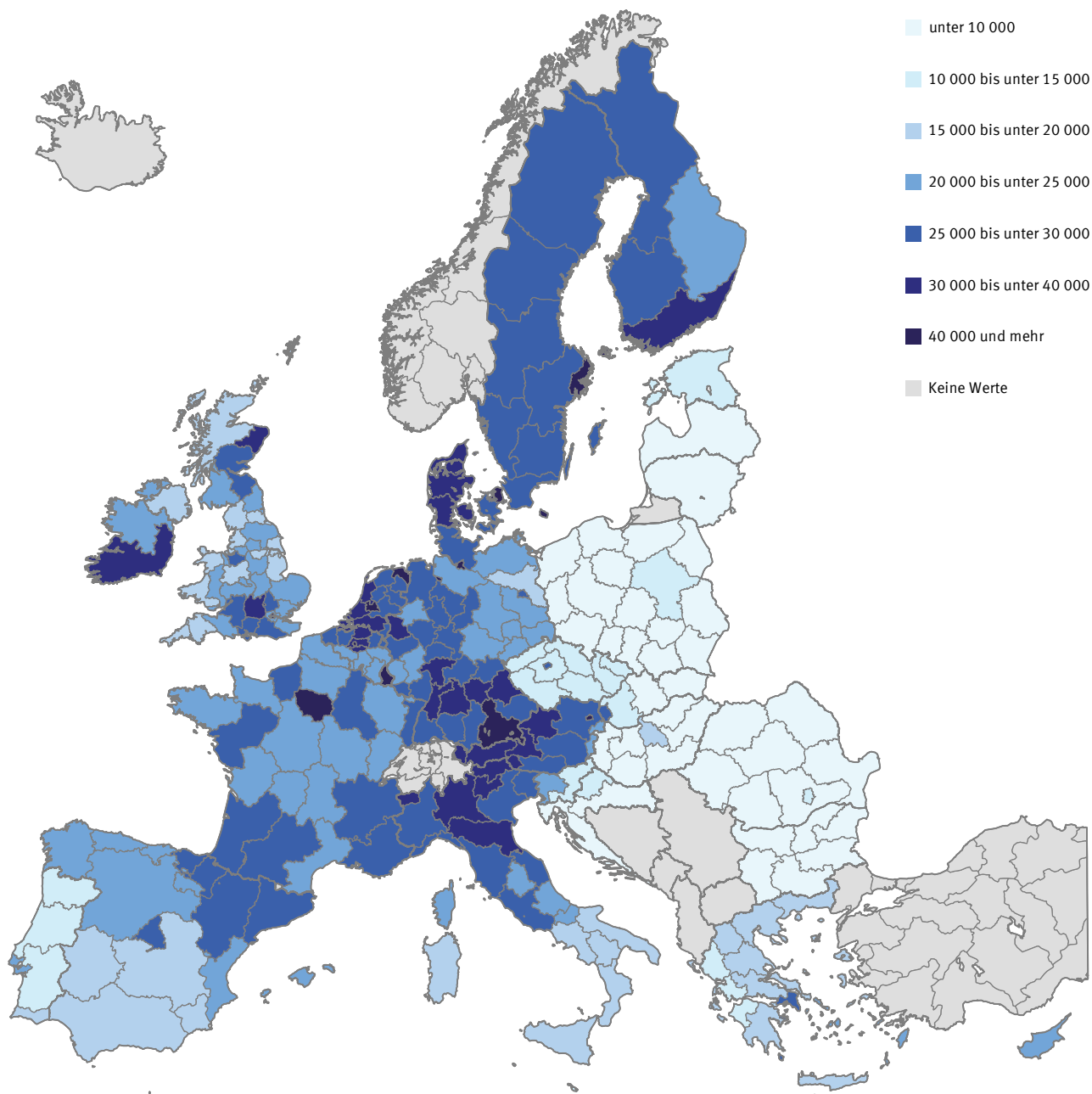
3 2010.

4 2011.

5 2009.

6 2008.

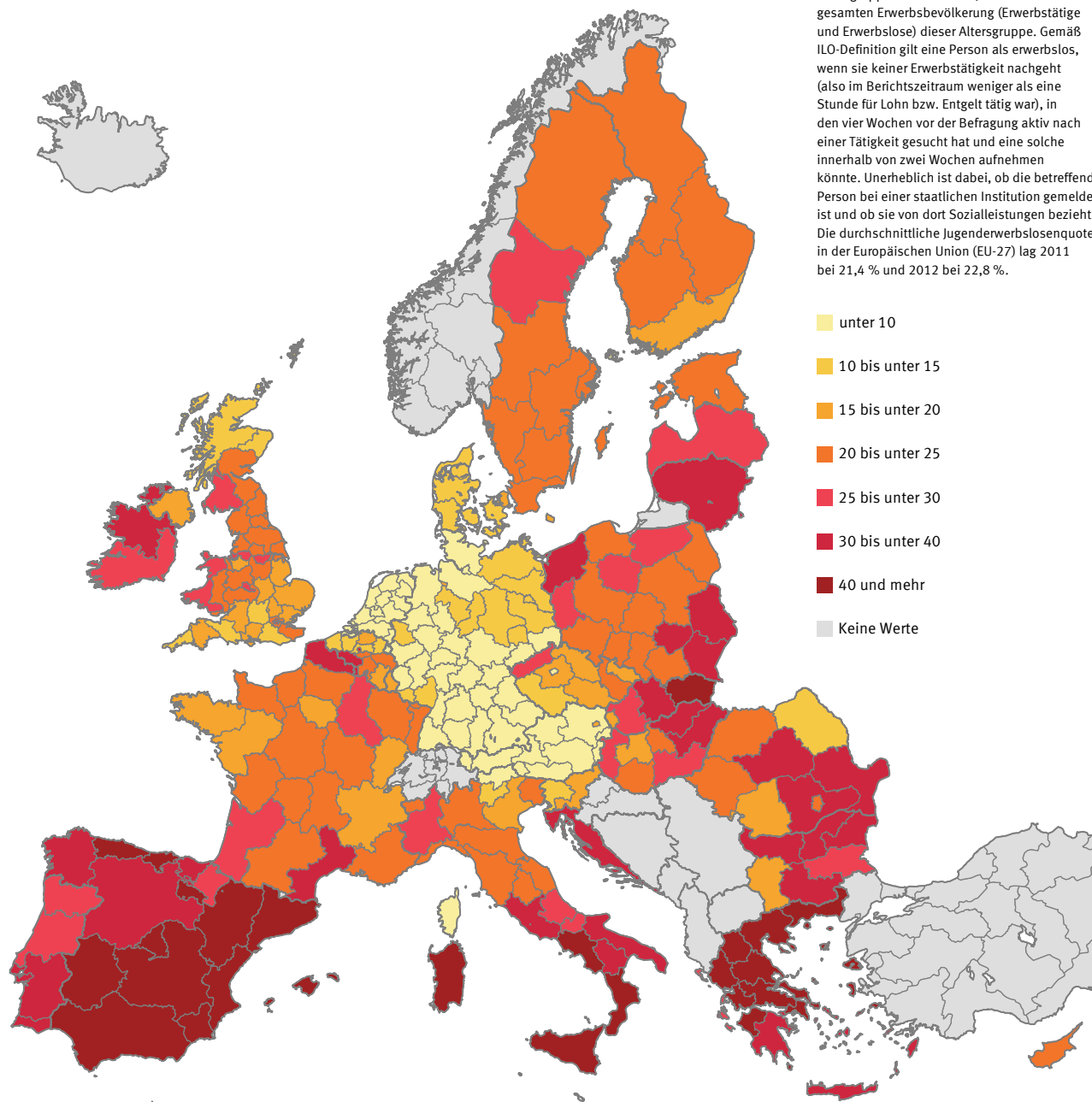
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in nach EU-Regionen 2009
in EUR



© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Eurostat

2013 - 01 - 0449

A.13 Arbeitsmarkt

Jugenderwerbslosenquote nach EU-Regionen 2011
 in % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren


© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
 Quelle: Eurostat

2013 - 01 - 0450

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbs- perso- nen ¹⁾	Erwerbstätigen- quote ²⁾		Teilzeitquote ³⁾		Selbst- ständi- gen- quote ⁴⁾	Erwerbstätige ¹⁾			Erwerbslosenquote	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zieren- des Gewerbe	Dienst- leistungs- sektor	15 – 64 Jahre ²⁾	15 – 24 Jahre ¹⁾
	15 – 64 Jahre										
	2011										
	1 000	% der Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre				% der Erwerbs- tätigen	% der Erwerbstätigen insgesamt ⁵⁾			% der Erwerbspers- onen der jeweili- gen Altersgruppe	
Europa											
Belgien	4 817	67,1	56,7	6,5	32,2	14,3	1,2	23,3	75,5	7,2	18,7
Bulgarien	3 302	61,2	55,6	.	.	12,2	6,6	31,6	61,7	11,4	25,0
Dänemark	2 864	75,9	70,4	12,8	24,5	9,1	2,2	20,0	77,6	7,7	14,2
Deutschland	41 473	77,3	67,7	7,3	37,4	11,7	1,5	28,5	70,0	6,0	8,6
Estland	674	67,7	62,8	4,5	10,7	8,4	4,2	33,2	62,5	12,8	22,3
Finnland	2 637	70,6	67,4	8,6	15,4	13,4	4,0	23,0	72,5	7,9	20,1
Frankreich	28 192	68,2	59,7	5,6	21,9	11,6	2,9	22,2	74,5	9,3	22,0
Griechenland	4 892	65,9	45,1	5,4	13,9	36,5	11,8	18,0	70,3	17,9	44,4
Irland	2 120	62,6	55,1	12,1	38,8	16,7	3,8	19,1	76,9	14,9	29,1
Island	171	80,3	76,6	10,4	24,1	12,3	5,3	18,5	75,8	7,1	14,4
Italien	24 686	67,5	46,5	6,1	31,3	24,9	3,5	28,6	67,8	8,5	29,1
Kroatien	1 669	57,9	47,0	.	.	22,7	12,9	28,4	58,6	13,9	36,1
Lettland	1 007	61,5	60,2	.	.	11,4	8,7	23,0	68,0	16,5	31,0
Litauen	1 454	60,4	60,2	.	.	10,6	8,5	24,5	66,6	15,5	32,2
Luxemburg	234	72,1	56,9	4,7	29,9	8,5	1,1	12,8	82,9	4,9	16,8
Malta	178	73,6	40,9	.	.	13,5	1,1	24,6	74,1	6,6	13,8
Niederlande	8 614	79,8	69,9	15,9	60,2	15,0	2,4	15,4	71,7	4,4	7,6
Norwegen	2 544	77,1	73,4	10,1	29,2	7,0	2,2	20,4	77,3	3,3	8,7
Österreich	4 248	77,8	66,5	6,0	32,2	13,7	4,8	26,3	69,0	4,2	8,3
Polen	17 599	66,3	53,1	4,2	11,8	22,6	12,2	30,9	56,8	9,8	25,8
Portugal	5 261	68,1	60,4	5,6	12,1	21,1	6,4	28,7	64,9	13,4	30,1
Rumänien	9 480	65,0	52,0	.	.	32,7	25,5	30,0	44,4	7,7	23,7
Russische Föderation ..	75 308	72,2	63,8	2,6	5,1	7,3 ¹⁶⁾	9,7 ¹⁶⁾	27,9 ¹⁷⁾	62,3 ¹⁷⁾	6,7	15,5
Schweden	4 887	75,8	71,3	8,2	17,3	10,5	1,8	20,0	77,8	8,0	22,8
Schweiz	4 415	85,4	73,3	9,4	45,5	15,4	3,1	21,4	71,4	4,1	7,7
Slowakei	2 707	66,3	52,7	2,6	5,5	15,9	3,1	37,5	59,4	13,6	33,2
Slowenien	998	67,7	60,9	6,0	10,0	16,8	6,9	32,1	60,4	8,3	15,7
Spanien	22 949	63,2	52,0	5,4	21,8	16,5	4,2	21,9	73,9	21,8	46,4
Tschechische Republik ..	5 180	74,0	57,2	1,3	5,8	18,0	3,0	38,6	58,4	6,8	18,0
Türkei	25 769	69,2	27,8	6,0	23,7	38,3	22,8	27,1	50,1	9,0	16,7
Ukraine	21 436	.	.	.	.	18,0 ¹⁶⁾	15,8 ¹⁶⁾	23,4 ¹⁷⁾	60,7 ¹⁶⁾	.	18,6
Ungarn	4 247	61,2	50,6	3,1	6,1	12,1	4,8	30,9	64,2	11,0	26,1
Vereinigtes Königreich ..	30 721	74,5	64,5	10,3	38,4	14,2	1,1	19,2	79,0	8,2	21,1
Zypern	420	73,7	62,1	.	.	18,3	2,9	21,1	76,0	8,1	22,4

Zu den **Erwerbspersonen** zählen alle Personen einer bestimmten Altersgruppe, die Arbeit haben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose).

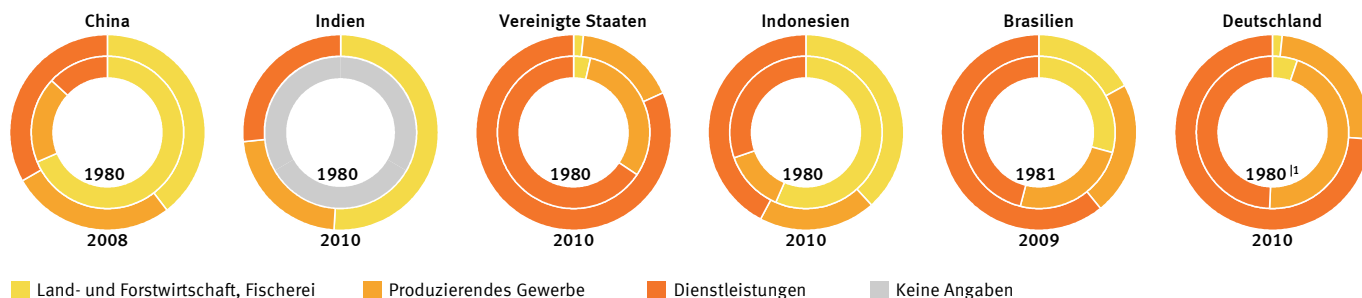
Die **Erwerbstätigenquote** beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe.

Die **Teilzeitquote** der OECD entspricht dem Anteil der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen, dessen reguläre Wochenarbeitszeit weniger als 30 Stunden beträgt.

Alle hier aufgeführten Indikatoren entsprechen dem **Erwerbskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**. Nähere Informationen hierzu sowie weitere Begriffserläuterungen zum Thema Arbeitsmarkt siehe „Glossar“/ „Methodik“ des Kapitels 13.

Erwerbstätigkeit nach Sektoren

in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt
Fünf bevölkerungsreichste Staaten und Deutschland



1 Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990.

Quelle für Deutschland: Statistisches Bundesamt, Quelle für andere Staaten: KILM Datenbank, ILO

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbs- perso- nen ¹⁾	Erwerbstätigen- quote ²⁾		Teilzeitquote ³⁾		Selbst- ständi- gen- quote ⁴⁾	Erwerbstätige ¹⁾			Erwerbslosenquote		
		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zieren- des Gewerbe	Dienst- leistungs- sektor	15 – 64 Jahre ¹²⁾	15 – 24 Jahre ¹⁾	
	15 – 64 Jahre											
	2011											
	1 000	% der Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre				% der Erwerbs- tätigen	% der Erwerbstätigen insgesamt ¹⁵⁾			% der Erwerbspersonen der jeweili- gen Altersgruppe		
Afrika												
Ägypten	27 289	.	.	.	.	37,8 ¹⁸⁾	28,2 ¹⁸⁾	25,3 ¹⁸⁾	46,3 ¹⁸⁾	.	24,8 ¹⁸⁾	
Äthiopien	40 556	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Kongo, Dem. Republik	24 944	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Nigeria	48 648	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Südafrika	18 337	47,4	34,6	5,0	11,1	14,7	4,6	24,3	62,7	24,9	49,8	
Tansania, Ver. Republik	21 785	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Amerika												
Argentinien	17 939	.	.	.	.	23,1	1,2	23,8	74,4	.	18,7	
Brasilien	100 015	79,7 ¹⁷⁾	56,4 ¹⁷⁾	9,0 ¹⁷⁾	26,8 ¹⁷⁾	29,4 ¹⁷⁾	17,0 ¹⁷⁾	22,1 ¹⁷⁾	60,7 ¹⁷⁾	8,5 ¹⁷⁾	17,8 ¹⁷⁾	
Chile	7 957	73,6	49,1	10,5	24,6	26,6	10,6 ¹⁸⁾	23,0 ¹⁸⁾	66,4 ¹⁸⁾	7,4	17,5	
Kanada	18 494	75,0	68,9	12,0	26,5	9,0	2,4 ¹⁶⁾	21,5 ¹⁶⁾	76,5 ¹⁶⁾	7,5	14,1	
Kolumbien	21 784	.	.	.	.	53,5 ¹⁸⁾	17,9 ¹⁶⁾	20,0 ¹⁶⁾	62,0 ¹⁶⁾	.	23,0 ¹⁶⁾	
Mexiko	47 839	77,8	43,4	11,8	27,1	33,7	13,1 ¹⁸⁾	25,5 ¹⁸⁾	60,6 ¹⁸⁾	5,4	9,8	
Vereinigte Staaten	150 597	71,4	62,0	7,7	16,4	6,8	1,6 ¹⁸⁾	16,7 ¹⁸⁾	81,2 ¹⁸⁾	9,1	17,3	
Asien												
Bangladesch	71 644	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
China	785 257	82,0 ¹⁸⁾	68,0 ¹⁸⁾	.	.	.	36,7 ¹⁸⁾	28,7 ¹⁸⁾	34,6 ¹⁸⁾	2,9 ¹⁸⁾	.	
Indien	463 479	79,6 ¹⁸⁾	29,0 ¹⁸⁾	.	.	81,9 ¹⁸⁾	51,1 ¹⁸⁾	22,4 ¹⁸⁾	26,6 ¹⁸⁾	3,6 ¹⁸⁾	10,2 ¹⁸⁾	
Indonesien	114 467	.	.	.	.	60,6	35,9	20,6	43,5	.	22,2 ¹⁷⁾	
Iran, Islamische Republik	25 163	.	.	.	.	46,8 ¹⁶⁾	21,2 ¹⁶⁾	32,2 ¹⁶⁾	46,5 ¹⁶⁾	.	23,0 ¹⁶⁾	
Israel	3 047	64,3	57,5	6,2	20,3	12,6	1,7 ¹⁷⁾	20,4 ¹⁷⁾	77,1 ¹⁷⁾	5,7	11,6	
Japan	59 289	80,2	60,3	7,6	33,1	11,9	3,7 ¹⁸⁾	25,3 ¹⁸⁾	69,7 ¹⁸⁾	4,8	8,0	
Korea, Republik	22 904	74,5	53,1	8,6	16,8	28,2	6,6 ¹⁸⁾	17,0 ¹⁸⁾	76,4 ¹⁸⁾	3,5	9,6	
Myanmar	27 523	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Pakistan	59 088	.	.	.	.	64,0 ¹⁶⁾	44,7 ¹⁶⁾	20,1 ¹⁶⁾	35,2 ¹⁶⁾	.	7,7 ¹⁶⁾	
Philippinen	38 408	.	.	.	.	44,8	33,0	14,9	52,2	.	17,4 ¹⁷⁾	
Saudi-Arabien	9 690	.	.	.	.	.	4,1 ¹⁷⁾	20,4 ¹⁷⁾	75,5 ¹⁷⁾	.	28,2 ¹⁶⁾	
Thailand	37 946	.	.	.	.	56,0	38,7	20,7	40,7	.	2,7	
Vietnam	51 121	.	.	.	.	65,4	48,4	21,3	30,3	.	.	
Australien und Ozeanien												
Australien	11 659	78,7	66,7	12,2	38,0	11,2	3,3 ¹⁷⁾	21,1 ¹⁷⁾	75,5 ¹⁷⁾	5,2	11,3	
Neuseeland	2 278	78,2	67,2	9,9	33,2	16,5	6,6 ¹⁷⁾	20,9 ¹⁷⁾	72,5 ¹⁷⁾	6,7	17,3	

1 Quellen: Europäische Staaten (außer Russische Föderation und Ukraine): Eurostat, sonstige Staaten: KILM Datenbank, ILO.

2 Quellen: Europäische Staaten (außer Russische Föderation und Ukraine): Eurostat, sonstige Staaten: OECD.

3 Quelle: OECD.

4 Quelle: KILM Datenbank, ILO.

5 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Wirtschaftsbereich ergibt die Summe der Erwerbstätigenanteile nicht in allen Fällen 100 %.

6 2008.

7 2009.

8 2010.

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

	Bruttomonatsverdienst		Lohnnebenkosten je 100 Euro Bruttoverdienst	Arbeitskosten			Gesetzlicher, branchenübergreifender monatlicher Mindestlohn	Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern
	Vollbeschäftigte in Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr			Privatwirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe		
				je geleistete Stunde	Veränderung zum Vorjahr			
	Privatwirtschaft							
	2010		2012					2013
EUR	KKS ¹	EUR	EUR	%	EUR	EUR	%	
Europa								
Belgien	2 965	2 639	47	40,40	2,9	41,90	1 502	10,2
Bulgarien	343	768	18	3,70	6,4	2,90	159	13,0
Dänemark	4 264	3 105	15	39,50	1,5	37,90	–	16,4
Deutschland	2 882	2 737	27	31,00	2,8	35,20	–	22,2
Estland ¹	819	1 203	37	8,60	6,4	8,10	320	27,3
Finnland	2 989	2 507	28	31,10	4,1	33,80	–	18,2
Frankreich	2 567	2 264	50	34,90	1,9	36,30	1 430	14,7
Griechenland	.	.	29 ¹²	15,50 ¹²	– 6,8 ¹²	14,70 ¹²	684	.
Irland	3 466	3 097	18	27,40	1,9	28,90	1 462	.
Island	2 022	2 045	.	.	.	.	–	.
Italien	2 286	2 187	40	27,20	1,7	26,90	–	5,8
Kroatien	1 034	1 479	.	.	.	.	374	.
Lettland	628	980	26	6,20	4,0	5,60	287	13,6
Litauen	569	953	41	5,80	4,9	5,50	290	11,9
Luxemburg	3 709	3 092	16	34,40	2,2	30,10	1 874	8,7
Malta	1 474	2 014	10	12,00	1,0	12,00	697	12,9
Niederlande	2 886	2 644	30	31,30	0,7	33,70	1 469	17,9
Norwegen	4 491	3 144	.	.	.	.	–	15,9
Österreich	2 549	2 301	37	30,50	4,4	32,30	–	23,7
Polen	804	1 350	20	7,20	3,1	6,60	377	4,5
Portugal	1 278	1 539	26 ¹²	12,30 ¹²	2,7 ¹²	10,50 ¹²	566	12,5
Rumänien	457	882	30	4,50	6,2	3,80	157	12,1
Russische Föderation ...	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	2 877	2 502	51	41,90	3,5	43,80	–	15,8
Schweiz	4 552	3 411	.	.	.	.	–	17,9
Slowakei	777	1 150	36	8,60	2,1	8,50	338	20,5
Slowenien	1 477	1 771	16	14,50	0,6	14,10	784	2,3
Spanien	1 923	2 062	37	20,90	1,1	22,50	753	16,2
Tschechische Republik ..	907	1 284	37	10,70	2,8	10,20	312	21,0
Türkei	838	1 398	.	.	.	.	429	.
Ukraine	.	.	.	.	.	.	.	.
Ungarn	777	1 238	35	7,90	5,9	7,70	341	18,0
Vereinigtes Königreich ..	2 800	2 881	17	21,90	1,8	22,70	1 264	20,1
Zypern	2 002	2 248	21	16,70	1,2	13,40	–	16,4

1 KKS oder Kaufkraftstandard ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Staaten ausgeglichen werden. Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Angaben in Kaufkraftstandards ermöglichen einen kaufkraftbereinigten Vergleich der Verdienste in Europa.

2 Werte für das Jahr 2012 wurden auf Basis der ersten drei Quartale 2012 geschätzt.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Der **Bruttomonatsverdienst** enthält alle Zahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich aller Zuschläge und Prämien. Enthalten sind Arbeitnehmeranteile, jedoch nicht Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Die Einteilung der **Wirtschaftsbereiche** entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Abschnitte B bis S ohne O: Privatwirtschaft.

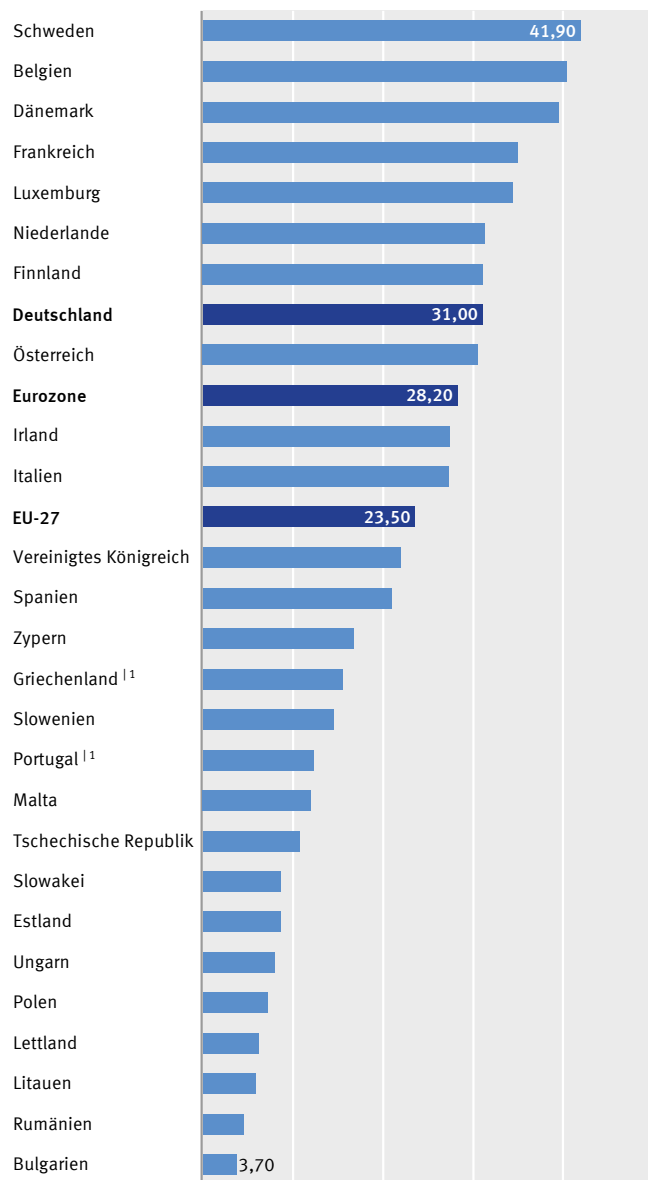
Vollbeschäftigte sind Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte, wobei der Verdienst der Teilzeitbeschäftigten so hochgerechnet wird, als würden sie Vollzeit arbeiten.

Der hier aufgeführte **Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern** entspricht dem unbereinigten Gender Pay Gap. Während der unbereinigte Wert die vorhandenen Einkommensunterschiede von Frauen und Männern misst ohne mögliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, werden beim bereinigten Gender Pay Gap Verzerrungseffekte (z. B. geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich Qualifikation, Berufswahl oder Häufigkeit von Teilzeitarbeit) herausgerechnet. Der Verdienstunterschied wird angegeben in Prozent des durchschnittlichen männlichen Verdienstes. Ein Wert von 5 % bedeutet, dass Frauen durchschnittlich 5 % weniger verdienen als Männer.

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

Arbeitskosten je geleistete Stunde 2012

Privatwirtschaft, EU-Staaten, in EUR



¹ Werte wurden auf Basis der ersten drei Quartale 2012 geschätzt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat-Daten (Rechenstand: 4. Quartal 2012)

2013 - 01 - 0452

A.15 Preise

	Verbraucherpreise				Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹¹		Preisniveau- vergleich ¹²
	insgesamt ¹¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ¹³		insgesamt		Index
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						Deutschland = 100
Europa							
Belgien	2,8	3,5	3,0	2,4	4,0	8,1	112
Bulgarien	3,0	4,2	.	6,9	4,4	9,4	43
Dänemark	2,4	2,8	4,3	4,0	2,8	6,8	143
Deutschland	2,0	2,1	3,2	2,8	2,0	5,6	100
Estland	3,9	5,0	.	9,6	2,3	4,4	72
Finnland	2,8	3,4	5,2	6,3	2,9	6,7	123
Frankreich	2,0	2,1	3,0	1,9	2,2	5,3	109
Griechenland	1,5	3,3	1,5	3,1	4,9	7,4	88
Irland	1,7	2,6	0,6	1,2	.	.	116
Island	5,2	4,0	6,1	3,8	.	.	113
Italien	3,0	2,7	2,5	2,5	3,6	4,7	103
Kroatien	3,4	2,3	3,7	3,5	7,0	6,4	66
Lettland	2,3	4,4	2,3	8,5	3,7	7,7	67
Litauen	3,1	4,1	3,0	8,3	4,1	14,7	59
Luxemburg	2,7	3,4	2,6	2,6	.	.	132
Malta	2,4	2,7	4,7	3,9	.	.	73
Niederlande	2,4	2,4	2,0	2,2	2,8	4,9	108
Norwegen	0,7	1,3	1,2	-0,1	2,8	16,3	164
Österreich	2,5	3,3	3,2	4,2	2,4	8,3	108
Polen	3,7	4,2	3,9	4,8	3,2	7,5	53
Portugal	2,8	3,7	3,2	2,1	3,8	5,8	82
Rumänien	3,3	5,8	1,9	6,0	6,1	8,9	49
Russische Föderation . .	5,1	8,4	.	.	6,8	17,7	.
Schweden	0,9	3,0	1,5	1,3	-0,3	2,8	132
Schweiz	-0,7	0,2	-1,0	-3,3	-0,5	-1,1	160
Slowakei	3,6	3,9	4,2	6,1	.	2,7	65
Slowenien	2,6	1,8	4,1	4,4	1,0	3,8	83
Spanien	2,4	3,2	2,3	2,1	3,8	6,9	93
Tschechische Republik . .	3,3	1,9	6,6	4,6	2,1	5,6	68
Türkei	8,9	6,5	8,4	6,2	6,1	11,1	59
Ukraine	0,6	8,0	.	.	3,7	19,1	.
Ungarn	5,7	4,0	.	.	4,1	5,4	56
Vereinigtes Königreich . .	2,8	4,5	3,3	5,9	2,8	5,6	107
Zypern	2,4	3,3	0,8	4,1	2,0	2,9	88

Der **Verbraucherpreisindex** misst die Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (z. B. die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen oder beim Friseur). Die hier angezeigte Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr wird auch als Inflationsrate bezeichnet.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** misst die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise für Produkte einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Die Daten zu den **Verbraucher- und Erzeugerpreisen** stammen vom Internationalen Währungsfonds (IMF) bzw. im Falle der Nahrungsmittelpreise von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Zu den von Eurostat veröffentlichten harmonisierten Indizes ergeben sich in vielen Fällen kleinere Abweichungen.

Preisniveauintizes liefern eine Messgröße für die Preisniveauunterschiede zwischen Staaten. Liegt beispielsweise der Index in Island im Vergleich zu Deutschland (Bezugsgröße = 100) bei 113, so sind die Lebenshaltungskosten in Island 13 % höher als in Deutschland.

A.15 Preise

	Verbraucherpreise				Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	
	insgesamt ¹⁾		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³⁾		insgesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Afrika						
Ägypten	7,1	10,1	9,2	15,5	2,5	14,8
Äthiopien	23,4	33,2	.	39,2	.	.
Kongo, Dem. Republik	.	.	.	.	.	.
Nigeria	12,2	10,8	11,3	10,3	.	.
Südafrika	5,4	5,3	7,1	7,1	6,2	8,4
Tansania, Ver. Republik	16,0	12,7	.	16,0	.	.
Amerika						
Argentinien ¹⁴⁾	10,0	9,5	10,3	8,7	12,2	13,8
Brasilien	5,4	6,6	.	8,8	5,9	9,4
Chile	3,0	3,3	7,6	6,7	.	.
Kanada	1,5	2,9	2,4	3,8	0,6	4,6
Kolumbien	3,2	3,4	.	4,8	0,4	5,4
Mexiko	4,1	3,4	.	5,1	4,7	6,0
Vereinigte Staaten	2,1	3,2	2,6	3,7	0,6	8,8
Asien						
Bangladesch	8,7	10,7	7,4	12,8	.	.
China	2,7	5,4	4,8	11,8	-1,7	6,0
Indien	9,3	8,9	6,6 ¹⁵⁾	6,5 ¹⁵⁾	8,1	8,9
Indonesien	4,3	5,4	5,9	8,5	5,1	7,4
Iran, Islamische Republik	27,3	20,6	.	26,1	.	.
Israel	1,7	3,5	0,7	3,5	4,3	7,8
Japan	0,0	-0,3	0,1	-0,4	.	1,5
Korea, Republik	2,2	4,0	4,0	8,1	0,7	6,7
Myanmar	.	5,0	.	3,9	.	.
Pakistan	9,7	11,9	8,8	14,5	7,1	18,8
Philippinen	3,2	4,6	2,3	-17,8	-0,8	0,9
Saudi-Arabien	4,5	5,0	.	5,2	2,5	4,2
Thailand	3,0	3,8	4,9	8,0	1,0	5,5
Vietnam	9,1	18,7	.	.	.	.
Australien und Ozeanien						
Australien	1,8	3,4	.	4,8	.	3,4
Neuseeland	0,9	4,4	.	5,4	.	4,0

1 Quelle: International Financial Statistics, IMF.

2 Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

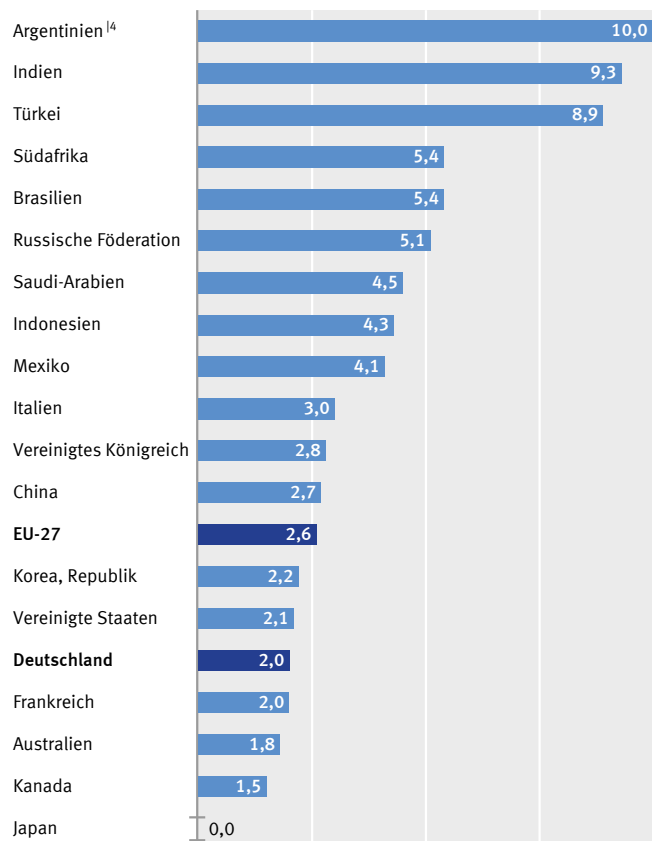
3 Quelle: ILOSTAT, Internationale Arbeitsorganisation (ILO).

4 Der IWF hat Bedenken hinsichtlich der Qualität und Verlässlichkeit argentinischer Preisstatistiken geäußert. Die von der ILO veröffentlichten Daten zu Nahrungsmittelpreisen beziehen sich im Falle Argentiniens nur auf Buenos Aires.

5 Daten beziehen sich nur auf Arbeiterinnen und Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe.

Inflationsrate 2012

G20-Staaten, Veränderung des jährlichen Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr, in %

Quelle: International Financial Statistics, IMF
Daten zur EU-27: World Economic Outlook, IMF

2013 - 01 - 0453

A.16 Außenhandel

	Einfuhr von Gütern ¹	Ausfuhr von Gütern ¹	Außenhan- delsbilanz ¹	Volumen- index der Güterein- fuhr ²	Volumen- index der Güteraus- fuhr ²	Güteraus- fuhr je Einwohner/ -in ¹ ³	Anteil der Güteraus- fuhr nach Deutsch- land ¹ ³	Anteil der Güterein- fuhr aus Deutsch- land ¹ ³
	2011							
	Mill. US\$		2000 = 100		US\$		%	
Europa								
Belgien	465 216	477 925	12 709	131	133	43 365	18,2	14,8
Bulgarien	32 494	28 165	- 4 328	229	249	3 833	11,9	11,0
Dänemark	97 831	112 784	14 953	117	122	20 246	14,7	20,4
Deutschland	1 260 300	1 482 200	221 900	132	145	18 120	X	X
Estland	18 784	18 133	- 651	171	221	13 533	4,2	9,9
Finnland	83 862	78 794	- 5 067	119	94	14 623	9,4	13,6
Frankreich	700 852	581 542	- 119 310	100	96	8 887	16,5	16,9
Griechenland	60 832	31 711	- 29 121	81	135	2 806	7,7	10,5
Irland	67 076	129 346	62 270	78	103	28 264	7,0	7,7
Island	4 846	5 349	503	106	176	16 767	15,0	7,9
Italien	558 832	523 256	- 35 576	107	104	8 617	13,0	15,5
Kroatien	22 715	13 364	- 9 351	160	171	3 035	10,1	12,6
Lettland	15 431	11 988	- 3 443	253	330	5 825	8,3	12,1
Litauen	31 801	28 069	- 3 733	261	357	9 263	9,2	9,6
Luxemburg	26 023	16 513	- 9 511	143	184	31 862	27,3	24,1
Malta	7 396	5 279	- 2 117	120	85	12 700	8,5	5,8
Niederlande	492 838	530 576	37 738	139	153	31 784	23,9	17,0
Norwegen	90 849	159 361	68 512	151	96	32 174	10,6	12,0
Österreich	182 350	169 511	- 12 839	130	147	20 123	30,7	38,2
Polen	209 192	188 105	- 21 087	211	295	4 882	26,0	22,2
Portugal	80 324	58 932	- 21 392	105	135	5 582	13,5	12,3
Rumänien	76 365	62 692	- 13 673	290	271	2 932	18,6	17,1
Russische Föderation ..	306 091	516 993	210 902	454	138	3 616	4,4	12,2
Schweden	176 000	187 179	11 179	126	121	19 809	9,6	18,3
Schweiz	208 220	234 819	26 599	134	205	29 677	20,2	32,3
Slowakei	76 690	78 487	1 797	311	358	14 539	20,4	16,7
Slowenien	31 237	28 984	- 2 253	173	206	14 119	21,1	16,2
Spanien	362 835	298 171	- 64 664	111	136	6 457	10,2	11,8
Tschechische Republik ..	150 813	162 392	11 579	236	270	15 472	32,2	25,8
Türkei	240 839	134 915	- 105 924	222	275	1 832	10,3	9,5
Ukraine	82 608	68 393	- 14 215	281	179	1 496	2,6	8,3
Ungarn	101 370	111 217	9 847	189	254	11 153	24,8	23,9
Vereinigtes Königreich ..	637 243	473 757	- 163 486	99	90	7 551	11,2	12,6
Zypern	8 789	1 955	- 6 834	114	100	1 751	4,8	8,0

Der **Volumenindex** der Güterausfuhr bzw. -einfuhr setzt die Menge der Güterausfuhr bzw. -einfuhr im Jahr 2011 ins Verhältnis zum entsprechenden Wert im Basisjahr 2000. Beträgt der Index der Gütereinfuhr beispielsweise 220 repräsentiert dies einen Mengenanstieg der gehandelten Güter von 120 % im Zeitraum 2000 bis 2011. Diese Indexwerte orientieren sich ausschließlich an der Menge der gehandelten Güter und nicht am Wert.

A.16 Außenhandel

	Einfuhr von Gütern ¹	Ausfuhr von Gütern ¹	Außenhan- delsbilanz ¹	Volumen- index der Güterein- fuhr ²	Volumen- index der Güteraus- fuhr ²	Güteraus- fuhr je Einwohner/ -in ¹ ³	Anteil der Güteraus- fuhr nach Deutsch- land ¹ ³	Anteil der Güterein- fuhr aus Deutsch- land ¹ ³
	2011							
	Mill. US\$			2000 = 100		US\$	%	
Afrika								
Ägypten	62 282	31 582	– 30 700	203	188	383	2,5	6,3
Äthiopien	8 896	2 615	– 6 281	379	233	31	12,2	2,1
Kongo, Dem. Republik	.	.	.	448	307	.	.	.
Nigeria	63 972	125 641	61 669	369	140	773	1,0	4,7
Südafrika	99 726	92 976	– 6 750	214	112	1 838	5,9	10,7
Tansania, Ver. Republik	11 184	4 735	– 6 449	344	215	102	4,8	1,6
Amerika								
Argentinien	73 937	83 950	10 014	225	181	2 059	2,9	4,9
Brasilien	226 243	256 039	29 796	225	191	1 302	3,5	6,7
Chile	74 907	81 411	6 504	304	155	4 714	1,4	4,2
Kanada	450 580	450 430	– 150	131	92	13 062	0,9	2,9
Kolumbien	54 675	56 954	2 279	319	197	1 214	0,7	4,1
Mexiko	350 842	349 569	– 1 273	143	138	3 045	1,2	3,7
Vereinigte Staaten	2 262 590	1 479 730	– 782 860	128	142	4 749	3,3	4,4
Asien								
Bangladesch	.	.	.	175	295	.	.	.
China	1 743 390	1 898 390	155 000	456	636	1 412	4,0	5,3
Indien	462 403	301 483	– 160 920	506	318	243	2,7	3,2
Indonesien	177 436	203 497	26 061	198	112	840	1,6	1,9
Iran, Islamische Republik	68 319	130 544	62 225	234	122	1 745	0,3	5,7
Israel	73 526	67 796	– 5 730	122	143	8 730	2,9	6,2
Japan	855 380	823 184	– 32 196	124	153	6 440	2,9	2,7
Korea, Republik	524 405	555 209	30 804	201	320	11 153	1,7	3,2
Myanmar	4 164	7 625	3 461	180	253	159	.	.
Pakistan	43 578	25 344	– 18 234	135	179	143	5,2	2,3
Philippinen	63 693	48 042	– 15 651	114	129	506	3,6	2,4
Saudi-Arabien	131 587	364 698	233 111	264	131	12 987	.	6,8
Thailand	228 483	228 824	341	217	208	3 292	1,6	2,4
Vietnam	106 750	96 906	– 9 844	350	343	1 103	3,5	2,1
Australien und Ozeanien								
Australien	234 319	245 631	11 312	209	129	11 003	0,7	4,7
Neuseeland	36 111	37 633	1 522	154	122	8 543	1,6	4,2

1 Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen.

2 Quelle: UNCTAD, Vereinte Nationen.

3 Eigene Berechnungen.

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz					Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz und Auslandsvermögensstatus	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt		Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen					Sekundäreinkommen
	2012									
	% des BIP ¹⁾	Mill. US\$								
Europa										
Belgien	- 0,5	- 6 649	- 8 682	5 204	8 214	- 11 385	317	- 5 880	666	1 118
Bulgarien	- 0,7	- 747	- 4 665	3 004	- 1 718	2 632	687	- 2 831	2 730	- 40
Dänemark	5,3	17 225	8 133	6 966	8 169	- 6 043	181	16 395	1 852	841
Deutschland	7,0	238 457	238 164	- 35 032	82 763	- 47 438	45	299 967	1 701	63 166
Estland	- 1,2	- 268	- 1 146	1 765	- 1 218	332	744	282	91	- 104
Finnland	- 1,7	- 3 678	4 329	- 4 334	- 1 719	- 1 955	261	- 20 524	640	- 16 466
Frankreich	- 2,4	- 60 098	- 74 163	22 654	39 189	- 47 778	- 296	- 131 052	5 495	- 65 163
Griechenland	- 2,9	- 8 624	- 25 281	18 754	- 3 970	1 872	3 010	- 3 433	- 2 145	37
Irland	4,9	10 160	54 650	- 4 311	- 38 627	- 1 552	- 2 542	5 193	- 8 431	- 10 856
Island	- 4,9	- 658	605	261	- 1 443	- 81	- 2	14 838	- 12 728	2 769
Italien	- 0,5	- 15 211	25 402	- 3 571	- 16 930	- 20 112	4 949	- 10 769	1 881	1 374
Kroatien	- 0,1	- 75	- 7 818	8 182	- 1 928	1 489	- 11	- 835	139	- 609
Lettland	- 1,7	- 473	- 2 919	2 063	- 435	817	823	- 2 146	2 533	37
Litauen	- 0,9	- 230	- 1 674	1 900	- 1 712	1 255	923	507	118	- 68
Luxemburg	6,0	3 178	- 7 829	29 628	- 17 482	- 1 140	- 293	1 738	177	- 970
Malta	0,3	25	- 1 325	1 872	- 592	70	125	270	161	281
Niederlande	8,3	76 913	62 296	10 462	20 098	- 15 943	- 125	85 596	- 140	8 668
Norwegen ¹²⁾	12,8	66 694	70 105	- 5 100	6 769	- 5 081	- 215	89 299	- 3 031	19 790
Österreich	2,0	7 085	- 3 012	13 026	- 366	- 2 562	- 514	5 137	1 244	- 190
Polen	- 3,6	- 17 360	- 6 868	6 180	- 21 933	5 261	10 953	- 20 888	11 186	- 3 295
Portugal	- 1,5	- 3 365	- 11 245	11 321	- 8 252	4 810	4 949	12 443	- 10 373	487
Rumänien ¹²⁾	- 4,5	- 8 344	- 12 550	2 651	- 3 091	4 646	989	- 6 684	- 56	615
Russische Föderation ...	4,0	74 798	193 274	- 46 209	- 66 212	- 6 055	- 5 276	30 280	30 020	- 9 222
Schweden	7,1	37 587	20 510	11 796	12 233	- 6 952	- 501	19 169	548	- 17 370
Schweiz	13,4	78 840	37 015	19 284	32 359	- 9 819	- 1 532	- 80 930	184 502	26 264
Slowakei ¹²⁾	- 2,1	12	3 322	- 476	- 2 336	- 497	1 215	- 3 989	119	- 5 097
Slowenien	2,3	1 045	- 35	1 784	- 744	40	- 60	1 251	- 42	224
Spanien	- 1,1	- 14 816	- 32 058	46 275	- 23 922	- 5 111	8 460	- 3 629	2 928	5 656
Tschechische Republik ..	- 2,7	- 4 731	6 130	3 881	- 13 703	- 1 039	2 653	- 6 225	4 186	39
Türkei	- 5,9	- 47 521	- 65 628	23 415	- 6 675	1 367	- 44	- 69 228	22 820	1 157
Ukraine ¹²⁾	- 6,3	- 10 233	- 18 031	7 886	- 3 796	3 708	98	- 6 706	- 2 454	975
Ungarn	1,7	2 000	2 865	6 698	- 8 144	580	3 411	5 498	621	708
Vereinigtes Königreich ..	- 3,5	- 90 374	- 167 997	104 448	9 634	- 36 459	5 853	- 88 821	11 630	7 331
Zypern ¹²⁾	- 4,7	- 1 169	- 5 202	4 143	160	- 269	65	- 1 359	- 56	- 311

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz					Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz und Auslandsvermögensstatus	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt		Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen					Sekundäreinkommen
	2012									
	% des BIP ¹	Mill. US\$								
Afrika										
Ägypten ¹²	- 2,6	- 5 484	- 19 398	5 070	- 6 377	15 221	- 45	11 351	- 19 736	- 2 855
Äthiopien ¹²	0,6	- 783	- 5 300	- 536	- 77	5 130	.	- 1 870	- 709	- 1 796
Kongo, Dem. Republik ¹² ..	- 11,6	- 1 281	556	- 2 150	- 1 098	1 411	933	- 273	- 158	- 82
Nigeria ¹²	3,6	8 689	30 851	- 21 186	- 22 784	21 809	.	5 098	306	- 3 285
Südafrika ¹²	- 3,4	- 13 683	2 455	- 4 879	- 9 286	- 1 972	33	- 8 204	4 709	10 155
Tansania, Ver. Republik ¹² ..	- 13,6	- 4 561	- 4 730	197	- 360	332	638	- 2 803	- 770	350
Amerika										
Argentinien	0,1	480	15 614	- 3 432	- 11 307	- 397	38	3 615	- 3 448	- 352
Brasilien	- 2,3	- 54 246	19 431	- 41 075	- 35 448	2 846	- 1 877	- 74 639	18 899	384
Chile	- 3,5	- 9 497	3 422	- 2 435	- 12 676	2 192	13	- 9 948	- 366	- 830
Kanada	- 3,7	- 66 997	- 11 894	- 24 570	- 26 861	- 3 673	- 140	- 65 425	1 729	3 441
Kolumbien	- 3,4	- 11 415	5 971	- 5 304	- 16 682	4 599	.	- 16 282	5 321	455
Mexiko	- 0,8	- 9 249	559	- 13 339	- 19 034	22 566	.	- 43 680	17 847	- 16 584
Vereinigte Staaten	- 3,0	- 474 970	- 732 170	192 717	198 607	- 134 124	6 436	- 404 203	4 464	68 795
Asien										
Bangladesch ¹²	- 1,2	- 162	- 8 070	- 2 821	- 1 514	12 243	512	979	- 1 814	- 1 185
China	2,6	193 139	317 598	- 85 753	- 42 139	3 434	4 272	21 084	96 555	- 79 773
Indien ¹²	- 3,4	- 60 038	- 116 413	12 733	- 17 932	61 574	66	- 56 621	- 4 137	- 786
Indonesien	- 2,8	- 24 183	8 482	- 10 835	- 25 839	4 009	37	- 24 873	165	- 562
Iran, Islam. Republik ¹² ..	12,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Israel	- 0,1	- 198	- 9 944	9 160	- 7 552	8 137	673	7 755	- 87	7 194
Japan ¹²	2,0	119 064	- 4 474	- 38 431	175 794	- 13 825	497	- 82 451	176 624	- 25 388
Korea, Republik	3,7	43 335	38 538	2 676	4 886	- 2 764	602	32 424	11 855	341
Myanmar ¹²	- 2,6	- 1 424	208	- 418	- 1 603	389	.	- 1 707	1 271	988
Pakistan	2,0	- 2 072	- 15 368	- 1 715	- 3 436	18 447	195	- 539	- 2 017	- 678
Philippinen	2,9	7 126	- 15 205	3 905	- 746	19 172	136	- 6 130	9 236	- 4 156
Saudi-Arabien	24,4	164 764	246 570	- 62 357	10 989	- 30 438	.	6 369	115 773	- 42 621
Thailand	0,7	2 759	8 346	- 3 222	- 14 645	12 280	232	- 11 542	5 236	- 9 297
Vietnam ¹²	0,2	236	- 450	- 2 980	- 5 019	8 685	.	- 6 390	1 151	- 5 475
Australien und Ozeanien										
Australien ¹²	- 2,3	- 33 752	29 313	- 9 027	- 52 616	- 1 422	- 830	- 37 557	4 546	1 571
Neuseeland ¹²	- 4,1	- 6 686	2 774	- 658	- 8 633	- 170	33 095	- 993	420	- 26 983

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Zum Teil geschätzte Werte.

2 2011.

Quelle (sofern nicht anders ausgewiesen): International Financial Statistics, IMF. Weitere methodische Hinweise zu den Positionen der Leistungsbilanz sind dem Methodenhandbuch „Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM 6)“ des Internationalen Währungsfonds zu entnehmen: www.imf.org/External/Pubs/Ft/Bop/2007/pdf/bpm6.pdf

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹			Treibhausgasemissionen ¹	Erneuerbare Wasserressourcen ²	Kommunale Abfallmenge ³	Schutzgebiete ⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in				Anteil an der Landfläche
	2011			2010	2011		2010
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	kg	%
Europa							
Belgien	105,6	- 8,2	9,8	12,9	1 702	464	14
Bulgarien	54,2	- 34,6	7,3	9,1	2 861	375	9
Dänemark	45,5	- 14,4	8,2	12,0	1 077	718	5
Deutschland	810,0	- 20,6	9,9	11,9	1 874	597	42
Estland	18,4	- 49,5	13,7	23,9	9 553	298	20
Finnland	55,3	- 3,0	10,3	25,2	20 427	505	9
Frankreich	360,0	- 7,7	5,7	8,6	3 343	527	17
Griechenland	92,8	+ 18,4	8,1	9,5	6 519	496	16
Irland	42,9	+ 31,8	9,5	16,5	11 489	623	2
Island	3,8	+ 62,7	11,8	71,6	524 691	571	20
Italien	410,0	- 4,7	6,7	8,1	3 147	535	15
Kroatien	27,8	+ 11,3	6,3	7,1	23 999	373	13
Lettland	8,3	- 58,4	3,7	8,3	15 805	350	18
Litauen	15,5	- 55,8	4,7	9,9	7 529	442	15
Luxemburg	10,0	- 15,0	19,2	25,7	6 008	687	20
Malta	1,7	- 29,7	4,0	5,0	121	583	17
Niederlande	160,0	+ 0,0	9,8	13,1	5 461	596	12
Norwegen	43,0	+ 13,2	8,7	13,8	77 563	483	15
Österreich	72,2	+ 15,1	8,6	11,3	9 236	552	23
Polen	350,0	+ 12,9	9,1	11,8	1 608	315	22
Portugal	50,4	+ 16,5	4,7	6,3	6 427	487	8
Rumänien	96,5	- 47,8	4,5	5,5	9 885	365	7
Russische Föderation	1 830,0	- 25,0	12,8	17,6	31 561	.	9
Schweden	45,9	- 20,1	4,9	9,2	18 430	460	11
Schweiz	45,3	+ 1,4	5,9	7,5	6 946	689	25
Slowakei	40,9	- 32,1	7,5	9,2	9 156	327	23
Slowenien	18,4	+ 24,7	9,0	10,9	15 661	411	13
Spanien	300,0	+ 30,4	6,4	7,7	2 400	531	9
Tschechische Republik	123,0	- 26,6	11,7	14,0	1 248	320	15
Türkei	278,9	+ 87,0	3,8	5,8	2 873	395	2
Ukraine	320,0	- 58,4	7,1	8,7	3 089	.	4
Ungarn	56,9	- 24,4	5,7	6,7	10 435	382	5
Vereinigtes Königreich	470,0	- 20,3	7,5	10,0	2 346	518	26
Zypern	7,9	+ 78,1	7,1	8,1	698	658	11

Kohlendioxid ist das bekannteste **Treibhausgas**. Es gibt jedoch auch andere, wie zum Beispiel Methan und Lachgas. Um die Klimawirkbarkeit der unterschiedlichen Treibhausgase hinsichtlich ihres Potentials zur Erwärmung der Atmosphäre miteinander vergleichbar zu machen, werden diese in Kohlendioxidäquivalente (CO₂-Äquivalente) umgerechnet. Methan ist etwa 21-mal so schädlich wie Kohlendioxid; eine Tonne (t) Methan entspricht somit 21 t CO₂-Äquivalente.

Zu den **erneuerbaren Wasserressourcen** zählen insbesondere Oberflächengewässer (Flüsse, Seen) sowie das Grundwasser.

Im Übereinkommen über die biologische Vielfalt ist ein **Schutzgebiet** definiert als ein geografisch festgelegtes Gebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Erhaltungsziele ausgewiesen ist oder geregelt und verwaltet wird. Hierzu zählen Naturreservate, Nationalparks, Naturmonumente, Biotop, geschützte Landschaften bzw. marine Gebiete sowie Ressourcenschutzgebiete.

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹			Treibhausgasemissionen ¹	Erneuerbare Wasserressourcen ²	Schutzgebiete ⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in			Anteil an der Landfläche
	2011			2010	2011	2010
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	%
Afrika						
Ägypten	208,9	+ 129,6	2,5	3,4	694	6
Äthiopien	7,2	+ 327,5	0,1	1,3	1 440	18
Kongo, Dem. Republik	3,5	+ 4,3	0,1	16,9	18 935	10
Nigeria	96,3	+ 39,1	0,6	1,4	1 762	13
Südafrika	360,0	+ 33,3	7,2	8,4	1 019	7
Tansania, Ver. Republik	6,1	+ 188,2	0,1	1,6	2 083	28
Amerika						
Argentinien	195,2	+ 82,7	4,8	7,8	19 968	5
Brasilien	450,0	+ 104,5	2,3	8,3	41 865	26
Chile	89,2	+ 144,2	5,2	6,3	53 387	17
Kanada	560,0	+ 24,4	16,2	21,4	84 483	8
Kolumbien	74,2	+ 42,6	1,6	4,0	45 432	21
Mexiko	450,0	+ 45,2	3,9	5,8	3 983	11
Vereinigte Staaten	5 420,0	+ 8,6	17,3	21,6	9 802	12
Asien						
Bangladesch	48,8	+ 270,0	0,3	1,2	8 153	2
China	9 700,0	+ 286,5	7,2	8,3	2 060	17
Indien	1 970,0	+ 198,5	1,6	2,2	1 539	5
Indonesien	490,0	+ 206,3	2,0	8,1	8 332	14
Iran, Islamische Republik	410,0	+ 95,2	5,5	7,1	1 832	7
Israel	74,1	+ 112,4	9,8	10,6	235	18
Japan	1 240,0	+ 6,9	9,8	10,9	3 399	16
Korea, Republik	610,0	+ 144,0	12,6	13,4	1 440	2
Myanmar	14,3	+ 231,2	0,3	7,5	24 164	6
Pakistan	174,9	+ 181,2	1,0	2,0	1 396	10
Philippinen	91,0	+ 125,8	1,0	1,7	5 050	11
Saudi-Arabien	460,0	+ 170,6	16,5	18,1	85	31
Thailand	230,0	+ 155,6	3,3	6,0	6 309	20
Vietnam	133,3	+ 528,1	1,5	3,5	9 957	6
Australien und Ozeanien						
Australien	430,0	+ 59,3	19,0	28,2	21 764	11
Neuseeland	38,0	+ 66,1	8,6	18,3	74 066	26

1 Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL. EDGAR, 2011. Bei diesen Werten werden Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. Wiederaufforstung) nicht berücksichtigt.

2 Quelle: Aquastat, FAO, Vereinte Nationen.

3 Quelle: Eurostat. Teilweise Schätzungen.

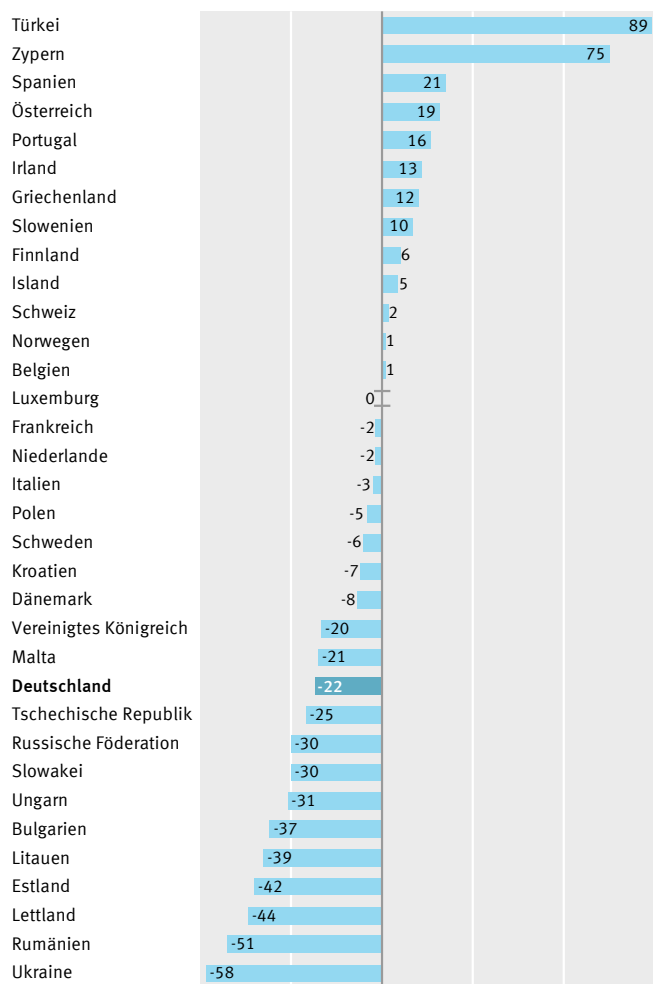
4 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

A.18 Umwelt

Treibhausgasemissionen 2010

Ausgewählte europäische Staaten

Veränderung seit dem Basisjahr 1990, in %



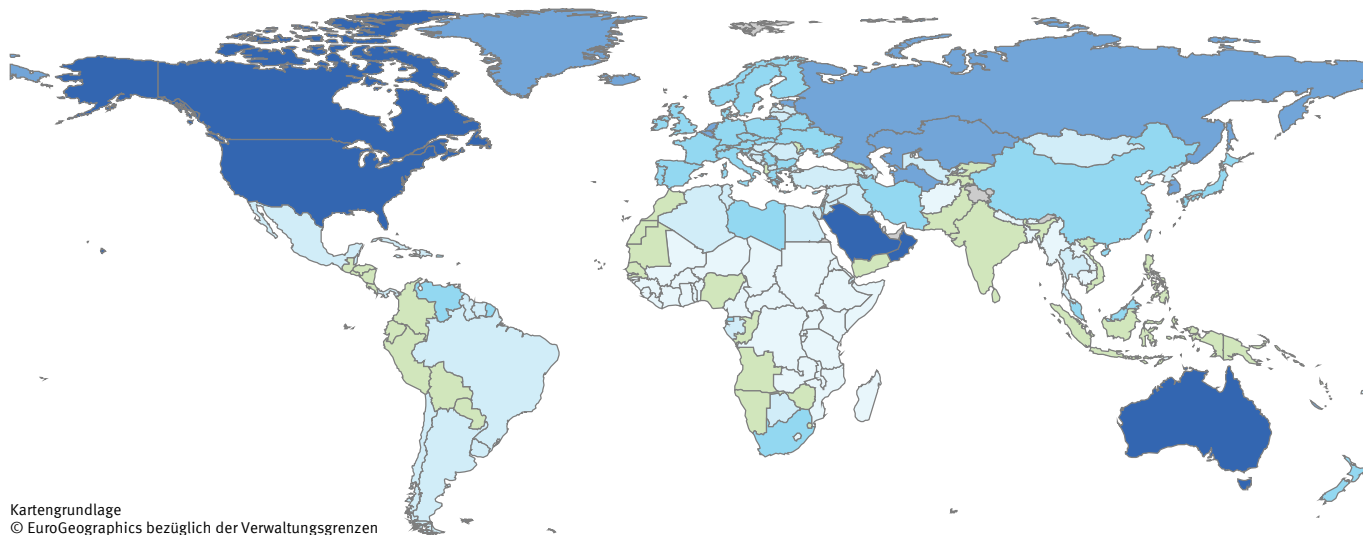
Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL. EDGAR, 2011

2013 - 01 - 0454

Kohlendioxidemissionen 2011

je Einwohner/-in in t

■ unter 0,5
 ■ 0,5 bis unter 2
 ■ 2 bis unter 5
 ■ 5 bis unter 10
 ■ 10 bis unter 15
 ■ 15 und mehr
 ■ Keine Werte



Kartengrundlage

© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL. EDGAR, 2011

2013 - 01 - 0455

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Land- fläche ¹	Darunter			Ökolo- gische Anbau- fläche ^{1,2}	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
		Wald- fläche ¹	landwirt- schaftlich genutzte Fläche ¹	darunter Ackerland und Dauer- kultur- fläche ¹		Rind- und Büffel- fleisch	Schweine- fleisch	Kartoffeln	Getreide
	2011	km ²	% der Landfläche			% der landwirt- schaftlich genutzten Fläche	1 000 t		
Europa									
Belgien	30 280	22	44	28	4,3	272	1 108	4 129	2 939
Bulgarien	108 560	37	47	31	0,8	21	73	232	7 110
Dänemark	42 430	13	63	59	6,1	134	1 720	1 620	8 767
Deutschland	348 570	32	48	35	6,1	1 170	5 616	11 800	41 938
Estland	42 390	52	22	15	14,8	12	50	165	771
Finnland	303 890	73	8	7	8,2	84	202	673	3 739
Frankreich	547 660	29	53	35	3,6	1 502	2 157	8 016	65 688
Griechenland	128 900	31	63	28	3,7	74	101	758	4 664
Irland	68 890	11	66	15	1,3	546	235	358	2 512
Island	100 250	0	16	1	0,4	4	6	7	
Italien	294 140	31	47	32	8,6	1 011	1 602	1 547	19 503
Kroatien	55 960	34	24	18	2,5	36	120	168	2 829
Lettland	62 200	54	29	19	10,4	18	38	499	1 422
Litauen	62 674	35	45	35	5,7	42	75	588	3 226
Luxemburg	2 590	33	51	24	2,8	9	10	20	150
Malta	320	1	32	32	0,2	1	7	15	17
Niederlande	33 730	11	56	32	2,4	382	1 347	7 333	1 610
Norwegen	304 250	33	3	3	5,4	74	126	298	961
Österreich	82 409	47	35	17	19,7	222	544	816	5 711
Polen	304 150	31	49	38	3,9	395	1 935	8 197	25 775
Portugal	91 470	38	40	20	5,8	96	384	390	895
Rumänien	230 160	29	61	41	1,7	142	454	4 077	20 842
Russische Föderation ..	16 376 870	49	13	8	0,1	1 625	2 428	32 682	91 825
Schweden	410 340	69	7	6	15,4	133	256	878	4 651
Schweiz	40 000	31	38	11	11,7	144	249	512	973
Slowakei	48 088	40	40	29	8,6	13	71	217	3 655
Slowenien	20 140	62	23	10	6,6	36	39	96	611
Spanien	498 800	37	55	35	6,5	604	3 469	2 361	21 601
Tschechische Republik ..	77 240	34	55	42	10,8	72	275	805	7 973
Türkei	769 630	15	50	31	1,8	647	0	4 613	35 195
Ukraine	579 320	17	71	58	0,7	399	704	24 248	56 256
Ungarn	90 530	23	59	51	2,9	26	435	600	13 682
Vereinigtes Königreich ..	241 930	12	71	25	4,0	936	806	6 115	21 485
Zypern	9 240	19	13	13	2,4	5	58	110	66

Die Daten zur **ökologischen Anbaufläche** stammen vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL). Das FiBL erhebt in Kooperation mit der Internationalen Vereinigung Ökologischer Landbaubewegungen (IFOAM) jährlich Daten zum Biolandbau weltweit. Basis für diese Zahlen sind überwiegend die Daten der international anerkannten Zertifizierer des ökologischen Landbaus. In vielen Entwicklungsländern gibt es noch keine offiziellen Datenerfassungssysteme. Hier werden die Zahlen in aller Regel direkt bei den Biozertifizierern erhoben.

Nähere Informationen und weitere Daten finden Sie unter www.organic-world.net

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Land- fläche ¹	Darunter			Ökolo- gische Anbau- fläche ^{1,2}	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
		Wald- fläche ¹	landwirt- schaftlich genutzte Fläche ¹	darunter Ackerland und Dauer- kultur- fläche ¹		Rind- und Büffel- fleisch	Schweine- fleisch	Kartoffeln	Getreide
	2011								
	km ²	% der Landfläche			% der landwirt- schaftlich genutzten Fläche	1 000 t			
Afrika									
Ägypten	995 450	0	4	4	2,2	850	0	4 338	22 015
Äthiopien	1 000 000	12	36	16	0,4	412	2	447	17 761
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	68	11	3	0,2	13	25	95	1 762
Nigeria	910 770	9	84	43	0,0	338	239	950	22 048
Südafrika	1 213 090	8	79	10	0,0	829	320	2 195	12 919
Tansania, Ver. Republik . . .	885 800	37	42	15	0,3	308	14	1 556	7 779
Amerika									
Argentinien	2 736 690	11	54	14	2,7	2 420	301	2 127	50 946
Brasilien	8 459 420	61	33	9	0,3	9 030	3 227	3 917	77 586
Chile	743 532	22	21	2	0,2	191	528	1 676	3 935
Kanada	9 093 510	34	7	5	1,2	1 154	1 954	4 168	47 211
Kolumbien	1 109 500	54	39	4	0,1	940	184	1 998	4 181
Mexiko	1 943 950	33	53	14	1,7	1 804	1 202	1 433	28 406
Vereinigte Staaten	9 147 420	33	45	18	0,6	11 988	10 331	19 362	386 788
Asien									
Bangladesch	130 170	11	70	66	0,1	198	.	8 326	52 642
China	9 327 490	22	56	14	0,4	6 491	51 535	88 350	520 812
Indien	2 973 190	23	60	57	0,6	2 589	329	42 339	285 520
Indonesien	1 811 570	52	30	24	0,1	503	721	864	83 370
Iran, Islamische Republik . .	1 628 550	7	30	12	0,1	238	0	4 822	23 707
Israel	21 640	7	24	18	1,4	112	19	621	258
Japan	364 500	69	13	13	0,2	500	1 267	2 349	9 352
Korea, Republik	97 100	64	18	17	1,0	280	837	622	6 513
Myanmar	653 290	48	19	19	0,0	234	585	573	34 764
Pakistan	770 880	2	34	28	0,1	1 536	.	3 492	36 157
Philippinen	298 170	26	41	36	0,8	303	1 649	121	23 656
Saudi-Arabien	2 149 690	0	81	2	0,0	44	.	594	1 900
Thailand	510 890	37	41	40	0,2	193	867	146	39 716
Vietnam	310 070	45	35	33	0,2	387	3 099	449	47 018
Australien und Ozeanien									
Australien	7 682 300	19	53	6	2,9	2 110	343	1 128	39 992
Neuseeland	263 310	31	43	2	1,2	623	50	522	999

1 Quelle: FAO, Vereinte Nationen. Teilweise Schätzungen.

2 Quelle: Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).

A.20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

Die **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und umfasst die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Nähere Angaben zur Berechnung siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 20.

Der **Produktionsindex** ist ein Maß für die Leistung eines bestimmten Wirtschaftsbereichs. Er misst Veränderungen in der Leistung (Outputvolumen, Aktivität) des jeweiligen Wirtschaftssektors. Er ist aufgrund seiner Periodizität und seiner schnellen Verfügbarkeit ein zentraler und aktueller Indikator für die konjunkturelle Entwicklung.

Der **Auftragseingangindex** wird berechnet auf Basis der im Berichtszeitraum von Betrieben des jeweiligen Wirtschaftsbereichs fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse und gilt als Frühindikator für die Beobachtung und Analyse der konjunkturellen Entwicklung.

Der **Umsatzindex** berücksichtigt den Wert aller im Berichtszeitraum von Betrieben des jeweiligen Wirtschaftsbereichs über die an Dritte gelieferten eigenen Erzeugnisse und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Summe der Rechnungsbeträge ohne Umsatzsteuer). Auch dieser Indexwert zählt zu den wichtigsten Indikatoren für die Beobachtung und Analyse der Konjunkturentwicklung.

	Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹					Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹				
	Produzierendes Gewerbe ¹²	Baugewerbe	Handel ¹³	Gastgewerbe	Verkehr und Lagerei	Produzierendes Gewerbe ¹²	Baugewerbe	Handel ¹³	Gastgewerbe	Verkehr und Lagerei
	2010									
	Anzahl					Mill. EUR				
Europa										
Belgien	39 318	92 203	143 235	18 349	48 726	57 505	14 303	38 628	15 569	4 182
Bulgarien	32 899	21 164	141 075	19 084	26 073	6 399	1 339	3 369	1 493	474
Dänemark ¹⁴	20 148	31 588	45 025	12 481	13 518	37 190	8 134	22 504	12 285	2 412
Deutschland	217 543	238 924	566 481	87 535	216 069	.	67 434	240 012	89 402	29 198
Estland	6 107	7 446	12 853	4 027	2 036	2 621	505	1 291	927	147
Finnland	25 368	42 485	47 070	23 030	11 704	31 657	8 121	14 302	7 412	1 911
Frankreich	240 555	456 747	655 762	88 059	239 608	231 638	85 539	168 727	77 135	34 468
Griechenland	.	112 952 ¹⁴	.	68 878 ¹⁴	97 775 ¹⁴	.	4 085 ¹⁴	.	6 219 ¹⁴	4 397 ¹⁴
Irland	4 782	32 293	38 316	9 735	15 330	33 461	3 043	15 463	4 847	2 988
Island	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Italien	442 017	607 771	1 173 905	135 199	294 115	246 829	60 489	121 005	56 346	26 516
Kroatien	25 059	24 671	45 624	10 853	19 469	7 745	2 205	4 106	1 709	1 045
Lettland	8 772	6 874	25 052	5 571	3 105	2 348	502	1 743	1 188	146
Litauen	13 153	12 201	49 598	6 792	3 985	3 424	665	2 067	1 278	141
Luxemburg	1 014	3 178	7 423	936	2 829	2 776	1 974	3 825	1 594	557
Malta	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Niederlande	52 870	127 684	193 413	29 896	44 361	77 665	26 494	67 519	25 111	7 388
Norwegen	19 857	49 283	51 334	21 535	10 570	90 096	13 331	22 864	14 119	2 976
Österreich	29 636	31 196	74 437	13 939	44 177	52 979	13 907	28 695	12 964	7 078
Polen	185 980	233 019	524 847	138 649	50 002	72 374	13 468	34 603	11 839	1 983
Portugal	77 201	106 710	255 623	24 194	85 205	23 678	8 590	16 971	6 025	3 886
Rumänien	53 448	49 348	181 903	32 774	24 402	19 920	4 696	8 733	3 835	713
Russische Föderation ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	58 313	87 119	127 180	29 401	28 549	63 389	16 155	33 888	12 734	4 280
Schweiz	21 841	20 033	35 888	4 351	18 509	82 621	21 593	67 012	18 298	8 546
Slowakei	71 801	91 432	123 168	14 290	16 379	12 890	2 477	6 992	2 082	400
Slowenien	18 222	19 190	24 296	8 688	8 286	7 361	1 379	3 392	1 732	554
Spanien	210 266	371 025	763 408	209 545	282 949	131 793	62 992	98 810	41 297	24 852
Tschechische Republik ..	179 048	167 470	232 317	39 341	59 146	38 348	6 758	13 125	5 872	1 473
Türkei	326 429 ¹⁴	106 878 ¹⁴	1 052 078 ¹⁴	408 190 ¹⁴	201 767 ¹⁴	48 644 ¹⁴	8 753 ¹⁴	25 829 ¹⁴	9 566 ¹⁴	3 559 ¹⁴
Ukraine	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ungarn	55 237	67 354	141 433	30 731	32 738	21 154	2 386	7 128	3 624	726
Vereinigtes Königreich ..	131 842	265 336	357 173	66 109	127 868	239 455	78 850	170 476	68 243	33 984
Zypern	5 828	6 709	16 954	3 191	5 375	1 675	1 526	1 963	857	920

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

3 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

4 2009.

A.21 Verarbeitendes Gewerbe

	Unter- nehmen	Beschäftigte	Bruttowert- schöpfung zu Faktor- kosten	Produktions- index ¹	Umsatz- index ¹
	2010			2012	
	Anzahl	Mill. EUR		2010 = 100	
Europa					
Belgien	37 310	536 369	47 896	.	113
Bulgarien	30 728	536 771	4 124	105	121
Dänemark	15 718	294 409	26 197	105	112
Deutschland	209 370	6 923 521	455 788	107	111
Estland	5 468	95 831	1 904	123	131
Finnland	22 382	370 456	26 505	102	108
Frankreich	212 193	3 104 982	193 929	100	109
Griechenland	83 565 ¹²	400 934 ¹²	16 901 ¹²	88	111
Irland	4 161	165 430	29 611	99 ¹³	101 ¹³
Island	.	.	.	.	.
Italien	426 778	4 003 067	205 589	94	101
Kroatien	23 809	281 220	4 951	95	101
Lettland	7 872	108 714	1 540	122	132
Litauen	12 485	179 303	2 507	116	135
Luxemburg	874	33 763	2 386	92	100
Malta	.	.	.	104	107
Niederlande	50 730	697 096	57 593	103	114
Norwegen	16 775	231 340	22 251	104	106
Österreich	25 340	597 820	45 140	108	113
Polen	176 384	2 404 489	49 480	109	121
Portugal	74 081	695 628	17 916	96	102
Rumänien	48 933	1 128 238	12 778	110	120
Russische Föderation	.	.	.	.	.
Schweden	54 509	656 147	50 799	102	101
Schweiz	20 656	663 210	73 585	.	.
Slowakei	70 271	451 208	9 697	119	122
Slowenien	17 113	197 862	6 189	99	102
Spanien	188 742	2 014 531	106 153	92	102
Tschechische Republik	169 077	1 197 373	29 227	107	111
Türkei	320 815 ¹²	2 584 773 ¹²	39 173 ¹²	113	140
Ukraine	.	.	.	.	.
Ungarn	52 163	656 053	17 496	104	104
Vereinigtes Königreich	124 038	2 534 102	167 546	101	105
Zypern	5 540	35 085	1 158	82	87

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Zum Teil vorläufige Werte.

2 2009.

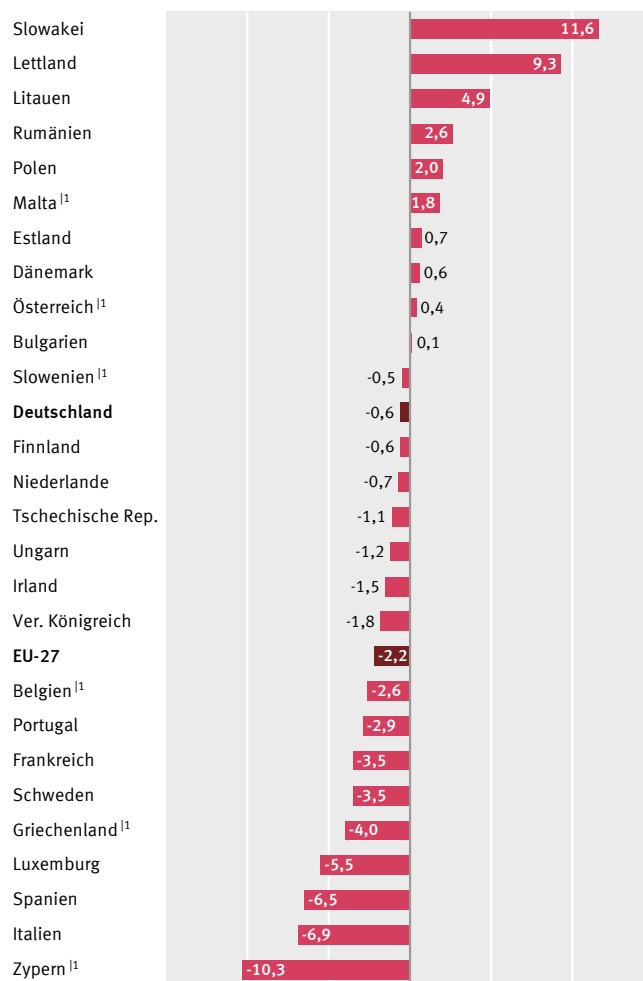
3 Arbeitstäglich bereinigte Daten.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes 2012

EU-Staaten,

Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber Vorjahr, in %



1 Vorläufige Werte.

Quelle: Eurostat

2013 - 01 - 0456

A.22 Energie

	Unternehmen ¹	Beschäftigte ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten ¹	Primärenergieverbrauch ¹²		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ¹²					Brutto-strom-erzeugung ¹³	Brutto-stromver-brauch ¹³
				insgesamt	je Ein-wohner/-in	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien		
	2010			2012							2010	
	Anzahl		Mill. EUR	Mill. t RÖE	t RÖE	%					TWh	kWh
Europa												
Belgien	301	19 193	6 694	60,6	5,4	50,5	25,1	4,9	15,0	4,4	95	8 388
Bulgarien	1 091	34 191	1 338	17,9	2,5	21,3	13,7	39,2	19,9	5,9	47	4 476
Dänemark	1 681	11 235	3 251	17,0	3,0	44,8	20,7	14,6	0,0	19,9	39	6 327
Deutschland	1 722	221 264	.	311,7	3,8	35,8	21,7	25,4	7,2	9,9	629	7 215
Estland	223	5 681	446	.	.	.	.	.	.	.	13	6 464
Finnland	736	13 463	3 608	26,4	4,9	34,4	10,5	10,9	19,9	24,3	81	16 483
Frankreich	14 337	170 194	24 866	245,4	3,7	33,0	15,6	4,6	39,2	7,6	569	7 734
Griechenland	.	.	.	28,8	2,5	53,5	13,1	26,0	–	7,4	57	5 246
Irland	236	9 206	2 973	13,0	2,8	47,9	31,0	11,4	–	9,7	29	6 025
Island	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	17	51 440
Italien	4 028	86 414	24 237	162,5	2,7	39,5	38,0	10,0	–	12,5	302	5 384
Kroatien	234	16 619	1 054	.	.	.	.	.	.	.	14	3 814
Lettland	381	10 907	618	.	.	.	.	.	.	.	7	3 026
Litauen	253	15 876	664	6,0	2,0	43,1	50,0	3,2	–	3,7	6	3 271
Luxemburg	68	1 198	259	.	.	.	.	.	.	.	5	16 834
Malta	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	4 151
Niederlande	678	22 882	6 947	89,1	5,3	49,5	36,8	9,5	1,0	3,1	118	7 010
Norwegen	1 012	15 197	7 004	48,1	9,6	22,4	8,1	1,4	–	68,2	124	25 175
Österreich	1 878	28 685	5 217	33,1	3,9	37,6	24,6	5,9	0,0	31,9	71	8 356
Polen	2 047	162 409	11 817	97,6	2,5	25,7	15,3	55,3	–	3,7	158	3 783
Portugal	730	9 386	3 896	22,7	2,2	48,1	18,6	12,8	–	20,5	54	4 929
Rumänien	885	81 111	3 284	33,6	1,6	26,2	36,1	19,8	7,7	10,1	61	2 392
Russische Föderation ..	.	.	.	694,2	4,8	21,2	54,0	13,5	5,8	5,5	1 038	6 431
Schweden	1 828	31 115	8 713	52,9	5,6	26,1	1,9	2,8	27,6	41,7	149	14 939
Schweiz	346	27 097	6 831	29,0	3,6	38,7	9,9	0,5	20,0	30,9	68	8 175
Slowakei	294	20 034	2 389	16,9	3,1	20,9	31,8	19,0	20,7	7,6	28	5 164
Slowenien	648	8 207	711	.	.	.	.	.	.	.	16	6 521
Spanien	13 098	48 687	16 410	144,8	3,1	44,1	19,5	13,3	9,6	13,5	302	6 155
Tschechische Republik ..	2 955	31 053	6 043	41,9	4,0	21,7	17,6	39,7	16,4	4,8	86	6 321
Türkei	279 ¹⁴	62 139 ¹⁴	5 248 ¹⁴	119,2	1,6	26,4	35,0	26,3	–	12,3	211	2 498
Ukraine	.	.	.	125,3	2,7	10,5	35,6	35,6	16,3	2,0	189	3 550
Ungarn	611	25 715	2 593	21,9	2,2	27,2	40,0	13,5	16,3	2,9	37	3 876
Vereinigtes Königreich ..	651	123 965	24 167	203,6	3,2	33,6	34,6	19,2	7,8	4,7	382	5 732
Zypern	4	1 503	322	.	.	.	.	.	.	.	5	4 675

A.22 Energie

	Primärenergieverbrauch ^{1,2}		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ^{1,2}					Bruttostromerzeugung ^{1,3}	Bruttostromverbrauch ^{1,3}
	insgesamt	je Einwohner/-in	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	insgesamt	je Einwohner/-in
	2012							2010	
	Mill. t RÖE	t RÖE	%					TWh	kWh
Afrika									
Ägypten	87,1	1,1	40,5	54,4	1,3	–	3,9	147	1 671
Äthiopien	.	.	.	.	.	.	.	5	52
Kongo, Dem. Republik	.	.	.	.	.	.	.	8	101
Nigeria	.	.	.	.	.	.	.	26	135
Südafrika	123,8	2,4	21,7	2,7	72,5	2,6	0,4	260	4 803
Tansania, Ver. Republik	.	.	.	.	.	.	.	4	78
Amerika									
Argentinien	82,1	2,0	34,3	51,8	1,2	1,7	10,9	126	2 907
Brasilien	274,7	1,4	45,7	9,6	4,9	1,3	38,5	516	2 381
Chile	35,5	2,0	50,4	15,2	18,8	–	15,5	60	3 290
Kanada	328,8	9,4	31,7	27,6	6,7	6,6	27,5	602	15 137
Kolumbien	36,5	0,8	34,8	24,3	11,0	–	30,0	60	1 009
Mexiko	187,7	1,6	49,3	40,1	4,7	1,1	4,8	271	1 915
Vereinigte Staaten	2 208,8	7,0	37,1	29,6	19,8	8,3	5,2	4 378 ^{1,5}	13 395
Asien									
Bangladesch	26,3	0,2	21,4	74,4	2,7	–	1,5	42	274
China	2 735,2	2,0	17,7	4,7	68,5	0,8	8,3	4 208	2 944
Indien	563,5	0,5	30,5	8,7	52,9	1,3	6,6	960	626
Indonesien	159,4	0,6	44,9	20,2	31,6	–	3,2	170	639
Iran, Islamische Republik	234,2	3,1	38,2	60,0	0,4	0,1	1,2	233	2 635
Israel	24,8	3,1	54,8	9,4	35,4	0,0	0,4	59	6 856
Japan	478,2	3,7	45,6	22,0	26,0	0,9	5,5	1 117	8 394
Korea, Republik	271,1	5,4	40,1	16,6	30,2	12,5	0,6	500	9 744
Myanmar	.	.	.	.	.	.	.	8	121
Pakistan	69,3	0,4	28,9	53,8	6,1	1,9	9,3	95	458
Philippinen	30,2	0,3	42,9	10,2	31,1	–	15,9	68	641
Saudi-Arabien	222,2	7,9	58,4	41,6	.	–	.	240	8 022
Thailand	117,6	1,8	44,6	39,2	13,6	–	2,7	160	2 335
Vietnam	52,0	0,6	32,0	16,3	28,7	–	23,0	95	1 035
Australien und Ozeanien									
Australien	125,7	5,5	37,1	18,2	39,2	–	5,4	252	10 286
Neuseeland	19,6	4,4	35,5	19,3	8,8	–	36,4	45	9 566

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.

2 Quelle: Statistical Review of World Energy 2013, BP.

3 Quelle: IEA.

4 2009.

5 IEA-Schätzung.

Erläuterungen zur **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** finden Sie in Tabelle A.20.

Primärenergieträger sind Energieträger, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind.

Der **Primärenergieverbrauch** bezeichnet den Verbrauch von Primärenergie vor der Umwandlung in andere, für den Endverbrauch geeignete Brennstoffe. Dies entspricht der inländischen Produktion von Primärenergieträgern zuzüglich der Einfuhren und Bestandsveränderungen, abzüglich der Ausfuhren und der Brennstoffe für den internationalen Luft- und Schiffsverkehr.

Die **Rohöleinheit** (RÖE) ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 Tonne **Rohöleinheit** (t RÖE) entspricht 11 630 Kilowattstunden (kWh).

Zu den **erneuerbaren Energien** zählen Wasser- und Windkraft, geothermische Energie, Solar-energie sowie Biomasse.

Die **Bruttostromerzeugung** ist die in einer bestimmten Zeiteinheit erzeugte elektrische Arbeit. 1 **Terawattstunde** (TWh) entspricht 85 985 Tonnen Rohöleinheiten.

Der **Bruttostromverbrauch** ist die inländische Bruttostromerzeugung (einschl. Eigenerzeugung) zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

A.23 Baugewerbe

	Unternehmen	Beschäftigte	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Produktionsindex	Baugenehmigungen
	2010			2012	
	Anzahl		Mill. EUR	2010 = 100	
Europa					
Belgien	92 203	304 316	14 303	.	94
Bulgarien	21 164	182 765	1 339	87	83
Dänemark	31 588	147 747	8 134	102	68
Deutschland	238 924	1 638 901	67 434	106	125
Estland	7 446	38 622	505	151	118
Finnland	42 485	173 134	8 121	108	94
Frankreich	456 747	1 793 283	85 539	99	109
Griechenland	112 952 ¹	285 110 ¹	4 085 ¹	53	30
Irland	32 293	55 211	3 043	77	34
Island	.	.	.	.	.
Italien	607 771	1 821 884	60 489	83	.
Kroatien	24 671	136 560	2 205	80	73
Lettland	6 874	52 954	502	129	117
Litauen	12 201	81 305	665	114	121
Luxemburg	3 178	39 453	1 974	96	.
Malta	.	.	.	96	69
Niederlande	127 684	489 381	26 494	95	61
Norwegen	49 283	191 921	13 331	111	137
Österreich	31 196	274 274	13 907	104	99
Polen	233 019	902 247	13 468	112	95
Portugal	106 710	448 709	8 590	75	47
Rumänien	49 348	402 868	4 696	105	90
Russische Föderation ..	.	.	.	.	.
Schweden	87 119	330 615	16 155	118	80
Schweiz	20 033	297 684	21 593	101	.
Slowakei	91 432	176 323	2 477	87	80
Slowenien	19 190	77 901	1 379	63	67
Spanien	371 025	1 659 525	62 992	77	58
Tschechische Republik ..	167 470	406 477	6 758	89	83
Türkei	106 878 ¹	681 797 ¹	8 753 ¹	112	82
Ukraine	.	.	.	.	.
Ungarn	67 354	212 730	2 386	87	57
Vereinigtes Königreich ..	265 336	1 381 844	78 850	94	94
Zypern	6 709	35 805	1 526	.	41

Als **Baugenehmigung** gilt die Erteilung einer bauamtlichen Genehmigung zur Bauausführung. Der Baugenehmigungsindex zählt zu den wichtigsten Indikatoren zur Einschätzung der konjunkturellen Lage und gibt Aufschluss über die zu erwartende Auftragslage im Baugewerbe. Die Bestimmungen und Verfahren für die Erteilung einer Genehmigung sind in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich.

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

A.24 Binnenhandel

	Einzelhandel ¹			Großhandel ¹			Handel mit Kraftfahrzeugen (einschl. Instandhaltung und Reparatur)		
	Unternehmen	Beschäftigte	Bruttowert- schöpfung zu Faktorkosten	Unternehmen	Beschäftigte	Bruttowert- schöpfung zu Faktorkosten	Unternehmen	Beschäftigte	Bruttowert- schöpfung zu Faktorkosten
	2010								
	Anzahl		Mill. EUR	Anzahl		Mill. EUR	Anzahl		Mill. EUR
Europa									
Belgien	78 357	317 975	12 831	45 240	237 257	20 492	19 638	80 929	5 305
Bulgarien	102 504	311 257	948	26 566	170 107	2 128	12 005	46 625	293
Dänemark	21 569	223 399	7 240	15 729	146 106	12 589	7 727	46 881	2 675
Deutschland	325 083	3 333 262	86 459	142 372	1 820 505	121 916	99 025	800 765	31 638
Estland	4 669	44 842	486	6 076	27 477	658	2 108	9 754	147
Finnland	22 316	163 623	5 909	15 371	90 345	6 434	9 383	39 997	1 959
Frankreich	422 117	1 904 942	72 591	152 241	1 068 044	77 162	81 403	420 225	18 974
Griechenland	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Irland	21 849	211 328	6 360	10 193	89 390	8 097	6 274	28 918	1 006
Island	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Italien	644 873	1 893 180	50 102	409 684	1 200 093	58 207	119 348	402 007	12 697
Kroatien	20 871	140 093	1 837	19 017	87 457	1 909	5 736	23 092	360
Lettland	13 965	91 285	662	7 637	44 305	923	3 450	15 956	158
Litauen	34 953	129 019	744	7 853	70 697	1 104	6 792	31 606	219
Luxemburg	3 169	23 019	1 207	3 546	15 783	2 233	708	6 709	385
Malta	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Niederlande	93 424	810 365	19 865	73 027	499 752	40 773	26 962	142 256	6 881
Norwegen	26 054	214 707	8 710	17 279	107 624	10 810	8 001	45 156	3 344
Österreich	40 617	343 294	11 250	24 333	195 550	13 954	9 487	77 654	3 491
Polen	330 892	1 291 614	13 087	113 962	739 490	18 419	79 993	242 706	3 097
Portugal	157 716	459 046	6 896	67 565	258 091	8 058	30 342	103 661	2 017
Rumänien	112 198	471 474	2 935	53 715	322 458	4 783	15 990	93 839	1 015
Russische Föderation	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	59 831	311 361	11 281	47 088	239 972	18 400	20 261	76 118	4 206
Schweiz	18 436	333 808	19 570	10 413	194 801	41 996	7 039	80 889	5 446
Slowakei	58 913	191 666	3 143	55 413	149 802	3 326	8 842	30 779	523
Slowenien	7 150	55 754	1 495	13 061	46 990	1 513	4 085	15 099	384
Spanien	483 766	1 712 715	43 074	209 617	1 071 545	46 181	70 025	317 947	9 555
Tschechische Republik	128 837	357 792	4 863	70 194	247 322	6 849	33 286	84 708	1 413
Türkei ²	745 507	1 674 029	10 026	188 458	844 289	13 751	118 113	283 647	2 052
Ukraine	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ungarn	88 132	322 021	2 449	33 934	170 072	3 923	19 367	68 812	756
Vereinigtes Königreich	187 344	3 043 917	76 790	103 575	1 139 465	68 750	66 254	513 419	24 937
Zypern	10 531	37 754	904	3 530	20 529	860	2 893	7 781	199

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

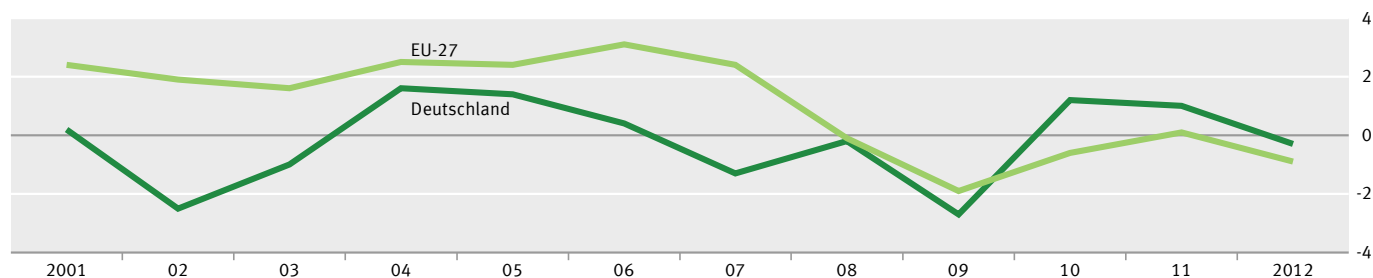
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Umsatz im Einzelhandel

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – Indexwerte arbeitstäglich bereinigt und deflationiert.

Quelle: Eurostat

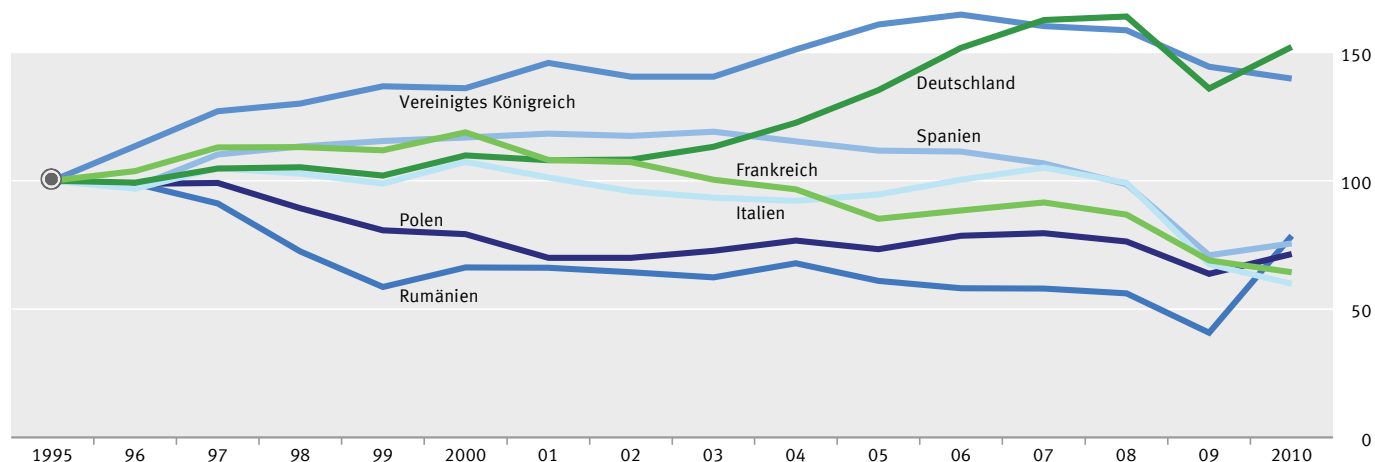
2013 - 01 - 0457

A.25 Transport und Verkehr

	Unternehmen ¹	Beschäftigte ¹	Bruttowert- schöpfung zu Faktorkosten ¹	Straßenverkehr ²		Eisenbahnverkehr ²				
				Personenkraft- wagen	Beförderungsleistung		Personenverkehr	Güterverkehr	Personenverkehr	Güterverkehr
					Personenverkehr	Güterverkehr				
	2010									
	Anzahl		Mill. EUR	je 1 000 Einwohner/-innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm		
Europa										
Belgien	18 349	217 022	15 569	489	132 981	44 812	10 493	5 439		
Bulgarien	19 084	155 573	1 493	345	10 613	19 454	2 100	3 061		
Dänemark	12 481	131 362	12 285	390	67 499	10 573	7 405	.		
Deutschland	87 535	1 880 567	89 402	517	948 800	434 000	78 582	105 794		
Estland	4 027	36 926	927	412	2 266	6 027	248	6 261		
Finnland	23 030	148 087	7 412	538	72 285	25 961	3 959	9 760		
Frankreich	88 059	1 380 227	77 135	481	777 000	283 000	86 853	22 840		
Griechenland	68 878 ¹³	203 326 ¹³	6 219 ¹³	499	120 700	29 815	1 413 ¹⁴	538		
Irland	9 735	78 150	4 847	434 ¹³	52 900	10 940	1 678	92		
Island	.	.	.	644	5 400	830	.	.		
Italien	135 199	1 109 597	56 346	602	803 700	175 775	44 535	12 037		
Kroatien	10 853	77 149	1 709	343	3 284	8 780	1 742	2 618		
Lettland	5 571	68 241	1 188	284	14 288	10 590	79	17 164		
Litauen	6 792	90 416	1 278	515	17 308	19 398	373	13 431		
Luxemburg	936	22 929	1 594	665	7 400	8 694	345	189		
Malta	.	.	.	579	.	.	.	.		
Niederlande	29 896	407 144	25 111	466	153 300	75 783	15 400	.		
Norwegen	21 535	150 397	14 119	472	64 014 ¹³	16 109 ¹³	2 674	.		
Österreich	13 939	208 425	12 964	529	.	.	10 306	23 104		
Polen	138 649	727 788	11 839	451	319 504	223 170	15 715	34 266		
Portugal	24 194	163 193	6 025	421	94 300	34 640	3 718	1 932		
Rumänien	32 774	318 501	3 835	201	87 500	25 889	5 248	9 134		
Russische Föderation	.	.	.	233 ¹³	140 700	199 000	139 028	2 011 308		
Schweden	29 401	269 020	12 734	462	108 700	36 300	6 774	11 500 ¹⁵		
Schweiz	4 351	204 582	18 298	521	96 066	16 800	17 609	8 725		
Slowakei	14 290	114 539	2 082	307	31 388	27 411	2 291	7 669		
Slowenien	8 688	50 829	1 732	522	28 800	14 762	813	3 283		
Spanien	209 545	921 035	41 297	481	392 500	210 068	22 304	7 844		
Tschechische Republik	39 341	285 139 ¹³	5 872	427	79 944	51 832	6 553	13 592		
Türkei	408 190 ¹³	923 375 ¹³	9 566 ¹³	104	226 913	190 365	5 491	11 030		
Ukraine	.	.	.	148	51 463	34 391	50 240	218 091		
Ungarn	30 731	219 821	3 624	298	72 044	33 721	5 398	.		
Vereinigtes Königreich	66 109	1 211 350	68 243	457	700 300	146 685	55 019	19 230 ¹⁴		
Zypern	3 191	21 418	857	575	.	1 066	.	.		

Beförderungsmenge des Schienengüterverkehrs

Bevölkerungsreichste EU-Staaten, Index 1995 = 100



Quelle: ITF / OECD

2013 - 01 - 0459

A.25 Transport und Verkehr

	Straßenverkehr ¹²		Eisenbahnverkehr ¹²		
	Personenkraftwagen	Beförderungsleistung		Personenverkehr	Güterverkehr
		Personenverkehr	Güterverkehr		
	2010				
	je 1 000 Einwohner/ -innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm
Afrika					
Ägypten	33 ¹³	12 793 ¹⁵	.	40 837	3 840
Äthiopien	3 ¹⁶	.	.	.	.
Kongo, Dem. Republik	5 ¹⁶	.	.	37	193
Nigeria	31 ¹⁶	.	.	174 ¹⁶	77 ¹⁶
Südafrika	112	.	.	18 865	113 342
Tansania, Ver. Republik . . .	7 ¹⁶	8 ¹⁵	7 ¹⁵	475 ¹⁶	.
Amerika					
Argentinien	.	.	.	8 588 ¹⁴	12 025
Brasilien	178 ¹³	.	.	.	267 700
Chile	127	.	.	840	4 032
Kanada	420 ¹³	.	138 721	2 875	322 741
Kolumbien	53 ¹³	.	.	.	9 049 ¹⁵
Mexiko	191	452 033	220 285	178	69 185 ¹⁴
Vereinigte Staaten	423	6 830 309	2 126 581 ¹³	9 518	2 468 738
Asien					
Bangladesch	2	.	.	7 305	710
China	44	1 502 081	4 338 967	791 158	2 451 185
Indien	12 ¹³	.	.	903 465	600 548
Indonesien	37	.	.	20 283 ¹⁴	7 166 ¹⁴
Iran, Islamische Republik . .	113 ¹⁵	.	.	16 814	20 247
Israel	272	.	.	1 986	1 062
Japan	453	898 721	334 667	244 235	20 432
Korea, Republik	276	79 440	12 546 ¹³	33 027	9 452
Myanmar	5	.	.	.	.
Pakistan	13	300 471	152 510	24 731	6 187
Philippinen	9	.	.	.	.
Saudi-Arabien	.	.	.	337	1 748
Thailand	67	.	.	8 037	3 161
Vietnam	13 ¹⁶	69 197	36 179	4 378	3 901
Australien und Ozeanien					
Australien	556	303 800	195 000	1 500	64 172
Neuseeland	599	.	17 477	.	.

Die **Beförderungsleistung im Güterverkehr** ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der zurückgelegten Transportstrecke. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw beispielsweise 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Die **Beförderungsleistung im Personenverkehr** wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern. Fahren beispielsweise 30 Personen in einem Bus eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Weitere Erläuterungen zu diesen Indikatoren siehe Tabelle A.20.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 2009.

4 2011.

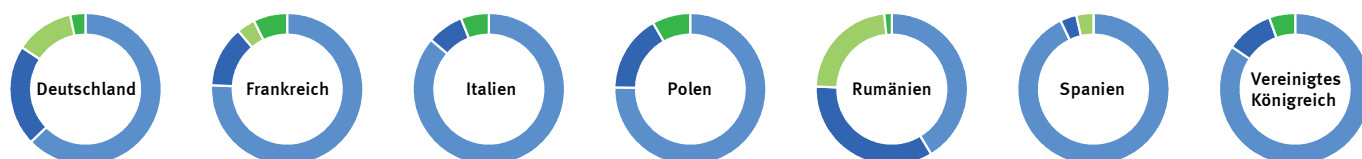
5 2008.

6 2007.

Güterbeförderung nach Verkehrsträgern 2010

Bevölkerungsreichste EU-Staaten, in %

■ Straße ■ Bahn ■ Schiff ■ Pipeline



Quelle: ITF / OECD

2013 - 01 - 0458

A.26 Gastgewerbe, Tourismus

	Unternehmen ¹	Beschäftigte ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹	Ankünfte von Auslandsgästen ²		Betten in Hotels, Gasthöfen und Pensionen ³	Übernachtungen in Hotels, Gasthöfen und Pensionen ³
				insgesamt	Veränderung gegen- über Vorjahr		
	2010			2011			
	Anzahl		Mill. EUR	1 000	%	1 000	
Europa							
Belgien	48 726	169 040	4 182	7 494	4,3	131	17 966
Bulgarien	26 073	138 118	474	6 328	4,6	242	17 454
Dänemark	13 518	94 283	2 412	7 363	– 15,8	87	11 872
Deutschland	216 069	1 895 249	29 198	28 374	5,6	1 749	240 782
Estland	2 036	18 002	147	2 665	12,4	31	4 595
Finnland	11 704	63 343	1 911	4 192	14,2	122	16 367
Frankreich	239 608	992 582	34 468	81 411	4,8	1 252	202 320
Griechenland	97 775 ⁴	289 036 ⁴	4 397 ⁴	16 427	9,5	764	65 059 ¹⁵
Irland	15 330	144 675	2 988	7 630	7,0	167	.
Island	.	.	.	566	15,7	21	2 280
Italien	294 115	1 261 086	26 516	46 119	5,7	2 253	259 911
Kroatien	19 469	93 526	1 045	9 927	9,0	155	20 467
Lettland	3 105	25 354	146	1 493	8,7	27	2 826
Litauen	3 985	33 917	141	1 775	17,8	26	2 837
Luxemburg	2 829	16 320	557	871	9,8	16	1 282 ¹⁴
Malta	.	.	.	1 412	5,7	38	7 529
Niederlande	44 361	381 310	7 388	11 300	3,8	214	34 576
Norwegen	10 570	85 263	2 976	4 963	4,1	178	19 203
Österreich	44 177	264 178	7 078	23 012	4,6	594	82 327
Polen	50 002	230 093	1 983	13 350	7,1	253	29 182
Portugal	85 205	289 318	3 886	7 264	7,5	289	39 440
Rumänien	24 402	140 564	713	.	.	249	17 367
Russische Föderation ...	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	28 549	156 011	4 280	5 006	1,1	225	27 990
Schweiz	18 509	215 337	8 546	8 534	– 1,1	274	35 486
Slowakei	16 379	52 686	400	.	.	75	7 020
Slowenien	8 286	33 836	554	2 037	9,0	45	6 185
Spanien	282 949	1 230 671	24 852	56 694	7,6	1 838	286 743
Tschechische Republik ..	59 146	161 839	1 473	8 775	1,7	262	27 880
Türkei	201 767 ⁴	608 773 ⁴	3 559 ⁴	34 038	8,4	.	.
Ukraine	.	.	.	21 415	1,0	.	.
Ungarn	32 738	129 944	726	10 250	7,8	159	16 189
Vereinigtes Königreich ..	127 868	1 880 045	33 984	29 306	3,6	1 411	150 865
Zypern	5 375	40 164	920	2 392	10,1	83	14 088

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Daten beziehen sich auf alle Unternehmen der Wirtschaftsgliederung „Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie“.

2 Quelle: World Tourism Organization (UNWTO), Vereinte Nationen.

3 Quelle: Eurostat.

4 2009.

5 2010.

A.27 Weitere Dienstleistungen

	Unternehmen nach ausgewählten Dienstleistungs- bereichen ¹			Beschäftigte nach ausgewählten Dienstleistungs- bereichen ¹			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausge- wählten Dienstleistungsbereichen ¹		
	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungs- wesen	Freiberufliche, wissenschaft- liche u. tech- nische Dienst- leistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungs- wesen	Freiberufliche, wissenschaft- liche u. tech- nische Dienst- leistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungs- wesen	Freiberufliche, wissenschaft- liche u. tech- nische Dienst- leistungen
2010									
	Anzahl						Mill. EUR		
Europa									
Belgien	24 634	33 852	102 852	119 727	51 214	226 435	13 444	4 575	14 725
Bulgarien	8 114	17 903	35 246	67 841	35 490	90 023	1 587	508	943
Dänemark	13 597	24 691	30 380	103 091	53 072	134 190	9 884	7 366	9 861
Deutschland	85 987	174 515	347 993	978 746	440 747	2 005 812	90 361	59 728	111 535
Estland	2 588	4 634	8 502	16 557	10 699	22 570	564	327	389
Finnland	8 859	17 081	33 689	88 778	19 117	105 241	7 187	3 923	5 560
Frankreich	108 639	149 724	408 529	769 698	299 193	1 292 847	76 112	36 425	93 613
Griechenland ¹²	13 733	5 974	121 824	97 780	9 902	241 076	6 672	237	6 804
Irland	7 502	8 428	26 131	65 918	21 597	102 697	10 993	807	6 073
Island	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Italien	99 122	222 083	716 600	569 301	346 188	1 233 757	51 672	18 478	56 441
Kroatien	5 849	5 483	20 050	39 968	10 477	82 617	1 897	359	1 834
Lettland	3 246	11 868	12 333	19 927	31 387	31 830	559	501	403
Litauen	2 312	6 706	14 091	23 390	18 092	44 538	598	345	527
Luxemburg	1 757	2 714	6 752	14 794	.	25 993	2 526	.	2 476
Malta	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Niederlande	52 968	29 917	201 715	259 545	82 137	603 101	24 651	12 454	35 144
Norwegen	14 581	43 147	39 828	85 249	26 209	117 593	10 665	8 267	11 828
Österreich	16 747	17 163	59 941	94 684	44 570	209 465	7 734	7 550	11 525
Polen	55 304	36 140	185 968	261 629	166 307	480 733	11 750	5 138	9 604
Portugal	14 522	29 019	118 561	78 787	51 311	225 937	5 660	1 673	5 634
Rumänien	17 678	13 586	54 355	134 294	44 383	189 816	3 509	1 167	2 413
Russische Föderation ...	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweden	51 361	48 979	155 698	192 413	74 923	269 570	15 856	13 217	15 949
Schweiz	5 363	2 041	20 145	113 697	23 018	237 478	16 120	3 081	26 165
Slowakei	12 120	7 511	50 940	44 301	25 753	104 033	2 108	1 145	2 043
Slowenien	5 968	2 135	22 621	22 518	5 069	48 651	1 122	271	1 325
Spanien	48 498	120 815	363 836	424 553	202 050	979 295	36 046	12 393	37 912
Tschechische Republik ..	35 866	45 002	163 782	113 902	57 906	238 345	5 915	2 809	5 538
Türkei ¹²	26 881	20 043	130 882	160 108	41 021	354 740	6 857	387	7 257
Ukraine	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ungarn	34 680	33 196	113 115	107 641	69 329	205 824	3 973	1 773	3 071
Vereinigtes Königreich ..	145 352	75 289	327 884	1 090 952	473 598	1 938 277	97 283	32 166	120 569
Zypern	896	683	4 639	9 973	1 700	20 449	653	87	898

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite finden Sie Informationen zu weiteren Veröffentlichungen unseres Hauses sowie nützliche Links zur europäischen und internationalen Statistik. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Unter www.destatis.de/international gelangen Sie direkt zum Angebot der internationalen Statistik.

Unter www.destatis.de/europa finden Sie statistische Informationen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Weitere Veröffentlichungen

Auf einen Blick

Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa (2012)
Europa 2020, die Zukunftsstrategie der EU – Fakten und Trends zu Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten (2013)
Europäische Union 2013 (Flyer)

Länderprofile

Statistische Länderprofile zu allen G20-Staaten

STATmagazin

Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich?

Quellenangaben

Die im Kapitel „Internationales“ aufgeführten Statistiken stammen aus einer Vielzahl von amtlichen internationalen Statistikquellen. Zusätzlich wurden im Einzelfall auch nicht-amtliche Quellen herangezogen, um das Datenspektrum zu erweitern. Hierzu zählen BP, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) sowie MEDIA Salles. Für weitere Recherchen sowie für Hintergrundinformationen zu den Daten verweisen wir auf die Online-Datenbanken der betreffenden Organisationen, die in aller Regel kostenfrei zugänglich sind.

BP – Beyond Petroleum, BP p.l.c. > www.bp.com/statisticalreview
DWD – Deutscher Wetterdienst > www.dwd.de
Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC) – EDGAR Datenbank > edgar.jrc.ec.europa.eu
Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union > epp.eurostat.ec.europa.eu
FAO – Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen > faostat.fao.org
FiBL – Forschungsinstitut für biologischen Landbau > www.organic-world.net
IDEA – Internationales Institut für Demokratie und Wahlhilfe > idea.int
IEA – Internationale Energieagentur > www.iea.org/stats
ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, KILM Datenbank > kilm.ilo.org
ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, Laborsta Datenbank > laborsta.ilo.org
IMF – Internationaler Währungsfonds, International Financial Statistics > www.imf.org/external/data.htm
IMF – Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook > www.imf.org/external/data.htm
IPU – Interparlamentarische Union > ipu.org
ITF – International Transport Forum > www.internationaltransportforum.org/statistics
ITU – Internationale Fernmeldeunion, Vereinte Nationen > www.itu.int/ITU-D/ict/statistics
MEDIA Salles > www.mediasalles.it
OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > www.oecd-ilibrary.org
UN Comtrade – Außenhandelsdatenbank der Vereinten Nationen > comtrade.un.org
UNCTAD – Konferenz für Handel und Entwicklung, Vereinte Nationen > unctadstat.unctad.org
UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation > stats.uis.unesco.org

Mehr zum Thema

UNODC – United Nations Office on Drugs and Crime › www.unodc.org
UNWTO – Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen › www.unwto.org/facts
UN DESA – Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA): Abteilung Bevölkerung,
Vereinte Nationen › www.un.org/esa/population
Weltbank – World Development Indicators › databank.worldbank.org
WHO – Global Health Observatory, Weltgesundheitsorganisation › www.who.int/gho/en

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 94 27 (Europäische Statistik),
+49 (0)6 11 / 75 94 94 (Internationale Statistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular
unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur die Seiten angegeben, auf denen innerhalb eines Abschnitts das Stichwort zum ersten Mal erscheint. Es empfiehlt sich daher, auch die nachfolgenden Seiten auf weitere Angaben zu diesem Stichwort durchzusehen. Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf den Anhang „Internationales“.

A

Abfälle, Abfallwirtschaft

Abfallbilanz 445
Abfallgebühren 456
Abfallmenge 445, 660
Investitionen 436
laufende Aufwendungen 437
Recyclingquote 445
Umsatz 438
Verwertungsquote 445

Abgeordnete (Sitze)

Deutscher Bundestag 283
Europäisches Parlament 283
Länderparlamente 288

Abgeurteilte 304

Abschreibungen 262, 313, 449

Abtreibungen *siehe Schwangerschaftsabbrüche*

Abwasser

Abwassergebühren 456
Entsorgung 442
Klärschlamm Entsorgung 443

Adoptionen 42, 61

AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) 96

Alkohol 170

Alkoholrausch (akute Intoxikation) 117
Steuern 264
Straßenverkehrsunfälle 592

Alleinerziehende 51

Alleinstehende 51

Alphabetisierungsgrad 632

Anlagevermögen 262, 322

Anwälte/Anwältinnen 298

Äquivalenzeinkommen 173, 637

Arbeitnehmer/-innen *siehe Beschäftigte*

Arbeitskosten 375, 652

Arbeitslose

Arbeitslosenquote 355
Personengruppen 354

Arbeitslosengeld 339

Einnahmen der privaten Haushalte 164
nach SGB II 228
nach SGB III 223

Arbeitslosenversicherung 220

Arbeitslosengeld nach SGB III 223
Ausgaben, Einnahmen 223, 640
Kurzarbeit 223

Arbeitsproduktivität 317

Arbeitsstunden 316, 449

bezahlte Wochenarbeitszeit 368
geleistete 344, 558

Archive, staatliche 191

Armutsgefährdung

Äquivalenzeinkommen 173, 637
Armutsgefährdungsgrenze 174, 637
Armutsgefährdungsquote 173, 637

Ärzte/Ärztinnen 131, 634

Kostenstruktur bei Praxen 618

Asyl 41, 228

Atypisch Beschäftigte 339, 346

Auftragsbestandsindex (Baugewerbe) 557

Auftragseingangsinde

Baugewerbe 557
Verarbeitendes Gewerbe 529

Aufwendungen

Forschung und Entwicklung 102
Handel 573
Umweltschutz 437

Ausbildung

Ausbildungsberichterstattung 80
Auszubildende 75, 86
Berufe 87
Berufsausbildung 80
schulische Ausbildung 76

Ausfuhrpreise 383

Ausgaben

an übrige Welt 327
Asylbewerberleistungen 228
Bildung 98, 255, 632
der privaten Haushalte 164, 197
des Staates 325
Forschung und Wissenschaft 98
Gesundheitswesen 136, 634, 640
Hochschulen 99
Kinder- und Jugendhilfe 234
Kultur 187, 196
öffentliche Ausgaben 250, 255, 641
Schulen 96
Sozialhilfe 226
Sozialleistungen 220, 640
Sozialversicherungen 220
Umweltschutz 455

Ausländische Bevölkerung 26, 40

allgemeinbildende Schulen 82
Arbeitslose 354
Asyl 41, 228
Bevölkerungsstand 26
Eheschließungen 52
Geborene 35
Gestorbene 39
Herkunftsländer 40
Kindergeld 60
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 352
Studierende 89
Tourismus 601
Verurteilte 304
vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 233
Wanderungen 43

Außenbeitrag 313, 646

Außenhandel 405

Ausfuhr, Einfuhr 405, 424, 656
Ausfuhr, Einfuhrpreise 383
Außenhandelsbilanz 406, 414, 656
Einfuhrländer 408
Einnahmen und Ausgaben an, aus übrige(r) Welt 327
EU-Handel 409
Handelspartner 405
Handelswaren 409

Ausstattung der privaten Haushalte 163, 168, 198

Auszubildende 75, 86

B

BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 96

Baugenehmigungen, -fertigstellungen 562, 670

Bau- und Immobilienpreise 392

Beamte/Beamtinnen 350

Besoldung 375
Bruttostundenverdienste 367

Beförderungen (Verkehr)

Güter 584, 672
Personen 581, 672

Beherbergung, Gaststätten *siehe auch Tourismus*

Ausgaben der privaten Haushalte 164, 637
Verbraucherpreise 394

Behinderte Menschen

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 232
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 227
Paralympische Spiele 209
schwerbehinderte Menschen 120, 354
Schwerbehindertenquote 121

Bekleidung und Schuhe

Ausgaben der privaten Haushalte 164, 637
Produktion 536
Verbraucherpreise 394

Berge 14

Berufe

Ausbildungsberufe 86
freie 266
Gesundheitswesen 131
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 352

Beschäftigte 340

atypisch Beschäftigte 339, 346
ausländische 352
Baugewerbe 558, 670
befristet Beschäftigte 346
Computer- und Internetnutzung 516
Energie 668
Gastgewerbe und Tourismus 602, 674
geringfügig Beschäftigte 346, 352, 370
Handel 569
Handwerksunternehmen 517
Landwirtschaft 472
Mindestlöhne 374
Normalarbeitnehmer/-innen 339, 346

Beschäftigte 340

öffentlicher Dienst 350, 375
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 499
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 352, 519
Tarifverdienste 372
Teilzeitbeschäftigte 132, 346, 350, 353, 370, 602
Transport und Verkehr 580, 672
Unternehmensinsolvenzen 511
Verarbeitendes Gewerbe 530, 667
Verdienste 367
Vollzeitbeschäftigte 350, 353, 370, 602
weitere Dienstleistungen 613
Zeitarbeit 346

Betriebe

Baugewerbe 558
Betriebsaufgaben, -gründungen 507
Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 551
Forstwirtschaft 476
Gastgewerbe und Tourismus 603
Verarbeitendes Gewerbe 530

Bevölkerung 14, 25

Alphabetisierungsgrad 632
Alter, Altersgruppen 25, 32
ausländische 26, 40
Bevölkerungsdichte 26
Bevölkerungsentwicklung 26, 625, 630
Bevölkerungsstand 26, 630
Bildungsstand 76
Erwerbsbeteiligung 316, 339
Familienstand 33
gesundheitliche Lage 116
Kinder 57
Migration 40
Privathaushalte 48
Religionszugehörigkeit 63
überwiegender Lebensunterhalt 339
Vorausberechnung 48, 630

Bewässerung (landwirtschaftliche Flächen) 467

Bibliotheken 190

Bildung, Bildungswesen

Alphabetisierungsgrad 632
Ausbildung 80
Ausgaben der privaten Haushalte 164
Auszubildende 75, 86
Benchmarks, nationale 77
Bildungsbeteiligung 75, 80
Budget 98
Hochschulen 88
öffentliche Ausgaben 255, 632
Schulen 81
Studienberechtigten-, Studienanfänger-, Absolventenquote 77, 632
Studium 80
Verbraucherpreise 394
Weiterbildung, berufliche 94

Bildungsabschlüsse

allgemeiner Schulabschluss 76
beruflicher Bildungsabschluss 78

Bodensanierung

Investitionen 436
laufende Aufwendungen 437

Bruttobetriebsüberschuss

Gastgewerbe und Tourismus 602
Handel 571
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 502
Transport und Verkehr 580

Bruttoinlandsprodukt 313, 319, 330, 456, 625, 646

Bruttonationaleinkommen 314

Bruttowertschöpfung 313, 666

Baugewerbe 670
Energie 668
Gastgewerbe und Tourismus 602, 674
Handel 569, 671
Landwirtschaft 646
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 499, 646
Transport und Verkehr 580, 672
Verarbeitendes Gewerbe 667
weitere Dienstleistungen 613

Buchproduktion 190

Bundesfreiwilligendienst 204

Bundeskanzler/-in 283

Bundespatentgerichte 300

Bundesrat 289

Bundesregierung 289

Bundestag, Deutscher 283

Bundestagswahlen 284

Bundesverfassungsgericht 298

Bus- und Bahnverkehr 581

C

Chöre 193

Computer

Ausstattung der privaten Haushalte 163, 168, 198

D

Defizitquote 317

Demografie

Bevölkerungsvorausberechnung 48, 630
Geborene und Gestorbene 33
Lebenserwartung 38, 630
Migration 40
Wanderungen 43

Deprivationsindikatoren 171

Direktinvestitionen 424

Düngemittel 475

E

E-Government 515

Ehe

Ehelösungen, -scheidungen 53
Eheschließungen 52

Ehe

Familienstand, bisheriger 52
Heiratsalter, durchschnittliches 52
Heiratsziffern Lediger 52

Eigentümerhaushalte 636

Eigentümerwohnungen 150

Eigentümerquote 149

Einbürgerungen 42

Einfuhrpreise 383

Einkommen

Bruttonationaleinkommen 314
der privaten Haushalte 163
Primäreinkommen 324
verfügbares 316, 324
Zurechtkommen mit dem Einkommen 171
zu versteuerndes 265

Einkommensteuer 249, 264

Ausgaben der privaten Haushalte 164
Besteuerungsgrundlagen 265
Einkommensteuerpflichtige 266

Einnahmen

aus übriger Welt 327
der privaten Haushalte 164
des Staates 325
Kinder- und Jugendhilfe 234
öffentliche Einnahmen 250, 642
Sozialversicherungen 222
Steuern 249, 264, 456, 642
umweltbezogener Steuern und Gebühren 456

Eisenbahnverkehr 672

Eisenbahn-Infrastruktur 590
Güterverkehr 584
kombinierter Verkehr 584
Personenfernverkehr 581

Elektrizitätserzeugung 548

Elterngeld 61, 220

Emissionen 449, 660

Energie 449

Bruttostromerzeugung 547
Elektrizitätserzeugung 548
Energiepreise 384
Energiesteuer 259, 264, 456
Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 551
erneuerbare Energien 547
Erzeugerpreise 389
öffentliche Ausgaben 255
Primärenergieverbrauch 450, 456, 668
Strom- und Wärmeerzeugung 549
Verwendung von Energieträgern 451

Engagement, bürgerschaftliches 203

Engpassleistung (Energie) 548

Entwicklungsländer, -zusammenarbeit 426

Erbschaftsteuer 264, 270

Erneuerbare Energien 547

Ersparnis 326

Sparquote 317

Erwerbsbeteiligung 316, 339
Erwerbsquote 317, 650
überwiegender Lebensunterhalt 342

Erwerbsformen 339
atypische 346

Erwerbslose 339
Erwerbslosenquote 317, 348, 650
Langzeiterwerbslose 354

Erwerbspersonen 339, 650

Erwerbstätige 339
Arbeitsproduktivität 317
Erwerbstätigenquote 347
Kapitalintensität, -produktivität 321
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 650
Wirtschaftsbereiche 342

Erzeugerpreise 383, 654
Dienstleistungen 390
forstwirtschaftlicher Produkte 388
gewerblicher Produkte 389

Europäisches Parlament 283
Europawahlen 287

Exporte 327, 405, 424, 656
Ausfuhrpreise 383
Export-Performance-Index 414
Exportquote 414, 530, 656

F

Fachgerichte 302

Fahrgäste 581

Fahrverbote 305

Familien 51
Ausgaben (Sozialleistungen) 640
Familienformen 57
Migrationshintergrund 57

Familiengerichte 299

Familienstand
Bevölkerung 33
Gestorbene 39
Privathaushalte 50
vor Eheschließung 53

Fernsehen
ARD und Landesrundfunkanstalten 201
Durchschnittliche Sehdauer 201
Marktanteile der Sender 201
ZDF 201

Fernseher 168

Fertilität *siehe* Geburtenziffern

Filmwirtschaft 200

Finanzierungssaldo 249, 325, 642

Flächen 14, 26
Arten 468
Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen 467
Bodenfläche 14, 26, 468, 628, 664
Naturschutzfläche 18

Flächen 14, 26
Siedlungs- und Verkehrsfläche 14, 456, 468
Waldfläche 476, 664
Wohnfläche 150, 561

Fluggäste 582

Flugplätze 16, 582

Flugzeuge 590

Flüsse, schiffbare 15

Flüssiggas 550

Forschung und Wissenschaft
Aufwendungen 102
Ausgaben 98, 255, 632
öffentliche Ausgaben 255
Personal 101

Fortbildung (Handel, Handwerk) 95

Freiberufler/-innen 266

Früchte (Anbau) 477

G

Gase 550

Gebietskörperschaften
Ausgaben, Einnahmen 252
Finanzierungssaldo 249
Schulden 258

Geborene
Alter der Mutter 35
häufigste Vornamen 36
Krankenhausentbindungen 130
Lebend-, Totgeborene 33, 630
Staatsangehörigkeit der Eltern 37

Gebrauchsgüter der privaten Haushalte 168
Erzeugerpreise 389
Produktion 539
Verbraucherpreise 394

Geburtenziffern 35, 630

Gefangene 645
Art der Strafe 307
Gefangenennrate 297

Gefängnisse *siehe* Justizvollzugsanstalten

Geflügel 471, 487

Gehalt *siehe* Verdienste 314

Gemeinden 29

Gemüse (Anbau) 479

Gerichte 298

Gestorbene 33
Altersgruppen 39
Familienstand 39
Säuglinge 34, 124
Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 634
Sterbeziffern 39, 630, 634
Todesursachen 124, 126

Gesundheitliche Lage der Bevölkerung 116

Gesundheitsversorgung

Krankenhäuser 128
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 128

Gesundheitswesen

Ausgaben 136, 634
Einrichtungen 128, 136
Leistungsarten 136
Patienten/Patientinnen 116
Personal 115, 131
Sozialversicherungen 136, 220

Gewässer 15

Gewässerschutz

Investitionen 436
laufende Aufwendungen 437
Umsatz 438

Gewerbeanzeigen 507

Gewerbesteuer 249, 264

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 51

eingetragene Lebenspartnerschaften 56

Goethe-Institut 196

Grenzlängen 14

Großhandel 569

Großhandelsverkaufspreise 383, 391

Grunderwerbsteuer 264

Grundsicherung für Arbeitsuchende 220

Leistungsberechtigte, Zahlungsansprüche 228

Grundsteuer A, B 264

Güterbeförderung, -umschlag (Binnenschifffahrt) 585

Güterbilanz 328

Informations- und Kommunikationstechnologien 329

Güterverkehr 579

H

Häfen 586

Handelspartner 405

Handelswaren 409

Handwerk

Fortbildungs- und Meisterprüfungen 95
Unternehmen 517

Hauptstädte 628

Haushalte, öffentliche siehe öffentlicher Gesamthaushalt

Haushalte, private siehe Privathaushalte

Heirat siehe Ehe

Hochschulen

Absolventen/Absolventinnen 90, 632
Arten 88
Ausgaben 99
Betreuungsrelation 90
monetäre Kennzahlen 100
Personal 90
Promovierende 90
Prüfungen 90
Studierende 75, 88, 632

Holzeinschlag 476

Hörfunk 202

I

Importe 327, 405, 424, 656

Einfuhrpreise 383
Importabhängigkeitsquote 414
Importquote 414

Inflationsrate 394, 655

Informations- und Kommunikationstechnologien

Ausstattung der privaten Haushalte 168, 198
E-Government 515
Unternehmen 513

Infrastruktur 16, 589

Inseln 17

Insolvenzen

Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen 512
Unternehmensinsolvenzen 510
Verbraucherinsolvenzen 175, 510

Internet

Nutzung in Unternehmen 513
private Einkäufe und Bestellungen 200
private Nutzung 198, 638
Sicherheitsbedenken 198

Investitionen

Bruttoanlageinvestitionen 313, 320
Bruttoinvestitionen 313, 320, 500, 531, 570, 580, 602, 614, 646
Direktinvestitionen 424
öffentliche Investitionen 257
Umweltschutz 436

J

Jahresabschlüsse 261

Jugendliche

Adoptionen 61
Kinder- und Jugendhilfe 230
Verurteilte 304

Jugendstrafrecht 305

Justizvollzug

Arten des Vollzugs 307
Justizvollzugsanstalten 307
Strafgefangene 307, 645

K

Kanäle 15

Kapitalbilanz 424, 658

Kapitalgesellschaften 267, 324

Kfz-Handel 569

Kinder

- Adoptionen 61
- Ausgaben (Sozialleistungen) 640
- Elterngeld 61
- Erwerbsbeteiligung der Eltern 58
- Familienform 57
- Kindergeld 60, 164, 220
- Kinder- und Jugendhilfe 230
- Sterbeziffern 39, 634
- Tagesbetreuung 58
- überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 58

Kindergeld 60, 220

- Einnahmen der privaten Haushalte 164

Kindertagesbetreuung

- Betreuungsquote, -umfang 59
- Einrichtungsarten 58
- Personal 58

Kinder- und Jugendhilfe 220

- Ausgaben und Einnahmen der Träger 234
- Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 232
- Hilfen zur Erziehung 230
- sozialpädagogische Familienhilfe 231
- vorläufige Schutzmaßnahmen 232

Kino 200, 638

Kirchen 63

- Kirchensteuer 63
- Seelsorge 205

Kirchensteuer 63

- Ausgaben der privaten Haushalte 164

Klärgas 550

Klima 18, 628

- Investitionen für Klimaschutz 436
- klimawirksame Stoffe 446
- laufende Aufwendungen für Klimaschutz 437
- Umsatz für Klimaschutz 438

KMU 504

Konsumausgaben

- der privaten Haushalte 166, 320, 637, 646
- des Staates 313, 324, 646

Körperschaftsteuer 249, 264

Kraftfahrzeugsteuer 264, 456

Krankenhäuser 128

- Behandlungen 129
- Betten, Bettenauslastung 128, 634
- Fachabteilungen 129
- Kostenstruktur 138
- Patienten/Patientinnen 116
- Personal 132
- Verweildauer der Patienten/Patientinnen 128

Krankenhausfälle *siehe Patienten/Patientinnen*

Krankenversicherungen 219

Krankenversicherung, gesetzliche

- Arten 222
- Ausgaben, Einnahmen 222
- Versicherte 222

Krankheiten 116, 634

Kreise 29

Kriegsopferfürsorge 229

Kriminalität *siehe Straftaten*

Kultur

- Ausgaben der privaten Haushalte 164, 197, 637
- öffentliche Ausgaben 187, 196, 255
- Verbraucherpreise 394

Künstlersozialkasse 193

Kurzarbeit 223

L

Länderfinanzausgleich 251

Länderregierungen 289

Landessportbünde 205

Landtage 289

- Landtagswahlen 288

Langzeiterwerbslose 354

Lärmbekämpfung 437

- Investitionen 436
- laufende Aufwendungen 437
- Umsatz 438

Lebenserwartung 38, 630

Lebensformen 51

Lebensgemeinschaften 51

Lebensunterhalt, überwiegender

- Bevölkerung 339
- der Eltern minderjähriger Kinder 58

Lehrkräfte

- allgemeinbildende Schulen 81
- berufliche Schulen 84
- Musikschulen 192

Leistungsbilanz 423, 658

Lohn *siehe Verdienste*

Lohnsteuer 249, 264

Luftreinhaltung 437

- Investitionen 436
- laufende Aufwendungen 437
- Umsatz 438

Luftverkehr 581, 672

M

Material- und Energieflüsse 435, 449

Medien

- Fernsehen 201
- Hörfunk 202
- Internet 168, 198, 513, 638

Mietbelastungsquote 151

Mieterhaushalte 636

Mietwohnungen 150

- Bruttokaltmiete 149
- Mietbelastungsquote 151

Migration

- Bevölkerung 40
- Bildungsstand 76
- erzieherische Hilfen 231
- Familien 57

Mindestlöhne 374

Mindestsicherungsquote 219, 226

Mobiltelefone 168, 638

- Produktion 539

Museen 188

Musikschulen

- Lehrkräfte 192
- Schüler/-innen 191

N

Nachhaltigkeit 456

Nahrungsmittelpreise 385, 654

Nahrungs- und Genussmittel

- Ausgaben der privaten Haushalte 166, 637
- Erzeugerpreise 389
- Handelswaren 412
- Nahrungsmittelpreise 385
- pflanzliche und tierische Erzeugnisse 170
- Produktion 536
- Tiefkühlkost 170
- Verbrauch 170
- Verbraucherpreise 394, 654

Naturparke 18

Naturschutz

- Flächen, Gebiete 18
- Investitionen 436
- laufende Aufwendungen 437
- Waldschäden 454

Nettokapitalanlagen 425

Nichterwerbspersonen 339

Normalarbeitnehmer/-innen 339

Notare/Notarinnen 298

O

Obst (Ernte) 480

Öffentliche Finanzen *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Öffentlicher Dienst 219

- Beschäftigte, Personal 350, 375
- E-Government 515
- unmittelbarer und mittelbarer 225
- Verdienste, Besoldung 350, 375
- Versorgungssystem 225

Öffentlicher Gesamthaushalt

- Ausgaben, Einnahmen 250
- Finanzierungssalden der Körperschaften 249
- Investitionsausgaben 257
- Kassenergebnis 253
- Nettoaussgaben 256

Öffentlicher Gesamthaushalt

- Personalausgaben 256
- rechnungsmäßiges Ergebnis 254
- Schulden 249, 257, 642
- Steuereinnahmen 250, 253, 456, 642

Ökologischer Landbau 474, 664

Operationen 119

P

Pachtflächen, -entgelte 473

Parlamente

- Deutscher Bundestag 283
- Europäisches Parlament 283
- Frauenanteile an den Mandaten 644
- Länderparlamente 288

Parteien 283, 288

Patente 520

- Bundespatentgerichte 300

Patienten/Patientinnen

- Krankenhäuser 116
- Verweildauer in Krankenhäusern 128
- Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 118, 128

Pensionen 220

- Einnahmen der privaten Haushalte 164

Personal

- Forschung und Wissenschaft 101, 632
- Gesundheitswesen 115, 131
- Hochschulen 90
- Kindertagesbetreuung 58
- öffentlicher Dienst 350, 375
- Pflegedienste, -heime 133
- Rechtspflege 298

Personalaufwendungen

- Arzt-, Zahnarztpraxen 618
- Gastgewerbe und Tourismus 602
- Handel 571
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 502
- Transport und Verkehr 580

Personenverkehr 579, 672

Pflanzen 470, 478

Pflegebedürftige 122

- Hilfe zur Pflege 227
- Pflegequote 122
- Vorausberechnung 122

Pflegedienste, -heime 133

Pflegeversicherung, soziale 122, 220

- Ausgaben, Einnahmen 223
- Versicherte 223

Pkw

- Ausstattung der privaten Haushalte 168
- Bestand, Neuzulassungen 590, 672
- Personenverkehr 581, 672
- Produktion 540
- Straßenverkehrsunfälle 592

Polizisten/Polizistinnen 645

Preisniveauvergleich 654

Primäreinkommen 324

Primärenergieverbrauch 450, 456, 668

Privathaushalte

Altersgruppen, Familienstand 50
Ausgaben, Einnahmen 164
Ausstattung mit Gebrauchsgütern 163, 168
Baugenehmigungen, -fertigstellungen 562
Computer 198, 638
Deprivationsindikatoren 171
Einkommen 163
Emissionen 452
finanzielle Kapazitäten 171
Haushaltsgröße 49, 636
Internet 198, 638
Konsumausgaben 166, 197, 320, 637, 646
Primärenergieverbrauch 450
verfügbares Einkommen, Ersparnis 326
Vorausberechnung 48
Wohngeld 149, 151, 164
Wohnsituation 153

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 536

Produktionsindex

Baugewerbe 557, 561, 670
Verarbeitendes Gewerbe 529, 534, 667

Produktionswerte

Gastgewerbe und Tourismus 602
Handel 571
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 502
Transport und Verkehr 580
Vorleistungen 324

Professoren/Professorinnen 92

Promovierende 90

Prüfungen

Fortbildungs- und Meisterprüfungen 95
Hochschulen 90

R

Rauchen 170

Tabaksteuer 249, 264

Reallohnindex 368

Recyclingquote 445

Regierungen, Bundes- und Länder- 289

Regierungsbezirke 29

Rehabilitationseinrichtungen *siehe Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen*

Reisegebiete 601

Religionszugehörigkeit

Jüdische Gemeinden 63
Kirchen, evangelische und katholische 63

Renten 221, 339

der gesetzlichen Unfallversicherung 224
Einnahmen der privaten Haushalte 164
Rentenzahlbeträge, monatliche 221

Rentenversicherung, gesetzliche 219

allgemeine und knappschaftliche 221
Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 222
monatliche Rentenzahlbeträge 221

Richter/-innen 298, 350

Rinder 471, 485

Rohertragsquote (Handel) 570

Rohstoffe 449

S

Säuglinge 33

gestorbene 34, 124

Schadstoffe 446

Schafe 486

Scheidungen 53

Ehedauer 54
Scheidungsnummer 55

Schienen-Infrastruktur 16, 589

Schiffe 590

Schifffahrt

Binnenschifffahrt 583
Häfen 586
schiffbare Flüsse 15
Schifffahrtskanäle 15

Schlachtungen 486

Schulden

Arten der öffentlichen Schulden 258
Bruttoschuldenstände 641
öffentliche Schulden 249, 257, 642
Überschuldung privater Haushalte 175

Schulen

Abschlüsse 76
allgemeinbildende Schulen 81
Arten 81, 84
Ausgaben 96
berufliche Schulen 84
Besuch nach Abschluss der Eltern 79
Lehrkräfte 81, 84
Musikschulen 192
Schüler/-innen 82
Volkshochschulen 95

Schüler/-innen 75

allgemeinbildende Schulen 82
Ausgaben je Schüler/-in 97
berufliche Schulen 85
je Lehrkraft 632
Musikschulen 191

Schwangerschaften

Abbrüche 123
Krankenhausentbindungen 130

Schweine 471, 485

Schwerbehinderte Menschen 120

Arbeitslose 354
Schwerbehindertenquote 121

Seelsorge 205

Seen, natürliche und Stauseen 16

Seeverkehr 582

Containerseeverkehr 588
Häfen 588

Selbstständige 339

Selbstständigenquote 650

Sozialbudget 219**Sozialgeld 228**

Einnahmen der privaten Haushalte 164

Sozialhilfe 220

Ausgaben 226

Sozialleistungen 220

Asylbewerberleistungen 228
Ausgaben 220, 640
Grundsicherung für Arbeitsuchende 228
Kinder- und Jugendhilfe 230
Kriegsopferfürsorge 229
öffentliche Ausgaben 255
Sozialhilfe 226
Sozialleistungsquote 219
Sozialversicherungen 136, 220, 250, 350
Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 225

Sozialversicherungen 136, 220, 250, 350**Sparquote 317****Sport**

Abzeichen 207
Arten 207
Mitgliedschaften 206
Olympische Spiele 208
Paralympische Spiele 208
Spitzenverbände 206

Staatsangehörigkeit

Adoptionen 42, 62
ausländische Bevölkerung 40
Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 42

Staatsanwaltschaften 300**Städte 29**

Hauptstädte 628
Städtetourismus 605

Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 634**Sterbeziffern 39, 634****Steuern**

Arten 63, 249, 264, 456
Einnahmen 250, 264, 456, 642
Steueraufkommen 249, 264

Stiftungen 204**Strafen- Strafverfolgung**

Abgeurteilte, Verurteilte 304
Strafrecht 305
Straftaten im Straßenverkehr 306

Strafgerichte 301**Straftaten 300, 645**

Aufklärungsquote 303
Straßenverkehr 306
Umwelt 448

Strafverfahren 304**Straßen 16****Straßenverkehr 672**

Fahrverbote 305
Getötete 579, 592
öffentliche Ausgaben 255
Straftaten, Verurteilte 306
Straßen des überörtlichen Verkehrs 589
Verunglückte, Unfälle 591

Strom

Bruttostromerzeugung, -verbrauch 547, 668
Stromsteuer 456
Strom- und Wärmeerzeugung 549

Studierende 75, 88, 632

ausländische Studierende, deutsche Studierende im Ausland 89
Studienbereiche 89

T

Tabaksteuer 249, 264**Tarifverdienste 372****Tätige Personen siehe Beschäftigte****Tatverdächtige 303****Teilzeitbeschäftigte 346, 353**

Bruttoverdienste 370
Gastgewerbe, Handel 602
Gesundheitswesen 132
öffentlicher Dienst 350

Theater 188**Tiere**

Arten 471, 485
Ausgaben der privaten Haushalte 166
Nahrungsmittelpreise 385
Schlachtungen 486, 664
Viehbestand (ökologischer Landbau) 474
Viehhaltung 471

Todesursachen 126

häufigste 115
Säuglinge 124

Tourismus

Ankünfte, Übernachtungen 604
Betriebe, Schlafgelegenheiten, Kapazitätsauslastungen 603
Städtetourismus 605
Tourismusintensität 604
Übernachtungen ausländischer Gäste 601

Treibhausgasemissionen 452, 660

U

Überschuldung privater Personen 175**Umsatz 558**

Gastgewerbe und Tourismus 602
Handel 569
Handwerksunternehmen 517
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 499
Transport und Verkehr 580
Umsatzsteuer 249, 271
Verarbeitendes Gewerbe 530
Weihnachtsgeschäft 571
weitere Dienstleistungen 613

Umsatzindex (Verarbeitendes Gewerbe) 529, 535

Umsatzsteuer 249, 264

Lieferungen und Leistungen 272

Umsatzsteuerpflichtige 272

Veranlagungen 271

Voranmeldungen 272

Umwelt, Umweltschutz

Ausgaben 455

eingesetzte Umweltressourcen 449

Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren 456

erneuerbare Energien 547

Investitionen 436

laufende Aufwendungen 437

Material- und Energieflüsse 435, 449

Nachhaltigkeit 456

Naturschutzflächen, -gebiete 18, 660

Straftaten gegen die Umwelt 448

Umsatz für den Umweltschutz 438

UNESCO-Welterbe 194

Unfälle

Fehlverhalten der Fahrzeugführer/-innen 592

mit wassergefährdenden Stoffen 435

Straßenverkehr 591

Unfallversicherung, gesetzliche 220, 224

Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 224

Rentenbestand 224

Versicherte 224

Universitäten siehe Hochschulen 88

Unternehmen siehe auch Betriebe

auslandskontrollierte 506

Außenhandel 415

Baugewerbe 670

Bruttowertschöpfung 501, 666

Computer- und Internetnutzung 513

Energie 548, 668

Gastgewerbe und Tourismus 602, 674

Gewinne 324

Handel 570, 671

Handwerk 517

Informations- und Kommunikationstechnologien 513

Internetnutzung 513

kleine und mittlere (KMU) 504

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 501, 666

Transport und Verkehr 580, 672

Umweltschutz 436

Unternehmensinsolvenzen 511

Verarbeitendes Gewerbe 667

weitere Dienstleistungen 613

Unternehmenskonzentration (Verarbeitendes Gewerbe) 530

V

Verbraucherpreise 383, 394, 654

Verbrauchssteuer 273

Verbrechen siehe Straftaten

Verdienste

Arbeitnehmerentgelt 314

Bruttojahresverdienste 652

Bruttolöhne und -gehälter 314

Bruttostundenverdienste 367

Bruttoverdienste 368

Lohnquote 317

Lohnstückkosten 317

Mindestlöhne 374

öffentlicher Dienst 375

Tarifverdienste 372

Verkehr

Arten 579

Ausgaben der privaten Haushalte 164, 637

Beförderungen 581, 584, 672

Verbraucherpreise 394

Verkehrswege 589

Verkehr siehe auch Straßenverkehr 579

Verletzungen 116

Straßenverkehr 591

Vermögensstatus 429

Vermögensteuer 264

Vermögensübertragungen 252, 424, 658

Versicherungen siehe Sozialversicherungen

Versorgungsempfänger/-innen 225

Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 225

Verurteilte 297

ausländische Bevölkerung 304

Deliktgruppen 306

Jugendliche 304

Strafen, Strafrecht 305

Vieh siehe Tiere

Volkseinkommen 313

Volkshochschulen 95

Vollzeitbeschäftigte 353

Bruttoverdienste 370

Gastgewerbe, Handel 602

öffentlicher Dienst 350

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 128

Patienten/Patientinnen 118

Personal 132

W

Wahlen

Deutscher Bundestag 283

Europäisches Parlament 283

Landtage 288

nationale Parlamentswahlen 644

Währungsreserven 658

Waldfläche 476

Waldschäden 454

Wanderungen

- Herkunftsländer der Ausländer/-innen 47
- innerhalb Deutschlands 43
- Zielländer der Deutschen 47
- zwischen Deutschland und dem Ausland 43

Wärme

- Erzeugung, Bezug, Verwendung, Abgabe 549
- Strom- und Wärmeerzeugung 549

Wasser

- Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen 467
- Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 435
- Wassergewinnung 439
- Wasserversorgung 441

Weinanbau, -erzeugung 483

Weiterbildung, berufliche 94

Welterbe (UNESCO) 194

Wirtschaftsbereiche 342

Wirtschaftswachstum 315, 626

Wissenschaftler/-innen 101

Wissenschaft *siehe Forschung und Wissenschaft*

Wohngeld 149, 220

- Einnahmen der privaten Haushalte 164
- Haushalte mit Wohngeld 151
- Wohngeldausgaben 152

Wohnsituation

- Probleme im Wohnumfeld 153
- überbelegte Wohnungseinheiten 636
- Wohnkosten 153, 636

Wohnungen, Wohnungswesen

- Ausgaben der privaten Haushalte 164, 637
- Ausgaben (Sozialleistungen) 640
- Baujahr 150
- Bau- und Immobilienpreise 392
- Beheizung 150
- Eigentümerwohnungen 149
- Mängel 153
- Mieter-, Eigentümerhaushalte 636
- Mietwohnungen 149
- öffentliche Ausgaben 255
- Verbraucherpreise 394
- Wohnfläche 150, 561
- Wohnungsbestand 561

Z

Zivilgerichte 299

Zu- und Fortzüge *siehe Wanderungen*